Yeshayahu A. Jelinek
Deutschland und Israel 1945–1965

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 66

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Yeshayahu A. Jelinek

Deutschland und Israel 1945–1965

Ein neurotisches Verhältnis

R. Oldenbourg Verlag München 2004

Gefördert durch Mittel der Fritz-Thyssen-Stiftung

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2004 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: Übergabe des Beglaubigungsschreibens des ersten deutschen Botschafters in Israel, Dr. Rolf Friedemann Pauls, an den israelischen Präsidenten Zalman Shazar. Neben Shazar Außenministerin Golda Meir. Quelle: Israeli Governmental Press Bureau.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56764-0

Inhalt

Vorwort 11

Einführung von Udo Wengst 13

I. Juden und Deutsche nach dem Krieg 17

1. Zwischen Rache, Rehabilitation und Fortdauer der Erniedrigung 17
2. Die jüdischen Displaced Persons 20
3. Antisemitische Ressentiments in den westlichen Besatzungszonen 29

II. Die Anfänge des deutsch-israelischen Dialogs 39

1. Boykott und Bann 40
2. Die deutsche Auseinandersetzung mit Israel 44
3. Reparationen, Restitution und Entschädigung 48
4. Die Akteure 56
5. Reparationen für die jüdische Gemeinschaft? 64

III. Vor der Aufnahme von Schilumimverhandlungen: Die alliierte und deutsche Perspektive 75

1. Der Weg zum Verhandlungstisch 76
2. Kommerzielle und wirtschaftliche Bedürfnisse 87
3. Die Alliierten und die Schilumim 90
4. Die Vorbereitung der Erklärung im Bundestag 105
5. Rosch Ha-Schana 1951 110
6. Wozu eigentlich eine öffentliche Erklärung? 112

IV. Vor der Aufnahme von Schilumimverhandlungen: Die israelische Perspektive 117

1. Die Schuldenkonferenz 117
2. Die Claims Conference 121
3. Friede mit Israel: begriffliche Klärung 126
4. Juden in Deutschland und die Schilumim 132
5. Von der Erklärung zum Verhandlungstisch 136

6. Israel entscheidet sich für Verhandlungen 147
7. Die Knesset 157

V. Die Verhandlungen in Wassenaar 161
1. Die Vorbereitungen auf deutscher Seite 161
2. Die Vorbereitungen der Israelis und der jüdischen Seite 165
3. Wassenaar – Die erste Verhandlungsphase 172
4. Die Krise 180
5. Neue Verbindungen 198
6. Wassenaar – Die zweite Verhandlungsphase 202

VI. Die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens 217
1. Die Araber und die Schilumim 217
2. Die Bundesrepublik und Ägypten 235
3. Das Votum 242

VII. Der Rollentausch 251
1. Die israelische Schilumimexekutive 251
2. Die ausführenden Organe der Bundesrepublik 262
3. Auf verschlungenem Weg zu diplomatischen Beziehungen 265
4. Israel denkt um – Die Frühphase 268
5. Bonns Widerstand gegen diplomatische Beziehungen zu Israel .. 272
6. Das Scheitern der Normalisierung 276
7. Freunde in der Not 286

VIII. Politische Irritationen und Komplikationen 293
1. Die Suezkrise 293
2. Diplomatische Beziehungen versus Finanzhilfe und Waffengeschäfte 300
3. Die Hakenkreuzschmierereien von 1960 311
4. Waldorf Astoria 313

IX. West- oder Ostdeutschland? 319
1. Israelische Erwartungen gegenüber Pankow 319
2. Geheime Ränke 323
3. Antiisraelismus 331

X. Die Vergeltung 335

1. Grundlagen der Vergeltungsjustiz in Israel 335
2. Israel und die Vergeltungsjustiz in der Bundesrepublik 336
3. Die Verhaftung Eichmanns und die Vorbereitung des Prozesses. 339
4. West- und ostdeutsche Initiativen bis zum Prozessbeginn 342
5. Die Debatte über Hans Globke im Rahmen des Eichmann-Prozesses 348
6. Die öffentliche Meinung 351
7. Das Urteil 354

XI. Deutschland, die Araber und Israel 357

1. Arabische Boykottmaßnahmen 358
2. Die westlichen Alliierten 362
3. Lösungsversuche für das Flüchtlingsproblem in Palästina 365
4. Das deutsch-israelisch-arabische Dreiecksverhältnis und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 368

XII. Die informellen Beziehungen 373

1. Die politische Diskussion über die kulturellen Beziehungen 374
2. Bücher, Bibliotheken und Archive 378
3. Film, Theater und Musik 381
4. Sport 385
5. Wissenschaft, Ausstellungen, internationale Foren 385
6. Verkehrsverbindungen und Fernmeldeverkehr 388
7. Der Reiseverkehr 389
8. Der Studenten- und Jugendaustausch 395

XIII. Waffen für den Nahen Osten 401

1. Die Anfänge des Waffengeschäftes 402
2. Erste Abkommen über Waffenlieferungen 407
3. Die Lieferung von Panzern an Israel und die deutsch-israelische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik 413
4. Raketenrüstung im Nahen Osten 417

XIV. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen 431

1. Israelische versus deutsche Perspektive 431
2. Wandlungen der Bonner Israel-Politik 434

3. Von Adenauer zu Erhard: Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Krise 437
4. Exkurs: Die EWG 441
5. Verschärfung der deutsch-israelischen Gegensätze 447
6. Der Durchbruch 457
7. Die arabische Reaktion 461

Quellen und Literatur 469

Abkürzungsverzeichnis 483

Register 487

Im Gedenken an Ori-Moshe Jelinek, meinen Sohn, der während einer Fahrt auf dem Ganges in Rischikesh in Indien im Alter von nur 22 Jahren verschollen ist. Er war ein aufgeweckter, anständiger und liebenswürdiger junger Mann, der uns jeden Tag aufs Neue fehlt.

Vorwort

Dieser Band ist dem Andenken von Arnold Sywottek gewidmet, der uns so früh verlassen hat. Professor Dr. Sywottek von der Universität Hamburg war ein aufmerksamer Beobachter der Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen. Aus Königsberg in Ostpreußen stammend, hat mir Sywottek bei seltenen Gelegenheiten mit bebender Stimme das schreckliche Leid geschildert, das seiner Familie zugestoßen war. Es blieb mir nichts anderes übrig, als mich mit dem Schicksal dieser deutschen Familie zu identifizieren. Als Israeli, als Jude und als Überlebender des Holocaust, der seine Heimat, die Slowakei, verlassen hatte, um anderswo ein neues Leben zu beginnen, war mir bewußt, daß sich das menschliche Leid nicht auf eine Gruppe beschränkte und daß die deutschen Opfer des Krieges auch unser Mitgefühl verdienen. Uns beiden war die Abneigung gegen den Nazismus und den Rassenwahn gemein und wir beide waren von der Notwendigkeit überzeugt, die Vergangenheit zu überwinden, jedoch nicht zu vergessen. Er als Deutscher und ich als Jude waren Freunde geworden.

Die deutsch-israelischen Beziehungen können als neurotisch bezeichnet werden. Als ich während einer Vorlesung an einer israelischen Universität bemerkte, daß die Bundesrepublik Deutschland zu den besten Freunden Israels in Europa zählt, zeigte sich eine Studentin entsetzt über diese Feststellung.

Die Vergangenheit wirft ihren langen Schatten auf beide Staaten und beide Völker. Ein Weg zur Normalität konnte nicht gefunden werden. Schuldzuweisungen an eine oder beide Seiten wären sinnlos. Fest steht nur, daß die Last der Vergangenheit so schwer wiegt, daß sie selbst die politischen, intellektuellen, kulturellen und geistigen Eliten zu überwältigen scheint. Das Schicksal des Volks der Täter und des Volks der Opfer bleibt damit auch in den kommenden Jahrhunderten unzertrennlich verbunden. Dies gilt, obwohl es in der neuen Generation in Deutschland auch Kreise gibt, die versuchen die Vergangenheit zu verleugnen. Sie rasieren sich den Kopf kahl und glauben, sich damit auch der Vergangenheit zu entledigen. In Israel benutzen heute viele junge Leute den Begriff „Nazi" als Ausdruck der Verachtung und als alltägliches Schimpfwort. In der vorliegenden Arbeit kommen vor allem die Juden, die Israelis und die Deutschen zu Wort, die trotz ihrer Erinnerung an die bedrückende Vergangenheit an der Entwicklung eines neuen Verhältnisses mitgewirkt haben.

Ich möchte mich bei zahlreichen Personen bedanken, die mir bei der Arbeit an diesem Werk geholfen haben. In Israel gilt mein Dank vor allem Dr. Shlomo Shafir, der mich auf Quellen hingewiesen hat, die meiner Aufmerksamkeit entgangen waren, wertvolle Anmerkungen zum ganzen Manuskript gemacht hat und mir stets mit Rat zur Seite stand. Professor Frank Stern von der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva danke ich für die Lektüre der ersten Hälfte des Manuskripts und für seinen hilfreichen Kommentar. In besonders dankbarer Erinnerung behalte ich den verstorbenen Professor Dr. Sywottek aus Hamburg. Er hat mich in die Feinheiten der deutschen Realität eingeführt, meine Forschungsarbeit aktiv unterstützt und mir mehrere Aufenthalte an der Hamburger Universität vermit-

telt, die es mir ermöglicht haben, in der dortigen gut ausgestatteten Bibliothek Literatur zu studieren, die mir in Israel nicht zugänglich gewesen wäre. An dieser Stelle sei auch Dr. Angelika Eder für ihre tatkräftige Unterstützung sowie Professor Dr. Ludolf Herbst und Dr. Constantin Goschler von der Humboldt Universität zu Berlin, ehemals vom Institut für Zeitgeschichte, München, für ihre wertvollen Ratschläge gedankt. Professor Dr. Horst Möller und Professor Dr. Udo Wengst vom Institut für Zeitgeschichte in München gebührt ebenfalls mein Dank. Bei meinen zahlreichen Aufenthalten in diesem Institut haben sich viele Freundschaften ergeben. Professor Wengst hat die Fertigstellung des vorliegenden Werks mit unermüdlichem Einsatz begleitet. Ihm und Professor Möller verdanke ich die Veröffentlichung, an deren Vorbereitung im Institut für Zeitgeschichte Dr. Patrick Bernhard und Bastian Hein in starkem Maß beteiligt waren.

Sehr herzlich möchte ich mich bei der Fritz-Thyssen-Stiftung bedanken, deren großzügige Hilfe mir die Vollendung meiner Forschungsarbeit und die Veröffentlichung dieses Bandes ermöglicht hat. Er ergänzt die zuvor im Tel Aviver Institut für Deutsche Geschichte und im Bleicher Verlag herausgegebene Dokumentensammlung *Zwischen Moral und Realpolitik. Deutsch-israelische Beziehungen 1945–1965*. Die Unterstützung meiner Arbeit durch die Fritz-Thyssen-Stiftung ist zu einer Tradition geworden, die der verstorbene Vorsitzende des Kuratoriums Dr. Kurt Birrenbach begonnen hat und von seinen Nachfolgern weitergeführt wurde. Hierbei sei an Dr. Birrenbachs Beitrag zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel erinnert und daran, daß er sie auch in den darauffolgenden Jahren aus nächster Nähe mitverfolgt hat.

Bei der umfangreichen Forschungsarbeit, die Jahre in Anspruch genommen hat, erhielt ich großzügige Hilfe von der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Memorial Foundation for Jewish Culture. Das Forschungsprojekt war ursprünglich von der Axel-Springer-Stiftung angeregt worden, die dazu auch einen beträchtlichen Betrag gespendet hat. Leider ist aber nur ein Bruchteil davon bei mir angekommen, worauf ich mich gezwungen sah, andere Stiftungen um Unterstützung zu bitten. Zu jener Zeit war ich Angestellter des Ben Gurion Research Center in Kiriat Sdeh-Boker in Israel. Jedenfalls möchte ich allen obenerwähnten Stiftungen und Instituten meine Wertschätzung aussprechen. Des weiteren möchte ich mich auch bei den zahlreichen Archiven und Bibliotheken in Israel, Deutschland, Großbritannien und in den USA für die bereitwillige Unterstützung und dafür bedanken, daß sie mir den Zugang zu ihren Sammlungen ermöglicht haben.

Herr David Ajchenrand hat bei der Übersetzung beider Bände Schwerarbeit geleistet und sich größte Mühe gegeben, meinem nicht ganz leichten Manuskript treu zu bleiben. Dem R. Oldenbourg Verlag in München sei sodann für die Fertigstellung dieses Bandes gedankt.

Schließlich möchte ich meiner Familie danken. Die Arbeit am Manuskript zu diesem Buch fiel in eine schwere Zeit, in der ich eine große Enttäuschung erleben mußte. Meine Ehefrau Miriam und meine Kinder Noa, Ori und Hadaß haben meine Hoffnungen, Enttäuschungen und Schwierigkeiten zusammen mit mir durchgemacht und durchgestanden. Auch ihnen widme ich diesen Band.

Einführung

Jedes Buch hat eine Geschichte – das vorliegende eine besonders lange. Im Juni 1992 teilte Yesahayahu A. Jelinek Horst Möller, seit wenigen Monaten Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, mit, daß er ein Manuskript in englischer Sprache über die deutsch-israelischen Beziehungen von 1945 bis 1953 verfaßt habe. Hierüber habe er bereits mit Ludolf Herbst, dem damaligen kommissarischen Direktor des Instituts, gesprochen und er wolle nunmehr wissen, ob das Institut daran interessiert sei, sein Manuskript in einer der Institutsreihen zu veröffentlichen.

Der Direktor antwortete, wie in solchen Fällen meist geantwortet wird. Er bat um Zusendung des Manuskripts, damit es begutachtet werden könne, und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das Verfahren, das einer Publikation in einer der Reihen des Instituts vorgeschaltet sei, einige Zeit in Anspruch nehmen würde – wobei er jedoch nicht davon ausging, daß dies mehr als zehn Jahre dauern würde.

Als das Manuskript im Sommer 1993 im Institut eintraf, ist institutsintern ein Gutachten erstellt worden, das insgesamt positiv ausfiel, aber die Anregung enthielt, Herrn Jelinek zu ermuntern, den zeitlichen Rahmen seiner Studie bis zum Jahr 1965 auszudehnen. Herr Jelinek ist auf diesen Vorschlag eingegangen und hat auf Anregung der Institutsleitung einen Antrag bei der Fritz-Thyssen-Stiftung zur Finanzierung der damit verbundenen Forschungen gestellt, den die Institutsleitung unterstützt hat. Der Antrag hatte Erfolg und Herr Jelinek hat in den folgenden Jahren weitere Archivrecherchen betrieben und sein Manuskript vervollständigt. Im Sommer 1997 lag es im Institut für Zeitgeschichte vor.

Das Manuskript war jedoch so umfangreich ausgefallen, daß eine Kürzung unvermeidlich war. 1999 traf die gekürzte Fassung ein, die zunächst einmal in das Deutsche übersetzt werden musste. Die Thyssen-Stiftung übernahm einen Großteil der Kosten (den Rest brachte das Institut für Zeitgeschichte auf) und David Ajchenrand wurde mit der Übersetzung beauftragt. Im Sommer 2000 begann Herr Ajchenrand mit seiner Tätigkeit, die sich bis in das Frühjahr 2002 hinzog und deren Ergebnis im Institut noch einmal gründlich überarbeitet wurde. Erst danach lag ein deutscher Text vor, der vom Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte begutachtet und zur Publikation angenommen wurde.

Yeshayahu A. Jelinek war mittlerweile, im Frühjahr 2002, in Israel mit dem Moshe Sharett Preis, verliehen durch Ministerpräsident Ariel Sharon, ausgezeichnet worden. Diesen Preis erhielt Herr Jelinek nicht zuletzt für das als Manuskript vorliegende Werk über die deutsch-israelischen Beziehungen. Geehrt wurde er damit aber auch für seine bisherigen Veröffentlichungen, von denen insbesondere die in deutscher Sprache erschienene Dokumentation *Zwischen Moral und Realpolitik. Deutsch-israelische Beziehungen 1945–1965* hervorzuheben ist.

Der 1933 in der Slowakei geborene Yeshayahu A. Jelinek wanderte 1949 nach Israel ein und diente von 1951 bis 1953 in der israelischen Armee. Sein Studium der Geschichte, Soziologie und des zeitgenössischen Judentums an der Univer-

sität Jerusalem schloß er 1963 mit dem Magisterexamen ab. 1966 wurde er an der Indiana University, Bloomington, in den USA promoviert. Nach weiteren Studien am Russian and East European Institute dieser Universität lehrte Jelinek von 1966 bis 1969 als Visiting Assistant Professor an den Universitäten von Colorado (Denver) und Minnesota. Weitere berufliche Stationen waren die Universitäten Haifa und Jerusalem (Lecturer und Senior Lecturer), die Columbia University in New York und die Denison University in Granville, Ohio (Visiting Professor), schließlich die Ben-Gurion-Universität in Negev (sowie das Ben-Gurion Forschungszentrum in Kiriat Sdeh Boker) und das Hanegev College in Shaar Hanegev (Associate Professor). Seit 1988 war Herr Jelinek wiederholt als Gastprofessor bzw. Gastwissenschaftler in Deutschland tätig, und zwar an der Universität Hamburg, an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg, an der Universität Oldenburg, am Simon-Dubnow-Institut für Jüdische Geschichte und Kultur in Leipzig und am Herder-Institut in Marburg.

Jelinek ist durch zahlreiche wissenschaftliche Veröffentlichungen ausgewiesen, die in englischer, deutscher und slowakischer Sprache erschienen sind. Darin behandelt er neben den deutsch-israelischen Beziehungen Themen wie den Antisemitismus, die Shoa und die Wiedergutmachung. Einen Schwerpunkt bilden darüber hinaus die Untersuchungen Jelineks über die Slowakei in den Jahren von 1918 bis 1948, wobei in diesem Zusammenhang die jüdische Frage besondere Aufmerksamkeit findet.

Mit Jelinek hat sich ein Wissenschaftler den deutsch-israelischen Beziehungen zugewandt, der aufgrund seiner bisherigen Forschungen als ausgewiesener Experte für dieses Thema angesehen werden muss. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob nach der Publikation der Arbeit von Niels Hansen *Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion* im Jahr 2002, die ebenfalls die deutsch-israelischen Beziehungen im Zeitraum von 1945 bis 1965 abhandelt, die Veröffentlichung dieses Werkes noch sinnvoll erscheint oder anders gefragt: Gibt es so große Unterschiede zwischen den beiden Darstellungen, daß Jelineks Ausarbeitung als wesentliche Ergänzung von Hansens Buch angesehen werden kann?

Diese Frage ist ohne Einschränkung zu bejahen. Zwar haben beide Autoren zum Teil die gleichen Aktenbestände benutzt, aber Jelineks Quellengrundlage ist viel breiter. Er hat in zahlreichen amerikanischen und zwei britischen Archiven recherchiert und ebenfalls Bestände in einer großen Zahl israelischer Archive benutzt, während Hansen lediglich in deutschen Archiven, in denen auch Jelinek war, und in zwei israelischen Archiven Quellen gesichtet hat.

Außerdem ist es als eine Bereicherung anzusehen, daß Jelinek in seiner Darstellung die Vorgänge aus israelischer Perspektive behandelt und dabei die Hintergründe der israelischen Politik gekonnt ausleuchtet, ohne jedoch die deutsche Seite zu vernachlässigen. So entsteht ein äußerst differenziertes Bild der deutsch-israelischen Beziehungen vor dem Hintergrund der allgemeinen Nahostpolitik, wobei auch die Aktivitäten der DDR-Regierung berücksichtigt werden. Trotz der differenzierten Darstellung, die auch ein Kapitel über die informellen Beziehungen enthält, ist Jelineks Studie wesentlich knapper ausgefallen als Hansens Studie.

Wo Licht ist, ist bekanntlich auch Schatten. Dies trifft auch für vorliegendes Buch zu, da der Autor vor allem die jüngste deutsche Forschungsliteratur nicht zur Kenntnis genommen hat. Dies ist zunächst darauf zurückzuführen, daß vom Verfasser seit Beginn der Übersetzungsarbeiten im Sommer 2000 kaum noch Veränderungen am Text vorgenommen worden sind und auch keine Literatur eingearbeitet worden ist. Aus diesem Grund wird der Leser keinen Hinweis auf und damit auch keine Auseinandersetzung mit Niels Hansens Werk finden. Aber auch einschlägige deutschsprachige Neuerscheinungen aus den Jahren davor hat Jelinek nicht berücksichtigt. Dies liegt insbesondere daran, daß diese Literatur in Israel nur sehr schwer oder überhaupt nicht zu beschaffen ist. Die Mängel, die deshalb die Studie aufweist, werden aber – um dies noch einmal zu betonen – dadurch mehr als aufgewogen, daß mit ihr ein Forschungsbeitrag zu den deutsch-israelischen Beziehungen von 1945 bis 1965 aus israelischer Perspektive vorliegt, der auf einer beeindruckenden Quellenbasis beruht und unsere Kenntnisse in vielfacher Hinsicht erweitert.

Udo Wengst

I. Juden und Deutsche nach dem Krieg

1. Zwischen Rache, Rehabilitation und Fortdauer der Erniedrigung

Als die Alliierten im Frühjahr 1945 Deutschland besetzten, wurden auch die Gefangenen aus den Konzentrations- und Zwangsarbeitslagern befreit. Unter den Überlebenden befanden sich Tausende von Juden meist aus fremden Ländern, aber auch einige deutsche Juden. Zwischen den Juden und Deutschen entwickelte sich ein neues Verhältnis, an das sich die deutsche Bevölkerung erst gewöhnen mußte. Die befreiten Zwangsarbeiter und Lagerhäftlinge, ehemals zu Untermenschen herabgestuft und aus der menschlichen, d.h. „arischen" Gesellschaft ausgestoßen, waren nun plötzlich nicht nur gleichwertig, sondern besaßen in manchen Fällen sogar einen höheren gesellschaftlichen Status als die einheimische Bevölkerung. Dieses neue Verhältnis stieß bei den Einheimischen auf beträchtlichen Widerstand. Die deutsche Bevölkerung betrachtete vor allem die Displaced Persons (DPs), das waren ehemalige Zwangsarbeiter aus aller Herren Länder, darunter auch nicht wenige Juden, die auf ihre Rückführung bzw. auf die Ausreise in einen Staat ihrer Wahl warteten, als Fremdkörper und Emporkömmlinge, als Sklaven gewissermaßen, die sich gegen ihren Herrn auflehnten. Ein Großteil der Spannungen zwischen der einheimischen Bevölkerung und den DPs im allgemeinen und den jüdischen DPs im besondern ist zweifellos auf die psychologischen Nachwirkungen der NS-Ideologie und -Propaganda zurückzuführen. Die schlechte körperliche Verfassung der DPs und ihre äußere Erscheinung, der Gesichtsausdruck und die Körpersprache dieser Menschen, ihre schäbige Kleidung und oft auch ihr asoziales Verhalten schienen die Propaganda der Nationalsozialisten zu bestätigen. Reedukation und Resozialisation sowohl der DPs als auch der deutschen Bevölkerung waren Voraussetzung für die neue gegenseitige Begegnung.

Jüdische Heimkehrer aus dem Exil hingegen erlangten leicht einen höheren gesellschaftlichen Status als ihre nichtjüdischen Nachbarn, vor allem wenn es sich um Vertreter der verschiedenen Organisationen handelte, die in Deutschland nach dem Krieg aktiv wurden, oder um solche, die im Exil vermögend geworden waren. Die Situation der deutschen Juden, die das Konzentrationslager überlebt hatten oder aus dem Untergrund wiederauftauchten, war hingegen oft sehr kritisch. Weder der Kategorie der Displaced Persons noch der gewöhnlichen Bevölkerung angehörend, wurde diese Gruppe von den Alliierten als Deutsche und von der deutschen Bevölkerung wegen ihrer jüdischen Abstammung diskriminiert. Und wer das von den Nationalsozialisten geraubte Eigentum zurückforderte, mußte sich auch gegen die Angriffe der neuen Eigentümer behaupten, die sich von den billig erworbenen Immobilien nicht trennen wollten. Ein großer Teil der deutsch-jüdischen Spannungen nach dem Krieg war auf den Rückerstattungsanspruch überlebender deutscher Juden zurückzuführen.

Einen ganz anderen Status nahmen die ausländischen jüdischen Beamten ein, die im besetzten Land entweder als Soldaten, in der Öffentlichkeitsarbeit oder in der Besatzungsverwaltung dienten und dadurch der eingesessenen Bevölkerung gegenüber Befehlshaber und zugleich privilegiert waren. Doch nur in Einzelfällen, vor allem unmittelbar nach dem Zusammenbruch, nutzten DPs oder deutsche Juden die neue Situation zum Aufbau eigener Machtpositionen auf Kosten der deutschen Bevölkerung.

Die unter blauweißer Fahne marschierenden Soldaten der jüdischen Brigade aus Palästina gehörten zu den ersten Einheiten, die nach dem Zusammenbruch in Deutschland eingesetzt werden sollten. Nachdem die Brigade während der letzten Monate des Krieges an den Kämpfen in Italien teilgenommen hatte, setzte sie sich im Mai 1945 nordwärts Richtung Deutschland in Bewegung. Der Einsatz im besetzten Deutschland wurde von den mit Rachegedanken erfüllten jüdischen Soldaten mit Spannung erwartet. An ihre Lastwagen hefteten sie, wie schon früher nach Deutschland gekommene jüdische Einheiten, Spruchbänder mit der Aufschrift „The Jews are coming!". Jüdische Soldaten sollen bei dieser Gelegenheit Kindern zugerufen haben, sie sollen ihren Eltern ausrichten, daß „die Juden kommen".[1] Schließlich rückte die Brigade nicht in Deutschland ein und blieb statt dessen in Treviso, am Dreiländerdreieck Italien-Jugoslawien-Österreich stationiert.

Briefe dieser Soldaten zeugen jedoch von ihrer Stimmung. Sie enthielten aggressive Botschaften und waren von Haßgefühlen durchtränkt. Es war ständig von Rache die Rede. Die jüdischen Soldaten wollten die Deutschen leiden sehen. Sie weigerten sich, winkende Kinder, die ihren Weg säumten, in die Arme zu nehmen.[2] In den Soldatenbriefen kam sodann Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß Deutschland besiegt war. Der deutlich erkennbare Schrecken der Bevölkerung beim Anblick des Davidsterns an den Uniformen der Soldaten der jüdischen Brigade wurde mit Genugtuung registriert.[3] Angesichts der aggressiven Äußerungen befürchtete ein Korrespondent, persönliche Motive könnten „Rachsüchtige" zu Tätlichkeiten gegenüber Deutschen verleiten.[4] Im Brief dieses Korrespondenten kommt aber auch Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß die jüdische Brigade nicht als Teil der Beatzungsarmee in Deutschland eingesetzt wurde. Diese Haltung war sehr verbreitet und gab Anlaß zu mehreren Debatten, auch innerhalb der damaligen Führung der jüdischen Gemeinschaft.[5] Einen gewissen Trost bot der Umstand, daß bestimmte Einheiten und einzelne Soldaten zur Bewachung von Kriegsgefangenen in Belgien abgeordnet wurden. Hauptmann Amos Ben Gurion, der Sohn des späteren israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion, schrieb seinen Eltern: „Stellt Euch meine Gefühle und die Gefühle der Deutschen vor. Hier hat ein grundlegender Rollentausch stattgefunden. Ehemalige Lagerkommandanten sitzen nun hinter dem Stacheldraht und werden von jüdischen Offizie-

---

1 BEN-CHORIN, Ha-nokmim.
2 HAARETZ (Tel Aviv) vom 26. 8. 1945.
3 M. Shifmann an Leah Biskin am 19. 8. 1945, ILA, Section IV 208, File 4802b.
4 Yitzchak an Leah Biskin o.D., ILA, Section IV 208, File 4802b.
5 Tagebucheintrag Ben Gurions vom 21. 5. 1945, BGA, BGD.

ren und Soldaten bewacht".[6] Ein Teil der Soldaten wünschte mehr als nur private, sporadische Rache. Mitglieder der jüdischen Selbstschutzorganisation Haganah, die nach der Gründung des Staates Israel in der israelischen Armee aufging, gründeten innerhalb der jüdischen Brigade eine Geheimorganisation, die sich auf das Aufspüren und Liquidieren von hohen Parteifunktionären, SS-, Gestapo- und Wehrmachtoffizieren spezialisierte. Die Episode der „Rächer" stellte ein ganz besonderes Kapitel der deutsch-jüdischen Beziehungen nach dem Krieg dar.

In Augenzeugenberichten schildern ehemalige jüdische Soldaten etwa vierzig Jahre nach dem Krieg, wie die damalige Verzweiflung und die Wut zu unkontrollierten Ausbrüchen führte: wie jüdische Soldaten in Häuser von Deutschen eindrangen, die Bewohner schlugen, Eigentum zerstörten und Frauen vergewaltigten. Systematischer gingen die von Haganah-Untergrundkommandanten zusammengestellten „Killerkommandos" vor, die den Auftrag hatten, SS- und Gestapoleute zu liquidieren. Diese Aktivitäten fanden unter strenger Geheimhaltung statt. Die übrigen Soldaten wußten davon sehr wenig oder gar nichts. Das britische Kommando hatte innerhalb der jüdischen Brigade eine Nachrichtendiensteinheit aufgestellt, deren Aufgabe es war, belastete Nationalsozialisten aufzuspüren. Da die jüdischen Soldaten zum Teil die deutsche Sprache beherrschten, galten sie dafür als besonders geeignet. Auch die illegalen Zellen prüften die Identität von Personen mit NS-Vergangenheit, und falls sich gewisse Verdachtsmomente bestätigten, töteten sie die Opfer in österreichischen Wäldern und warfen die Leichen in nahegelegene Seen.[7] Als die Haganah-Befehlszentrale in Palästina von diesen Rachefeldzügen erfuhr, schickte sie einen Sondergesandten nach Europa, um sie zu stoppen. Doch die Soldaten der jüdischen Brigade waren nicht die einzigen Rächer. Eingereiste ehemalige jüdische Konzentrationshäftlinge aus Litauen und Weißrußland versuchten ein ganzes SS-Kriegsgefangenenlager zu vergiften.[8] Ein Unternehmen, das wie andere Versuche dieser Art vom britischen Geheimdienst vereitelt wurde. Zudem waren zahlreiche jüdische Überlebende gewillt, ihre früheren Verfolger in Deutschland auf eigene Faust aufzuspüren und sich persönlich an ihnen zu rächen.

Die jüdische Brigade sah es als ihre Hauptaufgabe an, die Einwanderung nach Palästina zu organisieren. Dies widersprach den damaligen Gesetzen des britischen Palästinamandats, das die jüdische Einwanderung auf wenige hundert Personen pro Jahr beschränkte. Die jüdischen Soldaten organisierten illegale Geheimrouten zu italienischen Häfen, wo sich die illegalen Einwanderer dann nach Palästina einschifften.[9] Diese Aktion unter der hebräischen Bezeichnung „Bricha" (Flucht) erfolgte ausschließlich mit Hilfe der Infrastruktur der jüdischen Brigade, erforderte jedoch mindestens ein gewisses Maß an Kooperation seitens der lokalen Behörden und der amerikanischen Militärverwaltung. Wenig später wurden die Soldaten der sich in Auflösung befindlichen Einheiten bei der Organisation

---

6 Amos Ben Gurion an seinen Vater am 19. 8. 1945, BGA, Correspondence File.
7 BEN-CHORIN, Ha-nokmim, S. 6–8.
8 ARIF, Rache.
9 Vgl. etwa den Tagebucheintrag Ben Gurions vom 28. 12. 1947, BGA, BGD; EDER, Sheerith.

der illegalen Einwanderung nach Palästina von Zivilisten, d.h. von Mitgliedern der Haganah, von Vertretern der Jewish Agency for Palestine (JAFP) und von Mitgliedern anderer zionistischer Organisationen, abgelöst. Die Delegationen dieser Organisationen setzten sich aus zahlreichen Fachkräften zusammen, darunter Sozialarbeiter, Lehrer und Beamte, von denen man sich eine effizientere und professionellere Erledigung der anstehenden Aufgaben versprach.

2. Die jüdischen Displaced Persons

Die in Lagern untergebrachten DPs – auch die jüdischen – fristeten durchweg ein trostloses Dasein. Sie lebten in überfüllten Baracken, trugen z.T. noch die Kleidung von Konzentrationslagerhäftlingen und wurden nur unzureichend ernährt. Earl J. Harrison, Beauftragter des US-Präsidenten Harry S. Truman, meinte zu den Lebensumständen der DPs etwas überspitzt: „So wie die Dinge jetzt stehen, scheinen wir die Juden so zu behandeln, wie es die Nazis taten, außer dass wir sie nicht vernichten."[10]

Dies war aber eine recht einseitige Bewertung. Denn die jüdischen Soldaten und Beamten der Militärverwaltung kümmerten sich intensiv um die jüdischen DPs. Sie organisierten die ersten gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten in den Lagern, halfen beim Aufbau von Selbstverwaltungsorganen und richteten Schulen ein.

In den Jahren 1949 und 1950 leerten sich die jüdischen DP-Camps allmählich. Viele Insassen wanderten in den neugegründeten Staat Israel aus, ein Teil emigrierte in die USA und in andere Staaten in Übersee, und eine Minderheit entschied sich dafür, sich in Deutschland niederzulassen, und zog in die Städte. In den sowohl für die DPs als auch für die Lokalbevölkerung als sehr lang empfundenen drei bis fünf Jahren des Bestehens dieser Lager entwickelten sich gewisse Verhaltensweisen – oder zumindest wurden solche erkennbar.

Solange DPs in den westlichen Besatzungszonen in nennenswerter Zahl vorhanden waren, gab es Konflikte zwischen ihnen und der deutschen Bevölkerung, die sich an Fragen wie der Unterbringung, der Sicherstellung des Lebensunterhaltes und dem Schwarzmarkt entzündeten.

So gab es schon frühzeitig Bemühungen, den jüdischen DPs mehr Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Der bereits erwähnte Earl J. Harrison empfahl beispielsweise, öffentliche Gebäude und ganze Dörfer zu requirieren.[11] Da die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung keine Schuld hinsichtlich des Krieges und seiner Ursachen und Folgen empfand – wie Harrison feststellte –, stießen Maßnahmen der Wohnungsbeschlagnahmung für Juden auf Ablehnung. Diese sind

[10] Zusammenfassung des ersten Teilberichtes von Earl G. Harrison über seine Europa-Mission im September 1945, bei der er die Verhältnisse und Bedürfnisse der potentiell nicht repatrierbaren (v.a. jüdischen) DPs des SHAEF-Gebietes in Deutschland in Erfahrung bringen sollte, Truman Library, President's Secretary Files, Box 184.

[11] Ebd.

gleichwohl durchgeführt und Berufsschulen für die Ausbildung ungelernter junger jüdischer DPs beschlagnahmt worden.[12]

In die Diskussion um die Wohnraumfrage schaltete sich auch David Ben Gurion, damals Vorsitzender der JAFP, ein, der General Dwight D. Eisenhower den Vorschlag unterbreitete, Teile Deutschlands bzw. einen Bezirk der amerikanischen Besatzungszone zu räumen, um dort vorübergehend jüdische DPs bis zu ihrer Emigration nach Palästina anzusiedeln. Eine solche Lösung würde, so Ben Gurion, den Siedlern ein ruhiges Leben in einer landschaftlich ansprechenden Umgebung ermöglichen und zu ihrer psychischen und physischen Rehabilitation beitragen. Die Selbstverwaltung würde ihnen zudem ein Gefühl der Sicherheit und Freiheit geben und Konfrontationen mit der feindseligen deutschen Bevölkerung vor Ort vermeiden.[13] Die amerikanischen Militärbehörden lehnten Ben Gurions Plan unter anderem auch nach Rücksprache mit dem Berater für jüdische Angelegenheiten der amerikanischen Militärregierung, Richter Simon Rifkind, ab.[14] Rifkind bezweifelte die Bereitschaft der DPs, von ihren momentanen Aufenthaltsorten an die neuen Orte überzusiedeln.

Bei sämtlichen Vorschlägen dieser Art ging es letztlich um die Umsiedlung der lokalen Bevölkerung zwecks Beschaffung menschenwürdiger Unterkünfte für DPs. Doch die Beschlagnahmung deutscher Wohnungen führte nur zu noch mehr Spannungen und Haß.[15] Offiziere vor Ort führten diesbezügliche Befehle oft nur widerwillig aus, sei es aus Furcht vor Unruhen oder aufgrund persönlicher Anschauungen und Stimmungen. In bestimmten Fällen setzten Offiziere vor Ort die Rückgabe von Wohnungen an ihre ursprünglichen Besitzer oder auch die Zwangsräumung von Wohnungen, die von jüdischen Bewohnern besetzt waren, zugunsten von nichtjüdischen DPs durch. Besonders tragisch waren diese Zwangsmaßnahmen, wenn sie deutsche Juden betrafen, deren Eigentum während des Krieges „arisiert" und später nicht zurückgegeben oder in den Kämpfen bzw. von Bomben zerstört worden war. Von den Besatzern als deutsche Bürger betrachtet, profitierten deutsche Juden nicht einmal von den bescheidenen Vorteilen des DP-Status.[16]

In den ersten Monaten nach der Befreiung konfiszierten die Besatzungsbehörden Kleider von der Zivilbevölkerung, um die immer noch Häftlingskleidung

---

[12] Bericht des jüdischen Beratungskomitees für UNRRA, HI, Margaret E. Fiat Papers, Box 2–3, Headquarters, US Forces European Theater, G-5 Division; Bericht von Dr. Ignacy Schwarzbart über seinen Besuch in der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland am 27. 2. 1946, AJA, U-245; Hoffmann an Dobkin am 25. 12. 1945, BGA, Correspondence File.

[13] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 29. 10. 1945, BGA, BGD; Murphy an den US-Außenminister am 17. 11. 1945, USNA, 800.4016DP/11–1745, Box 4080, group 59.

[14] W.B. Smith an Ben Gurion, 21(?). 11. 1945, BGA, Correspondence File.

[15] Studie über die Lage der Juden in der britischen Besatzungszone in Deutschland im März 1946, YVA, Jerusalem, Rosensaft Papers, File 0-7016 (3/11).

[16] C.E. Israel an Gertrude Reichmann am 19. 4. 1946, HI, Margaret E. Fiat Papers, Box 2, File 2–2; Independent Jewish Press vom 29. 3. 1946, AJA, U-245; die Jewish Telegraph Agency am 25. 1. 1948 über Mitarbeiter der amerikanischen Militärregierung in München, die von jüdischen DPs verlassene Wohnungen an Deutsche weitergaben, AJA, U-332; HEYMONT, Among the survivors, S. 36–37.

tragenden DPs besser einzukleiden. Bei der Nahrungsmittelbeschaffung ging man gelegentlich ähnlich vor. Dies war jedoch nur selten der Fall, da auch die einheimische Bevölkerung nicht genug zu essen hatte. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln wurde vor allem von den Organen der Siegermächte gewährleistet. Trotzdem erweckte die bevorzugte Behandlung der DPs besonders im ersten und zweiten Jahr nach der Besetzung Deutschlands bei der einheimischen Bevölkerung erhebliche Mißgunst. In den folgenden Jahren wurden diese Privilegien dann in den meisten Fällen abgebaut, was wiederum Proteste von DPs hervorrief.

Im Laufe der Jahre war eine Zunahme der Zahl von DPs zu verzeichnen, die ihre osteuropäische Heimat nach dem Krieg auf der Suche nach einem Leben in Sicherheit und frei von drückenden Erinnerungen verlassen hatten. Diese „neuen" DPs waren dem aufgestauten Haß der einheimischen Bevölkerung und oft auch der alliierten Soldaten besonders ausgesetzt. Hierzu sei bemerkt, daß die Soldaten der Besatzungsmächte weder an den Kämpfen teilgenommen hatten noch persönliche Eindrücke von den Greueltaten der Nationalsozialisten besaßen.[17] Sie neigten deshalb eher dazu, Entscheidungen zugunsten der betroffenen Deutschen zu treffen. Auch die Suche nach Unterkünften erwies sich für die „neuen" DPs als besonders schwer. Von DPs geräumte Häuser und Wohnungen wurden den ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben, und Eigentümer von Häusern und Wohnungen, die weiterhin von „Infiltranten" aus dem Osten besetzt waren, versuchten gegen die ungebetenen Bewohner Stimmung zu machen.

Die offiziellen Gesandten aus Palästina und Mitglieder verschiedener Hilfsorganisation der jüdischen Gemeinschaft und der Vereinten Nationen nahmen in diesem Zusammenhang meistens für die DPs Partei. Sie erachteten die Einquartierung der Juden in deutschen Wohnungen nicht nur als notwendigen Schritt zur Lösung des Wohnungsproblems dieser Gruppe, sondern auch als Element legitimer Vergeltung des jüdischen Volkes.[18] Requisitionsentscheide der Militärbehörden waren in manchen Fällen auf ihren Einfluß zurückzuführen. Der offizielle oder halboffizielle Status verschaffte ihnen Zugang zu lokalen Befehlshabern oder zu den zentralen Militärbehörden. Es lag in der Zuständigkeit des Militärs, von den deutschen Behörden die Räumung der geforderten Quartiere zu verlangen. Die Zwangräumung von Wohnraum war zweifellos eine der Hauptursachen der Konfrontationen zwischen Juden und Deutschen nach Kriegsende.

Die Bereitstellung des Lebensunterhaltes für die jüdischen DPs folgte einem ähnlichen Muster wie die Requirierungen und entwickelte sich bald zur vermutlich wichtigsten Streitursache zwischen Deutschen und jüdischen DPs. Wie beim Wohnungsproblem standen zunächst wieder die ehemals von den Nationalsozia-

---

[17] Dvora Damber an Jehudith am 19. 10. 1948, ILA, 208/IV, 4804a; Berichte der Gesandten vom 26. 1. 1.–1. 2. 1946, BGA, BGD; SYRKIN, State of the Jews, S. 18.

[18] Entwurf eines Memorandums von Shalom Adler-Rudel über die Situation der Juden in Deutschland vom 24. 7. 1945, CZA, A 140/650; Studie über die Lage der Juden in der britischen Besatzungszone in Deutschland im März 1946 vom 29. 3. 1946, YVA, Rosensaft Papers, 70/6 (3/11).

listen verschleppten und in Rüstungsbetrieben während des Krieges rücksichtslos geschundenen Zwangsarbeiter im Mittelpunkt.[19] Aufgrund der traumatischen Erfahrungen, die die Jahre der Zwangsarbeit hinterlassen hatten, wurde die Arbeit im allgemeinen und die Zusammenarbeit mit Deutschen im speziellen von dieser Gruppe als Strafe empfunden und daher abgelehnt. Die ehemaligen Zwangsarbeiter zogen es vor, die unentgeltliche Nahrungsmittelhilfe zunächst der Militärbehörden und später der verschiedenen Hilfsorganisationen, darunter die United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) und das American Jewish Joint Distribution Committee (AJDC), in Anspruch zu nehmen.

Die Befreiten lebten von einer bescheidenen Nahrungsmittelration, gelegentlich aufgebessert von Nahrungsmittelpaketen des AJDC, der JAFP oder anderer wohltätiger Organisationen und hatten keinerlei Anreiz zur Arbeit, von Motivation ganz zu schweigen. Es kam zu vielen Fällen von Diebstahl, besonders von Früchten und Gemüse, zur Aufbesserung der kargen Essensrationen. Dem ist hinzuzufügen, daß die ehemaligen Konzentrationslagerhäftlinge und Zwangsarbeiter in den ersten Monaten nach der Befreiung körperlich nicht in der Lage waren, irgendeiner Arbeit nachzugehen. Auch nach der Befreiung erlagen noch Hunderte dem Hunger, der Erschöpfung und Krankheiten als Folge des jahrelangen Lagerdaseins.[20] Bei den Beschäftigten in DP-Lagern handelte es sich deshalb mehrheitlich um einheimische Deutsche, die unter den damaligen Umständen von Hunger und Arbeitslosigkeit gezwungen waren, zu arbeiten, um zu überleben. Die DPs gewöhnten sich an die deutschen Arbeiter, die sämtliche Unterhaltsarbeiten im Lager, einschließlich Reinigung, Abfallbeseitigung, Heizung und Küchenarbeiten, verrichteten. Es gab in den DP-Camps weder Arbeit für Leute mit beruflichen Qualifikationen und Bildung noch Anlagen, Rohstoffe oder Kapital, um irgend etwas zu produzieren.

Zunehmend wurde dieser Zustand von den DPs auch ideologisch untermauert: Während des Krieges hatten sie sich für Deutschland abgeschunden und waren von den Nationalsozialisten ausgebeutet worden. Nun waren die Juden an der Reihe, von ihren ehemaligen Befehlshabern bedient zu werden. Die von den Deutschen zu verrichtende Arbeit im Dienste der DPs wurden als eine Art Vergeltung für das ihnen zugefügte Leid betrachtet. Selbst zu arbeiten galt in jüdischen DP-Kreisen im Extremfall als unschicklich und unannehmbar, jedenfalls solange nicht, wie sich die jüdischen DPs noch in Deutschland aufhielten. Die Arbeit war von Deutschen zu verrichten, und wenn ein jüdischer DP eine Arbeit annahm, so geschah dies außerhalb der Sichtweite der deutschen Nachbarn.[21]

---

[19] Bericht von Nachum Goldmann vom 5. 3. 1946 im Rundbrief des German Jewish Representative Committee, AJA, U-258, I03, Nr. V-1.

[20] Eintrag vom 10. 5. 1945, BGA, BGD.

[21] Bericht über den Besuch von DP-Lagern vom 6. 11. 1945, AJA, U-245; Rundbrief des German Jewish Representative Committee vom 5. 3. 1946, AJA, U-258, Room I 03, Nr. V-1; UNRRA Review vom April 1946, IfZ, DW 102.001; Memorandum von Malka Shapira vom 24. 10. 1946, Illegal Immigration Haapalah Archives, File 14. 13. 2; Rabbi Philip S. Bernstein über das DP-Problem und den Status der jüdischen DPs am 20. 6. 1947, BArch, Z 45 F, CAD, 3168–3/5.

Die ehemaligen Zwangsarbeiter übertrugen den Widerwillen gegen körperliche Arbeit auch auf die späteren DPs, die im Gegensatz zu den ersten Insassen der DP-Camps jedoch nicht von traumatischen Erinnerungen an die Zwangsarbeit in deutschen Lagern belastet waren, zumindest nicht in derselben Form. Die Verweigerung körperlicher Arbeit unter jüdischen DPs war unter anderem auch auf die Ablehnung zurückzuführen, am Wiederaufbau Deutschlands teilzunehmen und sich in den lokalen Arbeitsmarkt eingliedern zu lassen. Zumindest die DPs, die aus Deutschland zu emigrieren beabsichtigten, sahen keine Veranlassung zu produktiver Tätigkeit auf deutschem Territorium. Jene DPs, die trotzdem Beschäftigung in den Lagern annahmen oder für den Konsum außerhalb der Lager produzierten, taten dies nur im Rahmen der DP-Institutionen.[22]

Auch dafür gab es eine ideologische Rechtfertigung: Die jüdischen DPs seien ohnehin kein fester Bestandteil der deutschen Bevölkerung, sondern nur „Gäste", unerwünschte dazu. Die Nationalsozialisten seien zudem für die Zerstörung Deutschlands verantwortlich. Die Deutschen müßten für ihre Taten büßen. Sich in die deutsche Wirtschaft einzufügen, würde bedeuten, dazu beizutragen, die Not der Deutschen zu lindern, doch die Juden hätten keinerlei moralische Verpflichtung, den Deutschen zu helfen. Im Gegenteil. Die jüdischen DPs weigerten sich insbesondere, an der Behebung von Kriegsschäden mitzuwirken, obwohl sich solche Arbeiten für ungelernte Arbeiter speziell eigneten. Ausländische jüdische Organisationen und die zuständigen amerikanischen Behörden billigten diese Haltung grundsätzlich. Versuche, die jüdischen DPs in der Produktion zu beschäftigen, führten in den letzten Jahren der alliierten Besetzung zu heftigen Debatten. Der diesbezügliche Druck kam besonders von den deutschen Ländern, aber auch von alliierten Stellen, vor allem von britischer Seite.[23]

Die alliierten Besatzungsbehörden nahmen die jüdischen DPs trotz Kritik in Schutz, solange die Lager existierten bzw. solange sie unter alliierter Verwaltung standen. Besonders die Amerikaner waren für die Gefahren, denen die Juden in Deutschland ausgesetzt waren, sensibilisiert und setzten eine strikte Trennung zwischen jüdischen DPs, der lokalen Bevölkerung und Aussiedlern durch, auch am Arbeitsplatz.

Jüdische Institutionen und vor allem die Gesandten aus Palästina verfolgten die Situation mit Sorge. Sie betrachteten die Untätigkeit vieler DPs als Grundübel und suchten nach Wegen, diese Leute zu beschäftigen oder ihnen eine Ausbildung zu verschaffen. JAFP-Gesandte zögerten nicht, zu diesem Zweck deutsche Ausbilder zu engagieren oder deutsche Fabriken und Lehrbetriebe vertraglich zu verpflichten, jüdische DPs beruflich auszubilden. Obwohl die Teilnahme an solchen Kursen beschränkt und ihr Effekt insgesamt von geringer Bedeutung war, zeugte das Unternehmen vom Bewußtsein für dieses Problem und vom Wunsch, konstruktive Lösungen zu suchen. Außerdem wurde damit deutlich, daß die Zusammenarbeit zwischen Juden und Deutschen unter angemessenen Bedingungen

---

22 Rabbi Philip S. Bernstein über das DP-Problem und den Status der jüdischen DPs am 20. 6. 1947, BArch, Z 45 F, CAD, 3168-3/5; MORNING FREIHEIT (New York), 11. 2. 1947.

23 William Haber an Abraham Rothfeld am 31. 8. 1948, AJA, U-243; NEW YORK HERALD TRIBUNE vom 22. 12. 1945.

funktionieren konnte. Jüdische Organisationen waren sich dieses Umstands bewußt und nutzten ihn zum Vorteil der DPs.[24]

Auch bayerische Stellen und Industriebetriebe bekundeten Interesse an diesem Vorhaben, um den Juden und sich selbst zu helfen. Sie boten Werkstätten und Ausbilder gegen Arbeitskräfte, Rohstoffe und Vermarktung.[25] Hinzu kamen Beschäftigungsmöglichkeiten in den DP-Lagern selbst und in alliierten Militäranlagen. Angesichts des großen Zustroms von DPs, der zeitweise auf mehrere hunderttausend Menschen anschwoll, konnte das Problem dauerhaft nur durch möglichst rasche Emigration gelöst werden. In der Zwischenzeit bereicherten sich zahlreiche DPs am Schwarzmarkt.

Die Berichte über Schwarzmarktdelikte von DPs standen jedoch in keinem Verhältnis zum eigentlichen Ausmaß der Erscheinung, und Angriffe auf jüdische Schmuggler und Profiteure dienten oft als Deckmantel für antisemitische Ausfälle. Da der Antisemitismus nach dem Holocaust nicht mehr gesellschaftsfähig war und antisemitische Äußerungen und Handlungen von den Besatzungsbehörden nicht toleriert wurden, war der öffentliche Feldzug gegen den Schwarzmarkt eine bequeme Tarnung für solche Umtriebe. Die deutschen Massenmedien nahmen die Kampagne bereitwillig auf, und die Juden in Deutschland waren der Stigmatisierung schutzlos ausgeliefert.[26]

Die Berichte ließen den grassierenden Schwarzmarkt sozusagen als jüdische Domäne erscheinen, obwohl daran in Wirklichkeit jedermann beteiligt war, der über entsprechende Verbindungen verfügte, darunter auch deutsche Zivilisten und Beamte, Soldaten der Besatzungsarmeen und DPs aller Nationalitäten. Dies sollte bei der Diskussion der Beteiligung von Juden am Schwarzmarktgeschäft stets im Auge behalten werden.

Der Schwarzmarkt bedeutete für viele beschäftigungslose jüdische DPs willkommene Betätigung und Zeitvertreib zugleich und unter den Bedingungen der damaligen Knappheit, in der selbst Zigaretten als Währung dienten, eine fast unerschöpfliche Verdienstquelle. Die DPs kannten in diesem Zusammenhang kaum moralische Schranken. Selbst die Beteiligung am Schwarzmarkt wurde für sie zur Ideologie, nämlich zu einer weiteren Form der Vergeltung an Deutschland für die NS-Verbrechen. Einmal mehr wurde so asoziales Verhalten ideologisch gerechtfertigt. Güter aus für DP-Camps bestimmten Hilfslieferungen jüdischer Organisationen und Nahrungsmittel aus rationierten Beständen wurden von DPs mit

---

[24] Bericht von Etta Deutsch vom 15. 2. 1946, AJDC, New York, Germany, General, 1946–65, File 375; Bericht des jüdischen Beraterkomitees für UNRRA vom 24. 1. 1947, HI, Margaret E. Fiat Papers, Box 2, File 2–2, Headquarters, U.S. Forces European Theater, G-5 Division; Haber an Rothfeld am 31. 8. 1948, AJA, U-243.

[25] Notiz des Staatskommissariates „Opfer des Faschismus" im Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 23. 10. 1946 und Aktenvermerk des Bayerischen Staatsministers für Wirtschaft, Ludwig Erhard, für General Draper am 24. 10. 1946, CZA, A 140/677.

[26] Bericht über den Antisemitismus an Major Abraham S. Hyman, den Rechtsberater im Office of the Adviser of Jewish Affairs, vom 29. 4. 1947, AJA, U-258; der stellvertretende Direktor für die Nachrichtendienste im Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Europa an den Direktor der Zentralen Informationsdivision des OMGUS über Anti-D Agitation in der deutschen Presse am 12. 5. 1947, BArch, Z 45 F, ODI, 7/22–1/23.

tatkräftiger Unterstützung von deutschen Beamten am Schwarzmarkt verkauft.[27] Da die jüdischen DPs leicht in Verbindung mit Schwarzmarkttätigkeiten gebracht werden konnten, kam es auch vor, daß sich nichtjüdische Profiteure zur Tarnung hinter jüdischen Namen oder jüdischen Organisationen versteckten.[28] Des weiteren wurde über verleumderische Vorwürfe gegen jüdische DPs seitens deutscher Stellen zur Rechtfertigung von Übergriffen gegen diese Bevölkerungsgruppe berichtet.[29] Zuweilen fühlten sich die Besatzungsbehörden trotz Mißbilligung des Schwarzmarkts veranlaßt, die DPs öffentlich gegen Anschuldigungen deutscher Stellen zu verteidigen.[30]

Von den grundlosen Anschuldigungen und der antisemitischen Propaganda abgesehen, enthalten die Berichte über die Schwarzmarkttätigkeit von DPs, wie bereits erwähnt, mehr als nur ein Korn Wahrheit. Jüdische Institutionen waren über diesen Umstand sehr besorgt, und auch Ben Gurion nahm dazu in seinem Tagebuch mehrmals Stellung.[31] Der spätere israelische Ministerpräsident stufte dieses Verhalten bzw. diesen Mißstand als äußerst schädlich für das Verhältnis zu den Besatzungsbehörden ein. Berichte, die Palästina und Hilfsorganisationen im Ausland erreichten, waren von Schilderungen über die jüdische Beteiligung am Schwarzmarkt durchzogen.

Die amerikanischen Behörden stuften den Schwarzmarkt als große Gefahr für die Anstrengungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Deutschland ein. Da die langfristige Strategie der Wiederherstellung des Marktes, der Beschäftigung und der öffentlichen Moral vom illegalen Handel bedroht war, wurden die DPs zum Ziel von Maßnahmen der Schwarzmarktbekämpfung. Insofern wirkte der Schwarzmarkt als Katalysator für Reformen. Hinsichtlich der Bekämpfung des Schwarzmarkts tauchten folgende Fragen auf: Wie kann der Schwarzmarkt zerschlagen werden, wie sind die Hintermänner auszuschalten und wer soll diese Aufgabe übernehmen? Damit verbunden waren verschiedene juristische Fragen: Welchen rechtlichen Status besitzen die DPs im besetzten Deutschland? Welche Gesetze gelten für diese Gruppe bzw. wie ist sie formal einzustufen? Welchem Strafrecht sind sie unterworfen, welcher territoriale Status gilt für die DP-Camps und wie soll Recht und Ordnung dort durchgesetzt werden? Die Antworten auf diese Fragen offenbarten nicht nur wachsenden Antisemitismus in der breiten Bevölkerung, sondern auch eine aufkeimende rassistische Stimmung und diskriminierende Praktiken in den Reihen der Besatzungsmächte, vom einfachen Soldaten bis zu den zentralen Militärbehörden.

Um die Schwarzmarktaktivitäten in DP-Kreisen einzudämmen, illegale Ware aufzuspüren und die DP-Camps als Zentren solcher Aktivitäten auszuschalten,

---

[27] JERUSALEM POST vom 7. 11. 1950; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 21. 10. 1945, BGA, BGD.

[28] Protokoll der Präsidiumssitzung des Central Jewish Committee in Bergen-Belsen am 14. 12. 1948, YVA, Rosensaft Papers, 0–70/4 (71/18).

[29] Tobin an R. Gov. Officer am 15. 7. 1948, YVA, Rosensaft Papers, 0–70/6 (32/2).

[30] Der Kommandeur der 45/83, A.C. Clark, an das Relief Detachment in Celle über Schwarzmarktaktivitäten im Lager Holme, YVA, Rosensaft Papers, 0–70/6 (32/1).

[31] Tagebucheinträge Ben Gurions vom 19. und 21. 10. 1945 und vom 28. 1. 1946, BGA, BGD.

führte das Militär Razzien durch, an denen sich Einheiten von bis zu mehreren hundert Mann beteiligten. Solche Razzien verfehlten jedoch oft ihr Ziel. Die mageren Resultate konnten den massiven Einsatz von Gewalt jedenfalls nicht rechtfertigen. Zudem hinterließen die überfallartigen Durchsuchungen einen bitteren Nachgeschmack: Obwohl die deutsche Zivilbevölkerung und das alliierte Militär in nicht geringerem Masse am Schwarzmarkt beteiligt waren, konzentrierten sich solche Aktionen allzuoft nur auf die jüdischen DPs. Die Razzien wurden, den Dokumenten zufolge, von der einheimischen Bevölkerung auch häufig mit großer Befriedigung aufgenommen.[32]

Razzien in jüdischen DP-Camps und von Juden bewohnten Stadtteilen gaben der deutschen Polizei Gelegenheit, aufgestauten Aversionen und Haß freien Lauf zu lassen. Das brutale Vorgehen dieser Polizeikräfte und amerikanischer Truppen führten in mehreren Fällen zu Toten und Verletzten unter den jüdischen DPs, was wiederum Protestdemonstrationen und weitere Zusammenstöße zwischen Juden, Deutschen und den Sicherheitskräften verursachte. In den Jahren 1945 und 1946 ereignete sich eine ganze Reihe solcher folgenschwerer Zwischenfälle, deren einzelne Aufzählung aber zu weit führen würde.[33] Obwohl die Maßnahmen der Sicherheitskräfte gelegentlich als direkte Reaktion auf Aktivitäten jüdischer DPs erfolgten, wurde offensichtlich bewußt übertriebene Gewalt angewandt.

Als die Alliierten die Ausmaße des Problems erkannt hatten, erklärten sie sich bereit, die einstimmige Forderung jüdischer Wortführer zu erwägen, den deutschen Behörden und vor allem der deutschen Polizei und Justiz die Befugnisse über die jüdischen DPs zu entziehen.[34] Doch den Erklärungen folgten vorerst keine Taten. Das Andauern des Konflikts und die anhaltende Brutalität der deutschen Polizei ließen den Besatzungsmächten schließlich keine andere Wahl, als den Status der Juden in Deutschland neu zu überdenken.

Ein Zwischenfall in Stuttgart, bei dem der Auschwitz-Überlebende Samuel Danziger von der Polizei erschossen wurde, war der Auslöser für eine drastische Änderung der alliierten Haltung. Der Vorfall wird als grundloser Angriff nazifreundlicher Polizeibeamter auf eine Ansammlung jüdischer DPs beschrieben. Bei dem Beamten, der für den Tod Danzigers verantwortlich war, handelte es sich angeblich um einen ehemaligen KZ-Wachposten.[35] Nach mehreren solchen Ereignissen wurde der deutschen Polizei der Zutritt zu DP-Camps nur noch unter

---

[32] Bericht über die Razzia im Lager Eschwege am 5. 3. 1948, AJA, U-332.

[33] Independent Jewish Press Service vom 8. 3. 1946, AJA, U-245; NEW YORK HERALD TRIBUNE, 18. 2. 1946 und 1. 3. 1946; Samuel Barron über den Terror in den DP-Lagern am 31. 7. 1946, AJA, U-330; Bericht vom 5. 8. 1947, AJA, U-332; Bericht vom 9. 10. 1946, HI, Margaret E. Fiat Papers, Box 2, File 2–3; Rosensaft an Solomon am 31. 3. 1948, YVA, Rosensaft Papers, 0–70/9 (47/4); DAWAR (Tel Aviv) vom 11. 8. 1949.

[34] Murphy an den amerikanischen Außenminister am 17. 11. 1945, USNA, 800.4016DP/11–1745, Box 4080, Group 59; Byrnes an USPOLAD in Berlin am 1. 12. 1945, USNA, 800.4016DP/12–145, Box 4080, Group 59; Lucius Clay an den Sekretär des Generalstabs der OMGUS am 24. 4. 1946, BArch, Z 45 F, AG 1945–46/89/6.

[35] TIMES (London) vom 30. 3. 1946; vgl. FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 2. 4. 1946 und Abendausgabe vom 5. 4. 1946.

Aufsicht von amerikanischen Offizieren und mit Wissen der Lagerkommandanten gestattet.[36] Das brutale Vorgehen der Polizei führte zu lautstarken Protesten und Interventionen seitens jüdischer Institutionen in den USA.[37] Als Folge davon änderte das Militär die Bestimmungen und räumte den jüdischen DP-Camps faktisch einen exterritorialen Status ein.[38] Die deutschen Behörden protestierten gegen diese Maßnahme, mußten sich diesen neuen Bestimmungen – mit gewissen Abstrichen – jedoch fügen. Die bei der Zusammenlegung der amerikanischen und britischen Zone vorgebrachte britische Forderung, die DPs der deutschen Gerichtsbarkeit zu unterstellen, konnte sich nicht durchsetzen.[39]

Die Angelegenheit war ein Dauerthema. Nach der Gründung der Bundesrepublik und der Ausreise der meisten jüdischen und nichtjüdischen DPs traten die Alliierten die meisten Bereiche der Gerichtsbarkeit über die Ausländer in Deutschland wieder an die deutschen Behörden ab. Aus „Displaced Persons" wurden den deutschen Gesetzen und Gerichten unterstellte „heimatlose Ausländer"[40], wobei die internationale Flüchtlingsorganisation IRO die Jurisdiktion über ehemalige jüdische DPs bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1951 teilweise behielt. Die Übertragung dieser Kompetenzen auf die deutschen Behörden wurde als „viel zu explosiv" eingestuft. Um die jüdischen DPs endgültig zur Auswanderung nach Israel zu bewegen, stellte die JAFP ihre Aktivitäten in Deutschland Ende 1950 ein. Doch der PR-Trick schlug offensichtlich fehl: Tausende ehemaliger DPs zogen es vor, in der Bundesrepublik zu bleiben, und von denen, die bereits nach Israel ausgewandert waren, kehrte ein Teil wieder nach Deutschland zurück. Die Juden, die sich in der Bundesrepublik niederließen, nahmen ihr Schicksal in die eigene Hand und stützten sich immer weniger auf den Schutz und die Hilfe jüdischer Institutionen aus dem Ausland. Im israelischen Konsulat in München fanden die Juden in Deutschland weiterhin Hilfe, aber nur noch im Rahmen der diplomatischen Vollmachten.[41] In ähnlicher Weise führten auch andere jüdische Institutionen wie das AJDC, der World Jewish Congress (WJC) und die JAFP ihre Arbeit im Rahmen ihrer Zuständigkeiten weiter, bis diese stufenweise auf die bundesdeutschen Behörden übertragen wurden. Mit der Auswanderung der Mehrzahl der DPs lösten sich auch die meisten sozialen Probleme im Zusammenhang mit den Juden in der Bundesrepublik von selbst auf.

---

[36] NEW YORK HERALD TRIBUNE vom 18. 2. 1946; zum Wortlaut der Verfügung: BArch, Z 45 F, AG 1945–46/89/6.

[37] Wise an Rifkind am 31. 3. 1946 und Rifkind an Wise am 31. 3. 1946, AJA, U-243. Darin schreibt der Berater Rifkind unter anderem: „Solange die deutsche Polizei in Zentren für jüdische DPs eingesetzt wird, wird es Gewalt geben".

[38] Clay, OMGUS, an den kommandierenden General der NSFET, APO 757, US Army, am 26. 4. 1946, BArch, Z 45 F, AG 1945–46/84/6.

[39] Bernstein an Kenen am 7. 7. 1946, AJA, U-243.

[40] NEW YORK TIMES vom 5. 6. 1950; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 23. 6. 1950.

[41] JELINEK, Like an Oasis, S. 81–98.

3. Antisemitische Ressentiments in den westlichen Besatzungszonen

Die Befreiung der Konzentrationslager sowie der Schwarzmarkt und die damit verbundenen Probleme rückten die Frage der deutsch-jüdischen Koexistenz bzw. der deutsch-jüdischen Konfrontation erneut ins Rampenlicht. Die neuen deutsch-jüdischen Beziehungen erforderten wiederholt einschneidende Interventionen verschiedener ausländischer Vermittler.

Die Untersuchung dieses neuen Verhältnisses konzentriert sich zwangsläufig auf die amerikanische Besatzungszone, da sich die jüdische Bevölkerung in Deutschland nach dem Krieg, ob deutscher oder ausländischer Herkunft, mehrheitlich dort aufhielt. Der Umstand, daß die meisten jüdischen Wohlfahrtsorganisationen aus den USA stammten und sich ihre Tätigkeiten somit aus verständlichen Gründen auf die amerikanische Zone konzentrierten sowie der besondere Einsatz der amerikanischen Besatzungsverwaltung für dieses Bevölkerungssegment dürfte die Anziehungskraft der amerikanischen Zone für Juden noch verstärkt haben. Die Hoffnung jüdischer Flüchtlinge und Holocaust-Überlebender, nach Amerika emigrieren zu können, und der Status der Amerikaner im Nachkriegseuropa spielten dabei möglicherweise auch eine Rolle. Über die britische Zone gibt es zu diesem Themenkomplex weniger Informationen. Man gewinnt den Eindruck, daß die Lebensbedingungen für die Holocaust-Überlebenden in der amerikanischen Zone besser waren als in der britischen Zone. Am dürftigsten ist das Quellenmaterial über die französische Zone, die gleichzeitig auch den kleinsten jüdischen Bevölkerungsteil aufwies. Das vorliegende Thema soll im folgenden nur kurz angeschnitten werden. Eine erschöpfende Behandlung würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Die Juden, die sich in den Jahren 1945–1949 in Deutschland aufhielten, waren mehrheitlich Teil des großen Zuwandererstroms, der sich im wesentlichen aus Displaced Persons aus rund achtzig Ländern zusammensetzte, darunter auch Millionen sogenannter Volksdeutscher aus dem Westen, Osten und Norden und Reichsdeutsche aus Regionen, die nach der Potsdamer Konferenz Frankreich oder Polen eingegliedert wurden.[42] Millionen von Zuwanderern suchten also in Deutschland zumindest vorübergehend Asyl, Unterkunft und Verpflegung. Sie wurden nicht mit offenen Armen empfangen. Das Verhältnis der einheimischen Bevölkerung zu diesen Einwanderern schwankte je nach Einwanderergruppe von passiver Akzeptanz bis zu offenem Haß. Der bayerische Bauer hatte wenig Sympathie für polnische Juden oder russische Kriegsgefangene, war aber auch nicht begeistert von der Aussicht, seine Unterkunft mit Volksdeutschen aus Aussig, Czernowitz oder Krakau teilen zu müssen.[43] Fremdenfeindlichkeit mischte sich

---

[42] Bericht der Displaced Persons Operations des Zentralen Hauptquartiers der UNRRA für Deutschland vom April 1946 betr. Erfassung der DPs in UNRRA Zentren in der amerikanischen, britischen und französischen Zone, geordnet nach Nationalität, Alter und Geschlecht, S. 67–69, IfZ, DW 102.005.

[43] Vgl. Historische Vierteljahresberichte der Militärregierung für das Land Bayern 1945–

mit Egoismus und nationalem Überlebensinstinkt. Dies bekamen insbesondere die Juden zu spüren; doch sie waren bei weitem nicht die einzigen Opfer von Diskriminierung, Schikanierung und Ausgrenzung durch die einheimische Bevölkerung. Berichte aus (amerikanischen und britischen) Militärquellen sowie Aufzeichnungen von zivilen Berichterstattern, darunter von jüdischen Abgesandten aus Palästina und ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen, stimmten in der Regel darin überein, daß der Rassenhaß in den zur Debatte stehenden Jahren im Vergleich zu früher nicht abgenommen hatte. Viele neigten sogar zur Ansicht, er habe zugenommen.[44]

Bei der Diskussion über das Ausmaß antisemitischer Tendenzen in Deutschland nach dem Zusammenbruch ist natürlich zu berücksichtigen, daß der Judenhaß während der zwölf Jahre der NS-Herrschaft offizielle Ideologie gewesen war. Nach dem Krieg setzten sich die Besatzungsmächte zum Ziel, die NS-Ideologie samt deren antisemitischen Bestandteilen auszumerzen. Offener Antisemitismus wurde zwar in ganz Deutschland für untolerierbar erklärt und unter Strafe gestellt, doch nicht in allen Besatzungszonen mit derselben Intensität auch tatsächlich verfolgt. Während der Antisemitismus in der NS-Zeit gefördert worden war und vor 1933 als eine verbreitete Stimmung in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kirche und in intellektuellen Kreisen vorhanden war, kam er nun vor allem auf der „Stammtischebene" zum Ausdruck. Trotz gesetzlicher Ächtung und Bekämpfung durch staatliche Instanzen oder vielleicht gerade deswegen, reflektierte er weiterhin eine authentische Stimmung eines Teils der deutschen Bevölkerung. Weit verbreitet blieb der Antisemitismus auch dort, wo er als Akt des Widerstandes gegen die Besatzungsmächte diente.

Die traditionelle antisemitische Mixtur, für die vor allem die evangelische Kirche Rechtfertigungsmuster geschaffen hatte[45], schien in der Nachkriegszeit neue Ingredienzien und neue Vorwände aufzunehmen. Einer der neuen Hauptvorwände war der bereits diskutierte Schwarzmarkt. Wie erwähnt, diente das Schwarzmarkt-Phänomen auch zur Rationalisierung weniger offen artikulierter antisemitischer Einstellungen. Die Tatsache, daß aus der großen Masse der Profiteure mit Vorliebe wieder vor allem die jüdischen Schwarzmarkthändler herausgegriffen wurden, reflektierte Frustrationen, Neid und Vorurteile der einheimischen Bevölkerung. Die verwerflichen Aktivitäten einiger jüdischer Profiteure lieferten einen bequemen Vorwand, die Schwächen der zerstörten deutschen Wirtschaft,

---

1948, IfZ, akz 5728/77 Best Fg02; vgl. auch Funktionale Geschichte der Militärregierung in der Enklave Bremen 1945–1948, IfZ, akz 5728/77, Best Fg 24/2.

[44] Ausarbeitung „Deutsche Einstellungen gegenüber den Juden heute" vom 1. 12. 1951, YIVO, American Jewish Committee Papers, FAD-1 Box 35, Germany/West, Jews; Memorandum von Wolffsohn und Slawson vom 17. 10. 1947, Truman Library, Papers of Joel D. Wolffsohn, Box 18, Name File-11(SL); Europa-Studie von John Slawson, Joel D. Wolffsohn und Zachariah Shuster vom 16. 7.–9. 8. 1947, Truman Library, Papers of Joel D. Wolffsohn, Box 18, Name File-11(SL); William Haber an Liverhant am 1. 5. 1948 und Habers Notizen über die Sitzungen mit General Lucius D. Clay in Frankfurt am 14.–15. 2. 1948, CZA, A140/75.

[45] JOCHMANN, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft. Siehe vor allem das Kapitel „Die deutsche evangelische Kirche in der Nachkriegszeit 1945–1950", S. 316–332.

die Knappheit, die hohen Preise und den Hunger zumindest teilweise den Juden anzulasten. Solche Aktivitäten wurden, wie erwähnt, auch von jüdischen Institutionen und von den Besatzungsbehörden kritisiert.[46] Andererseits betonten Beobachter wiederholt, daß sich unter den Bedingungen einer Mangelwirtschaft zwangsläufig auch eine Schattenwirtschaft entwickelte. Im Zuge der Wirtschaftsreformen vom Juni 1948, einschließlich der Ablösung der Reichsmark durch die Deutsche Mark, löste sich der Schwarzmarkt dann von selbst auf.

Eng verbunden mit den Behauptungen hinsichtlich der Machenschaften jüdischer DPs am Schwarzmarkt war das Argument, daß die Juden auf Kosten der deutschen Bevölkerung lebten: Ihnen wurde vorgeworfen, für ihren Lebensunterhalt nicht arbeiten zu müssen und sich zu weigern, eine Arbeit am lokalen Arbeitsmarkt anzunehmen (der zu jener Zeit übrigens von einem akuten Mangel an Arbeitsplätzen geprägt war). Außerdem wurde behauptet, ihr Lebensstandard sei höher als derjenige der Deutschen, da ihnen mehr und bessere Nahrungsmittel zur Verfügung stünden. Besonders groß war die Spannung im Umkreis von jüdischen DP-Camps. Jüdische Bewohner waren gelegentlich Opfer von Mißhandlungen. Es kam zu Steinwürfen, zum Absingen antisemitischer Lieder am Lagerzaun und sogar zu gewalttätigen Übergriffen.[47] Aus der britischen Zone wurde häufig über Vandalismus auf jüdischen Friedhöfen berichtet.[48]

Ein im Kreis Augsburg stationierter amerikanischer Militärbeobachter bemerkte: „Die Juden werden von der Öffentlichkeit sehr genau unter die Lupe genommen, und das Verbrechen eines einzelnen wird sofort auf die Allgemeinheit übertragen. Andererseits räumen viele Leute ein, daß viele ‚gute Juden' unter den Taten weniger ‚schlechter Juden' zu leiden haben."[49] Die Fremdenfeindlichkeit lebt bekanntlich von der Verallgemeinerung, und der Zustrom vieler jüdischer DPs aus Osteuropa, deren Lebensweise und Mentalität befremdeten, verstärkte diese Tendenz zusätzlich. Die Konfrontation zwischen dem deutschen Ordnungssinn und der autoritätsfeindlichen Lebenshaltung der besonders leidgeprüften Überlebenden der deutschen Konzentrations- oder Arbeitslager führte zwangsläufig zu Reibungen. Die durch die jahrelange Einwirkung der NS-Hetzpropaganda gegen das polnische Judentum verstärkte deutsche Abneigung gegen die „Ostjuden" erhielt neue Nahrung.

---

[46] HEYMONT, Among the survivors, S. 63–64; William Habers Notizen über die Sitzungen mit General Lucius D. Clay in Frankfurt am 14.–15. 2. 1948, CZA, A 140/75. Haber gibt zu Protokoll, daß 50 Kongreßabgeordnete, die sich hier zu Besuch aufhielten, einen sehr schlechten Eindruck von der Rolle der jüdischen DPs am lokalen Schwarzmarkt gewonnen hätten.

[47] Bernstein an Kenen am 31. 1. 1947, AJDC, AR 4564, Nr. 377; Hoffmann an JAFP am 7. 6. 1946, CZA, A 140/75; Independent Jewish Press Service, den Richter Simon H. Rifkind zitierend, vom 29. 3. 1946, AJA, U-243.

[48] Rosensaft an Colonel B. Solomons am 2. 3. 1948, YVA, 0–70/9 (43/30); Rosensaft an Brig. M.G. Kenchington, Chief PW/DP Division, Zonal Executive Offices, mit einer Liste von 38 Friedhöfen, die zwischen dem 1. 1. 1947 und dem 30. 6. 1948 geschändet worden waren, YVA, 0–70/7 (108/6).

[49] Historischer Vierteljahresbericht der Militärregierung für das Land Bayern für den Zeitraum 1. 7.–30. 9. 1947, IfZ, akz 5728/77, Best. Fg 1/2.

Ein weiterer Aspekt der neuen Judenfeindschaft ergab sich aus dem Verhältnis zwischen Besatzern und Deutschen. Da das offene Bekenntnis zum Antisemitismus von den Besatzern nicht toleriert wurde, erwies er sich als einfaches und oft bequemes Mittel der Herausforderung der fremden Machthaber, das sich vor allem auch dafür eignete, die Geduld der Besatzungsmächte und deren Entschlossenheit auf die Probe zu stellen.[50] Berichten zufolge verhielt sich die deutsche Bevölkerung unmittelbar nach dem Zusammenbruch fügsam und sogar unterwürfig, gewann aber zunehmend wieder an Selbstbewußtsein und Aggressivität. Der Schrekken der Niederlage legte sich allmählich, und die angelsächsischen Alliierten erwiesen sich als gemäßigt und nachsichtig. Der Berater für jüdische Angelegenheiten William Haber bemerkte dazu: „Es gibt Anzeichen für ein Wiedererwachen der Krankheit, die in den letzten zweieinhalb Jahren im Schlummerzustand verharrte."[51] Bereits im Sommer 1946 berichtete Chaim Hoffmann, der Leiter der JAFP-Mission in Deutschland, seinen Vorgesetzten, „die Deutschen erholen sich, und wir erleben hier gelegentlich Konfrontationen und antisemitische Ausbrüche".[52] Die bereits erwähnten Zusammenstöße zwischen der deutschen Polizei und jüdischen DPs waren ein weiteres Symptom derselben Krankheit: das Wiedererstarken des aggressiven Antisemitismus. Sowohl aus der amerikanischen als auch aus der britischen Zone kamen alarmierende Nachrichten.[53]

Am meisten Aufregung verursachten jene Zwischenfälle, bei denen Todesopfer zu beklagen waren. Einige Fälle des Verschwindens von jüdischen DPs wurden vom JAFP-Gesandten Hoffmann auf die Aktivitäten der NS-Untergrundorganisation „Werwolf" zurückgeführt.[54] In zwei Fällen, im Dezember 1946 und im April 1948, deuteten Meinungsumfragen auf eine starke und verbreitete rassistische Stimmung in der deutschen Bevölkerung innerhalb der amerikanischen Zone hin. 1948 schien der Antisemitismus dann leicht abzunehmen. Das durchführende Institut schloß aus den Resultaten, daß nur gut die Hälfte der Bevölkerung als „nicht antisemitisch" bezeichnet werden könne.[55] Frauen, Jugendliche, Ungebil-

---

[50] William Haber (?) an Mayer Grossman (AJC) am 10. 6. 1948, CZA, A 140/75.

[51] Haber an Liverhant am 1. 5. 1948, CZA, A 140/75.

[52] Hoffmann an JAFP am 7. 6. 1946, CZA, A 140/75.

[53] Norin E. Gunn in Gazette de Lausanne vom 3. 1. 1946, AJA, U-330; Memorandum vom März 1947 vorgelegt vom organisationsübergreifenden Sub-Komitee für die Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland, AJA, U-258, Rm. 103, File VII; SGD McNarney an AGWAR am 7. 10. 1946, HI, Margaret E. Fiat Papers, Box 2, File 2–6, US Forces European Theater; Bericht vom 12. 5. 1947, Truman Library, Corresp. re DP Senatorial, May–December 1948, Box 19; Wolffsohn an Gilbert White in Paris am 14. 11. 1947, Truman Library, Joel D. Wolffsohn Papers, AJC European Director, Box 19; Norbert Wollheim vom jüdischen Zentralkomitee an die jüdischen Gemeinden und Komitees in der britischen Besatzungszone am 4. 3. 1948, YVA, 0–70/13 (72/21); Rosensaft an Col. B. Solomons am 31. 3. 1948, YVA, 0–70/9 (47/32); Liverhant an B.M. Joffe am 26. 4. 1948 und Samuel Dollah aus der britischen Besatzungszone an Jack Joslow (JDC in New York) am 24. 8. 1948, AJDC, AR 4564, Nr. 377; Murray D. van Wassoner an Clay am 15. 7. 1948, BArch, Z 45 F, CAD 3173–1/19.

[54] Hoffmann an JAFP am 7. 6. 1946, CZA, A140/75.

[55] Bericht Nr. 49 über Antisemitismus in der amerikanischen Zone vom 3. 3. 1947, Bericht Nr. 122 der ODIC, Zentrale für Demoskopie des OMGUS, über Vorurteile und Antisemitismus vom 22. 5. 1948 und ICD-Umfrage des OMGUS, IfZ, DK 110.001.

dete, Protestanten und die Landbevölkerung neigten eher zu antisemitischen Einstellungen, und die Intensität der Vorurteile schwanke von Ort zu Ort und von Land zu Land, hieß es.[56] Als Erklärung wurde auf den „Sündenbock-Mechanismus", auf aufgestaute Aggressionen aufgrund der höchst unbefriedigenden Situation sowie auf die Reaktionen auf den Zustrom polnischer Flüchtlinge und die Übersiedlung von DPs aus den Lagern in die umliegenden Städte hingewiesen. Die durch die Anstrengungen zur Eigentumsrückgewinnung hervorgerufene antijüdischen Feindseligkeiten kamen erst später zur Geltung.[57] Insgesamt deuteten die Meinungsumfragen auf eine tiefsitzende Judenfeindschaft in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung hin, trotz entschlossener Gegenmaßnahmen. Die Resultate solcher Umfragen betonten die dringende Notwendigkeit sogenannter Reedukationsprogramme, vor allem für Jugendliche.

Es erstaunt somit nicht, daß zahlreiche Beobachter die jüdische Bevölkerung in Deutschland bei einem späteren Abzug der Alliierten als gefährdet betrachteten, und selbst jene, die sich dieser Einschätzung nicht anschließen wollten, äußerten die Ansicht, daß die Juden Deutschland definitiv verlassen sollten. Im Überblick betrachtet deuten die Dokumente auf ein gespanntes Verhältnis zwischen den Juden und den Deutschen hin. Der Antisemitismus sitze bei den Deutschen tief und sei im Jahre 1948 bösartiger als vor 1933, schrieb der bekannte jüdische Mystiker Gershom Scholem, der sich im Auftrag jüdischer Archive und Bibliotheken zu Besuch in Deutschland aufhielt.[58]

Man mag einwenden, daß es sich die jüdische Seite insofern zu leicht machte, als sie nur ihren eigenen Standpunkt sah. Sich über die Deutschen zu beklagen, die ihnen dafür genügend Vorwände lieferten, war in der Tat nicht schwer. Jene Deutschen, die sich fair verhielten, sich mit der jüngsten Vergangenheit auseinandersetzten und das deutsch-jüdische Verhältnis auf eine neue Grundlage stellen wollten, wurden kaum beachtet und hinterließen in den umfangreichen Dokumenten nur wenig Spuren. Zu den wichtigsten Vertretern dieser Richtung gehörten verschiedene freiwillige Gesellschaften zur Förderung der deutsch-jüdischen Verständigung, die von den Besatzungsbehörden – mit knappen Mitteln – unterstützt wurden und deren Mitgliedschaft sich mehrheitlich aus Juden und zum Christentum konvertierten Juden zusammensetzte.[59] Die Initiative für die Gründung solcher Gesellschaften wie etwa der Conference of Christians and Jews und der Lessing Society ging von ausländischen, vor allem jüdischen, Organisationen aus. Der Einfluß dieser Gesellschaften auf das Denken und Handeln des deutschen Normalbürgers war äußerst beschränkt.

Im Vergleich zum rasch wieder auflebenden Antisemitismus nahmen die Wahrnehmung und die geistige Verarbeitung des Holocaust im besetzten Europa sowie die ernsthafte Auseinandersetzung damit und das Bekenntnis zur Wiedergutma-

---

[56] Ebd.
[57] Ebd.
[58] SCHOLEM, Jews and Judaism in Crisis, S. 23.
[59] Wolffsohn an Slawson am 17. 10. 1947, Truman Library, Joel D. Wolffsohn Papers, Box 18, Name File 11 (SL); Wolffsohn an Slawson am 30. 4. 1948, Truman Library, Joel D. Wolffsohn Papers Box 19, Duty File, AJC.

chung längere Zeit in Anspruch. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die eintreffende Informationen über die NS-Verbrechen schwankte zwischen halbherziger Anteilnahme und Apathie.

Der amerikanische Gesandte Earl G. Harrison schreibt in seinem ersten Bericht aus dem besetzten Deutschland unter anderem, die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit empfinde offenbar keine Schuld für den Krieg und dessen Ursachen und Folgen.[60] Vier Jahre später forderte der letzte ständige Berater für jüdische Angelegenheiten, Harry Greenstein, den US-Hochkommissar John J. McCloy wiederholt dazu auf, den neuen Präsidenten der Bundesrepublik, Theodor Heuss, und Bundeskanzler Konrad Adenauer zu einer öffentlichen Erklärung zu bewegen, die eine „Verurteilung des Antisemitismus und eine klare Absage an das NS-Konzept der Minderwertigkeit sozialer Minderheiten darstellt".[61]

In einem späteren Brief an den Vizevorsitzenden des AJDC, Moses A. Leavitt, äußerte Greenstein mit Bezug auf diese Forderung die Ansicht, daß praktisch keine Aussicht auf Änderung in Deutschland bestehe, solange sich die höchste politische Stelle in der Bundesrepublik zu diesem Thema nicht eindeutig und klar äußere.[62] Er beklagte das anhaltende Schweigen der politischen Elite in Deutschland über die Vernichtung der Juden.

Für dieses Schweigen wurden verschiedene Erklärungen geboten. Das häufigste Argument weist darauf hin, daß die Deutschen zu sehr mit der eigenen Katastrophe beschäftigt seien. Die zugänglichen Protokolle und Dokumente der vier wichtigsten politischen Parteien – CDU, CSU, FDP und SPD – sind in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich. In den Protokollen der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rats von September 1948 bis August 1949 wird der Holocaust nur ein einziges Mal, nämlich am 3. November 1948 im Zusammenhang mit der Abschaffung der Todesstrafe im Grundgesetz, erwähnt.[63] Der Geschäftsführende Vorstand der FDP schweigt sich dazu im Jahre 1949 völlig aus.[64] Wie aus den Protokollen beider Gremien hervorgeht, hat man für die Behandlung zahlreicher anderer Fragen grundsätzlicher und alltäglicher Natur offensichtlich genügend Zeit gefunden. Nur die SPD befasste sich auf ihren Parteitagen, in der regelmäßigen Korrespondenz und anläßlich von Begegnungen zwischen Parteivertretern und deutsch-jüdischen Persönlichkeiten mit der Problematik von Schuld und Wiedergutmachung.[65] Das Schweigen der drei wichtigsten bürgerlichen Parteien ist bezeichnend und kann nur als deutliches Zeichen für das dama-

---

[60] Zusammenfassung des ersten Teilberichtes von Earl G. Harrison über seine Europa-Mission im September 1945, bei der er die Verhältnisse und Bedürfnisse der potentiell nicht repatrierbaren (v.a. jüdischen) DPs des SHAEF-Gebietes in Deutschland in Erfahrung bringen sollte, Truman Library, President's Secretary Files, Box 184.

[61] Greenstein an McCloy am 19. 9. 1949, AJDC, AR 4564, Nr. 37.

[62] Greenstein an Leavitt am 20. 9. 1949, AJDC, AC 4564, Nr. 37.

[63] Die CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat, S. 125.

[64] Akte Nr. 231, BArch, N 1080.

[65] SHAFIR, Ha yad ha-musheteth, S. 30–45; Kurt R. Grossmann über die deutsche Sozialdemokratie und die Juden am 26. 4. 1948, AJDC, AR 4564, Nr. 377; Jacobs an Slawson am 29. 10. 1948 über das Treffen mit Schumacher, YIVO, American Jewish Committee Papers, FAD-1, Box 34.

lige Desinteresse vieler bürgerlicher Spitzenpolitiker Westdeutschlands an der deutschen Schuld am Holocaust interpretiert werden. Erst als sich in diesem Lager die Erkenntnis durchzusetzen begann, daß eine wohlwollende Haltung den Juden gegenüber den deutschen Interessen förderlich sein könnte, während Judenfeindschaft das Gegenteil bewirken würde, schienen sich die Politiker mit der Wiedergutmachungsproblematik zu beschäftigen. Dieser Eindruck läßt sich aus mehreren Berichten gewinnen.

Der mit der Lage in Deutschland bestens vertraute stellvertretende OMGUS-Verbindungsoffizier für Fragen des Besatzungsstatuts, Hans Simons, meinte, die Deutschen empfänden keinerlei Verantwortung für die NS-Verbrechen an den Juden und an anderen Gruppen.[66] Shepard Stone, der Direktor für Öffentlichkeitsarbeit im US-Hochkommissariat für Deutschland, bemerkte, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung sei mit den Problemen ihres Alltags beschäftigt gewesen und hätte von den Greueltaten gegen die Juden nichts wissen wollen. Einige prominente Persönlichkeiten hätten Deutschlands Verantwortung jedoch anerkannt, sie seien aber in der Minderheit gewesen.[67] Bundeskanzler Adenauer stellte sich schließlich der gigantischen Herausforderung, diese Minderheit zu einer entscheidenden Kraft zu verwandeln. Der 1989 verstorbene CDU-Spitzenpolitiker Gerhard Schröder, der sowohl in Adenauers Kabinett als auch unter Erhard und Kiesinger verschiedene Ministerposten einnahm, bezeichnete Adenauer als Wegbereiter des CDU-Engagements für moralische und materielle Reparationen für die Juden.[68] Die Behandlung der moralischen Fragen war dabei offensichtlich auch auf politische Erwägungen zurückzuführen. Daß ein Volk, einschließlich der intellektuellen und geistigen Eliten, derart von den Alltagsproblemen absorbiert war, daß die NS-Vergangenheit glatt übergangen wurde, ist wenig glaubwürdig, besonders auch angesichts der Tatsache, daß man für Kritik an Juden und deren Diskriminierung offenbar genug Zeit fand. Das Beispiel der sozialdemokratischen Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen an den Juden zeigt, daß nicht die objektiven Bedingungen entscheidend waren. Die jüdische Präsenz auf deutschem Boden schien weite Teile der deutschen Bevölkerung mehr zu bekümmern als das jüdische Leid.

Auch die Juden selbst ließen sich von politischen Erwägungen leiten und waren von Ressentiments nicht frei. Ben Gurion nutzte die jüdischen DPs als Instrument gegen die antizionistische Politik Großbritanniens und als Mittel, um die Weltöffentlichkeit und die Spitzenpolitiker der führenden Mächte von der Notwendigkeit der freien Emigration nach Palästina und der Gründung eines jüdischen Staates zu überzeugen. Selbst die in Deutschland tätigen jüdischen Hilfsorganisationen aus den Vereinigten Staaten vernachlässigten ihre eigenen politischen Interessen nicht. Doch auch das öffentliche Engagement von führenden Vertretern der neuen jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, wie Philipp Auerbach, Carl Marx, Hendrik van Dam, Jakob Altmaier und Norbert Wollheim, war von persönlichen

---

[66] Max Isenberg an die Abteilung für auswärtige Angelegenheitem am 27. 12. 1948, YIVO, RG347, GEN-10, Box 282.

[67] Shepard Stone an den Autor am 6. 3. 1989.

[68] Gerhard Schröder an den Autor am 25. 1. 1989.

Anliegen begleitet und zum Teil von ausgesprochenem Geltungsdrang geprägt. Dem Kaufmann und selbsternannten Führer der jüdischen DPs in der britischen Zone, Yossel Rosensaft, wurden verschiedene undurchsichtige Geschäfte und eine persönliche Verwicklung in illegale Geschäftsaktivitäten nachgesagt.[69] Offene Kritik am fragwürdigen Verhalten zahlreicher DPs stand nicht zuoberst auf der Tagesordnung der führenden jüdischen Vertreter in Deutschland. In der damaligen Situation wäre es wohl auch naiv gewesen, von ihnen eine unpopuläre Haltung zu erwarten, die unter den gegebenen Umständen vom Fußvolk als ungerechtfertiges Vorgehen gegen die eigenen (zwielichtigen) wirtschaftlichen Interessen eingestuft worden wäre, obwohl die negativen Folgen dieser Aktivitäten für die Allgemeinheit offensichtlich waren.

Im Zusammenhang mit der wiedererwachten Judenfeindschaft in Teilen der deutschen Bevölkerung ist darauf hinzuweisen, daß die DPs der anderen Seite ein ähnliches Verhältnis angedeihen ließen. Die Opfer der NS-Gewaltherrschaft zeichneten sich durch besonders virulente Deutschenfeindlichkeit aus, die oft auch bei den wirtschaftlichen und sozialen Kontakten mit der Bevölkerung vor Ort zum Ausdruck kam. Der amerikanische Militärgouverneur General Lucius Clay beklagte sich darüber, daß die Deutschenfeindlichkeit unter den jüdischen DPs viel heftiger sei als der Antisemitismus unter den Deutschen und erinnerte zur Veranschaulichung an einen Zwischenfall, als eine Goodwill-Geste der bayerischen Regierung auf der anderen Seite nur Hohn und Spott geerntet habe.[70] Der bayerische Staatskommissar für Verfolgte, Philipp Auerbach, warnte in einem Aufruf an die jüdischen Gemeinden davor, ein Unrecht mit einem anderen zu vergelten, verurteilte das arrogante und aggressive Verhalten bestimmter jüdischer DPs und wies auf Fälle absichtlicher Provokation hin.[71] Die amerikanischen Militärbehörden warfen den in Deutschland verbliebenen Juden vor, sich aggressiv, arrogant und herrisch zu verhalten und rücksichtslos von ihren Privilegien Gebrauch zu machen. Diese Kritik deckte sich mit dem Bedauern Ben Gurions und anderer jüdischer Exponenten, daß die jüdischen DPs Freunde binnen kürzester Zeit zu Feinden gemacht hätten.[72]

Doch es gab auch Gegenbeispiele. Ältere Musikliebhaber mögen sich daran erinnern, daß Yehudi Menuhin und Artur Rubinstein als letzte noch in holländischen Hallen nahe der deutschen Grenze vor deutschem Publikum gespielt haben und zu den ersten gehörten, die nach dem Krieg in noch schwer beschädigten deutschen Konzertsälen auftraten.

Die amerikanisch-jüdische Gewerkschaft American Jewish Labour Movement sandte als erste Organisation Nahrungsmittel an die hungernden Genossen in Deutschland, lange bevor die sogenannten CARE-Pakete zum Inbegriff der Soli-

---

[69] Landauer an Adler-Rudel mit Bezug auf Yossel am 26. 9. 1951, CZA, Z 6/607.

[70] Notizen über die Sitzungen mit General Lucius D. Clay in Frankfurt am 14.–15. 2. 1948, CZA, A 140/75.

[71] Dr. Phillip Auerbach, Staatskommissar im Bayerischen Staatsministerium des Innern, an alle jüdischen Gemeinden am 7. 3. 1946, AJA, U-258, Rm. 103.

[72] Deborah Danber an Yehudith Birkind am 18. 10. 1945, ILA, Section IV208, File 4804a; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 6. 11. 1945, BGA, BGD.

darität mit der notleidenden deutschen Bevölkerung wurden. Der britisch-jüdische Publizist Victor Gollancz und zahlreiche jüdische Persönlichkeiten aus Deutschland meldeten sich ebenfalls zu Wort. Auch der bekannte Philosoph und Moralist Martin Buber legte nach wenigen Jahren wieder Grundsteine für neue Brücken der Verständigung.

Gleichzeitig entwickelte sich in Deutschland sozusagen als Gegenstück zum Antisemitismus eine Art Philosemitismus, der an sich auch als eine Form der Diskriminierung gewertet werden kann, da er den Juden ebenfalls einen Sonderstatus zuspricht. Der Philosemitismus war ein Versuch, das Fehlverhalten in der NS-Zeit zu kompensieren.[73]

In diesem komplizierten und vielschichtigen Drama der deutsch-jüdischen Begegnung nach dem Krieg sind auch die äußeren Umstände zu berücksichtigen, nämlich einerseits die Hoffnungslosigkeit und die körperliche und geistige Verwahrlosung der Überlebenden und andererseits die Auseinandersetzung der einheimischen deutschen Bevölkerung mit der vernichtenden Niederlage und den Problemen des Wiederaufbaus. In den Archiven finden sich überdies vereinzelt auch ganz unpolitische, dafür in ihrer Banalität um so eindrucksvollere Dokumente, die den Schluß nahelegen, daß das Leben trotz der zurückliegenden Katastrophe wieder seinen Lauf nahm, darunter Kurzschilderungen über jüdische Knaben, die deutschen Mädchen nachstellen, oder über deutsche Frauen mit Kindern im Arm aus gemeinsamer Ehe mit jüdischen DPs.

[73] ANTISEMITISMUS IN DER POLITISCHEN KULTUR NACH 1945; STERN, Im Anfang war Auschwitz.

II. Die Anfänge des deutsch-israelischen Dialogs

In den ersten Nachkriegsjahren traten der Jischuv, die jüdische Gemeinschaft Palästinas, und nach 1948, die jüdischen Bürger Israels, Deutschland und Deutschen mit offener Feindseligkeit gegenüber. Ein amerikanischer Diplomat in Tel Aviv berichtete seinen Vorgesetzten über einen „fast pathologischen Haß" gegenüber allem Deutschen in breiten Teilen der israelischen Öffentlichkeit.[1] Folgende scharfe Äußerungen veranschaulichen diese Stimmung: „Wir müssen unsere Kinder und Enkel schon von früh auf Haß gegen Deutsche einschärfen. Die Rache muß und wird kommen, wenn wir stark sind", schrieb die Journalistin Orah Shem-Tow 1949 in der israelischen Tageszeitung *Yedioth Achronoth*.[2] Der Historiker und Arzt Dr. Mark Dworecki, dessen Familie im Holocaust umgekommen war, sagte während der Schilumimdebatte im Präsidium der Regierungspartei Mapai Ende 1951 in Anlehnung an das biblische Leitwort „Auge um Auge, Zahn um Zahn": „Auf die Frage, was ich von Deutschland verlange, würde ich antworten: Mutter um Mutter, Vater um Vater und Kind um Kind. Meine Seele wird nicht eher zur Ruhe kommen, als daß ich sechs Millionen Deutsche für die sechs Millionen Juden sterben sehe." Im selben Forum äußerte die Mapai-Politikerin Golda Meyerson (die spätere Ministerpräsidentin Golda Meir): „Mein Standpunkt scheint mir realistisch: Für mich ist jeder Deutsche als solcher ein Nazi."[3]

Die Emotionen in der israelischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland gewannen zunehmend politische Bedeutung. Vor allem von den Holocaust-Überlebenden unter den Einwanderern getragen, wurde der Haß auch anderen Teilen der Bevölkerung, unabhängig von ihrer Herkunft, weitervermittelt, auch solchen, die vom Holocaust nicht direkt betroffen gewesen waren.

Andererseits gab es jüdische Bevölkerungsteile in Israel, die dem Kollektivurteil über Deutsche kritisch gegenüberstanden und diese Haltung als zu extrem ablehnten. Zu ihnen zählten zahlreiche Juden deutscher Herkunft, Einwanderer aus angelsächsischen Ländern, Teile des orientalischen Judentums, Linke und Vertreter der alten liberalen Tradition. Gemäßigte israelische Persönlichkeiten angelsächsischer Herkunft leisteten wenige Jahre später einen wesentlichen Beitrag zur politischen Annäherung zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland. Aber auch vor dem Krieg emigrierte deutsche Juden zeigten mehr Verständnis für ihre ehemalige Heimat. Einige führende Vertreter der Jewish Agency for Palestine (JAFP), die sich für eine Aufnahme des Dialogs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel einsetzten, waren deutscher Herkunft. Jüdische Intellek-

---

1 Richard Ford an das Außenministerium vom 27. 10. 1950, USNA, RG-84, Consular Post Tel Aviv, 1950–52.

2 SEGEV, 1949, S. 289.

3 Protokoll der Sitzung des MAPAI-Zentralkomittees am 13. 12. 1951, LPA, Protokolle, Bd. 3, Nr. 23/51.

tuelle aus dem deutschen Kulturkreis, darunter Martin Buber und Ernst Simon, betonten die wichtige Rolle der Juden bei der Heranbildung einer neuen deutschen Generation und trugen selbst zur Prägung von vorurteilsfreieren Ansichten und Haltungen hinsichtlich Deutschlands in Israel bei. Jüdische Einwanderer aus orientalischen Ländern, etwa aus Nordafrika, dem Libanon und dem Irak, waren entweder der Verfolgung durch die Nationalsozialisten selbst oder durch ihre Verbündeten ausgesetzt gewesen und solidarisierten sich deshalb mit ihren Mitbürgern europäischer Herkunft. Einwanderer aus anderen, vom Holocaust nicht direkt betroffenen Ländern, konnten das Erlittene und den Haß zumindest emotional und intellektuell nachvollziehen, ihre Gefühle bzw. ihre Abneigung gegenüber Deutschland waren aber zwangsläufig weniger intensiv als die jener Einwanderer, deren Angehörige von den Nationalsozialisten ermordet worden waren.

Den Ton des antideutschen Ressentiments in Israel bestimmten aber eindeutig die Holocaust-Überlebenden. Dieses wurde oft noch von anderen Gruppen verstärkt, darunter selbst von Teilen der Bevölkerung, die vom Holocaust nicht persönlich betroffen waren. Die Stimmen jener, die Kollektivurteile über Deutsche ablehnten, waren dagegen kaum zu vernehmen. Sogar linke Parteien, bekannt für ihre internationalistische Tradition, nahmen hinsichtlich Deutschland eher einen politisch-emotionalen als einen ihrer Ideologie angemessenen Standpunkt ein. Der Haß gegenüber Deutschland war besonders eklatant bei der sozialdemokratischen Mapai, bei der links von ihr stehenden Mapam sowie bei der Maki, der kommunistischen Partei Israels. Mapam und Maki legten Wert auf eine Unterscheidung zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik. Kam es jedoch zu einer emotionalen Debatte, was oft der Fall war, fielen auch diese Parteien auf die verallgemeinernden antideutschen Schemata zurück. Dagegen wurden Deutsche mit anti-nationalsozialistischen und projüdischem Hintergrund von Verfechtern humanistischer Werte in Israel mit offenen Armen empfangen. Sie weigerten sich, einen Gast abzuweisen, nur weil er Deutscher war. So wurde etwa dem Heidelberger Dekan Heinrich Maas in Israel ein sehr freundschaftlicher Empfang zuteil, wenn auch sein Besuch unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden mußte.[4] Zahlreiche Mitglieder rechter Parteien, vor allem der extremistischen Cherut-Partei, lehnten jeden Kontakt mit Deutschen, auch wenn diese unbelastet waren, ab.

1. Boykott und Bann

Die antideutsche Tendenz in Israel äußerte sich besonders durch einen inoffiziellen Bann über Deutschland und allem Deutschen. Typisch dafür war etwa ein Beschluß der JAFP gegen Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland. Die Exekutive dieser Organisation trug dabei der – wirtschaftlichen – Realität insofern Rechnung, als sie einschränkend erklärte: „Die Exekutive hat nichts gegen die Einfuhr des Eigentums von Einwanderern (Maschinen etc.). Sie ist jedoch gegen die Wie-

[4] Die NEUE ZEITUNG vom 8. 3. 1950.

deraufnahme von Handelsbeziehungen mit Deutschland."[5] Der führende Mapai-Wirtschaftsexperte Aharon Remez sagte auf einer Veranstaltung: „Es ist Zeit, über einen langjährigen Bann gegen Deutschland und über einen Boykott deutscher Produkte zu sprechen."[6] Im Januar 1950 untersagte die israelische Regierung den Handel mit Deutschland durch Regierungsbeschluß.[7] Der anschließend mehrmals bekräftigte Boykott mußte in der Folge jedoch aufgegeben werden. Er war schlicht nicht durchsetzbar, die Kräfte der Wirtschaft waren offensichtlich stärker. Doch auch die israelische Außenpolitik gegenüber Deutschland war nicht frei von Widersprüchen. Sie schwankte zwischen antideutschen Erklärungen und der Pflege von Außenbeziehungen mit deutschen Partnern. Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR waren für das israelische Außenministerium zunächst ein Anathema. Sechs Monate nach seiner Gründung eröffnete der Staat Israel ein Konsulat in München, das ausschließlich bei den Besatzungsmächten akkreditiert war. Den Mitarbeitern des Konsulats war es strikt untersagt, irgendwelche Kontakte mit deutschen Behörden zu knüpfen. Diese Anweisung war zwar nicht einzuhalten, das Konsulat tat dennoch sein Bestes.[8] Israelische Diplomaten wurden angewiesen, ihre deutschen Partner zu boykottieren, ohne Unterschied zwischen West und Ost. Doch auch in diesem Fall erwies sich die Realität stärker als die offiziellen Direktiven. Es gelang den Israelis nicht, sich völlig abzugrenzen.[9]

Das israelische Außenministerium und das israelische Einwanderungsministerium versuchten sodann, den gegenseitigen Besucherstrom zwischen Deutschland und Israel zu unterbinden. Anfang 1950 wurde der israelische Paßvermerk „für alle Länder gültig" mit dem Stempel „außer für Deutschland" ergänzt. Doch wie zuvor hatte diese Maßnahme nur auf dem Papier Bestand. Israelische Staatsbürger konnten sich deutsche Visa leicht in deutschen Konsulaten in Europa beschaffen. Der diskriminierende Paßstempel wurde 1956 wieder abgeschafft[10] – auf Veranlassung des israelischen Konsuls Eliahu Kurt Livneh[11] –, zum Bedauern der bundesdeutschen Behörden, die nach Wegen suchten, den als zu stark empfundenen Einreisestrom israelischer Staatsbürger einzuschränken. Einfacher war es, die Einreise Deutscher nach Israel zu verhindern, obwohl auch das nicht vollständig gelingen konnte. Soweit bekannt, fand der erste offizielle Besuch eines deutschen Staatsbürgers auf israelischem Hoheitsgebiet unter den Auspizien des Vatikans statt. Es handelte sich um den Besuch eines Emissärs des Vereins vom Heiligen Lande, der im Auftrag reiste, das Eigentum der katholischen Kirche zu inspizieren. Kreisdekan Hermann Maas war damit der erste offizielle deutsche Gast in

---

[5] Protokoll der JAFP-Exekutivausschuß-Sitzung in Jerusalem am 8. 7. 1947, BGA, Protocol Files.

[6] Ebd.

[7] Der Rechtsberater an den Außenminister vom Dezember 1949, ISA, 2416/15a; KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 108. Sitzung am 23. 1. 1950.

[8] JELINEK, Like an Oasis, S. 88–93.

[9] JELINEK/WOLFFSOHN, Berührungsängste, S. 282–288.

[10] Zusammenfassung einer Besprechung über Angelegenheiten betr. Deutschland vom Dezember 1955, ISA, Chet/4321a; Abteilung Westeuropa an das Ministerbüro vom 4. 1. 1956; der Leiter der Konsularabteilung an den Generaldirektor vom 8. 1. 1956, ISA, 2413/3b.

[11] Livneh an den Generaldirektor vom 8. 1. 1956, ISA, 2413/36.

Israel und Rudolf Küstermeier von der Hamburger Zeitung *Die Welt* der erste deutsche Journalist, der ins Land einreisen durfte.

Die Schiffahrt war vom Deutschland-Boykott zumindest teilweise ausgenommen: Israelische Schiffe frequentierten deutsche Häfen uneingeschränkt, während die israelischen Territorialgewässer für deutsche Schiffe gesperrt blieben. Noch im Juli 1951 war der nationalen Fluggesellschaft El Al die Benutzung deutscher Flughäfen untersagt. Israelische Hochschulen und wissenschaftliche Institute litten besonders unter dem Boykott, da er den Import wissenschaftlicher Instrumente und wissenschaftlicher Literatur sowie den Aufbau akademischer Austauschprogramme behinderte. Deutsche Kulturerzeugnisse waren vom öffentlichen Leben in Israel fast völlig verbannt, doch auch in diesem Fall war die Realität stärker als der erklärte Boykott.

Ein Bereich, in dem die Einhaltung des Boykotts streng beachtet wurde, war die Presse. Der in Deutschland geborene Herausgeber der angesehenen israelischen Tageszeitung *Haaretz*, Gershom Schocken, fiel durch eine besonders radikale Haltung auf. In den Leitartikeln der Ausgaben vom 2. und 4. September 1949 rief er zu einem totalem Boykott Deutschlands und zu einem Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland auf. Von dieser Haltung abweichende Standpunkte wurden in seiner Zeitung nicht geduldet.

Versuche jüdischer Großhändler außerhalb Israels, einen weltweiten Boykott deutscher Waren durchzusetzen, waren – aus praktischen Gründen – ebenso zum Scheitern verurteilt, wie die Proklamation des Boykotts gegenüber Deutschland durch den Jüdischen Weltkongreß im Herbst 1950. Kaum erfolgreicher war der Plan der JAFP, bis Ende 1949 alle sich in Deutschland aufhaltenden Juden zur Ausreise zu bewegen und sämtliche öffentlichen jüdischen Institutionen in Deutschland zu schließen.[12] Der Bann und die verschiedenen Boykotte symbolisierten das tiefe Ressentiment der Israelis (und der Juden) gegen alles, was irgendwie mit Deutschland zusammenhing.

In der Knesset, im israelischen Parlament, kam die Abneigung gegen die Erben des Dritten Reichs in verschiedenen Gesetzen zum Ausdruck. 1949 verabschiedete die erste Knesset ein Gesetz über das deutsche Eigentum (auf israelischem Territorium), das in der Bundesrepublik Deutschland große Empörung auslöste, da es dort – zu Unrecht – als Beschlagnahme deutschen Besitzes im Heiligen Land interpretiert wurde. In Wirklichkeit wurde der deutsche Besitz bloß zum Pfand für spätere Reparationen erklärt.[13] Auch die Verabschiedung des Gesetzes über die Verfolgung der Nationalsozialisten und deren Helfer sowie die internationale Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord waren in der ersten Knesset von langen Debatten begleitet. Zieht man außerdem noch die Knessetdebatten über den Handel mit Deutschland, über Entschädigungsforderungen sowie über einige weitere mit Deutschland zusammenhängende Themen in Betracht, ergibt sich das Bild einer massiven Beteiligung der israelischen Legislative an der

---

[12] Yachil, Köln, an Levavi, Jerusalem, vom 16. 11. 1953, ISA, 2519/4; SHAFIR, Der Jüdische Weltkongreß, S. 218–219.

[13] ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, Dokument Nr. 3, S. 134; Protokoll der Regierungssitzung Nr. 310/10 am 1. 11. 1949, ISA, 7263.

Distanzierung Israels und der Juden gegenüber Deutschland.[14] Kurzum: Bann, Boykott und Distanz charakterisierten die erste Periode der deutsch-israelisch-jüdischen Beziehungen in der Nachkriegszeit.

Eine besonders bedeutsame und deshalb in der jüdischen Öffentlichkeit und in Israel häufig diskutierte Frage betraf das Verhältnis zwischen den Deutschen als Kollektiv und den NS-Verbrechen. Sie wurde sowohl in weiterer Perspektive, d.h. hinsichtlich der Kriegsschuld der Nationalsozialisten und der NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit, als auch spezifisch im Hinblick auf die „Endlösung der Judenfrage" behandelt. Die Nürnberger Prozesse – ein präzedenzloses Ereignis in der Menschheitsgeschichte – bezweckten mindestens zum Teil eine Auseinandersetzung mit dieser Frage gemäß der weiteren Perspektive. Die beispiellosen Prozesse wurden aber auch zum Präzedenzfall für die später erfolgenden deutschen Reparationen an das jüdische Volk, selbst ein Phänomen ohne Beispiel.

Zu Verallgemeinerungen neigend, machten Teile der jüdischen Öffentlichkeit die Deutschen generell für die NS-Verbrechen verantwortlich. Dementsprechend undifferenziert manifestierten sich die antideutschen Gefühle zunächst in den DP-Camps, danach wandelten sie sich in Israel zu einer sozialen Kraft und fanden schließlich Widerhall in anderen jüdischen Gemeinschaften rund um den Erdball. Solche Pauschalurteile wurden später von Intellektuellen wie auch von Politikern, sei es aus moralischen oder aus politisch-pragmatischen Gründen, abgelehnt. Dabei wurde versucht, zwischen „Schuldigen" und „Unschuldigen" zu differenzieren und die Täter von den Mitbelasteten oder den Mitläufern zu scheiden.[15] Doch die Kollektivschuldfrage beschäftigte nicht nur die jüdische Seite. Sie lastete schwerer noch auf den politischen, intellektuellen, religiösen und sozialen Eliten der Bundesrepublik Deutschland. In zahlreichen politischen, ethischen und intellektuellen Debatten wurde dort versucht, zwischen Schuld und Scham, Kollaborateuren und Mitläufern, Mitwisserschaft und Nichtwissen, Vorbild und Nachahmung zu unterscheiden.[16] Der merkwürdige historische Zufall hatte das jüdische und das deutsche Schicksal untrennbar miteinander verbunden. Dem Holocaust war ein metamorphischer Einfluß auf das Selbstverständnis sowohl der Täter als auch der Opfer beschieden, der kurz nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches deutlich zum Ausdruck kam und sich als treibende Kraft nach der Gründung des jüdischen Staates und der beiden neuen deutschen Staaten erwies.

---

[14] Protokoll der Regierungssitzung Nr. 310/11 am 29. 11. 1949, Protokoll der Regierungssitzung Nr. 319/12 vom 5. 12. 1949, ISA, 7263/4; KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 90. Sitzung am 29. 11. 1949, S. 111, 108. Sitzung am 23. 1. 1950, S. 120, 131. Sitzung am 27. 1. 1950, S. 147–162; HAARETZ vom 24. 1., 17. 6. und 2. 8. 1950.

[15] Zu den Debatten in Israel über Deutschland und die Deutschen: BARZEL, The Attitude of Jews; BARZEL, Dignity, Hatred and Memory; BARZEL, Hatvia'a b'yishuv l'haanshatah. Zu den Debatten unter den Holocaust-Überlebenden und den DP's in Deutschland: Bergen Belsen Archives in Honor of Yosef Rozensaft, No. 0–70, Yad Vashem Archives, Jerusalem.

[16] Zu den Debatten in Deutschland bis 1950: JOCHMANN, Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft; SCHWIERIGES ERBE; WOLFFSOHN, Ewige Schuld?; Der UMGANG MIT DEM HOLOCAUST; GERMANS AND JEWS SINCE THE HOLOCAUST; STERN, Im Anfang war Auschwitz; ANTISEMITISMUS IN DER POLITISCHEN KULTUR NACH 1945.

Die Beschreibung und die Definition des Verhaltens und der Befindlichkeit von Massen ist zwar eher Aufgabe des Soziologen oder des Psychologen als des Historikers. Doch ohne auf die Komplexität des vorliegenden Problems einzugehen, das heißt ohne den überwältigenden Einfluß des Holocaust auf die israelische Bevölkerung und vor allem auf die Holocaust-Überlebenden sowohl aus Osteuropa als auch aus anderen Regionen zu berücksichtigen, sind die späteren Entwicklungen nicht zu begreifen. Dem von den Erfahrungen des Krieges geprägten politisch-moralischen Ethos der israelischen Bevölkerung und der Einwanderer aus Osteuropa ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Jeder Impuls im Zusammenhang mit Deutschland rief bei Israelis umgehend eine – rationale oder irrationale – von Emotionen begleitete Reaktion hervor. Emotionen kristallisierten sich zu politischen Realitäten, wie schon so oft in der Geschichte. Doch trotz negativer Emotionen gingen die israelisch-jüdisch-deutschen Kontakte über eine Reihe von Themen weiter.

2. Die deutsche Auseinandersetzung mit Israel

Nach vier Jahren – nicht unumstrittener – halbpaternalistischer Besatzungsverwaltung der Westmächte war am 24. Mai 1949 das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft gesetzt worden. Vier Monate später, am 21. September, erlangte der neue Staat beschränkte Souveränität, nachdem der erste Bundeskanzler, Konrad Adenauer, am Vortag seine Regierung und Politik vorgestellt hatte. Die Sowjetunion reagierte darauf am 7. Oktober 1949 mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Beide neuen deutschen Staaten mußten die Folgen der gemeinsamen Vergangenheit fortan selbst tragen. Beide Staaten, vor allem aber die Bundesrepublik, hatten die Last der Eingliederung von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen zu tragen und Tausenden von DPs eine Unterkunft bereitzustellen. Obwohl sich diese äußerst heterogene Flüchtlingsgemeinde zum Teil aus jüdischen Flüchtlingen zusammensetzte, schenkten die deutschen Behörden den Folgen der NS-Judenverfolgung nur geringe Aufmerksamkeit. Die deutschen Behörden auf Gemeinde-, Länder- und später auch auf Bundesebene konzentrierten sich vor allem auf die Probleme der „eigenen" Bevölkerung – auf Ernährung, Arbeit, Bereitstellung von Wohnraum und später auch auf den Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft. Westdeutschland war dringend auf Devisen, Arbeitsplätze, Ausfuhr und auf die Wiederherstellung der eingebüßten Geltung in der Völkergemeinschaft angewiesen. Zuerst galt es, die Kreditwürdigkeit und vor allem das moralische Ansehen wiederherzustellen, um andere Staaten und Handelspartner vom guten Willen der neuen Republik zu überzeugen. So wurde die politische Führung der Bundesrepublik zwangsläufig wieder mit dem jüdischen Problem konfrontiert, nachdem es vier Jahre eher beiläufig wahrgenommen worden war.

Doch die Initiative in dieser Angelegenheit ging nicht von deutschen Politikern aus: Am 18. Mai 1949 wurde John McCloy zum Hochkommissar für Deutschland ernannt. In seiner Funktion als stellvertretender Kriegsminister der USA war McCloy während des Zweiten Weltkriegs wegen seiner Art, mit Minderheiten –

Japanern und Juden – umzugehen, in Verruf geraten. Er war unter anderem auch an der Entscheidung beteiligt gewesen, die NS-Konzentrationslager nicht zu bombardieren. Möglicherweise fühlte er sich in seiner neuen Stellung deshalb verpflichtet, seine vormals negative Haltung gegenüber den Juden zu kompensieren. Anläßlich seiner ersten Begegnung mit jüdischen Vertretern in Deutschland am 31. Juli 1949 in Heidelberg, etwa drei Wochen nach seiner Ankunft, fand er folgende scharfen Worte:

„Das Verbrechen an dieser jüdischen Gemeinschaft führt uns zu den dunkelsten Kapiteln der Menschheitsgeschichte zurück. Welche Bedeutung diese Gemeinschaft in Zukunft erlangen wird, wie sie sich entwickelt und welchen Platz sie im neuen Deutschland einnimmt, wird die ganze Welt mit größter Aufmerksamkeit verfolgen, davon bin ich überzeugt. Dies wird meiner Meinung nach einer der Prüfsteine der Rückkehr Deutschlands zum Licht darstellen."[17]

Hochkommissar McCloy verfolgte die jüdischen Angelegenheiten mit großem Interesse. Sein Berater für jüdische Fragen, Harry Greenstein, verstärkte diese Neigung und machte seinem Vorgesetzten, mit dem er ein einvernehmliches Verhältnis unterhielt, wiederholt auf das deutsche Schweigen hinsichtlich jüdischer Fragen aufmerksam. „Ich betonte die Tatsache, daß sich bis zum jetzigen Zeitpunkt kein einziger führender deutscher Politiker der Nachkriegszeit vom brutalen NS-Konzept minderwertiger Rassen distanzierte, und machte meinen Standpunkt deutlich, wonach eine Erklärung der gegenwärtigen Führung der Bundesrepublik Deutschland in diesem Sinne überfällig sei", berichtet Greenstein in einem Schreiben vom 20. September 1949.[18] McCloy beschloß zu handeln, nachdem er sich der Unterstützung des britischen und französischen Hochkommissars versichert hatte.

In seiner ersten Rede vor dem Bundestag äußerte sich der Kanzler zu jüdischen Angelegenheiten nur ganz knapp. Den Antisemitismus verurteilte er in zwei kurzen Sätzen:

„Lassen Sie mich [...] ein Wort zu hier und da anscheinend hervorgetretenen antisemitischen Bestrebungen sagen. Wir verurteilen diese Bestrebungen auf das Schärfste. Wir halten es für unwürdig und an und für sich unglaublich, daß nach all dem, was sich in nationalsozialistischer Zeit begeben hat, in Deutschland noch Leute sein sollten, die Juden deswegen verfolgen oder verachten, weil sie Juden sind."[19]

Adenauers Rede enthielt weder eine explizite Verurteilung der deutschen Vergangenheit noch ein Ausdruck des Mitgefühls für die Opfer. Von Entschädigung der Opfer oder Bestrafung der Täter kein Wort. Auf jüdischer Seite reagierte man mit

---

[17] Protokoll der Konferenz über „Die Zukunft der Juden in Deutschland" vom Büro des Beraters für jüdische Angelegenheiten, Heidelberg, mit Randbemerkungen von John J. McCloy, Hoher Kommissar der amerikanischen Zone in Deutschland, S. 20, Truman Library, Papers of Harry N. Rosenfield, Box 16, Alphabetical File.

[18] Harry Greenstein an Moses A. Leavitt vom 20. 9. 1949, AJDC, AR-4564; vgl. dazu: Greenstein an McCloy vom 19. 9. 1949, AJDC, AR-4564, Nr. 377.

[19] YIVO, AJC, FAD-1, Box 34, 20. 9. 1949; VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. WP 1949, Stenographische Berichte, Bd. 1, S. 27.

Bedrückung und Irritation.[20] Man hatte nicht erwartet, daß sich der neue Kanzler über die leid- und schmerzvolle Erfahrung der Juden so leicht hinwegsetzen würde. Die Sozialdemokraten erkannten den Affront und versuchten, den gravierenden Fehler wiedergutzumachen. Am folgenden Tag nahm der SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher ausführlich zu Adenauers Ausführungen und zu den jüdischen Forderungen Stellung.[21] Doch Adenauer ging hierauf nicht ein und hielt sich im Bundestag mit öffentlichen Äußerungen über Juden zurück. In einer Grußbotschaft zum jüdischen Neujahr (1949) nahm der Kanzler dann jedoch zusammen mit Bundespräsident Theodor Heuss öffentlich zu jüdischen Angelegenheiten Stellung.[22] Ob diesen Äußerungen Interventionen der Hohen Kommissare vorausgegangen waren, steht dahin. Aus dem Tagebuch von Adenauers engem Mitarbeiter Herbert Blankenhorn geht jedenfalls hervor, daß McCloy mit Vertretern der Bundesregierung das jüdische Problem wiederholt erörterte.[23]

Im Rahmen der im Kanzleramt stattfindenden langfristigen politischen Planung hatte die Frage der Wiedergutmachung der NS-Verbrechen seit der Regierungsbildung gebührende Aufmerksamkeit erhalten. Blankenhorn notierte folgendes:

„In diesen Gesprächen ist immer wieder der Gedanke vertreten worden, daß der neue deutsche Staat in der Welt Vertrauen, Ansehen und Glaubwürdigkeit nur wiedergewinnen werde, wenn die Bundesregierung und das Bundesparlament durch einen in freier Entscheidung getroffenen Willensakt sich von der Vergangenheit distanziere und durch eine eindrucksvolle materielle Wiedergutmachungsleistung dazu beitrage, das unglaubliche Ausmaß erlittener seelischer und materieller Not zu erleichtern und denen, die alles verloren hatten, beim Aufbau einer neuen Existenz zu helfen."[24]

Blankenhorn hatte McCloys Heidelberger Erklärung fast vollständig übernommen. Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland war von der Erkenntnis durchdrungen, daß die politischen Umstände eine Entspannung im Verhältnis zu den Juden unbedingt erforderten. Der Bundeskanzler brachte dies auch in einem Gespräch mit den Alliierten Hohen Kommissaren am 17. November 1949 zum Ausdruck. Hierin gab Adenauer die Versicherung ab, „auf diesem Gebiete alles zu tun, was überhaupt möglich" sei. Der Bundeskanzler stellte in Aussicht, im Bundesinnenministerium ein „besonderes Referat für jüdische Fragen zu

---

[20] „Denkschrift", am 20. 9. 1949 Chaim Yachil übergeben, Nachlaß Karl Marx (Privatbesitz), Kopien daraus im Besitz des Autors; LÜTH, Die Friedensbitte, S. 102 und 105.

[21] Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, S. 11; vgl. die Rede Schumachers im Bundestag am 21. 9. 1949: VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. WP 1949, Stenographische Berichte, Bd. 1, S. 31–42. Stellungnahme zur jüdischen Frage, S. 36; vgl. auch das Gespräch des Autors mit Norbert Wollheim am 3. 5. 1988 in New York; LÜTH, Die Friedensbitte, S. 102–105.

[22] Greenstein an McCloy vom 19. 9. 1949; Greenstein an Leavitt vom 20. 9. 1949, AJDC, AR 4564, No. 377; Eintrag vom 25. 9. 1949, BArch, N 1351, Bd. 1b; ALLGEMEINE WOCHENZEITUNG der Juden in Deutschland vom 22. 9. 1949.

[23] BArch, N 1351, Bd. 1b.

[24] BLANKENHORN, Verständnis, S. 138.

errichten", um damit „den in Deutschland lebenden Juden das Vertrauen zu geben, daß sie Schutz haben".[25]

Wenige Tage vorher hatte der Bundeskanzler dem Chefredakteur der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland* (AWJD), Karl Marx, ein Interview gewährt, nachdem er zuvor das Gespräch mit ihm gemieden hatte. Hierin versprach Adenauer, den Rassismus und den Antisemitismus zu bekämpfen, dem Rechtsradikalismus energisch entgegenzutreten und jüdische Einrichtungen vor Übergriffen zu schützen. Ferner äußerte er die Bestrebung, den wirtschaftlichen Schaden wiedergutzumachen, den die Bürger jüdischen Glaubens im Dritten Reich erlitten hatten, und auf eine Verbesserung der Gesetze betreffend Restitution und Entschädigung hinzuwirken. Den Staat Israel bezeichnete er als Vertreter des Weltjudentums und offerierte als vorläufige symbolische Geste deutscher Entschädigungsbereitschaft gegenüber den Juden die Summe von zehn Millionen Mark.[26]

Marx war über Adenauers Äußerungen, besonders über sein Geldangebot, alles andere als erfreut. Ein Sprecher der israelischen Regierung lehnte es noch am selben Abend ab. An dieser Haltung konnten auch Adenauers nachträgliche Klarstellungen und Erläuterungen nichts ändern, wie etwa das Argument, die Besatzungsmächte seien gegen Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an andere Staaten. Israelischerseits wurde Adenauers Angebot zum Teil als Affront empfunden, als billiger Versuch, sich der Rückgabe geraubten Eigentums zu entziehen. Ihm wurde sarkastisch vorgehalten, sein Vorschlag laufe darauf hinaus, 1,66 Mark für jeden getöteten Juden zu zahlen. Für die ablehnende Haltung der Israelis gegenüber Adenauers Angebot gab es mancherlei Gründe. Mißtrauen war nur einer davon. Die Israelis waren zweifellos überrascht worden. Man hatte nicht mit dieser Geste gerechnet und wußte nicht, wie darauf zu reagieren war. Angesichts verbreiteter Haßgefühle gegenüber Deutschland rechnete niemand mit der Möglichkeit direkter Gespräche zwischen beiden Seiten. Zwar wurden einzelne Entschädigungsforderungen erhoben, doch ein detaillierter Forderungskatalog existierte zu diesem Zeitpunkt noch nicht, eine kollektive Entschädigung aus Deutschland stand noch kaum zur Debatte.

In einem Schreiben vom 10. Mai 1949 machte der israelische Gesandte in den Beneluxstaaten, Michael Amir, seinen Vorgesetzten vier Monate vor dem Amtsantritt der ersten Bundesregierung den Vorschlag, die Möglichkeit des Erhalts von Reparationen aus Deutschland zu prüfen. Amir argumentierte, die zukünftige deutsche Regierung würde die Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft anstreben und bereit sein, dafür einen Preis zu zahlen. Amirs Idee wurde von den Rechtsberatern des israelischen Außenministeriums kurzerhand verworfen. Es sei zu früh, sich mit einer Frage zu beschäftigen, die von der gegenwärtigen politischen Realität weit entfernt liege, hieß es. Auch detailliertere Darstellungen Amirs konnten den Argwohn der Juristen nicht beseitigen.[27] Nach dem Treffen zwi-

---

[25] ADENAUER UND DIE HOHEN KOMMISSARE, S. 25 f.

[26] Der DEUTSCH-ISRAELISCHE DIALOG, S. 17–18.

[27] Amir an Raday vom 10. 5. 1949; Rosenne an Amir vom 20. 6. 1949; Amir an Rosenne vom 11. 7. 1949, ISA, 2417/4.

schen Bundeskanzler Adenauer und Nahum Goldmann, das im Dezember 1951 in London stattfand, lenkte Amir die Aufmerksamkeit des israelischen Außenministers Moshe Sharett erneut auf seinen Vorschlag. Sharett gab vor, nichts davon gewußt zu haben, und fügte hinzu, für diese Angelegenheit sei es überdies noch zu früh, niemand würde sie ernst nehmen.[28]

Die israelische Historikerin Yehudith Auerbach meint, Ministerpräsident Ben Gurion habe eine klare israelische Antwort auf Adenauers Angebot im Hinblick auf die zukünftigen Entwicklungen bewußt vermieden. Er sei bemüht gewesen, Israel nicht in die Kontroverse der Supermächte über Deutschland zu verwickeln, und er habe fest damit gerechnet, daß Deutschland früher oder später wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen werde: „Seine ständige Sorge um die Isolation Israels neben einer nüchternen Beurteilung von Deutschlands wieder zunehmender Bedeutung waren grundlegend für Israels Deutschlandpolitik [...] Er nahm das Thema Reparationen als Instrument zur Anbahnung bilateraler Verhandlungen wahr", schreibt Auerbach.[29] Die vorhandenen Dokumente stützen diese These nicht. Sie deuten eher auf Moshe Sharett als israelischen Wegbereiter der Gespräche zwischen Westdeutschland und Israel hin.[30] Amir trug seine Gedanken Sharett vor, und der Briefwechsel zwischen ihnen reflektiert die damalige israelische Haltung in dieser Frage: Die Zeit war noch nicht reif für Adenauers Idee. Einige Mitarbeiter deutscher Herkunft des JAFP, die sich häufig in Deutschland aufhielten, vertraten eine nüchternere Haltung und erkannten die große Bedeutung von Adenauers Angebot, doch noch bildeten sie die Minderheit.

3. Reparationen, Restitution und Entschädigung

Die Idee von Reparationen und der Restitution geraubten oder requirierten Eigentums durch den besiegten Feind ist so alt wie die Zivilisation selbst. So rief etwa der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs Erinnerungen an die nach dem Ende des Ersten Weltkriegs abgeschlossenen Friedensverträge wach. Jüdische Flüchtlinge aus Deutschland, die alles zurückgelassen hatten, wogen sich in der Hoffnung, bald wieder in ihre Eigentumsrechte eingesetzt zu werden. Von der raschen Niederlage des Dritten Reichs überzeugt, schuf die JAFP das sogenannte Department for Recovery of Property of German Jews (DRPGJ) (Abteilung für die Wiedergewinnung des Eigentums deutscher Juden). Diesbezügliche Pläne nahmen bereits im September 1939 Gestalt an.[31] In entsprechenden Briefwechseln ist von Entschädigungsansprüchen, Schadenersatzansprüchen, Hitlerschäden etc. die Rede, womit ausschließlich individuelle Forderungen gemeint waren. In manchen Briefen wurde die JAFP aufgefordert, die jüdischen Kriegsinteressen zu artikulieren und die Umsetzung der gesteckten Ziele vorzubereiten. Daher rührten das

---

[28] Amir an Sharett vom 28. 1. 1952; Sharett an Amir vom 28. 1. 1952, ISA, 2417/4.
[29] AUERBACH, Ben Gurion and reparations, S. 275, 277–278, 283.
[30] Sharett an Eban vom 14. 4. 1951, ISA, 5935/40; WEITZ, Ben Gurions Weg, S. 255–279.
[31] Erich Cohen an Georg Landauer vom 13. 9. 1939; Fritz Loewenstein an Siegfried Moses vom 17. 9. 1939, CZA, S 35/16.

Auftauchen kollektiver Forderungen und die Verwendung von Ausdrücken wie „Jüdische Reparationsforderungen" und „Wiedergutmachung". Schalom Adler-Rudel, ein zionistischer Aktivist deutscher Herkunft, versuchte verschiedentlich, führende zionistische Persönlichkeiten, darunter den Staatsmann und Biochemiker Chaim Weizmann, auf dieses Thema aufmerksam zu machen.[32] Diese Briefe und Memoranden gelten als Wegbereiter des jüdischen Standpunkts in der Reparationsthematik.

Der deutsch-jüdischen Initiative schlossen sich in der Folge auch andere jüdische Emigrantengemeinden an, besonders die österreichische und die tschechoslowakische. Die erste Welle solcher Vorstöße ebbte 1941–42 ab, nahm jedoch 1943–44 verstärkt wieder zu. Auch jüdische Organisationen, darunter das American Jewish Committee (Committee for Peace Studies) und der Jüdische Weltkongreß setzten Untersuchungen über die Kriegsfolgen in Gang: 1943 gründete Bruno Weil, ein jüdischer Aktivist amerikanisch-deutscher Herkunft, die Axis Victims League, eine Organisation, die dann in den fünfziger Jahren zum Ärger der großen jüdischen Organisationen versuchte, auf Kosten einer einheitlichen jüdischen Haltung einen separaten Dialog mit Bonn zu führen.[33]

Öffentlich wurde das Thema Kriegsentschädigung für Juden zum ersten Mal von Nahum Goldmann im November 1941 anläßlich einer Tagung der Panamerikanischen Konferenz des Jüdischen Weltkongresses in Baltimore, Maryland, angesprochen.[34] Am 5. Januar 1943 unterzeichneten sechzehn alliierte Regierungen und das French National Committee, die französische Exilregierung in London, die „Inter-Allied Declaration Against Acts of Dispossession Committed in Territories under Enemy Occupation or Control" (Interalliierte Erklärung gegen die Enteignungen in feindlich besetzten oder kontrollierten Gebieten).[35] Die Exekutive der JAFP befaßte sich am 12. März und 31. Mai 1943 in London eingehend mit der Reparationsfrage und beschloß, einen Ausschuß mit der weiteren Bearbeitung dieser Angelegenheit zu beauftragen. Im Herbst desselben Jahres übertrug die JAFP diese Aufgabe dem neugebildeten Vorbereitungsausschuß für Nachkriegsplanung.[36] Zu den vom Ausschuß projektierten Einnahmequellen gehörten auch deutsche Reparationen. Den ersten systematischen Versuch, die Möglichkeiten deutscher Zahlungen auszuloten, unternahm das im März 1941 vom Jüdischen Weltkongreß in New York gegründete und von den Brüdern Jacob und Nechemiah Robinson geleitete Institute of Jewish Affairs. Die beiden Persönlichkeiten genossen internationalen Ruf im Hinblick auf die schwierige Materie Reparationen, Entschädigung und Eigentumsrückerstattung. Schließlich verfaßte der deutsch-jüdische Autor Siegfried Mozes den 1944 veröffentlichten „Aufsatz über die Wiedergutmachung der Juden". Diese Schrift sollte die jüdische Haltung in

---

[32] ADLER-RUDEL, Aus der Vorzeit, S. 200–204; vgl. auch The LETTERS AND PAPERS OF CHAIM WEIZMANN, Jerusalem, Series A, Bd. 19, 210, Dok. Nr. 188.

[33] Bruno Weil an Dr. F. Goldschmidt, o.D., [verm. 24. 10. 1951], LBI, Council for the Protection of Rights and Interests of Jews from Germany (CPRIJG), Folder 2, Council, M/m, Haag Conference, bis 31. 5. 1952.

[34] GOLDMANN, Generation, S. 171–178.

[35] Text der Erklärung: CZA, A 140/497.

[36] ADLER-RUDEL, Aus der Vorzeit, S. 210–211.

dieser Frage nachhaltig beeinflussen, doch sie war nicht die einzige: Der Direktor der DRPGJ, Georg Landauer, hatte bereits im November 1943 ein internes Memorandum mit dem Titel „Die jüdischen Nachkriegsforderungen" vorgelegt, das die Haltung der JAFP beeinflußte.[37]

Ein Teil des Eigentums, das jüdische Flüchtlinge im Dritten Reich zurücklassen mußten, konnte vor Ausbruch des Krieges durch den Transfer nach Palästina gerettet werden. Dieselben Personen, die sich vor dem Krieg mit diesem Eigentumstransfer, der sogenannten Haavarah (hebr. Transfer, Überführung)[38], beschäftigt hatten, nahmen sich auch nach Kriegsende der jüdischen Forderungen gegenüber Deutschland an. Die mit dem Transfer von Eigentum nach Palästina beauftragt gewesene Firma „Nir" entwarf bereits während des Krieges Pläne für die Rückgewinnung jüdischen Eigentums und die Zahlung von Reparationen nach Kriegsende. Ein faszinierendes Element dieser Planung bildete der Briefwechsel zwischen dem britischen Geschäftsmann Israel M. Sieff und dem amerikanischen Fachmann für Emigrationsfragen, Eli Ginsburg. In einem nicht genau datierten Brief aus dem Jahre 1943 erörtert Ginsburg die Möglichkeit der Verwendung deutscher Reparationen zur Umsiedlung palästinensischer Araber.[39]

Das Planungskomitee beendete seine Arbeit im Jahre 1944. Sein Subkomitee für Reparationen unterbreitete den Vorschlag, bei der deutschen Regierung einen formellen Antrag auf kollektive Entschädigung im Namen des jüdischen Volkes einzureichen und individuelle Forderungen zu erheben. Dabei ging man davon aus, daß die Reparationen vor allem in Form von Güterzahlungen erfolgen würden, wovon zwangsläufig nur die jüdische Gemeinschaft in Palästina profitieren könnte. Zudem sollte Deutschland, gemäß diesem Vorschlag, auch die Auswanderung von Juden nach Palästina finanzieren. Die Alliierten seien ferner von der Existenz einer jüdischen Nation mit Anrecht auf kollektive und individuelle Entschädigung zu überzeugen.[40] Die überwiegende Mehrheit dieser Pläne lief also auf Vorschläge hinaus, Deutschland finanziell für den Aufbau der nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina heranzuziehen.

Im November 1944 berief der Jüdische Weltkongreß in Atlantic City, New Jersey, eine Kriegsnotkonferenz über das Schicksal des europäischen Judentums ein, auf der verschiedene Resolutionen über Entschädigung und Restitution verabschiedet wurden. Die Umsetzung dieser Resolutionen nach dem Krieg muß

---

[37] LANDAUER, Die jüdischen Nachkriegsforderungen.

[38] JAFP-Projekt der Jahre 1937–38 zur Rettung jüdischer Eigentumswerte im Dritten Reich. Im Rahmen dieses Projekts lieferte Nazideutschland Güter nach Palästina, deren Erlös an die Neueinwanderer aus Deutschland verteilt wurde. Im Gegenzug verpflichteten sich die Neueinwanderer auf ihr Eigentum in Deutschland zu verzichten.

[39] Der Brief lag einem Memorandum des America-Palestine Institute vom 11. 12. 1943 bei: F. D. Roosevelt Library, New York, Louis Bean Papers. Für den Hinweis auf dieses Dokument bin ich Prof. Dr. Helmuth Mejcher von der Universität Hamburg zu Dank verpflichtet.

[40] Landauer an Mozes, Rosenbluth und Kreutzberger vom 25. 9. 1944, LBI, Nachlaß Landauer, B26/1, Nr. 16; Das Subcommittee (for reparations) of the Planning Committee an das Planning Committee vom 29. 9. 1944, Ausarbeitung von Walter Turnowsky, „Pläne für Einwanderung in großem Maßstab" o.D., Dr. D. Azian, Sekretär der Planungsgruppe, an Mitglieder der Planungsgruppe vom 5., 12. und 16. 10. 1944, BGA, Correspondence Files.

jedoch in den Zusammenhang der neu auftauchenden jüdischen Probleme, wie etwa dem Problem der entwurzelten jüdischen Gemeinschaften (Displaced Persons), des britisch-jüdisch-arabischen Verhältnisses in Palästina sowie der Spannungen zwischen den Alliierten gestellt werden. Später stellte sich heraus, daß die Alliierten den jüdischen Forderungen kaum Rechnung trugen. Obschon die Juden ein Hauptopfer des Krieges waren, besaßen sie keine eigene, unabhängige politische Vertretung. Die Konferenz von Jalta erklärte nur Staaten, die am Krieg beteiligt gewesen waren oder unter deutscher Besetzung gestanden hatten, als berechtigt zum Erhalt von Reparationen. Trotz Memoranden und Appellen jüdischer Organisationen, darunter der JAFP, und verschiedener jüdischer Persönlichkeiten an die Siegermächte und an internationale Organisationen, befaßte man sich weder in Jalta noch auf der Potsdamer Konferenz mit den jüdischen Wiedergutmachungsansprüchen. Bernhard Joseph, ein Vertreter der JAFP, die sich berufen fühlte, die Sache des jüdischen Volkes zu vertreten, verfaßte eine längere eidesstattliche Erklärung zu den jüdischen Forderungen, die auf internationalem Recht basierte. Gestützt auf diese Erklärung überreichte die JAFP den Alliierten am 20. September 1945 ein offizielles Protestschreiben, das die Unterschrift von Chaim Weizmann trug. Appelle in ähnlichem Sinne hatte diese Organisation zuvor schon im Oktober 1944 und im Mai 1945 veröffentlicht.[41] Das Resultat war jedoch mager und ging kaum über Sympathiebekundungen hinaus. Die Juden wurden weiterhin als Individuen – entweder als Bürger bestimmter Staaten oder als Staatenlose – ohne Anspruch auf kollektive Entschädigung betrachtet.[42]

In der Frage der deutschen Reparationen herrschte Uneinigkeit zwischen den Großmächten. Die Westmächte kalkulierten langfristig und betrachteten das zukünftige Verhältnis zu Deutschland aus der Warte der von der Sowjetunion ausgehenden kommunistischen Bedrohung. Der besiegte Feind von gestern sollte zum Verbündeten von morgen werden, daher das Interesse an seiner möglichst raschen wirtschaftlichen Erholung. Zu hohe Reparationen wären dabei kontraproduktiv gewesen. Die Erinnerungen an die Folgen des Versailler Vertrages waren noch lebendig, und deren Wiederholung wollten die Alliierten um jeden Preis verhindern, auch um ein erneutes Gedeihen des Extremismus zu verhindern.[43]

Während Großbritannien und die USA auf ihre Reparationsforderungen praktisch ganz verzichteten und sogar Frankreich einem solchen aus eigener Sicht unbequemen Modus vivendi zustimmte, zeigte sich die Sowjetunion weit weniger kompromißbereit. Das Land war im Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogen worden und forderte, Deutschland im allgemeinen und die westlichen Besatzungszonen im besonderen bis zum letzten Pfennig auszupressen. Doch die Westmächte kamen überein, das Reparationskapitel zu schließen und die Sowjetunion

---

[41] Introduction to the Letter of 20 September 1945, Dr. Chaim Weizmann on behalf of the Jewish Agency for Palestine to the Governments of the United Kingdom, the United States, the USSR and France. In: WEIZMANN. Letters of Weizmann, Bd. 9 und Vol. 12, 11.

[42] Robinson an Goldmann vom 17. 7. 1945, AJA, WJC, U-245; ZWEIG, German Reparations, S. 2-3.

[43] ADENAUER UND DIE DEUTSCHE FRAGE, S. 15–18.

daran zu hindern, es wieder aufzurollen.[44] Indirekte Opfer dieses Gegensatzes waren die Juden. Die Westmächte behandelten die Reparationenfrage gleichsam als Büchse der Pandora und waren nicht gewillt, der UdSSR ihr Öffnen zu erleichtern. Daß sich dieses Problem im Rahmen des späteren Friedensvertrages regeln ließe, wurde zumindest in jenen frühen Jahren noch für möglich gehalten. Doch eine unmittelbare Lösung für die von den Juden erhobenen Ansprüche war damit kaum gegeben. Versuche von jüdischer Seite, Deutschland zur Zahlung von Entschädigung zu bewegen, stießen bei den Alliierten auf wenig Gegenliebe, sowohl aus globalstrategischen Erwägungen als auch aus Furcht vor der sowjetischen Reaktion. In den Jahren 1944 und 1945 kam die Frage der Entschädigung für Juden im amerikanischen Außenministerium zur Sprache, doch diese Debatten verliefen im Sand. Darauf wollen wir später noch zurückkommen.

Solange die jüdische Gemeinschaft in Palästina gegen das britische Mandat ankämpfte und sich dabei auch in einer Konfrontation mit der arabischen Welt befand, hätte eine Zustimmung für deutsche Reparationen an Juden direkt gegen britische Interessen verstoßen. Solche Reparationen hätten Öl ins Feuer dieses Konflikts gegossen, was man in London unbedingt verhindern wollte. Zu diesem Zeitpunkt bestand also keine Aussicht auf kollektive Entschädigung für die Juden. Die Reparationsfrage wurde nach 1945 ad acta gelegt und erst 1950 wieder aufgerollt. Jüdische Kritiker sprachen von fünf verlorenen Jahren.

In jener Zeitspanne wurden die katastrophalen Ausmaße des Holocaust allmählich bekannt. Die erdrückende Last der Wahrheit über diese Tragödie erzeugte gewaltigen moralischen Druck, was jedoch vorerst nicht zu konkreten Maßnahmen führte. Nur vereinzelt wurde die Reparationsfrage von Gruppierungen und bestimmten Persönlichkeiten weiterverfolgt. So forderte etwa das American Jewish Committee (AJC) indirekt über die amerikanischen Behörden deutsche Hilfe für die Emigration jüdischer NS-Opfer. Ähnliche Forderungen hinsichtlich deutscher Kostenbeteiligung wurden auch vom sich direkt um die jüdischen Flüchtlinge kümmernden American Joint Distribution Comittee (AJDC) und von der für die Emigrationsvorkehrungen von DPs zuständigen JAFP erhoben. Die zwischen November und Dezember 1945 stattfindende Pariser Reparationenkonferenz honorierte diese Anstrengungen mit der Zuweisung von 25 Millionen Dollar aus deutschen Guthaben im Ausland sowie einem Teil des in Deutschland beschlagnahmten oder sichergestellten Goldes für „nicht repatriierbare" Flüchtlinge. AJDC und JAFP erhielten 90% dieser Summe für die Finanzierung der Emigration jüdischer Flüchtlinge. Auch die Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) übernahm gewisse Aufgaben für die jüdischen Flüchtlinge.[45] Das am 14. Juni 1946 unterzeichnete Konferenzabkommen sprach den Juden erstmals

---

[44] Vertrauliches Memorandum von Mr. Tremble vom 23. 6. 1951, PRO, FO 371/93516.

[45] Entwurf der Ausarbeitung „Der Beitrag des AJC zur ökonomischem Wiedergutmachung von jüdischen NS-Verfolgten" vom 1. 9. 1965, YIVO, AJC, Institute for Human Affairs, RG-1, EXD-20, JSX63; Ausarbeitung von Simor Segal „Reparationen" vom 2. 4. 1946, YIVO, AJC, RG-347, GEN-10, Box 276; Ginsberg, Eli: Reparations for Non-Repatriables. In: Department of State Bulletin vom 14. 7. 1946, Final Act of the Paris Conference on Reparations, London, H.M. Stationery Office, 1946, S. 213–215, CZA, A 140/555.

separate Reparationen zu, wenn auch nicht nach den Konzepten und Vorstellungen jüdischer Kreise. Zudem wurde deutsches Grundeigentum in Palästina zum potentiellen Reparationsobjekt erklärt, worauf später noch einzugehen sein wird.

Individuelle Forderungen fußten auf einer sicheren Rechtsbasis und wurden in den westlichen Besatzungszonen – in unterschiedlichem Maße – auch durchgesetzt. Solche Ansprüche waren aber oft mit langwierigen gerichtlichen Verfahren verbunden, was einen JAFP-Funktionär 1946 dazu bewog, eine globale Lösung vorzuschlagen. Vertreter der US-Regierung waren dagegen, da sie befürchteten, eine Globalisierung könnte die Sozialisierung individueller Rechte hervorrufen.[46] Trotzdem sollte die Idee der Globalisierung noch mehrere Male und in verschiedenen Formen auftauchen.

Auch prominente Persönlichkeiten in Israel nahmen die Reparationsproblematik wieder auf. Zu ihnen gehörte etwa der nationalreligiöse israelische Politiker Zerach Warhaftig. Der jiddische Dichter H. Lewick rief 1949 indes die Holocaust-Überlebenden dazu auf, ihre Forderungen gegenüber Deutschland fallenzulassen und dieses Land zu boykottieren.[47] Am 2. März 1949 beschäftigte sich die israelische Regierung kurz mit dem Thema.[48] Die „fünf verlorenen Jahre" verstrichen also nicht ereignislos, wenn auch die jüdischen Forderungen in dieser Zeitspanne eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielten. Erst die Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfüllte die Reparationsidee wieder mit Leben.

Es gab drei verschiedene Arten von jüdischen Forderungen: Restitution, Entschädigung (auf kollektiver und individueller Basis) sowie die sogenannte Dritte Masse. Die Restitution betraf Eigentum, das im Rahmen der Arisierungspolitik vom NS-Regime beschlagnahmt oder dem rechtmäßigen Besitzer zu äußerst unvorteilhaften Bedingungen zwangsweise abgekauft worden war. Obwohl diese Eigentümer größtenteils im Holocaust umgekommen waren, konnte ein Teil des Besitzes identifiziert werden. Überlebende Eigentümer oder ihre Erben versuchten, ihr ursprüngliches Besitzrecht wieder herzustellen. Zur Regelung dieses Bereiches erließen die Militärregierungen Restitutionsgesetze, deren Ausführung den Länderregierungen auferlegt wurde: Am 10. November 1947 traten in der amerikanischen Zone das Militärgesetz Nr. 59 und in der französischen Zone das Gesetz Nr. 120 in Kraft. Am 12. Mai 1949 folgte das Gesetz Nr. 59 in der britischen Zone, und zwei Wochen später, am 26. Mai, wurde in den Westzonen Berlins das so genannte Kommandanturgesetz erlassen.[49] Verschiedene, die Interessen deutscher Juden vertretende Organisation gründeten zusammen das United Restitution Office (URO) zur Unterstützung individueller Forderungen und

[46] Yachil an Jacob [Robinson?] vom 7. 1. 1952, ISA, 43/10.

[47] Interview mit Zerach Warhaftig vom 14. 7. 1976, BGA, Oral History Division; DAWAR (Tel Aviv) vom 1. 1. 1952.

[48] SEGEV, Die siebte Million, S. 289; SAGI, Wiedergutmachung für Israel; PROSS, Wiedergutmachung; GOSCHLER, Wiedergutmachung, Westdeutschland und die Verfolgten; BALABKINS, West German Reparations; BLESSIN, Wiedergutmachung; WIEDERGUTMACHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND; PEASE, After the Holocaust; ZWEIG, German Reparations.

[49] Shinnar an Sharett vom 9. 1. 1952, ISA, 2417/4.

zur Informierung der Anspruchsteller über die bestehende Restitutionsgesetzgebung.[50]

Das Eigentum der im Holocaust Ermordeten war in den Händen derer geblieben, die es sich im Laufe der Arisierungskampagne unrechtmäßig angeeignet hatten, indem sie von den antijüdischen Maßnahmen der NS-Behörden profitierten. Die neuen Eigentümer schoben die Verantwortung für die Enteignung dem Dritten Reich und der NSDAP zu und betrachteten sich als rechtmäßige Eigentümer, die ihr Eigentum in gutem Glauben erworben hatten. In ihren Augen waren die Restitutionsforderungen deshalb ungerechtfertigt. Die alliierte Gesetzgebung in diesem Bereich variierte zwar in Qualität und Quantität, orientierte sich jedoch im allgemeinen an den Interessen der Enteigneten. Etwa ein Drittel der ehemaligen Eigentümer hatte sich inzwischen in Israel niedergelassen.[51] Identifiziertes erbenloses Eigentum, gemeinschaftliches Eigentum jüdischer Institutionen, Stiftungen, Treuhandgesellschaften usw. waren von diesen Gesetzen nicht betroffen und verblieben somit in den Händen der unrechtmäßigen Besitzer, ganz nach dem in Israel und in jüdischen Kreisen damals so oft zitierten Ausspruch des (biblischen) Propheten Elias: „Du hast gemordet, dazu auch fremdes Gut geraubt" (Könige I, 21,19). Zur Behebung dieses Mißstands wurden spezielle Organisationen ins Leben gerufen. Die erste war die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO), ein Produkt langwieriger Verhandlungen zwischen dem AJC, dem Jüdischen Weltkongreß, der JAFP, dem AJDC, dem amerikanischen Außenministerium und der amerikanischen Militärregierung. Die JRSO wurde ermächtigt, nicht beanspruchtes und erbenloses jüdisches Eigentum sicherzustellen und zu verwalten. Dahinter verbarg sich die Idee, „Eigentum im Wert von Millionen Dollar zugunsten jüdischer Interessen sicherzustellen, das andernfalls in deutsche Hände gelangt wäre und nun endlich eine positive Verwendung finden soll...", wie es der JAFP-Funktionär Maurice Boukstein formulierte.[52] Das sichergestellte Vermögen wurde schließlich zwischen dem AJDC und der JAFP aufgeteilt und diente dem Zweck der Rehabilitation von DPs sowie ihrer Integration in Israel. Dabei kam es zu Unstimmigkeiten zwischen den Organisationen für deutsche Juden, der JRSO, und den neuen jüdischen Gemeinden in Deutschland.[53] Ähnliche Organisationen in der britischen und französischen Besatzungszone, die Jewish Trust Corporation und die JRSO hofften, gemeinsam Erlöse im Gesamtbetrag von rund drei Milliarden Mark zu erzielen.[54]

Jüdische Emigranten aus Deutschland und andere Opfer des Nationalsozialismus stellten diverse Ansprüche auf Entschädigung – für Freiheitsentzug, Körper-

---

[50] Memorandum über die Tätigkeit des United Restitution Office (URO) vom 7. 2. 1952, ISA, 2543/12.

[51] LANDAUER, Restitution of Jewish Property, S. 8.

[52] BGA, Protocols File, Maurice Boukstein, JAFP Executive Committee, American Section, January-June 1949.

[53] JELINEK, Leo Baeck, S. 236–241; JELINEK, Die Politik, 369–387.

[54] KAPRALIK, Reclaiming the Nazi Loot; Memorandum des JRSO, „Möglicher Konflikt zwischen den Wiedergutmachungsansprüchen der israelischen Regierung gegenüber Deutschland und jüdischen Forderungen unter den existierenden deutschen Gesetzen zu Entschädigung und Rückerstattung vom Juli 1951, ISA, 2543/12.

verletzung, Erniedrigung, wirtschaftlichen Schaden, für zunichte gemachte Studien- und Berufsperspektiven etc. DPs in der amerikanischen Zone erhielten Entschädigung für die Gefangenschaft in Ghettos, Gefängnissen und Konzentrationslagern, gebunden an gewisse zeitliche Grenzen und gestützt auf unter alliierter Besatzungsherrschaft verabschiedete Ländergesetze, in Kraft getreten am 10. August 1949 in der amerikanischen Zone, Ende Mai 1950 in der ehemaligen französischen Zone und in den Berliner Westsektoren erst am 10. Januar 1957. Die Entschädigungsgesetze der britischen Zone blieben dagegen vorerst unzureichend, da die britische Regierung die Regelung der Entschädigung der Bundesrepublik überließ.[55]

Die URO beschäftigte sich anfänglich sowohl mit Restitution als auch mit Entschädigung. Später kümmerte sich eine spezielle Institution namens Miltam (ein hebräisches Achrostichon für „israelisches Büro für Entschädigungsforderungen von Deutschland") um die ehemaligen DPs. Nach deren Einrichtung wurden sämtliche rechtlichen Schritte und Entschädigungsklagen aller Art der URO überlassen. Die Kriegsentschädigungen entwickelten sich zu einem lukrativen Geschäft für Scharen von Rechtsanwälten und anderen Mittelspersonen, von denen nicht alle aufrichtig und ethisch handelten. Während am Anfang fast ausschließlich Organisationen der jüdischen Diaspora die jüdischen Interessen hinsichtlich Kriegsentschädigung und Eigentumsrückführung vertraten, nahm das diesbezügliche Interesse der israelischen Behörden erst in den frühen fünfziger Jahren allmählich zu.

Die „Dritte Masse" betraf eine Vielfalt von kollektiven Forderungen bezüglich der Hinterlassenschaft des Dritten Reiches. Viele Juden in Deutschland und in den besetzten Ländern waren von den Nationalsozialisten auf verschiedenen Wegen ihres Eigentums beraubt worden. Zu erwähnen sind die Sondersteuer in Höhe von einer Milliarde Mark, die nach den Pogromen der „Kristallnacht" erhoben wurde, die Emigranten aufgebürdete „Reichsfluchtsteuer", die sich aus dem Transfer von Eigentum der Emigranten ergebenden Verluste und der in den besetzten europäischen Ländern beschlagnahmte Besitz der im Holocaust Umgekommenen. Dem wären noch die Gewinne aus Zwangsarbeit, Verarbeitung der Leichen von Holocaustopfern und vieles mehr hinzuzufügen. Die „dritte Masse" sollte später die Rechtfertigungsbasis für jüdische Reparationsansprüche gegenüber Deutschland bilden. Die Ansprüche auf globale Entschädigung lösten jene Entwicklungen aus, die schließlich zu den sogenannten Schilumim, den Verhandlungen über Entschädigungszahlungen, führten.[56]

Eng mit der JRSO verbunden war die Jewish Cultural Reconstruction Company, die versuchte, kulturell, künstlerisch und religiös bedeutsame jüdische Kunstobjekte aus dem jüdischen Raubgut der Nationalsozialisten, darunter Bücher, dokumentarische Texte, Thorarollen, rituelle Gewänder und Gegenstände sowie Gemälde und Möbel, sicherzustellen bzw. zurückzuerhalten. Die oberste

---

[55] Shinnar an Sharett vom 9. 1. 1952, ISA, 2417/4; GOSCHLER, Wiedergutmachung, Westdeutschland und die Verfolgten, S. 185–189.

[56] Für eine Übersicht zur „Dritten Masse": Küster an Adenauer, betr. Richtlinien für die Wiedergutmachungspolitik vom 12. 7. 1952 (in Abschrift), ISA 2543/12.

Leitung dieser Institution und die öffentliche Aufsicht oblag größeren jüdischen Organisationen mit namhafter deutsch-jüdischer Vertretung. Die Philosophin Hannah Arendt bekleidete den Direktorenposten. Es war die Aufgabe dieser Institution, die ursprünglichen Eigentümer der Kunstobjekte zu eruieren und ihnen ihr Eigentum zurückzugeben oder, falls dies nicht gelang, es unter den religiösen und kulturellen jüdischen Institutionen zu verteilen.[57]

Die Sicherstellung verlorenen Eigentums und die Beschaffung von Geldmitteln für die jüdische Besiedlung Palästinas war zu jener Zeit eines der Hauptziele für die Anknüpfung deutsch-jüdischer Beziehungen. Dabei wurde auf zwei Ebenen vorgegangen: Privatpersonen versuchten, ihre ursprünglichen Eigentumsrechte wiederherzustellen, während im öffentlichen Bereich Anstrengungen unternommen wurden, wenigstens einen Teil des geraubten Gemeindebesitztums sicherzustellen. Unter der alliierten Besatzung verliefen die Kontakte zwischen beiden Seiten meistens über die Militärbehörden. In diesem frühen Stadium kann deshalb kaum von direkten deutsch-jüdischen Beziehungen im Bereich der Finanzhilfe und der Eigentumsrückführung gesprochen werden.

4. Die Akteure

Mehrere Gruppen in Israel machten Ansprüche im Hinblick auf Reparationen, Entschädigung und Eigentumsrückerstattung geltend. Zu ihnen zählten besonders Neueinwanderer aus Deutschland, Holocaust-Überlebende, bestimmte Gruppen ehemaliger Beschäftigter des öffentlichen Dienstes in Deutschland, die ein Recht auf Rente beanspruchten, sowie die sich um Reparationen kümmernden Regierungsämter und JAFP-Stellen. Gleichzeitig vertraten Organisationen und Institutionen außerhalb Israels die Interessen der jüdischen Bevölkerung in den jeweiligen Ländern. Hinzuzufügen sind schließlich Instanzen, wie etwa die JRSO und die Jewish Cultural Reconstruction Company, die sich um die Rückführung spezifischen Eigentums kümmerten. Das Schicksal der während des Krieges beschlagnahmten und auch lange Jahre nach Kriegsende noch in deutscher Hand befindlichen umfangreichen jüdischen Eigentumswerte war ein häufiges Gesprächsthema jüdischer und israelischer Funktionäre. Man war sich einig, daß dieses Eigentum, falls sichergestellt, der Wiedereingliederung und Repatriierung der Holocaust-Überlebenden zugeführt werden müsse. Auf der Tagesordnung stand die Idee einer kollektiven Abgeltung für das jüdische Volk.

Bis zum Herbst 1951 wurden die diesbezüglichen Verhandlungen gleichzeitig auf drei bis vier verschiedenen Ebenen geführt. Der über einflußreiche Vertretungen in den USA, in Israel und in Großbritannien verfügenden Jüdische Weltkongreß trat hier besonders in den Vordergrund. Die Hauptrollen bei ersten Vorgesprächen mit den britischen und deutschen Behörden spielten dabei der WJC-Präsident Nahum Goldmann, der stellvertretende Präsident der britischen

[57] Jüdisches Kultureigentum, AJDC, File 4266; Jerome Michael an I. L. Kenen vom 31. 1. 1947, YIVO, AJC, RG 347, GEN-10, Box 291.

Vertretung des WJC, Noah Barou, und deren Sekretär, Alex Easterman. Eine wichtige Funktion kam sodann der über Vertretungen in sämtlichen größeren jüdischen Zentren der Welt verfügenden JAFP zu. Goldmann amtierte als einer ihrer zwei Vorsitzenden und war somit das Verbindungsglied in persona zum Jüdischen Weltkongreß. Die JAFP unterhielt zudem ein Büro in München, das von Georg Landauer, dem ehemaligen Direktor des Central Bureau for the Settlement of German Jews und des DRPGJ, sowie von einem Funktionär namens Max Kreutzberger geleitet wurde, der die Tagesgeschäfte erledigte. Eine weitere aktive Organisation war die von New York aus operierende AJDC, eine apolitische (nicht-zionistische) Repräsentantin des amerikanischen Judentums. Als philanthropische Organisation mit Wohltätigkeits- und Wiedereingliederungsaufgaben war sie zwangsläufig mit Angelegenheiten konfrontiert, die Deutschland und die Überlebenden der NS-Verfolgung betrafen. Zahlreiche Initiativen gingen auch von den politisch bedeutsamsten Vertretern des amerikanischen Judentums, dem nicht-zionistischen AJC, dem American Jewish Congress, der Bnei Brit sowie dem Jewish Labour Committee aus. Unter diesen war das AJC am aktivsten. Sein Vertreter in Paris besaß gute Kontakte in Washington und bei den Militärbehörden in Frankfurt am Main. Jacob Blaustein, der Vorsitzende dieser Organisation, und deren Berater für auswärtige Angelegenheiten, Seymour J. Rubin, trugen die Hauptlast der Arbeit.

Auf amtlicher israelischer Ebene sorgte in erster Linie das Außenministerium unter Moshe Sharett für die Duchsetzung jüdischer Ansprüche sowie – im Ausland – die israelischen diplomatischen Vertretungen. Am 1. Januar 1950 wurde in der Nachrichtenabteilung des Außenministeriums ein deutsches Referat unter Viktor Fischl (später Avigdor Dagan) eingerichtet und 1951 in die Westeuropaabteilung unter Felix Eliezer Shinnar (ehemals Schneebalg) eingegliedert. Das israelische Konsulat in München und der bei den Besatzungsbehörden in München akkreditierte Konsul Eliahu Kurt Livneh waren die führenden diplomatischen Außenposten Israels für deutsche Angelegenheiten. Von dieser Vertretung wurden inoffizielle Gespräche geführt, Informationen gesammelt und Berichte nach Israel gesandt.[58]

Eine weitere aktive Regierungsinstitution war das für die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte zuständige Finanzministerium unter Finanzminister Elieser Kaplan. Der Anteil von Ministerpräsident David Ben Gurion und seines Amtes beschränkte sich dagegen auf die bloße Beschlußfassung auf höchster Stufe.

Unter den vier führenden mit Entschädigungs-, Restitutions- und Wiedergutmachungsfragen befaßten jüdischen Persönlichkeiten gab Goldmann zwar den Ton an, arbeitete aber dennoch eng mit Sharett zusammen. Blaustein war wegen seiner guten Beziehungen in Washington die Schlüsselfigur bei Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung. Dagegen mutet Ben Gurions Rolle vergleichsweise zweitrangig an. Die für Deutschland zuständigen Abteilungen der JAFP waren mit deutschen Emigranten besetzt. In manchen Fällen handelte es sich dabei um Veteranen der Haavarah. Sie unterhielten enge Beziehungen zu verschiede-

[58] JELINEK, Like an Oasis, S. 81–98.

nen deutsch-jüdischen Organisationen, wie etwa der Israeli Association of Immigrants from Central Europe (AICE) und dem von London aus operierenden Council for Protection of Rights and Interests of Jews from Germany (CPRIJG).

Manche leitenden Mitarbeiter im israelischen Außen- und Finanzministerium waren ebenfalls deutscher Herkunft. Zu nennen wären der Leiter der Westeuropaabteilung im Außenministerium, Gershon Avner, und der Direktor der israelischen Zollbehörde, Kurt Mendelssohn. Eine wichtige Rolle im Außenministerium spielten zudem Mitarbeiter österreichischer oder tschechoslowakischer Herkunft mit teilweise deutschem Hintergrund, wie zum Beispiel Chaim Yachil (ehem. Heinrich Hoffmann), Eliahu Kurt Livneh (ehem. Liebstein) und Avigdor Dagan. Ein zu beobachtender Antagonismus zwischen der JAFP und dem israelischen Außenministerium läßt sich zumindest teilweise durch die Mentalitätsunterschiede zwischen den genannten Personen und ihren Kollegen polnischer- bzw. russischer Herkunft und durch das unterschiedliche soziale Milieu dieser beiden Gruppen erklären. Doch die fast sprichwörtliche Animosität zwischen den beiden Institutionen lag zweifellos auch in der gegenseitigen Konkurrenz um Macht, Einfluß und Geltung begründet, die eine gegenseitige Distanz in deutschen Angelegenheiten hervorrief. Deutsche Instanzen waren sich dieser subtilen Differenzen kaum bewußt. Dies umso weniger, als die israelischen Regierungsvertreter strikte Anweisung hatten, den Kontakt mit deutschen Stellen jeder Art zu meiden, während JAFP-Vertreter keinen solchen Auflagen unterworfen waren. Für die deutsche Seite repräsentierte die JAFP somit faktisch den Staat Israel, und die Vertreter dieser Organisation waren nicht bemüht, ihren eigentlichen Status klarzustellen. Der Machtkampf belastete die tägliche Arbeit dieser beiden israelischen Instanzen und erforderte wiederholt das Eingreifen höchster Stellen.

Spannungen und Machtkämpfe charakterisierten auch das Verhältnis zwischen der JAFP und dem Jüdischen Weltkongreß, vor allem Deutschland betreffend. Die JAFP-Agenten strebten – bewußt oder unbewußt – das Monopol in deutschen Angelegenheiten an und setzten sich gegen jede „Einmischung" anderer Organisationen zur Wehr. Das AJC besaß zudem ein problematisches Verhältnis zu anderen Organisationen, besonders zu den Vertretungen des Staates Israel. Die nicht-zionistische – damals vielleicht sogar anti-zionistische – Organisation konzentrierte sich auf die Interessen der jüdischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten und der jüdischen Diaspora, Israel nicht eingeschlossen, und geriet damit zwangsläufig mit der jüdischen Vertretung in Palästina bzw. mit von Israel aus operierenden Organisationen in Konflikt. Das AJC sprach sich gegen die „israelisch-zionistische Beschlagnahme" der Reparationen und gegen den israelischen Alleinvertretungsanspruch des Weltjudentums aus. Solche Vorstellungen gehen aus einzelnen Dokumenten, die die Bundesrepublik Deutschland betreffen, tatsächlich hervor.[59] Die Egozentrik bestimmter führender Vertreter war ein weite-

[59] Eban an Goldmann vom 9. 3. 1951, Vgl. z. B. ISA, 344/17: „Israel ist der einzige Staat, der im Namen des jüdischen Volkes sprechen kann" oder: DOKUMENTE ZUM ABKOMMEN zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland (unterzeichnet am 10. September 1952 in Luxemburg), Jerusalem 1953, Dokument Nr. 5, 25; israelische Note vom 12. März 1951 an die vier Besatzungsmächte betr. Reparationen: „The state of Israel

rer Faktor der Spannungen und des Machtkampfs zwischen den einzelnen Organisationen.

Deutsch-jüdische Organisationen wurden von anderen jüdischen Organisationen und von Israel als potentielle Bedrohung empfunden. Man befürchtete, Juden deutscher Herkunft könnten sich unter Umgehung einer einheitlichen jüdischen Position für separate Verhandlungen mit der westdeutschen Regierung entscheiden und der deutschen Seite damit die Chance bieten, verschiedene Teile der jüdischen Gemeinschaft gegeneinander auszuspielen. Klagen deutscher Juden, daß jüdische Weltorganisationen einerseits ihr Eigentum beanspruchten, sich andererseits aber zu wenig um die Bedürftigen dieser Gemeinde kümmerten, wurden als Zeichen einer solchen Tendenz interpretiert.[60] Latent spielte zudem in deutsch-jüdischen Kreisen der im eigenen Selbstverständnis als „deutsche Bürger mosaischen Glaubens" verwurzelte Verdacht mit, von den in großen jüdischen Organisationen besonders stark vertretenen „Ostjuden" hintergangen zu werden.[61] Ein weiterer Stein des Anstoßes war der Führungsanspruch der zionistischen Organisationen beim Einfordern von Entschädigungszahlungen. Unter den deutsch-jüdischen Organisationen bemühte sich die Axis Victims League im Alleingang besonders heftig um Bonns Wohlwollen.

Zu weiteren auf eigene Faust operierenden Organisationen zählte der CPRIJG unter der Führung des ehemaligen Chefrabbiners Leo Baeck, eine äußerst verbitterte wie umstrittene Persönlichkeit, sowie die American Association of Jews from Central Europe. Am meisten Spannungen im jüdischen Lager erzeugte der Zentralrat der Juden in Deutschland (ZJD), da er Juden vertrat, die nach dem Krieg in Deutschland lebten, und deshalb besonders daran interessiert war, mit der Bundesregierung in ein gutes Verhältnis zu treten. Auch der Umstand, daß führende Persönlichkeiten des ZJD, wie etwa Hendrik van Dam und Norbert Wollheim, die Anliegen des Zionismus unterstützten, konnte die Befürchtungen gegenüber dieser Organisation nicht zerstreuen. Andere jüdische Organisationen versuchten den ZJD von eigenmächtigem Handeln abzuhalten. Der Umstand, daß sich auch nach dem Krieg noch Juden in Deutschland aufhielten, führte zum ideologischen Konflikt: Vor allem die zionistischen Organisationen und der Staat Israel forderten die restlose jüdische Emigration nach Israel. Ende 1949 schloß die JAFP ihre Emigrationsbüros in Deutschland, ein Schritt, der als Ausgrenzung der in Deutschland gebliebenen Juden aus der jüdischen Weltgemeinschaft interpretiert wurde. Der Jüdische Weltkongreß vertrat dagegen eine konziliantere Haltung und nahm den ZJD als Mitgliedsorganisation auf.[62] Dem Druck der zionistischen Organisationen widersetzten sich auch ehemalige, zumeist aus Osteuropa stammende, jüdische DPs, die trotz Spannungen mit Juden deutscher Herkunft

---

is the appropriate claimant of such reparations, not only because it has borne the major responsibility for salvaging the remnants of European Jewry, but also because it is the only recognized collective entity in which rights adhering to the Jewish people as a whole can find political expression."

60 LBI, S 41/1, M2/1/A, Box 3, Council, IRSO M(a) April 1952 – 30 June 1954.

61 Vermerk Herbert Blankenhorns vom 11. 5. 1954, CZA, Z 6/1622.

62 SHAFIR, Der Jüdische Weltkongreß, S. 218–220.

Teil der neuen jüdischen Gemeinschaft in Deutschland waren. Auch sie nahmen eine ablehnende Haltung gegenüber dem Zionismus ein und drohten damit, im Alleingang mit der Bundesregierung zu verhandeln.

Insgesamt blieben die jüdischen Organisationen der überkommenen Vorstellung der „Querelles juives" treu. Die rivalisierenden jüdischen Gruppen waren sich jedoch zumindest darin einig, daß Deutschland gegenüber den jüdischen NS-Opfern eine große Schuld auf sich geladen habe. Dieser Gedanke führte – zum ersten Mal in der jüdischen Geschichte – zur Gründung eines gemeinsamen jüdischen Gremiums, auf das wir weiter unten im Text zurückkommen werden.

Doch wie stellte sich die deutsche Seite zur Reparationsproblematik? Die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Juden hing in jenen Jahren, wie bereits erwähnt, weitgehend vom drängenden Einfluß von außen ab, eine Rolle, die Hochkommissar John McCloy gegenüber Bundeskanzler Konrad Adenauer und Bundespräsident Theodor Heuss wahrnahm. Das offizielle Deutschland war weniger daran interessiert, das Verhältnis zu den Juden zu verbessern, als vielmehr die jüdischen (und nichtjüdischen) DPs, die „unerwünschten Ausländer", loszuwerden.[63] So sind die anfänglichen Kontakte zwischen JAFP-Delegierten und deutschen Regierungsvertretern möglicherweise auf den gemeinsamen Wunsch zurückzuführen, Flüchtlinge nach Israel abzuschieben. Die ersten deutsch-jüdischen Kontakte nach dem Krieg wurden auf jüdischer Seite von der JAFP geknüpft. Ihre Aktivitäten konzentrierten sich zunächst auf Gemeinde- und Länderebene, weiteten sich später aber auch auf die Bundesebene aus.

Deutsche Instanzen waren den Anliegen der Juden nicht besonders wohlgesinnt, was sowohl allgemeine jüdische Kritik an der Restitutions- und Reparationspolitik als auch spezifische Proteste gegen einzelne Zwischenfälle mit deutschen Behördenvertretern hervorrief. Es kam zu Spannungen während der Verhandlungen über die Restitutions- und Reparationspolitik und Auseinandersetzungen über die Umsetzung der bestehenden Restitutions- und Entschädigungsgesetze. Der Hochkommissar sah sich deshalb wiederholt veranlaßt, bei den Ministerpräsidenten der Länder auf eine flexiblere Haltung und ein Ende der bürokratischen Blockierungen hinzuwirken.[64] Es gab zwar auch gutgesinnte Beamte, mit deren Hilfe anstehende Probleme rasch gelöst werden konnten, doch die auftretenden Schwierigkeiten legen den Schluß nahe, daß der deutsche Beamtenapparat keine Lehre aus dem Holocaust gezogen hatte und weiter den alten antijüdischen Vorurteilen verhaftet blieb. Der Behördenalltag schien zum Status quo

---

[63] FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 23. 6. 1950; vgl.: National Military Establishment, Dept. of the Army, Army releases final Haber report vom 7. 2. 1949, AJA, WJC, U-243; Livne an das Dept. of Economy vom 23. 10. 1949; The Displaced Persons Problem. A Collection of Recent Official Statements; Ausarbeitung von Rabbi Philip S. Bernstein „Status of Jewish Displaced Persons" vom 20. 6. 1947; JAFP, U.S. Zone Germany, Report of Activities, 1946–1948, vom Februar 1949, ISA 531/6.

[64] Bericht von Georg Landauer, über die Arbeit des Bureau for Recovering of Jewish Property in Germany vom 5. 4. 1950; McCloy an die Ministerpräsidenten der Länder, 23. Januar 1950, CZA, Z 6/787; Benjamin B. Ferencz an Eli Rock vom 9. 11. 1950, AJDC, Dokument Nr. 4264; Bericht von Benjamin B. Buttenwieser, S. 178, Columbia Oral History Project 1979.

ante zurückgekehrt zu sein. Anstatt generell eine flexiblere Linie zu beschließen, wurde die Entscheidung offener Fragen einzelnen Beamten überlassen. Zudem setzte sich die neue Verwaltung vorwiegend aus Beamten zusammen, deren Gedankengut noch von NS-Ideologie durchsetzt war. Führende Politiker, wie etwa Justizminister Thomas Dehler (FDP) sowie Finanzminister Fritz Schäffer (CSU), richteten mit unbedachten Äußerungen und einer bürokratischen, formalistischen Haltung ungehindert irreparablen Schaden an. Die unteren Chargen ihrer Ministerien taten es ihnen gleich. Manche Politiker der regierenden Koalition legten den Juden und ihren Ansprüchen gegenüber eine Haltung an den Tag, die bestenfalls als gleichgültig zu bezeichnen ist. Unter diesen Umständen war es ein leichtes, die Entschädigungszahlungen endlos zu verzögern.

Aus der deutschen Bevölkerung waren noch unfreundlichere Töne zu vernehmen. Aufgeschreckt durch das Ausmaß der Restitutionsforderungen, bezeichneten sich die neuen Besitzer „arisierten" jüdischen Eigentums als Opfer „habgieriger jüdischer Bittsteller". Sie gründeten Organisationen und führten eine Öffentlichkeitskampagne durch, die ein positives Echo fand. Es bestand die Gefahr, daß diese Gruppierungen zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft heranwachsen würden.[65]

Bundespräsident Heuss setzte sich derweil an vorderster Front für die Versöhnung zwischen Deutschen und Juden ein. Der ehemalige Vorsitzende der FDP prägte im Dezember 1949 in einer Rede in Wiesbaden den Begriff „Kollektivscham" und forderte die Deutschen dazu auf, sich zu dem Unrecht an den Juden zu bekennen.[66] Dabei wurde er von Geistlichen, Journalisten und Politikern unterstützt. Auch hochrangige Beamte im Kanzleramt und in der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten (dem späteren Auswärtigen Amt), darunter Walter Hallstein, Herbert Blankenhorn und Hans Globke, unternahmen größte Anstrengungen in diese Richtung. Ob sie aus schlechtem Gewissen handelten, um sich ein Alibi zu verschaffen – Blankenhorn und besonders Globke galten als belastet –, oder aber aus Pflichteifer, Karrieregründen, um des guten Rufes willen oder schlicht aus menschlichem Anstand: Diese drei Staatsdiener sind gute Beispiele für den unermüdlichen Eifer, den einzelne an den Tag legten, der jüdischen Seite mehr als nur entgegenzukommen. Ehemalige Nationalsozialisten und Mitläufer wandelten sich zu Fürsprechern der Juden. Vor allem in mündlichen Zeugnissen und in der damaligen Presse wurde zuweilen die Ansicht geäußert, daß sich eine deutsche Regierung aus Mitgliedern mit unbelasteter Vergangenheit den Juden und dem Staat Israel gegenüber weniger entgegenkommend zeigen würde.

Dem widersprach jedoch, daß sich gerade die größte Oppositionspartei, die

---

[65] Association for Loyal Restitution, Baden-Baden, Minutes of Meeting held in Kreuznach vom 13. 11. 1949; Eli Rock an Bookstein and Leavitt vom 13. 6. 1950, AJDC, Nr. 4264; Ferencz an Jacobsen vom 3. 1. 1950, YIVO, AJC, RG 347, GEN-10, Box 291; Association for Loyal Restitution, Brief Report to our Members, 8. 2. 1951, CZA, A 140/463; KASSELER POST vom 17. 4. 1951; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 30. 4. 1951.

[66] Bericht von Norbert Wollheim über das Zusammentreffen mit dem Bundespräsidenten Theodor Heuss am 19. 1. und 20. 2. 1950, CZA, A 410/58; vgl. die Rede von Heuss vom Dezember 1949, in der er den Begriff „Kollektivscham" verwendete, abgedruckt in: THEODOR HEUSS. Politiker und Publizist, S. 381–386.

SPD, die sich den Nationalsozialisten entgegengestellt hatte, als der jüdischen Seite freundlich gesinnt zeigte. SPD-Spitzenpolitiker wie Kurt Schumacher und Carlo Schmid traten konsequent für die Erfüllung der jüdischen Forderungen ein.[67] Die Sozialdemokraten und der ihnen nahestehende Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) spielten eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung dieser Ansprüche. Vorstöße der Bundesregierung in Richtung Versöhnung mit den Juden wurden von den Sozialdemokraten als führender Oppositionspartei stets mitgetragen, obwohl es auch in dieser Partei, selbst unter Spitzenvertretern und Abgeordneten, schwarze Schafe gab. Auch in der SPD wogen politisches Kalkül und wahlstrategische Überlegungen manchmal schwerer als moralische Grundsätze. Die Lösung sozialer Probleme ehemaliger Kriegsgefangener, verwundeter Soldaten und Zivilisten sowie Vertriebener schien oft drängender als die Ansprüche der Juden. Insgesamt überwog jedoch bei den SPD-Vertretern die positive Einstellung. Jedenfalls spielte die Partei eine Schlüsselrolle bei der Gesetzgebung in der Restitutionsfrage und ihrer Umsetzung. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Wiedergutmachungsgegner zwar zahlreicher, aber den Befürwortern gegenüber – vor allem in Schlüsselpositionen – dennoch unterlegen waren.

Eine weitere wichtige Rolle spielten die Entwicklungen im internationalen Umfeld. Zur Zeit der Gründung des Staates Israel und der Bundesrepublik Deutschland war der Kalte Krieg schon in vollem Gange und entwickelte sich bald zum offenen Konflikt im Koreakrieg. Deutschlands Bedeutung war im Steigen begriffen und beide Blöcke strebten danach, die öffentliche Meinung in Deutschland für sich zu gewinnen. Die Gründung der Bundesrepublik bezweckte die Errichtung eines Bollwerks des Westens. Die Bevölkerung galt es davon zu überzeugen, daß eine demokratische Staatsform im westlichen Stil ein nicht zu hoher Preis für die ausbleibende Wiedervereinigung Deutschlands sei, zumal doch der vom Westen gebotene Lebensstandard höher und mit weniger Opfern verbunden sein würde als alles, was die Sowjetunion versprechen bzw. tatsächlich würde bieten können. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Westdeutschlands durch kräftige Kapitalspritzen und andere materielle Hilfe. Um die zweckgemäße Verwendung dieser Gelder zu garantieren, war die deutsche Wirtschaft einer strengen alliierten Kontrolle unterworfen. Diese förderte die Ausfuhr und blockierte den Geldtransfer – in Form von Devisen oder unbezahlten Warenlieferungen – ins Ausland. Die materiellen Forderungen jüdischer Organisationen und Israels ließen sich mit dieser Politik der westlichen Besatzungsmächte nicht vereinbaren. Selbst die Ausfuhr kleinerer, nach alliierten Gesetzen bereits genehmigter Beträge, war fast unmöglich. Zur Freigabe bestimmte Beträge wurden auf sogenannte Sperrmarkkonten überwiesen, über die nur innerhalb der Bundesrepublik verfügt werden konnte. „Um den Geldbeutel des amerikanischen Steuerzahlers zu schonen", verhinderten die amerikanischen Behörden ungedeckte Exporte aus Westdeutschland.[68] Der amerikanische Außenminister Dean Acheson verfolgte die wirtschaftliche Erholung des besiegten Feindes mit besonderer Auf-

[67] SHAFIR, Ha yad ha-musheteth.

[68] Ausarbeitung „The Problem of Bulk Settlement with Germany" vom 30. 3. 1950, YIVO, AJC, RG 347, GEN-10, Box 276.

merksamkeit. Die Entschädignungsansprüche des jüdischen Staates kamen ihm dabei nicht gelegen.[69] Israelischen Wünschen kamen weder er noch seine Mitarbeiter entgegen, vom britischen und französischen Hochkommissar ganz zu schweigen. Die Reparationsfrage war in eine Sackgasse geraten.

Eine Ausnahme bildete der amerikanische Hochkommissar John McCloy. Mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet und weitgehend unabhängig handelnd, genoß er bei der Umsetzung von Anordnungen aus Washington einigen Spielraum. Seine Stimme fand nicht nur Gehör im Weißen Haus, im Außenministerium und im Pentagon, sondern auch im Kongreß. In Deutschland war er deshalb bis 1952 der unumstrittene Boß. Die Politik der wirtschaftlichen Förderung der Bundesrepublik verbunden mit der Devise des sparsamen Umgangs mit amerikanischen Steuergeldern wurde auch von McCloy mitgetragen. Sein Ziel war es, Westdeutschland ins westliche Lager zu führen. Um dies zu erreichen, förderte er die Versöhnung Deutschlands mit seinen Gegnern, allen voran Frankreich. Die Regelung der offenen Fragen zwischen den zwei traditionellen Kontrahenten wurde als bedeutender Schritt in diese Richtung erachtet.[70]

Eine ähnliche Linie verfolgte McCloy offenbar auch gegenüber einem weniger mächtigen Antagonisten Deutschlands, dem jüdischen Volk. Die Juden und der Staat Israel konnten weder Macht ausspielen noch war ihnen, im Gegensatz zu Frankreich, ein internationales Vetorecht gegeben. Ihre einzige Stärke, von der sich eine gewisse Macht ableiten ließ, war ein moralisches Recht. Als Opfer des Holocaust besaß das jüdische Volk einen gewissen Einfluß auf das Gewissen der Weltöffentlichkeit. Das war sein einziger, wenn auch nicht zu unterschätzender Trumpf. McCloy hat diesen Umstand zweifellos erkannt. Ähnliche Versöhnungsschritte wie gegenüber Frankreich, allenfalls in geringerem Umfang, waren also auch gegenüber Israel erforderlich. Während es bei Frankreich vor allem um militärische Sicherheit ging, legte Israel Wert auf materielle Entschädigung. Wenn es also gelang, diese Wünsche zu befriedigen, war das Resultat bei beiden Staaten ein ähnliches: Ihr Veto gegen die Wiederaufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die „Völkerfamilie" würde dahinfallen.

Über McCloys persönliche Beweggründe läßt sich nur spekulieren. Er hatte die deutsche Front kurz vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches besucht und mag dabei Zeuge von NS-Greueln gewesen sein. In seiner bereits erwähnten Heidelberger Rede übte er scharfe Kritik an der NS-Politik gegenüber Juden und Andersdenkenden. Doch auch McCloys Kriegsvergangenheit war nicht frei von dunklen Aspekten. Ihm wurde vorgeworfen, während des Zweiten Weltkrieges antijüdisch gehandelt zu haben und an der Verfolgung von Amerikanern japanischer Herkunft („Nisei") beteiligt gewesen zu sein. Zudem soll er nach seinem Rücktritt von seinem Posten in Westdeutschland einen antiisraelische Haltung eingenommen haben.[71] Inwiefern die Vergangenheit seine Handlungen beeinflußte, ist schwer abzuschätzen. McCloy läßt zudem eine unterschiedliche Hal-

---

[69] Interview mit David Ginsburg am 9. 5. 1988, Washington D.C.

[70] SCHWARTZ, Atlantik-Brücke, S. 23–24; Interview mit Benjamin B. Ferencz in Long Island, NJ am 28. 5. 1988; Interview mit Saul Kagan in New York, NY am 23. 5. 1988.

[71] JELINEK, John McCloy, Jacob Blaustein and the Shilumin, S. 30–31.

tung gegenüber Juden und Amerikanern japanischen Ursprungs erkennen, was auf folgende Umstände zurückzuführen sein mag: Bevor er in das Verteidigungsministerium eintrat, war McCloy als Firmenanwalt tätig, unter anderem für den jüdischen Großkaufmann und Ölmagnaten Jacob Blaustein, mit dem er sich später befreundete. Diese Freundschaft sollte sich für Blaustein als äußerst wertvoll erweisen. Als McCloy zum amerikanischen Hochkommissar in Deutschland ernannt wurde, wurde Blaustein bei ihm wiederholt mit jüdischen Anliegen vorstellig. Der Beitrag von Blaustein und einiger seiner Helfer war schließlich entscheidend für den Erfolg der Anstrengungen der jüdischen Seite im Hinblick auf deutsche Entschädigung. Es gelang, das alliierte Veto zu überwinden.

5. Reparationen für die jüdische Gemeinschaft?

Von den drei Arten von Retribution – Entschädigung, Rückerstattung und Reparationen – stieß letztere auf den größten Widerstand. Der Erlangung von Reparationen wurde deshalb am meisten Aufmerksamkeit geschenkt, da sie, so hoffte man, auch den anderen Formen der Wiedergutmachung den Weg ebnen würden.

Adenauers Initiative vom November 1949 stand unter keinem günstigen Stern. Im Bestreben, die Sache am Leben zu erhalten, legte Karl Marx am 24. des Monats in Israel einen Plan vor, wonach Israel in einem Zeitraum von 12 bis 15 Jahren eine jährliche Güterhilfe im Wert von 200–500 Millionen Mark erhalten solle; doch seine Ideen wurden mit Skepsis aufgenommen.[72] Marx genoß, wie erwähnt, einen zweifelhaften Ruf. Er war unter anderem Opfer von Auseinandersetzungen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, an denen er selber nicht ganz unschuldig war. Er beschuldigte den hochangesehenen Norbert Wollheim, seinen Vorschlag zu diskreditieren, als dieser nach einem Gespräch mit Bundespräsident Heuss nach Israel flog.[73] Marx behauptete später, der Vizekanzler und Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Franz Blücher, habe ihm im persönlichen Gespräch die Lieferung von Waren an Israel in Aussicht gestellt und streng geheime Verhandlungen mit israelischen Experten vorgeschlagen. Diesen und einen zweiten, ähnlichen Plan unterbreitete Marx israelischen Regierungsvertretern bei einem weiteren Besuch in Israel. Die Israelis nannten ihn daraufhin einen „Phantasten".[74] Man darf annehmen, daß gewisse deutsche Wirtschaftskreise im Rahmen der Suche nach neuen Märkten Interesse für Israels Position im Nahen Osten bekundeten und hofften, durch Wirtschaftshilfe an Israel Arbeitsplätze in der Bundesrepublik zu schaffen.[75] Zwar machte man sich in Israel damals durchaus

---

[72] Memorandum von 1953 und Denkschrift vom 26. 7. 1954, Karl Marx Nachlaß; vgl. Shinnar an Ilsar vom 8. 2. 1955, ISA, 590/9.

[73] Memorandum von 1953, Karl Marx Nachlaß; Landauer an Kreutzberger vom 17. 2. 1950, CZA, S 35/94.

[74] Ebd.; Blüchers Dokumente im BArch, N 1080, enthalten keinen Hinweis auf ein solches Angebot. Blücher unterhielt Kontakt mit Marx und befolgte gelegentlich seinen Rat.

[75] Vortrag Arnold Sywotteks „German-Israeli Economic Relations During the Beginning of Contacts between the Two Nations", gehalten am 20. 3. 1986 an der Ben-Gurion-Universität zu Beer Sheva, BGA, Oral History Division; Informationsübersicht 2/49, Lübeck

Gedanken über die Reparationsfrage, doch für einen konkreten Vorstoß war das Mißtrauen gegenüber Deutschland noch zu groß.

Israelische Vertreter in Deutschland, darunter Konsul Livneh und JAFP-Delegierte, drängten bei ihren Vorgesetzten darauf, die deutschen Vorstöße ernst zu nehmen. In einem Schreiben an Sharett und Kaplan vom 15. März 1950 warnte Landauer davor, „den guten Willen Adenauers, des einzigen möglichen Verbündeten in Deutschland, zu verspielen".[76] Nachdem der Kanzler in israelischen Kreisen mehrfach kritisiert wurde, faßte Landauer Mut, ihn – zum ersten Mal in der offiziellen israelischen Korrespondenz – als möglichen Partner zu bezeichnen. Gleichzeitig begann er, die Idee direkter Gespräche mit der deutschen Regierung zu propagieren. Der JAFP-Delegierte in Deutschland, Max Kreutzberger, machte den Vorschlag, Adenauers Geste zu akzeptieren und mit Blankenhorn und dem Adenauer nahestehenden Bankier Robert Pferdmenges das Gespräch zu suchen.[77] Am 1. November 1949 eröffnete die JAFP ein Büro in München. Kreutzberger beschäftigte sich mit wirtschaftlichen und rechtlichen Aufgaben. Am 29. Januar 1950 autorisierte die JAFP-Exekutive direkte Gespräche mit deutschen Regierungsvertretern. Auf der Tagesordnung stand unter anderem „die Erlangung voller Entschädigung für den Schaden, den die deutsche Nation jüdischen Personen bzw. dem jüdischen Volk zugefügt hat".[78] Darauf erhöhte die Exekutive den Rang des Büros in München und ermächtigte es zu Verhandlungen über Entschädigung sowie zum Empfang verschiedener Entschädigungsleistungen. Das Büro wurde zudem angewiesen, eng mit dem (israelischen) Regierungsausschuß für den Transfer von Entschädigungsleistungen zusammenzuarbeiten, der im Oktober 1949 ins Leben gerufen wurde.

Am 15. Februar 1950 kam das israelische Kabinett auf die deutschen Angelegenheiten zu sprechen und übertrug dem genannten Ausschuß die Behandlung sämtlicher finanzieller Fragen in bezug auf Deutschland. Zum Vorsitzenden wurde der aus Deutschland stammende Peretz (Fritz) Naphtali, Wirtschaftsexperte der Mapai und ehemaliges Mitglied der SPD, gewählt. Am 23. Februar 1950 verfaßte Landauer eine Denkschrift mit dem Titel „Zu verhandelnde Fragen mit der deutschen Regierung bzw. den deutschen Regierungen".[79] Ein Gremium von zwei Ministern und vier hohen Beamten bzw. Funktionären der israelischen Regierung und der JAFP diskutierte das Papier und beschloß, den in deutschen Angelegenheiten erfahrenen Direktor der Zollbehörde, Kurt Mendelssohn, nach Deutschland zu entsenden. Zum ersten Mal seit der Gründung des Staates Israel wurde ein Regierungsvertreter zu direkten Gesprächen mit der Regierung der Bundesrepublik ermächtigt.[80] Mendelssohn hatte den Auftrag, die Schwierigkei-

---

vom 27. 10. 1949, YVA, 0–70/13 (72/38); Kreutzberger an Goldmann vom 9. 2. 1950, CZA, Z 6/387; H. Kox an den Minister über den Abteilungsleiter Staatssekretär vom 20. 6. 1950, PA, 210–01/35, Bd. 2, Abt. II/IIa; HAARETZ (Tel Aviv) vom 4. 6. 1950.

[76] Landauer an Sharett and Kaplan vom 15. 3. 1950, CZA, S 35/185.

[77] Kreutzberger an Goldmann vom 9. 2. 1950, CZA, Z 6/387.

[78] Ausarbeitung „Decisions concerning Germany" vom 29. 1. 1950, CZA, A 140/58.

[79] Mit Datum vom 22. 3. 1950, CZA, S 35/18.

[80] Protokoll der Besprechung mit Vertretern der Regierung und der Jewish Agency vom 2. 5. 1950, CZA, A 140/58.

ten der JRSO bei der Sicherstellung des erbenlosen Eigentums und die Probleme beim Transfer von Entschädigungsgeldern zu erörtern. Weitere Tagesordnungspunkte betrafen das schleppende Tempo der Entschädigungszahlungen, die Schätzung des (jüdischen) Eigentums durch deutsche Behörden sowie den Einkauf. Mendelssohns Mission markierte eine Wende im israelischen Denken und bedeutete gleichzeitig den Bruch des inoffiziellen Boykotts gegen Deutschland. Mendelssohn war zwar nicht der erste israelische Emissär in Deutschland, doch seine Vorgänger waren ohne offizielle Erlaubnis zu Gesprächen nach Deutschland gereist und dabei gescheitert. Dieses Mal schienen Marx' Aktivitäten Früchte zu tragen. Sharett, Kaplan und Naphtali genehmigten die Entscheidung des Ausschusses und sorgten für die Zustimmung der Regierung.

Doch Mendelssohns Mission war nicht nach dem Geschmack von Landauer und der JAFP-Gesandtschaft in München, die ihr jede Hilfe versagten. JAFP-Delegierte wiesen auf den Schaden hin, den Mendelssohn ihrer Ansicht nach anrichtete, und bis zu einem gewissen Grad sollten sie recht behalten, wie noch zu zeigen sein wird. Andererseits standen Mendelssohn als Regierungsbeauftragtem Türen offen, die den JAFP-Delegierten verschlossen waren. Das AJC bezichtigte die israelische Regierung im Zusammenhang mit der Mendelssohnschen Mission der Einmischung in laufende Verhandlungen der JRSO. Dahinter stand natürlich die Befürchtung des AJC, die Israelis könnten versuchen, den Alleinvertretungsanspruch des jüdischen Volkes durchzusetzen. Ben Gurion hätte in weiser Voraussicht mehrmals erklärt, er betrachte den Staat Israel nicht als Vertreter des Weltjudentums, hieß es dazu warnend in AJC-Kreisen.[81] Goldmann gelang es schließlich, das AJC mit der – unwahren – Erklärung zu beschwichtigen, Israel gehe es nur um das Eigentum seiner Bürger deutscher Herkunft.[82] Mendelssohns offizielles Mandat beschränkte sich zwar tatsächlich auf das Einholen von Informationen über die Entschädigung für in Israel lebende Juden deutscher Herkunft, doch im Endeffekt bezweckten seine Sondierungen einen umfassenden Ausgleich mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland. Er hielt sich mit Unterbrechungen drei Monate in der Bundesrepublik auf. In dieser Zeit führte er Gespräche mit den Bundesministern Blücher und Schäffer sowie mit hohen und mittleren Beamten. Mit Wirtschaftsvertretern erörterte er mögliche Handelsbeziehungen.

Mendelssohn kam bei seinen Gesprächen in Deutschland sowohl jüdischen Organisationen als auch seinen Gastgebern in die Quere, möglicherweise auch weil er sich der Komplexität der anstehenden Probleme nicht genügend bewußt war. Der israelische Emissär mischte sich in Angelegenheiten ein, die gleichzeitig auch von der JRSO, der URO, dem israelischen Büro für Forderungen gegenüber Deutschland (Miltam) und der JAFP-Abteilung für die Rückführung des Eigentums deutscher Juden (DRPGJ) behandelt wurden. Sein offizieller Status stiftete zudem Verwirrung bei den Gastgebern, und in der deutschen Presse wurde er fälschlicherweise als Vizefinanzminister bezeichnet. Mendelssohns Interventionen verschafften deutschen Regierungsvertretern Gelegenheit, Entschädigungs-

---

[81] Proskauer an Goldmann vom 5. 4. 1950, CZA, Z 6/387; Telegramm von Proskauer an Goldmann vom 5. 4. 1950, YIVO, AJC, RG-1, EXO-16.

[82] Goldmann an Proskauer vom 19. 4. 1950, CZA, Z 6/387.

maßnahmen zu verzögern und die jüdischen Organisationen gegeneinander auszuspielen. Andererseits war es das Verdienst von Mendelssohns Mission, die deutsche Seite zu einer ernsthaften Erwägung der Entschädigungsfrage zu bewegen. Wie Landauer berichtet, hat Mendelssohn der deutschen Seite eigenmächtig den Vorschlag gemacht, Israel Waren im Wert von 100 Millionen Mark als Anzahlung einer sofortigen Entschädigung im Umfang von 250 Millionen Mark zu liefern. Sodann habe er mit den Ministern Blücher und Schäffer die gesamten israelischen Ansprüche und die Möglichkeiten einer globalen Lösung erörtert.[83] Wenn auch die Vorteile einer raschen Regelung dieser Frage auf deutscher Seite durchaus erkannt wurden, kam das Bundesministerium der Finanzen zu dem Schluß, daß man nicht über die dafür nötigen Mittel verfüge, und am 9. Juni 1950 beschloß die Bundesregierung, gestützt auf Schäffers Vorschlag, die Angelegenheit vorläufig zurückzustellen.[84] „Fehlende Mittel" waren offensichtlich nicht der einzige Grund: Die Gespräche hatten bereits eine gewisse Spannung in der westdeutschen Wirtschaft und speziell auch auf dem bundesdeutschen Immobilienmarkt erzeugt.[85] Zudem reagierte die Öffentlichkeit mit großem Unwillen auf die jüdischen Forderungen, was die Politiker dazu bewog, vorläufig keine Entscheidung zu treffen.

Eine weitere schwere Belastung für die Bundesrepublik war die Entschädigungsfrage. In den Wirtschaftsministerien und in der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten war man bestrebt, die Frage auf einmal zu erledigen, und Bundesminister Schäffer stellte Nachforschungen an, welcher Betrag dafür aufzuwenden wäre. Für eine große Summe war die Zustimmung des Bundestags erforderlich. Ein längeres Schriftstück des Bundesministeriums der Finanzen erklärte die wirtschaftlichen und politischen Vorteile eines Abkommens mit Israel, erwähnte Mendelssohn und endete mit folgendem bemerkenswerten Satz: „Bei allen diesen Überlegungen sollte beachtet werden, daß neben der Verbesserung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Israel der politische und moralische Kredit der Bundesrepublik wächst. Auch das muß sich über kurz oder lang wirtschaftlich auswirken."[86]

Die Bonner Regierung war sich des moralischen Vorteils einer Anerkennung des Staates Israels sehr wohl bewußt. Man war bestrebt, Israel zu der Aufnahme von offiziellen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu bewegen. Im Schlußbericht über seine Gespräche unterstrich Mendelssohn am 7. Juli 1950, daß er als offizieller Vertreter des Staates Israel auf deutscher Seite besonderes Interesse geweckt habe: „Sie sind daran interessiert, die Entschädigungsforderungen auf einer kollektiven Basis zu formalisieren, wie es zwischen Staaten üblich ist." Jeder Ansatz zur Aufnahme von Kontakten auf staatlicher Ebene sei auf deutsches

---

[83] Zusammenfassung eines Gesprächs mit dem Finanzminister Herr Dr. Schäffer im Bundesministerium der Finanzen vom 5. 6. und 7. 6. 1950, Bonn, CZA, S 35/70.

[84] Die KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG, Band 3: 1950, 72. Kabinettssitzung, 9. Juni 1950.

[85] Bericht von Dr. Mendelsohn vom 17. 7. 1950, ISA, 2482/13.

[86] Abt. II/IIa, Herr Kox, an den Herrn Minister mit der Bitte um Kenntnisnahme vom 20. 5. 1950 (in Abschrift), PA, 210–01/35, Bd. 2.

Interesse gestoßen.[87] Ein JAFP-Schriftstück faßt die Logik von Mendelssohns Mission wie folgt zusammen: Die Regierung wird sich entweder dazu entschließen, eine ständige Vertretung in Deutschland zu eröffnen oder sich definitiv von der Behandlung der Entschädigungsfrage zurückziehen.[88] Eine Äußerung, aus der der Monopolanspruch der JAFP in dieser Frage deutlich hervorgeht. Andererseits hatte Mendelssohns Mission auf israelischer Seite die Einsicht gefördert, daß die israelischen Forderungen ohne direkte Gespräche zwischen den Regierungen nicht durchzusetzen waren.

In Deutschland war inzwischen ein Streit darüber entbrannt, ob der Bund oder die Länder die Last der Entschädigungen zu tragen hätten. Ein besonderer Ausschuß unter der Leitung des hessischen Finanzministers und Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bundesrats, Werner Hilpert, erhielt den Auftrag, Vorschläge zur Finanzierung von Zahlungen im Rahmen einer Entschädigungsvereinbarung auszuarbeiten. Unter den am Ausschuß beteiligten Regierungsvertretern befand sich auch der umstrittene Bayerische Staatskommissar für religiös, rassisch und politisch Verfolgte, Philipp Auerbach. Der Ausschuß sprach sich gegen eine Anzahlung aus, und die zahlreichen Feinde des Wiedergutmachungsexperten Auerbach zögerten nicht, ihm die Verantwortung für die negative Entscheidung zuzuschieben. Nachfolgende Debatten über weitere Möglichkeiten einer globalen Entschädigung verliefen ebenfalls ergebnislos. Sämtliche Vorschläge waren an den Zuständigkeitskonflikten der Länder in der Wiedergutmachungsfrage und an der finanziellen Lage des Bundes gescheitert.[89] Auerbach, dessen Vergangenheit als umstritten galt, wurde später im Zusammenhang mit einem Korruptionsskandal von der bayerischen Polizei verhaftet und nahm sich unter merkwürdigen Umständen in seiner Haftzelle das Leben.[90]

Im Rückblick scheinen Mendelssohns Sondierungen erfolgreicher gewesen zu sein, als es aus seinem eigenen Bericht oder aus der Kritik der JAFP-Delegierten hervorging. Nach der JAFP gelangte auch das israelische Außenministerium zur Einsicht, daß die Entschädigungsfrage ohne direkte Gespräche nicht zu lösen sei. Nun galt es, diese Erkenntnis der politischen Führung weiterzuvermitteln. Die JAFP entwickelt eine Anzahl konstruktiver Lösungsvorschläge, und der auf höchster politischer Stufe aktive Goldmann sowie die täglich mit deutschen Stellen verkehrende DRPGJ entfalteten eine rege Tätigkeit. Goldmann versuchte auf die Entscheidungsträger – McCloy, Adenauer und Heuss – einzuwirken, und suchte den besten Weg, um die Alliierten und die Deutschen zu einer Zusammenarbeit mit der jüdischen Seite zu bewegen. Er bezweifelte den Nutzen einer Friedenskonferenz für die jüdischen Anliegen und warnte, die Deutschen könnten ihr Interesse am

---

[87] Zusammenfassung der Gespräche mit der westdeutschen Regierung betr. Wiedergutmachung für Israelische Staatsbürger und „Haavarah" vom 7. 7. 1950, CZA, S 35/70; vgl.: Gerling an Landauer vom 7. 7. 1950, CZA, S 35/70; Livneh an das Außenministerium, Abteilung Wirtschaft, vom 14. 7. 1950, ISA, 2543/1.

[88] Gerling an Moses vom 17. 7. 1950, CZA, S 35/70.

[89] Ostermann an Tolkowsky vom 10. 1. 1951, PA, 210-01/35, Bd. 1; vgl. auch: Tolkowsky an Ostermann vom 27. 10. 1950 und Ostermann an Tolkowsky vom 21. 12. 1950, PA, 210-01/35, Bd. 1.

[90] GOSCHLER, Der Fall Philipp Auerbach, S. 77–98.

Ausgleich mit den Juden verlieren, wenn die „Gegenleistung", die er dann auch benannte, weiter im unklaren bleibe: Was die jüdische Seite zu bieten habe, sei eine „politische Rehabilitation Deutschlands im Gegenzug für die Lösung der Restitutionsfrage".[91] Diese Darstellung war nicht neu, doch eine für die jüdische Seite günstige Umsetzung in praktische Politik bedingte die richtigen Partner und den geeigneten Zeitpunkt. Goldmann versuchte deshalb Zeit zu gewinnen. Demgegenüber befürworteten Landauer und seine Anhänger eine Lösung gemäß dem Vorbild der Haavarah. Landauer schlug die Gründung einer übergeordneten jüdischen Restitutionsstelle (Jewish Restitution Center) zur Koordinierung der Arbeit der verschiedenen in Deutschland aktiven jüdischen Organisationen vor. Eine solche Stelle, hoffte Landauer, würde die Rivalität zwischen den einzelnen Organisationen eindämmen und die Gefahr bannen, daß deutsche Stellen kleinere Antragsteller mit kleinen Summen abspeisten.[92] JAFP-Vertreter schlugen eine globale Lösung für die noch ausstehenden jüdischen Forderungen vor. Landauer nannte die Summe von drei Milliarden Mark, die etwa jenem Betrag entsprach, auf den man sich im Luxemburger Abkommen von 1952 tatsächlich einigte. Als Zahlungsfrist nannte Landauer die Zeitspanne von zwei bis fünf Jahren. Der Transfer nach Israel sollte zudem in Form von Warenlieferungen über eine eigens zu diesem Zweck zu gründende Organisation geschehen, mit Hilfe von Firmen, die sich bereits bei der Haavarah bewährt hatten. Als Kuriosum wäre noch anzufügen, daß man erwog, zu diesem Zweck deutsche Beamte wieder anzustellen, die sich in den dreißiger Jahren mit dieser Angelegenheit beschäftigt hatten.

Landauers Pläne kamen der Realität ziemlich nahe. Während die JRSO auf Länderebene bereits globale Lösungen in die Tat umsetzte, um langwieriges Ringen um Teillösungen zu vermeiden, waren Goldmann, Blücher und andere Bundesstellen immer noch mit dem Entwurf und der Diskussion von Plänen beschäftigt. Die jüdisch-israelisch-deutschen Verhandlungen im Jahre 1952 erreichten schließlich eine globale Lösung auf zwei Ebenen: Erstens hinsichtlich der Ansprüche der sogenannten Claims Conference und zweitens in bezug auf die individuelle Entschädigung für in Israel lebende Opfer des Nationalsozialismus. Der Umstand, daß nicht das Landauer-Programm umgesetzt wurde, kommt einer Ablehnung der JAFP-Schirmherrschaft gleich, obwohl, wie erwähnt, große Teile dieses Programms (nämlich des Haavarah-Programms) im Luxemburg-Abkommen und bei dessen Umsetzung – durch die israelische Regierung und nicht durch die JAFP – zur Geltung kamen. Die Diskussion des Landauer-Plans trug keine Früchte, und der Anspruch des Staates Israel, die Regelung der deutsch-jüdischen Angelegenheiten in seine Hände zu nehmen, bedeutete das Ende seines Auftrags. Doch Landauer gab nicht auf. Im Staate Israel und in dessen Vertreter Livneh erkannte er seine hauptsächlichen Widersacher, und um unabhängig zu bleiben, blieb ihm

---

[91] Minutes of the joint meeting of the sponsoring agencies of JRSO and representatives of the government of Israel vom 2. 5. 1950, AJDC.

[92] Ausarbeitung von Georg Landauer „Global Arrangement of Jewish Claims Related to Restitution of Jewish Property and Indemnities in Germany" vom Juni 1950, CZA, A 140/58; Memorandum von Georg Landauer zur Restitution vom 5. 8. 1950, LBI, B26/1, Nr. 17.

nichts anderes übrig, als die Vormachtstellung seines Büros gegen sie zu verteidigen.

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der JAFP und der israelischen Regierung über Strategie und Taktik in deutschen Angelegenheiten schimmerten auf beiden Seiten Machtstreben bzw. der Ehrgeiz durch, die Politik zu diktieren und deren Durchführung in eigener Regie zu gestalten. Landauers Chancen verschlechterten sich aber zusehends, da die JAFP gegenüber dem Staat Israel immer mehr an Boden verlor. Zudem tobte ein erbitterter Machtkampf zwischen den JAFP-Vertretungen in New York und Jerusalem. Auch waren gewisse JAFP-Delegierte in Deutschland offensichtlich nicht weitsichtig genug, um sich die Unterstützung anderer in Deutschland aktiver jüdischer Organisationen zu sichern. Im Gegenteil. Im Kampf um Zuständigkeiten standen sie dem AJC, dem Jüdischen Weltkongreß, dem ZJD und weiteren Organisationen gegenüber, konnten also nicht mit ihnen als potentielle Verbündete rechnen. Persönliche Spannungen und Eigenheiten sowie Mentalitätsunterschiede spielten zudem eine nicht zu unterschätzende Rolle. Landauer etwa verwies auf sein „jeckisches Erbe (Jecke = spött. isr. Bez. für deutscher Jude) mit seiner fehlenden Anpassungsfähigkeit".[93] Sharett bemerkte abschätzig über Kreutzberger, seine Eigenheiten seien schon längst bekannt.[94] Diese Persönlichkeiten deutsch-jüdischer Herkunft waren in israelischen und amerikanischen Kreisen nicht sonderlich beliebt. Insofern wirkte sich der persönliche Faktor verschärfend auf den Machtkampf zwischen den einzelnen Organisationen aus. Zeitlebens ein überzeugter Zionist, starb Landauer als verbitterter Mann und fand in New York seine letzte Ruhe.

Beamte des israelischen Außenministeriums warfen der DRPGJ vor, sich gegen die jüdischen Reparationsforderungen zu stellen und die diplomatischen Anstrengungen des Staates Israel zu untergraben. Mit ihrer Politik der kleinen Schritte habe sich die DRPGJ der deutschen Regierung zu billig verkauft. Während Israel Milliarden von Dollars fordere, komme die Bundesrepublik Deutschland dank JAFP billig davon. Des weiteren beschuldigten die Vertreter des Außenministeriums die DRPGJ, aus Furcht vor dem Verlust der Vormachtstellung in deutschen Angelegenheiten eigenmächtig zu handeln, Beschlüsse der israelischen Regierung zu mißachten, Information zurückzuhalten und zu versuchen, offizielle israelische Vertretungen bei ihrer Arbeit zu behindern.

Die wachsende Spannung zwischen den israelischen Regierungsbehörden und der JAFP führte am 5. September 1951 zu einer Aussprache auf höchster Ebene. Zu den Teilnehmern zählten Sharett, Kaplan, Eschkol, Goldmann und weitere führende Politiker sowie JAFP-Vertreter und Beamte des Außenministeriums. Das emotionsgeladene Treffen endete mit der Wahl eines Ausschusses, dem die Aufgabe zufiel, die Verantwortlichkeiten der israelischen Regierung und der JAFP festzulegen. Shinnar und Landauer verfaßten ein Schlußdokument mit folgenden fünf Punkten: 1. Die israelischen Ansprüche haben Vorrang vor allen anderen Ansprüchen, 2. Nur Regierungsvertreter sind zu Verhandlungen über deutsche Reparationen ermächtigt, 3. Die Regierung unterstützt die Durchsetzung indivi-

[93] Landauer an Locker vom 12. 7. 1951, CZA, S 35/39.
[94] Sharett an Avner vom 6. 9. 1951, ISA, 2417/3.

dueller Ansprüche, 4. Nichtstaatliche Organisationen sind für die individuelle Entschädigung und Restitution verantwortlich, 5. Wo gemeinsame Interessen und gemeinsame Aufgaben vorliegen, bestimmen die Regierung und die JAFP einvernehmlich die genaue Art der Zusammenarbeit. Die beiden Verfasser unterzeichneten das Abkommen am 14. Oktober 1951.[95] Obwohl das Dokument formal eine Aufgabenteilung festlegte, war die JAFP die klare Verliererin. Sie mußte fortan mit einer zweitrangigen Rolle vorlieb nehmen und war der Regierung weitgehend unterstellt. Das kam zwar nicht überraschend, war für die Leitung der JAFP aber dennoch ein harter Schlag: Auch beschwichtigende Erklärungen, daß Landauer auch fortan konsultiert werde und an den Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland teilnehme, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß er nicht mehr zu den Entscheidungsträgern gehörte. Angesichts der direkten Beteiligung der Regierung an der Behandlung der deutschen Angelegenheiten kam der JAFP nur noch eine untergeordnete, beratende Rolle zu. Und nach der Gründung des weltweiten jüdischen Gremiums (Claims Conference) für Verhandlungen über individuelle Ansprüche büßte die JAFP auch in diesem Bereich ihre Daseinsberechtigung ein. Die DRPGJ, Wegbereiter der Retributionsansprüche gegenüber Deutschland, hatte ausgedient.

Der Staat Israel sprach im Namen seiner Bürger und, ohne es offen auszusprechen, auch im Namen der jüdischen Gemeinschaft außerhalb Israels. Die JAFP stand für die Zionisten, während sich der Jüdische Weltkongreß zur Vertretung der jüdischen Diaspora berufen fühlte. Als nichtstaatliche Organisation konnte sich der Jüdische Weltkongreß in seinen öffentlichen Stellungnahmen zu Schuld und Entschädigungspflicht der Deutschen einen schärferen Ton und eine klarere Sprache als die israelische Regierung erlauben und damit offen aussprechen, was auch viele Israelis, darunter Regierungsvertreter, dachten. Ein Beispiel hierfür ist die Resolution, die der Jüdische Weltkongreß Ende 1949 verabschiedete, in der es unter anderem hieß:

„Die Welt und besonders das jüdische Volk bezweifeln, daß das deutsche Volk das enorme Ausmaß des Verbrechens überhaupt begreift und dafür Buße leisten kann, solange es sich nicht formell und als Kollektiv zur Schuld bekennt [...] Der deutsche Staat und das deutsche Volk müssen sich formell zur Wiedergutmachung des Unrechts bekennen, das dem jüdischen Volk zugefügt wurde, und Reparationen leisten, die es den Überlebenden erlauben, ihre Existenz in Israel oder anderswo in Freiheit und Sicherheit wiederaufzubauen."[96]

Im September 1950 verfaßte der Jüdische Weltkongreß ein weiteres Memorandum zu den jüdischen Forderungen, das er der vom 12. bis 14. September in New York tagenden Außenministerkonferenz übersandte, auf der auch die Rolle der Bundesrepublik innerhalb der westlichen Gemeinschaft zur Debatte stand.[97] In ihm

---

[95] Shinnar to Landauer vom 18. 10. 1951, incl. Anhänge; Livneh an Shinnar vom 27. 12. 1951, ISA, 534/1.

[96] Resolution „Jews and Germans" vom 30. 1. 1950, YIVO, AJC, FAD-1, Germany/West, Box 3.

[97] WJC an den Rat der Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich vom 12.–14. 9. 1950, Memorandum über jüdische Forderungen, CZA, S 35/39; vgl. SHAFIR, Der Jüdische Weltkongreß, S. 217–218; siehe auch SHAFIR, Ambiguous Relations; TEMPEL, Legenden der Allmacht.

wurde den kollektiven Ansprüchen erneut Nachdruck verliehen. Auf jeder der folgenden Tagungen kam der Jüdische Weltkongreß sodann auf die Entschädigungsansprüche zurück. Die nächste aufsehenerregende Erklärung wurde fast gleichzeitig mit den israelischen Noten an die Alliierten und möglicherweise zu deren Verstärkung Anfang 1951 veröffentlicht. Die halbamtliche *Diplomatische Korrespondenz* reagierte auf den jüngsten Vorstoß des Jüdischen Weltkongresses mit Kritik. Bemängelt wurde die Forderung eines Kollektivschuldbekenntnisses und allgemein die feindselige Linie gegenüber Deutschland.[98] Angesichts der Vorstöße des israelischen Außenministeriums erübrigten sich die Aktionen des Jüdischen Weltkongresses, doch solange sich die Aktivitäten der Israelis auf diskrete diplomatische Kanäle beschränkten, sorgte der Weltkongreß dafür, die jüdischen Ansprüche im öffentlichen Bewußtsein wachzuhalten.

Bevor die israelische Regierung diplomatische Initiativen ergreifen konnte, kam es zu zusätzlichen lokalen, einander teilweise überlappenden Aktionen, die neue Möglichkeiten aufzeigten. Einen solchen Vorstoß wagte der WJC-Vertreter Noah Barou, der fest vom Potential direkter Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland überzeugt war. Er führte Gespräche mit Vertretern der Bundesregierung und machte dabei über seinen Geschäftspartner, den deutschen Emigranten Gerhard Lewy, die Bekanntschaft des damaligen Kölner Oberbürgermeisters, Hermann Pünder, der ihm offenbar Zugang zu hohen Vertretern des Bundesministeriums der Finanzen und des Kanzleramts verschaffte. Auf diesem Weg lernte er auch Herbert Blankenhorn kennen, der mit der Familie Lewy freundschaftliche Kontakte unterhielt.[99] Ein weiterer gemeinsamer Freund Barous und Lewys war Michael A. Thomas (alias Ulrich Holländer), ein britischer Verbindungsoffizier, der als Kontaktmann zwischen dem ehemaligen Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer und der britischen Besatzungsverwaltung fungiert hatte. Zu diesem Kreis stießen noch weitere Personen, darunter der Geschäftsmann Joseph (Yossl) Rosensaft, KZ-Überlebender und Vorsitzender der Displaced Persons aus Bergen Belsen, der später beschuldigt wurde, mit Schwarzmarktgeschäften ein Vermögen angehäuft zu haben.[100] Dem mit Norbert Wollheim vom ZJD befreundeten Rosensaft gelang es bald, freundschaftliche Kontakte mit Ben Gurion, Sharett und Goldmann zu knüpfen. Zudem glückte es ihm, Verbindungen mit einer Reihe von politisch einflußreichen Persönlichkeiten in Bonn herzustellen, so daß er längere Zeit als graue Eminenz der deutsch-jüdischen Verhandlungen galt.

In einem – vermutlich von Barou autorisierten – Schreiben an Pünder vom 26. März 1950 wies Lewy auf die Vorteile hin, die der Bundesrepublik aus einer

---

[98] JÜDISCHER WELTKONGRESS ERGREIFT INITIATIVE. In: AWJD vom 9. 3. 1950; Der JÜDISCHE WELTKONGRESS UND DIE WIEDERGUTMACHUNG. In: Diplomatische Korrespondenz vom 10. 3. 1951.

[99] Gerhard Lewy an Pünder vom 26. 3. 1950; Gerhard Lewy an Blankenhorn vom 10. 7. 1951, PA, 244–1011/51; Eintrag vom 4. 4. 1950; Pünder an Lewy vom 19. 5. 1950, BArch, N 1351/3; Blankenhorn an Barou vom 12. 11. 1951, BArch, N 1351/86; Blankenhorn an Barou vom 18. 7. 1951, IJA, 220.0.

[100] Dieser Verdacht wurde von verschiedenen Seiten erhoben. So etwa in einem Brief von Michael A. Thomas an den Autor, 21. 7. 1989.

entgegenkommenderen Politik gegenüber den Juden erwachsen würden. In diesem Zusammenhang nannte er die Forderungen der jüdischen Seite, darunter eine Erklärung im Bundestag, die eine Verurteilung der NS-Politik sowie eine Verpflichtung zur Zahlung von Entschädigungen und zum Kampf gegen den Antisemitismus enthalten müsse.[101] Die geforderte Erklärung im Bundestag wurde als eine Vorbedingung für „Friedensverhandlungen" zwischen führenden Vertretern jüdischer Organisationen und deutschen Regierungsvertretern bezeichnet. Nachdem Lewy Pünder die Hilfe Barous angeboten hatte, traf Blankenhorn am 4. und 28. April 1950 zweimal mit Barou zusammen, der die jüdischen Forderungen bekräftigte. Von Blankenhorn war es bekanntlich nicht weit zu Adenauer. Darüber hinaus hatten Lewy, Barou und ihre – überwiegend nichtjüdischen – deutschen Geschäftspartner Zugang zu höchsten Stellen der westdeutschen Verwaltung und Wirtschaft, darunter Ludwig Erhard, Robert Pferdmenges, Hermann Josef Abs und Vollrath von Maltzan. Ihrer jüdischen Abstammung wegen wurden Lewy und seine Freunde besonders umworben, da Bonn die Juden als wichtige Mittler betrachtete.[102] Der Kreis um Lewy und Barou erkannte die Gelegenheit zum profitablen Geschäft und tat sein Bestes, sie in die Tat umzusetzen.[103] 1952 und 1953 sah sich die israelische Regierung dann zu drastischen Schritten gezwungen, um sich von dieser Gruppe zu distanzieren, deren Einfluß bis zur Eröffnung der israelischen Mission in Köln im Jahre 1953 anhielt.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Annäherung zwischen Israel und der Bundesrepublik bis zu jenem Zeitpunkt mit beträchtlichem persönlichen Nutzen für sämtliche Beteiligten verbunden war. Es steht außer Frage, daß diese europäischen Vertreter des Jüdischen Weltkongresses einen bedeutenden Beitrag zur Knüpfung direkter Kontakte zwischen Bonn und Jerusalem geleistet haben. Adenauer war mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit von Blankenhorn über die erwähnten Kontakte unterrichtet worden. Doch bei der Herstellung direkter Kontakte mit Israel zog der Kanzler die offiziellen Kanäle vor. Barous Beitrag lag also eher in der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und des geeigneten psychologischen bzw. politischen Klimas als in der konkreten Anbahnung der ersten direkten Verhandlungen. Seine direkte Linie zu Blankenhorn büßte jedoch auch später nichts von ihrer Wichtigkeit ein – ein Treffen zwischen Goldmann und Blankenhorn kam durch seine Vermittlung zustande –, wenn er auch nicht der einzige Vermittler zwischen jüdischen und deutschen Vertretern war.

Während man in israelischen Regierungskreisen noch hoffte, daß die Deutschen aus eigener Initiative ein neues Kapitel in den deutsch-jüdischen Beziehungen aufschlagen würden oder – noch besser – daß ein solcher Schritt von dritter

---

[101] Lewy an Pünder vom 26. 3. 1950; vgl. auch Lewy an Blankenhorn, 10. 7. 1951, PA, 244–10 11/51.

[102] Vgl. dazu in einem Schreiben von Lewys Rechtsanwalt Kubutschok an den Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 4. 3. 1950 (BArch, N 1005, Bd. 630) die starke Hervorhebung des Umstands, daß Lewy und seine Geschäftsfreunde Juden waren.

[103] Brief von Michael A. Thomas an den Autor vom 21. 7. 1989, in dem dieser über Gerhard Lewy schrieb, dieser „glaubte an die Wiedergutmachung, doch bei allem Respekt für seine großen Anstrengungen war sie für ihn doch vor allem eine Business-Gelegenheit".

Seite erwirkt werden könnte, verfolgte Barou die Idee des direkten Gesprächs. Weder die Botschaften von Marx und Mendelssohn, noch Landauers Bemühungen konnten erreichen, was Barou gelang: Er sprach mit deutschen Vertretern und sagte ihnen, was sie hören wollten. Der erste Schritt zum deutsch-jüdischen Dialog gilt deshalb als Barous Verdienst.

III. Vor der Aufnahme von Schilumim-verhandlungen: Die alliierte und deutsche Perspektive

Die Alliierten verfolgten die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland mit größter Aufmerksamkeit. Doch während sie große Summen in die westdeutsche Wirtschaft pumpten, drohte der Abfluß von Geldern durch die jüdischen Restitutionsforderungen. Von den deutschen Behörden behindert und in langwierigen Gerichtsverfahren festgefahren, hing der Restitutionsprozeß weitgehend vom Rückhalt der Alliierten ab. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, machten die Spezialisten der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) den Vorschlag, die Forderungen zu „globalisieren". Demnach sollte die JRSO mit den Länderregierungen über die Zahlung einer globalen Summe für sämtliche unerledigten Restitutionsfälle verhandeln, deren Weiterbearbeitung dann im einzelnen den Ländern überlassen geblieben wäre.

Vier führende jüdische Persönlichkeiten, darunter Nahum Goldmann und JRSO-Direktor Benjamin B. Ferencz, unterbreiteten die Globalisierungsidee am 10. April 1950 dem amerikanischen Hochkommissar für Deutschland, John McCloy.[1] McCloy nahm den Vorschlag mit Begeisterung auf und versprach, darüber mit den Ministerpräsidenten der Länder zu verhandeln. Er regte zudem an, die Globalisierung auf den Bereich der Entschädigungszahlungen auszuweiten, eine Idee, die von vornherein zum Scheitern verurteilt war, da dies die außerhalb Israels nicht zu bewerkstelligende Gründung einer Entschädigungsantragsstelle erfordert hätte. Es wäre äußerst schwierig gewesen, Antragssteller in mehreren Staaten in einer privaten Organisation zusammenzufassen und die globale Entschädigung dann unter ihnen aufzuteilen.

Die individuelle Entschädigung galt als weitere Belastung der deutschen Wirtschaft. In der amerikanischen Besatzungszone durch das später in ähnlicher Form auch in der britischen und französischen Zone übernommene Gesetz Nr. 59 geregelt, galt die individuelle Entschädigung zudem als unbefriedigend und diskriminierend. Die Länder forderten vom Bund die Übernahme der individuellen Entschädigung, doch ohne Erfolg. Eine Lösung des Problems war nicht in Sicht. Auch die Frage der „Dritten Masse" blieb ungelöst.

Ein weiterer Problempunkt war der mit beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten verbundene Geldtransfer. Guthaben auf Sperrmarkkonten waren für im Ausland wohnhafte Anspruchsteller kaum verfügbar. Obwohl die Behörden gewisse Nachsicht walten ließen und DPs sowie aus anderen Ländern eingereisten jüdischen Antragsstellern die Wiedererlangung ihres Eigentums und damit die Ausfuhr gewisser Sperrmarkbeträge in Form von persönlichen Effekten ermög-

---

[1] Memorandum und Sitzungsprotokoll über die Unterredung mit dem Hohen Kommissar vom 10. 4. 1950, ISA, 2387/22.

lichten, blieb der größte Teil dieser Gelder auf deutschen Bankkonten blockiert. Das American Joint Distribution Committee (AJDC) und die Jewish Agency for Palestine (JAFP) durften gewisse Beträge für die Rehabilitation besonders bedürftiger Holocaust-Überlebender (Kranke, psychisch Geschädigte und schwere Sozialfälle) in Deutschland aufwenden. Doch die JAFP brauchte das Geld vor allem in Israel. Eine gewisse Umgehung der Geldausfuhrbeschränkungen stellte die Sondererlaubnis für Emigranten dar, Eigentum mitzunehmen, bei dem es sich in Wirklichkeit um JAFP-Güter handelte. Dies betraf vor allem vorfabrizierte Häuser, die als Emigranteneigentum deklariert, exportiert und dann im von Wohnungsnot geplagten jungen Staat Israel von der JAFP den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend im Land verteilt wurden.[2] Die Ausfuhr anderer, von den JAFP-Absorptionsagenturen dringend benötigter Güter ließen die alliierten Gesetze nicht zu. Die Briten errichteten zusätzliche Barrieren: Während sie vor dem israelischen Unabhängigkeitskrieg versuchten, den Geldstrom in Richtung jüdische Gemeinschaft in Palästina zu stoppen, zeigte sich ihre feindliche Haltung gegen Israel danach vor allem in den Bereichen Emigration und Geldtransfer.

1. Der Weg zum Verhandlungstisch

Der leitende JAFP-Delegierte Maurice M. Boukstein warnte die Israelis im Frühjahr 1950 in einem Schreiben vor der ungünstigen amerikanischen Einstellung zum jüdischen Restitutionsprogramm:

„In Deutschland arbeitet nicht nur die Zeit gegen uns, wie jedermann nun klar sein dürfte, sondern auch eine gewisse Leitlinie amerikanischer Politik, was so manchem unserer Freunde in Israel nicht bewußt ist. Denn während der amerikanische Steuerzahler aufgefordert wird, Deutschland mit Milliardenbeträgen zu überschütten, bemühen wir uns um das Gegenteil: Wir versuchen, Vermögen aus Deutschland abzuziehen [...] Das Restitutionsprogramm war deshalb bei den amerikanischen Behörden nie besonders beliebt."[3]

Selbst McCloy war nicht in der Lage, die für Israel ungünstigen Vorgaben der amerikanischen Außenpolitik zu ändern. Anläßlich eines Treffens mit Goldmann ließ er es bei einem Aide-mémoire bewenden: Wenn Israel sich nicht mit dem Rinnsal von Retributionsgeldern abfinden wolle, die weit hinter den Erwartungen zurückbleiben würden, dränge sich die Schlußfolgerung, daß direkte Gespräche mit Deutschland unerläßlich seien, immer mehr auf.[4] Doch solange Deutschland unter alliierter Kontrolle stand, lag die höchste Entscheidungsgewalt bei den Regierungen der drei Großmächte.

Den jüdischen Organisationen stellten sich gleichzeitig mehrere Aufgaben: Sie mußten die Großmächte von der Notwendigkeit überzeugen, die Umsetzung der

---

[2] Landauer an Greenbaum vom 8. 9. 1949, CZA, S35/148; Protokoll Nr. 38/5709 über die Sitzung der israelischen Regierung betr. Genehmigung für den Import von vorgefertigten Häusern aus Deutschland für Gelder der JRSO am 20. 9. 1949, ISA.

[3] Boukstein, New York, an Lipschitz, Jerusalem, vom 24. 3. 1950, CZA, Z6/387.

[4] Memorandum und Sitzungsprotokoll der Unterredungen des HICOG am 10. 4. 1950, ISA; Landauer an Gerling vom 12. 4. 1950, CZA, S 35/70.

Retribution zu erleichtern. Den Deutschen war darüber hinaus die Unerläßlichkeit der Sühne für begangene Verbrechen vor Augen zu führen, und nicht zuletzt mußte die jüdische Öffentlichkeit davon überzeugt werden, daß der Staat Israel und die NS-Opfer dringend auf Mittel angewiesen waren und es deshalb keine Alternative zum direkten Dialog zwischen Juden und Deutschen gab. Offensichtlich waren dazu Anstrengungen sowohl in Israel als auch außerhalb Israels erforderlich. Dagegen bestanden auch keine grundsätzlichen alliierten Einwände. Folgende Notiz von L.B. Richards vom britischen Foreign Office mag dies veranschaulichen: „Adenauer hat den Opfern der NS-Verfolgung die Rückerstattung ihres Eigentums und Entschädigung versprochen, und es ist ein wichtiger Bestandteil der alliierten Politik, für die Einhaltung dieser Versprechen zu sorgen."[5] Sein amerikanischer Kollege Geoffrey W. Lewis vom Büro für deutsche Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium legte die Umrisse eines amerikanischen Programms für die Bundesrepublik Deutschland dar, dessen Punkt c) mit „Gerechte Behandlung von Hitlers Opfern ohne Kompromisse" überschrieben war.[6] In Kenntnis der alliierten Tagespolitik gegenüber der Bundesrepublik versuchten jüdische Vertreter die Alliierten davon zu überzeugen, daß die jüdischen Ansprüche durchaus mit ihr vereinbar seien. Das wichtigste – wahrscheinlich auch einzige – Druckmittel war das Argument, daß es den Deutschen zum Vorteil gereiche, den jüdischen Forderungen entgegenzukommen.

Unter den herausragenden jüdischen Exponenten haben insbesondere Goldmann und Blaustein diesen Hinweis bei verschiedenen Gelegenheiten sehr gezielt verwendet, aber auch McCloy machte davon in der als besonders dramatisch geltenden öffentlichen Erklärung über die europäische Einheit vor dem Pilgrims Club of Great Britain Gebrauch.[7] Davon zeugt auch Blankenhorns Notiz zu McCloys Rede vom 4. April 1950.[8]

Goldmanns Strategie war es hingegen, dieses häufig verwendete Argument dem wichtigsten Zweck, dem Kampf um den Erhalt von Reparationen vorzubehalten. Darunter verstand man nicht kleinere Zuschüsse zur Deckung laufender Defizite im israelischen Staatshaushalt, sondern ein umfangreiches Hilfspaket zur nachhaltigen Lösung akuter wirtschaftlicher und sozialer Probleme des jungen Staates. Auch der israelische Außenminister Moshe Sharett beabsichtigte, den Wunsch des Westens auszunützen, die Bundesrepublik Deutschland in die westliche Staatengemeinschaft einzugliedern. Er erwog, die jüdische Öffentlichkeit für die Forderung von Reparationen zu mobilisieren und dafür zu sorgen, daß die „Absicht der Amerikaner, Deutschland wieder in die Völkergemeinschaft aufzunehmen", den Protest der Weltöffentlichkeit hervorrufen werde.[9]

---

5 Notiz von L.B. Richards vom 11. 3. 1950, PRO, FO 371/82606.

6 Programm „National Conference of the United States in World Affairs" vom 4. 4. 1950, YIVO, AJC, RG 347, GEN-12, Box 179.

7 SCHWARTZ, From Occupation, S. 216.

8 Notiz Blankenhorns zur Rede McCloys vom 4. 4. 1950, BArch, N 1351, Bd. 3, 4.

9 Abteilung Vereinigte Staaten, Israelisches Außenministerium, an die Israelische Botschaft in Washington, D.C. vom 26. 5. 1950, ISA, 2482/13.

Die Bedingungen für solche Kampagnen waren aber alles andere als günstig. Der Kalte Krieg war bereits in vollem Gange und beide Blöcke versuchten, die öffentliche Meinung in Deutschland mit der Gewährung von Vorteilen und der Beseitigung von Härten für sich zu gewinnen. Aber auch die Furcht vor neuem deutschen Nationalismus und Aggression klang noch nach, und die Alliierten beabsichtigten, „Deutschland so schnell wie möglich in Westeuropa und in einem westeuropäischen Verteidigungsbündnis einzubinden, um die Sicherheit zu garantieren".[10] Nach dem Ausbruch des Koreakrieges spitzte sich die Lage in Deutschland weiter zu. Man fürchtete einen bewaffneten Konflikt auf deutschem Boden bzw. eine sowjetische Invasion.

Das westliche Werben um Deutschland war intensiver und großzügiger als das sowjetische: Die westlichen Großmächte verpflichteten sich zu einer Revision des Besatzungsstatuts, wenn auch mit Vorbehalten. Aus einem Entwurf geht hervor, daß die Alliierten auf ihr Entscheidungsrecht in gewissen Bereichen nicht verzichten wollten. Ein solcher Bereich betraf die jüdischen Belange. Auf die Frage des JRSO-Direktors Benjamin B. Ferencz, was denn mit „Machtvorbehalt" gemeint sei, erwiderte Hochkommissar McCloy, „vor Korea wäre ich in der Lage gewesen, Ihnen zu sagen, daß es sich dabei um die exklusive Behandlung des Restitutionsbereichs durch uns handelt, doch jetzt kann ich Ihnen nicht mehr sagen, was es bedeutet".[11]

Die Gefahr war offensichtlich. Deutschland erwartete eine Lockerung des Besatzungsstatuts und die Bereitschaft, alliierte Gesetze und Bestimmungen zu befolgen, schwand. Doch Ferencz berichtete, bei den Alliierten herrsche deshalb keine Panik. McCloy sei dagegen, sich die Gunst Deutschlands teuer zu erkaufen. Seiner Meinung nach würde die Bundesrepublik den Westen dem Osten ohnehin vorziehen.[12] Dessenungeachtet spürten jüdische Antragsteller eine Verhärtung auf deutschen Ämtern. Ein interner Briefwechsel im israelischen Außenministerium weist darauf hin, daß den Alliierten diese Verhaltensänderung in Deutschland nicht entgangen war.[13]

Auf der Tagesordnung des Außenministertreffens der drei westlichen Großmächte vom 20. September 1950 in New York fehlten die jüdischen Forderungen nach Entschädigung und Retribution. Sie wurden dem von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich gegründeten Dreierausschuß zur Behandlung deutscher Fragen mit der Bezeichnung „Intergovernmental Study Group" (IGS) übertragen. Die Israelis und die jüdischen Antragsteller waren an der Beibe-

---

[10] Memorandum McCloys für den Präsidenten betr. Situation in Deutschland vom 10. 9. 1950, Truman Library, President's Secretary Files, Subject File, Foreign Affairs (Germany), PSF File, Box 178.

[11] Livneh an den Rechtsberater und die Wirtschaftsabteilung vom 7. 11. 1950, ISA, 531/4, vgl. das Schreiben von Katzenstein an Landauer vom 29. 11. 1950, ISA 2482/13, worin die Besorgnis über die kühle Haltung der Alliierten gegenüber den jüdischen Ansprüchen zum Ausdruck kommt.

[12] Ferencz an Eli Rock vom 27. 9. 1950, AJDC, 4264.

[13] Maurice Fischer an Eli Rock vom 27. 9. 1950; Memorandum betr. Besuch des Kanadischen Botschafters, Lt. General Maurice Pope, vom 14. 12. 1950, ISA, 2538/22; Der Rechtsberater an Robinson, Livneh und die Politische Abteilung vom 20. 10. 1950, ISA, 531/4.

haltung der obersten alliierten Aufsicht über die finanzielle Rehabilitation der Juden, einschließlich der speziellen alliierten Gerichtsstellen („Boards of Review") mit Entscheidungsgewalt in strittigen Restitutionsfällen, interessiert, nicht zuletzt weil deutsche Gerichte jüdischen Antragstellern eher negativ gesonnen waren.[14] Die Zuständigkeit für Restitution und Entschädigung lag in jenem Zeitraum, der zweiten Hälfte des Jahres 1950, noch bei den Ländern, die dem Druck der den jüdischen Ansprüchen negativ gegenüberstehenden Öffentlichkeit besonders stark ausgesetzt waren. Doch auch von der mit zahlreichen Beamten, die schon unter den Nationalsozialisten gedient hatten, besetzten Verwaltung konnten die jüdischen Antragsteller nicht viel erwarten. Auch Adenauers Bemühungen zur einheitlichen gesetzlichen Regelung der Entschädigungsfrage auf Bundesebene kamen nur schleppend voran und konnten erst nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel umgesetzt werden. Das verabschiedete Gesetz entlastete die Länder und übertrug die Entschädigungspflicht dem Bund.

Die alliierte Politik gegenüber der Bundesrepublik zu Beginn der fünfziger Jahre stiftete in Israel einige Verwirrung. Die vermeintliche Nachsicht gegenüber Kriegsverbrechern erregte großen Unmut, und die Nachricht über die Wiederbewaffnung Deutschlands rief Angstgefühle wach. Das Wiederaufleben des Rechtsextremismus wurde als böses Omen gewertet.[15] Die Veränderungen im Besatzungsstatut schließlich veranlaßten den Staat Israel, energische Schritte zur Umsetzung der Reparationsansprüche zu ergreifen. Das revidierte Besatzungsstatut eröffnete gewisse Chancen, rief gleichzeitig aber auch pessimistische Zukunftserwartungen und damit Anreize zum sofortigen Handeln hervor. Die israelischen und jüdischen Aktivitäten im Bereich Reparationen indes waren ungeordnet und oft sogar konfus.

Den ersten Vorstoß unternahm der stellvertretende Leiter des Deutschlandreferats im Außenministerium, Avigdor Dagan, mit einem Positionspapier, das auf Ben Gurions ausdrücklichen Wunsch verfaßt wurde.[16] Darauf folgte am 2. Juni 1950 der Bericht des Leiters der politischen Sektion der Forschungsabteilung im israelischen Außenministerium, Boris Gurel, über seine Deutschlandreise. Gurel bewertete die junge Bundesrepublik als Sicherheitsrisiko für Israel, Europa und den Nahen Osten und empfahl, Deutschland in der Sicherheitsplanung des Staates Israel dementsprechend zu berücksichtigen. Zudem skizzierte er die Möglichkeit,

---

[14] Robinson an Shabtai Rosenne, vom November 1950, ISA, 2482/13; Adler-Rudel an Kreutzberger vom 24. 11. 1950, CZA, A140/58.

[15] Ausarbeitung „Militärpolitische Grundlagen" vom 8. 11. 1950, BArch, N 1351/5; Der Rechtsberater an das Konsulat in München vom 12. 10. 1950, ISA, 2543/1; Niederschrift über eine Unterredung zwischen dem Ausschuss der Direktoren von JAFP und McCloy vom 16. 10. 1950, ISA, 533/2; Protokoll Nr. 311/10 der Regierungssitzung, § 53, vom 10. 10. 1950, ISA, 7263/9; Der deutsche Außenminister an die Botschaft in Tel Aviv vom 19. 10. 1950, USNA, NND 832865, RG 84, Box 2, Tel Aviv, 321.9 Germany; Der Außenminister an diverse diplomatische Mitarbeiter vom 13. 10. 1950, USNA, NND 832865, RG 84, Box 5; Memorandum on Conversation, 18 October 1950, USNA, NND 832865, RG 466, HICOG Bonn, Classified General Records, Box 37; Ford an den Außenminister vom 10. 10. 1950, USNA, NND 83865, RG 84, Box 2, Tel Aviv, 321.9 Germany.

[16] Interview mit Avigdor Dagan vom 9. 10. 1986, BGA, Oral History Division.

daß sich Deutschland zu einer dritten Kraft an der Spitze der europäischen Staaten zwischen der UdSSR und den USA entwickeln könne. Im Wettstreit der zwei Supermächte werde sich die Bundesrepublik dem antisowjetischen Lager anschließen und dadurch in die Lage versetzt, seine – militärischen und anderen – Ziele durchzusetzen. Auch sei Deutschland, so Gurel, nach wie vor an Expansion interessiert, und der Nahe Osten müsse als eine ideale Region für expansionistische deutsche Schritte betrachtet werden. Weiter heißt es in Gurels Bericht, Deutschland werde im Nahen Osten als israelfeindlicher Faktor auftreten und die Araber in ihrem aggressiven Unterfangen unterstützen. Dem Staat Israel falle demnach die Aufgabe zu, das jüdische Volk gegenüber dem wiederaufstrebenden Deutschland zu verteidigen. Gurel unterstrich, daß Israel das Recht habe, Entschädigung für die Verbrechen Hitlerdeutschlands zu fordern. Als eine der siegreichen militärischen Kräfte des Zweiten Weltkriegs habe Israel zudem Anspruch auf Reparationen im eigentlichen Sinne des Wortes. Die jüdische Brigade aus Palästina, die im Zweiten Weltkrieg auf britischer Seite mitgekämpft habe, berechtige Israel dazu. Israel solle deshalb eine Militärdelegation nach Deutschland entsenden, um die israelische Militärmacht dort während der Besatzung und bei den zukünftigen Friedensverhandlungen zu vertreten. Des weiteren schlug Gurel die Gründung eines interministerialen Instituts für deutsche Angelegenheiten vor, zu dessen Aufgaben die Behandlung der Entschädigungsfrage und die Koordination einer präventiven, energischen Politik gegenüber Deutschland gehören sollten.[17] Gurels Bericht war ein undatiertes und unsigniertes Schriftstück, vermutlich Dagans Bericht mit der Überschrift „Kernfragen zu Deutschland" beigelegt. Dieser enthält eine dringende Warnung an die israelische Regierung: Deutschland sei eine Gefahr und seine politische Entwicklung müsse aufmerksam verfolgt werden. Israel solle alles in seiner Macht stehende tun, um seine materiellen Ansprüche gegenüber diesem Land zu realisieren. Diese beiden Dokumente vermitteln ein Gefühl der Dringlichkeit: Die Zeit sei knapp und falls Israel daran interessiert sei, Geld zu erhalten, bevor Deutschland eine Großmacht werde, müsse rasch gehandelt werden.

Um diese Dokumente richtig zu verstehen, muß man sich das unter dem Eindruck der jüngsten Geschichte herrschende Klima der Angst in Israel und die obsessiven Versuche vergegenwärtigen, aus der jüngsten Geschichte Schlußfolgerungen zu ziehen. Die Verfasser verkörperten die typische israelische und jüdische Geisteshaltung jener Zeit, und das Geschriebene reflektierte durchaus authentische Gefühle. Die Befürchtung, die Gunst der Stunde könnte ungenutzt verstreichen, spornte zum Handeln an. Doch, wie bereits erwähnt, waren die von den jüdischen Organisationen außerhalb Israels schon längst als unerläßlich erkannten, dem israelischen und jüdischen Denken aber nach wie vor suspekten, direkten Gespräche mit Deutschland eine Hürde auf dem Weg zur Lösung der Reparations- und Entschädigungsfrage. Um diese zu überwinden, setzte das israelische Außenministerium zusammen mit jüdischen Kreisen außerhalb des jüdischen Staates eine Kampagne in Gang, um solche Verhandlungen in die Wege zu leiten.

[17] Forschungsabteilung an den Generaldirektor vom 12. 6. 1950, ISA, 2413/2.

Der unmittelbare Auslöser für den israelischen Entschluß aktiv zu werden, waren die Beschlüsse des alliierten Außenministertreffens in New York vom September 1950, das „eine Reihe von Einigungen über Deutschland erzielte, zwecks Hebung des internationalen Ansehens und der internationalen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Regierung".[18] Die alliierten Außenminister einigten sich auf eine Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik sowie ihre Eingliederung in bestimmte internationale Organisationen. Für jeden dieser Schritte warben die Alliierten um israelische Unterstützung. Die alliierten Vorstöße führten zu einer gründlichen Überprüfung der Deutschlandpolitik im israelischen Außenministerium und später auch im Kabinett. In ihrem ersten Vorstoß suchten die Alliierten die Unterstützung Israels für die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Organisation der UN für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). In einem Bericht an seine Vorgesetzten schrieb der britische Geschäftsträger in Tel Aviv, Sir K. Helm: „Ich teilte Herrn Sharett mit, daß ich durchaus Verständnis habe für die besondere Haltung der Juden und Israels bezüglich Deutschland und daß ich sie in unserer Note – Nr. 150 – berücksichtigt habe".[19] Ein Aide-mémoire ähnlichen Inhalts ging der israelischen Regierung am 23. Oktober von amerikanischer Seite zu.[20] Am nächsten Tag setzten die drei Westmächte die israelische Regierung sodann in getrennten Botschaften über ihre Absicht in Kenntnis, den Kriegszustand mit der Bundesrepublik Deutschland zu beenden, und ersuchten die israelische Seite, ihrerseits ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Daraus folgerte der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Walter Eytan, daß die Zeit reif sei für die Errichtung einer besonderen Abteilung für deutsche Angelegenheiten in seinem Amt. Ob es der israelischen Diplomatie gefiel oder nicht, die Deutschlandpolitik erforderten volle Aufmerksamkeit. Mit halbherzigen Schritten waren die gesteckten Ziele nicht zu erreichen.

Die alliierten Noten zwangen das israelische Außenministerium zu der bislang ernsthaftesten Auseinandersetzung über die deutschlandpolitischen Zielsetzungen. Der amerikanische Geschäftsträger in Tel Aviv, Richard Ford, berichtete, der israelische Regierungsvertreter habe die Note über die Beendigung des Kriegszustands (mit Deutschland) „äußerst kühl" empfangen, und bemerkte, daß „dieses Land jeden Vorstoß im Hinblick auf einen Frieden mit Deutschland in absehbarer Zukunft, gleichgültig von welcher Seite, mit größtem Argwohn begegne", und riet, künftig behutsamer vorzugehen.[21]

---

[18] Der Außenminister an diverse diplomatische Mitarbeiter vom 13. 9. 1950, USNA, Diplomatic Division, 321.9, Germany, RG-84, Box 5.

[19] Note Nr. 150 der britischen Botschaft in Tel Aviv vom 23. 10. 1950, PRO, FO 371/85130.

[20] Aide-mémoire der amerikanischen Botschaft in Tel Aviv an die israelische Regierung vom 23. 10. 1950, USNA, 321.9, Germany, RG-84, Box 5.

[21] Richard Ford an den Außenminister vom 27. 10. 1950, USNA, 321.9, Germany, RG-84, Box 2.

Zwischen Oktober 1950 und Februar 1951 wurde der zukünftige Kurs gegenüber Deutschland im israelischen Kabinett mehrfach diskutiert. Zu einer Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland konnte sich die Regierung nicht entschließen.[22] Im Zentrum der äußerst stürmischen, emotionsgeladenen Debatten über Deutschland standen vor allem die finanziellen Ansprüche Israels und deren Umsetzung.[23]

Wieder versuchte der israelische Gesandte in den Beneluxländern, Michael Amir, mit provozierenden Denkanstößen Bewegung in die Sache zu bringen. In einer scharfen internen Notiz bezichtigte er die israelische Politik der Doppelzüngigkeit, indem er darauf verwies, daß Österreich und Polen von Israel mit Nachsicht behandelt würden, obwohl deren Bürger nicht weniger antisemitisch eingestellt seien als die Deutschen. Er warf daher die Frage auf, warum Israel diese Staaten anerkenne und die Bundesrepublik nicht. Den israelischen Boykott Deutschlands bezeichnete er als „Donquichotterie" und ging davon aus, daß Bonn am Gespräch mit Israel interessiert und zudem bereit sei, die Verbrechen der Nationalsozialisten zu verurteilen und die Juden zu entschädigen. Diesmal fielen Amirs Worte auf fruchtbaren Boden.[24]

Am 27. November 1950 richtete der Rechtsberater im israelischen Außenministerium, Shabtai Rosenne, ein umfassendes Memorandum an Außenminister Sharett und Generaldirektor Eytan, offenbar mit stillschweigender, wenn nicht aktiver Unterstützung weiterer hoher Beamter des Außenministeriums. Darin analysierte er die Rechtsgrundlage und Durchsetzungsmöglichkeit der israelischen Ansprüche und warnte vor zu raschen Erfolgen der westdeutschen Politik und davor, daß Änderungen im Besatzungsstatut zum Verlust des israelischen Konsulats in München führen könnten. Des weiteren betonte er den Standpunkt, daß zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland kein Kriegszustand bestehe und Israel somit nicht beenden könne, was von vornherein gar nicht existiere. Dieser Umstand sei nicht öffentlich einzugestehen, dürfe aber nicht daran hindern, weitere Maßnahmen zur Aufnahme deutsch-israelischer Verbindungen zu treffen. Hierzu empfahl er die Errichtung einer israelischen Mission – selbst mit diplomatischem Status, falls unumgänglich – in Deutschland und die Aufnahme direkter Reparationsverhandlungen.[25]

Zehn Tage später richtete der Direktor der Westeuropaabteilung, Gershon Avner, ein Schreiben an Generaldirektor Eytan, in dem es unter anderem hieß: „Die Erkenntnis, zu der wir nun alle gelangt sind, nämlich daß ein gewisses Maß an direkten Beziehungen mit der deutschen Regierung für die Umsetzung unserer Ansprüche unumgänglich ist, muß der Regierung klar vor Augen geführt werden. Die Errichtung einer Mission in Deutschland ist nicht gleichbedeutend mit der offiziellen Anerkennung Westdeutschlands."[26]

---

[22] Ford an den Außenminister vom 3. 11. 1950, USNA, 321.9, Germany, RG-84, Box 2; HAARETZ (Tel Aviv) vom 12. 11. 1950.
[23] Interview mit Walter Eytan 1987, BGA, Oral History Division.
[24] Amir an die Abteilung für Westeuropa vom 13. 11. 1950, ISA, 2417/4.
[25] Rosenne an den Außenminister und den Generaldirektor vom 27. 11. 1950, ISA, 2445/6.
[26] Gershon Avner an den Generaldirektor vom 12. 12. 1950, ISA, 2445/6.

Nicht alle hochrangigen Beamten im Außenministerium teilten jedoch diese Meinung, nicht alle waren davon überzeugt, daß sich Israel und Deutschland nicht im Kriegszustand befanden, und nicht alle waren zu direkten Verhandlungen mit Bonn bereit. Rosenne bestand darauf, die von ihm formulierten Fragen dem Kabinett vorzulegen, war aber nicht besonders optimistisch hinsichtlich der zu erwartenden Entscheidung: „Ich fürchte, nur eine Minderheit wird mit Verstand entscheiden. Die Mehrheit wird sich wieder von Emotionen und dem Verlangen nach der Begleichung irrelevanter historischer Rechnungen leiten lassen."[27] Stellvertretend für Außenminister Sharett präsentierte Generaldirektor Eytan dem Kabinett fünf Alternativen: 1. keine israelische Antwort auf die alliierten Noten; 2. Kenntnisnahme dieser Noten; 3. die Großmächte informieren, daß Israel nicht bereit sei, den Kriegszustand mit Deutschland zu beenden; 4. eine Kombination von Punkt 2 und 3; 5. zwei separate Noten, von denen die erste eine Kombination von Punkt 2 und 3 darstellte und die zweite den israelischen Anspruch auf Reparationen präsentierte. In einem Schreiben an den Kabinettssekretär bekräftigte Eytan die Unumgänglichkeit des direkten Dialogs mit Deutschland und schlug die Entsendung einer Ad-hoc-Mission zum Zweck von Reparationsverhandlungen vor.[28]

Das Kabinett erwies sich als beschlußunfähig, und der sonst als pragmatisch geltende Ben Gurion machte sogar den Vorschlag, rückwirkend auf den 14. Mai 1948, den Tag der Gründung des Staates Israel, Deutschland den Krieg zu erklären.[29] Dieser Vorschlag sorgte für Aufruhr im Außenministerium und verschwand rasch von der Tagesordnung. Am 3. Januar 1951 fällte das Kabinett den Beschluß, die Entsendung einer Mission und direkte Gespräche mit Deutschland gemäß den Plänen des Außenministeriums abzulehnen. Fünf Minister stimmten für diese Pläne, fünf dagegen. Statt dessen erfolgte ein Appell an die Besatzungsmächte, die Rückerstattung jüdischen Eigentums und Entschädigung zu garantieren.

In einer internen Beratung beschloß das Außenministerium zwei Tage später, die drei alliierten Noten zu beantworten und eine weitere Note an alle vier Besatzungsmächte anzufügen. In der Antwort auf die alliierten Noten vom 24. Oktober 1950 stellte das israelische Außenministerium fest, daß „die besondere Lage, in der sich dieser Staat befindet, keine Maßnahmen gemäß der von den westlichen Großmächten vorgeschlagenen Leitlinien rechtfertigen". Israel behalte sich seine eigenen Positionen, Rechte und Ansprüche bezüglich Deutschland vor.[30] Zu direkten Gesprächen mit Deutschland konnten sich die israelischen Entscheidungsträger immer noch nicht durchringen. Sie setzten weiterhin darauf, daß eine dritte Partei sich zur Durchsetzung der israelischen Forderungen bereit finden würde.

---

[27] Rosenne an Robinson vom 13. 12. 1950, ISA, 344/15.

[28] Der Generaldirektor des israelischen Finanzministeriums an den Kabinettssekretär vom 17. 12. 1950, ISA, 2417/1.

[29] Der Generaldirektor des israelischen Finanzministeriums an den Justizminister vom 27. 12. 1950, BGA, Correspondence File 1950; Das Büro des Rechtsberaters an den Generaldirektor vom 2. 1. 1951, ISA, 2413/2.

[30] News Bulletin to the Diplomatic Missions Nr. 186 vom 9. 1. 1951.

Im Rahmen der Debatte über die Zukunft des israelischen Konsulats in München machte der amerikanische Hochkommissar John McCloy unter anderem den Vorschlag, daß Israel und die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen aufnehmen sollten. Diese Anregung erfolgte, nachdem die Militärbehörden die diplomatischen Missionen in Westdeutschland dazu aufgefordert hatten, ihre diplomatischen Vertretungen in Bonn zu akkreditieren, um den diplomatischen Status der Bundesrepublik zu erhöhen, und die israelische Regierung daraufhin erwogen hatte, ihre unter der Bedingung der ausschließlichen Akkreditierung bei den Besatzungsbehörden eröffnete Konsularvertretung zu schließen. Um einen solchen Schritt zu verhindern, nahm McCloy Verhandlungen über den zukünftigen Status des Konsulats auf, wobei er unter anderem obigen Vorschlag unterbreitete. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten hätte der alliierten Ziesetzung einer Erhöhung des internationalen Status der Bundesrepublik Deutschland zweifellos gedient. Doch das State Department wagte es angesichts der israelischen Position nicht, einen solchen Vorschlag offiziell zu machen, und fand schließlich einen anderen Ausweg aus dem Dilemma: Das israelische Konsulat blieb beim obersten Militärkommando und später, bis zur Eröffnung der Kölner Mission, beim Hochkommissar persönlich akkreditiert.[31]

In einem Bericht an den amerikanischen Außenminister über die politischen Positionen in Israel zur „Deutschlandfrage" wies der amerikanische Geschäftsträger in Tel Aviv, Richard Ford, auf die Haßgefühle und deren politische Ausschlachtung durch die linke Opposition hin. Diese versuche, die Regierung in ihrer zunehmenden, wenn auch noch inoffiziellen, prowestlichen Neigung dadurch bloßzustellen, daß sie ihr vorwerfe, die Identifizierung mit dem Westen komme indirekt einem Bündnis mit den verhaßten Deutschen gleich.[32] Unter solchen Bedingungen, folgerte Ford, könne es sich keine israelische Regierung leisten, diplomatische Beziehungen mit Deutschland aufzunehmen. McCloys Vorschlag sei deshalb unklug gewesen. Die israelische Regierung sei ohnehin schon in einer schwierigen Lage und jeder zusätzliche Druck werde ihr graduelles Abrücken von der neutralen Haltung zugunsten einer erklärten prowestlichen Ausrichtung negativ beeinflussen, meinte Ford.[33]

Die Wiederbewaffnung Deutschlands aufgrund der Brüsseler NATO-Konferenz im Dezember 1950, auf der Vorschläge für einen westdeutschen Beitrag zur Verteidigung Europas zur Debatte standen, alarmierte die Israelis und bot sowohl der linken als auch der rechten Opposition in Israel Gelegenheit zur Attacke gegen die Regierung. Regierungschef David Ben Gurion, der eine Politik der vorsichtigen Annäherung an den Westen verfolgte, kam die hitzige parlamentarische Debatte zu diesem Thema am 10. Januar 1951 höchst ungelegen. Er konnte die Verurteilung der Bewaffnung der Bundesrepublik nicht verhindern, und die linke Opposition mußte ihrerseits eine Verurteilung der Bewaffnung der DDR hinneh-

---

31 JELINEK, Like an Oasis, S. 86–88.

32 Ford an den Außenminister vom 31. 12. 1950, USNA, Tel-Aviv 321.9. Germany, RG-84, Box 2.

33 Ebd.

men. In einer an alle Parlamente der Welt gerichteten Resolution drückte die Knesset ihre Besorgnis über die Wiederaufnahme Deutschlands in die Völkerfamilie aus, verurteilte die Wiederbewaffnung Deutschlands und appellierte an die Großmächte, ihrer „ursprünglichen Politik" treu zu bleiben. Am Vortag der Knessetdebatte berichtete der amerikanische Geschäftsträger in Tel Aviv erneut über den „praktisch in allen Bevölkerungsschichten tief verwurzelten virulenten Haß gegen Deutschland". Zwei Tage danach informierte er seinen Chef darüber, daß die Regierung vor dem „lautstark vorgebrachten späten" antideutschen Ressentiment kapituliert habe. Angesichts der von McCloy erwogenen Amnestie für die in Landsberg einsitzenden Kriegsverbrecher erreichte der öffentliche Unmut in Israel dann einen neuen Höhepunkt.

Aus Furcht vor Attacken auf die USA und den Westen verhinderte die Regierungskoalition weitere Debatten über die deutsche Wiederbewaffnung und die Amnestie von Kriegsverbrechern im Knessetplenum und im parlamentarischen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung. Im Bericht der amerikanischen Botschaft hieß es unter anderem: „Angesichts des weitverbreiteten und für die öffentliche Meinung in Israel so charakteristischen Hasses gegen Deutschland und alle Deutschen war die Resolution gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands vom 10. Januar 1951 unvermeidlich."[34] Der amerikanische Botschafter wurde ins israelische Außenministerium zitiert, und Außenminister Sharett überreichte ihm einen scharfen Protest gegen die Amnestie der Kriegsverbrecher. Mündlich bemerkte Sharett, die Regierung sei in der Lage, organisierten öffentlichen Protest zu stoppen, jedoch nicht spontane Gefühlsausbrüche.[35] Die israelische Regierung war nicht erfreut über die Reaktion der Öffentlichkeit zur Deutschlandpolitik des Westens, da sie die Opposition begünstigte. Die öffentliche Meinung hatte die Regierung wider besseres Wissen zum Handeln gezwungen. Doch dies war nur ein Vorgeschmack auf spätere Versuche, die Deutschlandpolitik zu beeinflussen. Gewisse Berufsdiplomaten und vermutlich auch Politiker ahnten die unvermeidlichen Folgen der sich abzeichnenden Umwälzungen in Europa für Israel und leiteten daraus, ganz im Gegensatz zur breiten israelischen und jüdischen Öffentlichkeit, schon früh eine Notwendigkeit direkter Gespräche mit Deutschland ab. Doch die Regierung mußte der allgemeinen Stimmung aus politischen Gründen Rechnung tragen. Dazu äußerte sich der amerikanische Botschafter in Israel wie folgt: „Die Regierung hat angesichts der herrschenden politischen Umstände keine Alternative zu den obengenannten Schritten [die politischen Aktivitäten gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands]: Diese bezwecken klar die Besänftigung der Emotionen."[36] Die heftige israelische Reaktion auf die Wiederbewaffnung Deutschlands wurde auch von jenen amerikanischen und britischen Stellen registriert, die sich der Notwendigkeit bewußt waren, die israe-

---

[34] Edward W. Holmes an den Botschafter vom 9. 3. 1951, USNA, RG-84, Tel Aviv, Israel Consular Post, 1950–52; vgl. Edward W. Holmes an den Außenminister vom 9. 3. 1951, USNA, Tel Aviv, 321.9, Germany, RG-84, Box 5.

[35] Protokoll der Zusammenkunft vom 12. 3. 1951, ISA, 2418/6a.

[36] Monett B. Davis an den Außenminister vom 12. 3. 1951, USNA, 321.9, Germany, RG-84, Box 5.

lische (und jüdische) Öffentlichkeit im Rahmen einer weitreichenden Strategie zur innen- und außenpolitischen Festigung der Bundesrepublik zufriedenzustellen.

Die andauernde, äußerst emotional geführte Debatte über die Deutschlandpolitik in jüdischen und israelischen Kreisen fand ihren Ausdruck auch im diplomatischen Bereich. Der israelische Vertreter bei den Vereinten Nationen, Gideon Rafael, warnte den israelischen Botschafter in Washington, Israel und die USA befänden sich auf Kollisionskurs. Um einen solchen Zusammenstoß zu verhindern und die echte Freundschaft zwischen den beiden Staaten zu erhalten, so Rafael, sollte Israel die jüdische Öffentlichkeit in den USA mobilisieren. Wenn es um die Amnestie und die Aussetzung der Todesstrafe für Kriegsverbrecher gehe, „dürfe es auch unter Freunden mal zu einer Diskussion kommen".[37] Der israelische Gesandte in Großbritannien, Michael R. Kidron, berichtete über die Deutschlanddebatte in Großbritannien und über die starken antideutschen Emotionen in diesem Land.[38] Solche Schreiben und Berichte waren keine Ausnahme. Sie veranschaulichten die allgemeine Stimmungslage. Dessenungeachtet wünschten Diplomaten die Behandlung der Reparationsfrage angesichts der stattfindenden Veränderungen im politischen Umfeld zu beschleunigen, während die von einem engeren nationalen Gesichtskreis ausgehenden Politiker die internationalen Entwicklungen mit einer Mischung von Gleichgültigkeit und Gelassenheit verfolgten. Der Versuch der westlichen Alliierten, das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland mit israelischer Unterstützung zu erhöhen, beruhte auf mangelnder Kenntnis des israelischen Standpunkts und zeugte von der Notwendigkeit, die westliche Öffentlichkeit darüber aufzuklären. Insofern erfüllten die Proteste in Israel ihren Zweck, obwohl sie nicht der offiziellen Linie entsprachen. Die Bemühungen der israelischen Regierung, direkte Gespräche mit Deutschland durch die Mobilisierung der Supermächte, die UNO, durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag oder mittels eines eigens zu gründenden internationalen Komitees zu umgehen, waren fruchtlos. Bei allem Verständnis der Alliierten für die israelische Haltung – sie widersprach der dem jüdischen Staat zugedachten Rolle. Dies geht aus den alliierten Noten deutlich hervor. Für Israel und die jüdische Welt gab es keine Alternative zum schmerzlichen Weg.

Auch die deutsche Seite bewegte sich, wie erwähnt, nur zögernd auf die jüdische Seite zu. Nachdem seine Initiative vom Herbst 1949 gescheitert war, schenkte Konrad Adenauer den jüdischen und israelischen Angelegenheiten im folgenden Jahr nur noch geringe Aufmerksamkeit. Doch ausgerechnet das Jahr 1950 war international besonders ereignisreich, und die internationale Bedeutung der Bundesrepublik erhielt durch den Koreakrieg starken Auftrieb. Demgegenüber spielte die jüdische Problematik auf weltpolitischer Ebene eine untergeordnete Rolle, was den Kanzler aber nicht von Versuchen abzuhalten schien, die internationale Position der Bundesrepublik mit jüdischer Hilfe weiter zu verbessern. So wandte er sich unter Umgehung von Hochkommissar McCloy mit einer Botschaft an die amerikanische Öffentlichkeit, in der er Abscheu über die NS-Greuel bekundete,

[37] Rafael an Eban vom 19. 2. 1951, ISA, 2445/6.
[38] Kidron an Sharett vom 22. 2. 1951, ISA, 2445/6.

den Antisemitismus und den Nationalismus verurteilte und sich für eine vollständige Rückerstattung des jüdischen Eigentums aussprach. Dieser Vorstoß war kein Einzelfall. Adenauers Politik zeugt von weiteren Versuchen, amerikanische Juden für deutsche Zwecke einzuspannen. Vom besonderen Einfluß der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft auf die amerikanische Politik überzeugt, erachtete er die Zufriedenstellung dieser Gemeinschaft und die Gewinnung ihres Vertrauens als Möglichkeit zur Förderung deutscher Interessen.[39]

Die finanziellen und ökonomischen Bedürfnisse der Bundesrepublik waren enorm. Neben der Versorgung der Bevölkerung mußte auch die Unterstützung der Bedürftigen (Flüchtlinge, Vertriebene, Evakuierte etc.), der wirtschaftliche Wiederaufbau, die Finanzierung der Besatzungsarmeen, die Wiederbewaffnung und die Begleichung der Vorkriegsschulden sichergestellt werden. Es verwundert also nicht, daß die Geltendmachung der jüdischen Ansprüche mit größten Schwierigkeiten verbunden war, die den gesamten Retributionsprozeß in Deutschland überschatteten. Sie sind deshalb bei der Interpretation der deutschen Politik stets mitzuberücksichtigen. Auf jüdischer bzw. israelischer Seite spornte die latente Angst vor einem wiederbewaffneten Deutschland, einem Bündnis zwischen Deutschland und der arabischen Welt, einer feindseligen Politik gegenüber dem Staat Israel und die zunehmende Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Verteidigungssystem zum Handeln an. Der Zusammenhang zwischen dem Wiederaufstieg Deutschlands und der schwindenden Hoffnung auf eine Erfüllung der jüdischen Forderungen schien offensichtlich. Die jüdische Seite wähnte sich unter Zeitdruck. Man fürchtete, die sich bietende Gelegenheit zu verpassen. Doch materielle Interessen sind bekanntlich oft stärker als politische Sachzwänge: Die kommerziellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse Israels und Deutschlands schienen für eine Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen zu sprechen, wie sich auf anderer Ebene bereits zeigte.

2. Kommerzielle und wirtschaftliche Bedürfnisse

Die Ausfuhr deutscher Produkte nach Palästina wurde bereits 1946 wieder aufgenommen. Neueinwanderer aus Deutschland, vor allem DPs, und jüdische Einwanderer aus anderen Ländern, die sich zu Restitutions- bzw. Entschädigungszwecken kurzfristig in Deutschland aufgehalten hatten, führten deutsche Produkte als persönliche Effekten in Israel ein und verkauften sie anschließend auf dem örtlichen Markt. Israelische Firmen erzielten hohe Profite durch die Einfuhr und den Verkauf von als Einwanderereigentum deklarierten deutschen Erzeugnissen. Damit wurde nicht nur der Handelsboykott, sondern auch der israelische Zoll umgangen, jedenfalls solange bis die Besatzungsmächte und die israelischen Behörden Maßnahmen ergriffen, um den unter dem Deckmantel persönlicher Effekten von Einwanderern verborgenen deutschen Export nach Israel zu beschränken oder ganz zu unterbinden. Diesem Export haftete ein schaler Beigeschmack

[39] William Donovan an Henry A. Byroad vom 30. 3. 1950, USNA, 762A.13/3–3050.

an, da er teilweise mit Schwarzgeld finanziert wurde. Gelegentlich wurde auch geschmuggelt. Dabei wurden Gelder aus Entschädigungs- und Restitutionsgeldern zum Einkauf deutscher Güter verwendet. Obwohl solche Gelder auf Sperrmarkkonten überwiesen wurden und nur ein Bruchteil davon direkt verfügbar war, konnten Sperrmarkbeträge mit einem gewissem Verlust in Hartwährung oder DM umgetauscht und direkt verwendet werden, etwa zum Einkauf billiger Ware in Deutschland, die dann mit ansehnlichem Profit ins güterhungrige Israel geschmuggelt wurde. Trotz Boykotts gab es auch zahlreiche amtliche Einfuhrbewilligungen für deutsche Güter.

AJDC, JAFP und ähnliche Organisationen deckten ihren Güterbedarf teils mit Importen aus Deutschland, der vor allem mit JRSO-Geldern finanziert wurde, und auch israelische Regierungsämter schreckten keineswegs davor zurück, aus Preis- und/oder Qualitätsgründen deutsche Produkte anderen Importprodukten vorzuziehen. Man kann davon ausgehen, daß die israelische Armee zu den Importeuren aus Deutschland zählte. Zur amtlichen, von der JRSO finanzierten Einfuhr deutscher Erzeugnisse zählten etwa die bereits erwähnten vorfabrizierten Häuser. Bis Oktober 1953 importierte allein die JAFP aus Deutschland vorfabrizierte Häuser im Wert von DM 13 165 000, landwirtschaftliches Gerät und Dünger für DM 5 385 000, industrielle Maschinen im Gesamtwert von DM 13 065 000 und andere Erzeugnisse für weitere DM 154 000.[40] Das AJDC seinerseits importierte vor allem Arzneimittel und anderes medizinisches Material sowie diverse Güter für den sozialen Bereich. Die deutsche Ausfuhr nach Israel von für den internationalen Markt bestimmten Erzeugnissen war der Nachsicht und dem guten Willen amerikanischer und deutscher Beamter zu verdanken. Dadurch sparte Israel Hartwährung, die nun für dringend benötigte andere Güter und Leistungen verwendet werden konnte. Bedeutend unnachgiebiger zeigten sich die Besatzungsbehörden im Falle einer – schlampig organisierten – Großbestellung für die israelische Eisenbahn, die für den Export gesperrte Güter enthielt und bei der selbst Adenauers persönliche Intervention nichts ausrichten konnte.[41]

Ein weiterer Einfuhrkanal aus Deutschland war der von der Regierung autorisierte reguläre Import gegen Hartwährung, zum Teil zu militärischen Zwecken. Doch öffentlicher Protest, auch in der Knesset zum Ausdruck gebracht, zwang die Behörden, diesen Import einzuschränken und den Boykott zu verschärfen – wenn auch mit geringem Erfolg. Offizielle Quellen beziffern die Einfuhr aus Deutschland in den Monaten September und Oktober 1949 zwar nur auf IL 757 000, ein äußerst geringer Betrag. Doch ob die offizielle Statistik auch all die erwähnten klandestinen Importkanäle einschließt, darf bezweifelt werden. Nicht nur Einzelpersonen, auch große Unternehmen, wie etwa die israelische Baufirma Solel-Boneh, handelten mit der Bundesrepublik Deutschland ohne offizielle Ge-

[40] Goldmann im Namen von JAFP an JRSO vom 7. 10. 1953, YIVO, AJC, RG 347, GEN-10, Box 292.

[41] Der Transportminister an Landauer vom 28. 10. 1949; Landauer an Lipschitz vom 5. 1. 1950, CZA, S35/150, N.L. Lipschitz.

nehmigung.[42] Auch der israelische Export nach Deutschland vollzog sich abseits regulärer Pfade. So erreichten israelische Zitrusfrüchte, das einzige israelische Exportprodukt zu jener Zeit, den deutschen Markt über holländische, dänische und finnische Kanäle, ohne in der offiziellen israelischen Statistik als Export nach Deutschland ausgewiesen zu werden.[43] Aus alledem geht hervor, daß der Grundstein des kommerziellen Austauschs zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel zwischen 1946 und 1953 gelegt wurde, trotz offiziellen Boykotts. Der Koreakrieg wirkte sich negativ auf die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern aus, was darauf zurückzuführen ist, daß die westdeutsche Industrie Militär- und Kriegsgüter nun auf dem Weltmarkt verkaufen konnte. Der industrielle Aufschwung der Bundesrepublik und möglicherweise auch die wachsenden Außenmärkte bewirkten eine zusätzliche Verringerung des westdeutschen Interesses am israelischen Markt, das Mendelssohn vergeblich mit dem Angebot zu beleben versuchte, Entschädigungsgelder für die Einfuhr deutscher Güter zu verwenden.[44]

Wie aus obiger Darstellung hervorgeht, spielten beim deutschen Export nach Israel sowohl wirtschaftliche als auch politische Anreize mit. Vor dem Koreakrieg suchte die Bundesrepublik Deutschland Märkte, um die Beschäftigung anzukurbeln und brachliegende Industrien zu beleben. Ein Trend, der zumindest hinsichtlich gewisser Produkte auch nach Einsetzen des Wirtschaftsaufschwungs noch anhielt. Mendelssohn legte in Deutschland eine Güterbestelliste vor, die aufmerksam studiert wurde. Deutsche Firmen erkundigten sich bei israelischen Vertretern über Exportmöglichkeiten nach Israel und boten verschiedene Produkte an. Doch der Mendelssohn-Plan scheint nicht der einzige israelische Vorstoß zur Förderung des gegenseitigen Handels gewesen zu sein. Gemäß den Akten des Auswärtigen Amts machte der Schweizer Bankier H. Seligmann [?] der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts am 4. April 1951 das Angebot, einen Warenaustausch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel zu arrangieren. „Zum Unterschied vom Mendelssohn-Plan wird offenbar bei diesem Plan zunächst ein echter Warenaustausch angestrebt", bemerkte dazu ein Vertreter des Auswärtigen Amts.[45] Nach Seligmann wurde ein gewisser G. Farber[46] in der handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts vorstellig. Der als „erster inoffizieller Vertreter Israels und Wirtschaftsberater der israelischen Ministerpräsidenten" geltende Farber führte Verhandlungen über einen „Warenaustausch, bzw.

---

[42] KNESSET-PROTOKOLLE, 1. Knesset, 1. Sitzung am 9. 1. 1950, S. 109; Interview mit Gershon Avner am 2. 9. 1986, BGA, Oral History Division, Testimony.

[43] Becker an Hallstein vom 1. 3. 1952, PA, 244–13/II, 306/52.

[44] Ausarbeitung von Kurt Mendelssohn „Israel als Markt für Industrieerzeugnisse" vom 20. 4. 1950, CZA, S35/70; RHEINISCHER MERKUR vom 27. 1. 1951; Mannesmann-Export, Düsseldorf, an M. Kempinski GmbH., betr. Export von Leichtmetallrohren nach Israel vom 9. 4. 1951, CZA, S35/142.

[45] Vermerk des AA betr. Der gegenwärtige Stand der Israel-Frage in Bezug auf Deutschland vom 10. 4. 1951 (in Abschrift), PA, 210–01/35, Bd. 2.

[46] Es könnte sich um das Knessetmitglied und Mitglied des Ministerrats für wirtschaftliche Angelegenheiten Herbert Yeshayahu Foerder (Progressive Partei) gehandelt haben. Der in Deutschland geborene Foerder war verschiedentlich in Deutschland unterwegs.

über ein entsprechendes Abkommen". Sein Angebot beruhte auf den israelischen „Restitutionsforderungen" in der Höhe von anderthalb Milliarden Dollar. Als in Frage kommende Importgüter nannte er vorfabrizierte Häuser, Arzneimittel, Zinnprodukte und Röhren, d. h. Produkte, die bereits auf der israelischen Importliste von Deutschland standen. Farbers Angebot wies indessen folgende Neuerung auf: Er offerierte den Export von Zitrusfrüchten und Pottasche und bat um einen Kredit über 5 Millionen Dollar.[47] Farber regte an, den Warenaustausch über private Firmen abzuwickeln, um empfindliche Reaktionen der israelischen Öffentlichkeit zu vermeiden.

Die deutschen Vertreter erkannten rasch, daß hier eher ein politisches als ein kommerzielles Angebot vorlag und behandelten es dementsprechend. In einer internen Beratung unter Blankenhorns Teilnahme wurde bemerkt, daß Israel außer Zitrusfrüchten kaum etwas zu bieten habe, während es selbst teure Güter aus Deutschland zu importieren wünsche. Deutschland könne, so wurde weiter ausgeführt, als Geste des guten Willens israelische Orangen kaufen, doch der ganze Vorschlag sei von seiner politischen Seite zu beurteilen. Der israelische Vorstoß demonstriere den Willen, die Barrieren bei der Aufnahme der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen. Insofern waren Handelsbeziehungen als Vorstufe und Wegbereiter einer bevorstehenden deutsch-israelischen Annäherung auf politischer Ebene und einer Einigung in der Retributionsfrage zu verstehen.

3. Die Alliierten und die Schilumim

Zwei herausragende jüdische Persönlichkeiten außerhalb Israels, Hendrik G. van Dam, der erste Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland (ZJD), und Robert M.W. Kempner, amerikanischer Chefankläger bei den Nürnberger Prozessen, leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des „Reparationsgedankens" sowohl in ideologischer als auch in praktischer Hinsicht. Van Dam rief wiederholt zu „Wiedergutmachung" auf, vor allem im ZJD-Organ, der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland*. Daraufhin beauftragte das israelische Außenministerium van Dam Mitte 1950 über den Konsul Eliahu Livneh mit der Ausarbeitung eines Gutachtens zur Reparationsfrage. Das hieraus resultierende Dokument mit dem Titel „Das Problem der Reparationen und Wiedergutmachung für Israel" beeinflußte die israelische Haltung in dieser Angelegenheit nachhaltig.[48] Van Dams Neuerung bestand im Versuch, die jüdischen und israelischen Reparationsansprüche auf eine rechtliche Basis zu stellen, d. h. sie im internationalen Recht zu verankern. Ein weiteres Merkmal seines Berichts war der Aufruf zu direkten Gesprächen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland und die Warnung vor dem „ungenutzten Verstreichen der sich bietenden Gelegenheit".

---

[47] Vermerk der Abteilung IV, AA, betr. Unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Israel vom 2. 7. 1951, Becker an den Herrn Staatssekretär über Herrn Blankenhorn vom 2. 7. 1951, PA, 210–01/35, Bd. 2.

[48] Vollständiger Textabdruck: Der DEUTSCH-ISRAELISCHE DIALOG, Bd. 1, S. 19–25.

Die Perspektive des im Umgang mit deutschen Ämtern vertrauten Rechtsanwalts van Dam unterschied sich wesentlich von derjenigen der fernab in Israel lebenden Juden. Insofern kam er dem Standpunkt der anderen jüdischen Politiker außerhalb Israels nahe, die für direkte Verhandlungen zur Lösung der Reparationsfrage plädierten.

Kempner, noch von seiner Rolle bei den Nürnberger Prozessen her bekannt und seither ohne öffentliche Funktion, sprach Ende 1950 anläßlich eines Besuches in Israel, wo er sich für einen Vortrag über die Nürnberger Prozesse aufhielt, als sich die Regierung intensiv mit den Beziehungen zu Deutschland befaßte, ein deutliches Wort gegenüber israelischen Regierungsvertretern, die ihn in der Reparationsfrage konsultierten: Die Deutschen seien ernsthaft an einer Verständigung interessiert, doch diese ergebe sich nicht durch Telepathie. Man müsse miteinander reden. Er ermutigte die Israelis, beherzt und vorausschauend zu handeln.[49] Kempner und van Dam wurden ernst genommen, und ihre Ratschläge verhallten nicht ungehört. Das Jahr 1951 war von intensiver Aktivität geprägt. Verschiedene aufeinander folgende Initiativen zeitigten Erfolge.

Einer der ersten israelischen Schritte im neuen Jahr betraf die Änderung der Terminologie. Der Begriff „Reparationen" wurde durch die neue hebräische Wortprägung „Schilumim", zu deutsch „Zahlungen" oder „Vergeltung", bzw. durch die englischen Bezeichnungen „Collective Indemnities" oder „Collective Recompense", zu deutsch „kollektive Entschädigung", ersetzt. Der Begriff „Reparationen" wurde verworfen, weil damit Zahlungen von Kriegsverlierern an Sieger gemeint waren, was in diesem Fall offensichtlich unpassend war.[50] Er weckte zudem unangenehme Erinnerungen an den Versailler Vertrag. Und auch in der amerikanischen politischen Tradition wurde er nicht besonders geschätzt. Zudem fürchteten die westlichen Alliierten eine sowjetische Gegenreaktion im Falle einer Ausweitung der Reparationsfrage auf Israel und die jüdische Welt und ein damit verbundenes Wiedererwachen der Reparationsproblematik. In Deutschland weckte der Begriff „Reparationen" ebenfalls ungute Gefühle und unangenehme Erinnerungen, was die politische Führung der Bundesrepublik dazu bewog, konsequent nur noch den Ausdruck „Wiedergutmachung" zu verwenden.[51]
Der Nachhall des Versailler Vertrags und der Effekt der Reparationen auf die Weltwirtschaft und Weltpolitik ließen diese Art von Zahlungen in den Augen der USA unerwünscht erscheinen. Der britische Nationalökonom John Maynard Keynes begründete hiermit „die zurückhaltende US-Politik bezüglich der Deutschland aufzuerlegenden Reparationen". Die USA, fügte Keynes unmißverständlich hinzu, seien Signatarstaat des Pariser Vertrages, wonach Deutschland von der Reparationspflicht befreit sei und die USA etwaige Reparationsansprüche gegenüber Deutschland nicht unterstützten. Die US-Regierung sei entschlossen,

---

[49] Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung vom 8. 1. 1951, PA, 210–01/35, Bd. 2.

[50] The Concise Oxford Dictionary of Current English; Columbia-Viking Desk Encyclopedia.

[51] Rainer Barzel im Gespräch mit dem Autor am 8. 11. 1989; Brief an den Autor vom 5. 1. 1991.

die Wiederholung einer Situation zu vermeiden, in der die USA die Deutschland auferlegten Reparationen letztlich bezahlen müßten.[52] Die Vereinigten Staaten waren also gemäß dieser Logik gegen Reparationen, und jeder israelische Reparationsanspruch mußte daher zwangsläufig amerikanischen Widerstand hervorrufen. Israel war deshalb gezwungen zu versuchen, Washington davon zu überzeugen, daß es sich um einen Anspruch besonderer Art und nicht um Reparationen im eigentlichen Sinne handelte bzw. Washington gegenüber den humanitären und nicht den völkerrechtlichen Aspekt dieses Anspruchs zu unterstreichen. Der Begriff „Reparationen", so die Einschätzung, war somit kontraproduktiv. Er minderte die Chancen, Zahlungen aus Deutschland zu erhalten. In Jerusalem fiel deshalb bald die Entscheidung, künftig auf den Begriff „Reparationen" zu verzichten.

Es war jedoch nicht einfach, einen anderen Begriff zu finden. Die in Deutschland geläufige Bezeichnung „Wiedergutmachung" für die finanzielle Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus war nicht unproblematisch, da ihr leicht verletzende Konnotationen anhingen und ihr verallgemeinernder Charakter für den differenzierenden Gebrauch ungeeignet war. Da auch in der hebräischen Sprache ein passender Ausdruck fehlte, prägte der linguistisch gebildete und für seine besondere Vorliebe für die hebräische Sprache bekannte Außenminister Moshe Sharett Ende 1950 in Anlehnung an zwei Bibelstellen den bereits erwähnten Begriff „Schilumim" (Vergeltung, Zahlung), der hernach in den israelischen Sprachgebrauch einging.[53] Sharett soll seine Wortprägung mit folgendem Argument kommentiert haben: Die Juden hätten weder die Macht zur Vergeltung noch die Absicht dazu, doch die Deutschen sollten zumindest tausendfach Entschädigung zahlen.[54] „Schilumim" stand aber nicht nur für Vergeltung oder Rache. Kaum zufällig dürfte etwa die hebräische Sprachverwandtschaft von „Schilumim" mit „Schalom" (Friede, Ausgleich) gewesen sein, eine Andeutung des möglichen Ausgleichs mit Deutschland. In den israelischen Dokumenten, die englische Korrespondenz eingeschlossen, wurde der Ausdruck „Reparationen" fortan vollständig durch „Schilumim" ersetzt, womit ausschließlich deutsche Zahlungen an den Staat Israel gemeint waren.[55]

Hochkommissar McCloy hatte zuvor dem israelischen Botschafter in Washington geraten, den Ausdruck „Reparationen" durch „kollektive Restitution" (Collective Restitution) zu ersetzen, da ein israelischer Reparationsanspruch keine Duchsetzungschancen habe.[56] McCloys direkte Intervention bewog das israelische Außenministerium stellvertretend für die jüdische Seite, fortan von Entschä-

---

[52] Brief von Daniel F. Margolies an den Autor vom 13. 12. 1990; vgl. Brief von Jacques J. Reinstein an den Autor vom 19. 7. 1990.

[53] 5. Buch Mose 32,35: „Die Rache ist mein, ich will vergelten"; Jesaia 34,8: „Denn es kommt der Tag der Rache des Herrn und das Jahr der Vergeltung, um Zion zu rächen."

[54] Brief der Tel Aviver Historikerin Dinnah Porat an den Autor vom 30. 11. 1989. Der verstorbene Vater von Dr. Porat, Moshe Kitron (Kostrinsky), war ein persönlicher Freund von Sharett und soll diese Anekdote seiner Tochter während des Eichmann-Prozesses erzählt haben.

[55] Hiernach steht überall dort „Schilumim", wo „Reparationen" oder „Wiedergutmachung" gemeint sind.

[56] Avner an Livneh vom 7. 7. 1951, ISA, 534/4a.

digung (Recompense) statt von Reparationen (Reparations) zu sprechen.[57] Die neue Sprachregelung brachte insofern auch inhaltlich eine Änderung, als sie signalisierte, daß die Juden auf Reparationen verzichteten, dafür nun aber ein Recht auf Entschädigung geltend machten.

Der Beschluß der israelischen Regierung vom 3. Januar 1951 bezüglich der offiziellen Note an die vier Großmächte wurde von den leitenden Beamten des israelischen Außendienstes mit Zurückhaltung aufgenommen.[58] Nicht alle höheren Beamten des Außenministeriums unterstützten direkte Gespräche mit Deutschland. Pragmatikern standen Stimmen gegenüber, die Schmerz und Bitterkeit zum Ausdruck brachten. Die sich ergebende Pattsituation in der Regierung offenbarte die Spaltung im politischen Establishment in dieser Frage und verdeutlichte erstmals den Konflikt zwischen der alten, stark ideologisch geprägten Garde und der zweiten Generation, deren führende Vertreter sich vor allem im Militär und im öffentlichen Dienst profilierten. Die sogenannten *Bitsuistim* (hebr. für „Vollstrekker") orientierten sich eher an pragmatischen Vorgaben als an ideologischen Fernzielen. Die emotionsgeladene Debatte über die Schilumim und die Beziehungen zu Deutschland waren gleichsam der erste große öffentliche Auftritt der *Bitsuistim*. Doch selbst in den Reihen der „Alten Garde" wurden schon Stimmen laut, die den Dialog mit Deutschland für unumgänglich hielten, so etwa der Generaldirektor des Finanzministeriums, David Horowitz, der zu der Überzeugung gelangt war, daß Westdeutschland dem Staat Israel aus seiner finanziellen Notlage heraushelfen könnte. Drei Jahre nach der Staatsgründung herrschte in Israel großer Mangel an Devisen, Erdöl und Nahrungsmitteln. Zehntausende von Neueinwanderern lebten in Zelten und waren ohne Arbeit. Horowitz suchte verzweifelt neue Einnahmequellen und stieß dabei auf die Schilumimidee. Der starke sozioökonomische Druck überzeugte schließlich auch die politische Führung von der Notwendigkeit ideologischer Kompromisse.

Im Jahre 1950 ebbte die große Einwanderungswelle aus Europa, vor allem von Holocaust-Überlebenden, langsam ab. Die Aufnahme dieser Neueinwanderer erwies sich als schwere wirtschaftliche Belastung. Beim nächsten Einwandererstrom, diesmal aus islamischen Ländern, waren die staatlichen Mittel deshalb besonders knapp. Während der Schilumimanspruch mit den Kosten für die Aufnahme von Opfern des Nationalsozialismus gerechtfertigt wurde, war es in Wirklichkeit also die Notlage der orientalischen Einwanderer, die die israelische Staatsführung zu ideologischen Konzessionen im Hinblick auf direkte Verhandlungen mit Deutschland zwang. Horowitz nimmt für sich in Anspruch, Ben Gurion und Sharett von der Machbarkeit der Schilumimidee überzeugt bzw. sie zum ersten Mal angeregt zu haben, was mehr als fraglich ist.[59] Zweifellos waren aber sein Bericht und seine positive Haltung zur Schilumimidee aufgrund seiner zentralen

---

[57] Shinnar an Eban vom 11. 10. 1951, ISA, 181/1.

[58] Protokoll Nr. 311/24 über die Kabinettssitzung am 3. 1. 1951, ISA, 7263/10 (der Beschluß, in Sachen deutsche Reparationen an die Großmächte zu appellieren); Tekoa an den Generaldirektor vom 4. 1. 1951, ISA, 2482/12.

[59] SHIVA JAMIM (Wochenendbeilage der isr. Tageszeitung Yedioth Achronoth) (Tel Aviv) vom 15. 9. 1972, S. 13–14; Amor an Sharett vom 3. 1. 1952, ISA 2417/4.

Position innerhalb der israelischen Führung von größter Bedeutung. Er dürfte zudem bei der politischen Elite entscheidende Überzeugungsarbeit geleistet haben, nachdem sich ein beachtlicher Teil der leitenden Beamten des Außenministeriums für die Schilumim entschieden hatte.

Doch noch bevor die Ideen von Horowitz Gestalt annahmen, bildete sich ein weiterer deutsch-israelischer Gesprächskanal, diesmal über die Kontakte zwischen Adenauer und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Jakob Altmaier. Altmaier, der jüdischer Herkunft war, erklärte in seinen Erinnerungen, er habe sich in den Bundestag wählen lassen, um einen Beitrag zum Wiederaufbau der deutsch-jüdischen Beziehungen zu leisten und um sich für deutsche Hilfe an den jungen jüdischen Staat einzusetzen.[60] Altmaier war einer der Initianten der SPD-Interpellation im Bundestag vom 24. Januar 1951, in der kollektive Entschädigungszahlungen an die Juden in die deutsche öffentliche Diskussion gebracht wurde. Die Vorbereitung dieses parlamentarischen Vorstoßes fand in enger Zusammenarbeit mit der JAFP und dem israelischen Konsulat statt. Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden israelischen Instanzen über die Formulierung dürften dann auch zum Scheitern dieser Initiative beigetragen haben. In der Interpellation war gefordert worden, das bereits von der JRSO verwaltete, erbenlose Eigentum dem Staat Israel zu übertragen. Doch unglückliche Formulierungen und die kühle Aufnahme veranlaßte die SPD schließlich, den Vorstoß zurückzuziehen.[61] Altmaier ließ sich aber nicht entmutigen und brach sogleich zum nächsten Versuch auf. Diesmal suchte er den Dialog mit Mitgliedern der Koalitionsparteien, einschließlich Adenauers CDU. Im Mittelpunkt seiner Gespräche stand die Schilumimidee und Israel. Am 14. März 1951 machte ihm Adenauer das Angebot, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel zu vermitteln. Seine Gespräche mit CDU-Vertretern hätten die Aufmerksamkeit des Kanzlers auf ihn gelenkt, vermutete Altmaier. Die SPD-Fraktion unterstützte dasUnternehmen, Altmaier handelte jedoch auf eigene Faust.

Der israelische Konsul Eliahu Livneh knüpfte freundschaftliche Kontakte zu Altmaier und ermutigte ihn, die Schilumimidee in seinen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten zu erörtern. Es sei ihm verwehrt, mit deutschen Persönlichkeiten zu sprechen, ohne sich selbst zu kompromittieren. Doch dies gelte nicht für den Kontakt zu Altmaier, der ein „innerjüdischer Dialog" sei.[62]

Über die Reaktion in Kreisen der Bundesregierung auf die israelischen Noten an die Alliierten vom 9. und 16. Januar sowie die später noch zu erwähnende Note vom 12. März[63] äußerte sich der deutsch-jüdische Journalist Karl Marx wie

---

[60] Ausarbeitung „Meine Arbeit und Mitwirkung am Israel Vertrag" vom 5. 5. 1959, AdsD, Nachlaß Altmaier Nr. 7.

[61] ALBRECHT, Ein Wegbereiter, S. 207–208.

[62] Konsul Livneh, München, an das Referat Wirtschaft der Abteilung Westeuropa im israelischen Außenministerium vom 14. 3. 1951, ISA, 534/4/a.

[63] Note des israelischen Außenministeriums an die britische Gesandtschaft in Tel Aviv vom 9. 1. 1951; Israelische Noten an die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich betr. Rückerstattung und Entschädigung vom 16. 1. 1951 und vom 12. 3. 1951, ISA, 2445/6; Note an die vier Besatzungsmächte betr. Reparationen. In: DOCUMENTS RELATING, Dokumente Nr. 3 und 5, S. 13–15, 20–24.

folgt gegenüber israelischen Regierungsvertretern[64]: Die Haltung des bundesdeutschen Kabinetts zu Israel sei positiv, nicht nur im Grundsatz, sondern auch im Hinblick auf die finanzielle Summe, die es als Verhandlungsbasis vorzuschlagen gedenke.[65] Die Bundesregierung war offenbar bereit, die israelische Regierung als Vertreterin des gesamten jüdischen Volkes zu betrachten und als berechtigt, sämtliche jüdischen Ansprüche gegenüber Deutschland geltend zu machen. Im Anschluß an die israelischen Noten an die Alliierten waren die deutsch-israelischen Beziehungen im Frühjahr 1951 auf die Tagesordnung der Bundesregierung zurückgekehrt. Der damalige Bundesregierungssprecher Felix von Eckardt behauptet in seinen Erinnerungen, die Großmächte hätten nicht gewusst, wie sie auf die israelischen Noten reagieren sollten, und hätten Adenauer darüber unterrichtet. Daraufhin habe der Kanzler sich ungeachtet des rechtlichen Status der Bundesrepublik zu handeln entschlossen.[66] Ein etwaiger Zusammenhang zwischen Altmaiers Initiative und den Aktivitäten des hohen WJC-Vertreters Noah Barou geht aus den vorliegenden Dokumenten nicht hervor. Demgegenüber steht fest, daß Barou den Weg für den Vorstoß von Altmaier geebnet hat, der dem Kanzler – im Unterschied zu Barou – einen direkten Kanal zur israelischen Regierung bieten konnte.

Dem israelischen Entschluß, auf direkte Gespräche mit deutschen Regierungsvertretern einzugehen, gingen ausführliche Beratungen voraus. Auch die kühle alliierte Reaktion auf die israelischen Noten dürfte dabei eine Rolle gespielt haben. Der Diplomat Gershon Avner bemerkte dazu: „Die Haltung des amerikanischen Außenministers und des Leiters der Abteilung für deutsche Angelegenheiten entspricht der britischen und der französischen Haltung: In moralischer Hinsicht wird die Forderung [*die israelischen Schilumimansprüche*] gutgeheißen. Ihre praktische Durchführbarkeit ist jedoch angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu bezweifeln."[67] Mit anderen Worten: Die alliierten Vorbehalte waren nicht grundsätzlicher, sondern praktischer Natur. In einer langen Abhandlung rief Avner dem Außenminister das amerikanische Interesse an einer Wiederaufnahme Deutschlands in die Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten in Erinnerung. Die Schilumim könnten eine solche Rückkehr erleichtern, daher resultiere der amerikanische Druck auf Großbritannien und Frankreich. Die britische Öffentlichkeit, so der israelische Diplomat, hege möglicherweise gewisse Vorbehalte gegen die deutsche Wiederbewaffnung, doch die britische Regierung sei nicht daran interessiert, sich amerikanischen Vorstellungen zu verschließen. Frankreich biete wenig konkrete Hoffnung für Israel, obwohl es dem jüdischen Staat freundlich gesinnt sei. Avner versuchte seiner Position Nachdruck zu verleihen, indem er über ein lebhaftes deutsches Interesse an einem Abkommen mit dem Staat Israel berichtete und bemerkte, daß Israel es sich nicht leisten könne, diese Gelegenheit zu versäumen. Deutschland sei bald wieder bewaffnet und

---

[64] Notiz von Leo Kohn über ein Gespräch mit Herrn Carl [sic!] Marx, Chefredakteur der Jüdischen Allgemeinen Zeitung [sic!] vom 20. 3. 1951, ISA, 533/7b.

[65] Ebd.

[66] ECKARDT, Lebenserinnerungen, S. 199.

[67] Avner an Livneh vom 15. 4. 1951, ISA, 534/48.

gleichberechtigt, und ob das deutsche Interesse an Schilumim dann noch anhalte, sei zu bezweifeln.[68]

Doch die Gefahr des nachlassenden deutschen Interesses am Zustandekommen eines Schilumimabkommens war nicht die einzige Sorge der israelischen Regierung. Man befürchtete auch, ein international wieder aktives Deutschland könne als bedeutender Faktor der internationalen Politik mit den arabischen Staaten gegen Israel kooperieren. Ein anhaltender israelischer Bann gegen Deutschland mußte langfristig den Arabern in die Hände spielen, worauf die Entscheidung getroffen wurde, Horowitz zu Adenauer zu schicken. Dieses Treffen sollte unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, nicht nur um seinen Ausgang nicht zu gefährden, sondern auch wegen der bevorstehenden Wahlen in Israel. Würde es publik, so die nicht unbegründete Sorge, könnte es die Wahlchancen der Regierungspartei Mapai massiv beeinträchtigen. Als passende Gelegenheit wurde Adenauers Reise nach Paris, wo die Schumanplanverhandlungen auf der Tagesordnung standen, gewählt. Das Pariser Treffen sollte die erste hochrangige deutsch-israelische Begegnung werden. Trotz seines gedrängten Zeitplanes, setzte Adenauer alles daran, den israelischen Vertreter zu treffen.

Das Treffen fand dann am 19. April 1951 in Adenauers Zimmer im Hotel Crillon in Paris tatsächlich statt.[69] Beide Seiten vereinbarten, es im Falle des Durchsikkerns von Information zu dementieren. Die deutsche Seite war daran interessiert, die israelischen Forderungen aus erster Hand zu erfahren, während die Israelis konkrete Anhaltspunkte ernsthafter deutscher Verhandlungsbereitschaft erwarteten. Die israelische Seite legte Wert darauf, den besonderen Charakter ihrer Forderungen zu unterstreichen, die folgende Punkte enthielten: 1. ein öffentliches Bekenntnis zur Verantwortung für die NS-Verbrechen und deren öffentliche Verurteilung; 2. eine Verpflichtung zu kollektiver Entschädigung für das jüdische Volk in der Höhe von anderthalb Milliarden Dollar.

Es war keine leichte Begegnung. Horowitz war laut Shinnar besonders erregt gewesen.[70] Später behauptete Horowitz, seine entschlossene Haltung habe Adenauer dazu bewogen, beide Forderungen zu akzeptieren. Es handelte sich wohlgemerkt um Forderungen, die vorher schon mehrmals an die deutsche Seite herangetragen worden waren. Wie dem auch sei, beide Seiten maßen der Pariser Begegnung größte Bedeutung bei. Der israelischen Regierung wurde die Unerläßlichkeit direkter Gespräche mit der deutschen Seite veranschaulicht, während Adenauer und sein politischer Stab Gelegenheit erhielten, die Bedürfnisse und Ansprüche der jüdischen Seite näher kennenzulernen, und darauf offensichtlich zu dem Schluß gelangten, daß es im deutschen Interesse liege, die jüdischen Ansprüche zu befriedigen.

Die Pariser Begegnung fand vor dem Hintergrund von Verhandlungen über den zukünftigen Status der Bundesrepublik Deutschland statt, in deren Verlauf

---

[68] Avner an Sharett vom 26. 2. 1951, ISA, 534/4a.

[69] JELINEK, Israel und die Anfänge, S. 133–134; ALBRECHT, Ein Wegbereiter, S. 208–209; SHINNAR, Bericht; ECKARDT, Unordentliches Leben, S. 199–200; ADENAUER, Erinnerungen, 1953–1955, S. 133ff.

[70] SHINNAR, Bericht, S. 25.

Bundeskanzler Adenauer das Abkommen zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnete, ein wichtiger Schritt zur deutsch-französischen Annäherung und zur europäischen Einigung. Das neue Statut ermöglichte unter anderem die Gründung des Auswärtigen Amts, in dessen Zuständigkeitsbereich die Schilumim und die Beziehungen zu Israel fielen. Auf den Weg der Bundesrepublik Deutschland zur Souveränität angesprochen, bemerkte Heinz Krekeler, der erste Gesandte der Bundesrepublik in den USA: „Eine entscheidende Voraussetzung aber dafür, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten die Bundesrepublik als Partner akzeptierte, war, unser Verhältnis zum Judentum auf eine neue Grundlage zu stellen."[71]

Die Pariser Verhandlungen waren für beide Seiten ein günstiger Zeitpunkt. Am 6. März 1951 bestätigte die Bundesrepublik ihre Haftung für die Vorkriegs- und Kriegsschulden des Deutschen Reiches, ein Schritt von größter Bedeutung für die Absicht der jüdischen Seite, gegenüber Deutschland Ansprüche auf Entschädigung geltend zu machen.

Die beiden nicht auf Geldfragen eingehenden israelischen Noten vom Januar 1951 wurden vom israelischen Außenministerium bald als unzureichend eingestuft. Der juristische Beirat der israelischen Delegation bei der UNO verglich in einem Schreiben an den Generaldirektor des Außenministeriums die israelische Deutschlandpolitik mit der arabischen Haltung gegenüber Israel: Beide verlangten Entschädigung, waren aber nicht bereit, die zahlende Regierung anzuerkennen.[72] Auf Sharetts Anregung hin kam das Thema im israelischen Kabinett am 8. Februar 1951 ein weiteres Mal zur Sprache, doch mit enttäuschendem Resultat: Das Außenministerium wurde angewiesen, anläßlich der Außenministerkonferenz der vier alliierten Großmächte eine dritte Note an die Großmächte zu richten und darin mit Nachdruck die Behandlung der israelischen Ansprüche zu fordern. Es war vergebliche Mühe. Die westlichen Großmächte waren, wie bereits dargelegt, nicht am Wiederaufrollen einer wie auch immer gearteten Reparationsfrage interessiert, und selbst wenn die Sowjetunion das israelische Anliegen unterstützt hätte, so wären die westlichen Minister geschlossen dagegen gewesen.[73]

Die Noten der drei westlichen Alliierten enthielten folgende gemeinsame Argumente: Die Schilumim würden letztlich dem amerikanischen Steuerzahler aufgebürdet. Darüber hinaus könnten sie den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands gefährden, denn die momentane wirtschaftliche Lage Deutschlands lasse keine Zahlungen an Israel zu. Schließlich wurde auch noch das Argument vorgebracht, daß man sich in der gegebenen Situation darauf konzentrieren müsse, Deutschland in die Völkergemeinschaft zurückzuführen, damit dieser Staat bald seine Rolle als westliches Bollwerk gegen den Kommunismus erfüllen könne.[74] Nicht weniger bedeutend, wenn auch weniger oft in die Diskussion geworfen, waren westliche Erwartungen, daß Deutschland einen Teil des westlichen

---

[71] Krekeler an den Autor vom 25. 1. 1990; vgl. auch das Gespräch am 24. 1. 1990.
[72] Robinson an Eytan vom 6. 2. 1951, ISA, 2417/1.
[73] Memorandum von W.D. Allen für Henderson vom 10. 3. 1951, PRO, FO 371/93515.
[74] Bericht über die Besprechungen der jüdischen Organisationen mit Unterstaatssekretär Webb, Außenministerium, am 27. 4. 1951 und am 30. 4. 1951, ISA, 2482/13.

Verteidigungshaushalts bestreiten, d.h. zum Unterhalt und zur Rüstung der westlichen Streitkräfte beitragen und die Kosten für die Besatzungstruppen in Deutschland ganz übernehmen müsse. Schließlich erwarteten die westlichen Gläubiger, wie bereits erwähnt, die Begleichung deutscher Kriegs- und Vorkriegsschulden, ein Anspruch, der frontal mit den jüdischen Forderungen zusammenprallte. Die Belastbarkeit der deutschen Wirtschaft wurde in den alliierten Hauptstädten sorgfältig abgewogen, und aufgrund der aus den Folgen des Versailler Vertrags gezogenen Lehren stellten sich die Alliierten gegen Zahlungen aus den Erlösen der laufenden Produktion.

Doch der dringende israelische Bedarf an Wirtschaftshilfe durchkreuzte die Pläne der Alliierten. Es war ihnen nicht verborgen geblieben, daß es sich bei den israelischen Ansprüchen nicht um eine rein grundsätzliche, abstrakte moralische Angelegenheit handelte. Das Gesuch der israelischen Regierung an die USA um Wirtschaftshilfe verdeutlichte die schwierige Lage des jungen Staates.[75] Jüdische Persönlichkeiten machten die US-Regierung darauf aufmerksam, daß die Bundesrepublik den Vereinigten Staaten die Hilfe an Israel abnehmen könne. So wies etwa der Wirtschaftsberater der israelischen Botschaft in Washington, David Ginsberg, den amerikanischen Vize-Hochkommissar für Deutschland, Benjamin B. Buttenwieser, darauf hin, daß auch unter der Voraussetzung, daß der amerikanische Steuerzahler die Schilumim indirekt finanziere, er dadurch wiederum direkte Wirtschaftshilfe spare.[76] Der amerikanische Außenminister erinnerte die amerikanischen Gesandtschaften daran, daß die Übernahme deutscher Vorkriegs- und Kriegsschulden durch Bonn auch die finanziellen Folgen der antijüdischen Gesetzgebung und Maßnahmen des Dritten Reiches einschließlich der Juden auferlegten Geldstrafen und Sonderabgaben betreffe.[77] Innenpolitische amerikanische Interessen kollidierten offensichtlich mit den Interessen der amerikanischen Außenpolitik in Deutschland.

Der letzte Vorwand, unter dem einige alliierte Kreise den Schilumimkomplex zu umgehen versuchten, war der noch ausstehende Friedensvertrag. Solange dieser nicht abgeschlossen sei, so argumentierten jene, solle eine Entscheidung aufgeschoben werden. Gewissen Vertretern des britischen Außenministeriums gefiel die Idee der Verschiebung, und auch dem State Department war sie nicht fremd.

---

[75] J.F. Poster, die britische Botschaft in Washington D.C., an W.D. Allen, Politische Abteilung, London, vom 26. 3. 1951, PRO, 371/93515; Telegramm Nr. 445 von Acheson an die amerikanische Botschaft in Tel Aviv, vom 13. 4. 1951, USNA, Tel Aviv, 321.9, Germany, RG 84, Box Nr. 5; W. Wilson an Lord Henderson vom 15. 4. 1951, PRO, FO 371/93515.

[76] Dave Ginsberg an Eliezer (Kaplan?) betr. Bericht über das Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanische Hohen Kommissar Buttenwieser vom 30. 6. 1951, ISA, 344/15; vgl. Protokoll von Horowitz über die Besprechung im Haus des Außenministers vom 22. 6. 1951, ISA, 344/15: „Der amerikanische Steuerzahler leistet ohnehin Wirtschaftshilfe in Millionenhöhe an manche Staaten. Warum sollte die USA dann dagegen sein, daß ein Teil der finanziellen Unterstützung für Deutschland an den Staat Israel gelangt, der die überlebenden NS-Opfer aufgenommen hat?"

[77] Der Außenminister an die amerikanischen Gesandtschaften in Frankfurt, Paris und Tel Aviv vom 10. 5. 1951 USNA, Tel Aviv, 321.9, Germany RG 84, Box no. 2.

Um den wirtschaftlichen Argumenten der Schilumimgegner zu begegnen, startete die israelische Regierung eine politische Kampagne unter der Führung des Generaldirektors des Finanzministeriums, David Horowitz, der in den Hauptstädten der drei alliierten Westmächte vorsprach und schriftliche Botschaften überbrachte. Zusätzlich zur intensiven Korrespondenz erarbeitete er zusammen mit seiner Assistentin Fanny Ginor eine Studie über die westdeutsche Wirtschaft, die eine rasche Erholung und ein massives Wachstum prognostizierte.[78] Die israelische Haltung, so Horowitz in dieser Studie, habe jedoch eher auf moralischen als auf wirtschaftlichen oder völkerrechtlichen Argumenten zu beruhen. Den alliierten Vorbehalten sei also mit moralischen Rechtfertigungen – gestützt auf Wirtschaftsanalysen – zu begegnen. Er legte dar, der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung liege auf vernünftigem Niveau. Er sei jedenfalls höher als der Lebensstandard in Israel. Horowitz bezeichnete es als obszön, daß das Volk, von dem das Verbrechen ausgegangen sei, nun „besser lebe als die Opfer". Die Schilumim seien ein Akt historischer Gerechtigkeit und würden der deutschen Wirtschaft keinen Schaden zufügen. Horowitz kritisierte die alliierten Argumente, wonach Deutschland seine Mittel dringend zur Verteidigung, d.h. zum Wiederaufbau des Militärs und für Rüstungszwecke benötige, und fragte, warum dem ausgerechnet auf Kosten Israels Rechnung zu tragen sei. Das israelische Außenministerium übergab den Alliierten die Studie in Form eines Aide-mémoire.

Die schwierigste Hürde für die Israelis war die Unumgänglichkeit direkter Verhandlungen mit Deutschland. Die Alliierten betrachteten die Bundesrepublik als selbständigen Staat mit unabhängiger Entscheidungskompetenz, und trotz alliiertem Verständnis für die großen emotionalen Schwierigkeiten der jüdischen Seite waren ohne deutsche Mitwirkung keine Fortschritte zu erwarten. Offensichtlich waren die westlichen Großmächte bestrebt, den Eindruck zu vermeiden, daß deutsche Zahlungen an die Juden erzwungen würden, um damit die Entstehung neuer „Dolchstoßlegenden" zu vermeiden: Deutschland könne sich nur in freier Entscheidung zum Zahlen entschließen, hieß es auf alliierter Seite. Die israelische Regierung erwartete von Deutschland Buße in Form von sogenannten „moralischen Reparationen", ein Anspruch, der auch in der israelischen und jüdischen Öffentlichkeit auf Zustimmung stieß. Von der Umsetzung dieses Anspruchs hing der jüdische Beitrag zur Rückkehr Deutschlands in die Völkergemeinschaft ab. Zunächst war jedoch Dialogbereitschaft von jüdischer und israelischer Seite gefordert. Auch in Israel hatte sich inzwischen die Einsicht durchgesetzt, daß sich keine dritte Partei finden würde, die Israel und der jüdischen Gemeinschaft diese

[78] Memorandum über die Unterredung betr. jüdische Wiedergutmachungsforderungen gegenüber Deutschland vom 10. 4. 1951, USNA, Tel Aviv, 321.9, Germany, RG-84, Box no. 5; Vermerk über das Treffen des israelischen Ministers und Herrn Horowitz mit Lord Henderson vom 18. 4. 1951, PRO, FO 371/93515; Gesprächsnotiz von E.A. Besthemd vom 18. 4. 1951, PRO, FO 371/93516; Fischer an Avner betr. Besuch des französischen Außenministeriums mit Horowitz vom 19. 4. 1951, ISA, 2417/2; Horowitz an Eytan vom 4. 4. 1951, ISA, 344/15; Ausarbeitung „Wirtschaftliche Bedingungen in Deutschland und die Zahlung von Wiedergutmachungsleistungen an Israel" vom 13. 5. 1951, ISA, 2482/13.

schwierige Aufgabe abzunehmen gewillt gewesen wäre. Israel hatte die Wahl, entweder mit Deutschland direkte Gespräche zu führen und eine Entschädigung zu erreichen oder den Anspruch auf Schilumim endgültig aufzugeben.

In Jerusalem schien man nicht mehr zu zögern. Gershon Avner behauptete, die israelische Note vom 12. März 1951 sei mit stillschweigender deutscher Zustimmung übergeben worden. Sie habe bezweckt, die Alliierten davon zu überzeugen, daß Deutschland durchaus in der Lage sei, einer etwaigen Schilumimverpflichtung nachzukommen.[79] Für diese angebliche deutsch-israelische Konspiration zur Beseitigung der wirtschaftlichen Vorbehalte der Alliierten gegen Schilumim liefern die Dokumente allerdings keine Anhaltspunkte. Die Alliierten legten die israelischen Noten dem gemeinsamen Dreierausschuß (IGS) zur genaueren Analyse vor, zum Nachteil der Israelis, da eine Prüfung der israelischen Forderungen im Kontext der deutschen Schulden den besonderen Charakter des Schilumimanspruchs in Frage stellte. Das Bestreben, die Schilumim schlicht den anderen deutschen Schulden hinzuzuaddieren, drohte später die Schilumimverhandlungen ganz zu gefährden. Die Begegnung im Hotel Crillon führte den Israelis klar vor Augen, daß die Gegenseite ernsthaft an Verhandlungen interessiert war, während sich auf deutscher Seite die Einsicht durchsetzte, daß die Auseinandersetzung mit „moralischer" und kollektiver Entschädigung unumgänglich war.

Vom Pariser Treffen zweifellos unterrichtet, bewahrten die Alliierten gegenüber den Forderungen der Israelis eine gewisse Distanz. Nach einem Treffen zwischen Ben Gurion und dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson am 8. Mai 1951, bei dem der israelische Premier seinem Gegenüber mitgeteilt haben soll, Adenauer „wünsche Wiedergutmachung zu leisten und anerkenne grundsätzlich die Notwendigkeit einer Entschädigungsleistung", notierte Acheson ungehalten: „Ich sagte dem Premierminister, daß mir nicht ganz klar sei, was mit Adenauers Bemerkungen gemeint sei, und betonte, daß etwaige deutsche Defizite von den USA gedeckt werden müßten."[80] Adenauer nannte in seinen Memoiren die amerikanischen Vorbehalte als Grund für das Scheitern der Initiative Horowitz'.[81] Acheson war Israel gegenüber nicht besonders freundlich gesinnt und stellte sich gegen jede Entschädigungsvereinbarung, bis der amerikanische Präsident Harry S. Truman direkt zu Israels Gunsten intervenierte. McCloy dagegen zeigte Verständnis und guten Willen gegenüber der jüdischen Seite und wurde bald zur Schlüsselfigur im deutsch-israelisch-jüdischen Tête-à-tête. Die alliierten Noten wichen, wie erwähnt, einer klaren – positiven oder negativen – Antwort auf die israelischen Noten aus.[82] Der Umstand, daß die israelische Regierung in ihrer Note vom 12. März 1951 sowohl materielle als auch moralische Wiedergutmachung forderte („am wichtigsten für die Juden ist, daß Deutschland öffentlich Buße leistet für das große Unrecht an den Juden"), komplizierte die alliierte Ant-

---

[79] Interview mit Gershon Avner am 30. 9. 1971, The Hebrew University, the Institute for Contemporary Jewry, Oral History Division.

[80] Gesprächsnotiz betr. Besuch des israelischen Premierministers vom 8. 5. 1951, Truman Library, Papers of Dean Acheson, Box no. 66.

[81] ADENAUER, Erinnerungen, 1945–1953, S. 133ff.

[82] DOCUMENTS RELATING, Dokumente Nr. 5–12, S. 28–36.

wort. Doch schließlich einigten sich die Großmächte darauf zu bekräftigen, daß sie nicht in der Lage seien, die Bundesrepublik zu einer Politik zu zwingen, die sie nicht selbst anstrebe. Bei aller Sympathie, die man der Sache entgegenbringe, so die Alliierten, müsse man jede Intervention ablehnen. Die alliierte Note wurde, wie erwähnt, am 5. Juni 1951 übergeben, begleitet vom mündlichen Ratschlag, das direkte Gespräch mit der Bundesrepublik zu suchen.[83]

Der Geist der alliierten Noten reflektierte eine bedingte Ablehnung der israelischen Forderung. Die Geheimhaltung dieses diplomatischen Schrittes könnte darauf hinweisen, daß die Alliierten gern entgegenkommender reagiert hätten.[84] Der Wunsch, Deutsche und Juden an den Verhandlungstisch zu bringen, und das Interesse an der Stützung der westdeutschen Wirtschaft schienen zunächst unvereinbar, doch schließlich setzte sich das politisch-propagandistische Kalkül und der moralische Faktor gegenüber den wirtschaftlichen Befürchtungen durch. Die deutsche Zustimmung zur Schilumimidee mag den Ausschlag gegeben haben, sowohl für die Haltung der Alliierten als auch für das israelische Ja zu direkten Verhandlungen.

Die Geheimhaltung der alliierten Noten vom 5. Juni 1951 veranschaulicht den Wandel in der alliierten Haltung. Diese Maßnahme sollte eine Gefährdung der direkten Kontakte zwischen Israel und Deutschland verhindern. Der israelische Diplomat Avigdor Dagan bemerkte dazu in einem Memorandum, die von den USA veranlaßte Geheimhaltung der besagten Note sei wertlos gewesen, da man deren Inhalt in Bonn mühelos aus anderer Quelle habe erfahren können. Für das amerikanische Handeln waren in Dagans Augen verschiedene Gründe denkbar: Eine Veröffentlichung hätte die amerikanische Außenpolitik noch mehr in Verlegenheit gebracht, nachdem sich das State Department bereits den Vorwurf des Opportunismus gefallen lassen mußte. Den Gegnern dieser Politik sollten deshalb keine weiteren Angriffsflächen geboten werden. Zudem standen in Israel Wahlen bevor, und der Inhalt der Noten hätte der linken Opposition in die Hände gespielt. Auch wollte man das Eintreffen der erwarteten sowjetischen Antwort abwarten. Dagan bemerkte zusammenfassend: „Anstatt auf Deutschland [...] werden sie [*die Amerikaner*] versuchen, auf uns Druck auszuüben."[85] Er sollte Recht behalten, wie die Entwicklung in Washington und London zeigte. So bot etwa der Unterstaatssekretär für deutsche Angelegenheiten im englischen Foreign Office, Lord Henderson, dem Sekretär der britischen WJC-Vertretung, Alex Easterman, die Vermittlung eines Treffens zwischen Vertretern der israelischen Regierung und Adenauer an. Doch die Regierung in Jerusalem, die bereits über einen eigenen Gesprächskanal mit der Bundesrepublik verfügte, lehnte ab.[86] Der niedere Beamte

---

[83] Bendor, Abteilung Vereinigte Staaten, an die diplomatischen Vertretungen Israels in den Vereinigten Staaten United vom 26. 3. 1951, ISA, 2482/13.

[84] Protokoll von Royce vom 5. 7. 1951, PRO, FO 371/93516; Acheson an die Amerikanische Botschaft in Tel Aviv vom 3. 7. 1951, USNA, 321.9, Germany, RG-84, Box no. 2.

[85] Memorandum betr. Aktionspläne hinsichtlich Forderungen gegenüber Deutschland nach der negativen amerikanischen Antwort vom 24. 7. 1951, ISA, 534/3.

[86] Perlzweig an Easterman vom 21. 6. 1951, Easterman an Perlzweig vom 26. 6. 1951, IJA, 220, Indemnification. West Germany, Easterman File.

Dagan hatte keine Kenntnis vom Pariser Treffen und konnte demnach auch nicht wissen, daß die Amerikaner offene Türen einrannten.

In den frühen 50er Jahren konzentrierten sich die israelischen (und jüdischen) Anstrengungen vor allem auf zwei Bereiche: Einerseits galt es, die Alliierten und vor allem die Amerikaner zur Aufgabe ihrer Vorbehalte gegen den Geldtransfer aus Deutschland zu bewegen. Hinter vorgehaltener Hand signalisierte Israel unter bestimmten Voraussetzungen Bereitschaft zu direkten Gesprächen mit Deutschland, was den alliierten Druck gegen eine deutsch-israelische Annäherung noch zusätzlich verstärkte. Wie bereits dargelegt wurde, sprach sich Washington zwar nie grundsätzlich gegen deutsche Zahlungen an jüdischer Antragsteller aus, doch die Signale der US-Regierung in dieser Sache waren uneinheitlich. So zeigte sich das Hauptquartier der US-Besatzungsverwaltung in Frankfurt am Main entgegenkommender und nachsichtiger als das Außenministerium in Washington. Politische Stellen im Weißen Haus und im Senat waren zudem den Einflüssen unterschiedlicher Lobbies ausgesetzt, und selbst das amerikanische Außenministerium konnte sich nicht zu einer konsequenten, einheitlichen Haltung durchringen. Doch im Wettstreit zwischen den „Hütern der deutschen Wirtschaft" und jenen, die in erster Linie für eine rasche Verbesserung der internationalen Stellung Deutschlands eintraten, behielten letztere die Oberhand.

Parallel zu den diplomatischen Aktivitäten gegenüber den Alliierten wirkte die israelische Regierung auf eine Verstärkung der deutschen Kompromißbereitschaft gegenüber der jüdischen Seite hin. Jerusalem bestand auf einer öffentlichen Verurteilung der NS-Verbrechen und einer klaren Verpflichtung zur Entschädigung, da eine solche Erklärung die Bereitschaft der jüdischen Öffentlichkeit zum direkten Dialog mit Westdeutschland verstärken würde. Trotz Rückschlägen waren auf beiden Ebenen Fortschritte zu verzeichnen.

In welchem Maße die innere Überzeugung der maßgeblichen Stellen in Bonn den Ausschlag für direkte Schilumimverhandlungen mit Israel gab und welchen Einfluß amerikanische bzw. britische Stellen auf diese Entscheidung ausübten, ist schwer zu beurteilen. Die französische Regierung übte jedenfalls Zurückhaltung, womöglich aus Furcht, deutsches Geld könnte nach Israel statt nach Frankreich fließen. Auf israelischer und jüdischer Seite setzte die Öffentlichkeitsarbeit für Schilumimverhandlungen erst mit großer Verzögerung ein. Ein gewisses Unbehagen im Umgang mit Deutschland war immer noch verbreitet, und die Israelis zögerten nicht, es zu artikulieren. Auch die Alliierten schienen gespalten zwischen politischen und wirtschaftlichen Interessen und dem Streben nach Normalisierung des deutsch-jüdischen Verhältnisses. Die im Krieg geweckten Emotionen waren immer noch nicht ganz abgeklungen. Zudem traten in den USA, Großbritannien, Frankreich und anderen europäischen Ländern widersprüchliche Standpunkte zur Frage der Reparationen an die Juden zutage. Nicht einmal scheinbar unbeteiligte Staaten wie Mexico, Peru, Uruguay oder Indien verhielten sich in dieser Frage neutral. Auf jeden jüdischen oder israelischen Schritt folgte umgehend eine freundliche oder feindliche, aber niemals indifferente, Reaktion der Regierungen dieser Länder. Zusätzlich machte sich in islamischen Staaten und besonders in der arabischen Welt das Bestreben bemerkbar, wieder an die traditionell guten Beziehungen zu Deutschland anzuknüpfen. Mit anderen Wor-

ten: Weder die jüdische noch die deutsche Seite bewegten sich im luftleeren Raum. Jedes Wort und jeder Schritt in der Schilumimfrage löste ein internationales Echo aus.[87]

Mit Zustimmung des amerikanischen Außenministeriums gab die israelische Regierung eine Studie über die wirtschaftliche Lage in Deutschland zwecks Widerlegung der Behauptung der deutschen Zahlungsunfähigkeit in Auftrag, die jedoch auf Drängen von Generaldirektor Horowitz, der zuvor selbst eine ähnliche Studie erarbeitet hatte, wieder abgebrochen wurde. Es gelang ihm überzeugend darzulegen, daß ein solcher Schritt nutzlos sein würde, da die Amerikaner ohnehin über breitere Informationskanäle verfügten und somit ein israelischer Bericht nicht ausreichend zur Geltung käme.[88]

Um der Behauptung zu begegnen, Deutschland verfüge über zu wenig Mittel für Schilumim, machte die israelische Regierung mit Verweis auf den Präzedenzfall der – aus israelischer Sicht – erfolgreichen Haavarah den Vorschlag, die Zahlungen in Form von Warenlieferungen abzuwickeln. Dagegen wurde von alliierter Seite eine Reihe von Argumenten vorgebracht: Zur Herstellung der für Israel bestimmten Ware wäre Deutschland gezwungen, einen Teil der Rohstoffe gegen Hartwährung im Ausland zu kaufen. Zudem verfüge Deutschland über so wenig Devisen, so daß es gezwungen sei, die eigenen Produkte selbständig auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Ferner sei die einheimische Industrie und vor allem die von Israel besonders begehrte Produktion von Metallprodukten und Maschinen derzeit durch die Wiederbewaffnung völlig ausgelastet. Diesen westlichen Argumenten hielt die israelische Regierung entgegen, daß eine Milliarde Dollar nur ein Prozent des deutschen Bruttosozialprodukts ausmache und somit ein Lieferprogramm für Israel in diesem Umfang kaum nennenswerte wirtschaftliche Schwierigkeiten in Westdeutschland verursachen würde. Bei manchen der von Israel gewünschten Güter, wie etwa Zement, handle es sich zudem ohnehin nicht um eigentliche Exportgüter. Findige Vertreter schlugen vor, bestimmte Rohstoffe einzuführen und in Deutschland zu verarbeiten. Zuvor hatte die JAFP schon die Möglichkeit erwogen, jugoslawisches Bauxit in Deutschland zu Bewässerungsröhren verarbeiten zu lassen, die Israel dringend benötigte.[89] Auf die zu erwartenden Vorteile der Schilumim für die deutsche Industrie wurde bereits an anderer Stelle eingegangen.

Wie bereits erwähnt, zog Horowitz die moralpolitische Argumentationslinie der von ihm als ungünstig erachteten wirtschaftlichen Debatte vor: Nicht der

---

[87] Zur Historikerdebatte über die öffentliche Meinung zur Schilumimfrage etwa die zwei unterschiedlichen Darstellungen von: FREI, Die deutsche Wiedergutmachungspolitik, S. 215–230; WOLFFSOHN, Die Wiedergutmachung und der Westen. In beiden Studien fehlt eine Berücksichtigung des breiteren öffentlichen Echos. Wenn der nicht als Anhänger des Zionismus geltende Präsident des Jewish Labor Committee, Adolf Held, sich öffentlich für die Schilumim einsetzte, kann daraus auf die Stimmungslage tausender jüdischer Arbeiter und indirekt auf das Echo von Millionen von Mitgliedern der American Federation of Labor geschlossen werden.

[88] Horowitz an Sharett vom 27. 7. 1951, ISA, 3068/18; Eytan an Sharett vom 29. 7. 1951, ISA, 344/5.

[89] CZA, S35/42. Die Akte von 1951 nimmt auf diesen Plan ausführlich Bezug.

Raub jüdischen Eigentums durch die Nationalsozialisten, sondern das überzeugendere und effektivere Argument der notwendigen Aufnahme und Integration von Holocaustopfern in Israel sei zu betonen. Das Dritte Reich habe den jüdischen Exodus verursacht, und als Erbin des Reichs habe die Bundesrepublik Deutschland folglich für die kumulierten Kosten aufzukommen.[90] Am 17. Juni 1951 fand im Hause des Außenministers eine strategische Planungssitzung vor dem Hintergrund der Note vom 12. März statt, auf der man sich auf eine Anzahl praktischer Beschlüsse einigte, die Sharett wie folgt zusammenfaßte: Das Außenministerium werde eine Deutschlandabteilung einrichten, eine internationale Konferenz jüdischer Organisationen zur Unterstützung der Schilumim anberaumen und eine Reihe von diplomatischen Schritten in die Wege leiten.[91] Mit der Rückendeckung führender Politiker war die Leitung des israelischen Außendienstes nun in der Lage, die Umsetzung des großen Vorhabens in Angriff zu nehmen.

Gleichzeitig wuchsen jedoch in der Schilumimfrage die Spannungen zwischen dem Staat Israel und dem amerikanischen Außenministerium. Nachdem die israelische Regierung Bereitschaft zu direkten Gesprächen mit der Bonner Regierung signalisiert hatte, konzentrierten amerikanische Diplomaten ihre Anstrengungen auf die Förderung der deutschen Wirtschaft und auf die Befriedung der deutschen Öffentlichkeit. Einzelne Dokumente deuten etwa auf Versuche hin, Bonn vom Schilumimpfad abzubringen.[92] McCloys Stellvertreter Buttenwieser, ein Mitglied des nicht zionistischen American Jewish Committee (AJC), stellte sich den israelischen Interessen aktiv in den Weg.[93]

Im Laufe der Zeit veränderte sich der Grundtenor der alliierten Berichterstattung in der Schilumimfrage schrittweise zu israelischen Gunsten. Offizielle Vertreter des jüdischen Staates wurden in den Hauptstädten der drei Westmächte stufenweise freundlicher empfangen, und ihre Gastgeber äußerten sich positiv zu Schilumim, zumindest im Grundsatz. Das Amt des amerikanischen Hochkommissars in Frankfurt am Main tendierte unverändert zu einer positiven Haltung in dieser Frage.

Parallel dazu berichtete Konsul Livneh über Anzeichen von gutem Willen in Bonn. Möglicherweise haben die Besatzungsverwaltung und die Bundesregierung einander in dieser Tendenz gegenseitig bestärkt.[94]

---

[90] Livneh an Avner vom 13. 6. 1951, ISA, 531/4.

[91] Niederschrift über die Planungssitzung im Haus des Außenministers vom 22. 6. 1951, ISA, 344/15.

[92] Vermerk der Forschungsabteilung betr. deutsche Antworten auf die israelische Forderung nach Entschädigungen vom 5. 6. 1951, ISA, 2417/2; Vermerk der Abteilung IV, Becker, für Hallstein über Blankenhorn vom 2. 7. 1951, PA, 210–01/35, Bd. 2.

[93] In einem Gespräch mit dem Autor in New York am 24. 5. 1988 wiederholte Buttenwieser seine früheren Standpunkte.

[94] Livneh an Avner vom 13. 6. 1951, ISA, 533/7.

4. Die Vorbereitung der Erklärung im Bundestag

Im Juni 1951 reiste der amerikanische Hochkommissar McCloy zu Konsultationen nach Washington. Im Vorfeld seiner Reise führte er Gespräche und korrespondierte mit in Deutschland stationierten jüdischen Vertretern, vor allem von der JRSO, die gegen die mit dem israelischen Reparationsanspruch begründete Geldausfuhrsperre nach Israel protestierte. Bis die Reparationsfrage gelöst sei, argumentierten die Alliierten, sei der Geldabfluß aus Deutschland zu vermeiden.[95] Die jüdische Seite wies die Furcht vor massivem Geldabfluß als Begründung für die getroffene Maßnahme zurück und deutete auf ihren diskriminierenden Charakter hin. Darauf wurde die Geldausfuhrsperre auf höchster Entscheidungsebene behandelt und schließlich von McCloy persönlich aufgehoben.[96]

In Washington traf der Hochkommissar unter anderem mit dem israelischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, Abba Eban, und dem AJC-Vorsitzenden, Jacob Blaustein, zusammen. Ein letztes nächtliches Treffen zwischen McCloy und Blaustein in Anwesenheit weiterer AJC-Vertreter stellte sich später als entscheidend für die weitere Behandlung der Schilumimfrage heraus. In jener langen Nachtsitzung im Juni 1951 in der Washingtoner Residenz von Botschafter Averell Harriman einigte man sich über eine Reihe wichtiger Fragen, wie Blaustein Jahre später in einem Schreiben an seinen Freund McCloy rekapitulierte:

„als wir uns auf eine Anzahl wichtiger Schritte einigten, die von Kanzler Adenauer und der Bundesregierung zu verlangen seien, einschließlich Restitution und Entschädigung. Sie haben daraufhin nach Ihrer Rückkehr nach Deutschland erfolgreich bei Adenauer interveniert, damit er diese Haltung annehme. Darauf machte er seine historische Erklärung, wonach sich Deutschland zur Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus bekennen müsse und dazu verpflichtet sei, alles in seiner Macht stehende zu tun, um Wiedergutmachung zu leisten, wo dies noch möglich sei."[97]

Ob nun die im folgenden zu behandelnde Erklärung Adenauers ein ausschließliches Verdienst des AJC war, wie Blaustein behauptete, ist umstritten, nicht aber der Ausgang der nächtlichen Begegnung in Washington: Am 11. Juni 1951 erfuhr Goldmann von Eban, daß „die nächste oder übernächste Woche für die Schilumimfrage entscheidend sei".[98] In Briefen von Ben Gurion und Eban vom Juni 1951 werden McCloy, Harriman und Blaustein wiederholt erwähnt.[99] Ein Schreiben des Direktors der Westeuropaabteilung im israelischen Außenministerium, Gershon Avner, an den Konsul Eliahu Livneh enthüllt weitere Einzelheiten: Mit Berufung auf McCloy stellte Avner fest, Adenauer habe mehrmals seine Bereitschaft zu einer finanziellen Geste gegenüber Israel erklärt, doch könne es sich nur

---

[95] Segal an Slawson vom 11. 6. 1951, YIVO, AJC, RG 341, GEN-10, Box 291; Blaustein an Eban vom 11. 6. 1951, ISA, 344/18.

[96] Blaustein an Eban vom 28. 6. 1951, ISA, 344/18; Blaustein an Eban vom 13. 7. 1951, YIVO, AJC, RG 347, Box 291.

[97] Blaustein an McCloy vom 10. 9. 1965, AJC, JSX, 65–66; Seymour J. Rubin an den Autor, ohne Datum, wahrscheinlich Anfang Juni 1989.

[98] Eban an Goldmann vom 11. 6. 1951, ISA, 344/18.

[99] Ben Gurion an einen unbekannten Freund vom 26. 6. 1951, BGA, Correspondence File; Blaustein an Eban vom 29. 6. 1951, ISA, 344/18.

um eine kleine Summe handeln. Der Hochkommissar habe sich dazu verpflichtet, Adenauer zu einer öffentlichen Erklärung und zu einer Geste in Form einer Zahlung zu bewegen.[100] Die zugänglichen Dokumente über McCloys Konsultationen in Washington enthalten keinerlei Erwähnung der Schilumimfrage, die „ein bis zwei Wochen" im Juni 1951 waren aber offensichtlich entscheidend. Während seines Aufenthalts in der amerikanischen Hauptstadt gelang es McCloy, das Konzept einer europäischen Armee mit deutscher Beteiligung auf die Tagesordnung der amerikanischen Außenpolitik zu setzen, dessen Umsetzung aber nur mit Beteiligung Frankreichs, dem wichtigsten westlichen Gegner der deutschen Wiederbewaffnung, gelingen konnte.[101] McCloy wußte selbstverständlich, daß die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Völkergemeinschaft ohne französische Zustimmung und ohne deutsch-französische Annäherung unmöglich sein würde.[102] Doch in den Augen McCloys war Europa der „entscheidende Schauplatz des Kalten Krieges" und der deutsche Beitrag zur Sicherheit Europas somit unentbehrlich.[103] In einer Rundfunkansprache im Juni 1951 befaßte sich McCloy unter anderem mit der Frage, „wie demokratisch Westdeutschland sei". Sein Befund: Es finde ein Demokratisierungsprozeß statt.[104]

Dieses Thema wurde auch im Verlaufe der erwähnten Nachtsitzung mit Blaustein im Juni 1951 ausführlich diskutiert. Am darauffolgenden Tag führte der Hochkommissar die entscheidenden Gespräche im Pentagon.[105] McCloy und die amerikanische Diplomatie waren, aus eigener Sicht, auch auf das Wohlwollen der jüdischen Seite angewiesen, um die Demokratisierung Deutschlands und die Einbindung der Bundesrepublik in ein europäisches Verteidigungssystem voranzutreiben. Doch dieses Wohlwollen bedingte auch einen deutschen Beitrag zur Aussöhnung mit Israel. Im Rahmen der Förderung seines Konzepts befaßte sich McCloy deshalb in der Folge besonders intensiv mit dem deutsch-jüdischen Problemkreis. Inwieweit er damit die Linie des amerikanischen Außenministeriums vertrat, läßt sich nur mutmaßen. Präsident Trumans spätere direkte Weisung zwang jedenfalls auch den amerikanischen Außendienst, sich der vorgegebenen politischen Linie anzupassen.

Zu einem Land mit langer pluralistischer Tradition gehören auch divergierende außenpolitische Konzepte. Die amerikanische Deutschlandpolitik ist ein klassisches Beispiel. So war Hochkommissar McCloy formal zwar dem State Department unterstellt, doch die amerikanische Politik in Deutschland hielt sich nicht immer an die Vorgaben des State Department. Acheson soll gesagt haben, McCloy habe sich bei seiner Ernennung zum amerikanischen Hochkommissar für Deutschland „unantastbare Autoritätsprivilegien" gesichert. Ohne seine Zustimmung sei keine wichtige Entscheidung in diesem Land getroffen worden. Butten-

---

100 Avner an Livneh vom 7. 7. 1951, ISA, 534/4a.
101 SCHWARTZ, From Occupation, Bd. 2, S. 260.
102 Ebd., S. 84–85.
103 Ebd., S. 563.
104 Ebd.
105 Ebd., S. 559–560.

wieser nannte seinen ehemaligen Chef „die Nummer Eins in Deutschland".[106] McCloy übernahm die Pionierrolle im Schilumimprojekt, und es gelang ihm, dessen Umsetzung voranzutreiben.

Im Sommer 1951 wurde im israelischen Außenministerium offiziell ein Deutschlandreferat im Rahmen der Westeuropaabteilung eingerichtet. Es trug die etwas schwerfällige Bezeichnung „Abteilung für Schilumim für materielle Forderungen des jüdischen Volkes gegenüber Deutschland". Die Leitung übernahm Felix E. Shinnar, ein Ökonom deutscher Herkunft und ehemaliger Beamter des israelischen Finanzministeriums. Avigdor Dagan wurde zum Stellvertreter ernannt. Shinnar war nicht Mitglied der dominanten Regierungspartei Mapai.[107] Wie der Name schon sagt, lag die Hauptaufgabe des neuen Referats in der Koordinierung sämtlicher Aktivitäten zur Umsetzung der Schilumimidee.

Fast schon Ritual waren die ebenso ausdauernden wie durchsichtigen israelischen Versuche, sich dem unvermeidlichen direkten deutsch-israelischen Kontakten mit alliierter Hilfe zu entziehen. Der israelischen Staatsführung schien es an Zivilcourage zu fehlen. Zum Durchbruch der Blockaden kam es erst aufgrund von Adenauers Angebot zu direkten Verhandlungen. Doch auch danach gingen hinter den Kulissen die israelischen Versuche weiter, den deutsch-israelischen Dialog zu bremsen, dessen Befürworter unter den israelischen Diplomaten zögerten, ihren Standpunkt den politischen Entscheidungsträgern gegenüber offen und mit Nachdruck darzulegen, und die Politiker waren froh über jede sich bietende Gelegenheit, das Unvermeidliche hinauszuschieben.[108]

Erst das beherzte und umsichtige Verhalten des Beamten Gershon Avner leitete die Wende ein. Am 15. August 1951 erteilte er der Ersten Sekretärin der israelischen Botschaft in Washington, Esther Herlitz, die Weisung, die Amerikaner aufzufordern, eine Erklärung der moralischen Unterstützung des israelischen Schilumimbegehrens vorzubereiten. Gleichzeitig klärte er Herlitz darüber auf, daß die Regierung in Jerusalem im Grundsatz direkte Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland unter folgenden Bedingungen bereits gebilligt habe: 1. Die Bundesregierung müsse sich bereit erklären, die NS-Verbrechen in einer öffentlichen Erklärung zu verurteilen; 2. die Bundesregierung müsse sich verpflichten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine Wiederholung des Holocaust von deutschem Boden aus zu verhindern; 3. die Bundesregierung müsse sich öffentlich dazu verpflichten, wiedergutzumachen, was wiedergutgemacht werden könne, indem sie das individuelle Entschädigungsverfahren beschleunigt und sich grundsätzlich zur kollektiven Entschädigung des jüdischen Volkes bekennt; 4. der Staat Israel müsse zu direkten Verhandlungen über diese Angelegenheiten geladen werden.[109] Avner verfügte zu diesem Zeitpunkt bereits über Informationen, daß

---

[106] Interview mit Benjamin J. Buttenwieser, 121, Columbia Oral History Project.

[107] Rundbrief von Eytan vom 8. 7. 1951, ISA, 2417/2; Shinnar an Livneh vom 3. 8. 1951, ISA, 181/1. Shinnar erwähnt in seinen Memoiren den 1. Juli 1951 als Datum der Gründung des Deutschlandreferats, während in den Dokumenten des Außenministeriums vom 1. August 1951 die Rede ist.

[108] Vgl. kritisches Schreiben von Moshe Keren, Mitarbeiter der israelischen Botschaft in Washington, an Felix E. Shinnar vom 15. 8. 1951, ISA, 344/15.

[109] Avner an Herlitz vom 15. 8. 1951, ISA, 534/4b; vgl. A.K. Helm von der britischen Bot-

McCloys Druck auf Adenauer erfolgreich gewesen und eine deutsche Erklärung in Vorbereitung sei. Die israelische Seite verlangte Einsicht in diesen Entwurf, um Korrekturwünsche anbringen zu können.

Avners Schreiben machte eines deutlich: Die neuen israelischen Bedingungen für direkte Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland waren nahezu identisch mit den Bedingungen der bislang geheimgehaltenen Horowitz-Initiative. Wie ist also die ambivalente Haltung des israelischen Kabinetts zu erklären? Sich gegen direkte Verhandlungen aussprechen und gleichzeitig dafür stimmen? Möglicherweise hegte man in israelischen Regierungskreisen noch Hoffnung, daß die Großmächte ihre Haltung ändern und die Deutschen – ohne direkte Verhandlungen zwischen Israel und der Bundesrepublik – zum Zahlen zwingen könnten. Nachdem sich diese Aussicht endgültig verflüchtigt hatte, faßte die israelische Regierung den erwähnten Geheimbeschluß. Von den neuesten Entwicklungen nach dem geheimen Pariser Treffen nicht ins Bild gesetzte Beamte und Politiker, verfolgten indessen ihre Tätigkeiten gemäß alter politischer Leitlinien weiter. Der Diplomat Moshe Keren, verantwortlich für die deutschen Angelegenheiten in der israelischen Botschaft in Washington, war über das obige Schreiben zutiefst verärgert. Er kritisierte den unzureichenden Informationsfluß und das Fehlen einer lenkenden Hand. Doch der Rubikon war bereits überschritten und das Votum für direkte Verhandlungen in der amtsinternen Korrespondenz nun kein Geheimnis mehr. Die Öffentlichkeit wurde noch im Dunkeln gelassen, und der Deutschlandboykott blieb vorläufig eine unerschütterliche Maxime der israelischen Politik. Doch die Voraussetzungen für die öffentliche Diskussion über direkte Verhandlungen mit Deutschland waren nun geschaffen.

Die öffentliche Erklärung, die Israel von der Bundesregierung verlangte, oder die „moralische Wiedergutmachung", wie sie in Deutschland bereits genannt wurde, begann nach dem Pariser Treffen Gestalt anzunehmen. Adenauer war ein erfahrener Staatsmann und Meister seines – politischen – Fachs: Um die Jahreswende 1950–1951, als die Alliierten und die Bundesrepublik Deutschland ernsthafte Verhandlungen über die Revision des Besatzungsstatuts aufnahmen, die zur eingeschränkten Souveränität der Bundesrepublik Deutschland führten, faßte er offenbar den Entschluß, sich auch mit dem finstersten Erbe des Dritten Reiches auseinanderzusetzen, dem Holocaust.[110] Bestrebt, die hinderliche moralische Hypothek auf dem Weg zurück in die Völkergemeinschaft abzutragen, wohl auch aus Schuld- und Schamgefühlen, nahm der Kanzler in Angriff, was er als „Ehrensache" bezeichnete. Adenauer hoffte aufrichtig, ein neues Kapitel im Verhältnis mit dem jüdischen Volk aufzuschlagen. Er glaubte an eine baldige Versöhnung und Verständigung. Doch Adenauer und manche Personen in seinem Umkreis unterschätzten das Trauma der jüngsten Geschichte für die jüdische Seite, was mitunter später zu Enttäuschungen führte, wenn sich gewisse Erwartungen nicht erfüllten.

---

schaft in London an Herbert Morrison in London, ISA, 2413/2. Helm zitiert Avner wie folgt: „Nun ist ein deutscher Schritt geboten, zum Beispiel eine Erklärung des Bundeskanzlers, daß sich die Bundesregierung zur Verantwortung für die Verbrechen gegen das jüdische Volk bekennt."; vgl. AUERBACH, Ben Gurion and Reparations, S. 279ff.

110 Zu Adenauers Rolle in der Schilumimfrage: JELINEK, Political Acumen, S. 162–180.

Die jüdische Gemeinschaft war innerlich nicht reif für die Versöhnung mit Deutschland, zumindest nicht in diesem frühen Stadium. Statt dessen erging 1951 von verschiedenen Seiten die – bereits vorher gelegentlich gestellte – klare und deutliche Forderung an die Bundesregierung, die NS-Verbrechen zu verurteilen und sich öffentlich zur Wiedergutmachung zu bekennen. Der deutsche Generalkonsul in London, Hans Schlange-Schöningen, berichtete seinen Vorgesetzten am 2. Juni 1951: „Ich darf daher die gegebene Anregung zu einer prinzipiellen Erklärung der Bundesregierung nochmals dringend in Erinnerung bringen."[111] Die Londoner *Times* bedauerte, daß „die deutsche Regierung bis dahin kein einziges Wort der Scham oder des Bedauerns von sich gegeben hatte".[112] Der Journalist Ernst Friedlaender sagte in einer Sendung des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR) in Hamburg:

„Wäre es nicht fast selbstverständlich gewesen, offen und öffentlich auszusprechen, daß das neue Deutschland mit Asche und Grauen an das nationalsozialistische Verbrechen denkt und mit jener Scham, die daher kommt, daß das Geschehene mit dem deutschen Namen verbunden bleibt. Aber diese feierliche Erklärung der Regierung oder des Parlaments ist ausgeblieben."[113]

Kurz darauf rief Erich Lüth, ebenfalls Journalist aus Hamburg, die Aktion „Frieden mit Israel" ins Leben.[114] Beide Journalisten begründeten ihre Aktionen mit dem Schweigen der Bundesregierung: Wenn die Regierung schweige, müsse das Volk seine Meinung sagen. In einem Interview mit dem Chefredakteur der New Yorker Emigrantenzeitung *Aufbau*, Manfred George, vom 20. Juli 1951 sprach sich Bundespräsident Theodor Heuss energisch für eine öffentliche Erklärung der Bundesregierung aus und fügte hinzu, daß der Kanzler dies auch tatsächlich erwäge.[115]

Unerwarteten Beistand erhielt die Schilumimidee durch den vielbeachteten Finanzierungsvorschlag von Hjalmar Schacht, dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten und Reichswirtschaftsminister des Dritten Reichs. Schachts Plan verband zwei Probleme und sollte die Lösung beider gestatten, nämlich den Transfer von Restitutionsgeldern und die Kapitalbeschaffung für den Wiederaufbau der demontierten deutschen Handelsflotte. Den Restitutionsgläubigern sollten verzinsliche, marktfähige und legal transferierbare Valutabonds angeboten werden, was angesichts dem anderweitig nur mit hohen Verlusten möglichen – illegalen – Transfer von Restitutionsgeldern beiden Seiten Vorteile gebracht hätte.[116] Schachts Vorschlag signalisierte alternative Möglichkeiten der Schilumimfinanzierung ohne amerikanische Steuergelder. Er stellte erstarrte Konzepte in Frage und trug dazu bei, die Schilumim in den Augen der breiten Öffentlichkeit zu legitimieren. Der Zeit war reif für eine deutsche Initiative.

---

111 Schlange-Schöningen aus London an das Auswärtige Amt in Bonn vom 2. 6. 1951, PA, 244–13 II 151.
112 The TIMES (London) vom 10. 7. 1951.
113 Abschrift des Wortlautes einer Radiosendung des NWDR vom 11. 7. 1951, ISA, 2482/13.
114 LÜTH, Die Friedensbitte, S. 112–115.
115 AUFBAU vom 20. 7. 1951.
116 Schacht, Hjalmar: Restitutionsgelder für den Schiffbau. In: Die ZEIT vom 8. 3. 1951.

5. Rosch Ha-Schana[117] 1951

Der Kreis um Barou, Marx und Altmaier sowie Blankenhorns Vermittlungsbemühungen erwiesen sich als besonders hilfreich bei der Förderung der Schilumim. In seiner Antwort auf ein von Karl Marx angeregtes Schreiben des Vizekanzlers Franz Blücher schrieb Bundeskanzler Konrad Adenauer unter anderem: „Ich suche nach einer Gelegenheit, namens des Kabinetts eine Erklärung zur Judenfrage abzugeben. Man muß doch eine passende Gelegenheit haben, damit die Sache nicht so an den Haaren herbeigezogen aussieht."[118]

Daß die Vorbereitungen für eine solche Erklärung bereits im Gange waren, ist etwa daran ersichtlich, daß Barou am 14. Juli 1951 Blankenhorn den ersten Erklärungsentwurf zurückgab, der vor dem oben zitiertem Schreiben verfaßt worden sein muß. Blankenhorn betonte zwar, Adenauer habe den Entwurf noch nicht gesehen und es handle sich „um eine rein private Initiative meinerseits". Trotzdem darf man annehmen, daß Blankenhorn im Auftrag des Kanzlers handelte.[119] Nahum Goldmann hat den Entwurf möglicherweise am 12. Juli eingesehen, ein paar Korrekturvorschläge angebracht und eine Entwurfskopie in sein Privatarchiv abgelegt.[120] Buttenwieser war eigenen Angaben zufolge als „praktizierender Jude" von Adenauer gebeten worden, ihm bei der Formulierung der Erklärung zu helfen. Beamte, Politiker und Vertreter der jüdischen Seite bzw. der israelischen Regierung erhielten Einsicht in den Entwurf. McCloy bezeichnete Bundespräsident Theodor Heuss als eine der treibenden Kräfte bei der Formulierung der Erklärung.[121] Buttenwieser meinte, der Kanzler habe großen Wert darauf gelegt, daß die Erklärung in der „amerikanischen Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung der anderen ehemaligen Feinde Deutschlands Anklang findet".[122] Die israelische Seite legte besonderen Wert auf eine Einsichtnahme in den Entwurf, denn sie wollte ihn so verfaßt sehen, daß er bei der jüdischen Öffentlichkeit einen positiven Eindruck hinterlasse. Doch Jerusalem begnügte sich nicht mit den Aktivitäten von Vermittlern wie Goldmann und Barou, sondern suchte einen direkten Kanal zu Adenauer.[123] Die Israelis betrachteten den von Goldmann übermittelten Entwurf als ungenügend und nahmen gleichzeitig die Dienste Buttenwiesers, Altmaiers und des amerikanischen Außenministeriums in Anspruch.[124] Auch der Beitrag des Journalisten Karl Marx wurde von Jerusalem nicht geschätzt.

---

[117] Jüdisches Neujahr, fällt auf September/Oktober.

[118] Adenauer an Blücher vom 13. 7. 1951, BArch, N 1080, Bd. 79. ADENAUER, Briefe 1951–1953, Dok. Nr. 63, S. 83.

[119] Blankenhorn an Barou vom 18. 7. 1951, IJA, Old Archives, 220.0.

[120] Entwurf einer Erklärung zur „Judenfrage" vom 14. 7. 1951, CZA, Z 6/529.

[121] McCloy an Acheson vom 2. 10. 1951, USNA, Suitland, McCloy's Papers, Box 32.

[122] Interview mit Benjamin B. Buttenwieser von 1979, S. 165, Columbia Oral History Project.

[123] Die Abteilung Vereinigte Staaten des israelischen Außenministeriums an die israelische Botschaft in Washington vom 13. 9. 1951, ISA, 116/21; Shinnar an Livneh vom 12. 9. 1951, 533/5.

[124] Avner an Herlitz vom 10. 9. 1951, ISA, 344/20; Livneh an Avner vom 25. 9. 1951, ISA, 2539/2; Avner an Livneh vom 10. und 12. 9. 1951, ISA, 2539/2; Goldmann an Sharett vom 14. 9. 1951, CZA, Z6/2345.

Meinungsverschiedenheiten im jüdischen Lager und eine gewisse Überheblichkeit der israelischen Regierung in ihrer Eigenschaft als Vertreterin eines souveränen Staates erzeugten Spannungen, die zur Enttäuschung der israelischen Regierung über den Entwurf und die Art, wie er zustande kam, beigetragen haben mögen. Die israelische Regierung befürchtete, Adenauer könnte die Erklärung verlesen, ohne sie vorher mit Israel abzustimmen.[125] Schließlich schickte Adenauer den Entwurf via Altmaier dem israelischen Botschafter in Paris, Maurice Fischer, der ihn nach Jerusalem übermittelte. Goldmann und die israelische Regierung machten gewisse Änderungsvorschläge, die Adenauer teilweise berücksichtigte. Sehr zum Unwillen der israelischen Regierung nahm er nachträglich allerdings selbst noch gewisse Korrekturen vor.[126] Trotz dieser Enttäuschung war man sich auf israelischer Seite dennoch über die große Bedeutung der bevorstehenden öffentlichen Erklärung für die Zukunft des Schilumimprojekts bewußt.

Auch Adenauer war mit Schwierigkeiten im eigenen Lager konfrontiert. Der starke katholische Flügel seiner Partei war mit der Schilumimpolitik unzufrieden.[127] Auf die Forderung Vizekanzler Franz Blüchers, auch jüdische Vertreter außerhalb Israels an der Formulierung der Erklärung zu beteiligen, reagierte der Kanzler mit der Beiziehung von AJC-Vertretern.[128] Die Bundesregierung befürwortete den Erklärungsentwurf sodann einstimmig, nachdem daran noch geringfügige Änderungen vorgenommen worden waren.[129] Die SPD hingegen distanzierte sich vom endgültigen Wortlaut, der als „zu lau" und „zu wäßrig" empfunden wurde, und legte eine eigene Erklärung vor.[130]

Die israelische Regierung bereitete eine entsprechende Presseerklärung vor, nachdem sie die endgültige Formulierung der deutschen Erklärung zur Kenntnis genommen und gebilligt hatte. Außenminister Sharett, unzufrieden mit dem Entwurf, formulierte eine eigene Stellungnahme.[131]

Die von Adenauer herbeigeführte Mitwirkung des AJC hinterließ deutliche Spuren im Text der Erklärung. McCloy vermittelte zwischen dem Kanzler und dem AJC, und AJC-Vertreter trafen sich mehrmals mit deutschen Vertretern und mit Adenauer selbst, zum letzten Mal am Vortag der Verlesung im Bundestag.[132]

---

125 Livneh an Avner vom 20. 9. 1951, ISA, 2539/2.

126 Fischer an Avner vom 20. 9. 1951, ISA, 2417/3; Fischer an Avner vom 20. 9. 1951, ISA, 2539/2; Das israelische Außenministerium an die Botschaft in New York vom 25. 9. 1951; Telegramm Eytans an die israelische Botschaft in New York vom 25. 9. 1951, ISA, 3036/16; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 25. 9. 1951, BGA, BGD, Hirsch an Shinnar u. a. vom 12. 10. 1951, ISA, 344/20.

127 Livneh an Avner und Shinnar vom 3. 9. 1951, ISA, 2539/2.

128 Blücher an Adenauer vom 4. 9. 1951, BArch, N 1080, Bd. 7.

129 Die KABINETTPROTOKOLLE, Bd. 4: 1951, Kabinettsitzung Nr. 175 vom 26. 9. 1951, S. 662.

130 Protokoll der Fraktionssitzung vom 25. 9. 1951. In: Die SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, Sitzungsprotokolle 1949–1957, S. 293. Text der Erklärung in: VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. WP, Stenographische Berichte, Bd. 9, S. 6698f.

131 Protokoll Nr. 67/711 über die Sitzung der israelischen Regierung am 26. 9. 1951, ISA, 7264/1; Telegramm Sharetts an Eytan vom 26. 9. 1951, ISA, 3063/18.

132 Blaustein an Goldmann vom 16. 10. 1951, CZA, Z6/1621; Vermerk über die Ereignisse,

Die Begegnung zwischen israelischen und bundesdeutschen Parlamentariern Mitte August 1951 am Rande der Konferenz der Interparlamentarischen Union in Istanbul hatte entgegen der Meinung einiger Historiker indes nur geringen Einfluß auf den Wortlaut der Erklärung.[133] Die Bedeutung dieser Begegnung lag eher darin, daß es sich um die erste öffentliche Begegnung zwischen Vertretern beider Seiten handelte. Die Knessetdelegation kritisierte den Umstand, daß Deutschland keine Buße für die begangenen Verbrechen geleistet und sich nicht zu kollektiver Entschädigung bekannt habe. Die deutschen Parlamentarier ihrerseits versprachen zu handeln.[134] Die dramatischen Umstände der Begegnung und deren unmittelbare zeitliche Nähe zur Verlesung der Erklärung im Bundestag am 27. September 1951 verleiteten Historiker zur falschen Annahme, die Konferenz hätte 1950, also ein Jahr vorher, stattgefunden.[135]

6. Wozu eigentlich eine öffentliche Erklärung?

In der Auseinandersetzung mit der Last der Vergangenheit wurde in der deutschen öffentlichen Diskussion mehrfach der im religiös-christlichen Bereich verwurzelte Begriff „Sühne" benutzt. Sühne bedeutet neben Reue für begangene Sünden auch Verbesserung und Reparation, oder mit anderen Worten „Wiedergutmachung". In ihrem Wirken für eine Versöhnung mit dem Judentum beriefen sich führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf die Pflicht zur Sühne und Wiedergutmachung sowie auf den eigenen moralischen und emotionalen Notstand. Der zu erwartende politische Nutzen von Vorstößen zugunsten der jüdischen Seite war freilich auch offensichtlich. Häufig wurde auf den „freiwilligen und selbstlosen" Charakter der Erklärung im Bundestag hingewiesen, und die Alliierten widersprachen nicht. Amerikanischer und britischer Druck, ausgeübt vor allem durch Hochkommissar John McCloy, war entscheidend für die Flexibilisierung der Position deutscher Politiker, Bundeskanzler Adenauer eingeschlossen. Dieser Umstand wird in der historischen Literatur und in journalistischen Beiträgen aus politischen und moralischen Gründen oder schlicht aus Selbstverherrlichung zuweilen verdrängt. Adenauer und sein Umkreis waren empfänglich für gutgemeinte diskrete Ratschläge von Freunden.[136] Oft unterschätzt wurde, wie erwähnt, die Bedeutung des Drucks der SPD auf die Bundesregierung. Die re-

---

die der Erklärung Kanzler Adenauers vom 28. 9. 1951 vorausgingen, o.D., YIVO, AJC, RG 341, GEN-10, Box 276.

133 VOGEL, Deutschlands Weg, Bd. 1, S. 27–30; DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 42–43.

134 SCHMID, Erinnerungen, S. 506.

135 Der DEUTSCH-ISRAELISCHE DIALOG, Bd. 1, S. 27–29.

136 Memorandum der Abteilung IV, Becker, für Hallstein via Blankenhorn vom 2. 7. 1951, PA, 210-01/35, Bd. 2; Blaustein an McCloy vom 12. 7. 1951, USNA, Suitland, McCloy Papers, Box 30; LÜTH, Die Friedensbitte, S. 32; Entwurf einer Denkschrift des AJC zur ökonomischen Wiedergutmachung jüdischer NS-Verfolgter vom September 1965, AJC, RG-1, EXD, JSX 63; Eli Rock an Leavitt u.a. vom 19. 5. 1951, CZA, 35/84; Ferencz an Rock vom 21. 9. 1951, YIVO, AJC, RG 347, Gen-1, Box 291.

gierende Koalition und Kanzler Adenauer persönlich waren sich des gewichtigen Engagements der Sozialdemokraten für die Erneuerung des jüdischen Lebens in Deutschland und der Wiedergutmachung bewußt, und der politische Wettstreit mit der linken Opposition förderte zwangsläufig die Bereitschaft der Koalition, auf jüdische Forderungen und Bitten einzugehen und die verlangte öffentliche Erklärung abzugeben.

Der Zeitfaktor spielte auch eine Rolle. Bei den im Mai 1951 abgehaltenen Wahlen zum Landtag von Niedersachsen wurde ein beunruhigender Zuwachs rechtsradikaler Stimmen registriert. Die Erklärung im Bundestag würde somit eine günstige Gelegenheit bieten, den durch das Wahlresultat entstandenen negativen Eindruck im Ausland, wo die politischen Entwicklungen in Deutschland sehr genau verfolgt wurden, durch eine Geste des guten Willens auszugleichen, die Bundeskanzler Adenauer besonders im Hinblick auf die Vereinigten Staaten für notwendig hielt. Sie sollte dem Kanzler Sympathien in der amerikanischen Öffentlichkeit und besonders in der jüdischen Bevölkerung eintragen. Echte demokratische Kräfte und nicht Neonazis prägten das Bild der jungen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, und deshalb verdiene sie das Vertrauen der Welt, lautete die zu vermittelnde Botschaft. Adenauer befürchtete zudem, daß auf der anstehenden Schuldenkonferenz jüdische Bankiers zahlreich beteiligt sein würden. Der frühere Oberbürgermeister von Köln, einem ehemaligen Zentrum von Banken in jüdischem Besitz, war vom „jüdischen Einfluß" auf die amerikanische Politik und somit von der Notwendigkeit überzeugt, Wohlwollen zu erzeugen. Bei der Untersuchung von Adenauers Äußerungen zu jüdischen Angelegenheiten und zuden für die junge Bundesrepublik notwendigen Investitionskrediten stößt man fast regelmäßig auf Wendungen, die (amerikanische) Juden mit Geld assozieren. Solche Äußerungen, gleichgültig von welchem hohen politischen Vertreter sie stammen, sind nur schwer von den bekannten antijüdischen Vorurteilen zu trennen. Kaum zu überhören waren die Hinweise auf jüdisch-amerikanische Finanzkreise im Zusammenhang mit deutschen Darlehensgesuchen im Vorfeld der Schilumimverhandlungen. Die zeitliche Nähe zwischen der Erklärung der Bundesregierung im Bundestag und der Schuldenkonferenz war also kaum Zufall.

Auch zeremonielle Aspekte waren von Bedeutung: Marx riet Blücher, einen hohen jüdischen Feiertag als geeigneten Anlaß für die wichtige Erklärung zu wählen. Mittwoch, der 27. September 1951, der Tag, an dem die Erklärung im Bundestag verlesen wurde, lag drei Tage vor dem jüdischen Neujahr 5712.[137] Die israelische Regierung war über das genaue Datum nicht informiert, ging jedoch davon aus, daß die Erklärung vor Adenauers Besuch in den Vereinigten Staaten erfolgen würde.

Die Feierstunde im Bundestag, die Abgeordneten in nachdenklicher Stimmung und die Besucherempore voll mit Gästen, einschließlich israelischer Journalisten und JAFP-Vertreter, schufen den eindrucksvollen Rahmen für die Erklärung der Bundesregierung. Bundeskanzler Konrad Adenauer verlas sie in ernstem Ton, gefolgt von der SPD-Erklärung, abgegeben vom Nestor des Bundestages und ehe-

[137] Blücher an Adenauer vom 4. 9. 1951, BArch, N 1080, Bd. 79.

maligen Reichstagspräsidenten, Paul Löbe. Danach sprachen Abgeordnete anderer Fraktionen, und den Schluß der historischen Sitzung markierten zwei Gedenkminuten.

Trotz vieler Änderungen hielt sich der endgültige Wortlaut der Erklärung im wesentlichen an Blankenhorns Entwurf.[138] Am Beginn der Erklärung stand der Hinweis auf den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, dessen Normen, so der Bundeskanzler, nur wirksam werden könnten, wenn die Gesinnung, aus der sie geboren worden seien, zum Gemeingut des ganzen Volkes würden. Die darauf folgende Mißbilligung des Antisemitismus wurde durch die Zusicherung verstärkt, Kreise, die immer noch antisemitische Hetze betreiben würden, durch unnachsichtige Strafverfolgung zu bekämpfen. In der Folge wurden die „unsagbaren Verbrechen" des Dritten Reiches verurteilt, die zu „moralischer und materieller Wiedergutmachung verpflichten", wobei die begrenzte Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu berücksichtigen sei. Die Kollektivschuldthese wurde in der Erklärung abgelehnt.[139]

Zwei Elemente beunruhigten die Israelis besonders: Die Verneinung der Kollektivschuld, offensichtlich ein Grundpfeiler des nationalen Ethos des neuen deutschen Staates, und die diffuse Formulierung hinsichtlich der kollektiven Entschädigung. Zudem mißfiel der israelischen Regierung die Erwähnung des jüdischen Volkes vor dem Staat Israel. Versuche, die umstrittenen Passagen in letzter Minute zu ändern, waren gescheitert.[140] Die beiden Elemente reflektierten Adenauers persönliche Anschauung; er hatte sie selbst formuliert. Die Erwähnung des jüdischen Volkes an der entsprechenden Stelle war offensichtlich ein Zugeständnis an das AJC und eine Geste Adenauers an die jüdische Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten.

Eine weitere bevorzugte Zielgruppe der bundesdeutschen Politik war das deutsch-jüdische Publikum, auch wenn sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Juden deutscher Herkunft nur langsam entwikkelten. Adenauers besonderes Augenmerk für die deutsch-jüdische Gemeinschaft beunruhigte die anderen jüdischen Organisationen. Man befürchtete, die Bundesrepublik könnte versuchen, die jüdischen Organisationen gegeneinander auszuspielen. Der ehemalige Berliner Oberrabbiner Leo Baeck, Vorsitzender des Council for Protection of Rights and Interests of Jews from Germany, begrüßte die Erklärung in einem offenen Brief und wurde dafür prompt kritisiert.[141] Uneingeschränkt positiv reagierten zudem andere, außerhalb von Israel angesiedelte

---

[138] Eine Kopie von Blankenhorns Entwurf liegt im IJA, Old Archives, File 220 sowie im CZA, Z6/529. Zur endgültigen Version vgl. DEUTSCHLAND UND DAS JUDENTUM, S. 3–5.

[139] In der 165. Sitzung am 29. 9. 1951: VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES. Stenographische Berichte. 1. Wahlperiode 1949–1953. Bonn 1953, S. 6697 f.

[140] Gershon Avner an Livneh vom 24. 9. 1951, ISA, 2559/2; Die israelische Botschaft in Washington, D.C. an Abteilung vom 25. 9. 1951, ISA, 2063/18; Eytan an das Generalkonsulat in New York vom 15. 9. 1951, ISA, 2063/18; Telegramm Sharetts an Eytan vom 26. 9. 1951, ISA, 2063/18; Telegramm Eytans an Livneh vom 26. 9. 1951, ISA, 244; Kreutzberger an Landauer vom 28. 9. 1951, CZA, A140/552; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 25. 9. 1951, BGA, BGD.

[141] JELINEK, Leo Baeck, S. 237.

deutsch-jüdische Organisationen, ob unabhängig und/oder im Konflikt mit der JAFP oder dem Jüdischen Weltkongreß.

Die Presse im Westen, in der Bundesrepublik und teilweise in Israel reagierte in der Regel mit Genugtuung. Ihre Kritik beschränkte sich auf Einzelheiten.[142] Die jüdische Presse und auch etliche israelische Zeitungen blieben dagegen mißtrauisch und brachten Ungeduld zum Ausdruck. Hinsichtlich der deutschen Haltung forderten die Kritiker Taten statt Worte, womit sie das verbreitete Mißtrauen gegenüber Deutschland wiedergaben.

Die feierliche Bundestagssitzung beendete eine Periode vorbereitender Fühlungnahmen und stellte das Signal in Richtung Verhandlungen. Während die deutsche Seite hierzu jederzeit bereit war, gab es auf israelischer Seite – sowohl auf der politischen Ebene wie in der Öffentlichkeit – immer noch Vorbehalte. Erst die Erkenntnis, daß zusätzliche Einkommensquellen für das Überleben des jungen Staates absolut unerläßlich waren und diese nur von der Bundesrepublik Deutschland bereit gestellt werden konnten, bewog schließlich die Israelis, ihre Zustimmung zu direkten Gesprächen mit den Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland zu geben.

[142] AWJD vom 28. 9. 1951; HAMBURGER FREIE PRESS vom 28. 9. 1951; FORWARD (New York) vom 28. 9. 1951; HAARETZ (Tel Aviv) vom 28. 9. 1951 und 30. 9. 1951.

IV. Vor der Aufnahme von Schilumim-verhandlungen: Die israelische Perspektive

Bald nach der Gründung der Bundesrepublik rückte der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses in Westdeutschland. Die „Wiederherstellung des deutschen Kredits" war eine Hauptdevise jener Zeit. In diesem Zusammenhang spielte das Problem der Beziehungen zum Staat Israel und zum Judentum eine zentrale Rolle.[1]

1. Die Schuldenkonferenz

Im Verlaufe der Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik Deutschland über aktuelle wirtschaftliche Fragen und deutsche Schulden rief der britische Hochkommissar in einem Schreiben an Bundeskanzler Konrad Adenauer vom 23. Oktober 1950 die Bundesrepublik dazu auf, sich zu den deutschen Vorkriegs- und Kriegsschulden zu bekennen.[2] Nach längeren Konsultationen antwortete Adenauer dem amtierenden Vorsitzenden des alliierten Hochkommissariats, dem französischen Hochkommissar, André François-Poncet, am 6. März 1951 unter anderem wie folgt: „Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet."[3] Dieser Bescheid barg, wie bereits erwähnt, auch neue Möglichkeiten für Israel, die man in Jerusalem jedoch noch nicht zu erkennen schien. Der deutsche Wunsch nach „moralischem Kredit" – eine weiteres Schlagwort jener Zeit, mit dem der „Rückkehr zur Völkerfamilie" nahe verwandt – wurde von den israelischen Entscheidungsträgern nicht genügend wahrgenommen. Im nachhinein wird aber klar, daß der Brief Adenauers den Schilumim den Weg geebnet hat. Das erste archivierte Schreiben, das auf den möglichen Nutzen dieses deutsch-alliierten Briefwechsels für jüdische Belange hinweist, stammt, wie nicht anders zu erwarten, von Vertretern der Jewish Agency for Palestine (JAFP).[4] Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangte aber auch der Rechtsberater des israelischen Außenministeriums. Dies geht jedenfalls aus seinen Anfragen an die Rechtsabteilungen israelischer Vertretungen in den Vereinigten Staaten, im Commonwealth und in Westeuropa hervor.[5] Darin informierte er seine Kollegen über die aktuellen Vorfälle, wies auf deren Bedeutung

---

1 Die WIEDERHERSTELLUNG DES DEUTSCHEN KREDITS, S. 13–14.

2 Der britische Hohe Kommissar an Adenauer vom 23. 10. 1950, ISA, 344/15.

3 Adenauer an den französischen Hohen Kommissar vom 6. 3. 1951, ISA, 344/15.

4 Katzenstein an Landauer vom 5. 4. 1951; Kreutzberger an Landauer vom 9. 4. 1951, CZA, S 35/226.

5 Das Büro des Rechtberaters an die Abteilungen Vereinigte Staaten, Britisches Commonwealth und Westeuropa vom 13. 4. 1951, ISA, 2483/13.

für die israelischen und jüdischen Ansprüche hin und erbat weitere Einzelheiten. Die israelischen Noten an die Alliierten vom 12. März 1951 wurden vom kurz zuvor erfolgten deutsch-alliierten Briefwechsel offenbar nicht mehr beeinflußt. Die wechselseitigen Rückwirkungen zwischen den israelischen Ansprüchen und den (anderen) deutschen Schulden manifestierten sich schon bald.

Inwiefern Kanzler Adenauer die Schuldenfrage berücksichtigte, als er sich dazu entschloß, das Schilumimproblem in Angriff zu nehmen, ist schwer zu sagen. Unabhängig davon begannen – mit einiger Verzögerung – der Staat Israel und die jüdischen Organisationen mit einer Lagebeurteilung. Folgende Fragen standen im Mittelpunkt der Beratungen: Wird die bevorstehende Schuldenkonferenz auch die jüdischen Forderungen berücksichtigen? Wäre ein Gesuch um Teilnahme an der Konferenz bzw. die Teilnahme selbst von Vorteil oder wären eher Nachteile zu erwarten? Wie werden die anderen Konferenzteilnehmer auf die jüdischen Forderungen reagieren und wie sind solche „Schulden" genau zu definieren? Man befürchtete unter anderem, die jüdischen Forderungen könnten zu den allgemeinen geschlagen werden und die Juden könnten dann in einem konkursähnlichen Verfahren das Nachsehen haben, da jede Partei nur einen kleinen Teil der „Konkursmasse" – auf längere Zeit verteilt – erhalten könnte. Ferner wurde die Befürchtung geäußert, kommerzielle Gläubiger könnten die Forderung nach privilegierter Behandlung der israelischen Ansprüche zurückweisen. Zugleich sorgte man sich, daß Schuldforderungen in Hartwährung bevorzugt behandelt, für nichtkommerzielle Schulden ein niedrigerer Wechselkurs gelten, und Gläubiger, die sich weigerten, an der Konferenz teilzunehmen, benachteiligt werden könnten. Die Israelis mißtrauten den Deutschen und befürchteten, sie könnten versuchen, sich den jüdischen Forderungen zu entziehen und die Gläubiger untereinander sowie die kommerziellen Gläubiger gegen die Juden auszuspielen. Zudem bestanden Zweifel an der Glaubhaftigkeit der deutschen Zusagen.[6]

Ein weitere Frage, die Israel beschäftigte, betraf die Zusammenarbeit mit den jüdischen Organisationen. Da die verschiedenen Ansprüche alle auf ein- und derselben Ursache, nämlich den NS-Verbrechen, beruhten, bestand die Gefahr der gegenseitigen Konkurrenz. So erwog man, die jüdische Seite an der bevorstehenden Konferenz durch eine dritte Partei vertreten zu lassen. „Wer sich selbst verteidigt, ist schlecht beraten", bemerkte der Direktor der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO), Benjamin B. Ferencz.[7] Die jüdische Teilnahme an der Konferenz würde den inoffiziellen jüdischen Boykott Deutschlands faktisch beenden. Jüdische und deutsche Vertreter würden am selben Tisch sitzen und gemeinsame Erklärungen unterzeichnen, was einer Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland durch die jüdische Seite gleichkäme. Der britische Chefdelegierte versuchte, gestützt auf die israelische Argumentation, die israelische Teilnahme an der Konferenz mit der Begründung zu verhindern, Israel halte am

---

[6] Für eine gute Übersicht über die israelischen Bedenken: Memorandum von Ali Nathan betr. Konferenz über deutsche Auslandsschulden, genehmigt vom Rechtsberater o.D., ISA, 45/9.

[7] Ferencz an Eli Rock vom 28. 6. 1951, CZA, S 35/226.

Kriegszustand mit Deutschland fest und sei deshalb nicht teilnahmeberechtigt.[8] Der Status der Juden wurde von zahlreichen Parteien mitbestimmt, eine Einigung in dieser Frage war somit nur schwer zu erreichen.

Israelischerseits vertrat man zunächst die Auffassung, eine Teilnahme an der Schuldenkonferenz könne dazu beitragen, Deutschland zum Geldtransfer zu zwingen. Später mehrten sich jedoch die Bedenken: Die kommerziellen und staatlichen Schulden, um die es hier ging, würden die jüdischen Forderungen ipso facto ausschließen. Die Gläubiger, so befürchtete man, würden die Priorität der jüdischen Forderungen nicht anerkennen. Deutschland wiederum werde an einer israelischen Teilnahme an der Schuldenkonferenz nur dann interessiert sein, wenn sich die Entschädigungssumme an die Juden verringern lasse.[9] Das Mißtrauen der Israelis war nicht aus der Luft gegriffen. Der Leiter der deutschen Delegation auf der Schuldenkonferenz, der Bankier Hermann Josef Abs, räumte einem jüdischen Vertreter gegenüber ein, er sei daran interessiert, die jüdischen Forderungen möglichst in die Konferenzverhandlungen einzubinden.[10] Demgegenüber strebte die israelische Seite eine gewisse Lockerung der Verbindung zwischen den allgemeinen Schulden und den eigenen Ansprüchen an, ohne sie jedoch ganz aufzulösen.[11] Die jüdischen Ansprüche sollten Teil der internationalen Schuldendebatte bleiben, aber nicht auf der Stufe der anderen Forderungen stehen. Doch die Denkanstöße kamen zu spät. Die israelische Regierung hatte bereits die Teilnahme an der vorbereitenden Konferenz beantragt, die vom 5. bis 17. Juli 1951 stattfinden sollte. Ein Rückzug war nicht ohne weiteres möglich. Gleichwohl herrschte Einigkeit darüber, daß nach Adenauers Erklärung und dem Entschluß, direkte Gespräche zwischen Deutschen und Israelis aufzunehmen, die Teilnahme an der Schuldenkonferenz nicht nur nicht notwendig, sondern überflüssig oder vielleicht sogar gefährlich sein könnte.

Der Beginn der Schuldenkonferenz wurde auf den 28. Februar 1952 in London anberaumt. Am 12. Januar 1952 überreichte das britische Außenministerium die offiziellen Einladungen und machte damit letzte Hoffnungen zunichte, die israelische bzw. jüdische Delegation könnte doch noch ausgeladen werden. Damit waren für die Israelis die Würfel gefallen. Nun konzentrierte sich Jerusalem auf die Zusammenstellung der Delegation und die Festlegung ihres Auftrags, der politischen Leitlinien und der Forderungen im einzelnen. Der Staat Israel und die jüdischen Organisationen einigten sich auf eine gemeinsame Delegation, angeführt vom Mitarbeiter des israelischen Außenministeriums, Moshe Keren, der sich auf Forderungen gegenüber Deutschland spezialisiert hatte. Man kam über-

---

[8] Keren an Shinnar vom 21. 12. 1951, ISA, 534/2; Keren an Shinnar vom 8. 1. 1952, ISA, 43/10.

[9] Rosenne an Eytan vom 2. 8. 1951; Ferencz an Eli Rock vom 15. 8. 1951, ISA, 2417/3; Kreutzberger an Kagan vom 12. 8. 1951, CZA, Z 6/529.

[10] Bericht von K. Hirschfeld über den Fortgang der Londoner Schuldenkonferenz vom 29. 2. 1951, ISA, 42/12; Die WIEDERHERSTELLUNG DES DEUTSCHEN KREDITS, S. 24.

[11] Jerome J. Jacobson an Landauer vom 22. 8. 1951, ISA, 534/2; Ratsschlag des Außenministeriums vom 25. 9. 1951, ISA, 3068/18 (Horowitz: „Eine Teilnahme hätte nur negative Folgen"), Nehemia Robinson an Eli Rock vom 28. 8. 1951, ISA, 534/2; Ferencz an Landauer vom 27. 8. 1951, ISA, 2417/3.

ein, daß Keren eine Eröffnungserklärung verlesen und sich später passiv verhalten sollte. In dieser Erklärung sollte es darum gehen, auf den besonderen Status der jüdischen und israelischen Ansprüche hinzuweisen, deren Geltendmachung man sich vorbehalten wollte. Anschließend sollten sich ein paar israelische Bürger mit ihren persönlichen Forderungen zu Wort melden. Da die Kriegsschulden nicht auf der Tagesordnung der bevorstehenden Konferenz standen – die Lösung dieser Frage wurde auf eine künftige Friedenskonferenz verschoben –, befürchteten die Israelis, daß sich die Deutschen am Ende der Schuldenkonferenz auf den Standpunkt stellen könnten, daß sämtliche Ansprüche bereits erledigt seien.[12]

Die Konsultationen im Vorfeld der Konferenz lieferten der israelischen Regierung einige wertvolle Erkenntnisse. Der amerikanische Vertreter der Intergovernmental Study Group (ISG), John Gunther, sagte im Gespräch mit israelischen Vertretern: „Sie seien angewiesen, dafür zu sorgen, daß man sich im Verlaufe dieser Konferenz nicht auf eine Lösung einigt, die die Regelung der jüdischen Ansprüche verhindern würde."[13] Der britische Vertreter der ISG, Sir George Rendel, bemerkte: „Die Konferenz wird keine Entscheidungen treffen, die eine Regelung zwischen Israel und Deutschland in direkten Verhandlungen verhindern könnte."[14] In gewisser Hinsicht war dies ein kleiner Erfolg gegenüber der deutschen Delegation. Denn aufgrund dieser von amerikanischer und britischer Seite eingenommenen Haltung wurde verhindert, daß die jüdischen Ansprüche an den Rand gedrängt wurden oder daß die Behandlung dieser Ansprüche die Opposition anderer Parteien hervorrief. Der jüdischen Seite war es nun überlassen, in direkten Gesprächen mit der deutschen Seite zum Kern des Problems zu gelangen. Auch die dänischen Ansprüche gegen Deutschland wurden außerhalb der Hauptkonferenz geregelt.[15] Die Alliierten stellten indirekt ihre Unterstützung der jüdischen Ansprüche klar, ohne deren stillschweigende Akzeptanz sie die direkten Gespräche nicht gefördert hätten.

Am 29. Februar 1952 verlas Keren die israelische Erklärung auf der Londoner Schuldenkonferenz: Er betonte, es sei zwar nicht Aufgabe der Konferenz, sich mit den israelischen und jüdischen Ansprüchen zu befassen, sie sollte jedoch Kenntnis davon haben. Keren rief den in der NS-Verfolgung begründeten besonderen Charakter der jüdischen Ansprüche in Erinnerung. Anschließend zählte er die Forderungen im Detail auf: Kollektive Entschädigung, Rückerstattung von identifizier-

---

[12] Shinnar an Keren vom 24. 1. 1952, ISA, 2417/4; Ferencz an Kagan vom 29. 1. 1952; F.R. Bienenfeld an die israelische Vertretung in London vom 6. 2. 1952, ISA, 43/12; Ausarbeitung von Ali Nathan „Schlussfolgerungen aus der Londoner Schuldenkonferenz" vom 25. 1. 1952, ISA, 534/2; Shinnar an Keren vom 29. 1. 1952, ISA, 2418/12a.

[13] Memorandum über die Unterredung zwischen Messers, Keren, Nathan und John Gunther, dem amerikanischen Vertreter der Dreierkommission, vom 19. 2. 1952, ISA, 45/9.

[14] Memorandum über die Unterredung zwischen Messers, Keren, Nathan und Sir George Rendel, dem britischen Vertreter der Dreierkommission, über deutsche Auslandsschulden am 20. 2. 1952; Entwurf Barnett Janner an A. Nutting vom 22. 2. 1952, ISA, 45/9: „Die jüdischen Organisationen haben die Haltung der Dreierkommission und des Außenministeriums zur Frage der deutschen Schulden akzeptiert, wonach die jüdischen Forderungen außerhalb der Konferenz über die deutsche Außenschuld zu regeln sind."

[15] SCHWARTZ, Wiederherstellung, S. 23.

barem Eigentum, Entschädigung für Enteignungen durch die Nationalsozialisten und für individuellen Schaden. Keren begründete die israelischen Forderungen auch mit Hinweisen auf das internationale Recht. Er unterstrich ausdrücklich, daß die Bundesregierung und der Bundeskanzler persönlich die Berechtigung der jüdischen Forderungen anerkannt hätten und Delegationen beider Seiten demnächst direkte Verhandlungen aufnehmen würden. Unabhängig hiervon würden jüdische Organisationen außerhalb Israels eigene Forderungen geltend machen.[16]

2. Die Claims Conference

Mit dem Beginn der Kampagne für kollektive Entschädigung tauchten in jüdischen Kreisen erste Gedanken über die Einberufung einer Konferenz zur Unterstützung der jüdischen Forderungen unter Teilnahme sämtlicher jüdischen Organisationen auf. Der Anfang war nicht leicht. Wie das Verhältnis zu Deutschland aufgrund der NS-Vergangenheit waren auch die Reaktionen auf die Idee der kollektiven Entschädigung zunächst von tiefem Mißtrauen geprägt. Sobald die Presse jedoch einmal aus ihrer Lethargie erwacht und es gelungen war, die Öffentlichkeit für diese Angelegenheit zu sensibilisieren, nahm die Idee der Konferenz rasch Gestalt an.[17]

Der Widerstand der amerikanischen Regierung und die feindselige Haltung sowohl der deutschen Behörden als auch der deutschen Öffentlichkeit zwang die jüdischen Organisation, sich anderweitig nach Unterstützung für den Grundsatz der kollektiven Entschädigung umzusehen. Die israelische Botschaft in Washington schlug vor, ein Komitee aus jüdischen und nichtjüdischen Persönlichkeiten mit der Propagierung des Gedankens in den Vereinigten Staaten zu beauftragen, deren Regierung den Reparationen sehr skeptisch gegenüberstand und sich zu jener Zeit vor allem um die Gunst der öffentlichen Meinung in Deutschland bemühte.[18] Diese und ähnliche Vorstöße verliefen zwar im Sand, doch sie zeigen, daß die Unerläßlichkeit der Werbung um die öffentliche Meinung durchaus erkannt wurde. Außerdem entsprach es der jüdischen Tradition, in Notzeiten die – jüdische – Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Der erste israelische Schritt in Richtung Konferenz ging auf eine Sitzung im Außenministerium am 19. Juni 1951 zurück, wo unter anderem ein Vorschlag von Generaldirektor Walter Eytan über eine Zusammenkunft jüdischer Organisationen diskutiert wurde.[19] Am 6. August 1951, etwa anderthalb Monate vor der Erklärung der Bundesregierung im Bundestag, kam es im Büro des israelischen Außenministers zu einer Beratung auf höchster Stufe, an der Außenminister

---

[16] Abs und Schlange an den Kanzler über das AA vom 29. 2. 1952, PA, 210–01/35k, Bd. I.

[17] Y.H. Lewin an die Abteilung Vereinigte Staaten vom 5. 6. 1951, ISA, 116/21; Ausarbeitung von Dr. N. Barou, über das Luxemburger Abkommen („how did it start") vom 19. 9. 1952, IJA, Old Archives, 220.0.

[18] Vorschlag von Y.H. Lewin, Presseattaché, betr. Shilumim vom 11. 7. 1951, ISA, 344/15; Y.H. Lewin an Horowitz vom 13. 7. 1951, ISA, 116/21.

[19] Protokoll über die Zusammenkunft im Haus des Ministers vom 22. 6. 1951, ISA, 344/15.

Moshe Sharett, Generaldirektor Walter Eytan, der Präsident des jüdischen Weltkongresses, Nahum Goldmann, der Generaldirektor des Finanzministeriums, David Horowitz, der politische Berater Leo Kohn und der Diplomat Felix Eliezer Shinnar teilnahmen. Man einigte sich darauf, eine Konferenz jüdischer Organisationen einzuberufen, die der Schilumimidee positiv gegenüberstanden. Die Ausführung dieses Vorhabens wurde der JAFP übertragen.[20] Der israelische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Abba Eban, hatte bereits früher mit diesbezüglichen Vorbereitungen begonnen. Auf seine Anfrage stimmte der Vorsitzende des American Jewish Committee (AJC), Jacob Blaustein, am 23. Juli 1951 einer solchen Zusammenkunft grundsätzlich zu und erbat weitere Einzelheiten.[21] Doch die israelische Regierung zögerte, da sie Auseinandersetzungen und Machtkämpfe zwischen den einzelnen jüdischen Organisationen befürchtete.

Der Direktor der Westeuropaabteilung im israelischen Außenministerium, Gershon Avner, warnte seine Kollegen mehrfach davor. Er hätte dieses Unternehmen am liebsten abgesagt. Die Teilnehmer, so Avner, würden sich der internen Rivalitäten wegen nicht auf ein gemeinsames Programm einigen können. Da zudem Adenauer eine Erklärung vorbereite und danach Gespräche folgen würden, bestehe kein Bedarf für eine solche Konferenz. Die Zusammenstellung einer gemeinsamen Delegation rechtfertige kein solches Unterfangen. Eine Konferenz würde zudem die Politik der amerikanischen Regierung nicht in die gewünschte Richtung lenken können, dies sei Aufgabe der Diplomatie. Hinsichtlich Deutschlands, meinte Avner, brauche die Konferenz ein spezifisches, klar umschriebenes Ziel, auf das man sich erst noch einigen müßte. Die projektierte Konferenz, so Avners Schlußfolgerung, würde eher Schaden anrichten, als die gesteckten Ziele erreichen.[22] Jahre später erinnerte sich Avner an die damalige Befürchtung, die Konferenz könnte neue Probleme schaffen. Außerdem brachte er nunmehr weitere Argumente gegen deren Einberufung vor, die damals ungenannt geblieben waren: Die Konferenz könnte sich zu einer stark mit Israel konkurrierenden jüdischen Institution entwickeln. Würde sie ein bestimmtes Maß an Einfluß gewinnen, könnte Adenauer im Hinblick auf die amerikanische öffentliche Meinung den Dialog mit Israel umgehen. Insgesamt betrachtet, so Avner, würde die Konferenz den Interessen der Bundesrepublik Deutschland dienen und die Schilumimverhandlungen stören.[23] Auch der mit der Vorbereitung betraute Shinnar beschwor mehrmals die Notwendigkeit einer Übereinkunft zwischen allen Parteien vor der Einberufung der Konferenz, andernfalls müsse sie „in letzter Minute" abgesagt werden".[24]

---

[20] Kurzprotokoll über die Zusammenkunft betr. „Shilumim" im Büro des Außenministers vom 5. 8. 1951, ISA, 534/4b.

[21] Blaustein an Eban vom 23. 7. 1951, ISA, 344/21.

[22] Avner an Livneh vom 23. 8. 1951, ISA, 344/21; Interview mit Gershon Avner am 2. 9. 1986, BGA, Oral History Division.

[23] Ebd.

[24] Shinnar an Goldmann vom 12. 9. 1951, Shinnar an Fischer vom 13. 9. 1951, ISA, 181/1; Shinnar an Goldmann vom 26. 9. 1951, ISA, 533/1; Shinnar an Sharett vom 27. 9. 1951, ISA, 533/4.

Die israelische Regierung war, wie erwähnt, nicht daran interessiert, eine solche Konferenz anzuregen bzw. einzuberufen, und überließ die Vorbereitungsarbeiten dem JAFP-Hauptquartier in New York, Goldmanns Wohnsitz. Trotzdem wurden die Einladungen und die Schlußerklärung in Jerusalem formuliert. Die JAFP in New York wandte sich an die einzelnen Teilnehmer, beauftragte Experten mit der Formulierung der jüdischen Forderungen und übernahm die Rolle des Gastgebers. Trotz seiner problematischen Beziehungen zur israelischen Regierung und der JAFP erklärte sich schließlich auch das AJC zur Teilnahme an einer solchen Konferenz bereit.

Shinnars Bedenken zeigten sich auch bei der Festlegung des Konferenzprogramms, das er Goldmann gegenüber durchzusetzen versuchte. Nach Shinnars Vorstellung sollte die Konferenz höchstens anderthalb Stunden dauern: Je ein israelischer Sprecher und ein Vertreter der jüdischen Organisationen würden eine Erklärung abgeben, die Delegierten sie einstimmig annehmen und anschließend auseinandergehen.[25] Shinnar war offensichtlich nicht daran interessiert, der Konferenz mehr als eine bestätigende Funktion einzuräumen. Er stellte sich ein Marionettenparlament vor, das wieder aufgelöst werden konnte, sobald es seine Funktion erfüllt hatte. Dies konnte Goldmann keinesfalls akzeptieren. Er warf Shinnar Naivität und fehlendes Verständnis für das jüdische Gemeindeleben vor: Vertreter jüdischer Organisationen würden, nachdem sie die lange Anreise auf sich genommen hätten, auf einer echten Debatte ohne vorgefaßte Beschlüsse bestehen, was zeitraubend sei. Goldmann teilte deshalb Shinnar mit, die Konferenz müsse mindestens zwei Tage dauern und eine offene Diskussion zulassen. Zudem, so der WJC-Präsident, sei die Teilnahme des israelischen Außenministers Moshe Sharett unerläßlich.[26] In seiner Antwort bekräftigte Shinnar seine Warnung, daß innerjüdische Auseinandersetzungen die sofortige Absage der Konferenz bewirken könnten, und fügte folgenden signifikanten Satz hinzu, der das Ziel des ganzen Unternehmens – zumindest in israelischen Augen – zum Ausdruck brachte: „Die Konferenz war von Anfang an [*ausschließlich*] als Hilfsinstrument und als Ausdruck der Unterstützung unseres Schilumimanspruchs konzipiert."[27]

Wie sich hieran zeigt, waren die Israelis durchaus an der Mobilisierung der jüdischen Öffentlichkeit interessiert, vorausgesetzt sie unterstützte die von Israel als repräsentativ für die gesamte jüdische Gemeinschaft betrachteten – israelischen – Forderungen. Allein hierauf sollte sich die Konferenz nach israelischen Vorstellungen beschränken, um danach wieder in die Bedeutungslosigkeit zu versinken. Die führenden Vertreter der jüdischen Organisationen waren jedoch anderer Meinung. Hinter der Fassade der Einheit machte sich Unzufriedenheit über den israelischen Führungsanspruch bemerkbar. In den Reihen der jüdischen Organisationen in Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten, die diesen Anspruch anfänglich akzeptierten und die Israelis über ihre weiteren Schritte konsultierten, mehrten sich die Vorbehalte. Vertreter der vier Organisationen, aus

---

[25] Shinnar an Goldmann vom 12. 9. 1951, ISA, 181/1.

[26] Goldmann an Sharett vom 14. 9. 1951, ISA, 344/20; Goldmann an Shinnar vom 14. 9. 1951, ISA, 2417/3.

[27] Shinnar an Goldmann vom 26. 9. 1951, ISA, 533/4.

denen sich die JRSO zusammensetzte, trafen sich in der Anfangsphase der Entschädigungsdebatte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zu Konsultationen ohne israelische Beteiligung. Andererseits nahmen Vertreter der JRSO und anderer jüdischer Organisationen sehr wohl an israelischen Beratungen in dieser Sache teil. Die JAFP war bei solchen Konsultationen häufig vertreten und gelegentlich auch das American Joint Distribution Committee (AJDC) sowie der Jüdische Weltkongreß. Es handelte sich vorwiegend um kleinere Zusammenkünfte mit unbestrittener israelischer Führungsrolle.

Im Mai 1951 trafen in Paris Vertreter zwölf großer jüdischer Organisationen zu einer Konferenz ohne israelische Beteiligung über die Schilumimproblematik zusammen. Anläßlich dieses Treffens forderte der europäische JAFP-Funktionär Georg Landauer eine globale Entschädigung von drei Milliarden Dollar für das jüdische Volk. Der Konferenzvorsitzende, der Brite Sir Henry d'Avigdor Goldsmidt, bemerkte zur Begründung: „Dieses Forderungsbündel ist von der israelischen Note zur Reparationsfrage nicht abgedeckt."[28] Die Pariser Konferenz löste in israelischen Regierungskreisen große Befürchtungen aus, die sich später auch bewahrheiteten: Die Claims Conference konstituierte sich als eigenständige Körperschaft, die den Konflikt mit Israel zuweilen nicht scheute.[29] Gleichwohl unternahmen die Israelis, die Paten der Claims Conference und an ihrem Erfolg am meisten interessiert, größte Anstrengungen zum Gelingen des Unternehmens. Dem israelischen Außenministerium und anderen Instanzen oblag die Durchführung. Sämtliche Organisationen akzeptierten die Einladung, mit Ausnahme des AJC, das nur bedingt zusagte.

Der AJC-Vorsitzende, Jacob Blaustein, erinnerte Nahum Goldmann in einem Schreiben vom 18. Oktober 1951 an den Inhalt der Erklärung der Bundesregierung, in der neben Israel auch das „Judentum" erwähnt worden sei. Es gehe nun, so Blaustein, nicht mehr nur um die Unterstützung der israelischen Ansprüche, sondern auch darum, sich auf eine endgültige Regelung sämtlicher offener Fragen mit Deutschland in den eigenen Reihen zu einigen.[30] Blaustein stellte folgende Bedingungen für die Teilnahme des AJC: Gleichberechtigung aller teilnehmenden Gruppierungen; Beschränkung auf einen Meinungstausch unter Verzicht auf Abstimmungen und Verpflichtungen der Teilnehmer; gemeinsame Regie der Planung und Öffentlichkeitsarbeit, die der Zustimmung aller Teilnehmer bedürfe.[31] Der Brief machte es deutlich: Dem jüdischen Staat war mit der neuen unabhängigen Vereinigung ein potentieller Konkurrent erwachsen. Es blieb den Initianten der Konferenz somit nichts anderes übrig, als die Bedingungen des AJC zu akzeptieren, um seine Teilnahme zu sichern. Am Vortag der Konferenzeröffnung erteilte Goldmann Blaustein eine positive Antwort, knüpfte sie allerdings an eine einstimmige „Unterstützung der Forderungen des Staates Israel".[32] Die Teilnahme des

---

[28] Shinnar an sieben Botschaften auf vier Kontinenten vom 13. 9. 1951, Anhang Nr. 2, ISA, 533/4.
[29] Zur Claims Conference: ZWEIG, German Reparations; SAGI, German Reparations.
[30] Blaustein an Goldmann vom 18. 10. 1951, CZA, Z 6/1621.
[31] Ebd.
[32] Goldmann an Blaustein vom 24. 10. 1951, CZA, Z 6/1621.

AJC wurde als entscheidend eingestuft. Ohne das AJC wäre nicht nur das amerikanische Judentum mangelhaft vertreten gewesen. Sein Fernbleiben hätte auch die Teilnahme anderer jüdischer Organisationen in Frage gestellt. Keine einzige deutsch-jüdische Gruppierung gehörte zum „harten Kern" der Konferenz.

Die Claims Conference wurde am 25. Oktober 1951 im Hotel Waldorf Astoria in New York eröffnet und dauerte zwei Tage. Die Verhandlungen waren von einer echten Debatte geprägt, in deren Verlauf sich verschiedene Redner zu den anstehenden Fragen äußerten.[33] Goldmann, Eban und Blaustein hielten die Hauptreden. Während Goldmann und Eban die interne jüdische Opposition kritisierten, betonte Blaustein die Notwendigkeit, auch Juden außerhalb Israels zu entschädigen. Alle drei Redner betonten die Pflicht, für eine Rückgabe des geraubten Eigentums an die ursprünglichen Besitzer zu sorgen. Ein gemeinsames Hauptmotiv bildete der Bibelspruch „Du hast gemordet, dazu auch fremdes Gut geraubt" (Könige I, 21,19), das später im Begriff „Schilumim" seine gedankliche Fortsetzung fand.

Nicht alle Teilnehmer der Claims Conference, die dem Schilumimgedanken grundsätzlich positiv gegenüberstanden, stimmten direkten Verhandlungen mit Deutschland zu. In der Schlußerklärung, die von allen Organisationen mit Ausnahme der orthodoxen Agudath Israel Weltorganisation angenommen wurde, die sich der Stimme enthielt, wurden solche Verhandlungen nicht erwähnt. Die Konferenz beschränkte sich darauf, Solidarität mit den Ansprüchen des Staates Israel zu bekunden, die Erfüllung aller anderen Ansprüche zu fordern und dazu aufzurufen, die entsprechende Gesetzgebung zu verbessern, „wo dies noch nicht geschehen sei".[34] Faktisch billigte die Claims Conference damit aber direkte Gespräche – ein Signal an Deutschland, vor allem aber auch an die israelische Öffentlichkeit. Den Verhandlungen der Konferenz bzw. dem Schlußdokument lagen zwei weitere Botschaften zugrunde: Die Bundesregierung wurde aufgefordert, ihre Erklärung im Bundestag in die Tat umzusetzen, und den Westmächten wurde mitgeteilt, daß die elementare Pflicht der Gerechtigkeit und Menschlichkeit die Rückerstattung des geraubten jüdischen Eigentums und die Aufhebung der Geldausfuhrsperre aus Deutschland gebiete.

Der Name der neu entstandenen Organisation „Conference on Jewish Material Claims Against Germany" oder kurz „Claims Conference" verkörperte Distanz gegenüber Deutschland, die Betonung von „Material Claims" (materielle Ansprüche) eine Absage an politische und gesellschaftliche Annäherung. Die gegenseitige Verständigung bzw. die Wiederherstellung der Beziehungen zu Deutschland war unerwünscht. Die drei Hauptreden und das Schlußdokument ließen keine Zweifel: Die Entscheidung über die Art der „moralischen Wiedergutmachung" wurde Deutschland überlassen.

Der Konferenzbeobachter des israelischen Außenministeriums und Generalkonsul in New York, Arthur Lurie, konnte mit dem Erreichten zufrieden sein: Die Teilnehmer hatten die Konferenz ernst genommen und es war gelungen, die

[33] HaAretz (Tel Aviv) vom 25. 10. 1951.

[34] Schlusserklärung, veröffentlicht von der am 25./26. 10. 1951 in der New York tagenden Conference on Jewish Material Claims Against Germany, ISA, 344/20.

jüdische Einheit zu bewahren. Die Furcht vor Rivalitäten hatte sich als unbegründet herausgestellt. Lurie wies daraufhin, daß sich der Staat Israel und die Claims Conference in ihrer Arbeit gegenseitig ergänzten.[35] Die israelische Vorrangstellung blieb unangetastet, eine nicht zu größeren Auseinandersetzungen führende Rivalität zwischen Israel und der jüdischen Gemeinschaft außerhalb Israels konnte das Unternehmen nicht gefährden.[36] Zwei neue Komitees, ein Exekutivkomitee und ein politisches Komitee, sollten die Kontinuität der geleisteten Arbeit garantieren. Im politischen Komitee saß je ein Vertreter der an der Claims Conference beteiligten Organisationen. Das Exekutivkomitee setzte sich aus zwölf prominenten jüdischen Persönlichkeiten zusammen. Später wurde ein fünfköpfiges Präsidium, bestehend aus Goldmann als Präsident, Blaustein als Vizepräsident und drei weiteren renommierten Persönlichkeiten, hinzugefügt. Die Tagesordnung der Claims Conference wurde von diesen drei Gremien bestimmt.[37] Ursprünglich zu PR-Zwecken einberufen, entwickelte sich die Claims Conference allmählich zu einer effektiven Lobby der jüdischen Gemeinschaft und des Staates Israel. Die amorphe Versammlung verwandelte sich zu einer straff gegliederten Organisation, die fortan eine wichtige Rolle in der Entwicklung der deutsch-israelisch-jüdischen Beziehungen spielte.

3. Friede mit Israel: begriffliche Klärung

In den Jahren 1950 und 1951 registrierte die politische Elite der Bundesrepublik gewisse Verschiebungen in der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber Israel. In der breiten Öffentlichkeit dominierte zwar nach wie vor das zur Feindseligkeit neigende gleichgültige Verhältnis zu den Juden. Im Kontrast dazu tauchten jedoch Strömungen, vor allem in christlichen – katholischen und evangelischen – Kreisen, auf, die den Wunsch verkörperten, ein besseres Verhältnis zum Judentum unter der Betonung des Aspekts der Versöhnung zu entwickeln. Der Einfluß zahlreicher Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, oft ein Synonym für „Versöhnung", nahm zu. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bekämpfte wie schon in der Vergangenheit jede Form des Antisemitismus, Intellektuelle bemühten sich, Brücken zwischen Deutschen und Juden zu schlagen, und in der Presse meldeten sich vergangenheitsbewußte Journalisten mit dem Aufruf zu Wort, ein neues Kapitel im Verhältnis zu den Juden aufzuschlagen. Das Jahr 1951 war von einer deutlichen Zunahme solcher Aktivitäten geprägt, auf die wir zum Teil schon im Zusammenhang mit der Erklärung der Bundesregierung eingegangen sind.

Am 9. Juli 1951 erklärten die drei Westmächte den Kriegszustand mit Deutschland für beendet, ein Akt, der von der Öffentlichkeit in Deutschland und im Westen mit großer Befriedigung aufgenommen wurde. Der Staat Israel, offiziell

---

[35] Telegramm von Lurie an Sharett vom 26. 10. 1951, ISA, 3028/1.
[36] Zur Konferenz einschließlich Eröffnungs- und Schlussreden: ISA, 344/20.
[37] Bericht vom 26. 10. 1951, ISA, 344/20; ZWEIG, German Reparations, S. 55; Bericht Blausteins vom Februar 1952, YIVO, AJC, RG 347, GEN-12, Box 22.

blockfrei, faktisch jedoch prowestlich, distanzierte sich vom Beschluß des westlichen Lagers. In einer Regierungserklärung hieß es unter anderem: „Der Krieg Deutschlands gegen das jüdische Volk kann nicht als beendet betrachtet werden."[38] Auch sechs Jahre nach Einstellung der Kampfhandlungen habe Deutschland noch keinerlei „Buße oder Reparationen" geleistet. Das deutsche Volk habe sich nicht geändert, und das erbeutete Raubgut befinde sich immer noch in seiner Hand, hieß es.[39] Diese scharfen Worte schockierten manche Beobachter.

In Deutschland sorgten deutsch-jüdische Persönlichkeiten wie Norbert Wollheim, Hendrik van Dam und Karl Marx für Aufruhr, als sie mit der verpönten NS-Losung „Deutschland, erwache!" auf die Versäumnisse in diesem Bereich hinweisen wollten. Der in der britischen Zone ansässige Wollheim verurteilte bei einem öffentlichen Auftritt das Schweigen der Regierung und die feindselige Haltung der Öffentlichkeit.[40] Marx und van Dam äußerten sich in ähnlichem Sinne, wiesen jedoch auch auf die positiven Entwicklungen hin. Die jüdischen Stimmen waren von Bitterkeit erfüllt und voll der Kritik über die als gleichgültig empfundene Haltung der Regierungen und Behörden. Das israelische Außenministerium und manche Kreise der westdeutschen Gesellschaft teilten diese Kritik. Der Hamburger Journalist Erich Lüth zitierte seinen Freund George Alexander Tichatschek: „Wenn Adenauer nicht spricht, dann müßten doch andere an seiner Stelle sprechen!"[41] Einige Stimmen verurteilten die deutsche Vergangenheit, andere widersprachen den Brückenbauern zwischen Deutschen und Juden. Letztere wiesen auf die Anschuldigungen gegen den bayerischen Staatskommissar für die Opfer des Faschismus, Dr. Philipp Auerbach, und den Oberrabbiner des Landes Bayern, Aaron Ohrenstein, sowie auf den Zusammenbruch der Jüdischen Bank in Frankfurt am Main und die massive Beteiligung jüdischer Personen am Schwarzmarkt hin.[42] Das Fehlverhalten einzelner jüdischer Persönlichkeiten war unbestreitbar, doch die Kontroverse drehte sich nicht um Einzelpersonen, sondern um die Regierungspolitik und um die – fehlende – Bereitschaft der Öffentlichkeit, sich der Vergangenheit zu stellen. Lüth versuchte im Winter 1950/51 vergeblich weitere Persönlichkeiten für seine Kampagne zu gewinnen: „Es scheiterte an den Bedenken weiter Kreise, die, solange Dr. Auerbach in München residierte und in Frankfurt ein ähnlich schädliches Korruptionszentrum bestand, die Einmischung dieses peinlichen Weggenossen fürchteten", erklärte Lüth das Scheitern seiner Mission.[43] Antijüdische Propaganda war keine Ausnahme in der Bundesrepublik und nur selten auf ein Fehlverhalten bestimmter jüdischer Persönlichkeiten, das zu solcher Propaganda Anlaß gab, zurückzuführen. Wer Protest gegen die Verdrängung der deutschen Schuld an den NS-Verbrechen erwog, befürchtete ein unfreundliches öffentliches Echo.

---

38 Regierungserklärung vom 9. 7. 1951, USNA, 321.9, Germany, RG-84, Box 5.
39 Ebd.
40 Wollheim an Schwarz vom 19. 5. 1951, CZA, L47/148/1; LÜTH, Die Friedensbitte, S. 18–20.
41 LÜTH, Die Friedensbitte, S. 19.
42 Diplomatische Korrespondenz an Marx, ohne Absender und ohne Datumsangabe [offensichtlich nach dem 21. Juni 1951], ISA, 533/4.
43 Ebd.

Im Sommer 1951 wurden wieder Proteste gegen das Schweigen der Bundesregierung laut, diesmal – wohl nicht zufällig – in Hamburg. Die schwer vom Krieg getroffene Stadt suchte neue Märkte für ihre Kais. Hamburgs liberale Tradition und die starke Position der Arbeiterbewegung in der Stadt bildeten den geeigneten Hintergrund für Aktionen wie etwa den breite öffentliche Zustimmung findenden Aufruf „Wir bitten Israel um Frieden" der Journalisten Erich Lüth und Rudolf Küstermeier. Die Auslöser für diese Aktion waren die israelische Weigerung, den Kriegszustand mit Deutschland formal zu beenden, und Wollheims kritischer Vortrag. Wollheim äußerte sich tief befriedigt über den positiven Effekt seiner Initiative und erwartete mit Spannung die Reaktion der israelischen Öffentlichkeit.[44] Er rief dazu auf, guten Willen zu demonstrieren. Während der Nachhall sowohl in Israels Presse als auch in der israelischen Öffentlichkeit überwiegend positiv ausfiel, gab sich das israelische Außenministerium eher reserviert. Man erwartete deutsche Initiativen ohne jüdische Mitwirkung. Dagegen zeigte sich Bundeskanzler Adenauer über den Erfolg von Lüths Aktion besonders befriedigt, bestätigte sie doch indirekt seine eigene Initiative. Die zeitliche Nähe zu seiner Erklärung im Bundestag und seiner geplanten Reise in die Vereinigten Staaten kam ihm besonders gelegen.[45] Lüths nächste Aktion, das Pflanzen von Olivenbäumen in Israel, war weniger erfolgreich. Die Spenden flossen spärlich, und die israelische Öffentlichkeit war an Geschenken aus Deutschland nicht interessiert. Der gleichzeitige Beginn der Schilumimverhandlungen entzog Lüths Aktion zudem die Grundlage.

Eines der bedeutsamsten öffentlichen Schuldbekenntnisse gab Bundespräsident Theodor Heuss in einem Interview mit dem Chefredakteur der New Yorker Emigrantenzeitung *Aufbau*, Manfred George ab. Heuss bemerkte: „Vielleicht hätte die Regierung ihre Schuldauffassung in der jüdischen Frage stärker betonen sollen, aber ich kann Ihnen nur versichern, daß Regierung und Parteien ein tiefes Gefühl für das unerhörte an den Juden begangene Unrecht haben."[46]

Der Bundespräsident bedauerte zudem die fehlende – israelische – Bereitschaft zu direkten Gesprächen zwischen beiden Ländern.[47] Das Interview provozierte ein starkes Echo im israelischen Außenministerium. Die deutsche Bereitschaft zur Entschädigung wurde begrüßt, wohl auch weil man sich davon einen positiven Einfluß auf das amerikanische Außenministerium und auf die Haltung der deutschen Bevölkerung erhoffte.

Westdeutsche Parlamentarier erfuhren, wie schwierig der Weg des Dialogs zwischen Deutschen und Israelis war. Bei dem erwähnten Kongreß der Interparlamentarischen Union (IPU) in Istanbul im August 1951 wurden die Mitglieder des Bundestages mit heftigen antideutschen Gefühlsäußerungen der israelischen Knessetmitglieder konfrontiert. Der Abgeordnete der nationalreligiösen Partei Israels, Rabbiner Mordechai Nurock, dessen Familie von den Nationalsozialisten ausgelöscht worden war, und der Mapai-Vertreter und spätere Staatspräsident,

---

[44] Wollheim an Livneh vom 18. 7. 1951, ISA, 2539/2.
[45] LÜTH, Die Friedensbitte, S. 33.
[46] AUFBAU Nr. 29 vom 20. 7. 1951.
[47] Ebd.; Avner an Livneh vom 23. 7. 1951; Livneh an Avner vom 2. 8. 1951, ISA, 534/4a.

Yitzchak Ben-Zvi, verurteilten die Teilnahme der deutschen Delegation am Treffen der IPU und warfen der Bundesrepublik Deutschland vor, kein Wort des Bedauerns über die NS-Verbrechen geäußert zu haben, einen virulenten Antisemitismus im Land zu tolerieren und sich kollektiver Entschädigung zu entziehen. Ben-Zvi verurteilte zudem die Wiederbewaffnung Deutschlands.[48] Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid verwarf seinerseits das israelische Begehren, Deutschland von der IPU auszuschließen, und lehnte die „Kollektivschuldthese" ebenso ab wie den in Deutschland weit verbreiteten „Mythos einer Kollektivunschuld". Den Applaus der arabischen Delegationen wies er zurück. Später trafen sich die beiden Delegationen zum direkten Gespräch. Die Israelis bekräftigten den Anspruch auf moralische und materielle Reparationen und sprachen sich gegen direkte Verhandlungen zwischen beiden Ländern aus. Schließlich kam man überein, den Standpunkt der anderen Seite der eigenen Regierung zu übermitteln. Die Israelis versprachen, die Möglichkeit direkter Gespräche zu prüfen, während die deutsche Seite zusagte, die Behandlung der Reparationsfrage zu beschleunigen.[49]

Der IPU-Kongreß bot die erste Gelegenheit zu bilateralen Gesprächen. Sie führten der deutschen Seite die Dringlichkeit der Lösung der Reparationsfrage deutlich vor Augen. Besonders wichtig für die deutsche Seite war zudem die faktische Aufgabe des israelischen Widerstands gegen die Teilnahme deutscher Delegationen an Tagungen internationaler Organisationen. Die Knessetdelegation schien sich nicht nur mit dem Umstand abzufinden, daß gemäß den Statuten der Interparlamentarischen Union der Ausschluß von Delegationen anerkannter Parlamente nicht zulässig war, sie fand sich (mit Ausnahme von Nurock) sogar zum Gespräch mit der deutschen Delegation bereit.[50] In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß die Westmächte keine Mühe scheuten, die Bundesrepublik Deutschland in internationale Foren zu integrieren, um das Ansehen des jungen Staates zu erhöhen und um seinen Alleinvertretungsanspruch für Deutschland als Ganzes zu festigen. Gleichzeitig wurden Anstrengungen unternommen, die gleichwertige Behandlung der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern.

Der IPU-Kongreß in Istanbul veranschaulichte das durch den Deutschlandboykott ausgelöste israelische Dilemma. Am 1. November 1949 hatte die israelische Regierung beschlossen, keine direkten Kontakte mit Vertretern der deutschen Staaten aufzunehmen.[51] In internen Konsultationen des israelischen Außenministerium wurde zudem der Beschluß gefaßt, sich der Aufnahme der deutschen Staaten in internationale Gremien zu widersetzen, um ihren Aufstieg auf internationaler Ebene zu bremsen. Die Umsetzung dieser Beschlüsse stellte die israelischen Diplomaten vor schwierige Probleme.[52] Selbst die Teilnahme

---

[48] Stellungsnahmen diverser israelischer Knessetmitglieder während des Kongresses der Interparlamentarischen Union (IPU) in Istanbul im August 1951, Israeli Knesseth Archives, Box 10, File 6604.

[49] SCHMID, Erinnerungen, S. 506ff.

[50] Israeli Knesseth Archives, Box 10, File 6604.

[51] Protokoll Nr. 6/710 über die Regierungssitzung am 1. 11. 1949, ISA, 7263/4.

[52] Resümee der Beratungen über Deutschland vom 22. 12. 1949, ISA, 2413/2; der Rechtsberater an die Abteilung Westeuropa vom 3. 1. 1950, ISA, 533/5.

deutscher und israelischer Delegationen an internationalen Komitees bedeutete bereits eine Verletzung des Boykotts. Die israelische Regierung distanzierte sich einerseits vom Konzept der Rache, versuchte aber andererseits, die Wiederaufnahme Deutschlands in die „Völkerfamilie" zu verhindern, zumindest solange sich die deutschen Staaten weigerten, moralische und materielle Reparationen zu leisten. Das war ein effektives Druckmittel gegen Bonn. Die Westmächte zeigten zwar Verständnis für die Motive dieser Politik, ärgerten sich jedoch über die faktische Parteinahme des jüdischen Staates für den Ostblock in seinem Propagandafeldzug gegen die Bundesrepublik Deutschland. Israel stimmte in internationalen Gremien regelmäßig mit den Staaten des Ostblocks.

Israels internationale Situation war ziemlich schwierig. Einerseits drängte sich die – anfänglich auf Gegenseitigkeit beruhende – Koalition mit Staaten wie Polen und der Tschechoslowakei, deren Bevölkerungen auch der NS-Gewaltherrschaft ausgesetzt gewesen waren, auf. Andererseits betrachtete die politische Führung Israels den Westen als natürlichen Verbündeten, obwohl dieser Block die Bundesrepublik Deutschland unterstützte und sich von den obenerwähnten Staaten distanzierte. In der von neuen strategischen Interessen beherrschten zweigeteilten Welt stießen moralische Appelle aus Jerusalem auf taube Ohren. Israel wähnte sich gemessen am emotionalen Maßstab im richtigen Lager, aber auf der falschen Seite, was die internationale Politik anbelangte.

Entsprechend unbefriedigend war die außenpolitische Lage der Bundesrepublik, die aufgrund des Verhaltens der israelischen Regierung sowohl aus eigener Sicht als auch in den Augen neutraler bzw. unbeteiligter Staaten in eine unerträgliche Position manövriert wurde. Der ständig auf Deutschland gerichtete Mahnfinger schadete dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik, und Bonn schien gewillt, den Preis für die Beseitigung der Hürden auf dem Weg zurück in die Völkerfamilie zu zahlen. Verglichen mit den israelischen „Kapricen" galten die Schilumim als das kleinere Übel.

Als die Westmächte im Herbst 1951 die Entsendung einer UNO-Spezialkommission in beide deutsche Staaten forderten, um die Möglichkeit der Abhaltung freier Wahlen zu prüfen, stellte sich Israel trotz Adenauers Schulderklärung im Bundestag vehement dagegen. Die scharfe Verurteilung der beiden deutschen Staaten durch den israelischen Außenminister Sharett und den israelischen Gesandten in Paris, Maurice Fischer, vor der UNO-Vollversammlung in Paris löste sowohl bei der Bundesregierung als auch in den Hauptstädten der Westmächte Befremden und Ablehnung aus, wie etwa folgender Bericht zeigt:

„Vertreter Israels bestritt rechtliche Zulässigkeit Deutschlandfrage auf Tagesordnung. Darüber hinaus richtete er scharfe Angriffe auf Nazigeist der heute wieder ganz Deutschland beherrsche. Behandlung deutscher Frage durch UNO sei daher auch moralisch nicht verstehbar. Angriff Israels auslöste unangenehme Überraschung und Ablehnung seitens aller Mitgliedstaaten. Senator Austin für USA erwiderte Israel und Ostblock."[53]

[53] Telegramm Blankenhorns an das AA vom 13. 11. 1951, BArch, N 1351, Bd. 8b; DAWAR (Tel Aviv) vom 14. 11. 1951.

Der UNO-Gesandte der DDR kam in seiner Rede mehrmals auf die israelische Verurteilung des „neuen Nazigeistes in Deutschland" zurück, ganz offensichtlich zum Mißfallen des Westens.[54] Auch der israelische Einspruch gegen die Verwendung der deutschen Sprache durch die deutschen UNO-Delegierten rief Unwillen hervor. Israel stimmte zusammen mit fünf Staaten des Ostblocks gegen die Entsendung der Wahlprüfungskommission.[55] Die Genugtuung in Israel konnte nicht über den großen internationalen Unmut über das israelische Stimmverhalten hinwegtäuschen, worauf sich im israelischen Außenministerium Stimmen meldeten, die auf die Notwendigkeit einer außenpolitischen Kurskorrektur hinwiesen.[56] Bis zum Abschluß der Schilumimverhandlungen behandelte Israel beide deutschen Staaten gleich.[57] Erst die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens im Bundestag im März 1953 zwang das israelische Außenministerium zu einer Überprüfung der bisherigen Politik. Am 8. Mai 1953 machte die UNO-Abteilung im israelischen Außenministerium neue Vorschläge zur Haltung gegenüber den zwei deutschen Staaten. Während bezüglich der Bundesrepublik angeregt wurde, von Fall zu Fall für oder gegen die Aufnahme dieses Staates in internationale Organisationen zu stimmen bzw. sich der Stimme zu enthalten, war die Empfehlung hinsichtlich der DDR klar negativ.[58]

Ende November 1953 kam es dann zu einer bedeutenden politischen Liberalisierung im Umgang mit der Bundesrepublik. Die Beziehungen zwischen den diplomatischen Delegationen beider Staaten verbesserten sich rasch, und Israel enthielt sich in Abstimmungen über die Aufnahme der Bundesrepublik in internationale Organisationen fortan der Stimme.[59] Damit wollte sich das Auswärtige Amt allerdings nicht begnügen. Als sich Israel 1955 in der Abstimmung über die Aufnahme der Bundesrepublik in die Internationale Zivilluftfahrtorganisation der Stimme enthielt, erkundete das Auswärtige Amt die Möglichkeit einer Änderung der israelischen Position.[60] Felix E. Shinnar, Leiter der israelischen Mission in Köln, richtete darauf ein Schreiben in dieser Frage an den Generaldirektor des

---

[54] Bericht vom 12. 12. 1951, ISA, 181/1.

[55] Ebd.

[56] Avner an die Abteilung Vereinte Nationen vom 5. 10. 1951; Avner an Fischer vom 25. 12. 1951, ISA, 2539/2.

[57] Vgl. etwa Israels Widerstand gegen die Aufnahme der DDR in den Internationalen Volleyball-Verband und in die Internationale Postunion: der israelische Minister für Erziehung und Kultur an den Außenminister 25. 9. 1951; DAWAR (Tel Aviv) vom 19. 5. 1952, ISA, 1539/2. Die sowjetische Volleyballdelegation versuchte die Israelis zur Rücknahme ihres Einspruchs gegen die Aufnahme des DDR-Teams zu bewegen, mit der Begründung, die UdSSR habe sich nicht gegen die Aufnahme der DDR gestellt, obwohl sie auch unter dem Nationalsozialismus gelitten habe. Ganz anders stellte sich Israel zur Aufnahme der ehemaligen Achsenmacht Japan in denselben Verband. Bei der Abstimmung enthielt sich Israel der Stimme. Zudem stimmte die israelische Delegation für die Aufnahme Japans in die International Labour Union, nachdem sie zuvor gegen die Aufnahme der Bundesrepublik gestimmt und urprünglich auch im Fall von Japan im selben Sinne zu stimmen geplant hatte.

[58] Abteilung Vereinte Nationen an den Generaldirektor vom 8. 5. 1953, ISA, 2539/2.

[59] JELINEK/WOLFFSOHN, Berührungsängste, S. 286–288.

[60] Wilck an den Bundesaußenminister vom 8. 7. 1955, PA, 316.81.00/1.

israelischen Außenministeriums.[61] Drei Monate später fand im israelischen Außenministerium eine größere Aussprache über das israelische Stimmverhalten in internationalen Organisationen hinsichtlich der Bundesrepublik Deutschland statt. Das Ministerium beschloß, sich in Abstimmungen über die Aufnahme der Bundesrepublik nicht mehr automatisch der Stimme zu enthalten, sondern jeden Fall für sich zu beurteilen.[62] Dieser Beschluß blieb in Kraft bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1965. Der Weg der gegenseitigen Annäherung war, wie nicht anders zu erwarten, äußerst steinig.

4. Juden in Deutschland und die Schilumim

Bis 1950 wurde die jüdische Gemeinschaft in Deutschland amtlich nach Besatzungszonen, Herkunft, Aufenthaltsort und sogar nach Berufsgruppen gegliedert. Das wichtigste Einteilungskriterium war die Herkunft: Displaced Persons waren in jenen späten Jahren vor allem jüdische Flüchtlinge aus dem Osten auf der einen Seite, und deutsche Juden auf der anderen Seite. Beide Gruppen bauten eigene Organisationen auf und suchten Unterstützung und ideologische Orientierungshilfe sowohl bei zionistischen als auch bei nicht-zionistischen jüdischen Gruppierungen. Als sich nach der Wahl Adenauers zum Bundeskanzler das Kräfteverhältnis in Westdeutschland zu ändern begann, strebte auch die jüdische Bevölkerung, besonders jener Teil, der Deutschland als dauerhaften Wohnsitz betrachtete, nach einer eigenen Vertretung, einer Vertretung, die die Sprache dieser Gemeinschaft sprach, sich ihrer Probleme annahm und ihre Interessen nach außen vertrat. 1950 wurde der Zentralrat der Juden in Deutschland (ZJD) gegründet, und der 1945 aus dem englischen Exil zurückgekehrte und seither in der britischen Zone öffentlich tätige Hendrik van Dam zum ersten Generalsekretär gewählt. Van Dam stand dem Zionismus nahe und unterhielt enge Kontakte zu weltweit tätigen jüdischen Organisationen, wie der JAFP und dem Jüdischen Weltkongreß. Als Vertreter der Interessen des deutschen Judentums fand er eine gemeinsame Sprache mit deutsch-jüdischen Emigranten und manche Gegner in den großen jüdischen Organisationen.[63]

Die israelische, deutsch-jüdische Emigrantenorganisation Association of Jews from Central Europe hielt eine gewisse Distanz sowohl zur Bundesrepublik als auch zum ZJD und schloß sich weitgehend der zionistischen Aufforderung an die Juden an, sich im „Land der Vorväter" niederzulassen.[64] Manche Mitglieder dieser

---

[61] Der stv. Leiter der Abteilung Westeuropa an den Generaldirektor vom 18. 7. 1955, ISA, 2413/3b.

[62] Niederschrift über die Aussprache betr. Deutschland vom 13. 10. 1955, ISA, 2539/4.

[63] GERMANS AND JEWS SINCE THE HOLOCAUST; FREMD IM EIGENEN LAND; FLEISCHMANN, Dies ist nicht mein Land; HALPERIN, Here I am; KATCHER, Post Mortem; SIEVERS, Juden in Deutschland; JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND; NARBEN, SPUREN, ZEUGEN; EDER, Flüchtige Heimat; KAUFMANN, Jewish Life; JELINEK, Die Politik der internationalen jüdischen Organisationen, S. 369–392.

[64] Memorandum der Landesleitung des Irgun Oley Merkas Europa, Tel Aviv, vom 28. 9.

Organisation waren Deutschland gegenüber äußerst negativ eingestellt, sprachen sich vehement gegen einen Wiederaufbau des jüdischen Lebens in diesem Land aus und erwarteten von den Überlebenden des Holocaust die Auswanderung, vor allem nach Israel.

Die Wortführerschaft gegen den Wiederaufbau des jüdischen Lebens in Deutschland übernahm die JAFP. Durch die Schließung ihrer Emigrationsbüros in Deutschland Ende 1950 versuchte sie, die verbliebene jüdische Gemeinschaft zur Auswanderung zu bewegen. Gleichzeitig brach die JAFP ihre Zusammenarbeit mit zionistischen Organisationen in Deutschland ab. Am meisten Druck wurde auf die Überreste der Displaced Persons-Gemeinde, den sogenannten harten Kern, ausgeübt. Dazu zählte man eine Reihe von Sozialfällen – die Holocaust-Überlebenden unter den deutschen Juden gehörten fast automatisch in diese Kategorie – und eine Gruppe sich in der wiederbelebten westdeutschen Wirtschaft rasch etablierender Kaufleute, deren Aktivitäten nicht immer über jeden Zweifel erhaben waren. Letzteren schenkte die JAFP besondere Aufmerksamkeit.[65] Zum „harten Kern" gesellten sich zudem auf Sozialhilfe angewiesene Rückkehrer aus dem Exil, etwa aus Schanghai. Unter den Rückkehrern befanden sich aber auch solche, die es im Exil zu Wohlstand gebracht hatten und deshalb in Deutschland auf eine rasche Wiedereingliederung zählen konnten. Bei dieser Mittelschicht konnte der ZJD mit größter Unterstützung rechnen. Das AJDC unterstützte jüdische Bedürftige unabhängig von ihrem Wohnort. Demgegenüber konzentrierte sich das Diaspora-orientierte AJC auf die Zukunft der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und hoffte damit zugleich einen Beitrag zur Festigung der neuen demokratischen Ordnung der Bundesrepublik leisten zu können.[66] Angesichts des verbreiteten Antisemitismus und der unzulänglichen Entnazifizierung äußerten AJC-Vertreter Zweifel an der Sicherheit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, waren aber bereit, sie zu unterstützen. Der Jüdische Weltkongreß (WJC) verfolgte, trotz prozionistischer Neigung, eine ähnliche Politik. Er nahm den ZJD in seine Reihen auf und verlieh ihm dadurch, sehr zum Mißfallen des israelischen Außenministeriums, die ersehnte Legitimation.[67] Ein weiteres Ärgernis für Jerusalem bildeten die Beziehungen zwischen dem ZJD und deutsch-jüdischen Organisationen außerhalb Deutschlands. Die Gründung der Claims Conference und das Interesse des ZJD am Dialog mit der Bundesregierung machte die

---

1951; H. Reichmann an Dr. H. Tramer, Irgun Olej Merkaz Europa, Tel Aviv, vom 13. 11. 1951, LBI, Council of Jews, Council M/m, Haager Conference, bis 31.5.52, Folder 2; SCHWARZ-GARDOS, Die Jekkes.

65 Memorandum von Shalom Adler-Rudel „Das derzeitige Problem des ‚harten Kerns' in europäischen DP-Lagern, die von Internationalen Flüchtlingsorganisationen betreut werden", bestimmt für JAFP vom 14. 6. 1949, CZA, A 140/466, Z 6/146; Harry Greenstein, Berater für jüdische Angelegenheiten, an AJC vom 25. 6. 1949, AJDC, JAFP, WJC. Der Autor schrieb hierin vom „Social Hard Core".

66 Bericht vom 2. 11. 1947 (?), HI, Margaret Fiat Collection, Box 2 File 2–3; Bericht des politischen Beraters an den US-Außenminister über jüdische Aktivitäten in der US-Zone im Zeitraum zwischen 1. 7. 1947 und 10. 2. 1948 vom 3. 3. 1948, USNA, 800.4016DP/348; HAARETZ (Tel Aviv) vom 31. 8. 1952; Yachil an Sharett betr. Juden in Westdeutschland vom 1. 10. 1953, ISA, 2520/3a.

67 Livneh an Shinnar vom 11. 12. 1951, ISA, 533/4b.

Stellung dieser Organisation in den Augen des israelischen Außenministeriums noch problematischer.

Die Bundesregierung behandelte das Thema Verhandlungen mit Israel mit einer Diskretion, an die sich die Oppositionspartei SPD nicht gebunden fühlte. Führende jüdische Persönlichkeiten äußerten deshalb ihr Unbehagen über die Vertraulichkeit, die zwischen der jüdischen Seite und der politischen Opposition in Westdeutschland vor der Festigung der Beziehungen mit der Bundesregierung bestand. Genauso wenig gefielen ihnen die inoffiziellen Begegnungen jüdischer Vertreter mit Beauftragten der Bundesregierung. Der israelische Konsul Eliahu Livneh warnte davor, das deutsch-jüdische Verhältnis zum Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung der Bundesrepublik zu machen.[68] Die Frage der Beziehungen zwischen der jüdischen Gemeinschaft und der Bundesregierung blieb offen. Bundeskanzler Adenauer regte 1949 die Gründung einer „Stelle für jüdische Angelegenheiten" als Vermittlungsinstanz an. Doch der 1950 und 1951 wiederholte Vorschlag stieß auf harte Kritik. Er erinnerte zu stark an das Dritte Reich. Die jüdische Seite zog eine demokratisch gewählte Vertretung vor. Der ZJD mußte sich somit an zwei Fronten behaupten: Gegen Adenauers geplanten „Kommissar" und gegen die internationalen jüdischen Organisationen, die versuchten, das deutsche Judentum ihrem Diktat zu unterwerfen.[69] Die jüdischen Organisationen fürchteten, wie erwähnt, Bonns Divide-et-impera-Taktik, der vorgeworfen wurde, das deutsche Judentum als Pfand zu mißbrauchen, um möglichst billig davonzukommen. Daß solche Befürchtungen nicht völlig aus der Luft gegriffen waren, bewies das hartnäckige Werben um unabhängige, auf eigene Faust arbeitende jüdische Organisationen durch westdeutsche Regierungsvertreter.[70]

Allerlei bizarre Gruppierungen und selbsternannte Vertretungen nutzten die sich bietende Gelegenheit, und Adenauer berichtete McCloy, er werde überhäuft von Angeboten zu direkten Verhandlungen.[71] Am meisten Sorgen bereiteten den großen jüdischen Organisationen jedoch die deutsch-jüdischen Organisationen, besonders der von Rabbiner Leo Baeck angeführte Council for Protection of Rights and Interests of Jews from Germany mit Sitz in London. Leo Baeck, eine umstrittene Persönlichkeit, war der prominenteste Überlebende des deutschen Judentums. Da er Zionisten und „Ostjuden" stets mit Argwohn begegnete, geriet er mit anderen jüdischen Organisationen leicht in Konflikt. Baecks positive Ant-

---

[68] Livneh an den Zentralrat der Juden in Deutschland vom 2. 1. 1951, CZA, L 47/148/1.

[69] Baunes an den Zentralrat der Juden in Deutschland vom 4. 12. 1949, CZA, S 35/109; Fernschreiben der Interessenvertretung der Jüdischen Gemeinden der amerikanischen und französischen Zone an den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer vom 5. 12. 1949, ISA, 533/8; Ferencz an Eli Rock vom 2. 10. 1950, YIVO, AJC, RG-347, Gen-10, Box 282; Kagan an Eli Rock vom 18. 10. 1950, AJDC, File 4264; Protokoll der Zusammenkunft des Zentralrats der Juden in Deutschland vom 14. 10. 1951, ISA, 533/2.

[70] Bericht von Referent Dr. Schaffarczyk vom 18. 10. 1951, PA, 212–06; Bruno Weil an F. Goldschmidt, London, vom 24. 10. 1951 (?); Reichmann an Baeck vom 8. 11. 1951, LBI, Council of Jews from Germany, Folder 2, Council M/m, Haager Conference, bis 31. Mai 1952; Avner an Shinnar vom 29. 10. 1951, ISA, 533/4b.

[71] Bericht von Ferencz vom 30. 10. 1951, AJDC, Subject Matters, Reparations 1951–52.

wort auf Adenauers Erklärung im Bundestag erregte den Zorn des Ombudsmanns des Staates Israel, Siegfried Moses, ein ebenfalls angesehener Landsmann Baecks.[72] Baeck erwog den Alleingang, reihte sich schließlich jedoch auch in die Claims Conference ein.[73] Die Verhinderung des deutsch-jüdischen Alleingangs im Verkehr mit Bonn dürfte nicht zuletzt auf den Einfluß der israelischen Association of Jews from Central Europe zurückzuführen sein. Aus israelisch-jüdischer Perspektive handelnd, strebte die mit dem israelischen Seelenzustand bestens vertraute Einwandererorganisation dennoch eine „gewisse Normalisierung zwischen Deutschen und Juden und zwischen Deutschland und Israel an".[74] In einer Denkschrift über das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden stellte die Association Überlegungen an, wie „die gegenseitigen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen seien".[75] Gleichzeitig warnten die Verfasser vor einem Kollektivurteil und davor, „die deutsche Gesamtheit unter dem Rassengesichtspunkt als Einheit zu behandeln".[76] Sie forderten „Verhandlungen mit der deutschen Regierung nach allgemeinen internationalen Regeln zur Wahrnehmung der jüdischen Interessen".[77] Die Israelis deutscher Herkunft setzten sich sowohl für das allgemeine jüdische Interesse als auch für die eigene Emigrantengemeinde ein, ihre Landsleute außerhalb Israels vertraten dagegen in erster Linie die partikularen Interessen ihrer Landsmannschaft.

Doch auch die Emigrantenorganisationen hatten Grund zum Argwohn. Die jüdischen Weltorganisationen betrachteten sich als Anwärter auf die Überreste des jüdischen Eigentums in Europa und versuchten, unliebsame Konkurrenten auszuschalten. So plädierte etwa der hochrangige AJC-Vertreter Eugen Hevesi in einem Schreiben für die Bildung einer gemeinsamen jüdischen Front gegen die deutsch-jüdischen Organisationen.[78] Die jüdischen Emigranten aus Deutschland suchten Hilfe in ihrer Not, befürchteten aber gleichzeitig, wie die Anschuldigungen gegen die JRSO zeigen, um den ihnen zustehenden Anteil an eventuellen materiellen Zuwendungen der Bundesrepublik betrogen zu werden.

In dieser von allgemeinem Mißtrauen geprägten Atmosphäre trat der sich selbst als deutscher Jude betrachtende Goldmann als Vermittler auf. Während der israelische Konsul Eliahu Livneh den ZJD von Gesprächen mit Bundespräsident Heuss oder Bundeskanzler Adenauer abzuhalten versuchte, förderte Goldmann den Kontakt zwischen dem ZJD und der Bundesregierung und verteidigte seinen

---

[72] Moses an Breslauer vom 28. 10. 1951, ISA, 533/4; Breslauer an Moses vom 8. 11. 1951, Reichmann an Tramer vom 13. 11. 1951, CZA, S 35/210; LBI, Council of Jews, Haager Conference. Vgl. den weiteren Ausdruck des Zorns in: Gerling an Landauer vom 25. 10. 1951, CZA, S 35/210.

[73] Tramer an Kreutzberger vom 15. 11. 1951; Moses an Breslauer vom 20. 11. 1951, CZA, S 35/210; Baeck an Reichmann vom 20. 11. 1951; Reichmann an Baeck vom 5. und 10. 12. 1951, LBI, Council of Jews, Council M/m, bis 31. 5. 1952, Folder 2.

[74] Memorandum der Landesleitung des Irgun Olei Merkas Europa (Association of Jews from Central Europe) vom 28. 9. 1951, LBI, Council of Jews, Council M/m, Haager Conference, bis 31. 5. 1952, Folder 2.

[75] Ebd.

[76] Ebd.

[77] Ebd.

[78] Hevesi an Rubin vom 19. 10. 1951, YIVO, AJC, RG-347, GEN-10, Box 283.

Vorstoß gegen sämtliche Proteste. Diese Annäherung sei nicht aufzuhalten, urteilte Gershon Avner vom israelischen Außenministerium unter dem Eindruck der Ereignisse und zeigte sich überzeugt, daß die deutsch-jüdischen Organisationen die einheitliche Front nicht durchbrechen würden.[79] Schließlich kam die Claims Conference zustande, Leo Baeck wurde in eine leitende Position berufen und der ZJD in sie aufgenommen. Der Einfluß der deutsch-jüdischen Organisationen auf das jüdisch-israelisch-deutsche Verhältnis von 1945 bis 1965 ist stets im Auge zu behalten.

5. Von der Erklärung zum Verhandlungstisch

Die israelische bzw. jüdische Öffentlichkeit nahm Adenauers Erklärung im Bundestag im Gegensatz zur Weltöffentlichkeit mit Skepsis auf. Das sich an gewissen Stellen der Erklärung stoßende jüdische Publikum warf Adenauer ein Täuschungsmanöver vor: Der Bundesregierung sei es gelungen, sowohl in der Weltöffentlichkeit als auch in Teilen des jüdischen Publikums Sympathien zu gewinnen, obwohl sie zu weiteren Schritten nicht bereit sei. Diese Reaktion war ein weiterer Ausdruck von Mißtrauen und tiefer Abneigung gegen Deutschland. Eine positive Resonanz war offensichtlich nur durch praktische Schritte bzw. durch eine rasche Umsetzung der „schönen Worte" zu erhalten.[80] Erneut ergriffen Blankenhorn und Barou die Initiative in stillschweigender Übereinkunft, daß ersterer im Auftrag des Kanzlers und letzterer in Goldmanns Auftrag bzw. indirekt im Auftrag des israelischen Außenministeriums handelte.[81] Blankenhorn betonte Adenauers Wunsch nach einem möglichst frühen Beginn der Verhandlungen und schlug ein geheimes Vorbereitungstreffen zwischen Adenauer und einer herausragenden jüdischen Persönlichkeit vor, die das Vertrauen der jüdischen Organisationen und des Staates Israel genieße.[82] Der schon früher durch unverblümte Äußerungen aufgefallene israelische Gesandte in den Beneluxländern, Michael Amir, brachte die Stimmung auf der israelischen Seite im Gespräch mit der Brüsseler Zeitung *Le Soir* am 30. September 1951 auf den Punkt: „Es sei zu hoffen, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen gegenüber Israel mit ebensolchem Eifer nachkommen wird, wie sie seinerzeit bei der Vernichtung der Juden gezeigt hat."[83] Amirs Sarkasmus reflektierte die israelischen Empfindlichkeiten und Erwartungen.

---

[79] Livneh an Avner vom 9. 9. 1951, ISA, 533/1; Livneh an Avner vom 26. 7. 1951, ISA, 2539/2; Ausarbeitung „Die Deutschen wollen ‚anerkennen'" vom 21. 5. 1951, YIVO, AJC Records, FAD-1, Box 35; Avner an Livneh vom 23. 7. 1951, ISA, 534/4a; Avner an Livneh vom 12. 8. 1951, ISA, 2539/2.

[80] Die offizielle israelische Antwort vom 27. 9. 1951, ISA, 3063/18, 344/20; die Antwort von Minister Sharett vom 28. 9. 1951, ISA, 3063/18; Adler-Rudel an Locker und Eschkol vom 28. 9. 1951, CZA, A 140/695.

[81] Blankenhorn an Barou vom 6. 10. 1951, Blankenhorn an Barou vom 18. und 26. 10. 1951, IJA, Old Archives, 220.0.

[82] Blankenhorn an Barou vom 18. und 26. 10. 1951, IJA, Old Archives, 220.0.

[83] Pfeifer, Brüssel, an Amir, Brüssel, vom 1. 10. 1951, PA, 210.1/35, Bd. 2.

Auch das israelische Außenministerium war an frühen Vorverhandlungen interessiert, allerdings vorerst nur zur Klärung gewisser Grundvoraussetzungen für die Hauptverhandlungen. Die israelische Regierung wünschte die Höhe des Eröffnungsangebots in Erfahrung zu bringen, die Verhandlungsabsichten der deutschen Seite näher auszuloten und Vorkehrungen für einen erfolgreichen Abschluß der direkten Gespräche zu treffen. Anschließend wurde auf israelischer Seite mit der Festlegung der Grenzen der eigenen Flexibilität begonnen: Man war weder gewillt, die Verhandlungen als neues Kapitel in den israelisch-deutschen Beziehungen zu definieren noch irgendeine „Gegenleistung" zu offerieren. Die Entschädigung wurde als Rückerstattung von NS-Raubgut und nicht als Zeichen des „guten Willens" eingestuft. Allenfalls war man bereit, die bundesdeutschen Gesten als „Schritte in die richtige Richtung" anzuerkennen, quasi als Grundlage zur Wiederbelebung des deutsch-jüdischen Dialogs in der – fernen – Zukunft. Die Verhandlungen bezweckten also aus israelischer Sicht keine „endgültige Verständigung", und die Versöhnung sollte erst in späteren Generationen erfolgen.[84] Eine Annäherung an die Bundesrepublik oder die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die sich später zum einem für Israel fatalen Streitpunkt entwickeln sollten, waren von vornherein ausgeschlossen. Zugeständnisse erwog man allenfalls bei der Beendigung des Kriegszustands und bei der israelischen Haltung hinsichtlich der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in internationale Organisationen. Die deutsche Seite wurde vor vollendete Tatsache gestellt und somit gezwungen, sich der israelischen Linie – zumindest augenscheinlich – zu fügen. Die Realität im Hintergrund sah anders aus.

Im Sommer 1951 trafen sich der Rechtsberater des israelischen Außenministeriums, Shabtai Rosenne, und Daniel F. Margolies, ein höherer – jüdischer – Beamter des amerikanischen Außenministeriums zum Gespräch. Margolies besaß eine leitende Funktion in der Abteilung für deutsche Angelegenheiten und einen nicht weniger hohen Rang auf Senator Joseph McCarthys schwarzer Liste. Seine vorsichtigen Äußerungen sind besonders aufschlußreich für die amerikanische Politik in der Frage der israelisch-deutschen Beziehungen. Im Hinblick auf die israelischen Ansprüche soll Margolies wiederholt betont haben, daß die Deutschen im Gegenzug für ein Abkommen im Kreise der Völkerfamilie moralisch rehabilitiert werden müßten. Er habe den Eindruck gewonnen, so Rosenne, daß die ganze Sache die Amerikaner sehr beschäftige. Rosenne beschrieb diesen Gedanken als ernstzunehmenden „wunden Punkt".[85] Die „moralische Rehabilitation" war nämlich genau jenes Zugeständnis, das die jüdische Seite weder damals noch später machen wollte. Doch die in Margolies' Äußerung zum Ausdruck kommende Haltung der USA und der anderen alliierten Mächte mußte von Israel berücksichtigt werden. Die Schilumim waren also trotz moralischer Nebentöne ein auf Gegenseitigkeit beruhendes politisches Geschäft. Die Deutschen machten daraus keinen Hehl.

---

[84] Ausarbeitung „Politische Direktiven für Verhandlungen mit Deutschland" vom 28. 10. 1951, ISA, 534/3; Livneh an Shinnar und die Abteilung Westeuropa vom 30. 11. 1951, ISA, 534/4a; Shinnar an Eytan vom 23. 12. 1951, ISA, 534/3.

[85] Rosenne an Eytan vom 20. 8. 1951, ISA, 2417/3.

Andererseits wird behauptet, daß Adenauer Verständnis für die israelischen Sensibilitäten zeigte und bereit war, auf die israelische Gegenleistung, d.h. auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel, vorläufig zu verzichten.[86] Das mag für die Zeit nach 1955 zutreffen, als Adenauer die Verschiebung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel aus deutschlandpolitischen Gründen sogar sehr gelegen kam. 1951 begegneten die deutsche Seite im allgemeinen und Bundeskanzler Adenauer im besonderen Israel zwar mit gemischten Gefühlen. Vieles deutet aber darauf hin, daß es der Bundesregierung damals um Versöhnung, Handel und um diplomatische Beziehungen mit Israel ging.[87] Die US-Regierung wußte darüber Bescheid, informierte jedoch die Israelis dahingehend, daß Adenauer keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen erwarte.[88] Letztlich war beiden Seiten klar, daß die direkten Verhandlungen an sich schon die „Gegenleistung" darstellten. Westdeutsche Diplomaten wiesen in späteren Jahren darauf hin, daß die direkten Verhandlungen und das Schilumimabkommen faktisch die gegenseitige Anerkennung der Bundesrepublik Deutschen und des Staates Israel bedeuteten.[89] Das amerikanische Außenministerium legte der israelischen Regierung nahe, so früh wie möglich auf die Bundesregierung zuzugehen, um die sich bietende Gelegenheit nicht zu versäumen.[90]

Während Beamte des amerikanischen Außenministeriums damit beschäftigt waren, Schwierigkeiten auf dem Weg zu direkten Verhandlungen zu beseitigen, stellte sich Außenminister Dean Acheson offensichtlich quer. Anläßlich eines Treffens mit seinem israelischen Amtskollegen Moshe Sharett wiederholte er folgende, früher schon Ben Gurion gegenüber gemachte Äußerung: „Gleichgültig welche Ware oder andere Leistung auch immer von Deutschland verlangt wird, sie müßte letztlich hauptsächlich von uns bezahlt werden. Dies würde unsere Resourcen noch mehr belasten, wofür der Außenminister kein Verständnis haben kann."[91]

Der offensichtliche Widerspruch in der amerikanischen Haltung löste in Israel Befremden aus, dem amerikanische Vertreter mit verschiedenen Erläuterungen zu begegnen versuchten.[92] Acheson fehlte der Schliff seiner Mitarbeiter. Einerseits war er stets darauf bedacht, den amerikanischen Steuerzahler zu schonen, ande-

---

[86] Bericht von Esther Herlitz über das Gespräch mit Jeoffrey Lewis, Acting Chief der Abt. Deutschland im Außenministerium, am 15. 10. 1951 in Washington vom 22. 10. 1951, ISA, 344/22; Shinnar an Eytan vom 23. 12. 1951, ISA, 534/3.

[87] Schlange-Schöningen an das AA für den Kanzler vom 10. 10. 1951, PA, 210–01/35, Bd. 2; Reichmann an Baeck vom 8. 11. 1951, LBI, Coucil of Jews, Council M/m, Haager Conference, bis 31.5.52, Folder 2; Die WELT (Hamburg) vom 1. und 6. 11. 1951.

[88] Shinnar an Eytan vom 23. 12. 1951, ISA, 534/3.

[89] Vermerk Dr. Voigts über den Besuch des irakischen Botschafters Saifullah Khamdan vom 16. 6. 1955, PA, III, 316–82.00.

[90] Bericht von Esther Herlitz vom 22. 10. 1951, ISA, 344/22; Herlitz an Shinnar vom 19. 12. 1951, ISA, 3028/2; Avner an Herlitz vom 30. 10. 1951, ISA, 344/20.

[91] Memorandum über das Gespräch zwischen Acheson und Sharett vom 19. 10. 1951, USNA, 780.5/11–1951; Sharett an Horowitz vom 21. 11. 1951, ISA, 2417/3.

[92] Bericht von Herlitz über das Gespräch mit Jeoffrey Lewis für Shinnar vom 19. 12. 1951, ISA, 3028/2.

rerseits strebte er danach, zwischen zwei Gegenspielern zu vermitteln. Hier traten unweigerlich persönliche Motive unter dem Deckmantel der objektiven Argumentation hervor. Acheson repräsentierte zweifellos eine Strömung im amerikanischen Establishment, zu seinen Untergebenen, einschließlich Hochkommissar John McCloy, stand er jedoch in krassem Widerspruch. So scheint es ihm entgangen zu sein, daß die Entscheidungsträger in Washington ihre wirtschaftlich bedingten Einwände gegen Schilumim zurückgenommen hatten. Jeoffrey Lewis vom State Department schrieb, sein Chef sei über die Einzelheiten teilweise nicht im Bild. Er wisse gar nicht, daß es [bei den Schilumim] um Waren und nicht um Devisen gehe.[93] Ein seltsames Argument: Hatten sich die Amerikaner doch zuvor auch gegen jede Art von Warenlieferung an Israel gestellt, mit der Einnahmen in Hartwährung hätten erzielt werden können; eine Haltung übrigens, gegen die die Israelis bitter ankämpfen mußten. Deutsche Bankiers, darunter Abs persönlich, waren aus denselben Gründen gegen den Warentransfer. Inzwischen suchten andere amerikanische Diplomaten nach zusätzlichen Wegen des Geldtransfers nach Israel und an jüdische Antragssteller. Es gab also auf der amerikanischen Seite kein einheitliches kategorisches Nein gegen Schilumim, was sich in einer pluralistischen amerikanischen Außenpolitik niederschlug.

AJC-Vertreter behaupteten später im Rückblick auf diese dramatischen Entwicklungen, das Weiße Haus habe seine Einwände gegen Schilumim schließlich ganz fallengelassen – eine politische Kehrtwendung, die auf McCloys Einwirkung zurückzuführen sei:

„Der Hochkommissar John McCloy [...] übernahm die volle Verantwortung dafür, daß die deutsche Staatskasse die finanzielle Last einer Regelung ohne Rückgriff auf zusätzliche amerikanische Wirtschaftshilfe würde tragen können, und bestand gleichzeitig aus grundsätzlichen Überlegungen auf der politischen und moralischen Notwendigkeit angemessener Entschädigung an die Juden. Gestützt auf die maßgebliche Haltung des US-Hochkommissars für Deutschland, brachte das AJC die Sache Präsident Truman persönlich vor. Im Gespräch mit Mr. Jacob Blaustein widersprach der Präsident dann dem Standpunkt des State Departments, wodurch das Luxemburger Abkommen zum Abschluß gebracht werden konnte."[94]

Dieses wichtige Dokument wirft Licht auf die beschriebene Entwicklung. Es enthält zwar keinen Anhaltspunkt über den genauen Zeitpunkt von McCloys Intervention oder von Trumans Beschluß, den Standpunkt des amerikanischen Außenministeriums zu revidieren, doch es bestätigt Fakten, die bereits aus anderen Quellen bekannt sind: Einige Beamte im amerikanischen Außenministerium stellten sich gegen Schilumim – nicht unbedingt aus wirtschaftlichen Gründen.[95]

---

[93] Ebd.

[94] Hevesi an Samit vom 19. 12. 1957, AJC, FAC Minutes, 59/60, Box 67.

[95] Brief des Botschafters i.R. Alexander Böker an den Autor vom 27. 9. 1989: „Mr. Charles Thayer, der offizielle Vermittler zwischen dem US-Hochkommissariat und der amerikanischen Regierung, bezweifelte in einem Gespräch mit Herrn Blankenhorn und mir selbst die Vernünftigkeit eines deutschen Reparationsabkommens mit Israel angesichts der Londoner Konferenz und der Reaktion der arabischen Welt."

Doch es gelang diesen Opponenten offensichtlich nicht, die israelischen und jüdischen Anstrengungen zu unterlaufen.

Die Frage war nun, wie die letzten Entwicklungen in praktische Resultate umzusetzen waren, und verschiedene Parteien regten an, den seit der Erklärung im Bundestag zurückhaltender agierenden McCloy mit der Vermittlung zwischen Adenauer und der jüdischen Seite zu betrauen. Das an einer raschen Eingliederung Westdeutschlands in die westeuropäische Staatengemeinschaft interessierte britische Außenministerium sprach sich nun in Abweichung vom ursprünglichen Kurs auch für Schilumim und somit für direkte Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel aus, von denen man sich eine Beschleunigung des Integrationsprozesses versprach.[96] Die Vereinigten Staaten und Großbritannien befürworteten den jüdischen Anspruch nun grundsätzlich.

Goldmann wurde auserkoren, die ersten Schritte zu unternehmen. Er spielte schon seit geraumer Zeit mit dem Gedanken, Adenauer und Heuss zu treffen. Als Präsident des Jüdischen Weltkongresses, als Mitvorsitzender der JAFP und auch kraft seines späteren Amtes als Vorsitzender der Claims Conference schien er für diese Aufgabe prädestiniert. Um sich die Rückendeckung der israelischen Regierung zu sichern, traf er am 22. November 1951 mit Ministerpräsident Ben Gurion zusammen, der ihm grünes Licht gab,[97] Goldmann berief sich aber auch auf die Vollmacht der Claims Conference, deren Exekutivkomitee am 16. November 1951 einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte.[98] Als Ort der Begegnung wurde London festgelegt, wo Bundeskanzler Adenauer im Dezember auf der alliierten Konferenz über NATO-Fragen erwartet wurde. Blankenhorn und Barou kümmerten sich um die Vorbereitungen und nahmen selbst an der Begegnung teil. Barou versuchte zu sondieren, ob der Kanzler bereit war, materielle Versprechen zu erwägen bzw. zu geben, während Blankenhorn die Erwartungen der jüdischen Seite abzuklären hoffte. Das Gespräch zwischen Adenauer und Goldmann fand am 6. Dezember 1951 statt. Ursprünglich als Geheimtreffen vereinbart und im offiziellen Terminplan des Kanzlers nicht aufgeführt, ließ Adenauer die Begegnung schon am folgenden Tag an deutsche Reporter durchsickern.[99]

Die Eindrücke der Gesprächsteilnehmer waren bedeutend positiver als Horowitz' Erinnerungen von seiner Begegnung mit dem Bundeskanzler.[100] Adenauer war von Goldmanns Eloquenz tief beeindruckt, und zwischen den beiden Persönlichkeiten entstand ein besonderes Verhältnis, das bis zum Tode des Bundeskanzlers anhielt. Adenauer war bereit, sich schriftlich zur Schilumimpflicht zu bekennen. Das in der jüdischen Geschichte beispiellose Schriftstück legte die Bedingungen für zukünftige Verhandlungen fest.[101] Seine Besonderheit lag am Bekenntnis zum Unrecht, das dem jüdischen Volk zugefügt worden war, und an

---

[96] Bericht des Botschafters Eliahu Elath über sein Treffen mit dem britischen Unterstaatssekretär im Außenministerium, Anthony Nutting, vom 30. 11. 1951, ISA, 43/10.

[97] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 22. 11. 1951, BGA, BGD.

[98] Goldmann an Sharett vom 7. 1. 1952, ISA, 2417/4.

[99] Die WELT (Hamburg) vom 8. 12. 1951.

[100] Barou an Goldmann vom 2. 1. 1952, CZA, Z 6/2345.

[101] Der Adenauer-Brief im Original liegt im: CZA, File Z 6/2345; ADENAUER, Briefe, 1951–1953, Dokument Nr. 132, S. 150.

der Bereitschaft, die Opfer zu entschädigen. Nie zuvor hatte das jüdische Volk je so ein Dokument erhalten, und mit seiner Unterschrift hatte Adenauer Verständnis für die Gefühle der jüdischen Gemeinschaft demonstriert. Der tief bewegte Ben Gurion übertrug Teile des Briefes in sein Tagebuch und weihte ihm Nahestehende in seinen Inhalt ein.[102] Adenauer allerdings war Verpflichtungen eingegangen, ohne vorher sein Kabinett zu konsultieren, und er handelte gegen den Rat seines Finanzberaters Abs.[103] Hätte er aber eine weniger entgegenkommende Entscheidung getroffen, wäre eine Verständigung kaum so leicht zustande gekommen. Direkte Verhandlungen mit der jüdischen Seite wären wohl außer Reichweite gerückt. Die skeptischen Israelis hätten sich kaum auf die Bundesrepublik zubewegt, hätte nicht ein verläßlicher Hinweis dafür vorgelegen, daß die Bundesregierung ernsthaft zu verhandeln gedachte. Da das Versprechen zunächst nur den Bundeskanzler persönlich band, wurde es auf israelischer Seite strikt geheimgehalten.

Ungeachtet der mündlichen Zusagen strebten die Israelis eine schriftliche Bestätigung der alliierten Unterstützung für die Schilumim an. Eine entsprechende Forderung enthielt die Antwort vom 30. November 1951 auf die alliierten Noten vom 5. Juli desselben Jahres. Die israelische Regierung bestritt in ihrer Antwort zudem die Behauptung in den alliierten Noten, daß Israel bereits Entschädigungszahlungen erhalten habe. Ferner nahm die israelische Note Stellung zur deutschen Entschädigungsgesetzgebung bzw. zur Erhaltung und Verbesserung dieser Gesetze im Rahmen der noch nicht unterzeichneten Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Alliierten. Die Großmächte waren nicht gewillt, eine öffentliche Erklärung zugunsten der Schilumim abzugeben. Als Bundeskanzler Konrad Adenauer den britischen Außenminister Anthony Eden über das bevorstehende Treffen mit Nahum Goldmann unterrichtete, äußerte der Brite Genugtuung, wünschte aber, nicht involviert zu werden. Auch der britische Premierminister Winston S. Churchill erkundigte sich über den Status der Verhandlungen. Die diskreten alliierten Stellungnahmen konnten allenfalls als indirekte Unterstützung interpretiert werden.[104]

Das Treffen zwischen Adenauer und Goldmann signalisierte offenbar den Durchbruch im deutsch-israelischen Dialog, woraufhin sich die Westmächte veranlaßt sahen, ihn öffentlich zu unterstützen. Sie beeilten sich, die letzte israelische Note zu beantworten, möglicherweise um die ums Überleben kämpfende Regierung Ben Gurion in ihren Bemühungen zu unterstützen, das israelische Publikum für Verhandlungen mit Deutschland zu gewinnen.[105] Die britische Antwort ist zumindest bemerkenswert: „Angesichts von Dr. Adenauers bekannter Haltung zu den deutschen Verpflichtungen ist die Regierung seiner Majestät überzeugt,

---

[102] Tagebucheinträge Ben Gurions vom 10. und 11. 12. 1951, BGA, BGD.

[103] Böhm an Hallstein vom 8. 3. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17; Eintrag vom 7. 12. 1951, BArch, N 1351, Bd. 8b; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 10. 12. 1951, BGA, BGD.

[104] Frank Evans an Roberts vom 29. 12. 1951, PRO, FO 371/97866; Elath an Comay vom 10. 1. 1952, ISA, 3028/2.

[105] Herlitz an Shinnar vom 10. 1. 1952, ISA, 166/1.

daß eine Intervention von seiten der Besatzungsmacht nicht erforderlich ist."[106] Besonders signifikant für die folgenden Entwicklungen war die Antwort des amerikanischen Außenministeriums vom 24. Januar 1952:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten hat stets den Standpunkt vertreten, daß eine Regelung des israelischen Anspruchs gegenüber Deutschland durch direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen des Staates Israel und der Bundesrepublik Deutschland zu erfolgen hat. Sie nimmt zudem mit Genugtuung zur Kenntnis, daß die israelische Regierung die Zustimmung des Parlaments zum Angebot der Bundesrepublik, Verhandlungen über eine solche Regelung zu führen, beantragt und erhalten hat. Die Vereinigten Staaten erwarten den Ausgang dieser Verhandlungen mit wohlwollendem Interesse."[107]

Die Note war für die Israelis von einiger Bedeutung. Sie brachte zunächst klar die amerikanische Unterstützung für die israelischen Forderungen im Falle direkter Verhandlungen zum Ausdruck. Wichtiger war für die Israelis jedoch der letzte Satz, den israelische Regierungsvertreter fortan gegenüber Freund und Feind stets wiederholten. Das „wohlwollende Interesse" Washingtons wurde in Jerusalem als Erwartung eines positiven Ausgangs der Verhandlungen interpretiert. Gleichgültig, ob sich einige westdeutsche Persönlichkeiten oder Kreise noch an die Illusion klammerten, daß die USA sich nicht für Schilumim interessierten: In Israel wurde die Note als klare Stellungnahme zugunsten der israelischen Haltung interpretiert. Sie beseitigte den letzten Rest an Zweideutigkeit in der amerikanischen Haltung.

Parallel zum zunehmenden positiven Engagement der Großmächte stieg das Interesse der israelischen Regierung an den Aktivitäten der Claims Conference, mit der sie im Wettstreit über den Entscheidungsprozeß, den Vertretungsmodus und vor allem über die der Bundesrepublik gegenüber zu stellenden Forderungen lag. Die amerikanisch-jüdischen Organisationen gemäßigt-zionistischer Ausrichtung sowie die nicht-zionistischen Organisationen, wie das AJC, das Jewish Labour Committee, die British Anglo-Jewish Association und die meisten deutsch-jüdischen Organisationen vertraten das Judentum außerhalb Israels erfolgreich gegen den israelischen Alleinvertretungsanspruch und machten eigene Forderungen geltend. In gewisser Hinsicht machte die Claims Conference Geschichte. Zum ersten Mal schlossen sich jüdische Organisationen auf fünf Kontinenten zusammen, um die Interessen ihrer Gemeinden besser zu vertreten. Geeint waren sie in der Lage, nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch gegenüber Israel härter aufzutreten.

Die JAFP befand sich in einer schwierigen Lage. Als Teilnehmerin der Claims Conference lief sie Gefahr, mit der israelischen Regierung in Konflikt zu geraten. Gleichzeitig erwartete man von ihr als wichtigster Vertreterin des Zionismus die Wahrnehmung der Interessen des jüdischen Staates. In dieser widersprüchlichen Position tendierten die JAFP-Vertreter dazu, gemäß persönlicher Neigung zu handeln. Goldmann und eine Anzahl weiterer Vertreter versuchten, die Standpunkte der beiden rivalisierenden Partner aufeinander abzustimmen. Das AJDC nahm eine partikularistische Haltung ein. Als apolitische Organisation war sie aufgrund der eigenen Statuten zumindest formal von der Claims Conference aus-

[106] Text der britischen Note vom 10. 1. 1952, ISA, 344/23.
[107] Text der amerikanischen Note vom 24. 1. 1952, ISA, 344/23.

geschlossen, als wichtigste Organisation im Bereich der Verwendung und Verteilung von Geldern aus Deutschland aber dennoch in sämtlichen praktischen Belangen durch „Beobachter" in ihr vertreten oder gar direkt involviert. Nur die AJDC besaß die Infrastruktur, Gelder in Wohlfahrtsprogramme zu verwandeln. Sie engagierte sich besonders bei der Repatriierung und Eingliederung von DPs in Israel, war aber nicht zionistisch orientiert und half bedürftigen Juden auf der ganzen Welt. Insofern stärkte die AJDC den nicht-zionistischen Flügel der Claims Conference. Die orthodoxe Agudath Israel Weltorganisation und in geringerem Maße auch der Executive Council of Australian Jewry sowie der Synagogue Council of America vertraten dagegen die Boykottbefürworter. Das antizionistische orthodoxe Judentum hielt sich an traditionelle Verhaltensmuster, wie sie etwa nach der Vertreibung der Juden aus Spanien im Jahre 1492 zum Ausdruck kamen. Im vorliegenden Fall bedeutete dies das totale Ignorieren beider deutschen Staaten.[108] Bei den Vertretern des australischen Judentums, deren Äußerungen gleichermaßen von tiefer Abneigung gegen Deutschland zeugten, spielte zudem die Befürchtung mit, eine Einigung zwischen der jüdischen Seite und der Bundesrepublik Deutschland könnte zu einer deutschen Emigrationswelle nach Australien als Teil eines „Kompensationsgeschäfts" zwischen beiden Seiten führen.[109]

Die Claims Conference repräsentierte verschiedene Strömungen des Judentums, dominiert wurde sie jedoch vom amerikanischen Judentum und von Goldmann. Die amerikanische Dominanz schien derart ausgeprägt, daß jüdische Vertreter aus Europa sich gegen die „amerikanische Vormundschaft" zur Wehr setzten. Das europäische und nicht das amerikanische Judentum, so lautete das Argument der europäischen Juden, habe unter der NS-Herrschaft direkt gelitten und kenne die eigenen Bedürfnisse deshalb am besten. Als Gegenargument wurde vereinzelt auf die massive Hilfe hingewiesen, die das Judentum der Neuen Welt den Juden in der Alten Welt zukommen lasse. Gewisse Stimmen bezeichneten die deutschen Zahlungen als eine Art Rückfluß von Ausgaben und Investitionen, die amerikanische Juden während des Krieges und danach getätigt hatten, ein Argument, das kategorisch zurückgewiesen wurde.[110]

Das amerikanische State Department, das Londoner Foreign Office und besonders die Bundesregierung maßen der Claims Conference großes Gewicht bei. Bonn betrachtete die Claims Conference als mit Israel gleichwertig. Die Vorstellung von der „Macht des internationalen Judentums" und der „jüdischen Finanz" schien dabei im westdeutschen Politikerkreisen immer noch eine große Rolle zu spielen – man hoffte insgeheim, sie würde der Bundesrepublik den Weg zu den internationalen Finanzmärkten ebnen. In westdeutschen Regierungskreisen wurde bereits seit geraumer Zeit die Möglichkeit der Schilumimfinanzierung durch ausländische Bankanleihen diskutiert,[111] die auch während der Verhandlungen und

---

[108] Bendor an die Abteilung Westeuropa vom 30. 10. 1951, ISA, 433/4b.

[109] Das Executive Council of Australian Jewry an Nahum Goldmann vom 17. 10. 1951, ISA, 533/4.

[110] Bericht von Leavitt vom 15. 1. 1952, AJDC, Subj. Reparations, 1951/52, File 4411.

[111] Herlitz an Shinnar vom 19. 12. 1951, ISA, 3028/2; Brückner an Bachman in London vom 29. 12. 1951, PA, 244-13/II, 15202/51.

sogar danach mehrmals in Erwägung gezogen wurden. Schließlich teilten die Claims Conference und der Staat Israel die Aufgaben untereinander auf: Das israelische Außenministerium wollte sich künftig auf die kollektive Entschädigung – die Schilumim – konzentrieren, die Claims Conference auf die individuellen Rechte jüdischer NS-Opfer. Vom deutschen Gesetzgeber erwartete die Claims Conference eine adäquate gesetzliche Regelung der Entschädigung der NS-Opfer für erlittenes Leid sowie entsprechende Gesetze für die Rückerstattung geraubten Eigentums und die Entschädigung für zerstörte Karrieren, Rentenausfälle etc., unabhängig von der Nationalität der jüdischen Opfer.

Georg Landauer, der seit Beginn der Schilumimdebatte auf der jüdischen Seite für eine globale Lösung eintrat, setzte diese Idee nun auf die Tagesordnung der Claims Conference. Eine globale Forderung umfaßte nach Landauers Vorstellung das von der JRSO nicht beanspruchte erbenlose Eigentum, in den besetzten Ländern zusammengerafftes jüdisches Eigentum und die „Dritte Masse". Landauers Vorschlag löste eine Debatte über die Zweckmäßigkeit kollektiver Entschädigungszahlungen aus. Es stellte sich die Frage, ob die Claims Conference eine kollektive Forderung erheben sollte, zusätzlich zum kollektiven Anspruch des Staates Israel? Würde ein solcher Anspruch nicht in Konflikt geraten mit den Schilumim? Beruhten nicht beide Ansprüche auf derselben Grundlage und würde damit den Deutschen nicht die Gelegenheit geboten, eine Entschädigung gegen die andere auszuspielen? Könnten zwei ähnliche Ansprüche auf der deutschen Seite nicht Verwirrung stiften und die Verhandlungen unnötig belasten?[112] Schließlich einigte man sich auf folgendes Vorgehen: Eine Forderung würde das Eigentum betreffen, das die Nationalsozialisten nach 1933 den deutschen Juden und nach dem Anschluß Österreichs auch den Juden außerhalb der Reichsgrenzen von 1937 geraubt hatten, die andere die materielle Hilfe für die Wiederansiedlung von Opfern der NS-Verfolgung. In der nachfolgenden Debatte, ob der Staat Israel und die Claims Conference getrennt je einen Teil der Ansprüche geltend machen oder ob beide zusammen handeln sollten, entschied man sich für die erste Variante: Israel würde die Wiederansiedlungskosten für eine halbe Million Überlebende des Holocaust beanspruchen und dabei nur am Rande auf das Raubgut eingehen, während die Claims Conference eine globale Forderung stellen würde, im wesentlichen gestützt auf das Raubgut und in beschränktem Maße auch auf die humanitäre Hilfe, die jüdische Organisationen Auswanderungswilligen in Deutschland, DPs und anderen NS-Opfern gewährten.

Die schon relativ früh einsetzende Diskussion über die Aufteilung der Ansprüche führte nicht, wie befürchtet, zur erbitterten inneren Auseinandersetzung, sondern half, Konflikte zu bereinigen und sowohl die anstehenden Fragen als auch den Auftrag der zwei Delegationen genau zu umschreiben. Ein Grundsatz fand die einhellige Zustimmung aller beteiligter Organisationen: Die kollektiven Forderungen des Staates Israel, die Schilumim, hatten Vorrang. Die Claims Confe-

---

[112] Shinnar an Bendor vom 7. 11. 1951, ISA, 3028/2; Shinnar an Landauer vom 19. 12. 1951, ISA, 2413/5a; Jacobsen an Beckelmann vom 11. 10. 1951, AJDC, Gen.& Emerg. Germany; Hevesi an Blaustein vom 7. 1. 1952, YIVO, AJC, RG 347, GEN-12, Box 22, Blaustein 1952.

rence war, angesichts der Notwendigkeit, in Israel möglichst rasch eine lebensfähige Wirtschaft aufzubauen, Neueinwanderer einzugliedern und das Land gegen äußere Bedrohungen zu verteidigen, bereit, den israelischen Anspruch zu unterstützen. Durch die Annahme dieses Prinzips erkannten alle jüdischen Parteien faktisch die Vorrangstellung Israels in jüdischen Angelegenheiten bzw. den Umstand an, daß jüdische Solidarität künftig die Unterstützung des Staates Israel erfordern würde.

Die faktische Vorrangstellung des Staates Israel löste bei den deutsch-jüdischen Organisationen erneut Alarm aus. Sie befürchteten, ihre Interessen dem Staat Israel opfern zu müssen und dabei praktisch ein zweites Mal – diesmal durch jüdische Organisationen – enteignet zu werden. Wieder wurde die Möglichkeit unabhängiger Verhandlungen mit der Bundesregierung erwogen – und von einigen westdeutschen Regierungsstellen gefördert. Doch nach kurzer Abwägung der Frage gelangten die deutsch-jüdischen Organisationen zu der Einsicht, daß unabhängige Verhandlungen sich zu ihren Ungunsten auswirken könnten und beschlossen, sich endgültig der Mehrheit im jüdischen Lager anzuschließen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Vorbereitungen zu direkten Verhandlungen war der Kampf um die öffentliche Meinung . Beide Seiten versuchten, die Weltöffentlichkeit aus eigener Sicht auf das bevorstehende Ereignis einzustimmen. Davon erhoffte man sich Vorteile für den Ausgang der Verhandlungen und – im Falle der Bundesrepublik – eine reibungslose Wiedereingliederung in die Völkerfamilie. Mit anderen Worten, Bonn versuchte, den „moralischen Kredit" der Verhandlungen vorab zu ernten. Das Zielpublikum befand sich auf beiden Seiten des Atlantiks. Es umfaßte sowohl die jüdische Gemeinschaft als auch die breite Öffentlichkeit. Die israelische Regierung war daran interessiert, die deutsche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Entrichtung von Schilumim zu überzeugen, während sie in den Vereinigten Staaten bemüht war, für ein israelfreundliches Klima zu sorgen, um die amerikanische Regierung im Falle von Verhandlungsschwierigkeiten mit Deutschland günstig zu stimmen. Ein nicht zu unterschätzender Beweggrund für die israelische bzw. jüdische Öffentlichkeitsarbeit bildete zudem die Besorgnis über die rechtsradikale und neonazistische Anti-Schilumim-Kampagne sowohl im Bundestag als auch im öffentlichen Bereich, besonders mündliche und schriftliche Attacken gegen die Schilumim und Versuche, die bestehenden Entschädigungsgesetze zu ändern.[113]

Die Vorbereitungen der Bundesregierung auf die bevorstehende Verhandlungsphase verliefen zunächst sehr langsam und gerieten erst nach dem zweiten Adenauer-Goldmann-Treffen allmählich in Schwung. Aus der Fülle sich entwickelnder Aktivitäten sind besonders die Bemühungen um „moralische Wiedergutma-

---

[113] BUNDESANZEIGER vom 12. 1. 1952; HAMBURGER FREIE PRESSE vom 16. 1. 1952; AL HAMISHMAR (Tel Aviv) vom 17. 1. 1952; HATZOFEH (Tel Aviv) vom 25. 1. 1952; McCloy an General W.H. Wilbur vom 1. 2. 1952, USNA, Suitland, McCloy Papers, RG 466, Box 36; Avner to Shinnar vom 12. 2. 1952, ISA, 543/3; NEW YORK HERALD TRIBUNE vom 1. 3. 1952. Vgl. auch WOLFFSOHN, Die Wiedergutmachung und der Westen, S. 19–29; WOLFFSOHN, Globalentschädigung für Israel und die Juden?; WOLFFSOHN, Deutsch-israelische Beziehungen; FREI, Die deutsche Wiedergutmachungspolitik, S. 215–230.

chung" zu erwähnen, ein weitläufiges Thema, das das deutsch-jüdische Verhältnis seit Kriegsende wesentlich mitprägte. Unter „moralischer Restitution" verstand die jüdische Seite die Verurteilung des Nationalsozialismus, des Antisemitismus und der Judenverfolgung im Dritten Reich sowie eine Verpflichtung zur künftigen Bekämpfung von Antisemitismus und rassistischer Diskriminierung. Damit wollte man die Diskreditierung der NS-Rassenpolitik, die Wiederherstellung der Menschenwürde der Juden und die Ergreifung effektiver Maßnahmen erreichen, um ein Wiederauftreten des Übels zu bekämpfen bzw. zu verhindern. Doch die westdeutsche Elite und die Öffentlichkeit taten sich schwer mit diesem Anspruch. Eine bequeme Ausflucht war etwa der Hinweis auf die Artikel 1 und 3 im Grundgesetz, die die persönlichen Rechte und Freiheiten garantierten, so daß sich zusätzliche Schritte erübrigen würden. Mit dieser Art von „moralischer Wiedergutmachung" gab man sich auf jüdischer Seite aber nicht zufrieden, das Thema blieb auf der Tagesordnung.[114] Nach Adenauers Erklärung im Bundestag wirkten die deutschen Reaktionen abgestumpft.

Die von verschiedenen Seiten erhobene Forderung nach „moralischer Wiedergutmachung" war auch auf jüdischer Seite nicht unumstritten.[115] Der Rechtsberater der JAFP, Walter Schwartz, betrachtete den Begriff als „didaktisch". Er stellte sich gegen die angebliche jüdische Forderung, das deutsche Volk im demokratischen Geiste umzuerziehen, indem er argumentierte, die einzige Aufgabe der Juden in Deutschland sei es, ihre gesetzlichen Ansprüche zu verteidigen.[116] Van Dam nannte die „moralische Wiedergutmachung" eine „terminologische Ungenauigkeit": „Was man unter moralischer Wiedergutmachung versteht, ist im allgemeinen überhaupt keine Wiedergutmachung, sondern ein Aliud. Die Erziehung im Sinne der Toleranz und der demokratischen Gesinnung hat mit Wiedergutmachung nichts zu tun."[117]

Auch im Auswärtigen Amt machte man sich Gedanken zu diesem Thema. Alexander Böker vom Kanzleramt sprach sich für die Förderung der „moralischen Wiedergutmachung" aus: „Meines Erachtens sollte das Programm der moralischen Wiedergutmachung in den Vordergrund gestellt werden, weil es sowohl innen- wie außenpolitisch größten Erfolg verspricht."[118] Es bestehe, so Böker, nur geringe Hoffnung, daß die Länder oder andere untergeordnete Behörden fähig sein würden, ein solches Programm durchzuführen. Er schlage deshalb mit Blankenhorns Unterstützung vor, einen Sonderuntersuchungsausschuß nach dem

---

[114] Blankenhorn an Barou vom 18. 7. 1951, IJA, 220.0; Barou an Goldmann vom 31. 7. 1951, IJA, 220.0; Ausarbeitung von Dr. N. Barou, über das Luxemburger Abkommen („how did it start") vom 19. 9. 1952, IJA, Old Archives, 220.0; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 25. 9. 1951, BGA, BGD; Kurzzusammenfassung des Treffens betr. Shilumim im Büro des Außenministers vom 5. 8. 1951, ISA, 534/4b.

[115] Zur Forderung nach „moralischer Wiedergutmachung" etwa: Schuster an Slawson vom 3. 10. 1951, YIVO, AJC, FAD-1, Box 34, Germ./West; Protokoll der Direktoriumssitzung des Zentralrates in Hamburg am 7. und 8. 10. 1951 im Hotel „Reichshof", ISA, 533/2.

[116] Schwartz an van Dam vom 18. 12. 1951, ISA, 533/2.

[117] van Dam an Schwartz vom 20. 12. 1951, ISA, 533/2.

[118] Aufzeichnung Bökers an Blankenhorn vom 13. 10. 1951, PA, 244–12E.

Vorbild der British Royal Commission mit der Ausarbeitung eines Regierungsprogramms zu beauftragen.[119] Der Kanzler billigte den Vorschlag im Grundsatz und betraute einen Regierungsvertreter mit der Durchführung. Auch Bundespräsident Heuss stand der Errichtung des Ausschusses sehr positiv gegenüber.[120] Warum ist aus der Sache dennoch nichts geworden? Böker hat im Rückblick die Auffassung vertreten, daß die Idee für Adenauer zu innovativ gewesen sei, es zuwenig geeignete Personen für die Durchführung gegeben und der materielle Aspekt der Reparationen die ganze Aufmerksamkeit beansprucht habe.[121] Das Projekt scheint sich von selbst aufgelöst zu haben, weil die mit seiner Umsetzung Beauftragten nicht an seine Wirksamkeit glaubten und weil sich die Öffentlichkeit nicht dafür interessierte.

Bemerkenswert ist die Bedeutung der moralischen Reparationen im Vergleich mit den materiellen Reparationen. Sobald die materiellen Reparationen in den Brennpunkt gerückt wurden, löste sich die Frage der moralischen Reparationen in nichts auf. In Israel wurde sie der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition überlassen. Offiziellen Sprechern kam der Begriff nicht mehr über die Lippen, von Ausführungen über den darin verkörperten Sinngehalt ganz zu schweigen – Pecunia nervus rerum.

Das Kapitel der „moralischen Wiedergutmachung" müßte als belanglos gelten, wäre es nicht richtungsweisend für die zukünftige Entwicklung des deutsch-jüdischen Verhältnisses, das bald nur noch im Zeichen der materiellen Entschädigung stand.

6. Israel entscheidet sich für Verhandlungen

Nachdem die Bundesregierung und später auch die Alliierten der Schilumimidee grundsätzlich zugestimmt hatten, konnte eine Entscheidung der Israelis nicht mehr länger auf sich warten lassen. Die altgediente Elite der Regierungspartei Mapai war pragmatisch genug und bereit, die Ideologie der Realität anzupassen. Wenn es darum ging, ob direkt mit Deutschland verhandelt werden sollte, um einen lebenswichtigen Geldtransfer zu erwirken, oder ob der Boykott Deutschlands aufrechtzuerhalten und die Schilumim somit aufzugeben seien, wie es der Nationalstolz in den Augen vieler Israelis erfordert hätte, wurde dem Überleben des Staates klar oberste Priorität beigemessen. Der wirtschaftliche Bedarf war in der Tat enorm, die Einnahmequellen versiegt und die Währungsreserven aufgebraucht. Trotzdem hielten einzelne Mapai-Minister, darunter der Minister für Versorgung und Rationierung, Dow Joseph, zuständig für die schier unlösbare Aufgabe, die stark wachsende Bevölkerung zu ernähren, und die Ministerin für Arbeit, Golda Meyerson (später: Meir), verantwortlich für die Schaffung von Arbeitsplätzen für Zehntausende Arbeitsloser – zumeist Neueinwanderer –, an ihrer

[119] Ebd.
[120] Vermerk Klaibers über Böker an Blankenhorn vom 6. 3. 1952, PA, 244–12E.
[121] Brief von Böker an den Autor vom 14. 2. 1990.

Opposition gegen Schilumim und gegen direkte Gespräche mit Deutschland fest.[122] Vertreter anderer Parteien waren noch schwieriger für die Schilumimidee zu gewinnen. Es stellt sich die Frage, ob es nur wirtschaftliche Gründe waren, die Ministerpräsident Ben Gurion zu direkten Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland bewogen. Das Studium seiner damaligen und späteren Äußerungen läßt den Schluß zu, daß der für seine scharfen politischen Instinkte bekannte Mapai-Vorsitzende die Notwendigkeit der Aufnahme von Beziehungen mit Deutschland erkannte, sie als eine Art Investition in die Zukunft bewertete, die sich später bezahlt machen würde.

Nachdem Israel im Kalten Krieg zunächst keinem der beiden Blöcke angehörte, zeichnete sich im Vorfeld der Schilumimverhandlungen eine außenpolitische Kursänderung in Richtung Westen ab. Amerikanische Diplomaten erkannten diese Entwicklung und förderten sie. Israel suchte die militärische Integration im westlichen Lager. Ministerpräsident Ben Gurion stellte die Umrisse dieser Politik am 11. Juni 1951 der Knesset vor.[123] Die außenpolitische Neuorientierung Israels dürfte zur Änderung der amerikanischen Haltung in der Schilumimfrage beigetragen haben. Wie bereits dargelegt, erwarteten Washington und Bonn ein Quidproquo, und Ben Gurion war offensichtlich bereit, das „Quid" zu liefern. Da die praktischen Bedürfnisse des Staates Israel in der herrschenden außenpolitischen Konstellation mit den politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten sowie des Westens im allgemeinen übereinstimmten, ergab sich ein günstiges Klima für gegenseitige Vereinbarungen.

Obwohl Israel offiziell Schilumimansprüche gegen beide deutschen Staaten geltend machte, war klar, daß diese Forderungen einander ausschließen würden. Der Rechtsberater des israelischen Außenministeriums, Shabtai Rosenne, zitierte in diesem Zusammenhang aus dem Positionspapier des Rechtsberaters der israelischen UNO-Delegation, Jacob Robinson:

„[*Dr. Robinson*] vertritt die Ansicht, daß den israelischen Interessen in praktischer Hinsicht besser gedient sei, wenn man vorgebe, daß Westdeutschland identisch sei mit ganz Deutschland und somit die gesamte Verantwortung für Deutschland als Ganzes auch hinsichtlich Reparationen, Restitution und Entschädigung trage. Die endgültige Entscheidung in dieser schwierigen Frage wird jedoch die Regierung treffen müssen, sobald sie über sämtliche relevanten Fakten im Bilde ist."[124]

---

122 Walter Eytan erinnert sich an die Kabinettsdebatte von Ende 1950, als Joseph mit einer dramatischen Geste erklärte, er würde seine Meinung nicht einmal für eine Million Dollar ändern. Eine Million Dollar war damals eine enorme Summe, und der kranke, greise und nicht mehr im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte befindliche Eytan schien davon noch immer tief beeindruckt: Interview mit Walter Eytan vom Herbst 1987, BGA, Oral History Division. Meir schlug auf einer Sozialistentagung in Zürich im Jahre 1947 die Hand von Kurt Schumacher aus. Schumacher verbrachte die Zeit des Dritten Reiches in NS-Konzentrationslagern, wo er eine Hand verlor: SHAFIR, Ha yad ha-musheteth, S. 39.

123 NEW YORK TIMES vom 5. 11. 1951; Hevesi an Slawson vom 9. 1. 1952, YIVO, AJC, RG-347, GEN-10.

124 Stellungnahme des Rechtsberaters des israelischen Außenministeriums, Shabtai Rosenne, zur Not der Drei Mächte vom 24. 10. 1950 betr. Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland vom November 1950, ISA, 344/15.

Die Wahl zwischen den beiden deutschen Staaten war politischer Natur, und sie wurde nicht frei getroffen. Rosenne warnte mehrmals vor „äußerst ernsten politischen Konsequenzen" und „der Gefahr des politischen Drucks", den die israelische Regierung bei ihren Erwägungen berücksichtigen solle.

Mit dem Votum für die Bundesrepublik Deutschland hatte sich Israel für den Westen entschieden. Die Vorteile lagen auf der Hand: Israel teilte mit dem Westen Werte und Interessen, die größten und stärksten überlebenden jüdischen Gemeinden lagen im Westen, und die wichtigsten Handelsverbindungen sowohl des Palästina-Mandats als auch des Staates Israel führten in westliche Länder, wo auch der größte Teil der Versorgung herstammte. In der Konfrontation mit den Arabern konnte Israel vom Westen mehr erwarten als vom Osten. Die westdeutsche Wirtschaft war zudem trotz wirtschaftlicher Schwierigkeiten robuster als die ostdeutsche. Auch hinsichtlich Israels materieller Hilfsbegehren hatte Bonn mehr zu bieten. Zwar wurde von beiden deutschen Staaten Schilumim erwartet, und die Realisierung dieser Erwartung hätte – nach israelischem Dafürhalten – die ideale Lösung bedeutet. Doch angesichts der weltpolitischen Lage entschied sich Jerusalem für die Seite, die mehr Vorteile versprach.

Man könnte behaupten, daß die langfristige Perspektive Ministerpräsident Ben Gurion zur Öffnung gegenüber der Bundesrepublik bewog, obwohl es dafür in den vorhandenen Dokumenten keinen konkreten Anhaltspunkt gibt. Sollte diese These zutreffen, so kam ihm der Schilumimstreit mit der Opposition zur Tarnung der wirklichen Beweggründe zweifellos sehr gelegen.[125] Für eine ausgewogene Antwort auf diese Frage scheint es aber noch zu früh zu sein. Das Thema Deutschland weckte in der israelischen Öffentlichkeit in der Frühzeit des Staates Israel starke Emotionen. Israel kann wegen des prägenden Einflusses des Holocaust auf das Denken seiner Bürger als „Staat der Überlebenden" bezeichnet werden. Doch dieses Bild trifft nur teilweise zu. Mindestens bis zum Eichmannprozeß im Jahre 1961 haftete den Holocaust-Überlebenden in Israel das im krassen Gegensatz zum heroischen Ethos des Jischuv[126] stehende Stigma der passiven Opfer an, die „wie Schafe zur Schlachtbank geführt wurden". Der Zionismus wollte in Palästina einen „neuen Menschen" schaffen, die Antithese zum unterwürfigen Menschenbild der jüdischen Diaspora, das die Holocaust-Überlebenden – in den Augen der israelischen Öffentlichkeit – bis zu einem gewissen Grade verkörperten. Haßgefühle gegenüber Deutschland wurden in Israel bereitwillig übernommen, doch für die Leidensgeschichte der Überlebenden interessierte sich niemand. Die zionistische Führung begegnete diesem Bevölkerungsteil mit einer Mischung von Mitleid und Verachtung. Dem Protest von Holocaust-Überlebenden wurde weniger Gewicht beigemessen, und ihr Einfluß auf das öffentliche Denken verringerte sich allein durch den Umstand, daß es sich um Holocaust-Überlebende handelte.

---

[125] AUERBACH, Ben Gurion and Reparations, S. 279ff.; Ben Gurions Tagebücher ergeben keine Anhaltspunkte in dieser Frage, doch eine große Zahl von Dokumenten im Zusammenhang mit Ben Gurion ist immer noch unter Verschluß.

[126] Bezeichnung für die jüdische Gemeinschaft in Palästina vor der Gründung des Staates Israel.

Die Generation, die am Kampf gegen das britische Mandat und am Unabhängigkeitskrieg teilgenommen hatte, besaß andere Prioritäten als die Holocaustflüchtlinge. Beim Zusammenstoß mit den Werten und Emotionen dieser Neueinwanderer setzte sich der auf die Befriedigung aktueller Bedürfnisse bedachte Pragmatismus der Alteingesessenen durch. Das bedeutet aber nicht, daß der Jischuv frei von antideutschen Gefühlen war oder daß die Neueinwanderer die raison d'être des Staates nicht ernst nahmen. Wie dem auch sei, im alltäglichen Kampf ums staatliche Überleben wurden Haß und Bedenken bis auf weiteres beiseite geschoben. Die Schilumim stellten den Wert von Emotionen und Idealen in Frage und führten letztlich zur Dominanz von Pragmatismus, Materialismus und – gelegentlich auch – Opportunismus. Doch keine Seite in der Schilumimdebatte konnte den rechten Weg für sich allein beanspruchen. Kurz: Die Befürworter erhoben die Erhaltung und Förderung des Staates Israel kurzerhand zum höchsten Ideal, doch auch der Standpunkt der Opposition war nicht frei von politischen Hintergedanken. Politische Vorhaben und Aspirationen gingen Hand in Hand mit historischen Emotionen. So präsentierte sich die Opposition als Verfechterin höchster Ideale, während die amtierende Regierung als Verräterin des nationalen Erbes dargestellt wurde.

Wie bereits mehrfach dargestellt, war die israelische Regierung in der Frage der direkten Verhandlungen mit Deutschland gespalten. Auch die Feststellung, daß in der breiten israelischen Bevölkerung nur eine kleine Minderheit eine deutsch-israelisch-jüdische Annäherung irgendwelcher Art unterstützte, ist nicht neu. Die zumeist latente aber dennoch vehemente Abneigung gegen Deutschland sorgte für ständigen Druck auf die politischen Entscheidungsträger. Unter den Gegnern von Kontakten mit Deutschland gingen jedoch nur wenige so weit, auch Zahlungen aus Deutschland abzulehnen.[127] Israelische Bürger deutscher Herkunft und besonders jene mit gesetzlichem Anspruch auf eine deutsche Rente, begrüßten die anstehenden Verhandlungen hinter vorgehaltener Hand. Viele ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge, die mit den Entschädigungsgesetzen aus der Besatzungszeit teilweise oder ganz unzufrieden waren, hofften auf zusätzliche Entschädigung. Mit anderen Worten, viele lautstarke Gegner deutsch-israelischer Verhandlungen hofften insgeheim davon zu profitieren. Nur wenige wagten es aber, sich offen zu Verhandlungen und Schilumim zu bekennen. Meinungsumfragen belegten die tiefe Abneigung gegen alles Deutsche. 75% der israelischen Bevölkerung sollen sich gegen Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen haben.[128] Trotz intensiver Bemühungen verschiedener Regierungsstellen, die Öffentlichkeit auf Verhandlungen mit Deutschland vorzubereiten, wechselten nur wenige offen ins Lager der Schilumimbefürworter über.

Adenauers Erklärung im Bundestag weckte die israelische Öffentlichkeit aus ihrer Lethargie. Die sich entfaltende Debatte konzentrierte sich auf die Frage der direkten Gespräche und verlief nicht nach Parteilinien. Organisationen und Einzelpersonen, führende Intellektuelle, Schriftsteller, Kriegsveteranen und Über-

---

[127] Avner an den Minister in Brüssel vom 19. 10. 1951, ISA, 2539/2; Yachil an Jacob Robinson vom 7. 1. 1952, ISA, 3028/2.

[128] Frank Evans an Anthony Eden vom 17. 1. 1952, PRO, FO 371/97866.

lebende des Holocaust äußerten sich negativ.[129] Doch Ben Gurion und seine Anhänger zeigten sich unbeeindruckt. Am 13. Dezember 1951 kam es im Präsidium der Mapai zu einer ausführlichen Debatte über Verhandlungen mit Deutschland und Schilumim. Sie dauerte einen ganzen Tag, zwanzig Redner meldeten sich zu Wort.[130] Das Mapai-Präsidium war ein durchaus verläßliches Abbild der Bevölkerung, die Analyse der Debatte läßt deshalb Rückschlüsse auf die Meinungsvielfalt in der breiten Öffentlichkeit zu. Der bereits zitierte Historiker Mark Dworecki vertrat den extremistischen Standpunkt: „Meine Seele wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis ich sechs Millionen Deutsche für die sechs Millionen Juden sterben sehe. Können wir keine Rache üben, sollten wir ihnen wenigstens ins Gesicht spucken.".[131] Dworecki forderte „ewigen Haß" gegenüber Deutschland. Golda Meyerson weigerte sich, zwischen Deutschen und Nationalsozialisten zu unterscheiden. Die prominente Mapai-Politikerin bekannte sich in bezug auf Deutschland zu einer „rassistischen Einstellung". Für deutsche Antifaschisten oder für die Nachkriegsgeneration hatte sie kein Verständnis. Andererseits erklärte sie sich bereit, in dieser Angelegenheit dem Urteil Ben Gurions zu folgen, nicht aus Überzeugung, sondern aus Disziplin und Respekt vor dem Ministerpräsidenten, auf dessen Weitsicht und Erfahrung sie sich verlasse.[132]

Der in Deutschland geborene Mapai-Politiker Peretz (Fritz) Naphtali markierte das andere Ende des Meinungsspektrums. Er lehnte Verallgemeinerungen ab und wies darauf hin, daß es auch deutsche Flüchtlinge und deutsche Konzentrationslagerhäftlinge gegeben habe. Es habe gute und schlechte Deutsche gegeben. Leider seien die schlechten viel zahlreicher gewesen, so Naphtali. Die übrigen Voten bewegten sich zwischen diesen beiden Polen. Der Präsident der Knesset, Yitzchak Sprintzak, sagte, es bereite ihm keine Gewissensprobleme, mit Deutschen zu sprechen, aber man müsse das Geschehene der Jugend weitervermitteln. Wenn man Spanien über Generationen hinweg gemieden habe, müsse man auch Deutschland so behandeln. Entschädigung könne das Böse nicht wiedergutmachen.

Im weiteren Verlauf der Debatte kam unter anderem auch die Frage der diplomatischen Beziehungen zur Sprache. Einige Sprecher votierten dafür, andere dagegen. Wiederum andere waren für Zahlungen ohne direkte Gespräche, doch die Mehrheit der Anwesenden teilte Ben Gurions Standpunkt: Israel brauche Geld zum Leben, und mit dem Hinweis auf das Bibelzitat „Du hast gemordet, dazu auch fremdes Gut geraubt"[133] wurde gefordert, das Raubgut nicht in deutscher Hand zu belassen. Andere Redner gingen noch einen Schritt weiter: Die Schilumim bedeuteten den endgültigen Sieg des jüdischen Volkes über den Nationalsozialismus. Hitler sei es nicht gelungen, das jüdische Volk zu vernichten. Die Juden hätten ihren Staat, und gerade deutsches Geld, wurde argumentiert, werde zu sei-

---

[129] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 30. 10. 1951, BGA, BGD; der Bund Kriegsinvalider an Ben Gurion vom 23. 10. 1951, ISA, 532/10; HATZOFEH (Tel Aviv) vom 14. 12. 1951.
[130] Protokoll über die Sitzung des Präsidiums von Mapai am 13. 12. 1951, LPA, File 23/51, Bd. C.
[131] Ebd.
[132] Ebd.
[133] Könige 1, 21,19.

nem Aufbau beitragen. Die Welt werde daraus folgern, daß jüdisches Leben nicht „minderwertig" sei und daß das an den Juden begangene Verbrechen nicht ungestraft bleibe. Dem Vorwurf einzelner, Israel helfe Deutschland bei der Wiedereingliederung in die Völkerfamilie, begegneten andere mit der Feststellung, das Land befinde sich ohnehin auf dem Weg zur Selbständigkeit, ob Israel dies gefalle oder nicht. Da sei es besser, sich wenigstens auf die richtige Seite zu stellen. Altgediente Mapai-Vertreter warfen der rechtsoppositionellen Cherut-Partei Heuchelei vor und erinnerten an den Widerstand gegen die Haavarah, der sich in historischer Perspektive als falsch erwiesen habe. Von tiefem Mißtrauen gegenüber Deutschland geprägte Stimmen warnten, die Bundesrepublik könnte möglicherweise die Früchte eines Abkommens vorzeitig ernten, ohne ihren Verpflichtungen nachzukommen.[134] Zweiundvierzig Mitglieder des Mapai-Präsidiums stimmten am Ende der Debatte für direkte Gespräche mit der Bundesrepublik Deutschland und folglich auch für Schilumim. Fünf stimmten dagegen und niemand enthielt sich der Stimme. Wieviele Mitglieder der Abstimmung fernblieben, ist nicht bekannt. Diese Abstimmung war jedenfalls entscheidend für die nachfolgenden Entwicklungen.

Ein weiteres, außerhalb der in der Mapai geführten Debatte vorgebrachtes Argument gegen direkte Verhandlungen und Schilumim lautete, daß sich Israel damit zu einer Art Handelsvertreter für deutsche Produkte herablassen würde und daß die Abhängigkeit von deutschen Ersatzteilen und neuen Maschinen das Land für immer an die deutsche Industrie binden würde. Andere Stimmen behaupteten, die Deutschen hätten sich nicht geändert und seien tief in ihrer Seele noch immer Antisemiten und Nationalsozialisten. Dem wurde entgegengehalten, man müsse Deutschland eine Chance geben und zur (Um)erziehung der Deutschen beitragen. Nahum Goldmann erinnerte daran, daß Juden und Deutsche schon lange miteinander reden würden. Ebenso würden Juden bereits deutsche Produkte kaufen, wie das Beispiel der JRSO zeige.

Die Schilumimdebatte bzw. die Möglichkeit direkter Verhandlungen mit Deutschland traf Israel mentalitätsmäßig, intellektuell und emotionell völlig unvorbereitet, obwohl sie schon längere Zeit unter der Oberfläche schwelte. Dementsprechend heftig war die Reaktion der Öffentlichkeit. Um die Gemüter zu beruhigen, bekräftigten Ben Gurion, Sharett und ihnen nahestehende Persönlichkeiten, daß nur Gespräche auf Ad-hoc-Basis vorgesehen seien. Verständigung, Aussöhnung oder diplomatische Beziehungen stünden nicht zur Debatte. Außenminister Sharett stellte zudem die Schließung des israelischen Konsulats für den Fall in Aussicht, daß die Großmächte ihre Deutschlandpolitik änderten bzw. die deutsche Souveränität wieder hergestellt werde. Die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen war ein heikles Thema, das beiden Seiten zum Verhängnis zu werden drohte.

Innerhalb der religiösen Parteien richtete sich die Deutschlanddebatte nach den kanonischen Auslegungen der jüdischen Moral: Die Amalekiter, jener biblische Volksstamm, der den Israeliten auf ihrer langen Wanderung ins Verheißene Land

---

[134] Protokoll über die Sitzung des Präsidiums von Mapai am 13. 12. 1951, LPA, File 23/51, Bd. C.

einen erbitterten Abnutzungskrieg geliefert hatte und seither den auf Gottes Geheiß zu vernichtenden Erzfeind versinnbildlichte, hatten in den Deutschen eine neue Gestalt angenommen. Von biblischen Sinnbildern abgesehen, wichen die geäußerten Argumente aber kaum von denen anderer politischer Kreise ab. Als Juniorpartner der Koalition konnten sich die religiösen Parteien aber keine regierungsgefährdende Opposition leisten.

Die Progressive Partei, ein weiterer kleiner Koalitionspartner, vertrat im weiten Maße die Einwanderer aus Deutschland. Antideutsche Verallgemeinerungen wurden von einer großen Zahl der weltanschaulich liberalen Mitglieder dieser Partei entschieden zurückgewiesen, emotionale Erwägungen berührten sie kaum. Ebensowenig unterstützten die Progressiven jedoch Ben Gurions pragmatische Linie, in deren Mittelpunkt die wirtschaftlichen und militärischen Bedürfnisse des jungen Staates standen. Diesen inneren Konflikt löste die Progressive Partei mit einem salomonischen Urteil: Die Abgeordneten erhielten Stimmfreigabe.[135] Da die Mehrheit letztlich doch für Schilumim war, stimmte nur ein Abgeordneter der Progressiven Partei nicht mit der Regierung.

Die parlamentarische Opposition gegen direkte Verhandlungen mit Deutschland und gegen Schilumim rekrutierte sich sowohl von rechts als auch von links. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums standen die Allgemeinen Zionisten, damals eine nationalliberale Mittelstandspartei, die sich aus Vertretern der Plantagenwirtschaft, Industrie und Finanzwelt zusammensetzte. Ein Teil der Wählerschaft dieser Partei stammte aus Deutschland. Die Allgemeinen Zionisten stimmten gegen die Schilumim, in der Hoffnung damit die Regierung zu Fall zu bringen. Zu den nationalistischen Gefühlen der im Lande geborenen Wähler dieser Partei gesellte sich die Angst vor der Konkurrenz deutscher Importe.

Weiter rechts stand die Cherut-Partei (*Freiheit*), deren Vorsitzender der Führer der ehemaligen antibritischen jüdischen Untergrundorganisation Irgun Zwai Leumi und spätere Premierminister Menachem Begin war. Die Cherut-Partei ging weltanschaulich auf den Zionismus-Revisionismus zurück, einer militant rechten, nationalistischen Strömung innerhalb der zionistischen Bewegung. Die Cherut fiel in der Knesset bei jeder Deutschland berührenden Debatte mit besonders haßerfüllter Rhetorik auf. Der zweifellos in den Holocaust-Erinnerungen gründende Haß wurde durch das nationalistische Pathos der Bewegung zusätzlich akzentuiert. Andererseits hatte gerade der Cherut-Abgeordnete Shmuel Merlin am 25. Juli 1949 im Rahmen der Haushaltsdebatte als erster Parlamentarier auf kollektive Entschädigung aus Deutschland als mögliche Geldquelle für Israel hingewiesen. Merlins Vorschlag war damals von den anwesenden Abgeordneten mit pragmatischem Wohlwollen aufgenommen worden. Ein halbes Jahr später waren die Vorstellungen Merlins von der Regierung und der JAFP übernommen worden.[136]

Die Cherut stellte sich lange Zeit nicht grundsätzlich gegen Entschädigungen aus Deutschland. Das änderte sich erst 1951: Als die Partei bei den Wahlen gegenüber 1949 von vierzehn auf nur noch achte Sitze zurückfiel und der Vorsitzende

---

[135] DAWAR (Tel Aviv) vom 4. 1. 1952.

[136] Knesset-Protokolle, 1. Knesset, 59. Sitzung, S. 1.113.

Begin, von der schweren Niederlage bedrückt, den Rückzug aus dem öffentlichen Leben erwog, fiel ihm ein unverhofftes politisches Geschenk zu, die Schilumim.[137] Ein rettendes Elixier für die geschrumpfte Partei war gefunden, ein neues politisches Schlagwort, das die Wähler in Scharen wieder der Partei zuzuführen versprach und einen Neuanfang rechtfertigen würde. Die Schilumim besaßen sämtliche Elemente des politischen Dramas: Hochschlagende nationalistische Wogen, die Gelegenheit, der Regierung Verrat vorzuwerfen und den Haß gegen Deutschland zu legitimieren, ja sogar die Chance, Ben Gurion zu Fall zu bringen. Fast unwiderstehlich war die politische Verlockung, auf dieser Welle der Emotionen zu reiten. Der amerikanische Konsul in Jerusalem berichtete über die Cherut-Demonstration vom 7. Juli 1952 in Jerusalem unter anderem mit den Worten: „Die Sensitivität der Israelis in der Frage der Beziehungen mit Deutschland oder selbst in der Frage der Reparationen aus Deutschland läßt sich kaum überschätzen."[138] Aber die Hoffnungen der Cherut-Partei erfüllten sich nur teilweise. Zwar erweckten die Schilumim die Bewegung zu neuem Leben, doch es gelang ihr nicht, die Regierung zu stürzen, das Schilumimwerk zu verhindern oder eine breite Basis für zukünftige Aktivitäten aufzubauen. Der Vorwurf, die Cherut versuche, aus den Protesten politisches Kapital zu schlagen, wirkte sich zu ihren Ungunsten aus.

Innerhalb der linken Opposition gegen Schilumim hatte die sozialistische Mapam einen besonders schweren Stand. Die aus einem doktrinär marxistischen und einem eher pragmatischen Flügel zusammengesetzte Partei konnte auf große Leistungen für den Zionismus verweisen. Manche ihrer Mitglieder hatten sich zudem im Kampf gegen den Nationalsozialismus hervorgetan. Der Widerstand der Mapam gegen Verhandlungen mit Deutschland und die Schilumim gründete auf der Vergangenheit. Die Partei betrachtete die Bundesrepublik als „Erbe Hitlers". Aufgrund dieser Einschätzung lehnten die „gemäßigten" Parteivertreter jeden Kontakt mit beiden Teilen Deutschlands ab, während der doktrinäre Flügel die DDR nach dem Maßstab der Komintern beurteilte. Beobachter warfen der Partei vor, die beiden deutschen Staaten mit verschiedenen Ellen zu messen.[139] Die Mapam ihrerseits beschuldigte die Regierung, an der „antisowjetischen Kampagne teilzunehmen, die zum Dritten Weltkrieg führen könnte".[140] Jedes Abkommen mit (West-)Deutschland wurde von der Partei als Schändung des Andenkens der Holocaustopfer eingestuft. Darin stimmte sie mit der Cherut, sonst ein Anathema in linken Kreisen, überein. Für die Mapam stellte sich die Frage, wie sich die Regierungspolitik kritisieren ließe, ohne mit der Cherut zu kooperieren. Ihr Appell an die Öffentlichkeit vom 19. März 1952, dem Tag der Eröffnung der Schilumim-verhandlungen und des Cherut-Aufrufs zu öffentlichem Protest, veranschaulicht das tiefe Unbehagen in den Reihen der Mapam: „Nieder mit den Cherut-Provokationen, nieder mit den heuchlerischen Verhandlungen mit Bonn!"[141]

---

137 SARNA, Kanzler al ha-kaveneth, S. 34.
138 Tyler an den US-Außenminister vom 8. 1. 1952, USNA, 784A.00/1–752.
139 Yachil an Jacob Robinson vom 7. 1. 1952, ISA; BARZEL, Emdoth b'mapam klapei.
140 AL HAMISHMAR (Tel Aviv) vom 6., 13. und 20. 1. 1952, 23. 2. 1952 und 26. 3. 1952.
141 AL HAMISHMAR (Tel Aviv) vom 19. 3. 1952.

Eine weitere Partei, die der Mapam Schwierigkeiten bereitete, war die Maki, die kommunistische Partei Israels. Die zionistischen Sozialisten (Mapam) versuchten mit allen Mitteln sich von der der Komintern angegliederten, strikt antizionistischen Bewegung (Maki) abzugrenzen. Sie zeigten sich besorgt über die zunehmende Entfremdung zwischen Israel und der Sowjetunion und den nach eigener Ansicht zu erwartenden Schaden einer solchen Entwicklung. Ähnliche Stimmen waren zwar auch in Ben Gurions Mapai zu vernehmen, doch die Mapam war als sozialistische und gleichzeitig auch zionistische Bewegung für dieses Thema besonders sensibilisiert.[142] Der Slánský-Prozeß in Prag traf besonders die Mapam und stürzte sie in eine tiefe Krise. Eine spätere Studie geht jedoch davon aus, daß die Mapam die Schilumim auch aus sozialen und moralischen Gründen ablehnte. Sie befürchtete eine negative Wirkung der deutschen Zahlungen auf den Charakter der israelischen Gesellschaft. Dieses Argument tauchte zu späterer Zeit – auch außerhalb der Mapam – wieder auf und deutet auf die Komplexität der Schilumimfrage und deren Impulse auf Politik, soziales Gefüge, intellektuelles und religiöses Denken sowie andere Aspekte der – neurotischen – Jischuv-Gesellschaft hin.

So manches Mapam-Argument wurde auch von der Maki vertreten, oft in zugespitzterer Form. Das emotionale Verhältnis der traditionell antizionistischen Kommunisten zum Staat unterschied sich wesentlich von demjenigen der zionistischen Zeloten der Mapam. Die Kommunisten hielten sich überwiegend an die Vorgaben der Komintern. Zu dem von spezifisch jüdischen Gefühlen und Emotionen geprägten Antifaschismus der israelischen Kommunisten gesellte sich zudem der von der Maki ebenfalls geförderte arabische Nationalismus. Die Maki unterteilte die Deutschen in „Gute" – d. h. DDR-Bürger – und „andere". Als die Araber später der Bundesrepublik Deutschland die wirtschaftliche Stärkung des jüdischen Staates vorwarfen, stimmte die Maki in den Chor der Kritik ein und fügte ihr spezifische eigene Argumente hinzu. Doch weder den jüdischen noch den arabischen Mitgliedern der Partei blieb die Herausforderung der Schilumimthematik erspart. Beide Gruppen konnten sich den Argumenten für die Schilumim nicht verschließen. Je realer die Chance für individuelle Entschädigungen, desto schwieriger dürfte der Gewissenskonflikt der Holocaust-Überlebenden unter den Parteimitgliedern (wie übrigens auch unter den Mitgliedern der Cherut) gewesen sein. Die Komintern-Hörigen arabischen Kommunisten ihrerseits standen vor einem anderen Dilemma: Sie konnten nicht verleugnen, daß Schilumim auch Arbeitsplätze für die arabischen Arbeitslosen schaffen würden.[143] Sowohl die jüdischen als auch die arabischen Kommunisten fügten sich schließlich der Parteidisziplin.

Im Kampf um die öffentliche Meinung wurde der Diplomat Felix E. Shinnar beauftragt, die Position der Regierung im Rundfunk zu verbreiten. Er betonte die kollektive Verantwortung des deutschen Volkes für die Verbrechen der Nationalsozialisten und versicherte seinen Hörern, die Regierung werde nur über die

---

[142] Vgl. etwa die Rede von Zeev Hering: Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees von Mapai am 13. 12. 1951, LPA, File 23/51, Bd. C; Yachil an Jacob Robinson betr. Jacov Riftin vom 7. 1. 1952, ISA, 3028/2.

[143] Niederschrift der Gespräche von Taufik Mohamed Achbaria mit Taufik Tubi und Emil Habibi, Seminararbeit am Sapir College 1996, im Besitz des Autors.

materiellen Forderungen verhandeln und hart bleiben in Fragen wie Vergebung und Aufnahme der diplomatischen Beziehungen. Deutschlands wirtschaftliche Situation, so Shinnar, ermögliche die Entschädigung der Juden, und die Aufgabe sei nun, Summe und Zahlungsmodus festzulegen. Scheitere die Option direkter Verhandlungen, könne dies zu einer nicht unproblematischen Suche nach einem Vermittler führen.[144] Ben Gurion persönlich stellte sich schließlich an die Spitze der Public Relations-Schlacht. Er sprach in der Knesset und in zahlreichen anderen Foren, empfing Persönlichkeiten und Delegationen.[145] Mit Reden, Konferenzen und Presseerklärungen versuchte die Regierung die Öffentlichkeit von ihrem Standpunkt zu überzeugen. Sharett versicherte, die Knesset würde das letzte Wort haben.[146] Botschafter Eban betonte auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv die Notwendigkeit direkter Gespräche, stellte den Sonderstatus der Schilumim klar und erörterte die Schwierigkeiten auf dem Weg zu direkten Verhandlungen.[147] Gleichzeitig leistete Chaim Yachil im Auftrag des Außenministeriums persönliche Überzeugungsarbeit.[148]

Die Massenmedien schenkten der Schilumimdebatte größte Aufmerksamkeit. Die Parteipresse, darunter die Gewerkschaftszeitung *Dawar*, das Sprachrohr der Mapai, äußerte sich gemäß der jeweiligen Parteilinie. Die renommierte unabhängige Zeitung *Haaretz* tendierte zu einer regierungsfreundlichen Haltung, obwohl der Verleger und Chefredakteur Gershom Shoken Deutschland und das neue israelisch-jüdisch-deutsche Stelldichein zuweilen scharf attackierte. Weit unbequemer für die Regierung waren die beiden reich mit rechtsgerichteten Journalisten besetzten großen Abendzeitungen *Yedioth Achronoth* und *Maariv*. Zahm und regierungstreu gebärdete sich dagegen der staatliche Rundfunk. Die parlamentarische Opposition, vorab die Cherut, artikulierte ihren Protest mittels Plakaten und Wandsprüchen sowie mit Demonstrationen, die zum Teil in Gewalt ausarteten. Die verschiedenen Redner übertrafen sich gegenseitig mit rhetorischen Höchstleistungen. Unangefochtener Meister der Redekunst war jedoch der Cherut-Vorsitzende Menachem Begin. Eine wahre Informationsflut brach über die Bürger herein.

Die Schilumimdebatte war vermutlich die erste große öffentliche Kontroverse im Leben des jungen Staates und dürfte bis heute die einzige in der Geschichte Israels gewesen sein, in der es nicht um Sicherheit, Überleben und Zukunftsaussichten, sondern hauptsächlich um moralische Fragen ging. Nicht Krieg und Frieden, Grenzen und Territorium, sondern die Frage der Verhandlungen mit Deutschland und ob man Geld aus Deutschland annehmen sollte, hielten die israelische Öffentlichkeit in Atem.

---

144 Grundlinien von Shinnars Radioansprache vom 23. 10. 1951; Text von Shinnars Ansprache vom 27. 10. 1951, ISA, 244/23; HATZOFEH (Tel Aviv) vom 29. 10. 1951.

145 Hirsch an Livneh vom 14. 10. 1951, ISA, 2539/2; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 30. 10. 1951, BGA, BGD; Protokoll über die Sitzung des Sekretariats von Mapai am 4. 1. 1952, LPA, File 23/51, Bd. A.

146 Hirsch, Jerusalem, an Amir, Brüssel, vom 22. 11. 1951, ISA, 2539/2.

147 Evans, Tel Aviv, an Roberts, London, vom 29. 12. 1951, PRO, FO 371/97866; Davis an den US-Außenminister vom 31. 12. 1951, USNA, 350, Israel 1951, Box 5, RG-84.

148 Yachil an Jacov Robinson vom 7. 1. 1952, ISA, 3028/2.

7. Die Knesset

Vor der entscheidenden Abstimmung in der Knesset wollten Ministerpräsident Ben Gurion und die Mapai sicherstellen, daß die Mehrheit der Abgeordneten für die Regierungsvorlage stimmen würde. Im Bewußtsein, daß die Entscheidung von einem einzigen Abgeordneten abhängen könnte, erwogen sämtliche Fraktionen ihre Mitglieder dem Fraktionszwang zu unterwerfen, darunter auch Oppositionsfraktionen, in deren Reihen sich erklärte Schilumimbefürworter befanden. In jeder Koalitionsfraktion, einschließlich der Mapai, gab es zudem Abgeordnete, die das Privileg beanspruchten, gegen die Vorlage zu stimmen oder sich zumindest der Stimme zu enthalten. So erhielt etwa der Präsident der Knesset, Yitzchak Sprintzak, das Recht der Stimmenthaltung zugebilligt, und auch der nationalreligiöse Koalitionspolitiker Rabbi Mordechai Nurock stimmte gegen die Vorlage.

Nachdem sich die israelische Regierung grundsätzlich für direkte Schilumimverhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland entschieden hatte, trat das Koalitionspräsidium am 1. Dezember 1951 zu einer vorbereitenden Sitzung im Vorfeld der großen Abstimmung in der Knesset zusammen. Von vierzig anwesenden Parlamentariern unterstützen fünfunddreißig den Standpunkt der Regierung.[149] Um die Wogen innerhalb der Koalition zu glätten, wurde beschlossen, daß die Knesset nicht über direkte Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland, sondern nur über die Weitergabe der Frage an den parlamentarischen Ausschuß für Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten abstimmen sollte. Damit waren die Abgeordneten von der direkten Stellungnahme für oder gegen Verhandlungen mit Deutschland und Schilumim befreit. Zudem hätte eine Abstimmungsniederlage nicht den Sturz der Regierung zur Folge gehabt.[150]

Die Befürworter von Schilumimverhandlungen bildeten im erwähnten Ausschuß die Mehrheit. Während der Koalitionsdebatte bot Ben Gurion sämtliche Argumente auf, wahrscheinlich verwies er auch auf das zu jener Zeit noch vertraulich behandelte Schreiben von Bundeskanzler Konrad Adenauer an Goldmann vom 6. Dezember 1951. Er wies auf Adenauers Zusage hin, (Schilumim-)-Verhandlungen auf der Basis von anderthalb Milliarden Dollar zu führen. Ferner verpflichtete sich der israelische Regierungschef, den Verhandlungen keine Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder irgendwelche Schritte moralischer Versöhnung folgen zu lassen. Ben Gurion und Sharett wiederholten dieses Versprechen in der Knessetdebatte und später auch im Ausschuß.[151]

Die nächste und entscheidende Etappe war die Knesset. Die Eröffnung der Debatte oblag Ministerpräsident Ben Gurion, das Schlußwort Außenminister Sharett. Beide Politiker bereiteten ihre Reden mit größter Sorgfalt vor und konsultierten dabei Goldmann, Barou und das Außenministerium. Zwei Wochen vor der Debatte übergab Shinnar dem Generaldirektor des Außenministeriums,

---

[149] Protokoll über die Sitzung des Koalitionspräsidiums am 1. 12. 1951, BGA, Protocols files.

[150] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 1. 1. 1952, BGA, BGD.

[151] Evans, Tel Aviv, an Eden, London, vom 17. 1. 1951, PRO, FO 371/97855; Davis an den US-Außenminister vom 22. 1. 1952, USNA, 321.9, Germany, RG-84, Box 5.

Walter Eytan, ein Memorandum, in dem verschiedene Punkte für die Regierungserklärung aufgeführt waren. Es faßte den Standpunkt der israelischen Regierung in sämtlichen strittigen Fragen wie folgt zusammen:[152]

„Die Verhandlungen verfolgen ein begrenztes Ziel, die israelische Delegation erhält ein entsprechendes Mandat. Sie ist befugt, über die Höhe der Summe, die Zahlungsmittel, den Zeitplan der Lieferungen und über die Liste der zu liefernden Güter zu verhandeln. Politische Fragen, historische Rechenschaft, diplomatische oder andere Beziehungen mit permanentem Charakter gehören nicht zum Verhandlungsauftrag.
Israel kauft ausschließlich Güter, die keine Abhängigkeit von deutschen Lieferungen schaffen.
Die Schilumimgüter sind als Ausgleich für Israels Ausgaben zur Eingliederung von [*Holocaust-*] Überlebenden bestimmt und somit die angemessene Antwort auf den Naziplan der Vernichtung des jüdischen Volkes, da deutsche Waren dem Aufbau des Staates [*Israel*] dienen werden.
Das Abkommen ist zeitlich begrenzt.
Israel wird weder vergeben noch vergessen, Adenauer erwartet dies auch nicht. Dies ist nur der erste Schritt auf einer langen Wanderung.
Die Großmächte sind nicht bereit, die Durchsetzung von Schilumimforderungen zu übernehmen, daher das Dilemma zwischen direkten Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland und dem endgültigen Verzicht [*auf Schilumim*]. Israel ist weiterhin bemüht, die Großmächte für sein Anliegen zu gewinnen.
Adenauer hat sich im Namen seines Landes zu Verhandlungen auf der Basis von 1.500 Millionen Dollar verpflichtet. Davon würden zwei Drittel auf den Westen [*Westdeutschland*] und ein Drittel auf den Osten [*Ostdeutschland*] entfallen.
Die Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik ist durch die positive Entwicklung ihrer Wirtschaft garantiert.
Die Claims Conference führt Verhandlungen über die individuelle Entschädigung. Es wird von einer engen Zusammenarbeit mit dem Staat Israel ausgegangen."

Goldmann stimmte der Veröffentlichung bestimmter Teile von Adenauers Schreiben unter der Bedingung zu, daß dies seine Vertraulichkeit nicht gefährde. Der Knesset sollte mitgeteilt werden, daß der Staat Israel, gestützt auf seine Note vom 12. März 1951, ein schriftliches Angebot für Verhandlungen auf der Basis von anderthalb Milliarden Dollar erhalten habe. Die genaue Form des Angebots sollte jedoch nicht preisgegeben werden.[153] Drei Tage vor Beginn der entscheidenden Knessetdebatte sandte Goldmann das letzte Telegramm an Sharett mit folgendem Inhalt:

„Rate in unseren Voten Verantwortung der Knesset zu betonen, denn falls negative Entscheidung wird Conference hier liquidiert und alle Aussichten definitiv verloren. Bei Betonung rein finanziellen Charakters der Verhandlungen ohne politische Aspekte und Vergebung rate ich gleichzeitig nicht zu harsch besonders gegen Bonner Regierung [zu sein], die sicher nicht nazistisch gesinnt oder antisemitisch. Rate auch Betonung der Verpflichtung der deutschen Regierung zu Ausmerzung von Versuchen, Nationalsozialismus [und] Antisemitismus wieder aufleben zu lassen [...] Warte gespannt auf Knessetbeschluß, der hoffentlich Pläne nicht über Haufen werfen wird."[154]

---

[152] Shinnar an Eytan vom 23. 12. 1951, ISA, 2417/3.
[153] Vgl. vier Telegramme zwischen Sharett und Goldmann, CZA, Z 6/2007 und ISA, 3028/2.
[154] Verschlüsseltes Telegramm Goldmanns an Sharett vom 3. 1. 1952, CZA, Z 6/2345.

Die Schilumimdebatte vom 7. Januar 1952 war die dramatischste Knessetsitzung in der Geschichte des israelischen Parlamentarismus, dem es bislang nicht an dramatischen Sitzungen gefehlt hat. Das Drama spielte sich sowohl im Parlamentsgebäude als auch außerhalb ab. Eine legale Cherut-Protestkundgebung, etwa anderthalb Kilometer von der Knesset entfernt, geriet außer Kontrolle und begann sich auf das Parlamentsgebäude zuzubewegen. Was sich dann abspielte, ist umstritten, wie so oft in solchen Fällen. Offensichtlich scheiterte der Versuch der Polizei, den illegalen Marsch zu stoppen. Das Polizeiaufgebot war schlecht organisiert, einige Polizeibeamte verloren die Nerven, andere solidarisierten sich innerlich mit den Demonstranten. Es kam zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten, in deren Verlauf Demonstranten das Parlamentsgebäude mit Steinen bewarfen und offenbar versuchten, es zu stürmen. Ein Mapam-Abgeordneter, der sich zu jener Zeit im Parlamentsgebäude aufhielt, wurde von Glassplittern verletzt. Frau Ben Gurion, Krankenschwester von Beruf, eilte von der Zuschauergalerie hinunter, um Erste Hilfe zu leisten. Draußen setzte die Polizei inzwischen Tränengas ein, das durch die zerbrochenen Scheiben in den Plenarsaal der Knesset eindrang, worauf sich der Vorsitzende gezwungen sah, die Sitzung vorübergehend zu unterbrechen. Im Verlaufe der Ausschreitungen wurden 125 Menschen verletzt, davon 56 Polizeibeamte.[155] Erst einem eilig herbeigerufenen Militäraufgebot mit aufgesetzten Bajonetten gelang es, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen und die Demonstranten zurückzudrängen.

Im Plenarsaal kam es ebenfalls zu tumultartigen Szenen, vor allem während der mit viel Pathos und Drohgebärden vorgetragenen Rede des Cherut-Vorsitzenden Menachem Begin. Dem zionistischen Aktivisten Schalom Adler-Rudel zufolge setzte sich die demonstrierende Menge zu einem großen Teil aus jüdischen Jugendlichen orientalischer Herkunft zusammen, der traditionellen Cherut-Wählerschaft in Jerusalem. Obwohl die orientalischen Einwanderer von der Erfahrung des Holocaust und vom Andenken an dieses traumatische Ereignis weit weniger betroffen waren als die Einwanderer aus europäischen Ländern, beteiligten sie sich zahlreich an der Demonstration.[156] Große Aufregung und schlimmste Assoziationen erweckte das Gerücht, die Polizei habe Gasgranaten deutscher Fabrikation eingesetzt.[157]

Am folgenden Tag richtete Ben Gurion im Rundfunk eine ernste Warnung an die Adresse der Cherut-Partei. In seinem Tagebuch bezeichnete er die Ausschreitungen vom Vortag als Staatsstreichversuch.[158] Manche Beobachter sprachen von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, als die Gewerkschaften die Gründung einer Art Arbeitermiliz zur Verteidigung öffentlicher Gebäude und gegen Cherut-Demonstrationen ankündigten.[159] Die Ausschreitungen anläßlich der Schilumim-

---

[155] HATSOFEH (Tel Aviv) vom 8. 1. 1952. Laut Darstellung von Amos Nevo gab es 340 Verletzte, darunter 140 Polizeibeamte: SHIVA JAMIM (Wochenendbeilage der israel. Tageszeitung Yedioth Achronoth) vom 12. 12. 1986.

[156] Adler-Rudel an F. Steinwack vom 1. 2. 1952, CZA, A 140/490.

[157] Tyler an den US-Außenminister vom 9. 5. 1952, USNA, 74A.00/1–952.

[158] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 11. 1. 1952, BGA, BGD.

[159] Pressekonferenz in New York vom 10. 1. 1952, ISA, 116/2.

debatte hinterließen einen bleibenden Eindruck auf das politische Klima des jüdischen Staates. Der Regierungspartei Mapai leisteten sie langfristig gute Dienste. Ein britischer Diplomat behauptete, die Ausschreitungen vor dem Parlament hätten der Regierung geholfen, die Abstimmung zu gewinnen, deren Ausgang zuvor unsicher gewesen sei.[160] Ob dies zutrifft, muß dahingestellt bleiben. Fest steht jedenfalls, daß an den folgenden Tagen in der Knesset viel über die Ausschreitungen und nur sehr wenig über Schilumim gesprochen wurde. Beim Abschlußvotum am 9. Januar 1952 im fast vollzählig versammelten Plenum – im Ausland weilende Parlamentarier wurden zurückgerufen, andere aus dem Krankenbett in die Knesset geholt – stimmten 61 Abgeordnete für den Regierungsvorschlag. 50 Mitglieder der Knesset stimmten dagegen, fünf enthielten sich der Stimme und vier waren abwesend. Vier arabische Abgeordnete hatten für den Antrag, drei dagegen gestimmt. Die der Abstimmung ferngebliebene Knessetmitglieder waren als Schilumimgegner bekannt.[161] Der parlamentarische Erfolg war nicht überzeugend – dennoch: Ben Gurion hatte einen „moralischen Sieg" errungen und die Mehrheit der Knesset auf seiner Seite.[162]

Mit dem Knessetvotum war die letzte entscheidende Hürde auf dem Weg zu direkten Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland genommen, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung wahrscheinlich weiterhin keine direkten Gespräche wollte. Aufgrund der Cherut-Unruhen stellte sich die Arbeiterbewegung geschlossen hinter die Regierung. Begin erlaubte Ben Gurion, seinen beliebten politischen Trick zu benutzen: Es war dem Ministerpräsidenten gelungen, die Aufmerksamkeit von einer wichtigen Streitfrage auf eine Nebensächlichkeit abzulenken. Anstatt sich der Schilumimfrage zu stellen, befaßten sich die Abgeordneten mit der angeblichen Gefahr für die Demokratie. Die Cherut war damals, wohlgemerkt, eine unbedeutende vom Ruhm der Vergangenheit zehrende Partei weltfremder Fanatiker. Keine ernsthafte Opposition gegen die Schilumim war übriggeblieben. Die Regierung hatte nun freie Hand für konkrete Verhandlungen mit Deutschland.

---

160 Evans an Eden vom 17. 1. 1952, PRO, FO 371/87866.

161 SHIVA JAMIM (Wochenendbeilage der israel. Tageszeitung Yedioth Achronoth) vom 12. 12. 1986; AL HAMISHMAR vom 10. 1. 1952.

162 Tagebucheintrag Ben Gurions vom 11. 1. 1952, BGA, BGD.

V. Die Verhandlungen in Wassenaar

Am 18. Februar 1952 unterrichtete Goldmann Bundeskanzler Adenauer anläßlich eines zweiten Treffens zwischen den beiden offiziell über die israelische und jüdische Bereitschaft, direkte Verhandlungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Der Knessetbeschluß hatte Bonn bereits über die Presse erreicht, und am 12. Januar 1952 wurde er vom halbamtlichen *Bundesanzeiger* begrüßt.[1] Während die Aussicht auf Verhandlungen bei einigen Politikern und Journalisten in der Bundesrepublik große Erwartungen hinsichtlich einer Aussöhnung mit dem jüdischen Volk und dem Staat Israel weckte, deuteten die Vorbereitungen in Bonn eher auf gemischte Gefühle der deutschen Seite hinsichtlich der Schilumim hin. Die Gegner der Schilumim waren vor allem in Finanz- und Bankenkreisen sowie im Bundesministerium der Finanzen zu finden. Diese Kreise verfügten über den nötigen Einfluß und die Mittel, um die Verhandlungen zu behindern, und machten davon auch wirkungsvoll Gebrauch. Offensichtlich handelte es sich dabei aber nur um das Sprachrohr einer viel breiteren politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schicht, die den Prozeß zu verschleppen versuchte und damit ihre antijüdische Einstellung zum Ausdruck brachte. Es wurde zwar behauptet, die Behinderungstaktik des Bundesfinanzministeriums (und der deutschen Delegation auf der Schuldenkonferenz) sei normaler Bestandteil von Verhandlungen, doch die späteren Entwicklungen sollten die wahren Absichten der Antagonisten enthüllen.

1. Die Vorbereitungen auf deutscher Seite

Noch bevor die Verhandlungsvorbereitungen ihren Lauf nahmen, schrieb Staatssekretär Hallstein Wirtschaftsminister Erhard, der Herr Bundeskanzler habe dem Wunsche Ausdruck gegeben, die bevorstehenden Verhandlungen unter weitgehender Hintanstellung aller Bedenken in einem Geiste vorzubereiten und durchzuführen, der dem moralischen Gewicht und der Einmaligkeit der Verpflichtung der Bundesregierung entspreche.[2] Diese gewichtige Aufforderung, so scheint es, wurde nicht immer befolgt.

Wie wir bereits gesehen haben, handelte Adenauer ohne vorherige Zustimmung der Regierung. Bei seinen finanziellen Versprechen ließ er seine jüdischen Gesprächspartner im Glauben, daß sich die Entschädigung auf rund 700 Millionen Dollar belaufen werde.[3] Daß man sich am Ende der langwierigen Verhandlungen,

---

[1] BUNDESANZEIGER vom 8. und 12. 1. 1952. Dazu auch der Kommentar des israelischen Konsulats in München: Ben-Yacov an das israelische Finanzministerium vom 13. 1. 1952, ISA, 2417/4.

[2] Adenauer an Blücher, Dehler, Lehr, Schäffer, Vocke und Abs vom Februar 1952, PA, 244–1311/52.

[3] „Um fünf Uhr war Goldmann da. Er hofft, daß das mit den Schilumim in Ordnung geht. Eisenhower [sic! Hier sollte „Adenauer" stehen] erwägt eine Summe von 700 Millionen

nach all den Skandalen, Krisen und ausländischen Interventionen, dann tatsächlich auf diese Summe einigte, ist zumindest bemerkenswert.

Die gemeinsamen Vorbereitungen der verschiedenen Ministerien begannen allem Anschein nach am 6. Februar 1952, doch einzelne Fragen wurden schon vorher auf inoffizieller Ebene diskutiert.[4] Das Bundesfinanzministerium machte unzählige Einwände geltend, die sich im wesentlichen auf fehlende Finanzierungsmittel bezogen, worauf Adenauer bei Finanzminister Schäffer intervenierte.[5] Gleichzeitig stellten sich auch die Vertreter der Banken quer, indem sie sich gegen jeden Kompromiß gegenüber Israel in Form von Vorauszahlungen, Zahlungserleichterungen und hinsichtlich des Sonderstatus der Schilumim im Vergleich zu kommerziellen Schulden aussprachen. Die Vorbereitungen auf deutscher Seite offenbarten Meinungsverschiedenheiten zwischen Industrie- und Handelskreisen, die sich vom Schilumimwerk Aufträge versprachen, und den Finanzkreisen, die an der Zahlungsfähigkeit der Bundesrepublik zweifelten und somit negative Auswirkungen auf den westdeutschen Handel und die amerikanischen Investitionen befürchteten. Diese Kreise wurden von ähnlich denkenden Gruppen in den Vereinigten Staaten unterstützt.[6]

Auf der Schuldenkonferenz beharrten deutsche Bankenvertreter auf der globalen Behandlung sämtlicher Forderungen gegenüber Deutschland[7], und Abs behauptete, die amerikanische Delegation stimme darin mit der deutschen Delegation überein. Der amerikanische Delegierte John Gunther hatte aber, wie bereits erwähnt, „nichts gegen eine Regelung der jüdischen Ansprüche einzuwenden". Abs hatte sich offensichtlich getäuscht. Trotzdem gelang es ihm, den Kanzler in der Geldpolitik und in anderen Angelegenheiten gegenüber Israel allmählich auf seine Seite zu ziehen. Abs' Vernebelungstaktik löste auf amerikanischer Seite einiges Mißfallen aus. Auf eine von Adenauer veranlaßte Anfrage hinsichtlich der amerikanischen Haltung zum Verhältnis zwischen der Schuldenkonferenz und den Schilumim stellte Acheson nachdrücklich fest, bei den Verhandlungen seien wichtige Fragen aufgetaucht, die nicht zum eigentlichen Verhandlungsbereich der Schuldenkonferenz gehörten und deshalb separat zu regeln seien.[8] Acheson stellte sich entschieden gegen jeden Versuch der Bundesrepublik, die Verhandlungen über Schulden und Schilumim gleichzeitig am selben Ort zu führen oder die

---

Dollar": Tagebucheintrag Ben Gurions vom 4. 3. 1952, BGD, BGA; Goldmann an Israel Goldstein vom 14. 2. 1952, CZA, Z6/1621; AWJD vom 7. 3. 1952.

4 JENA, Versöhnung mit Israel?, S. 464–470; WOLFFSOHN, Globalentschädigung, S. 165–167; HUHN, Die Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar, S. 142–145; GILDESSEN, Konrad Adenauer und Israel, S. 9-12.

5 Adenauer an Schäffer vom 29. 2. 1952. In: ADENAUER, Briefe 1951–1953, Nr. 168, S. 184–185; „Es ist ihm [Adenauer] zu raten, Schäffer and Kuschnitzky zu entlassen": Ferencz an Kagan vom 29. 2. 1952, CZA, S35/84.

6 Gottlieb Hammer an Goldmann vom 4. 3. 1952, CZA, Z6/1621.

7 Dr. Rust an Adenauer betr. Gemeinrat Vocke vom 22. 2. 1952, BArch, B 136/1127; Gesprächsaufzeichnung vom 8. 3. 1952; BArch, N 1351, Bd. 17.

8 Acheson an die US-Botschaften in London, Bonn and Paris vom 7. 3. 1952, USNA, Suitland, McCloy Papers, Box 37.

Schilumimverhandlungen aufzuschieben.[9] Hieran vermochte auch eine Intervention Hallsteins nichts zu ändern, die er bei seinem Besuch in Washington im März 1952 vorbrachte.[10] Bonn versuchte offensichtlich mit allen Mitteln, die Schilumimverhandlungen im Rahmen der Schuldenkonferenz zu führen, trotz amerikanischen und israelischen Widerstands.

Selbst während der Verhandlungsvorbereitungen schlossen die deutschen Regierungsvertreter nicht aus, daß Washington deutsche Zahlungen an Israel ablehnen würde, und hielten eine amerikanische Intervention für möglich: „Sollten die Amerikaner gegen das Abkommen als Ganzes oder gegen einzelne Lieferungen Einspruch erheben, so würde die Verantwortung nicht bei uns, sondern bei ihnen liegen", hieß es dazu im Bundeswirtschaftsministerium.[11] Doch mehrere Versuche, die US-Regierung in die Schilumimverhandlungen einzubeziehen, scheiterten am amerikanischen Widerstand. Auch die Briten gingen auf Distanz. Nur Frankreich zeigte sich anfänglich kooperativ, zog sich jedoch auf amerikanischen Druck wieder zurück.[12] Mehr Glück hatte Abs mit seiner Forderung, vor der Endphase der Schuldenkonferenz keine konkreten Verhandlungen über Schilumim zu führen, in Bonn. Der vorsichtige Adenauer unterstützte diesen Standpunkt.

Anläßlich einer Besprechung mit dem Leiter der deutschen Schilumimdelegation, Franz Böhm, äußerte der Bundeskanzler dahingehende Bedenken. Der bekannte Professor für Recht und Wirtschaft, der im Dritten Reich stets auf Distanz zu den NS-Machthabern geachtet hatte, war auf Empfehlung seines ehemaligen Studienfreunds Hallstein vom Kanzler in dieses Amt eingesetzt worden. Otto Küster, der damalige Wiedergutmachungsbeauftragte des Landes Württemberg-Baden und als solcher den Wiedergutmachungsexperten der jüdischen Seite gut bekannt, wurde auf Goldmanns Anregung gegenüber Blankenhorn zu Böhms Stellvertreter ernannt. Auch Küster galt als ehemaliger Gegner des NS-Regimes.[13] Böhm und Küster waren gegen die Taktik von Abs und forderten, die Israelis über die deutschen Pläne aufzuklären, da dies sonst im Widerspruch zu den Versprechen des Kanzlers stünde.[14] Adenauer akzeptierte dieses Argument und wies Abs an, entsprechend zu handeln. Abs traf sich mit Goldmann und Keren und unterrichtete die beiden über die geplante Aussetzung der Schilumimverhandlungen und den Wunsch, diese der Schuldenkonferenz anzugliedern. Goldmann und Keren lehnten die Verknüpfung ab, realisierten aber nicht, daß die geplante Unter-

---

[9] Ebd.; Goldmann an McCloy vom, 3. 3. 1952; Bonn an McCloy vom 3. 3. 1952; Gilford in London an DS vom 3. 3. 1952, USNA, Suitland, McCloy Papers, Box 34.

[10] Protokoll über das Treffen mit Hallstein vom 12. 3. 1952, Truman Library, Papers of Dean Acheson, Box 67.

[11] Niederschrift über die Besprechung im Wirtschaftsministerium vom 6. 2. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17.

[12] Barnett Janner an Nutting vom 22. 2. 1952 (Entwurf), ISA, 45/9; Memorandum über die Besprechung zwischen Willard Thropp, Daniel Margolies und Seymour J. Rubin vom 17. 3. 1952, YIVO, AJC, RG 347, GEN-10, Box 282; Acheson an die US-Botschaft in Paris vom 18. 3. 1952, USNA, Suitland, McCloy Papers, Box 39.

[13] Böcker an Hallstein vom 3. 3. 1952, PA, 244–311, 2968/52.

[14] Böhm an Hallstein vom 8. 3. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17.

brechung ein und demselben Zweck diente, nämlich einen Aufschub bis zum Ende der Schuldenkonferenz zu erreichen.[15] Als es im Mai 1952 tatsächlich zu dieser Unterbrechung kam, protestierten die Israelis scharf, aber offensichtlich zu spät.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der deutschen Verhandlungsdelegation stellte die israelische Regierung klar, daß sie Beamte Politikern vorziehen würde und nicht mit ehemaligen Nationalsozialisten verhandeln werde. Vorschläge von deutscher Seite, Jakob Altmaier, Jeanette Wolff und andere Mitglieder des Bundestages in die deutsche Delegation zu berufen, stießen in Israel auf wenig Gegenliebe. Die israelische Delegation enthielt keine Vertreter der jüdischen Gemeinde außerhalb Israels. Entsprechend verzichtete schließlich auch die Bundesrepublik auf die Ernennung jüdischer Delegationsmitglieder. Die bundesdeutsche Delegation setzte sich aus sechs hohen Beamten zusammen, davon drei aus dem Bundesministerium der Finanzen, zwei aus dem Bundeswirtschaftsministerium und Abraham Frowein vom Auswärtigen Amt als Delegationssekretär. Ein Delegierter aus dem Bundesfinanzministerium diente gleichzeitig als Verbindungsmann zur Schuldenkonferenzdelegation.[16]

Abs und andere Vertreter auf deutscher Seite waren gegen jede Vorauslieferung von Waren, selbst humanitärer Art wie Arzneimittel und medizinisches Gerät. Auf der von Israel vorgelegten Liste zogen sie sogenannte „weiche" Güter „harten" Gütern wie Stahl und Maschinen vor, die anderweitig sehr gefragt waren. Die allgemeine Stimmung bei den Vorbereitungsgesprächen war ausgesprochen kühl. Die Delegationen gaben sich sehr zurückhaltend und mieden Gesten an die andere Seite. Das hielt Adenauer, Abs und andere aber nicht davon ab, mit Genugtuung festzustellen, daß „Haag [die Schilumimverhandlungen fanden in Wassenaar bei Den Haag statt] unseren moralischen und London unseren kommerziellen Kredit etabliert". Begleitet war dies von der Einsicht, daß entweder beide Konferenzen erfolgreich zu Ende geführt oder beide scheitern würden.[17] Die Israelis legten besonderen Wert auf die Anerkennung des Sui generis-Charakters bzw. der Einmaligkeit ihres Anspruchs, wonach die Verrechnung von Schilumimzahlungen mit gewöhnlichen kommerziellen Schulden nicht möglich sein sollte. So verlangte die israelische Regierung die vorrangige Behandlung der Schilumim ohne Rücksicht auf andere Schulden.[18] Dabei wurde auf die – ebenfalls präzedenzlosen – Nürnberger Prozesse und die Teilnahme der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Polens, d.h. von Staaten, die im Ersten Weltkrieg noch nicht existierten, an der Versailler Konferenz verwiesen. Die Bundesrepublik maß den Schilumim vor allem moralische Bedeutung bei. Der jüdischen Seite bedeuteten sie Entschädigung für materiellen und seelischen Schaden.

---

[15] Bericht über das Gespräch zwischen Abs und Goldmann vom 16. 3. 1952, BArch, N 1351, Bd. 15a; Abs an Adenauer vom 16. 3. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17; Shinnar an Eytan vom 20. 3. 1952, ISA, 1809/4; Goldmann an Leavitt vom 23. 3. 1952, CZA, Z6/1992.

[16] Brief vom 20. 3. 1952, ACDP, I-084–001.

[17] Shinnar an Eytan vom 20. 3. 1952, ISA, 1809/4; Goldmann an Leavitt vom 23. 3. 1952, CZA, Z6/1992.

[18] Adenauer an Abs vom 12. 3. 1952. In: ADENAUER, Briefe 1951–1953, Nr. 173, S. 188.

Während die Bundesregierung im Vorfeld der Verhandlungen also nach wirtschaftlich vertretbaren Wegen suchte, moralische Forderungen finanziell zu begleichen, sah sich die israelische bzw. jüdische Seite gezwungen, handfeste wirtschaftliche Bedürfnisse in moralisch und juristisch gerechtfertigte Ansprüche zu verwandeln.

2. Die Vorbereitungen der Israelis und der jüdischen Seite

Die Vorbereitungen der jüdischen Seite hatten bereits mit der Übergabe der israelischen Noten an die Alliierten Anfang 1951 begonnen. Der mit dem Raub jüdischen Eigentums begründete Anspruch auf Entschädigung beruhte auf dem Argument, daß die gesamte deutsche Bevölkerung, nicht nur die Nationalsozialisten und der NS-Kriegsapparat, von den Verbrechen gegen die Juden profitiert habe. Als Beispiel wurde etwa die Finanzierung des Autobahnbaus durch alle möglichen Strafabgaben genannt, die Juden bei der Emigration aus Deutschland auferlegt worden waren. Hingewiesen wurde auch auf die Ermordung von Juden, deren Besitz auch nach 1945 in der Hand ihrer Mörder geblieben war. Die jüdische Seite forderte nunmehr das Eigentum der ermordeten Glaubensgenossen zurück. Wirtschaftlich bedeutete dies, daß Deutschland mit der Forderung konfrontiert war, für die Eingliederung einer halben Million Flüchtlinge aufzukommen, die in Israel Zuflucht gefunden hatten. Bei der Berechnung der Kosten für die Integration ließ sich die israelische Regierung von verschiedenen Seiten beraten, darunter auch vom amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith. Doch der Erfolg hat bekanntlich viele Väter: Der Sekretär des britischen Zweigs des Jüdischen Weltkongresses (WJC), Alex Easterman, behauptete, als erster die Summe von anderthalb Milliarden Dollar vorgeschlagen zu haben, während Ministerialdirektor David Horowitz vom israelischen Finanzministerium genau diese Summe in der israelischen Note vom 12. März 1951 zum ersten Mal erwähnt haben will.[19] Wie dem auch sei, das Argument der Flüchtlingsintegration fand bereitwillige Aufnahme sowohl in der Politik als auch in der Presse.

Bei den israelischen Verhandlungsvorbereitungen standen die politischen Aspekte im Vordergrund: Wer überwacht das Mandat der Verhandlungsdelegation, wer leitet die Verhandlungen und wie soll die Zusammenarbeit mit der Claims Conference gesichert werden, waren Fragen, die Israels Regierung mehr beschäftigten als technische Belange wie die Wahl des Verhandlungsortes und andere logistische Fragen. Die Verhandlungen waren von Terrordrohungen begleitet, die Gewährleistung der Sicherheit deshalb ein zentraler Punkt.

Nachdem die letzten innerisraelischen Hindernisse ausgeräumt waren, bekam Goldmann grünes Licht, Adenauer die positive Botschaft zu überbringen. Dem Treffen zwischen den beiden Persönlichkeiten ging ein Briefwechsel voraus. Israel war an einer möglichst frühen Aufnahme der Vorverhandlungen interessiert. Der wirtschaftliche Druck war derart groß, daß die israelische Regierung die Claims

[19] Easterman an Uveeler vom 21. 3. 1963, IJA, Easterman Collection, 220.2.

Conference zu rechtzeitigen Vorbereitungen mahnte und für den Fall von Verzögerungen mit Separatverhandlungen drohte.[20]

Dem zweiten Treffen zwischen Goldmann und Adenauer nach den Begräbnisfeierlichkeiten von König George VI. am 17. Februar 1952 in London fehlte das dramatische Ambiente der ersten Begegnung. Es war vor allem ein Arbeitsgespräch. Adenauer akzeptierte den israelischen Vorschlag, die Verhandlungen Mitte März in Brüssel aufzunehmen. Der Kanzler klärte Goldmann über Böhms persönlichen Hintergrund auf, und Goldmann setzte den Kanzler darüber ins Bild, daß der israelischen Delegation keine Parlamentarier angehörten. Im weiteren Verlauf des Gesprächs legte Bundeskanzler Adenauer dar, weshalb er den Verhandlungsverlauf persönlich zu überwachen gedenke. Da er auch als Außenminister amtiere und von den anderen beteiligten Ministerien keine großzügige Haltung erwartet werden könne, sei dadurch sichergestellt, daß „die großen historischen und moralischen Aspekte mehr im Auge behalten würden".[21] Der ebenfalls anwesende WJC-Vertreter Noah Barou berichtete wenige Tage später über Adenauers Wunsch, die Verhandlungen mit Israel vor dem Beginn der Schuldenkonferenz zu beenden, und über dessen Hoffnung, durch die Ausfuhr von Gütern nach Israel der deutschen Wirtschaft die Märkte jener Region zu öffnen. Zudem meinte Barou, der Kanzler sei persönlich an der Sache interessiert und es sei ihm daran gelegen, daß die Verständigung mit Israel und dem jüdischen Volk als sein Werk in die Geschichte eingehe.[22]

Währenddessen setzte die Cherut-Partei ihre Anti-Schilumim-Kampagne auch in Israel fort. Den Tag des Verhandlungsbeginns erklärte sie zum „Tag des Zorns". Ben Gurion versetzte Armee, Polizei, Geheimdienste und die von der Mapai kontrollierten Gewerkschaften und Kibbutzim in Alarmbereitschaft und nahm persönlich an Lageberatungen teil.[23] Der „Tag des Zorns" verstrich ohne nennenswerte Zwischenfälle. Die strengen Sicherheitsvorkehrungen, der Überdruß der Bevölkerung an Cherut-Protesten und möglicherweise auch die Erwartungen, die die Verhandlungen bei einem Teil der Öffentlichkeit weckten, dürften zur Passivität in der Bevölkerung beigetragen haben. Die von Revisionisten angeführte Anti-Schilumim-Kampagne in der jüdischen Diaspora scheiterte auf ähnliche Weise. Als die Cherut-Partei Jahre später Protestaktionen gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland plante, warnten deren Mitglieder in den Parteigremien vor der Wiederholung der Mißerfolge von 1952.[24]

Neben wirtschaftlichen Überlegungen spielten auf israelischer Seite auch das Prestige, Haßgefühle und Rachegedanken eine Rolle. Im Verlauf der Mapai-De-

---

[20] Sharett an Goldmann vom 28. 1. 1952, CZA, Z6/2345; Böker an Adenauer über Hallstein vom 17. 2. 1952, PA, 244–1311.

[21] Bericht Goldmanns über das Treffen mit Adenauer vom 20. 2. 1952, CZA, Z6/1024.

[22] Barou an Sharett vom 20. 2. 1952, ISA, 2417/4.

[23] Tagebucheinträge Ben Gurions vom 11. und 16. 3. 1952, BGD, BGA.

[24] So Dow Shilansky am 3. 10. 1956: „Der Parteivorsitzende [Menachem Begin] sagte, wir hätten an der Schilumimfront versagt. Es ist ein harter und unpopulärer Krieg": Protokoll der 6. Sitzung während des 4. Parteitages, JIA, File 4/49/9, Mark 1/H.

batte am 13. Dezember sagte Golda Meir: „Wir sollten mit den Deutschen wie Gewinner mit Verlierern verhandeln."[25] Meir wiederholte diesen Satz bei späterer Gelegenheit, Außenminister Sharett äußerte sich in ähnlichem Sinne.[26] Ben Gurion wünschte, die Verhandlungen in einer israelischen Botschaft abzuhalten, sofern man sich mit der deutsche Seite darauf würde einigen können. Oder wie ihn Gershon Avner zitierte: „Die Besiegten sollen zu uns kommen, um sich unsere Bedingungen anzuhören."[27] Die israelische Regierung war gegen den Aufenthalt einer israelischen Delegation in Deutschland oder einer deutschen Delegation in Israel. Ebenso stellte sie sich gegen die Verwendung des Deutschen als Verhandlungssprache. Das israelische Außenministerium forderte ein neutrales Land als Verhandlungsort, das Auswärtige Amt legte sein Veto gegen die Hauptstädte der Großmächte ein.

Mit Ben Gurions Einverständnis einigte man sich schließlich darauf, die Verhandlungen im Hotel Oud Casteel in Wassenaar bei Den Haag zu führen. Da man befürchtete, daß Terroristen aus Cherut-Kreisen versuchen könnten, die Konferenz zu stören, verstärkten die israelischen Geheimdienste die Überwachung terrorverdächtiger rechter Kreise, die auch heute noch nicht bereit sind, sich öffentlich zu gewalttätigen Aktionen im Umfeld der Schilumimverhandlungen zu bekennen. Goldmann erhielt Morddrohungen, Adenauer und Böhm empfingen Briefbomben, und auch ein Flugzeugabsturz, bei dem ein Mitglied der israelischen Verhandlungsdelegation ums Leben kam, wurde Terroristen aus Cherut-Kreisen angelastet.[28]

Am 27. Januar und 3. Februar diskutierte und bestätigte die israelische Regierung die internen Vorkehrungen für die bevorstehenden Verhandlungen. Das Kabinett schloß Vorverhandlungen aus, legte die Kriterien für die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation fest und beauftragte einen Unterausschuß mit der Ausarbeitung von Richtlinien, der Wahl der Delegationsmitglieder und der Überwachung des Verhandlungsmandats. Ein weiterer Unterausschuß erhielt den Auftrag, die nötige Dokumentation vorzubereiten und wurde gleichzeitig zum Beratungsforum bestimmt, an dem gemäß Ben Gurions Tagebuch regelmäßig auch Vertreter des Militärs und des Verteidigungsministeriums teilnehmen sollten.[29]

---

[25] Niederschrift über die Sitzung des Mapai-Zentralkomitees vom 13. 12. 1951, LPA, File 23/51, Bd. C.

[26] HATZOFEH (Tel Aviv) vom 13. 1. 1951.

[27] Avner an Kedar in Brüssel vom 3. 2. 1952, ISA, 539/7a; Sharett an Shinnar, Josephthal und Avner vom 25. 2. 1952, ISA, 2417/4.

[28] SARNA, Kanzler al ha-kaveneth; Böker an Hallstein vom 3. 3. 1952, PA, 244–1311, 2968/52; Bericht an das Präsidium und die Unterhändler der Konferenz mit dem Vermerk „streng geheim" 12. 3. 1952, CZA, Z6/1023.

[29] Protokolle Nr. 19/712 und Nr. 22/712 über die Regierungssitzungen vom 27. 1. 1952 und 3. 2. 1952, ISA, 7264/3; Der Außenminister an die Minister der Finanzen, Handel und Industrie, Landwirtschaft, Transport und Wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 20. 2. 1952, der Außenminister an Josephthal und Shinnar vom, 20. 2. 1952, ISA, 2417/4. Eine „Koordinierungsstelle" sollte zwischen den verschiedenen Ministerien vermitteln: Shinnar an den Außenminister vom 11. 3. 1952, ISA, 354/3.

Die Auswahl der Delegationsteilnehmer bereitete gewisse Probleme. Horowitz, der natürliche Kandidat für die Position des Delegationsleiters, lehnte ab. Zur Begründung nannte er technische Gründe, in Wirklichkeit war er emotional nicht in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen. Der nächste in Frage kommende Kandidat, der Diplomat Felix Eliezer Shinnar, war nicht Mitglied der Mapai, weshalb die Regierung ihm den in Deutschland geborenen Mapai-Veteranen, leitenden JAFP-Funktionär und Staatsbeamten mit Leib und Seele, Giora Josephthal, vorzog. Shinnar, der sich bereits jahrelang mit dem Verhandlungsthema beschäftigt hatte, war über diese Entscheidung gekränkt und setzte sich dagegen zur Wehr. Einem salomonischen Urteil gleich wurden darauf zwei Delegationsleiter ernannt. Die Doppelnomination signalisierte die Zurückstufung der Delegation und war ein weiterer Ausdruck der israelischen Reserviertheit gegenüber Deutschland.[30] Josephthal sollte sich mit Fragen der Repräsentation und Shinnar mit den technischen Einzelheiten der Verhandlungen beschäftigen.[31] Gershon Avner, ein weiterer mit der Verhandlungssache eng vertrauter Beamter deutscher Herkunft, wurde zum politischen Berater und Vertreter des israelischen Außenministeriums bestimmt. Der JAFP-Funktionär Georg Landauer war der Verbindungsmann zur Claims Conference, der Deutsch-Jude Shalom Adler-Rudel vertrat die Claims Conference und Noah Barou wirkte als Berater für Wirtschaftsfragen. Landauer, Adler-Rudel und Barou erhielten ihre Nomination sowohl aus Prestigegründen als auch aufgrund von praktischen Erwägungen. Ali Nathan diente als Rechtsberater, und eine Gruppe von Spezialisten für verschiedene Wirtschaftsbereiche rundeten die Delegation ab.

Aufgrund der israelischen Forderung, die deutsche Sprache zu meiden, aber vor allem auch im Hinblick auf die für notwendig erachtete Zweisprachigkeit wurde das Englische als Verhandlungssprache für den mündlichen und schriftlichen Verkehr gewählt. Die jüdischen Delegationen erhielten Weisung, den gesellschaftlichen Umgang mit den deutschen Delegierten auf ein Mindestmaß zu reduzieren und nur die offizielle Sprache zu benutzen. Jedes während der Verhandlungen fallende Wort war ins Englische zu übersetzen.

Laut Weisung des Ministerausschusses hatte die Delegation den Auftrag, zunächst die Schilumimsumme, die Dauer der Zahlungen und die Transfermodalitäten festzulegen. In einer zweiten Phase hatte die Aufgliederung der bestellten Güter zu erfolgen, und erst nach Abschluß der Verhandlungen der Beginn der Lieferungen. Die Delegation wurde sodann angewiesen, gegenüber Westdeutschland auf der Summe von einer Milliarde Dollar zu bestehen. Als Transferperiode wurden drei bis fünf Jahre als angemessen erachtet. Einen Großteil der Summe, möglicherweise bis zu einem Drittel, wollte man als Barzahlung während der ersten zwei Jahre fordern, den Rest in Form von Konsum- und Investitionsgütern. Von der Lieferung von Konsumgütern im Rahmen der Schilumim versprach sich die israelische Regierung die Einsparung von Devisen für den laufenden Konsum. Die Zusammenstellung der Güterliste war Sache des interministerialen Ausschus-

30 Fernschreiben Sharetts an Goldmann 5. 2. 1952, CZA, Z 6/2007.
31 SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 26.

ses, der von der Delegation in jeder wichtigen Frage konsultiert werden mußte.[32] Die Vorbereitungen waren mit erheblichem administrativen Aufwand verbunden, doch die Delegation erschien gut vorbereitet am Verhandlungsort.

Am Anfang sollte sich das Mandat der Delegation auf wirtschaftliche Fragen beschränken, doch später kamen auch politische Themen hinzu. Die Frage der diplomatischen Beziehungen war, wie erwähnt, ausgeschlossen. Israel verweigerte jedes politische Zugeständnis an die Bundesrepublik. Andererseits erwog die Regierung in Jerusalem, Druck auf Bonn auszuüben, um den Abzug der deutschen Militärberater aus arabischen Staaten zu bewirken, bei denen es sich überwiegend um geflohene „Altnazis" und später auch um deutsche Privatbürger handelte, die ohne offizielle Zustimmung der Bundesregierung im Orient arbeiteten. Weitere bilaterale Fragen kamen möglicherweise inoffiziell zur Sprache.

Die Claims Conference entsandte eine eigene Delegation mit dem Auftrag, eng mit der israelischen Delegation zusammenzuarbeiten. Beide Delegationen waren zu gegenseitiger Abstimmung der Positionen vor Beginn der Verhandlungen mit der deutschen Seite verpflichtet. Der Claims Conference fiel die Aufgabe zu, von der Bundesrepublik die Verabschiedung von Entschädigungsgesetzen und deren Anpassung an die verschiedenen Individualforderungen sowie kollektive Entschädigung zu fordern.

Es war vorgesehen, die beiden Delegationen nacheinander getrennt mit der deutschen Delegation verhandeln zu lassen. In jeder jüdischen Delegation saß ein Verbindungsmann der anderen Delegation. Moses A. Leavitt, der Vizedirektor des American Joint Distribution Committee (AJDC), wurde zum Leiter der Claims Conference-Delegation ernannt. Auch Leavitt war ein Kompromißkandidat gewesen. Er gehörte keiner großen jüdischen Organisation an. Das AJDC war zudem keine politische Institution. Seymour J. Rubin, ein ehemaliger SD-Mitarbeiter, vertrat das American Jewish Committee (AJC) und der von Ben Gurion gewählte Maurice M. Boukstein den Jüdischen Weltkongreß. Sämtliche Mitglieder der Claims Conference-Delegation waren mit einer Ausnahme Amerikaner. Der einzige britische Vertreter, Alex Easterman, fühlte sich oft übergangen oder von der Entscheidungsfindung völlig ausgeschlossen. Verbittert mußte er sich damit abfinden.[33] Einige Berater dieser Delegation waren deutsch-jüdischer Herkunft, doch kein einziger wohnte in der Bundesrepublik. Jüdischen Bürgern der Bundesrepublik haftete leicht der Verdacht der doppelten Loyalität an. Zudem symbolisierte der Ausschluß deutsch-jüdischer Vertreter den Wunsch, Konflikte über die Frage zu vermeiden, wer ein Anrecht auf Entschädigung haben und welcher Teil davon Juden deutscher Herkunft zukommen sollte. Als Ausgleich und zur Beschwichtigung der deutschen Juden wurden zwei Leo Baecks Organisation nahestehende Experten in ein beratendes Gremium hinzugewählt. An der Claims Conference waren die besten Experten auf dem Gebiet der Entschädigung und der Restitution beteiligt. Der AJDC-Vertreter in Paris, Jerome J. Jacobsen, wurde zum Delegationssekretär ernannt.

---

[32] Das interministerielle Komitee für Shilumim an das israelische Delegation für die Shilumim-Verhandlungen mit Deutschland vom 10. 3. 1952, ISA, 534/3.

[33] Easterman an Perlzweig vom 28. 2. 1952, IJA, Altarchiv, 220.0.

Zahlreiche Vertreter bemühten sich vergeblich um einen Platz in der Delegation. Mitglieder des Präsidiums der Claims Conference waren nicht vertreten. Goldmann zog es vor, auf eine Teilnahme zu verzichten, da die Delegationen sich aus Vertretern niederen Ranges zusammensetzten und er der Meinung war, der Sache im Falle von Schwierigkeiten diskret im Hintergrund besser dienen zu können. Er sollte recht behalten.[34]

Die Claims Conference war von einer ständigen Rivalität zwischen Goldmann und dem Vorsitzenden des AJC, Jacob Blaustein, geprägt. Der eigenwillige Goldmann mit seiner bekannten Neigung zu Manipulationen im Hintergrund handelte oft auf eigene Faust. Dem leicht ekstatischen Politiker fehlte der systematische Ordnungssinn des ambitionierten, einflußreichen und von Mitarbeitern umgebenen amerikanischen Geschäftsmannes Blaustein, der sich die europäische Überheblichkeit Goldmanns nicht gefallen ließ. Blaustein irritierten zudem die proisraelischen Tendenzen des JAFP-Präsidenten Goldmann. Er befürchtete eine Benachteiligung des Diaspora-Judentums bei den Schilumimverhandlungen. Andere warfen dagegen dem AJC vor, das Schilumimprojekt unter seine Kontrolle bringen zu wollen, und unterstützten Goldmann.[35] Es handelte sich offensichtlich um ein weiteres Beispiel der „Querelles Juives". Da jedoch große Summen im Spiel waren, wurde die Angelegenheit von allen Beteiligten äußerst ernst genommen. Nachdem die Claims Conference den Vorrang von Israels Ansprüchen anerkannt hatte, blieb die Kardinalfrage, ob sie – parallel zu den Schilumim – eine eigene globale Forderung stellen sollte und falls ja, in welcher Höhe.

Anläßlich einer Gipfelkonferenz am 10. Dezember 1951 unter Teilnahme von Ben Gurion, den amerikanischen und israelischen Vorsitzenden der Jewish Agency for Palestine (JAFP) sowie der Diplomaten Eytan und Shinnar, kam man überein, einen bestimmten Teil der Summe eines zukünftigen Schilumimabkommens dem AJDC und der JAFP zur Verfügung zu stellen. Diese Zusage war an die Bedingung geknüpft, daß neben den Schilumim keine weitere kollektive Forderung gestellt werde. Es wurde folgende Aufteilung vereinbart:

Israel	65%
JAFP (ausschließlich in Israel zu verwendende Gelder)	20–25%
AJDC (ausschließlich in Israel zu verwendende Gelder)	5–10%
jüdische Organisationen (für Sozialarbeit außerhalb Israels)	5%[36]

Bei Verhandlungen in Paris setzte der israelische Außenminister Moshe Sharett den Anteil der Claims Conference dann auf 33,83% fest. Davon waren 28,83% für die ausschließliche Verwendung in Israel bestimmt.[37] Diese Vereinbarung offenbart einen weiteren Aspekt der anhaltenden Auseinandersetzungen über das Ver-

---

[34] Goldmann an Leavitt vom 2. 3. 1952, CZA, Z6/1992; Nevo an Lurie vom 3. 3. 1952, ISA, 2482/14.

[35] Easterman an Perlzweig vom 21. 2. 1952; Perlzweig an Easterman vom 28. 2. 1952, IJA, Altarchiv, 220.0; Shinnar an Herlitz vom 27. 2. 1952, ISA, 543/3.

[36] Shinnar an Eytan vom 3. 2. 1952, ISA, 2417/4; ZWEIG, German Reparations, S. 57–58.

[37] Niederschrift über den Abschluß, der beim Treffen zwischen Vertretern des Staates Israel und Vertretern der Konferenz über „Jewish Material Claims Against Germany" erzielt wurde, vom 12. 2. 1952, ISA, 534/4.

hältnis zwischen dem Staat Israel und der Diaspora. Da die israelische Regierung eine Beeinträchtigung der eigenen Ansprüche befürchte, war sie über die Möglichkeit eines weiteren kollektiven Anspruchs gegenüber Bonn nicht erfreut. Doch auch der Verdacht des AJC und des Council for Protection of Rights and Interests of Jews from Germany (CPRIJG), wonach Israel in erster Linie an einem Abkommen mit der Bundesrepublik interessiert sei, um die eigenen Probleme – auch auf Kosten anderer – zu lösen, war nicht ganz aus der Luft gegriffen.[38] Ein solches Abkommen, zumindest hinsichtlich des Ausschlusses individueller Entschädigungen, war unter gewissen Umständen theoretisch auch für die Bundesrepublik interessant, da Israel die Globalisierung der Einzelforderungen seiner Bürger, entsprechend der Globalisierung individueller Restitutionsansprüche durch die Jewish Restitution Successor Organization (JRSO), erwog.[39]

Zur Klärung sämtlicher offener Fragen und Mißverständnisse und zur Festlegung einer gemeinsamen Strategie trafen sich die jüdischen Partner mehrmals. Beim entscheidenden Treffen zwischen dem 10. und 12. Februar 1952 in Paris wurde die gemeinsame Linie gegenüber der deutschen Seite endgültig festgelegt. Dabei kam es erneut zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Sharett und Blaustein über die Frage des globalen Anspruchs. Blausteins Antrag auf eine separate Forderung der Claims Conference wurde zwar gebilligt, doch auf eine halbe Milliarde Dollar beschränkt. Er sollte zudem nicht auf dem Schilumimanspruch beruhen. Weiter wurde vereinbart, die geforderte Summe der deutschen Seite gegenüber so lange wie möglich geheim zu halten, um der israelischen Seite genug Zeit zur Durchsetzung ihrer Forderung zu lassen. In Paris wurde auch endgültig beschlossen, zwei separate Delegationen zu den Verhandlungen mit der Bundesrepublik zu entsenden.[40] Ein Expertenausschuß legte einen Vorschlag für die materiellen Ansprüche vor, in dem die Forderungen der Verfolgten und deren Erben bezüglich der Entschädigungsgesetzgebung und der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen sowie die Entschädigungs- und Restitutionspflichten der Bundesrepublik aufgeführt waren.[41] Die jüdischen Delegationen trafen sich am 17. März 1952 in London und flogen gemeinsam zu den Verhandlungen nach Holland. Die Briefe einzelner Delegationsmitglieder deuten auf Skepsis hin. Über die Aufrichtigkeit der deutschen Seite bestanden Zweifel. Niemand rechnete mit deutschem Entgegenkommen.

---

[38] K. Reichmann an H. Mueller vom 4. 1. 1952; A. Horowitz an den „Council for the Protection and Rights of the Jewish Refugees" in London vom 9. 1. 1952; H. Reichmann in London an E.G. Loewenthal in Hamburg vom 14. 1. 1952, LBI, Folder 2, Council of Jews, Council M/m, Haager Conference, bis 31. 5. 1952; Goldmann an Goldstein vom 14. 2. 1952, CZA, Z6/1261.

[39] Der Rechtsberater des Außenministers an den Finanzminister vom 13. 2. 1952, ISA, 543/3.

[40] Niederschrift über den Abschluß, der beim Treffen zwischen Vertretern des Staates Israel und Vertretern der Konferenz über „Jewish Material Claims Against Germany" erzielt wurde, vom 12. 2. 1952, ISA, 534/4; Shinnar an Eytan vom 15. 2. 1952, ISA, 2417/4.

[41] Ausarbeitung über die Grundlinien jüdischer Wiedergutmachungsforderungen gegenüber Deutschland betr. Überarbeitungen auf der Basis eines Treffens vom 12. 2. 1952 in Paris, ISA, 543/4b.

Die beiden jüdischen Delegationen waren im Hotel Oud Kasteel in Wassenaar untergebracht, wo die Verhandlungen stattfanden. Die Sicherheitsmaßnahmen waren äußert streng, und der knappe Platz ließ nur wenig Raum für die Privatsphäre. Die deutsche Delegation pendelte täglich zwischen ihrem Quartier in Den Haag und Wassenaar. Die Verhandlungsteilnehmer einigten sich auf strikte Geheimhaltung, auf eine Begrenzung der Pressekontakte sowie auf gewisse administrative Vorkehrungen. Die Delegationen wurden vor Terroranschlägen gewarnt. Böhm und Adenauer erhielten, wie bereits erwähnt, Briefbomben, und beide Seiten wurden von Drohbriefen von Antisemiten, Neonazis und jüdischen Schilumimgegnern überhäuft. Die Delegationssekretäre einigten sich darauf, daß sich die deutsche Delegation jeweils morgens mit den Israelis und nachmittags mit den Vertretern der Claims Conference treffen sollte. Dieser Zeitplan bedeutete eine hohe Belastung für alle Beteiligten, besonders für die deutsche Delegation. Doch mehr noch als die körperliche Anstrengung setzte beiden Seiten die psychische Belastung zu. In den schriftlichen Zeugnissen wird dieses Element der deutsch-israelischen Verhandlungssitzungen besonders betont. Die Eröffnung der Verhandlungen hinterließ nicht die besten Erinnerungen.

3. Wassenaar – Die erste Verhandlungsphase

Die Eröffnungssitzung zwischen der israelischen und der deutschen Delegation fand am 21. März 1952 im Konferenzraum des Hotels Oud Kasteel in Wassenaar statt. Als die deutsche Delegation den Raum betrat, hatten die Israelis bereits auf der einen Seite des Tisches Platz genommen. Sie erhoben sich nicht von ihren Plätzen, um die Gegenseite zu begrüßen.

Die Atmosphäre war frostig. Die Israelis hatten Weisung, sich nicht mit deutschen Delegierten zu unterhalten, und die Raucher unter ihnen verzichteten auf Zigaretten und Zigarren, um kein Feuer von der anderen Seite angeboten zu bekommen. Sogar das Händeschütteln war tabu. Adler-Rudel ergriff die ausgestreckte Hand eines alten deutschen Freundes trotzdem. Verschiedene Schilderungen deutscher und israelischer Delegierter zeugen von der starken emotionalen Anspannung. Dazu Adler-Rudel: „Die Spannung im Raum war sehr bedrückend. Die Deutschen saßen mit verschränkten Händen da. Man konnte ihnen ansehen, wie schwer es für sie war, der Schilderung des Horrors und des Raubes zuzuhören."[42] Ein deutscher Reporter [Frowein?] berichtete: „Die Atmosphäre war sehr reserviert. Bemerkenswert war vor allem das Streben der israelischen Delegation nach der Wahrung äußerster Korrektheit und strengster Förmlichkeit."[43]

Gershon Avner las die israelische Erklärung auf Englisch, die darauf ins Deutsche übersetzt wurde. Danach folgte Böhms Erklärung auf Deutsch, die wiederum ins Englische übertragen wurde. Avner war überrascht von der unmittelbar kühlen Aufnahme seiner Erklärung. Erst nachträglich erfuhr er, daß die Englisch-

[42] Adler-Rudel an Hestrin vom 21. 3. 1952, CZA, A140/551.
[43] PA, 19083/52D.

kenntnisse der deutschen Delegierten beschränkt waren.[44] Die deutsche Eröffnungserklärung machte unmißverständlich klar, daß sich der Auftrag von Böhm und seiner Delegation darauf beschränkte, die israelischen Forderungen entgegenzunehmen und deren Begründung zu prüfen. Die von deutscher Seite geforderte Bindung an die Schuldenkonferenz und die Behauptung der begrenzten Zahlungsfähigkeit engten den Spielraum der deutschen Delegation zusätzlich ein. Die Entgegnung der deutschen Seite auf die pragmatische israelische Eröffnungserklärung wirkte ernüchternd.[45] Bereits am ersten Verhandlungstag traten größte Spannungen auf, die sich später zwar etwas legten, vor Ostern dann aber einen neuen vorläufigen Höhepunkt erreichten. Nach der deutschen Eröffnungserklärung erwog die israelische Delegation die sofortige Abreise, die Goldmann schließlich knapp verhindern konnte.[46] Die Israelis ignorierten die deutschen Vorbehalte, um später mit Erstaunen und Enttäuschung reagieren zu können.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen lockerte sich die Spannung dann ein wenig, und die Delegierten begannen sich miteinander zu unterhalten. Als in der Hitze des Gefechts Josephthal in die deutsche Sprache verfiel, schwenkten alle Verhandlungsteilnehmer auf diese ihnen bestens vertraute Sprache ein. Küster, der nach der ersten Begegnung meinte, die Israelis böten einen „makkabäischen Anblick", gewann bald einen besseren Eindruck, und auch Josephthal lernte die Gegenseite bald zu schätzen.[47] Easterman blieb mißtrauisch: „Ich bin überzeugt, sie werden die üblichen altbekannten deutschen Tricks anwenden, um sich der Verpflichtung zu entziehen, zu der sie sich durch ihren Bundeskanzler feierlich bekannt haben."[48] Die Verhandlungen verliefen äußerst zäh, und Böhm und Küster verteidigten die Interessen ihres Landes trotz Verständnisses für das Anliegen der anderen Seite – sowohl auf öffentlicher als auch auf privater Ebene – verbissen und stur. Andererseits traten die beiden führenden Delegierten der deutschen Seite für faire Verhandlungen ein und lehnten die taktischen Manöver der Bundesregierung und der deutschen Delegation in London ab. Ein tiefer Graben klaffte zwischen den moralischen und historischen Begründungen der israelischen Delegation und der legalistisch-formalistischen Argumentation der deutschen Beamten, die, im Gegensatz zu den sorgfältig ausgewählten Delegationsleitern, keine Gefühlsregungen zeigten.[49] Josephthal schrieb, unter dem Eindruck des surrealistischen Umfelds der scheinbar pragmatischen Verhandlungen, seiner Frau: „Es ist alles unwirklich. Auch die Deutschen."[50]

---

[44] Interview mit Gershon Avner vom 2. 9. 1986, BGA, Oral History Division.

[45] Eröffnungserklärungen der israelischen und deutschen Delegation sowie der Claims Conference vom 21. 3. 1952, ISA, 3028/2; Brief vom 27. 3. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 146–149.

[46] Keren an Shinnar vom 27. 3. 1952, ISA, 2417/5; Herlitz an Shinnar vom 27. 3. 1952; Brief vom 27. 3. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 147.

[47] Tagebucheinträge Küsters vom 19. und 30. 3. 1952, ACDP, I-084–001; Brief vom 27. 3. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 147–148.

[48] Easterman an Perlzweig vom 15. 4. 1952, IJA, Altarchiv, 220.0.

[49] Als gutes Beispiel der formalistischen und legalistischen Haltung: Memorandum von Regierungsrat Ludwig, Finanzministerium, für die Mitglieder der deutschen Delegation in Den Haag vom 30. 3. 1952, ACDP, I-084–001.

[50] Brief vom 27. 3. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 148.

Beide Delegationen beschäftigten vor Ort ein ganzes Heer von Experten, konsultierten regelmäßig ihre Vorgesetzten zu Hause und entfalteten zusätzlich rege nachrichtendienstliche Tätigkeiten. Die israelische Delegation beschaffte sich vertrauliche Information aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Ähnliche Quellen versorgten auch den israelischen Gesandten in Frankreich und den Geschäftsmann Yossl Rosensaft, dessen geheimdienstliche Erfolge offensichtlich auf pekuniären Mitteln beruhten, die ihm Goldmann zur Verfügung stellte.[51] Rosensaft, Lewy, Barou und ihnen nahestehende Geschäftskreise unterhielten enge Kontakte mit mittleren und hohen Beamten in westdeutschen Ämtern, besonders im Auswärtigen Amt und im Bundeswirtschaftsministerium.[52] Rosensaft war eigentlich ein Doppelagent; seinen Geschäftsinteressen zuliebe stand er auch der deutschen Seite zu Diensten. Die Israelis warfen ihm später vor, Blankenhorn zu Israels Nachteil beraten zu haben.[53]

Auch Barous Aktivitäten waren nicht über jeden Zweifel erhaben, trotz seiner wertvollen privaten Verbindungen. Sich über die geltenden Richtlinien hinwegsetzend, unterhielt er private Kontakte zu deutschen Vertretern und wurde deshalb aus der Delegation ausgeschlossen. Barou und Rosensaft verfügten indes über vertrauliche Verbindungen zur deutschen Delegation, die sich als wertvolle Informationsquellen herausstellten.[54] Den Ausschlag für den Ausschluß Barous mag der Informationsaustausch mit den Geschäftsfreunden Rosensaft und Lewy gegeben haben. Darauf angesprochen, antwortete Gershon Avner nur ausweichend. Die politisch-geschäftlichen Verstrickungen von Rosensaft, Barou, Lewy und ihrer Partner machten sich immer wieder – auf unerfreuliche Weise – bemerkbar. Ein weiterer „Doppelagent" war der Herausgeber der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland* (AWJD), Karl Marx. Informationen, die er über Kontakte zu israelischen Regierungskreisen, die ihm insgesamt reserviert gegenüberstanden, erhalten hatte, leitete er regelmäßig an Vertreter des Auswärtigen Amts weiter und versorgte diese sogar mit Dokumenten.[55] Marx scheute zudem bei seinen Kontakten mit israelischen und jüdischen Stellen keine Anstrengung, um die Glaubwürdigkeit der Rosensaft-Lewy-Gruppe zu untergraben.

Mangels offizieller Vertretung in Israel hing das Auswärtige Amt bei der Informationsbeschaffung von ausländischen Journalisten und Informanten in Israel ab, darunter Auslanddeutsche, die sich schon vor dem Krieg im Land niedergelassen

---

[51] Goldmann an Salmanovich vom 30. 8. 1952; Salmanovich an Goldmann vom 2. 9. 1952, CZA, Z6/636.

[52] Über die Probleme im Bundeswirtschaftsministerium geben unter anderem die Notizen Seebohms zur Kabinettsitzung vom 4. April 1952 Aufschluß (BArch, N 1178, Bd. 7b). Hier fallen bekannte Namen, darunter Günther, Rose [Rosensaft?] und Levy [nicht Lewy].

[53] Yachil an Sharett vom 11. 12. 1952, ISA, 2417/7. Rosensafts Machenschaften waren Landauer nicht geheuer. Als Rosensaft die Aufmerksamkeit der deutschen Polizei zu wecken begann, warnte Landauer höchste israelische Stellen vor Skandalen: Landauer an Eschkol und Locker vom 4. 5. 1952, CZA, Z 6/1898.

[54] Barou an Sharett vom 20. 5. 1952, ISA, 2417/5.

[55] Beispielhaft: Frowein an Blankenhorn vom 22. 4. 1952; Aufzeichnung Froweins vom 14. 3. 1953, im PA, 244–1311; Livneh an Marx vom 16. 11. 1952, PA 244–1311, 16527/52.

hatten, vor allem religiöse Siedler, und jüdische Neueinwanderer aus Deutschland. Diese Quellen entwickelten sich zu einem ständigen Informationsdienst, der unter der Bezeichnung „Presse- und Informationsabteilung" firmierte. Vizekanzler Franz Blücher verfügte über eine separate Quelle, den Kölner Journalisten Augustin Hoppe, der ein hervorragendes Informationsnetz leitete, das enge Kontakte mit arabischen Diplomaten pflegte und dem es gelang, in die Rosensaft-Lewy-Gruppe einzudringen.[56] Der Nachrichtendienst spielte bei den Wassenaar-Verhandlungen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die Klärung der israelischen Forderungen und deren Rechtfertigung sowie die Erläuterungen zur geforderten Summe von anderthalb Milliarden Dollar dauerten drei Wochen. Die israelische Seite argumentierte, Israel habe eine halbe Million Flüchtlinge, Überlebende der NS-Verfolgung, aufgenommen und nannte einen Betrag für die pro Person anfallenden Kosten der Integration. Die deutsche Delegation stellte die israelische Darstellung in Frage und betonte die Rolle der zionistischen Ideologie und der Angst vor dem Kommunismus als Motive der Einwanderung nach Israel. In einer scharfen Entgegnung bekräftigte Josephthal am 25. März die israelische Darstellung des Sachverhalts und beschloß damit die Diskussion zu dieser Frage. Böhm und Küster willigten aus moralischen Gründen ein, die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation überzeugte diese Entscheidung jedoch nicht.[57] Als nächstes wurden die Eingliederungskosten im einzelnen diskutiert. Die Israelis rechneten vor, daß die Aufnahme und Eingliederung einer halben Million Menschen zu 3000 Dollar (12600 DM) pro Person, inklusive Wohnungsbaukosten sowie längerfristige Kosten für Beschäftigung, Gesundheitswesen und Erziehung, die Gesamtsumme von anderthalb Milliarden Dollar ergebe. Experten des Bundesministeriums für Vertriebene hielten dagegen 2143 Dollar (9000 DM) pro Person für angemessen, also eine Gesamtsumme von nur 715 Millionen Dollar (4,5 Milliarden DM). Zwei Drittel der Gesamtverpflichtung wollte die Bundesrepublik tragen. Die Leiter der deutschen Delegation erachteten diese gegenüber der israelischen Forderung um 26% reduzierte Summe als angemessen, doch die politischen Führungskreise in Bonn teilten ihre Ansichten nicht. Den Israelis wurde die Stellungnahme aus Bonn vorenthalten.[58] Die israelische Delegation war mit dem Auftrag angereist, die Gesamtsumme der deutschen Entschädigung, die Art der Zahlungen, die Zahl der Raten sowie deren jährliche Summe festzulegen. Doch sie bekam keine klaren Antworten oder, wie Josephthal bemerkte: „Jeden Tag nur schmalzige Reden ohne Tacheles." Die Verhandlungen waren in eine kritische Phase eingetreten, und auf israelischer Seite machte sich Unmut über die „Verzögerungstaktik" der anderen Seite breit.

---

[56] Blüchers Nachlaß (BArch, N 1080) enthält zahlreiche Berichte von Hoppe. Der Name Hoppe erscheint auch in Dokumenten des PA.

[57] Tagebucheinträge Küsters vom 25. und 27. 3. 1952; Brief vom 27. 3. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 147.

[58] JENA, Versöhnung mit Israel?, S. 470; Bericht der deutschen Delegation im Haag vom 2. 4. 1952, ACDP, I-084–001; HUHN, Die Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar, S. 147–149.

Die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Claims Conference waren inhaltlich zwar sehr anspruchsvoll, verliefen aber weitaus ruhiger. Bereits die Eröffnungssitzung fand in entspannter Atmosphäre statt; die jüdische Seite war bemüht, die Gefühle der deutschen Seite nicht zu verletzen. Die mit qualifizierten Übersetzern ausgestattete Delegation der Claims Conference kam rasch zur Sache. Sie forderte die Verabschiedung neuer Entschädigungsgesetze und die Anpassung bestehender Gesetze zugunsten verschiedener Kategorien von NS-Opfern. Dank Küster, dem führenden Experten im Bereich der individuellen Entschädigung auf deutscher Seite, konnten die Verhandlungen auf solider Grundlage geführt und rasch vorangetrieben werden. Zum Schluß einigte man sich auf je eine Liste von Übereinstimmungen und Differenzen, die der politischen Ebene vorgelegt werden sollte.[59] Die Delegation der Claims Conference erhielt keine verbindliche Antwort auf ihre finanziellen Forderungen, die die Konvertierung der Entschädigungszahlungen und die auf der „Dritten Masse" beruhende Globalforderung von 500 Millionen Dollar betrafen.

Die deutsche Delegation wies diese Forderungen mit Verweis auf den israelischen Schilumimanspruch zurück, der bereits mit dem Raubeigentum gerechtfertigt worden sei. Dies wurde als Versuch gewertet, die beiden jüdischen Delegationen gegeneinander auszuspielen. Angesichts der internen Absprachen konnte ein solcher Versuch, sofern es ihn tatsächlich gab, allerdings nicht gelingen. Die beiden jüdischen Delegationen standen in ständigem Kontakt und stimmten ihre Verhandlungstaktik täglich miteinander ab.

Die Israelis beharrten darauf zu erfahren, welche Summe die Bundesrepublik zu zahlen bereit sein würde, nachdem klar geworden war, daß die deutsche Seite drei Milliarden Mark als legitime Forderung erachtete. Aus einer Aufzeichnung aus dem Blücher-Nachlaß geht hervor, daß die Israelis bereit waren, diese Summe zu akzeptieren, die Zustimmung der anderen Seite vorausgesetzt.[60] Doch die deutsche Delegation war weder dazu ermächtigt, der israelischen Delegation die Höhe der anerkannten Forderung offiziell bekanntzugeben noch Zahlungsmodalitäten und Zahlungsdauer zu diskutieren. Zudem machte sie deutlich, daß die endgültige Summe geringer sein würde als die ursprünglich anerkannte. Die in Aussicht gestellte Summe sei nur eine „Feststellung zur Konkurstabelle", und die endgültige Höhe der Zahlung hänge vom Ausgang der Schuldenkonferenz ab. Küster, der Schöpfer dieses Begriffs, wollte damit sagen, daß die von der Delegation genannte Summe zuerst mit den Verpflichtungen zu verrechnen sei, die Deutschland in London auf sich zu nehmen hatte. Daß die Deutschen die Terminologie eines Konkursverfahrens in die Diskussion einbrachten, war kaum Zufall: Der Konkursverwalter kann zwar die Gesamtschuld festlegen, doch die tatsächliche Zahlungsfähigkeit beschränkt sich auf die dem bankrotten Schuldner verbliebenen Mittel. Die jüdischen Delegationen waren über diesen Vergleich nicht gerade erfreut.[61] Die Verwendung von handelsrechtlichen Begriffen wurde als

---

[59] Gemeinsame Empfehlung für den Bereich Entschädigung und Rückgabe vom 8. 4. 1952, CZA, Z 6/910.

[60] Aufzeichnung vom 2. 4. 1952, BArch, N 1080.

[61] Notiz Adler-Rudels vom 4. 4. 1952, CZA, A140/551; der Rechtsberater an den General-

Versuch gewertet, den Sui-generis-Charakter der jüdischen Ansprüche auszuhöhlen und die moralische Bedeutung der Verhandlungen herunterzuspielen.

Böhm und Küster erkannten die Legitimität der Forderungen der jüdischen Seite an, gaben jedoch die beschränkte Zahlungsfähigkeit ihres Landes zu bedenken. Ihre Vorgesetzten, besonders Abs, bestanden auf der engen Verbindung zwischen der Londoner Konferenz und den Verhandlungen in Wassenaar bzw. auf der Abhängigkeit der letzteren vom Ausgang der ersteren. Für die jüdische Seite bedeutete dies eine klare Verletzung von Adenauers Zusagen und ein Zeichen von „deutscher Perfidie".[62] Die geforderte Verknüpfung der beiden Konferenzen belastete die Verhandlungen und verlieh ihnen einen bitteren Beigeschmack. Die deutsche Seite handelte möglicherweise im Einvernehmen mit amerikanischen Stellen. Jedenfalls war sie bemüht, die Verhandlungen in Wassenaar in die Länge zu ziehen, um sie so mit der Londoner Schuldenkonferenz zu koppeln.[63] Tatsächlich war von amerikanischer Seite in dieser Sache Widersprüchliches zu vernehmen.[64] Abs war es allem Anschein nach gelungen, die Opposition gegen eine bevorzugte Behandlung der jüdischen Forderungen zu verstärken. Falls die Israelis weiter auf eine separate Behandlung ihrer Forderungen bestehen sollten, so das Argument von Abs, gehe die dadurch erfolgende Beanspruchung der vorhandenen Mittel zwangsläufig auf Kosten der anderen Anspruchsteller.[65] Trotzdem überwogen die amerikanischen Stimmen gegen eine Verknüpfung der beiden Konferenzen: Der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen in Wassenaar wurde dem begrenzten Nutzen einer solchen Verknüpfung vorgezogen. Das heißt aber nicht, daß die Amerikaner lebhaft an deutschen Zahlungen an Israel interessiert waren.

Abs nützte die gleichwohl weiterbestehenden Befürchtungen der Amerikaner aus, letztlich die Kosten einer Entschädigungsvereinbarung mit den Juden tragen zu müssen. Zusammen mit dem Bundesminister der Finanzen, Fritz Schäffer, und Vertretern der Banken versuchte er, die Entschädigungssumme möglichst tief zu

---

direktor o.D. [verm. 8. 4. 1952], ISA, 1809/2; Bericht Landauers über die Verhandlungen in Wassenaar vom 10. 4. 1952, LBI, B26/1, File No. 16; Easterman an Perlzweig vom 15. 4. 1952, IJA, Altarchiv, 220.0.

[62] Adler-Rudel an Hestrin [?] vom 16. 4. 1952, CZA, A140/551; Easterman an Perlzweig vom 15. 4. 1952, IJA, Altarchiv, 220.0; Brief vom 8. 4. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 150.

[63] WOLFFSOHN, Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952, S. 699–705; JENA, Versöhnung mit Israel?, S. 459–471.

[64] Der US-Delegierte auf der Londoner Schuldenkonferenz, Pearson, sprach sich anfangs für eine enge Bindung zwischen den beiden Konferenzen aus: Niederschrift über die Unterredung zwischen McCloy, amerikanischer Hoher Kommissar für Deutschland, und Benjamin B. Ferencz vom 7. 4. 1952, ISA, 1812/6. Pearson schwankte aber später; der amerikanische Vertreter in der Dreierkommission, John Gunther, war dagegen: Memorandum über die Diskussion zwischen Mesers Keren, Nathan und John Gunther, dem amerikanischen Vertreter in der Dreierkommission, vom 19. 2. 1952, ISA, 45/9.

[65] Gesprächsaufzeichnung vom 8. 3. 1952, BArch, B 104/7017; Memo Kerens über die Unterredung mit Abs vom 22. 3. 1952, ISA, 1809/4; Memo von Gilford in London an den US-Außenminister über die Unterredung mit Abs vom 26. 3. 1952, USNA, Suitland, McCloy papers, Box 39; Herlitz an Shinnar vom 27. 3. 1952, ISA, 344/23.

halten, ohne sich grundsätzlich gegen Schilumim auszusprechen.[66] Seine Anstrengungen provozierten interne Meinungsverschiedenheiten, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Die jüdische Seite beurteilte solche Bemühungen als unmoralisch. Marx meinte dazu sarkastisch, die Nationalsozialisten hätten die Juden auch nicht gefragt, ob sie zahlen können, als sie ihnen Abgaben auferlegten.[67]

Böhm und Küster baten um Erlaubnis, die von ihnen empfohlene Summe offiziell bekanntzugeben, mit der Begründung, es handle sich ohnehin nur um eine „Feststellung zur Konkurstabelle". Bonn lehnte dies auf Drängen von Abs ab und untersagte Böhm, Zahlen zu nennen. Nach längerem Hin und Her wurde für den 5. April eine Besprechung der Entscheidungsträger in Bonn angesetzt. Die israelische Seite erkannte die entscheidende Bedeutung dieses Treffens und versuchte, die Bundesregierung mit amerikanischer und britischer Hilfe unter Druck zu setzen.

So veranlaßte US-Außenminister Dean Acheson McCloy auf Drängen der israelischen und jüdischen Seite zu einer vorsichtigen Intervention bei Bundeskanzler Adenauer. Die Vereinigten Staaten „seien aufrichtig an einer für beide Seiten befriedigenden Lösung interessiert", lautete der Kernsatz des amerikanischen Vorstoßes.[68] Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei er indes nicht gewillt, die Deutschen zu Verpflichtungen zu drängen, die zu einer größeren deutschen Abhängigkeit von amerikanischer Hilfe führten könnten, betonte Acheson. Im Hinblick auf die Ansprüche der USA und anderer Länder meinte der Außenminister, es sei zu erwarten, daß die Deutschen sich Zeit nehmen würden, die Forderungen angesichts anderer Verpflichtungen zu prüfen. In einem geheimen Fernschreiben gab der amerikanische Außenminister McCloy folgende Anweisung: „Informieren Sie Adenauer darüber, daß die israelische Regierung mit ernsthaften politischen Problemen konfrontiert ist und die USA größten Wert darauf legt, ein Scheitern [der Wassenaar-Verhandlungen] zu verhindern."[69]

Außenminister Acheson meinte, die Bundesregierung handle in gutem Glauben, und forderte deshalb mit Nachdruck, der Bundesrepublik genügend Zeit zur Lösung ihrer Probleme einzuräumen. Offensichtlich unterstützte Washington sowohl die jüdischen Ansprüche als auch das deutsche Argument der beschränkten Zahlungsfähigkeit und es akzeptierte wohl auch die Notwendigkeit, die anstehenden Ausgaben aufeinander abzustimmen. Die amerikanische Regierung legte größten Wert darauf, von diesen Verpflichtungen in keiner Weise beansprucht zu werden, und war streng darauf bedacht, keine Illusionen über mögliche amerikanische Verpflichtungen entstehen zu lassen.[70] Acheson hat den guten Willen der

---

[66] Herlitz an Eban vom 3. 4. 1952, ISA, 2417/24; Notiz über die Unterredung zwischen McCloy und Ferencz vom 7. 4. 1952, ISA, 1812/6.

[67] MARX, Opfer, nicht Leistungsfähigkeit.

[68] Acheson an McCloy vom 4. 4. 1952, USNA, Suitland, McCloy papers, Box 39.

[69] Ebd.

[70] Solche amerikanische Vorbehalte gehen aus zahlreichen Dokumenten hervor. Daniel F. Margolies, der eine gewisse Zeit als Leiter des Bureau of German Economic Affairs im amerikanischen Außenministerium amtierte, erklärte die amerikanischen Vorbehalte in einem Brief an den Autor vom 19. 12. 1990 wie folgt: „Ich erinnere mich deutlich an die

deutschen Seite möglicherweise überschätzt. Die westdeutsche Finanzwelt unternahm alles in ihrer Macht Stehende, um den jüdischen Anspruch zu untergraben. Besser als dem Politiker Schäffer gelang es dem Finanzmann Abs, Adenauer mit seinen fachlichen Argumenten zu überzeugen und dessen anfänglichen Enthusiasmus zu dämpfen.

Auf einer Dinnerveranstaltung am 4. April unter Teilnahme der drei Hochkommissare für Deutschland kam es zu einem Gespräch zwischen McCloy und Adenauer. Offensichtlich versuchte McCloy den Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit davon zu überzeugen, daß sich Abs und seine Kollegen täuschten, falls sie glaubten, die Vereinigten Staaten seien daran interessiert, sich aus der Schilumimangelegenheit zurückziehen.[71] In der Gesprächsaufzeichnung fällt die drängende Haltung der Amerikaner, aber auch die Reserviertheit gegenüber Schilumim auf deutscher Seite auf. Die Begegnung vom 4. April weckte hohe Erwartungen auf jüdischer Seite. Sie wurde verschiedentlich als „schicksalhaft" bezeichnet. Die völlig übertriebenen Hoffnungen standen in scharfem Kontrast zum Ergebnis, das sich auf die Einleitung einer weiteren Konsultationsrunde beschränkte. Abs hatte sich durchgesetzt: Die Bundesregierung verhielt sich Israel gegenüber nicht entgegenkommend, wenn auch der deutschen Delegation erlaubt wurde, nach dem Bekanntwerden der Resultate der Schuldenkonferenz die Summe der anerkannten Forderungen offiziell zu nennen. Die Verhandlungen in Wassenaar wurden erst einen Monat nach Wiederbeginn der Londoner Konferenz wieder aufgenommen, die über Ostern unterbrochen worden war. Nach der Begegnung zwischen McCloy und Adenauer bemühte sich Abs um amerikanische Finanzhilfe, d.h. um eine Anleihe, die Ermäßigung der Besatzungskosten und die Frei- bzw. Übergabe im Krieg beschlagnahmter deutscher Vermögenswerte. McCloy wies den in London und Washington mit einigem Unbehagen zur Kenntnis genommenen Vorstoß von Abs kategorisch zurück. Abs, der den Amerikanern im Gespräch mit dem Bundeskanzler vorwarf, Deutschland amerikanische Verpflichtungen gegenüber Israel aufbürden zu wollen, war sich des Unbehagens der Amerikaner und der Gläubiger Deutschlands wohl bewußt, er schürte es absichtlich. Gemäß den Weisungen von Acheson trat McCloy dafür ein, der Bundesrepublik einen ange-

---

Beschränkungen der US-Politik im Hinblick auf deutsche Reparationen. Die USA hatten sich in Paris schriftlich dazu verpflichtet, keine Reparationsforderungen gegen Deutschland zu unterstützen. Diese Haltung reflektierte natürlich die verbreitete Einsicht in den USA, daß es ein Fehler war, Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg Reparationen aufzuerlegen, da Deutschland das Geld dafür von der USA geborgt und nicht zurückgezahlt hat, mit dem Resultat, daß letztlich die USA dafür aufkommen mußten. Die Politik der US-Regierung richtet sich entschieden gegen eine Wiederholung der Situation, in der die USA indirekt für Reparationen aufkommen müssen, die Deutschland auferlegt worden sind. Die USA sind in Wirklichkeit an einer Verständigung mit Deutschland über die noch ausstehenden Anleihen vom Ersten Weltkrieg interessiert, deren Rückzahlung nach Hitlers Machtergreifung aufgehört hat."

[71] Protokoll des Treffens zwischen Adenauer und den drei Hohen Kommissaren für Deutschland vom 4. 4. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17; Tagebucheintrag Küsters vom 5. 4. 1952, ACDP, I-084–001; Huhns Interpretation (HUHN, Die Wiedergutmachungverhandlungen in Wassenaar, S. 147–148) kontrastiert stark mit dieser Darstellung.

messenen Zeitrahmen zur Bereinigung ihrer unmittelbaren Finanzprobleme zu gewähren.[72]

Über den deutschen Standpunkt verärgert, brach die israelische Delegation die Verhandlungen mit der Begründung ab, Bonn hätte einseitig ein neues Element in die Verhandlungen eingebracht. Es sei nicht vereinbart gewesen, die Erfüllung der israelischen Forderungen von den Ansprüchen anderer Staaten abhängig zu machen.[73] Die jüdische Solidarität dem Verhandlungsfortschritt vorziehend, zog die Claims Conference nach einem weiteren Verhandlungstag nach. Man könne nicht weiter verhandeln, solange die Israelis den Gesprächen fernblieben, hieß es zur Begründung.[74]

Der Eklat kam für die jüdischen Delegationen nicht völlig überraschend. Der gute Wille der deutschen Seite war stets angezweifelt worden, und die Ereignisse schienen den Verdacht zu bestätigen. Gewiß, die Bundesregierung war den Interessen des eigenen Landes verpflichtet. Dennoch gewinnt man den Eindruck, daß es den führenden westdeutschen Politikern an Weitsicht und Verständnis fehlte sowie an der nötigen Sensibilität angesichts der Tragödie, in die beide Völker verwickelt gewesen waren.

4. Die Krise

Das politische und wirtschaftliche Establishment der Bundesrepublik und die westdeutsche Öffentlichkeit zeigten wenig Verständnis für den Standpunkt der jüdischen Seite. Ebensowenig wurde deren Furcht vor einer weiteren Verringerung der Entschädigung wahrgenommen. Die Öffentlichkeitsarbeit der israelischen Regierung ließ zu wünschen übrig, und die Bundesregierung demonstrierte vor allem eines – Gleichgültigkeit.[75]

Im Verlaufe der Londoner Schuldenkonferenz und der Verhandlungen in Wassenaar ereigneten sich äußerst bedeutsame internationale Entwicklungen, die von der Öffentlichkeit mit größter Aufmerksamkeit verfolgt wurden: Die letzten Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Deutschlandvertrages waren in vollem Gange. Durch diesen Vertrag sollte die Bundesrepublik die Rechte eines souveränen Staates erhalten und Teil des westlichen Verteidigungsbündnisses gegen den Kommunismus werden. Aus Besatzungsmächten sollten Schutzmächte und Verbündete werden. Als neuer Partner des Westens hatte die Bundesrepublik einen Verteidigungsbeitrag zu leisten, mit anderen Worten: Sie mußte sich wiederbe-

---

[72] Notiz über die Unterredung McCloys mit Ferencz vom 7. 4. 1952, ISA, 1812/6; Shinnar an Eban vom 9. 4. 1952, CZA, Z6/1623.

[73] Aufzeichnung Böhms vom 7. 4. 1952, BArch, N 1351; Tagebucheintrag Küsters vom 8. 4. 1952, ACDP, I-084–001.

[74] Gemeinsame Empfehlungen für die deutsche Wiedergutmachungsgesetzgebung o.D.; Leavitt an Böhm vom 8. 4. 1952, ISA, 3028/2; Böhm an Leavitt vom 8. 4. 1952, ISA, 344/24; Bericht Nr. 7 vom Moses A. Leavitt an das Präsidium vom 9. 4. 1952, Bericht Landauers vom 10. 4. 1952, CZA, Z6/1992; LBI, B26/1, No. 6.

[75] Die WELT (Hamburg) vom 9. 4. 1952; MÜNCHNER MERKUR vom 9. 4. 1952; HAMBURGER FREIE PRESSE vom 9. 4. 1952; Die NEUE ZEITUNG (Frankfurt) vom 9. 4. 1952.

waffnen. Die Wiederbewaffnungspläne entfachten eine lebhafte emotionale Debatte sowohl in Deutschland als auch im Ausland, besonders unter den Völkern, die unter NS-Verfolgung gelitten hatten, einschließlich der Juden. Es hagelte Proteste von allen Seiten. Für die hohen Kosten der Wiederbewaffnung sollte der westdeutsche Steuerzahler aufkommen, den nach Abschluß der Londoner Schuldenkonferenz eine weitere Belastung erwartete. Die Sowjetunion versuchte, die angekündigten Schritte mit allen Mitteln zu vereiteln.[76] In diplomatischen Noten, über Erklärungen im Rundfunk und mittels massiver Propaganda schlug Moskau die Wiedervereinigung Deutschlands in Form eines neutralen Staates zwischen den beiden Blöcken vor. Der von intensiver diplomatischer und politischer Tätigkeit begleitete Vorschlag klang für viele verlockend. Die internationalen Vorgänge und die sich daraus ergebende hohe finanzielle Belastung der Bundesrepublik erschwerten die Lösung der deutsch-jüdischen Verhandlungen erheblich. Von den deutschen Problemen unbeeindruckt, behandelte Israel die jüngste Krise auf höchst emotionale Weise, gebündelt mit bitteren Vorwürfen. Die israelische Opposition triumphierte, aber auch in anderen Kreisen, die von der Richtigkeit der Verhandlungen mit Deutschland nicht restlos überzeugt waren, wurden Zweifel laut.

Die Veränderungen in Deutschland stellten die jüdische Seite vor eine schwere Herausforderung: Je weitreichender die Souveränität der Bundesrepublik gestaltet wurde, desto kleiner war ihre – finanzielle – Abhängigkeit von den Alliierten und desto geringer mußte folglich auch ihre Motivation ausfallen, der jüdischen Seite entgegenzukommen und sie zu entschädigen. Als vollwertiges Mitglied der „Völkerfamilie" war die Bundesrepublik nicht mehr auf irgendwelche Stellvertreterdienste angewiesen. Es war also höchste Zeit für Entscheidungen. Israel, auf deutsches Geld dringend angewiesen, packte die Gelegenheit beim Schopf.

Die wirtschaftliche Situation des jungen jüdischen Staates war äußerst prekär, vor allem der Mangel an Devisen zum Kauf von Erdöl, der einzigen Energiequelle dieses rohstoffarmen Landes. Nach dem Zusammenbruch der Verhandlungen in Wassenaar reiste Nahum Goldmann auf dessen Einladung zu Ministerpräsident Ben Gurion. Aus Furcht vor Anschlägen durch jüdische Terroristen fand das Treffen unter strengen Sicherheitsvorkehrungen statt. Ben Gurion schlug vor, die in den letzten Verhandlungsrunden verschiedentlich genannte Summe von 300 Millionen Dollar als Entschädigung der Bundesrepublik zu akzeptieren. Die kritische Lage, in der sich sein Land befand, veranlaßte den Ministerpräsidenten, ein niedriges Angebot anzunehmen, die rasche Umsetzung vorausgesetzt.[77] Goldmann meinte dagegen, Israel könne eine höhere Summe verlangen. Schließlich beschloß man abzuwarten und mit der deutschen Seite weiter zu verhandeln. Die folgenden Wochen waren von intensiver politischer und diplomatischer Tätigkeit auf drei Kontinenten geprägt.

---

[76] ADENAUER UND DIE DEUTSCHE FRAGE; FOSCHEPOTH, Westintegration; DIE LEGENDE VON DER VERPASSTEN GELEGENHEIT; DITTMANN, Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung; GRAML, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit.

[77] BERER, Goldmann's Memoires.

Der Abbruch der Verhandlungen in Wassenaar belebte die innerisraelische Debatte über das Für und Wider der direkten Gespräche mit Deutschland von neuem. Die Regierungspartei Mapai, die in Israel als Vorkämpferin der Verhandlungen mit Deutschland galt, kam auf das Thema anläßlich einer Beratung über den Beitritt zur Sozialistischen Internationale am 21. April 1952 zurück, in der auch die SPD vertreten war. Die Parteispitze der Mapai war mehrheitlich für den Beitritt und für die Wiederaufnahme der Wassenaarer Verhandlungen.[78] Doch die entscheidende Parteidebatte fand am 5. Mai anläßlich einer Offensive der Opposition statt, die eine Neuverhandlung der Frage in der Knesset forderte.[79] Bonns Manöver und das mangelnde Feingefühl der deutschen Seite ließen der Mapai keine andere Wahl, als das Thema neu aufzurollen. Israelische Regierungskreise gingen davon aus, daß Israel schließlich Geld erhalten würde. Die Frage war nur, wieviel, zu welchen Bedingungen und wann. Man befürchtete, ein zu niedriges deutsches Angebot könne die Umsetzung über einen längeren Zeitraum verzögern. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage trieb die Mapai-Spitze die Sorge um, die Opposition könnte Gelegenheit erhalten, eine zweite Verhandlungsrunde über die lebenswichtigen Schilumim zu vereiteln. Doch die demokratischen Regeln, der PR-Wert einer solchen Debatte und die Möglichkeit, mit einem sorgfältig abgewogenen Knesset-Beschluß weiteren Druck auf Bonn auszuüben, waren der Mapai-Parteispitze nicht entgangen. Außenminister Sharett stimmte dem Vorschlag, die Wassenaar-Verhandlungen auszusetzen, bis Israel einen akzeptablen Vorschlag einschließlich konkreten Zeitplan erhalte, enthusiastisch zu. Anträge dieser Art waren dem parlamentarischen Ausschuß für Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten vorzulegen, der wiederum der Regierung seinen Handlungsvorschlag unterbreitete. Am 6. Mai 1952 fällte die Knesset einen Beschluß im Sinne des von Sharett gemachten Vorschlages.[80] In einem Bericht der amerikanischen Botschaft in Tel Aviv hieß es dazu, der Beschluß schränke den Handlungsspielraum der Regierung vordergründig ein. In Wirklichkeit stärke er sie aber und beuge insbesondere der Möglichkeit vor, daß Israel für ein etwaiges Scheitern der Verhandlungen verantwortlich gemacht werden könne.[81] Die spannungsgeladene Atmosphäre hatte nun also auch zur Einschaltung der Knesset geführt. Die Gefahr des endgültigen Scheiterns der deutsch-israelischen Verhandlungen stieg von Tag zu Tag.

Das drohende Scheitern war den deutschen Bank- und Finanzkreisen zuzuschreiben, deren moralische Maßstäbe tatsächlich fragwürdig erscheinen. Aus den Dokumenten gehen widersprüchliche Ansichten über Bundesfinanzminister Schäffer hervor. Bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1957 galt sein Ministerium als Hochburg des Widerstandes gegen die von Israel angeregte deutsche Wirtschaftshilfe. Abs galt ebenfalls als umstrittene Figur, noch dazu mit unrühmlicher Vergangenheit. Charakteristisch für die deutsche Finanzwelt waren Leitartikel und

---

[78] Protokoll der Sitzung des Mapai-Zentralkomitees vom 21. 4. 1952, LPA, Mapai protocols.
[79] Protokoll der Sitzung des Mapai-Zentralkomitees vom 5. 5. 1952, LPA, 25/52.
[80] Resolution der Knesset vom 6. 5. 1952; Josephthal in Tel-Aviv an Shinnar und Avner in London vom 6. 5. 1952, ISA, 2482/15.
[81] Davis an den US-Außenminister vom 8. 5. 1952, USNA, 784.00/5–752.

Kommentare von Zeitungen und Instituten wie der folgende des in der Schilumimfrage traditionell reservierten Frankfurter *Volkswirts* vom 19. April 1952, der in ähnlicher Form auch im Düsseldorfer *Handelsblatt* veröffentlicht wurde: „Daß damit früheres Unrecht nicht wieder gutgemacht werden kann, sondern einem Betrag mehr ein symbolischer Charakter zukommt, versteht sich am Rande. Und die Aussöhnung selbst muß schließlich auf einer anderen Ebene als der materiellen Wirklichkeit stattfinden." Solche Kommentare, im vorliegenden Beispiel mit dem Hinweis verbunden, daß auch ein jüdischer Journalist für die Zeitung schreibe, war für die ums wirtschaftliche Überleben kämpfenden Israelis ein denkbar schwacher Trost.

Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard und die westdeutsche Industrie nahmen zumindest in der Frühphase der Schilumimverhandlungen eine konziliantere Haltung ein. Besonders jene Industriezweige mit Handelsinteressen im Orient gingen unter dem Eindruck der antiisraelischen arabischen Wirtschaftsaktivitäten später jedoch zunehmend auf Distanz. Die anfänglich freundliche Haltung beruhte auf geschäftlichen Erwartungen in Israel und im Nahen Osten, verbunden mit der Hoffnung auf eine rasche Lösung des Konflikts in der Region. Doch es gab auch andere Stimmen: Aus ihnen sprach die Furcht vor der israelischen Konkurrenz, der Wunsch sogenannte harte Güter, darunter Stahl und Maschinen, nicht unter Weltmarktpreisen zu verkaufen, und die Befürchtung, daß Israel Schilumimgüter auf anderen Märkten zu Schleuderpreisen absetzen oder mit Gewinn weiterverkaufen könnte.

Die Hauptschauplätze des Widerstandes gegen Schilumim waren, wie erwähnt, das Palais Schaumburg und die Schuldenkonferenz. Abs versuchte in London, die versammelte internationale Finanzwelt mit der Vorstellung riesiger Geldtransfers an Israel zu schrecken und darzulegen, welche Vorteile die Verhinderung eines solchen Transfers erbringen würde. Während die Israelis unentwegt auf dem Vorrang der sich aus den NS-Verbrechen ergebenden moralischen Verpflichtung gegenüber kommerziellen Schulden pochten, meinten die deutschen Sprecher, es sei Sache der Gläubiger über den Vorrang gewisser Ansprüche zu entscheiden. Das Argument der beschränkten deutschen Zahlungsfähigkeit und die bekannten Folgen des Versailler Vertrages wirkten abschreckend auf die westlichen Wirtschaftspolitiker. Obwohl sie die Schilumim grundsätzlich befürworteten, waren sie dennoch bestrebt, in den finanziellen Differenzen zwischen Deutschland und Israel neutral zu bleiben. Allenfalls waren sie bereit, öffentlich ihr Interesse an einer baldigen gütlichen Regelung des Streits zu bekunden. Abs nutzte diese Ängste geschickt zum Vorteil der deutschen Seite, letztlich aber ohne Erfolg. Das amerikanische Außenministerium und nach ihm auch London und Paris bekräftigten ihr Interesse an der getrennten Durchführung der beiden Konferenzen ohne Koordination.[82] Im Bundeskanzleramt begann sich die Einsicht durchzusetzen, daß die Vorstöße von Abs kontraproduktiv waren, dem Ansehen der Bundesrepublik

[82] Verhandlungspapier des Sekretärs Christopher van Hallen betr. israelische Forderungen gegenüber der Bundesrepublik, die aus der NS-Judenverfolgung resultieren, vom 17. 5. 1952, USNA, 662A.00/5–2452.

schadeten und daher der Bundesrepublik nichts anderes übrig bleibe, als die Mittel für eine Einigung mit Israel zu beschaffen.

Das wichtigste Wirkungsfeld von Abs war Bonn. Es gelang ihm, Bundeskanzler Adenauer und andere führende Regierungsvertreter davon zu überzeugen, daß die Bundesrepublik nicht in der Lage sei, die von Israel geforderte Summe zu zahlen, und sich Israel auch mit einer viel geringeren Summe begnügen würde. Adenauer hielt an seinem Versprechen fest, obwohl er persönlich auch der Meinung war, daß die Bundesrepublik ihre Kräfte überschätzt habe und Israel eine „vernünftige Haltung einnehmen sollte". Mehrere Kabinettsmitglieder und enge Mitarbeiter des Kanzlers teilten die Haltung der Bankkreise ganz oder teilweise. Doch im damaligen Bonner Kontext spielten Böhm und Küster nach wie vor die Führungsrolle. Sie wurden dabei von Erhard, Blankenhorn, Hallstein und anderen unterstützt. Erhard hielt die israelischen Forderungen für angemessen und war der Auffassung, daß die Bundesrepublik über die Mittel verfüge, Israel in der einen oder anderen Form entgegenzukommen.[83] Das Kanzleramt verbreitete widersprüchliche Signale, was unter anderem bei den wiederholten Versuchen zum Ausdruck kam, die amerikanische Regierung davon zu überzeugen, Wassenaar und London zu koppeln. Eine Reihe von Besprechungen auf verschiedenen politischen Ebenen in Bonn befaßte sich mit der Frage der Zurückstufung von Wassenaar und der Verringerung der Entschädigungssumme für Israel. Abs versuchte Wirtschaft und Politik davon zu überzeugen, daß sich die Bundesrepublik Israel gegenüber nicht auf die Summe von drei Milliarden Deutsche Mark festlegen dürfe, da dies den Verhandlungsspielraum einenge und einen Präzedenzfall schaffe. Die Mehrheit war anderer Meinung.

Adenauer schwankte, entschied sich aber letztlich für eine Verständigung mit Israel. Er wußte auch, daß die Alliierten einen ähnlichen Standpunkt vertraten. Mehreren Kabinettsmitgliedern, darunter Blücher, Schäffer und der Bundesminister für Justiz, Thomas Dehler, mußte die amerikanische und alliierte Haltung aber offensichtlich noch nahegebracht werden, eine Aufgabe, die McCloy via Adenauer wahrnahm.[84] Dies führt uns zur bereits angesprochenen Frage des „Drucks von außen". Vor allem die radikalen Kräfte von links und rechts brachten sie immer wieder in die Diskussion, um je nachdem, entweder als Vorwurf oder als Vorwand, von ihr regen Gebrauch zu machen, doch auch westdeutsche Diplomaten schreckten nicht davor zurück, sich zum Beispiel im Gespräch mit arabischen Diplomaten, zur Rechtfertigung der Schilumim auf äußeren Druck zu berufen. Ja selbst amerikanische Diplomaten haben auf dieses Argument zurückgegriffen, obwohl die Regierungen der westlichen Großmächte nicht daran interessiert waren, die Entstehung einer Legende eines vermeintlichen Diktats zu begünstigen, und sich deshalb bemühten, einem solchen Eindruck entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck veröffentlichte das amerikanische Außenministerium mehrere Erklärungen, in denen ausdrücklich das amerikanische Desinteresse an der Schilumimthematik bekundet wurde.[85] Dabei dürfte auch die Befürchtung mitgespielt

[83] Erhard an Adenauer vom 16. 4. 1952, BArch, N 1351, Bd. 11.
[84] JELINEK, Die Krise der Shilumim-/Wiedergutmachungsverhandlungen.
[85] Erklärung zur Haager Konferenz vom 10. 4. 1952, CZA, L 47/144/1; Auszüge aus der

haben, deutsche Politiker könnten die Schilumimzahlungen später unter dem Vorwand, sich einem Diktat von außen gebeugt zu haben, einstellen. Rechte Kreise in der Bundesrepublik und offizielle Vertreter der DDR kritisierten die Schilumim mit dem Argument des „Drucks von außen".[86] Umgekehrt kam das Argument des ausländischen Drucks dem Bundeskanzler in der Auseinandersetzung mit Schäffer um die öffentliche Meinung gelegen, auch wenn er damit einmal mehr den nicht sehr schmeichelhaften Beinamen „Kanzler der Alliierten" riskierte.

Doch was meinten eigentlich die Amerikaner, wenn sie von „massivem amerikanischem Druck" (full blast of US pressure) sprachen? Auf die Frage, ob er Druck auf die Bundesrepublik Deutschland ausgeübt habe, um sie zum Einlenken zu bewegen, sagte McCloy zwanzig Jahre später: „Ich war [1952] dazu gar nicht befugt. Ich hatte keine [Befugnis]. Ich konnte der deutschen Regierung damals keine Zahlungen aufzwingen. Alles hing ausschließlich davon ab, was die deutsche Regierung von sich aus zugestehen wollte [...] Wir hatten damals weder Hoheitsrechte noch waren wir für den Bereich der Reparationen zuständig. Wir konnten Druck ausüben, überzeugen, aber nicht diktieren."[87] McCloy betonte, daß sich Adenauer keine Diktate gefallen ließ. In den Dokumenten fällt die intensive Behandlung der Schilumimthematik durch McCloy auf, was offenbar unter anderem auf die Appelle führender jüdischer Persönlichkeiten an Präsident Truman zurückzuführen war.[88] In Wirklichkeit dürfte der amerikanische Einfluß eher zwischen „Druck" und „Diktat" gelegen haben. Doch die Vereinigten Staaten waren nicht willens und wahrscheinlich auch nicht in der Lage, der Bundesrepublik die Politik einfach zu diktieren, wenn auch die „Überzeugung" faktisch eine Form von Druckausübung war. Auf der Skala zwischen „Überzeugung" und „Diktat" standen dem amerikanischen Außenministerium wahrscheinlich noch weitere Mittel zur Verfügung, die jedoch zunächst nicht zum Einsatz kamen. Adenauer und ihm nahestehende Kreise wollten den Eindruck des politischen Drucks vermeiden, um keine Zweifel am moralischen Fundament der westdeutschen Politik zu erwecken: Bonn war schließlich daran interessiert, der Welt ein neues, friedfertiges Deutschland zu präsentieren. Oder wie es McCloy seinem Chef, dem amerikanischen Außenminister, gegenüber definierte: „Sie erkannten, wie unvorteilhaft es für die Bundesrepublik wäre, wenn in der amerikanischen Öffentlichkeit und in der Welt der Eindruck entstünde, daß sie nicht bereit seien,

---

amerikanischen Note an Syrien vom 19. 5. 1952, PA, III, 201–01E, Bd. 1; DAWAR (Tel Aviv) vom 20. und 21. 4. 1952. Zur These der amerikanischen Druckausübung: SMITH, A View of the Policy.

[86] JELINEK, Die Krise der Shilumim-/Wiedergutmachungsverhandlungen.

[87] Interview mit John J. McCloy am 23. 2. 1972, S. 21, IHA-AJC, Jacob Blaustein Memorial Oral History Project.

[88] Blaustein an Slawson vom 7. 4. 1952, IHA-AJC, AJC, FAD-1, Box 26, Germ. West; Blaustein an Truman vom 11. 4. 1952, HI, Grossmann Papers, Box 38; Bericht über die Unterredung zwischen Eban und Lewis vom 15. 4. 1952, ISA, 344/24; Fernschreiben Achesons an McCloy vom 22. 4. 1952, USNA, Suitland, McCloy Papers, Box 39; Memorandum über das Gespräch mit der jüdischen Delegation vom 5. 5. 1952, Truman Library, Papers of Dean Acheson, Box 6.

die Verbrechen der Vergangenheit zu sühnen."[89] Um die Rückkehr zur „Völkerfamilie" zu beschleunigen, legte Adenauer offensichtlich Wert darauf zu demonstrieren, daß sich die Bundesrepublik aus eigener Initiative und nicht erst auf ausländischen Druck zur Sühne bekannte.

Unmittelbar nach der Bonner Besprechung vom 5. April, trafen Böhm, Küster und Abs mit McCloy zusammen, um ihm ihre Strategie zu präsentieren. McCloy akzeptierte die Erklärungen von Böhm und Küster und wies den Versuch von Abs zurück, die Amerikaner zu einer intensiveren Mitwirkung im Sinne einer der drei erwähnten Formen von Druckausübung zu bewegen. Ein weiterer wichtiger Schritt der Bundesregierung nach dem Abbruch der Verhandlungen in Wassenaar war die Einsetzung eines interministeriellen Lenkungsausschusses, der den Auftrag hatte, alternative Angebote an Israel sowie Listen für zukünftige Güterlieferungen zu erarbeiten. Die bilateralen Gespräche blieben jedoch suspendiert.[90] Die Israelis hielten offiziell am Boykott fest. Barou gelang es später in Bonn, wenigstens einen minimalen Kontakt aufrechtzuerhalten.[91]

Inzwischen suchte Goldmann nach Zwischenlösungen – mit beschränktem Erfolg. Am 19. April trafen sich Goldmann und Adenauer zunächst zu einem Gespräch unter vier Augen und später mit Shinnar, Barou und Abs. Goldmann, Shinnar und Barou schlugen vor, daß die Bundesrepublik in den folgenden drei Jahren noch vor Abschluß der Verhandlungen bzw. vor der Festsetzung der endgültigen Entschädigungssumme eine Vorauszahlung von zwischen drei und fünf Millionen Dollar pro Monat in bar und jährlich hundert Millionen Dollar in Form von Gütern leisten solle. Goldmann beurteilte die Begegnung mit Adenauer als weniger freundlich als in der Vergangenheit.[92] Der Vorschlag demonstrierte, daß der Ausgang der Verhandlungen eher pessimistisch eingeschätzt wurde: drei- bis vierhundert Millionen Dollar. Die Amerikaner waren noch skeptischer.[93] Die israelischen Schätzungen lagen jenen von Abs sehr nahe. Doch die israelische Regierung bewahrte Stillschweigen und wartete auf einen deutschen Vorstoß. Während der Verhandlungspause in London einigten sich Dänemark und die Bundesrepublik auf einen Kompromiß über die dänischen Forderungen, der später auch von der versammelten Gläubigergemeinde gutgeheißen wurde. Die israelische Regierung erblickte darin einerseits einen wichtigen Präzedenzfall einer separaten Übereinkunft ohne Zutun der anderen Gläubiger. Andererseits beunruhigte sie

---

[89] Fernschreiben McCloys an den Außenminister vom 21. 3. 1952, USNA, Suitland, McCloy papers, Box 41.

[90] Küster an Blankenhorn vom 25. 4. 1952, ACDP, I-084–001.

[91] Goldmann an Blankenhorn vom 24. 4. 1952, BArch, N 1351, Bd. 18.

[92] Aufzeichnung und Vermerk über eine Besprechung zwischen Goldmann und Adenauer vom 19. 4. 1952, BArch, N 1351, Bd. 1; Goldmann an Abs vom 30. 9. 1970; Shinnar an Abs vom 30. 9. 1970, CZA, Z6/2392; Shinnar an den Außenminister vom 25. 4. 1972, ISA, 2417/5.

[93] Brief vom 8. 4. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 150; BERER, Goldmann's Memoires"; Interview mit Nahum Goldmann vom 24. 11. 1971, S. 7, IHA-AJC, Jacob Blaustein Memorial Oral History Project.

der Umstand, daß sich die Dänen mit einem offensichtlich mageren Resultat zufriedengaben.[94]

Nicht nur Israel, auch die Bundesrepublik rührte sich nicht vom Fleck. Vollauf mit den Vorbereitungen zum Deutschlandvertrag und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) beschäftigt, konnte und wollte sich die Bundesregierung nicht mit der Entschädigungsproblematik befassen. Adenauer bat Goldmann, ein auf den 3. Mai anberaumtes Treffen auf den 13. oder 14. Mai zu verschieben, und hielt auch diesen Termin nicht ein. Jüdische Vertreter auf beiden Seiten des Atlantiks waren über die als Vertrauensbruch gewertete westdeutsche Passivität bestürzt.[95]

Inzwischen versuchten die Israelis mit Hilfe Dritter Bewegung in die festgefahrenen Fronten zu bringen. Sie schickten den amerikanischen Bankier Siegfried Kramarsky zu Abs. Kramarsky beschrieb den ihm noch aus der Vorkriegszeit bekannten deutschen Finanzmann als intelligent, zynisch, ehrgeizig und leidenschaftslos. Er machte Abs gegenüber deutlich, daß die jüdische Welt ihn persönlich für das Scheitern von Wassenaar verantwortlich machen werde, und drohte mit scharfen Maßnahmen gegen deutsche Wirtschaftsinteressen. Zudem warf er der Bundesrepublik vor, die Amerikaner für die NS-Greuel zahlen lassen zu wollen, und forderte, mit der Aufhetzung der Gläubiger gegen Israel aufzuhören.[96] Im Rückblick schrieb Abs die Entkrampfung der Beziehungen zwischen ihm und der israelischen Regierung Kramarsky gut. Abs zeigte Jahre später anläßlich eines Besuch in Israel viel guten Willen.[97] Vorläufig hielt er aber an seiner harten Linie fest.

Ein weiterer Mittelsmann Israels war der Brigadegeneral im Ruhestand Julius Klein aus Chicago. Der eingebildete und intrigante Werbeunternehmer Klein unterhielt gute Beziehungen zu konservativen Kreisen der republikanischen Partei im Wahlkampf 1952 und war deshalb unverzichtbar. Im Gespräch mit dem Bundeskanzler gab er sich als Vertrauensmann des aussichtsreichen republikanischen Präsidentschaftskandidaten Robert A. Taft aus. Eine Verlagerung des Schwerpunkts der amerikanischen Außenpolitik von Europa auf Asien im Falle eines republikanischen Wahlsiegs befürchtend, gab sich Adenauer die größte Mühe, den amerikanischen Gast zu verwöhnen.[98]

Wo diese Mittelsmänner scheiterten, kamen politische Verbindungen zum Zug. Die Aktivitäten israelischer und jüdischer Diplomaten und Persönlichkeiten richteten sich vor allem auf das politische Establishment der Großmächte. Angesichts der Vorwahlen und der nahenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten liefen die Aktivitäten der jüdischen Lobby in den USA auf Hochtouren. Das amerikanische Außenministerium reagierte mit Verärgerung auf die wiederholten

---

[94] Josephthal an Ferencz vom 28. 4. 1952, ISA, 43/10.

[95] JELINEK, Die Krise der Shilumim-/Wiedergutmachungsverhandlungen.

[96] Bericht der Delgetation in Wassenaar an den Außenminister vom 28. 4. 1952, ISA, 2417/5.

[97] Brief von Werner H. Kramarsky, Sohn von Siegfried Kramarsky, an den Autor vom 4. 2. 1987.

[98] Telephongespräch mit Esther Herlitz vom 23. 1. 1986; Maurice Fischer an Julius Klein betr. Bericht aus Wien vom 18. 6. 1952, ISA, The Israeli Legation in Paris, File no. Z/0/71/7223.

deutschen Versuche, sowohl die Verantwortung für die Schilumim als auch die finanzielle Last den Vereinigten Staaten zuzuschieben, und die Vorstellung, daß Wassenaar endgültig scheitern könnte, beunruhigte Washington zutiefst, wie ein Fernschreiben von Acheson an McCloy vom 24. April 1952 beweist.[99] Eine ähnliche Haltung vertrat auch der britische Labour-Abgeordnete und ehemalige Staatsminister Hector McNeil:

„Die gegenwärtige Lage gibt uns allen Anlaß zu größter Sorge. Ein Scheitern dieser von uns allen geförderten Verhandlungen hätte zwangsläufig ernste und weltweite Folgen. Zweifellos würde der gute Wille der westlichen Alliierten genauso in Frage gestellt wie jener der Deutschen. Die Folgen einer solchen Agitation wären unerträglich und würden deutlich machen, daß [Deutschland] weder die Unabhängigkeit noch einen gleichberechtigten Status in der Völkergemeinschaft verdient."[100]

McNeil fügte hinzu, daß Angriffe auf die Alliierten und die Bundesrepublik „zum jetzigen Zeitpunkt besonders ungünstig und unerwünscht seien". Der britische Staatsminister John Selwyn Brooke Lloyd äußerte sich in ähnlichem Sinne. Winston Churchill sagte, die Israelis hätten Anspruch auf eine wohlwollende Behandlung, eine Haltung, die auch vom britischen Außenministerium und vom britischen Hochkommissar für Deutschland geteilt wurde.[101]

In einem Gespräch mit dem israelischen Botschafter in Paris zeigte François Seydoux, im französischen Außenministerium für europäische Angelegenheiten zuständig, Verständnis für die israelische Haltung und versprach, sich diesbezüglich mit dem französischen Hochkommissar und dem französischen Delegierten der International Study Group (ISG) in Verbindung zu setzen. Zudem bot er an, mit dem Kanzler zu sprechen. Später traf sich der israelische Botschafter mit Vertretern interessierter Organisationen und Persönlichkeiten in Paris.[102]

Amerikanische, amerikanisch-jüdische und andere Gewerkschaften, Mitglieder der britischen Labour Party, führende Vertreter der Sozialistischen Internationale sowie israelische und jüdische Emissäre wandten sich an ihre westdeutschen Kollegen, die wiederum Druck auf die Bundesregierung ausübten. Von entscheidender Bedeutung war der Brief, den der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher kurz vor seinem Tode dem Bundeskanzler schrieb. Schumacher forderte die vollständige Trennung zwischen den Verhandlungen in London und Wassenaar sowie eine entgegenkommende Haltung der Bundesregierung in den Schilumimverhandlungen. Dies hielt er im Hinblick auf die moralische und politische Rehabilitation Deutschlands für notwendig.[103] Carlo Schmid brachte die Angelegenheit am 16. Mai 1952 im von ihm geleiteten Außenpolitischen Ausschuß des Bundestags zur Sprache. Der Ausschuß vertrat einmütig die Auffassung, „daß die Verhandlungen deutscherseits unter dem Gesichtspunkt weitergeführt werden sollten, daß

[99] Memorandum von Rubin, betr. israelisch-jüdische Forderungen gegenüber Deutschland vom 29. 4. 1952, YIVO, AJC, RG-347, GEN-10, Box 282.

[100] Hector McNeil an Anthony Eden vom 24. 4. 1952, IJA, 220.0.

[101] Easterman an Sharett vom 24. 4. 1952, ISA, 2417/5; Keren an das israelische Außenministerium vom 8. 5. 1952, ISA, 43/10; Frank K. Roberts an Keren vom, 22. 5. 1952, ISA, 166/1.

[102] Fischer an Eytan vom 9. 5. 1952, ISA, 166/1.

[103] Schumacher an Adenauer vom 10. 5. 1952 (in Kopie), ISA, 2417/5.

die Verpflichtung zur Wiedergutmachung, zu der sich Bundestag und Bundesregierung Israel gegenüber bekannt haben, nur dann voll erfüllt wird, wenn ihr gegenüber das Recht auf bevorrechtigte Befriedigung anerkannt wird".[104]

Die Deutschland gegenüber mehrheitlich reservierte israelische Presse verfolgte die Verhandlungen in Wassenaar aufmerksam. Die Oppositionsblätter schlugen gewohnt feindliche Töne an. Das Thema kam häufig in Leitartikeln zur Sprache, und manche Zeitungen entsandten Korrespondenten nach Den Haag. Dort mischten sie sich unter ein großes Journalistenpublikum aus allen möglichen Ländern, von ihren deutschen Kollegen hielten sie sich jedoch fern. Angesehene Zeitungen in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten berichteten laufend über das Geschehen in Wassenaar und veröffentlichten wohlwollende Leitartikel. In diesem Zusammenhang soll das amerikanische Außenministerium die amerikanische Presse aufgefordert haben, auf übermäßigen Druck zu verzichten, um den amerikanischen Steuerzahler zu schonen.[105]

Die Haltung der westdeutschen Zeitungen war gespalten. Einerseits warben sie für die Versöhnung mit den Juden in der Hoffnung, die Wiedergutmachung würde diesem Ziel dienen. Andererseits zeigten sie kein Verständnis für die Umstände, die zur Unterbrechung der Verhandlungen geführt hatten, und für die Weigerung der jüdischen Seite, sich mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der deutschen Seite mit einer kleineren Summe als ursprünglich gefordert zufriedenzugeben. Die Angst vor den Folgen eines endgültigen Scheiterns der Verhandlungen machte sich jedoch immer stärker bemerkbar, etwa in zahlreichen Leserbriefen in westdeutschen Zeitungen. Die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland* (AWJD) verkörperte die Stimme der deutsch-jüdischen Befindlichkeit. In den Leitartikeln dieser Zeitung wurde häufig scharfe Kritik an der Bundesregierung, an der westdeutschen Presse und an der Öffentlichkeit geübt und eine positivere Haltung in der Schilumimfrage gefordert.

Die Verhandlungsdelegationen in Wassenaar hielten sich von der Presse fern, wenn auch einzelne Delegierte sich zur Verbreitung ihrer Standpunkte sporadisch durchaus der Medien bedienten. Eine tägliche Pressemitteilung wurde jeweils von beiden Delegationen verlesen und verteilt. Die israelische Seite wandte sich nur in Ausnahmefällen direkt an die Medien. Wenn man die Presseberichte über die „öffentliche Meinung" studiert, gewinnt man den Eindruck, daß die deutsch-israelisch-jüdischen Beziehungen und die Schilumim auf großes öffentliches Interesse stießen und der informierte Bürger diesem Thema nicht gleichgültig gegenüberstand. Massenorganisationen, darunter die deutschen und amerikanischen Gewerkschaften, die Kirchen – vor allem die deutsche evangelisch-lutherische Kirche –, christlich-jüdische Vereinigungen in Deutschland und öffentliche Aktionen, wie jene von Erich Lüth, meldeten sich zu Wort und übten indirekten Druck auf die Entscheidungsträger aus. Das Gewicht der „öffentlichen Meinung" ist schwer zu beurteilen, doch sie verdient Erwähnung und Anerkennung.

---

[104] Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1953, S. 803.

[105] Brief vom 19. 4. 1952. In: The Responsible Attitude, S. 154.

Aufgrund von internen Konsultationen und Druck von außen gelangte die Bundesregierung Mitte Mai zu dem Schluß, daß ein neuer Vorstoß unerläßlich sei. Dazu hat möglicherweise der Knesset-Beschluß vom 6. Mai und die bevorstehende neue Gesprächsrunde zwischen Goldmann und Adenauer beigetragen. Mehrere interne Besprechungen und eine größere Konferenz wurden einberufen.[106] Bei einer Aussprache am 7. Mai kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Bundesfinanzminister Schäffer und den Leitern der deutschen Verhandlungsdelegation in Wassenaar, Böhm und Küster. Offensichtlich empört über die eigenständige und eigenmächtige Haltung der beiden Vertreter, nutzte Schäffer die Gelegenheit, seinem Ärger Luft zu machen. Schon bei einer früheren Gelegenheit, nach einer Pressekonferenz, auf der Böhm angeblich hatte verlauten lassen, daß die Bundesrepublik Israel drei Milliarden Mark offeriert habe, hatte Schäffer gegenüber Hallstein verärgert bemerkt: „Ich muß Sie dringend bitten, den Herren mit allem Nachdruck zu erklären, daß niemand berechtigt ist, Erklärungen, die finanzielle Verpflichtungen für die Bundesrepublik unmittelbar oder mittelbar bedeuten können, ohne Zustimmung des Bundesministers abzugeben. Ich bitte, ihnen zu erklären, daß ich meine Herren aus der Delegation zurückziehen werde, wenn sich die Delegation an diese Richtlinien nicht hält."[107] Nunmehr erklärte Schäffer Böhm gegenüber in scharfem Ton, daß im Staatshaushalt keine Mittel für Schilumim vorgesehen seien, und die voraussichtlichen Kosten nur durch eine ausländische Anleihe gedeckt werden könnten. Als Küster Böhm zu Hilfe eilen wollte, wurde er von Schäffer aufgefordert, den Raum zu verlassen. Daraufhin bot Küster dem Bundeskanzler seinen Rücktritt an.[108] Böhm, offensichtlich überrascht, berichtete Blankenhorn im einzelnen über den Zwischenfall und kritisierte Schäffers Argumente. Böhm betrachtete Schäffers Handlungsweise nicht nur als Leugnung sämtlicher Vereinbarungen und Versprechen, die die Bundesregierung abgeben hatte, sondern auch als Versuch, die israelisch-deutschen Verhandlungen ganz zu torpedieren.[109] In einem Schreiben vom folgenden Tag warnte Böhm vor weiteren Schritten gegen Israel. Selbst wenn Israel sich wegen seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit weniger als drei Milliarden Mark zufriedengäbe, so Böhm, würde das eigentliche Ziel der Verhandlungen, nämlich der Versuch der Aussöhnung mit dem jüdischen Volk, fehlschlagen und Deutschlands Ansehen in der jüdischen Gemeinschaft und der Weltöffentlichkeit zwangsläufig in Mitleidenschaft gezogen werden.[110]

Die Auseinandersetzung mit der Schilumimthematik konzentrierte sich auf zwei miteinander verbundene Ebenen: Die erste betraf die Frage, wie es in Wassenaar weitergehen sollte und wie man die Entschädigungssumme reduzieren könnte. Hierbei spielten Böhm und Küster zwar eine untergeordnete Rolle, doch ihre Intervention stempelte sie zum Sündenbock der Schilumimgegner. Böhms

---

[106] Konferenzprotokoll vom 18. 4. 1952, BArch, N 1351, Bd. 11, Die Sitzung fand unter Teilnahme von Adenauer, Schäffer, Abs, Böhm, Küster und Blankenhorn statt.
[107] Schäffer an Hallstein vom 2. 5. 1952, ACDP, I-084–001.
[108] Küster an Adenauer vom 7. 5. 1952, ACDP, I-084–001; LENZ, Im Zentrum, S. 337.
[109] Böhm an Blankenhorn vom 8. 5. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17.
[110] Böhm an Blankenhorn vom 9. 5. 1952, BArch, N 1351, Bd. 16.

und Küsters Forderung, die jüdische Seite darüber informieren, daß die deutsche Delegation die Summe von drei Milliarden Mark als angemessene Summe für die Deckung der Eingliederungskosten halte, brachte das Anti-Schilumimlager in Verlegenheit. Adenauer, unzufrieden mit dem Verhandlungsverlauf, wechselte kurzfristig ins Lager der Schilumimgegner über.

Die zweite Ebene betraf die Personen Böhm und Küster. Der mit einer Tochter der bekannten Schriftstellerin Ricarda Huch verheiratete Böhm hatte sich auch als Wissenschaftler einen Namen gemacht und war deshalb weniger leicht verwundbar als der Stuttgarter Beamte Küster, dessen Verhalten aber von einer furchtlos eigenständigen, intellektuell integren und äußerst temperamentvollen Persönlichkeit zeugte. Küster geriet deshalb leicht in die Rolle des Prügelknaben der deutschen Delegation. Er exponierte sich häufig, ganz im Gegensatz zum vorsichtigen Böhm. Adenauer lehnte Küsters Rücktrittsangebot vorerst ab und versprach, mit Schäffer zu sprechen. Obwohl seine weitere Zugehörigkeit zur deutschen Delegation noch nicht endgültig geklärt war, nahm Küster an der entscheidenden Wirtschaftskonferenz vom 14. Mai teil. Auf dieser Konferenz und in der Kabinettsitzung am 16. Mai wurde eine ausführliche Schilumindiskussion geführt. Sie stand im Schatten der finanziellen Forderungen, mit denen die Bundesregierung in diesen Wochen in den Verhandlungen über den EVG- und Deutschlandvertrag, den Lastenausgleich sowie die Kriegs- und Vorkriegsschulden (Londoner Verhandlungen) konfrontiert wurde. Zuständig für alle diese Fragen war in erster Linie Finanzminister Schäffer, der daher auch für Bundeskanzler Adenauer zur Schlüsselfigur bei der Behandlung dieser Angelegenheiten avancierte.

Von der Konferenz am 14. Mai 1952, die unter Adenauers Vorsitz stattfand, liegen drei sehr unterschiedliche Aufzeichnungen vor.[111] Ein gemeinsames Element ist die überwiegend reservierte Haltung fast aller Teilnehmer gegenüber dem Schilumim.[112] Barou zufolge, der über Insiderinformationen verfügte, standen Schäffer, Blücher, Dehler und sämtliche Finanzvertreter den Schilumim negativ gegenüber. Nur Erhard, Böhm und die Vertreter des Auswärtigen Amts gehörten, nach Barou, zu den Schilumim-Befürwortern. Unter Berücksichtigung der Erfordernisse der deutschen Seite und der Probleme der Israelis einigte man sich schließlich auf den Vorschlag von Abs, Israel einen jährlichen Betrag von 100 bis 150 Millionen DM anzubieten. Schäffer, dem selbst diese Summe zu hoch war, bemerkte: „Wenn die Juden Geld wollen, sollen es die Juden selbst aufbringen, indem sie eine ausländische Anleihe zeichnen."[113] Der Bundeskanzler unterstützte Abs' Vorschlag, während die Bankiers Israel am liebsten ganz von der Liste der

---

111 LENZ, Im Zentrum, S. 332; Konferenzprotokoll vom 14. 5. 1952, BArch, B 162, Nr. 6997; Tagebucheintrag Küsters vom 14. 5. 1952, ACDP, I-084–001.

112 Gemäß Jena nahmen die Minister Blücher, Schäffer, Erhard und Dehler, die Staatssekretäre Lenz, Hallstein und Westrick sowie Abs, Böhm und Küster teil: JENA, Versöhnung mit Israel?, S. 472; Barou fügte dieser Liste die Bankiers Karl Bernard, Wilhelm Vocke, Robert Pferdmenges, Karl Blessing, C. [Wilhelm] Boden und Richard Merton hinzu: Barou an Sharett vom 20. 5. 1952, ISA, 2417/5; Konferenzprotokoll vom 14. 5. 1952, BArch, B 162, Nr. 6997. Blankenhorn erwähnte die Konferenz in seinen Aufzeichnungen, doch es bleibt unklar, ob er persönlich daran teilnahm.

113 Tagebucheintrag Küsters vom 14. 5. 1952, ACDP, I-084–001.

Entschädigungsempfänger gestrichen hätten. Abs, Adenauer und Schäffer wiesen erneut auf die Unerläßlichkeit amerikanischer Finanzhilfe hin. Mit Ausnahme von Böhm und Küster setzte sich kein einziger Sitzungsteilnehmer resolut für Israel ein. Vielmehr schienen die anwesenden Vertreter die Aufnahme von Verhandlungen mit Israel zu bedauern.

Küster, mit Schäffers Methoden bis zum Überdruß vertraut und über Adenauers schwankende Haltung verbittert, entschloß sich endgültig zum Rücktritt und verfaßte noch am selben Tag ein Schreiben, in dem es unter anderem hieß: „Ich habe die Bundeskanzlei verlassen mit dem Gefühl brennender Scham, einem Volk anzugehören, dessen Regierung ihm bei einer Haushaltssumme von 20 Milliarden Mark nicht vorzuschlagen wagt, 100 Millionen für die Wiedergutmachung aufzubringen."[114] Die zwei Tage nach der Wirtschaftskonferenz tagende Kabinettsitzung verlief in ruhigeren Bahnen. Einzelne Teilnehmer zeigten Verständnis für Israel, darunter auch der Bundeskanzler, der vor gefährlichen innenpolitischen Konsequenzen in Israel (Regierungskrise und Unruhen) und vor den negativen Folgen für das internationale Ansehen der Bundesrepublik im Falle des Scheiterns der Verhandlungen warnte. Obwohl ständig auf der Suche nach Ausweichmöglichkeiten, galt Adenauer in diesem Gremium letztlich doch als entschiedener Befürworter der Schilumim – im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Bundesrepublik versteht sich. Darin wurde er von Erhard stark unterstützt, der Finanzierungslösungen empfahl und den Vorschlag machte, die von Schäffer und Abs genannten Summen aufzustocken. Schäffer bestand auf dem niedrigeren Angebot mit dem Hinweis auf die nach Abschluß der Schuldenkonferenz auf die Bundesrepublik zukommenden Lasten, während Böhm vergeblich vor dem endgültigen Zusammenbruch der Verhandlungen im Falle eines Angebotes von nur hundert Millionen Mark in Form von Warenlieferungen warnte. Abs bot sich an, die Sache vertraulich mit israelischen Vertretern zu klären, und machte Böhm den Vorschlag, sich ihm anzuschließen. Böhm lehnte ab.[115]

Zu diesem Zeitpunkt entschloß sich Böhm ebenfalls zum Rücktritt. In einem Schreiben an den Kanzler vom 18. Mai 1952 betonte er: „[Die Lösung] ist nicht vereinbar mit dem politischen und moralischen Gewicht der uns obliegenden geschichtlichen Aufgabe."[116] Wenn Israel das Angebot ablehne, sei dies sehr unerfreulich, doch selbst wenn es aus wirtschaftlichen Gründen angenommen würde, sei er nicht bereit, gegen sein Gewissen zu handeln, weshalb ihm nichts anderes übrig bleibe, als zurückzutreten. In einem Schreiben an Blankenhorn legte Böhm dar, mit seinem Schritt die Israelis veranlassen zu wollen, auf ihrem Standpunkt zu beharren.[117] Böhm hat seine Rücktrittsschreiben erst abgesandt, nachdem er Rücksprache mit Küster genommen hatte. Hieraus ist der Schluß gezogen worden, daß ihn Küster zum Rücktritt gedrängt habe.[118] Diese Annahme erscheint

---

[114] Küster an Adenauer vom 15. 5. 1952 (Entwurf), ACDP, I-084-001.

[115] LENZ, Im Zentrum, 334; Kurzprotokoll Nr. 220 vom 16. 5. 1972, BArch, N 1178, Bd. 17; KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, 220. Kabinettsitzung vom 16. Mai 1952, S. 327–330.

[116] Böhm an Adenauer vom 18. 5. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17.

[117] Böhm an Blankenhorn vom 19. 5. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17.

[118] Ferencz an Kagan vom 22. 5. 1952, CZA, S 35/84.

jedoch nicht gerechtfertigt zu sein. Richtig ist, daß Küster die Initiative ergriffen hatte und dem zögernden Böhm faktisch nichts anderes übrig blieb, als ihm zu folgen.

Die Turbulenzen in Bonn waren den Israelis nicht verborgen geblieben. Josephthal schrieb: „Das ist der Anfang eines Nervenkriegs, dessen Ausgang völlig ungewiß ist. Die Deutschen haben eine große Chuzpe. Untereinander sagen sie sich, wir [die Israelis] sind so pleite, daß wir uns ohnehin auf jedes Angebot stürzen werden."[119] Von dieser Annahme ging offensichtlich auch Abs aus, als er in der israelischen Vertretung in London mit Shinnar und Keren zusammentraf, um im Wege einer inoffiziellen Fühlungnahme den Handlungsspielraum abzuklären. Die israelischen Vertreter wußten, daß es sich bei Abs' Vorschlägen nur um einen „Versuchsballon" handelte, und lehnten das Angebot einer jährlichen Güterlieferung im Wert von hundert Millionen Mark ab, das Abs zusätzlich noch vom Erhalt einer ausländischen Anleihe abhängig machte.[120] Doch der deutsche Finanzmann wartete noch mit einer zweiten Überraschung auf: Die Last sei je zur Hälfte von der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik zu tragen, also nicht im Verhältnis von zwei zu eins, wie von Israel gefordert. Shinnar und Keren wiesen Abs' Vorschläge entrüstet zurück und bekräftigten die israelischen Forderungen. Die Mission von Abs war kläglich gescheitert. Nach diesem schmerzlichen Fehlschlag ging Abs' Einfluß auf die Schilumimthematik deutlich zurück. Abs' missglückter Vorstoß und die Rücktritte von Böhm und Küster entfachten die Debatte über die Schilumimfrage von neuem, worauf sich Adenauer zum Handeln gezwungen sah. Am 20. Mai 1952 ergriff er – nicht zuletzt auf Druck der Amerikaner und Briten – erneut die Initiative.[121]

Der aufgestaute Ärger in Bonn über die Haltung von Böhm und Küster entlud sich auf der außerordentlichen Kabinettsitzung vom 20. Mai in einer geballten Attacke gegen die beiden Delegierten. Es fielen – auf Küster und Böhm bezogen – Ausdrücke wie „unverschämt" und „Hornochse", die Nominierung der beiden wurde als Fehler bezeichnet, und sie mußten sich den Vorwurf gefallen lassen, die Idee der deutschen Kollektivschuld zu unterstützen.[122] Der Bundesminister für Verkehr, Hans-Christoph Seebohm, ein Vertriebener aus dem Sudetenland, bezichtigte den scheidenden Delegationsleiter in einem Schreiben vom 21. Mai 1952 gar des „Verrats an Deutschland"[123], und Abs nannte die beiden schlicht „unmöglich".[124]

---

[119] Brief vom 18. 5. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 157–158.

[120] Goldmann betr. Treffen des Exektuvikomitees der Konferenz vom 5. 6. 1952, CZA, Z 6/1022.

[121] McCloy an den Außenminister vom 21. 5. 1952, USNA, Suitland, McCloy Papers, Box 41; Niederschrift über die Zusammenkunft des Exekutivkomitees vom 5. 6. 1952, CZA, Z6/2345. Die Krise von Mai 1952 ist im Detail beschrieben von: JELINEK, Die Krise.

[122] LENZ, Im Zentrum, S. 337; Niederschrift über die Kabinettsitzung vom 20. 5. 1952, BArch, N 1178, Bd. 7b; KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, 221. Kabinettsitzung am 20. Mai 1952, S. 342.

[123] Seebohm an Böhm vom 21. 5. 1952, BArch, B136/1127. Für eine Interpretation: WOLFFSOHN, Globalentschädigung für Israel und die Juden?, S. 177–178.

[124] LENZ, Im Zentrum, S. 342.

Die Vorfälle in Bonn bereiteten der israelischen Regierung einen unerwarteten Triumph. Man hatte nun Grund, auf die „unaufrichtige und unseriöse Haltung" der deutschen Seite hinzuweisen. Israelische Diplomaten und jüdische Organisationen alarmierten die alliierten Regierungen, und diese reagierten so, wie es die jüdische Seite erwartet hatte. „Protestiert solange laut über die deutsche Perfidie, bis sie ein ernsthaftes Angebot machen", schrieb Ferencz.[125] Die Krise kam Bonn höchst ungelegen. Die Unterzeichnung von Verträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Alliierten stand kurz bevor, und die deutsche Haltung gegenüber Israel war ein schlechtes Omen für die Zusammenarbeit zwischen den zukünftigen Vertragspartnern. Die Verhandlungsunterbrechung in Wassenaar gab zudem jenen Elementen Auftrieb, die vor dem „wiedererstarkten" Deutschland warnten, unter ihnen auch die Sowjetunion. Sharett forderte die alliierten Außenminister in einer Note zu sofortiger Intervention auf.[126] Das „Positionspapier" vom 17. Mai 1952 für Achesons Europareise enthielt im Abschnitt „Auf der NS-Judenverfolgung beruhende israelische Forderungen gegen die Bundesrepublik" die bekannten israelischen Argumente und schloß mit dem Standpunkt der amerikanischen Regierung, der mit der britischen Position in etwa übereinstimmte. „Die deutsche Regierung sollte sich zu einer prompten und vernünftigen Lösung bereitfinden."[127] Das mit „Supplement Information on Restitution with Israel" (zusätzliche Information über die Restitution an Israel) überschriebene Dokument vom 23. Mai brachte sodann die amerikanische Genugtuung über die jüngsten entgegenkommenden Schritte der Bundesregierung zum Ausdruck.[128] Der amerikanische und der britische Außenminister sowie die drei Hochkommissare machten Adenauer wiederholt darauf aufmerksam, daß sie eine rasche und einvernehmliche Lösung dieser Frage erwarteten. Nur der französische Außenminister Robert Schuman verzichtete in Bonn angesichts des gespannten Verhältnisses zwischen Frankreich und der Bundesrepublik auf die Erwähnung der Schilumimfrage. Trotzdem kann von der gravierendsten und deutlichsten alliierten Einmischung in deutsch-israelischen Angelegenheiten bis zu jenem Zeitpunkt gesprochen werden. Adenauer konnte sie unmöglich ignorieren.[129] Goldmann zufolge bekräftigten sowohl die USA als auch Großbritannien Adenauer gegenüber, daß sie nicht passiv bleiben könnten, wenn Deutschland mit den Juden im Streit liege. McCloy soll noch deutlicher geworden sein. Er habe den Kanzler davor gewarnt, daß „die Geschichte des neuen Deutschlands mit einer Auseinandersetzung mit den Juden beginne".[130]

---

125 Ferencz an Kagan vom 22. 5. 1952, CZA, S 35/84.

126 Note Sharetts an die alliierten Außenminister vom 22. 5. 1952, ISA, 2417/5.

127 „Positionspapier" für Acheson vom 17. 5. 1952, USNA, 662A.00/5–2452.

128 Ebd.

129 Fischer an Levavi vom 22. 5. 1952; Fischer an Eytan vom 28. 5. 1952, ISA, 166/1; Anthony Eden an Moshe Keren vom 29. 5. 1952, ISA, 2417/5; Selwyn Lloyd an Easterman vom 24. 5. 1952, IJA, 220; J. Lewis an den US-Außenminister vom 25. 5. 1952, USNA, Suitland, McCloy Papers, Box 42; der israelische Botschafter in Washington an die israelische Delegation bei den Vereinten Nationen vom 29. 5. 1952, CZA, Z6/1623.

130 Niederschrift über die Zusammenkunft des Präsidiums der Conference of Jewish Material Claims Against Germany vom 2. 6. 1952, ISA, 3028/2.

Der Bundeskanzler traf am 19. Mai mit Böhm zusammen und beauftragte ihn – trotz des vorliegenden Rücktrittsgesuches – mit der Ausarbeitung eines Vorschlags zur Beschwichtigung der jüdischen Seite. Gemäß Böhms Plan sollte Israel Entschädigung im Gesamtwert von drei Milliarden Mark erhalten, zahlbar in zehn bis zwölf jährlichen Raten in Form von Güterlieferungen. Adenauer stimmte zu, und Böhm eilte nach Paris, wo er am 23. Mai mit jüdischen Vertretern konferierte. Der Vorschlag fand die Zustimmung Goldmanns und der israelischen Seite, einschließlich Ben Gurions, der Josephthal umgehend mit der positiven Antwort losschickte. Die Israelis forderten gewisse Änderungen oder, wie es Goldmann ausdrückte, die Korrektur von „Schönheitsfehlern", darunter die Kürzung der Lieferperiode und die Zahlung eines Teils der Gesamtsumme in Devisen.[131] Auch die Schuldenkonferenz in London reagierte positiv, obwohl sie sich gerade in einer kritischen Phase befand und die israelischen Forderungen erschwerend wirkten. Der deutsche Generalkonsul in London, Hans Schlange-Schöningen, unterstrich in einem Fernschreiben an das Auswärtige Amt vom 21. Mai: „Halte es demgegenüber für angebracht, bei Schuldenverhandlungen auf Priorität moralischen Schuldenverpflichtung zu anderen Schulden zu bestehen."[132] Abs mußte schließlich seine Verwunderung eingestehen, als die Gläubiger den jüdischen Ansprüchen mit viel gutem Willen begegneten. Nicht durchsetzen konnten die Israelis dagegen die Forderung, einen Teil der Schilumimgelder in bar zu erhalten. Ein Trost dafür mag die Verpflichtung der Bundesrepublik gewesen sein, für die israelischen Ölimporte aufzukommen.

Die amerikanische Regierung, vom Einlenken der Bundesregierung positiv überrascht, stellte klar, daß die Bundesrepublik zu diesem Zweck keine Finanzhilfe erwarten könne. Jede Änderung des deutschen Ausgabenkorbs gehe zwangsläufig auf Kosten der Schuldenkonferenz, spekulierten die Israelis.[133] Die Dreierkommission bestätigte den Böhm-Plan und beschloß schließlich die vollständige Trennung der beiden Konferenzen.[134]

Am 28. Mai traf Adenauer ein weiteres Mal mit Goldmann zusammen, diesmal in Paris, wo er sich zur Unterzeichnung des EVG-Vertrages aufhielt. Die ebenfalls in Paris anwesenden Außenminister Großbritanniens und Frankreichs hatten

---

131 Bericht über Besprechung mit Dr. Nahum Goldmann und den israelischen Delegationsmitgliedern am 23. 5. 1952 in Paris vom 24. 5. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17; Bericht vom 23. 5. 1952, PA, 244–13II-6989; Vorschlag von Dr. Böhm vom 23. 5. 1952, CZA, Z6/1621; McCloy an den Außenminister vom 23. 5. 1952, USNA, Suitland, McCloy Papers, Box 41; Niederschrift über die Zusammenkunft des Präsidiums der Conference of Jewish Material Claims Against Germany vom 2. 6. 1952, Bericht Goldmanns vom 2. 6. 1952, ISA, 3028/2.

132 Telegramm der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London an das AA vom 21. 5. 1952, BArch, N 1351, Bd. 16. Abs versuchte Schlanges Konzept zurückzustufen: AWJD vom 6. 6. 1952.

133 Die israelische Botschaft in Washington an den israelischen Außenminister vom 28. 5. 1952, ISA, 1809/2; die israelische Botschaft in Washington an die israelische Delegation in Wassenaar vom 29. 5. 1952, CZA, Z6/1623.

134 Aufzeichnung Froweins für Blankenhorn vom 28. 5. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17; Notiz über das Gespräch mit den Spitzen der Dreierkommission vom 29. 5. 1952, ISA, 43/13; AWJD vom 5. 6. 1952.

Adenauer ebenso hierzu ermuntert wie der amerikanische Außenminister Acheson, der bereits vorher in Bonn mit dem Bundeskanzler über die Schilumim konferiert hatte.[135] So entschloß sich Adenauer zum Treffen mit Goldmann, um ihm die technischen Schwierigkeiten zu erklären, mit denen er konfrontiert war. Er bat zudem, die Schilumim-Problematik bis nach der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags zurückzustellen. Auf Anraten Goldmanns veröffentlichte Adenauer eine Presseerklärung, in der er die Absicht bekräftigte, zu einer einvernehmlichen Lösung in der Entschädigungsfrage zu gelangen.[136]

Goldmann war auf eine solche Erklärung angewiesen, um die jüdische Öffentlichkeit zu beschwichtigen, und der Bundeskanzler tat ihm diesen Gefallen auch aus eigenem Interesse. Er befürchtete einen republikanischen Sieg bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten. Mit dem Abschluß verschiedener Verträge wollte er den Demokraten noch zu einem wichtigen außenpolitischen Erfolg verhelfen, um damit deren Wahlchancen zu erhöhen. Der sich gerade in Washington aufhaltende McCloy maß in diesem Zusammenhang vor allem dem Deutschlandvertrag große Bedeutung bei und drängte auf eine rasche Beseitigung sämtlicher Hindernisse. Er befürchtete öffentliche Proteste, da trotz ausdrücklicher Forderung von jüdischer Seite im Vertragsentwurf gewisse Bürgerrechtsparagraphen wegen Meinungsverschiedenheiten über die Formulierung und deutscher Vorbehalte gestrichen worden waren. Aber auch die schleppenden Schilumimverhandlungen belasteten das Ansehen der demokratischen Administration.[137] Zur Behebung dieses Problems leistete Goldmann insofern einen Beitrag, als er die Pläne des Jüdischen Weltkongresses blockierte, eine Erklärung gegen die EVG und die Wiederbewaffnung Deutschlands zu veröffentlichen, als sich die Schilumimverhandlungen gerade in einer heiklen Phase befanden.[138] Von da an wurde die Haltung der jüdischen Organisationen gegenüber Deutschland im wesentlichen von der Notwendigkeit bestimmt, den guten Willen der Bundesregierung zu erhalten. So konnte McCloy dem Kanzler berichten, daß die jüdischen Organisationen keinerlei Einwände vorbrachten.[139] In seinem Bericht über die Deutschlandpolitik der USA vor dem außenpolitischen Senatausschuß erinnerte McCloy an die Fehler des Versailler Vertrages: „[...] Wir sind alle fest entschlossen, die [Wiederholung der] Folgen der letzten Friedenskonferenz zu verhindern, als die Sieger die Bedingungen bekanntgaben und der Besiegte sie mit seiner Unterschrift bestätigte."[140] Die amerikanischen Vorbehalte zu „Reparatio-

---

[135] Niederschrift über die Zusammenkunft des Exekutivkomitees der Claims Conference vom 5. 6. 1952, CZA, Z6/2345.

[136] Wortlaut des Kommuniqués vom 28. 5. 1952, ISA, 3028/2.

[137] McCloy an Acheson vom 25. 4. 1952, USNA, 662A.00/4–2552; Acheson an McCloy vom 2. 5. 1952, USNA, 662A.00/5–252; Esther Herlitz, erste Sekretärin der israelischen Botschaft in Washington zur Zeit der Schilumimverhandlungen, berichtete dem Autor in einem Telefoninterview vom 25. Dezember 1987 über Anstrengungen von jüdischer Seite, den Deutschlandvertrag an die Schilumim zu knüpfen.

[138] Easterman an Perlzweig vom 27. 5. 1952, IJA, 220.0.

[139] Niederschrift über das Gespräch zwischen Adenauer und McCloy vom 17. 6. 1952, BArch, N 1351, Bd. 10.

[140] Stellungnahme des amerikanischen Hohen Kommissars für Deutschland, John J. McCloy, vor dem Komitee für Außenpolitik des US-Senats zur deutschen Vertragsvereinbarung

nen" an Israel und an die Juden waren unüberhörbar; der Einfluß der globalen amerikanischen Interessen auf die Schilumim und das israelisch-deutsche Verhältnis dauerte offensichtlich an.

Inzwischen führte der über die neuesten Entwicklungen in Bonn unzufriedene Bundesfinanzminister Schäffer mehrere Gespräche mit Abs und Beamten des Auswärtigen Amts und setzte seine Bemühungen fort, seinen Standpunkt in der Regierung zur Geltung zu bringen. Anfang Juni führte der Zollgrenzschutz, eine bewaffnete Einheit, die dem Bundesfinanzministerium unterstand, eine überfallartige Fahndungsaktion im DP-Lager Föhrenwald auf „Anordnung aus Bonn" durch. Über einen möglichen Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt dieser Razzia und dem Fortschritt in der Schilumimangelegenheit kann man nur spekulieren.[141]

Am 10. Juni trafen die israelische, die jüdische und die deutsche Delegation erstmals seit Abbruch der Verhandlungen wieder zusammen. Noch am Vortag hatte der Bundeskanzler versucht, die strittigen Fragen mit sämtlichen beteiligten deutschen Stellen zu klären. Goldmann, Josephthal, Shinnar und Barou vertraten die jüdische und die israelische Seite, Abs, Böhm, Hallstein, Blankenhorn und Frowein die Bundesrepublik. Die Vertreter beider Seiten tagten am Morgen und es gelang ihnen, fast alle Probleme zu lösen. Anschließend, am Nachmittag, wurden die noch offenen Fragen von Goldmann und dem Kanzler geklärt, darunter die Forderung der Claims Conference von einer halben Milliarde Dollar. Goldmann und Adenauer einigten sich schließlich auf eine Summe von einer halben Milliarde Mark.[142] Der Staat Israel sollte Schilumim in der Höhe von zwischen 3,4 und 3,5 Milliarden Mark in zwölf jährlichen Raten in Form von Gütern für den wirtschaftlichen Aufbau oder von in Drittländern erworbenen Rohstoffen erhalten. Die israelische Regierung verpflichtete sich ihrerseits, auf die Wiederausfuhr dieser Güter zu verzichten. Zudem akzeptierte Israel die sogenannte Katastrophenklausel, die der Bundesrepublik im Falle einer wirtschaftlichen Notlage das Recht einräumte, die Schilumimfrage neu aufzurollen.[143] Gestützt auf den Absatz über Dreiecksgeschäfte, verpflichtete sich die Bundesrepublik, Israels Ölimporte aus England zu finanzieren. Mit dem Erreichten zufrieden, sandte Goldmann dem Bundeskanzler am 11. Juni eine Grußbotschaft.[144] Schäffer dagegen reagierte, gemäß Blankenhorns Aufzeichnungen, ungehalten: „Sehr unwillige Aufnahme. Ablehnung jeder Zahlung an Israel. Das Kabinett muß entscheiden."[145] Am 16. Juni legte Schäffer Hallstein gegenüber seine Vorbehalte in der „Judenfrage" dar. Die globalen Zahlungen, so Schäffer, gefährdeten die individuelle Entschädigung, die

---

der Europäischen Verteidigungsmeinschaft und dem NATO-Protokoll vom Juni 1952, Amherst College, McCloy Papers, HC4, file 17A.

141 Aufzeichnung Rebers vom HICOG für Blankenhorn vom 4. 6. 1952, BArch, N 1351, Bd. 10.

142 Für eine unterhaltsame Schilderung: GOLDMANN, Das jüdische Paradox, S. 180–182.

143 Niederschrift über die Besprechnung zwischen Goldmann, Shinnar, Hallstein, Böhm, Frowein und Abs vom 10. 6. 1952, CZA, Z 6/1024; Brief vom 14. 6. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 160–161.

144 ADENAUER, Erinnerungen 1953–1955, S. 152f.

145 Notiz vom 11. 6. 1952, 12.15 Uhr, BArch, N 1351, Bd. 10.

Forderung der Claims Conference sei unbegründet und die israelische Rechtfertigung für die Schilumim insgesamt fragwürdig. In Entgegnung auf Hallsteins Hinweis auf die politische Bedeutung der Schilumim, warnte Schäffer vor dem Wiederaufkommen des Antisemitismus und den Folgen für das Abschneiden der Koalitionsparteien bei den nächsten Wahlen.[146]

Am folgenden Tag wurde der Vertragsentwurf dem Kabinett vorgelegt. Schäffer bekräftigte die am Vortag geäußerten Vorbehalte und warnte vor der seiner Meinung nach unterschätzten Höhe der individuellen Entschädigung, nicht zu Unrecht, wie sich später herausstellte. Erhard und Blücher dagegen unterstützten Adenauer, und auch Abs billigte den Plan. Einzelne Kabinettsmitglieder äußerten sich besorgt über die Finanzierung, stimmten jedoch schließlich zu, nachdem Adenauer erneut die internationale Bedeutung des Abkommens für Deutschland hervorgehoben hatte.[147] Der Weg war nun frei für die offizielle Wiederaufnahme der Verhandlungen.

5. Neue Verbindungen

Das diplomatische Protokoll und die selbstauferlegten Beschränkungen der Israelis blieben nicht ohne Auswirkungen auf Bonn. Trotz der Ablehnung, deutschen Boden zu betreten, verlagerten sich die bilateralen Gespräche allmählich auch nach Bonn, und israelischen Vertretern blieb nichts anderes übrig, als in die Hauptstadt der Bundesrepublik zu reisen. Ungeachtet der offiziellen Erklärungen fanden in Westdeutschland zudem vertrauliche Gespräche zwischen beiden Seiten statt. Was die Schilumimgegner in Israel befürchtet hatten, war tatsächlich eingetroffen: Die Schilumimverhandlungen führten zu einer Annäherung zwischen beiden Staaten. Dazu drei Beispiele: Als Goldmann am 19. April auf Einladung Adenauers zum Gespräch nach Bonn reiste, wurde er von Barou und Shinnar begleitet. Shinnar, bekanntlich ein israelischer Regierungsbeamter, reiste in seiner Funktion als Leiter der israelischen Verhandlungsdelegation in Wassenaar. Zudem traf Shinnar in Bonn und Bad Honnef auch mit Blankenhorn, Abs und möglicherweise noch mit anderen Vertretern der Bundesregierung zusammen.[148] Am 13. Mai kam es zu einer Begegnung zwischen Konsul Livneh und dem Sekretär der deutschen Wassenaar-Delegation, Frowein. Livneh legte Frowein gegenüber den israelischen Standpunkt dar und versuchte, die Entscheidungsfindung der deutschen Seite zu beeinflussen.[149] Dieses Treffen galt zwar als vertraulich und war an einem „neutralen" Ort anberaumt worden. In den israelischen Dokumenten bleibt es auch unerwähnt. Man darf jedoch bezweifeln, daß Livneh auf eigene Faust gehandelt hat. Shinnar konferierte sodann am 10. Juni in Bonn in seiner offiziellen Funktion als Leiter der israelischen Delegation mit der deutschen Ver-

146 Bericht vom 16. 6. 1952, BArch, N 1351, Bd. 10.
147 KABINETTSPROTOKOLLE 1952, S. 394–398.
148 Vermerk über eine Besprechung in Bonn vom 19. 4. 1952, BArch, N 1351, Bd. 17.
149 Aufzeichnung Froweins an Blankenhorn über Trützschler vom 13. 5. 1952, PA, 244–14II.

handlungsdelegation. Zudem unterzeichnete er in Bonn ein offizielles Dokument zur Beilegung der Krise.[150] Hierbei handelte es sich offensichtlich um mehr als nur ein Treffen in vertraulichem Rahmen. Weitere Begegnungen fanden in London und in Paris statt. Die Schlußfolgerung ist klar: Die Schilumimverhandlungen führten zu persönlichen Kontakten zwischen den offiziellen Vertretern beider Staaten, trotz gegenteiliger Beteuerungen.

Der Begriff „Aussöhnung" spielte in der Frühphase der deutsch-israelischen Kontakte eine besondere Rolle. Er war eng mit dem Schlagwort „Rückkehr zur Völkerfamilie" verbunden. In der Semantik des deutsch-israelischen Verhältnisses nahm der Begriff der „Aussöhnung" vor allem bei deutschen Politikern, Diplomaten, Journalisten, bei Persönlichkeiten der öffentlichen Lebens und bei fast jeder an deutsch-jüdischen Angelegenheiten beteiligten Person in Deutschland einen hohen Stellenwert ein. Die jüdische Gemeinschaft und Israel zeigten sich ihm gegenüber äußerst distanziert, stellten sich gar entschieden dagegen und versuchten, den Begriff zu vermeiden. Gershon Avner vom israelischen Außenministerium bemerkte im Hinblick auf die Erwartungen der jüdischen Seite gegenüber Deutschland, daß jeder deutsche Vorstoß in Richtung Frieden mit Israel, um den nötigen Widerhall zu erzeugen, einen Ausdruck der Reue für die Verbrechen der Vergangenheit und eine Verpflichtung enthalten müsse, daß solches nie wieder auf deutschem Boden geschehen könne.[151] Avner forderte ein Reuebekenntnis, nicht Aussöhnung. Seine Forderung implizierte einen einseitigen Schritt, während mit „Aussöhnung" eine Leistung von beiden Seiten, also auch von der jüdischen Seite gefordert war, nämlich die Vergebung der Opfergeneration bzw. des zur Vernichtung bestimmten Volkes.

Die Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel tauchte schon sehr früh auf. Sie wurde zunächst jedoch nur innerhalb der israelischen Regierung erörtert. Nach außen wurde eine Boykottpolitik beibehalten. Erst im Zusammenhang mit den Schilumimverhandlungen trat die Diskussion des Problems in eine neue Phase. Jahre später darauf angesprochen, bestritt Avner, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel in Wassenaar überhaupt zur Debatte gestanden habe.[152] Präzisierend wäre hier anzufügen, daß dies (nur) für die erste Verhandlungsphase zutrifft. Auch die deutsche Seite erwartete in dieser Phase keine Verhandlungen über diese Frage.[153] Doch sie lag in der Luft und kam schließlich in der zweiten Verhandlungsphase zur Sprache.

Trotz strikter Ablehnung der Normalisierung nach außen hin war den aufgeschlosseneren Beamten des israelischen Außenministeriums schon früh klar, was Außenstehende noch für unmöglich hielten: Das Zugeständnis der Aufnahme di-

---

150 Niederschrift über Besprechungen zwischen Goldmann, Shinnar, Hallstein, Böhm, Frowein und Abs vom 10. 6. 1952, CZA, Z 6/1024.

151 LÜTH, Die Friedensbitte, S. 2.

152 Brief Avners an den Autor, o. D. [von Anfang 1987]

153 Aufzeichnung Froweins an Hallstein über Blankenhorn vom 6. 5. 1952, PA, 244–13II, 6026/52; Aufzeichnung Froweins an Hallstein über Blankenhorn vom 7. 5. 1952, 210–01/E, Bd. 1.

plomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel mußte früher oder später erfolgen. Ein hochrangiger britischer Diplomat äußerte sich dagegen skeptisch: „Jede Form von diplomatischen Beziehungen steht zweifellos für viele Jahre außer Frage, möglicherweise solange diese Generation noch lebt."[154] Ein anderer britischer Diplomat war jedoch realistischer: „Der israelischen Regierung ist angedeutet worden, daß ihr Recht auf einen Teil des Erlöses vom Schuldenabkommen von der Anerkennung der Bundesrepublik abhängen könnte. Ich gehe deshalb davon aus, daß die israelische Regierung von sich aus die nötigen Schritte vorschlagen wird, trotz gegenwärtiger Vorbehalte."[155]

Wie nicht anders zu erwarten war, brachte die deutsche Delegation die Frage sodann in der zweiten Verhandlungsrunde zur Sprache, als über die israelische Mission in Deutschland verhandelt wurde und die deutsche Seite Reziprozität forderte. Die israelische Delegation war nicht bereit, darüber zu verhandeln. Ihr Mandat beschränkte sich ausschließlich auf die Schilumim. Bei Handelsmissionen bestehe zudem kein Bedarf für Gegenseitigkeit, wurde argumentiert. Sharett erinnerte sich später, daß die israelische Regierung entschlossen gewesen sei, die Verhandlungen platzen zu lassen, falls die Deutschen auf diplomatischen Beziehungen bestünden.[156] Die Weisungen des politischen Beirats des israelischen Außenministeriums Yehuda L. Kohn an die israelische Verhandlungsdelegation zeigen, wie ernst es der israelischen Seite damit war: „Wenn die Deutschen fragen, was mit normalen Beziehungen sei, antwortet ihnen, sie sollen zuerst den Antisemitismus loswerden."[157] Adenauer soll anläßlich der Unterschriftszeremonie in Luxemburg eine ähnliche Frage gestellt haben, worauf ihm Sharett angeblich entsprechend antwortete: Materielle Werte würden noch keine Brücke bilden, sondern allenfalls die erste Planke einer solchen Brücke.[158] Der Bundeskanzler bat die Abgeordneten des Bundestags um Geduld mit der Normalisierung, bis die Narben verheilt seien.[159]

Die jüdischen Organisationen fürchteten um die Einhaltung der finanziellen und rechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik nach der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags. Mißtrauen gegenüber Deutschland und die jüngsten Erfahrungen hatten die jüdische Seite gelehrt, Einsicht in den Vertragsentwurf zu verlangen. Doch ihre Forderungen an die Alliierten, in den Deutschlandvertrag Klauseln zum Schutz der jüdischen Rechte einzufügen, fanden kein Gehör.[160]

---

154 Anmerkungen von Christopher Francis Robert Barclay, Mittlerer Osten, Abteilung Informationspolitik, vom 28. 3. 1952, PRO, FO, 371/87866.

155 Anmerkungen von W. Wilson vom 28. 1. 1952, PRO, FO 371/87866.

156 Niederschrift des Bundeswirtschaftsministeriums über Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar vom 25. 6. 1952, BArch, B102/719; Sharett an Shinnar vom 22. 2. 1955, ISA 2413/3B.

157 Kohn, Jerusalem, an Avner, Den Haag, vom 13. 7. 1952, ISA, 2413/2.

158 FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. 9. 1952.

159 Abschrift der Rede Adenauers am 4. 3. 1953, ISA, 2314/3B.

160 McCloy an Acheson betr. Menschenrechte in der Präambel der Allgemeinen Konvention vom 25. 4. 1952, USNA, 662A.00/4–2552; C. Kapralik an Sir Henry D. Avigdor Goldschmid vom 3. 1. 1951, CZA, S35/18; Barnet Janner an Henderson vom 23. 1. 1951, PRO, FO 371/14, 226.

Zudem hatten die jüdischen Vertreter Gesetze zum Schutz von Geldern auf jüdischen und israelischen Sperrmarkkonten und zukünftigen Entschädigungszahlungen verlangt. Das Resultat all dieser Anstrengungen war äußerst mager.

Einen ähnlichen Verlauf nahm auch die Diskussion über den Lastenausgleich. Die jüdische Seite hatte verlangt, die Entschädigungszahlungen und Restitutionen davon auszunehmen und darüber vor der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags verbindlich zu entscheiden. Jüdische Emigranten waren über die Schwierigkeiten beim Transfer ihrer eingefrorenen Eigentumswerte verbittert.[161] Als Opfer des Nationalsozialismus, glaubten sie, zumindest eine faire Behandlung zu verdienen. Statt dessen gelang die Wahrung ihrer Interessen nur mit größtem Aufwand. Insofern weckten die Verhandlungen verschiedene Hoffnungen.

Die Knesset verurteilte den Deutschland- und EVG-Vertrag mit großer Mehrheit, doch die Koalition verhinderte die Verwandlung der Debatte in ein Forum für antiwestliche Propaganda. Der Protest des israelischen Parlaments richtete sich gegen die Wiederbewaffnung beider deutscher Staaten. Ein amerikanischer Diplomat berichtete über „verbreitete und ernste Besorgnis [in Israel] über das Wiederauftreten Deutschlands als souveräne Nation" sowie über die Kritik der gesamten israelischen Presse, einschließlich der gemäßigten Blätter, gegen den Deutschlandvertrag.[162] Angesichts dieser Atmosphäre wurden die Israelbesuche des Heidelberger Dekans Heinrich Maas und der Hamburger Journalisten Erich Lüth und Rudolf Küstermeier, den israelischen und deutschen Dokumenten nach zu urteilen, als bahnbrechend empfunden. Die drei Gäste wurden freundlich empfangen.[163] Das israelische Außenministerium beschäftigte eher die persönliche Sicherheit dieser Gäste als die Frage, ob deutschen Bürgern die Einreise nach Israel zu gestatten sei.

Gleichzeitig durften israelische Staatsbürger uneingeschränkt in West- und Ostdeutschland einreisen. Von dieser Möglichkeit machten besonders Diplomaten, andere offizielle Vertreter, Journalisten, Geschäftsleute und zahlreiche israelische Bürger deutscher Herkunft Gebrauch. Letztere reisten nach Deutschland zwecks Rückgewinnung ihres verlorenen Eigentums. Für die Einreise nach Deutschland benötigten Israelis zwar eine offizielle Bewilligung der israelischen Behörden. Doch diese war nun ohne größere Schwierigkeiten erhältlich. Insgesamt kreuzten sich die Wege der beiden Länder also auf mehreren Ebenen. Daran konnten auch die scharfen Proteste in Israel nichts ändern, wenn solche Begegnungen publik wurden. Der israelischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als die wachsende internationale Bedeutung der Bundesrepublik zu berücksichtigen.

---

161 Saul Kagan an das Exekutivkomitee und die Mitglieder der Delegation vom 18. 4. 1952, CZA, Z 6/910; Kurzprotokoll über die Sitzung des Exekutivkomitees der Claims Conference vom 30. 4. 1952, CZA, Z 6/2345.

162 Davis, Tel Aviv, an den US-Außenminister vom 27. 5. 1952, USNA, 784A.00/5–2752.

163 Abteilung Westeuropa an Livneh vom 29. 4. 1952, ISA, 2539/2.

6. Wassenaar – Die zweite Verhandlungsphase

Adenauer hatte die Beratung des Kabinetts über die Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel am 17. Juni 1952 mit den Worten abgeschlossen, daß es sich dabei um eine Angelegenheit von „überragender Bedeutung [...] im Verhältnis zur gesamten westlichen Welt und insbesondere zu den USA" handele. Von einem „ergebnislosen Abbruch von Verhandlungen mit Israel" sah der Bundeskanzler „die schwersten politischen und wirtschaftspolitischen Gefahren für die Bundesrepublik" ausgehen, so daß „selbst erhebliche finanzielle Opfer in Kauf genommen werden [müßten], um mit Israel zu einer Einigung zu gelangen".[164] Hierin wurde er von McCloy bestärkt, der – soeben von einer USA-Reise zurückgekehrt – Adenauer am selben Tag seine Sorgen über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen nicht verhehlte und seinem Gesprächspartner über seine Gespräche in Washington sowie mit jüdischen und israelischen Vertretern unterrichtete. Ferner erörterte er innenpolitische Fragen der USA und deren Auswirkungen auf die Schilumim. Der Kanzler faßte seinerseits die Ergebnisse der eben zu Ende gegangenen Kabinettsitzung zusammen, insbesondere die Bestätigung des Kompromisses vom 10. Juni.[165] Die israelische Regierung und die Claims Conference billigten den Kompromiß ihrerseits und empfahlen die Wiederaufnahme der Verhandlungen.[166]

Die zweite und letzte Phase der Schilumimverhandlungen begann am 24. Juni. Ursprünglich für kurze Dauer geplant, erstreckten sich die Verhandlungen über fast zwei Monate. Ali Nathan und der später hinzugestoßene Experte für Internationales Recht, Jacob Robinson, trugen die Hauptlast der Verhandlungen auf israelischer Seite. Mehrere Mitglieder der israelischen Delegation und der Vertretung der Claims Conference waren inzwischen zurückgetreten. Der kranke Vorsitzende der Claims Conference-Delegation, Leavitt, wurde von Josephthal und anderen ersetzt. Die deutsche Delegation erschien ohne Küster, dafür aber zahlreicher, und machte diesmal einen besonders schwerfälligen Eindruck. Offensichtlich aus Furcht vor taktischen Schachzügen stellte sich der Kanzler gegen Schäffers Pläne, die Vertreter seines Ministeriums in der Delegation auszutauschen.[167]

Der wichtigste neue Mann in der deutschen Delegation war der an Küsters Stelle ernannte Berufsdiplomat Heinz Trützschler von Falkenstein. Trützschler, der bereits unter NS-Außenminister Ribbentrop gedient hatte, galt als Spezialist für Internationales Recht und internationale Verträge. Die Israelis hatten ihre Zustimmung zu Verhandlungen ursprünglich an die Bedingung geknüpft, daß der deutschen Delegation keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP angehören durften. Doch der durch seinen Dienst im Auswärtigen Amt des Dritten Reiches um-

---

164 KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, S. 394–298.
165 Notiz vom 17. 6. 1952, BArch, N 1351, Bd. 10.
166 Protokoll Nr. 42/712 der Regierungssitzung vom 18. 6. 1952; CZA, Z 6/1998, Notiz der Claims Conference vom 19. 6. 1952, ISA, 7264/5.
167 Protokoll über die Sitzung im Palais Schaumburg vom 23. 6. 1952, PA, 244–13II.

strittene Diplomat Trützschler war angesichts seiner Qualifikationen nur schwer zu ersetzen. Außerdem wuchs die israelische Bereitschaft, sich mit Trützschler an einen Tisch zu setzen und das Abkommen zu formulieren, allein schon deshalb, weil die Schilumim für Israel im Hinblick auf die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage und vor allem auf die zur Neige gehenden Ölreserven immer dringender wurden. Wie schon andere ehemalige Parteigenossen war zudem auch Trützschler eifrig bemüht, die jüdische Seite zufriedenzustellen.[168]

Die Verhandlungen verzweigten sich im weiteren Verlauf in Ausschüsse und Unterausschüsse, in denen nicht selten ein oder zwei israelische Vertreter einer ganzen Batterie deutscher Experten gegenübersaßen. Die Israelis übernahmen auch einen Teil der Aufgaben der Claims Conference-Delegation. Die Einzelheiten der deutschen Positionen wurden anläßlich einer Besprechung im Palais Schaumburg in Gegenwart von Hallstein und sämtlicher Mitglieder der Delegation festgelegt. Als Grundlage für die Vorbereitungen dienten Froweins „Instruktionen an die Delegation für die Wiedergutmachungsverhandlungen in Haag".[169] Diese enthielten die wichtigsten Punkte des Regierungsbeschlusses, einen möglichen Zeitplan sowie die Forderungen der Bundesregierung zum Inhalt des Abkommens mit Israel. Das Dokument enthielt zudem die mit der Claims Conference bereits vereinbarten und noch offenen Einzelheiten sowie Hinweise auf die noch ausstehenden Fragen der globalen Zahlungen. Im Verlaufe der Besprechung wurden die Richtlinien für die Güterlisten sowie die Lieferbedingungen festgelegt.

Die zweite Verhandlungsphase fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Delegationen begnügten sich mit knappen Pressemitteilungen und gaben fast keine Interviews. Möglicherweise hat Israel auf dieser Art der Durchführung aus Angst vor negativen Reaktion der jüdischen Öffentlichkeit bestanden. Die Verhandlungsgegenstände waren in vier Kategorien unterteilt: politisch-juristische Formulierungen, materielle Zusammensetzung und Zeitplan der Lieferungen, finanzielle Aspekte der Claims Conference-Verhandlungen und detaillierte Auflistung der individuellen Entschädigung.

Die politisch-juristischen Formulierungsprobleme bezogen sich vor allem auf die Präambel und außerdem auf weitere heikle Artikel. Die Bundesregierung forderte eine Katastrophenklausel (Artikel Nr. 10), die sie im Falle einer unvorgesehenen wirtschaftlichen Notlage von ihren Verpflichtungen entbinden würde. Die israelische Regierung stimmte diesem Artikel nur widerwillig zu, nachdem sie zuvor argumentiert hatte, dies ermögliche der Bundesrepublik, das Abkommen einseitig aufzukündigen oder die Zahlungen zu stoppen. Die Israelis bestanden ihrerseits auf der sogenannten Wertsicherungsklausel (auch Wechselkursgarantie-

---

[168] Die deutsche Delegation in Wassenaar an das AA vom 3. 7. 1952, PA, 244–13II, 8859/52; AWJD vom 4. 7. 1952; Die WELT (Hamburg) vom 4. 7. 1952; KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, 231. Kabinettsitzung am 1. Juli 1952, S. 427–428; Interview mit Gershon Avner am 30. 9. 1971, the Hebrew University, Institute for Contemporary Jewry, Oral History Division; Interview mit Gershon Avner vom 2. 9. 1986, BGA, Oral History Division.

[169] Entwurf II der „Instruktionen an die Delegation für die Wiedergutmachungsverhandlungen in Haag" von Frowein o.D., PA, 244–14II, 8154/52.

klausel, allgemeine Währungsstabilitätsklausel oder Dollarklausel genannt). Damit sollte verhindert werden, daß sich Schwankungen im Wechselkurs der Deutschen Mark auf den Geldwert der zu liefernden Ware auswirken konnte. Diese Forderung wurde von deutscher Seite mit der Begründung abgelehnt, sie schwäche das Vertrauen in die deutsche Währung. Zudem widersprach sie den von den Alliierten festgelegten wirtschaftlichen Grenzlinien.[170] Beide Artikel wurden wiederholt im Bundeskabinett diskutiert, das daraufhin klare Grenzen festlegte und der Delegation die strikte Weisung gab, der Katastrophenklausel zuzustimmen und die Wertsicherungsklausel abzulehnen. Die Verhandlungen über diese beiden Artikel erreichten die höchsten Stellen beider Regierungen. Zur Begründung wurde entweder auf Präzedenzfälle in London verwiesen oder die Notwendigkeit betont, die Wiederholung des Londoner Modells zu vermeiden. Schließlich konnte ein Kompromiß gefunden werden, der eine abgeschwächte Version beider Forderungen enthielt und beiden Seiten ermöglichte, das Gesicht zu wahren. Der Kompromiß beruhte auf dem Quid-pro-quo-Grundsatz: Die Israelis erhielten viel weniger Wertstabilitätssicherheit als gefordert, und der Bundesrepublik wurde nur eine beschränkte Möglichkeit eingeräumt, die jährlichen Zahlungen einzustellen.

Das Abkommen wurde letztlich von den deutschen und israelischen Delegationen in Wassenaar und London unter Berücksichtigung von Dokumenten und Vereinbarungen beider Konferenzen ausgehandelt. Insofern blieben die beiden Konferenzen trotz israelischen Widerstandes eng miteinander verbunden.[171] Die Verhandlungen dauerten bis weit in den Monat August hinein. Nach Abschluß der Wassenaar-Konferenz und kurz vor der Paraphierung des Abkommens feilten Goldmann, Hallstein, Shinnar und Böhm in Bonn zusammen an der Endfassung. Es kam zu hitzigen Debatten über weitere strittige Artikel, wenn nun auch leichter Kompromißlösungen gefunden werden konnten. Die israelische Seite schlug eine Schiedsklausel für den Fall von Meinungsverschiedenheiten bei der Umsetzung des Abkommens vor. Danach sollten beide Seiten je einen Schiedsrichter ernennen und einen neutralen Vermittler mit Entscheidungskompetenz vorschlagen. Ein solches Verfahren sollte auch die Katastrophenklausel einschließen und die Mittel zur Umsetzung der Schiedssprüche festlegen.[172]

Den israelischen Vorschlag einer Wiedervereinigungsklausel, mit der die Zahlungen aus Ostdeutschland im Falle einer Wiedervereinigung gesichert werden sollten, kommentierte ein israelischer Delegierter so: „Es spukt bei vielen Leuten

---

[170] Niederschrift über die 5. Sitzung des Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar am 1. 7. 1952, PA, II, 1 111; Niederschrift über die 3. Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar am 1. 7. 1952, PA, II, 1 115; Niederschrift über die 5. Sitzung des Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar am 7. 7. 1952, PA, II, 1 115.

[171] Avner an den Generaldirektor vom 22. 7. 1952, ISA, 534/2; Übereinkunft zwischen den Delegationen vom 26. 7. 1952, CZA, Z6/1024; Du Mont, Den Haag, an das AA vom 28. 7. 1952, PA, 244–13 II, 10031/52; der politische Berater der israelischen Delegation an die Wirtschaftsabteilung vom 15. 8. 1952, ISA, 43/13, SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 49–51.

[172] HUHN, Die Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar, S. 158.

noch der Gedanke, daß Deutschland wieder vereinigt wird."[173] Die deutsche Seite befürchtete, eine Wiedervereinigungsklausel könne zu neuen Auseinandersetzungen führen, und stand ihr deshalb ablehnend gegenüber. Die westdeutsche Delegation bemühte sich um die bestmöglichen Bedingungen, einschließlich der Verringerung des Anteils der Bundesrepublik auf Kosten der DDR. Andererseits war die Bundesregierung an einer raschen und endgültigen Regelung interessiert, um ein Neuaufrollen der bereits erzielten Vereinbarungen zu verhindern.[174] Die Wiedervereinigungsklausel wurde nicht ins Abkommen aufgenommen. In einem Schreiben an die Bundesregierung verpflichtete sich die israelische Regierung: „Der Anspruch des Staates Israel auf Entschädigung wird, insofern er die Bundesrepublik betrifft, von der Regierung des Staates Israel als erledigt betrachtet."[175] Das Abkommen erwähnte die DDR mit keinem Wort. Die Frage blieb also offen, zumindest theoretisch.

Ein noch ungelöstes Problem betraf das Verfahren der Güterbestellung in Deutschland und den Transfer nach Israel. Die israelische Regierung schlug dazu die Eröffnung einer israelischen Handelsmission in Deutschland mit konsulatähnlichem Status, Chiffre, diplomatischer Immunität und diplomatischem Postverkehr vor. Dieser Vorschlag erforderte keine längeren Verhandlungen, da sich Bonn, dem israelischen Wunsch entsprechend, „das moralische Klima [...] erst langsam entwickeln zu lassen", mit jeder Form von Beziehungen zu Jerusalem zufrieden gab.[176] Deutschland galt nach israelischem Gesetz noch immer als feindlicher Staat, und die israelische Regierung zog es vor, diese Tatsache herunterzuspielen, als für die Aufhebung des entsprechenden Gesetzes zu sorgen.[177]

Die Präambel war ein weiterer Streitpunkt. Sie wurde siebenundzwanzig Mal umformuliert, bis sie von beiden Seiten akzeptiert wurde. Nach israelischer Vorstellung sollte sie quasi eine historische Abrechnung mit dem Nationalsozialismus sowie einen Passus über die Integration der NS-Flüchtlinge in Israel enthalten, während die deutsche Seite nur den guten Willen der Bundesrepublik und die Hoffnung auf zukünftige Aussöhnung (mit Hinweis auf die Wiedergutmachung) zu erwähnen bereit war. Nach längerer Debatte einigten sich die Verhandlungs-

---

[173] Niederschrift über Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar am 2. 7. 1952, PA, 534–06-J.

[174] Aktenvermerk über die Konferenz in Den Haag mit der Delegation des Staates Israel, hier: Sitzung vom 24. 6. 1952, PA, 534–116-J; Niederschrift über die Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar am 25. 7. 1952, PA, 534–06-J; Niederschrift über die 2. Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar am 27. 7. 1952, PA, II Z 106; vgl. dazu auch die Briefentwürfe im PA, 534–06-J; Niederschrift über die 5. Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar am 7. 7. 1952, PA, 534–06-J und den Standpunkt von Abs in: Der DEUTSCH-ISRAELISCHE DIALOG, S. 39.

[175] Moshe Sharett an Konrad Adenauer vom 10. 9. 1952. In: DOCUMENTS RELATING, Brief Nr. 19.

[176] Niederschrift des Bundeswirtschaftsministeriums über die Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar am 18. 7. 1952, BArch, 102/7019.

[177] Die Delegation in Wassenaar an das israelische Außenministerium vom 8. 8. 1952, CZA, Z 6/1985.

partner auf vier Sätze. Der Entwurf des ersten Satzes, „während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft wurden unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk begangen", war Adenauer zu hart. Er verlangte, das Wort „Verbrechen" durch „Unrecht" zu ersetzen.[178] Im dritten Satz, der die NS-Herrschaft über Teile von Europa erwähnte, schlug er vor, präzisierend das Wort „damals" einzufügen, so daß im endgültigen Text schließlich von „den Gebieten, die damals unter NS-Herrschaft gestanden haben" die Rede sein würde.[179] Der dritte Satz weckte insofern Besorgnis auf deutscher Seite, als darin die „globale Entschädigung" für die Kosten der Integration von Flüchtlingen aus Deutschland und den Gebieten unter NS-Herrschaft erwähnt wurde, was, so wurde befürchtet, von anderen Staaten als Aufforderung gewertet werden könnte, ähnliche Ansprüche gegen die Bundesrepublik zu erheben.[180] Ein weiteres Problem war die „globale Entschädigung". Die Israelis waren aus legalistischen Gründen gegen die Verwendung des Begriffs „Wiedergutmachung", die zu einer in offiziellen Verträgen unzulässigen Mischung von Sprachen geführt hätte. Man kann jedoch davon ausgehen, daß der israelische Einwand auch ethisch motiviert war. Unter Berufung auf ähnliche Argumente wie bei der Diskussion über die Verhandlungssprache schlug die israelische Seite vor, den Vertragstext in englischer Sprache abzufassen. Während sich die deutsche Delegation damit abfinden konnte, war Schäffer vordergründig aus nationalen Gründen dagegen, in Wirklichkeit wohl aber auch, um die Unterzeichnung des Schlußdokuments weiter zu verzögern.[181]

Die Zusammenstellung der Güterlisten war auf deutscher Seite von politischen, wirtschaftlichen und innerdeutschen Erwägungen überlagert. Erneut tauchte das Problem der auf dem Weltmarkt gefragten „harten Güter" auf.[182] Schäffer und Abs versuchten, diese Güterkategorie im Rahmen der Schilumim auf ein Minimum zu reduzieren. Der von wirtschaftstheoretischen Bedenken, der Konkurrenz zwischen dem Finanz- und dem Wirtschaftsministerium und dem Interessenkonflikt zwischen den Banken und dem Handel bzw. der Industrie begleitete und zum Schaden Israels geführte Disput kam erst dann zum Abschluß, als der Kanzler seine ganze Autorität zugunsten der Schilumim in die Waagschale warf. Die anderen Gläubiger Deutschlands waren an Bargeld interessiert, die Begleichung von Schulden in Form von Güterlieferungen war für sie kein Thema. Die relativ kleine Gütermenge für Israel konnte somit nicht den Effekt des Versailler Vertrages auf die deutsche Wirtschaft haben. Zudem würde die Bundesrepublik durch die Lieferung von Gütern Devisen für andere Ausgaben sparen können. Nicht zuletzt waren mit der Güterausfuhr nach Israel Beschäftigungsmöglichkeiten für Problemregionen wie Berlin und für krisengeschüttelte Industriezweige wie den Schiffbau verbunden. Auch die bereits erwähnten Hoffnungen der west-

---

178 Adenauer an Blankenhorn vom 24. 8. 1952, BArch, N 1351, Bd. 16.
179 Ebd.
180 Aufzeichnung über Besprechung zwischen den Delegationsleitern in Oud Wassenaar am 22. 7. 1952, PA, III, I 133.
181 KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, 245. Kabinettsitzung am 8. 9. 1952, S. 549–558; Kuschnitzky an Schäffer vom 6. 9. 1952, BArch, B 126/51545.
182 Interview mit Nahum Shamir am 20. 5. und 11. 6. 1987.

deutschen Wirtschaft auf neue Märkte im Nahen Osten sprachen für die Lieferung von „harten Gütern" an Israel. Die deutsche Delegation ließ ihre Einwände gegen die Einbeziehung von „harten Gütern" in die Schilumimliste schließlich fallen. Die Aussicht auf einen von deutschen Maschinen und Ersatzteilen abhängigen israelischen Markt wurden in westdeutschen Wirtschaftskreisen mit Interesse registriert.

In deutschen Wirtschaftskreisen und sogar im Kabinett zirkulierten Gerüchte über angebliche israelische Pläne der Wiederausfuhr deutscher Produkte.[183] Der Staat Israel verpflichtete sich, wie bereits erwähnt, deutsche Güter nicht wiederauszuführen[184], und die Bundesregierung traf ihrerseits Vorkehrungen, um die Lieferung strategischer oder militärischer Güter bzw. von in nahöstlichen Boykottlisten aufgeführten Waren zu verhindern.[185] Dreiecksgeschäfte, vor allem von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, waren dagegen ausdrücklich erlaubt.[186] Für die Bundesrepublik ergab sich dadurch die Gelegenheit zur Liquidierung von Guthaben bei fremden Ländern durch die Lieferung von Konsumgütern aus diesen Ländern, wie zum Beispiel Kaffee aus Brasilien oder Fisch aus Skandinavien, an Israel. Solche Produkte galten damals in Israel als Luxus.

Die Probleme der israelischen Seite hinsichtlich der Zusammenstellung der Güterlisten waren ganz anderer Art und bezogen sich nur indirekt auf die Bundesrepublik. Eine wichtige Rolle spielten die Finanz- und – längerfristige – Wirtschaftsplanung, unterschiedliche Entwicklungskonzepte sowie Fragen der Verwaltung, Verteilung und Verarbeitung von Gütern aus Deutschland. Die Auseinandersetzung mit diesen Problemen kam erst mit dem Beginn des Güterflusses voll zum Tragen.

Rohöl stand zuoberst auf der israelischen Güterliste. Die Bundesrepublik erklärte sich bereit, für einen Teil der Rohöllieferungen an Israel durch die britische Firma Royal Dutch Shell, dem angestammten Öllieferanten des jüdischen Staates, aufzukommen. Der akute Mangel an für den Ölimport dringend benötigten Devisen zwang Israel zum raschen Abschluß der Verhandlungen. Das Abkommen, wonach die Bundesrepublik die israelischen Rechnungen bei Shell bezahlen und das Öl an die israelische Küste verschifft werden sollte, wurde wahrscheinlich von dem im Ölgeschäft erfahrenen Shinnar angeregt.[187]

Wie wir noch sehen werden, erklärte sich die Bundesregierung vor der Ratifizierung des Schilumimabkommens im Bundestag zur Deckung israelischer Ölrechnungen bereit. Während der ganzen Verhandlungen bestand Israel ultimativ auf dem Erhalt eines Teils der Schilumim in Hartwährung. Da die israelische Regierung jedoch nicht direkt Bargeld, sondern nur einen Transfer nach London forderte, konnte rasch eine Einigung erzielt werden, nachdem Shinnar Gelegenheit erhalten hatte, das Ölproblem Adenauer gegenüber persönlich darzulegen.[188]

---

183 Notizen vom 16. 5. 1952, BArch, N 1178, Bd. 7b.
184 DOCUMENTS RELATING, Paragraph 7b, S. 129.
185 Vermerk Nr. 1 von Hoppe vom 25. 6. 1952, BArch, B 105/7019.
186 DOCUMENTS RELATING, Paragraph 7b, S. 129.
187 SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 49–50.
188 Ebd., S. 47.

Die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien einigten sich darauf, die Kosten für die Öllieferungen an Israel mit dem deutschen Guthaben bei der Europäischen Zahlungsunion zu verrechnen.[189] Anfänglich war diese Regelung von deutscher Seite für nur zwei Jahre vorgesehen, unabhängig von den Ölimporten der Bundesrepublik. Das Geschäft wurde in zwei Tranchen zu je 75 Millionen DM aufgeteilt. Die erste zur sofortigen Durchführung, die zweite mit Kaufoption ab 1. April 1953. Im Gegenzug verpflichtete sich Israel, der Bundesrepublik das Geld zurückzuerstatten, sollte die Ratifizierung des Schilumimabkommens scheitern.[190] Dieses komplizierte Abkommen bestätigte den guten Willen der deutschen Seite und schuf ein günstiges Klima für die weiteren Verhandlungen. Nach der Unterzeichung des Abkommens in Luxemburg nahm Shinnar in Bonn den sogenannten Ölbrief in Empfang, in dem das Bundesfinanzministerium gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium die Verpflichtung der Bundesregierung bestätigte, die israelischen Ölrechnungen zu begleichen. Der „Ölbrief" nannte keine Beträge und verschaffte Shinnar damit einen gewissen Handlungsspielraum, ohne gegen die Regeln des internationalen Handels zu verstoßen.[191]

Die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel einigten sich schließlich auf die Summe von drei Milliarden Deutschen Mark, zahlbar in zwölf Jahresraten. Zwei zusätzliche Zahlungen für die Claims Conference sollten sich auf 450 Millionen DM belaufen. Die ersten beiden Raten von je 200 Millionen DM, davon 125 Millionen DM in Gütern und 75 Millionen DM in Rohöl, waren für die zwei Haushaltsjahre betreffende Zeitspanne zwischen dem Inkrafttreten des Schilumimabkommens und dem 31. März 1953 vorgesehen. Danach sollten jährliche Raten von je 310 Millionen DM folgen, es sei denn der Bundesminister der Finanzen sähe sich außerstande, dieser Verpflichtung nachzukommen. In diesem (tatsächlich eingetretenen) Fall sollten die Zahlungen auf jährlich 260 Millionen DM gesenkt und um zwei zusätzliche Jahresraten ergänzt werden. Ferner verpflichtete sich die Bundesrepublik, im Falle der Zeichnung einer ausländischen Anleihe das Geld zur Verkürzung der Zahlungsperiode um zwei Jahre zu verwenden.[192] Eine solche Anleihe sollte Israel Hartwährung verschaffen. Beide Seiten waren mit den vereinbarten Bedingungen zufrieden.

Die nächste größere Krise ereignete sich Ende Juni, als sich das Bundesfinanzministerium weigerte, das zwischen Adenauer und Goldmann vereinbarte Angebot von 500 Millionen Mark für die Claims Conference zu bestätigen. Die israelische Regierung war nicht bereit, das Abkommen ohne eine Einigung der Bundesregierung mit der Claims Conference zu unterzeichnen.[193] An dieser Stelle trat Blaustein auf den Plan. Seine Kontakte in der amerikanischen Administration und zu McCloy erwiesen sich als äußerst wertvoll. Irgendwann zwischen dem 2. und 7. Juli führten Blaustein und McCloy Telephongespräche und trafen sich. Offen-

---

189 Notizen vom 17. 6. 1952, BArch, N 1178, Bd. 8a; KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, 228. Kabinettsitzung vom 17. 6. 1952.
190 H.C. Carrad an Stedtfeld vom 18. 6. 1952, BArch, B 102/7019.
191 SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 56–8.
192 DOCUMENTS RELATING, Artikel 3 and 4, S. 125–127.
193 AWJD vom 4. 7. 1952.

bar auf Blausteins Drängen versuchte McCloy, die Sache zu bereinigen, mit Erfolg. In einem Telegramm warnte er den Bundeskanzler, daß das Scheitern der Verhandlungen mit der Claims Conference „vor allem hinsichtlich der Aussöhnung Deutschlands mit dem jüdischen Volke, die für Deutschlands Zukunft und internationale Stellung so bedeutsam ist, schwerwiegende Folgen haben" könnte.[194] Bereits am 7. Juli autorisierte Hallstein Böhm per Fernschreiben, der Claims Conference die Summe von 400 bis 500 Millionen DM anzubieten. Er fügte hinzu, daß Goldmann einverstanden sei, einen Teil dieser Summe für die im Dritten Reich verfolgten zum Christentum konvertierten Juden zu reservieren.

Die Forderung der Claims Conference wurde der Bundesregierung am 15. Juli zur Kenntnis gebracht. In einer eindringlichen Rede vor versammeltem Kabinett legte Kanzler Adenauer die Notwendigkeit des sogenannten „hardship fund" für jene NS-Opfer dar, die von dem bestehenden Entschädigungsverfahren nicht erfaßt würden. Dabei erwähnte er das den Juden von Deutschen zugefügte „Unrecht", aber auch „die große wirtschaftliche Macht des Judentums in der Welt".[195] Mit fünf zu vier Stimmen entschied das Bundeskabinett schließlich die Bereitstellung von 450 Millionen DM für die Claims Conference und weiteren 50 Millionen für die von den Nationalsozialisten verfolgten zum Christentum konvertierten Juden. Hinsichtlich der Zahlung gelang es Schäffer offenbar, Israel zu zwingen, den Betrag stellvertretend für die Claims Conference in Form von Güterlieferungen zu akzeptieren und ihr den Erlös in Hartwährung zu überweisen.

Am 22. August unterzeichneten der Staat Israel und die Claims Conference ein Abkommen, das den jüdischen Organisationen einen Drittel der Schilumim garantierte. Davon waren 55% für Projekte in Israel und der Rest zur Verwendung außerhalb des jüdischen Staates bestimmt. Die Claims Conference sollte also eine größere Summe erhalten, als ihr von der Bundesrepublik ursprünglich zugeteilt worden war und zwar in bar.[196]

Die Claims Conference konzentrierte sich vor allem auf die individuellen Entschädigungen und die Restitutionen. Das diesbezüglich von Küster in der ersten Verhandlungsphase ausgehandelte Dokument weckte Schäffers Mißfallen und mußte neu verhandelt werden, besonders die im Deutschlandvertrag nicht oder nur teilweise geregelten Angelegenheiten.[197] Die Vorbereitungsarbeit war mit großem technischen Aufwand verbunden und stellte die Entscheidungsträger in den Hauptstädten vor schwierige Probleme. Aber auch die Verhandlungen selbst stellten sich als äußerst kräftezehrend heraus, und die Israelis befürchteten, die Erschöpfung der deutschen Delegierten könnte zum vorzeitigen Abbruch der Verhandlungen führen. Die jüdische Seite war deshalb zu Kompromissen geneigt, um eine rasche Einigung zu ermöglichen. Das Schlußprotokoll Nr. 1 versuchte, die von den bestehenden Gesetzen und vom Deutschlandvertrag nicht abgedeckten Bereiche zu regeln. Im Abschnitt „Compensation" sind die entschädigungsberechtigten NS-Opfer aufgeführt, einschließlich bislang nicht erwähnter Opfer-

[194] Telegramm McCloys an Adenauer, eingegangen am 15. 7. 1952, BArch, N 1351, Bd. 16.
[195] KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, 235. Kabinettsitzung am 15. 7. 1952, S. 457.
[196] AWJD vom 12. 9. 1952; ZWEIG, German Reparations, S. 57–58.
[197] SAGI, German Reparations, S. 156–164.

kategorien. Besondere Aufmerksamkeit wurde den früheren und gegenwärtigen Rechten ehemaliger deutscher Staatsbürger geschenkt. Die bereits mit den Alliierten vereinbarte deutsche Entschädigungsgesetzgebung wurde um weitere Opferkategorien erweitert. Das Protokoll befaßte sich eingehend mit den finanziellen Aspekten, den Entschädigungssummen, dem Zeitplan der Umsetzung und der Umrechnung der Deutschen Mark. Im Abschnitt „Restitution" wird sodann die Erweiterung bestehender Gesetze und Übereinkünfte mit besonderem Augenmerk auf bereits im Deutschlandvertrag geregelte Angelegenheiten behandelt.[198] Die Delegationen beschäftigten sich überdies mit einer Reihe kleinerer und größerer Probleme, wie etwa mit der Möglichkeit, die Entschädigungs- und Restitutionsempfänger vom Lastenausgleich zu befreien.

Die Claims Conference verursachte ein rechtliches Problem. Nach internationalem Recht besaß sie keinen rechtlichen Status, und die Verhandlungsdelegation in Wassenaar war nur eine Ad-hoc-Vertretung. Um den Status einer Rechtsperson zu erlangen, ließ sich die Claims Conference deshalb im Staat New York eintragen. Trotzdem konnte ein Abkommen zwischen der Claims Conference und der Bundesrepublik nicht als rechtsverbindlich gelten, da der Bundestag nicht berechtigt war, internationale Verträge mit privaten Organisationen zu ratifizieren und damit in Bundesgesetze zu verwandeln. Zur Umgehung dieses Problems unterzeichneten die Bundesrepublik und die Claims Conference ein Zusatzprotokoll, das mit der Ratifikation des Schilumimabkommens automatisch in Kraft treten sollte.

Machtkämpfe innerhalb der Claims Conference stellten das Abkommen mit der Bundesrepublik jedoch zwischenzeitlich in Frage. Es wurde um Einfluß und um das Recht gerungen, an der Unterzeichnungszeremonie teilnehmen zu können. Verschiedene Spitzenvertreter demonstrierten Präsenz durch Kritik am Verhandlungsresultat. Ein Zankapfel war der Anspruch auf Entschädigung der österreichischen Juden, der von der Bundesregierung mit der Begründung zurückgewiesen wurde, Österreich habe sich dem Dritten Reich freiwillig angeschlossen. Als Nachfolgestaat des Dritten Reiches sei es deshalb Sache Österreichs, ihre ehemaligen und gegenwärtigen Bürger zu entschädigen.[199] Das politische Komitee der Claims Conference weigerte sich daraufhin, das Protokoll zu ratifizieren, und riskierte damit die einseitige Unterzeichnung des Abkommens durch Israel oder gar den Zusammenbruch der Verhandlungen. Zur Vermeidung innerer Konflikte mied es Goldmann sodann schlicht, die verantwortlichen Gremien der Claims Conference auf dem laufenden zu halten.[200] Die Verhandlungsparteien einigten sich, die künftigen Bundesgesetze im Bereich der Entschädigung und der Umsetzung der Protokolle gemeinsam zu formulieren, und die Claims Conference verpflichtete sich ihrerseits jährlich über die Verwendung der Mittel des „hardship fund" zu berichten.

---

198 Protokoll Nr. 1. In: DOCUMENTS RELATING, S. 155–157.

199 Leavitt an Boehm vom 7. 8. 1952, IJA; Kagan an das Präsidium vom 14. 8. 1952, CZA, Z 6/910; SAGI, German Reparations, S. 160–1.

200 Goldmann an Goldstein vom 19. 8. 1952; Goldstein an Goldmann vom 4. 9. 1952, CZA, Z 6/1621; Easterman an Goldmann vom 20. 8. 1952, IJA, 220.0.

Die Entschädigung für israelische Staatsbürger gemäß Schlußprotokoll Nr. 1 verursachte ein langfristiges Problem. Das Bundesfinanzministerium machte geltend, daß die Entschädigung anspruchsberechtigter israelischer Bürger über den Staat Israel zu erfolgen habe. Angesichts des Zeitdruckes und um guten Willen zu demonstrieren, gab die israelische Delegation in dieser Frage nach. Jahre später realisierte die israelische Regierung dann den fatalen Fehler: Angesichts stark gestiegener Lebenshaltungskosten in Israel zeigte sich die Diskriminierung der Empfänger von Entschädigungszahlungen durch den Staat Israel gegenüber den Empfängern direkter Wiedergutmachung von der Bundesrepublik besonders deutlich.[201]

Inzwischen hatte Adenauer weiter mit der Opposition im Kabinett zu kämpfen. Schäffer änderte seine Taktik ständig, brachte neue Argumente vor und erfand neue Probleme und Schwierigkeiten. Als Bundesfinanzminister war es zwar seine Aufgabe, die Staatsfinanzen zu hüten, doch offensichtlich tat er häufig des Guten zuviel. Die Behauptung, wonach die individuelle Entschädigung Priorität habe vor den Schilumim, entsprang offensichtlich nicht nur einer Sparmaßnahme. Adenauer blieb unbeeindruckt und beschuldigte den Minister der Zahlenverdrehung.[202] Wirtschaftsminister Erhard meinte beipflichtend, die Güterlieferungen an Israel würden sich weder auf die Gesamtausfuhr der Bundesrepublik noch auf den Handel mit Rohstahl und Stahlprodukten negativ auswirken.[203] Im Verlauf der Kabinettsdebatte vom 8. September konnte sich der mit Datenmaterial seines Ministeriums bewehrte Schäffer gegen den Kanzler nicht durchsetzen.[204] Das Schilumimabkommen wurde mit einer einzigen Gegenstimme (derjenigen von Schäffer) angenommen. Adenauer wies Schäffers Manöver entschieden zurück und zögerte nicht, seinen Finanzminister zur Ordnung zu rufen.[205]

Eine neue Front gegen die Schilumim, die später an Bedeutung gewinnen sollte, bildeten die Koalitionspartner CSU und FDP. Der ehrgeizige CSU-Politiker Franz Josef Strauß war ein erklärter Schilumimgegner und handelte entsprechend. Die FDP machte sich zur Wortführerin der Schilumim-Opposition bestimmter Industriekreise mit Handelsinteressen im Nahen Osten.[206] Auf diesen Interessenkonflikt dürfte auch die zögerliche Haltung des FDP-Parteivorsitzenden Franz Blücher hinsichtlich Schilumim zurückzuführen gewesen sein.[207] Adenauer stellte antisemitische Tendenzen in seiner Partei fest, als einzelne Abgeordnete der CDU

---

201 Böhm an Jahn vom November 1967, ACDP, I-200–005.

202 LENZ, Im Zentrum, S. 410; Schäffer an von Brentano vom 25. 8. 1952; Schäffer an Adenauer vom 25. 8. 1952, von Brentano an Schäffer vom 8. 8. 1952 (mit dem Vermerk „persönlich, vertraulich"), BArch, B126/51545.

203 Stellungnahme Ludwig Erhards zur Kabinettsvorlage des Finanzministers vom 20. 8. 1952 vom 8. 9. 1952, BArch, B 102/6419, Heft 2; Aschner an Erhard vom 27. 8. 1952; von Maltzan an Erhard vom 30. 8. 1952, BArch, B 102/6419.

204 KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, 245. Kabinettsitzung am 8. 9. 1952, S. 554–556; HUHN, Die Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar, S. 159.

205 ADENAUER, Briefe, 1951–1953, Nr. 249, S. 261–263.

206 Vgl. dazu den Aufruf von 28 FDP-Abgeordneten an den Kanzler, die Unterzeichnung des Abkommens zurückzustellen: PA, 244–13, Bd. 11, 17820/52, 5. 9. 52.

207 LENZ, Im Zentrum, S. 420; Blücher an Adenauer vom 5. 9. 1952, BArch, N 1080.

ins Lager der Schilumimgegner überliefen.[208] Trotz aller Schwierigkeiten und letzten verzweifelten Widerstandes von seiten der Opposition, war er aber fest entschlossen, die Vertragsverhandlungen erfolgreich zum Abschluß zu bringen.

Die Israelis begegneten den auftauchenden Problemen mit Mißtrauen. Sharett wies am 5. September 1952 vor dem politischen Komitee der Mapai auf den wachsenden Widerstand in der Bundesrepublik gegen die Schilumim hin und warnte, daß dies Israel zu einem Abkommen zu schlechteren Bedingungen zwingen könnte.[209] Wie bereits dargelegt, vertrauten die Israelis nicht auf den guten Willen ihrer Verhandlungspartner und waren überzeugt, daß die deutsche Seite sie früher oder später täuschen und sich von allen eingegangenen Verpflichtungen zurückziehen würde. Zum Beweis wurde auf die Verhandlungsschwierigkeiten hingewiesen. Daher resultierte auch der Wunsch, die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und das Erreichte so rasch wie möglich umzusetzen. Der Rücktritt von Küster und das Rücktrittsgesuch von Böhm hatten die Israelis überrascht. Ein so würdiges Verhalten hatte man von deutschen Unterhändlern nicht erwartet. In der zweiten Verhandlungsphase begegneten die Israelis Böhms Argumenten mit weniger Mißtrauen und Zweifeln.

Auch materielle Erwägungen, besonders der akute Öl- und Devisenmangel, drängten die Israelis zur Eile. Wiederholte Verzögerungsmanöver prominenter (und geltungssüchtiger) Vertreter der Claims Conference wurden von Goldmann mit dem Hinweis auf die drängenden Wirtschaftsprobleme Israels vereitelt. Weitere Gefahren für den raschen Abschluß der Verhandlungen drohten durch die hohe körperliche Belastung der Unterhändler, die sich besonders deutlich in den Entschädigungs- und Restitutionsverhandlungen zeigte, sowie von politischer Seite. Die Schilumim waren nicht populär in der Bundesrepublik, und je länger sich die Verhandlungen hinzogen, desto mehr gewannen die Schilumimgegner politisch an Gewicht. Auch der arabische Druck auf Industrie, Handel und Politik nahm allmählich zu. Kurz, die rasche Einigung wurde zur Notwendigkeit – und kam tatsächlich zustande. Goldmann, der das Abkommen als „Wunder" bezeichnete, hatte dazu persönlich als Problemlöser und Vermittler einen wesentlichen Beitrag geleistet.[210] In Gesprächen mit dem Kanzler Anfang und Ende August war es ihm gelungen, die letzten Hindernisse für die Paraphierung des Abkommens Anfang September auszuräumen.[211]

Neben den finanziellen Tagesordnungspunkten brachten einige jüdische Vertreter auch die Zerstörung jüdischer Kultur- und Kultgegenstände durch die Nationalsozialisten zur Sprache und forderten Ersatz aus deutschen Museen und Bibliotheken.[212] Obwohl nicht Gegenstand der Verhandlungen, wurden einzelne

---

[208] LENZ, Im Zentrum, S. 429.

[209] Niederschrift über die Sitzung des Politischen Komitees von Mapai am 6. 9. 1952, LPA, File 26/52.

[210] Goldmann an Kagan vom 31. 8. 1952, CZA, Z 6/1812.

[211] Goldmann an Goldstein vom 19. 8. 1952, CZA, Z6/1621; Goldmann an Kagan vom 31. 8. 1952, Z 6/1812, SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 52.

[212] Gerschom Scholem an Ehud Avriel vom 14. 7. 1952, CZA, S 35/88; Bericht von Hanna Arendt, Jewish Cultural Reconstruction, vom 10. 12. 1951, CZA, A 140/60; Hans Steinitz an Pinchas Rozen vom 3. 1. 1952, ISA 634/3; Yachil an den Generaldirektor des Außen-

jüdische Archive und kulturhistorische Wertgegenstände letztlich nach Israel überführt.

Die abschließenden Verhandlungen, die Formulierung des endgültigen Vertragstextes, letzte Korrekturen an umstrittenen Artikeln und die Herstellung der Verträge dauerten bis weit in den Monat September hinein. Am 8. September bestätigten beide Regierungen den Vertragstext und beauftragten die Außenminister mit der Paraphierung.[213] Adenauer beschloß, die Verträge in seiner Funktion als Außenminister selbst zu unterzeichnen, und machte damit deutlich, daß er von Israel eine entsprechende Vertretung erwartete. Durch seine Teilnahme wollte der Kanzler zudem die Bedeutung des Ereignisses herausstreichen und sich außerdem in der traurigen deutsch-jüdischen Geschichte ein – positives – Denkmal setzen.[214] Goldmann sollte im Namen der Claims Conference unterschreiben, so daß zunächst nur noch die Frage der israelischen Vertretung an der Unterschriftszeremonie offen blieb. Bis zum Bekanntwerden von Adenauers Entschluß wollte man sich in Israel mit einer Paraphierung auf Beamtenstufe begnügen. Außenminister Sharett war nicht daran interessiert, persönlich an der Zeremonie teilzunehmen, änderte aber seine Meinung, obwohl etliche Beamte seines Ministeriums und Mapai-Politiker die Auffassung vertraten, die Unterzeichnung des Schilumimdokuments sei „unter seiner Würde".[215] Sharett rechtfertigte seine persönliche Teilnahme an der Unterschriftszeremonie mit dem Hinweis auf Adenauers Verhalten und wies die Kritik zurück. Der Bundeskanzler und Goldmann bestanden auf kleinen Delegationen. Adenauer lud Altmaier ein, und von Goldmanns Seite sollte Ferencz teilnehmen. Nur die Israelis waren nicht taktvoll genug, auch Eliahu Livneh, Altmaiers Partner auf israelischer Seite, einzuladen.

Im Vorfeld der Zeremonie kam es zu Differenzen über die Reden. Die Delegationsleiter tauschten vorab die Texte aus. Sharetts Text war zuvor vom Ausschuß für Sicherheit und Außenbeziehungen der Knesset bestätigt worden.[216] Bundeskanzler Adenauer fand die Rede von Sharett „in ihrer Aufmachung alttestamentarisch", aber alle Versuche, die Formulierung zu ändern, stießen auf Schwierigkeiten wegen der bereits erfolgten Bestätigung durch den israelischen Parlamentsausschuß.[217] Adenauers Kritik am Text Sharetts erfolgte mit Hinblick auf die Reaktion der Öffentlichkeit. Schließlich einigte man sich auf Adenauers Anregung hin, ganz auf Reden zu verzichten. Sharett wurde später deswegen für seine „Nachgiebigkeit" kritisiert. In seinem Redetext hieß es unter anderem:

---

ministeriums, den Erziehungsminister und an Giora Josephthal, betr. Rashi-Stuhl und seltene Bücher, ISA, 2413/4.

213 KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 5, 245. Kabinettssitzung am 8. 9. 1952, S. 557–558; Protokoll Nr. 60/712 über die Regierungssitzung am 8. 9. 1952, ISA, 7264/6.

214 Sharett in der Sitzung des Politischen Komitees von Mapai am 5. 9. 1952, LPA, File 26/52; Bemerkungen des Außenministers vom 8. 9. 1952, ISA, 419/11.

215 Brief vom 15. 8. 1952. In: The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 169; Rosenne an Sharett vom 1. 9. 1952, ISA, 2482/15; Eliezer Livneh an das Politische Komitee von Mapai vom 5. 9. 1952, LPA, File 26/52.

216 Ausarbeitung „Bemerkungen über unser Vorgehen gegenüber Deutschland" von A. Amir vom 2. 4. 1953, ISA, 2439/2.

217 Notizen vom 9. 9. 1952, BArch, N 1351.

„Die Weltgeschichte kennt kein Beispiel für den Vernichtungsfeldzug, den das nationalsozialistische Deutschland gegen das jüdische Volk geführt hat. Zwei Drittel der Juden Europas, ein Drittel der Weltjudenheit, sind ihm zum Opfer gefallen. Im Bewußtsein unseres Volkes ist diese furchtbare Wunde noch offen. Es ist in der Tat kaum eine Sühne denkbar für die Vernichtung des Lebens dieser Millionen von Unschuldigen. Israel und das jüdische Volk erwarten, den Geist des Rassenhasses aus der Seele des Volkes ausgemerzt zu sehen, in dessen Namen die unsagbaren Untaten begangen worden sind."[218]

Darauf wollte Adenauer entgegnen: „Möge er [der Vertrag] der Welt zeigen, daß das deutsche Volk gewillt ist, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um sein Verhältnis zum Judentum auf eine neue Grundlage von gegenseitigem Respekt zu heben."[219]

Als neutralen Ort für die Zeremonie wurde das Rathaus von Luxemburg gewählt. Adenauer nahm zu jener Zeit in Luxemburg an der konstituierenden Sitzung des Ministerrates der Montanunion teil und hoffte, daß es der Bundesrepublik gelingen werde, vor der Unterzeichnung des ersten internationalen Abkommens einen Vertrag mit Israel abzuschließen. Aus Sicherheitsgründen und um Tumulten vorzubeugen, wurden die zahlreichen Journalisten über Ort und Zeit der Zeremonie irregeführt.

Die drei Delegationen trafen sich im Rathaus von Luxemburg in ruhiger Atmosphäre. Die jüdischen Delegationen betraten das Rathaus morgens um acht Uhr, wo sie bereits von der deutschen Delegation erwartet wurden. Adenauer schüttelte Sharetts Hand und begrüßte ihn auf Deutsch. Jener antwortete ihm in derselben Sprache. Nach der Vorstellung der Delegationen setzten sich die Delegationsleiter an einen Tisch und unterzeichneten die Dokumente. Ein defekter Füllfeder der deutschen Delegation verlieh der Zeremonie eine humoristische Note. Goldmann fragte im Scherz, ob dies die Qualität der Güter sei, die Deutschland zu liefern gedenke.[220] Ein bestellter Photograph hielt die Zeremonie in Bildern fest, die für lange Zeit unter Verschluß blieben. Unmittelbar nach der Unterzeichnung zog sich Adenauer in eine nahegelegene Kapelle zurück, von wo er mit Tränen in den Augen wieder zurückgekehrt sein soll.[221] Die Zeremonieteilnehmer trafen sich sodann zu kurzer Unterhaltung in einem Nebenraum. Adenauer und Sharett führten ein angeregtes Gespräch auf Deutsch, und Goldmann nahm die Gelegenheit wahr, Adenauer für seinen Einsatz zu danken.

Beide Seiten forderten die Großmächte auf, öffentlich zum Abkommen Stellung zu nehmen, wobei von jüdischer Seite internationale Sanktionen im Falle einer Nichteinhaltung der Verträge durch die Bundesrepublik verlangt wurden. Acheson kam dem Wunsch der beiden Seiten trotz gegenteiligen Rates nach und

---

218 Für den vollen Text beider Reden: ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, Dokumente Nr. 41 und 42, S. 205–206.

219 Ebd.

220 Goldmann behauptet in seinen Erinnerungen, daß die Dokumente schließlich mit seiner Feder unterzeichnet wurden. Demgegenüber zeigte mir Ferencz am 15. Mai 1988 seine Feder mit der Bemerkung, sie hätte zur Unterzeichnung der erwähnten Dokumente gedient.

221 Interview mit Saul Kagan am 24. 3. 1971, The Hebrew University, Institute of Contemporary Jewry, Oral History Division.

begrüßte das Abkommen auf einer Pressekonferenz am 10. September 1952. In amerikanischen und britischen Ministerien befürchtete man, Äußerungen zugunsten des Schilumimabkommens könnten den arabischen Widerstand verstärken.[222]

Unmittelbar nach der Zeremonie in Luxemburg wurde die jüdische Welt von einer Flut von Glückwunschtelegrammen überschwemmt. Man gratulierte sich gegenseitig. Der Erfolg hat bekanntlich viele Väter. Besonders Sharett sparte nicht an Selbstlob. Viele andere Architekten des Schilumimabkommens blieben dagegen entweder absichtlich unerwähnt oder wurden schlicht vergessen. Im Rückblick können folgende sechs Personen – in nachstehender Reihenfolge – als Architekten des Luxemburger Abkommens bezeichnet werden: Adenauer, Goldmann, Sharett, Blaustein, McCloy und Ben Gurion. Ohne Adenauers Vision, Beharrlichkeit und Entschlossenheit wäre das Abkommen nicht zustande gekommen. Der Staat Israel konnte bis zu diesem Zeitpunkt nur wenige ausländische Persönlichkeiten vom Format Adenauers zu seinen Freunden zählen.[223] Doch die eigentliche treibende Kraft war der vom israelischen Establishment nicht besonders geschätzte umstrittene und extravagante jüdische Staatsmann Nahum Goldmann. Mit gesundem Menschenverstand und Sinn für Humor war es ihm gelungen, manche Hindernisse auszuräumen und die Anstrengungen der jüdischen Seite zu koordinieren. Moshe Sharett war die führende Figur auf israelischer Seite. Als Außenminister leitete er die Aktivitäten zahlreicher hervorragender Beamter und Beamtinnen seines Ministeriums. In dieser Funktion diente er gleichzeitig auch als Zielscheibe von Kritik und haßerfüllter Anschuldigungen. Sharett blieb stets im Schatten Ben Gurions, auch in jenen Bereichen, in denen seine Führung eigentlich unbestritten war. Blaustein war die amerikanisch-jüdische Schlüsselfigur der Schilumimverhandlungen. Als Verteidiger der Interessen der Diaspora und von persönlichen Ambitionen getrieben, geriet er oft in Konflikt mit Goldmann und den Israelis. Auf amerikanischem Parkett war seine Führungsposition jedoch unbestritten. Blaustein verstand es, McCloy für die Vertretung der jüdischen Interessen zu gewinnen, und er verschaffte sich Zugang zum Weißen Haus und zum amerikanischen Außenministerium, wo Goldmanns Einfluß beschränkt war. McCloy, in jüdischen Dokumenten oft kritisiert, war in Wirklichkeit der engste Verbündete der jüdischen Gemeinschaft in der damaligen amerikanischen Politik. Während das State Department jüdischen Ansuchen reserviert oder gar feindlich gegenübertrat, verkörperte McCloys Haltung guten Willen und Sympathie und erwies sich damit als äußerst hilfreich. Ben Gurion spielte die Rolle des alten Staatsmannes. Er beteiligte sich an der Entscheidungsfindung, griff persönlich ein, wenn es darum ging, Hürden zu meistern, an deren Überwindung andere zuvor gescheitert waren, und verlieh dem Unternehmen eine visionäre Note, während sich die Perspektive der anderen Politiker vor allem auf die Gegenwart be-

---

[222] Text der Acheson-Erklärung vom 10. 9. 1952, BArch, N 1351, Bd. 14a; Krekeler an Hallstein vom 10. 9. 1952, PA, 244–13II, 12122/52; Krekeler an Hallstein vom 10. 9. 1952, IfZ-Archiv, ED 135/42; Selwyn Lloyd an Easterman vom 12. 9. 1952, IJA, 220.2.

[223] Für eine Analyse: JELINEK, Political Acumen.

schränkte. In entscheidenden Momenten war Ben Gurions Einfluß spürbar, doch er war weit davon entfernt, das Schilumimprojekt auf israelischer Seite zu leiten.

Der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen und die Paraphierung des Abkommens in Luxemburg wurde in jüdischen Kreisen und in Israel mehrheitlich mit Stolz und Erleichterung aufgenommen, nachdem die Opposition die Schilumimbefürworter monatelang der politischen Fehlkalkulation bezichtigt und mit anderen Vorwürfen überhäuft hatte. Mit Blick auf die lange jüdische Geschichte des Leidens und der Verfolgung konnte man nun in jüdischen Kreisen mit Genugtuung feststellen: „Jesh din vejesh dajan" [„es gibt ein Gericht und es gibt einen Richter", in Anlehnung an das Mischna-Zitat „es gibt kein Gericht und keinen Richter" (es herrschen anarchische Zustände bzw. niemand wird für seine Taten zur Rechenschaft gezogen)].

Auch die deutsche Seite zeigte sich befriedigt. Obwohl das Luxemburger Abkommen weder Sieger noch Besiegte kannte und ein Großteil der Schilumimdebatte in westdeutschen Amtsräumen weitab der Öffentlichkeit stattgefunden hatte, markierte die Unterzeichnung des Dokuments einen äußerst spektakulären Abschluß intensiver Anstrengungen, die das Ende eines schmerzlichen Kapitels deutscher Geschichte bildeten. Das Schilumimabkommen diente der Bundesrepublik fortan als Visitenkarte gegenüber Freund und Feind sowie als Mittel zur Verbesserung des eigenen Ansehens in der Welt. Der Schaden, den die Nationalsozialisten dem Ansehen Deutschlands zugefügt hatten, konnte damit wenigstens zum Teil behoben werden.

VI. Die Ratifizierung des Luxemburger Abkommens

Nach der Unterzeichnung des Abkommens durch beide Vertragspartner war der Weg für die Ratifizierung frei. In Israel genügte dafür die Zustimmung des Kabinetts. Zur breiteren Abstützung des Abkommens und um die Wiederholung unangenehmer Ereignisse zu vermeiden, plante die Regierung zusätzlich eine – den Ratifizierungsprozeß nicht unnötig verlängernde – Bestätigung durch den parlamentarischen Ausschuß für Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten, jedoch keine Debatte im Knessetplenum.

Das Ratifizierungsverfahren in der Bundesrepublik war bei weitem zeitraubender: Das Abkommen mußte zunächst vom Bundesrat und dann vom Bundestag bestätigt und schließlich vom Bundespräsidenten ausgefertigt werden. Die Zeitspanne zwischen der Unterzeichnung und der Ratifizierung bot den Schilumimgegnern somit reichlich Zeit und Gelegenheit für Versuche, das Abkommen in eine Sackgasse zu führen oder ganz zum Scheitern zu bringen. Genau in diese Richtung zielten die unermüdlichen Anstrengungen der arabischen Staaten.

1. Die Araber und die Schilumim

Die um die Wiederaufnahme in die Staatengemeinschaft und die Wiederbelebung ihrer Wirtschaft ringende Bundesrepublik maß dem Nahen Osten große Bedeutung bei. Wie bereits mehrfach erwähnt, wurden die Schilumim sowohl als lokale, d. h. auf den israelischen Markt beschränkte, als auch als regionale Entwicklungschance für den deutschen Handel und die deutsche Industrie betrachtet. Ein Teil dieser Hoffnungen entpuppte sich bald als Illusion. Die neue deutsche Präsenz im Nahen Osten weckte Befürchtungen und Mißtrauen in Israel und wurde in Jerusalem genau verfolgt. Die Deutschen wurden verdächtigt, den Antisemitismus und die Haßpropaganda gegen Israel zu fördern. Die vormaligen Beziehungen zwischen der arabischen Welt und dem Dritten Reich waren ein böses Omen, das sich durch die Aktivitäten geflohener Nationalsozialisten in arabischen Staaten, aber auch durch Äußerungen arabischer Politiker zu bestätigen schien.

Das Wiederauftreten von arabischen Politikern mit dubioser Vergangenheit, die sich nicht scheuten, antijüdische Gefühle offen zur Schau zu stellen und ihre Genugtuung über die NS-Verbrechen gegen die Juden zu bekunden, wurde von jüdischer Seite mit scharfer antideutscher Kritik quittiert. Typisch für diese Politiker und oft peinlich für die deutsche Seite war der Hinweis auf die „gemeinsame Vergangenheit". Andererseits gewinnt man den Eindruck, daß die deutsche Diplomatie häufig genau auf diese „gemeinsame Vergangenheit" für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der arabischen Welt setzte. Dazu gehört auch das Klischee der „traditionellen deutsch-arabischen Freund-

schaft". Überaus beliebt war zudem sowohl bei Politikern als auch bei Diplomaten beider Seiten die Vorstellung, wonach Deutschland keine kolonialistische Vergangenheit habe. Hierzu ist natürlich anzumerken, daß nicht deutsche Zurückhaltung, sondern britische Hegemonie ein Eindringen Deutschlands in die Region verhindert hatte. Auch die fast sprichwörtliche deutsch-ottomanische Zusammenarbeit war dem arabischen Nationalismus bekanntlich nicht gerade förderlich. Von einer „deutsch-arabischen Freundschaft" konnte also lediglich in der Zeit des Dritten Reiches die Rede sein. Dieses Schlagwort klang deshalb für israelische Ohren sehr unerfreulich.

Das neugebildete Auswärtige Amt war sehr stark mit Diplomaten besetzt, die schon im Dritten Reich im Auswärtigen Amt gedient und oft auch der NSDAP angehört hatten.[1] Ein Teil davon, die sogenannten Arabisten, verfügte über reiche Erfahrung im Nahen Osten. In der Zeit vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, d. h. vor 1965, unterhielten einige dieser Arabisten regen Kontakt mit deutschen Siedlern in Israel, die dem neuen jüdischen Staat äußerst feindlich gesinnt waren. Die von religiösem Eifer, Antipathie gegen jüdische Ideologien und Sympathie für den arabischen Nationalismus geprägten Berichte dieser Siedler boten ein stark verzerrtes Bild der Realität in Israel, auf das sich die deutschen Diplomaten in Ermangelung direkter professioneller Berichterstattung gerne beriefen. Doch auch die israelische Seite war nicht unvoreingenommen. Jede deutsch-arabische Zusammenarbeit traf sofort einen empfindlichen Nerv. Während die unfreundlichen Taten anderer Staaten im Nahen Osten geflissentlich übersehen wurden, führte schon der kleinste deutsche Vorstoß im Orient zu emotionalen Ausbrüchen in Israel. Jede das deutsch-arabisch-israelische Dreieck betreffende Frage verwandelte sich leicht in ein Minenfeld, ein Umstand, der sowohl von den Israelis als auch von den Arabern gegen deutsche Interessen mißbraucht wurde. Genau so ein Minenfeld waren die Schilumim und die arabischen Reaktionen darauf.

Als die deutsch-israelischen Schilumimverhandlungen allmählich konkrete Gestalt annahmen und sich ein erfolgreicher Abschluß abzeichnete, ging die arabische Diplomatie in die Offensive. Die arabische Welt befürchtete, die Schilumim könnten Israel wirtschaftlich stärken und damit die Hoffnung auf eine baldige Liquidierung des jüdischen Staates endgültig zunichte machen. Die arabische Anti-Schilumimkampagne bezog auch die arabischen Flüchtlinge in ihre Argumentation ein. Die diplomatischen Aktivitäten arabischer Staaten gegen die Schilumim setzten bereits im Frühjahr 1951 ein, erreichten ihren Höhepunkt jedoch erst nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens, nachdem sie zwischenzeitlich ganz abgeebbt waren. Im Frühjahr 1952 entfalteten Syrien, Ägypten und der Libanon unter syrischer Führung eine rege diplomatische Tätigkeit gegen die Schilumim und für die ausschließliche Verwendung dieser Gelder für die arabischen Flüchtlinge. Die Stimmung in den arabischen Staaten wurde von der westdeutschen Diplomatie aufmerksam verfolgt. Die Abteilungen II und III des Auswärtigen Amts diskutierten die bevorstehenden deutsch-israelischen Verhandlungen

[1] DÖSCHER, Verschworene Gesellschaft.

und die arabischen Reaktionen darauf im März 1952 und danach bei mehreren Gelegenheiten.[2] Weshalb die Aktivitäten gegen die Schilumim auf beiden Seiten so spät einsetzten, bleibt unklar. Die Vermutung liegt nahe, daß erst die Paraphierung des Luxemburger Abkommens den Schilumimgegnern den Ernst der Lage vor Augen geführt hat. Bonn nahm den lautstarken arabischen Protest nicht auf die leichte Schulter. Maßgeblichen Anteil an der Zunahme der arabischen diplomatischen Aktivitäten in Bonn hatte ein deutscher Kaufmann und ehemaliger Soldat namens Joachim Hertslet aus Brühl am Rhein, der sich in Bonn kommerziell und politisch betätigte. Hertslet hatte während des Krieges einige Jahre in den USA und in Mexiko als Agent von Hermann Göring verbracht, siedelte später in die DDR über, knüpfte dort möglicherweise Kontakte mit sowjetischen Regierungsstellen und tauchte dann wieder in der Bundesrepublik auf. Hier stellte er Verbindungen zu mehreren Ministerien her und führte eine Korrespondenz mit Blücher.[3] Hertslet gelang es zudem, im Nahen Osten ein beachtliches Handelsimperium aufzubauen, zu dem auch die Ausfuhr arabischer Baumwolle gehörte. Dabei geriet er mit anderen Handelsgruppen, darunter die Lewy-Gruppe, in Konflikt. Lewy war es angeblich gelungen, ägyptische Baumwolle nach Israel auszuführen.[4]

Hertslet wirkte als Förderer der arabischen Opposition gegen die Schilumim, vielleicht sogar als ihr treibender Geist. Diese Ansicht vertraten zumindest bundesdeutsche Diplomaten.[5] Hertslet kooperierte mit zahlreichen arabischen Vertretern, einschließlich palästinensischen Persönlichkeiten sowie syrischen und ägyptischen Diplomaten. Westdeutschen Diplomaten gegenüber rechtfertigte er seine Tätigkeit mit der „Verteidigung der Interessen Deutschlands".[6] Zu den „arabischen Agenten" gehörte auch der bereits erwähnte Kölner Journalist und Blücher-Vertraute Augustin Hoppe. Die arabische Welt konnte auf diverse deutsche Agenten und Helfer zählen, die meisten Aktivitäten gingen jedoch von arabischen Regierungsvertretern und Diplomaten selbst aus. Argumentiert wurde auf politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher und ethischer Ebene.

Der übergeordnete politische Handlungsrahmen war das feindselige Verhältnis zum jüdischen Staat und das Interesse an dessen Auflösung. Die Existenz des Staates Israel wurde von der arabischen Welt als Aggression empfunden, die, nach arabischer Auffassung, die militärische Expansion in Palästina bis zu den Grenzen des „Verheißenen Landes" beinhaltete. Der Bundesregierung wurde vorgeworfen, eine einseitige Haltung einzunehmen, da sie mit Israel einen Feind der Araber

---

[2] Kordt an von Trützschler vom 12. 3. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 1; Müntzel an von Etzdorf und Kordt vom 19. 3. 1952; Aufzeichnung von Haag vom 22. 3. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 4.

[3] Robert M.W. Kempner an Eytan vom 17. 1. 1953, ISA, 2417/7; Memorandum von Hertslet vom 12. 8. 1952; Hertslet an Blücher vom 21. 8. 1952, BArch, N 1080, Bd. B 141.

[4] Aufzeichnung vom 6. 9. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 1; Kordt an Hallstein vom 3. 3. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7; Yachil an Eytan u. a. o.D. [verm. Dezember 1952], ISA, 2417/7.

[5] Kordt an Hallstein vom 3. 3. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 7; Hallstein an den Direktor, Abteilung II, vom 11. 11. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 4; Informationsbulletin für die israelischen Gesandtschaften im Ausland Nr. 577 vom 27. 11. 1952, ISA, 2482/15; Notizen vom 21. 10. 1952, BArch, N 1178, Bd. 8a.

[6] Hertslet an Blücher vom 3. 9. 1952, BArch, N 1080, Bd. B141; Hertslet an Seelinger vom 2. 10. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 2.

unterstütze. Dies habe man nicht erwartet von einem „traditionellen Freund", und selbst wenn Bonn nicht beabsichtigt habe, die arabischen Staaten zu beleidigen, sei dies doch das Resultat ihres Handelns. Die Araber warfen der Bundesregierung schließlich vor, das regionale Kräftegleichgewicht zu stören.

Die arabischen Staaten betonten ihre Ablehnung des Schilumim. Der Staat Israel verdiene keine finanzielle Unterstützung, für ihn bestimmtes Geld sei für die Lösung des Nahostproblems zu verwenden. Die Araber wollten es unter den Flüchtlingen verteilen und es von neutraler Hand verwalten lassen, möglicherweise von der UNO. Israel habe zudem während des Weltkrieges nicht existiert und sei deshalb zu Reparationen nicht berechtigt, hieß es weiter. Niemand könne deshalb Deutschland zum Zahlen zwingen, und die Deutschen seien nicht verpflichtet auch nur einen Pfennig zu bezahlen. Jüdische Bürger, die im Krieg gelitten hätten, seien auf individueller Basis zu entschädigen. Die Araber empfänden keinen Haß gegen Juden und würden ihr Leid anerkennen. Doch nur ein Bruchteil der Opfer habe sich in Israel niedergelassen, der Rest sei über die ganze Welt verstreut. Am Ende des Krieges habe das Problem der jüdischen Flüchtlinge zu existieren aufgehört, legten arabische Vertreter dar und fügten hinzu, daß die von Israel genannten und von der Bundesrepublik anerkannten Zahlen völlig übertrieben seien. Der Staat Israel sei nicht der Vertreter des jüdischen Volkes und könne deshalb keine Ansprüche in seinem Namen erheben. Ein solcher Anspruch sei ungeheuerlich und würde alle Juden gleichsam in israelische Bürger und damit zu Feinden der Araber verwandeln.

Die für Israel bestimmten Güter, besonders Stahl, dienten der Rüstung, so die Araber weiter. Auch Erdöl sei als militärisches Produkt zu betrachten. Israel werde zudem überschüssige Güter weiterverkaufen und somit auf anderen Märkten mit der deutschen Ausfuhr konkurrieren. Den Erlös dieser Geschäfte werde Israel zudem wiederum für die Rüstung verwenden. Der jüdische Staat befinde sich am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs, die arabische Wirtschaftsblockade sei effektiv gewesen, und die Bundesrepublik habe Israel gerettet, ohne den Standpunkten und Bedürfnissen befreundeter arabischer Staaten Rechnung zu tragen.

Des weiteren wurde von arabischer Seite folgendes dargelegt: Israel habe fast eine Million Araber aus ihrer Heimat vertrieben, ohne jegliche moralische Rechtfertigung. Es seien deshalb die Araber, die für die Verbrechen der Nationalsozialisten bezahlen müßten. Außerdem weigere sich Israel, den UNO-Beschluß Nr. 194 (III) vom 11. Dezember 1948 anzuerkennen, der die Rückkehr der Flüchtlinge und deren Entschädigung fordere. Die den arabischen Flüchtlingen zugesprochene Entschädigung sei kleiner als die Summe, die die Bundesrepublik Israel versprochen habe. Die Israelis hätten sich ohnehin schon am Eigentum der geflohenen Araber bereichert. Israel werde konstant vom Ausland unterstützt, während die arabischen Flüchtlinge in erbärmlicher Armut leben müßten.

Die arabischen Staaten drohten der Bundesrepublik mit Sanktionen: Man erwäge den Boykott deutscher Erzeugnisse, die Beendigung der Zusammenarbeit im Bereich von Handel und Industrie und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen – bzw. deren Nichtaufnahme. Gleichzeitig drohte die arabische Diplomatie in Anspielungen mit einer engeren Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

Zum ersten Mal tauchte die Möglichkeit der Anknüpfung kommerzieller und politischer Kontakte zwischen arabischen Staaten und der DDR auf. Die Arabische Liga versuchte, die nichtarabischen islamischen Staaten für den arabischen Standpunkt zu gewinnen. Arabische Diplomaten waren zudem in den jungen asiatischen (und später auch afrikanischen) Staaten aktiv.[7] Diese angedrohten handelspolitischen Sanktionen beunruhigten die Bundesregierung am meisten.

Die Antwort Israels und der Bundesrepublik deckten sich zum Teil. Israelische Gegenargumente beeinflußten auch die deutsche Haltung. Auf israelischer Seite wurde dargelegt, sämtliche arabischen Argumente seien letztlich im Zusammenhang mit dem arabischen Bestreben der Zerstörung des Staates Israel zu sehen. Nachdem ihre militärischen Anstrengungen gescheitert seien, versuchten die arabischen Staaten ihr Ziel nun auf politischer und wirtschaftlicher Ebene durch Erpressung, Einschüchterung und politische Spekulationen zu erreichen. Sollte diese Taktik fehlschlagen, würden sich die arabischen Staaten nach dem Dafürhalten Israels einfach zurückziehen – ohne negative Folgen. Doch die Kapitulation vor der arabischen Erpressung werde die andere Seite nur zu weiteren solchen Schritten ermutigen. Es bestehe auch kein Grund, sich vor der „arabischen Einheit" zu fürchten, handle es sich doch um ein leeres Schlagwort, das von der tiefen Spaltung und der inneren Zerstrittenheit im arabischen Lager ablenken solle.

Die Vereinigten Staaten von Amerika würden Israel lebenswichtige Wirtschaftshilfe gewähren, und die Araber hätten sich damit abgefunden. Die Schilumim seien eine ähnliche Form der Hilfe, und es sei deshalb nicht einzusehen weshalb sie eine andere Reaktion verdienten. Israelische Vertreter wiesen auf die Verletzlichkeit der arabischen Staaten im Hinblick auf ihre Handels- und Industriebeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland hin. Der arabische Export in die Bundesrepublik sei größer als umgekehrt. Die Araber seien auf deutsche Investitionen, deutsches Fachwissen, technische Hilfe aus der Bundesrepublik und deutsche Wirtschaftshilfe angewiesen. Falls die Bundesrepublik vor dem arabischen Boykott kapituliere, könne dies die Juden und andere Opfer des Nationalsozialismus dazu bewegen, Deutschland fortan zu boykottieren. Die einseitige Aufkündigung eines bereits unterzeichneten Vertrages und der Verrat an den Juden würde zudem Erinnerungen aus der NS-Zeit wachrufen und könnte enormen moralischen und politischen Schaden anrichten.

Die Schilumim seien keine Reparationen, sondern eine moralische Angelegenheit zwischen dem deutschen Volk und Israel, eine Causa sui generis, bei der die Araber kein Mitbestimmungsrecht besäßen. Es handle sich um die Erfüllung deutscher Verpflichtungen aufgrund der NS-Verbrechen am jüdischen Volk. Die moralische Verpflichtung und nicht das internationale Recht habe die Bundesrepublik dazu veranlaßt, sich zur Zahlung von Schilumim zu bekennen. Die arabische Behauptung, wonach die USA und Großbritannien die Bundesrepublik zur Zahlung gezwungen hätten, bezwecke die Neutralisierung der obigen Aussage und laufe auf die Behauptung hinaus, Bonn habe nicht aus freiem Willen gehandelt. Die kollektive Entschädigung sei zudem kein Ersatz für die individuelle

[7] Savir in Köln an Bendor in Jerusalem vom 17. 10. 1961, ISA, 301/17.

Entschädigung. Sie sei dazu bestimmt, Deutschlands Wiedereingliederung in die Staatengemeinschaft zu erleichtern. Israelische Vertreter behaupteten sodann, daß arabische Vertreter, die sich ursprünglich gegen die Schilumim ausgesprochen hatten, sich nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens nicht mehr dafür interessierten. Die Schilumim, folgerte die israelische Seite, seien von internationaler Bedeutung, würden jedoch die Araber nicht betreffen.

Die israelische Regierung machte die Araber für den Ausbruch des Nahostkonflikts verantwortlich und lehnte jede Analogie zwischen den Schilumim und der Entschädigung für die Flüchtlinge kategorisch ab. Israel beabsichtige die Flüchtlinge zu entschädigen, sobald man über die nötigen Mittel verfüge. Gegenwärtig müsse sich der jüdische Staat jedoch vorrangig um die Aufnahme einer viertel Million jüdischer Flüchtlinge aus arabischen Staaten kümmern, die zur Flucht gezwungen worden seien. Die Schilumim seien für die Aufnahme und Rehabilitation von Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung bestimmt. Trotzdem hätten auch arabische Flüchtlinge bereits davon profitiert, da es der damit verbundene Kapitalfluß ermöglicht habe, ihre gesperrten Konten auf israelischen Banken in der Höhe von einer Million Pfund Sterling freizugeben. Entwickle sich die israelische Wirtschaft weiter positiv, so die israelische Argumentation, werde der Staat Israel in der Lage sein, weitere Gelder für das Wohl der Flüchtlinge bereitzustellen.

Die Schilumim, so wurde dargelegt, stellten keine Verletzung der Neutralität dar, da der Beschluß des UNO-Sicherheitsrats vom 1. September 1951 die Feindseligkeiten bereits für beendet erklärt habe. Zudem gewähre die Bundesrepublik, so die Israelis, Ägypten und anderen arabischen Staaten Militärhilfe und helfe ihnen beim Aufbau von Rüstungsindustrien, Stahlwerken und Gießereien. Die Vereinten Nationen besäßen keine rechtliche Grundlage für ein Eingreifen in der Schilumimfrage. Nicht die Palästinaflüchtlinge, sondern die Spannungen im Sudan, am Suezkanal und in Nordafrika hätten die Araber dazu bewogen, die Intervention der UNO zu fordern. Die Palästinafrage sei ein billiger Vorwand zur Förderung der arabischen Einheit und zur Verbesserung der ägyptischen Position in den harten Verhandlungen mit den westlichen Großmächten.

Die arabischen Staaten würden zudem versuchen, den in Deutschland vorhandenen Antisemitismus auszunützen. So werde zum Beispiel versucht, Handelskreise gegen die Schilumim aufzuhetzen mit dem Argument, die Bundesrepublik müsse sich am Ende mit den Gratislieferungen an Israel statt mit einträglichen Ausfuhren in arabische Länder begnügen. Die allgemeine Situation, die Empfänglichkeit des breiten Publikums für solche primitiven Losungen, die Manipulation der öffentlichen Meinung und das arabische Geld könnten die Bereitschaft der Bundesrepublik zur Zahlung von Schilumim schwächen. Soweit die israelischen Gegenargumente.[8]

Die Bundesregierung befand sich in einer unbequemen Lage zwischen Israel und der arabischen Welt und zu ständiger Rechtfertigung ihrer Haltung gezwun-

[8] Der Rechtsberater an die Forschungsabteilung vom 19. 3. 1952, ISA, 1809; ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, Dok. Nr. 49, S. 218–221; Memorandum Shinnars vom 17. 11. 1952, PA, 210-01/E, Bd. 5.

gen.[9] Bonns Argumente waren knapp und präzis: Die Schilumim beruhten auf ethischen Motiven, moralischen Schlußfolgerungen und politischer Notwendigkeit. Deutschland habe neue Maßstäbe im internationalen Recht gesetzt, die auch für die arabischen Flüchtlinge bedeutsam seien. Auch die Opferbereitschaft der Bundesrepublik sei ohne Beispiel. Das Auswärtige Amt wies die arabische Kritik, wonach die Bundesrepublik gegen die Neutralität verstoßen habe, mit dem Hinweis auf relevante Passagen des Völkerrechts und die Vorschriften des Kriegsrechts zurück. Westdeutsche Diplomaten verwiesen in diesem Zusammenhang auf Artikel des Luxemburger Abkommens, in denen sowohl der Export militärischer Güter als auch die Wiederausfuhr von Schilumimgütern ausdrücklich untersagt werde.[10]

Westdeutsche Sprecher beriefen sich wiederholt auf die „traditionelle deutsch-arabische Freundschaft" sowie auf die Vorteile für die Araber bei einer baldigen Wiederaufnahme der Bundesrepublik in die Völkerfamilie. Die deutschen Zahlungen an Israel seien humanitärer Natur und zur Entschädigung der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung bestimmt. Dies sei eine Aufgabe, die die individuelle Entschädigung nicht erfüllen könne. Die amerikanische Wirtschaftshilfe an Israel sei zudem umfangreicher als die Schilumim, und einige arabische Staaten verfügten zudem über beträchtliche Einnahmen aus dem Verkauf von Erdöl. Die Vereinten Nationen, so westdeutsche Vertreter, würden keinerlei Bereitschaft zum Eingreifen zeigen. Auch sei nicht bewiesen, daß die Schilumim gegen die UNO-Charta oder andere völkerrechtliche Bestimmungen verstoßen würden. Ein Boykott, warnte Bonn, würde beide Seiten, vor allem aber die Araber selbst treffen und andere Staaten begünstigen. Die Bundesrepublik sei an guten Beziehungen und gegenseitigem Handel interessiert und bereit, den Flüchtlingen humanitäre Hilfe zu gewähren.[11]

Im Auswärtigen Amt machte sich Ärger über die Verständnislosigkeit einiger arabischer Diplomaten breit.[12] Ein besonders aktiver, von westdeutschen Diplomaten jedoch kaum beachteter Schilumimgegner und ehemaliger Verbündeter des Dritten Reiches war der Großmufti von Jerusalem, Haj Amin el-Husseini. Auf seine Veranlassung überreichte die Arabische Liga der Bundesrepublik am 21. Juli 1952 eine Protestnote, die eine Grundsatzdebatte im Auswärtigen Amt auslöste.[13] Die Teilnehmer dieser Debatte prüften die Möglichkeit, die Schilumim zwischen Israel und den arabischen Flüchtlingen aufzuteilen, und diskutierten eine direkte Intervention der Vereinten Nationen. Demgegenüber schlug der Bundeskanzler vor, in der Antwort auf die arabische Note auf die schwierige Lage des jüdischen Staates und auf seine großen Anstrengungen bei der Eingliederung von Neuein-

---

[9] Aufzeichnung vom 6. 9. 1952; Rundbrief an alle diplomatischen und berufskonsularischen Auslandvertretungen vom 29.9. und 18. 10. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 1; Antwort vom 17. 11. 1952, PA, 244–13E.

[10] Aufzeichnung eines unbekannten Autors vom 6. 9. 1952, PA, 210–01/E; ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, Dok. Nr. 48, S. 216–218, Dok. Nr. 51, S. 223–225.

[11] Ebd.

[12] Notiz Melchers vom 4. 7. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 1: „Der arabische Standpunkt [...] in seiner primitiven Logik [ist] kaum mit Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen."

[13] Aufzeichnung vom 6. 9. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 1.

wanderern hinzuweisen, was von den anwesenden Diplomaten entschieden abgelehnt wurde.[14] Die Bundesregierung überwies darauf hunderttausend Mark an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für arabische Flüchtlinge aus Palästina im Nahen Osten (UNRWA), an dem sich auch einzelne arabische Staaten finanziell beteiligten. Nach der Militärrevolte vom 23. Juli 1952 und der Machtübernahme von Oberst Mohamed Nagib am 7. September 1952 verschärfte Ägypten seinen Kurs in der Schilumimfrage.

Die arabischen Drohungen vergrößerten die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten der Bundesrepublik mit den Schilumim. Angesichts der schwierigen Lage des deutschen Exports schienen die nahöstlichen Märkte besonders vielversprechend. Die ausgeprägte Sympathie für Deutschland und eine gewisse Antipathie für die angelsächsischen Mächte im Orient schienen die deutschen Ausfuhren in diese Region zu begünstigen.[15]

Die Araber waren sich der westdeutschen Handelsinteressen im Orient bewußt und versuchten, sie zu ihren Gunsten auszunutzen. Handelspartner wurden eingeschüchtert und erpreßt. Bestellungen aus der Bundesrepublik von der Bedingung abhängig gemacht, keine Geschäftsbeziehungen mit Israel zu unterhalten. Schon erfolgte Bestellungen wurden annulliert und die geplante Handelsausstellung abgesagt.[16] Daneben übten arabische Stellen auch indirekten Druck aus. Eine von Arabern gekaufte „bekannte deutsche Nachrichtenagentur" informierte ihre Abonnenten über die „katastrophalen Folgen der Schilumim für den deutschen Außenhandel". Dieses und ähnliche Bulletins waren gekonnt als objektive Wirtschaftsberichte getarnt, auf die sich die Presseagentur spezialisierte.[17] Auch die Presse geriet in dieselbe Falle und bauschte die „Gefahren des arabischen Boykotts" maßlos auf. Teile der Industriezweige, die den Schilumim anfänglich posi-

---

[14] Büro des Staatssekretärs, Pauls, an das AA vom 12. 8. 1952; Verbalnote an den Generalsekretär der arabischen Liga vom 3. 9. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 1.

[15] Shimoni an Herlitz vom 7. 2. 1952, ISA, 419/11. Der Brief enthält folgende Daten über den Handel zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten von Januar bis September 1952, in Millionen US-Dollar:

	Ausfuhren der BRD nach	Einfuhren der BRD aus
Ägypten	28	23
Irak und Saudi-Arabien	6	31+27
Alle arabischen Staaten	49	67

1950 (1951) betrugen die Ausfuhren der Bundesrepublik Deutschland nach Ägypten 19 (23) Millionen US-Dollar, die Einfuhren aus Ägypten 23 (24) Milionen Dollar. Andererseits waren zu jener Zeit Verhandlungen über Großaufträge im Gange, die dieses Bild verändern sollten. Ferner planten deutsche Firmen eine Industrieausstellung in Kairo.

[16] Ausarbeitung von H.A. Citroen „Arabische Angriffe auf das Wiedergutmachungsabkommen mit Deutschland im Licht israelischer Gegenmaßnahmen" vom 29. 12. 1952, ISA, 419/9; Industrie- und Handelsverein für deutsch-englischen Handel, Hannover, an das Bundeswirtschaftsministerium, Abt. V, vom 24. 10. 1952, PA, 244–13E, II; Industrie- und Handelskammer für Südhannover an das AA vom 5. 11. 1952; Bundesverband der Deutschen Industrie an Adenauer vom 12. 11. 1952; Deutscher Industrie- und Handelstag an Hallstein vom 14. 11. 1952, PA, 244–13E, II; Fernschreiben von der Esch in Damaskus an das AA vom 16. 10. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 2.

[17] Ausarbeitung von H.A. Citroen „Arabische Angriffe auf das Wiedergutmachungsabkommen mit Deutschland im Licht israelischer Gegenmaßnahmen" vom 29. 12. 1952, ISA, 419/9.

tiv gegenüberstanden, änderten ihre Meinung und wechselten allmählich ins Lager der Schilumimgegner über. Bei näherer Betrachtung fällt indessen auf, daß die westdeutsche Industrie oft je nach Produkt und Handelsinteressen in proisraelische und proarabische Kräfte gespalten war.[18]

Auf dem Hintergrund der Wirtschaftskampagne gingen die arabischen Staaten auch politisch gegen das Abkommen vor, indem sie versuchten, die Ratifizierung zu sabotieren bzw. hinauszuschieben oder die Schilumimgelder unter die Verwaltung der Vereinten Nationen stellen zu lassen. Der syrische Diktator Adib Schischakli erörterte die Frage im Gespräch mit westdeutschen Diplomaten, die führende Rolle im Kampf gegen die Schilumim wurde jedoch von Ägypten und General Nagib persönlich wahrgenommen.[19] Nagib war an die Beschlüsse des ägyptischen Offiziersrats gebunden, der ihn zum Staatschef ernannt und zur Zusammenarbeit mit der Arabischen Liga gezwungen hatte, deren Beschlüsse nicht immer ganz nach seinem Geschmack waren. Zum Teil nutze er diese und andere Sachzwänge als Vorwand, manchmal schränkten sie seinen Handlungsspielraum tatsächlich ein. Der saudiarabische Kronprinz und Außenminister Feisal ibn Saud forderte eine harte Linie, während der Libanon – ganz im Gegensatz zu Irak und Jemen – vordergründig zwar reges Interesse an der Schilumimfrage zeigte, faktisch jedoch zusammen mit Jordanien kaum aktiv wurde. Israelische Experten spekulierten, daß Nagib die Arabische Liga entweder als Fassade der arabischen Einheit oder als Manövriermasse im Konflikt mit Großbritannien und Frankreich mißbrauchte.

Die westlichen Großmächte waren in ihrer Politik der Eindämmung des sowjetischen Einflusses in Asien auf die Unterstützung arabischer Staaten angewiesen. In diesem Zusammenhang gingen politische Beobachter in Israel davon aus, daß Nagib das Ausscheiden einzelner arabischer Staaten aus der arabischen Einheitsfront würde verhindern wollen, um die Verhandlungsposition Ägyptens zu stärken. Die Schilumim erwiesen sich als willkommener Einigungsfaktor. Ägypten versuchte mit allen Mitteln die Einheit des Niltales zu bewahren bzw. die Unabhängigkeit des Sudan zu verhindern. Die nationalistischen und antiimperialistischen Pläne der Freien Offiziere hinsichtlich der Erlangung der vollen Kontrolle über den Suezkanal standen in krassem Gegensatz zu den britischen Interessen. Ein weiterer Konfliktherd, der die Aufmerksamkeit Ägyptens beanspruchte, war der tunesische Unabhängigkeitskampf. Die panarabischen Aspirationen im ehemaligen Palästina besaßen für Ägypten niedrigere Priorität, boten jedoch die Gelegenheit, von anderen Problemen abzulenken.[20] Die israelische Regierung hegte

---

[18] Bergmann an Hillel Dan vom 26. 10. 1952, ISA, 607/19; LENZ, Im Zentrum, S. 453.

[19] Pawelke an das AA vom 30.10. und 5. 11. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 3; Pawelke an das AA vom 10. 11. 1952, PA, II, 244–3E; Pawelke an das AA vom 12. 11. 1952, III, 210–01/E, Bd. 4; Pawelke an das AA vom 15. 11. 1952, 244–13/E, II; die Botschaft in Kairo an den Außenminister vom 10. 11. 1952, USNA, 662A.86/11–1052; Ilsberg an Tavor vom 24. 6. 1957, ISA, 3100/11–2; Fischer an den Generaldirektor vom 22. 5. 1958; Shinnar an Shaltiel vom 21. 3. 1960, ISA, 3309/25.

[20] Informationsbulletin für die israelischen Gesandtschaften im Ausland Nr. 577 vom 27. 11. 1952, ISA, 2485/15.

den Verdacht, daß Nagib die deutsch-arabisch-israelische Konfrontation für Zwecke nutzen wollte, die letztlich mit diesem Konflikt nichts zu tun hatten. In Jerusalem machte man sich deshalb auf harte und zeitraubende Verhandlungen mit der Bundesrepublik gefaßt. Israel forderte die Bundesrepublik (und die westlichen Staaten) auf, sich von der ägyptischen Strategie nicht täuschen zu lassen, das Abkommen zu ratifizieren und mit der Lieferung von Gütern zu beginnen. Nagib erhielt westliche Unterstützung und direkten Zugang zu westlichen Diplomaten, nachdem er anfänglich westliche Hoffnungen geweckt hatte; Hoffnungen, die sich zwangsläufig auch auf die deutsch-israelischen Fragen auswirkten.[21] Umso ernüchternder wirkte Nagibs späterer Flirt mit der DDR.

Adenauer konnte seine Enttäuschung über die ägyptische Haltung nicht verbergen: „Ich fürchte, die Ägypter treiben ein übles politisches Spiel", bemerkte er.[22] Nagib nutzte die Schilumim zur Stärkung seiner innenpolitischen Position, besonders unter den Freien Offizieren. Gegenüber der Bundesrepublik leistete er sich eine aggressive Haltung, die den USA, Großbritannien oder Frankreich gegenüber nicht möglich war. Nagib mag sich davon wirtschaftliche Vorteile für sein Land versprochen haben. Das Scheitern der arabischen Schilumimstrategie unter seiner Führung war seiner Popularität nicht gerade förderlich.

Der diplomatische Druck der arabischen Länder bewirkte keine wesentliche Änderung in der deutschen Schilumimpolitik. Die Bundesregierung hielt an ihrem Standpunkt fest und weigerte sich, das Abkommen zurückzustellen oder das dafür vorgesehene Geld der UNO zu überweisen. Ebenso lehnte sie den Vorschlag ab, mit der Ratifizierung bis zur Unterzeichnung eines arabisch-israelischen Friedensabkommens abzuwarten. Bonn strebte nach einem Kompromiß zur Vermeidung direkter Konflikte mit den Arabern und den Israelis. Doch Gesten des guten Willens wie etwa finanzielle Zuwendungen an die UNRWA oder das Angebot von Wirtschaftshilfe an arabische Staaten genügten nicht. Auch ausgefallene Ideen wie etwa der Vorschlag, den Ägyptern die berühmte Nefretiti-Statue zurückzugeben, zeitigten nicht die erhoffte Wirkung.[23] Schließlich entschloß sich die Bundesregierung zur Entsendung einer Goodwill-Delegation nach Kairo.

Bevor die deutsche Delegation ihre Reise antreten konnte, kamen die arabischen Staaten der Bundesrepublik mit der Entsendung einer eigenen Delegation nach Bonn zuvor. Nachdem Versuche gescheitert waren, ihre Ankunft zu verhindern, erklärte das Auswärtige Amt die vier Vertreter notgedrungen zu Staatsgästen, übernahm die Unkosten für ihren Aufenthalt und gewährte ihnen jede mögliche Hilfe, vorausgesetzt sie zeigten sich kooperativ. Doch die arabische Delegation hatte andere Pläne, und diplomatische Gefälligkeiten konnten sie davon nicht abhalten. Sehr zum Mißfallen des Auswärtigen Amts inszenierten die arabi-

---

[21] Notiz Krekelers über das Gespräch mit Byroad vom 6. 9. 1952, IfZ-Archiv, ED 135/63; US-Botschaft in Bonn an den US-Außenminister vom 19. 12. 1952, USNA, 662A.86/12–1952.

[22] ADENAUER, Briefe 1951–1953, Brief vom 12. 2. 1952, Nr. 341, S. 341.

[23] Aufzeichnung Melchers vom 30. 9. 1952, von Etzdorf an Blankenhorn vom 27. 9. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 2.

schen Gäste eine großangelegte öffentliche Kampagne mit dem erklärten Ziel, die Ratifikation des Schilumimabkommens zu verhindern. Besonderen Ärger im Auswärtigen Amt erweckte sodann die Ernennung Hertslets zum Berater dieser arabischen Delegation. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ließ den Mann überwachen und mit ihm wahrscheinlich auch die arabischen „Gäste". Die Bundesregierung betrachtete die Aktivitäten der Araber als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik und forderte die Delegationsmitglieder schließlich höflich aber bestimmt zur Rückkehr in ihre Heimatländer auf, was von den arabischen Regierungen als grobe Unhöflichkeit bzw. Ausweisung empfunden und aufs schärfste verurteilt wurde.[24] Der Leiter der arabischen Delegation gehörte den Freien Offizieren an. Nagib interpretierte den Landesverweis deshalb als persönliche Demütigung und als Affront gegen das ägyptische Militär, worauf die Bundesregierung zurückwich und den arabischen Gästen den Weiteraufenthalt – als Privatpersonen – ermöglichte. Am 13. November reisten sie endgültig ab.[25]

Die Ausweisung der arabischen Delegation fiel zeitlich mit der Ankunft des neuen Botschafters der Bundesrepublik, Günther Pawelke, in Kairo zusammen. Der orienterfahrene Diplomat hatte den Auftrag, die Wogen des deutsch-arabischen Verhältnisses zu glätten. Pawelke übte Kritik am Auswärtigen Amt und an seinem Umgang mit der arabischen Delegation. Den Schilumim stand er ablehnend gegenüber. Er soll hierzu bemerkt haben, die palästinensischen Araber hätten mit ihrer Vertreibung für die Vertreibung der Juden aus Deutschland bezahlt.[26]

Auf der Suche nach einer Konfliktbeilegung bot die Bundesrepublik den Arabern die Erweiterung des gegenseitigen Handels, begleitet von großzügigen Krediten und nicht rückzahlbaren Darlehen, an. Versuche einer diplomatischen Regelung des Problems unter Mitwirkung der UNO scheiterten an der Weigerung der israelischen Regierung.[27] Friedenspläne, entweder direkt von der Bundesrepublik oder durch befreundete arabische bzw. islamische Diplomaten vorgebracht, wa-

---

[24] Aufzeichnung vom 28. 10. 1952 und 6. 11. 1952; Fernschreiben von Kordt an die deutschen Gesandtschaften in Kairo, Damaskus und New York vom November 1952; Böker an Hallstein vom 28. 10. 1952; Aufzeichnung vom 28. 10. 1952; Kordt an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo vom 30. 10. 1952; Böker an Hallstein vom, 31. 10. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 3; Notizen vom 21. 10. 1952, BArch, N 1178, Bd. 8a; Informationsbulletin für die israelischen Gesandtschaften im Ausland Nr. 577 vom 27. 11. 1952, ISA, 2482/15; Bericht von Dr. Goldstein über seinen Besuch in Deutschland vom 27. 12. 1952, Informationsbulletin für die israelischen Gesandtschaften im Ausland Nr. 577 vom 27. 11. 1952, ISA, 2482/15; die US-Botschaft in Bonn an den US-Außenminister vom 4. 11. 1952, USNA, 662A.80/252.

[25] Fernschreiben von Pawelke in Kairo an das AA vom 30. 10. 1952; von der Esch in Damaskus an das AA vom 3. 11. 1952; Fernschreiben von Sir R. Stevenson in Kairo an das britische Außenministerium vom 1. 11. 1952, PRO, FO 371/87860; die US-Botschaft in Kairo an den US-Außenminister vom 2. 11. 1952, USNA, 662A.80/11–252.

[26] Pawelke an Krekeler vom 11. 11. 1952, IfZ-Archiv, ED 135/63; HICOG in Bonn an den US-Außenminister vom 2. 11. 1952, USNA, 662A.86/2–1753.

[27] Entscheidungen der Claims Conference vom 26. 10. 1952, ISA, 533/4; Livneh an den Generaldirektor vom 4. 11. 1952, ISA, 532/4.

ren chancenlos, trotz israelischer Gesprächsbereitschaft. Diese Vorstöße enthielten den Vorschlag, wenigstens einen Teil der Schilumimgelder für die Lösung des Flüchtlingsproblems zu verwenden. Doch das israelische Entgegenkommen ging den arabischen Staaten nicht weit genug. Sie forderten eine bedingungslose Überweisung der ganzen Summe zugunsten der Flüchtlinge, während Israel sich bereit erklärte, einen Teil der Schilumimgelder im Rahmen einer Schlichtung des israelisch-arabischen Konflikts abzutreten. Ein bedingungsloser Verzicht auf den ganzen Betrag ohne direkte Gespräche mit der arabischen Seite stand für Jerusalem außer Frage.

Die Bundesregierung warnte die arabischen Regierungen wiederholt vor den Folgen eines arabischen Wirtschaftsboykotts oder arabischer Wirtschaftssanktionen. Davon würden nur andere profitieren, hieß es. Die Anspielung war klar: Die Alliierten hätten die Bundesrepublik zu diesem Abkommen gedrängt und wären nicht unglücklich über die Schwierigkeiten, in die Bonn dadurch geraten war. Man war sich der ägyptischen Abneigung gegen die Briten und Amerikaner wohl bewußt und wußte sie zu nutzen.[28] Wenn die arabischen Staaten einem „alten Freund" (Deutschland) schadeten, würden sie damit nur ihrem Feind in die Hand arbeiten, und wer die Araber gegen Deutschland aufhetze, habe es letztlich auf die Schädigung des deutschen Handels abgesehen, mit solchen oder ähnlichen Worten versuchten westdeutsche Vertreter die Araber von der Unsinnigkeit eines Handelsboykotts zu überzeugen. Großbritannien wies diese Anschuldigung zurück. Aber natürlich gab es im Westen Gruppierungen, die von der Bedrängnis der Bundesrepublik profitierten.[29] Der arabische Export in die Bundesrepublik, vor allem landwirtschaftliche Produkte wie Baumwolle aus Ägypten und Datteln aus dem Irak, war für die arabische Landbevölkerung von großer Bedeutung. Einige arabische Staaten waren zudem auf Fachwissen, Fachpersonal und Maschinen aus der Bundesrepublik angewiesen, ein Umstand, der von westdeutschen Vertretern im Zusammenhang mit arabischen Boykottdrohungen ausdrücklich hervorgehoben wurde.[30] Bonn ging daher davon aus, daß man bald wieder zur Normalität zurückfinden werde und die Bundesrepublik solange warten könne. Adenauer meinte, die wirtschaftlichen Bedürfnisse seien nicht über die Moral zu stellen, und

---

[28] Die US-Botschaft in Kairo an den US-Außenminister vom 4. 11. 1952, USNA, 662A.80/11–452; Industrie- und Handelskammer Südhannover an das AA vom 5. 11. 1952; Krekeler an das AA vom 27. 10. 1952, PA, III, 210.01/E, Bd. 3; Pawelke an das AA vom 23. 12. 1952, PA, 244–13EII, 17628/52.

[29] Memo vom 5. 2. 1953, PRO, FO 371/103594; Kirckpatrick an das britische Außenministerium vom 3. 11. 1952, PRO, FO 371/97860; Aufzeichnung über eine Besprechung in der Frage der arabischen Proteste gegen das Israel-Abkommen am 29. 12. 1952, PA, 210–01/E Bd. 6.

[30] Bericht vom 1. 11. 1952, USNA, 783.00(W)/10–3152, Box 4073, RG-59; Ausarbeitung von H.A. Citroen, Forschungsabteilung, betr. arabische Aktivitäten vom 29. 12. 1952, ISA, 419/9; Ausarbeitung zum Israel-Abkommen betr. Reaktion der arabischen Staaten und wirtschaftliche Beurteilung vom 13. 11. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 4; Erhard an Hallstein betr. Sprachregelung vom 10. 10. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 3; Fernschreiben betr. Anweisung an die diplomatischen Vertretungen in islamischen Ländern vom 13. 11. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 4; von der Esch in Damaskus an das AA vom 16. 10. 1952, Hallstein an Erhard vom 31. 10. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 2.

die Bundesrepublik lasse sich nicht erpressen. Es gebe Wichtigeres als gute Geschäfte.[31]

Ein Streitpunkt war die Frage, ob die Bundesrepublik das Schilumimabkommen freiwillig oder unter fremdem Druck unterzeichnet habe. Verbündete, Freunde und Feinde benutzten beide Varianten, je nach Bedarf. Beide Erklärungen schlossen einander nicht aus, und in beiden Erklärungen steckte ein wahrer Kern. Bei ihren Interventionen gegenüber Bonn ignorierten die arabischen Staaten die Rolle der westlichen Großmächte absichtlich. Denn wer freiwillig unterschreibe, könne dies ebensogut auch unterlassen.[32] Die Großmächte betonten Bonns freie Entscheidung mit ähnlicher Absicht: Das eigene Gewissen, nicht alliierter Druck, habe Bonn zur Unterzeichnung des Abkommens bewogen.[33] Die Bundesregierung ihrerseits argumentierte, daß es angesichts der ethischen Grundsätze ihrer Politik und der Verbrechen der Nationalsozialisten keines äußeren Druckes bedurft habe, um sie zur Unterzeichnung des Abkommens zu bewegen.[34] In dieser Behauptung klang unter anderem die Erwartung einer ähnlichen Behandlung der arabischen Flüchtlinge durch Israel an. Die Bundesregierung erinnerte zudem daran, daß die Bundesrepublik auf ihrer Schilumimentscheidung beharrt habe, obwohl die Alliierten Israel nicht als entschädigungsberechtigt anerkannt hatten. Die Bundesregierung betonte, daß es im Interesse der Araber liege, diese Haltung im Hinblick auf die Zukunft der Bundesrepublik und somit letztlich auch auf die zukünftigen deutsch-arabischen Beziehungen zu würdigen.[35] Es treffe nicht zu, daß die Vereinigten Staaten gegen die Schilumim seien. Wäre dies der Fall gewesen, hätte es der arabischen Forderung Nachdruck verliehen, das Abkommen einseitig zu kündigen.

Arabische Sprecher benutzen das Argument des angeblichen alliierten Drucks nicht nur, wie oben erwähnt, im Streit mit Bonn, sondern auch um die Bundesrepublik in der innenpolitischen Diskussion zu verteidigen.[36] Deutsche Kaufleute und geflüchtete ehemalige Mitglieder der NSDAP erkannten darin ebenfalls ein bequemes Alibi, aber auch Hertslet, Hoppe, Schacht und weitere deutsche Per-

---

[31] Aufzeichnung vom 6. 11. 1952, PA, 210-01/E, Bd. 3; die US-Botschaft in Bonn an das US-Außenministerium vom 13. 11. 1952, USNA, 662A.86/11-1352; ADENAUER, Briefe 1951–1953, Adenauer an von Brentano vom 23.12.52, Nr. 307, S. 308–309.

[32] Kordt an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo vom 3. 11. 1952, PA, 210-01/E, Bd. 2.

[33] Notiz von Etzdorfs betr. Treffen mit Mr. Richard vom HICOM vom 2. 10. 1952, PA, 210-01/E, Bd. 2; tägliches Briefing vom November 1952; Zusammenfassung diverser Fernschreiben vom 13. 11. 1952, HSTPL, Papers of the Naval Aide, Box 24.

[34] Erich Winter an Livneh vom 23. 10. 1952, ISA, 2418/13; Vorschlag für eine Antwort auf die Note der Arabischen Liga vom 17. 11. 1952, PA, 244-13E/II, 15315/52-17484/52; Memo des Treffens von Hallstein und Blankenhorn mit der Delegation der Arabischen Liga vom 23. 10. 1952, PA, 210-01/E.

[35] Vorschlag für eine Antwort auf die Note der Arabischen Liga vom 17. 11. 1952, PA, 244-13E, II, 15315-17484/52; Notiz vom 12. 10. 1952, BArch, N 1351, Bd. 15a.

[36] Zusammenstellung von Zitaten aus der Bourse Egyptienne vom 22. 9. 1952 und 24. 9. 1952; von der Esch in Damaskus an das AA vom 16. 10. 1952; Fernschreiben von der Esch betr. Äußerungen von Oberst Schischakli vom 20. 10. 1952, PA, III, 210-01/E, Bd. 3; Memo vom 14. 11. 1952, USNA, 783.00 (W)/11-1452, Box 4073, RG-59; Fernschreiben von der Esch an das AA vom 22. 3. 1953, PA, III, 210-01/E, Bd. 7.

sönlichkeiten mit guten Kontakten in islamischen und arabischen Staaten machten davon regen Gebrauch. Selbst westdeutsche Diplomaten griffen bei Bedarf auf diese Art der Rechtfertigung zurück.[37] Ins Ausland geflüchteten ehemaligen Mitgliedern der NSDAP im – freiwilligen oder unfreiwilligen – Dienst der Bundesrepublik kam das Argument des britischen und amerikanischen Drucks als Erklärung für die „pro-jüdische Haltung" ihrer ehemaligen Heimat bei der Verbreitung von Anti-Schilumimpropaganda sehr gelegen. Dabei konnten sie auch auf ein kooperatives Verhalten und eine gewisse moralische Unterstützung der „Arabisten" im Auswärtigen Amt zählen, die es sich aus naheliegenden Gründen nicht leisten konnten, offen diese Meinung zu vertreten.[38] Die Arabisten betrachteten die Schilumim als Hindernis für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der arabischen Welt. Die Araber führten die deutsch-jüdische Annäherung vor allem auf die Intervention der USA zurück. Der amerikanische Geschäftsträger in Beirut soll dazu folgendes bemerkt haben: „Die USA dienen als Hauptzielscheibe der feindlichen Kritik [...] Auf lange Sicht wird das Abkommen den deutschen Interessen keinen irreparablen Schaden zufügen, mindestens solange Amerika den praktischen Prügelknaben abgibt."[39] Die Großmächte waren wohl oder übel in den Schilumimkonflikt verwickelt.

Die Schilumimkrise veranlaßte die Bundesregierung zur raschen Entsendung diplomatischer Delegationen in den Nahen Osten. Die diplomatischen Vertretungen in den arabischen Ländern erhielten zudem Anweisung, den Dialog mit ihren arabischen Partnern zu suchen. In Kairo blies Botschafter Pawelke ein frostiger Wind entgegen. Die ägyptische Presse betrieb eine Hetzkampagne gegen die Schilumim und die Bundesrepublik, die sich aufgrund des Zwischenfalls mit der Delegation der Arabischen Liga in der Bundesrepublik noch zugespitzt hatte. Die selbstgerechte arabische Perspektive und das gegenseitige Mißverstehen der Werte der anderen Seite boten keine Aussicht auf Entspannung. Während westdeutsche Vertreter die „arabische Arroganz" anprangerten, empfand die arabische Seite die Behandlung der Delegation der Arabischen Liga als „Beleidigung der arabischen Nation".

Nagib zitierte Pawelke kurz nach dessen Ankunft in Kairo zu sich und drohte ihm kurzerhand mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. In den folgenden Gesprächen zwischen den beiden gelang es Pawelke, den ägyptischen Ministerpräsidenten dann etwas zu besänftigen. Am 5. November berief Nagib das von ihm präsidierte politische Komitee der Arabischen Liga zu Beratungen über die Ausweisung der Delegation aus der Bundesrepublik ein. Nagib glättete die Wogen und stellte den milden Ausgang der Beratungen nachher als seinen Verdienst dar.[40] Ägypten sei an einem Modus Vivendi interessiert. Dies bedinge je-

---

[37] Lüth an Grossmann vom 21. 11. 1952, LBI, B35/4, Box 21; Ausarbeitung von Shlomo Leibowicz „Die Deutsche Durchdringung des Mittleren Ostens" von 1953, ISA, 2403/17a.

[38] Hoppe an Blücher vom 19. 12. 1952, BArch, N 1080, Bd. B 141; Ausarbeittung von Augustin Hoppe „Die deutsch-arabischen Spannungen" vom 21. 12. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 5.

[39] SMITH, A View of the Policy, S. 255.

[40] Fernschreiben Pawelkes an das AA vom 6. 11. 1952, PA, 244–13E/II.

doch die Aufschiebung der Ratifikation des Schilumimabkommens sowie die Aufnahme deutsch-arabischer Wirtschaftsgespräche, so Nagibs Standpunkt. Botschafter Pawelke berichtete ausführlich über sämtliche arabischen Drohungen und fügte eigene dramatische Einschätzungen hinzu, möglicherweise in der Hoffnung, in Bonn Panik auszulösen und einen Stimmungsumschwung zu bewirken. Dort war man sich dagegen im klaren, daß das Bestehen auf israelischen Konzessionen zur Annullierung des Abkommens führen könnte.[41] Das Auswärtige Amt startete darauf eine Aufklärungskampagne in den Welthauptstädten, um die moralische Bedeutung des Schilumimabkommens hervorzuheben.[42] Bonn sei nicht gewillt, sich auf eine Verschiebung der Ratifikation einzulassen. Aber in Wirklichkeit tat die Bundesregierung genau das. Mit dem Hinweis auf die Verhandlungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den Deutschlandvertrag versuchte Adenauer Zeit zu gewinnen. Dies war ein Schlag für Israels Wirtschaft und ein kurzfristiger Sieg der arabischen Diplomatie. Es bestand die Gefahr, daß das zeitraubende Verfahren vor den nächsten Bundestagswahlen nicht mehr abgeschlossen werden konnte.

Aus arabischer Sicht vertrat Nagib im Gegensatz zum saudiarabischen Prinzen Feisal und zu den Syrern eine gemäßigte Linie. Saudi-Arabien traf wirtschaftliche Maßnahmen, die gegen die Interessen der Bundesrepublik gerichtet waren. Bei näherer Betrachtung wird jedoch klar, daß sich die arabischen Schritte gegen die Bundesrepublik im wesentlichen auf verbale Attacken beschränken. Um die Verpflichtung zur arabischen Einheit zu demonstrieren, kritisierten die arabischen Staaten die Bundesrepublik um die Wette, ohne dabei jedoch ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen in Bonn aufs Spiel zu setzen. Sich über die panarabischen Ziele hinwegsetzend, versuchten sie, der Bundesrepublik Wirtschaftshilfe abzupressen. Das heißt jedoch nicht, daß sich die arabischen Regierungen nicht vor der wirtschaftlichen und militärischen Stärkung Israels fürchteten, trotz dessen wirtschaftlicher Notlage. Der jüdische Staat blieb die Hauptsorge der arabischen Welt. Als im Nahen Osten Zweifel über die Chancen aufkamen, Bonns Entschlossenheit zur Ratifizierung des Schilumimabkommens aufzuweichen, erwogen die arabischen Regierungen, wiederum ohne klares und einheitliches Handlungskonzept, die Einschaltung der UNO. Damit wollte man den Transfer der Schilumimgelder an die Vereinten Nationen erreichen. Doch sämtliche – durchdachten und improvisierten – Vorstöße in diese Richtung scheiterten, bis der Plan letztlich aufgegeben wurde. Die Bundesregierung machte ihrerseits den Vorschlag, die Güterlieferungen an Israel unter die Kontrolle der Vereinten Nationen zu stellen, um das Verbot ihrer Verwendung für militärische Zwecke zu garantieren. Schließlich einigte man sich auf die Einsetzung eines neutralen Kontrolleurs.[43]

---

[41] Die US-Botschaft in Bonn an den US-Außenminister vom 7. 11. 1952, USNA, 662A.86/11–752.

[42] Hallstein an die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Washington, Paris und London vom 8. 11. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 3; die US-Botschaft in Kairo an den Außenminister vom 8. 11. 1952, USNA, 662A, 86/11–952; Krekeler an das AA vom 11. 11. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 4.

[43] ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, Dok. Nr. 49, S. 218–221; Küstenmeier an Livneh

Die Erwartung israelischer Zahlungen an die arabischen Flüchtlinge im Zusammenhang mit der Entschädigung aus Deutschland war verbreitet. In Washington wurde darüber im Oktober 1950[44] und in London und Bonn im Frühjahr 1952 diskutiert.[45] Auch in den arabischen Hauptstädten[46] und in Jerusalem kam diese Möglichkeit bereits sehr früh zur Sprache. Der israelische Außenminister Moshe Sharett erwähnte die Frage der Entschädigung von arabischen Flüchtlingen aus den Schilumimgeldern am 27. März 1951 gegenüber dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium George McGhee, der sich zu Besuch in Israel aufhielt.[47] Die Frage wurde sodann ausführlich auf der Sitzung des Mapai-Zentralkomitees im Dezember 1951 behandelt. Mindestens ein Redner schlug vor, einen Teil der Schilumim für diesen Zweck zu verwenden. Die israelische Regierung nahm diese Idee also zweifellos ernst.[48] Doch die – nie direkt an Israel gerichteten – arabischen Appelle im Namen der Flüchtlinge waren von üblen Beschimpfungen begleitet. Nicht selten wurde der Holocaust bzw. der Umstand geleugnet, daß Israel die neue Heimat vieler Holocaust-Überlebender war. Der arabische Anspruch wurde in Jerusalem zunehmend als Bedrohung, bzw. als weitere Front im arabischen Kampf um die Vernichtung Israels empfunden, worauf sich in Jerusalem allmählich die Haltung durchsetzte, auf diese Forderung gar nicht einzugehen. Konzessionsvorschläge von Goldmann lehnte Ben Gurion kategorisch ab: Die Schilumim seien grundsätzlich eine moralische Angelegenheit und hätten nichts mit den Arabern zu tun. Gebe man dem Druck nach oder lasse man die Einschaltung der UNO zu, laufe man Gefahr, die moralische Basis der Schilumim zu zerstören.[49] Die arabische Militanz und die israelische Kurzsichtigkeit machten die Möglichkeit der Entschädigung von Palästinaflüchtlingen aus Schilumimgeldern endgültig zunichte.

Sharett fürchtete die Debatte in der UNO und die Überweisung der Frage an den Internationalen Gerichtshof. Israel forderte deshalb die Bundesrepublik auf, ihren Verpflichtungen ungeachtet der arabischen Forderungen nachzukommen. Einseitige Schlußfolgerungen Bonns befürchtend, meinte der juristische Beirat des israelischen Außenministeriums hinsichtlich der rechtlichen Aspekte der arabischen Forderungen, die Schilumim würden die israelische Wirtschaft zwangsläufig stärken, was wiederum die Bereitstellung von Mitteln für die arabischen

---

vom 28. 10. 1952, ISA, 532/4; Art. 14 des Agreement between the State of Israel and the Federal Republic of Germany. In: DOCUMENTS RELATING, S. 133–135.

[44] HABOKER (Tel Aviv) vom 30. 10. 1950.

[45] Steg an Kordt vom 16. 1. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 2; Kordt an von Trützschler, Abt. II, vom 12. 3. 1952; Mentzel über Kordt an von Etzdorf vom 19. 3. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 1.

[46] Protokoll Evans über das Gespräch mit dem libanesischen Minister vom 24. 4. 1952, PRO, FO 371/93315, C1571/36; T.E. Evans an Victor Khuri betr. libanesische Gesandtschaft vom 26. 4. 1952 PRO, FO 371/93571, C1571/38.

[47] Protokoll über den Besuch von George McGhee am 27./28. 3. 1951 und das Gespräch mit Sharett, ISA, 2479/9.

[48] Protokoll über die Sitzung des Mapai-Zentralkomittees vom 13. 12. 1951, LPA, File 23/51, Bd. 3.

[49] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 10. 11. 1952, BGD, BGA; Telegramm Sharetts an Goldmann vom 4. 12. 1952, ISA, 2417/7.

Flüchtlinge erlauben würde.[50] Die Stärkung der israelischen Wirtschaft liege somit im Interesse der Araber. Diese Darstellung wirkt reichlich demagogisch, doch in israelischen Augen war sie angesichts der politischen Ziele der Araber mehr als gerechtfertigt. Die Anliegen der Flüchtlinge fanden keine Unterstützung.[51]

In einem weiteren Vorstoß, diesmal von Bonn, wurde Israel aufgefordert, einen Teil der Schilumimgelder zur Linderung des palästinensischen Flüchtlingselends zur Verfügung zu stellen. Der aus der Not der Bundesrepublik im Nahen Osten geborene und auch dem amerikanischen Interesse an einem Aufhalten des antiwestlichen Trends in der Region entsprechende Schritt versprach Israel weder unmittelbaren noch zukünftigen Nutzen.[52] Die israelische Regierung reagierte vehement: Eine einseitige Konzession führe zu keiner Lösung, sondern nur zu noch stärkerem Druck und schließlich zu totaler Kapitulation. Israel erwarte auch Konzessionen von arabischer Seite sowie die Möglichkeit, Schilumimgüter in arabischen Häfen umzuschlagen.[53] Trotz harter Haltung ließ die israelische Regierung das Tor einen Spaltbreit offen. Israel war an einer Quidproquo-Lösung interessiert und bereit, im Rahmen einer internationalen politischen Lösung des Nahostkonflikts auf einen Teil der Schilumim zu verzichten. Marx und Livneh klärten ihre Freunde im Auswärtigen Amt darüber auf.[54] Ein halbes Jahr später, nach der Ratifikation, tauchte die Idee wieder auf. Das Enfant terrible der Mapai, der Knessetabgeordnete Eliezer Livneh, forderte eine Regelung in diesem Sinne, und in der nachfolgenden Debatte unter Teilnahme von Mapai-Spitzenvertretern stand die Quidproquo-Lösung im Vordergrund. Doch im Gegensatz zu früher bestritt Sharett nun, daß das israelische Außenministerium einen Friedensplan entworfen habe, und warnte davor, die Schilumimgelder für die arabischen Flüchtlinge zu verwenden. Daß er selbst zwei Jahre zuvor der Vorkämpfer dieser Idee gewesen war, störte ihn offensichtlich nicht.[55]

Mit der Freigabe von Flüchtlingsguthaben auf israelischen Banken im Wert von einer Million Pfund Sterling hatte Israel bereits Entgegenkommen signalisiert. Die israelische Regierung behauptete, dieser Schritt sei aufgrund der Schilumim möglich geworden, doch in Wirklichkeit wurde er bereits durchgeführt, als sich noch

---

[50] Der Rechtsberater an die Forschungsabteilung vom 19. 3. 1952, ISA, 1809/4.

[51] Memorandum Shinnars vom 17. 11. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 5; Sharett an Prof. Sh. D. Goiten, Hebrew Universität in Jerusalem, vom 21. 12. 1952, ISA, 2417/7.

[52] Die US-Botschaft in Bonn an den Außenminister vom 7. 11. 1952, USNA, 662A.86/11–752; Acheson an den HICOG in Bonn vom 31. 12. 1952, USNA, 662A.86/12–3152; Caffery in Kairo an den Außenminister vom 1. 1. 1953, USNA, 662A.86/12–3152; die US-Botschaft an den Außenminister vom 2. 1. 1953, USNA, 662A.86/1–253; Mirbach in Kairo an das AA vom 5. 12. 1952, PA, 244–13E/II, 15315/52–17484/52; Vermerk vom 13. 2. 1953, IfZ-Archiv, ED 135/63.

[53] Kohn an Sharett and Sharett an Goldmann vom 4. 12. 1952, ISA, 2417/7.

[54] Neue Einzelheiten dazu und zu Pawelkes Rolle in den Bemühungen um einen israelisch-arabischen Frieden sowie hinsichtlich der Verwendung von Schilumim-Geldern für die Flüchtlinge: HAARETZ (Tel Aviv) vom 20. 7. 2001.

[55] Protokoll der Sitzung des Politischen Kommitees von Mapai vom 28. 3. 1953, LPA, File 26/53.

kein Schilumimgeld in der israelischen Staatskasse befand. Ein Zusammenhang zwischen beiden Fragen ist dennoch evident.[56]

Am eigenartigsten von allen Lösungsversuchen muten die bereits erwähnten westdeutschen Friedenspläne an. Obwohl dazu keine konkreten Dokumente vorliegen, stößt man in den Archiven dennoch auf gewisse Informationsbrocken. Am 6. Oktober 1952 übermittelte der israelische Konsul Livneh Frowein den israelischen Wunsch nach einem Modus Vivendi.[57] Die über die Lage im Nahen Osten besorgten Amerikaner waren bereit, auf beide Seiten Druck auszuüben, und gingen von der Annahme aus, daß die Ägypter gewillt sein würden, aus der arabischen Front auszuscheiden. Am 10. Oktober veröffentlichte die *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland* (AWJD) eine kurze Notiz, in der vom deutschen Wunsch die Rede war, ein Treffen zwischen Goldmann und der Delegation der Arabischen Liga in Bonn zu arrangieren. Ein solches Treffen kam aber offensichtlich nicht zustande. Später nahm Pawelke in Kairo die Vermittlerdienste eines afghanischen Diplomaten im Ruhestand sowie eines führenden pakistanischen Politikers in Anspruch. Pawelke traf sich mit Goldmann und schlug ihm vor, auf einen Teil der Schilumimgelder zugunsten Ägyptens zu verzichten. Goldmann schloß diese Möglichkeit nicht aus, sofern Ägypten zu Friedensverhandlungen bereit sei, was Botschafter Pawelke wiederum nicht als unmöglich bezeichnete.[58] In israelischen, amerikanischen und westdeutschen Dokumenten wird die – vorsichtige – Hoffnung geäußert, daß sich Nagib als fähig erweisen werde, einen solchen historischen Schritt zu tun.[59] Doch nach der Ratifizierung des Luxemburger Abkommens hat Nagib das Interesse daran offenbar verloren. Die Archive enthalten jedenfalls keine weitere Information dazu. Die Behandlung des Flüchtlingsproblems erlitt einen Rückschlag, kam jedoch nicht vollständig zum Erliegen.

Die deutsch-arabischen Wirtschaftsbeziehungen und Handelsgespräche erleichterten Bonns Zugang zu den arabischen Hauptstädten. Zunächst als Mittel zur Beschwichtigung der arabischen Partner benutzt, trugen die Handelsgespräche später zum Ausbau des wirtschaftlichen Austauschs zwischen der Bundesrepublik und den Ländern des Nahen Ostens bei. Es war ein heikler Balanceakt zwischen dem Beharren auf dem eigenen Standpunkt und dem Versuch, die arabischen Gefühle nicht zu verletzen, eine Mischung aus normalem Handel und Wirtschaftshilfe, die nicht den Eindruck der Käuflichkeit erwecken durfte. Die arabische Politik beruhte zwar formal auf den Beschlüssen der Arabischen Liga, doch die entscheidenden Impulse gingen von Ägypten, dem wichtigsten arabischen Staat, aus. An Kairo führte im Nahen Osten kein Weg vorbei. Die politischen Aktivitäten der Bundesrepublik im Nahen Osten konzentrierten sich deshalb auf Ägypten.

---

[56] Protokoll Nr. 41/712 der Regierungssitzung vom 14. 9. 1952, ISA, 7264/6.

[57] Aufzeichnungen von Frowein und Blankenhorn vom 6. 10. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 2.

[58] Aufzeichnung vom 1. 12. 1952, BArch, N 1351.

[59] Die US-Botschaft in Tel Aviv an den US-Außenminister vom 23. 1. 1953, USNA, 784A.00/1–2353; Vermerk vom 13. 2. 1953, IfZ-Archiv, ED 135/63; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 10. 3. 1953, BGD, BGA; NEW YORK TIMES vom 30. 3. 1953.

2. Die Bundesrepublik und Ägypten

Die Sitzung des politischen Komitees der Arabischen Liga führte zu einer Verhärtung der arabischen Front, trotz gegenteiliger Darstellung. Im nachfolgenden Gespräch zwischen Nagib und Pawelke bekräftigte der ägyptische Premier die bekannten Drohungen gegen die Bundesrepublik. Botschafter Pawelke stellte gleichwohl Änderungen in der ägyptischen Haltung fest. In Nagibs Forderungen hinsichtlich der Übertragung der Schilumimfrage auf die UNO und der einstweiligen Einfrierung des Ratifikationsverfahrens sah er nicht mehr als eine „Formel zur Wahrung des Gesichts".[60] Die Vereinigten Staaten weigerten sich, in diesem Konflikt Partei zu ergreifen, wenn sie auch eher der Bundesrepublik zuneigten. Das amerikanische Außenministerium riet dem Auswärtigen Amt, die israelische Regierung darüber in Kenntnis zu setzen, daß Bonn das Ratifikationsverfahren vorübergehend einzustellen gedenke.[61] In Jerusalem trafen widersprüchliche Signale ein. Die Bundesregierung neigte je länger je mehr zur Einbeziehung der UNO, ein Schritt ganz nach Pawelkes Geschmack, doch unakzeptabel für die Israelis. Am 14. November versuchte die deutsche Seite Goldmann und Shinnar während ihres Bonn-Besuchs von der Richtigkeit eines solchen Schrittes zu überzeugen, doch ohne Erfolg.[62] Pawelke seinerseits war außerordentlich bemüht, der Bundesregierung ein möglichst bedrohliches Bild der Situation im Nahen Osten zu vermitteln und seinen Vorgesetzten die Einbeziehung der UNO nahezulegen.[63] In einer Weisung des Auswärtigen Amts vom 17. November wurde der Botschafter aufgefordert, einerseits guten Willen zu demonstrieren, andererseits jedoch an den ursprünglichen Positionen festzuhalten. Im einzelnen stellte die Bonner Zentrale klar, daß die Bundesrepublik nicht beabsichtige, militärische Güter an Israel zu liefern. Sie gedenke die Einführen aus Ägypten zu vergrößern und sich einer Behandlung der Schilumimfrage vor der UNO nicht entgegenzustellen. Die Bundesregierung werde, hieß es weiter, mit der Ratifikation bis zum 10. Januar 1953 zuwarten, vorausgesetzt die arabische Seite enthalte sich jeglicher Gegenmaßnahme. Falls die Araber einen Boykott verhängen sollten, werde Bonn die UNO anrufen.[64] Manche Botschafter der Bundesrepublik waren mit der von ihnen als unschlüssig eingestuften Politik der Bundesregierung unzufrieden und bedauerten die „leichtfertige Verschwendung des guten Willens", der durch das Schilumimabkommen demonstriert worden sei.[65]

---

[60] Pawelke an das AA vom 17. 11. 1952, PA, 244–13E, II; Notiz vom 22. 11. 1952, BArch, N 1351, Bd. 14b; LENZ, Im Zentrum, S. 467.

[61] Notiz vom 14. 11. 1952, BArch, N 1178, Bd. 8a.

[62] Eintrag vom 14. 11. 1952, BArch, N 1351, Bd. 14b.

[63] Pawelke an das AA vom 15. 11. 1952 und das AA an Pawelke vom 17. 11. 1952, PA, 244–13E II.

[64] Entwurf einer Weisung an Botschafter Pawelke vom 17. 11. 1952, PA, 244–13E, II.

[65] Brief und Fernschreiben Krekelers an das AA vom 11. 11. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 4; Brief und Fernschreiben Krekelers an das AA vom 12. 11. 1952, PA, 244.13E, II; Krekeler an das AA vom 17. 11. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 4; Schlange-Schöningen an das AA vom 18. 11. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 5; Schlange-Schöningen an das AA vom 20. 11. 1952 und 24. 11. 1952, PA, III, 210.01/E, Bd. 4.

Der Druck auf Bonn von innen und von außen begann Wirkung zu zeigen, was in Israel zunehmend mit Sorge registriert wurde. Livneh und Goldmann reisten häufig zu Konsultationen nach Bonn, und Sharett entsandte den erfahrenen Yachil dorthin. Dessen ernster Bericht wies auf die inneren deutschen Probleme, den arabischen Druck, das Zögern der SPD und auf die Machenschaften von Hertslet und Rosensaft hin. Yachils Schlußfolgerung lautete: Das Abkommen ist in Gefahr.[66] Ähnlich beunruhigend war der Inhalt eines Fernschreibens von Goldmann an eine unbekannte Adresse (möglicherweise an Sharett).[67] Am Samstagabend, den 7. Dezember, veranlaßte Sharett den Ministerpräsidenten, das Kabinett einzuberufen, und am nächsten Morgen wies er Josephthal in den USA an, sofort nach Bonn zu reisen. Der bereits in Bonn weilende Goldmann begann einen intensiven Meinungsaustausch mit Blankenhorn. Er brachte die ablehnende israelische Haltung gegenüber der UNO zum Ausdruck, äußerte Befürchtungen, daß die Bundesregierung einen „Rückzieher" machen könnte, und gab dem Wunsch Ausdruck, daß das Abkommen möglichst rasch ratifizieret werde. Blankenhorn seinerseits betonte die Wichtigkeit der Bereinigung des Konflikts mit den arabischen Staaten und warnte vor einseitigen Lösungen.[68] Josephthal traf am 9. Dezember in Bonn ein und machte sich unverzüglich an die Arbeit. Doch auf dem Höhepunkt der Krise um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nahmen die deutschen Regierungsvertreter wenig Rücksicht auf die jüdischen Interventionen. Zudem hielten sich arabische Delegationen und vor allem Botschafter Pawelke in Bonn auf. Über Pawelkes Konsultationen geben die Dokumente keinen Aufschluß. Wohl aber über seine nächtlichen Überraschungsbesuche bei Josephthal und Yachil, die er zu später Stunde, beide im Pyjama, vom UNO-Plan zu überzeugen suchte, Nagibs Konzessionsbereitschaft andeutend.[69]

In mehreren Gesprächen mit Hallstein, Blankenhorn und Böker versuchten israelische Vertreter die Bundesregierung von der Einbeziehung der UNO abzubringen. Sie wiesen auf den negativen Eindruck hin, den ein solcher Schritt in der Weltöffentlichkeit ihrer Meinung nach erzeugen würde, auf die unvermeidliche offene Auseinandersetzung zwischen Israel und der Bundesrepublik und auf den Schaden, den sie verursachen würde. Die Deutschen, so die Israelis, untergrüben das Vertrauen der Israelis und deren Bereitschaft, sich auf deutsche Wirtschaftshilfe zu verlassen. Die Debatte in der UNO wäre zudem zeitraubend, und die Behandlung der Schilumimfrage vor dem Internationalen Gerichtshof würde die Umsetzung des Abkommens fast unendlich verzögern. Die Araber interessiere doch nur die großzügige Entschädigung, meinten die israelischen Vertreter.[70] Als Bonn schließlich auf die Einschaltung der UNO verzichtete, konnte die israelische Diplomatie einen kleinen Erfolg verbuchen.

---

[66] Yachil an Sharett o.D. [verm. Ende 1952], ISA, 2417.

[67] Protokoll Nr. 16/317 über die Kabinettssitzung am 7. 12. 1952, ISA, 7264/7.

[68] Goldmann an Blankenhorn vom 8. 12. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 5; Fernschreiben Goldmanns an Unbekannt [verm. Sharett] vom 9. 12. 1952 (in Kopie), CZA, Z 6/1812.

[69] Yachil an Sharett vom 11. 12. 1952, ISA, 2417/7; The RESPONSIBLE ATTITUDE, S. 172–173 (Brief vom 13. 12. 1952).

[70] Muntzel an Kordt; Notiz „Überblick über die Verhandlungen mit den arabischen Staaten wegen dem Israel-Abkommen" vom 9. 2. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 6.

Zurück in Ägypten überreichte Botschafter Pawelke am 17. Dezember 1952 Ministerpräsident Nagib eine Denkschrift mit weiteren Erörterungen zur UNO-Frage und zu den wirtschaftlichen Zugeständnissen. Doch Nagib blieb hart.[71] Die Schilumim waren für Ägypten nicht nur Anlaß für Wirtschaftssanktionen, wie es die Israelis darstellten, sondern auch eine Frage nationaler Würde und des nationalen Ansehens sowie eine Frage der Stärkung des Feindes der arabischen Nation und der Festigung des neuen Militärregimes. Mit der Beteiligung an panarabischen Bestrebungen erhoffte sich das Offiziersregime in Ägypten die Festigung seiner Legitimität in der arabischen Welt. Ein Eingehen Nagibs auf die Vorschläge wäre auf Schwierigkeiten gestossen. Sie hätten die Zustimmung des Offiziersrates, dessen Mitglieder – überwiegend jüngere Offiziere niedereren Ranges – weniger kompromißbereit waren und eher zu nationalistisch-emotionalen Lösungen neigten, erfordert. Ein Teil dieser Offiziere stand zudem der religiösen Moslembruderschaft nahe. Die Arabische Liga diente dem ägyptische Interessen verfolgenden Nagib als Sicherheitsventil. Unter diesen Umständen erwiesen sich die verschiedenen Friedenspläne als ferne Illusion. Der Bundesregierung blieb somit nichts anderes übrig als zu versuchen, zwischen den widersprüchlichen Forderungen hin und her zu manövrieren. Sie beschloß, vordringlich die wirtschaftlichen Aspekte zu behandeln, auf die arabischen Vorwürfe Rücksicht zu nehmen und im Ratifikationsprozeß Zeit zu gewinnen. Die Amerikaner warnten vor der Ablösung Nagibs durch ein noch unfreundlicheres Regime und drängten die Bundesrepublik zum Handeln.[72]

Nagib kannte die empfindlichen Stellen der amerikanischen Außenpolitik genau. Er sprach von der Verteidigung des Nahen Ostens, vom Krieg gegen den Kommunismus und stellte in Aussicht, daß Ägypten erwäge, den Kampf um die Einheit des Niltals vorübergehend einzustellen. Die Amerikaner erkannten den Wink mit dem Zaunpfahl und enthielten sich jeglicher substantieller Einmischung zugunsten Israels oder der arabischen Seite. Der israelische Versuch, mittels einer Note den Amerikanern den eigenen Standpunkt gegenüber Bonn und Kairo darzulegen, war nur begrenzt erfolgreich.[73] Um die Arabische Liga zu einer gemäßigteren Linie zu bewegen, nahm die Bundesregierung die Hilfe anderer islamischer Staaten wie Pakistan und Indonesien sowie den afro-asiatischen Block in Anspruch. Doch die Arabische Liga war ohnehin vorrangig mit anderen Problemen beschäftigt. Zum Leidwesen Großbritanniens und Frankreichs maß die arabische Welt dem Sudankonflikt und der Tunesienfrage mehr Bedeutung zu als dem Palästinakonflikt.

---

[71] Pawelke an das AA vom 17. 12. 1952; Fernschreiben Pawelkes an das AA vom 18. 12. 1952, PA, 244–13E/II.

[72] Die US-Botschaft in Kairo an den US-Außenminister vom 18. 12. 1952, USNA, 662A.74/12–1952.

[73] Pawelke an das AA vom 12. 12. 1952, PA, 244–13E, II, 17628/5; Text der Note des Außenministers vom 18. 12. 1952, ISA, 2482/15; Geheimdienstinformation von Mr. Waller, NE, und Mr. Blumberg, GPA, vom 18. 12. 1952; die US-Botschaft in Bonn an den US-Außenminister vom 19. 12. 1952, USNA, 662A.84A/12–1852; 662A.84A/12–1952; Ausarbeitung von Hoppe „Wiedergutmachung für Israel" vom 19. 12. 1952, BArch, N 1080, Bd. B 141.

Am 23. Dezember 1952 legte Nagib neue Vorschläge vor, aus denen hervorgeht, daß sich die Anstrengungen der westdeutschen Diplomatie offensichtlich bezahlt gemacht hatten. Ägypten forderte, die Schilumimfrage durch eine dritte Seite in der UNO vorzubringen, die Überwachung der Schilumim durch einen UNO-Treuhänder vorzunehmen, die Entsendung westdeutscher Handelsdelegationen in die arabischen Länder – in erster Linie nach Ägypten – zu veranlassen und die Lieferung westdeutscher Güter an Ägypten mindestens im Umfang der Schilumimlieferungen. Nagib wies auf seine internen Probleme und auf die Notwendigkeit hin, das Gesicht zu wahren. Ferner forderte er die westdeutsche Presse auf, die Angelegenheit als „Niederlage der Bundesrepublik" darzustellen.[74] Hallstein akzeptierte die Vorschläge als Ausgangspunkt für Verhandlungen, verlangte jedoch einen unmißverständlichen öffentlichen Verzicht auf den Boykott.[75] Ein Kompromiß schien in greifbarer Nähe. Nach hastigen Verhandlungen stimmte Israel unter gewissen Bedingungen der Einsetzung eines Treuhänders zu. Ägypten gab sich seinerseits mit der Treuhänder-Lösung zufrieden und verzichtete auf die Einbeziehung der UNO, und die Bundesregierung zögerte nicht, sich zur Umsetzung der materiellen Aspekte der Verständigung zu verpflichten. In der Hoffnung, die arabischen Hindernisse endgültig ausgeräumt zu haben, beschleunigte Bonn nun den Ratifizierungsprozeß. Das Versprechen der Bundesrepublik, ägyptische Baumwolle zu kaufen, und Nagibs Zusage, die Boykottidee zu widerrufen, gingen über die ursprünglichen Vorschläge des ägyptischen Premiers hinaus.[76] Bonn schlug Jerusalem einen Treuhänder aus einem neutralen Land vor. Kurz darauf berichteten amerikanische und britische Vertreter über eine Verbesserung der deutsch-ägyptischen Beziehungen. Die Handelsgespräche erwiesen sich für Ägypten als probates Mittel zur Gesichtswahrung.[77]

Die Verhandlungen nahmen alsdann ihren gewohnten Lauf, mit Auf und Ab, Drohungen und Gegendrohungen. Viel Geschick und erhebliche politische Risiken waren erforderlich, um die Parteien bei Laune zu halten. Die israelische Regierung, angesichts von ständigen Ausreden und Ablenkungsmanöver der deutschen Seite zunehmend ungeduldig, überhäufte Bonn und die Alliierten direkt oder über Dritte mit Briefen, Noten, und persönlichen Appellen. Da der Bundestag am 31. März 1953 wegen der bevorstehenden Bundestagswahlen zum letzten Mal zusammentreten sollte, erschien die Angelegenheit in israelischen Augen besonders dringlich. Zudem befürchtete Israel, die Verzögerung könne die erste Schilumimrate in Form der so dringend benötigten Öllieferungen gefährden und dem unermüdlichen Bundesfinanzminister Schäffer Gelegenheit für unberechenbare Interventionen bieten. Doch Schäffers Ministerium war mit dem Sammeln von Argumenten gegen Verhandlungen mit den arabischen Ländern beschäftigt,

---

[74] Fernschreiben Hallsteins an Pawelke vom 29. 12. 1952, PA, 201-01/E, Bd. 5.

[75] Eytan an Goldmann o.D. [verm. Ende 1952], CZA, Z 6/1022.

[76] Bericht Botschafter Pawelkes über seine Besprechungen mit General Nagib und dem ägyptischen Außenminister, CZA, Z 6/1023; Fernschreiben Pawelkes an das AA vom 4. 1. 1953, PA, 210-01/E, Bd. 6.

[77] HICOG, Bonn, an den US-Außenminister vom 7. 1. 1953; R.W. Bailey, britische Botschaft in Washington, D.C. an W.D. Allen, Zentralabteilung, vom 12. 1. 1953, PRO, FO 371/103954.

die in erster Linie darauf abstellten, daß Mittel für entsprechende Abkommen fehlten.[78] In diesem Zeitraum gab das Bundeskanzleramt das endgültige, unmißverständliche Startsignal für den Ratifikationsprozeß, wobei sowohl die Israelis als auch die Araber vorläufig noch im dunkeln gelassen wurden.

Während die bundesdeutsche Diplomatie im Januar 1953 versuchte, die nach wie vor auf das entscheidende deutsche Zugeständnis wartenden Ägypter mit Gesten zu beschwichtigen, bestanden die Israelis auf der unverzüglichen Ratifizierung des Schilumimabkommens. Auf beiden Seiten beteiligten sich die Öffentlichkeit, die Massenmedien und die Wirtschaft am Tauziehen, das an Heftigkeit kaum zu überbieten war. Mit den Israelis feilschte Bonn über die Einzelheiten des Treuhänderauftrags: Dabei ging es um die Person, die Kompetenzen, die rechtliche Handlungsgrundlage usw. Die israelische Regierung war einerseits nicht bereit, in diesen Fragen nachzugeben, andererseits drängten die wirtschaftlichen Probleme, vor allem die Ölknappheit, zu rascher Einigung. Die Bundesregierung formulierte den Aufgabenbereich des Treuhänders im Detail, maßgeschneidert nach arabischen Wünschen: Der Treuhänder hatte dafür zu sorgen, daß Israel nur die im Abkommen vorgesehenen Güter erhielt. Der Treuhänder hatte die israelischen Bestellungen und Frachtpapiere zu prüfen . Er hatte zudem das Recht, den Sitzungen der gemeinsamen deutsch-israelischen Ausschüsse beizuwohnen und die Frachtbehälter nach Gutdünken zu öffnen. Besondere Übereinkünfte sollten diese Bedingungen verbindlich machen.[79]

Gleichwohl war Ägypten verärgert.[80] Staatssekretär Hallstein faßte daher die westdeutsche Haltung in einem Positionspapier zusammen und wies Botschafter Pawelke an, unverzüglich General Nagib aufzusuchen. Das Auswärtige Amt drängte auf einen möglichst raschen Aufbruch einer Handelsdelegation nach Kairo und forderte Ägypten auf, von Boykottmaßnahmen abzusehen.[81] Die Delegation konnte infolge eines Autounfalls ihres Leiters, des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft, Ludger Westrick, der als äußert unnachgiebiger und sturer Unterhändler bekannt war, erst am 1. Februar 1953 abreisen.[82] Ihr gehörten Vertreter des Handels und der Finanzwelt, darunter Abs, Textil- und Baumwollexperten sowie Industrielle aus den Bereichen Stahl und Elektronik an. Das Auswärtige Amt wies die Delegation an, das Schilumimabkommen als unwiderruflich darzustellen, dieses Thema bzw. sämtliche politischen Fragen ansonsten aber möglichst auszuklammern und sich ausschließlich auf wirtschaftliche Fragen zu konzentrieren.[83] Sämtliche Entscheidungen seien zudem der Bundesregierung zu überlassen. In seinem ersten Bericht beschrieb Westrick die Atmo-

---

[78] Janz, Abt. V, an Trützschler, Abt. II, vom 25. 1. 1953; Trützschler an Prof. Moschar vom 21. 1. 1953, PA, 244–13II.

[79] Fernschreiben Trützschlers an Pawelke vom 29. 1. 1952, PA, 244–13II.

[80] Notiz Munzls für Kordt vom 9. 2. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 6.

[81] Hallstein an Pawelke vom 21. 1. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 6.

[82] AA an Kairo, Diplogerma, vom 27. 1. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 6; Fernschreiben Westricks und Pawelkes an das AA vom 4. 2. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7; DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 76–77.

[83] Instruktion für die Wirtschaftsdelegation nach Kairo, soweit sie die Zuständigkeit von Abt. III betreffen vom 22. 1. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 6.

sphäre als „gut". Später war dann von eher „frostigem" Klima und von starken Differenzen über verfahrentechnische Fragen die Rede.[84] Als Geste des guten Willens traf die westdeutsche Delegation zuerst mit Vertretern der Arabischen Liga zusammen, danach nur noch mit Ägyptern auf bilateraler Basis. Die ägyptische Regierung forderte Wirtschaftshilfe in der Höhe der Schilumimzahlungen. Nagib stellte die Handelsgespräche in der Öffentlichkeit als Verhandlungen über Entschädigungen der Bundesrepublik an sein Land dar. Als die Ägypter das Luxemburger Abkommen zur Sprache brachten, gerieten die Verhandlungen in eine Sackgasse.[85] Erst ein Treffen mit Nagib am 8. Februar brachte sie wieder in Gang, aber nur für kurze Zeit. Die Ankunft einer DDR-Wirtschaftsdelegation in Kairo führte zum endgültigen Abbruch der Handelsgespräche zwischen der Bundesrepublik und Ägypten.

Die international isolierte DDR war am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungsländern besonders interessiert, wenn auch ihre Einkaufsliste bescheiden anmutete: Rohbaumwolle im Wert von wenigen Millionen Dollar. Im Vergleich dazu plante die Bundesrepublik den Einkauf von dreißigtausend Tonnen Rohbaumwolle, eine viel größere Menge mit einem weitaus größeren Handelswert. Doch politische Erwägungen hatten offensichtlich Vorrang. Die Ägypter rechneten damit, die Bundesrepublik durch den Empfang der DDR-Delegation zu weiteren Zugeständnissen zu bewegen, während die Sowjetunion daran interessiert war, die Außenbeziehungen ihres Satelliten zu fördern und der arabischen Welt einen proarabischen deutschen Staat zu präsentieren. Die antijüdischen Gefühle der Araber wurden vom Kreml und der Regierung der DDR ausgenutzt. Die antisemitischen Kampagnen, damals auf dem Höhepunkt in Prag und Moskau, waren den Arabern nicht entgangen.[86] Der Zeitpunkt der Ankunft der DDR-Delegation in Kairo hätte deshalb nicht besser gewählt sein können. Und dennoch hatten sich die Ägypter mit diesem Schritt verrechnet: Er traf einen besonders empfindlichen Nerv in Bonn, den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch für Deutschland. Durch die Förderung der internationalen Stellung der DDR büßte Ägypten in Bonn rasch Sympathien und Glaubwürdigkeit ein. Unversehens sah sich Kairo nun mit Vorwürfen wie Heuchelei, Erpressung und Unzuverlässigkeit konfrontiert. Die ägyptische Außenpolitik hatte offensichtlich einen schweren Fehler begangen. Dabei waren die Aussichten – aus arabischer Sicht – vielversprechend gewesen: Die arabische Anti-Schilumimpropaganda sowie der Umstand, daß das Schilumimabkommen in der westdeutschen Öffentlichkeit und in westdeutschen Wirtschaftskreisen nicht populär war, hatten die Ratifizierung im Bundestag in Frage gestellt. Die Ablehnung kollektiver Entschädigung für die Juden bzw. die Befürwortung von Entschädigung auf individueller

---

[84] DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 76; Fernschreiben Westricks und Pawelkes an das AA vom 4. 2. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7.

[85] H. Allard an Blankenhorn vom 5. 2. 1953 und Pawelke an das AA vom 5. 2. 1952; Hallstein an von Hertig vom 6. 2. 1953; Pawelke an das AA vom 9. 2. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7; Sir J. Troutbeck an das Außenministerium vom 5. 2. 1953, PRO, FO 371/103594, CW 1041/13; KÖLNISCHE RUNDSCHAU vom 7. 2. 1953.

[86] Protokoll Nr. 25/313 über die Sitzung des israelischen Kabinetts; Allgemeiner Bericht über die Entwicklungen in Moskau und Prag vom 1. 2. 1953, ISA, 7264.

Basis als Ersatz konnte die eigentlichen – antisemitischen – Bewegründe nur schlecht verbergen. Dem Auswärtigen Amt wurde Einseitigkeit und Mißachtung deutscher Interessen vorgeworfen. Die Einladung der ostdeutschen Delegation nach Kairo kam für die arg bedrängten Schilumimbefürworter deshalb wie gerufen. Die arabische Lobby in der Bundesrepublik verstummte, und die Unterstützung für die arabischen Ziele löste sich fast in Nichts auf. Den Befürwortern des Schilumimabkommens bot sich die Gelegenheit, auf die Unzuverlässigkeit ihrer Gegner hinzuweisen, während das Auswärtige Amt den Fall zur Aufpolierung seines beschädigten Ansehens nutzte. Kairos Fehlkalkulation hatte sich also zu Israels Vorteil ausgewirkt.[87]

Die scharfe Reaktion aus Bonn brachte Kairo in Verlegenheit. Premier Nagib und sein Außenminister entschuldigten sich im Namen der ägyptischen Regierung und schoben die Verantwortung dafür, daß sich gleichzeitig zwei deutsche Delegationen in Kairo aufhalten konnten, der ägyptischen Botschaft in Prag zu.[88] Die Bundesregierung beorderte Staatssekretär Westrick nach Bonn zurück, worauf Kairo am 11. Februar im Gegenzug den Abbruch der Handelsgespräche mit der Bundesrepublik und die gleichzeitige Aufnahme solcher Gespräche mit der DDR bekanntgab.[89] Anschließend unterrichtete die Bundesregierung die arabischen Staaten und Israel über die Aufnahme des Ratifikationsverfahrens.

Nicht nur die ostdeutsche Delegation, auch die übertriebenen ägyptischen Forderungen, der unfreundliche Ton Westdeutschland gegenüber und Kairos Mangel an Kompromissbereitschaft lösten in Bonn großes Unbehagen aus. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen war die Bundesregierung jedoch auch weiterhin an einem Modus Vivendi mit der arabischen Welt interessiert. Hallstein wies die diplomatische Vertretung in Kairo an, anderen arabischen Staaten Wirtschafts- bzw. Handelsdelegationen anzubieten, aber nur unter der Bedingung, daß entsprechende Einladungen erfolgten, daß sich die bestimmten Staaten nicht an Boykottmaßnahmen gegen die Bundesrepublik beteiligen, daß das Thema Israel ausgeklammert wurde und daß diese Staaten keine DDR-Delegationen empfangen würden.[90]

Das kam einem Versuch gleich, einen Keil zwischen Ägypten und den Rest der arabischen Welt zu treiben. Andererseits half die Bundesrepublik der ägyptischen Regierung, ihr Gesicht zu wahren, indem sie sich verpflichtete, das Treuhänder-Dokument erst nach der Ratifizierung zu veröffentlichen, um den Eindruck der ägyptischen Zustimmung zu vermeiden, und auf die deutsche Presse einzuwirken,

---

[87] Bonner Korridorgespräche. In: AWJD vom 20. 2. 1953; HICOG an den US-Außenminister vom 17. 2. 1953, USNA, 662A.86/2–1753.

[88] Fernschreiben Pawelkes an das AA vom 9. 2. 1953 und 15. 2. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7.

[89] Eintrag vom 11. 2. 1953, BArch, N 1351, Bd. 16b; von der Esch, Damaskus, an das AA vom 11. 2. 1953; Strohm, Diplogerma, an Kairo vom 11. 2. 1953; Hallstein an die Botschaft in Kairo vom 11. 2. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7; Memorandum des Außenministeriums betr. Telefongespräch vom 11. 2. 1953, USNA, 662A, 84A/2–1153; US-Botschaft in Bonn an den Außenminister vom 12. 2. 1953, USNA, 662A, 86/2–1253.

[90] Hallstein an Pawelke und Westrick vom 12. 2. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7; Notiz vom 12. 2. 1953, BArch, N 1351, Bd. 18b; HICOG, Bonn, an den US-Außenminister vom 12. 2. 1953, USNA, 662A.86/2–1253.

daß die neuesten Entwicklungen nicht als arabischer Rückzug oder Niederlage dargestellt wurden.[91] Man einigte sich zudem auf die Begutachtung der ägyptischen Entwicklungsprojekte, wie etwa den geplanten Assuan-Staudamm durch westdeutsche Experten. Anstatt die arabische Welt mit freundlichen Gesten zu beschwichtigen, wurden nun normale Handelsgespräche mit beachtlichem Nutzen für beide Seiten geführt. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen durch Ägypten wurde laut Adenauer und anderer westdeutscher Vertreter auf die Entschlossenheit der Bundesregierung zurückgeführt, sich nicht erpressen zu lassen.

Der erfolgreiche Abschluß der Sudan-Verhandlungen und die Hoffnungen auf einen Abzug der Briten aus Suez festigten das ägyptische Selbstvertrauen und erleichtern ein Nachgeben in der panarabischen Frage (Israel). Weitere arabische Staaten folgten in der einen oder anderen Form bald nach.[92]

Der massive israelische Druck führte nicht zur Beschleunigung des Ratifikationsverfahrens. Die Alliierten, vom guten Willen Bonns überzeugt, sahen keine Veranlassung zur Intervention. Ein Vertreter des britischen Außenministeriums wies auf den gedrängten Zeitplan des Bundestages hin: Adenauer habe durchaus die Absicht, das Abkommen zu ratifizieren. Die „Juden sollten weniger überstürzt handeln".[93] Anlaß zu mehreren Schriftwechseln gab das Ölproblem. Das Bundesministerium der Finanzen legte der vereinbarten Bezahlung der Öllieferungen nach Israel derart große Schwierigkeiten in den Weg, daß die israelische Regierung beschloß, auf den vereinbarten Modus zu verzichten und die Ratifikation des Schilumimabkommens abzuwarten. Israel verpfändete sodann die gesamte Ausfuhr von Zitrusfrüchten für eine Anleihe zur Finanzierung der Öleinfuhr. Die Bundesrepublik dürfte Israel bei der Zeichnung der Anleihe behilflich gewesen sein.[94]

3. Das Votum

Die immer neuen Verzögerungen drohten das ganze Schilumimprojekt zum Scheitern zu bringen. Nur die Ratifikation konnte den arabischen Interventionen endgültig einen Riegel vorschieben und diese Gefahr bannen. Deshalb kam es zu hektischen Anstrengungen, die Vorlage noch vor der wahlbedingten Auflösung des Bundestages im März 1953 zur Abstimmung zu bringen.

---

[91] Shinnar an den Generaldirektor vom 12. 2. 1953, ISA, 2417/7; Rudolf Augstein an Grossmann vom 13. 2. 1953, HI, Collection Grossmann, Box 13; Shinnar und Yachil an den Außenminister, den Finanzminister, den Generaldirektor und an Giora Josephthal vom 13. 2. 1953, ISA, 2417/7.

[92] Josephthal an Leawitt vom 28. 1. 1953; Kagan an das Exekutivkomitee der Claims Conference vom 2. 2. 1953, AJDC, File 4410; Shinnar an Eytan vom 30. 1. 1953, ISA, 586/3; Yachil an Eytan vom 30. 1. 1953, ISA, 2417/7; Notiz über den Telefonanruf Nr. 60 von Kirckpatrick an das britische Außenministerium vom 1. 2. 1953, PRO, FO 371/103594, CW1041/11; Niederschrift über Adenauers Gespräch mit Dulles und Stassen vom 17. 2. 1953, USNA, 611.62A/2–1753; ECKARDT, Lebenserinnerungen, S. 201; Fernschreiben Pawelkes an das AA vom 3. 3. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7.

[93] Notiz der Zentralabteilung vom 26. 1. 1953, PRO, FO 371/103594. CW 1041/7.

[94] Öffering an Shinnar vom 24. 2. 1953, ISA, 2413/2; Josephthal an Leawitt vom 16. 3. 1953, AJDC, File 4410; Shinnar an Goldmann vom 22. 3. 1953, ISA, 572/3a.

Bundeskanzler Adenauer legte das Schilumimabkommen am 3. Februar dem Kabinett vor, nachdem er zuvor Schäffer aufgefordert hatte, sich mit der Realität abzufinden und die Kompromißlösungen gutzuheißen. Der Bundesfinanzminister lenkte ein, pochte aber weiter auf der Notwendigkeit der Ausgabendeckung.[95] Adenauer wurde in seiner Haltung von dem zu Besuch in der Bundesrepublik weilenden amerikanischen Außenminister John Foster Dulles, von dessen Berater Harold Stassen, vom neuen amerikanischen Hochkommissar James B. Conant und von dessen Amtskollegen aus Großbritannien und Frankreich bestärkt.[96] Die Presse im In- und Ausland verfolgte den Ratifizierungsprozeß mit größter Aufmerksamkeit. Von den Israelis wurde verlangt, in der kritischen Periode Stillschweigen zu bewahren. Unerwartete Hilfe kam aus dem Lager der Neonazis und der Kommunisten. Die Ratifizierung des Schilumimabkommens erwies sich als willkommene Gelegenheit, den Imageverlust der Bundesrepublik angesichts der Wahlerfolge neonazistischer Parteien bei Landtagswahlen und der Machenschaften von „Altnazis" in den Reihen der FDP (sog. Naumann-Affäre) wettzumachen. Hilfreich war zudem auch das Ausbleiben arabischer Interventionsversuche.[97]

Der Slánský-Prozeß im Sommer 1953 in Prag, wo vor allem Juden unter Anklage standen, die sogenannten Ärzteprozesse in Moskau, wo sechs jüdische Ärzte der Vergiftung neun sowjetischer Persönlichkeiten beschuldigt wurden, gefolgt vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel durch Moskau am 12. Februar 1953 unmittelbar nach einem Bombenanschlag von Cherut-Hitzköpfen auf die sowjetische Botschaft in Tel Aviv, erzeugte in der jüdischen Welt die Furcht vor dem Wiederaufleben eines aggressiven Antisemitismus. Es schien, als ob die Kommunisten in die Fußstapfen der Nationalsozialisten getreten waren. Der Bundeskanzler, ein überzeugter Anti-Kommunist und resoluter Gegner des Nationalsozialismus, stellte rasch eine Verbindung her zwischen der vermeintlichen Bedrängnis des Judentums und dem Luxemburger Abkommen. Die Ratifizierung des Schilumimabkommens und die Hilfe für Israel nahm den Charakter eines Kampfes gegen den Kommunismus und die Sowjetunion sowie eines Aktes der Solidarität mit dem jüdischen Volk an. Adenauer begründete die Dringlichkeit der Ratifikation in seinem Appell an Schäffer vom 12. Februar 1953 unter anderem auch mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel durch Moskau.[98]

Auch die israelische Regierung nutzte den osteuropäischen Antisemitismus zur Förderung israelischer Interessen in Bonn.[99] Dabei kam ihr die heftige Kritik der DDR, der SED, der Kommunistischen Partei Israels und der KPD gegen das Ab-

---

[95] Adenauer an Schäffer vom 28. 1. 1953 und Schäffer an Adenauer vom 31. 1. 1953, BArch, B 126/51545.

[96] Notiz vom 5. 2. 1953, BArch, N 1351, Bd. 18b; Adenauer an Schäffer vom 12. 2. 1953, BArch, B 126/51545.

[97] Krekeler an das AA vom 11. 11. 1953, PA, 210.91/E, Bd. 4; Yachil an Eytan vom 30. 1. 1953, ISA, 2417/7.

[98] Adenauer an Schäffer vom 12. 2. 1953, BArch, B 126/51545; Notiz vom 17. 3. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7; Segal an Blaustein vom 18. 3. 1953, YIVO, AJC, RG-347, GEN-12, Box 12; Citroen an Eytan vom 17. 2. 1953, ISA, 2417/7.

[99] Eytan an Yachil vom 25. 1. 1953 und Yachil an Eytan vom 13. 2. 1953, ISA, 2417/7.

kommen, gegen den Staat Israel und gegen die Bundesrepublik sehr gelegen. Das Auswärtige Amt hatte die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion zur Kenntnis genommen und spekulierte über die Möglichkeiten einer deutsch-israelischen Zusammenarbeit gegen die UdSSR.[100] Ob das Schilumimabkommen zur sowjetischen Feindseligkeit gegenüber den Juden und Israel beitrug oder ob die beiden Entwicklungen nur zufällig zeitgleich stattfanden, bleibt dahingestellt. Die erste Möglichkeit ist jedoch wahrscheinlicher, da die kommunistische Welt das Abkommen als westliches Komplott betrachtete, mit dem Ziel, die Bundesrepublik zu stärken, den USA Stützpunkte im Nahen Osten zu sichern und die arabischen Staaten zu bedrohen. Wie so oft, schien auch hier zu gelten: Des einen Freud, des anderen Leid. Das kommunistische Sperrfeuer der Kritik wirkte sich jedenfalls zu Israels Gunsten aus. Nach der Sitzung der Bundesregierung vom 13. Februar kam die Vorlage vor den Bundesrat. Es bestand die Absicht, schnell zu handeln. Der Zeitpunkt war günstig: Die DDR-Delegation in Kairo hatte einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, den Adenauer auszunützen beabsichtigte. Auch brauchte er die Ratifikation für seine geplante Reise in die USA. Dank der Stimmen der SPD war der positive Ausgang des Votums gesichert, trotz negativer Strömungen innerhalb der Koalition.

Gerüchten zufolge planten einige SPD-Abgeordnete, sich der Stimme zu enthalten. Die Bundestagswahlen standen unmittelbar bevor, und das Schilumimabkommen war, wie erwähnt, nicht besonders populär. Dies galt auch für einen Teil der potentiellen SPD-Wähler. Es erstaunt deshalb nicht, daß einige SPD-Abgeordnete in der gegebenen Situation mit der Unterstützung des Abkommens zögerten.[101] Doch Erich Ollenhauer, der Nachfolger des 1952 verstorbenen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, wies alle Befürchtungen zurück. Auch Vertreter sozialdemokratischer Parteien aus dem Ausland setzten sich mit ihren westdeutschen Kollegen in Verbindung, um die Unterstützung des Abkommens sicherzustellen.[102]

Innerhalb der Koalition häuften sich, wie erwähnt, die Probleme. Schäffer forderte Franz Josef Strauß auf, innerhalb der Union den Widerstand gegen ein positives Votum im Bundestag zu mobilisieren. Auf Anregung des Bundesfinanzministers kam die Frage wiederholt im CSU-Vorstand zur Sprache.[103] Die Turbulenzen in der CSU erforderten Adenauers persönliche Teilnahme an den Besprechungen und Sitzungen der Fraktionsgremien.[104] Sehr erfolgreich waren Adenau-

---

[100] Notiz vom 17. 3. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7; Notiz vom 9. 4. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 8.

[101] Yachil an Eytan o.D. [verm. Dezember 1952], ISA, 2417/7.

[102] Yachil an Sharett vom 13. 2. 1953, ISA, 2417/7; Shinnar an Eytan vom 12. 2. 1953; Eilath an Eytan vom 21. 1. 1953; Ollenhauer an Julius Braunthal vom 29. 1. 1953; Josephthal an Sharett vom 15. 2. 1953, ISA, 166/1; Heine, SPD, an Held vom Jewish Labour Committee vom 6. 1. 1953, CZA, Z 6/910; Kagan an Held vom 26. 1. 1953; Josephthal an Leawitt vom 15. 12. 1952, AJDC, File 4410.

[103] Aktennotiz zu den Vorstandssitzungen vom 24. 2. 1953, vom 2. 3. 1953 und vom 17. 3. 1953, ACDP, VIII-001–1501/3; Ausarbeitung von Hoppe zum Lewy-Konsortium und zur Israelverhandlung vom 19. 12. 1952, BArch, N 1080, Bd. B 141; Informationsbrief Platows vom 20. 2. 1953, ISA, 531/6; Notiz vom 17. 3. 1953, BArch, N 1351, Bd. 18b.

[104] Aktennotiz zu den Vorstandssitzungen vom 24. 2. 1953, vom 2. 3. 1953 und vom 17. 3. 1953, ACDP, VIII-001–1501/3; Ausarbeitung von Hoppe zum Lewy-Konsortium und

ers Interventionen im eigenen Lager wie auch in dem der Koalitionsparteien aber nicht. Denn es gelang ihm nicht, sämtliche CDU-Abgeordnete zur Unterstützung des Abkommens zu bewegen. Innerhalb der CSU beabsichtigte gar nur eine Minderheit mit dem Kanzler zu stimmen, und bei den anderen kleinen Koalitionsparteien war der Anteil der zu erwartenden Ja-Stimmen noch geringer.[105]

Nach der Verabschiedung im Kabinett kam die Vorlage zunächst vor den CDU/CSU-dominierten Bundesrat, wo sie auch von den SPD-regierten Bundesländern unterstützt wurde. Bundeskanzler Konrad Adenauer traf sich am 6. Februar 1953 mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Besprechung des Schilumimabkommens. Hier stieß er auf ein unerwartetes Hindernis: Die an der Förderung der deutschen Schiffahrt besonders interessierten Hansestädte lehnten sich gegen das Zusatzdokument 6a auf, wo es in Absatz 2 hieß: „Es sind Schiffe zu verwenden, die unter der Flagge einer dritten Partei fahren."[106] Die israelische Regierung, die angeblich um die Sicherheit deutscher Schiffe besorgt war, aber wohl eher einer Beteiligung deutscher Unternehmen an diesem Geschäft grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, beharrte auf diesem Absatz, der von manchen Kreisen in der Bundesrepublik als Verletzung der nationalen Ehre empfunden wurde. Für die Hansestädte, die Heimathäfen mancher Frachtschiffe, bedeutete er eine Diskriminierung der deutschen Handelsschiffahrt, weniger Einkommen für deutsche Seeleute sowie schlechtere Wettbewerbschancen für westdeutsche Firmen, kurzum: Es handelte sich eher um eine Frage der wirtschaftlichen Existenz als der nationalen Ehre.

Der umstrittene Absatz kam am 13. Februar im Kabinett zur Sprache, und Hallstein erklärte sich bereit, möglichst rasch eine Lösung für dieses als lästig empfundene, offensichtlich vor allem politische Problem zu finden.[107] Dies bestand vor allem darin, daß die israelische Regierung das Zeigen der deutschen Flagge in israelischen Häfen vermeiden wollte. Die Gefahr von Terroranschlägen bereitete offenbar sowohl Israel als auch der Bundesrepublik Kopfzerbrechen.[108] Auf Hallsteins Anregung flog Shinnar nach Jerusalem, um die israelische Regierung zur Umformulierung des strittigen Paragraphen zu bewegen, was in Israel fast eine Regierungskrise ausgelöst hätte. Die Koalitionspartei der Allgemeinen Zionisten sprach sich gegen eine Änderung des Absatzes aus. Gegen die Opposition beschloß die israelische Regierung jedoch am 1. März die ersatzlose Streichung des umstrittenen Textes. Der Briefwechsel zwischen Shinnar und Hallstein dürfte dazu wesentlich beigetragen haben.[109]

---

zur Israelverhandlung vom 19. 12. 1952, BArch, N 1080, Bd. B 141; Informationsbrief Platows vom 20. 2. 1953, ISA, 531/6; Notiz vom 17. 3. 1953, BArch, N 1351, Bd. 18b.

[105] Josephthal an Sharett vom 15. 2. 1953, ISA, 2417/7; Grossmann an Goldmann vom 3. 6. 1953, CZA, Z 6/1019; LENZ, Im Zentrum, S. 561–562.

[106] DOCUMENTS RELATING, S. 148.

[107] 275. Kabinettssitzung vom 13. 2. 1953: KABINETTSPROTOKOLLE 1953, S. 172.

[108] Aufzeichnung von Trützschlers für Hallstein, vom 17. 2. 1953, BArch, N 1351, Bd. 16; Notiz vom 19. 2. 1953, BArch, N 1351, Bd. 18b.

[109] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 22. 2. 1953, BGD, BGA; Protokoll Nr. 33/7612 über die Regierungssitzung vom 1. 3. 1953, ISA, 7264/8; HABOKER (Tel Aviv) vom 25. 2. 1953;

Jerusalem wählte offensichtlich die pragmatische Linie, um eine raschen Abschluß des Ratifikationsverfahrens zu ermöglichen, nachdem der Bundesrat das Abkommen bereits am 22. Februar unter der Bedingung der Beseitigung des umstrittenen Passus bestätigt hatte.[110] Am 4. März begründete Bundeskanzler Adenauer auf seinen ausdrücklichen Wunsch die Vorlage persönlich im Bundestag.[111] In einer eindrucksvollen Rede ging er ausführlich auf das sich entwickelnde neue deutsch-israelische Verhältnis ein. Adenauers Absicht, das Verfahren durch eine Beschränkung der Debatte in bestimmten Ausschüssen und die Durchführung aller drei Lesungen am selben Tag zu beschleunigen, scheiterte an Abgeordneten seiner eigenen Partei. Als Teilerfolg konnte immerhin der Umstand gewertet werden, daß die Vorlage dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten überwiesen wurde, dem der SPD-Politiker Carlo Schmid vorstand, und nicht dem Ausschuß für Außenhandel oder dem Haushaltsausschuß, denen zahlreiche dem Schilumimabkommen nicht besonders wohlgesinnte CDU/CSU-Abgeordnete angehörten. Schmid versprach eine zügige und wohlwollende Behandlung der Vorlage. Im Verlaufe der Abschlußdebatte führte der CSU-Spitzenpolitiker Strauß eine Art Filibuster durch, indem er allerlei zeitraubende Einwände erhob. Er konnte jedoch nicht verhindern, daß der Ausschuß das Abkommen mit 19 Stimmen bei drei Enthaltungen guthieß.[112] Der Weg war frei für die Verhandlung im Plenum.

Außerhalb des Bundestages tobte inzwischen eine öffentliche Debatte. Ein Teil der Presse nahm gegen das Abkommen Stellung. Berichte aus der jüdischen Welt und aus Israel zeugten von einer unverminderten Feindseligkeit gegenüber Deutschland, wodurch sich die Schilumimgegner in ihrem Vorurteil bestärkt fühlten, die Bundesrepublik sei dabei, umsonst Milliardensummen zu verschwenden. Neonazis meldeten sich zu Wort, und zum ersten Mal kam es zu einer öffentlichen Diskussion über die Zahl der jüdischen Opfer des Holocaust. Unerwartete Unterstützung erhielten die Schilumimgegner aus deutsch-jüdischen Kreisen. Eine Splittergruppe aus der Schweiz namens Jüdischer Verband zum Schutze der Wiedergutmachung attackierte das Abkommen mit dem Argument, es brächte Israel große Vorteile auf Kosten der „wirklichen Opfer", nämlich der ehemaligen jüdischen Bürger Deutschlands. Ahmed Shukeiri, der Generalsekretär der Arabischen Hochkommission, die vom Jerusalemer Großmufti Haj Amin el-Husseini gegründet worden war, legte der Bundesrepublik die Förderung jüdischer Anti-Schilumimgruppierungen nahe, um sich dadurch von der finanziellen Last der Schilumim zu befreien. Der israelische Diplomat Yachil beschuldigte die in der Schweiz angesiedelte deutsch-jüdische Gruppierung der Zusammenarbeit

---

CHERUTH (Tel Aviv) vom 1. 3. 1953; MA'ARIV (Tel Aviv) vom 1. 3. 1953; Austausch von Briefen vom 3. 3. 1953. In: DOCUMENTS RELATING, S. 164.

110 Die WELT (Hamburg), 21./22. 2. 1953; LENZ, Im Zentrum, S. 561.

111 Mitteilung an die Presse vom 4. 3. 1953, CZA, Z 6/1023; VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. WP, Stenografische Berichte, Bd. 15, 252. Sitzung am 4. 3. 1953, S. 12.092–12.096.

112 121. Sitzung des Ausschusses am 12. 3. 1953. In: Der AUSWÄRTIGE AUSSCHUSS, S. 1496–1549.

mit Syrien.[113] Doch der Vorstoß aus der Schweiz kam zu spät. Die jüdische Presse tat den Verband als Gruppierung ohne Mandat ab.[114]

Shinnar witterte dennoch Gefahr von deutsch-jüdischer Seite für das Schilumimabkommen und riet zum Dialog mit diesen Kreisen. *Der Spiegel* glänzte mit folgendem ausgefallenen Vorschlag: Würde die Bundesrepublik zwei Millionen Mark in eine Öffentlichkeitskampagne in den USA investieren, könnte sie sich die Israel versprochenen drei Milliarden Mark sparen.[115] Angesichts der unfreundlichen Presse im Inland bemühte sich Adenauer um Unterstützung im Ausland, die auch nach Shinnars Einschätzung unbedingt mobilisiert werden mußte, vor allem in den Massenmedien.[116] Freundliche Stimmen im Inland versuchten das Gewicht der Kritiker auszugleichen. Der Botschafter der Bundesrepublik in den USA, Krekeler, wies auf die Sympathien der amerikanischen Öffentlichkeit für Israel hin, die Eisenhowers Regierung zu Rücksicht zwinge.[117] Die Zweckmäßigkeit des *Spiegel*-Vorschlags darf somit bezweifelt werden, und auch die öffentliche Debatte in der Bundesrepublik konnte den Ratifikationsprozeß nicht mehr aufhalten.

Die zweite und dritte Lesung war auf die 254. Sitzung des Bundestages am 18. März 1953 als letzter Tagesordnungspunkt angesetzt. Die SPD vereitelte einen syrischen Versuch, in letzter Minute die Abstimmung zu verschieben.[118] Graf Karl Spreti begründete die Vorlage. Im Namen der CDU/CSU lehnte Eugen Gerstenmaier die Anerkennung einer deutschen Kollektivschuld ab und erinnerte die Anwesenden an die deutschen Widerstandskämpfer, die im Kampf gegen die Nationalsozialisten gefallen waren. Schmid forderte, das jüdische Volk so großzügig wie möglich zu entschädigen, während die FDP auch in diesen letzten Augenblikken wieder Taktlosigkeit bewies, indem sie Walther Hasemann, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, ans Rednerpult schickte. Alle SPD-Abgeordneten und ein Teil der CDU/CSU-Fraktion verließen während seiner Rede aus Protest den Plenarsaal. Die Abstimmung war von einer feierlichen Stimmung geprägt, wenn auch nur 360 von insgesamt 402 Abgeordneten daran teilnahmen. Die SPD stimmte geschlossen für das Abkommen. Von der 214-köpfigen CDU/CSU-Fraktion stimmten 106 Abgeordnete dafür und fünf dagegen. 39 Abgeordnete enthielten sich der Stimme, darunter Schäffer, Strauß und mit ihnen die meisten Abgeordneten der CSU. Die übrigen Fraktionsmitglieder blieben der Abstimmung fern. Die meisten FDP-Abgeordneten, darunter auch der spätere Vizekanzler Erich Mende, enthielten sich ebenfalls der Stimme.[119] Insgesamt stimmten 239 der anwesenden Mitglieder des Bundestags für das Abkommen und 35 dagegen, 86 Abgeordnete

---

113 Yachil an Eytan vom 22. 3. 1953, ISA, 2418/11a; Böker an Hallstein vom 12. 3. 1953, PA, 201–01/E, Bd. 7.

114 Dam, H. G. van: Klarheit statt Verwirrung. In: AWJD vom 6. 3. 1953; Aktion unautorisierter Elemente. In: AWJD vom 6. 3. 1953.

115 Der SPIEGEL (Hamburg) vom 18. 2. 1953.

116 Shinnar an Eytan vom 22. 3. 1953, ISA, 586/3.

117 Fernschreiben Krekelers an das AA vom 11. 3. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 7.

118 Rifai an Adenauer vom 18. 3. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 3.

119 VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. WP, Stenografische Berichte, Bd. 15, 254. Sitzung, S. 12.273–12.283.

enthielten sich der Stimme. Ohne Unterstützung der SPD wäre die Vorlage gescheitert Am 20. März fand die letzte Abstimmung im Bundesrat statt, und noch am selben Tag wurde das Abkommen von Bundespräsident Heuss ausgefertigt.[120] Genau ein Jahr nach Eröffnung der Schilumimverhandlungen in Wassenaar trat das Luxemburger Abkommen in der Bundesrepublik offiziell in Kraft. Die israelische Regierung bestätigte es mit sechs Ja-Stimmen gegen eine Nein-Stimme.[121] Dem Beispiel vom 9. Januar 1952 folgend, legte Ben Gurion das Abkommen dem parlamentarischen Ausschuß für Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten vor, der die Vorlage knapp mit sieben zu fünf Stimmen bei einer Enthaltung guthieß. Dieses Stimmenverhältnis spiegelte die damalige Spaltung in der Bevölkerung wider.[122]

Der israelische Generalkonsul Arthur Lurie und der deutsche Generalkonsul in New York, Hans E. Riesser, tauschten am 27. März im Beisein von Vertretern der UNO-Rechtsabteilung unter Constantin Stavroupoulos die Ratifikationsurkunden aus. Die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik traten damit zumindest formal in eine neue Phase.[123] Kurz darauf brach Adenauer zu dem geplanten USA-Besuch auf. Nach einer Debatte im israelischen Außenministerium und einem Austausch von Telegrammen mit Goldmann nahmen israelische Diplomaten und Goldmann persönlich am Empfang des deutschen Staatsgastes in den Vereinigten Staaten teil.

Wie in solchen Fällen üblich, war der erfolgreiche Abschluß des Schilumimabkommens von einer Flut von Glückwunschtelegrammen sowie von wohlwollenden öffentlichen Erklärungen und Reden begleitet. Josephthal versuchte Ben Gurion davon zu überzeugen, Böhm nach Israel einzuladen. Doch der Premier meinte, dafür sei es noch zu früh. Yachil, dessen Blick ebenfalls in die Zukunft gerichtet war, stellte Überlegungen über diplomatische Beziehungen an, stufte diese Möglichkeit aber letztlich noch als verfrüht zurück.[124]

Das Schilumimkapitel begann mit einer Handvoll Tagträumer, die zwar unabhängig voneinander handelten, aber angesichts der Nachkriegsstimmung und der historischen Beispiele alle dieselbe Idee verfolgten. Nachdem das politische Establishment den Wert der Ideen einmal erkannt hatte, wurde aus dem Traum eine Chance, aus der Chance ein Projekt und dieses schließlich Wirklichkeit. Nachdem das israelische Establishment – vor allem die israelische Arbeiterpartei (Mapai) – und die führenden Persönlichkeiten des Diaspora-Judentums die Idee akzeptiert hatten, erhielten israelische Diplomaten und andere Vertreter Israels und der jüdischen Welt freie Hand. Doch Europa, vom Kalten Krieg in zwei Hälften gespalten, schreckte vor neuen Ideen zurück. Jede noch so kleine Änderung am Status quo zwischen Ost und West drohte sich verheerend auszuwirken. Die Reparationsfrage war besonders heikel, da der Westen befürchtete, Stalins Forderungen

---

120 Bundesgesetzblatt 1953, Teil II, S. 35–54.
121 Protokoll Nr. 37/713 über die Regierungssitzung vom 22. 3. 1953, ISA, 7264/9.
122 AWJD vom 27. 3. 1953; DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 65.
123 Notizen vom 25. und 27. 3. 1953, ISA, 3028/3.
124 Tagebucheintrag Ben Gurions vom 22. 3. 1953, BGD, BGA; Yachil an Eytan vom 22. 3. 1953, ISA, 2385/22a.

gegenüber dem Westen und Deutschland könnten sich als Pandorabüchse erweisen. Reparationen waren in der Geschichte stets ein Alptraum für die Besiegten gewesen und von zweifelhaftem Wert für die Sieger. Nach dem Ersten Weltkrieg ebneten sie den Weg zu neuem Blutvergießen, so glaubten zumindest die Anhänger des Keynesianismus. Dies erklärt den Widerstand gegen die Aufnahme der jüdischen Antragsteller in den Reparationsclub. Die westlichen Alliierten, mit Problemen überhäuft und knapp an Mitteln, zeigten sich von dieser Möglichkeit wenig begeistert.

Die alliierten Vertreter in Deutschland waren dagegen mit einer Realität konfrontiert, die in den Hauptstädten der westlichen Großmächte weniger bekannt war. Deutschland, vom Krieg schwer gezeichnet, befand sich im Zustand tiefer Neurose. Den amerikanischen Gesandten war klar, daß es unumgänglich sein würde, Deutschland, d.h. Westdeutschland, von dieser Psychose zu befreien und dieses Land wieder in die internationale Politik zu integrieren. Ob es den Alliierten gefiel oder nicht, die Deutschen spielten seit Jahrhunderten eine wichtige Rolle in Europa. Im Interesse des Gleichgewichts in Europa war die Stabilisierung dieser angeschlagenen Nation deshalb unerläßlich. Hieraus resultierten die Anstrengungen, einen Modus Vivendi zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, vor allem Frankreich, zu finden und Deutschlands internationales Ansehen aufzupolieren. Gemessen an Frankreich kam den Juden auf weltpolitischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene nur untergeordnete Bedeutung zu. Ihre einziger Vorteil lag im moralischen Bereich. Dem trugen sowohl die Alliierten als auch die politische und intellektuelle Elite in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung. Nachdem beide Seiten zu ähnlichen Einsichten gelangt waren, wenn auch auf verschiedenen Wegen, eröffneten sich neue Perspektiven. Ben Gurion und das israelische Establishment maßen der internationalen Stellung des jüdischen Staates erhebliche Bedeutung bei. Traditionell auf Europa ausgerichtet, war die zionistische Führung zudem darauf bedacht, Deutschland nicht zu vernachlässigen. Israel betrachtete die Schilumimfrage vor allem aus der Warte des souveränen Staates, während die jüdische Gemeinschaft außerhalb Israels dem Staat Israel in diesem Zusammenhang immerhin den Status der historischen Heimat des jüdischen Volkes zugestand. Beide Parteien erkannten die Bedeutung an, die Israel als wirtschaftlichem Faktor bzw. als Auffangbecken für die Holocaust-Überlebenden zukam.

Zum Verständnis der alliierten Haltung in der Schilumimfrage ist es wichtig, die Zeitumstände zu berücksichtigen. Je näher die Entlassung der Bundesrepublik in die Unabhängigkeit rückte, desto mehr zeigten sich die Alliierten bereit, zugunsten der jüdischen Seite zu intervenieren. Die humanitären Aspekte spielten stets eine gewisse Rolle, doch sie waren oft von widersprüchlichen innenpolitischen und internationalen Interessen der Alliierten überschattet. Von widersprüchlichen innenpolitischen Interessen besonders geprägt war die französische Haltung, doch auch die innenpolitischen Interessen Großbritanniens und der USA standen nicht immer im Einklang mit den israelischen Interessen in Deutschland. Im Überblick betrachtet schien die US-Politik in Deutschland weniger von außenpolitischen Erwägungen beeinflußt als die Politik der europäischen Mächte. Die amerikanischen Vertreter in Deutschland zeigten mehr Verständnis für die Anlie-

gen der Juden als das Außenministerium in Washington oder die entsprechenden europäischen Stellen und waren eher bereit, sie an höhere Stellen weiterzuleiten.

Die deutsche Seite verhielt sich uneinheitlich. Wie und ob das Schilumimprojekt gegen den Widerstand der obersten politischen Entscheidungsträger in Bonn verwirklicht worden wäre, bleibt dahingestellt. Es fehlte nicht an Politikern und Diplomaten, die dem Schilumim- bzw. Entschädigungskonzept ablehnend, wenn nicht gar äußerst feindlich gegenüberstanden. Ironischerweise leisteten aber ausgerechnet die bittersten Schilumimgegner – ungewollt – einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der Idee. Die Cherut-Partei in Israel, die Araber – vor allem Ägypten – sowie Elemente des Ostblocks erwiesen sich als Dei ex Machina. Ohne ihr Zutun wären manche Hindernisse wohl kaum zu überwinden gewesen. Schließlich gelang es, sämtliche Probleme zu lösen. Danach wurde die Schilumimthematik allmählich von anderen politischen, juristischen und diplomatischen Fragen abgelöst. Ab Herbst 1953 richtete sich das Augenmerk von Politikern und Diplomaten in Israel und der Bundesrepublik auf die Frage der bilateralen Beziehungen.

VII. Der Rollentausch

Nach der Ratifizierung begannen auf beiden Seiten die Vorbereitungen zur Umsetzung des Abkommens. Ein Verwaltungsapparat für die Bestellung und Bezahlung der Güter, für den Transport nach Israel und die Verteilung im Land mußte geschaffen werden. Einige Aufgaben erforderten eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten, andere ließen sich unabhängig durchführen. Das Schilumimabkommen enthält allgemeine Richtlinien über die Beschaffenheit der ausführenden Institutionen sowie über das Kauf-, Kontroll-, Zahlungs- und Lieferverfahren.

Die israelische Regierung war verpflichtet, in der Bundesrepublik eine Einkaufsdelegation des Staates Israel, die sogenannte Israel-Mission, zu eröffnen.[1] Die Bundesrepublik trug die Verantwortung für die Gründung eines gemischten Ausschusses, zusammengesetzt aus Vertretern beider Regierungen. Als Sitz der Israel-Mission wurde Köln vereinbart. Die Kölner Stadtverwaltung stellte ein Grundstück zur Verfügung, auf dem später das Gebäude der Mission errichtet wurde. Der gemischte Ausschuß residierte in Frankfurt am Main, gleichzeitig auch Sitz der Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft, die für die Durchführung des Abkommens auf deutscher Seite verantwortlich war.

Köln liegt auf halbem Weg zwischen Düsseldorf, dem Zentrum der Schwerindustrie, und der damaligen Bundeshauptstadt Bonn. Um den Eindruck einer offiziellen diplomatischen Vertretung zu vermeiden, die als formelle Anerkennung der Bundesrepublik durch Israel interpretiert worden wäre, bestand die israelische Regierung darauf, die Mission nicht in Bonn anzusiedeln. Jerusalem war zu jenem Zeitpunkt streng darauf bedacht, jeglichen Anschein zu vermeiden, als unterhalte man diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik. Köln galt deshalb als idealer Kompromiß. Die Israelis waren zudem – vermutlich aus praktischen Gründen – daran interessiert, den Sitz des gemischten Ausschusses in nächster Nachbarschaft anzusiedeln. Da sich die Bundesstelle für Warenverkehr jedoch in Frankfurt am Main befand, lehnte Bonn diesen Wunsch ab.[2]

1. Die israelische Schilumimexekutive

Die ausführenden Organe auf israelischer Seite setzten sich aus zwei Teilen zusammen: aus der Einkaufsmission in Köln und zwei provisorischen Zweigstellen in West-Berlin und Hamburg sowie aus der Schilumimgesellschaft mit Sitz in Tel Aviv und einer Zweigstelle in der nordisraelischen Hafenstadt Haifa. Die oberste Entscheidungsgewalt lag bei den staatlichen Kontrollorganen in Jerusalem.

---

1 DOCUMENTS RELATING, Artikel 12.

2 Max Adenauer an Konrad Adenauer vom 6. 12. 1952, PA, 244–13 II 17178/52.

Die israelische Einkaufsmission war zwar im Schilumimabkommen verankert, doch außer der Gewährung diplomatischer Privilegien und Immunitäten wurde ihr Aufbau und ihre personelle Zusammensetzung weitgehend im dunkeln gelassen.[3] Am 4. Mai 1953 nahm die Mission ihre Arbeit auf, bei gleichzeitiger Schließung des Konsulats in München. Der Leiter der Israel-Mission wurde in das diplomatische Korps aufgenommen und gemäß diplomatischem Protokoll regelmäßig zu offiziellen Anlässen eingeladen. Da der Staat Israel die Bundesrepublik de jure nicht anerkannte, hatte die Mission keinen rechtlichen Anspruch auf diplomatische Privilegien. Die gewährten Vorrechte waren somit als Geste des guten Willens zu betrachten. Ein solches Privileg war etwa das Recht auf Führung einer Konsularabteilung, die sich mit der Ausstellung von Sichtvermerken und anderen konsularischen Diensten beschäftigte. Obwohl die Eröffnung dieser Abteilung durchaus im Interesse der Bundesrepublik lag, waren dazu langwierige Verhandlungen erforderlich. Im bilateralen Dokument wurde ausdrücklich festgehalten, daß die Konsularabteilung nicht als Ausdruck von diplomatischen Beziehungen zu werten sei.[4] Da die Israel-Mission formal dem Finanzminister unterstellt war, galten die Vertreter des Außenministeriums dort als Außenseiter. Dies provozierte im israelischen Außenministerium und in anderen israelischen Regierungseinrichtungen den Vorwurf, die Architekten der israelischen Außenpolitik seien nicht oder zumindest nicht entscheidend an der Gestaltung der Aktivitäten der Mission beteiligt.[5]

Beide Regierungen widmeten dem Status der israelischen Einkaufsmission reifliche Überlegungen. Die Israelis studierten das Beispiel der sowjetischen Handelsmission in Deutschland zwischen den beiden Weltkriegen, die die wirtschaftlichen und politischen Interessen Moskaus ohne offiziellen diplomatischen Status vertreten hatte.[6] Finnland war aus politischen Gründen in Bonn auch nur durch eine Handelsmission vertreten. Dennoch nahm diese Vertretung ebenfalls politische bzw. diplomatische Aufgaben wahr – also ein weiteres mögliches Modell für die israelische Mission. Experten für internationales Recht auf deutscher Seite stellten ähnliche Untersuchungen über historische Präzedenzfälle an, waren aber in erster Linie daran interessiert, Näheres über die israelischen Vorstellungen zur Israel-Mission zu erfahren.[7] Schließlich gewährte die Bundesregierung der Mission großzügige Privilegien – wohl im Hinblick auf die Förderung der bilateralen Beziehungen.

Neben einer erweiterten Handelsabteilung, dem Kern der Einrichtung, beherbergte die israelische Einkaufsmission eine Rechtsabteilung und eine Abteilung

---

[3] DOCUMENTS RELATING, Artikel 12, Paragraph (f), S. 131–133.

[4] Memo von Nostiz vom 2. 8. 1953, Memo von Reismann vom 29. 1. 1954, PA, 210–03/92.19, 82–03/35; Yachil, Köln, an das israelische Außenministerium, Konsularabteilung, an den Rechtsberater und die Abteilung Westeuropa vom 11. 3. 1954, ISA, 617/16.

[5] MEROZ, In schwieriger Mission, Kap. 1; Interview mit Nachum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987; Yachil an Eytan vom 2. 2. 1954; Zeev Scheck, Politischer Sekretär des Außenministers, an Sharett vom 15. 2. 1954, ISA, 2418/14.

[6] G. Viemanas an Maurice Fischer vom 9. 7. 1952 ISA, 155/1.

[7] Niederschrift über die 10. Sitzung des Rechtsausschusses vom 18. 7. 1952, BArch, B 102/7019.

für Öffentlichkeitsarbeit, die für die regelmäßige Herausgabe des Bulletins *Israel Informationsdienst* verantwortlich war. Die Handelsabteilung gliederte sich in diverse Unterabteilungen je nach Importgut: Eisen und Stahl, Maschinen, Chemikalien, Holz etc. Weitere Unterabteilungen befaßten sich mit Transport, Versicherung, Bankwesen, Bankverkehr mit deutschen, holländischen und amerikanischen Banken, Finanzen und Rechnungsprüfung. Das Büro der Mission beschäftigte zahlreiche israelische und deutsche Schreibkräfte, und die Kontrolle über die Einrichtung wurde von einer Sonderabteilung wahrgenommen, der auch ein Vertreter des israelischen Rechnungshofes angehörte. Die Stellung des politischen Beirats, faktisch der Vertreter des Außenministeriums, gab zu einigen internen Diskussionen Anlaß. Mindestens in zwei Fällen gelang es dem Leiter der Mission, Felix Eliezer Shinnar, den Beirat seines Amtes zu entheben, nämlich Chaim Yachil in den frühen und Yochanan Meroz in den späten fünfziger Jahren. Nur Leo Savir harrte in den sechziger Jahren länger auf diesem Posten aus, möglicherweise wegen Shinnars häufiger Abwesenheit in jenen Jahren. Die personell bescheiden ausgestattete Konsularabteilung unterstand dem Außenministerium. 1955 trat Oberst Avigdor Ben-Gal als inoffizieller Vertreter des israelischen Verteidigungsministeriums in die Mission ein. Nach Ben-Gals Tod wurde diese Funktion Mitte der sechziger Jahre sodann von Oberst Asher Arbel übernommen. Arbel wurde oft mit dem israelischen Geheimdienst (Mossad) in Verbindung gebracht und war möglichweise dessen Vertreter in der Bundesrepublik. Gelegentlich führte er geheime Missionen im Auftrag seiner Vorgesetzten und des israelischen Verteidigungsministeriums durch. Arbel pflegte enge Kontakte zu lokalen Polizeistellen in Köln.[8]

Am Anfang gehörten der vorübergehend in den Räumlichkeiten der jüdischen Religionsgemeinde in Köln untergebrachten Mission rund dreißig Experten, darunter auch amerikanische und britische Fachleute jüdischer Herkunft, an. Später wurden die „Ausländer" schrittweise von Israelis abgelöst.[9] Der Leiter der Handelsabteilung amtierte gleichzeitig als Stellvertreter von Missionsleiter Shinnar. Auf dem Höhepunkt ihrer Tätigkeit in den späten fünfziger Jahren beschäftigte die Israel-Mission laut Bericht vom 1. März 1959 158 Mitarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt setzte sich das Personal nur noch aus israelischen und westdeutschen Staatsbürgern zusammen.[10] Am 1. April 1963 wurde die Belegschaft dann auf 13 Mitarbeiter reduziert.[11] Nach der Erfüllung ihres Auftrags im Mai 1965 und der Eröffnung der neuen Botschaft in Bad Godesberg übergab die Mission das Gebäude in Köln den deutschen Behörden. Ein Teil der israelischen Mitarbeiter der Einkaufsmission hatte sich mit Familie in der Bundesrepublik niedergelassen. Gemäß Weisung aus Jerusalem kapselten sie sich von ihrer deutschen Umgebung ab und lebten zurückgezogen. Die Kinder besuchten Schulen in Holland, eine

---

[8] Zum Aufbau der Israel-Mission: Shinnar an den Finanzminister, an Dr. G. Josephthal und an Hillel Dan betr. Bericht Nr. 3 „Organisation der Arbeit" vom 15. 5. 1953, ISA, 2383/19.

[9] Interview mit A. Robert Sadove in Washington, D.C. im Frühjahr 1988.

[10] Bericht zum Schilumimabkommen und dessen Umsetzung vom 30. 6. 1962 [Original hebr.], durch Zyklostyl vervielfältigt, vom 10. 9. 1962, im Besitz des Autors.

[11] Ebd.

hohe emotionale und finanzielle Belastung für die Eltern. Die israelischen Diplomaten der Israel-Mission bekamen das feindselige Verhältnis der israelischen Regierung Deutschland gegenüber durch ihre Diskriminierung zu spüren. Sie erhielen niedrigere Gehälter als ihre Kollegen, die in einem anderen Land akkreditiert waren, ohne daß es dafür einen triftigen Grund gegeben hätte. Erst als die Leitung der Mission geschlossen zurücktrat, wurde ihr ein den örtlichen Verhältnissen angemessenes Entgelt versprochen.[12] Die israelische Presse verfolgte die Tätigkeit der Einkaufsmission in Köln mit besonderer Aufmerksamkeit. Sie wurde regelmäßig kritisiert und gelegentlich verunglimpft.[13] Die Kölner Mission und die Schilumimverwaltung in Israel waren zwar nicht frei von Betrugs- und Bestechungsfällen, hoben sich in dieser Hinsicht jedoch nicht von anderen öffentlichen Einrichtungen in Israel ab.[14]

Zum Chef der israelischen Einkaufsmission war kurz nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens Felix Eliezer Shinnar ernannt und mit deren Aufbau betraut worden. Seine Erfahrung machte Shinnar zum unumstrittenen Kandidaten für diesen Posten. Dem Urteil von Arbeitskollegen zufolge wies sein Charakter gewisse cholerische Züge auf. Bei fast jeder Meinungsverschiedenheit über wirtschaftliche oder politische Fragen soll er mit dem Rücktritt gedroht haben. Er wird als hart und ehrgeizig beschrieben, galt aber auch als hervorragender Fachmann auf seinem Gebiet. Meroz schilderte Shinnar als Chef, der von seinen Mitarbeitern gleichzeitig gefürchtet und verachtet wurde. Ein ehemaliger Sicherheitsoffizier der Mission bezeichnete ihn verächtlich als „Mann der Diaspora" (im Gegensatz zum israelischen Ideal des „Sabre", des in Israel geborenen Nachkommens jüdischer Einwanderer).[15] Robert Sadove verwendete einen ähnlichen Ausdruck.[16] Nahum Shamir, der dritte Direktor der Schilumimgesellschaft, stufte Shinnars Verhältnis zu den Deutschen als „unterwürfig" ein. In fast abgöttischer Verehrung für Adenauer sei Shinnar den Worten des Kanzlers blindlings gefolgt und habe vor allem die Interessen des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik berücksichtigt.[17] In den Dokumenten des israelischen Außenministeriums wird Shinnar weder besonders gelobt noch kritisiert. Ben Gurion erwähnte ihn häufig in seinem Tagebuch. Politiker, Knessetabgeordnete und Journalisten fanden kaum gute Worte für ihn.

Ganz anders fiel die Bewertung mancher deutscher Beobachter aus. Eindeutig positiv war die Beurteilung durch Bundespräsident Theodor Heuss: „[Shinnar ist] ein Mann, der seiner schweren Aufgabe mit ruhigem Takt und viel Einsicht gerecht wird."[18] Nicht viel anders sind die Urteile über ihn in den Erinnerungen anderer deutscher Amtsträger ausgefallen. Felix von Eckardt schrieb über den Leiter der Israel-Mission: „Shinnar vertrat die Interessen seines Landes mit Klugheit und

---

12 Shinnar an den Finanzminister vom 27. 9. 1953, ISA, 572/2a.

13 MA'ARIV (Tel Aviv) vom 4./5. 6. 1956; KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 3. Knesset, 166. Sitzung, S. 25, am 9. 10. 1956, 506. Sitzung, S. 2487.

14 Interview mit Nachum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987.

15 Telephoninterview am 23. 6. 1993. Der Mann möchte nicht namentlich genannt werden.

16 Interview mit A. Robert Sadove in Washington, D.C. im Frühjahr 1988.

17 Interview mit Nahum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987.

18 PIKART, Theodor Heuss, S. 153.

Umsicht, aber auch mit Verständnis für die deutsche Seite."[19] Hans von Herwarth bezeichnete Shinnar als „tüchtige und sympathische Persönlichkeit". Shinnar sei frei von Ressentiments gegen Deutschland gewesen.[20] Ähnlich äußerte sich im Rückblick auch der Israel nicht besonders freundlich gesinnte Alt-Bundespräsident Karl Carstens, der Shinnar als einen „geschickten, klugen Diplomaten" bezeichnete.[21] Ein nicht namentlich genannter Vertreter des Auswärtigen Amts schilderte Shinnar in einem zusammenfassenden Bericht anläßlich der Rückkehr des israelischen Diplomaten nach Israel im Jahre 1965 wie folgt: „[Shinnar] hat sich die deutsch-israelische Aussöhnung zum Lebensziel gesetzt [...] [Er verbindet] die Zähigkeit des Schwaben mit der Subtilität und Intelligenz des jüdischen Volkes."[22] Ungeachtet der deutlichen Diskrepanz zwischen den israelischen und deutschen Beurteilungen gilt als unbestritten, daß Shinnar die israelische Einkaufsmission in Köln zwölf Jahre lang mit beachtlichem Erfolg – vor allem im wirtschaftlichen und finanziellen, weniger im politischen Bereich – geleitet hat. Im Juli 1953 verlieh ihm die israelische Regierung den persönlichen Rang des generalbevollmächtigten Gesandten und im Januar 1958 den Rang des Botschafters *ad personam*. Die westdeutschen Ämter respektierten Shinnars Titel in der Regel, gaben mitunter jedoch auch arabischem Druck gegen Shinnar nach.

Shinnar war ein einsamer Mann. Die Abende verbrachte er ganz allein in seiner Wohnung. Aus ethischen Gründen soll er auf geselligen Umgang mit Deutschen verzichtet haben, und aus demselben Grund hat sich seine Frau angeblich geweigert, nach Köln zu ziehen. Shinnar hatte freien Zugang zu führenden Politikern, einschließlich der Bundespräsidenten Heuss und Lübke und der Bundeskanzler Adenauer und Erhard. Mit dem Schwaben Heuss unterhielt er sich im gemeinsamen muttersprachlichen Dialekt. Shinnar neigte der CDU zu, ein Umstand, den die SPD und die Gewerkschaften mit einigem Mißfallen vermerkten.[23]

Die am 1. März 1953 gegründete Schilumimgesellschaft war für die praktische Durchführung des Abkommens zuständig. Ihr erster Direktor, Hillel Dan, amtierte gleichzeitig als Direktor des gewerkschaftlichen Baukonzerns Solel-Boneh, des Vorzeigeunternehmens der israelischen Einheitsgewerkschaft Histadrut. Die israelische Wirtschaft gliederte sich in einen öffentlichen Sektor, darunter staatseigene Betriebe, Gewerkschaftsfirmen und Kooperativen, und einen privaten Sektor mit Familienbetrieben und Aktiengesellschaften. Der Wettbewerb zwischen den beiden Sektoren, vor allem zwischen den Unternehmen der Histadrut und privaten Firmen in sämtlichen Wirtschaftsbereichen war nicht spannungsfrei. Während im öffentlichen Sektor die Mapai dominierte, galten die Parteien des Zentrums und der Rechten als Sprachrohr privater Interessen. Die Ernennung Dans zum Direktor der Schilumimgesellschaft verschaffte dem öffentlichen Sek-

---

[19] ECKARDT, Lebenserinnerungen, S. 203.
[20] HERWARTH, Von Adenauer zu Brandt, S. 90.
[21] CARSTENS, S. 307.
[22] Bericht des Auswärtigen Amtes vom 1. 5. 1965, PA, IB4, B36, Nr. 192, 82.03–82.50, 92.12, Stichwort.
[23] Ludwig Rosenberg an Aharon Becker vom 9. 1. 1965, ILA, 219a/IV, No. 132; Heinz Putzrath an Erich Ollenhauer vom 3. 7. 1959, AdsD, SPD-Parteivorstand; Tavor an Herlitz vom 21. 3. 1960, ISA, 3309/10.

tor einen Wettbewerbsvorteil, was zu ständigen Auseinandersetzungen über die Besetzung des Postens bis zum erzwungenen Rücktritt Dans im Jahre 1954 führte.

Der ehrgeizige und pragmatische Dan schien anfangs der geeignete Mann für den Aufbau und die Führung eines Unternehmens wie der Schilumimgesellschaft zu sein. Für die Unternehmensleitung rekrutierte er Führungskräfte von Histadrut-Firmen, für deren Gehälter weiterhin die bisherigen Arbeitgeber aufkamen. Dan formulierte Managementkonzepte und Leitlinien für die langfristige Wirtschafts- und Handelsstrategie im Geiste des Sozialismus, die er mit dem gesellschaftspolitischen Ethos der israelischen Arbeiterbewegung in Übereinstimmung zu bringen versuchte. Sie waren planwirtschaftlich orientiert, von oben verordnet und als Teil des öffentlichen Sektors konzipiert. Dans Auffassung zufolge, die auch vom dritten Direktor der Schilumimgesellschaft, Nahum Shamir, geteilt wurde, waren der Privatsektor bzw. private Unternehmen nicht in der Lage, größere Projekte auszuführen.

Die Debatte über die Verwendung der Schilumimgelder begann fast zeitgleich mit den Schilumimverhandlungen. In diesem Zusammenhang nahm die israelische Regierung die Dienste des amerikanischen Wirtschaftsplanungsexperten Samuel Trone in Anspruch, der am 30. Juni 1952 einen Bericht mit dem Titel „German Payments, Basic Development Program" vorlegte.[24] Sein Plan wurde kurzerhand verworfen. Er offenbarte eine völlig falsche Einschätzung der Mentalität der Israelis, besonders der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten. Trone betonte die private Initiative bzw. den Privatsektor. Seine Auftraggeber von der sozialistisch orientierten Mapai hatten offensichtlich einen ganz anderen Bericht erwartet. Andere Planer scheiterten auf ähnliche Weise. In Ermangelung einer langfristigen Planung griffen Dan und seine Nachfolger schließlich auf die bewährte israelische Methode der Improvisation zurück. Die einzelnen Ministerien notierten ihren Bedarf auf speziellen Fragebögen und bekamen eine bestimmte Summe zugeteilt. Private Industrielle reichten Bestellungen ein. Politiker und Beamte entschieden sich – nach sowjetischen Vorbild – für den Aufbau einer Schwerindustrie, einschließlich Eisen- und Stahlerzeugung, sowie Automobil- und Dieselmotorenbau. Ein weiterer bevorzugter Verwendungsbereich für Schilumimgelder war der Ausbau von Verbindungs- und Kommunikationssystemen wie Eisenbahn, Straßennetz, Telekommunikation, Häfen und Rundfunk. Israel war zudem dringend auf den Ausbau der Stromerzeugung angewiesen. Von neuen Leichtindustrien erwartete man die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern sowie die Ankurbelung der Ausfuhr. Dieser Bereich war dem privaten Sektor zugedacht, der die in ihn gesteckten Erwartungen jedoch nicht erfüllen konnte. Statt mit Initiative und Kreativität tat sich dieser Sektor, wohl auch aus Mangel an Investitionskapital, vor allem mit Protest gegen sein angebliche Diskriminierung hervor. Die privaten Unternehmer, so Shamir, reichten nur ungenügend ausgearbeitete Geschäftspläne ein, da ihnen das nötige Fachwissen fehle. Die Verwendung der Schilumimgelder entwickelte sich zum Zankapfel zwischen

[24] Bericht von Samuel Trone „German Payments, Basic Development Program" vom 30. 6. 1952, BGA, General File.

den linken Parteien und dem restlichen Parteienspektrum, das vom Privatsektor unterstützt wurde.[25]

Der Nettoerlös aus dem Verkauf von Schilumimgütern wurde auf die verschiedenen Wirtschaftszweige verteilt. Größere Summen gingen in die Forschung und Entwicklung, ein anderer Teil der Gelder floß in die Verteidigung, in die Entwicklung von Waffen und in die Rüstungsindustrie.[26] Wirtschaftsfachleute forderten, das angehäufte Kapital zur Festigung der Landeswährung zu verwenden. Die israelische Wirtschaft befand sich in einer Inflationsspirale, das israelische Pfund verlor ständig an Wert, und die weltwirtschaftlichen Einflüße waren, bedingt durch den Kalten Krieg, negativ. Der Wechselkurs der Schilumimmark war zudem umstritten und häufiger Neuanpassung unterworfen. Die Finanzexperten traten deshalb für die Schaffung eines Fremdwährungsfonds zur Stabilisierung des israelischen Pfunds ein. Doch die Versuche, die deutsche Seite davon zu überzeugen, einen Teil der Schilumim in bar und nicht in Form von Gütern zu leisten, schlugen fehl, und damit scheiterte auch der Stabilisierungsplan. Die Schilumimgesellschaft verfolgte die Warenmärkte aufmerksam, um Preisschwankungen auszunützen. Rohstoffe wurden zu tiefen Preisen gekauft und später mit Profit verkauft. Die Einfuhr von Konsumgütern für den täglichen Bedarf aus Schilumimgeldern war strikt untersagt, davon ausgenommen nur der Import von Hering, Zucker, Kaffee, Fleisch und Kakaobohnen. Trotz Wirtschaftsplanung und detaillierten Empfehlungen für die Verwendung der Gelder, setzten die Beamten weitgehend auf Improvisation.

Ein Hauptgrundsatz des Schilumimabkommens war zum Schutz der lokalen Industrie vor ausländischer Konkurrenz das Einfuhrverbot von Gütern, die auch in Israel hergestellt wurden. Dies führte in einigen Fällen zu Versorgungsengpässen bzw. zu einem qualitativ minderwertigen Angebot zu überhöhten Preisen, ein Mißstand, dem mehrere Knessetsitzungen gewidmet waren.[27] Ein weiteres Problem war die Bevorzugung deutscher Erzeugnisse – gegen Schilumimgelder – auf Kosten traditioneller Lieferanten aus Großbritannien, Frankreich und anderen Ländern. Die traditionellen Lieferanten protestierten gegen diese neue Handelspolitik über diplomatische Kanäle oder mittels Druck via Firmen in jüdischem Besitz sowie über jüdische und zionistische Gruppierungen und Organisationen. In den meisten Fällen entschied sich der Staat Israel jedoch für den wirtschaft-

---

[25] Interview mit Nachum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987; KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 2. Knesset, 242. Sitzung, S. XIV, Dr. Yeshayahu Foerder, die Fortschrittspartei, zum Haushaltsplan für das Jahr 1954/55 am 8. 6. 1953; der Berater an den Außenminister vom 26. 3. 1954, USNA, National Record Center Suitland, RG 466, HICOG, Bonn, Box 169.

[26] Tagebucheinträge Ben Gurions vom 14. 2. und 1. 10. 1952, BGA, BGD.

[27] KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 2. Knesset, 356. Sitzung am 18. 1. 1954, 447. Sitzung am 28. 6. 1954, 451. Sitzung am 30. 6. 1954, 467. Sitzung am 9. 8. 1954, 508. Sitzung am 7. 9. 1954 und 588. Sitzung am 1. 12. 1954; E.J. Barnes, Bonn, an F.A. Warner, London, vom 26. 7. 1959, PRO, FO 371/118407, WG 1571; Evant, Tel Aviv, an Eden, London, vom 22. 9. 1952, PRO, FO 371/98802; Ausarbeitung „Deutsche Wiedergutmachungsleistungen an Israel und deren Auswirkung auf Großbritannien vom 30. 4. 1953, ISA, 45/9; Shinnar an den Finanzminister vom 4. 10. 1953, ISA, 588/4; DÜSSELDORFER NACHRICHTEN vom 3. 8. 1953.

lichen Vorteil, d.h. für die kurzfristige Einsparung von Devisen, wenn auch im Hinblick auf die langfristigen Risiken versucht wurde, den Schaden zu begrenzen.

Verschiedene Staaten versuchten von den Schilumim zu profitieren; sei es, um mittels Ausfuhr nach Israel Schulden gegenüber der Bundesrepublik abzutragen oder schlicht um den Handel mit Israel – gegen Schilumimgelder – zu fördern. Hierbei handelte es sich im wesentlichen um die in Israel nicht unumstrittenen Dreiecksgeschäfte. Der jüdische Staat importierte auf diesem Weg Waren, die in der Bundesrepublik nicht erhältlich waren, darunter Rohgummi, Häute, Kakao, Kaffeebohnen, Bauholz, Zucker und Weizen. Solche Geschäfte, in manchen Fällen unumgänglich und oft auf Drängen der israelischen Regierung zustande gekommen, erwiesen sich nicht selten als Fehlschlag. So zwang die Bundesrepublik Israel zum Kauf von türkischem Weizen, der sich als qualitativ minderwertig und zu teuer herausstellte. Die Türkei hatte Schulden bei der Bundesrepublik, und für Bonn bot sich die Möglichkeit, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.[28] Bei einem ähnlichen Geschäft belieferte Österreich Israel im Auftrag der Bundesrepublik mit schlechtem Holz.[29] Nur widerstrebend wurde die Einfuhr von westdeutschen Fischprodukten akzeptiert, nachdem sich der israelische Konsument an den qualitativ besseren skandinavischen Fisch gewöhnt hatte. Israel weigerte sich sodann, Schilumimgelder für die Einfuhr von isländischem Fisch zu verwenden, wie von der Bundesrepublik verlangt, denn den konnte es im Tausch gegen Zitrusfrüchte erhalten. Kurz, Israel verfolgte die Warenmärkte mit größter Aufmerksamkeit und war nicht bereit, die eigenen Handelsinteressen auf dem Altar der Schilumim zu opfern. Aber auch die Bundesregierung bewilligte Dreiecksgeschäfte nur in Ausnahmefällen und untersagte sie nach 1956 ganz. Die Förderung der eigenen Industrie hatte auch für die Bundesrepublik oberste Priorität.[30] Größte Bedeutung wurde in diesem Zusammenhang dem Wiederausfuhrverbot beigemessen[31], dessen Einhaltung von deutschen Diplomaten streng überwacht wurde. Arabische Diplomaten werteten Dreiecksgeschäfte als Übertretung des Wiederausfuhrverbots.[32]

Das Schilumimabkommen unterteilte die zu liefernden Güter in fünf Kategorien mit festem Anteil an der Jahresrate nach folgendem Schlüssel: Eisen und farbige Metalle: 43 Millionen Mark, Leichtindustrieprodukte: 47 Millionen Mark,

---

[28] Shinnar an den Finanzminister vom 6. 8. 1953; MA'ARIV (Tel Aviv) vom 7. und 11. 8. 1953.

[29] MA'ARIV (Tel Aviv) vom 19. 5. 1954; Memo vom 7. 7. 1954, PRO, FO 371/104799, ER11318/3.

[30] Bartur, Wirtschaftsabteilung, an Shinnar vom 30. 8. 1953, ISA, 2417/8; Levavi an Yoran, Belgrad, vom 25. 5. 1953, ISA, 2418/11a; Dr. Brückner an alle Außenposten der BRD vom 17. 8. 1954, PA, 210-01/E, Bd. 8; Bundesfinanzminister Schäffer an Staatssekretär Wolff vom 6. 8. 1953, BArch, B 125/51545; Notiz vom Juli/August 1957, PRO, FO 371/128172.

[31] DOCUMENTS RELATING, Par. 5, Punkt 4, S. 127.

[32] Von Grundless an das AA vom 25. 2. 1952, PA, 210-01/25, Bd. 1; Vermerk über den Besuch des irakischen Geschäftsträgers Mumayin im AA vom 21. 2. 1956, PA, 708, 82.20-82.70,92.10; Bundeswirtschaftsministerium, Beelitz, an Abs vom 22. 3. 1952, BArch, B 702/7019; Bundesfinanzministerium, Schäffer, an den Staatssekretär vom 18. 11. 1953, BArch, B 126/51545; Yachil an den israelischen Außenminister vom 8. 8. 1953, ISA, 617/16; Ilsar an Tavor vom 24. 6. 1957, ISA, 3100/11b.

Maschinen: 40 Millionen Mark, landwirtschaftliche Güter: 30 Millionen Mark, Dienstleistungen: 15 Millionen Mark und Mineralöl: 75 Millionen Mark. Zusammen ergab das einen Betrag von jährlich 250 Millionen Mark.[33] Die Israelis beklagten die „Sturheit" der deutschen Seite, die sich weigerte, die festgelegten Gütergruppen, das Verhältnis zwischen ihnen oder den Zahlungsmodus zu ändern.[34] Diese Haltung stieß bei den unternehmerisch-dynamischen, improvisierenden Israelis auf wenig Verständnis und wurde manchmal als Böswilligkeit interpretiert.[35] Am Anfang konzentrierten die Israelis ihre Bestellungen jedes Jahr auf eine bestimmte Kategorie. Sie bestellten ganze Fabriken, sehr zum Mißfallen der deutschen Seite, da solche Anlagen, sogenannte harte Güter, auf dem Weltmarkt hohe Preise erzielten. Die Bundesrepublik zog es vor, Israel „weiche Güter" zu liefern, die auf dem normalen Markt schwieriger bzw. nur mit geringem Profit verkäuflich waren. Bei den „harten Gütern" handelte es sich in der Regel um hochprofitable Produkte der Schwerindustrie mit ausgezeichneten Märkten.[36] Zur dritten Produktgruppe, die in Israel großes Interesse weckte, gehörten dringend benötigte Dünger und Rohstoffe für die Chemie sowie halbfertige Produkte für die Gummi- und Textilindustrie. Die vierte Produktkategorie war umstritten, denn die darin enthaltenen Konsumgüter widersprachen den allgemeinen Richtlinien für die Verwendung von Schilumimgeldern. Sie veranschaulicht freilich, wie die westdeutsche Wirtschaft von den Schilumim profitierte. Deutsche Winzer übten Druck auf die deutsche Schilumimverwaltung aus, um die Einbeziehung von Weinen in das Lieferprogramm zu erwirken, was von der israelischen Seite jedoch abgelehnt wurde. Wein galt in Israel als Luxusartikel, der im Land selbst hergestellt wurde. Der deutsche Wein war zudem nicht koscher und somit für gläubige Juden tabu. Nach heftiger Diskussion ließt die deutsche Seite diesen Posten fallen. Auch die fünfte Güterkategorie war mit Meinungsverschiedenheiten über die Aufteilung des Transports zwischen israelischen und deutschen Reedereien und des Versicherungsgeschäfts verbunden. Die Zusammenstellung der Güterlisten war generell vom Gegensatz zwischen der israelischen Bevorzugung „harter Güter" und dem deutschen Interesse an der Lieferung „weicher Güter" geprägt. Ein auf arabischen Druck zurückzuführender angedrohter Lieferstopp an Israel in den frühen sechziger Jahren konnte nur durch eine Intervention von hoher Stelle verhindert werden.[37]

Die Bevorzugung der sogenannten Notstandsgebiete bei der Güterbestellung leistete einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft. Davon profitierte – gemäß Abkommen – vor allem West-Berlin bzw. Berliner Firmen im Telekommunikationsbereich. Weitere Schwerpunkte der israelischen Bestellungen lagen in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen. Die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein wurden als

---

[33] LAZARSOHN, Umsetzung, S. 78.
[34] Interview mit Nahum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987; Vermerk der Abteilung 206 vom 29. 11. 1955, PA, 210–01/E.
[35] Interview mit Nahum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987.
[36] CHEVRATCHEVRAT HA-SHILUMIM.
[37] Aufzeichnung vom 8. 8. 1960, PA, Nr. 1032, 308, 82.50, 92.19, Ref. 416.

Grenzgebiete zur DDR bevorzugt behandelt, und in den Hansestädten Hamburg und Bremen gab es Werften, die seit dem Krieg brachlagen. Israelische Bestellungen von großen Frachtern hauchte ihnen und den Werften in Lübeck neues Leben ein. Der Ausbau der israelischen Handelsflotte war ein Kapitel für sich. Trones Pläne maßen der Flotte niedrige Priorität bei. Sowohl Dan als auch Shamir beanspruchen den Ausbau dieses Wirtschaftszweigs in ihren Erinnerungen für sich.[38] Übereinstimmend stellen sie indes fest, daß die israelischen Reedereien die sich ihnen bietende Gelegenheit nicht wahrgenommen hätten und Finanzminister Eschkol für den Ausbau der Handelsschiffahrt, Handelsminister Saphir aber dagegen gewesen sei. Eschkol soll argumentiert haben, überzählige Schiffe seien leicht zu verkaufen. Insgesamt ließ Israel 59 Schiffe unterschiedlicher Art und Größe bauen, die den bundesdeutschen Werften zu einem Neuanfang verhalfen.[39] Shamir weist auf den Beitrag der israelischen Bestellungen zur technologischen Entwicklung der westdeutschen Industrie hin und führt als Beispiel die Turbinenbestellung für das Haifaer Elektrizitätswerk an, die die Ingenieure veranlaßt haben soll, sich in die Neuerungen des Turbinenbaus zu vertiefen. Obwohl die Schilumim selbst in den Spitzenjahren weniger als ein Prozent des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik ausmachten, hat die westdeutsche Wirtschaft zweifellos davon profitiert, wovon das anfängliche rege Interesse der Industrie an Schilumimaufträgen zeugt.[40] Die Schilumim trugen zudem nicht unwesentlich zur Lösung sozioökonomischer Probleme in der Bundesrepublik bei. Doch mit der Ausdehnung der wirtschaftlichen und industriellen Tätigkeit und dem Aufkommen der arabischen Erpressungsversuche verflog die Begeisterung bald.

Israel bot den westdeutschen Exporteuren einen neuen und rasch wachsenden Markt, zu dem sich manche Hersteller durch die Schilumim langfristig Zugang verschafften. Am Anfang konzentrierte sich der Handel auf Ersatzteile für deutsche Maschinen, später erweiterte sich das Sortiment. Als die Bundesrepublik und der Staat Israel im Jahre 1965 nach Abschluß der Schilumimlieferungen diplomatische Beziehungen aufnahmen, führte Israel bereits westdeutsche Güter im Gesamtwert von 276 Millionen Mark ein. Die israelischen Ausfuhren in die Bundesrepublik betrugen zum selben Zeitpunkt 206 Millionen Mark. Die Bundesrepublik Deutschland war zum drittwichtigsten Handelspartner Israels aufgestiegen.

Der Schilumimimport war nicht nur eine Erfolgsgeschichte. Gelegentlich kam es zu Fehleinschätzungen des eigenen Bedarfs oder zu anderen groben Entscheidungsfehlern. Ein solcher Fall betraf die riesigen Investitionen in Kupferminen bei Elat am Roten Meer. Erst nach Beendigung der Bauarbeiten stellten die Unternehmer fest, daß der Preis des Endprodukts weit über dem Weltmarktpreis lag.

---

[38] DAN, Ungebahnte Wege, S. 333–335; Interview mit Nahum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987.

[39] DEUTSCHLANDS WEG NACH ISRAEL, S. 101.

[40] BUNDESANZEIGER vom 12. 6. 1952; Shinnar an Eytan vom 6. 6. 1953, ISA, 568/3; Ausarbeitung „Das Interesse der westdeutschen Industrie und Berlins an den Lieferungen aus dem Wiedergutmachungsabkommen mit dem Staat Israel" vom 12. 2. 1953; Auszug aus der Liste Industrie-Angebote an die Israel-Mission betr. Lieferungen unter dem Wiedergutmachungsabkommen mit Israel vom 10. September 1952, BArch, N 1351, Bd. 16.

Schlicht größenwahnsinnig waren sodann Bestellungen für Eisenbahneinrichtungen und Rollmaterial. Die verantwortlichen israelischen Beamten hatten die Warnungen des deutschen Herstellers, wonach sich das bestellte Material für die kurzen Distanzen in Israel nicht eigne, kurzerhand in den Wind geschlagen und scheiterten kläglich.[41] Als das Schilumimprogramm 1965 formell zu Ende ging, war der Etat längst erschöpft. Aus Mangel an Vertrauen zur deutschen Seite hatten sich die Israelis bemüht, den Etat so schnell wie möglich aufzubrauchen. Sie tätigten Großaufträge mit langfristigen Lieferterminen, finanziert durch langfristige Kredite der beauftragten Firmen selbst oder durch Israel freundlich gesinnte Banken. Holländische und später auch deutsche und israelische Banken gewährten Kredite zu niedrigen Zinsen, die später von der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank zurückgezahlt wurden. Das sogenannte Vorgriffsystem machte es möglich, den Schilumimetat viel schneller als vorgesehen zu nutzen. Dadurch waren am 31. März 1956 bereits Bestellungen für 45,5% der gesamten Schilumimsumme vergeben.[42]

Die Schilumimgesellschaft in Israel setzte sich aus drei Organen zusammen: aus der Exekutive einschließlich des für die Übermittlung von Anweisungen an die Kölner Mission und die Handelsabteilung verantwortlichen technischen Ausschusses, einem öffentlichen Aufsichtsrat bestehend aus 34 Mitgliedern sowie aus einem ministeriellen Aufsichtskomitee.

Die Aufgabe der Schilumimgesellschaft bestand darin, für den Transport der bestellten Güter nach Israel zu sorgen. Sie war verantwortlich für die Ausführung der eigenen und fremden Bestellungen sowie für die Auslieferung der bestellten Güter in Israel. Die Exekutive war für die Verwaltung zuständig. Die Bestellungen wurden dem technischen Ausschuß zur Prüfung vorgelegt und bei einer positiven Entscheidung an die Mission weitergeleitet, der es oblag, einen geeigneten Hersteller zu ermitteln. War der Hersteller gefunden, mußte sich der Käufer um die Einfuhrbewilligung des zuständigen Ministeriums bemühen. Gleichzeitig waren entsprechende Vorkehrungen für die Finanzierung des Auftrags zu treffen. Der Käufer hatte 12,5% des Auftragswerts im voraus zu bezahlen. Weitere 25% waren bei der Freigabe der Ware im Hafen fällig. Für den Rest wurde ein sechsmonatiger Kredit gewährt. Nach gesicherter Finanzierung wurde der Auftrag von der entsprechenden Abteilung der Kölner Mission zur Ausführung freigegeben. Von dort gelangte er direkt an den Hersteller. Vermittler oder Handelsagenten waren nicht zugelassen.[43] Ben Gurion und andere israelische Stellen hatten sich ausdrücklich für den Ausschluß von Handelsagenten entschieden – eine Haltung, die von deutscher Seite mitgetragen wurde. Eine enstprechende Bestimmung ist in Absatz 7 des Schilumimabkommens enthalten. Ben Gurion hatte seine Auffassung damit begründet, daß bei einer Zulassung von Handelsagenten eine Überschwemmung der Märkte durch israelische Geschäftemacher zu befürchten

---

[41] Interview mit Nachum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987.

[42] CHEVRATCHEVRAT HA-SHILUMIM, S. 7; Interview mit Nahum Shamir am 20. 5. und 17. 6. 1987; LAZARSOHN, Umsetzung, S. 77.

[43] LAZARSOHN, Umsetzung, S. 76–77; Aufzeichnung vom 17. 11. 1952; Pressekommuniqué Shinnars vom 22. 3. 1953, PA, 244–13E II, 15315/52–1748/52.

sei.[44] Interessierte Kreise hatten alle Hebel in Politik, Presse und Wirtschaft in Bewegung gesetzt, um eine Änderung dieser Bestimmung zu erzwingen.[45] Der öffentliche Aufsichsrat, bestehend aus Vertretern der Regierung, des öffentlichen Lebens und verschiedener Wirtschaftszweige war für Grundsatzfragen zuständig. Häufige Tagesordnungspunkte waren der Wettbewerb zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor sowie Klagen über Diskriminierungen. Die höchste Entscheidungs- und Aufsichtsgewalt lag bei dem vom Finanzminister geleiteten ministeriellen Aufsichtskomitee, dem auch der Landwirtschaftsminister, der Minister für Industrie und Handel, der Minister für Arbeit und der Innenminister angehörten. Ein Planungsausschuß und die Leitung der Schilumimgesellschaft standen ihm zur Seite.[46]

Die israelischen Stellen arbeiteten eng mit den deutschen Institutionen zusammen, vor allem mit dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundeswirtschaftsministerium.

2. Die ausführenden Organe der Bundesrepublik

Die genannten Bundesministerien waren für Grundsatzfragen zuständig, wurden aber auch bei kleineren Problemen konsultiert. Daneben beteiligten sich weitere Stellen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens an der Umsetzung des Schilumimabkommens. Der Aufbau der deutschen ausführenden Organe ist in den Absätzen 5, 6 und 7 des Schilumimabkommens definiert.[47] Hier ist zunächst der gemischte Ausschuß zu erwähnen, der sich aus Delegierten beider Seiten zusammensetzte. Den Vorsitz nahm der erste deutsche Chefdelegierte, Carl Hermann Müller-Graff, ein hochrangiger und einflußreicher Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums, ein. Die Israelis waren mit dieser Besetzung sehr zufrieden und bedauerten Müller-Graffs Abberufung im November 1953. Er galt als Fachmann, stand dem Schilumimabkommen und dem Geist, auf dem es beruhte, positiv gegenüber und war als ehemaliger Gegner der Nationalsozialisten bekannt.[48] Der gemischte Ausschuß trat am 18. Mai 1953 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Es wurden vier Unterausschüsse für folgende Bereiche gebildet: Berlin und die Notstandsgebiete, Transportfragen, Unkosten (Kommissionsgebühren, Verwaltungskosten, Versicherung usw.) und Finanzierung. Der gemischte Ausschuß hatte den Auftrag, die Warenliste jeweils bis spätestens zum 30. Sep-

---

[44] Ben Gurion an Goldmann vom 2. 8. 1952, CZA, Z 6/1022.

[45] Von Carnap, Außenhandelsabteilung des Bundesverbands der Deutschen Industrie, an Dr. A. Bergmann, Israel-Mission, vom 3. 12. 1954, ISA, 613/12; KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 3. Knesset, 506. Sitzung am 4. 8. 1958, S. 2615–2626 (Resümee des Finanzausschusses der Knesset zur Frage von Handelsagenten und zum Kauf von Schilumim-Waren).

[46] Protokoll Nr. 313/3 über die Regierungssitzung vom 12. 10. 1952, ISA, 7264/7; LAZARSOHN, Umsetzung, S. 76; der britische Botschafter in Tel Aviv an Anthony Eden vom 8. 11. 1952, PRO, FO 371/98802, ER 11318/5.

[47] DOCUMENTS RELATING, Par. 5,6 und 7, S. 127–129.

[48] Shinnar an den Wirtschaftsminister, an Dr. G. Josephthal und an Hillel Dan betr. Bericht Nr. 18 vom 4. 10. 1953, ISA, 2383/19.

tember zu empfangen und sie binnen dreier Monate zu genehmigen. Der Vorschlag für das folgende Jahr hatte auf der Liste des Vorjahres zu beruhen, gewisse Änderungen waren jedoch möglich. Genau diese Änderungen verursachten die meisten Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten und bildeten die Grundlage für die israelischen Klagen über angebliche Sturheit und Böswilligkeit der anderen Seite. Die israelischen Vertreter stellten sich auf den Standpunkt, daß sobald ein Posten auf der Liste der gestatteten Güter erschöpft sei oder Israel seine Prioritäten ändere, dies von der deutschen Seite nicht angefochten werden könne, lege doch das Abkommen ohnehin die genauen Lieferbedingungen, den gesetzlichen Status der Güter (d.h. Besteuerung, Zölle, Ausfuhrpriorität und Kaufbedingungen) sowie die Preise unter Berücksichtigung der lokalen und internationalen Märkte fest. Es sei demnach nicht Sache des Ausschusses, so die Israelis, neue Hürden aufzubauen. Doch die deutschen Vertreter waren anderer Meinung. Sie konsultierten verschiedene Stellen, bevor sie die vorgelegte Liste genehmigten. Da es die Hauptaufgabe des gemischten Ausschusses war, über die Zulässigkeit der einzelnen Bestellungen zu entscheiden, war die Genehmigung der Güterliste mit ausgedehnten Verhandlungen verbunden. Die genehmigte Liste wurde jeweils dem Bundesfinanzministerium zur Budgetierung vorgelegt.

Als nächtes legte die israelische Einkaufsmission die Kaufaufträge der Auftragsvergabestelle, einem speziellen Amt für die Verrechnung und Vergabe von Schilumimaufträgen, vor, nachdem die Handelsabteilung der Mission die nötigen Abklärungen getroffen hatte. Der Einkauf fand in enger Zusammenarbeit mit der Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft in Frankfurt am Main statt, die mit der westdeutschen Industrie bzw. mit der Erhältlichkeit bestellter bzw. gewünschter Güter vertraut war. Diese Bundesstelle war außerdem verantwortlich für die fachgerechte Ausführung der Aufträge und die Gewährung der den israelischen Käufern zustehenden Privilegien. Zur Verhinderung von Preismanipulationen und zur Sicherstellung fairen Wettbewerbs holte die Stelle bei mehreren Herstellern Angebote ein. Generell wachte die Bundesstelle für den Warenverkehr über die Wahrung der Interessen sowohl der Käufer als auch der Anbieter.[49]

Dank ihrer Erfahrung und den engen Verbindungen zu verschiedenen Wirtschafts- und Industriekreisen war die Bundesstelle für den Warenverkehr in der Lage, auf eine reibungslose Zusammenarbeit und Koordination zwischen der Israel-Mission, den Herstellern und den Exporteuren hinzuwirken. Bereits während der Verhandlungen in Wassenaar hatte das Bundeswirtschaftsministerium den sogenannten Israel-Ausschuß unter Beteiligung des Industrie- und Handelstages in Bonn, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und eigener Vertreter ins Leben gerufen. Auf einer Sitzung vom 16. Juli 1952 empfahlen die sechs anwesenden Vertreter die Gründung eines speziellen aus Vertretern sämtlicher wichtiger Wirtschaftsverbände zusammengesetzten Gremiums, dessen Aufgaben wie folgt festgelegt wurden: Herstellung von Verbindungen zwischen israelischen

[49] Bericht über die Beratungen im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn am 14. 11. 1952, CZA, S 35/234; Memorandum vom 25. 11. 1952, CZA, S 35/252; Shinnar an den Finanzminister, an Dr. G. Josephthal und an Hillel Dan betr. Bericht Nr. 3 vom 15. 5. 1952, ISA, 2383/19.

Käufern und deutschen Anbietern, Beratung interessierter Firmen und Preisüberwachung – zwecks Verhinderung von Dumping, Garantierung des Sonderstatus von Berlin, Einhaltung der Verkaufsgrenzen und Kontrolle der Tätigkeit der Bundesstelle für Warenverkehr.[50] Da sich die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik nach der Abfassung dieses Dokuments nachhaltig verbesserte, erübrigte sich ein Teil der beschriebenen Aufgaben, andere wurden den neuen Verhältnissen angepaßt. Jedenfalls veranschaulicht das Dokument das rege Interesse der Industrie und der deutschen Wirtschaft generell an den Schilumim und die gründlichen Vorbereitungen des Projekts.

Die Bundesstelle für den Warenverkehr wurde auch beauftragt, die Preise zu überwachen und unfairen Wettbewerb zu verhindern sowie die Interessen der einzelnen Bereiche der westdeutschen Wirtschaft und der Einzelfirmen zu wahren. Den Berichten der Kölner Mission an das Finanzministerium in Jerusalem zufolge nahm die Bundesstelle ihren Auftrag bis zum Ende der Schilumim wahr. Ihre Hauptaufgabe war die Prüfung und Bewilligung der eingereichten Bestellungen. Insbesondere sollte geprüft werden, ob die bestellten Güter in der Warenliste enthalten waren, ob sie den vereinbarten Bedingungen entsprachen und ob es sich nicht um verbotenes Kriegsmaterial handelte. Bewilligte Bestellungen wurden den Anbietern zur Ausführung übergeben. Nach der Lieferung der Güter wurde die Bestellung, falls nicht anders vereinbart, der Bank zur Verrechnung überstellt.

Gemäß Absatz 9 des Schilumimabkommens, war die Israel-Mission dazu verpflichtet, bei der Bank deutscher Länder ein Konto zu eröffnen, auf welches die Bundesregierung zweimal jährlich die vereinbarte Rate einzuzahlen hatte.[51] Zu Beginn ihrer Tätigkeit eröffnete die Mission fünf Konten bei westdeutschen Banken und später weitere Konten zur Bezahlung der ausgeführten Bestellungen.

Zur Verschiffung bereite Güter wurden zum Ausgangshafen transportiert. Befand sich dieser in der Bundesrepublik, ging der Landtransport vollumfänglich auf Kosten der Schilumim, der Landtransport zu ausländischen Häfen dagegen nur bis zur deutschen Grenze. Rund 52% der Schilumimfracht fuhr unter israelischer Flagge, der Rest auf deutschen Schiffen oder auf von deutschen Reedereien gecharterten ausländischen Frachtern.[52] Seetransport und Versicherung (cif) gingen ebenfalls auf Rechnung der Schilumim. 70% des Risikos bzw. der Prämie entfielen auf ein Konsortium deutscher Versicherungen. Den Rest finanzierte ein israelisches Versicherungskonsortium, das wiederum bei einer englischen Gesellschaft rückversichert war und somit nur einen Bruchteil der restlichen Prämie zu zahlen hatte. Die Transportkosten gingen auf das Konto der fünften Schilumimgüterkategorie.[53]

Die Schilumim bildeten den Anknüpfungspunkt für die Beziehungen (oder besser gesagt der „Nicht-Beziehungen") zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel. Die beiden Staaten formalisierten ihre bilateralen Beziehungen durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen genau zu dem Zeit-

---

50 Vermerk vom 17. 7. 1952, BArch, B 102/7019.
51 DOCUMENTS RELATING, S. 126, 130–131.
52 CHEVRATCHEVRAT HA-SHILUMIM, S. 7; DER DEUTSCH-ISRAELISCHE DIALOG, S. 126.
53 DOCUMENTS RELATING, Par. 6, Punkt d, S. 128.

punkt, als die Schilumim zu Ende gingen, d.h. nach Ablauf der zwölfjährigen Zahlungsphase (1953–1965). Ohne diese Brücke wäre die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel wohl kaum zustandegekommen. Eine These, die nur von wenigen Beobachtern offen unterstützt wird, besagt, daß der Abschluß der Schilumim die Hauptursache für die Formalisierung der gegenseitigen Beziehungen gewesen sei. Gegner der Normalisierung meinten, die Schilumim seien der beste Beweis dafür, daß Geld den Weg zu gegenseitigen Beziehungen geebnet habe. Sie betrachteten die Schilumim als Zeichen des moralischen Bankrotts: Das Andenken an die Ermordeten sei für Mammon veräußert worden. Andere werteten die strikte Einhaltung des Schilumimabkommens als Beweis dafür, daß sich die deutsche Bevölkerung seit dem Kriegsende nachhaltig geändert habe. Zahlreiche Stimmen in der Bundesrepublik, darunter auch von Spitzenpolitikern und hochrangigen Diplomaten, gaben ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß von jüdischer Seite weiter moralische Ansprüche erhoben würden, trotz der Milliarden, die ihr zugeflossen seien. Sehr verbreitet war sodann in Deutschland die Meinung, daß der Holocaust mindestens zum Teil durch Schilumimgüter wieder-gut-gemacht werden konnte. Auch in Israel gab es Stimmen, die den Beitrag der Schilumim zur wirtschaftlichen Entwicklung, zur Verteidigung und zur Eingliederung von Neueinwandern in Israel würdigten und für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eintraten. Kein Zweifel, die Schilumim waren zu keiner Zeit bloß Wirtschaftsfaktor, sondern stets auch von philosophisch-ethischen Aspekten begleitet und insofern unzertrennlich mit der Frage der diplomatischen Beziehungen verbunden. Die gegenseitige Anerkennung und der Austauschs von Diplomaten war weit mehr als ein formaler Akt. Für manche Israelis war das neue Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland ein dramatisches Ereignis von immenser emotionaler Tragweite, während in der Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zum jüdischen Staat oft lediglich als Frage der Staatsräson eingestuft wurden. Zwölf Jahre lang flossen Schilumimgüter nach Israel und dienten dabei als Vorwand, Rechtfertigung oder Deckmantel für die (Nicht-)Beziehungen zwischen beiden Staaten.

3. Auf verschlungenem Weg zu diplomatischen Beziehungen

Das Luxemburger Abkommen erfüllte die unmittelbaren wirtschaftlichen Erwartungen sowohl hinsichtlich der Schilumim als auch der individuellen Entschädigung, doch es konnte das israelische Mißtrauen gegen die deutschen Vertragspartner nicht ganz zerstreuen. „Sie werden nicht zahlen", war eine verbreitete Meinung in Israel, nicht nur bei der rechten und linken Opposition, sondern auch in der Koalition und selbst in der Führung der regierenden Mapai.[54] Sie verstummte erst, als der Güterstrom zu fließen begann.

---

[54] So z.B. Eliezer Livneh (Mapai) am 16. 6. 1953 vor der Knesset: KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 2. Knesset, 249. Sitzung, S. 1612; DAN, Ungebahnte Wege, S. 333–335; Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, dpa-Information vom 9. 4. 1953, PA, 210–01/E, Bd. 8.

Allmählich wurden neue Kontakte geknüpft, die mit dem deutsch-israelischen Abkommen und den Schilumim nur noch am Rande zusammenhingen. In Wassenaar war zwar nicht über diplomatische Beziehungen verhandelt worden, doch auf israelischer Seite erkannte man bald, daß das Thema Anerkennung nicht mehr aus der Diskussion zu bringen war. Auf Anregung von Sharett vertrat Shinnar vor dem Knessetausschuß für Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten den Standpunkt, daß das Abkommen faktisch eine gegenseitige Anerkennung bedeute.[55] Das Auswärtige Amt in Bonn war ähnlicher Meinung.[56] Was der israelischen Öffentlichkeit weiter vorenthalten wurde, war längst offenkundig: Israel und die Bundesrepublik pflegten Kontakte im öffentlichen, wirtschaftlichen, politischen und schließlich auch im gesellschaftlichen Bereich. Bald sollten auch militärische und halbmilitärische Verbindungen folgen. Die Rolle Israels, des Nahen Ostens und der Bundesrepublik im internationalen Kräftespiel war bereits scharf umrissen. Bonn handelte nicht nur aus eigener Initiative. Die Kritik an der Bundesrepublik verfehlte deshalb manchmal den Adressaten.

Das Schilumimabkommen stellte gleichsam eine weitere Verbindung zwischen der Bundesrepublik und den Alliierten her, denen die moralischen und propagandistischen Vorteile der Zusammenarbeit zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges nicht entgangen waren. Der Umstand, daß sich der ehemalige Verfolger und das ehemalige Opfer zusammen im westlichen Lager wiedergefunden hatten, veranschaulichte die Bedeutung gemeinsamer demokratischer Werte angesichts der kommunistischen Herausforderung und Bedrohung. Die Gesten der Bundesrepublik gegenüber Israel waren in gewisser Hinsicht der Preis, den sie für den militärischen Schutzschirm gegen die Gefahr aus dem Osten bezahlen mußte, und ein weiteres klares Bekenntnis zu liberalen, humanistischen, demokratischen Grundwerten, deren Erhaltung der Westen auf seine Fahnen geschrieben hatte. Durch die Annäherung an Israel verband die Bundesrepublik die Bekräftigung des Vertrauens in die westlichen Werte mit der Distanzierung von der belastenden Vergangenheit. Auch im verbalen Schlagabtausch mit der DDR über die Wiedervereinigung und über den politischen Geist der westlichen Erbin des Dritten Reiches kam der Legitimierung der Bundesrepublik durch die jüdische Seite entscheidende moralische Bedeutung zu.

Das Abkommen mit Israel besaß schließlich auch deshalb großes Gewicht für die Bundesrepublik, weil es zur Verbesserung des Ansehens Westdeutschlands in der amerikanisch-jüdischen Gemeinschaft und in der breiten amerikanischen Öffentlichkeit behilflich sein konnte. Nicht zuletzt Adenauer maß dem amerikanischen Judentum beträchtlichen Einfluß auf die Meinungsbildung in der amerikanischen Gesellschaft bei. Daher rührten u.a. die erheblichen Anstrengungen westdeutscher Diplomaten, auf die Bitten und Wünsche der amerikanischen Juden einzugehen.[57]

---

[55] SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 68.
[56] Vermerk von Dr. Voigt vom 16. 6. 1955, PA, III, 316–82.00.
[57] JELINEK, Political Acumen, S. 81–82; SHAFIR, Postwar German Diplomats, S. 155–201.

Die Publizität rund um die Schilumim sowie weitere Kontakte zwischen Israel und der Bundesrepublik waren auch der israelischen Regierung ein Anliegen. Die Regierung stand unter dem Druck der Öffentlichkeit, die, wie man annehmen darf, das Abstimmungsresultat in der Knesset mehrheitlich nicht billigte. Um einen Meinungsumschwung herbeizuführen, setzte die israelische Regierung nicht nur auf den positiven Effekt des Schilumimgüterflusses und der individuellen Entschädigung, sondern Vertreter des Außenministeriums stellten auch Überlegungen an, wie man die öffentliche Meinung beeinflussen könne. Ein hochrangiger Diplomat machte den Vorschlag, eine Öffentlichkeitskampagne zugunsten der Bundesrepublik durchzuführen, um die öffentliche Meinung in Israel und anderswo vom guten Willen der Bundesregierung zu überzeugen.[58] Teile der hohen Beamtenschaft im israelischen Außenministerium befürworteten die Annäherung, fürchteten jedoch den öffentlichen Protest.

Der israelische Durchschnittsbürger empfand tiefe Abscheu gegen die beiden deutschen Staaten und die Deutschen, mied jeglichen Kontakt mit Deutschland und zeigte wenig Verständnis für zukunftsorientierte Argumente, die dieser Anschauung widersprachen. Bei zahlreichen Israelis war der Schrecken des Holocaust noch lebendige Erinnerung. Von Deutschland wollten sie nichts wissen. Wer vor ungünstigen internationalen Entwicklungen, vor dem Kalten Krieg und dem zunehmenden internationalen Gewicht der Bundesrepublik warnte, blieb ein Rufer in der Wüste. Juden in Deutschland wie etwa Karl Marx und Hendrik van Dam hatten dagegen ein handfestes Interesse an der Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Israel. Diese beiden Persönlichkeiten taten das Ihre, um ehemalige deutsche Bürger jüdischer Herkunft sowie die israelische Elite von der Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Israel und der Bundesrepublik zu überzeugen. Aber auch die Überreste des deutschen Judentums in Israel, in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien leisteten einen Beitrag zur Verbesserung der Atmosphäre zwischen beiden Völkern. Dabei spielten materielle, gesellschaftliche und politische Interessen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft eine Rolle, aber auch irrationale Motive, wie Reste von deutschem Patriotismus, verklärte Erinnerungen an deutsche Städten und Landschaften und nostalgische Sehnsüchte an die deutsche Kultur und Sprache.

Jüdische Funktionäre in den USA, in Großbritannien und in anderen Ländern sowie hochrangige israelische Diplomaten bewiesen in der Regel größeren Weitblick als der israelische Durchschnittsbürger. In ihren Briefen und Berichten kommt Besorgnis über ungünstige Entwicklungen der internationalen Politik, die wachsende internationale Bedeutung der Bundesrepublik, den zunehmenden Wettbewerb mit den arabischen Staaten um die Gunst der Bundesrepublik und über eine mögliche Wende in der deutschen Haltung gegenüber den Juden, Israel und dem Holocaust zum Ausdruck. Die Debatten im Außenministerium über deutsche Fragen waren emotionsgeladen.[59] Ministerialdirektor Eytan faßte die

---

[58] Yechiel Ilsar, stv. Abteilungsleiter für Westeuropa, an den Abteilungsleiter vom 20. 9. 1954, ISA, 3309/25.

[59] Ruth Wolff an Eytan vom 26. 4. und 13. 5. 1953; Citroen an Eytan vom 4. 5. 1953, Citroen an Leo Kohn vom 11. 5. 1953, ISA, 2413/2.

vorherrschende Haltung der israelischen Diplomatie wie folgt zusammen: „Bevor wir zu laufen beginnen, müssen wir gehen lernen."[60] Bis sich die israelische Öffentlichkeit mit einem deutschen Gesandten abfinde, sei es noch ein weiter Weg, selbst wenn die deutsche Vertretung in Jerusalem errichtet werde.[61] Die Öffentlichkeit müsse zuerst gründlich darauf vorbereitet werden, so der Ministerialdirektor. Eytans Äußerungen sind als Hinweis darauf zu werten, daß einige hochrangige Vertreter des Ministeriums Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland auf längere Sicht befürworteten. Führende israelische Politiker und jüdische Funktionäre, darunter Ben Gurion, Sharett und Goldmann unterstützen diese Haltung in der einen oder anderen Form, ganz im Gegensatz zur kategorischen Ablehnung jeder Öffnung gegenüber Deutschland in der öffentlichen Meinung, getragen von den dominanten Massenblättern und einer Handvoll seriöser Zeitungen sowie von politischen Extremisten und einer Reihe von Organisationen von Holocaust-Überlebenden, aber auch von einem Großteil des politischen Establishments. Dieses war aber überwiegend pragmatisch eingestellt, somit theoretisch leicht umzustimmen. Die Leitung des israelischen Außenministeriums vertrat dennoch in den folgenden zwei Jahren bis 1955 die Auffassung, daß die israelische Öffentlichkeit „noch nicht reif" sei für eine drastische Verbesserung der Beziehungen zum deutschen Staat.

4. Israel denkt um – Die Frühphase

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel war für die Bundesrepublik ähnlich wie die Schilumim ein symbolischer Akt der „Rückkehr zur Völkerfamilie". Zusätzlich wurde sie als moralischer Schlußstein eines materiellen Abkommens und als Zeichen der Würdigung der westdeutschen Hilfsbereitschaft für den jungen jüdischen Staat gewertet. Dieses Leitmotiv der „Hilfe für den jüdischen Staat" sollte später mehrmals wieder auftauchen. Sehr häufig wurde die Frage gestellt, weshalb die Bundesregierung nach Inkrafttreten des Schilumimabkommens noch auf die zahlreichen israelischen Forderungen eingehe. Man habe doch schließlich guten Willen demonstriert, materielle Hilfe geleistet und damit die Verbrechen der Nationalsozialisten wiedergutgemacht. Die „ewigen israelischen Forderungen" wurden als ermüdend, unfair und manchmal auch als böswillig gewertet. Solchen Klagen gegen die „unvernünftigen Israelis" hafteten oft Rassismus und Stereotypisierung an. Doch auch israelische und jüdische Vertreter wurden nicht müde, die Reue Deutschlands gegenüber der jüdischen Gemeinschaft und dem Staat Israel anzumahnen, bis dieses Argument zum demagogischen Spielball skrupelloser israelischer Politiker verkam, die sich nicht scheuten, das Thema „Endlösung" für alltägliche politische Zwecke zu mißbrauchen. Das israelische Nein zu diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik wurde in Deutschland als Affront empfunden. Bundeskanzler Adenauer, im vollen Bewußtsein der

[60] Eytan an Shinnar vom 22. 7. 1953, ISA, 572/2a.
[61] Ebd., dort Verweis auf die Auseinandersetzung über den Status von Jerusalem.

Erwartungen und Gefühle seiner Landsleute, versuchte diesen Eindruck zu dämpfen, indem er am 4. März 1953 bei seiner Eröffnungsrede zur Debatte über das Schilumimabkommen im Bundstag für Geduld plädierte:

„Wir haben daher die berechtigte Hoffnung, daß der Abschluß dieser Verträge schließlich auch zu einem ganz neuen Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volke wie auch zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staate Israel führen wird. Wir werden hierbei nach allem, was vorgefallen ist, Geduld zeigen und auf die Auswirkung unserer Wiedergutmachungsbereitschaft und schließlich auf die heilende Kraft der Zeit vertrauen müssen."[62]

Solche Appelle sollten sich in den folgenden Monaten in der einen oder anderen Form wiederholen, bis die Pläne zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern endgültig zurückgestellt wurden.

Das Ausbleiben formaler Beziehungen verursachte ein gewisses Unbehagen, vor allem auf deutscher Seite. Die Israelis hatten ihren „Horchposten" in Köln, einschließlich konsularischer Vertretung. Israelische Journalisten konnten sich in der Bundesrepublik frei bewegen, und viele Israelis beherrschten die deutsche Sprache. Ganz anders verhielt es sich für die Bundesrepublik: Das britische Konsulat in Haifa, bzw. ein einziger Beamter dieses Konsulats, nahm bis 1965 gewisse konsularische Aufgaben für die Bundesrepublik wahr, obwohl London, besonders nach Inkrafttreten des Deutschlandvertrags im Mai 1955, gerne auf diese Stellvertreterfunktion verzichtet hätte.[63] Die israelischen Behörden waren bei der Erteilung von Einreisevisa für deutsche Bürger, einschließlich Journalisten usw. lange Zeit äußerst zurückhaltend. Jede Ausnahme von dieser Regel wurde gebührend vermerkt. Vor der Niederlassung Rudolf Küstermeiers und seiner jüdischen Ehefrau in Israel verfügte nicht einmal die deutsche Nachrichtenagentur dpa über einen Reporter im Land. Regierungssprecher und Staatssekretär von Eckardt erachtete die aktuelle und objektive Berichterstattung aus Israel als unerläßlich und beauftragte damit seinen persönlichen Freund, den Arzt Dr. Martin Hirsch aus Jerusalem (später Berlin). Bonn suchte und fand zusätzliche Informationsquellen. Aber selbst eine so einfache Dienstleistung wie Übersetzungen aus dem modernen Hebräisch bereitete in den fünfziger und sechziger Jahren in Bonn Schwierigkeiten. Auch die Versuche, Israel aus Ostjerusalem und Amman zu beobachten, und die unausgewogenen Briefe von in Israel niedergelassenen deutschen Missionaren konnten die Lücke nicht füllen. Die nicht sehr erfolgreichen Versuche des Auswärtigen Amts, verläßliche Information über Israel zu beschaffen, veranschaulichten das Problem der fehlenden Beziehungen.

In Israel fielen die politischen Angelegenheiten in Zusammenhang mit Deutschland in den Zuständigkeitsbereich des Außenministeriums. Das Finanzministerium betreute die wirtschaftlichen Fragen. Die Jewish Agency for Palestine (JAFP) und der Jüdische Weltkongreß (WJC) hatten als Brückenbauer des deutsch-israelischen Dialogs seit der Unterzeichnung des Luxemburger Abkom-

---

62 VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 1. WP., Stenographische Berichte, Bd. 15, S. 12.095.

63 Die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 15. 5. 1955; Notiz von C.G. Marp an die West-Abteilung vom 9. 6. 1955, PRO, FO 371/115819, VR 10318/1.

mens keine offizielle Funktion mehr, mit Ausnahme von Nahum Goldmann als Präsident der Claims Conference und des WJC. Goldmann traf sich regelmäßig mit Bundeskanzler Adenauer und anderen führenden deutschen Persönlichkeiten, manchmal trotz öffentlicher oder diskreter israelischer Kritik. In punkto Weltanschauung galt der WJC-Präsident als Mann des Ausgleichs. Er distanzierte sich von gewissen militanten Standpunkten Ben Gurions und dessen Umgebung und geriet deshalb manchmal in der israelischen Boulevardpresse unter Beschuß. Einige Aspekte seines Verhaltens waren umstritten, was die Israelis zuweilen veranlaßte, ihm Information vorzuenthalten, um sein Eingreifen zu verhindern. Goldmanns Fähigkeiten, seine Verbindungen zu führenden Staatsmännern, seine Neugier und sein Tatendrang machten ihn jedoch zum unverzichtbaren Teilnehmer sowohl der offenen als auch der geheimen Aktivitäten des Staates Israel, einschließlich der im Zusammenhang mit den diplomatischen Beziehungen, den Verhandlungen über Anleihen und finanzielle Hilfe an Israel, den Rüstungsgeschäften und weiteren deutsch-israelischen Angelegenheiten. Wo andere in Bonn scheiterten, hatte Goldmann Erfolg. Ben Gurion, Sharett und Meir waren trotz Antipathie, Mißtrauen und Befürchtungen auf Goldmanns Dienste angewiesen. Jeder einzelne Aspekt der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel verriet seine Spur.[64]

In seiner zweiten Amtsperiode als Ministerpräsident gestaltete und leitete Ben Gurion die israelische Politik gegenüber der Bundesrepublik in vorderster Front, nachdem er diesbezüglich vorher in Sharetts Schatten gestanden hatte, solange jener für die auswärtigen Angelegenheiten Israels zuständig war. Sharett hatte bis zu seinem Rücktritt im Frühjahr 1956 seine ganze Autorität für die Normalisierung des Verhältnisses zu Deutschland in die Waagschale geworfen und war dabei von Ministerialdirektor Eytan, Yachil, Shinnar und anderen Deutschlandexperten unterstützt worden. Ein Großteil der Beamten des israelischen Außenministeriums erachtete die Annäherung an die Bundesrepublik als unumgänglich. Zur Begründung wiesen die aus Mitteleuropa (Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei) stammenden Beamten auf den Wandel in der öffentlichen Meinung in Westdeutschland, auf die sich verändernde Rolle der Bundesrepublik in Europa und im westlichen Bündnissystem sowie auf den wachsenden Einfluß der arabischen Staaten hin. Die Bedeutung und die Rolle der Emotionen wurde nicht bestritten, doch die Realpolitik, das heißt die unmittelbaren und zukünftigen Bedürfnisse des Staates, erhielten den Vorrang. Darauf galt es, wie gesagt, die Öffentlichkeit vorzubereiten. Ben Gurions Comeback nach Sharetts Rücktritt verlieh der israelischen Deutschlandpolitik pragmatischere Züge. Statt diplomatische Erfolge waren nun vor allem praktische bzw. materielle Lösungen gefragt.

Adenauer traf sich sporadisch mit Goldmann und Shinnar und war mit der Lage in Israel offensichtlich bestens vertraut. Während er Ende 1953 noch auf den Austausch von Diplomaten drängte, ließ sein Druck aufgrund einer realistischen Einschätzung der Lage in Israel später nach. Regierungssprecher von Eckardt soll einem israelischen Journalisten gegenüber am 17. Dezember 1954, rund fünf

[64] SHAFIR, Goldmann ve Adenauer, S. 59–83.

Monate vor Inkrafttreten des Deutschlandvertrages, gesagt haben: „Die Entscheidung über den Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen bleibt Ihnen [Ihrem Staat] überlassen. Sie sollte aber eine beträchtliche Mehrheit in der Knesset finden."[65] Yachil bezweifelte die Authentizität dieser Aussage. Zahlreiche israelische Politiker und Journalisten wiesen auf das vermeintlich starke Verlangen der Bundesrepublik nach Normalisierung des Verhältnisses mit Israel hin und leiteten daraus ab, daß sich Israel Zeit lassen könne. Lautstarke Forderungen in der westdeutschen Presse in diesem Sinne verstärkten diesen Eindruck noch zusätzlich.[66] Am 14. September 1953 forderte Adenauer im Gespräch mit der Zeitung *Die Welt* die Normalisierung der Beziehungen mit Israel. Ein Jahr später, wieder in *Die Welt*, kam der Kanzler auf diese Forderung zurück. Israelische Diplomaten bemerkten verärgert: Adenauer versucht uns zur Normalisierung zu zwingen. Doch war Adenauer zu jenem Zeitpunkt tatsächlich an der Normalisierung interessiert? Zwei Monate später machte Hallstein gegenüber der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* eine ähnliche Aussage, die sich als pures Ablenkungsmanöver entpuppte. Angesichts der weltpolitischen Entwicklungen und des gestiegenen Ansehens der Bundesrepublik im Westen dürfte der Staatssekretär dem Staate Israel nur noch abnehmende Bedeutung beigemessen haben.[67] Man darf also auch Adenauers Aufrichtigkeit in dieser Sache bezweifeln. Seine Aufforderungen an Israel klangen nicht besonders eindringlich.

Im Rückblick betrachtet, fällt die Doppelstrategie gegenüber Israel auf, die der Bundeskanzler während seiner gesamten Amtszeit bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1963 betrieben hat. Mit fast regelmäßiger Häufigkeit stellte er die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel in Aussicht, worauf er jeweils eine Erklärung folgen ließ, weshalb dies zum gegebenen Zeitpunkt nicht möglich sei. Nicht viel anders agierte Heinrich von Brentano. Als Geste des guten Willens benachrichtigte er im Juni 1955, nachdem er zum Bundesaußenminister ernannt worden war, Shinnar zwar persönlich über seine Ernennung und erweckte damit wohl einige Hoffnungen bei dem Leiter der israelischen Einkaufsmission,[68] die auch nicht unberechtigt erschienen. Denn Brentano hatte sich schon als Fraktionsvorsitzender im September 1952 grundsätzlich für Warenlieferungen an Israel ausgesprochen. Er hatte damals aber auch auf das Problem „der Rückwirkungen in der arabischen Welt" hingewiesen.[69] Die hierin zum Ausdruck kommende Reserve gegenüber dem Dialog mit Israel ist offensichtlich nach seinem Amtsantritt als Außenminister nicht zuletzt auf Anraten der zuständigen Beamten im Auswärtigen Amt verstärkt worden, wie seine zögerliche Gangart und die Beratungen mit dem Kanzler dann zeigten. Solange von Brentano im Amt war, gab es also wenig

---

[65] Yachil an Eytan vom 17. 12. 1954, ISA, 2413/3.

[66] STUTTGARTER ZEITUNG vom 25. 9. 1953; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. 9. 1953 und 8. 11. 1954; RHEINISCHE POST vom 2. 10. 1953 und 3. 10. 1953; Die WELT vom 14. 9. 1954.

[67] Ausarbeitung „Außenpolitische Lage der Bundesrepublik" vom 8. 11. 1954, PA, 210.00, Bd. 36.

[68] Shinnar an Ilsar vom 6. 5. 1955, ISA, 613/7; Shinnar an Ilsar vom 5. 6. 1956, ISA, 3099/25.

[69] KABINETTSPROTOKOLLE, 1952, 245. Kabinettsitzung am 8. 9. 1952, S. 557.

Hoffnung für eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel.[70] Die Israelis ihrerseits glaubten, daß der Fortschritt in diesem Bereich allein von ihnen abhängen würde.

5. Bonns Widerstand gegen diplomatische Beziehungen zu Israel

Nachdem es den arabischen Staaten nicht gelungen war, die Ratifikation des Schilumimabkommens zu verhindern, nahmen Häufigkeit und Intensität der arabischen Interventionsversuche im deutsch-israelischen Verhältnis ab April 1953 deutlich zu. Davon versuchte auch die DDR zu profitieren, nachdem die Sowjetunion zur Einsicht gelangt war, daß sich die Einmischung im Nahostkonflikt lohnen könnte. Die arabischen Staaten waren ihrerseits bestrebt, die Unterstützung der längst nicht mehr als westliche Domäne geltenden Entwicklungsländer zu gewinnen. Der Regierungswechsel in Washington bzw. die Wahl des Republikaners Dwight D. Eisenhower zum amerikanischen Präsidenten im November 1952 entpuppte sich zudem als schwerer Schlag für Israel. In der Hoffnung auf arabische Unterstützung bei der Eindämmung des Kommunismus verfolgten Präsident Eisenhower und sein Außenminister John Foster Dulles eine neutrale Politik im Hinblick auf Israel und seine arabischen Nachbarn[71], die sich oft zu Israels Nachteil auswirkte.[72] Westdeutschland wurde unversehens zum weiteren Nebenschauplatz des Nahostkonflikts. Je mehr die Bundesrepublik in die internationale Staatengemeinschaft integriert war, desto weniger war sie auf Israel angewiesen und desto mehr büßten jüdische Angelegenheiten in ihren Augen an Dringlichkeit ein. Moralische und ethische Fragen sowie Emotionen traten in den Hintergrund. Auch die Eisenhower-Regierung schenkte deutsch-israelischen Fragen nur wenig Beachtung. Bonn gegenüber konnte sich die israelische Regierung somit nur noch auf sich selbst verlassen sowie auf die Hilfe der jüdischen Gemeinden in den USA und in Großbritannien.[73]

Gleichzeitig verschlechterte sich Israels Verhältnis zum Ostblock. Der Sowjetunion war nicht entgangen, daß Israel die Bundesrepublik (gegenüber der DDR) bevorzugte und sich damit stärker an den – antikommunistischen – Westen band. Im Zuge der Einbindung der DDR in den Ostblock als Reaktion auf entsprechende Entwicklungen im Westen griff man zu den Winkelzügen der Dialektik und schob Israel die Schuld an der Verschlechterung der Beziehungen zu: Der Osten verstärkte seine Angriffe auf Israel. Dem jüdischen Staat wurde Kompli-

---

[70] Der First Secretary Raymond E. Lisle, US-Botschaft in Bonn, an den Außenminister, vom 5. 10. 1955, USNA, 662.84A/10–555.

[71] Krekeler an Pawelke vom 19. 3. 1953, IfZ-Archiv, ED 135/65; Niederschrift Krekelers über die Gespräche mit Byroade, Außenministerium am 6. 9. 1952, IfZ-Archiv, ED 135/63.

[72] SPIEGEL, The other Arab-Israeli conflict; ALTARAS, Eisenhower and Israel.

[73] SHAFIR, American Jews and Germany; SHAFIR, Der Jüdische Weltkongreß, S. 210–237; SHAFIR, Postwar German Diplomats, S. 155–201; TEMPEL, Legenden der Allmacht.

zenschaft mit dem „neonazistischen, revisionistischen" westdeutschen Staat vorgeworfen und darin ein „weiterer Beweis von Israels proimperalistischer Haltung" gesehen. Auch die jüdischen Gemeinden wurden in die antiisraelische Kampagne eingespannt. Zudem tadelten sämtliche Ostblockstaaten, allen voran die DDR, Israel wegen der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Nach dem Slánský-Prozeß und der Kritik an Israel kam es in der DDR zu Verfolgungen von jüdischen Bürgern und Sympathisanten, die sich für jüdische Bürger bzw. jüdische Anliegen einsetzten.

Die im Gefolge der Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft und der damit einhergehenden stärkeren Isolierung Israels gegebene neue Situation hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel. Während die israelische Seite ab 1956 damit beschäftigt war, das Umfeld für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorzubereiten, versuchte das Auswärtige Amt, die Politiker von der Schädlichkeit eines solchen Schrittes zu überzeugen. Den Meinungsumschwung in Bonn haben wahrscheinlich die arabischen Staaten ausgelöst. Die Araber waren gegen jeden Schritt, der geeignet war, die internationale Stellung Israels zu verbessern und diesem Land damit zu helfen, die arabische Blockade zu durchbrechen und den arabischen Feindseligkeiten zu trotzen. Im Hinblick hierauf war es aus westdeutscher Sicht ein Vor- und kein Nachteil, daß Israel bis zu diesem Zeitpunkt der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik ablehnend gegenüber gestanden hatte. Diese Haltung befreite die Bundesregierung nicht nur von der Last, ihrerseits auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu drängen, sondern gab ihr außerdem die Chance, Israel die Verantwortung für die Nichtexistenz diplomatischer Beziehungen zuschieben zu können. Die Bundesrepublik sei nicht auf die Absolution der jüdischen Seite angewiesen, um in die Gemeinschaft der (antikommunistischen) Völker aufgenommen zu werden, hieß es in manchen Bonner Kreisen. Sollte Israel versuchen, das deutsche Volk bei seiner so hart erarbeiteten Wiederaufnahme in die internationale Gemeinschaft zu behindern oder zu erniedrigen, gebe es ja noch die Araber. Diese wüßten nämlich die freundschaftlichen Tätigkeiten des Auswärtigen Amts in arabischen und islamischen Staaten zu schätzen.[74] Am Anfang gerieten die westdeutschen Vertreter in Verlegenheit, wenn ihre arabischen Partner über den „gemeinsamen Feind" und über den unlängst geführten gemeinsamen Kampf gegen einen gemeinsamen Feind sprachen. Doch für die Arabisten im Auswärtigen Amt waren solche Äußerungen nichts Neues. Nur wenige Dokumente enthalten freilich direkte Äußerungen in diesem Sinne. In den meisten Fällen ergeben sie sich aus der Entschlüsselung von Anspielungen und Andeutungen.[75]

---

[74] HARF, Die Bedeutung der arabischen Staaten, S. 319–312.

[75] Die US-Botschaft in Bagdad an das Außenministerium vom 28. 1. 1954, USNA, 662.87/1–2854; Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, dpa-Information betr. Politische Erfahrungen in Ägypten vom 25. 6. 1952; Aufzeichnungen Dr. Melchers vom 4. 3. 1952 und 6. 9. 1952, PA, III, 210–01/E, Bd. 1; Niederschrift üer die Besprechung beim Staatsseketär vom 18. 9. 1952, PA, 210–01/E, Bd. 1; Aufzeichnung betr. die Deutsche Gesandtschaft in Jakarta vom 27. 9. 1952; Allandt an Blankenhorn, vom 9. 3. 1955, BArch, N 1351, Bd. 43; Kehrseite der Lieferungen an Israel. In: WILHELMSHAVENER ZEITUNG

Arabische Vertreter aus dem öffentlichen und privaten Bereich beklagten sich bitter über die westdeutsche Politik gegenüber Israel. Sie warfen Bonn vor, die arabischen Interessen weitgehend zu mißachten und den Erzfeind der arabischen Nation privilegiert zu behandeln. Ohne Schilumim, so die arabische Argumentation, würde die israelische Wirtschaft und somit der Staat Israel zusammenbrechen. Vergeblich versuchten deutsche Vertreter wiederholt auf die moralischen Verpflichtungen der Bundesrepublik hinzuweisen. Nachdem es ihnen nicht gelungen war, das Schilumimprojekt als Ganzes zu Fall zu bringen, bissen sich die arabischen Staaten an Einzelheiten fest. So machten sie ihre deutschen Partner auf angebliche Verstöße Israels gegen einzelne Bestimmungen des Schilumimabkommens wie etwa das Wiederausfuhrverbot aufmerksam. Die Bundesregierung konnte diese Vorwürfe jedoch nicht bestätigen. Zur Verhinderung der Wiederausfuhr schlugen irakische Vertreter vor, die Schilumimgüter speziell zu kennzeichnen und der arabischen Seite eine Liste der gelieferten Güter sowie der nach Israel exportierenden Firmen zu überreichen, was von den westdeutschen Behörden jedoch abgelehnt wurde. Die geforderten Daten waren für die schwarzen Listen des Israel-Boykotts der Arabischen Liga bestimmt.[76]

Mit Argusaugen verfolgten die Araber sodann die Einhaltung des Lieferverbots für Militärgüter. Hier gab es massive Proteste und verschiedene Klagen über angebliche Lieferungen von Waffen und sogenannten strategischen Gütern, darunter Passagierschiffe und Fischerboote, die sich nach arabischer Darstellung leicht in Kriegsgerät verwandeln ließen. Die arabischen Staaten stellten Nachforschungen über westdeutsche Finanzhilfe für Israel an und protestierten gegen die Aufwertung des deutsch-israelischen Verhältnisses. Die Proteste gegen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel führten dem Auswärtigen Amt die Brisanz des Themas für die Araber klar vor Augen. Syrien, Ägypten und Irak zeigten sich besonders aktiv, aber auch der Libanon, Saudi-Arabien und Jordanien blieben nicht untätig. Der ständige Strom von arabischen Klagen wurde von der westdeutschen Diplomatie als schwere Belastung empfunden. Deutsche Diplomaten in Bonn und im Ausland berichteten häufig über die schädlichen Auswirkungen des Schilumimabkommens auf die westdeutschen Interessen im Nahen Osten.[77]

Das Auswärtige Amt reagierte auf den arabischen Druck mit besorgter Zurückhaltung. Im Sommer 1955 berichtete Shinnar seinen Vorgesetzten über ein Nachlassen des deutschen Drängens auf diplomatische Beziehungen mit Israel und wies in diesem Zusammenhang besonders auf die zögerliche Haltung des Leiters der Länderabteilung im Auswärtigen Amt, des Gesandten Wolfgang Frhr. von Welck,

---

vom 8. 2. 1954; Zum Tage. In: RHEINISCHE POST (Düsseldorf) vom 20. 2. 1954; Mit spitzer Feder „Rommel-Rummel". In: CELLESCHE ZEITUNG vom 9. 6. 1954.

[76] Trützschler an Blankenhorn, Aufzeichnung, 9. 10. 1953; Vermerk betr. der Gesandte Saifullah Khandra vom 20. 5. 1954, PA, 210–01/E, Bd. 8; Aufzeichnung Froweins betr. der irakische Gesandte Saifullah Khandra vom 28. 5. 1954, B102/6419, Heft 1.

[77] Von der Esch, Damaskus, an das AA vom 16. 10. 1955, PA, III, 210–01/E, Bd. 2; die Botschaft in Kairo an das AA vom 5. 8. 1955; Bericht von Dr. Melchers nach Bonn vom 15. 8. 1955; die Botschaft in Beirut an das AA vom 23. 8. 1955; die Botschaft in Djidda an das AA vom 29. 11. 1955, PA, 316, 81.00/1, 92.19; Pawelke an Krekeler vom 11. 11. 1952, IfZ-Archiv, ED 135/65.

hin.[78] Etwa zur gleichen Zeit befragte das Auswärtige Amt die Vertretungen im Ausland nach ihrer Meinung zur möglichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel.

Da die israelische Diplomatie die Situation falsch beurteilte, behandelte sie das Problem mit einer Doppelstrategie. Einerseits rechtfertigte sie nach wie vor die Nichtaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik bei gleichzeitigen Bemühungen, das westdeutsche Interesse an Israel wachzuhalten. Andererseits war sie unvermindert damit beschäftigt, das politische Establishment in Israel – besonders Mapai-Vertreter – und die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit diplomatischer Beziehungen mit Bonn zu überzeugen. Wie bereits gezeigt wurde, führte diese Überzeugungsarbeit bei Ben Gurion, Sharett, Josephthal, Peretz Naphtali und einer Reihe weiterer Regierungsvertreter und Knessetmitglieder schon früh zum Erfolg. Bemerkenswert ist der Fall des Erziehungsministers Zalman Aranne, der die Bundesrepublik am 28. September 1955 als einzige Großmacht bezeichnete, die aus echter Freundschaft mit Israel ohne irgendwelche Nebenabsichten handle, nachdem er sich kurz zuvor noch gegen das Einlaufen deutscher Schiffe mit gehißter deutscher Flagge in israelische Häfen ausgesprochen und vor Demonstrationen gegen die Anwesenheit deutscher Seeleute gewarnt hatte.[79] Aranne forderte die Bundesrepublik auf, sich zur Verteidigung des jüdischen Staates zu bekennen. Nur so werde das deutsche Volk von seinen Sünden gegen die Juden befreit.[80]

Die wachsende Zahl israelischer Korrespondenten in der Bundesrepublik gab den deutschlandfreundlichen Stimmen in der israelischen Tagespresse Auftrieb, und auch die im Hafen von Haifa gelöschten Schilumimgüter trugen das Ihre zur Schaffung eines freundlicheren Klimas bei. 1955 reisten die ersten zuvor von den israelischen Behörden auf ihre Vergangenheit überprüften deutschen Touristen in Israel ein. Gleichzeitig wurden auch die ersten offiziellen Gäste aus Deutschland empfangen. Die ehemaligen Wassenaar-Unterhändler Franz Böhm und Abraham Frowein besuchten Israel auf Einladung der Schilumimgesellschaft. Böhms Besuch fand im März 1954 statt, derjenige von Frowein im September 1955.[81] Froweins Besuch bereitete dem israelischen Außenministerium etliches Kopfzerbrechen. Er mußte geheimgehalten werden. Der Gast aus Deutschland hatte über die bilateralen Beziehungen und die Besetzung der zukünftigen westdeutschen Vertretung in Israel Rede und Antwort zu stehen. Als besonders problematisch erwies sich die Ernennung des Leiters dieser Vertretung. Er mußte eine ungetrübte Vergangenheit aufweisen und gleichzeitig eine angesehene Persönlichkeit sein.

---

[78] Shinnar an Ilsar vom 8. 7. 1955, ISA, 2516/4; Avner in London an Najar in Den Haag vom 12. 8. 1955, ISA, 2551/4.

[79] SHARETT, Yomanim, Bd. 4, S. 1110, Eintrag vom 7. 8. 1955; Niederschrift über die Beratungen im Büro des Premierministers vom 26. 7. 1954, ISA, 2418/4.

[80] SHARETT, Yomanim, Bd. 5, S. 1177.

[81] A.R. Moore in Tel Aviv an P.S. Falla, Abteilung Levante vom 22. 3. 1954, PRO, FO 371/111063, VR 10318/2; Kanzler der britischen Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 22. 10. 1955, PRO, FO 371/115819, VR 10318/2; Shinnar an Sharett vom 28. 9. 1955, ISA, 590/6; Aufzeichnung von Abt. 2, Frowein, vom 6. 11. 1955, PA, 316,81.00/1.

Böhms Besuch in Israel erfolgte zu früh für konkrete Schritte in Richtung diplomatische Beziehungen. Trotzdem hat Böhm die israelische Entscheidung für die Aufnahme von Verhandlungen solcher Beziehungen im Herbst 1955 entscheidend mitbeeinflußt. Frowein reiste mit Erlaubnis seiner Vorgesetzten und wirkte als Überbringer inoffizieller Botschaften im beiderseitigen Auftrag. Seine Reise und der Besuch von Ministerialdirektor Janz im Frühjahr 1956 waren als Vorbereitung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gedacht.[82]

6. Das Scheitern der Normalisierung

Zwei internationale Entwicklungen wurden in Israel als besondere Herausforderung empfunden: die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Viermächtekonferenz in Berlin vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954. Die Wiederbewaffnung der deutschen Staaten hatte keine unmittelbare Auswirkungen auf Israel, doch sie rief, wie bereits mehrfach erwähnt, bittere Erinnerungen und allgegenwärtige Ängste wach. Die in erster Linie moralische und ethische Bedeutung dieses Schrittes machte ihn zum idealen Spielball rechter und linker Demagogen, so geschehen etwa auf einer Tagung des Jüdischen Weltkongresses im April 1954. Goldmann gelang es, die gemäßigteren Teilnehmer zu besänftigen und eine Kompromißresolution durchzusetzen, worin die Wiederbewaffnung verurteilt wurde, ohne Bonn oder den Westen zu brüskieren.[83] Israel verurteilte ausdrücklich beide deutsche Staaten, offensichtlich mit der Absicht, den antiwestlichen Charakter dieser Kampagne aufzuweichen und um zu verhindern, daß die Sowjetunion von den antideutschen jüdischen Vorstößen profitierte. Da der Protest gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands von prosowjetischen Elementen ausgegangen war, wurde die Resolution, die sich gegen beide Seiten richtete, als prowestlicher und Bonnfreundlicher Schritt empfunden. Die Knesset diskutierte am 15. November 1954 ausführlich die Wiederbewaffnung. Sämtliche Fraktionen verurteilten den Schritt. Die Rechte attackierte beide deutschen Staaten, die Linke vor allem die Bundesrepublik.[84] In einer an alle Parlamente der Welt gerichteten Resolution brachte die Knesset im Namen der jüdischen Welt Besorgnis und tiefe Bestürzung über die Wiederbewaffnung beider deutscher Staaten zum Ausdruck und rief dazu auf, einen weiteren Holocaust zu verhindern.[85] So grimmig die Formulierung war, sie vermied es, Bonn und den Westen direkt anzugreifen. Die Debatte und die anschließende Verurteilung spiegelten die wahren Gefühle der jüdischen Seite, gleichzeitig aber auch den Willen, Bonn mitten im Schilumimprogramm nicht vor

---

[82] Shinnar an Sharett vom 28. 9. 1955, ISA, 590/6.

[83] Resolution zur deutschen Wiederbewaffung, angenommen vom European Executive of the World Jewish Congress vom 29. 4. 1954; Protokolle der Versammlung der Londoner Vertreter der europäischen WJC-Exekutive vom 14. 10. 1954, CZA, Z 6/851; die Kanzlei der britischen Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 23. 10. 1954, PRO, FO 371/10318/3.

[84] KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 2. Knesset, 496. und 497. Sitzung am 15./16. 11. 1954.

[85] Die Resolution der Knesset vom 16. 11. 1954, BGA, Prime Minister's Office, Box No. 2.

den Kopf zu stoßen. Das war jedenfalls die Essenz des Standpunktes von Goldmann und der linken Kritiker. Falls gewisse Vertreter im Auswärtigen Amt den jüdischen Staat noch einer neutralen Haltung zwischen Ost und West verdächtigten, die Knessetdebatte belehrte sie endgültig eines Besseren.[86] Die Debatte legte aber auch die fortwährenden Ängste und den Haß gegen beide deutsche Staaten offen und deutete auf die lediglich begrenzte Unterstützung der israelischen Öffentlichkeit für die „Normalisierung" hin.

Die Viermächtekonferenz in Berlin rief in Israel besonderes Interesse hervor. Die israelische Regierung wünschte, als gleichberechtigte Delegation an dieser Konferenz teilzunehmen, sowie eine Verurteilung des Nationalsozialismus und des Holocaust in einem zukünftigen Friedensvertrag. Nach intensiven Beratungen im Außenministerium wurde beschlossen, Yachil als offiziellen israelischen Beobachter zur Konferenz zu schicken. Die israelische Regierung befürchtete, daß sich ein vereintes Deutschland nicht an die von der Bundesrepublik eingegangenen Verpflichtungen gebunden fühlen könnte, und witterte Gefahr für das Luxemburger Abkommen. Da die DDR das Abkommen zuvor verurteilt hatte, war diese Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen. Die israelische Regierung verhandelte mit den Großmächten und mit der Bundesrepublik und suchte das Gespräch mit der DDR, ohne Bonn darüber zu informieren.[87] Während der Konferenzvorbereitungen verlangten die Israelis Klärung zu einigen Fragen, die Goldmann umgehend an Dulles herantrug. Der amerikanische Außenminister versprach, die Bundesrepublik werde ihren Verpflichtungen auch im Rahmen des zukünftigen Status Deutschlands nachkommen und Ostdeutschland dazu gezwungen werden, die westdeutschen Verpflichtungen zu respektieren.[88]

Als die Bundesrepublik am 5. Mai 1955 die Souveränität erlangte, betraf dies zumindest formal auch die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. Die britische Regierung reagierte darauf mit der Überprüfung des Status der konsularischen Dienste für die Bundesrepublik im britischen Konsulat in Haifa. Bereits am 3. Februar hatte Shinnar das Außenministerium in Jerusalem über ein Gespräch zu dieser Frage im Auswärtigen Amt informiert. Da das britische Konsulat in Haifa die Stellvertretung für die Bundesrepublik einzustellen beabsichtigte, schlug das Auswärtige Amt vor, bis zur endgültigen Klärung der Frage vorläufig einen Beamten zur Ausstellung von Sichtvermerken nach Israel zu entsenden.[89] Shinnar versprach seinen deutschen Gesprächspartnern, die Angelegenheit bei seinem nächsten Besuch in Israel im Juni zur Sprache zu bringen und fügte hinzu, daß ein solcher Beamter sich auch um die Verwaltung der individuellen Entschädigung kümmern könnte. Sharett nahm Shinnars Bericht zur Kenntnis und beschloß, die Antwort aufzuschieben. Der israelische Außenminister hatte das Gefühl, daß sich Israel früher als ursprünglich erwartet über das Verhältnis zu Deutschland würde entscheiden müssen, und erachtete eine vorübergehende

---

[86] Yachil an die Abteilung für Westeuropa und Öffentlichkeitsarbeit vom 8. 10. 1954, ISA, 2527/12; STUTTGARTER ZEITUNG vom 20. 9. 1954.
[87] Livneh an die Abteilung Osteuropa vom 25. 3. 1953, ISA, 2511/17a.
[88] John F. Dulles an Nahum Goldmann vom 2. 2. 1954, ISA, 419/11.
[89] Shinnar an Najar vom 3. 2. 1955, ISA, 605/2.

Lösung als zu unberechenbar.[90] Das Auswärtige Amt tat also offensichtlich den ersten Schritt, und die israelische Regierung ließ diese Gelegenheit ungenutzt verstreichen.

Das Jahr 1955 war eines der schwierigsten in der Geschichte des jüdischen Staates. An seinen Grenzen wurde weiter gekämpft, und Freischärler aus Ägypten, Syrien und Jordanien, sogenannte Fedajin, verübten blutige Anschläge auf die israelische Zivilbevölkerung. Die Bevölkerung reagierte mit zunehmender Verbitterung, die sich auch im Militär breitmachte, und Ministerpräsident Sharett, ein friedfertiger Mann, der den Ausgleich mit den arabischen Nachbarn suchte, konnte dem Druck der Streitkräfte nicht mehr standhalten. Nach einem besonders barbarischen Anschlag auf israelische Zivilisten sah er sich gezwungen, einen begrenzten Vergeltungsschlag zu genehmigen. Doch statt zu einer begrenzten Aktion kam es am 1. März 1955 zu einem Großangriff auf eine ägyptische Militärbasis im Gazastreifen, bei dem 37 Ägypter und 9 Israelis ums Leben kamen.[91] Israel wurde darauf hin am 30. März vom UNO-Sicherheitsrat einseitig verurteilt. Die Resolution kam, wie so oft bei antiisraelischen Beschlüssen dieses Gremiums, durch eine Koalition des Ostblocks und der blockfreien Staaten zustande, während sich der Westen einmal mehr abseits hielt, um die „Blockfreien" nicht zu verärgern. Die israelische Öffentlichkeit wurde gegen den „unparteiischen" Schiedsrichter aufgehetzt, und die militanten Stimmen gewannen die Oberhand. Einem Aufruf folgend, kehrte Ben Gurion 1955 in das Amt des Ministerpräsidenten zurück, nachdem es ihm gelungen war, Sharett aus dieser Position zu verdrängen.

Das Auswärtige Amt nutzte das Mißgeschick der Israelis, indem es zu ihnen deutlich auf Distanz ging. Hallstein sagte im April 1956 vor deutschen Diplomaten, daß er die Verurteilung Israels durch den UNO-Sicherheitsrat nach dem Zwischenfall in Gaza zum Anlaß genommen habe, ein israelisches Kreditgesuch abzulehnen, dessen Bewilligung die Araber verärgert hätte.[92] Das Auswärtige Amt, aber auch Adenauer und von Brentano, machten es sich zur Routine, arabisch-israelische Spannungen als Vorwand zur Ablehnung israelischer Gesuche zu nutzen. Um die Spannungen nicht zusätzlich zu erhöhen, wolle man dem israelischen Gesuch zur Zeit nicht entsprechen, so lautete die abschlägige Antwort zumeist.

Die israelische Regierung versäumte die Gelegenheit zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik im Mai 1955 unmittelbar vor Inkrafttreten des Deutschlandvertrages und ein weiteres Mal, etwa zwei Monate später, vor dem Dreimächtegipfel in Genf zwischen dem 18. und 23. Juli, der der deutschen Wiedervereinigung gewidmet war und an dem auch Beobachter beider deutscher Staaten teilnahmen. Shinnar zufolge hätte Israel bei dieser Gelegenheit Bedingungen aushandeln können, die auch für die Opposition im eigenen Land akzeptabel gewesen wären, und dabei vom Willen westdeutscher Politiker profitieren können, das internationale Ansehen der Bundesrepublik noch vor der Er-

---

[90] Ilsar an Shinnar vom 22. 2. 1955, ISA, 605/2.
[91] SHAHAM, Israel, S. 116; SHARETT, Yomanim, Eintrag vom 30. 5. 1955, S. 878.
[92] Aufzeichnung Staatssekträr Hallsteins vom 3.–7. 4. 1956, PA, BSTS, Bd. 340.

langung der Souveränität zu heben.[93] Die israelische Opposition gegen Beziehungen zu Deutschland blieb zunächst unverändert stark, doch allmählich mehrten sich die Stimmen der Befürworter und Warnungen vor den Folgen einer weiteren Verzögerung dieser Angelegenheit. Die Mapai-Abendzeitung *HaDor* charakterisierte den sich abzeichnenden Stimmungswandel als „Allianz mit dem Feind von gestern gegen den Feind von heute". Mit dem „Feind von gestern" war Deutschland und mit dem „Feind von heute" die Sowjetunion gemeint.[94] Doch zur Enttäuschung vieler bewirkte der neue Status der Bundesrepublik keine Veränderung des offiziellen deutsch-israelischen Verhältnisses. Das amerikanische Außenministerium, das auf einen Wandel im deutsch-israelischen Verhältnis gehofft hatte, wies die Botschaft in Tel Aviv an, „die Israelis auf geeignete Weise informell darauf hinzuweisen, daß eine Sichtvermerkstelle der BRD nicht unbedingt eine israelische Anerkennung der Bundesrepublik bedeutet". Washington wollte mindestens eine deutsche Sichtvermerkstelle in Israel.[95]

Israel reagierte ähnlich auf die Berliner Konferenz und den Genfer Gipfel. Aus Furcht vor ungünstigen Beschlüssen versuchte die israelische Regierung mit den Teilnehmern einzeln zu verhandeln. Man wundert sich, daß Jerusalem nicht versucht hat, das Problem durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen endgültig zu lösen und damit die Großmächte und die DDR vor vollendete Tatsachen zu stellen. Ein solcher Schritt hätte die Großmächte schlagartig ihrer Vermittlerrolle und die Ostdeutschen ihrer Erpresserposition beraubt. Auch den Arabern wäre keine Gelegenheit mehr geboten gewesen, die Bundesrepublik mit Drohungen unter Druck zu setzen. Doch anstatt den Gordischen Knoten zu durchtrennen, verschwendete die israelische Regierung wertvolle Zeit mit Nebenverhandlungen und spielte damit den deutschen (und arabischen) Gegnern der Normalisierung in die Hände.[96]

Shinnar berichtete seinen Vorgesetzten im Juli 1955, wie erwähnt, daß das Auswärtige Amt nicht mehr die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sondern nur noch israelisches Entgegenkommen in bestimmten Teilbereichen fordere. Die israelische Regierung kam diesen Wünschen in der Regel nach: So unterstützte das israelische Außenministerium fortan die Aufnahme der Bundesrepublik in internationale Organisationen und vergrößerte sowohl den Spielraum für Kontakte mit deutschen Diplomaten als auch die Zahl der Einreisebewilligungen für Bürger der Bundesrepublik. Die Beratungen im israelischen Außenministerium, der eine Reihe von Briefwechseln, Beratungen, Kabinettssitzungen und Gesprächen mit westdeutschen Persönlichkeiten wie Böhm und Spitzenvertretern der SPD vorausgingen, waren von der Empfehlung gekrönt, diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen. Einige Vertreter forderten die so-

---

[93] Interview mit Shinnar. In: MA'ARIV (Tel Aviv) vom 25. 9. 1965.

[94] So Shmuel Mikunis (Kommunisten) zum Haushaltsvorschlag: KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 2. Knesset, 681. Sitzung am 1. 3. 1955.

[95] Das Außenministerium an die US-Botschaft in Tel Aviv vom 17. 6. 1955, USNA, 321.9, Germany, RG84, Box 5.

[96] Shinnar an Sharett vom 8. 2. 1955, ISA, 2539/4; Edward B. Lawson, US-Botschaft in Tel Aviv, an den Außenminister vom 7. 2. 1956, USNA, 611.84A/2–756.

fortige Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen, andere rieten, sich mit der Bundesrepublik zunächst auf die Einrichtung einer Handelsmission mit gewissen konsularischen Befugnissen zu verständigen.[97]

Die Forderung des Auswärtigen Amts nach Einrichtung einer westdeutschen Sichtvermerkstelle setzte den israelischen Entscheidungsprozeß in Gang. Sharett befürwortete allem Anschein nach eine Zweistufenlösung: zuerst eine Mission und dann volle diplomatische Beziehungen, worauf die öffentliche Meinung in Israel freilich zuerst noch vorzubereiten sei. Die Verpflichtung seiner Regierung im Auge behaltend, wonach die Schilumim nicht zu diplomatischen Beziehungen führen dürfen, war Sharett allerdings streng darauf bedacht, die beiden Angelegenheiten voneinander zu trennen, was er auch deutschen Stellen gegenüber wiederholt betonte.[98] Am 8. November 1955 notierte Sharett in sein Tagebuch, Shinnar sei nach Jerusalem gekommen, um Instruktionen hinsichtlich der Annäherung an Deutschland entgegenzunehmen.[99] Einen Monat später, am 9. Dezember, schlug Shinnar dem Außenminister vor, von Brentano die Einrichtung einer deutschen Handelsmission in Israel anzubieten.[100] Im innenpolitischen Bereich gelang es Sharett, den Vorsitzenden der religiösen Mizrahi-Partei, Moshe Shapira, für diesen Standpunkt zu gewinnen.[101] Mit Goldmanns Hilfe machte er sodann den Cherut-Führer Menachem Begin mundtod. Goldmann legte Begin geheime Briefwechsel über westdeutsche Militärhilfe an Israel vor.[102] Ob Goldmann ihn auch über die bevorstehenden Entwicklungen informiert hat, ist unklar. Böhm war über Sharetts Aufklärungsarbeit und über die Opposition gegen die Annäherung an Deutschland im Bilde.[103] Sharett setzte sein ganzes politisches Prestige für die Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland ein. Das Scheitern dieses Vorstoßes hat ihn zweifellos politisch geschwächt und möglicherweise im Juni 1956 dazu beigetragen, daß er auch als Außenminister zurücktrat, nachdem er im Jahr zuvor bereits das Amt des Ministerpräsidenten abgeben hatte.

Sharett hielt die Zustimmung der Bundesrepublik für gesichert. Doch dann überraschte Goldmann mit einer pessimistischen Einschätzung: Mitte Dezember 1955 meinte er Yachil gegenüber, die israelische Initiative komme eventuell schon zu spät.[104] Dessen ungeachtet traf Shinnar am 22. Dezember von Brentano zum Gespräch. Die beiden diskutierten die weiteren Schritte der Annäherung im einzelnen sowie andere Angelegenheiten von beiderseitigem Belang. Shinnar erhielt

---

[97] Niederschrift über die Beratungen im Büro des Generaldirektors am 13. 10. 1955; der stv. Abteilungsleiter für Westeuropa an das Ministerbüro vom 19. 10. 1955; der Politische Sekretär von Außenminister Zeev Scheck an Sharett vom 24. 10. 1955; der Rechtsberater Shabtai Rosenne an den Minister vom 24. 10. 1955, ISA, 2413/3b.

[98] Harman an Ilsar vom 21. 10. 1955, ISA, 2413/3b; Memorandum vom 24. 10. 1955, ISA, 2539/4.

[99] SHARETT, Yomanim, Bd. 5, S. 1292.

[100] Shinnar an Sharett vom 9. 12. 1955, ISA, 2413/3b.

[101] SHARETT, Yomanim, Bd. 5, Eintrag vom 28. 12. 1955, S. 1318.

[102] Die US-Botschaft in Tel Aviv an den Außenminister betr. Gebrauch von deutschen Wiedergutmachungsleistungen für israelische Verteidigungszwecke; hier: Besprechung mit Eliezer Shostak vom 10. 2. 1956, USNA, 611.84A/2–1056.

[103] Böhm an Hallstein vom 19. 2. 1956, CZA, Z 6/2001.

[104] Yachil an Eytan vom 16. 12. 1955, ISA, 2539/4.

den Eindruck, daß von Brentano auch an einer gestuften Annäherung interessiert sei.[105] Sharett betrachtete die Angelegenheit als reif, und am 15. Januar 1956 vertraute er seinem Tagebuch an: „In dieser Besprechung wurden die Beziehungen zur Bundesrepublik endlich genehmigt."[106] Im Kabinett hatte er sich mit einer List beholfen: Er schlug die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen vor, obwohl er wußte, daß sein Vorschlag chancenlos war. Minister Shapira forderte als Kompromiß die Einrichtung einer westdeutschen Mission, und sein Vorschlag wurde mit zehn zu eins Stimmen bei vier Enthaltungen gebilligt. Sharett hatte sein Ziel erreicht.[107] Das israelische Massenblatt Yedioth Achronoth druckte folgenden Kommentar: „Die zunehmende Isolierung des Staates, die sich entwickelnden Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten und die Waffengeschäfte zwischen arabischen und osteuropäischen Ländern erfordern engere Beziehungen zur Bundesrepublik."[108] Am 28. Januar 1956 kam es zu einer weiteren Besprechung zwischen Shinnar und von Brentano. Darin teilte von Brentano mit, daß er weiterhin an Beziehungen mit Israel interessiert sei und arabische Interventionen nicht zulassen werde. Da jedoch etliche seiner Beamten befürchteten, die Araber könnten die sowjetische Besatzungszone anerkennen, wolle er – wie Shinnar berichtete – deshalb zuerst die westlichen Alliierten konsultieren. Die beiden Seiten tauschten zum ersten Mal die Rolle. Shinnar versuchte den Bundesminister davon zu überzeugen, möglichst rasch eine Vereinbarung zu treffen, während von Brentano um Geduld bat.[109] Shinnar war grob über den Stand der Dinge informiert, doch wichtige Einzelheiten waren ihm offensichtlich entgangen. Die israelische Presse und folglich die Öffentlichkeit wußten noch weniger.

Im September 1955 war eine hochrangige westdeutsche Delegation, angeführt von Adenauer, Hallstein und von Brentano, nach Moskau gereist und hatte sich mit der Sowjetunion auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen geeinigt. Um eine Anerkennungswelle zugunsten der DDR auszuschließen, wurde noch auf dem Rückflug von Moskau ein neuer außenpolitischer Grundsatz ins Leben gerufen, wonach die Bundesrepublik mit Maßnahmen gegen die Staaten drohte, die diplomatische Beziehungen zur DDR aufnehmen sollten. Unterderhand wurde die später nach dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt benannte und durch von Brentanos drakonische Anwendung bekannt gewordene „Hallsteindoktrin", die in ihrer schärfsten Form Staaten mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Aussetzung von Handelsvorteilen drohte, zu einem teils gewollten, teils ungewollten Hindernis gegen die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel.[110] Der jüdische Staat war das erste – indirekte – Opfer dieser Doktrin und dürfte am längsten unter ihr gelitten haben. Als sich

---

[105] Shinnar an Sharett vom 25. 12. 1955, ISA, 2418/1.
[106] SHARETT, Yomanim, Bd. 5, S. 1333.
[107] Auszüge aus dem Protokoll der Regierungssitzung vom 16. 1. 1956, ISA, 7229/6a.
[108] YEDIOTH ACHRONOTH (Tel Aviv) vom 16. 1. 1956.
[109] Niederschrift über die Besprechung zwischen Shinnar und von Brentano am 28. 1. 1956, ISA, 3309/25.
[110] KOSTHORST, Brentano und die deutsche Einheit, S. 88–93; END, Zweimal deutsche Außenpolitik, S. 36–51.

Jerusalem für Verhandlungen zur Aufnahme von Beziehungen zu Bonn entschied, nahm man dort die neue Realität noch nicht wahr. Vielleicht war es dafür auch noch zu früh.

Im Sommer 1955 führte das Auswärtige Amt bei den Vertretungen der Bundesrepublik im Ausland eine Umfrage über Israel durch. Im Mittelpunkt standen Fragen über die Einstellung der entsprechenden Staaten zu Israel und deren Verhältnis zu den israelischen Vertretungen vor Ort. Zudem wurden die westdeutschen Diplomaten im Ausland um eine Einschätzung der Folgen einer möglichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel gebeten.[111] Die meisten Antworten spiegeln freundliche oder neutrale Ansichten sowie Zustimmung zur Normalisierung mit dem jüdischen Staat wider. Eine Ausnahme bildeten die Antworten aus den arabischen Ländern außer Sudan sowie aus einigen islamischen Staaten. Die Berichte westdeutscher Diplomaten im Orient reflektieren die extreme Feindseligkeit ihrer Gastländer gegenüber Israel und in bestimmten Fällen auch eine latente Israelfeindschaft der Verfasser selbst.[112] Die Diplomaten berichteten über die kategorische Ablehnung jeder Form von Beziehungen zwischen Bonn und Jerusalem und warnten vor harten Gegenmaßnahmen, wie etwa der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur DDR, dem Abbruch derselben mit der Bundesrepublik, der Aussetzung jeglicher Handels- und Wirtschaftskontakte mit der Bundesrepublik sowie antideutschen Ausschreitungen. Außerdem wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß andere westliche Staaten bzw. westliche Firmen versuchen könnten, in die Bresche zu springen, sowie auf den Umstand, daß die Sowjetunion, der Ostblock und der „Weltkommunismus" von einer feindlichen arabischen Reaktion gegen die Bundesrepublik profitieren würden – zum Schaden des Westens. Mehrere westdeutsche Diplomaten äußerten Bedenken zum Luxemburger Abkommen. Bei allen Verständnis für den Hintergrund dieses Abkommens, könne sich die Bundesrepublik keine weitere Annäherung an Israel leisten, schrieb Frhr. von Welck abschließend in seinem Bericht an den Bundesaußenminister vom 28. November 1955.[113]

Die Berichte aus dem Nahen Osten übten großen Einfluß auf die Entscheidungsträger in Bonn aus. Ein Nebeneffekt waren die Spannungen zwischen den Abteilungen 2 und 3 des Auswärtigen Amts. Die Politische Abteilung (Abteilung 2), der unter anderem Blankenhorn und Frowein angehörten, drängte auf eine Annäherung zwischen der Bundesrepublik und Israel. Doch die für den Nahen Osten zuständige Abteilung Länderreferate (Abteilung 3) mit dem „Arabisten" Frhr. von Welck an der Spitze, an die die arabischen Proteste und die reservierten Berichte westdeutscher Diplomaten in arabischen Ländern gerichtet waren, setzte

---

[111] Runderlaß an alle diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Bundesrepublik vom 2. 7. 1955, PA, 308, 210–92/92.19, 1149/55.

[112] Botschaft in Amman an das AA vom 18. 7. 1955, PA, 316, 81.00, 92.19; von Waldow, Bagdad, an das AA vom 26. 7. 1955 und 2. 8. 1955; die Botschaft in Kairo an das AA vom 5. 8. 1955; die Botschaft in Beirut an das AA vom 23. 8. 1955; Dr. Seydel, Tripolis/Libyen, an das AA vom 28. 10. 1955; die Botschaft in Djidda an das AA vom 29. 11. 1955; Bericht Dr. Melchers nach Bonn vom 15. 8. 1955, PA, 316, 81.00, 92.19.

[113] Von Welck an den Außenminister vom 28. 11. 1955, PA, 316, 81.01/1.

sich durch. Die Israel betreffenden Angelegenheiten wurdem ihrem Aufgabenbereich zugeordnet.[114]

Die inzwischen weiterentwickelte und verfeinerte Hallsteindoktrin, wurde zum Eckpfeiler der westdeutschen Außenpolitik. Sie kam auf mehreren Diplomatenkonferenzen zur Sprache. Die erste dieser Zusammenkünfte im Dezember 1955 befürwortete sie.[115] Die versammelten hochrangigen Diplomaten warnten vor den Gefahren der Politik der blockfreien Staaten, vor allem Jugoslawiens, Ägyptens und Indiens. Die größte Gefahr für die Bundesrepublik lauerte aber im Nahen Osten.[116] Noch während der Konferenz wurde sie durch die Ankunft einer DDR-Handelsmission in Kairo am 10. Dezember 1955 veranschaulicht. Die arabischen Staaten, besonders Ägypten und Syrien, gefährdeten den Alleinvertretungsanspruch, worauf sich die Bundesregierung veranlaßt fühlte, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Vor allem Syrien neigte dazu, diplomatische Beziehungen zur DDR aufzunehmen, und wartete nur noch auf eine günstige Gelegenheit. Die arabischen Drohungen warfen einen dunklen Schatten auf die Beratungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. Sehr zum Mißfallen des Auswärtigen Amts drohte gerade der Nahe Osten zum ersten Anwendungsgebiet der Hallsteindoktrin zu werden. Man befürchtete ein Junktim, nämlich daß der Austausch diplomatischer Vertretungen mit Israel zu einer Anerkennung der DDR durch die arabischen Staaten führen könnte. Die Verhandlungen über die deutsch-israelischen Beziehungen hatten sich längst zu einem internationalen Problem entwickelt mit Auswirkungen auf weitere Staaten im Nahen Osten und indirekt auch auf die Großmächte und den Kalten Krieg.

Im Herbst 1955 wurde in der Bundesrepublik ein ägyptisch-tschechoslowakisches Waffengeschäft aufgedeckt, das Israel in Angst und Schrecken versetzte. Der jüdische Staat hatte den für die Araber bestimmten Waffen aus dem Ostblock nichts entgegenzusetzen, weder qualitativ noch quantitativ.[117] In offenen und geschlossenen – beinahe hysterisch geführten – Debatten bekundete die israelische Regierung den Willen, Waffen von jeder sich bietenden Quelle zu kaufen. Verschiedentlich war von der Möglichkeit eines Präventivschlags die Rede, d.h. von einem Militärschlag, bevor die Ostblockwaffen Ägypten erreichen würden und zum Einsatz bereit seien.[118] Die Krisenstimmung in Israel war von zunehmender politischer Isolation begleitet. Einseitige antiisraelische Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates, unterstützt vom Ostblock und den Blockfreien, weckten düstere Erinnerungen an den Holocaust, an die Einsamkeit der verfolgten Juden, denen niemand zu Hilfe kam. Das in Israel damals verbreitete Lied mit dem Titel „Die

---

114 Von Welck an den Außenminister betr. die Israelfrage vom 14. 12. 1955, PA, 316, 81.00/1.

115 KOSTHORST, Brentano und die deutsche Einheit, S. 91–93; END, Zweimal deutsche Außenpolitik, S. 40–41.

116 FRIEDMANN/BÜTTNER/HUNSLER, Bundesrepublik und arabische Staaten, S. 120–121.

117 Yachil an Eytan o.D. [verm. Ende 1955], ISA, 2539/4.

118 Niederschrift über die Sitzung des Politkomittees von Mapai vom 16. 11. 1955 (vor allem die Reden von Sharett, Aranne und Lavon), BGA, The Protocols File; KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 2. Knesset, 8. Sitzung, S. 87–100, die Reden von Rimalt (Allgemeine Zionisten), Argov (Mapai), Begin (Cherut), Barzilai (Mapam) und die Eröffnungsrede von Ministerpräsident Sharett am 18. 10. 1955.

ganze Welt ist gegen uns" veranschaulicht diese Stimmung. Das Gefühl der Einsamkeit ermunterte die Israelis, sich nach neuen Partnern in Deutschland und anderswo umzusehen. So versuchte die israelische Regierung mit Hilfe der Bundesrepublik freundschaftliche Beziehungen zu postkolonialen Staaten zu knüpfen. Jerusalem war insofern auf Bonns guten Willen angewiesen, als das amerikanische Außenministerium unter Dulles Israel die kalte Schulter zeigte.[119] Der Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, Walter Eytan, appellierte an die westlichen Interessen im Kalten Krieg: Israel sei ein unerschütterlich antikommunistisches Bollwerk im Nahen Osten und verdiene deshalb Unterstützung gegen den sowjetischen Machthunger in der Region.[120] Das war ein reichlich naives Argument, wenn man die amerikanischen Anstrengungen bedenkt, die arabischen Staaten, besonders Ägypten, in die antikommunistische Front einzureihen. Oder wurde hier versucht, das eigentlich gegen Israel gerichtete Argument der sowjetischen Bedrohung, von dem das Auswärtige Amt demnächst Gebrauch machen sollte, zur Stärkung der israelischen Position zu nutzen? Adenauer und Strauß erschien es schon bald plausibel. Bis es soweit war, wirkte es jedoch zu Israels Ungunsten.

Wie ernst die Lage in Israel empfunden wurde, geht aus den Erörterungen des israelischen Außenministeriums über den Status der Schilumim im Kriegsfall hervor. Die Beratungen konzentrierten sich vor allem auf die rechtlichen, politischen und moralischen Auswirkungen. Die Kölner Mission machte die israelische Regierung darauf aufmerksam, daß die gemischte Kommission zögere, Stahllieferungen zu bewilligen, daß sich der arabische Druck immer stärker bemerkbar mache und daß ein Krieg im Nahen Osten erwartet werde.[121] In einem Gutachten des juristischen Beirats des israelischen Außenministeriums wurde darauf hingewiesen, daß das Schilumimabkommen keine Sonderbestimmungen für den Kriegsfall enthalte. Auch das internationale Recht biete keine Handhabe für eine solche Situationen, und da die Bundesrepublik nicht Mitglied der UNO sei, seien deren Beschlüsse für Bonn nicht verbindlich. Nur vom Prestige dieser internationalen Organisation her sei ein gewisser Einfluß auf die Bundesregierung zu erwarten. Es müsse, so der Bericht weiter, mit Behinderungen für deutsche Schiffe in dieser Region gerechnet werden.[122] Eher kurios mutet die Forderung an, der Beamte der Israel-Mission im Kontakt mit deutschen Firmen begegneten: Arabische Vertreter drohten ihnen, daß die Sieger den finanziellen Verpflichtungen Israels im Falle der Vernichtung dieses Staates nicht nachkommen würden, worauf verängstigte deutsche Geschäftspartner von der israelischen Regierung verlangten, Vorkehrungen für diesen Fall zu treffen.[123]

---

[119] Ilsar an Shinnar vom 29. 1. 1956, ISA, 2539/4; Rosenne an Shinnar vom 9. 1. 1956, ISA, 2543/11; Rundbrief des Generaldirektors an israelischen Vertretungen vom 10. 1. 1956; Sharett an Shinnar vom 6. 3. 1956; Shinnar an Sharett vom 7. 3. 1955, ISA, 2413/3b; Amiel Najar, Abteilungsleiter Westeuropa, an Sharett und Eytan vom 19. 2. 1956, ISA, 3309/25.

[120] Eytan an Shinnar vom 2. 2. 1956, ISA, 3309/25.

[121] Shinnar an den Finanzminister vom 6. 2. 1956, ISA, 2542/11.

[122] Der Rechtsberater an Shinnar vom 9. 1. 1956, ISA, 2543/11.

[123] Dagan an das israelische Außenministerium vom 13. 12. 1955, ISA, 2539/4.

Jener Teil der westdeutschen Industrie, der in arabische Länder exportierte und dort investierte, sprach sich gegen Beziehungen zu Israel aus und kam damit den Wünschen der arabischen Handelspartner nach. Ähnliche Reaktionen, wenn auch in geringerem Ausmaß, waren bereits vor der Abstimmung über das Schilumim-abkommen zu beobachten gewesen. Die westdeutschen Wirtschaftsinteressen im Orient hatten sich inzwischen jedoch stark entwickelt und entsprechend auch ihr Einfluß auf das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium. Auch die arabischen Maßnahmen gegen Israel, darunter die Boykottlisten, machten sich immer stärker bemerkbar.

In Erwartung einer Annäherung entschloß sich die israelische Regierung gegenüber der Bundesrepublik zu einer Reihe von administrativen Gesten. Am auffälligsten war die Entfernung des Vermerks „nicht gültig für Deutschland" aus israelischen Pässen. Der praktische Nutzen dieses Stempels war, wie erwähnt, begrenzt. Eine feindselige Geste, nicht mehr. Zudem hatten die bundesdeutschen Behörden den Vermerk dazu benutzt, um die Einreise von israelischen Staatsbürgern zu beschränken, die sich bereits in großer Zahl in der Bundesrepublik aufhielten.[124] Die israelische Regierung beschloß weitere Liberalisierungsschritte im gesellschaftlichen Umgang mit deutschen Diplomaten im Ausland, bei akademischen Austauschprogrammen sowie bei der Gewährung von Einreisebewilligungen für westdeutsche Journalisten und andere Besucher aus der Bundesrepublik.[125] Diese kleinen Schritte sind als eigentlicher Gradmesser der israelischen Haltung gegenüber der Bundesrepublik zu werten. Die Annäherung war stets von solchen Schritten begleitet, die Verschlechterung des gegenseitigen Verhältnisses dagegen von der Annullierung derselben.

Um die Unterstützung der führenden Oppositionspartei, der SPD, für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu bekommen, hielten Vertreter der Israel-Mission deren Organe auf dem laufenden und trafen sich sporadisch mit der Parteiführung. Am 27. Februar 1956 bat Shinnars Stellvertreter, Arthur Bergmann, den SPD-Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer bei einem informellen Gespräch um die Unterstützung der SPD für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Ollenhauer prompt zusicherte. Der SPD-Parteivorsitzende versprach zudem, mit Brentano zu sprechen und ihn zu einer bedingungslosen Annahme der israelischen Vorschläge aufzufordern.[126] Zum ersten Mal sah sich Israel gezwungen, bei deutschen Stellen für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu werben. Man mag sich fragen, weshalb Shinnar seinen Stellvertreter zu Ollenhauer schickte. War es Shinnars persönliche Abneigung gegen die Sozialdemokraten, die ihn von einem Treffen mit dem SPD-Parteivorsitzenden abhielt?

Eine Flut von Gerüchten und widersprüchlichen Erklärungen überschwemmte die Presse und die diplomatischen Akten. Besonders häufig waren Gerüchte über den Beschluß zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, wie sie etwa

---

[124] Zeev Scheck an Sharett vom 25. 4. 1956, ISA, 2539/4; Der Leiter der Konsularabteilung im israelischen Außenministerium an den Generaldirektor vom 8. 1. 1956, ISA, 2413/2b; Abteilung Westeurpa an den Generaldirektor vom 15. 1. 1956, ISA, 2539/4.

[125] Rundbrief an die israelischen Vertretungen vom 1. 2. 1956, ISA, 3309/25.

[126] Shinnar an Sharett vom 29. 2. 1956, ISA, 2526/8.

die Abteilung 3 im Auswärtigen Amt bewußt verbreitete und später wieder dementierte. Optimistische Äußerungen von Regierungsvertretern und Diplomaten nährten Shinnars vorsichtigen Optimismus und erzeugten falsche Erwartungen in Jerusalem. Am 3. April 1956 berief das Auswärtige Amt in Istanbul eine fünftägige Konferenz von Botschaftern der Bundesrepublik im Orient ein, um über diese Frage zu beraten. Angesichts der Zusammensetzung dieser Konferenz und der schriftlichen Berichte der daran teilnehmenden Botschafter stand das Ergebnis von vornherein fest.

7. Freunde in der Not ...

Am 5. Februar 1956 dementierte das Auswärtige Amt eine Mitteilung des SPD-Pressedienstes, wonach Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen stattfänden. Für die Information war die Israel-Mission verantwortlich. Der rasche Widerruf dieser offenkundig authentischen Nachricht erfolgte aus Angst vor arabischer Vergeltung.[127] Es war ein Warnsignal für Israel, das zur Verstärkung des israelischen Drucks auf deutsche Persönlichkeiten führte. Goldmann suchte Adenauer auf und rang ihm das Versprechen ab, den Normalisierungsprozeß zu beschleunigen.[128] Am 6. März 1956 kam es zum entscheidenden Gespräch zwischen von Brentano und Shinnar. Der Bundesaußenminister entschuldigte sich für das Dementi und tat es als Dummheit des Auswärtigen Amts ab. Shinnar faßte das lange und ausführliche Gespräch in zwei Punkten zusammen: Von Brentano wünsche positive Ergebnisse und bitte um Aufschub bis April, dem Zeitpunkt der Botschafterkonferenz. Ein paar Tage später telegraphierte Goldmann Sharett, daß die Bundesrepublik eine Dienststelle in Israel zu errichten wünsche und daß Shinnar demnächst offiziell darüber in Kenntnis gesetzt werde.[129] Am nächsten Tag, den 14. März, teilte von Brentano Shinnar schriftlich unter anderem mit:

„Mit Beziehung auf unsere Besprechung am 6. d. Mts. teile ich Ihnen mit, daß die Bundesregierung grundsätzlich damit einverstanden ist, in Israel eine Dienststelle zu errichten, die – mutatis mutandis – etwa der Israel-Mission entsprechen würde. Der Zeitpunkt der Errichtung dieser Stelle und ihre Aufgaben im einzelnen würden später in Verhandlungen mit Ihnen festzulegen sein."[130]

Von Brentano bat, die Angelegenheit streng vertraulich zu behandeln. Shinnar empfing das Schreiben mit großer Genugtuung und wies bei folgenden Besprechungen über die Frage der diplomatischen Beziehungen jeweils auf dessen Inhalt hin. Doch nicht alle Kollegen teilten seine positive Einschätzung. Der deutsche Außenminister hatte nur die Eröffnung einer Mission in Aussicht gestellt, nicht

---

127 Anlage zu Shinnars Schreiben an Sharett vom 29. 2. 1956 und 2. 3. 1956, ISA, 2516/8; MA'ARIV (Tel Aviv) vom 10. 2. 1956; Memorandum an den Bundesminister vom 6. 3. 1956; Aufzeichnung vom 6. 3. 1956, PA, 1024, 708, 82.00–01/70.

128 Telegramm Goldmanns an Sharett vom 13. 2. 1956, CZA, Z 6/1111.

129 Telegramm Goldmanns an Sharett vom 13. 3. 1956, CZA, Z 6/1111.

130 Von Brentano an Shinnar vom 14. 3. 1956, ISA, 3309/13.

mehr. Zudem schien sein Angebot auf schmalem Fundament zu ruhen. Dennoch verpflichtete es die Bundesrepublik und wurde deshalb auf die Tagesordnung der bevorstehenden Botschafterkonferenz gesetzt.

Auf der Botschafterkonferenz in Istanbul nahmen die Leiter der westdeutschen Gesandtschaften in den arabischen Staaten, in den anliegenden islamischen Staaten (Pakistan, Afghanistan) sowie in Äthiopien teil. Ebenfalls anwesend waren Staatssekretär Hallstein, der die Konferenz leitete, und Vertreter der Abteilungen 2 und 3. Keiner der Anwesenden vertrat die Interessen des Staates Israel mit derselben Fachkenntnis, demselben Verständnis und derselben Aufrichtigkeit, mit denen sich die Diplomaten für die Interessen ihrer jeweiligen arabischen Gastländer einsetzten.[131] Die Konferenzteilnehmer waren mit den Interessen der Bundesrepublik und der Außenpolitik der Bundesregierung, einschließlich der Hallsteindoktrin, sowie mit den Besonderheiten ihrer Gastländer bestens vertraut. Aber niemand hielt es für nötig, sich näher mit den Bedürfnissen der Israelis und der Stimmung in diesem Land zu befassen. Keiner der anwesenden Diplomaten konnte erklären, weshalb die israelische Regierung beschlossen hatte, einen direkten Kanal zur Bundesrepublik einzurichten. Das Protokoll weist hierzu lapidar auf zwei Möglichkeiten hin: Es sei Sharett gelungen, seine Kollegen von seiner Linie zu überzeugen, und es sei für Israel eine Prestigesache, offizielle Beziehungen mit Bonn aufzunehmen. Kein Wort über die Versuche des jüdischen Staates, die politische Isolierung zu durchbrechen, über die existentielle Notwendigkeit, die Beziehungen zu anderen Ländern zu verbessern, und über die Ängste angesichts der umfangreichen Waffenlieferungen an Ägypten. Die Dokumente zeugen auch von einem akuten Mangel an Übersetzern aus dem Hebräischen.

Die versammelten westdeutschen Diplomaten schätzten ihre Gastländer den Berichten zufolge offensichtlich nicht besonders hoch ein. Die „Orientalen" seien unstabil, emotional, unfähig zu rationalem Denken und Hitzköpfe. Ihren Forderungen gebe man besser nach, um das Gesicht nicht zu verlieren, hieß es.

Die Botschafterkonferenz diskutierte die Gefahren des israelisch-arabischen Konflikts für die Bundesrepublik und riet zu Neutralität in regionalen Konflikten wie diesem und dem Zypernkonflikt. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Flirt einzelner arabischer Staaten mit dem Sowjetblock und der DDR geschenkt. Hallstein erinnerte an die arabischen Drohungen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um das Luxemburger Abkommen. Diese, so Hallstein, seien damals ins Leere gelaufen, doch die Lage habe sich seither geändert, und nun dürfe man kein Risiko mehr eingehen. Falls ein arabischer Staat die DDR anerkenne, könnten rasch weitere folgen. Ohne Namen zu nennen, widersprach Hallstein Shinnar und weiteren israelischen Vertretern, die behauptet hatten, daß es sich wie im Frühjahr 1953 auch diesmal um leere Drohungen handle. Die anwesenden Diplomaten warnten vor Illusionen. Die Last des Luxemburger Abkommens sei schwer genug, und Bonn sei gut beraten, sich nicht noch mehr aufzubürden, indem es diplomatische Beziehungen irgendwelcher Art zu Israel aufnehme. Man verlange aber nicht, daß die Bundesrepublik ganz auf Beziehungen zu Israel ver-

[131] Niederschrift über die Nahostkonferenz in Istanbul am 3.–7. 4. 1956, PA, Bd. 162, Sts., 627/56.

zichte. Es gehe nur darum, den geeigneten Zeitpunkt abwarten, so die Botschafter. Bonn solle zudem der Sowjetunion nicht die Gelegenheit bieten, hieß es weiter, den israelisch-arabischen Konflikt für eigene Belange auszunützen. Wenn es den Russen gelinge, sich im Nahen Osten auszubreiten, würde Israel am meisten darunter leiden. Es sei somit im besten Interesse der Israelis und des Westens, wenn die Bundesrepublik als Teil des Westens vorläufig keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufnehme. Die Bundesrepublik sei frei von belastender imperialistischer und kolonialistischer Vergangenheit und deshalb eher in der Lage, die Interessen des Westens gegenüber den Arabern zu vertreten. Sie sei also gut beraten, ihre eigenen Interessen, etwa im Bereich des Handels und der Investitionen, zu verfolgen und ihren wirtschaftlichen Einfluß auszudehnen, auch gegen den Willen der westlichen Partner. Die lokale Bevölkerung in den arabischen Ländern bewundere die deutsche Gründlichkeit, den deutschen Fleiß, die deutsche Kultur und die deutsche Sprache, wovon die Bundesrepublik und die Bewohner der Region profitieren könnten. Ein verfehlter Annäherungsschritt gegenüber Israel könne all dies und noch mehr gefährden, urteilten die Botschafter.

Es blieb nur die Frage, wie man diese schlechte Nachricht den Israelis beibringen solle. Hallstein schlug vor, eine Verurteilung Israels durch den UNO-Sicherheitsrat abzuwarten. Da damit aber nicht zu rechnen war, einigte man sich schließlich auf den Vorwand der „kommunistischen Gefahr". Tatsächlich rechtfertigte Hallstein dann Shinnar gegenüber die Entscheidung der Bundesregierung, keine diplomatischen Beziehungen zu Israel aufzunehmen, mit diesem Argument. Das Auswärtige Amt hatte offensichtlich vor den arabischen Drohungen kapituliert, die das ägyptische Staatsoberhaupt, Gamal Abdel Nasser, noch vor Abschluß der Botschafterkonferenz bekräftigt hatte.[132] Die Furcht vor der Anerkennung der DDR, vor der Ausbreitung des Kommunismus und vor der – in Istanbul nicht erwähnten – Gefährdung der persönlichen Sicherheit deutscher Diplomaten in Israel war zwar aufrichtig, aber nicht entscheidend. Im Vordergrund stand offensichtlich die Werbung um die arabischen Staaten. Der Wunsch, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der arabischen Welt zu vertiefen und zu pflegen, wurde deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Debatte über Israel war erstaunlich oberflächlich, und nur wenige Botschafter nahmen aktiv daran teil. Der bundesdeutsche Gesandte in Äthiopien sagte vor den versammelten Botschaftern, Äthiopien würde sich dem Entscheid der Bundesrepublik anschließen, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Genau darauf gründeten die Hoffnungen in Jerusalem, nämlich daß Bonn dem jüdischen Staat behilflich sein würde, die Mauer der Ablehnung zu durchbrechen. Doch die Worte des Gesandten in Äthiopien verhallten ungehört. Israel interessierte die Anwesenden nicht im geringsten. Sie waren zusammengekommen, um – verständlicherweise – den Anliegen ihres Landes und nicht denjenigen Israels Gehör zu verschaffen, wenn sie sich auch auf humanitäre Motive beriefen. Die Beschlüsse der Botschafterkonferenz in Istanbul sollten ihre Gültigkeit für zehn Jahre, bis 1965, behalten.

---

[132] Vermerk zur Lage im Nahen Osten, Israelfrage vom 3.–7. 4. 1956, PA, 162, St.Sek. 627–56, 3.–7. 4. 56.

Wie bereits dargelegt, war Israel das erste Opfer der Hallsteindoktrin. Um die arabischen Staaten von Beziehungen zur DDR abzuhalten, bestrafte Bonn Israel, und zwar mit der härtesten Sanktion, die für Verstöße gegen die Doktrin vorgesehen war: mit der Verweigerung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die dem Abbruch derselben gleichkam. Ähnliche Sanktionen verhängte die Bundesregierung gegen Jugoslawien, Kuba, Tansania, Guinea und andere Staaten, die jedoch im Gegensatz zu Israel aktiv gegen die Interessen der Bundesrepublik verstoßen hatten. Doch die israelische Regierung hatte nichts unternommen, was die Chancen für die Wiedervereinigung Deutschland gefährden könnte.

Die Hallsteindoktrin verwandelte die Bundesrepublik quasi in eine Milchkuh. Die Araber melkten beide deutschen Staaten, Israel nur Westdeutschland. Zur Verdeutlichung ihres Standpunkts erfanden die arabischen Staaten die sogenannte Arefdoktrin, benannt nach dem irakischen Diktator Abdel Rachman Aref (1963–1964 an der Macht). Dieser drohte der Bundesrepublik mit der Anerkennung der DDR und erzeugte damit ein Junktim. Die Bundesregierung verzichtete auf eine entsprechende Verknüpfung zur Mäßigung der arabischen Haltung, wie etwa die Drohung, Israel anzuerkennen. Gelegentlich machte sie sogar Abstriche beim Alleinvertretungsanspruch. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den arabischen Staaten – Handel, Investitionen und Kredite – wurde unter allen Umständen weitergeführt, wenn auch etwa bei Krediten durch die Zinshöhe, die Laufzeit und – in einigen Fällen – auch durch die Umwandlung zu nichtrückzahlbaren Darlehen gewisse Steuerungsmöglichkeiten genutzt wurden. Die Investitions- und Kreditpolitik war ein bewährtes (Schmier-)Mittel zur Erreichung bestimmter politischer Ziele, doch auch die Empfängerstaaten wußten sie zu ihrem Vorteil zu nutzen. Ein deutliches Beispiel war der Bau der Staudämme in Assuan (Ägypten) und am Euphrat (Syrien). Hinzu kamen Waffengeschäfte gegen billige Kredite und manchmal sogar als Geschenk. An solchen Geschäften war auch die Bundesrepublik beteiligt, besonders in den Bereichen Raketen, Flugzeuge sowie der Waffenentwicklung und -produktion in Ägypten. Die „wirtschaftliche Zusammenarbeit" umfaßte Ausbildungs- und Stipendienprogramme, Weiterbildung in der Bundesrepublik auf deutsche Kosten, den Bau von Schulen und Institutionen im kulturellen und technologischen Bereich und sogar Deutschkurse im Empfängerstaat. Der Nutzen der westdeutschen Wirtschaftshilfe für die Empfängerstaaten war erheblich und breit gestreut. Es war den arabischen Staaten offensichtlich gelungen, Bonn nicht nur mehrere politische Kompromisse abzupressen, sondern auch ausgiebig von ihrem guten Willen zu profitieren. Doch die „wirtschaftliche Zusammenarbeit" mit den arabischen Staaten – und mit Israel – war zweifellos auch für die Bundesrepublik mit so manchem nützlichen Nebeneffekt verbunden.

Als Shinnar am 28. Januar 1956 mit von Brentano Vorschläge über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen erörterte, unterstrich, wie bereits erwähnt, der Bundesaußenminister die Notwendigkeit, die Angelegenheit zuerst mit den Alliierten zu besprechen.[133] Die Amerikaner zeigten Verständnis für die besonderen Interessen der Bundesrepublik in der Region: „Die Bundesrepublik Deutsch-

[133] Shinnar an Sharett vom 28. 1. 1956, ISA, 3309/25.

land ist bereit, mit uns im Nahen Osten zusammenzuarbeiten. Andererseits ist davon auszugehen, daß die Bonner Regierung den größten Teil ihrer Energie dafür verwenden wird, die Anerkennung Ostdeutschlands durch die Araber zu verhindern."[134] In Anbetracht des amerikanischen Bestrebens, die arabischen Staaten für das antikommunistische Lager zu gewinnen und des amerikanischen Verständnisses für die speziellen Interessen der Bundesrepublik im Nahen Osten, kann man davon ausgehen, daß das amerikanische Außenministerium die westdeutsche Politik gegenüber Israel gebilligt und möglicherweise sogar aktiv unterstützt hat.[135] Man gewinnt verschiedentlich den Eindruck, daß das Auswärtige Amt die angebliche alliierte Intervention als bequemen Vorwand für umstrittene Entscheidungen benutzte.[136] Ähnliches sollte sich 1963 wiederholen.

Die Botschafterkonferenz in Istanbul empfahl die Ablehnung bzw. den „Aufschub" jeglicher Beziehungen zu Israel. Brentano teilte dies Adenauer mit. Shinnar blieb er eine Antwort schuldig, und mehrere Anzeichen sprechen dafür, daß dies mit Absicht geschah. An Stelle Brentanos fanden sich Staatssekretär Hallstein, der Leiter der politischen Abteilung, Wilhelm Grewe, und Frhr. von Welck zum Treffen mit Shinnar ein, der zuvor vom israelischen Außenministerium Anweisungen für den Fall einer negativen Antwort erhalten hatte.[137] Das Treffen war unangenehm. Hallstein war zwar gut vorbereitet, aber offensichtlich unfähig, die unangenehme Nachricht in gewünschter Form zu überbringen. Wie vereinbart, erwähnte er die Sowjetunion und den Kommunismus als Grund für die Nichteinhaltung der Zusage von Brentanos vom 14. März und sicherte gleichzeitig zu, sie bei „erster Gelegenheit" doch noch umzusetzen. Der unterwürfige Shinnar riet seinen Vorgesetzten, Hallstein beim Wort zu nehmen.[138] Sharett, tief gekränkt, lehnte jedoch ab und wies die israelischen Vertretungen im Ausland an, westdeutschen Diplomaten gegenüber Kälte zu zeigen und den Kontakt mit ihnen zu meiden. Der Ministerpräsident legte sein Vorhaben daraufhin endgültig ad acta und trat ein paar Wochen später unter Druck von David Ben Gurion von seinem Amt zurück. Das Debakel in der Deutschlandpolitik hatte ihn offensichtlich entscheidend geschwächt. Beamte im Außenministerium mißtrauten Shinnar und rieten, sich nicht auf ihn zu verlassen.[139] Der gerade in Jerusalem tagende Zionistenkongreß reagierte mit Protest, doch Goldmann gelang es, eine breite Debatte zum Thema zu verhindern. Der Knessetausschuß für Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten empfahl der Regierung, eine Regierungserklärung in der Knesset

---

134 Staff Study on NSC 5801 vom 16. 1. 1958, Eisenhower Library, White House Office, OSANSA, Box 23, File Policy toward the Near East.

135 Auf den Einfluß der Alliierten auf die westdeutsche Israelpolitik komme ich später zurück. Hier sei nur angemerkt, daß ein Großteil der amerikanischen Dokumente noch unter Verschluß ist.

136 „Es gelang Deutschland, einen Großteil der arabischen Kritik gegen das Reparationsabkommen mit Israel dadurch zum Schweigen zu bringen, daß an geeigneter Stelle jeweils darauf hingewiesen wurde, daß das Abkommen aufgrund von amerikanischem Druck zustande gekommen war": NSC 5727 vom 13. 12. 1957, Dwight D. Eisenhower Library Abilene, Kansas, File Police toward the NE, White House Office, OSANSA, Box 23.

137 Abteilung Westeuropa an Shinnar vom 10. 5. 1956, ISA, 2539/4.

138 Telegramm Shinnars an Sharett vom 15. 5. 1956, ISA, 3309/25.

139 Anonymer Schreiber an Sharett vom 22. 5. 1956, ISA, 2539/4.

ohne nachfolgende Debatte zu erwägen.[140] Am 10. Juni 1956 berief Sharett eine Besprechung mit Beratern unter Teilnahme von Goldmann und Shinnar ein. Shinnar äußerte die Ansicht, daß Bonn binnen sechs Monaten Beziehungen zu Israel aufnehmen werde. Man war sich einig, daß sich Israel keinen Konflikt mit Bonn leisten könne. Die Schilumim seien nicht alles, und Israel sei gut beraten, die Beziehungen zur Bundesrepublik auch auf anderen Ebenen zu fördern. Im Endeffekt beschloß die israelische Regierung abzuwarten und die Initiative der Bundesrepublik zu überlassen.

Die SPD hielt sich mit Kritik an der Israelpolitik des Auswärtigen Amts zurück. Sie war weder an der Anerkennung der DDR durch arabische Staaten noch daran interessiert, Israel dafür verantwortlich zu machen.[141] Die SPD scheute sich nicht, die Bundesregierung bloßzustellen, doch in der Israelfrage zog sie es zu jenem Zeitpunkt vor, ihr die Initiative zu überlassen. Das Motto hieß abwarten. Die Frage der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel war in eine Sackgasse geraten, und niemand wußte, wie es weitergehen sollte. Im Juli 1956 traten die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel in eine neue Phase.

---

[140] Bericht von Dr. Walter Hirsch vom 5. 6. 1956, PA, 708, 81.00/1–39, 92.19; Schreiben an das Außenministerium betr. Entscheidung des Ausschussses für Sicherheit und Außenpolitik vom 28. 6. 1956, ISA, 2413/3b.

[141] Anug an die Abteilung Westeuropa vom 19. 6. 1956, ISA, 2539/4.

VIII. Politische Irritationen und Komplikationen

Die Istanbuler Botschafterkonferenz vom April 1956 und die Anwendung der Hallsteindoktrin im Nahen Osten schufen im israelisch-arabisch-deutschen Dreieck eine neue Situation. Bonn nahm die Veränderungen rasch wahr, die Araber folgten bald nach, und nur die Israelis verweilten weiter im Narrenparadies. Nicht alle israelischen Diplomaten verkannten die neuen Verhältnisse, obwohl Shinnar das israelische Außenministerium weiter mit irreführenden Erklärungen aus dem Auswärtigen Amt versorgte. Shinnars grenzenloser Optimismus und sein uneingeschränktes Vertrauen in die Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit der deutschen Partner auf diplomatischer und politischer Ebene trübten den Blick der israelischen Regierung und schufen ständig neue Illusionen.

Auf der Botschafterkonferenz wurde, wie erwähnt, beschlossen, „zu gegebener Zeit" Beziehungen mit Israel aufzunehmen. Mindestens ein Teil der westdeutschen Diplomaten in arabischen Hauptstädten wußte, was das bedeutete: eine unbefristete Verschiebung. Diese Diplomaten erlebten den Haß gegen den Staat Israel im täglichen Kontakt mit ihrer Umwelt und vertraten die Auffassung, daß kein Fortschritt möglich sei, solange dieser Haß anhielt. Bestimmte Kreise in Bonn, besonders im Auswärtigen Amt, erkannten diesen Sachverhalt und vertrösteten Shinnar, Goldmann und andere jüdische Vertreter wiederholt auf den „geeigneten Zeitpunkt", der jedoch so schnell nicht eintraf. Zuerst lagen die Bundestagswahlen dazwischen, dann wurde die Aufnahme von Beziehungen durch die Wahlen in Israel verhindert, und später kamen militärische Spannungen bzw. jeweils eine die beiden Seiten belastende diplomatische Begebenheit dazwischen oder es wurden „entscheidende westliche Interessen im Nahen Osten" vorgeschoben, die es zu verteidigen galt.

Opposition gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel gab es auch von alliierter Seite. Die Bundesregierung ließ sich also Zeit mit der Wahl des „geeigneten Zeitpunkts". Es dauerte eine Weile, bis die Israelis das Spiel durchschauten und begannen, Druck auf Bonn auszuüben. Von Gewissensbissen geplagt, suchte ein Teil des politischen Establishments der Bundesrepublik nach Möglichkeiten der Entschädigung für Israel. Während das Auswärtige Amt im folgenden Jahrzehnt alles in seiner Macht stehende tat, um die Annäherung zwischen beiden Staaten zu verhindern, bemühten sich einige Politiker in Bonn, dem jungen Staat wenigstens hinsichtlich seiner dringendsten Bedürfnisse unter die Arme zu greifen.

1. Die Suezkrise

Die israelische Regierung war zunächst streng darauf bedacht, eine Konfrontation mit der Bundesrepublik oder eine Krise zwischen beiden Staaten zu vermeiden.

Der Stab der Israel-Mission und die anderen diplomatischen Vertretungen des jüdischen Staates im Ausland erhielten Anweisung, an der gewöhnlichen Arbeitsroutine festzuhalten. Als Ziel der israelischen Diplomatie galt bis Mitte 1956 die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und die Einrichtung einer westdeutschen Mission in Israel. Dies änderte sich jedoch, als Moshe Sharett im Amt des Außenministers Ende Juni von Golda Meir abgelöst wurde. Die neue Außenministerin Meir war doktrinärer als ihr Vorgänger und ihre Abneigung gegenüber Deutschland stärker ausgeprägt. Unter ihrer Führung ließ der Druck der israelischen Außenpolitik auf Bonn, die gegenseitige Beziehungen allmählich enger zu gestalten, merklich nach. Israel forderte nun den vollen diplomatischen Austausch auf Botschafterstufe und war nicht mehr bereit, über irgendwelche Zwischenlösungen zu verhandeln. Dies ist nicht nur als Reaktion auf die in Israel als Affront empfundene deutsche Verzögerungstaktik zu werten. Auch Meirs Hartnäckigkeit und vielleicht auch Gleichgültigkeit gegenüber Deutschland dürften dabei eine Rolle gespielt haben. Golda Meir war nicht an minimalen Lösungen interessiert. Alles oder nichts lautete die Devise. Meir ordnete an, „aufzuhören, in Bonn um Beziehungen zu betteln".[1] Ihre Handschrift machte sich in der internen Korrespondenz und im Verhalten der israelischen Diplomaten erst allmählich bemerkbar. Golda Meir stellte klar, daß die Initiative zur Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen von der Bundesrepublik ausgehen müsse. Sie hielt damit am traditionellen israelischen Standpunkt fest, der im Laufe der Jahre allerdings immer großzügiger ausgelegt worden war.

Die Außenministerin arbeitete auch in dieser Frage eng mit dem Ministerpräsidenten zusammen, trotz unterschiedlicher Haltungen. Der doktrinären, Deutschland äußerst abgeneigten Meir stand ein pragmatischer, möglicherweise auch versöhnlicher Ben Gurion gegenüber. Die Holocaust-Erinnerung belastete ihn zwar ebenso, wie seine häufigen Äußerungen zu diesem Thema und die Verwandlung des Eichmannprozesses in ein Lehrstück für die Nation zeigen, doch er weigerte sich, die Deutschen mit dem Etikett der Kollektivschuld zu versehen. Statt dessen pflegte er die Bedeutung von Sühne und Eigenverantwortung zu betonen.[2] Mit besonderer Vorliebe benutzte er den Begriff „Neues Deutschland", womit er Adenauers Deutschland meinte, ein Land, das, so Ben Gurion, dem Nationalsozialismus und dem Antisemitismus den Rücken gekehrt habe und bereit sei, die Opfer der NS-Gewaltherrschaft zu entschädigen. Um diesen fundamentalen Wandel zu veranschaulichen, wies er auf die Schilumim und andere Formen der Wiedergutmachung hin. Ostdeutschland dagegen, das sich weigerte, Entschädigung zu leisten, blieb in seinen Augen ein „Schurkenstaat". Ganz im Gegensatz dazu drückte Meir der ganzen deutschen Nation, in West und Ost, das Kainsmal auf. Die Außenministerin zeigte wenig Verständnis für Nuancen oder Versöhnung. Ben Gurion dagegen war dankbar für jede Hilfe aus Deutschland, und Meir

---

[1] Gideon Rafael an den Außenminister, handschriftliche Ergänzung von Golda Meir vom 26. 1. 1960, ISA, 3309/13.

[2] Ben Gurion an Adenauer vom 1. 1. 1961, ISA, 3533/12; Protokoll über das Interview der Herausgeber von Ma'ariv (Tel Aviv) mit Ben Gurion vom 13. 9. 1960, BGA, Protocols' file.

fügte sich Ben Gurions Politik letztlich nur mit Rücksicht auf die akuten Probleme des jungen Staates.

Meirs emotionale Schwierigkeit, die neue Realität zu akzeptieren, zeigte sich besonders deutlich in der Diskussion über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik. Vorwürfe in der Knesset hinsichtlich ihrer mangelnden Bereitschaft zur Aufnahme solcher Beziehungen wies sie trotz – zuvor dargelegter – Anzeichen einer gegenteiligen Haltung zurück.[3] Sie zog es vor, die Fakten zu verschleiern. Das ungeliebte politische Ziel verfolgte sie nur zögerlich.

Bonn mußte dagegen schon bald Farbe bekennen: Im Juni 1956 endete die britische Herrschaft über den Suezkanal, und Oberst Nasser wollte den Lebensstandard seines Volkes durch den Bau des Assuan-Staudammes verbessern. Dazu hielt er sowohl im Westen als auch im Osten nach Kapital Ausschau. Die Bundesrepublik erklärte sich zur Mitwirkung am Projekt bereit, doch sie war aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage, es allein tragen. Die USA, die Weltbank und Großbritannien lehnten eine Teilnahme aus politischen Gründen ab, und ob die Sowjetunion fähig sein würde, ein solches Projekt selbständig durchzuführen, wurde bezweifelt. Ägypten sah sich also gezwungen, den Bau aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Nasser zögerte nicht lange, und am 26. Juli 1956 verstaatlichte er die Suezkanalgesellschaft, aus deren Einnahmen er die Errichtung des Staudammes zu finanzieren hoffte. Die Verstaatlichung richtete sich direkt gegen französische und britische Interessen, Nachteile für den Schiffverkehr wurden ebenfalls befürchtet. Die negativen Folgen für die israelische Schiffahrt und den israelischen Handel ließen in der Tat nicht lange auf sich warten. Unter dem Vorwand des Kriegszustandes mit Israel blockierte Ägypten die Durchfahrt für die israelische Handelsflotte und für Schiffe anderer Länder mit Gütern von und nach Israel. Dreimal trafen die Kanalbenutzer zu Beratungen zusammen, jeweils ohne israelische Beteiligung. Die israelische Regierung appellierte an verschiedene Teilnehmer, auch an die Bundesrepublik, ihre Schiffahrtsinteressen zu verteidigen. Sie erhielt jeweils eine freundliche, aber ausweichende Antwort.

Das Jahr 1956 sollte für Israel besonders schwer werden. Die Terrorangriffe mehrten sich, der Suezkanal und der Golf von Akaba bzw. der Zugang zum indischen und zum pazifischen Ozean wurden für israelische Schiffe gesperrt, und Ägypten häufte große Mengen von Waffen an, so daß sich Israel zu einem Präventivschlag veranlaßt fühlte.[4] Ben Gurion förderte die militärische und politische Zusammenarbeit mit Frankreich, das damals in den von Ägypten unterstützten algerischen Unabhängigkeitskrieg verwickelt war. Die Franzosen lieferten den Israelis dringend benötigtes Rüstungsmaterial, darunter Kampfflugzeuge und Panzer. Über das französische Militär entwickelten sich im Laufe der Zeit direkte Kanäle zwischen Israel und der Bundeswehr bzw. dem Bundesnachrichtendienst. Zudem sicherte sich Israel durch die enge Zusammenarbeit mit Frankreich Zugang zu deutschem Know-how und Rüstungsgütern aus deutscher Produktion.

---

[3] KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 3. Knesset, 146. Sitzung am 2. 7. 1956, S. 2155–2156.

[4] HERZOG, The Suez-Sinai-Campaign, S. 17–53.

Von der internationalen Solidarität enttäuscht, erwogen Großbritannien und Frankreich militärische Schritte zur Wahrung ihrer Interessen am Suezkanal und fanden in Israel einen willigen Partner für eine gemeinsame Operation gegen Ägypten. Israel ließ sich in einen klassischen Kolonialkrieg verwickeln, der in erster Linie den militärischen und materiellen Interessen Großbritanniens und Frankreichs diente. Andererseits hoffte man in Jerusalem, damit die Beziehungen zu den beiden Großmächten vertiefen, dem wichtigsten arabischen Feind eine vernichtende Niederlage zufügen, die innere Sicherheit wiederherstellen, die Seeblockaden durchbrechen und neues Territorium hinzugewinnen zu können. Am 29. Oktober 1956 drangen israelische Fallschirmspringer in der Sinaiwüste tief auf ägyptisches Gebiet vor und eröffneten damit den Krieg. Britische und französische Truppen zogen rasch nach. Aus einer begrenzten Operation zur Wahrung kolonialer Interessen wurde bald ein größerer diplomatischer Eklat mit weltweiten Konsequenzen, der an den Rand einer nuklearen Katastrophe führte. Die USA und die Sowjetunion stellten sich auf Ägyptens Seite und gegen die drei Verbündeten des Suezfeldzugs. Kurz darauf erfolgte die blutige und propagandistisch fatale Unterdrückung des ungarischen Aufstands durch die Sowjetunion. Der gleichzeitige Ausbruch der beiden Krisen kam Moskau höchst ungelegen und zwang den Kreml zu einer extremen Haltung in beiden Fragen. Im Gegensatz dazu konnte sich das Weiße Haus einen flexibleren Standpunkt zum ungarischen Volksaufstand leisten, während es im Nahen Osten sämtliche politischen und diplomatischen Mittel mobilisierte, um die Kriegsgegner Ägyptens zum Rückzug zu zwingen.

In der Bundesrepublik wurden die Ereignisse in Ungarn mit großer Sorge verfolgt und als weiteres Anzeichen brutaler sowjetischer Machtpolitik gewertet. Die Aussichten auf eine baldige Wiedervereinigung schienen weiter zu schwinden. Von der Suezkrise fühlte man sich dagegen weniger betroffen.[5] Sie wurde nicht als unmittelbare Gefahr, sondern höchstens als ferne Bedrohung einer nuklearen Konfrontation empfunden, für die man die antiägyptische Koalition verantwortlich machte.

Die westdeutsche Öffentlichkeit hatte für die Militäroperation gegen Ägypten wenig Verständnis. Adenauer mußte nun Führung beweisen. Große Teile der Öffentlichkeit und der Presse, die SPD, zahlreiche Vertreter der CDU/CSU und das Auswärtige Amt verurteilten die Operation, wenn auch die Meinungen über die israelische Rolle geteilt waren. Während die Motive des jüdischen Staates teilweise auf Verständnis stießen, erwies sich die Kooperation mit „imperialistischen Mächten" als Belastung für Israels Ansehen. Das Auswärtige Amt war zu vollständiger Kooperation mit dem amerikanischen State Department gegen Israel bereit. Der westdeutschen Diplomatie bot die jüngste Nahostkrise eine willkommene Gelegenheit zur Bekundung der Solidarität mit den USA und zur Disziplinierung Israels. Kritische Stimmen in Bonn hatten sich schon bei früheren Gelegenheiten, während der Zwischenfälle an Israels Grenzen und den verschiedenen

---

[5] BARING, Sehr verehrter, S. 199; Von Brentano an Adenauer vom 31. 10. 1956, BArch, N 1239/156 Nr. 303 und 304; Sir F. Hoyer-Millar an das Außenministerium vom 8. 11. 1956, PRO, FO 371/124513.

Verurteilungen des jüdischen Staates im UNO-Sicherheitsrat, gemeldet. Nun erwog das Auswärtige Amt Sanktionen gegen Israel, darunter die Einstellung der Schilumimlieferungen, um den amerikanischen Forderungen gegenüber Israel Nachdruck zu verleihen.[6] Die amerikanische Regierung drohte Israel mit einer Wirtschaftsblockade, falls ihre „Ratschläge" nicht befolgt würden, und rief die Bundesregierung auf, sich ihrer Politik anzuschließen.[7] Unklar bleibt, wie weit das amerikanische Außenministerium mit seiner Forderung an die Bundesrepublik hinsichtlich der Einstellung der Schilumimlieferungen ging und ob das Auswärtige Amt einen solchen Schritt aus eigener Initiative anbot.

Bundeskanzler Konrad Adenauer markierte den europäischen Staatsmann: Angesichts der sowjetischen Bedrohung und der amerikanischen Vormachtstellung hielt er es für die Pflicht der Bundesrepublik, sich zu Europa zu bekennen. Er war darüber hinaus von der Notwendigkeit einer harten Haltung gegenüber dem Kommunismus und dem sowjetischen Expansionsdrang überzeugt. Der Kanzler warf den Amerikanern in diesem Zusammenhang Gleichgültigkeit gegenüber dem Nahen Osten vor. Würden die USA den Assuan-Staudamm finanzieren, so seine Meinung, wären die ägyptischen Massen beschäftigt und würden sich nicht auf Abenteuer einlassen. Statt dessen fördere die amerikanische Politik den aggressiven arabischen Nationalismus.[8] Der Kanzler schätzte die Politik von Eisenhower und Dulles in diesem Konflikt nicht, trotz seines freundschaftlichen Verhältnisses zu beiden Politikern. Als Europäer stand er der amerikanischen Haltung, die er als überheblich empfand, kritisch gegenüber. Unabhängig davon nannte er Nasser in internen Gesprächen einen „Gangster" und hatte keine Bedenken gegen den möglichen Sturz des ägyptischen Machthabers als Folge der Krise.[9] Die Amerikaner, so Adenauer, hätten den ägyptischen Präsidenten im letzten Moment vor den Israelis gerettet.[10]

Die Sowjetunion und den Kommunismus betrachtete er als große Gefahr und warnte vor russischen Plänen, ihre Ideologie auch im Nahen Osten zu verbreiten. Die Amerikaner seien sich nicht bewußt, daß dies zu einer Umklammerung Euro-

---

[6] NEW YORK TIMES vom 1. 11. 1956; Ausarbeitung von Kurt R. Grossmann „Das Luxemburg-Abkommen und der Nahostkonflikt" vom 1. 11. 1956, CZA, Z6/1020; Ebo Rothschild an von Brentano vom 2. 11. 1956, BArch, N 1239/183; Krekeler an das AA vom 2. 11. 1956; Aufzeichnung von van Scherpenberg an den Bundesminister über den Staatssekretär vom 2. 11. 1956, PA, 708, 82.04, 92.19.

[7] Herbert Lehman an Herbert Hoover, Jr., Außenminister, vom November 1956, YIVO, AJC, FAD-1, Box 69, Israel; Krekeler an das AA vom 2. 11. 1956, PA, 708, 82.04, 92.19; Blankenhorn an Adenauer vom 3. 11. 1956, BArch, N 1351, Bd. 69. Mindestens ein hoher Vertreter des amerikanischen State Department bestritt die Forderung, wonach die Schilumim einzustellen seien: Shimshon Arad an Abba Eban vom 13. 11. 1956, ISA, 2543/11.

[8] 5. 11. 1956, 17. 11. 1956, Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf, I-010, Nr. 022/1, Nr. 001/1; ADENAUER, Teegespräche 1955–1958, Nr. 11, S. 134–143; Aufzeichnung über das Gespräch von Adenauer mit Botschafter Dr. Conant und Senator Green vom 17. 11. 1956, BArch, N 1351, Bd. 69.

[9] Tagebucheintrag vom 12. 11. 1958, BGD, BGD.

[10] Aufzeichnung Blankenhorns vom 6. 11. 1958, BArch, N 1351, Bd. 69; Fischer an das Außenministerium, den Generaldirektor und den stv. Generaldirektor betr. Bericht über das Treffen mit Adenauer am 16. 6. 1958 vom 18. 7. 1958, ISA, 3309/25.

pas aus südöstlicher Richtung her führen würde, warnte der Kanzler. Bei der Konfrontation mit dem Kommunismus im östlichen Mittelmeerraum stehe immerhin die Sicherheit Europas auf dem Spiel. Die Politik der USA, so Adenauer, widerspreche vitalen europäischen Interessen, und die Bundesrepublik sei deshalb dazu verpflichtet, ihren europäischen Verbündeten beizustehen.[11] Israel sei von Ägypten bedroht, das wiederum von der Sowjetunion unterstützt werde. Daraus folgerte der Bundeskanzler, daß Israel indirekt auch von den Russen bedroht sei.[12] Adenauer betrachtete Israel als Teil Europas, zumindest was die Sicherheit des Kontinents anbetraf. Die ausgezeichnete israelische Armee wertete er als Teil der europäischen Verteidigung.

Die Haltung des Kanzlers und später auch seines Verteidigungsministers Franz Josef Strauß gegenüber Israel waren von einer Mischung aus Nützlichkeitsdenken und Pragmatismus aber auch von moralischen Erwägungen geprägt. Der jüdische Staat war in ihren Augen ein für die Verteidigung Europas günstig plazierter Militärfaktor. Außer vielleicht von Ben Gurion wurde diese neue Perspektive in Israel vorerst von niemandem zur Kenntnis genommen. Adenauer und von Brentano betonten ihre Sympathie für das belagerte Israel. In einem Gespräch mit dem israelischen Botschafter Maurice Fischer in Paris etwa zwei Jahre später drückte der Bundeskanzler die Hoffnung aus, daß Israel in Zukunft über Nuklearwaffen verfügen werde.[13] Die Bundesrepublik nahm nach außen eine neutrale Haltung ein, indem sie sich ostentativ von Ägypten und den Feinden Ägyptens, aber auch von der amerikanischen Linie distanzierte.

Als die Debatte über die mögliche Einstellung der Schilumim auch Jerusalem erreichte, wandten sich Ben Gurion und Finanzminister Eschkol in schriftlichen Appellen an ihre deutschen Amtskollegen.[14] Dies bot Adenauer die Gelegenheit, seine Sympathie für Israel auszudrücken, zumindest was die Verwicklung des jüdischen Staates in die Suezkrise anbetraf. Shinnar flog umgehend nach Bonn und wurde vom Kanzler sofort empfangen. Dieser versicherte ihm, daß der Güterstrom ungehindert weiter fließen werde, solange nicht Militärgüter involviert seien. Außerdem bekräftigte Adenauer seine Unterstützung für die Militäraktion und gab der Hoffnung Ausdruck, sie möge Israels Probleme lösen.[15] Am folgenden Tag wurde die Erklärung hinsichtlich der Fortsetzung der Schilumimlieferun-

---

[11] Von Brentano an Adenauer vom 2. 11. 1956, BArch, N 1239, Bd. 156; Aufzeichnung Blankenhorns vom 6. 11. 1956, BArch, N 1351, Bd. 69; Aufzeichnung über das Gespräch von Adenauer mit Botschafter Dr. Conant und Senator Green vom 17. 11. 1956, BArch, N 1351, Bd. 69.

[12] Aufzeichnung über das Gespräch von Adenauer mit Botschafter Dr. Conant und Senator Green vom 17. 11. 1956, BArch, N 1351, Bd. 69; Aktennotiz für die Vorstandsitzung vom 5. 11. 1956, ACDP, VIII-001–1502/1–2.

[13] Fischer an das Außenministerium, den Generaldirektor und den stv. Generaldirektor betr. Bericht über das Treffen mit Adenauer am 16. 6. 1958 vom 18. 7. 1958, ISA, 3309/25.

[14] Ben Gurion an Adenauer vom 1. 11. 1956, Eschkol an Schäffer vom 1. 11. 1956, ISA, 2543/11. Soweit dem Autor bekannt, handelte es sich hierbei um das erste Schreiben in der längeren Korrespondenz zwischen Adenauer und Ben Gurion.

[15] Shinnar an Ben Gurion vom 4. 11. 1956, ISA, 2543/11; Telegramm Shinnars an die Minister des Äußeren, der Finanzen, Handel und Industrie und den Direktor der Schilumimgesellschaft vom 3. 11. 1956, ISA, II 183–12-chet.

gen veröffentlicht.[16] Diese Nachricht beseitigte die Ungewißheit und sorgte bei deutschen Banken, deutschen Industriebetrieben und Produzenten von Schilumimgütern für Erleichterung.[17] Die Korrespondenz der beiden Regierungschefs ging weiter. Sie war sowohl äußerlich als auch inhaltlich äußerst formal gehalten und enthielt nur selten eine persönliche Note. Gelegentlich übermittelten persönliche Boten Grüße, die auch fremde Ohren erreichten.

Während des Suezfeldzugs besetzten israelische Truppen den Gazastreifen, die Basis der Fedajin, und Scharm-el-Scheich, die den Golf von Akaba dominierende Südspitze der Halbinsel Sinai. Die UNO und die USA forderten ultimativ den Rückzug der Israelis. Sie drohten dem jüdischen Staat erneut mit einem Embargo und versuchten, Bonn zur Einstellung der Schilumimlieferungen zu bewegen. Wie bereits beim Ausbruch der Suezkrise weigerte sich die Bundesregierung jedoch auch diesmal, „eine moralische Frage mit diplomatischen Zielen zu vermengen".[18] Daran konnte auch ein angebliches Schreiben Eisenhowers an Adenauer nichts ändern, in dem der amerikanische Präsident den Bundeskanzler persönlich aufgefordert haben soll, Ben Gurion zur Ordnung zu rufen. Adenauer war nicht bereit, die Schilumim als Druckmittel einzusetzen.[19] Die Gerüchte über ein solches Schreiben wurden später dementiert, hielten sich aber trotzdem hartnäckig aufrecht. Die Bundesrepublik war starkem moralischem Druck ausgesetzt, als Nichtmitglied der UNO allerdings nicht an die Beschlüsse dieser Organisation gebunden. Wie zuvor brach die Bundesrepublik auch diesmal die einheitliche antiisraelische Front bzw. das Embargo gegen Israel, das ohne deutsche Mitwirkung nicht effektiv sein konnte. Die israelische Regierung wußte die Haltung des Kanzlers zu würdigen.[20] Sicherheitshalber bat der westdeutsche Botschafter in Washington Goldmann, der israelischen Regierung den Wunsch der Bundesregierung zu übermitteln, Israel möge im Streit um die von Israel besetzten Gebiete eine gemäßigte Haltung einnehmen, und drückte die Hoffnung aus, daß es zu einer befriedigenden Lösung kommen werde.[21]

Der Politik der Bundesregierung und vor allem der Entschlossenheit des Kanzlers war ein langfristiger Effekt beschieden. Mit ihrer Reaktion auf die sowjetischen Drohungen in der Suezkrise trug die Bundesrepublik wesentlich zur Verwandlung des israelisch-arabischen Konflikts zu einem weiteren Schauplatz der Ost-West-Konfrontation bei, diesmal nicht zu ihrem Nachteil. Obwohl der Verlauf der Suezkrise deutlich gemacht hatte, daß Alleingänge der europäischen Staaten infolge ihre Schutzbedürftigkeit durch den amerikanischen Nuklearschirm nicht erfolgreich sein konnten, zeigte sich nach dem Ende der Suezkrise bei den folgenden NATO-Verhandlungen ein Perzeptionswandel in der amerikanischen

---

16 MA'ARIV (Tel Aviv) vom 4. 11. 1956; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (München) vom 6. 11. 1956.

17 Aufzeichnung van Scherpenbergs an den Bundesminister über den Staatssekretär vom 2. 11. 1956, PA, 708, 84.04, 92.19.

18 Außenministerium, Büro für Europäische Angelegenheiten, an den Außenminister vom 26. 2. 1957, USNA, 662A/2-2657.

19 Ilsar an Eytan vom 3. 3. 1957, ISA, 3090/25.

20 Ilsar an den Generaldirektor vom 3. 3. 1957, ISA, 3099/26; Bericht der US-Botschaft in Bonn vom 14. 3. 1957, USNA, 662A.84A/3-1457.

21 Ilsar an Shinnar vom 17. 3. 1957, ISA, 3099/26.

Außenpolitik.[22] Die israelischen Schritte wurden immer mehr aus der Perspektive des Kalten Krieges und immer weniger als Teil eines begrenzten Regionalkonflikts betrachtet. Israel glaubte, daß die riesigen Waffenlager, die Ägypten in der Sinaiwüste angelegt hatte, gar nicht für den Eigenbedarf bestimmt sein könnten. Vielmehr würde dieses Kriegsgerät im Bedarfsfall der sowjetischen Armee zur Verfügung stehen, wandten die Israelis bei ihren Bemühungen um eine Verständigung mit der NATO ein. Bonn übernahm dieses Argument und betrachtete Israel als wichtigen Sicherheitsfaktor für den Westen. Dies verlieh den deutsch-israelischen Beziehungen eine neue Dimension, die über den Holocaust-Komplex hinausging.

Im Rückblick betrachtet, leitete die Suezkrise auf weltpolitischer wie auf regionaler Ebene, im militärischen und militärstrategischen Bereich, ja sogar in der Geisteshaltung eine neue Ära ein. Europäischen Klischees gemäß kampfunfähig und drückebergerisch, galten die Juden nun plötzlich als hervorragende Soldaten. Westdeutsche Zeitungen und Militärkreise bezeichneten den Sinaifeldzug als „Blitzkrieg". Die Operation beeindruckte besonders auch rechte, konservative und militärische Kreise in der Bundesrepublik und leitete die Zusammenarbeit zwischen der israelischen Armee (Israel Defense Forces – IDF) und der Bundeswehr ein. Ein weiteres Ergebnis des Sinaifeldzugs war die zunehmende Entfremdung liberaler und linker Kreise gegenüber Israel, bis zum offenen Bruch Ende der sechziger Jahre.[23] Nachdem sich der Sturm um den Sinaifeldzug gelegt hatte, kehrten die Israelis zur unmittelbaren bilateralen Tagesordnung zurück, nämlich zur Frage der diplomatischen Beziehungen. Jerusalem setzte auf direkte Kontakte.

2. Diplomatische Beziehungen versus Finanzhilfe und Waffengeschäfte

Der tiefere Grund des westdeutschen Widerwillens gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde in Israel nicht wahrgenommen. Man betrachtete die Schwierigkeiten als vorübergehend und führte sie auf antiisraelische Tendenzen in den mittleren und unteren Rängen des Auswärtigen Amts zurück. In Jerusalem sah man hierin ein Problem, das sich mit Überzeugungsarbeit an den entscheidenden Stellen würde beheben lassen. Ansprechpartner sei der Kanzler, betonte Shinnar unentwegt. Da Adenauer die Aufnahme von Beziehungen zu Israel in der Öffentlichkeit uneingeschränkt unterstützte, wurde versucht, das Problem möglichst noch in seiner Amtszeit zu lösen. Trotz entschlossener sozialdemokratischer Unterstützung der Aufnahme von Beziehungen zu Israel waren einige Diplomaten, darunter auch der den Sozialisten eher abgeneigte Shinnar, überzeugt, daß sich die Chancen für die Aufnahme solcher Beziehungen bei einem etwaigen

---

[22] Aufzeichnung vom 14. 11. 1956, BArch, N 1351/69.

[23] William L. Hamilton, US-Botschaft in Tel Aviv, an den Außeminister vom 14. 3. 1957, USNA, 662A.84/3–1457.

Rücktritt von Adenauers Kabinett verringern würden.[24] Ein Glaube, den der gewiefte Kanzler bewußt zu nähren verstand. Adenauer unterstützte von Brentanos Haltung in der Deutschen Frage, zur Hallsteindoktrin und zur Wiedervereinigung, die, so scheint es, dem Bundesaußenminister mehr am Herzen lag als ihm selbst.[25] Insofern dürfte er auch den Standpunkt des Auswärtigen Amts geteilt haben, wonach Beziehungen zu Israel die Chancen der Wiedervereinigung beeinträchtigen würden. So zwang er seine Diplomaten nicht, die Annäherung an Israel zu beschleunigen. Die Israelis durchschauten des Kanzlers Manöver nicht. Selbst später, nachdem bereits Zweifel aufgekommen waren, vermieden die Israelis vorschnelle Schlußfolgerungen und direkte Angriffe auf Adenauer. Dies hielt israelische Regierungsvertreter allerdings nicht davon ab, von Brentano und andere deutsche Politiker und Diplomaten in internen Dokumenten zu kritisieren und zu verunglimpfen. Leo Kohn, ein altgedienter politischer Beirat im Außenministerium, ritt Mitte 1958 eine scharfe Attacke gegen von Brentano und beschuldigte ihn, mit jenen Industrie- und Handelskreisen zusammenzuarbeiten, die seinerzeit Hitler unterstützt hätten.[26] Es gab keine schlimmere Anschuldigung im politischen Vokabular in Israel als die Kollaboration mit Hitler. Solche verbalen Feldzüge zeugten von wachsender Ungeduld auf israelischer Seite.

In den folgenden Jahren war es die israelische Regierung, die auf diplomatische Beziehungen drängte, und das Auswärtige Amt, das seinen ablehnenden Standpunkt aufrecht erhielt. Ein Beamter des Auswärtigen Amts schilderte diesen Vorgang einem Vertreter der britischen Botschaft wie folgt: „Shinnar trifft den Außenminister alle sechs Monate und verlangt jedes Mal diplomatische Beziehungen. Dabei wird ihm jeweils erklärt, daß der momentane Zeitpunkt dafür nicht geeignet sei."[27] Das halbjährliche Treffen wurde zum hohlen Ritual, zur Posse mit zwei Darstellern, die beide ihre Rolle perfekt beherrschten. Die deutsche Seite bewies mit ihren Ausreden viel Phantasie. Es ging längst nicht mehr nur um die arabische Anerkennung der DDR, die Verweigerung der Beziehungen zu Israel wurde quasi zum Selbstzweck.

So teilte von Brentano Shinnar mit, daß die Anerkennung der DDR durch Syrien kein ausreichender Grund für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel sei, da andere arabische Staaten Damaskus nicht zwingend folgen würden.[28] Am 16. Mai 1957 erklärte der Bundesaußenminister gegenüber Goldmann, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sei möglich, sobald an Israels Grenzen mindestens zwei Monate (Waffen-)Ruhe herrsche.[29] Auch beim Auftakt von Handelsgesprächen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion im Mai 1957 wurde auf deutscher Seite die Aufnahme von Beziehungen mit Israel in Aus-

---

[24] Bentzur, Wien, an den Generaldirektor vom 3. 1. 1957, ISA, 3099/26.

[25] KOSTHORST, Brentano und die deutsche Einheit, S. 88–93; FOSCHEPOTH, Westintegration, S. 29–60.

[26] Leo Kohn an Jacob Herzog, israelische Botschaft in Washington, D.C. vom 15. 6. 1958, ISA, 3309/25.

[27] Die britische Botschaft in Bonn an die Abteilung Levante vom 6. 10. 1958, PRO, FO 371/134275, VR 10318/6.

[28] Ilsar an den Abteilungsleiter für Westeuropa vom 5. 11. 1957, ISA, 3309/25.

[29] Goldmann an Meir vom 16. 5. 1957, ISA, 3309/25.

sicht gestellt, dann aber mit dem Scheitern dieser Gespräche wieder bis auf weiteres verschoben.[30] Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Belgrad als Folge der Anerkennung der DDR durch Jugoslawien wurde von der Bundesregierung dann als weiterer Vorwand für den Aufschub der Aufnahme von Beziehungen zu Israel genutzt: Die westdeutsche Politik der Annäherung gegenüber dem Osten hätte, so die Argumentation des Auswärtigen Amts gemäß Shinnar, auch einen ähnlichen Schritt im Nahen Osten gerechtfertigt, doch Marschall Tito habe sie zunichte gemacht.[31] Der gute Ruf des Staates Israel liege dem Auswärtigen Amt sehr am Herzen. Eine Anerkennung der DDR durch die Araber als Folge des Austauschs von Botschaftern zwischen Bonn und Jerusalem, so Shinnar, würde den Zorn der deutschen Öffentlichkeit auf Israel lenken, was das Auswärtige Amt unter allen Umständen verhindern wolle.[32] Eine weitere Botschafterkonferenz in Berlin im Mai 1957 bekräftigte die Beschlüsse der Istanbuler Konferenz.[33]

Bei den ablehnenden Erklärungen, die Shinnar von deutscher Seite gegeben wurden, handelte es sich offensichtlich um bloße Vorwände. Der israelische Diplomat war, ohne es wahrzunehmen, zum unfreiwilligen Hauptdarsteller einer endlosen Farce geworden. Jahr für Jahr wiederholte sich ein und dasselbe Ritual: In der Presse erschienen Berichte über die angeblich bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel, worauf die Außenministerien der arabischen Staaten und die arabischen Botschaften in der Bundesrepublik das Auswärtige Amt und die westdeutschen Botschaften mit Protesten überschwemmten. Die westdeutsche Diplomatie reagierte wiederum mit einer Flut von Dementis, und die arabischen Staaten antworteten ihrerseits mit einer Welle von Verlautbarungen, in denen sie ihre Erleichterung über die „guten Nachrichten" ausdrückten. Darauf kehrte im Auswärtigen Amt wieder Ruhe ein, bis zu Shinnars nächstem Vorstoß.

Gleichzeitig spielte sich in Israel ein ähnliches Ritual ab, wenn auch in umgekehrtem Sinne: Zeitungsberichte über die bevorstehende Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik riefen die parlamentarische Opposition auf den Plan und provozierten größere Debatten im Plenum. So veranlaßte die rechtsgerichtete Cherut-Partei am 15. Juli 1957 eine größere Debatte in der Knesset, nachdem Ben Gurion auf einer Pressekonferenz am 28. Juni zum ersten Mal öffentlich seiner Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß Israel und die Bundesrepublik demnächst diplomatische Beziehungen aufnehmen werden.[34] Im Verlaufe dieser Knesset-Debatte sprach sich Ben Gurion für die Aufnahme von Beziehungen mit der Bundesrepublik aus und rief zu deutschen Investitionen in Israel sowie zur Zusammenarbeit beider Länder auf weiteren Ebenen auf. Ein Aufruf, den

---

30 Shinnar an den Generaldirektor vom 16. 5. 1957, ISA, 3309/25.

31 Shinnar an den Generaldirektor vom 1. 11. 1957; Shinnar an Fischer vom 5. 5. 1957, ISA, 3309/25.

32 Shinnar an den Generaldirektor vom 1. 11. 1957, ISA, 3309/25.

33 Arad an den Außenminister vom 15. 5. 1957; Shamai Kahana, persönlicher Assistent von Abba Eban, an Nahum Goldmann vom 20. 5. 1957, ISA, 3309/26.

34 Baxter, US-Botschaft in Tel Aviv, an den Außenminister vom 2. 7. 1957, USNA, 662A.84A/7–257.

der israelische Ministerpräsident im selben Jahr und auch später noch mehrmals wiederholte, nicht ohne jeweils im positiven Sinne zu betonen, daß die Bundesrepublik ein „Neues Deutschland" verkörpere.[35]

Enthüllungen der israelischen Presse über Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kamen dem Auswärtigen Amt höchst ungelegen. Die Abteilung 3 zeigte sich besorgt über die arabischen Proteste, besonders über die scharfen syrischen Attacken. Die Israel-Mission in Köln wurde aufgefordert zu intervenieren, und die israelische Regierung versprach prompt, sich um die Entfernung des Themas aus den Schlagzeilen zu bemühen. Bemerkenswert ist ohne Zweifel der Umstand, daß die Israelis bereit waren, die fast antiisraelischen Forderungen des Auswärtigen Amts umzusetzen. Der israelische Historiker David Shaham behauptet, oberste politische Stellen in Israel hätten anläßlich einer geheimen Absprache im Sommer 1957 beschlossen, das Thema diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik vorläufig von der Tagesordnung zu nehmen.[36] Dies schien das israelische Außenministerium und auch Shinnar allerdings nicht davon abzuhalten, sich weiter offen mit dieser Frage zu beschäftigten. Ganz im Gegensatz zu Ben Gurion, der ihre Erwähnung in seinem schriftlichen und mündlichen Verkehr mit Bundeskanzler Adenauer vermied.[37] Für den Pragmatiker Ben Gurion hatten die diplomatischen Beziehungen ohnehin nicht oberste Priorität. Er war vielmehr an praktischer deutscher Hilfe im Finanz-, Wirtschafts- und Rüstungsbereich interessiert. Der Kanzler nahm offenbar einen ähnlichen Standpunkt ein, so daß die beiden Regierungschefs in dieser Frage stillschweigend übereinstimmten. Goldmann verfolgte einen offeneren und direkteren Kurs. Mit viel persönlichem Charme und auf geistreiche Art gelang es ihm, den Kanzler in jenen Fragen zu überzeugen, die er als besonders wichtig erachtete. Wenn es Goldmann lohnend erschien, erwähnte er auch das Thema diplomatische Beziehungen, ohne jedoch den Kanzler zu einer verbindlichen Antwort zu drängen.

Ben Gurion setzte beim Meinungsaustausch mit Adenauer besonders bei wichtigen Fragen auch auf persönliche Gesandte. 1957 übernahm diese Rolle Josephthal, 1958 Maurice Fischer und 1962 – worauf später noch näher eingegangen wird – Shimon Peres, damals stellvertretender Verteidigungsminister.[38] Josephthal hatte den Auftrag, um Adenauers Zustimmung für den damals erwogenen israelischen Beitritt zur NATO zu werben oder zumindest um gewisse westliche Garantien für die Grenzen des Staates Israel bzw. um Sicherheitsgarantien für den jüdischen Staat. Das Treffen zwischen Josephthal und dem Kanzler am 12. Dezember 1957, an dem auch Shinnar teilnahm, stiftete große Verwirrung und gab Anlaß

---

[35] ISRAEL INFORMATIONSDIENST (Köln), Nr. 52 vom August 1957; Die WELT (Hamburg) vom 17. 7. 1957; Zitate aus Berichten der israelischen Tageszeitungen DAWAR und HAARETZ, in denen Ben Gurion für seinen Weitblick gelobt wird: die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 18. 7. 1957, PRO, FO 371/128094. Der britische Diplomat berichtete über die positive Reaktion der Presse und der Öffentlichkeit in Israel und äußerte die Meinung, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen kurz bevorstehe.

[36] SHAHAM, Israel, S. 173.

[37] Ben Gurion an Adenauer vom 18. 9. 1957, PA, 708, 52.04, 92.19.

[38] Shinnar an Eytan vom 19. 11. 1956, ISA, 3309/25.

zu zahlreichen Gerüchten. Josephthal übergab Adenauer offenbar ein Memorandum, das auf Israels Probleme und Forderungen aufmerksam machte.[39] Fischers Gespräch mit Adenauer am 17. Juli 1958 im Beisein von Shinnar und Globke[40] fand inmitten von Spannungen im Nahen Osten und Unruhen im Irak, in Jordanien und im Libanon und während der westlichen Militärintervention in der Region statt.[41] Fischer erläuterte dem Kanzler den israelischen Standpunkt zur westlichen Politik im Nahen Osten und zur möglichen Rolle der Bundesrepublik in der Region. Adenauer bekräftigte seinerseits den guten Willen der Bundesregierung und ihre Bereitschaft, Israel zu unterstützen.

Die beiden Missionen waren indirekte Resultate des Suezfeldzugs, nach dem Israel sich dazu entschlossen hatte, die Beziehungen mit Bonn zu vertiefen. Ben Gurion suchte den Kontakt mit Adenauer auf politischen und nicht auf diplomatischen Wegen. Er wollte persönlich auf den Kanzler einwirken und dabei seine Beziehungen zum westdeutschen Regierungschef intensivieren. Möglicherweise erwartete Ben Gurion dabei zu viel. Im Zwiespalt zwischen Wiedervereinigungsbestrebungen und der amerikanischen Entspannungspolitik sowie zwischen amerikanischen und französischen Strategiekonzepten hin und her gerissen, waren Adenauer die Hände praktisch gebunden. Der Wettstreit zwischen den verschiedenen weltpolitischen Strategien des Westens betraf auch den Nahen Osten und hatte insofern auch Einfluß auf die arabische Politik gegenüber den beiden deutschen Staaten. Dem Auswärtigen Amt war es zudem offenbar gelungen, den Bundeskanzler in israelischen Angelegenheiten zu einer passiveren Haltung zu bewegen. Ben Gurions Enttäuschung über Adenauers Passivität kam im Tagebucheintrag vom 30. September 1958 zum Ausdruck: „Auch Hitler hat sich auf die Demütigung des deutschen Volkes berufen. Doch muß denn Deutschland immer so bleiben wie [zu] Hitler[s Zeiten]?"

Westdeutsche Quellen behaupteten wiederholt, die USA hätten der Bundesrepublik von der Aufnahme von Beziehungen zu Israel abgeraten, um ihren Sonderstatus im Nahen Osten nicht zu gefährden. Im Vorfeld eines Treffens zwischen Bundesaußenminister von Brentano und seinem amerikanischen Amtskollegen Dulles im März 1957 bat die israelische Regierung den amerikanischen Außenminister über das State Department, sich bei von Brentano für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel einzusetzen. Dulles übermittelte die israelische Bitte seinem Gegenüber ohne Kommentar, und dieser nahm sie ebenso kommentarlos zur Kenntnis.[42] Davon abweichend be-

---

[39] Shinnar an Fischer (einschließlich Kopie des Memorandums) vom 30. 4. 1958, ISA, 3309/25. Zu Josephthals Mission: Notizen vom 23. 12. 1957, PRO, FO 371/128094; die britische Botschaft in the Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 23. 12. 1957, PRO, FO 371/134296; Shinnar an den Generaldirektor vom 29. 12. 1957, ISA, 3309/25; Tagebucheinträge vom 18., 19. und 29. 12. 1957, BGA, BGD; HATZOFEH (Tel Aviv) vom 18. 12. 1957; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. 12. 1957.

[40] Fischer an Meir, an den Generaldirektor und seinen Stellvertreter vom 18. 7. 1958, ISA, 3309/25; zu den Vorbereitungen auf dieses Gespräch: Tagebucheintrag Ben Gurions vom 17. 6. 1958, BGA, BGD; Fischer an Harman vom 17. 6. 1958, ISA, 3309/25.

[41] BAILEY, Jordan's Palestinian Challenge, S. 56–62; SHWADRAN, Jordan, S. 364–381.

[42] Shinnar an Eytan vom 2. 3. 1957, ISA, 3099/25; Notiz von Zeev Argaman, israelische Bot-

hauptete die israelische Tageszeitung HaAretz am 13. Juni 1957, die USA hätten der Bundesrepublik geraten, sich mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel Zeit zu lassen. Man darf annehmen, daß dieser Ratschlag auf den Einfluß antiisraelischer Elemente im State Department zurückging. Insgesamt dürfte das amerikanische Außenministerium seine Beschlüsse aber eher individuell von Fall zu Fall und gemäß der Politik des jeweiligen Präsidenten gefällt haben.

Israel sah die Beziehungen zur Bundesrepublik offenbar in einem viel größeren Zusammenhang. In einem Gespräch mit Walter Eytan am 5. Februar 1957 schilderte Ben Gurion seine Vorstellung der israelisch-deutschen Beziehungen wie folgt: „Wir sollten mit Deutschland Beziehungen wie mit Frankreich unterhalten."[43] „Das ist ein klares Wort", kommentierte Eytan. Zu jenem Zeitpunkt, das heißt kurz nach dem Suezfeldzug, standen die Beziehungen zwischen Frankreich und Israel immer noch in voller Blüte. Frankreich unterstützte Israel in der Atomforschung, im geheimdienstlichen Bereich sowie in der Militärforschung und lieferte dem jüdischen Staat moderne Waffensysteme. Zudem unterhielten die beiden Staaten enge Beziehungen in den Bereichen Handel, Finanzen und Kultur. Erst nach der Wahl von Charles de Gaulle zum Präsidenten der fünften Republik und dem Ende des algerischen Unabhängigkeitskrieges, als sich eine Annäherung zwischen Frankreich und der arabischen Welt abzeichnete, begann sich das Verhältnis zwischen Israel und Frankreich allmählich zu verschlechtern. Die Bundesrepublik sollte nun, nach Ben Gurions Vorstellungen, Frankreichs Rolle als bester Freund Israels übernehmen.

Die israelische Regierung bemühte sich um französische und deutsche Investitionen für den Bau einer Pipeline und einer Eisenbahnlinie zwischen dem Roten Meer und der Mittelmeerküste zur Umgehung des Suezkanals. Die Israelis versuchten die Europäer davon zu überzeugen, daß dieses Doppelprojekt sie von der Abhängigkeit von Nasser befreien würde.[44] Dazu beantragte die israelische Regierung in Bonn einen Kredit, der mit den beiden letzten Schilumimraten verrechnet werden sollte. Ben Gurion maß der Bundesrepublik bei der Festigung der Beziehungen mit der NATO eine Schlüsselrolle bei. Israel und die Bundesrepublik trieben regen gegenseitigen Handel mit Rüstungsgütern, und auch der beiderseitige Handel mit nichtmilitärischen Gütern außerhalb des Schilumimrahmens war im Steigen begriffen. Zudem erstreckte sich die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel bis 1957 auf manch weitere Bereiche wie Justiz, Entschädigung, Kultur und Hochschulen. Es gab erste Ansätze von Tourismus, und später kamen weitere Bereiche hinzu. Obwohl sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel äußerlich stark von den französisch-israelischen Beziehungen abhoben, hatten sie sich bereits sehr stark entwickelt, und zwar genau in die Richtung, die Ben Gurion vorgezeichnet hatte.

---

schaft, für Berry Lampton, NEA, und Donald G. Bergus, NE, vom 6. 3. 1957, USNA, 662A.84A/3–657.

[43] Eytan an Shinnar vom 7. 2. 1957, ISA, 3099/25.

[44] Shinnar an Eschkol und Saphir vom 10. 12. 1956, ISA, 3100/4; Shinnar an Eban vom 7. 12. 1956; PA, 708, 82.04, 92.19; Goldmann an Blankenhorn vom 9. 1. 1957, CZA, Z6/2001.

1957 kam es zu einer Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Nachdem die westdeutsche Industrie und der westdeutsche Markt den israelischen Verteidigungsbedürfnissen bereits Jahre gute Dienste geleistet hatten, gelang es, diese Beziehungen in jenem Jahr unter dem Eindruck des Suezfeldzugs endlich zu institutionalisieren. Strategisch-politische Erwägungen und die intensive Beschäftigung der Israelis mit militärischen Fragen hatten zu einer allmählichen Annäherung zwischen den höchsten politischen Stellen der Bundesrepublik und Israels beigetragen. Daran war auf israelischer Seite der intelligente, ambitionierte und ränkevolle Ben Gurion-Günstling Shimon Peres beteiligt, der zu jener Zeit als Generaldirektor des Verteidigungsministeriums amtierte. Peres war von einer Schar von Ben Gurion-Beratern umgeben, die sich eher für praktische Aufgaben als für Ideologie interessierten und deshalb den Beinamen „Bitsuistim" (Vollstrecker) erhielten. Der militärische Kopf dieser von Ben Gurions Zukunftsvisionen geprägten Gruppe war General Moshe Dayan. Auf deutscher Seite stand Peres der neue Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß gegenüber. Der intelligente, impulsive, analytisch denkende und entscheidungsfreudige Strauß fand mit Peres schnell eine gemeinsame Sprache. Strauß hielt seinen Chef über die Kontakte zu Peres auf dem laufenden, um sich abzusichern. Dennoch scheint der Bundeskanzler Bedenken gehabt zu haben, denn er zog es vor, nicht im einzelnen informiert zu werden.[45]

Die Verhandlungen fanden also direkt zwischen dem israelischen Verteidigungsministerium und dem bundesdeutschen statt. Nur die politischen Entscheidungsträger und höhere Beamte hatten davon Kenntnis. Der hochrangige israelische Diplomat Maurice Fischer erfuhr dazu nähere Einzelheiten erst während seines Aufenthalts in Köln im Sommer 1958. Zum engeren Kreis der Eingeweihten auf deutscher Seite gehörten Hallstein und der Direktor der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Grewe. Die Herren der Abteilung 3 wurden dagegen völlig im dunkeln gelassen, und als die Angelegenheit publik wurde, war es für Gegenmaßnahmen bereits zu spät.[46]

Die militärische Zusammenarbeit und der gegenseitige Waffenhandel wurden geheim gehalten. Einzelheiten, die dennoch durchsickerten, entgingen der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, die sich über die größeren Zusammenhänge damals noch kein Bild machen konnte. Rüstungslieferungen, Finanzhilfe und diplomatische Beziehungen standen in einem engen Zusammenhang, wobei der jeweilige Stellenwert im Zeitablauf unterschiedlich zu gewichten war. Waffengeschäfte und/oder Finanzhilfe verringerten die Dringlichkeit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Nach geplatzten Rüstungsgeschäften oder gescheiterten Verhandlungen über Finanzhilfe, rückte die Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen jeweils wieder in den Vordergrund.

Der Staat Israel war seit seiner Gründung einem Rüstungsembargo unterworfen und daher gezwungen, sich Waffen auf Umwegen zu beschaffen. Die Vereinigten Staaten lieferten aus politischen Gründen nicht, die Sowjetunion war Israel feindlich gesinnt, und europäische Rüstungsgüter waren teuer. Daher kam der

---

[45] Maurice Fischer an den Generaldirektor vom 2. 7. 1957, ISA, 3099/24.
[46] Voigt an Meroz vom 24. 6. 1959, PA, 708, 81.15/0, 92.19.

Bundesrepublik als möglichem Waffenlieferanten Israels großes Gewicht zu, besonders auch deshalb, weil von ihr besondere Rücksicht für Israels Lage erwartet wurde. Die Bundesrepublik enttäuschte diese Erwartungen nicht. Adenauer und Strauß betrachteten Israel als wichtigen Verbündeten. Sie mißtrauten den verschiedenen sowjetisch bzw. kommunistisch beeinflußten arabischen Staaten. Die übrigen arabischen Staaten waren militärisch unbedeutend oder als Erdölproduzenten auf ausländischen Schutz angewiesen. Mit der massiven Aufrüstung Israels mit modernen Waffen hoffte man, dem sowjetischen Waffenarsenal in Ägypten Paroli zu bieten. Die Kombination von israelischer Kampfbereitschaft und westlichen Waffen wurde als geeignetes Mittel gegen die Gefahr aus dem Osten und Südosten betrachtet. Obwohl die NATO nicht bereit war, Israel in ihre Reihen aufzunehmen, kann man davon ausgehen, daß die Bundesrepublik im Einvernehmen mit dem westlichen Verteidigungsbündnis handelte. Der israelischen Regierung waren die westdeutschen und westlichen Überlegungen bekannt. Israelische Vertreter äußerten oft ihre Bereitschaft, Waffen von jeder Quelle anzunehmen. Führende Mapai-Vertreter betrachteten die Bundesrepublik als Zuflucht in der Not. Nicht zufällig benutzte Ben Gurion wiederholt den Begriff „Neues Deutschland", um den grundlegenden Wandel Deutschlands seit Hitler zu betonen. Man hatte es nun mit einer europäischen Macht zu tun, die auf Israel angewiesen war, darüber hinaus mit einem Staat mit außergewöhnlichem Potential, der als Verbündeter seiner Lage wegen hoch interessant war.

Die moralischen und ethischen Aspekte der neuen militärischen Allianz zwischen der Bundesrepublik und Israel verdienen ebenfalls Beachtung: Nur rund acht Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht wurde die Bundeswehr ins Leben gerufen. Angesichts der noch frischen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg wurde sie sofort zu einer Zielscheibe für die sowjetische Propaganda. Nicht als Propaganda, sondern als legitimer Protest wurde dagegen die Opposition der Juden als Hauptopfer des Nationalsozialismus gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands empfunden. Gleichzeitig verkaufte der jüdische Staat aber Waffen an die neugeschaffene deutsche Armee. Die Tragweite dieses Schrittes entging weder den Israelis noch den Deutschen und den Amerikanern.[47] Daß Ben Gurion zudem die innenpolitischen Implikationen der Rüstungsgeschäfte und besonders des Waffenverkaufs an Westdeutschland unberücksichtigt gelassen haben könnte, ist angesichts der scharfen Polemik sowohl in und außerhalb der Knesset sowie der Regierungskrisen, die solche Waffengeschäfte in der Vergangenheit ausgelöst hatten, ziemlich unwahrscheinlich. Die neue Kontroverse war nicht die erste.

Von Ben Gurion dazu ermächtigt, führte Peres Rüstungsverhandlungen mit westdeutschen Stellen, vor allem mit Strauß. Auf der Tagesordnung stand die Lie-

[47] Vgl. die Debatte in der Knesset: KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 3. Knesset, 606. Sitzung am 28. 6.–7. 7. 1959, S. 2371–2416; PIKART, Theodor Heuss, S. 450; Vermerk von Dillon, Department of State Instructions vom 15. 7. 1959, USNA, 784A.13/7–1559; Herter, Außenministerium, an die US-Botschaften in Prag und Warschau vom 16. 9. 1959, USNA, 784A.15/9–1659 („Der israelische Standpunkt gegenüber der Bundesrepublik [...] in der Frage der Waffenverkäufe an Deutschland zur Verwendung gegen die Kritik an der amerikanischen Unterstützung für die ‚revanchistische' Bundesrepublik Deutschland").

ferung verschiedener Rüstungsgüter, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auf regulärem Weg nicht zu haben waren. Es handelte sich vor allem um Unterseeboote, aber auch um Artillerie, spezielle Radareinrichtungen und Raketen. Der Staat Israel suchte seinerseits Märkte für die Maschinenpistole „Uzi". Außerdem war bekannt, daß sich Strauß und Peres auch für Nuklearwaffen interessierten. Bereits 1957 hatte Peres beschlossen, mit Strauß eine Verständigung über die Lieferung bestimmter Güter durch die Bundesrepublik anzustreben, die anderswo nur mit größten Schwierigkeiten oder gar nicht erhältlich waren. Französische Militärkreise, die gleichzeitig ein enges Verhältnis zu Israel und zur Bundesrepublik pflegten, hatten Peres ermutigt, in Dreiecksverhandlungen einzutreten.[48]

Moshe Dayan sagte seine Teilnahme an einem geplanten Treffen zwischen Peres und Strauß ab, an dem er als Partner von Peres und Militärexperte hätte teilnehmen sollen, als die Begegnung im Kabinett erörtert wurde und anschließend durch eine linke Zeitung (ein Koalitionsblatt) an die Öffentlichkeit gelangte. Die Enthüllung sorgte für große Aufregung in Israel, in der Bundesrepublik und auch in der arabischen Welt. In einer stark beachteten Rede in der Knesset rechtfertigte Ben Gurion seine Politik mit dem Argument, Waffen der „dritten Dimension" seien nur in Deutschland erhältlich, und Israel müsse sich die Waffen dort beschaffen, wo sie erhältlich seien.[49] Peres fuhr trotz der Schwierigkeiten zum Treffen mit Strauß und nahm an Stelle von Dayan General Chaim Laskov und zwei weitere israelische Vertreter mit. Die Begegnung fand Ende 1957 in Strauß' Privathaus in Rott am Inn in Bayern statt. Peres und Strauß diskutierten politische und strategische Fragen sowie israelische Waffenkäufe in der Bundesrepublik. Das Gespräch in Rott am Inn legte den Grundstein für zukünftige bilaterale Abkommen über westdeutsche Waffenlieferungen an Israel und für israelische Militärausfuhren in die Bundesrepublik.[50]

Die breite Öffentlichkeit erfuhr von solchen Geschäften erst durch einen Spiegel-Artikel mit der Überschrift „Granaten von Haifa" vom 6. Juni 1959. Rüstungsgeschäfte mit fremden Ländern, einschließlich derjenigen mit der Bundesrepublik, kamen regelmäßig im Kabinett zur Sprache. Offensichtlich waren sie den Ministern der linken Parteien Mapam und Ahdut Haavoda, wohl auch aufgrund der geschickten Taktik von Ben Gurion, diesmal entgangen. Auch sie erfuhren davon erst durch den *Spiegel*. Die darüber ausbrechende Kontroverse führte zum Sturz der Regierung und zu Neuwahlen, bei denen es unter anderem auch um die Rüstungsgeschäfte mit der Bundesrepublik ging. Ben Gurion und seine Partei, die Mapai, verteidigten ihr Verhalten, indem sie darauf hinwiesen, daß Deutschland sich geändert habe. Der Handel mit diesem Land sei deshalb legitim. Zudem sei die israelische Rüstungsindustrie auf große Märkte angewiesen,

---

[48] Tagebucheinträge vom 25. 3. und 16. 10. 1957, BGA, BGD; Shinnar an Tswi Dar vom 4. 6. 1957, ISA, II 183–12-chet; GOLAN, Shimon Peres, S. 76–78; Interview mit Asher Ben-Natan vom August 1989; MA'ARIV (Tel Aviv) vom 6. und 9. 6. 1957.

[49] KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 2. Knesset, 380. Sitzung am 24. 12. 1957, S. 539.

[50] PERES, Kelaa david, S. 47–68; Interview mit Asher Ben-Natan vom August 1989; STRAUSS, Erinnerungen, S. 378–381.

und die Bundesrepublik bezahle mit Devisen, die wiederum dem Einkauf dringend benötigter Waffen dienten. Im übrigen seien sich Strauß und andere führende westdeutsche Vertreter bewußt, daß die militärischen Bestellungen nicht nur eine direkte Unterstützung der israelischen Rüstungsindustrie bedeuteten, sondern indirekt auch der israelischen Wirtschaft als Ganzes zugute kämen.[51]

Das Ergebnis der Wahl am 3. November 1959 war überwältigend: Ben Gurion errang den größten Wahlsieg seiner politischen Karriere. Die Regierungspartei Mapai erhielt 39% der Stimmen und konnte sich damit gegenüber den Vorwahlen um sieben Prozent steigern. Die Argumente von Ben Gurions Widersachern hatten die Öffentlichkeit offensichtlich nicht überzeugt. Ob der Wahlsieg von 1959 auch einen Wandel in der Haltung der israelischen Öffentlichkeit zur Bundesrepublik und zur Zusammenarbeit mit ihr bedeutete, bleibt dahingestellt. Fest steht nur, daß die Rüstungsgeschäfte mit der Bundesrepublik nicht das einzige Wahlkampfthema gewesen waren, aber auch, daß die Opposition die Reaktion der Öffentlichkeit auf solche Geschäfte offensichtlich falsch eingeschätzt hatte. Bei einem Teil der israelischen Bürger weckte der Waffenexport nach Deutschland sogar einen gewissen Stolz. Verbreitet war in Israel überdies die Ansicht, daß die Existenz des jüdischen Staates an sich schon „die beste Antwort auf den Nationalsozialismus und auf Hitler" sei. Die Ausfuhr von Waffen nach Deutschland, die von Juden hergestellt worden waren, erfüllte deshalb in Israel viele Bürger mit einer gewissen Befriedigung. Dennoch wäre es verfehlt zu glauben, daß das erwähnte Wahlresultat vom Nachlassen tief sitzender Abneigung, von Haß, Schmerz und anderer negativer Gefühle zeugte. Der praktisch und pragmatisch orientierte Ben Gurion wußte aber die Fähigkeit seiner für Fragen der nationalen Sicherheit und Verteidigung sensibilisierten Bürger richtig einzuschätzen, zwischen Emotionen und pragmatischen Erwägungen zu unterscheiden.

Die Reaktionen in Israel und in der Bundesrepublik waren unterschiedlich. Ben Gurion erhielt zahlreiche Briefe aus dem Volk mit Sympathiebekundungen und Verurteilungen – auch aus Deutschland. Die Briefe aus Deutschland dokumentierten alle ein gewisses Unbehagen. Einige Schreiber kritisierten Ben Gurion und fragten, wie es möglich sei, daß eine Nation von Opfern der Nation der Verfolger Waffen verkaufen könne. Andere drückten Genugtuung darüber aus, daß Deutschland dem jüdischen Staat helfen könne, und einige fügten Solidaritätsbekundungen hinzu. In der eingetroffenen Post befanden sich auch einige Haßbriefe.[52] Die westdeutsche Presse reagierte überwiegend negativ und erinnerte an den Grundsatz der Bundesrepublik, keine Rüstungsgüter in Spannungsgebiete zu liefern. Obwohl Strauß als Einzelgänger bekannt war und der jüdische Staat in der Öffentlichkeit erhebliche Sympathien genoß, war die Angelegenheit dennoch von einem gewissen Befremden begleitet. Dem entsprach auch die offizielle Haltung des Auswärtigen Amts. Die israelischen Zeitungen berichteten in der Regel gemäß der Parteivorgaben der jeweiligen Herausgeber.

---

[51] Tagebucheinträge Ben Gurions vom 9. 1. 1958, 18. 2. 1960 und 23. 2. 1960, BGA, BGD; Zwi Dar, Direktor von TAAS, an Ben Gurion, BGA, Correspondence File, 4. 3. 58.

[52] Diverse Briefe aus dem Jahr 1959, BGA, Correspondence File.

Die Haltung der SPD reflektierte ein erhebliches Maß an Pazifismus. Sie wollte nicht gegen den jüdischen Staat Stellung beziehen, beurteilte die Zusammenarbeit zwischen der jüdischen Seite und dem rechtsgerichteten Strauß jedoch mit großer Skepsis. Zudem stand die Partei dem Waffenhandel negativ gegenüber.[53] Die SPD vertrat den Standpunkt, daß die Deutschen, denen in der Vergangenheit oft Militarismus und Kriegstreiberei vorgeworfen wurde, sich nicht an diesem „schmutzigen Geschäft" beteiligen sollten.

Die arabischen Sprecher reagierten ungehalten auf die Nachrichten über den Waffenhandel zwischen der Bundesrepublik und Israel. Allein die Zusammenarbeit Westdeutschlands mit dem „Feind" wurde von ihnen als antiarabische Aggression empfunden. Ob denn die Bundesrepublik ähnliche Waffen nicht anderswo hätte einkaufen können, wollten sie wissen. Die Einnahmen aus diesen Waffenverkäufen würden den Staat Israel im Krieg gegen die Araber unterstützen. Die sowjetische und osteuropäische Presse sowie die jüdischen Institutionen in diesen Ländern stimmten ebenfalls in den Chor der Verurteilungen ein.[54] Um die Ägypter zu besänftigen, verpflichtete sich die Bundesregierung auch zum Kauf von Rüstungsmaterial aus ägyptischer Produktion. Auf einer Zusammenkunft westdeutscher Diplomaten in Beirut im August 1959 wurde die Empfehlung gegeben, auf den Waffenhandel in dieser Region zu verzichten. Doch wie in ähnlichen Fällen zuvor wurden die Ratschläge der Diplomaten von den Militärbehörden auch diesmal kaum beachtet.[55]

Ein bemerkenswerter Aspekt des damaligen deutsch-israelischen Verhältnisses war das diplomatische Protokoll. Ab 1954 wurde Shinnar regelmäßig zu offiziellen Anlässen in die Residenz des Bundespräsidenten eingeladen. Der erste solche Auftritt Shinnars löste in Israel großen Unmut aus.[56] Der israelische Diplomat wurde gerügt, doch seine späteren diplomatischen Auftritte verliefen ohne Reaktionen. Zwischen Bundespräsident Heuss, der besonderes Interesse für den Staat Israel zeigte, und seinem schwäbischen Landsmann Shinnar entstand ein enges freundschaftliches Verhältnis. Im Juli 1953 erhielt der Israeli den persönlichen Rang des Gesandten und im Januar 1958 den persönlichen Rang des Botschafters. Der hohe diplomatische Rang verschaffte Shinnar einen Spitzenplatz auf Empfängen, trotz des niederen Ranges der Israel-Mission, die zusammen mit der finnischen Handelsvertretung den letzten Platz auf der Liste des diplomatischen Protokolls einnahm. Arabische Diplomaten forderten, Shinnar dem Status der Israel-Mission gemäß und nicht seinem persönlichen Rang entsprechend zu plazieren. Das Auswärtige Amt zeigte Verständnis dafür, doch angesichts antisemitischer Vorfälle in Deutschland Ende 1959 wurde der Zeitpunkt zur Umsetzung der arabischen Forderungen als ungeeignet erachtet, so daß Shinnar auch am Neujahrsempfang von 1960 noch als Botschafter ad personam teilnahm, wenn auch zum

---

[53] Meroz an die Abteilung Westeuropa vom 8. 7. 1959, ISA, 301/5.

[54] Zur sowjetischen Reaktion: Aryeh Lapid an den Generaldirektor vom 2. 7. 1959, ISA, PM 7224/54.

[55] Niederschrift des Staatssekretärs über die Diplomatenkonferenz in Beirut vom 25. 8. 1959, PA, 34b.

[56] Bericht Shinnars vom 8. 1. 1954, ISA, 2413/7.

letzten Mal.[57] Später wurde sein persönlicher Rang den arabischen Forderungen entsprechend nicht mehr anerkannt, worauf Shinnar die diplomatischen Anlässe in Bonn künftig mied, zum Bedauern der deutschen Seite.

3. Die Hakenkreuzschmierereien von 1960

In Köln, dem Standort der Israel-Mission, existierte eine ziemlich große jüdische Gemeinde, die mit Unterstützung der öffentlichen Hand anstelle der in der „Kristallnacht" zerstörten alten Synagoge eine neues Gotteshaus baute. Das Gebäude wurde Ende 1959 fertiggestellt und in den ersten Tagen des Jahres 1960 mit Hakenkreuzen und antijüdischen Parolen beschmiert. Das war der Anfang einer Swastikawelle, die sich quer durch die Bundesrepublik zog, dann in ganz Europa ausbreitete und schließlich auch die Vereinigten Staaten erreichte. Die Drahtzieher, falls es sie überhaupt gab, wurden nie gefaßt.[58] Über die Hintergründe dieser antisemitischen Welle zirkulierten verschiedene Theorien. Die Polizei vermutete vor allem Jugendliche, Geistesgestörte und Rechtsextreme als Täter. Kühnere Theorien lasteten die antisemitische Welle der DDR und der Sowjetunion an. Andere beschuldigten wiederum die arabischen Staaten und die sich dort aufhaltenden NS-Flüchtlinge. Eine weitere Theorie vermutete sodann ein internationales nationalsozialistisches Komplott. Der Chef des israelischen Geheimdienstes „Mossad", Iser Harel, wurde von Ministerpräsident Ben Gurion beauftragt, die Urheber der Welle aufzuspüren, doch seine Nachforschungen blieben erfolglos.[59] Weit größere Bedeutung als der Urheberschaft wurde der Frage beigemessen, wie sich diese antisemitische Erscheinung so schnell ausbreiten konnte. Der Umstand, daß Hitlers Ideologie fünfzehn Jahre nach seinem Ende noch so stark unterstützt wurde, erfüllte die politische Führung der Bundesrepublik, führende Vertreter der jüdischen Gemeinschaft und Israels, aber auch die breite Öffentlichkeit mit Sorge. Die Bundesregierung war offensichtlich mit einem heiklen Problem konfrontiert, dem sie mit Aufklärungskampagnen in der Öffentlichkeit und in den Schulen entgegenzuwirken plante. Die Vertretungen im Ausland sollten zudem verstärkt auf die Aufrichtigkeit der westdeutschen Haltung und die antinazistische Gesinnung in der Bundesrepublik hinweisen. Der jüdischen Seite, einschließlich dem eigens von Adenauer aufgebotenen Goldmann, war in dieser Aufklärungskampagne eine wichtige Rolle zugedacht.

Die größte Protestveranstaltung gegen die antisemitische Welle fand im Februar 1960 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen unter Beteiligung von Adenauer, Goldmann und Delegationen des Jüdischen Weltkongresses, Israels, der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Deutschlands und weiterer Länder statt.[60] Einige jüdische Persönlichkeiten kritisierten die Veranstaltung.

---

[57] Meroz an Shinnar vom 21. 12. 1959, ISA, 582/1; Shinnar an die Abteilung Westeuropa vom 11. 1. 1960, ISA, 300/8.

[58] GÖRSCHLER/REINHARDT, Die Schande von Köln und Bonn; SCHÖNBACH, Reaktionen.

[59] Tagebucheinträge vom 22. und 28. 1. 1960, BGA, BGD.

[60] Goldmann an Blankenhorn vom 22. 1. 1960, CZA, Z6/2034; Dr. Eleanor Sterling an

Auf einer anderen Protestversammlung soll Adenauer vorgeschlagen haben, Jugendliche, die bei antijüdischen Schmierereien ertappt werden, „auf der Stelle zu verprügeln".[61] Die Bestellung von hundertachtzigtausend Mörsergranaten aus Israel, eine freudige Überraschung für den jüdischen Staat, dürfte eine Geste des guten Willens angesichts des Swastikaskandals gewesen sein.[62] Im Frühjahr 1960 stattete Altbundespräsident Heuss Israel einen privaten Besuch ab. Obwohl bereits seit längerem vorbereitet, wurde der Besuch als Botschaft interpretiert, daß Deutschland die NS-Verbrechen nicht vergessen habe.[63]

Die israelische Regierung reagierte auf die antisemitische Welle mit einer an die Bundesregierung gerichteten offiziellen Protestnote, die trotz fehlender diplomatischer Beziehungen protokollgemäß entgegengenommen wurde.[64] Zahlreiche Stimmen – auch auf jüdischer Seite – plädierten für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel als besten Weg zur Beschwichtigung der jüdischen Gemeinschaft. Außerdem werteten sie einen solchen Schritt als eine Chance, die Entschlossenheit der Bundesregierung zu unterstreichen, solchen Vandalismus in Zukunft zu verhindern. Die antisemitische Welle hatte dem mit viel Mühe wiederhergestellten Ruf der Bundesrepublik schwer geschadet.[65] Dennoch wies das Auswärtige Amt den Vorschlag entschieden zurück. Auch Golda Meir konnte sich mit ihm nicht anfreunden. In einem scharfen Brief verlangte sie von den „Kollaborateuren" damit aufzuhören, „um Beziehungen zu betteln".[66] Der israelische Botschafter in Brüssel, Gideon Rafael, vertrat die gegenteilige Position: „Die antijüdischen und neonazistischen Erscheinungen haben dem internationalen Ansehen Deutschlands sehr geschadet, und alles deutet darauf hin, daß die Regierung Adenauer dafür sensibel ist. Diese Sensibilität ist angesichts der deutschen Befürchtung verständlich, die USA und England könnten sich auf der [für den Sommer 1960 geplanten] Gipfelkonferenz mit der UdSSR auf Kosten Deutschlands auf einen Kompromiß einigen [...] Auch wir sollten die Schwäche ausnutzen, in der sich die Regierung Adenauer zur Zeit befindet, um die Frage der Beziehungen in die richtige Bahn zu lenken."[67] Doch Meir lehnte ab. Sie war nicht bereit, als Bittsteller aufzutreten. Es sei Sache der Deutschen, den ersten Schritt zu tun. Die Außenministerin wies Shinnar an, weder Verärgerung zu zeigen noch Drohungen auszusprechen, dafür aber Entschlossenheit zu demonstrieren und bei freundlich gesinnten Ministern für die israelischen Anliegen einzutreten. Der Ministerpräsident befürwortete Meirs Taktik.[68]

Zacharia Schuster vom 3. 2. 1960, YIVO, AJC, FAD-1, Box 26, Ger. West; MA'ARIV (Tel Aviv) vom 3. 2. 1960.

61 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 1. 1960.

62 Shinnar an Fischer vom 20. 2. 1960, ISA, 301/15.

63 Die britische Botschaft in Bonn an die Abteilung Levante vom 6. 1. 1960, PRO, FO 371/151170, VR 10318/1.

64 Shinnar an die Abteilung Westeuropa vom 11. 1. 1960, ISA, 300/8.

65 Von Brentano an Adenauer vom 18. 1. 1960, BArch, N 1239/158.

66 Rafael an Meir vom 26. 1. 1960, ISA, 301/19.

67 Ebd.

68 Savir an Fischer vom 4. 1. 1960, ISA, 3309/13.

Auch die Bundesregierung hielt trotz der unangenehmen Situation, in der sie sich befand, entschlossen an ihrer Linie fest. Im April 1959 gab Adenauer Shinnar wieder einmal eine jener regelmäßigen Zusagen und bekräftigte sie im Januar 1960 erneut.[69] Massiver Druck einzelner Bundesminister und der SPD sowie israelischer Stellen und jüdischer Vertreter aus westlichen Ländern ließen diesmal berechtigte Hoffnung auf eine endgültige Lösung der Beziehungsfrage aufkommen. Den Vorschlag Goldmanns, sich amerikanischen und französischen Drucks zu bedienen, wies Golda Meir jedoch entschieden zurück und versuchte, eine Beteiligung Goldmanns an der Angelegenheit zu unterbinden.[70] Ob hier einmal mehr Meirs traditionelle Haltung zum Ausdruck kam oder ob die Rüstungsverhandlungen zwischen Peres und Strauß diesmal den Ausschlag gaben, bleibt dahingestellt. Sicher ist, daß die Verhandlungen die israelische Strategie bestärkten, wonach der Waffenkauf diplomatischen Beziehungen und anderen Formen des gegenseitigen Austausches vorzuziehen sei.

Fest steht auch, daß die Bundesrepublik damals nicht die geringste Absicht hatte, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Adenauer, von Brentano und das Auswärtige Amt hatten die israelische Regierung unter allerlei Vorwänden irregeleitet.[71] So wurde etwa die Angst vor Spannungen im Nahen Osten vorgeschoben oder die Notwendigkeit betont, vor der geplanten alliierten Gipfelkonferenz in Genf heikle Entscheidungen zu verschieben.[72] Ein weiterer Vorwand bezog sich auf die mögliche Anerkennung der DDR durch arabische Staaten, und schließlich wurde auf den amerikanischen Wunsch hingewiesen, Spannungen im Vorfeld des Gipfels zu vermeiden.[73] Adenauer soll Shinnar eine schriftliche Zusage hinsichtlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen angeboten haben, weigerte sich später jedoch, das Versprechen einzuhalten. Schließlich setzte der Bundeskanzler am 2. März 1960 einen Beschluß gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel durch.[74] Der Versuch, die antijüdischen Schmierereien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu nutzen, war gescheitert.

4. Waldorf Astoria

Die beiden altgedienten Regierungschefs Adenauer und Ben Gurion trugen sich schon eine Weile mit dem Gedanken, eine persönliche Begegnung herbeizuführen, doch erst die Swastikawelle verhalf der Idee zum Durchbruch. Josephthal und Shinnar hatten für diese Eventualität bereits Vorbereitungen getroffen. Für Ben

---

[69] BLANKENHORN, Verständnis, S. 363–365.

[70] Shinnar an die Abteilung Westeuropa vom 19. 2. 1960; Shinnar an Golda Meir vom 14. 2. 1960; Telegramm Shinnars an Yachil vom 16. 2. 1960; Yachil an Shinnar vom 16. 2. 1960, ISA, 301/18. Zur angeblichen amerikanischen und britischen Intervention zugunsten Israels: MA'ARIV (Tel Aviv) vom 24. 2. 1960.

[71] Shinnar an Fischer vom 8. 2. 1960, ISA, 3309/25.

[72] Ebd.

[73] Telegramm Shinnars an Yachil und Fischer vom 4. 3. 1960, ISA, 301/17.

[74] Ebd.

Gurion bedeutete die direkte Begegnung eine Gelegenheit, aktuelle Fragen zu erörtern, und Adenauer erhoffte sich davon einen positiven Effekt für den angeschlagenen Ruf seines Staates. Anfang 1960 nahmen die Vorbereitungen für das Gipfeltreffen konkrete Gestalt an.[75] Den Einträgen in Ben Gurions Tagebuch zufolge schlug Adenauer vor, das Treffen in Griechenland, entweder in Athen oder auf Rhodos abzuhalten.[76] Am 9. Februar teilte Shinnar Golda Meir schriftlich mit, daß Adenauer angeboten habe, Ben Gurion in Israel zu treffen.[77] Hierzu ist es jedoch nicht gekommen, da sich Adenauer und Ben Gurion im März 1960 zur gleichen Zeit in den USA aufhielten und daher ein Treffen in New York zustandekommen konnte. Zur Vorbereitung der Unterredung nahm Adenauer die guten Dienste seines Staatssekretärs Hans Globke in Anspruch. Globke war mit dem Geschäftsmann Julius Klein aus Chicago befreundet,[78] der die beiden Regierungschefs persönlich kannte und offenbar im Hintergrund den Boden für das Gipfeltreffen bereitet hatte. Sowohl Ben Gurion als auch Adenauer haben Kleins Hilfe später gewürdigt, wovon etwa die Widmung für Klein auf einer Photographie der beiden Regierungschefs am Gipfel im Waldorf Astoria Hotel zeugt.[79]

Als Ort des Gipfeltreffens wurde das New Yorker Waldorf Astoria Hotel gewählt, wo sich beide Staatsgäste etwa zur gleichen Zeit aufhalten wollten. Die Assistenten beider Regierungschefs brauchten sich nur noch über den genauen Zeitpunkt zu verständigen. Shinnar machte Ben Gurion am 23. Februar 1960 mit den entsprechenden Einzelheiten vertraut.[80] Am 28. Februar informierte der Ministerpräsident Finanzminister Levi Eschkol über den Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien sowie über das geplante Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer, das am 14. März 1960 im besagten Hotel in New York stattfand. Die israelische Flagge wurde nicht gezeigt, möglicherweise weil die Israelis Wert auf den vertraulichen Rahmen der Begegnung legten und vermeiden wollten, daß die israelische und die deutsche Flagge Seite an Seite im Wind wehten.

Am 5. Februar notierte Ben Gurion ein paar Gedanken in sein Tagebuch, die sich bei näherer Betrachtung als allgemeine Reflexionen über den bevorstehenden Gipfel, aber auch als konkrete Vorbereitung für die bevorstehenden Treffen mit Eisenhower, Adenauer und dem britischen Premierminister Harold Macmillan entpuppen. Ben Gurion reflektierte über den Sinn von Gipfelkonferenzen, das Ost-West-Verhältnis, über Israels Sicherheit sowie über die Beziehungen zur Sowjetunion, zu afrikanischen Staaten und zu Europa. All diese Themen kamen im Verlauf der erwähnten Begegnungen dann tatsächlich zur Sprache. Ben Gurion war also gut vorbereitet.

Das Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer fand auf Anregung Ben Gurions in der Hotelsuite des Bundeskanzlers statt. Die mit dem Altersvorsprung

---

[75] Tagebucheinträge vom 7., 23. und 28. 2. 1960, BGA, BGD.
[76] Tagebucheintrag vom 7. 2. 1960, BGA, BGD.
[77] Shinnar an Meir vom 9. 2. 1960, ISA, 3309/13.
[78] DOHRN, Globkes Verhältnis, S. 175.
[79] Kopie im Besitz des Autors.
[80] Tagebucheintrag vom 23. 2. 1960, BGA, BGD.

Adenauers begründete Geste wurde von der israelischen Presse negativ aufgenommen. Adenauer sprach Deutsch, Ben Gurion Englisch. Beiden Staatsmännern standen Übersetzer zur Seite, die sie jedoch nicht in Anspruch nahmen.[81]

Adenauer war auf Ben Gurions Hilfe angewiesen, um Deutschlands guten Ruf wiederherzustellen. Er benötigte „moralische Güter", die sich als sehr kostspielig erwiesen. Ben Gurion verlangte dafür jedenfalls einen hohen Preis. Den Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten hatte er mit einer riesigen „Einkaufsliste" angetreten, in der Hoffnung, die Amerikaner zu einem Rüstungslieferanten des Staates Israel zu verwandeln, geradezu ein Alptraum für die US-Regierung. Ein amerikanisches Memorandum gibt Eisenhowers Standpunkt dazu wie folgt wieder: „Eisenhower glaubt aufrichtig, daß westeuropäische Nationen – Frankreich, Großbritannien und sogar Deutschland – zur Lieferung von Waffen an Israel besser geeignet wären als die Vereinigten Staaten."[82] Da Eisenhower über die westdeutschen Lieferungen an Israel informiert war, sind seine Worte wohl als Anspielung auf eine bereits bestehende Realität zu werten: Im Februar 1960 hatten Strauß und Peres in Paris ein umfangreiches Rüstungsabkommen vereinbart, das auch die Lieferung moderner Waffen einschloß und von Adenauer auf Ben Gurions Wunsch bestätigt wurde.[83] Bestärkt von diesem Erfolg bemühte sich Ben Gurion bei der deutschen Seite anschließend um ein neues Kreditpaket, als die Schilumim bereits ihrem Ende zuneigten. Ben Gurion und sein engster Beraterkreis beschlossen, eine Anleihe für die Entwicklung der Negev-Wüste aufgeteilt in zehn Jahresraten zu beantragen. Ben Gurions Zukunftsvisionen konzentrierten sich vor allem auf dieses Gebiet, das mehr als 60% der Landesfläche bedeckte.

In der Unterredung mit dem Bundeskanzler verlangte Ben Gurion 500 Millionen Dollar. Adenauer mag mit einem finanziellen Gesuch gerechnet haben. Doch seine fachliche Kompetenz in Wirtschaftsfragen war nicht die beste. Gleichwohl gab er ohne lange zu zögern Ben Gurion eine positive Antwort, vermutlich um ihn nicht vor den Kopf zu stoßen. Von Eckardt erinnert sich an folgende Szene: „Ich sehe es noch vor mir, wie Adenauer eine Hand auf den Arm Ben Gurions legte und sagte: ‚Seien Sie sicher, wir werden Israel nicht im Stich lassen'."[84] Die Antwort des Bundeskanzlers war zweifellos aufrichtig. Doch er hatte keine Summe genannt und war sich sicher auch bewußt, daß so eine Anleihe die Zustimmung des Bundestages erforderte.

Ganz anders interpretierten die Israelis Adenauers Antwort. Geblendet vom vermeintlichen Erfolg beschlossen sie, den Kanzler beim Wort zu nehmen. Obwohl vereinbart war, das Versprechen vertraulich zu behandeln und Shinnar mit Adenauers Hilfe die Ausarbeitung der Einzelheiten zu übertragen, wurde die Angelegenheit in Israel schon am nächsten Tag der Presse zugespielt. Ben Gurion

---

[81] JELINEK/BLASIUS, Ben Gurion und Adenauer, S. 309–344.

[82] Memorandum über das Gespräch Präsident Eisenhowers mit Premierminister Ben Gurion vom 10. 3. 1960, Eisenhower Library, Abilene, Kansas, White House Office, Office of the Staff, International Series: Israel (2), (March-August 1960).

[83] GôLAN, Shimon Peres, S. 117; Aufzeichnung vom 2. 2. 1960, PA, 84.00–84–20/2, 92.19; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 18. 2. 1960, BGA, BGD.

[84] ECKARDT, Unordentliches Leben, S. 610.

rechtfertigte sich später damit, er habe seine Einwilligung zur Veröffentlichung in einem Zustand der Erschöpfung gegeben, doch man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der israelische Premierminister und sein engster Beraterkreis die Bundesrepublik damit vor vollendete Tatsachen stellen wollten.[85]

Bonn dementierte umgehend, doch die arabischen Proteste, die man offensichtlich vermeiden wollte, brachen mit voller Kraft auf Bonn herein und gefährdeten die Einlösung von Adenauers Versprechen. Das Auswärtige Amt versuchte die Wahrheit über das Treffen im Hotel Waldorf Astoria herauszufinden und tat alles in seiner Macht stehende, um die Staaten des Nahen Ostens zu beschwichtigen. Ben Gurions vorschneller Gang zur Presse könnte außerdem bezweckt haben, die erhebliche Kritik im eigenen Land zum Schweigen zu bringen. Der israelische Ministerpräsident hatte im voraus mit solcher Kritik gerechnet und wollte der Öffentlichkeit die Erfolge seiner Politik präsentieren, ohne auf die vertraulichen Rüstungsgeschäfte einzugehen. Die Presse und die Öffentlichkeit in Westdeutschland begrüßten Adenauers Schritte.[86] Sie wurden als Maßnahmen zur Verbesserung des internationalen Ansehens der Bundesrepublik nach den antijüdischen Schmierereien verstanden.[87]

Des Kanzlers Umgebung witterte den Konflikt über die Art der Finanzhilfe an Israel und deren Höhe sofort und drängte auf eine möglichst unverbindliche Wiedergabe seiner Zusage in einer amtlichen Presseerklärung: Die Bundesrepublik „werde Israels Entwicklung weiter mit Aufmerksamkeit verfolgen", hieß es in Bonn, während die Israelis darauf beharrten, Adenauer habe gesagt, „die Bundesrepublik werde Israel weiter unterstützen". Der Bundeskanzler bestätigte auf Anfrage, das Wort „Unterstützung" verwendet zu haben.[88] Abgesehen davon kam es zu Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der Summe und die Aufteilung in Jahresraten. Die deutsche Seite, der Bundeskanzler mit eingeschlossen, bestritt, eine feste Summe versprochen zu haben, während die Israelis sich hartnäckig an eine positive Antwort Adenauers auf Ben Gurions Gesuch von 400–500 Millionen Dollar in zehn Jahresraten erinnerten. Der Kredit mit dem Kodenamen „Geschäftsfreund" erforderte langwierige Verhandlungen, die erst 1966 zum Abschluß kamen. Die Israelis verzichteten schließlich auf die ursprünglichen Forderungen vom Waldorf Astoria-Gipfel und erhielten dafür Finanzhilfe auf jährlicher Basis.[89]

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Aspekt der Begegnung zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und Ministerpräsident David Ben Gurion betrifft die persönliche Ebene. Den Dokumenten und persönlichen Aufzeichnungen zufolge war das Verhältnis zwischen den beiden Regierungschefs schon vor der persönlichen Begegnung von großem gegenseitigen Respekt geprägt. Im Gespräch

---

[85] Der Generaldirektor an Shinnar vom 29. 3. 1960, ISA, 3294/4.

[86] FAZ vom 16. 3. 1960, DIE WELT vom 16. 3. 1960, STUTTGARTER ZEITUNG vom 17. 3. 1960.

[87] STUTTGARTER ZEITUNG vom 17. 3. 1960; DIE WELT vom 25. 3. 1960; NBC, Meet the Press vom 20. 3. 1960.

[88] Der Minister Plenipotentiary in Washington an den Generaldirektor vom 18. 3. 1960, ISA, 3294/4.

[89] JELINEK/BLASIUS, Ben Gurion und Adenauer, S. 309–344; Der DEUTSCH-ISRAELISCHE DIALOG, Bd. 1, S. 149–157.

selbst fanden sie – wie Adenauer in seinen Memoiren schreibt – „sogleich Kontakt zueinander".[90] Diese Aussage wird durch andere spätere Ausführungen und Schilderungen ebenso bestätigt wie durch Photographien der Begegnung. Die beiden Staatsmänner wollten sich kennenlernen und waren froh über die sich ihnen bietende Gelegenheit. Einzig Chaim Yachil, damals Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, beurteilte die Begegnung nachträglich eher negativ: „Nach dem Protokoll zu urteilen – ich kann nur hoffen, daß das Gespräch darin nicht genau wiedergegeben ist – scheint mir dieses Treffen eines der schwächsten Glieder im großen Unternehmen des Premierministers in den USA und in England gewesen zu sein. Ich konnte nicht den Eindruck gewinnen, daß die beiden Persönlichkeiten bei ihrer ersten Begegnung eine gemeinsame Sprache und Gesprächsbasis finden konnten, obwohl Adenauer die Anliegen des Premierministers im konkreten Bereich vorbehaltlos guthieß."[91]

Ein Thema, dessen Behandlung sowohl von der Presse als auch von den involvierten Personen erwartet wurde, kam nicht zur Sprache: die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Ob es im voraus so vereinbart war, wie zumindest eine Zeitung behauptete, oder ob Ben Gurion aus eigener Initiative darauf verzichtete, ist schwer zu sagen.[92] Die Zeitung *Ma'ariv* meinte, Ben Gurion werde das Thema nicht erwähnen, solange keine deutsche Initiative vorliege, was der etablierten Linie der israelischen Politik entsprach. In Anbetracht von Ben Gurions Haltung und der relativ großen Bedeutung, die er diplomatischen Beziehungen einräumte, darf davon ausgegangen werden, daß die Ausklammerung des Themas auf einen persönlichen Entschluß des israelischen Staatschefs zurückging. Ben Gurion sah sich veranlaßt, auf einen Eckpunkt des Dreiecks Wirtschafts-/Finanzhilfe, diplomatische Beziehungen und Militärhilfe zu verzichten, um die anderen zwei Eckpunkte zu fördern. Der israelische Regierungschef hat das Spiel nicht nur durchschaut. Er hat es selbst erfunden. Die diplomatischen Beziehungen vernachlässigte er bewußt, was von Adenauer als taktvolles Verhalten interpretiert und positiv vermerkt wurde. Der Kanzler versprach darauf Unterstützung bei den zwei verbleibenden Bitten, die Ben Gurion besonders am Herzen lagen. Da die Begegnung die von Adenauer erhoffte Publizität erreichte, dürften beide Seiten zufrieden gewesen sein. Als der Bundeskanzler von der Presse in Washington auf den Antisemitismus in der Bundesrepublik angesprochen wurde, streckte er den Journalisten ein gemeinsames Foto mit Ben Gurion entgegen.[93]

Die Begegnung im Hotel Waldorf Astoria im Jahre 1960 war das spektakulärste Ereignis im deutsch-israelischen Verhältnis seit der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens im September 1952. Im selben Jahr sollte noch ein weiteres dramatisches Ereignis folgen, das zwar ganz anders beschaffen, aber nicht weniger bahnbrechend war für den Dialog der beiden nach dem Holocaust.

---

[90] ADENAUER, Erinnerungen 1954–1963, S. 32.
[91] Yachil an Shinnar vom 29. 3. 1960, ISA, 3294/4.
[92] MA'ARIV (Tel Aviv) vom 14. 3. 1960.
[93] NBC, Meet the Press, Nr. 12, Bd. 4 vom 20. 3. 1960.

IX. West- oder Ostdeutschland?

Noch Anfang der 50er Jahre hatten einzelne Vertreter der regierenden sozialistischen Arbeiterpartei Israels (Mapai) die deutschen Sozialisten den bürgerlichen Politikern Westdeutschlands vorgezogen. Die Politiker der CDU/CSU und FDP waren den israelischen Politikern ihrer potentiell belasteten Vergangenheit und ihrem umstrittenen Verhalten nach 1945 wegen suspekt. Sofern zwischen Deutschen überhaupt differenziert wurde, fühlten sich die israelischen Sozialisten den deutschen Sozialisten in beiden deutschen Staaten am nächsten. Die Vorbehalte gegenüber Deutschland waren zwar, wie wir gesehen haben, nicht verschwunden, doch immerhin betrachteten die israelischen Sozialisten die jüdischen Sozialisten und Kommunisten, die sich dazu entschlossen hatten, am Aufbau des „ersten deutschen sozialistischen Staates", also der DDR, teilzunehmen, ohne das Leid der Vergangenheit aus den Augen zu verlieren, als Brücke zwischen den Völkern. Tatsächlich waren die Juden im politischen Establishment und unter den Eliten des Ostens zahlreicher vertreten als im Westen. Der jüdische Bundestagsabgeordnete Altmaier, von Schumacher sorgfältig ausgewählt, und seine Abgeordnetenkollegin Jeanette Wolff bildeten im Westen eher die Ausnahme. Jüdische Rückkehrer, auch jene, die auf Einladung nach Westdeutschland zurückgekehrt waren, berichteten über die großen Schwierigkeiten der Wiedereingliederung. Den jüdischen Sozialisten in Palästina und später in Israel war nicht entgangen, daß die Vorkriegsparteigenossen und Antinazis im Osten willkommener waren als im Westen.

1. Israelische Erwartungen gegenüber Pankow

Als der Staat Israel gegründet wurde, waren die israelisch-sowjetischen Beziehungen relativ gut, und der Ostblock griff dem jungen Staat in seinem Überlebenskampf unter die Arme. Entsprechend groß war in Israel damals die Sympathie für die Sowjetunion. Die Sowjetische Besatzungszone gab sich Israel gegenüber freundlich und profitierte vom israelischen Wohlwollen für Moskau.

Bereits im Frühjahr 1948, noch vor der Gründung des Staates Israel, wurde Chaim Yachil vom Vorsitzenden der SED, Otto Grotewohl, zum Gespräch empfangen, und zusammen mit Eliahu Livneh traf er später auch die DDR-Funktionäre Leo Zuckermann und Hilde Benjamin. Zuckermann, damals persönlicher Sekretär des zweiten SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck und später, während der Säuberungen in den fünfziger Jahren, aus der DDR geflüchtet, hatte am 17. April 1948 einen Artikel in der westdeutschen *Weltbühne* veröffentlicht, in dem er für das Recht der Juden auf kollektive und individuelle Entschädigung eintrat und für die internationale Anerkennung des zukünftigen jüdischen Staates votierte.[1] Die

[1] ZUCKERMANN, Restitution und Wiedergutmachung. Bislang konnte in den Archiven der DDR kein Hinweis auf diese Gespräche gefunden werden.

Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) brachte dem ums Überleben kämpfenden Jischuv während des Unabhängigkeitskrieges beträchtliche Sympathien entgegen.[2] Der kommunistische Funktionär Paul Merker äußerte sich in einem Zeitungsartikel mit dem Titel „Der neue Staat des jüdischen Volkes", der am 24. Februar 1948 im *Neuen Deutschland* erschien, positiv zum noch nicht gegründeten Staat Israel und sagte Hilfe der „deutschen demokratischen Kräfte" zu.[3]

In scheinbarem Gegensatz zur westdeutschen SPD, die dem neugegründeten Israel mit einer gewissen Kühle begegnete, demonstrierte die ostdeutsche Führung eine positive, wenn auch vorsichtig abgewogene Haltung gegenüber dem jüdischen Staat.[4] Über das Paria-Dasein der DDR innerhalb des Ostblocks wurde bislang nur wenig geschrieben. In den ersten Jahren ihres Bestehens versuchte die DDR verzweifelt aus ihrer fast völligen internationalen Isolation auszubrechen. Noch in den frühen fünfziger Jahren bemühte sich die DDR krampfhaft um die Verbesserung ihrer Beziehungen zu Israel, selbst mit ausgefallenen Mitteln. Ludwig Lewy, ein nach Israel ausgewanderter jüdischer Journalist ostdeutscher Herkunft wurde vom DDR-Außenministerium mit der Übermittlung von Botschaften an die israelische Regierung beauftragt. Diese Noten enthielten äußerst großzügige Angebote ohne nennenswerte Gegenforderungen: Individuelle Entschädigung, nicht an Devisen gebundenen Handel und die offizielle Anerkennung eines israelischen Konsulats in Berlin, an einem Standort nach freier Wahl.[5] Die kurze Zeit später versandte Note eines Vertreters der Jewish Agency for Palestine (JAFP) bereitete Lewys Bemühungen dann ein abruptes Ende: „Es werden keine Verhandlungen über jüdische Forderungen gegenüber Ostdeutschland geführt, und es besteht auch keine Hoffnung auf solche Verhandlungen. Dieses Angebot weiter zu verfolgen, ist deshalb zwecklos."[6]

Israels allmähliche Annäherung an den Westen und die zunehmende Feindseligkeit der Sowjetunion gegenüber dem jüdischen Staat und den Juden machte eine Verständigung zwischen der DDR und Israel immer schwieriger. Trotzdem wirft die kühle israelische Reaktion zum Versuchsballon der DDR einige Fragen auf. Einen Anhaltspunkt zu ihrer Klärung bietet die Korrespondenz des American Jewish Committee (AJC) in den Jahren, als die israelische Deutschfeindlichkeit noch sprichwörtlich war. Man stößt dabei auf Sätze wie den folgenden: „Auch in diesem Fall scheinen sich die westlichen und amerikanischen Interessen (einschließlich unserer Interessen) den Beziehungen zwischen Israel und dem *ÖSTLICHEN* [Hervorhebung im Original] Deutschland viel stärker zu widersetzen als zwischen Israel und dem Westen."[7] Noch bevor Ostdeutschland Israel gegenüber eine feindselige Haltung einzunehmen begann, stand der jüdische Staat

---

2 ESCHWEGE, Die jüdische Bevölkerung, S. 90.
3 Vgl. die ähnliche Erklärung bei WINROW, East Germany, S. 32.
4 SHAFIR, Ha yad ha-musheteth, S. 41–44.
5 Note von Ludwig Lewy, ostdeutsches Außenministerium, CZA, S 35/198. Lewy kontaktierte Georg Landauer: AL HAMISHMAR (Tel Aviv) vom 30. 3. 1951.
6 H. Gerling an Ludwig Lewy vom 8. 1. 1951, CZA, S35/198.
7 Hevesi an Segal vom 21. 12. 1949, YIVO, AJC, FAD-1, Box 36.

bereits vor dem Dilemma, sich zwischen dem kapitalistischen Westdeutschland und dem kommunistischen Ostdeutschland entscheiden zu müssen. In der zweigeteilten Welt, zwischen zwei Blöcken und zwei Ideologien, hatten Israels Neutralitätsbestrebungen langfristig keine Chance.

Vitale wirtschaftliche und politische Interessen, militärische Verbindungen, die Israel zugeneigte jüdische Diaspora sowie traditionelle politische und ideologische Neigungen gaben den Ausschlag für den Westen. Das hatte die allmähliche Abkehr von der Blockfreiheit und die Annäherung an die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten fast zwangsläufig zur Folge. Da sich die Bundesrepublik zu einem der wichtigsten Verbündeten der USA entwickelte, blieb der israelischen Regierung faktisch gar keine andere Wahl, wie der Rechtsberater des israelischen Außenministeriums Shabtai Rosenne in einem Gutachten über den „Kriegszustand mit Deutschland" bemerkte. Rosenne war darüber im klaren, daß es sich um eine politische Entscheidung [die Wahl zwischen den deutschen Staaten] mit „schwerwiegendsten politischen Konsequenzen" handle.[8] Um diesen auszuweichen, schlug Rosenne in seiner hebräischen Zusammenfassung des Gutachtens direkte Verhandlungen etwa durch eine in Ostberlin akkreditierte offizielle Vertretung vor.[9] Welch ausgefallene Idee! Weshalb sollte die israelische Regierung, die zögerte, direkte Gespräche mit Bonn zu führen, dies ausgerechnet mit Pankow tun? Die israelischen Diplomaten hatten jedenfalls Anweisung, nicht mit ihren ostdeutschen Kollegen zu kommunizieren.[10]

Gleichwohl richtete Israel Appelle an die Sowjetunion, die von ihr abhängige DDR zu Gesprächen zu bewegen. Diese zeitigten ähnliche Resultate wie die entsprechenden Vorstöße im Westen. Die Sowjetunion berief sich auf die Souveränität der DDR und verwies die israelischen Regierung direkt an Ostberlin. Die Motive der UdSSR und der USA glichen sich stark: Beide Großmächte waren daran interessiert, ihren Schützlingen internationale Anerkennung zu verschaffen oder, mit anderen Worten, ihnen einen „Platz in der Völkerfamilie" zu sichern.

Am 13. März 1951 sandte Israel eine Note an die Sowjetunion, deren Inhalt sich kaum vom Inhalt der israelischen Noten an die westlichen Alliierten unterschied. Der Kreml antwortete nicht. Inoffiziell zeigte er der israelischen Regierung die kalte Schulter und forderte sie mit dem Hinweis auf die Souveränität der DDR einmal mehr auf, sich direkt an Ostberlin zu wenden. Zudem wies die Sowjetunion entsprechend den Argumenten der westlichen Großmächte auf die fehlende rechtliche Grundlage für die israelischen Ansprüche hin. In Yalta und Potsdam hätten nur die Alliierten Reparationen zugesprochen erhalten, und Israel sei in diesen Dokumenten nicht erwähnt, lautete die sowjetische Antwort. Der östliche Teil Deutschlands könne somit für nichtexistierende Ansprüche auch keine Ver-

---

[8] Ausarbeitung des Rechtsberaters Shabtai Rosenne „Ansicht über die Note vom 24. 10. 1950 der drei Mächte betr. die Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland" vom November 1950, ISA, 344/15.

[9] Der Rechtsberater des Außenministeriums an das Sekretariat des Ministers für den Minister und den Generaldirektor vom 30. 11. 1950, ISA, 344/15.

[10] Der Leiter der Abteilung Osteuropa an die Konsularabteilung vom 3. 4. 1950, ISA, 2539/6a.

pflichtungen übernehmen. Nur ein Friedensvertrag könne dieses Problem lösen.[11] Als die westlichen Großmächte von den israelischen Anstrengungen erfuhren, Reparationen von der DDR zu erlangen, äußerten sie die Befürchtung, die Sowjetunion könnte die Gelegenheit nutzen, um die Reparationsthematik neu aufzurollen. Tatsächlich versuchte der Kreml Israels Ansprüche als Vorwand für die Einberufung einer Friedenskonferenz, selbstverständlich gemäß seinen Bedingungen, zu nutzen.[12]

Mehrere israelische Vertreter rieten zum direkten Gespräch mit der ostdeutschen Regierung. Doch Pankows Weigerung, eine Erklärung im Sinne der Adenauers vom 27. September 1951 abzugeben, scheint die israelische Regierung daran gehindert zu haben. Zudem zeigte die ostdeutsche Regierung keinerlei Bereitschaft, die sich in der DDR oder im Ausland aufhaltenden NS-Opfer individuell zu entschädigen, womit ein weiterer Grund für die Bevorzugung der Bundesrepublik durch Israel gegeben war. Das DDR-Regime zögerte nicht, auch jüdisches Eigentum zu beschlagnahmen und zu verstaatlichen und dies mit der kommunistischen Doktrin zu rechtfertigen. Da die jüdischen Bürger zweimal unter dieser drakonischen Maßnahme zu leiden hatten, einmal unter dem Nationalsozialismus und ein weiteres Mal unter den Kommunisten, war das Faktum, daß diese Politik alle Bürger traf, ein schwacher Trost. Die erneute Enteignung und die Weigerung, geraubtes Eigentum zurückzuerstatten, war ein weiterer harter Schlag für die stark dezimierte Gemeinde.

Die DDR begründete ihre Weigerung, Entschädigung zu entrichten, zunächst mit fehlenden Mitteln.[13] Von den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs stärker heimgesucht als Westdeutschland, von der Sowjetunion mit umfangreichen Demontageforderungen konfrontiert und zur Aufnahme Hunderttausender sogenannter Volksdeutscher gezwungen, war die DDR kaum in der Lage, Mittel für Schilumim oder andere Arten von Entschädigung bereitzustellen. Später wurden die Schilumim dann als „kapitalistische Verschwörung" gegen den sozialistischen Staat gebrandmarkt, die darauf abziele, den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu verhindern oder, noch schlimmer, als amerikanisch-israelischer Komplott gegen die arabischen Völker mit deutschem Geld.[14] Wie auch immer, der dringend auf Wirtschaftshilfe angewiesene Staat Israel konnte sich keine Hoffnung auf Unterstützung aus der DDR machen, der schlicht das Geld dazu fehlte.

Angesichts der Bonner Unterstützung kam Israel nicht umhin, die Maßnahmen zur internationalen Ächtung Ostdeutschlands durch die Bundesrepublik zu unterstützen. Jedenfalls wurde das in Bonn vom jüdischen Staat erwartet. Für die Bundesrepublik machten sich die Schilumim auch im Hinblick auf die Ostpolitik, nicht zuletzt dank des Verhaltens der DDR, bezahlt. Angesichts der Diskriminierung der NS-Opfer im Osten war die Schilumim ein Pfund, mit dem Bonn wu-

---

[11] Telegramm Levavis an Shinnar vom 26. 3. 1952, ISA, 2511/17a; Ausarbeitung von Eliashiv, Moskau, „Über die Gespräche mit dem Sowjetdiplomaten Pushkin" vom 18. 9. 1952, ISA, 2418/13.

[12] Eliashiv an Sharett vom 10. 9. 1952, ISA, 2418/13; 2545/6.

[13] Bergmann an Finanzminister Kaplan vom 3. 9. 1950, ISA, 2416/15a.

[14] TIMM, Hammer, S. 131–133.

chern konnte. Während im Westen auch nichtjüdische NS-Opfer entschädigt wurden, gingen die Opfer im Osten – bis zum Fall der Mauer oder bis zur Übersiedlung in den Westen – leer aus.

Doch aufmerksame Beobachter erkannten auch die Risiken: Einmal mehr erhielten die Juden eine „Sonderbehandlung", wenn auch diesmal zu ihren Gunsten. Mit der bevorzugten Behandlung der jüdischen Opfer nahm man negative Reaktionen der Öffentlichkeit und anderer Opfergruppen in Kauf. Es überrascht deshalb nicht, daß Beobachter die „Arisierung" der Wiedergutmachung forderten, d.h. nichtjüdischen Opfern gleiche Entschädigung zu zahlen.[15] Gemeint waren natürlich vor allem die Hilfsbedürftigen im eigenen Land, die Kriegswitwen und -waisen, die Ausgebombten und die Vertriebenen.

Die Bevorzugung der jüdischen NS-Opfer war nicht ungefährlich, wie das Beispiel der DDR zeigt. Die Bonner Linie verstärkte die ostdeutsche Feindseligkeit gegenüber dem jüdischen Staat, dem Kollaboration mit den Neonazis vorgeworfen wurde. Wie bereits erwähnt, betrachtete der Ostblock Israel anfänglich als natürlichen Verbündeten im Kampf gegen Hitlers Erbe. Dies war eine Vorstellung, die sich aus osteuropäischer Perspektive immer mehr als Illusion erwies und schließlich ganz aufgegeben wurde. Als die Schilumimverhandlungen in die kritische Phase traten, erreichte die stalinistische „antikosmopolitische" Kampagne ihren Höhepunkt. Jerusalem gab sich indes zurückhaltend in der Debatte über westdeutsche Tabuthemen, wie etwa die Oder-Neiße-Linie, die Saarfrage und sogar die Hallsteindoktrin. Eine dezidierte Antinazihaltung konnte sich die israelische Regierung nicht leisten und Bonns Politik gegen ehemalige Verbündete im Kampf gegen NS-Deutschland sowie andere NS-Opfer wollte sie nicht unterstützen. So versuchte die israelische Regierung diese Fragen so gut wie möglich zu meiden und sich dazu nicht öffentlich zu äußern. Denn jede Stellungsnahme hatte ihren Preis.

2. Geheime Ränke

Israel hatte bei den Verhandlungen in Wassenaar zwei Artikel vorgeschlagen, die die DDR direkt betrafen: eine Wiedervereinigungsklausel und eine Kontinuitätsklausel. Letztere wurde rasch fallengelassen. Der Deutschlandvertrag garantierte die Kontinuität bestehender Abkommen, beschränkte aber auch Bonns Handlungsfreiheit in Bezug auf neue Verpflichtungen. Aber auch die Wiedervereinigungsklausel, durch die Israel festzulegen versuchte, daß „bei einer Wiedervereinigung Deutschlands keine neuen Verhandlungen nötig seien, da Ostdeutschland ca. ein Drittel der Kapazität Gesamtdeutschlands habe und daher die ursprüngliche Forderung Israels bereits entsprechend herabgesetzt sei", stieß auf heftigen Widerstand von deutscher Seite.[16] Die deutsche Delegation wurde angewiesen, in

[15] Dr. Brückser an Max Bachmann vom 29. 12. 1951, PA, 244–13/II, 115202/51.

[16] Niederschrift des Bundeswirtschaftsministeriums über die Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar vom 25. 6. 1952, BArch, B 102/7019.

diesem Punkt hart zu bleiben und keine weiteren Forderungen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung zu akzeptieren, auch wenn dadurch das Abkommen scheitern sollte. Außerdem erhielt die deutsche Delegation den Auftrag, eine Verringerung des Anteils der Bundesrepublik an der gesamtdeutschen Verpflichtung von zwei Dritteln auf 60% zu erreichen.[17]

Die Haltung der Bundesregierung stützte sich auf drei Argumente: erstens, die Bundesrepublik erkennt keine Forderungen an, die das wiedervereinigte Deutschland betreffen. Solche Forderungen stehen im Widerspruch zum Deutschlandvertrag; zweitens, ein solcher Artikel stößt im Bundestag und in der Öffentlichkeit auf psychologische und politische Schranken und löst Kontroversen aus; drittens, die Wiedervereinigung wird eine teure Angleichung des Lebensniveaus in beiden Teilen Deutschlands erfordern. Die Bundesrepublik sollte deshalb weitere Verpflichtungen gegenüber dem Ausland vermeiden.[18] Die deutsche Delegation blieb hart, und der Artikel wurde zusammen mit weiteren umstrittenen Artikeln gestrichen. Das bedeutet aber nicht, daß die Israelis ihren Schilumimanspruch gegenüber der DDR aufgaben. Er wurde nur zurückgestellt – und später wieder vorgebracht. Das Schilumimabkommen enthielt also keine Vorkehrungen für zukünftige Eventualitäten, mit Ausnahme von zwei Zusatzdokumenten, in denen sich der Staat Israel verpflichtete, auf weitere Ansprüche gegenüber der Bundesrepublik zu verzichten. Am 12. August 1952 kam es im israelischen Außenministerium zur ersten internen Debatte über zukünftige Verhandlungen mit Ostdeutschland und zu ersten konkreten Vorbereitungen in dieser Angelegenheit. Man hoffte, Pankow zu Verhandlungen über Schilumim bewegen zu können.[19]

Da der Weg nach Pankow bekanntlich über Moskau führte, überreichte der israelische Gesandte in Moskau dem sowjetischen Vizeaußenminister Alexander S. Puschkin am 10. September 1952 eine Note, in der Israel Verhandlungen mit Ostdeutschland forderte. In einer ersten mündlichen Stellungnahme hieß Puschkin das israelische Begehren im Grundsatz gut, wies jedoch auf die Friedenskonferenz als geeignetes Forum für die Behandlung dieser Frage hin.[20] Der sowjetische Vizeaußenminister versuchte Israel für die sowjetischen Standpunkte in den europäischen Konflikten zu gewinnen und skizzierte die sowjetische Haltung in der Schilumimfrage. Die DDR sei ein souveräner Staat und somit direkt zu kontaktieren, was wiederum mindestens einer faktischen Anerkennung gleichkäme. Ein Teil des geteilten Deutschland könne keine Verpflichtungen im Namen von ganz Deutschland übernehmen. Es sei deshalb im Interesse Israels, meinte Puschkin weiter, die Wiedervereinigungsbemühungen aktiv zu unterstützen. Jedes Separatabkommen mit Bonn bedeute, die Teilung zu legitimieren. Die deutschen Reparationen beruhten auf internationalen Abkommen, was von den israelischen

---

[17] Protokoll über das Treffen von Shinnar, Keren, Abs und Wolf in London vom 19. 5. 1952, CZA, Z6/1022.

[18] Niederschrift des Bundeswirtschaftsministeriums über die Sitzung des Rechts- und Redaktionsausschusses in Oud Wassenaar vom 25. 6. 1952, BArch, B 102/7019.

[19] Der stv. Generaldirektor an den israelischen Minister in Moskau vom 12. 8. 1952, ISA, 2511/17a.

[20] Shmuel Eliashiv an Sharett vom 10. 9. 1952, ISA, 2415/13.

Ansprüchen nicht behauptet werden könne. In seiner Antwort an Eliashiv bezeichnete Puschkin die Londoner Schuldenkonferenz als weiteren Versuch, die Teilung Deutschlands zu verewigen. Der sowjetische Vertreter war offensichtlich ein Meister seines Handwerks. Er wußte über die kleinsten Einzelheiten Bescheid und charakterisierte den Anspruch der NS-Opfer auf Entschädigung als neuartige Forderung, worüber ein internationales Forum zu entscheiden habe. Ihr Sui-generis-Charakter erfordere die Übertragung der Frage an eine Friedenskonferenz. Mit anderen Worten, die Aussichten auf Entschädigung aus Ostdeutschland waren äußerst beschränkt.

Die israelische Regierung ließ sich von diesem Rückschlag aber nicht entmutigen und suchte neue Wege, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Die Frage war, wie mit der ostdeutschen Regierung Gespräche geführt werden konnten, ohne den Eindruck der faktischen Anerkennung dieses Staates zu erwecken. Eine Möglichkeit war der Kontakt mit dem ersten Botschafter der DDR in Moskau, dem Sudetendeutschen Rudolf Appelt. Appelt hatte in der Vergangenheit jüdische Freunde gehabt, war mit der Frage bestens vertraut und unterstützte persönlich den jüdischen Anspruch auf Entschädigung. Israelische Diplomaten in Moskau betrachteten den DDR-Diplomaten deshalb als Hauptansprechpartner für zukünftige Vorstöße. Inzwischen sammelte Ostberlin jedoch zunächst einmal Munition für seine Attacken gegen Israel.

Ende September 1952 allerdings überraschte der DDR-Landwirtschaftsminister Ernst Goldenbaum die eigene Regierung und die politischen Beobachter mit der Feststellung, sein Land habe bislang keine Entschädigung an Juden entrichtet, da es von niemandem dazu aufgefordert worden sei. Man sei aber bereit, die Opfer des Nationalsozialismus zu entschädigen.[21] Die Gründe für diese seltsame, aufrichtig anmutende Äußerung sind bis heute unklar. Hat der Minister die Politik seiner Regierung mißverstanden, war es ein Ablenkungsmanöver oder schlicht ein aufrichtiges Bekenntnis? Etwa ein Monat später, am 25. November 1952, meldete sich das SED-Organ *Neues Deutschland* nach längerem Schweigen zu diesem Thema mit einem Leitartikel unter dem Titel „SED lehnt Abkommen über Wiedergutmachung mit Israel ab", worin das Abkommen als „Pakt zwischen deutschen und israelischen Kapitalisten" bezeichnet wurde. Die deutsche Industrie habe bereits vom Mord an Millionen Juden profitiert und wolle sich nun weiter bereichern, hieß es. Obwohl auch israelische Kapitalisten davon profitierten, so der Leitartikel im SED-Organ, gehe die Initiative ursprünglich von den USA aus, die ihre Stellung in der Region auf Kosten der Araber ausbauen wollten. Die Unabhängigkeit der arabischen Staaten stehe auf dem Spiel, und das Schilumimabkommen vergrößere das arabische Mißtrauen gegen Deutschland, folgerte das *Neue Deutschland*.

Das Sperrfeuer der Kritik gegen die Schilumim erreichte seinen Höhepunkt mit publikumswirksamen Appellen von SED-Generalsekretär Walter Ulbricht und von DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl an die Adresse der Bundesrepublik, die Schilumimzahlungen sofort einzustellen. Auf einer wenige Wochen nach

---

[21] DAWAR (Tel Aviv) vom 22. 9. 1952; Notiz vom 23. 9. 1952, IJA, 222.0.

dem Aufstand vom 17. Juni 1953 stattfindenden Massenkundgebung, an der auch der sowjetische Hochkommissar Wladimir Semjonov teilnahm, forderten die beiden DDR-Spitzenpolitiker die sofortige Einstellung sämtlicher westdeutscher Zahlungen, einschließlich der Schilumim, anderer Kompensationen und Vorkriegsschulden. Das wiedervereinte Deutschland werde keine finanziellen Forderungen aus dem Ausland annehmen, hieß es.[22] Diese Aufforderung, die anschließend in einer offiziellen an die Bundesregierung gerichteten Note auch als Bedingung für die Wiedervereinigung genannt wurde, dürfte unter anderem bezweckt haben, die Bevölkerung von innenpolitischen Problemen abzulenken.[23] Ostberlin kam in den folgenden Jahren mehrmals darauf zurück.

Das israelische Außenministerium verfolgte die Streiks in der DDR und den Aufstand vom 17. Juni aufmerksam und entsandte Yachil als Beobachter vor Ort. Sein Bericht enthält eine ausführliche Beschreibung der Geschehnisse und deren Hintergründe sowie einen zusammenfassenden Bericht zur Lage der Juden in der DDR.[24] Eine Erklärung für das besondere Interesse der israelischen Führung an den Ereignissen in Ostdeutschland bieten die Quellen nicht. Es könnte etwa auf die besondere Sensibilität der sozialistischen Führung Israels für die dramatischen Vorgänge – die ersten dieser Art im Ostblock – in einem sozialistisch regierten Land zurückzuführen sein. Die Ereignisse in Ostdeutschland ließen indirekt auch Rückschlüsse über Westdeutschland zu und trugen zum neuen Deutschlandbild Ben Gurions bei. Möglicherweise sollte Yachils Bericht auch eine Grundlage für die Formulierung von Schilumimforderungen an die DDR bilden.

In den Jahren 1952 und 1953 gab es in den kommunistischen Staaten öffentliche Kampagnen gegen ideologische Dissidenten, Kommunisten, die in Ungnade gefallenen waren, und – Juden. Zu den Ausgestoßenen zählten unter anderem Rückkehrer, die sich während des Krieges im Westen aufgehalten hatten, eine Gruppe, die auch in der DDR zahlreich vertreten war. Einige dieser Rückkehrer waren Juden. Nachdem die israelische Regierung und führende jüdische Vertreter sich für den politischen und ideologischen Widersacher und „Klassenfeind" in Bonn entschieden hatten, dürften die Schilumim, die Juden und die Zionisten bewußt als Zielscheibe für Angriffe gedient haben, um von inneren Problemen in der DDR abzulenken. Die ostdeutsche Regierung erkannte nun auch das Potential des Nahostkonflikts für die Duchsetzung der eigenen Interessen. Neben außenpolitischen Vorteilen erhoffte sich das DDR-Regime von den Außenbeziehungen, vor allem mit Entwicklungsländern, auch eine Verbesserung seiner Stellung und seines Ansehens in der eigenen Bevölkerung.[25]

---

[22] DAWAR (Tel Aviv) vom 30. 8. 1953; MA'ARIV (Tel Aviv) vom 27. 8. 1953.

[23] DAWAR (Tel Aviv) vom 24. 11. 1953.

[24] Yachil an den Premierminister, den Außenminister und den Generaldirektor vom 22. 7. 1953; Sharett an Yachil vom 30. 7. 1953, ISA, 2413/13.

[25] JACOBSEN, Strategie- und Schwerpunkt, S. 302–305; LAMM/KUPPER, DDR und Dritte Welt, S. 50–52; AUSSENPOLITIK DER DDR; BÜTTNER/HÜNSLER, Die politischen Beziehungen; END, Zweimal deutsche Außenpolitik; KUPPER, Die Tätigkeit der DDR; SCHLECKER/HACKER, Einmischungen; STEPPAT, Die arabischen Staaten, S. 619–654; KRISENHERD NAH-OST; TIMM, The Middle East Policy, S. 160–175; SCHWANITZ, „Israel ja, Zionismus nein"; Die OSTPOLITIK DER BRD.

In den folgenden Jahren sollte die DDR als Wegbereiterin der „deutsch-arabischen Freundschaft" und als scharfe Gegnerin Israels auftreten. Mit arabischer Hilfe versuchte sie, die internationale Isolierung zu durchbrechen. Die Außenpolitik der DDR war aber auch von innenpolitischen Bedürfnissen bestimmt. Pankows kurz- und langfristige Politik beruhte ganz auf nüchterner Beurteilung der eigenen Interessen.[26] Die antijüdischen Kampagnen in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und anderen kommunistischen Ländern fanden auch eine Entsprechung in der DDR: Einzelne jüdische Bürger wurden verhaftet und schikaniert. Andere setzten sich rechtzeitig in den Westen ab, darunter der bereits erwähnte Leo Zucker, das Volkskammermitglied Julius Meyer sowie die Vorsitzenden der jüdischen Gemeinden in Leipzig und Erfurt.[27]

Die Verfolgungen hinterließen offensichtlich einen starken Eindruck auf Ben Gurion, wie ein entsprechender Tagebucheintrag zeigt.[28] Das prominenteste Opfer der Verhaftungswelle in der DDR war das Zentralkomiteemitglied Paul Merker, der zwar nicht jüdischer Abstammung war, jedoch die Entschädigung von Juden unterstützte. Ein Prozeß gegen ihn fand aber nicht statt, und 1956 wurde er freigelassen. Hans Mayer spekuliert, daß gesellschaftspolitische Gründe den Prozeß verhinderten: Nach Hitler konnten sich die deutschen Kommunisten keinen antijüdischen Schauprozeß leisten. Ein anderer Grund war, Mayer zufolge, die große Zahl der für das DDR-Regime unersetzlichen jüdischen Kollaborateure.[29] Aufschlußreich ist auch folgende Information von Livneh: Einen Tag vor seiner Flucht soll Mayer einen Brief von Mordekhay Oren, einem Aktivisten der linken israelischen Mapam-Partei erhalten haben. Oren wurde später in der Tschechoslowakei verhaftet und diente der Anklage im Slánský-Prozeß als Zeuge. Laut Mayer hatte sich Oren zu Gesprächen mit DDR-Regierungsvertretern über Schilumim in Osteuropa aufgehalten.[30] Auch Ostdeutschland scheint die Schilumimoption erwogen zu haben, verwarf sie aber schließlich. Die antiisraelische Linie versprach mehr Vorteile. In der DDR wie in anderen osteuropäischen Ländern sagte man „Zionisten" und meinte die „Juden".

Zur komplexen Realität der DDR gehörte neben der strafrechtlichen Verfolgung ehemaliger Nationalsozialisten und der zeitweiligen Verurteilung des Antijudaismus als Dauerthema der SED-Propaganda auch die Wiedereingliederung ehemaliger NS-Offiziere und hoher Beamter mit nationalsozialistischer Vergangenheit in die Volksarmee und in verschiedene Staatsämter. Linke Vertreter aus Israel und jüdische Linke wurden in Ostberlin mit offenen Armen empfangen, Beziehungen zu potentiellen jüdischen Sympathisanten gefördert. Die Regierung der DDR bekundete zudem Interesse am Handel mit Israel, berichtete über die

---

[26] Erster Sekretär Speiser an das Außenministerium in Berlin betr. Material über Israel vom 14. 11. 1955, PA, Außenministerium der DDR Berlin, A17063. Diese Akte enthält einen Großteil der ostdeutschen Argumente gegen Israel.

[27] Livneh an die Abteilung Osteuropa vom 15. 1. 1953, ISA, 2538/21b; Livneh an das Außenministerium vom 21. 1. 1953, ISA, 2413/1; Livneh an die Abteilung Osteuropa vom 3. 2. 1953, ISA, 2387/22; Livneh an die Konsularabteilung vom 13. 3. 1953, CZA, L47/45.

[28] Tagebucheintrag vom 16. 3. 1953, BGD, BGA.

[29] Hans Mayer an den Autor vom 28. 1. 1989.

[30] Livneh an die Abteilung Osteuropa vom 25. 3. 1953, ISA, 2511/17a.

angebliche Teilnahme Israels an der Leipziger Messe und kaufte israelische Produkte. Etwas Mysteriöses haftet dem Fleischimport durch die sich in israelischem Besitz befindliche eritreische Firma INCODA an. Die Firma schickte sogar einen Vertreter in die DDR, der über lebhaftes Interesse an Handelsbeziehungen mit Israel berichtete.[31] Livneh wies auf den Umstand hin, daß Pankow die Beziehungen zu dem von ihm geführten Konsulat nicht abgebrochen habe und daß die jüdischen Gemeinden der DDR weiterhin Kontakte mit dem westdeutschen Zentralrat der Juden in Deutschland (ZJD) und dem Jüdischen Weltkongreß (WJC) pflegten.

Solange die Wiedervereinigung Deutschlands einen herausgehobenen Rang auf der internationalen Tagesordnung einnahm, etwa auf den Konferenzen von Berlin und Genf, gingen auch die israelischen Anstrengungen gegenüber Ostdeutschland weiter. Wie wir gesehen haben, versuchte der jüdische Staat auf diesen Konferenzen seine Interessen möglichst gut wahrzunehmen und vor allem auf die Kontinuität der Schilumim im Falle der Wiedervereinigung hinzuwirken. Pankows heftige Kritik an den Schilumim wurde in Israel mit Besorgnis aufgenommen. Das israelische Außenministerium beschloß, die Gespräche mit der Sowjetunion und der DDR wieder zu beleben, die „Friedenskampagne" der Sowjetunion für den indirekten Zugang zur DDR zu nutzen und Appelts gute Dienste in Anspruch zu nehmen. Am 26. Juni 1955 kam es im Ministerium zu einer Beratung über die Verteidigung des Luxemburger Abkommens und Schilumimforderungen gegenüber der DDR sowie über sowjetische Angelegenheiten. Die Teilnehmer, darunter auch der Außenminister, einigten sich darauf, die Aktivitäten gegenüber der DDR wiederaufzunehmen und gleichzeitig einen Rückzug des Westens von proisraelischen Standpunkten zu verhindern.[32]

Doch es sollte nicht so kommen, wie es sich die israelische Regierung vorgestellt hatte. Appelt starb, und Adenauers Besuch in Moskau im Herbst 1955 schuf eine neue Konstellation. Dem neuen ostdeutschen Botschafter in Moskau fehlten zudem die persönlichen projüdischen Neigungen seines Vorgängers. Bemerkenswert ist die Besorgnis der israelischen Regierung im Hinblick auf Adenauer. Shinnar befürchtete eine negative Reaktion des Bundeskanzlers, sollte er von den israelischen Avancen gegenüber der DDR erfahren. Zu jener Zeit bot die Politik der DDR-Regierung Israel jedenfalls noch keine Gelegenheit, Bonn zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu drängen. Genaugenommen wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik von Israel nie ausdrücklich anerkannt. Das Thema wurde schlicht gemieden. Die israelische Regierung verlangte von der DDR-Führung eine öffentliche Erklärung im Sinne von Adenauers Erklärung

---

[31] Simcha Eilath an Ilsar vom 11. 6. 1956, ISA, 613/11. Eilath war möglicherweise ein Offizier des israelischen Geheimdienstes. Der ehemalige Direktor von INCODA, Asher Ben-Nathan, bestritt kategorisch irgendwelche Handelsbeziehungen zwischen der Firma und der DDR in der Vergangenheit: Interview vom August 1989.

[32] SHARETT, Yomanim, Bd. 5, Eintrag vom 26. 6. 1955; Der Leiter der Abteilung Westeuropa an den Minister und den Generaldirektor vom 27. 6. 1955, ISA, 2511/17b; der Generaldirektor an Shinnar vom, 28. 6. 1955, ISA, 613/11; Abteilung Osteuropa an den israelischen Botschafter in Moskau vom 29. 6. 1955 mit Text der Note, die an die Vertreter der Sowjetunion auszuhändigen war, ISA, 2511/17b.

vom September 1951, und solange sie ausblieb, verzichtete sie auf offizielle Kontakte mit Ostdeutschland. Auf inoffizieller Ebene erklärte sich die israelische Regierung hingegen mehrmals zu Gesprächen mit DDR-Vertretern bereit und unternahm diesbezüglich auch konkrete Vorstöße. Die Frage war nun, wie und bei welcher Gelegenheit dies der Bundesregierung mitgeteilt werden sollte.

Doch vorläufig gaben weder die Sowjetunion noch die DDR konkrete Veranlassung für ein solches „Geständnis". Der israelische Botschafter in der Sowjetunion, Yaakov Avidar, überreichte dem als Hardliner gefürchteten sowjetischen Vizeaußenminister Valerian Zorin eine offizielle Note in Sachen DDR. Dieser verwies ihn an den Botschafter der DDR mit der Begründung, er könne nicht für die DDR sprechen. Auf den Einwand, frühere Noten an jene Adresse seien unbeantwortet geblieben, meinte Zorin ironisch, keine Antwort sei nicht unbedingt eine negative Antwort.[33] Ein Vermittlungsgesuch an den sowjetischen Botschafter in Israel schlug ebenfalls fehl. Am 3. August 1955 traf Avidar den DDR-Geschäftsträger in Moskau, Christoph Seitz. Der provisorische, niederrangige Stellvertreter des Botschafters war über die Israelpolitik seiner Regierung vermutlich nicht besonders gut informiert: Er erklärte, sein Land sei an freundschaftlichen Beziehungen zu Israel interessiert und falls die Schilumim ein Hindernis darstellten, sei diese Angelegenheit zu klären. In Wirklichkeit dürfte es die DDR-Führung vorgezogen haben, mit dem Staat Israel keine Beziehungen zu unterhalten. Ein gutes Verhältnis mit arabischen Staaten versprach eindeutig mehr Vorteile. Am 2. Dezember 1955 wurde der neue Botschafter der DDR in Moskau, Johannes König, angewiesen, dem israelischen Vertreter eine Note zu überreichen, nachdem er die Vertreter der arabischen Staaten über deren Inhalt informiert hatte.[34]

Ein paar Monate später bat ein israelischer Verein beim Außenministerium der DDR um Photographien und biographische Daten von führenden Politikern der DDR. Die Bitte wurde „in Anbetracht unserer Beziehungen zu den arabischen Ländern und der zugespitzten Lage im Nahen Osten" abgewiesen.[35] Ein Zeitungsartikel über die angebliche ostdeutsche Anerkennung des Staates Israel wurde vom Regierungssprecher in Ostberlin unverzüglich dementiert.[36] Das Außenministerium der DDR war offensichtlich bemüht, die arabischen Staaten nicht zu verärgern und sie ständig auf dem laufenden zu halten. Als ein DDR-Vertreter gegenüber einem israelischen Journalisten erklärte, es liege bislang noch kein offizielles israelisches Gesuch an die Regierung der DDR in Sachen Schilumim vor, erwog die israelische Regierung dies nachzuholen.[37] Doch eine Note der DDR setzte diesen Erwägungen ein jähes Ende. Im undatierten und unbetitelten Dokument wurde erklärt, daß die DDR die Überreste des Faschismus im eigenen Land restlos beseitigt habe und auch gegen den Faschismus im Ausland ankämpfe,

---

[33] Avidar an die Abteilung Osteuropa vom 7. 7. 1955, ISA, 2511/17b.

[34] Das Außenministerium der DDR in Berlin an Botschafter Johannes König in Moskau vom 2. 12. 1955, PA, Außenministerium der DDR, Nr. A00682.

[35] Hauptabteilung V/2 an das Büro des Staatssekretärs vom 12. 6. 1956, PA, Außenministerium der DDR, A 17594 Berlin.

[36] Ma'ariv (Tel Aviv) vom 19. 6. 1956. Die Akten des DDR-Außenministeriums enthalten nur dürftige Informationen über die Politik gegenüber Israel.

[37] Ilsar an Naor vom 15. 12. 1955, ISA, 613/11.

was im Interesse des jüdischen Volkes liegen müsse. Die DDR kümmere sich überdies um die Interessen der jüdischen Gemeinden auf ihrem Territorium und habe berechtigte Personen entschädigt.[38] Obwohl die Note kein einziges Wort über Schilumim enthielt, sorgte sie in israelischen Regierungskreisen für große Aufregung. Manche Regierungsvertreter, darunter auch Golda Meir, interpretierten sie als ostdeutsche Anerkennung Israels als Vertreter des jüdischen Volkes.[39] Das Außenministerium war sich unschlüssig über die Behandlung der Note und ob Adenauer zu unterrichten sei. Shinnar war dagegen und begründete dies mit der Spannung zwischen beiden deutschen Staaten und den möglichen schädlichen Auswirkungen auf die deutsche öffentliche Meinung.

Von der DDR-Note ermutigt, ließ die israelische Regierung am 20. April 1956 eine weitere Note folgen, in der sie die Rückerstattung der Wiedereingliederungskosten von Überlebenden des Holocaust und Entschädigung für ehemalige Bewohner des derzeitigen Gebietes der DDR verlangte, die nun über die ganze Welt verstreut seien. Botschafter König wies die Forderungen kategorisch zurück mit der Begründung, die DDR sei nicht verantwortlich für die NS-Verbrechen, da sie sich nicht als Nachfolgerin des Dritten Reiches betrachte. Die eigentliche Erbin sei die Bundesrepublik, wo ehemalige Nationalsozialisten lebten und regierten.[40] Die schriftliche Antwort erfolgte erst rund drei Monate später, am 9. Juli, in Form einer undatierten Note, in der festgehalten wurde, daß keine Veranlassung bestehe, die in der Note vom 28. Dezember 1955 zum Ausdruck gebrachten Standpunkte zu ändern.[41] Die Israelis waren ungehalten. Offenbar hatte man aus der früheren Note mehr herausgelesen, als wirklich dringestanden hatte, nämlich das was die DDR seit 1952 als Vorwand gegen Schilumim stets vorgebracht hatte. Eine weitere israelische Note, in der die israelische Regierung ihrer Enttäuschung Ausdruck gab und sich das Recht vorbehielt, in Zukunft auf ihre Forderungen zurückzukommen, wurde zwar verfaßt, aber möglicherweise nicht übergeben.[42]

Die Suezkrise war für die DDR eine unverhoffte Gelegenheit für antiwestliche Propaganda bei gleichzeitiger Beweihräucherung der arabischen Seite. Erste Propagandasalven trafen England und Frankreich, doch allmählich geriet auch Israel unter Beschuß.[43] Die Attacken nahmen an Schärfe zu und bezogen auch jüdische Sprecher mit ein, um ihnen den Charakter der „Kritik aus eigenen Reihen" zu verleihen.[44] Ihren Höhepunkt erreichten die DDR-Propagandaoffensiven anläßlich des Adenauer-Ben Gurion-Gipfels und während des Eichmannprozesses. Das

---

[38] Text der Note vom 28. 12. 1955, ISA, 2511/17b.

[39] Scheck an den Generaldirektor vom 22. 1. 1956; Ilsar an Shinnar vom 25. 1. 1956, ISA, 613/11.

[40] Letzte Fassung der Note verm. vom 14. 3. 1956, ISA, 613/11; Avidar an die Abteilung Osteuropa vom 20. 4. 1956, ISA, 2511/17b; Ilsar an Shinnar vom 24. 4. 1956, ISA, 613/11.

[41] ISA, 613/11.

[42] Entwurf der Note o.D., ISA, 613/11.

[43] TIMM, Israel in den Medien, S. 160–161; MERTENS, Staatlich propagierter Antisemitismus, S. 142.

[44] Arnold Zweig an Werner Pinkus, Deutschlandsender vom 14. 6. 1959, ISA, 3099/21; Ostdeutschlandbericht von John Peet für E. Berent vom 26. 11. 1959, LBI, Council of Jews from Germany, General Correspondence, 1960 – December 1961, M/2/1A.

westdeutsch-israelische Rüstungsgeschäft von 1964/65 bot der DDR sodann eine einmalige Gelegenheit für propagandistischen Profit: Den „westdeutschen Imperialisten" und dem Staat Israel konnte vorgeworfen werden, den vitalen Interessen des „arabischen Volkes" zu schaden.[45] Bonn rüste Israel auf, das die arabischen Bestrebungen für Selbstbestimmung unterdrücke und die nationalen Interessen der Araber mißachte, meinten ostdeutsche Sprecher und fügten hinzu, daß Israel den Interessen westdeutscher Kapitalisten diene, die neokapitalistische Ausbeutung nahöstlicher Völker betreibe, und die Bundesrepublik den jüdischen Staat mit Waffen für seine expansionistische Politik beliefere. Ostberlin stellte Bonn und Jerusalem als gemeinsamen Feind der Araber und sich selbst als deren besten Freund und Verbündeten dar: die DDR unterhalte zu keinem dieser Feinde Beziehungen, während sie sich um den Dialog mit den Staaten im Nahen Osten bemühe. Ein weiterer ostdeutscher Vorwurf gegen Westdeutschland betraf die Ruinierung der „traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft". Vor allem die eigenen Interessen vor Augen, präsentierte sich die DDR als Vorkämpferin für die Sache der Dritten Welt und gegen „reaktionäre Kräfte". Der Skandal rund um das Rüstungsgeschäft zwischen der Bundesrepublik und Israel verschaffte dem Staatsratsvorsitzenden Ulbricht 1965 schließlich eine Einladung nach Kairo.

Walter Ulbrichts Besuch in der Vereinigten Arabischen Republik (VAR) fand zwischen dem 24. Januar und dem 2. Februar 1965 auf Einladung von Präsident Nasser statt. Die Staatsvisite des DDR-Staatsratsvorsitzenden in Ägypten sorgte für Aufruhr in beiden deutschen Staaten. Als Geste gegenüber den ägyptischen Gastgebern übten die ostdeutschen Gäste und Ulbricht persönlich Kritik an Israel und stellten sogar das Existenzrecht des jüdischen Staates in Frage.[46] Darauf kritisierte die kommunistische israelische Tageszeitung *Kol Ha'am* am 4. März die SED-Führung und deren Äußerungen in Ägypten mit dem Hinweis, daß Israel weder von Imperialisten gegründet worden sei noch ihnen als Brückenkopf gegen die arabischen Staaten diene.[47] Ulbrichts Worte trugen zum Zerfall der kommunistischen Partei Israels bei. Während die Sowjetunion bei all ihren Attacken gegen Israel stets Wert darauf legte, das Existenzrecht des jüdischen Staates zu betonen, verfolgte die DDR den eigenen Interessen zuliebe offensichtlich eine radikalere Politik.

3. Antiisraelismus

Die israelische Politik gegenüber der DDR machte einen verworrenen Eindruck. Ben Gurion, Golda Meir und Levi Eschkol waren nicht bereit, die Weigerung der DDR, sich zur Mitverantwortung für die NS-Verbrechen zu bekennen, hinzunehmen und sich mit der Ablehnung Ostdeutschlands von Schilumim und Entschädigungszahlungen abzufinden.[48] Die israelische Diplomatie hegte der DDR

[45] TIMM, Hammer, S. 141–146.
[46] DITTMAR, DDR und Israel, S. 848–849; TIMM, Israel in den Medien, S. 163–164.
[47] Notiz vom 4. 3. 1965, ISA, 3531/25.
[48] Ben Gurion an Golda Meir und Levi vom 3. 11. 1960, BGA, Correspondence File 1960;

gegenüber gemischte Gefühle. Ihr Verhältnis zum ostdeutschen Staat war zwar nicht offen feindselig, aber doch von Kühle und Groll geprägt. Dabei neigten die israelischen Diplomaten in Osteuropa, wo die Kontakte und Gespräche zwischen beiden Seiten stattfanden, wahrscheinlich zu mehr Flexibilität. Es kam vor, daß der ostdeutsche Ansprechpartner jüdischer Abstammung war und sogar Verwandte in Israel hatte. Einige DDR-Vertreter hegten zudem persönliche Sympathien für den jüdischen Staat. Die ostdeutsche Führung war jedenfalls gegen direkte Kontakte mit israelischen Vertretern, und falls sie sich nicht vermeiden ließen, hatten die ostdeutschen Diplomaten Anweisung, über die Bundesrepublik zu sprechen und zu betonen, daß die DDR an Kontakten mit dem Staat Israel nicht interessiert sei.[49] Wenn sich die Möglichkeit ergab, von Israel zu profitieren oder wenn den eigenen Interessen Schaden drohte, zögerten ihre Diplomaten hingegen nicht, mit den Israelis Kontakt aufzunehmen.

Die Israelis ließen jeweils kleine Versuchsballone aufsteigen. 1961 machten vier der fünf israelischen Gesandtschaften in Osteuropa Vorschläge zu kleinen Annäherungsgesten. Livneh steuerte aus Prag eine längere Abhandlung bei, in der er unter anderem die Bundesrepublik kritisierte und zu einem Flirt mit der DDR riet.[50] Wie ist es zu erklären, daß vier von fünf Gesandtschaften im selben Jahr zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangten, davon drei im Oktober 1961? Waren es oppositionelle Regungen gegenüber der doktrinären und unflexiblen Politik der Hardlinerin Meir oder schlicht eine verbreitete Einsicht? Ein Beispiel für die harte Linie war das hartnäckige Festhalten am Besuchsverbot israelischer Dozenten in der DDR. Andererseits konnten die israelischen Behörden die Besuche linker Vertreter in Ostberlin nicht verhindern, schon gar nicht, wenn es sich um Knessetmitglieder handelte.

Die israelische Regierung hatte zwar beschlossen, auf den Handel mit der DDR zu verzichten.[51] In Wirklichkeit ging er aber trotzdem weiter. Israel verkaufte der DDR Zitrusfrüchte, Chemikalien und Dünger. Was der jüdische Staat in der DDR kaufte, ist unbekannt. Die alltäglichen Bedürfnisse hatten Vorrang vor der Umsetzung doktrinärer Entscheidungen. Zwar beugte sich der ostdeutsche Handel dem arabischen Wirtschaftsboykott, doch das Handelsvolumen zwischen der DDR und Israel war ohnehin gering. Ostdeutschland hätte den Handel mit Israel sicher gerne erweitert, wenn es die politischen Bedingungen erlaubt hätten. Jüdische Organisationen versuchten ihr Glück mit Gesprächsinitiativen gegenüber der DDR aus der Erkenntnis heraus, daß der westliche Boykott in eine Sackgasse führte. Dies blieb jedoch ohne Erfolg.

Die Gründung der DDR hatte bei einigen Israelis, auch bei offiziellen Vertretern, gewisse Hoffnungen geweckt. Doch schon nach kurzer Zeit gesellte sich die

---

der Leiter der Abteilung Osteuropa an den Chargé d'Affaires in Prag vom 20. 12. 1961, ISA, 3309/3.

[49] Abteilungsleiter Simons an den Gesandten Georg Stibi in Prag vom 2. 2. 1960, PA, DDR-Außenministerium, A 11926 Berlin.

[50] Livneh an die Abteilung Osteuropa vom 31. 10. 1961, ISA, 3309/3.

[51] Das Datum des Regierungsbeschlusses ist unklar: E.P. Cohen an den Regierungssekretär Katriel Katz vom 17. 11. 1959, ISA, 5519/3.

Republik zu den schlimmsten der nicht-arabischen und nicht-moslemischen Feinde des jüdischen Staates. Die DDR-Führung hatte es in der Tat nicht leicht: Der von den unmittelbaren Nachbarn beargwöhnte und nicht geschätzte ostdeutsche Staat war dazu gezwungen, die Bewegungsfreiheit der eigenen Bevölkerung einzuschränken und gleichzeitig Normalität vorzugaukeln, was nahezu unmöglich war. Die Außenbeziehungen dienten ihr dabei als Instrument für innenpolitische Kampagnen. Im DDR-Pantheon des Bösen, der Feinde des globalen Fortschritts und des sozialistischen Deutschland figurierte der Staat Israel zusammen mit der Bundesrepublik und den USA an vorderster Stelle.

Die Feindseligkeit gegenüber Israel sowie die zahllosen Beschimpfungen und glatten Lügen, mit denen Israel in den DDR-Dokumenten überhäuft wird, sind erschreckend. Daß das jüdische Volk als solches unerwähnt bleibt, liegt möglicherweise schlicht daran, daß die Begriffe „Juden" und „ Judentum" durch „Zionisten" und „Zionismus" ersetzt wurden. So gelang es einigen ostdeutschen Politikern, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Bewußt oder unbewußt, nutzten sie den zwar latenten, aber durchaus vorhandenen Antijudaismus in der Bevölkerung zur Förderung staatlicher Interessen und zur Ablenkung vom umstrittenen Regime. Einige Dokumente, deren Inhalt an Vorurteile und unbegründete Verunglimpfungen grenzt, erwecken den Eindruck, als hätten die Autoren geradezu auf eine Gelegenheit gewartet, die Juden anzugreifen. Wie auch immer, die doktrinäre und starre Linie der DDR offenbart gewisse pathologische Züge. Die Weigerung, auf Schilumim- und Entschädigungsforderungen einzugehen, zahlte sich sowohl wirtschaftlich als auch politisch aus. In wirtschaftlicher Hinsicht, konnte das Regime das jüdische Eigentum für eigene Zwecke behalten und Ausgaben sparen. Die NS-Beute wurde kurzerhand verstaatlicht. Politisch ergab sich dadurch die Gelegenheit, aus der auch durch die Hallsteindoktrin bewirkten Isolierung auszubrechen: Durch die Verurteilung der westdeutschen Zahlungen an die Juden schloß sich die DDR der entsprechenden arabischen Kritik an und präsentierte sich als Staat, der sich weigert, einen Feind der Araber wirtschaftlich zu unterstützen.[52] Anfänglich unbedeutend, verwandelte sich die Weigerung der DDR, für Schilumim und andere Entschädigungsforderungen einzutreten, allmählich zu einem Hauptfaktor der ostdeutschen Außenbeziehungen.

Auch die israelische Haltung gegenüber der DDR war starken Veränderungen unterworfen. Unter dem Eindruck des Kalten Krieges und der ideologischen Spaltung der Welt rückte Israel vollständig ins westliche Lager, bei anhaltender Deutschfeindlichkeit der israelischen Öffentlichkeit. Vorurteile abbauende Faktoren, wie Schilumim und Entschädigung sowie die sich entwickelnden vielfältigen beiderseitigen Beziehungen mit der Bundesrepublik, fehlten im Verhältnis zwischen Israel und der DDR. Daran konnte auch der vorgeschobene Antifaschismus Ostberlins nichts ändern. Der fast zwanghafte, weit über die politischen Erfordernisse hinausgehende Antiisraelismus der DDR war den Israelis nicht entgangen. Ihn nur dem Antisemitismus anzulasten, wäre jedoch zu einfach. Die Wurzeln des ostdeutschen Antisemitismus lagen tiefer und waren nur ein kleiner Bestandteil

[52] GOSCHLER, Paternalismus und Verweigerung, S. 93–117.

des Antiisraelismus. Entsprechend lag auch der ostdeutsche Antiisraelismus nur zum Teil im Antizionismus begründet.

Außenpolitische Erfordernisse, Klaustrophobie, enttäuschte Erwartungen von freundschaftlichen Beziehungen zu Israel, der Einfluß des Stalinismus und andere Faktoren ergaben eine politische Mischung, die den Eindruck vermittelt, daß der „erste deutsche sozialistische Staat" den Antiisraelismus zur Staatsräson erhoben habe.

X. Die Vergeltung

Die Beschäftigung mit der Frage der Bestrafung der NS-Verbrecher setzte unmittelbar nach Kriegsende im Mai 1945 ein und in gewissen Fällen schon vorher: So trug etwa die Beteiligung jüdischer Einheiten an den Kämpfen gegen das nationalsozialistische Deutschland zweifellos bereits Züge von Vergeltung und (Selbst-) Justiz. Im selben Geist gingen nach dem Krieg selbsternannte „Rächer" auf eigene Faust und ohne jede rechtliche Grundlage und Rechtfertigung mit gewalttätigen Aktionen gegen Nationalsozialisten und deren Kollaborateure vor. Erst die Gründung des Staates Israel setzte diesen Aktivitäten ein Ende.

1. Grundlagen der Vergeltungsjustiz in Israel

Vergeltungsgesetze und Kriegsverbrecherprozesse waren verbreitete Erscheinungen nach dem Krieg, die Nürnberger Prozesse 1945/46 nur ein Beispiel davon, wenn auch das wichtigste. Eines der Hauptthemen in Nürnberg, aber nicht nur dort, war der Völkermord an den Juden. In ganz Osteuropa wurden Todesurteile gegen Verantwortliche für die Deportation und Vernichtung der Juden gefällt. Doch an keinem dieser Prozesse beteiligten sich Juden als „Vertreter des Judentums". Der vermutlich erste Prozeß von Juden gegen einen jüdischen NS-Kollaborateur fand Ende 1945 im DP-Lager Landsberg, Bayern statt.[1] Zu ähnlichen Retributionsprozessen gegen Kollaborateure kam es später auch in Israel. In etwa zweihundert Fällen wurden Neueinwanderer von Mitbürgern als „Kollaborateure" erkannt, angezeigt, vor Gericht gestellt und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Doch schon nach kurzer Zeit wurden die bestehenden Gesetze des jungen Staates als unzulänglich im Umgang mit dieser ganz besonderen Art von Verbrechen eingestuft.

Der sich der Vergeltung und der Holocaust-Erinnerung widmende nationalreligiöse Abgeordnete Rabbiner Mordechai Nurock legte in der ersten Knesset im Oktober 1949 einen Gesetzesvorschlag für die Verfolgung von Kriegsverbrechern vor.[2] Anfang Dezember 1949 diskutierte und verabschiedete das israelische Kabinett die UNO-Konvention gegen Völkermord und legte sie anschließend ebenfalls der Knesset vor.[3] Am 26. Dezember brachte der Justizminister die Vorlage zur ersten Lesung ein, und kurz darauf folgte ein Gesetzesvorschlag für die Verfolgung von Nationalsozialisten und deren Helfer.[4]

Das am 1. August 1950 einstimmig verabschiedete Gesetz ermöglicht als einziges israelisches Zivilgesetz die Verhängung der Todesstrafe. Zudem ignoriert es

---

1 Digest of Jewish Camp Papers vom 16. 1. 1946, AJA, WJC, U-245.
2 KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 1. Knesset, 90. Sitzung vom 29. 10. 1949.
3 Protokoll der Kabinettssitzung Nr. 12/310 vom 5. 12. 1949, ISA, 7263/4.
4 KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 1. Knesset, 131. Sitzung vom 27. 3. 1950.

das juristische Grundprinzip „Nulla poena sine lege" (keine Strafe ohne Gesetz), d. h. es gilt auch für Verbrechen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes und außerhalb Israels begangen wurden. Mit anderen Worten, das Gesetz sieht Strafen für Handlungen vor, die zur Tatzeit, formal betrachtet, legal waren, bzw. Strafen für Taten, die außerhalb der Grenzen des Staates Israel und vor dessen Gründung begangen wurden. Begründet wird dies mit dem Sui-generis-Charakter der begangenen Verbrechen: Nie zuvor war es zu einer systematischen, ideologisch motivierten physischen Vernichtung eines ganzen Volkes gekommen, wie sie in diesem Umfang nur im Zeitalter moderner Technologie möglich ist. Diese Tat ist ohne Beispiel, „sui generis". Entsprechend wurde eine beispiellose Strafe gefordert. Zwei Präzedenzfälle sprachen für das Gesetz: die Konvention vom 8. August 1945 „Agreement for Prosecution and Punishment of the Major War Criminals of the European Axis", auf der die rechtliche Grundlage der Nürnberger Prozesse beruhte und die UNO-Konvention gegen den Völkermord von 1948. Dem israelischen Gesetzgeber ging es in erster Linie um die strafrechtliche Verfolgung der NS-Verbrechen gegen die Juden und anderer Judenverfolgungen im Verlaufe der Geschichte, die ungestraft geblieben waren. Es war in gewisser Hinsicht also eine jüdische Abrechnung mit der Geschichte. Das Gesetz wurde einige Male gegen NS-Kollaborateure, in den sechziger Jahren gegen Adolf Eichmann und in den neunziger Jahren gegen John Demianjuk angewandt.

2. Israel und die Vergeltungsjustiz in der Bundesrepublik

Die israelische Öffentlichkeit verfolgte die Strafverfahren gegen NS-Verbrecher in der Bundesrepublik Deutschland mit größter Aufmerksamkeit und zeigte sich tief beunruhigt über die aus ihrer Sicht zu nachsichtige Haltung der Besatzer und der deutschen Behörden gegenüber NS-Verbrechern. Der amerikanische Hochkommissar für Deutschland, John J. McCloy, weckte in Israel gemischte Gefühle, nachdem dieser die Entlastung, Begnadigung und Freilassung von Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern angeordnet hatte.[5] McCloy war seit seiner Nominierung zum Hochkommissar dem Druck für die Begnadigung von Kriegsverbrechern ausgesetzt. Ein solcher Fall betraf den ehemaligen Staatssekretär von Ribbentrops, Ernst von Weizsäcker, dessen vorzeitige Freilassung von George F. Kennan, Bernard Gufler und Reinhold Niebuhr gefordert wurde. Der bekannte Theologe Niebuhr schrieb McCloy: „Er [Weizsäcker] wurde nur deshalb verurteilt, weil er zugegeben hatte, nach Ausbruch des Krieges nicht für die Niederlage seiner Nation gewesen zu sein. Die Art, wie Kempner die Anklage in diesen Prozessen führte, macht der amerikanischen Justiz meines Erachtens keine Ehre. Nicht die amerikanische Justiz, sondern der Groll von Flüchtlingen war hier am Werk."[6] Man kann den euphemistischen Begriff „Flüchtlinge" hier ruhig durch „Juden" ersetzen.

---

[5] Druks, John J. McCloy.

[6] Niebuhr an McCloy vom 15. 6. 1949, Amherst College Archives, McCloy Papers, Box HC4, Series 13, Folder 19.

Jüdische und israelische Kreise fühlten sich von der zu liberalen Haltung der amerikanischen Behörden vor den Kopf gestoßen. Die Empörung erreichte ihren Höhepunkt, als sich McCloy mit Möglichkeiten der Strafmilderung für jene besonders schweren NS-Verbrecher befaßte, die in Landsberg auf die Vollstreckung ihres Todesurteils warteten oder dort eine langjährige Gefängnisstrafe absaßen. Kritiker bezeichneten diese Urteile als „Siegerjustiz" und forderten deren Umwandlung. Dies war eine Forderung, der man sich angesichts des Kalten Krieges und der Interessen der westlichen Alliierten, die ein gutes Verhältnis zur deutschen Bevölkerung unerläßlich machten, nur schwer verschließen konnte. Doch die Motive des Firmenanwalts McCloy, dem beste Verbindungen zu amerikanischen Finanzkreisen, zur amerikanischen Schwerindustrie und zur kapitalistischen Aristokratie Amerikas nachgesagt wurden, waren nicht über jeden Zweifel erhaben. Nicht vergessen war sein umstrittenes Verhältnis zu Juden und Amerikanern japanischer Abstammung im Zweiten Weltkrieg sowie sein Anteil an der Verhinderung der Bombardierung von Auschwitz, und – in anscheinend krassem Gegensatz dazu – die scharfe Verurteilung von Jakob Altmaiers Appell für die Begnadigung von Kriegsverbrechern.[7] McCloys Unterstützung der Schilumim und bestimmter Entschädigungsgesetze kompensierten frühere Fehltritte lediglich bis zu einem gewissen Grad.[8]

Die Begnadigungen und Strafumwandlungen, die McCloy verkündete[9], lösten in Israel großen Zorn im gesamten politischen Spektrum aus. Aber der Versuch der Opposition, das Thema in der Knesset zu behandeln, wurde von der Regierung verhindert. Sie befürchtete, antiwestliche linke Elemente könnten die Angelegenheit für eigene Zwecke in Zusammenhang mit dem Kalten Krieg mißbrauchen. Die Knesset begnügte sich schließlich mit einer unspektakulären Protestnote, die in klarem Kontrast zum großen Echo stand, den der oppositionelle Vorstoß in der Öffentlichkeit gefunden hatte.[10] Daß McCloy bei der Umwandlung einiger Urteile aus eigener Initiative und im Rahmen seiner Vollmachten handelte, bedeutet nicht, daß seine Entscheidungen nicht im Sinne der amerikanischen Regierung waren. Eisenhower, damals Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, rief dazu auf, zwischen jenen zu unterscheiden, die wegen schrecklicher Kriegsverbrechen verurteilt worden seien, und normalen deutschen Offizieren und Soldaten, denen, wie er sich ausdrückte, „nicht das Gefühl gegeben werden sollte, daß ihre [Soldaten-]Ehre angezweifelt werde." Dazu meinte ein britischer Diplomat: „Diese Unterscheidung dürfte unumgänglich sein, wenn deutsche Sol-

---

[7] Bericht von Dr. Gerhard Jacoby vom 12. 1. 1951, ISA, 533/7b.

[8] Zu McCloy: DRUKS, John J. McCloy; JELINEK, John McCloy; SCHWARTZ, Atlantik-Brücke; FERENCZ, Lohn des Grauens, S. 100–106; JAPANESE AMERICANS.

[9] SCHWARTZ, Begnadigung.

[10] Edward W. Holmes an den Außenminister vom 9. 3. 1951, USNA, RG 84, Tel Aviv, Israel Consular Post, 1950–52; Edward W. Holmes und Davis, Tel Aviv, an den Außenminister vom 12. 3. 1951, USNA, 321.9, Germany; Evan an Blaustein vom 3. 3. 1951, YIVO, AJC, RG 347, GEN-10, Box 291; Evan an Dr. Goldstein vom 9. 3. 1951, CZA, Z 6/530; Evan an Richter Meier Steinbrink, den Vorsitzenden der Liga gegen Verleumdung, vom 9. 3. 1951, ISA, 2417/1.

daten an unserer Seite für die Verteidigung Europas dienen sollen."[11] Die Israelis sahen das ganz anders. In ihren Augen handelte es sich um Verbrecher, die vor allem Juden umgebracht hatten. Ihre Begnadigung bedeutete für sie, daß Judenmörder ungestraft davonkamen.

Adenauer und seine politischen Verbündeten unternahmen bedeutende Anstrengungen zur Freilassung ehemaliger Nationalsozialisten, die Kriegsverbrecher mit eingeschlossen. So nutzte der Kanzler den Besuch des amerikanischen Außenministers John Foster Dulles am 5. Februar 1953, um sich für die verurteilten Nationalsozialisten einzusetzen.[12] Doch er war nicht der einzige. Dem im Spandauer Gefängnis in Berlin einsitzenden Albert Speer wurde unerklärlich viel Aufmerksamkeit sowohl von deutscher als auch von amerikanischer Seite zuteil.[13] Die einzelnen Kriegsverbrecherprozesse, die Entschädigung ehemaliger Nationalsozialisten, das Desinteresse der Justiz an mutmaßlichen NS-Verbrechern, die Freilassung von Nationalsozialisten auf Bewährung sowie die Freisprüche in solchen Prozessen wurden in Israel genau registriert. Auch das Auftauchen von Neonazis wurde in Israel zur Kenntnis genommen, doch der Kalte Krieg führte auch in Israel zu einer gewissen Abstumpfung in diesem Bereich.

Die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern in der Bundesrepublik war ein langsam vor sich gehender Prozeß. Angesichts der zahlreichen Anklagen wegen Verbrechen gegen das jüdische Volk ergab sich bald die Notwendigkeit eines geeigneten Verfahrens für die Einvernahme von Zeugen in Israel, und zwar in einer Form, die auch von deutschen Gerichte akzeptiert werden konnte. Die Israel-Mission in Köln übermittelte dem israelischen Generalstaatsanwalt regelmäßig Gesuche für Zeugenanhörungen, der wiederum die Polizei mit der Auffindung der Zeugen und der Durchführung der Befragungen beauftragte. Doch die deutschen Gerichte waren besonders an direkten Anhörungen interessiert. In Fällen, in denen die Einvernahme mehrerer Zeugen erforderlich war, schlugen die deutschen Gerichte vor, Untersuchungsrichter nach Israel zu entsenden, was von den israelischen Behörden aufgrund der fehlenden diplomatischen Beziehungen abgelehnt wurde. Da die israelische Seite die Verfolgung von NS-Verbrechern unterstützte, machte sie den Gegenvorschlag, solche Zeugenanhörungen durch einen israelischen Richter im Beisein eines deutschen Richters als Beobachter ohne Mitspracherecht durchzuführen. Der Generalstaatsanwalt des Staates Israel fügte hinzu, daß die Zeugenbefragung auf keinen Fall in deutscher Sprache stattfinden dürfe.[14] Im folgenden entwickelten sich verschiedene Verfahren, die so lange in

---

[11] Memorandum von W.D. Allen vom 29. 1. 1951, PRO, FO 371/14226.

[12] Protokoll vom 5. 2. 1953, PA, 270.

[13] McCloy an Dulles vom 27. 6. 1958; Dulles an McCloy vom 15. 7. 1958; David Bruce an Dulles vom 31. 7. 1958, Amherst College Archives, McCloy Papers, Box GY2, Series 14, Folder 9.

[14] Untersuchungsrichter am Landgericht Hamburg an die Israel-Mission in Köln vom 10. 11. 1954; Shinnar an den Generalstaatsanwalt vom 25. 11. 1954; der Rechtsberater der Israel-Mission an Shinnar vom 16. 12. 1954; der Generalstaatsanwalt an den Rechtsberater des israelischen Außenministeriums vom 10. 12. 1954; Shinnar an den Rechtsberater der Israel-Mission vom 23. 12. 1954; der Generalstaatsanwalt an Shinnar vom 13. 1. 1955, ISA, 578/20.

Kraft blieben, bis die deutschen Gerichte dazu übergingen, israelische Zeugen direkt in Deutschland zu vernehmen. In der Korrespondenz zu dieser Frage betonte Shinnar das israelische Interesse, die deutschen Anstrengungen zu unterstützen, um die Schilumim nicht zu gefährden. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern in der Bundesrepublik machte die sich aus den Nicht-Beziehungen ergebenden Komplikationen und die praktische Notwendigkeit formaler Beziehungen besonders deutlich.

3. Die Verhaftung Eichmanns und die Vorbereitung des Prozesses

Der Fall Eichmann verkörperte zahlreiche Aspekte der Kriegsverbrecherproblematik. Eichmann hatte während des Krieges die sogenannte Abteilung IV B 4 (Judenevakuierung) des Reichssicherheitshauptamtes geleitet. In dieser Funktion war er für die „Entjudung" des deutschen Machtbereiches oder, mit anderen Worten, für die „Endlösung der Judenfrage", d. h. für die Vernichtung des Judentums verantwortlich. Eichmann wurde nach dem Krieg verhaftet, blieb jedoch unerkannt und konnte entkommen. Eine Weile hielt er sich in Westdeutschland versteckt, und im August 1950 gelang ihm mit Hilfe einer Geheimorganisation von SS-Veteranen und eines kroatischen Ordens die Flucht nach Argentinien, wo er sich unter falschem Namen niederließ.

Eichmann war kaum bekannt und weckte deshalb in der Öffentlichkeit nur geringe Aufmerksamkeit. Er hatte das Rampenlicht der Öffentlichkeit stets gemieden, und selbst seine Fahnder hatten Schwierigkeiten, ein Bild von ihm zu finden. Dies dürfte mit ein Grund dafür gewesen sein, daß er in den Kriegsgefangenenlagern unerkannt geblieben war. Doch die unglücklichen Juden, die ihm während des Krieges in Berlin, Wien, Prag, Budapest, Mukacevo oder anderswo begegnet waren, kannten seine Aufgabe und seine „Leistungen" ausgezeichnet. Während sein Name bereits in den Nürnberger Prozessen auftauchte, wurde die israelische Öffentlichkeit erst 1955 auf Eichmann aufmerksam, als der aus Ungarn stammende Journalist Malkiel Grünwald einen führenden zionistischen Aktivisten aus Ungarn namens Rudolf Kastner öffentlich der Kollaboration mit den Nationalsozialisten zum Nachteil der Juden beschuldigte. Im folgenden Verleumdungsprozeß von Kastner gegen Grünwald, der starke Beachtung fand, wurde der Name Eichmann sehr häufig erwähnt. Eichmann wurde in Israel zum Inbegriff der „Endlösung", zum Mephisto. Sein Name stand zuoberst auf der israelischen Liste der Kriegsverbrecher. Zahlreiche Stellen verpflichteten sich zur Suche nach Eichmann, bei manchen blieb es bei der Absichtserklärung. Es zirkulierten Gerüchte, wonach er in Ägypten, Kuwait und in verschiedenen südamerikanischen Staaten gesehen worden sei. Die meisten dieser Gerüchte stellten sich jedoch als falsch heraus und zeugen bestenfalls davon, wie stark Eichmann die Phantasie des israelischen Publikums beschäftigte. Die intensive Beschäftigung mit Eichmann in Israel erklärt auch die spontanen Gefühlsausbrüche und die weltweite Neugier, die dessen Auftauchen in Israel auslöste.

Eichmann wurde nach dem Krieg zum ersten Mal 1957 in Argentinien aufgespürt. Der Staatsanwalt des Landes Hessen, Fritz Bauer, informierte darüber seinen Ministerpräsidenten Georg August Zinn sowie den Leiter der Israel-Mission Shinnar. Bauer befürchtete, die Information könnte durchsickern und Eichmann gewarnt werden. Der israelische Geheimdienst Mossad ging der Information nach, seine Nachforschungen förderten jedoch nichts zutage. Am 6. Dezember 1959 notierte Ben Gurion in sein Tagebuch, daß Eichmann in Argentinien gesehen worden sei, und daß er den Mossad anweisen werde, „sich der Sache anzunehmen". Der israelische Geheimdienst entführte den Mann sodann in Buenos Aires und schmuggelte ihn nach Israel. Am 22. Mai 1960 wurde er in Israel der Polizei übergeben. Am folgenden Tag informierte Ben Gurion die Knesset über die Verhaftung Eichmanns in Israel. Die Gefangennahme Eichmanns überraschte die israelische Öffentlichkeit, und die Nachricht verbreitete sich in Windeseile. Gefühle der Erleichterung und Stolz über die Leistung des Mossad machten sich breit. In der israelischen Presse hieß es, die Welle des Zorns sei nicht gegen Deutschland, sondern nur gegen Eichmann gerichtet.[15] Altbundespräsident Heuss, der sich zur Zeit von Ben Gurions Erklärung zur Gefangennahme Eichmanns gerade zu Besuch in Israel aufhielt und die große Aufregung miterlebte, zeigte gegenüber Journalisten Verständnis für die Reaktion der Öffentlichkeit und erklärte, er sei überzeugt, daß Eichmann ein fairer Prozeß gemacht werde.[16] Dies war die erste deutsche Reaktion – die eines Augenzeugen. Die Weltgemeinschaft war nicht weniger überrascht. Doch bei allem Verständnis für das Anliegen wurde die Entführung als Akt internationaler Piraterie betrachtet. Argentinien reichte eine Klage im UNO-Sicherheitsrat ein, und Israel stellte klar, daß der Gefangene an keinen anderen Staat ausgeliefert werde. Andererseits versuchte die israelische Regierung, Argentinien zu beschwichtigen. Bei einem Empfang anläßlich des Besuchs von Argentiniens Präsident Arthuro Frondisi in Bonn auf dem Höhepunkt der Aufregung rund um die Entführung Eichmanns meinten die anwesenden deutschen Gäste, einschließlich Erhard, gegenüber dem ebenfalls anwesenden Shinnar, Israel solle hart bleiben.

Die israelische Polizei richtete eine spezielle Ermittlungsabteilung – die sogenannte Abteilung 06 – ein und besetzte sie mit deutschsprachigen und besonders erfahrenen Beamten, in deren Familien niemand im Holocaust umgekommen war. Die Behörden fürchteten, einzelne Beamte könnten versuchen, persönlich Rache an Eichmann zu üben. Die Arbeit der Ermittler glich immer mehr dem Studium von Geschichtsstudenten, die sich eingehend mit dem Holocaust befaßen. Sie durchforsteten zahlreiche Archive in Israel, Westdeutschland, USA, Frankreich und in anderen Ländern und forderten bei fremden Regierungen Beweismaterial an. Von den osteuropäischen Ländern reagierten die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und Rumänien positiv. Die bulgarische Regierung gab an, über keine Dokumente zu verfügen, und von der Sowjetunion kam gar keine Antwort. Die israelischen Ermittler verzichteten auf eine Anfrage bei den Behörden der DDR und begründeten dies mit den fehlenden Beziehungen zwischen beiden Staaten.

---

[15] HAARETZ (Tel Aviv); YEDIOTH ACHRONOTH; MA'ARIV, jeweils 24.–25. 5. 1960.
[16] HAARETZ (Tel Aviv) vom 24. 5. 1960.

Ostdeutschland stellte Israel später aus eigener Initiative im Rahmen ihrer Propagandakampagne Dokumente zur Verfügung. Die Anklage gegen Eichmann leiteten Generalstaatsanwalt Gideon Hausner und Staatsanwalt Gabriel Bach.[17]

Probleme bereitete die Übernahme der Verteidigung. Trotz ausdrücklicher Genehmigung der Anwaltskammer war kein israelischer Anwalt bereit, die Verteidigung Eichmanns zu übernehmen. Schließlich akzeptierte der deutsche Anwalt Robert Servatius das Mandat. Die Nominierung von Servatius, der bereits in den Nürnberger Prozessen Erfahrungen gesammelt hatte, war nicht unumstritten. Offiziell wurde erklärt, Servatius sei von Eichmanns Familie beauftragt worden, doch kritische Stimmen behaupteten, in Wirklichkeit stünden neonazistische Kreise dahinter. Die israelischen Behörden prüften Servatius' Vergangenheit und betonten die Bedeutung der Wahl eines angesehenen Rechtsanwalts angesichts der großen weltweiten Aufmerksamkeit, die dieser Prozeß weckte.[18] Um die Vertretung vor Gericht durch einen ausländischen Anwalt zu ermöglichen, war eine Gesetzesänderung nötig. Schließlich stand Servatius auch ein israelischer Anwalt zur Seite. Obwohl anfänglich erklärt wurde, die Kosten der Verteidigung würden von Eichmanns Familie getragen, kam schließlich der israelische Steuerzahler dafür auf.[19] Die Bundesrepublik lehnte ein Finanzierungsgesuch von Servatius ab. Auch die zahlreichen anderen Probleme konnten bis zur Eröffnung des Prozesses am 11. April 1961 zumeist gelöst werden.

Ein weiterer umstrittener Punkt was das Gerichtsverfahren selbst und die Besetzung des Gerichts. Es gab Stimmen, die bedauerten, daß die Entführer Eichmann nicht auf der Stelle liquidiert hatten, wodurch man sich ihrer Ansicht nach viele Probleme erspart hätte. Andere, darunter auch führende Persönlichkeiten wie Nahum Goldmann und der ehemalige Präsident des American Jewish Committee (AJC), Joseph M. Proskauer, forderten, das Gericht mit Richtern verschiedener Nationalität zu besetzen oder wenigstens einen ausländischen Gerichtspräsidenten zu ernennen.[20] Zudem wurden Vorbehalte zum Gerichtsort Jerusalem laut und ein neutraler Ort gefordert, um die absolute Unparteilichkeit des Gerichts sicherzustellen. Einige Beobachter befürchteten einen Anstieg des Antisemitismus als Folge des Eichmannprozesses. All diese Einwände beruhten mehrheitlich auf dem britischen Rechtsgrundsatz, wonach man Gerechtigkeit nicht nur schaffen, sondern auch zeigen müsse. Ben Gurion und die Mehrheit der israelischen Öffentlichkeit wiesen die Einwände zurück. Die Kritiker stellten Objektivität, Fairneß und Unparteilichkeit der israelischen Richter in Frage und mußten sich dafür den Vorwurf gefallen lassen, auch deren Aufrichtigkeit und Integri-

---

[17] ASHMAN/WAGMAN, Tsayade ha nazim; BAR-ZOHAR, B'yom nakam; HAREL, Das Haus in der Garibaldistrasse; WIESENTHAL, Recht, nicht Rache; MAN/DAN, Eichmann be-yaday; PERLMANN, Eich nitpas eichman; The CASE AGAINST ADOLF EICHMANN; ROBINSON, And the Croocked; BAUM, Christliche Endlösung; MISHPAT EICHMANN; HAUSNER, Gerechtigkeit.

[18] Knesset-Protokolle [hebr.], 173. Sitzung vom 15. 11. 1960, S. 209 und 183. Sitzung vom 29. 11. 1960, S. 345.

[19] Knesset-Protokolle [hebr.], 295. Sitzung vom 3. 1. 1961, S. 630–631.

[20] ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, Dok. Nr. 179, S. 519–520; Dok. Nr. 181, S. 524–526.

tät in Zweifel zu ziehen, was als Affront gegen die israelische Justiz empfunden wurde. Ben Gurion bestand auf der Durchführung des Prozesses in Israel. Es war eine einmalige Gelegenheit für ein verfolgtes Volk, mit einem Peiniger abzurechnen. Der israelische Ministerpräsident betrachtete den Prozeß gegen Eichmann zudem als Gelegenheit, der israelischen Jugend den Schrecken des Holocaust und der Diaspora zu vermitteln und ihr eine Lektion über den Zionismus zu erteilen bzw. sie über den Wert eines eigenen Staates aufzuklären. Der Welt wollte er die Verbrechen gegen die Juden deutlich vor Augen halten.[21] Für diese Aufgabe eigneten sich in Ben Gurions Augen nur jüdische Richter. Diese Gelegenheit wollte er auf keinen Fall verpassen. Ein weiterer – selten genannter – Grund für das israelische Beharren, Eichmann im eigenen Land den Prozeß zu machen, war der Umstand, daß in Israel für solche Verbrechen die Todesstrafe verhängt werden konnte. Die Regierung entschied sich für die Durchführung des Eichmannprozesses in Israel.[22]

Das für den Prozeß vorgesehene Bezirksgericht Jerusalem wurde von Richter Benjamin Halevy präsidiert, der auch die Verhandlungen in der Verleumdungsklage gegen Kastner geleitet hatte. Doch Ben Gurions Mapai-Partei mißtraute Halevys Unvoreingenommenheit und veranlaßte die Verabschiedung eines Gesetzes, wonach Prozesse, in denen die Todesstrafe gefordert wird, von Richtern des Obersten Gerichtshofs zu leiten seien.[23] Halevi wurde seiner Funktion als Gerichtsvorsitzender enthoben und mußte sich in ein Gremium von drei Richtern einfügen. Das neue Gesetz sah zudem vor, daß bei Fällen, in denen die Todesstrafe gefordert wird, keine Zivilklagen hinzugefügt werden dürfen. Diese scheinbar vernünftige Bestimmung war in Wirklichkeit dazu bestimmt, den Auftritt des ostdeutschen Rechtsanwalts Friedrich Kaul als Privatkläger im Eichmannprozeß und die damit verbundene Gefahr der Verwandlung des Prozesses in eine Plattform für DDR-Propaganda vor allem gegen die Bundesrepublik zu verhindern.

4. West- und ostdeutsche Initiativen bis zum Prozessbeginn

Einen Tag nach der Verlautbarung Ben Gurions nahm das Auswärtige Amt in Bonn eine erste Lagebeurteilung vor: Die Chancen für eine Auslieferung Eichmanns wurden als äußerst gering eingestuft, da kein entsprechendes bilaterales Abkommen existierte. Israel werde Eichmann auf Grund des Gesetzes für die Verfolgung von Nationalsozialisten und deren Helfer (1950) den Prozeß machen, das auch die Todesstrafe vorsehe. Der Verfasser meinte zudem, die Bundesrepublik dürfe die Kosten der Verteidigung nicht übernehmen – diese werde letztlich der Staat Israel tragen –, doch Bonn solle Israel juristischen Beistand leisten und einen Beobachter zu den Gerichtsverhandlungen schicken.[24] So sollte es auch kommen. Entsprechend informierte das Auswärtige Amt alle westdeutschen Ver-

---

21 Ben Gurion an Galili vom 26. 5. 1960, BGA, Correspondence File, 1960.
22 DAWAR (Tel Aviv) vom 27. 6. 1960.
23 KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 4. Knesset, 222. Sitzung am 31. 1. 1961.
24 Raab an den Staatssekretär vom 24. 5. 1960, PA, 708, 81.07, 92.19, Bd. 2.

tretungen in den arabischen Staaten. Aus diesen Botschaften ging im wesentlichen folgendes hervor: Die Bundesrepublik unterstützte den jüdischen Staat bei seinen Vergeltungsanstrengungen und werde dies auch in Zukunft tun. Die Bundesrepublik werde die Auslieferung Eichmanns nicht beantragen und distanziere sich von diesem Mann. Die Bundesrepublik sei besorgt über die arabischen Reaktionen.

Im Bewußtsein der israelischen Weigerung, Eichmann in einem anderen Land vor Gericht zu stellen, erwogen die westdeutschen Behörden die Möglichkeit, die Auslieferung Eichmanns im Falle seiner Rückführung nach Argentinien zu fordern. Eichmann besaß die argentinische Staatsbürgerschaft und war nach argentinischem Recht unschuldig.[25] Jüdische und israelische Beobachter hielten ein westdeutsches Auslieferungsgesuch an Israel für sehr unwahrscheinlich, nicht nur wegen der fehlenden Auslieferungsvereinbarung, sondern auch deshalb, weil von israelischer Seite angenommen wurde, daß ein solcher Prozeß der Bundesrepublik sehr ungelegen käme, da er die ehemaligen Nationalsozialisten in den obersten Bundesbehörden ins Rampenlicht rücken könnte.[26] Eine andere Haltung nahm Eichmanns deutscher Verteidiger Servatius ein. Er versuchte, den Prozeß in die Bundesrepublik zu verlagern mit der Begründung, daß sein Mandant als deutscher Staatsbürger ein Anspruch auf Schutz habe und somit in Deutschland vor Gericht zu stellen sei. Zudem erinnerte er die westdeutschen Behörden daran, daß in Deutschland die Todesstrafe abgeschafft sei.[27]

In einem Rechtsgutachten für den Bundesminister wurde die Auffassung vertreten, eine Freilassung oder Auslieferung stehe nicht zur Diskussion. Es gebe zwischen der Bundesrepublik und Israel kein Auslieferungsabkommen, und ein Auslieferungsgesuch könne man nicht mit der drohenden Todesstrafe begründen. Zudem sei die Einmischung in die Gesetzgebung eines anderen Staates nicht angebracht. Die israelische Interpretation des Grundsatzes „Nulla poena sine lege" rechtfertige jedenfalls keine Intervention. Die westdeutschen Behörden waren offensichtlich bemüht, sich so wenig wie möglich für Eichmann einzusetzen.[28] Servatius versuchte es noch auf anderen Wegen: Er forderte zunächst in einer Eingabe an das Auswärtige Amt unter Hinweis auf den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Globke, die Freilassung seines Mandanten.[29] Hierauf erhielt er jedoch ebenso wenig eine Antwort wie auf eine spätere Eingabe, in der er einen „diplomatischen Schutzanspruch" seines Mandanten postulierte, der vor einem Verwaltungsgericht geltend gemacht werden konnte und die Bundesrepublik dazu gezwungen hätte, Eichmanns Verteidigung zu stellen.[30]

---

[25] Marmann an den Bundesminister über den Staatssekretär vom 20. 6. 1960, PA, 708, 82.70, 92.19, Bd. 2.

[26] Ralph Friedmann an die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses vom 19. 7. 1960, YIVO, AJC, FAD-1, Box 26, Germany, West.

[27] Servatius an das AA vom 5. 2. 1960; Marmann an den Bundesjustizminister vom 14. 2. 1960; Dollinger, Bundesjustizministerium, an das AA vom 28. 2. 1960, PA, 708, 82.70, 92.19, Bd. 2.

[28] Marmann an den Bundesminister über den Staatssekretär vom 3. 3. 1960, PA, 708, 82.70, 92.19, Bd. 2.

[29] Servatius an das AA vom 5. 2. 1960, PA, 708, 82.70, 92.19, Bd. 2.

[30] Preuschen an das AA vom 14. 4. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 7.

Die mehrköpfige Delegation, die die Bundesrepublik Deutschland zum Prozeß gegen Eichmann nach Israel entsandte, setzte sich aus dem offiziellen Beobachter Gerhard von Preuschen und seinem Stellvertreter, einem jungen Rechtsanwalt, einem Beamten des Presse- und Informationsamtes, einem Wissenschaftler, einem Verwaltungsdienst- und Konsularsekretär sowie Sekretärinnen und Kodierungsspezialisten zusammen. Inoffiziell gehörte der westdeutschen Delegation auch der Journalist Rolf Vogel an.[31] Von Preuschen war ein Freund des Bundesaußenministers und von ihm persönlich mit dieser Aufgabe betraut worden. Er hatte an der Verschwörung des 20. Juli 1944 teilgenommen, und seine Vergangenheit galt als unbefleckt. Bei den anderen Delegationsmitgliedern handelte es sich um Vertreter der Nachkriegsgeneration. Vogel behauptete später, Bundeskanzler Adenauer habe ihn zu seinem persönlichen Beobachter ernannt.[32]

Das israelische Außenministerium stellte der deutschen Delegation Privatwohnungen zur Verfügung, kümmerte sich um ihre logistischen Bedürfnisse und reservierte für sie Plätze in der vordersten Reihe im Beit Ha'Am-Saal („Volkshaus"), wo der Prozeß stattfand. Bei ihrer Ankunft wurden der Delegation Leibwächter zugeteilt, die sich jedoch schon bald als unnötig erwiesen, deshalb abgezogen und erst bei der Bekanntgabe des Gerichtsurteils wieder eingesetzt wurden. Die Deutschen wurden freundlich empfangen, pflegten während ihres Aufenthalts gesellschaftlichen Verkehr mit israelischen Vertretern und schienen in keiner Weise bedroht. Nur einmal erlebte die Delegation eine von der kommunistischen Partei organisierte, feindselige Demonstration gegen Eichmann, die indirekt auch gegen die Bundesrepublik gerichtet war. Die Mitglieder der deutschen Delegation trafen sich mehrmals mit Vertretern des israelischen Außenministeriums, besonders mit Max Varon von der Westeuropaabteilung und mit Chaim Yachil. Von Preuschen traf den israelischen Justizminister, den in Deutschland geborenen Pinchas Rosen, und Vertreter der Anklage.

Die bundesdeutsche Delegation hatte verschiedene Aufgaben. Von Preuschen lieferte ab 5. April 1961 ausführliche Berichte über die Gerichtsverhandlungen, über seine offiziellen Kontakte mit israelischen Vertretern und sporadisch auch über prozeßbegleitende Ereignisse und Umstände sowie über Israel im allgemeinen. Vogel, der über zahlreiche Kontakte in Israel verfügte, berichtete sowohl über Ereignisse im Zusammenhang mit dem Prozeß als auch losgelöst davon.[33] Zusammen mit dem Delegierten des Presse- und Informationsamtes informierte er zudem über die israelische Presselandschaft. Die deutsche Delegation und die Israel-Mission in Köln kümmerten sich um die Beschaffung von Dokumenten und schriftlicher Zeugenaussagen durch deutsche Gerichte sowie um die Vorladung von Zeugen aus Deutschland. Als bekannt wurde, daß sich eine westdeutsche Delegation in Jerusalem aufhielt, wurde sie von der Bevölkerung mit Memoranden, Petitionen und allen möglichen Bitten überhäuft, die alle ordnungsgemäß nach Bonn weitergeleitet wurden. Die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Hessen schickte den Staatsanwalt Dietrich Zeug, der jüdischer Abstammung war,

---

31 Vermerk der deutschen Delegation vom 29. 3. 1961, PA, 708, 82.70, 92.19.
32 Der Deutsch-Israelische Dialog, S. 184–186.
33 Ebd.

nach Jerusalem, um dort die Landesjustizverwaltung Ludwigsburg zu vertreten – und die Entsendung eines offiziellen Beobachters der DDR zu verhindern.[34] Einundfünfzig deutsche Journalisten wohnten der Eröffnung des Prozesses bei. Die SPD und andere Organisationen entsandten eigene Beobachter, und das Auswärtige Amt beschäftigte getarnte PR-Agenten in Jerusalem.[35]

Friedrich K. Kaul, ein ostdeutscher Rechtsanwalt jüdischer Abstammung, kam nach Jerusalem, um sich der Anklage gegen Eichmann mit Einzelklagen anzuschließen.[36] Doch wie wir gesehen haben, hatte die israelische Regierung vorsorglich Schritte unternommen, um genau dies zu verhindern. Die israelischen Behörden verweigerten dem ostdeutschen Rechtsanwalt die Anerkennung als offizieller Vertreter, so daß er gezwungen war, nach Ablauf der Aufenthaltsbewilligung wieder auszureisen und ein neues Einreisevisum zu beantragen. Kaul war mit Beweismaterial angereist, das er direkt der Anklage vorlegte. Anläßlich einer Unterredung mit dem israelischen Justizminister verlangte er, als offizieller Vertreter anerkannt zu werden, was jedoch mit dem Hinweis auf seine ostdeutsche Staatsbürgerschaft und die fehlenden Beziehungen zwischen Israel und der DDR abgelehnt wurde. Das Verhalten der DDR und das Bewußtsein um die internationale Bedeutung von Kauls Mission erfüllten die Israelis zwar mit Hoffnung, doch insgesamt schien die israelische Politik eher vom freundschaftlichen Verhältnis zur Bundesrepublik geprägt, die Kauls Mission als Gefahr für ihr Ansehen betrachtete. Man gewinnt den Eindruck, daß beide Regierungen Kaul gemeinsam Hindernisse in den Weg stellten. Dazu ein Beispiel: Kaul war gezwungen, eine zuvor angekündigte Pressekonferenz abzusagen, nachdem ihm die Benutzung des für solche Anlässe üblichen Raums im israelischen Presseclub verweigert wurde, und mußte mit Räumlichkeiten vorliebnehmen, die ihm die kommunistische Partei zur Verfügung stellte.[37] Die Eröffnung des Eichmannprozesses wurde von sieben ostdeutschen Journalisten mitverfolgt, die kurz darauf wieder abreisten. Die meisten von ihnen waren jüdischer Abstammung und mit der offiziellen Linie der DDR-Medien offensichtlich im Zwiespalt.

Die Entführung Eichmanns wurde in der Bundesrepublik mit Unbehagen aufgenommen. Die Früchte jahrelanger Imagepflege vor allem gegenüber Israel, aber auch im europäischen und globalen Kontext schienen durch den bevorstehenden Prozeß gefährdet. Am 21. Februar 1961 erteilte von Brentano den deutschen Vertretungen im Ausland Instruktionen die politische Öffentlichkeitsarbeit zum Fall Eichmann betreffend. Der Bundesaußenminister rechnete darin mit einem Ausbruch von Deutschfeindlichkeit sowie mit einer Hetzkampagne des Ostblocks, insbesondere der DDR, gegen die Bundesrepublik. Die westdeutschen Auslandvertretungen wurden aufgefordert, in einer Gegenkampagne deutlich zu machen, daß die Bundesrepublik daran interessiert sei, die NS-Verbrecher zu bestrafen und

---

[34] Marmann, Notiz über die Besprechung mit Grützner vom 12. 1. 1961, PA, 708, 82.70, 92.19, Bd. 2.

[35] Ahrens an den Beobachter in Jerusalem vom 26. 5. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 2.

[36] KAUL, Der Fall Eichmann.

[37] Von Preuschen an das AA vom 23. 6. 1961; Stercken an das BPA und das Bundeskanzleramt über das AA vom 21. 6. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 7.

bereits vieles getan habe, um das Unrecht wiedergutzumachen. In Anlehnung an ein Zitat von Golda Meir wurde zudem betont, daß die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik die gleiche Verantwortung für die Vergangenheit trügen, bisher aber keine Wiedergutmachung an NS-Opfer geleistet hätten. Die Machthaber der sowjetisch besetzten Zone, schrieb Bundesaußenminister von Brentano, setzten Hitlers Diktatur mit denselben Methoden und zum Teil denselben Personen fort, während im Gegensatz dazu die Politik der Bundesregierung das Vertrauen auch der israelischen Regierung gefunden habe. Von Brentanos Ausführungen enthielten eine Darstellung der Geschichte, die mindestens zum Teil fragwürdig war: Die Deutschen seien die ersten Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Deutsche hätten zweimal versucht, Hitler zu töten, und die Wahrheit über die Vorgänge des Krieges sei dem deutschen Volk erst nach Kriegsende bekannt geworden.[38] Die Missionen wurden aufgefordert, die öffentliche Meinung und die Presse in den jeweiligen Ländern zu verfolgen und darüber zu berichten. Das Auswärtige Amt versorgte die Vertretungen im Ausland mit Unterlagen für die Öffentlichkeitsarbeit, die Statistiken über Verfolgungen und Entschädigung, Informationen über Nationalsozialisten in der DDR sowie Berichte über Israel und über die deutsch-israelischen Beziehungen enthielten.[39] Ferner stellte das Amt Bücher und Filme über Israel zur Verfügung bzw. veranlaßte die Produktion solcher Filme, zum Ärger der Araber.

In einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer vom 10. März 1961 zeigte sich von Brentano besorgt über die bevorstehenden Entwicklungen. Die Eröffnung des Prozesses gegen Eichmann war etwa auf das Datum der Ankunft Adenauers in den Vereinigten Staaten angesetzt. Der USA-Besuch des Kanzlers „fällt mit dem Beginn dieses makabren Schauspiels zusammen", wie sich von Brentano ausdrückte.[40] Im Bewußtsein der überragenden Rolle, die der Kanzler dem amerikanischen Judentum nach wie vor beimaß, riet ihm von Brentano zu vorbeugenden Schritten, um die amerikanische Presse und die amerikanisch-jüdische Öffentlichkeit zu beschwichtigen, eventuell durch einen Auftritt im amerikanischen Radio und Fernsehen. „Wir werden uns aus Anlaß dieses schaurigen Prozesses eindeutig distanzieren müssen", stellte der Bundesaußenminister fest.[41] Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington schrieb in einer Aufzeichnung an das Auswärtige Amt, die Bundesrepublik zweifle nicht an Israels Recht, Eichmann vor Gericht zu stellen, solange es sich nicht um einen Schauprozeß handle.[42] In einer Fernsehansprache am 11. April 1961 betonte der Bundeskanzler den Unter-

---

[38] Von Brentano an die deutschen Vertretungen im Ausland vom 21. 2. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 4.

[39] Ebd.; Dr. Dallinger, Bundesministerium für Justiz, an die Zentrale Rechtsschutzstelle des AA vom 24. 2. 1961, PA, 708, 82.70, 92.19; Übersicht über die Verfolgung nationalsozialistischer Straftaten in der BRD, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 5; Botschaft Bern an das AA vom 4. 3. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 4; Die Botschaft in Tel Aviv an die Abt. Levante in London vom 23. 2. 1961, PRO, FO 371/159104.

[40] Von Brentano an Adenauer vom 10. 3. 1961, BArch, N 1239/158, Nr. 179.

[41] Ebd.

[42] Die deutsche Botschaft in Washington an das AA vom 13. 3. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 4.

schied zwischen dem Deutschland der Vergangenheit und der Gegenwart und wies quasi zur Veranschaulichung auf seine Freundschaft mit Ben Gurion hin.[43] Er unterstrich zudem das Recht Israels, Eichmann vor Gericht zu stellen. Das Auswärtige Amt versuchte für seine Öffentlichkeitsarbeit auch den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zu gewinnen.[44] Die Israelis ihrerseits erwogen, Bonn mit einer offiziellen Erklärung zu beschwichtigen[45], was auf den starken Willen in Israel hindeutet, alles zu unterlassen, was die guten Beziehungen zur Bundesrepublik gefährden könnte. Generalstaatsanwalt Hausner sprach vor Gericht auf Anregung Ben Gurions nur von „Nazis" und mied das Wort „Deutsche". Auch in der Bundesrepublik schien mit dem Eichmannprozeß ein empfindlicher Nerv getroffen, wie ein „Aufruf" des „Bundes der Opfer des Faschismus" zeigt, der unter anderem vom ehemaligen Münchener Bürgermeister Scholl und von Schenk Graf von Stauffenberg unterzeichnet wurde.[46]

Die Bundesregierung entschloß sich zu Überzeugungskampagnen im In- und Ausland. Demnach sollte der eigenen Bevölkerung vor Augen geführt werden, daß Unrecht im Namen Deutschlands geschehen sei und daß Eichmann dafür Mitverantwortung trage, wodurch sich das Recht Israels ergebe, diesen Mann vor Gericht zu stellen. Nicht die Frage der kollektiven Verantwortung, sondern die Verbrechen selbst standen im Mittelpunkt, wenn auch eingeräumt wurde, daß es das deutsche Volk gewesen sei, das Hitler an die Macht gebracht habe. Während es also im eigenen Land vor allem darum ging, die Bevölkerung behutsam über unbequeme Tatsachen aufzuklären, erforderte die Situation im Ausland genau das Gegenteil, nämlich die Versöhnungsleistungen der Bundesrepublik hervorzuheben, um den Ausbruch antideutscher Gefühle zu vermeiden. Während viele deutsche Bürger am liebsten einen Schlußstrich unter die belastende Geschichte gezogen hätten, weckte der Eichmannprozeß bei den Opfern der deutschen Besatzung und den Augenzeugen von NS-Greueln äußerst bittere Erinnerungen. Die westdeutschen Vertretungen im Ausland versuchten, die bisher gegen Kriegsverbrecher geführten Prozesse und die Hilfe für NS-Opfer in der Bundesrepublik hervorzuheben, um die gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel zu unterstreichen.[47] Das humanistische Antlitz der Nachkriegsdeutschen, die sich ihrer Vergangenheit gestellt und daraus gelernt hätten, sollte betont werden. Im Ausland standen sich

---

[43] Von Brentano an die deutschen Vertretungen im Ausland vom 21. 6. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 4; Vermerk über die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Eichmannprozeß vom Juni 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 4; Hille an den Bundesminister vom 9. 3. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 5.

[44] Die deutsche Botschaft in Washington an das AA vom 13. 3. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 4.

[45] Teddy Kolek an Shinnar vom 14. 3. 1961, ISA, 4318/5.

[46] Aufruf des „Bundes der Opfer des Faschismus" vom 21. 3. 1961, LBI, Nachlaß Kurt R. Grossman, box 23, file 1.

[47] Dr. Gawlik an die Botschaft in Mexiko vom 14. 3. 1961, PA, 708, 82.70, 92.19; Federer, New York, an das Bundespresseamt vom 15. 3. 1961, PA, 708, 82.70, 92.19; die Botschaft in Washington an das AA vom 15. 3. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 4; Blankenhorn, Paris, an das AA vom 10. 4. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 3.

Antisemitismus und Antigermanismus gegenüber. Die Aufgabe der westdeutschen Diplomatie war es, beide zu neutralisieren.

Während die Bundesregierung versuchte, Staat und die Gesellschaft im Ausland möglichst positiv darzustellen, nahm der Ostblock und besonders die DDR die Rolle des Störenfrieds ein. Die Entführung Eichmanns und der nachfolgende Prozeß waren für den weltweit geführten Propagandakrieg, an dem sich die kommunistischen Parteien und deren Mitläufer führend beteiligten, ein Geschenk des Himmels. Ein bevorzugtes Zielpublikum waren die über die Welt verstreuten jüdischen Gemeinden. Doch auch in Israel fiel die kommunistische Propaganda in diesem Zusammenhang angesichts der latenten Deutschfeindlichkeit und den im Prozeß zutage geförderten Greueln teilweise auf fruchtbaren Grund.

5. Die Debatte über Hans Globke im Rahmen des Eichmann-Prozesses

Im Mittelpunkt der östlichen Propaganda stand Hans Globke. Die Erwähnung verschiedener ehemaliger SS-Offiziere und prominenter Nationalsozialisten im Eichmannprozeß, besonders die Enthüllung der Tatsache, daß diese unbehelligt in der Bundesrepublik lebten, rückte Globke noch stärker ins Rampenlicht. Hans Globke, Staatsekretär im Bundeskanzleramt und enger Mitarbeiter des Kanzlers, hatte als Ministerialrat im Reichsinnenministerium Kommentare zu den sogenannten Nürnberger Gesetzen sowie verschiedene andere antijüdische Verordnungen verfaßt. Zudem wurde ihm die Beteiligung an der Verfolgung slowakischer und griechischer Juden vorgeworfen. Globke brachte zu seiner Verteidigung vor, er sei nie Mitglied der NSDAP gewesen und habe mit seinen Kommentaren versucht, die Auswirkungen der NS-Gesetzgebung für die Juden abzumildern. Ferner bestritt er jegliche Beteiligung an der Verfolgung von Juden im Ausland. Globke, ein fleißiger Beamter mit ausgezeichnetem Erinnerungsvermögen, genoß das volle Vertrauen des alternden Kanzlers, der dringend auf seine Dienste angewiesen war.[48]

Die nicht gerade ruhmreiche Vergangenheit sowie die neue Machtfülle und Nähe zum Bundeskanzler machten Globke zum vortrefflichen Ziel für Attacken der Linken. Im Verlaufe des Eichmannprozesses wurde der Fall Globke unverhältnismäßig aufgebauscht. Unter den gegebenen Bedingungen wurde er vom Kanzler und der Bundesregierung jedenfalls in Schutz genommen. Die israelische Regierung beschloß mit der Bundesregierung zu kooperieren, die ihrerseits fest entschlossen war, die Verwicklung Globkes in den Eichmannprozeß um jeden Preis zu vermeiden, weniger um seinetwillen, sondern aus staatspolitischen Erwägungen.

Die israelische Strategie im Eichmannprozeß schloß auch die Verteidigung Globkes mit ein. Irgendwann im Verlaufe der Vorbereitungen zum Prozeß wurde

[48] Der Staatssekretär Adenauers; Reinhardt, Der Fall Globke; Doktor Hans Globke; Globke und die Ausrottung der Juden.

die Entscheidung getroffen, das Verfahren nur auf Eichmann zu konzentrieren: Eichmann sollte als Inbegriff des Nationalsozialismus dargestellt und andere Themen gemieden werden. Mehrere Anhaltspunkte sprechen für Ben Gurions Teilnahme an den diesbezüglichen internen Besprechungen, deren Protokolle immer noch unter Verschluß gehalten werden.[49] Das lakonische Leitmotiv des bevorstehenden Gerichtsverfahrens lautete „Eichmann und das jüdische Volk". Alle anderen ehemaligen Nationalsozialisten waren somit von vornherein vom Verfahren ausgeschlossen. Gerechtfertigt wurde dies damit, daß diese entweder nicht mehr am Leben oder für die israelische Justiz unerreichbar waren bzw. sich weigerten, vor einem israelischen Gericht zu erscheinen. Versuche, deutsche Zeugen zur Aussage im Verfahren gegen Eichmann zu bewegen, scheiterten unter anderem an der Furcht der in Frage kommenden Zeugen, selbst verhaftet zu werden, trotz Immunitätsgarantien der israelischen Regierung. Unter diesen Umständen wäre die Beschäftigung mit Globke zwangsläufig eine unwillkommene Ablenkung gewesen. Die israelischen und westdeutschen Interessen stimmten in dieser Frage überein, und beide Regierungen sorgten gemeinsam dafür, Globkes Name vom Verfahren gegen Eichmann möglichst fernzuhalten.

Beim einzigen bisher gefundenen Dokument in dieser Angelegenheit handelt es sich offenbar um die Aufzeichnung eines diskreten Gesprächs zwischen Shinnar und einer oder mehrerer ungenannter Personen über G. (wahrscheinlich Globke), E. (Eichmann), Servatius, die Israelis und einen Geheimdienst, wobei aus dem Zusammenhang zu schließen ist, daß es sich dabei um den Bundesnachrichtendienst handelte. Globke war nicht anwesend, seine Teilnahme war aber offenbar erwartet worden. Die Gesprächsteilnehmer berieten darüber, wie die Hereinziehung von G. in den E.-Prozeß verhindert werden könne.[50] Dieses Ziel verfolgten auch der evangelische Theologie Heinrich Gruber, der in seiner Zeugenaussage im Eichmann-Prozess Globke positiv erwähnte,[51] und der Generalstaatsanwalt, von dem von Preuschen zu berichten wusste, dass er Globke gegenüber absolut loyal sei.[52]

In der hitzigen Debatte vom Frühjahr 1965 über die deutschen Waffenlieferungen an Israel behauptete der Chefredakteur des *Stern*, Henry Nannen, der Staat Israel habe sich dazu verpflichtet, nichts zu unternehmen, was dem Ansehen der Bundesrepublik schaden könne und daher darauf verzichtet, im Verfahren gegen Eichmann eine Aussage Globkes zu erzwingen. Dies seien die Bedingungen für

---

[49] Bericht v. Preuschens an das AA über die Besprechung mit Yachil vom 24. 5. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 6.

[50] Aufzeichnung über das Gespräch mit Dr. Shinnar in Zürich vom 2. 11. 1960, ISA, 4327/12; ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, S. 539.

[51] Von Preuschen an das Bundeskanzleramt vom 16. 5. 1961, PA, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 4; von Preuschen an das AA vom 16. 5. 1961, PA, 1038, Bd. II, 708, 82.70, 92.19.

[52] Von Preuschen an das AA vom 12. 5. 1961, PA, 1038, 708, 82.70, 92.19, Bd. 2. Hanna Yablonka behauptet in ihrer kürzlich erschienenen Arbeit über den Eichmannprozeß, daß es sich bei der Verständigung zwischen beiden Seiten in Sachen Globke um ein „Gentleman's Agreement" gehandelt habe. Irgendwelche anderen bundesdeutschen Gesten, wie zum Beispiel Waffenlieferungen, erwähnt sie nicht: YABLONKA, Israel gegen Eichmann, S. 65.

das Rüstungsgeschäft gewesen. Die Israel-Mission dementierte die Behauptungen.[53]

Nannens Darstellung überzeugt nicht. In einem israelischen Dokument vom 21. Februar 1965 wird darauf hingewiesen, daß die „Angelegenheit" (das Rüstungsgeschäft) 1962 zustande gekommen sei. Ben Gurion habe damals Peres zu Adenauer geschickt, der seinem israelischen Gast eine Zusicherung gegeben und Strauß schriftlich angewiesen habe, sein Möglichstes zur Umsetzung zu tun. Sämtliche Schritte seien Ausdruck „realistischer, sorgfältig abgewogener und vernünftiger deutscher Politik" gewesen. Selbstverständlich seien alle Aspekte der israelisch-deutschen Beziehungen behandelt worden, und die „Waffenlieferungen in beschränktem Umfang", so Strauß angeblich, hätten dazu beigetragen, gefährliche psychologische oder politische Folgen des Eichmann-Prozesses für die Bundesrepublik zu verhindern.[54] Während seines Besuchs in Jerusalem im Mai 1963 erwähnte Strauß in informellen Gesprächen eine Verständigung über Rüstungsgeschäfte.[55] Bei einem Meinungsaustausch mit dem Auswärtigen Amt im Januar 1965 rechtfertigte Strauß die Rüstungsgeschäfte mit Israel einmal mehr mit dem Eichmann-Prozeß: „Die Israelis haben extreme Hetze gegen uns verhindert (Globke)."[56]

Solange nicht das Gegenteil bewiesen werden kann, ist davon auszugehen, daß sich Jerusalem und Bonn irgendwie darauf verständigten, Globkes Verwicklung in den Eichmann-Prozeß zu verhindern. Loyalität war offenbar das Stichwort. Die israelische Seite hielt sich an die (ungeschriebene?) Abmachung, Globke aus dem Prozeß herauszuhalten, und wurde dafür von der deutschen Seite mit großzügigen Waffenlieferungen belohnt. Die israelische Strategie, sich auf Eichmann zu konzentrieren, andere, im öffentlichen Leben der Bundesrepublik stehende ehemals aktive Nationalsozialisten zu verschonen und die von der Sowjetunion als revanchistisch und reaktionär bezeichnete Personalpolitik der Bundesrepublik zu ignorieren, wurde in Bonn zwar mit Wohlwollen registriert, fand aber im Kreml kein Verständnis. Die Sowjetunion erwartete die Verurteilung weiterer Nationalsozialisten – und erhoffte sich davon propagandistische Vorteile. Das Verhältnis zwischen den Sowjets und den „unkooperativen" Israelis kühlte sich merklich ab. Der Kreml kritisierte das Verfahren und reagierte nicht auf die Gesuche der An-

---

53 Das israelische Außenministerium an die Außenstellen in Osteuropa vom 21. 2. 1965; Fernschreiben der Mission in Köln an das israelische Außenministerium vom 21. 2. 1965; Tavor, Köln, an die Westeuropaabteilung vom 23. 2. 1965, ISA, 3533/4. Dieser Bericht enthält den Wortlaut von Nannens Erklärung und das Dementi der Israel-Mission.

54 Mission in Köln an das israelische Außenministerium vom 21. 2. 1965, ISA, 3533/4. Das Dokument wird auszugsweise in verschiedenen deutschen Zeitschriften so zitiert, daß es die Meinung des jeweiligen Autors wiedergibt.

55 PPP-Informationsbrief vom 19. 2. 1965, AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Akte Nr. 468; WELT AM SONNTAG (Hamburg) vom 21. 2. 1965; BONNER RUNDSCHAU vom 26. 2. 1965. Dr. Hans Stercken, Mitglied der Delegation am Eichmannprozeß und später Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, bestreitet in einem Schreiben an den Autor vom 14. 12. 1995, daß es eine solche Verständigung gab: „Es hat keine ‚Verständigung' gegeben, da jedermann wußte, daß Globke nichts mit dem Fall Eichmann zu tun hatte."

56 AAPD, Bd. 1, Dok. 2, S. 9.

klage.[57] Die anderen Ostblockstaaten zeigten sich zwar hilfsbereiter, insgesamt war der Sowjetblock der israelischen Prozeßführung und folglich auch Israel gegenüber jedoch feindlich gesinnt.

Der Fall Globke hielt die Bundesregierung in einem Zustand der Dauerspannung. Man hatte weder Gewißheit über die Pläne von Servatius noch über Eichmanns Absichten oder über das Wissen der Zeugen. Einiges Kopfzerbrechen bereitete Bonn Globkes angebliche Beteiligung an der Deportation griechischer Juden, und bei der Ankunft des ungarisch-jüdischen Historikers Jenoe Levai (in der Bundesrepublik oder in Israel?) trat der Bundesnachrichtendienst in Aktion, da angenommen wurde, daß Levai ein Manuskript über Globke mit sich führte, über dessen Inhalt aber niemand Näheres wußte.[58] Die israelisch-deutsche Journalistin Inge Deutschkron bereitete dem Auswärtigen Amt viel Ungemach mit ihren unbequemen Fragen und Artikeln über Globke. Das größte Ärgernis war jedoch Kaul. Westdeutsche Journalisten versuchten, Kaul mit Gewalt zum Schweigen zu bringen. Seine Propaganda stand in direkter Konkurrenz zu westdeutschen Publikationen und Filmen. Von Preuschens Berichte offenbaren Besorgnis. Über jede Erwähnung Globkes im Prozeß wurde sofort nach Bonn berichtet. Der Umstand, daß die SS-Verantwortlichen für die Vernichtung des ungarischen Judentums unbehelligt in Freiheit lebten, und die Notwendigkeit ihrer Aussagen im Eichmann-Prozeß, veranlaßten von Preuschen zu reger Diplomatie. Die ungeschickten Auftritte von Servatius brachten die deutschen Journalisten in Verlegenheit. Der einzige Lichtblick waren die Aussagen der deutschen „Gerechten unter den Völkern".[59] Von Preuschen tat sein Bestes auf diplomatischer Ebene. Die schrecklichen Enthüllungen über den Holocaust und die Furcht vor entsprechenden Reaktionen der Öffentlichkeit prägten die Stimmung.

6. Die öffentliche Meinung

Die Entführung Eichmanns und der nachfolgende Prozeß wurde von arabischer Seite mit Sorge aufgenommen, die das für arabische Belange besonders sensibilisierte Auswärtige Amt umgehend zu beschwichtigen versuchte. Die Kairoer Zeitung *El-Ahram* übte als erste arabische Stimme scharfe Kritik an der Bundesregierung und beschuldigte sie, Eichmann billig an Israel verkauft zu haben.[60] Die

---

[57] Übersetzung des Zeitungsartikels „Prozeß oder Farce?" In: PRAWDA (Moskau) vom 28. 4. 1961, PA, 708, 82.70, 92.19; Kroll, Moskau, an das AA vom 28. 4. 1962; Übersetzung des Zeitungsartikels „Der Prozeß ist im Gange, aber...?" In: KOMSOMOLSKAJA PRAWDA vom 19. 5. 1961, PA, 708, 82.70, 92.19, Nr. 1038, Bd. 2; Die deutsche Botschaft in Moskau an das AA vom 28. 4. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 3.

[58] Levais Dokumente sollen auf dem Athener Flughafen unter mysteriösen Umständen verschwunden sein: Seelos, Athen, an das AA vom 4. 7. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. V, 30.6.61; L3, 80.00, 508/63, Bd. 5.

[59] Bezeichnung des Jerusalemer Yad Vashem-Holocaust-Gedenkinstituts für Personen, die im Zweiten Weltkrieg Juden vor der Vernichtung retteten: die Botschaft in Mexiko an das AA vom 2. 4. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 4.

[60] EL-AHRAM (Kairo) vom 27. 5. 1960.

Ägypter äußerten die Befürchtung, Israel könne den Prozeß gegen Eichmann dazu mißbrauchen, der Bundesrepublik „weitere Gelder abzupressen". Zudem stellten sie die israelischen Zahlen über den Holocaust in Frage und kritisierten die Verbreitung „proisraelischer Propaganda" durch die Bundesrepublik sowie Kauls Mission im Auftrag der DDR. Die Entführung Eichmanns bezeichneten die Ägypter als Akt der Piraterie und warfen der Bundesregierung vor, den Eichmannprozeß widerspruchslos hinzunehmen. Die libysche Reaktion offenbarte eine Mischung von Zorn und blankem Antijudaismus. Weitere zornige Reaktionen waren aus dem Irak, aus Saudi-Arabien und anderen arabische Staaten zu vernehmen. Einzig die libanesische Kritik klang relativ gemäßigt. Die Vertretungen der Bundesrepublik in arabischen Ländern berichteten über allgemeine Besorgnis und Unzufriedenheit angesichts des Eichmannprozesses in Israel und über wenig Verständnis für die gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

Die Entführung Eichmanns und der Prozeß gegen ihn beschäftigte die Weltöffentlichkeit und führte in mehreren Ländern zu einer kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Das britische Außenministerium leitete z.B. eine Untersuchung über umstrittene Kapitel der eigenen Geschichte ein. Eine der untersuchten Fragen war, weshalb Großbritannien nicht auf ein Angebot Eichmanns eingegangen war, ungarische Juden im Austausch gegen vom NS-Regime dringend benötigte Güter ausreisen zu lassen. Die britische Regierung fürchtete, Israel könne den Alliierten vorwerfen, die Juden Hitler preisgegeben zu haben, und traf entsprechende Vorkehrungen.[61]

Die vorhandenen Dokumente deuten darauf hin, daß die westdeutsche Gesellschaft den Eichmannprozeß als Last empfand. Der anfängliche Schock über die Entführung und die Eröffnungsphase des Prozesses wich später feindseligen Reaktionen, die man als Protest gegen das Aufrollen der Vergangenheit interpretieren könnte. Sehr verbreitet war eine Mischung aus Betroffenheit gepaart mit der Behauptung, nichts von den NS-Verbrechen gewußt zu haben. Um so tiefer saß dann der Schock angesichts der beim Prozeß zutage geförderten Greuel und führte diesmal zu Gesten der Reue, für die insbesondere die Kirchen verantwortlich waren, die ihre Gemeinden dazu aufriefen, der NS-Opfer zu gedenken und für sie zu beten.[62] Eichmanns Hinrichtung wurde negativ aufgenommen, was besonders auch damit zusammenhing, daß die Todesstrafe in der Bundesrepublik abgeschafft war und ein deutscher Bürger gehängt wurde.

Die Auswirkungen des Eichmannprozesses auf die israelische Gesellschaft waren besonders einschneidend. Die nach dem Krieg verbreitete Verachtung der wehrlosen Massen der jüdischen Diaspora, die sich „wie Schafe zur Schlachtbank trieben ließen", zusammen mit dem für die zionistische Hybris symptomatischen Ritual der Hochstilisierung des Widerstandes und der Verherrlichung des in Palä-

---

[61] BRAHAM, Politics of Genocide; Memorandum „What to do in the case of appearance of the Joel Brandt story" o.D., PRO, FO 371/151272, VR 1661/95; Ausarbeitung „The story of Alois Steiger" vom 20. 12. 1960, PRO, FO 371/151272, VR 1661/97; die britische Botschaft in Den Haag an die Nahostabteilung vom 31. 12. 1960, PRO FO 371/159104.

[62] Vogel an das Bundeskanzleramt und das Bundespresseamt vom 21./22. 6. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 7.

stina geborenen „neuen jüdischen Menschen" fand ein jähes Ende, als der Eichmannprozeß die wahren Ausmaße der Katastrophe zutage förderte. Zum ersten Mal wurde der breiten Öffentlichkeit das Leid, die unbeschreibliche Angst und die Einsamkeit der Verfolgten konkret vor Augen geführt. Nach dem Eichmannprozeß etablierte sich der Holocaust als integraler Bestandteil des nationalen Ethos und des jüdischen Selbstverständnisses der Israelis. Der Prozeß hatte zudem auch langfristige Auswirkungen auf die Diaspora und führte das jüdische Schicksal einer breiten Öffentlichkeit vor Augen.

Schwer zu beurteilen sind die Auswirkungen des Eichmann-Prozesses auf die Einstellung der israelischen Gesellschaft gegenüber Deutschland. Manchmal gewinnt man den Eindruck, daß die beiderseitigen gesellschaftlichen Beziehungen nach dem Eichmann-Prozeß eine Wende zum Besseren genommen haben. Beobachter im Auswärtigen Amt meinten, die Israelis hätten gelernt, zwischen Nationalsozialisten und dem deutschen Volk zu unterscheiden.[63] Diese Ansicht ist mit Vorsicht zu genießen. Wie sich zeigte, kamen die tiefsitzenden antideutschen Gefühle bei jeder ernsthaften Krise neu zum Vorschein. Der Eichmannprozeß führte den sonst fast ausschließlich mit dem Überleben des jungen Staates und dem persönlichen Wohlbefinden beschäftigten Israelis die tiefere Bedeutung ihrer jüngsten Vergangenheit und des gemeinsamen Erbes vor Augen. Insofern vertiefte der Eichmannprozeß den Graben zwischen den beiden Völkern.[64]

In den USA stationierte westdeutsche Diplomaten beurteilten die Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit und besonders auch des jüdisch-amerikanischen Publikums als weniger negativ wie ursprünglich befürchtet. Verschiedene innen- und außenpolitische Entwicklungen verdrängten den Eichmannprozeß rasch aus den Schlagzeilen. Sehr unterschiedlich waren die Berichte aus Großbritannien, Skandinavien, Frankreich, Italien und Mexiko. Während die einen eine antideutsche Stimmung oder zumindest kühle Distanz zu Deutschland und gleichzeitig fehlendes Verständnis für Israel feststellen, lassen andere auf Unterstützung für Israel und eine kritische Haltung zur Bundesrepublik schließen.[65] Aus einigen Ländern wurde kommentarlos berichtet. Die osteuropäische Presse hielt sich an die jeweilige Parteilinie und verwies auf die Genugtuung der jüdischen Seite über die strafrechtliche Verfolgung Eichmanns. Nur die ostdeutschen Zeitungen behandelten Eichmann, als wäre er Bürger irgendeines fernen Staates und völlig losgelöst vom deutschen Kontext. Gemäß der ostdeutschen Position gab es den Nationalsozialismus nur noch in der Bundesrepublik. Adolf Eichmann war demnach ein westdeutscher NS-Verbrecher.[66]

Adenauer verfolgte den Eichmannprozeß sehr aufmerksam. Er wandte sich zweimal direkt an die Öffentlichkeit, sprach einmal vor dem Bundestag und gab

---

[63] Gawlik an die deutschen Vertretungen im Ausland vom 30. 9. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 4.

[64] SHAHAM, Israel, S. 205.

[65] HAARETZ (Tel Aviv) vom 30. 7. 1961 und vom 15.–18. 12. 1961; DAWAR (Tel Aviv) vom 15.–18. 12. 1961; von Etzdorf, London, an das AA vom 16. 11. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 5; die Botschaft in Washington an das AA vom 15. 3. 1961, PA, L3, 80.00, 508/63, Bd. 5.

[66] TIMM, Hammer, S. 158–162.

mehrere Erklärungen ab.[67] Damit wollte der Kanzler die Öffentlichkeit überzeugen, daß Eichmann ein fairer Prozeß gemacht werde und daß der Staat Israel das Recht habe, den Mann vor Gericht zu stellen. Ein öffentlicher Appell Adenauers an Ben Gurion brachte aber auch Befürchtungen zum Ausdruck: Der Prozeß werde das „Urteil über uns Deutsche überhaupt" beeinflussen.[68] Adenauer sorgte sich offensichtlich um den guten Ruf seines Volkes. Im Hinblick auf eine weitere Reise in die USA wies der Kanzler auf die Notwendigkeit gründlicher Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Land hin.[69] Auch Adenauer hätte am liebsten einen Schlußstrich unter die Kriegsverbrecherprozesse gezogen: „Dieser Eichmann-Prozeß hat uns ganz gewaltig geschadet, auch wenn es die Menschen nicht so hinausschreien."[70] Für Ben Gurion lag die besondere Bedeutung des Prozesses an seinen erzieherischen Aspekten. Als überzeugter Zionist machte er das Exil bzw. die Diaspora für die Tragödie des jüdischen Volkes verantwortlich.[71] Er beschuldigte zudem die Nationalsozialisten, nicht die Deutschen, und wandte sich gegen Rassentheorien oder den Antisemitismus.

7. Das Urteil

Das Todesurteil gegen Eichmann wurde am 15. Dezember 1961 gefällt und am 31. Mai 1962 vom Obersten Gerichtshof bestätigt. Servatius reichte ein Gnadengesuch bei Staatspräsident Yitzchak Ben Zwi ein und löste damit eine neue Kontroverse aus. Eine kleine aber ausgesuchte Minderheit, die sich aus den angesehensten Vertretern der intellektuellen und akademischen Elite Israels zusammensetzte, unterstützte das Gesuch aus moralischen und emotionalen Gründen. In einem Brief an Ben Gurion betonten Martin Buber, Gerschom Scholem, Shmuel Hugo Bergmann und andere, daß Eichmann zwar keine Gnade verdiene, die Hinrichtung den Prozeß jedoch entwerte, seine historische und moralische Dimension verzerre und die Bedeutung des Holocaust dadurch zurückgestuft werde. Die Feinde des jüdischen Volkes seien an der Hinrichtung Eichmanns interessiert, da sie sich dann zur Behauptung berechtigt fühlten, die Sünden der Nationalsozialisten seien gesühnt und Blut mit Blut vergolten, schrieben die Gelehrten und fügten hinzu, daß der Vorstellung, wonach der Mord an sechs Millionen Menschen durch das Hängen eines einzigen Unmenschen gesühnt werden könne, kein Vorschub zu leisten sei.[72]

---

[67] Meroz an Meir vom 14. 6. 1960, ISA, 4311/6; Hille an den Bundesminister vom 9. 3. 1961, PA, L3, 80.00, 508/61, Bd. 4; von Brentano an Adenauer vom 10. 3. 1961, BArch, N 1239, Bd. 158, Nr. 179; YEDIOTH ACHRONOTH (Tel Aviv) vom 14. 4. 1961.

[68] DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 123.

[69] MENDE, Die neue Freiheit, S. 466–467.

[70] ADENAUER, Teegespräche 1961–1963, S. 146; AAPD, Bd. 1, S. 595.

[71] Israel Galili an Ben Gurion vom 25. 5. 1960, Ben Gurion an Israel Galili vom 26. 5. 1960, BGA, Correspondence File.

[72] Martin Buber u. a. an Ben Gurion vom 26. 2. 1962, The National and University Library, Jerusalem, Martin Buber Collection, item no. 630.

Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung unterstützte dagegen die Hinrichtung mit Berufung auf historische Gerechtigkeit, Vergeltung und Rache, aber auch deshalb, um ein Zeichen für die Zukunft zu setzen. Der Leitspruch „Es gibt ein Gesetz und es gibt einen Richter" in Anlehnung an das Talmudzitat „es gibt weder Gesetz noch Richter" brachte die herrschende Stimmung treffend zum Ausdruck. Ein Volk, das über Jahrhunderte verfolgt wurde, nur weil es auf seine Art zu Gott beten wollte, an seinen eigenen Bräuchen festhielt und deshalb Neid und Fremdenfeindlichkeit hervorrief, sah die Stunde gekommen, endlich mit einem seiner Todfeinde abzurechnen. Eine Mischung aus Reue, Stolz, Kummer, Wut, Mitleid, Erinnerung und Erbarmen prägte das Verlangen des israelischen Normalbürgers, Eichmann am Strang zu sehen. Das mag nicht sehr edel gewesen sein, doch es zeugte vom langen Leidensweg des jüdischen Volkes. Der Staatspräsident lehnte das Gnadengesuch ab und antwortete mit folgendem Bibelzitat: „Wie dein Schwert Weiber kinderlos macht, so werde unter den Weibern auch deine Mutter kinderlos."[73] Eichmann wurde am 31. Mai 1962 gehängt, die Leiche auf einem Torpedoboot der israelischen Armee auf See kremiert und die Asche außerhalb der israelischen Territorialgewässer ins Meer gestreut. Buber, der das Todesurteil nach dessen Vollstreckung weiter kritisierte, wurde Opfer einer Hetzkampagne der rechtsgerichteten Cherut-Partei.[74]

Der Eichmann-Prozeß war eine traumatische Erfahrung, sowohl für Israel als auch für die Bundesrepublik. Er vergegenwärtigte die Vergangenheit und konfrontierte die Menschen mit unbequemen Fragen. In Israel offenbarte er eine unbekannte Realität, und in beiden Ländern löste er alte Mythen durch neue ab. Der deutschen Bevölkerung diente der Eichmannprozeß als kollektiver Spiegel. Österreich, Hitlers Geburtsland und Heimat von Eichmann, Globocznik, Nowak und anderer SS-Führer, fühlte sich nicht angesprochen und nicht veranlaßt, irgendwelche historische Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ein interessantes Zwischenspiel in den deutsch-israelischen Beziehungen ist das Kapitel von Preuschen. Der Wiesbadener Rechtsanwalt reiste während des Eichmannprozesses regelmäßig nach Wiesbaden zu seinem privaten Anwaltsbüro und erstattete dabei auch seinem Freund von Brentano Bericht. Bei diesen Zusammenkünften entstand die Idee, die deutsche Beobachterdelegation in eine der Israel-Mission in Köln entsprechende offizielle westdeutsche Dienststelle in Israel „übergleiten" zu lassen. Von Preuschen stellte keine nennenswerten Einwände gegen diese Idee fest.[75]

Doch die israelische Seite war in Wirklichkeit weniger enthusiastisch. Nachdem diese Idee in den Jahren 1955/56 erwogen und schließlich verworfen wurde, war man nun nicht mehr bereit, sich mit weniger als mit einem Austausch von Bot-

---

[73] Samuel, 1. Buch, 15, 33. Die Amalekiter galten als Erzfeinde der Israeliten auf ihrer Wanderung durch die Wüste. Die Nazis wurden von den Israelis mit den Amalekitern verglichen.

[74] NEW YORK TIMES vom 5. 6. 1962; CHERUT (Tel Aviv) vom 22.–27. 12. 1961 und 31. 5. 1962; HAARETZ (Tel Aviv) vom 27. 12. 1961.

[75] Varon an Shinnar vom 25. 5. 1961; Varon an Bendor vom 16. 6. 1961; der Leiter der Westeuropaabteilung an den Generaldirektor vom 18. 7. 1961, ISA, 3309/13.

schaftern zufriedenzugeben. Shinnar war skeptisch. Gemäß seiner Einschätzung war das Auswärtige Amt aus Rücksicht auf die Araber und die Hallsteindoktrin weder bereit, von Preuschens Vorstoß zu akzeptieren noch ihn als Kandidaten für den entsprechenden Posten zu erwägen.[76] Eine wenig überzeugende These vertritt der Historiker Rainer A. Blasius mit Berufung auf Dokumente aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts: Danach soll das israelische Außenministerium der Idee der Errichtung einer westdeutschen Dienststelle im Land positiv gegenübergestanden und der Beobachterdelegation Anfang Juni 1961 das Angebot gemacht haben, nach dem Eichmannprozeß in Israel zu bleiben.[77] Dies sei vom Auswärtigen Amt und von Brentano übereinstimmend abgelehnt und als „Normalisierung über die Hintertreppe" bezeichnet worden sein.[78] Das Auswärtige Amt soll erwogen haben, so Blasius weiter, nach Ablauf des Abkommens, irgendwo in Israel außerhalb von Jerusalem eine deutsche Handelsmission mit konsularischen Vollmachten zu errichten. Dem widerspricht die bereits im Zusammenhang mit der Politik Golda Meirs erwähnte israelische Maxime „Alles oder Nichts". Die Dokumente des israelischen Außenministeriums lassen jedenfalls nicht auf eine Änderung dieser Politik schließen.

Zweifellos erwog die israelische Regierung, von der mißlichen politischen Lage der Bundesregierung zu profitieren, wie dies auch bezüglich der Swastikawelle geschehen war. Yachil traf sich mit von Preuschen zum Gespräch über laufende bilaterale Fragen und versuchte die Delegation als Vehikel zur Übermittlung von Vorschlägen an das Auswärtige Amt zu benutzen. Doch das einzige greifbare Resultat der beiderseitigen Kontakte war offenbar die hinter dem Rücken des Auswärtigen Amtes erzielte Verständigung im Rüstungsbereich. Gemäß der Politik des Auswärtigen Amtes sollte die Lösung ausstehender Fragen während des Prozesses vermieden werden.[79] Alles in allem gewinnt man den Eindruck, daß das israelische Verfahren gegen Eichmann die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik vertieft, die Verständigung gefestigt und das gegenseitige Vertrauen in heiklen Fragen gefördert hat. Zweifellos hat der Eichmannprozeß das Denken und Handeln beider Staaten geprägt.

---

[76] Die Suche im PA nach Preuschens Vorschlag ergab keine Resultate. Dr. Stercken bemerkte dazu in einem Schreiben an den Autor vom 14. 12. 1995: „Bundesaußenminister von Brentano erwog die Idee, schließlich eine der israelischen Mission in Deutschland (sic!) entsprechende Vertretung in Israel zu errichten, aus anderen Gründen. Zudem handelte es sich weder um einen offiziellen Vorstoß, noch war die deutsche Delegation in Israel für diese Angelegenheit zuständig."

[77] BLASIUS, Geschäftsfreundschaft, S. 159.

[78] Ebd.

[79] Shinnar an Ben Gurion über den von Adenauer versprochenen Kredit vom 20. 5. 1961; Shinnar an Yachil vom 26. 5. 1961, ISA, 4316/5; Varon an die israelische Botschaft in Stockholm über den deutschen Botschafter Werkmeister und seine NS-Vergangenheit vom 16. 7. 1961; Varon an Bendor betr. Werkmeister vom 16. 7. 1961, ISA 3309/11.

XI. Deutschland, die Araber und Israel

Die arabischen Staaten versuchten, die westdeutsche Außenpolitik von Anfang an auf allen möglichen Wegen zu beeinflussen. Als die Bundesrepublik 1955 erstmals eine unabhängige Außenpolitik führen konnte, unterhielt sie bereits Beziehungen zu fast allen arabischen Staaten, außer Saudi-Arabien. Die arabischen Staaten bildeten einen Block mit beträchtlichem politischen, wirtschaftlichen und territorialen Gewicht. Für die Bundesrepublik war die arabische Welt wegen ihrer zahlenmäßigen Stärke in der UNO, als wichtige Komponente des islamischen Blocks und als Teil der Blockfreien von besonderer Bedeutung. Bonn war in jedem internationalen Forum auf den guten Willen der Araber angewiesen, vor allem aber bei Verhandlungen und Abstimmungen über deutsch-deutsche Angelegenheiten in der UNO. Damit verglichen war die einzelne Stimme Israels fast bedeutungslos. Sowohl der Westen als auch der Osten warben um die Gunst der Araber, und die Bundesrepublik mit ihren besonderen Interessen, ständig im außenpolitischen Wettstreit mit der DDR gelegen und latenter Feindseligkeit des Ostens ausgesetzt, suchte unter den arabischen Staaten nach möglichen Bündnispartnern. Die arabische Welt stellte Israel sowohl politisch als auch als Markt mit enormem Zukunftspotential in den Schatten. Den strategischen Vorteilen einer Allianz zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten sowie deren Eigenschaft als führende Erdölexporteure hatte Israel insbesondere auch angesichts der zunehmenden westdeutschen Abhängigkeit von nahöstlichen Energiequellen nichts entgegenzusetzen und hatte auch deshalb im Wettstreit mit den Arabern um Bonns Gunst einen schweren Stand.

Die Israelis wurden nicht müde, ihre westdeutschen Kollegen an die „Lektion des Luxemburger Abkommens" zu erinnern, als die Bundesrepublik die arabischen Staaten zum Nachgeben gezwungen hatte. Auch die Araber hatten diese Niederlage nicht vergessen. Dennoch versuchten sie die Bundesregierung wiederholt von der Notwendigkeit zu überzeugen, das Abkommen aufzukündigen oder die Lieferbeschränkungen nach dem Vorbild des westlichen Embargos gegen die Sowjetunion zu verschärfen. Eine solche Anpassung hätte einen Lieferstopp für Stahl, Fabrikmaschinen und andere Güter mit strategischem Potential bedeutet.[1] Der arabische Druck bezweckte zudem, Kontrolle über die Auswahl der im Rahmen des Schilumimprogramms nach Israel ausgeführten Güter zu erlangen, Änderungen in den Güterlisten zu erwirken, dafür zu sorgen, daß der Gesamtumfang der Bestellungen die Aufnahmekapazität Israels nicht überschreitet, und andere

[1] Vermerk des Ref. 308 über das Gespräch zwischen dem Syrischen Botschafter Fara mit v. Welck vom 30. 10. 1954; Vermerk des Ref. 308 über die Einwendungen des syrischen Vertreters Hamui, stellvertretend für alle arabischen Vertretungen vom 23. 11. 1954, PA, 210.01/E, Bd. 8.

einschränkende Vorkehrungen zu erreichen, die eine zumindest partielle arabische Kontrolle des Schilumimgüterflusses garantieren würden.[2]

Das Auswärtige Amt wies die arabischen Proteste zurück, verlangte Beweise für die Behauptungen der arabischen Seite und protestierte gegen die „Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines befreundeten Staates".[3] Trotzdem gingen die arabischen Proteste während des ganzen hier behandelten Zeitabschnitts weiter, zum Ärger aller Beteiligten und besonders der deutschen Vertreter, die oft bis zum Überdruß mit immer denselben Klagen konfrontiert wurden. Die in diesen Protesten zum Ausdruck gebrachte Bitterkeit und Enttäuschung blieb jedoch nicht ohne Wirkung auf die westdeutsche Diplomatie. Sie führte zu mehr Vorsicht bei der Zusammenstellung der Güterlisten, um späteren Protesten vorzubeugen, und zu Ermahnungen der Israelis, die Abmachungen genauer einzuhalten.

1. Arabische Boykottmaßnahmen

Der Kampf gegen die Schilumim war Teil des arabischen Wirtschaftsboykotts gegen Israel. Mit Boykottdrohungen versuchten die Araber, deutsche Firmen zu zwingen, israelische Bestellungen abzulehnen und Schilumimgüterlieferungen abzubrechen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte der arabische Wirtschaftsboykott dem Kampf gegen den geheimen Güteraustausch zwischen Israel und arabischen Ländern. Handelsfirmen mußten anhand von Einfuhrpapieren beweisen, daß die Ware nicht aus Israel stammte.[4] Telefunken, Siemens, M.A.N. und andere deutsche Firmen bekamen den arabischen Boykott direkt zu spüren. Erfolgreich war er vor allem bei Firmen mit Handelsbeziehungen mit arabischen Ländern oder mit einschlägigem ideologischem Hintergrund. Der arabische Wirtschaftsboykott bewirkte eine Spaltung des Marktes zwischen Firmen, die für Israel produzierten und keine arabischen Bestellungen erhielten und umgekehrt. Israel mied Firmen mit ausgeprägter NS-Vergangenheit und solche, die im Ruf standen, ehemalige Zwangsarbeiter schlecht behandelt zu haben.[5] Mit allzu vorbelasteten Firmen wollte man keine Geschäfte machen.[6] Deutsche Firmen, die den Handel mit Israel mieden, wurden von den Arabern bevorzugt und von Israel wiederum mit Sanktionen belegt.[7] Oft handelte es sich dabei um Firmen, die den Arabern aus

---

2 Das Politische Archiv ist voll von Eingaben arabischer Staaten.

3 Im Verlauf des Jahres 1954 reichten arabische Diplomaten im Auswärtigen Amt rund 25 Proteste ein: Notiz vom 7. 7. 1954; Vermerk von Dr. Josef Trütschler vom 29. 9. 1954; Mirrbach, Kairo, an das AA vom 29. 9. 1954; Dr. Frowein an Trütschler vom 5. 10. 1954; Aufzeichnung von Welcks vom 20. 10. 1954; Vermerk von Ref. 308 vom 23. 11. 1954, PA, 210–01/E, Bd. 8.

4 Bericht vom 16. 2. 1954, Nahum Shamir Private Papers.

5 Werner, Damaskus, an das AA vom 7. 8. 1961, PA, 1043, 708, 83.00, 92.19.

6 Shamir bestätigte, daß die Schilumimgesellschaft mit dem israelischen Geheimdienst zusammenarbeitete, der wiederum Forscher des Holocaust-Forschungs- und Gedenkinstituts Yad Vashem konsultierte: Nahum Shamir Private Papers.

7 Vermerk von Schirmer vom 6. 12. 1963, PA, B36, Nr. 42, 82.00, 92.19.

„ideologischen" Gründen den Vorzug gaben, d.h. nicht an Juden verkaufen wollten. Es kam auch zu Versuchen, langjährige ausländische Handelspartner zum Boykott gegen Israel zu zwingen.[8] Einer dieser Versuche, gegenüber deutschen Werften, scheiterte kläglich.[9] Der Zustand der Werften in Hamburg, Bremen und Kiel war so schlecht, daß sich sogar die kommunistischen Werftarbeiter weigerten, den israelischen Bestellungen nicht nachzukommen.

Aus arabischer Perspektive war der Ausbau der israelischen Handelsflotte ein harter Schlag für die Wirtschaftsblockade gegen Israel. Unter dem Vorwand des Kriegszustandes mit dem jüdischen Staat erklärten die arabischen Staaten Fracht von und nach Israel als zu beschlagnahmende Konterbande. Dies führte zur Konfiszierung der Fracht auch deutscher Schiffe im Suezkanal. Während israelische Proteste offiziell zurückgewiesen wurden, räumte die deutsche Diplomatie in der internen Korrespondenz Fehler ein. Die Bundesrepublik erklärte sich in diesem Konflikt als neutral.[10]

Das Auswärtige Amt registrierte die verschiedenen Verstöße deutscher Firmen gegen den arabischen Boykott und erklärte, diese handelten auf eigene Verantwortung. Man war zwar bereit, Firmen vor Handelsbeziehungen mit Israel zu warnen, aber nicht auf Druck des arabischen Boykottbüros. Auch weigerte sich das Auswärtige Amt, dem arabischen Boykottbüro Listen von Firmen mit Handelsbeziehungen zu Israel zu übergeben.[11] Weniger couragiert reagierte die westdeutsche Diplomatie dagegen, als sie von Industriellen, die von irakischen Diplomaten schriftliche und mündliche Drohungen erhalten hatten, zum Eingreifen aufgefordert wurden, wie etwa im Schreiben des Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Hütten- und Bergwerke Rheinhausen Berthold Beitz, an das Auswärtige Amt. Darin regte Beitz an, „die Tätigkeit des arabischen Boykottbüros [...] durch das Auswärtige Amt" zu untersuchen, mit dem Ziel, derartige Eingriffe in die geschäftliche Tätigkeit „deutscher Gesellschaften in Zukunft zu verhindern".[12] Das Referat Wirtschaftsbeziehungen zum Nahen Osten und zu Nordafrika wies die Klage von Beitz mit der Begründung zurück, der arabische Boykott richte sich gleichmäßig gegen alle, und jede Firma müsse selbst entscheiden, ob sie mit Israel Handel treiben wolle oder nicht.[13] Das Referat meinte, größere Firmen hätten die Möglichkeit, den arabischen Boykott zu umgehen. Da die Araber argumentierten, daß man sich mit Israel im Kriegszustand befinde und die Schuld dafür dem jüdischen Staat zugeschoben wurde, sei die Bundesrepublik, so das Referat, gut bera-

---

[8] Die Botschaft in Beirut an das AA vom 6. 1. 1954, PA, 210.01/E.

[9] Zum Stapellauf der ersten Schiffe für Israel in deutschen Werften, der „Dagan", „Yehuda" und „Tapuz" und „Israel", das das erste Passagierschiff aus deutscher Produktion nach dem Zweiten Weltkrieg war: Shinnar an Eytan vom 1. 9. 1954; Kenan an Eytan vom 4. 11. 1954; Shinnar an Najar vom 8. 3. 1955, ISA, 2418/1.

[10] Interne Korrespondenz des AA vom 21.–27. 7., vom 17.–18. 8. und vom 2. 12. 1959, PA 708, 81.10/0, 92.19.

[11] Vermerk von v. Welck über ein Treffen mit dem irakischen Botschafter Saifulla Khandra vom 20. 5. 1954; Treutschler an Blankenhorn vom 9. 10. 1953, PA, 210.01/E, Bd. 8.

[12] Beitz, Essen, an Schneider vom 11. 6. 1963, PA, B36, Bd. 114, IB4, 82.03–92.17.

[13] Vermerk von v. Keiser, Referat IB4, vom 28. 6. 1963, PA, B36, Bd. 114, IB4, 82.03–92.17.

ten, weiter an ihrer Neutralität festzuhalten und es grundsätzlich zu „vermeiden, zu diesen schwierigen Rechtsfragen Stellung zu nehmen".[14]

Die Bundesregierung stand den Problemen des Boykotts nicht gleichgültig gegenüber. Die verschiedenen Abteilungen des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vertraten jedoch unterschiedliche Standpunkte. Offiziell beharrte die Bundesrepublik auf Neutralität im Nahostkonflikt, auch in Wirtschaftsfragen, einschließlich des arabischen Boykotts. Einige Ämter standen Israel jedoch positiver gegenüber als andere. Auch der Druck der Wirtschaftsvertreter auf die verschiedenen Regierungsämter war nicht gleich stark. Der Boykott und die damit verbundenen Komplikationen wurden von der westdeutschen Beamtenschaft im allgemeinen als lästig empfunden, doch nicht alle Beamten zogen daraus dieselben Schlüsse. Während die einen sich veranlaßt fühlten, die deutschen Interessen sowohl gegen die Israelis als auch gegen die Araber zu verteidigen, schätzten andere die Risiken des arabischen Wirtschaftsboykotts für die westdeutsche Wirtschaft als so groß ein, daß es sich ihres Erachtens nicht lohnte, dagegen anzukämpfen.[15] Bei einigen Beamten diente die Neutralität als Vorwand für israelfeindliches Verhalten. Andere Beamte gelangten zur Einsicht, daß strikte Neutralität den Arabern in die Hände spiele.[16]

Ob feindselig oder „neutral", beide Haltungen wurden von den Israelis als schädlich für ihre legitimen Interessen eingestuft. Der arabische Hinweis auf den Kriegszustand konnte durch ein Friedensangebot an die arabische Adresse zurückgewiesen werden. Der Boykott sei ein weiteres Zeichen blinder arabischer Feindseligkeit. Er widerspreche dem Buchstaben und dem Geist der Waffenstillstandsabkommen zwischen beiden Seiten und sei somit ein weiteres Hindernis zum Frieden. Der arabische Boykott, so die Israelis, schade Israel wirtschaftlich, und Neutralität sei folglich gleichbedeutend mit Unterstützung der arabischen Seite. Freihandel komme allen Parteien zugute, der Boykott dagegen behindere das freie Spiel der internationalen Märkte. Insbesondere schade er auch der Wirtschaft der arabischen Staaten, bremse das wirtschaftliche Wachstum und die Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards in den arabischen Ländern. Westdeutschen Vertretern, die hartnäckig an ihrem Standpunkt festhielten, wurde Voreingenommenheit vorgeworfen. Einmal mehr spielten irrationale Erwartungen mit: Die Israelis erwarteten von der deutschen Seite, die Interessen Israels zu verteidigen oder ihnen zumindest mit Verständnis zu begegnen. Daß die westdeutsche Wirtschaft auch eigene Interessen verfolgte, die nicht unbedingt mit den israelischen Interessen übereinstimmten, stieß in Israel kaum auf Verständnis, obwohl natürlich nicht jede deutsche Handlung a priori antiisraelisch war oder israe-

---

[14] Vermerk des Ref. IB4 vom 20. 6. 1963, PA, B36, Bd. 114, IB4, 82.03–92.17.

[15] Zum Zögern der Firma Krupp gegenüber israelischen Bestellungen aus Rücksicht auf das Geschäft in arabischen Ländern und zum Zögern der Firma Mannesmann hinsichtlich der Beteiligung am Aufbau einer Stahlindustrie in Israel: Aufzeichnung vom 19. 6. 1953, PA, 201–01/E, 92.19; Palgi an die Minister für Finanzen und Handel und Industrie vom 6. 6. 1957, ISA, 579/4.

[16] Aufzeichnung vom 8. 8. 1960, PA, 1032, 708, 82.50, 92.19; Shinnar an Carstens vom 27. 5. 1963; ACDP, I-200–006/N, Handelskammer Hamburg an Bundeswirtschaftsminister Kurt Schicker vom 15. 1. 1965, PA, B36, Nr. 193, 184, 83.00–92.19.

lische Interessen bewußt verletzte. Der arabische Boykott führte wie erwartet zu einer Verschärfung der deutsch-israelischen Spannungen und stellte sich dabei als effektives Instrument gegen Israel heraus.

Die Araber versuchten, deutsche Finanzhilfe für Israel zu behindern oder ganz zu unterbinden. Dabei gingen sie davon aus, daß ohne deutsche Güterlieferungen, zu Geld umgewandelte Güter und direkte Finanzhilfe die israelische Wirtschaft nicht lebensfähig sei. Arabische Diplomaten forderten die Streichung oder Änderung bestimmter Artikel des Luxemburger Abkommens, um die Gewährung zusätzlicher Finanzhilfe zu verhindern. Öffentliche und private Kredite, aber auch geplante Umwandlungen von Güterlieferungen in Bargeld, langfristige Finanzhilfe und die auf der Grundlage der verschiedenen Opferkategorien – darunter auch Israelis – zugesprochene individuelle Entschädigung wurden von arabischer Seite aufs heftigste kritisiert. Jeder Pressebericht über deutsch-israelische Finanzverhandlungen löste umgehend eine arabische Protestwelle aus. Dabei spielte es keine Rolle, über welche Art von Kredit verhandelt wurde oder ob es gar nur um eine Hermes-Ausfuhrdeckung ging.[17] Solche Proteste erzeugten oft Spannungen und führten nicht selten zur Annullierung bereits getroffener Vereinbarungen.[18] Absatz 4b des Schilumimabkommens sah die Möglichkeit vor, Jahreskontingente in Barzahlungen umzuwandeln, etwa auf der Grundlage von ausländischen Anleihen an die Bundesrepublik. Doch die deutsche Seite war aus Furcht vor arabischen Reaktionen nicht bereit, diesen Paragraphen umzusetzen.[19] Daran konnten auch israelische Bemühungen um eine solche Anleihe nichts ändern. Der langfristige Kredit, den Adenauer Ben Gurion beim Waldorf Astoria-Gipfel versprochen haben soll, verfing sich in der Furcht vor arabischen Protesten.

Das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) mißfiel den Regierungen der arabischen Staaten besonders. Während einige arabische Staaten nicht in der Lage waren, zwischen dem BEG und dem Schilumimabkommen zu unterscheiden und das Gesetz schlicht als Schilumimergänzung betrachteten, fühlten sich auch jene Staaten zu Protesten veranlaßt, die sich des Unterschieds bewußt waren. Die Entschädigungszahlungen stärkten die israelische Wirtschaft zum Nachteil der Araber, hieß es. Das Geld könne zum Kauf von Waffen verwendet werden und versorge Israel mit Fremdwährung, meinten arabische Vertreter und erinnerten

---

[17] Verbalnote als Antwort auf die irakische Note vom 18. 7. 1959, PA, 708, 81.00–81.38, 92.19; Aufzeichnung vom 23. 8. 1954, PA, 708, 300.01/35, 92.19; Mublenhöver an das Referat 308 vom 27. 9. 1954; Aufzeichnung über ein Treffen zwischen Hallstein und Saifullah Khandan vom 9. 10. 1954, PA, 708, 210.01/E, Bd. 8; Shinnar an den Finanzminister vom 2. 6. 1954, CZA, Z 6/888.

[18] Vgl. die Einwände des AA und der Bank deutscher Länder gegen einen Kredit aufgrund kollektiver Proteste der arabischen Staaten: Fernschreiben Shinnars an den Finanzminister vom 26. 8. 1954, ISA, 572/7b.

[19] Aufzeichnung Welcks an den Staatssekretär und den Bundesminister vom 20. 1. 1958, PA, 708, 82.04, 82.19; Vermerk Harkort 1. 2. 1958, PA, 708, 82.04, 92.19; Dr. Frowein an Dr. Federer vom 10. 2. 1958, PA, 708, 82.04, 92.19; Akte „Policy toward the Near East, National Security Council, Long Range U.S. Policy toward the Near East", Eisenhower Library, White House Office, Box 32, OSANSA, NSC; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante, London, vom 2. 9. 1958, PRO, FO 371/134275, VR 10318/6; SPIEGEL, The other Arab-Israeli conflict, S. 91–92.

daran, daß israelische Flüchtlinge Anspruch auf Entschädigung hätten, während die arabischen Flüchtlinge weiter in Elend lebten. Die Araber hätten nichts gegen die Entschädigung von NS-Opfern einzuwenden, doch die Israelis täten in Wirklichkeit nicht anderes, als der Bundesrepublik Geld abzupressen. Die Entgegnung der Bundesregierung, wonach das Recht auf Entschädigung für alle NS-Opfer gelte und nur ein Bruchteil der überlebenden Opfer sich in Israel niedergelassen hätte, beeindruckte die arabischen Kritiker kaum. Der Nachtrag zum BEG löste eine weitere Protestwelle aus.[20] Die Deutsch-Arabische Gemeinschaft, ein Verein zur Förderung der deutsch-arabischen Freundschaft, behauptete, die Swastikawelle sei ein bewußter Schachzug gewesen, um eine Vergrößerung der deutschen Kredite und der deutschen Entschädigung an den Staat Israel zu erreichen. Der Gründer der Gemeinschaft, Erwin Schöborn, war als Alt- und Neonazi bekannt.[21] Der Kampf gegen die Gewährung finanzieller Erleichterungen an Israel war Teil des arabischen Wirtschaftskrieges gegen Israel auf deutschem Boden.

2. Die westlichen Alliierten

Die westlichen Alliierten und neuen Verbündeten der Bundesrepublik erkannten die Bedeutung der arabischen Sympathien für Deutschland, und die Vereinigten Staaten waren entschlossen, sie zum Vorteil des Westens auszunützen.[22] Mittels westdeutscher Investitionen und westdeutscher Diplomatie hoffte man, den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten einzudämmen und dadurch die westlichen Interessen in der Region zu verteidigen. Die Bundesrepublik war sich bewußt, daß sie infolge der fehlenden kolonialen Vergangenheit im arabischen Lager großes Ansehen genoß, und machte dies ihren Konkurrenten im Westen und Israel gegenüber wiederholt deutlich. Das Auswärtige Amt wies Vorwürfe wegen diskriminierender Behandlung Israels mit dem Hinweis zurück, man führe nur aus, was die Alliierten verlangten.[23] Durch die Verteidigung westlicher Interessen im Nahen Osten verteidige die Bundesrepublik gleichzeitig auch Israel. Doch von solchem „Schutz" wollte man in Israel nichts wissen. Der jüdische Staat war in Wirklichkeit Opfer eines alliierten Doppelspiels geworden: Bonn und Jerusalem

---

[20] Vermerk des AA vom 30. 6. 1956, PA, 708, 82.00–70, 92.19. In diesem Dokument sind sämtliche Proteste (sieben Proteste von Einzelstaaten, ein Kollektivprotest) gegen den Gesetzesnachtrag ausführlich zusammengestellt.

[21] Vermerk des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung über Erwin Schöborn (Mainz) vom 1. 12. 1960; Vermerk des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung über die „Deutsch-Arabische Gemeinschaft" vom 29. 12. 1961, PA, 708, 82.00–92.

[22] Memorandum des National Security Council über die langfristigen Perspektiven des Nahostpolitik der USA vom 16. 1. 1958, Eisenhower Library, White House Office, OSANSA, Box 23, File Policy toward the NE; die amerikanische Botschaft in Bonn an den US-Außenminister vom 3. 9. 1958, USNA, 662.80/9–358, Box 2658.

[23] Diesem Argument begegnet man in deutschen und amerikanischen Dokumenten oft. Vgl. zum Beispiel die westdeutsche Botschafterkonferenz in Istanbul vom 3.–7. April 1956; siehe auch Eisenhower Library, White House Office, OSANSA, Box 23, File Policy toward the NE, National.

erhielten offensichtlich widersprüchliche Signale. Eisenhower war in dieser Hinsicht besonders berüchtigt, aber auch Kennedy und Johnson bedienten sich zuweilen solcher Taktiken, von der sich die Amerikaner politische Vorteile im Nahen Osten versprachen. Amerikanische Diplomaten säten Zwietracht zwischen den Deutschen und den Israelis, ein leichtes Unterfangen, von dem letztlich weder die Bundesrepublik noch Israel profitierte. Im Bestreben, die Araber für das antikommunistische Lager zu gewinnen oder wenigstens ihre Annäherung an den Ostblock zu verhindern, legte der amerikanische Außenminister Dulles der Bundesrepublik nahe, nicht auf israelische Wünsche einzugehen, ohne daß dies in Jerusalem wahrgenommen wurde.

Doch die westliche Zusammenarbeit im Nahen Osten war alles andere als harmonisch, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. Unter dem Deckmantel der Verteidigung westlicher Interessen und unter Ausnützung der arabischen Sympathien für die Bundesrepublik Deutschland eroberte diese in dieser Region immer mehr bisher von Großbritannien und Frankreich dominierte Märkte. Großbritannien und Frankreich hatten die Bundesrepublik bereits zuvor beschuldigt, sich stattliche Anteile des israelischen Marktes auf Kosten britischer und französischer Firmen gesichert zu haben.[24] Nun wiederholten sich diese Vorwürfe in schärferer Form hinsichtlich des ganzen Nahen Ostens. Die arabische Feindseligkeit gegenüber Israel und der gute Wille der Amerikaner, Briten und Franzosen für den jüdischen Staat wurde von der westdeutschen Wirtschaft geschickt ausgenützt. Inwiefern und bei welchen Gelegenheiten die drei Großmächte Israel gegenüber guten Willen demonstrierten, liegt jenseits der hier behandelten Thematik. Hier soll nur festgehalten werden, daß beide deutschen Staaten davon profitierten.[25]

Die Botschaft in Kairo charakterisierte die Aufgabe der Bundesrepublik im Nahen Osten wie folgt:

„Wenn die Position des Westens an diesem Schlüsselpunkt des Nahen Ostens nicht für immer an die Sowjetunion und ihre Satelliten – darunter in vorderster Linie die sog. DDR – verloren gehen soll, muß die Bundesrepublik in voller Verantwortung für die politische Aufgabe die ihr unfreiwillig zugefallene Rolle der von kolonialen Ressentiments unbelasteten führenden westlichen Wirtschaftsmacht ausfüllen."[26]

Auch die Vereinigten Staaten waren in dieser Hinsicht unbelastet, wegen ihrer als „imperialistisch" empfundenen Politik und – bis zu jenem Zeitpunkt wenig ausgeprägter – proisraelischer Neigungen im Nahen Osten aber dennoch unbeliebt. Das Schilumimabkommen fügte dem guten Ruf der Bundesrepublik in der arabischen Welt enormen Schaden zu. Vor allem die „progressiven" arabischen Staaten begannen Westdeutschland und Adenauer persönlich mit schweren Vorwürfen

---

[24] E.J.W. Barnes, Bonn, an F.A. Warner, London, vom 26. 7. 1955, PRO, FO 371/118407, WG 1571/3.

[25] Politischer Jahresbericht für 1953 vom 15. 3. 1954, PRO, FO371/109264; v. Waldow, Bagdad, an das AA vom 26. 7. 1955; deutsche Botschaft, Kairo, an das AA vom 5. 8. 1955; Vermerk für Referat 308 vom 21. 11. 1955, PA, 316, 81.01/1, 92.19; deutsche Botschaft, Djidda, an das AA vom 13. 8. 1957, PA, 708, 82.00–70, 92.19; Berthold Beitz an Robert Murphy vom 7. 3. 1956, IfZ-Archiv, ED 135/63; Savir an Meroz vom 28. 5. 1958, ISA, 300/7; ADENAUER, Teegespräche 1955–1958, Dok. Nr. 28 vom 20. 5. 1958.

[26] Deutsche Botschaft, Kairo, an das AA vom 12. 12. 1957, ISA, 300/7.

wegen „proisraelischer" und „proimperalistischer" Schritte zu überhäufen. Besonders deutlich trat die neue antideutsche Haltung in einer Artikelserie in der halbamtlichen Kairoer Zeitung *El-Ghumhuriya* hervor. Die Vorwürfe waren zahllos: Die Bundesrepublik sei ein Instrument des Imperialismus, der Vereinigten Staaten und Israels. Westdeutschland werde diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen und diesem Staat noch mehr Geld zur Verfügung stellen. Adenauer sei projüdisch, während die deutsche Industrie in Wirklichkeit antiisraelisch sei.[27] Der Inhalt des letzten Artikel dieser Reihe läßt auf den eigentlichen Hintergrund schließen: Die DDR sei die wahre Freundin der Araber. Sie werde Israel nie anerkennen und diesem Staat kein Geld geben. Die Bundesrepublik dagegen sei den Arabern feindlich und den Juden freundlich gesinnt.
Erst eine Intervention des Botschafters beim Vorsitzenden des ägyptischen Parlaments, des späteren Staatspräsidenten Anwar Al Sadat, brachte die Zeitung zum Schweigen. Sadat veröffentlichte am 1. Juli 1956 in derselben Zeitung einen Artikel, der die offizielle Linie darlegte: Das Problem der Wiedervereinigung bedeute für die Deutschen, was Israel für die Araber bedeute. Die Deutschen haßten die Juden, könnten dies aber momentan nicht frei aussprechen, meinte Sadat und fügte hinzu, daß allein die Niederlage die Deutschen gezwungen habe, Zahlungen an Juden zu leisten, die zudem nur auf humanitärer Basis erfolgt seien. Das Verhältnis zwischen Deutschen und Ägyptern, so Sadat, sei von gegenseitiger Achtung geprägt. Er begründete dies damit, daß sich Deutschland keine Kolonien angeeignet habe, da die Deutschen nicht gerne auf Kosten anderer Völker lebten.[28]

Der Zweite Weltkrieg hatte den arabischen Sympathien für Deutschland entscheidende Impulse gegeben. Dafür gibt es auch Anzeichen im hier behandelten Zeitraum. Rommels Witwe wurde nach dem Krieg in Libyen und Ägypten besonders herzlich empfangen[29], und der ehemalige Führer der NS-freundlichen Rebellion im Irak, Rashid Ali el-Quilani, wurde von vielen Irakern als Volksheld verehrt.[30] Solche Erscheinungen sind jedoch nicht zwingend als Indiz für NS-freundliche Tendenzen in arabischen Ländern zu werten, sondern eher als Symptome des Widerstands und der Abgrenzung gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien und der von ihr verkörperten Werte. Diese antibritischen Ressentiments verwandelten sich nach dem Krieg zur Opposition gegen westliche Staaten, einschließlich Israel, und zu einem freundschaftlichem Verhältnis mit Deutschland als dem Hauptkontrahenten der Briten im Zweiten Weltkrieg. Auch die ehemalige Kollaboration des Großmufti von Jerusalem, Haj Amin el-Husseini, mit Hitlerdeutschland und die Zusammenarbeit des Libanon mit Vichy-Frankreich wirkten sich zu Bonns Vorteil aus.

---

[27] Becker an das AA vom 2. und 15.–20. 6. 1956, PA, 1024, 92.19, 82.00–01.
[28] Sadat, Anwar: Two Peoples. In: EL-GHUMHURIYA (Kairo) vom 1. 7. 1956.
[29] RHEINISCHE POST (Düsseldorf) vom 20. 5. 1954; CELLESCHE ZEITUNG vom 9. 6. 1954; Hoops, Tripolis, an das AA vom 27. 8. 1957, PA, 708, 82.00–70, 92.19.
[30] Die deutsche Gesandtschaft, Bagdad, an das AA vom 2. 8. 1955, PA, 316, 81.00/1, 92.19.

3. Lösungsversuche für das Flüchtlingsproblem in Palästina

Beim Studium der deutsch-israelischen Beziehungen stößt man unweigerlich auch auf die deutsch-arabische und israelisch-arabische Verwicklung, die von den westdeutschen Regierungsämtern stets als besondere Belastung empfunden wurde. Die Bundesregierung versuchte sich von dieser Last unter anderem durch die Suche nach einer umfassenden Friedenslösung im Nahen Osten zu befreien. Ein Erfolg in diesem Bereich wäre von unschätzbarem Wert gewesen: Man stelle sich vor, Westdeutschland, der Nachfolgestaat des Dritten Reiches als Friedensstifter zugunsten der Juden!

Bundeskanzler Adenauer bekundete anhaltendes Interesse an Möglichkeiten der Friedensstiftung zwischen Israelis und Arabern. Diesbezügliche Vorschläge oder Vorstöße gingen möglicherweise von Goldmann aus, der mit Adenauer ein freundschaftliches Verhältnis unterhielt. Doch Goldmann war offensichtlich der falsche Mann für Vermittlerdienste: Seine gemäßigten Ansichten wurden in Israel nicht geschätzt und von den Militärkreisen um Ben Gurion abgelehnt. So wurden Adenauers Vorstöße von Israel nur zögerlich beantwortet.[31] Ob sich Adenauer auch an die arabische Seite wandte und wie diese darauf reagierte, geht aus den vorliegenden Dokumenten nicht hervor.[32] Die arabische Welt schien zu jener Zeit nicht zu einer Versöhnung mit Israel bereit zu sein, so daß Adenauer in dieser Richtung schwerlich Fortschritte erzielen konnte. Die israelische Regierung war zudem eher an direkten Gesprächen, von Angesicht zu Angesicht, als an fremder Vermittlung interessiert. Solche Gespräche, hofften die Israelis, würden zu einer De-facto-Anerkennung des jüdischen Staates durch die Araber führen.

Bei Eisenhower hatte Adenauer, der nach israelischer Ansicht israelfreundlichere Standpunkte vertrat als die Amerikaner, offensichtlich mehr Erfolg mit seinem Anliegen.[33] Im zweiten Halbjahr 1954 legten die Amerikaner und Briten einen eigenen Friedensplan für den Nahen Osten vor, der vom Auswärtigen Amt aufmerksam verfolgte wurde.[34] Der Vorstoß, bekannt als „Alpha-Plan", schlug einen Kompromiß in der Territorialfrage und verschiedene Lösungen für die anderen israelisch-arabischen Gegensätze, darunter auch das Problem der arabischen Flüchtlinge, vor. Als Hauptpartner der arabischen Seite war Ägypten unter Oberst Nasser vorgesehen.[35] Ein Bestandteil des Alpha-Plans war die Verwen-

---

[31] Ilsar an Najar und Rafael vom 5. 5. 1954, ISA, 2532/11.

[32] Die israelische Tageszeitung Haaretz zitiert den deutschen Historiker Wolfgang Schwanitz, der Dokumente zu den – teilweise erfolgreichen – deutschen Vermittlungsbemühungen zwischen Israel und Ägypten vorgelegt hat. Der deutsche diplomatische Vorstoß soll schließlich an Versäumnissen der israelischen Regierung gescheitert sein: HAARETZ vom 20. 7. 2001 und vom 1. 2. 2002.

[33] Ilsar an Najar und Rafael vom 5. 5. 1954, ISA, 2532/11. Zu den israelisch-amerikanischen Beziehungen: ALTARAS, Eisenhower and Israel; SPIEGEL, The other Arab-Israeli conflict; BRECHER, The foreign policy system of Israel; RAFAEL, Destination Peace.

[34] Voigt an die deutsche Botschaft in London vom 19. 10. 1954, PA, 210.01/E, Bd. 8.

[35] Dulles an Eisenhower vom 19. 8. 1955 mit dem Vermerk „streng geheim", Eisenhower Library, John Foster Dulles Papers 1951–1959, JFD Chronological Series, Box No. 12, August 1955 (3).

dung eines Teil der Schilumimgelder für die Lösung des Problems der arabischen Flüchtlinge.[36]

Im Verlauf des israelischen Unabhängigkeitskrieges hatte ein Teil der arabischen Bevölkerung ihre Heimat verlassen. Sie war entweder aus eigenem Antrieb geflüchtet oder mit Gewalt vertrieben worden. Israel wollte die Rückkehr der Flüchtlinge nicht gestatten, erklärte sich jedoch bereit, sie zu entschädigen. Auf dieser Bereitschaft beruhten die Überlegungen der Bundesregierung, einen Teil der Schilumim zur Linderung des arabischen Flüchtlingselends zu verwenden. Mit der Einbindung der Schilumim in den Alpha-Plan erhoffte man sich eine Lösung des Flüchtlingsproblems, ohne die eine Beilegung des Nahostkonflikts nicht möglich war.

Nahum Goldmann unterstützte den Plan „Flüchtlinge gegen Schilumim", und es gelang ihm, dafür mindestens auch Sharetts Zustimmung zu gewinnen. Solange Sharetts politischer Einfluß anhielt, konnte Goldmann versuchen, die Umsetzung des Planes voranzutreiben.[37] Sharett erklärte sich bereit, den Plan dem Kabinett vorzulegen, wollte sich aber von den Deutschen nicht unter Druck setzen lassen. Jede ausdrückliche Verbindung zwischen den Schilumim und der Entschädigung für Flüchtlinge, befürchtete er, würde in Israel einen Sturm der Entrüstung auslösen. Goldmann zufolge war Bonn nicht bereit, über einen anderen (schilumimunabhängigen) Vorschlag zu verhandeln. Dies geschah mit der Begründung, man habe genug getan für Israel und wolle die Araber nicht mit weiterer Hilfe für den jüdischen Staat verärgern. Obgleich verschiedene Fragen auch im Alpha-Plan unbeantwortet blieben, soll Bundeskanzler Adenauer dem Plan im allgemeinen und besonders der Entschädigung der Flüchtlinge als Weg zur Lösung des Nahostkonflikts große Bedeutung beigemessen haben. Dies geht jedenfalls aus einer Mitteilung hervor, die Blankenhorn Ende August 1955 an Goldmann sandte. Hierin hieß es: „Was den Bundeskanzler besonders interessiert, ist die teilweise Verwendung der deutschen Leistung für die arabischen Flüchtlinge, denn damit würde vielleicht die Gelegenheit geschaffen, den aus vielen Gründen so dringend notwendigen Ausgleich zwischen Israel und der arabischen Welt herbeizuführen."[38]

Doch Adenauer schätzte den israelischen Standpunkt offensichtlich falsch ein. Die Israelis zögerten, und der deutsche Druck war wenig hilfreich. In der gegenwärtigen Situation, so Josephthal an Goldmann, könne man von Israel kein solches Angebot erwarten.[39] Im Vorfeld der deutschen Botschafterkonferenz in Istanbul kam Goldmann dann noch einmal auf den Vorschlag zurück.[40] Außer Goldmann glaubte jedoch niemand mehr an den Alpha-Plan.

Nach dem Scheitern des Alpha-Plans versuchte die Bundesregierung durch eine Verstärkung ihres Beitrages zum Hilfswerk der UN für arabische Flüchtlinge aus Palästina im Nahen Osten (UNRWA) zu einer Lösung der Flüchtlingsfrage in

---

[36] SHALOM, Tguvath ma'atzmoth.

[37] Goldmann an Sharett vom 13. 2. und 10. 3. 1954, CZA, Z 6/888; Sharett an Goldmann vom 25. 2. 1954, ISA, 168/54.

[38] Blankenhorn an Goldmann vom 23. 8. 1955, CZA, Z 6/2000.

[39] Josephthal an Goldmann vom 13. 11. 1955, CZA, Z 6/2001.

[40] Goldmann an Blankenhorn vom 23. 3. 1956, CZA, Z 6/2001.

Palästina beizutragen. Das Hilfswerk war 1950 gegründet worden. Bonn zahlte zunächst – noch vor der Abstimmung über das Schilumimabkommen im Bundestag – einen Anfangsbetrag von DM 100000. Bis zum Jahr 1957 belief sich der jährliche Beitrag auf DM 70000. In jenem Jahr forderte die arabische Seite eine Erhöhung des Betrags und wurde dabei vom deutschen Vertreter bei der UNO, Broisch, unterstützt. Dieser begründete seine Auffassung in einer Stellungnahme an das Auswärtige Amt, in der er anführte, daß der westdeutsche Beitrag helfen werde, das Flüchtlingselend zu lindern. Er sei zudem als ein Ausgleich zu den Schilumim anzusehen. Er verbessere das Ansehen der Bundesrepublik in der UNO und biete Gelegenheit, die anglo-amerikanische Hilfe für Deutschland, das selbst zahllose Flüchtlinge versorgen müsse, moralisch zu kompensieren. Außerdem vertrat Boisch die Ansicht, daß sich die Bundesrepublik eine solche Spende auch finanziell ohne weiteres leisten könne. Er wies aber darauf hin, daß Deutschland sich nicht darauf einlassen sollte, die Flüchtlinge direkt zu unterstützen. Schließlich sei man am UNO-Beschluß, der dieses Problem ursprünglich herbeigeführt habe, nicht beteiligt gewesen. Die Bundesregierung beschloß daraufhin, ihren UNRWA-Beitrag auf DM 800000 zu erhöhen.[41] Nachdem auch dieser Betrag von arabischer Seite mit dem Argument kritisiert wurde, Westdeutschland sei großzügig gegenüber den Juden und geizig gegenüber den Arabern, beschloß die Bundesregierung eine weitere Erhöhung auf DM 1000000.[42] 1959 zahlte sie einen zusätzlichen Betrag von DM 346000. Als 1961 mehrere deutsche Firmen beschlossen, ihre ehemaligen Zwangsarbeiter zu entschädigen, beugte die Bundesregierung arabischen Protesten und etwaigen Gegenmaßnahmen der Boykottbüros mit zusätzlichen Zahlungen an das Flüchtlingswerk vor.[43] Die jährlichen Beiträge blieben davon unberührt. Die Kombination von palästinensischem Exodus und den Auswirkungen des Holocaust war offensichtlich profitabel.

Vom arabischen Flüchtlingsproblem kaum zu trennen war die jüdische Einwanderung nach Eretz Israel („das Land Israel" – Palästina). Der politische Mainstream in Westdeutschland und Konrad Adenauer standen der jüdischen Nationalbewegung – dem Zionismus – wohlwollend gegenüber. Übersehen wurde dabei jedoch, daß diese Haltung zu einer Belastung für die Beziehungen zur arabischen Welt führen mußte. Denn Zionismus galt im arabischen Vokabular als Schimpfwort, war eine Kurzformel für die unmittelbare Gefahr der Vertreibung der palästinensischen Araber und für eine vermeintliche Bedrohung für die gesamte arabische Welt. Für die Flüchtlinge bedeutete die jüdische Einwanderung noch mehr Entwurzelung und eine weitere Stärkung des jüdischen Staates. Der Kampf um die jüdische Einwanderung nach Israel wurde als entscheidend betrachtet. Die Israelis wünschten einen möglichst großen Bevölkerungszustrom, die Araber wollten ihn stoppen. Beide Seiten versuchten, andere Länder in diesen Konflikt hineinzuziehen, darunter auch die Bundesrepublik. Doch Bonn blieb

[41] Der UNO-Vertreter Broisch an das AA vom 22. 5. 1957, PA, 708, 81.00/1–39, 92.19.
[42] Voigt an das Referat 300 vom 3. 10. 1958, PA, 708, 81.15/0, 92.19, 2692/58.
[43] Werner, Damaskus, an das AA vom 7. 8. 1961, PA, 708, 83.00–92.19.

vorsichtig. Als Rumänien 1959 der jüdischen Emigration die Tore öffnete und die israelische Regierung dringend Geld für die Eingliederung der Neueinwanderer brauchte, stellte sich das Auswärtige Amt aus politischen Gründen gegen jede Form der Unterstützung. Man wollte auf keinen Fall die Araber verärgern.[44] Ein erneutes israelisches Gesuch anläßlich der jüdischen Einwanderung aus Marokko in den frühen sechziger Jahren wurde ebenfalls abgelehnt. Bonn war sich der Empfindlichkeiten der arabischen Seite bewußt und hielt an seiner vorsichtigen Politik fest.[45]

4. Das deutsch-israelisch-arabische Dreiecksverhältnis und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Das Dreiecksverhältnis Deutschland, Israel und die Araber spielte, wie schon mehrmals ausgeführt, in der Diskussion über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel eine Rolle. Arabische Vertreter mußten von Bonn stets von neuem überzeugt werden, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel nicht unmittelbar bevorstehe und daß die Kontakte zum jüdischen Staat nicht als unfreundlicher Akt gegenüber den Arabern zu verstehen seien. Das Gegenargument, das die Anerkennung der DDR durch arabische Staaten und die Anerkennung Israels durch Westdeutschland auf eine Ebene stellte, wurde kategorisch zurückgewiesen – vergeblich. Blankenhorn beschuldigte Voigt persönlich, die Bundesregierung überzeugen zu wollen, daß diplomatische Beziehungen zu Israel mit unabsehbaren Folgen für die Bundesrepublik verbunden seien. Israel, so Blankenhorn, könne Beziehungen mit Staaten im Westen und im Osten unterhalten, „nur wir scheuen uns aus Angst vor einer etwaigen Anerkennung der DDR davor".[46] Blankenhorn sprach nur aus, was im Auswärtigen Amt aus rationalen und emotionalen Gründen schon gang und gäbe war, nämlich die Juden und Araber auf eine Ebene zu stellen. Dies führte unter anderem zu einer stärkeren Gewichtung sowohl der arabischen Staaten als auch der Arabischen Liga in der westdeutschen Außenpolitik.

In den frühen fünfziger Jahren weigerte sich das Auswärtige Amt, die Liga als gleichwertigen Dialogpartner anzuerkennen. Von Welck meinte, die Liga sei nicht als politische Einheit im Sinne des internationalen Rechts zu werten und ein ausgedehnter Dialog mit ihr sei somit unerwünscht.[47] Andere Vertreter äußerten sich ähnlich. Erst gegen Ende des Jahrzehnts wurde der Status der Liga allmählich aufgewertet. Die Dokumente des Auswärtigen Amtes vermitteln ein nicht besonders positives Urteil über die Araber, hinter dem sich zum Teil auch Vorurteile verber-

---

[44] Haas an den Staatssekretär vom 10. 3. 1959, PA 131/II, Ministerbüro, MB 708; Goldmann an Erhard vom 6. 4. 1959; Etzel an Goldmann vom 14. 4. 1959, CZA, Z 6/2034.

[45] Der deutsche Botschafter in Rabat/Marokko, an das AA vom 8. 3. 1961 und das AA an den deutschen Botschafter in Rabat/Marokko vom 27. 3. 1961, PA, 1033, 708, 82.59, 92.19.

[46] BLANKENHORN, Verständnis, S. 364.

[47] Von Welck an die Botschaft in Kairo vom 5. 3. 1955, PA, 316, 81.00/1, 92.19.

gen. Man stößt auf abschätzige Bezeichnungen wie „Orientale" und kritische Äußerungen über die „emotionale und irrationale Einstellung" arabischer Vertreter zu gewissen Fragen, vor allem im Zusammenhang mit Israel.[48] Die Aktivitäten arabischer Studenten wurden genau verfolgt und ihre Demonstrationen streng überwacht. Die antiarabischen Vorurteile bildeten ein Gegengewicht zu den antijüdischen Vorurteilen und wirkten sich in gewissen Fällen auch einseitig zu Israels Gunsten aus. Gelegentliche antijüdische Tendenzen der Araber wurden im Auswärtigen Amt oft mit Vorbehalt aufgenommen. Der Ausgang des israelisch-arabischen Tauziehens in Bonn blieb also trotz erheblichen Gewichts der arabischen Seite ungewiß. Objektiv betrachtet, waren die Chancen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel beschränkt, solange die Bundesregierung nicht bereit war, die Entschlossenheit der arabischen Seite auf die Probe zu stellen. Dieses aber versuchte Bonn zu vermeiden, wie am Beispiel der Beziehungen zu Ägypten gezeigt werden soll.

Ägypten stand im Mittelpunkt des westdeutschen Interesses, sehr zum Mißfallen der israelischen Regierung, die wiederholt gegen die wirtschaftliche, politische und militärische Hilfe der Bundesrepublik für Ägypten protestierte. Bonns proägyptische Politik wurde in Jerusalem als israelfeindlich betrachtet. Tatsächlich achtete das Auswärtige Amt sehr genau auf die Stimmen aus Kairo und maß ihnen erhebliches Gewicht bei. Gleichzeitig profilierten sich westdeutsche Diplomaten in Kairo als treue Fürsprecher ihres Gastlandes.[49] Präsident Nasser verstand es, seine westdeutschen Gesprächspartner an der empfindlichsten Stelle zu treffen. Er sprach vor allem über das geteilte Palästina, und der Wink mit dem Zaunpfahl war mehr als deutlich. Jedes Volk habe ein Recht auf Selbstbestimmung, ein Recht auf Wiedervereinigung und ein Recht auf Heimat. Er werde nicht zulassen, so Nasser, daß der legitime deutsche Anspruch auf Wiedervereinigung verletzt werde.[50] Deshalb blockierte der ägyptische Staatschef verschiedene Vorstöße der DDR auf Konferenzen der Blockfreien und in diversen anderen Foren der Dritten Welt und afrikanischer Staaten. Ägypten verzichtete zwar nicht auf enge Beziehungen zu Ostdeutschland, achtete aber streng darauf, die Grenze zur Anerkennung nicht zu überschreiten, was in Bonn gebührend zur Kenntnis genommen wurde. Die Bundesregierung war bereit, Nasser dafür auch zu entschädigen. Zuoberst auf der ägyptischen Wunschliste stand die Übertragung des westdeutschen Wiedervereinigungspostulats auch auf das geteilte Palästina bzw. auf das geteilte und diskriminierte arabische Volk von Palästina. Andernfalls drohte Nasser mit der Anerkennung der DDR.[51] Nassers Drohung war unmissverständlich. Nicht zuletzt hierauf ist es zurückzuführen, daß die Bundesregierung in Krisen, etwa während der Berlinkrise, versuchte, sich das ägyptische Wohlwollen mit politischen

---

[48] Vgl. etwa „Die Nahostkonferenz in Istanbul" vom 3.–7. 4. 1956; Geheimer Bericht von Generalkonsul Voigt über die Lage im Nahen Osten und zur Israelfrage, PA, BST6, Bd. 339; Beiträge von Grewe, Nöhring, von der Esch und Hallstein, PA, BST6, Bd. 340; Eröffnungsrede von Staatssekretär Hallstein, PA, 627/56, Staatssekretär, Bd. 162.

[49] Savir an Bendor über seine Gespräche mit Voigt vom AA vom 17. 10. 1961, ISA, 301/17.

[50] Ebd.

[51] Savir an Bendor vom 17. 10. 1961, ISA, 3309/15.

Gesten, Krediten, Wirtschaftshilfe und allen möglichen gesellschaftspolitischen Anreizen zu erkaufen.

Man stellt eine gewisse Diskrepanz fest zwischen der Haltung der Beamten des Auswärtigen Amtes und den Standpunkten der politischen Entscheidungsträger. Adenauer brachte Nasser, wie bereits dargelegt, keine besonders hohe Achtung entgegen. Die Ägypter erkannten dies und reagierten entsprechend. Die Artikelserie in der *El-Ghumhuriya* ist nur ein Beispiel. Trotzdem verhielt sich Bonn dem wichtigsten arabischen Staat gegenüber sehr vorsichtig. Schritte zur Anerkennung der DDR, auf die Bonn bei Staaten wie Ceylon (dem heutigen Sri Lanka)[52] und Sansibar (gehört seit 1964 zu Tansania)[53] mit scharfen Gegenmaßnahmen reagierte, wurden bei Ägypten toleriert. Anfang Januar 1959 besuchte der ostdeutsche Ministerpräsident Otto Grotewohl Ägypten, Syrien und den Irak, um über die Errichtung diplomatischer Vertretungen auf der Stufe von Generalkonsulaten zu verhandeln. Ägypten gab sich aus Rücksicht auf die Bundesrepublik anfänglich zurückhaltend, stimmte jedoch schließlich der Errichtung eines DDR-Generalkonsulats in Kairo, angeführt von einem Diplomaten mit dem persönlichen Rang des Botschafters, zu. Dies war eine klare Verletzung des Alleinvertretungsanspruches, doch Bonn zog es vor, darüber hinwegzusehen – und rechtfertigte dies mit allerlei Ausreden: Es handle sich nicht um eine Botschaft, der Konsul habe keine förmliche Erlaubnis, seine Befugnisse auszuüben, sein Rang sei dem Rang Shinnars ähnlich usw.[54] Der ostdeutsche Botschafter in Ägypten vertrat sein Land schließlich gegenüber all jenen arabischen Staaten, die bereit waren, mit ihm zu kommunizieren. Die Bundesrepublik billigte den Vergleich zwischen der Israel-Mission in Köln und dem DDR-Generalkonsulat in Kairo, indem sie davon ausging, daß Ägypten den Status Quo beibehalten werde, solange Bonn am bisherigen Verhältnis zu Israel festhalte. Das Generalkonsulat der DDR in Kairo wurde am 24. September 1959 eröffnet.[55]

Kairo machte also gegenüber beiden deutschen Staaten und beiden Blöcken vom israelischen Trumpf Gebrauch und preßte dabei allen Beteiligten Zugeständnisse ab. Ostdeutschland blieb ohne formale Anerkennung, und Westdeutschland mußte sich mit dem DDR-Konsulat in Kairo abfinden. Ägypten profitierte von beiden Seiten, Israel ging leer aus. Die Ägypter erhielten großzügige Wirtschaftshilfe sowohl vom Osten als auch vom Westen. Das ägyptische Beispiel machte Schule, und bald wußten auch die Syrer und Iraker, wie man gleichzeitig zwei Kühe melkt. Alle anderen arabischen Staaten spielten eine untergeordnete Rolle. Obwohl Israel extrem feindlich gesinnt, wollte man sich dort der guten Beziehungen zur Bundesrepublik wegen nicht auf das Doppelspiel Ägyptens und auch Syriens einlassen.

---

[52] AAPD 1964, Bd. 1, Dok. Nr. 40, S. 188–189, Nr. 86, S. 392–394, Bd. 2, Dok. Nr. 228, S. 957–958.

[53] AAPD 1964, Bd. 1, Dok. Nr. 53, S. 266–269.

[54] Von Brentano an Adenauer vom 18. 9. 1959, BArch, N 1239/157; Meroz an Eytan vom 21. 9. 1959, ISA, 301/19.

[55] Savir an Meroz und Meroz an Savir vom 23. 9. 1959, ISA, 3099/22; AAPD 1964, Bd. 2, Dok. 242, S. 998–1000 und Dok. 280, S. 1145, Fußnote 10.

Die israelisch-arabisch-deutsche Konfrontation hatte viele Gesichter und durchlief manche Stationen. Den Folgen des Nahostkonflikts mehrfach ausgesetzt, orientierte die Bundesrepublik ihre Israel-Politik auch am arabisch-israelischen Verhältnis, freilich ohne dies öffentlich einzugestehen. Ein umfassendes Studium der jüdisch-israelisch-deutschen Beziehungen nach dem Holocaust muß demnach auch den israelisch-arabischen Konflikt berücksichtigen.

XII. Die informellen Beziehungen

Deutsche Institutionen und Persönlichkeiten nahmen im Hinblick auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel eine zögerliche Haltung ein und spiegelten damit die allgemeine Unschlüssigkeit der westdeutschen Öffentlichkeit in dieser Frage wider. In Israel waren die Fronten zwischen Befürwortern und Gegnern der Beziehungen zwischen beiden Staaten dagegen klarer abgesteckt.

Genau umgekehrt verhielt es sich im Bereich der informellen Beziehungen: Westdeutsche Akademiker und Intellektuelle sowie Teile der westdeutschen Öffentlichkeit brachten Israel ernsthaftes Interesse entgegen. Das Image des jungen Landes, das mit gesellschaftlichen Experimenten operierte, enorme Einwandererströme aufnahm und integrierte und die Wüste begrünte, machte Israel in intellektuellen Kreisen für eine Weile zum beliebtesten Land der westlichen Welt, auch in der Bundesrepublik. Die noch frische Erinnerung der nationalsozialistischen Herabstufung der Juden zu Untermenschen ließ das „Wunder Israel" um so größer erscheinen. Ja selbst Schuldkomplexe, zuweilen als Philosemitismus zum Ausdruck gebracht, und die Würdigung des „Jüdischen" als Weg der Wiedergutmachung – Deutschland ist bekanntlich eine Gesellschaft mit tiefen christlichen Wurzeln – förderten das Interesse an Israel noch zusätzlich. Dem wäre noch die – irrationale, romantisch verklärte – jahrhundertealte Faszination hinzuzufügen, die der Jude und das Judentum auf die westliche Zivilisation ausgeübt hat, sei es als Antichrist, als „auserwähltes Volk", als Verkörperung des Bösen oder als Volk mit außergewöhnlichen Begabungen. Hinzu kamen schließlich schlicht Wissensdurst und Neugier, die Israel und das Judentum beim deutschen Publikum zu wecken vermochten. Aus Furcht vor arabischen Reaktionen versuchte das Auswärtige Amt, diesen proisraelischen Trend vereinzelt zu stoppen. Insgesamt begegnete ihm die westdeutsche Diplomatie jedoch mit Wohlwollen. Den Höhepunkt schien die Sympathiewelle für Israel während des Sechstagekrieges zu erreichen. Danach nahm sie mit dem Auftreten der Neuen Linken und der neuen Rolle der Palästinenser als Unterprivilegierte allmählich ab.

Solange die Holocaust-Generation bzw. die Generation der Holocaust-Überlebenden in Israel den Ton angab, demonstrierte die israelische Bevölkerung Deutschland gegenüber Kühle und Gleichgültigkeit. Dies sollte sich mit dem Heranwachsen einer neuen Generation, dem zunehmenden Gewicht des orientalischen Judentums in der israelischen Gesellschaft und der von der Mapai geförderten Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik leicht ändern. Doch die Neugier der Israelis an Deutschland hielt sich vergleichsweise in Grenzen und war oft von latenter oder gar offener Feindseligkeit begleitet. Selbst bei den Einwanderern aus Deutschland und ihren Nachkommen mischte sich die Liebe zur deutschen Sprache und Kultur mit der Verbitterung des enttäuschten Liebhabers.

1. Die politische Diskussion über die kulturellen Beziehungen

Der Religionsphilosoph Martin Buber galt als Pionier der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschen und Juden nach dem Krieg. Er war wie durch Zufall in diese Rolle geraten, obwohl er sich anfänglich dagegen gesträubt hatte: Die Zeit sei nicht reif für Kontakte zwischen Deutschen bzw. deutschen Institutionen und ihren Partnern auf jüdischer Seite, hatte er Anfang 1952 amerikanischen Journalisten gesagt.[1] Buber sprach sich gegen direkte Verhandlungen aus und weigerte sich, nach Deutschland zu reisen.[2] Andererseits erklärte er sich bereit, den ihm etwa zu jener Zeit verliehenen Hansischen Goethepreis in Hamburg entgegenzunehmen. Während in den ersten Meldungen die Stadt Hamburg als Preisverleiherin angegeben wurde, stellte sich später heraus, daß es sich um eine Auszeichnung der Hamburger Universität handelte. Für Buber ein wesentlicher Unterschied: Er war bereit, quasi als Tribut an die Vorkämpfer des Humanismus einen Preis von Gelehrten und Opfern der NS-Diktatur anzunehmen, nicht jedoch von Vertretern einer Stadtverwaltung, die er als Mitläufer betrachtete.[3] Seine Bereitschaft zum Empfang des Preises provozierte Verärgerung in der jüdischen Welt und entfachte eine öffentliche Debatte sowohl in Israel als auch außerhalb. Buber beharrte jedoch auf seiner Unterscheidung zwischen den Vorkämpfern des Humanismus und der passiven Bevölkerung. Anderthalb Jahre später begab er sich nach Deutschland für eine Vorlesungsreise im Auftrag der Regierung. Am 24. Juni 1953 empfing er den Hansischen Goethepreis und am 5. September desselben Jahres wurde ihm in der Paulskirche in Frankfurt am Main der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen. In seiner Dankesrede ging er auf das jüdisch-deutsche Verhältnis bzw. auf das Verhältnis der Juden zur deutschen Kultur nach dem Holocaust ein. Dabei wiederholte er einmal mehr seine Unterscheidung zwischen jenen Deutschen, die sich zu Tausenden durch ihr grausames Verhalten selbst aus der menschlichen Sphäre ausgeschlossen hätten, und den „Kräften der Humanität".[4] Diese Differenzierung zwischen „guten" und „bösen" Deutschen fand weite Verbreitung, außer in Israel, wo im Hinblick auf Deutschland weiter Pauschalurteile dominierten.

Der erste Grundsatz der israelischen Deutschlandpolitik war ein totaler Kulturboykott. Zur Begründung dieser kurz nach der Staatsgründung gefällten Entscheidung hieß es, die deutschen Institutionen seien direkt aus den Einrichtungen des NS-Regimes hervorgegangen, worüber auch der neue liberale Anstrich nicht hinwegtäuschen könne. Israelis sollten deshalb den Kontakt mit deutschen Institutionen meiden.[5] Bis zur Ankunft der ersten Schilumimgüter in Israel galt der

---

1 HaAretz (Tel Aviv) vom 7. 1. 1952.

2 Buber gegen direkte Verhandlungen vom 9. 1. 1952, CZA, S35/31.

3 Interview mit Buber am 1. 1. 1952, CZA, S35/31.

4 Pee Haaton vom 16. 1. 1952; Ma'ariv (Tel Aviv) vom 21. 6. 1953; AWJD (Düsseldorf) vom 24. 6. 1953 und 9. 10. 1953; Hamburger Echo vom 25. 6. 1953.

5 Dr. Zwi Rudi, Abteilung für internationale Institutionen im israelischen Außenministerium, an Dr. Josef Karai, unabhängige biologische Laboratorien, Kfar Malal, vom 16. 12. 1948, ISA, 5567/4065/G.

totale Boykott Deutschlands in der israelischen Politik als unerschütterliches Leitmotiv. Auf die Dauer ließ er sich jedoch offensichtlich nicht aufrechterhalten. 1950 protestierten Knessetabgeordnete noch gegen die Einfuhr deutscher Druckerzeugnisse und forderten deren Beschlagnahmung. Die Antwort der Regierung, wonach die Behörden ermächtigt seien, jede ohne offizielle Erlaubnis eingeführte Ware zu konfiszieren, beruhigte die Gemüter wieder.[6] Jede Form von Kontakt zwischen israelischen und deutschen Regierungsämtern war verboten, außer in Schilumimangelegenheiten.[7] Die Bewilligungspflicht für kulturelle Kontakte zwischen Israel und Deutschland war mindestens bis 1954 in Kraft.[8]

Erst der Wille mit der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten, um die Errungenschaften des jüdischen Staates der Öffentlichkeit in Deutschland vorzustellen, bewirkte eine allmähliche Lockerung der streng antideutschen Haltung. Die Regierung habe nichts gegen die Veröffentlichung von Beiträgen über Israel und das Zeigen von Filmen in Deutschland, die das Leben in Israel porträtierten und es in einer positiven Weise darstellten, lautete die neue offizielle Formel[9], der sich Regierungsvertreter in der Knesset und andere israelische Politiker und Beamte fortan häufig bedienten. Konkret ging es vor allem um die Aufführung israelischer Kinofilme und Opern in Deutschland. Vordergründig nahmen die Israelis nur eine Gelegenheit für Öffentlichkeitsarbeit wahr. In Wirklichkeit zeugte die neue Formel aber von einem neuen Verständnis von Deutschlands internationaler Rolle, begleitet von der Einsicht, daß Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland bzw. die Pflege eines positiven Israelbildes in der deutschen Bevölkerung mit Blick auf die Zukunft unerläßlich sei. Der naive Standpunkt, „Deutschland und die Deutschen, ob gute oder schlechte, interessieren uns nicht", war nicht mehr haltbar. Die neue Formel bedeutete faktisch das Ende des Boykotts. Schon bald entwikkelten sich regelmäßige beiderseitige Kontakte, wie sie zwischen Gesellschaften, Völkern und Staaten üblich sind.

Das israelische Außenministerium war sich der Sonderstellung kultureller und anderer öffentlicher Beziehungen mit Deutschland bewußt und suchte nach geeigneten Formeln.[10] Das Thema Deutschland war so heikel, daß selbst Detailfragen in diesem Zusammenhang auf Regierungsebene beraten wurden. So kam die Frage der Vorführung des deutschsprachigen Kinofilms „Der Prozeß" nach dem gleichnamigen Roman von Franz Kafka in Israel zweimal im israelischen Kabinett zur Sprache und stellte die Minister vor eine schwierige Entscheidung: Kafka, einer der bedeutendsten jüdischen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, hatte seine Werke in deutscher Sprache geschrieben. Die Mehrheit stimmte schließlich für die Vorführung des Films.[11] Im August 1955 ermächtigte die Regierung den Minister-

---

[6] KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 136. Sitzung am 8. 10. 1950, S. 22.
[7] Finanzministerium an das israelische Außenministerium vom 15. 11. 1954, ISA, 2539/3a.
[8] Direktor der Westeuropaabteilung an das Ministerbüro vom 10. 5. 1954, ISA, 3099/25.
[9] Direktor der Westeuropaabteilung an das Ministerbüro vom 6. 10. 1954, ISA, 2413/3.
[10] Yachil an Shinnar vom 7. 2. 1952, ISA, 613/7.
[11] Protokoll der Kabinettssitzung Nr. 31/315 vom 20. 2. 1955 and Nr. 32/315 vom 27. 2. 1955, ISA, 7265/41.

präsidenten und den Außenminister, über die Teilnahme Israels an internationalen Kongressen in Deutschland zu entscheiden.[12]

Anfang 1961 kam es im Außenministerium zu einer Aussprache über das Thema israelische Kulturdarbietungen in Deutschland. Hierin beklagte sich der Direktor der Westeuropaabteilung beim Generaldirektor über die geringe Zahl solcher Darbietungen in der Bundesrepublik. Später kritisierte er schriftlich auch das gänzliche Ausbleiben deutscher Kulturauftritte in Israel.[13] Statt wie zuvor kulturelle Kontakte zwischen Israel und der Bundesrepublik zu verhindern, ging das israelische Außenministerium nun dazu über, sie aktiv zu fördern. Doch die Schwierigkeiten waren noch lange nicht überwunden.

Ende 1960, kurz vor der Eröffnung des Eichmannprozesses, machte Dr. Scheiholz, ein deutscher Autor und persönlicher Freund von Bundespräsident Heinrich Lübke, den Vorschlag, während des Prozesses eine Delegation von israelischen Pädagogen in die Bundesrepublik einzuladen.[14] Der ebenso gutgemeinte wie demonstrativ gemachte Vorschlag wurde in der Bundesrepublik vorwiegend positiv aufgenommen. Lübke förderte ihn mit viel Enthusiasmus, und niemand wagte es, Zweifel daran zu äußern.[15] Schließlich begab sich eine vierköpfige israelische Pädagogendelegation auf Studienreise in verschiedene westeuropäische Länder, darunter auch die Bundesrepublik. Auf ihrem Programm stand der Besuch diverser Institutionen und die Begutachtung von Lehrmitteln für die technische Ausbildung. Die Unkosten des Aufenthalts in der Bundesrepublik wurden von den Gastgebern getragen. Obwohl der Schwerpunkt des Besuchprogramms im technischen Bereich lag, wurden den israelischen Pädagogen auch Geschichtsbücher und darin vor allem die dem Holocaust gewidmeten Kapitel gezeigt.[16] Die Delegation hinterließ bei ihren Gastgebern einen glänzenden Eindruck. Als sich der Aufenthalt der israelischen Pädagogen in der Bundesrepublik dem Ende zuneigte, wurde die Sache publik und führte umgehend zu Protesten der israelischen Opposition. Darauf kam die Angelegenheit sowohl in der Knesset als auch im Kabinett zur Sprache.

Am 12. November 1961 beauftragte die Regierung Israels einen Regierungsausschuß mit der Ausarbeitung von Richtlinien für die Beziehungen mit Deutschland in den Bereichen Bildung und Kultur.[17] Dieser empfahl die Einsetzung eines ministeriellen Steuerungsausschusses und eines Ministerausschusses für laufende Angelegenheiten. Der Steuerungsausschuß trat am 26. Dezember 1961 zu einer ersten Sitzung zusammen, um die Richtlinien der Regierung zu beraten und einen Handlungsrahmen zu entwerfen. Er hatte den Auftrag, in sämtlichen ihm vorgelegten den Kulturaustausch mit Deutschland betreffenden Fragen zu entscheiden, konnte aber auch selbst die Initiative ergreifen. Internationale Veranstaltungen mit deutscher Beteiligung, wie zum Beispiel Fußballturniere, gehörten ebenfalls in

---

12 Ilsar an den Direktor der Westeuropaabteilung vom 29. 6. 1956, ISA, 3309/25.
13 Direktor der Westeuropaabteilung an den Generaldirektor vom 18. 3. 1961, ISA, 3309/13.
14 Direktor der Westeuropaabteilung an Ministerin Meir vom 28. 6. 1961, ISA, 3309/14.
15 Savir an Shinnar vom 28. 3. 1962, ISA, 3309/14.
16 Varon an Savir vom 11. 5. 1961, ISA, 3309/14.
17 Bendor an die Mission in Köln vom 17. 11. 1961, ISA, 302/8.

seinen Entscheidungsbereich. Die israelische Regierung war, wie bereits dargelegt, daran interessiert, die kulturellen Errungenschaften des jungen Staates einem breiteren Publikum in Deutschland vorzustellen, weniger aber an deutschen Darbietungen in Israel.[18]

In der erwähnten Knessetdebatte warfen die Opposition und einige Mitglieder der Koalition der Regierung mangelndes Einfühlungsvermögen sowie schranken- und gedankenlose Zusammenarbeit mit westdeutschen Institutionen vor. Die öffentliche Debatte drehte sich um das Versagen des deutschen Erziehungssystems und dessen Verknüpfung mit dem Nationalsozialismus und dem Dritten Reich. Das – im Vergleich zu anderen Äußerungen gemäßigte – Motto der Opposition lautete: „Vom deutschen Bildungswesen und von deutschen Pädagogen haben wir nichts zu lernen."[19] Die Kritik konzentrierte sich auf die Zusammenarbeit im geisteswissenschaftlichen Bereich, obwohl sich die Studienreise hauptsächlich auf die technische Ausbildung und Lernhilfen in diesem Bereich konzentrierte. Der Bildungsminister betonte vor der Knesset, wie wichtig es für Israel sei, die antinazistischen Tendenzen in der deutschen Bevölkerung zu stärken. Doch die Regierung war nicht interessiert an dieser Debatte, und Außenministerin Meir versuchte beim Knessetvorsitzenden deren Abbruch bzw. Verschiebung zu erwirken.[20] Israelische Regierungskreise hielten die Kritik der Opposition für ungerechtfertigt, denn es fehle nicht an Mitteln der Überwachung der kulturellen Beziehungen zu Deutschland. Außerdem sei Israel an der Vertiefung der Beziehungen zu Deutschland interessiert. Die Einladung der israelischen Pädagogen wurde als Geste des guten Willens, eine unbeholfene Geste vielleicht, bewertet, der es angesichts des laufenden Eichmann-Prozesses an Fingerspitzengefühl gefehlt haben mochte, die jedoch offensichtlich gut gemeint gewesen sei. Der Antrag der Opposition auf Abbruch sämtlicher kultureller Kontakte mit der Bundesrepublik Deutschland wurde mit 37 zu 25 Stimmen abgelehnt.[21]

Statt dessen billigte die Knesset die von der Regierung ausgearbeiteten Vorschriften für den akademischen Austausch mit Deutschland. Diese sahen einschränkende Auflagen für israelische Studienaufenthalte in Deutschland vor, außer in Fächern, die in Israel nicht angeboten wurden. Weitere Beschränkungen galten sodann für den Austausch von Delegationen, gegenseitige Besuche von Vertretern kultureller und philanthropischer Organisationen sowie für die Zusammenarbeit von Institutionen im Hochschulbereich. Und schließlich versuchten die neuen Vorschriften, Ordnung in den Jugend- und Studentenaustausch zu bringen.[22] Die westdeutsche Öffentlichkeit und besonders die Freunde Israels waren schockiert und entrüstet zugleich. Lübke gab der Befürchtung Ausdruck,

---

[18] Protokoll der 1. Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für kulturelle Beziehungen mit Deutschland vom 26. 12. 1961, ISA, 3309/15.

[19] KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 38. Sitzung am 28. 10. 1961, S. 494 und 61. Sitzung am 2. 1. 1962, S. 850–912; DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 187–189.

[20] Bendor an Meroz und Varon an Shinnar vom 12. 10. 1961, ISA, 3309/15.

[21] NACHRICHTENSPIEGEL vom 10. 1. 1962; Rundschreiben der Israel-Mission vom 11. 1. 1962, PA, 708, 81.00–82.03, 92.19.

[22] Westeuropaabteilung an die Mission in Köln vom 28. 12. 1961, ISA, 302/8; TIMES (London) vom 28. 12. 1961.

daß das mit viel Mühe Erreichte im kulturellen Bereich damit zunichte gemacht werde.[23] Die Israel-Mission bedauerte den Schaden für das Ansehen des Staates Israel in der Bundesrepublik: „Wir werden hier in Köln die in Jerusalem eingeworfenen Scheiben reparieren müssen", hieß es.[24]

Doch die neuen Vorschriften waren nicht so einschneidend, wie zunächst befürchtet. In Wirklichkeit wurde dadurch in erster Linie Ordnung in ein Gebiet gebracht, wo vorher Willkür geherrscht hatte. Die Vorschriften zogen einerseits einen Schlußstrich unter den Kulturboykott und stellten andererseits endgültig klar, was erlaubt und was verboten war. Sie eröffneten zugleich neue Möglichkeiten für den Künstleraustausch, und für strittige Fragen gab es nun eine Klärungsstelle. Zudem entzogen sie den Kritikern die Grundlage. Die neuen israelischen Vorschriften für den Kulturaustausch mit Deutschland leiteten eine neue Phase in den deutsch-israelischen Kulturbeziehungen ein.

2. Bücher, Bibliotheken und Archive

Bereits in frühen Jahren entbrannte in jüdischen Kreisen ein Streit um die Verwendung der deutschen Sprache, die bei so manchem Holocaust-Überlebenden Erinnerungen des Grauens weckte und den Zuhörer leicht in Panik versetzen konnte. Die Opposition gegen die Verwendung der deutschen Sprache beruhte nicht auf rationalen Argumenten. Hinweise auf die großen Errungenschaften der deutschen Kultur und der deutsch-jüdischen Zivilisation, oder darauf, daß die Sprache ein neutrales Instrument der Zivilisation sei, fanden kein Gehör.[25] Das Deutsche war in den Augen dieser Gruppe in erster Linie die Sprache des brüllenden SS-Mannes. Etwas komplizierter war die Situation in Israel, wo eine große Einwanderergemeinde aus Deutschland lebte, die das Deutsche als ihre Muttersprache betrachtete. Eine der Gründe für die in Israel verbreitete Abneigung gegen die sogenannten Jecken (aus Deutschland eingewanderte Juden) war der Umstand, daß sie untereinander in der verhaßten Sprache kommunizierten, wenn es auch unter Einwanderern aus Deutschland solche gab, für die das Deutsche den Nationalsozialismus versinnbildlichte. Auf dem Boden dieser emotionalen Abneigung konnten die ideologischen Strukturen der Deutschfeindlichkeit gedeihen, die von Politikern, Patrioten und Populisten für demagogische Zwecke mißbraucht wurden.

1952 erreichte der Streit über die deutsche Sprache mit der Hebräischen Universität in Jerusalem zum ersten Mal die Hochschulebene. Bibelforscher legten dar, daß die Kenntnis der deutschen Sprache für das Verständnis der Arbeiten der deutschen Bibelforschung unerläßlich sei, und forderten die Universitätsleitung auf, den Deutschunterricht einzuführen.[26] Sprachwissenschaftler, Historiker und

---

[23] Savir an Shinnar vom Februar 1962, ISA, 302/8.
[24] Tavor an Shinnar vom 5. 2. 1962, ISA, 302/8.
[25] Das Motto „Ein Volk von Dichtern und Denkern" wurde in „Ein Volk von Dichtern, Denkern und Henkern" abgeändert.
[26] Zur Debatte über die Einführung der deutschen Sprache an der Hebräischen Universität:

andere Gelehrte unterstützten diese Forderung. Dazu zählte der Philosoph Shmuel Hugo Bergmann, ein enger Freund Bubers, der versuchte, die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit dieser Sprache zu überzeugen.[27] Hiergegen opponierte der bekannte hebräische Dichter David Shimoni und setzte sich zunächst auch durch. Zwar sprach sich eine Mehrheit in den an der deutschen Sprache interessierten Fakultäten für die Einführung des Deutschunterrichts aus. Im Exekutivkomitee der Universitätsleitung überwogen jedoch die Neinstimmen, so daß der Deutschunterricht erst in den späten fünfziger Jahren legal in den Studienplan eingefügt wurde.

Auch Bücher in deutscher Sprache gerieten in Gefahr auf den Index gesetzt zu werden. Israel verfügte in jenen Jahren über ein relativ großes deutschsprachiges Lesepublikum. Zahlreiche israelische Akademiker hatten ihre Studien an deutschen Universitäten absolviert und pflegten regelmäßigen Kontakt mit deutschen Kollegen. Selbst der Nationalsozialismus und seine Unkultur taten dem Interesse an der deutschen Kultur und an den Errungenschaften der deutschen Universitäten bei diesen keinen Abbruch. Gegner des Nationalsozialismus und kulturelle Kreise in Deutschland erkannten das Potential des Buches als Botschafter des guten Willens und schickten Bücher an Freunde und Bibliotheken in Israel. Diese erreichten ihre Adressaten anfangs aber nur zum Teil. Denn mittels Sonderbestimmungen wurde die Einfuhr von in Deutschland gedruckter Lektüre eingeschränkt, und dem Einfuhrverbot fielen selbst ins Deutsche übersetzte und in Deutschland verlegte amerikanische Publikationen wie etwa die Zeitschrift *Reader's Digest*[28] zum Opfer. Knessetabgeordnete protestieren gegen die Zuteilung von Fremdwährung für die Einfuhr deutscher Presseerzeugnisse, eine verwaltungsmäßige Absurdität, mit der sich die israelische Bildungselite nicht abfinden wollte. Wegen der strengen Devisenbeschränkungen sahen sich akademische Institutionen wie die Nationalbibliothek und der israelische Wissenschaftsrat (die spätere Israelische Akademie der Wissenschaften), gezwungen, Vertreter der Jewish Agency for Palestine (JAFP) in Deutschland zu bitten, wissenschaftliche Literatur für sie einzukaufen und ihnen mit der Post zuzuschicken.[29] Schließlich erhielt die Nationalbibliothek vom Deutschen Verleger- und Buchhändlerverband eine jährliche Spende von hundert Büchern. Auch die jüdische Gemeinde in Mainz erklärte sich bereit, die israelische Nationalbibliothek unentgeltlich mit deutschen Büchern zu versorgen. Weitere Bücherspender kamen hinzu.[30]

KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 4. Knesset, Sitzungen am 6. 4. 1960 und 3. 8. 1960; DAWAR (Tel Aviv) vom 24. 10. 1952 und 6. 12. 1952; MAARIV (Tel Aviv) vom 12. 8. 1953.

27 DAWAR (Tel Aviv) vom 17., 24. 10. und 6. 12. 1952.

28 HAARETZ (Tel Aviv) vom 12. 2. 1950.

29 Woermann an Landauer vom 8. 6. 1950; Landauer an Eschkol vom 4. 5. 1953, CZA, S35/163; Das Israelische Wissenschaftskomitee an Landauer vom 8. 6. 1950, Kreutzberger an Gerling vom 4. 12. 1950, CZA, S35/162.

30 Erinnerung von Dr. Woermann vom 14. 7. 1952, CZA, S 35/88; Yachil an Woermann vom 19. 1. 1954, ISA, 617/16; Vermerk vom 23. 8. 1960, PA, 708, 82.60, 92.19; Vermerk Ref. 708, Ruyter, betr. Neue Film Verleih GmbH vom 23. 8. 1960, PA, 708, 82.60, 92.19; Nr. 1035; Dr. Rowas, Ref. 605, an die Film Presse Agentur in München vom 22. 4. 1960, PA, 708, 82.60, 92.19.

Die Mission in Köln veranlaßte die Übersetzung hebräischer Werke ins Deutsche und umgekehrt, half bei der Ausfuhr deutscher Bücher nach Israel und gab entscheidende Impulse für die Gründung der Anne Frank-Stipendienstiftung für israelische Studenten des Fischer Verlages, Herausgeber der Tagebuchaufzeichnungen von Anne Frank in deutscher Sprache. Das Auswärtige Amt beschäftigte sich seinerseits mit der Herausgabe und Verbreitung von Büchern über Israel aufgrund aktueller politischer Ereignisse, etwa während des Eichmannprozesses.[31] Der Staat Israel unterstützte die Veröffentlichung von propagandistischer Literatur über Israel in Deutschland, einschließlich solcher von Kirchenverlagen. Deutsche Schulbuchverlage baten um die Zusammenarbeit mit israelischen Historikern, besonders zum Thema Holocaust.[32] Und die Stadtbücherei Mainz vergab ein Stipendium für Bibliothekskunde an einen israelischen Studenten, dessen Deutschlandaufenthalt vom interministeriellen israelischen Ausschuß für die Auswahl von Kandidaten für Stipendienprogramme gutgeheißen wurde.[33]

Israelische Gelehrte, allen voran Gershom Scholem, bemühten sich um die Rettung jüdischer Archive, die den Holocaust überdauert hatten, und forderten deren Überführung nach Israel oder wenigstens die Aufnahme auf Mikrofilm. Ein bekanntes Beispiel ist das Archiv der jüdischen Gemeinde Worms, das im Gegensatz zum Inhalt des berühmten Raschi-Hauses dank Adenauers persönlicher Intervention vollständig nach Israel transferiert werden konnte.[34] Auf ähnliche Weise gelangten Archive kleinerer jüdischer Gemeinden in Bayern nach Israel. Das Archiv der jüdischen Gemeinde Hamburg wurde dagegen auf Mikrofilm aufgenommen, nachdem sich die Stadt Hamburg und die lokalen Hochschulbehörden geweigert hatten, es dem jüdischen Staat zu überlassen.[35] Scholem unternahm zudem große Anstrengungen für die Überführung antiker jüdischer Bücher aus deutschen Bibliotheken nach Israel, quasi als Ersatz für die von den Nationalsozialisten zerstörten jüdischen Kulturschätze.

Interessiert zeigte sich Israel auch an der Übernahme des Archivs des Internationalen Suchdienstes in Arolsen. Das Archiv des Suchdienstes, der zur Auffindung und Identifizierung von Personen, deren Spur sich im Verlauf des Krieges verloren hatte – darunter Verschleppte, Exilanten, Konzentrationslagerhäftlinge und Zwangsarbeiter –, eingerichtet worden war, enthielt Informationen über rund eine Million Personen, ein Drittel davon Juden. Israel (und jüdische Organisationen) zählten zu den neun Staaten, die sich am meisten für die Erhaltung dieser Datensammlung einsetzten. Als sich 1953 das Ende des Besatzungsregimes abzeichnete, stellte sich die Frage, was mit dem Archiv des Suchdienstes geschehen sollte.[36] Gemäß Deutschlandvertrag verpflichtete sich die Bundesrepublik, die

---

31 Verlag Heinz P. Conte Sprendlinger an den Informationsdienst Ausland des AA vom 5. 8. 1960; Ref. 993 an Ref. 708 vom 17. 8. 1960, PA, 708, 82.60, 92.19.

32 Die Welt (Hamburg) vom 25. 8. 1960.

33 Wörmann an Yachil vom 22. 12. 1961, ISA, 3309/15.

34 Shinnar an Ilsar vom 29. 10. 1956, ISA.

35 ISA, 613/16 (ganze Akte).

36 Bericht von Dr. Chaim Yachil betr. Internationaler Suchdienst vom 21. 12. 1953, ISA, 411/

bisherigen Tätigkeiten des Suchdienstes weiter zu unterstützen.[37] Doch die israelische Regierung war nicht glücklich über diese Lösung, da die Archive in den Verantwortungsbereich von Bundesminister Theodor Oberländer, eine der umstrittensten Figuren in Adenauers Kabinett, gefallen wären. Der Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte wurde beschuldigt, an der Vernichtung von Juden teilgenommen zu haben und erschien deshalb nicht der geeignete Mann für die Aufsicht über ein solches Archiv.[38] Nicht nur die Israelis befürchteten, die Deutschen könnten Teile der Datenbank verfälschen, um die Identifizierung von Kriegsverbrechern zu verhindern. Das Archiv enthielt auch wertvolle Information für Entschädigungsberechtigte. Die Vereinigten Staaten befürchteten, Teile des Archivs könnten in die Sowjetunion überführt und anschließend gegen eigene Bürger verwendet werden. Israel forderte, die Daten des Archivs vollständig auf Mikrofilm aufzunehmen, um eine Kopie im Holocaust-Gedenk- und Forschungsinstitut Yad Vashem aufzubewahren. Diese Forderung wurde akzeptiert. Das Archiv blieb schließlich in Arolsen und wurde unter die Verantwortung des Roten Kreuzes gestellt. Die Leitung der Sammlung übernahm ein internationaler Ausschuß.

3. Film, Theater und Musik

Am 28. Oktober 1950 untersagte die dem Innenministerium unterstellte israelische Film- und Theaterzensur die Aufführung deutschsprachiger Filme und Theaterstücke in Israel.[39] Diese Entscheidung war der Anfang einer jahrzehntelangen Debatte über die Angemessenheit der deutschen Sprache in öffentlichen Darbietungen in Israel. Neben Theater und Film betraf das Verbot auch Vokalmusik, öffentliche Lesungen und Vorlesungen, mit anderen Worten, fast jede Verwendung der deutschen Sprache im öffentlichen Rahmen. Zudem wurde Deutsch als Alltagssprache der deutschsprachigen Bevölkerungsteile diskriminiert und die Einwanderer aus Deutschland verschiedenen „ethnisch" bedingten Schikanen ausgesetzt. Was die „Ostjuden" in Deutschland durch die deutschen Juden hatten über sich ergehen lassen müssen, zahlten sie den „Jecken" im Heiligen Land nun heim – zuerst unter dem Vorwand der Priorität des Hebräischen und später unter dem Deckmantel des „Widerstandes gegen die Nazisprache". Deutsche Lesungen mußten im Untergrund stattfinden.[40] Deutschsprachigen Autoren standen schwere Zeiten bevor. Der Bann über die deutsche Sprache ist also nicht nur als innere Auflehnung gegen den Nationalsozialismus zu werten, sondern auch als Teil des jahrzehntelangen Ringens der zionistischen Bewegung um die Vormachtstellung des Hebräischen und als eine Art „sozioethnischer" Intoleranz gegenüber dem deutschen Judentum.

---

[37] Ebd.

[38] Memorandum des Internationalen Suchdienstes vom 24. 12. 1954; Abteilung für die Vereinten Nationen an Abraham Harman, New York, vom 22. 2. 1955, ISA, 411/6.

[39] Ma'ariv (Tel Aviv) vom 29. 11. 1950.

[40] Vorlesungen von Albert Bassermann vom Dezember 1951, ISA, 532/10.

Der Boykott der deutschen Sprache beschränkte sich nicht nur auf das Inland. Die Teilnahme der bekannten israelischen – aus Deutschland stammenden – Schauspielerin Orna Porath an einer öffentlichen Lesung in Berlin auf Einladung der Israel-Mission führte umgehend zu Protesten in Israel.[41] Ähnliche Reaktionen rief eine Koproduktion des israelischen Staatsradios mit Radio Hamburg über Israel hervor.[42] Die israelische Regierung hatte offiziell nichts gegen israelische Darbietungen in Deutschland einzuwenden, und auch das Auswärtige Amt in Bonn gab sich wohlwollend, obwohl man arabische Proteste befürchtete. In der Antwort auf eine Anfrage bezüglich der Einladung des Jüdischen Theaters aus Warschau nach Deutschland wollte Voigt wissen, warum man denn ausgerechnet ein jüdisches Theater aus Polen und nicht direkt aus Israel eingeladen habe und fügte hinzu: „Hiervon abgesehen wären vom Standpunkt unserer Beziehungen zu Israel keine Bedenken zu erheben."[43] Tatsächlich erschien noch im selben Jahr eine israelische Theatergruppe auf deutschen Bühnen. Ihre Auftritte mußten jedoch aufgrund des dürftigen Niveaus der Schauspieler kurzfristig wieder abgesagt werden.[44]

Der intensivste Bereich des deutsch-israelischen Kulturaustauschs war der Film. Hierzu wird das Zeigen israelischer Filme in Deutschland und umgekehrt sowie die Produktion von Filmen über Israel in Deutschland für das deutsche Publikum gezählt. Deutsche Filmemacher produzierten proisraelische, an Propaganda grenzende Filme für ein neugieriges deutsches Publikum, zum Teil mit staatlicher Unterstützung aus Bonn und Jerusalem. Bereits am 27. Januar 1953, also noch vor der Abstimmung über das Schilumimabkommen im Bundestag, prüfte das Auswärtige Amt Möglichkeiten der Filmproduktion in Israel.[45] Etwa zur selben Zeit kam es zu ersten Interpellationen in der Knesset bezüglich der Vorführung israelischer und auf israelische Anregung produzierter Filme in Deutschland. Die offizielle Stellungnahme der Regierung, die längere Zeit beibehalten wurde, lautete: Israel sieht keinen Grund, in Deutschland keine Filme zu zeigen, die das Leben in Israel beschreiben.[46]

Eine deutsch-israelische „Filmbegegnung" anderer Art war die illegale Israelreise des jungen deutschen Pionierfilmers Thomas Harlan. Harlan wollte, wie er erklärte, quasi die Sünden seines Vaters, des berüchtigten NS-Filmregisseurs Veit Harlan, wiedergutmachen. Sein plötzliches Auftauchen in Israel führte zu tumultartigen Szenen, die das Eingreifen der Polizei erforderten.[47] Harlans Werk veranlaßte ein Knessetmitglied der rechtsgerichteten Cherut zu heftiger Kritik an der Regierung. Der deutsche Journalist Rolf Vogel produzierte in Israel zwei Filme und rief damit den Protest arabischer Diplomaten in Bonn hervor, der das Aus-

---

[41] KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 458. Sitzung am 20. 7. 1954, S. 2189; MA'ARIV (Tel Aviv) vom 4. 7. und 9. 8. 1954.
[42] KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 435. Sitzung am 18. 1. 1965, S. 940.
[43] Ref. 708 an das Ref. 605 vom 2. 11. 1960 und vom 24. 2. 1961, PA, 1035, 708, 82.60, 92.19.
[44] Vermerk betr. israelisches Gastspiel vom 2. 11. 1960, PA, 708, 82.60, 92.19.
[45] Henske, AA Berlin, an das AA, Bonn, vom 27. 1. 1953 und vom 2. 2. 1953, PA, 244–13 II.
[46] Ilsar an den Direktor der Westeuropaabteilung vom 2. 6. 1953, ISA, 3309/25.
[47] MA'ARIV (Tel Aviv) vom 19. 6. 1953.

wärtige Amt dazu veranlaßte, die Filme zu prüfen.[48] Die Bundesregierung beteiligte sich an der Produktion eines Films über die Kriegsverbrecherjustiz. 1958 wurde ein weiterer Dokumentarfilm über Israel gedreht. Eine Intervention des Auswärtigen Amts verhinderte dagegen die deutsch-israelische Koproduktion „Nathan der Weise".[49]

Israel exportierte mehrere Spielfilme in die Bundesrepublik, wahrscheinlich alle ohne jeden künstlerischen Wert. Im israelischen Außenministerium war man sich des propagandistischen Werts der Vorführung dieser Filme, insbesondere auch als Gegengewicht zur arabischen Propaganda, bewußt.[50] Doch dem freien Vertrieb israelischer Filme in Deutschland waren Grenzen gesetzt. Einen Vorschlag von Goldmann vom Februar 1955, den international angesehenen Film „The Hill 22 Does Not Respond" auch in Deutschland zu zeigen, beantwortete Shinnar mit dem Hinweis auf die in der Filmbranche übliche – im Falle Israels offensichtlich problematische – Gegenseitigkeit.[51] Der erste in Israel zugelassene deutschsprachige Spielfilm war eine österreichische Produktion und handelte von der Blutlegende von Tiszaeszlar, Ungarn, im 19. Jahrhundert. Die Vorführung der Kafkaverfilmung „Der Prozeß" führte, wie bereits erwähnt, zu größeren Debatten.[52]

Die israelische Regierung mußte sich früher oder später mit der heiklen Frage befassen, was mit deutschsprachigen Filmen schweizerischer und österreichischer Produktion geschehen sollte: Gilt der Boykott der deutschen Sprache oder Deutschland als Land? Wenn sich das Verbot gegen deutsche Produktionen richtet, weshalb sind dann davon auch schweizerische oder österreichische Produktionen betroffen? Richtet sich das Verbot gegen die deutsche Sprache, bedeutet dies eine Diskriminierung befreundeter Staaten. Und was soll mit deutsch-österreichischen Koproduktionen geschehen? Das israelische Kabinett widmete sich diesen Fragen am 30. Dezember 1956 anläßlich der geplanten Vorführung des österreichischen Films „Mozarts Leben" und beschloß, österreichische und schweizerische Filme in deutscher Sprache fortan zuzulassen, ohne jedoch ein endgültige Regelung zu treffen.[53] Proteste des ehrwürdigen Rabbiner Nurock in der Knesset gegen diese Entscheidung wies die Regierung entschlossen zurück.[54]

Als nächstes stand die Vorführung „unanfechtbarer" deutscher Filme zur Debatte. Filmimporteure protestierten gegen das Verbot von Filmen deutscher Produktion und drohten dem Staat mit Schadenersatzklagen wegen dadurch entstandener Verluste. 1958 setzte Ben Gurion die Frage auf die Tagesordnung des Kabinetts[55], das jedoch keine Lösung fand und die Frage ein weiteres Mal vertagte.

---

[48] Aufzeichnung von Frowein vom 14. 11. 1955; Vermerk des AA vom 21. 2. 1956, PA, 1035, 708, 82.20–82–70, 92.19.

[49] Vermerk vom 22. 4. 1960, PA, 1035, 708, 82.60, 92.19.

[50] Yachil an den Generaldirektor vom 22. 7. 1953, ISA, 617/16.

[51] Goldmann an Shinnar vom 28. 2. 1955; Shinnar an Goldmann vom 21. 3. 1955, CZA, Z6/1996.

[52] Rowas, AA, an die Film Presse Agentur & Co. vom 22. 4. 1960, PA, 708, 82.60, 92.19.

[53] Ma'ariv (Tel Aviv) vom 31. 12. 1956.

[54] Knesset-Protokolle [hebr.], 224. Sitzung am 16. 1. 1957, S. 775–776.

[55] Bar-Yehuda an Ben Gurion vom 4. 2. 1958; Ben Gurion an Bar-Yehuda vom 4. 2. 1958, BGA, Correspondence File, 1958.

Nachdem auch der Status von österreichischen Produktionen nicht endgültig geregelt werden konnte, reichte die österreichische Regierung beim israelischen Außenministerium offiziellen Protest gegen die Diskriminierung bzw. den Boykott österreichischer Filme ein. Darauf reagierte das israelische Außenministerium mit einer Rechtfertigung des Boykotts deutsch-österreichischer Koproduktionen.[56] Ein endgültiger Regierungsbeschluß über deutsche Filme ließ aber weiter auf sich warten. In der Zwischenzeit verstärkte sich sowohl der Druck der Filmimporteure gegen das Verbot als auch der öffentliche Protest gegen die Aufführung deutschsprachiger Filme in Israel, angeführt von vier Organisationen ehemaliger NS-Widerstandskämpfer und KZ-Häftlinge.[57] Diese Organisationen forderten ein generelles Verbot für die öffentliche Aufführung deutschsprachiger Filme in Israel. Die Swastikawelle der frühen sechziger Jahre der Bundesrepublik verschärfte den Disput noch zusätzlich, und die Regierung wurde mehrfach aufgefordert, endgültig Klarheit zu schaffen. Auf deutscher Seite protestierten deutsche Produzenten gegen die Diskriminierung durch Israel und forderten eine Intervention des Auswärtigen Amts. Dort gab man zu bedenken, daß eine solche Intervention die Lage allenfalls noch verschlimmern könnte. Die Sache gehöre „zu zahlreichen Einzelfragen der deutsch-israelischen Beziehungen, in denen nur Zurückhaltung und Geduld auf deutscher Seite zu gewünschtem Erfolg führen könne", bemerkte dazu das Referat 708.[58]

Die meisten Auseinandersetzungen und Konflikte ereigneten sich aus unerfindlichen Gründen im Bereich Musik. Bis heute umstritten ist etwa die Frage, ob man die Werke des erklärten Antisemiten Richard Wagner oder des NS-Kollaborateurs Richard Strauss spielen bzw. vom Mitläufer Herbert von Karajan dirigierte Musik hören dürfe. Ja, selbst die deutschen Chortexte zu Beethovens IX. Symphonie und Schuberts Lieder gaben zu manchen Diskussionen Anlaß. Der Begeisterung der Liebhaber dieser Werke stand die Holocaust-Erinnerung entgegen. Die israelischen Komponisten machten einen besonders militanten Eindruck. Da sie jeden Kontakt mit deutschen Kulturinstitutionen ablehnten, war eine Verständigung über die Aufführung oder Aufnahme israelischer Werke in Deutschland von vornherein ausgeschlossen.[59] Später bewilligte die israelische Regierung offiziell israelische Musikdarbietungen in Deutschland, um die Leistungen des jungen Staates einem breiten Publikum vorzustellen. Ungeachtet der fortdauernden Boykottdebatte verschafften sich die israelischen Musikliebhaber sowohl Zugang zur modernen deutschen Musik als auch zu den Klassikern. 1965 erschienen in Israel zum ersten Mal Pressenotizen über die Einladung eines Berliner Orchesters, die jedoch umgehend dementiert wurden. Es könnte sich um einen Versuchsballon gehandelt haben.

---

[56] Ref. 708 an Ref. 605 betr. Neue Film Verleih GmbH vom 23. 8. 1960, PA, 1035, 708, 82.60, 92.19.

[57] Die Welt (Hamburg) vom 6. 2. 1959.

[58] Ref. 708 an das Ref. 606 vom 23. 8. 1960, PA, 1035, 708, 82.60, 92.19.

[59] Das AA an die Israel-Mission vom 20. 10. 1953; Yachil an den Rechtsberater des israelischen Außenministeriums vom 11. 11. 1953, ISA, 617/16; AWJD vom 4. 6. 1954; Westeuropaabteilung an die Mission vom 2. 1. 1955, ISA, 610/22.

4. Sport

Die im sportlichen Wettkampf unvermeidliche direkte Begegnung war für israelische Sportler, die mit deutschen Sportlern zusammentrafen, oft ein emotionsgeladenes Ereignis. Soweit es ging, mieden die Israelis Sportwettkämpfe mit deutschen Sportlern und Mannschaften. Zur ersten Begegnung im Sport zwischen einer deutschen und einer israelischen Mannschaft kam es anläßlich der Schacholympiade im Herbst 1952 in Stockholm. Die israelischen Schachspieler wurden angewiesen, der ägyptischen Mannschaft ohne Vorbehalte zu begegnen, den Deutschen gegenüber dagegen kühle Korrektheit zu demonstrieren.[60] Bei der Schacholympiade von 1954 in Amsterdam spielte eine israelische gegen eine ostdeutsche Mannschaft, und im selben Jahr standen sich ein Israeli und ein Deutscher bei den Tennismeisterschaften in Wimbledon gegenüber. 1955 sprach sich das israelische Außenministerium gegen einen deutsch-israelischen Segelflugwettbewerb aus und vier Jahre später gegen ein Freundschaftsspiel der Fußballmannschaft Rot-Weiß Essen in Israel.[61] Entsprechend riet die israelische Diplomatie einem israelischen Fußballspieler, eine Einladung der Mannschaft Victoria Köln abzulehnen. Im Vorfeld der Schachmeisterolympiade in Frankfurt an der Oder im Oktober 1960 schlug das israelische Außenministerium vor, den anderen westlichen Mannschaften zu folgen, d.h. wenn sie sich für eine Teilnahme entschieden, sollte es Israel auch tun.[62] Der Kalte Krieg machte die Angelegenheit noch komplizierter: Frankfurt an der Oder lag nicht nur in Deutschland, sondern dazu noch im Osten. Insgesamt gab sich die israelische Regierung im sportlichen Bereich eher kompromißbereit. Offensichtlich hielt sie sich dabei an folgende Regel: Israel nimmt an internationalen Sportwettkämpfen mit deutscher Beteiligung teil, meidet aber deutsch-israelische Sportveranstaltungen.

5. Wissenschaft, Ausstellungen, internationale Foren

Das israelische Außenministerium riet israelischen Wissenschaftlern in der Regel von der Teilnahme an Konferenzen in Deutschland oder von der Annahme von Einladungen deutscher Institute ab. Sollte dennoch ein Besuch in Deutschland in Erwägung gezogen werden, so schlug das Außenministerium vor, zuerst die Kriegsvergangenheit der einladenden Institute oder Personen zu prüfen. Ein Wissenschaftler des Haifaer Technikon erhielt 1954 die Ehrendoktorwürde der Stuttgarter Universität, weigerte sich jedoch, den Titel dort in Empfang zu nehmen. Auf diesen Fall angesprochen, meinte Außenminister Sharett, der Wissenschaftler solle den Preis akzeptieren, sofern er ihn ohne eine Reise nach Stuttgart empfangen könne und eine gründliche Überprüfung des Instituts nicht gegen eine An-

[60] Westeuropaabteilung an den Israelischen Schachverband vom 21. 7. 1952, ISA, 2539/2.
[61] Ilsar an die Abteilung Vereinte Nationen vom 29. 7. 1955, ISA, 2539/4.
[62] Shinnar an Savir vom 7. 3. 1960, ISA, 300/8.

nahme spreche.[63] Im August desselben Jahres diskutierte das Kabinett die israelische Beteiligung an internationalen Zusammenkünften in Deutschland und übertrug die Entscheidung dem Ministerpräsidenten.[64]

Fast von Anfang an kauften israelische Institutionen in Deutschland nicht nur wissenschaftliche Literatur, sondern auch Geräte und Apparaturen. Israelische Forscher wurden dazu ermuntert, Beiträge in deutschen Fachzeitschriften zu veröffentlichen, nicht jedoch deutsche Beiträge in eigenen Zeitschriften zu akzeptieren. 1961 stellte der Generaldirektor des israelischen Gesundheitsministeriums fest, daß Beiträge israelischer Wissenschaftler in deutschen Fachzeitschriften erscheinen und daß deutsche Institutionen wissenschaftliches Material in Israel anfordern könnten, ohne den israelischen Medizinerverband zu konsultieren.[65] Im wissenschaftlichen Verkehr zwischen beiden Ländern wurden schlicht Fakten geschaffen. Dabei unterstützte das Außenministerium die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen israelischen und deutschen Forschern, wie sich etwa in der Archäologie und der Meteorologie zeigte.[66]

Zwischen israelischen Forschern und dem Max-Planck-Institut der Heidelberger Universität entwickelten sich rege Kontakte auf verschiedenen Gebieten. Angeführt wurden diese Zusammenarbeit auf israelischer Seite vom Weizmann-Institut in Rehovot. Forscher des Max-Planck-Instituts und des Weizmann-Instituts trafen sich bereits 1956 außerhalb Israels zu Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen beiden Instituten, die sich später zu einem intensiven wissenschaftlichen Austausch entwickeln sollte.[67] Der Heidelberger Physiker Hans Jensen hielt 1957 im Weizmann-Institut die erste Vorlesung eines deutschen Wissenschaftlers in Israel. 1958 zahlte die Alexander von Humboldt-Stiftung zum ersten Mal einem israelischen Wissenschaftler – einer Rechtswissenschaftlerin – einen Forschungszuschuß. 1959 lehrten am Weizmann-Institut zwei deutsche Kernphysiker, Wolfgang Gentner und Otto Hahn, als Gastdozenten.[68] Ihr Aufenthalt löste zahlreiche Gerüchte über eine deutsch-israelische Zusammenarbeit im Nuklearbereich aus.[69] Obwohl die informelle – von der Regierung stillschweigend geduldete – Zusammenarbeit zwischen dem Weizmann-Institut und deutschen Wissenschaftlern später auch offiziell genehmigt wurde, kann doch behauptet werden, daß sich die Wissenschaftler in der Regel nicht um die Vorgaben der politischen Stellen kümmerten. Die amtlichen Boykottaufrufe und Sanktionen

---

[63] Der Direktor der Westeuropaabteilung an das Ministerbüro vom 10. 5. 1954, ISA, 3099/25.

[64] Ilsar an den Generaldirektor vom 29. 6. 1954, ISA, 3309/25.

[65] Dr. S. Suessmann, Generaldirektor das Gesundheitsministeriums, an Bendor, israelisches Außenministerium, vom 3. 12. 1961, ISA, 3309/15.

[66] Das Büro des Generaldirektors an Shinnar vom 19. 2. 1955, ISA, 517/7; Ilsar an die Abteilung für die Vereinten Nationen vom 29. 7. 1955, ISA 2539/4.

[67] HEATID (Tel Aviv) Nr. 32 von 1974.

[68] Vermerk von v. Hase vom 28. 10. 1964, PA, B36, 110, 82.00, 92.19.

[69] Zur Förderung des wissenschaftlichen Austauschs mit der deutschen Forschergemeinde durch das Weizmann-Institut: NICKEL, Es begann in Rechovoth, S. 18–35; Vermerk von v. Hase vom 28. 10. 1964, PA, B36, 110, 82.00, 92.19; Vialon, Bundeskanzleramt, an Lahr, AA, vom 15. 11. 1961, PA 708, 82.60, 92.19.

konnten israelische Wissenschaftler jedenfalls nicht davon abhalten, Kontakte mit deutschen Forschern und Forschungsinstituten zu knüpfen.

Anläßlich des 85. Geburtstags von Martin Buber bat die Ruhr-Universität Bochum um Erlaubnis, ihr Institut für Judaistik nach dem berühmten Philosophen benennen zu dürfen.[70] Ein anderer Vorschlag betraf die Einrichtung eines Franz Oppenheimer-Lehrstuhls an der Hebräischen Universität, benannt nach dem bekannten deutsch-jüdischen Soziologen und Nationalökonomen, zu dessen Schülern auch Ludwig Erhard gezählt hatte.[71]

Die Aufgabe von israelischen Ausstellungen in der Bundesrepublik war es, die Neugier des westdeutschen Publikums über Israel zu befriedigen. Die erste israelische Ausstellung in Deutschland – „Alt-Neuland" – fand 1954 statt.[72] Die israelischen Ausstellungen in Westdeutschland lassen sich in drei Hauptkategorien einteilen: Ausstellungen, die das Leben und die Landschaften Israels bzw. des Heiligen Landes beschrieben oder mit anderen Worten, zu Propaganda neigende PR-Ausstellungen für die breite Öffentlichkeit. Sie wurden in der Regel von der Israel-Mission angeregt. Eine weitere Kategorie betraf Fach- und Kunstausstellungen. Ausstellungen dieser Art beschäftigten sich mit israelischer Kunst, archäologischen Ausgrabungen, jüdischer Geschichte usw. und wurden entweder auf lokale Initiative, von Berufsverbänden oder ganz spezifischen Stellen in Israel durchgeführt. Israelische Kunstausstellungen kamen in manchen Fällen auf lokale Initiative, oft nicht aus künstlerischen Gründen, zustande. Die erste israelische Kunstausstellung in Deutschland wurde 1960 in Köln eröffnet.[73] Schließlich sind die israelischen Handelsausstellungen zu erwähnen. Hierbei handelte es sich entweder um Einzelausstellungen, die Produkten der israelischen Landwirtschaft und Industrie gewidmet waren oder um Ausstellungen innerhalb allgemeiner deutscher Handelsmessen. Die israelischen Stände an solchen Messen, die sich in den fünfziger Jahren besonderer Beliebtheit erfreuten, zogen ein breites Publikum aus allen Bevölkerungsschichten sowie Schulklassen und Vereine von Freunden Israels an. Die erste bundesdeutsche Handelsmesse mit israelischer Beteiligung war die Frankfurter Messe von 1957. Fälle, in denen Einzelpersonen unberechtigt als Vertreter des Staates Israel auftraten und dem Ansehen des jüdischen Staates und seiner Ausfuhr dabei Schaden zufügten, veranlaßten die israelische Regierung, sich bei der Organisation von Ausstellungen im Ausland fortan stärker zu engagieren.[74]

Israelische Redner, besonders Persönlichkeiten wie Martin Buber und Max Brod sowie Diplomaten wie Yachil und Tavor, waren bei öffentlichen Anlässen, in Seminaren, Studentenzirkeln sowie in Intellektuellen- und Akademikerkreisen, an Hochschulen und in Kirchenvereinen sehr gefragt. Die antideutsche Lobby in der Knesset war nicht glücklich über den regen kulturellen Austausch, faktisch aber machtlos.

---

[70] Gerstenmaier an Shinnar vom 17. 1. 1963, ISA, 322/8.
[71] Vermerk des AA vom 20. 8. 64, PA, B36, 110, 82.00, 92.19.
[72] AWJD vom 21. 5. 1954.
[73] DEUTSCHE ZEITUNG (Köln) vom 27. 9. 1960.
[74] Savir an Shinnar vom 24. 5. 1959, ISA, 300/7.

6. Verkehrsverbindungen und Fernmeldeverkehr

Der Fracht- und Personenverkehr zwischen deutschen und israelischen Häfen wurde im Jahre 1949 aufgenommen.[75] Die ersten Frachter auf dieser Linie transportierten das persönliche Eigentum von DPs und wenig kommerzielle Fracht. Der angesichts des spärlichen Handels zunächst geringe Verkehr weitete sich später mit dem Beginn des Schilumimgüterflusses beträchtlich aus.

Auch der Post- und Telekommunikationsverkehr hatte anfänglich mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Am Anfang schickte die Deutsche Post die für Israel bestimmte Post zunächst nach Jordanien, wo sie oft verlorenging. Ein Abkommen über eine direkte Telephonverbindung wurde erst 1964 erzielt.

Die Herstellung einer regelmäßigen Flugverbindung dauerte etwa acht Jahre. Am 11. Juli 1951 stimmte das israelische Kabinett gegen direkte Flugverbindungen mit Deutschland[76], eine Entscheidung, die sowohl im Ausland als auch in Israel selbst kritisiert wurde. Der politische Ausschuß der Mapai kommentiere sie mit der Bemerkung, man könne Deutschland nicht von der Landkarte streichen, und sprach sich für Flüge der staatlichen Fluggesellschaft El Al nach Deutschland aus.[77] Am nächsten Tag rollte das Kabinett die Frage wieder auf und beauftragte einen Ausschuß mit der Prüfung der Frage, ob El Al-Flugzeuge deutsche Flughäfen anfliegen sollten.[78] Das israelische Außenministerium wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß israelische Schiffe regelmäßig in deutsche Häfen einlaufen würden. Am 13. September 1953 landete zum ersten Mal ein israelisches (Fracht-)Flugzeug auf deutschem Territorium.[79] Anfang 1954 reichte Shinnar sodann ein offizielles Gesuch für einen wöchentlichen El Al-Flug mit Fracht, Passagieren und Post nach Düsseldorf ein.[80] Rund fünf Monate später, am 22. Juni 1954, landete dort der erste reguläre Flug aus Israel unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Flugzeug hatte nur Fracht geladen und kehrte mit Schilumimgütern nach Israel zurück. Die erste El Al-Fluglinie nach Deutschland, via Rom nach Frankfurt am Main, wurde erst am 22. Februar 1958 eröffnet. Am ersten Flug nach Israel nahmen mehrere hohe Beamte des Auswärtigen Amts und des Bundeskanzleramts, jüdische Persönlichkeiten und Journalisten teil.[81] Lufthansa folgte El Al auf der Linie nach Tel Aviv.[82] Nach der israelischen Schiffahrtsgesellschaft ZIM begann auch die Deutsche Levant Maritime Comp. auf der Linie Bremen-Haifa zu verkehren. Die regulären See- und Luftverbindungen bildeten die Grundlage für den zunehmenden Touristenverkehr zwischen beiden Ländern.

---

[75] DAWAR (Tel Aviv) vom 7. 3. 1949.
[76] Protokoll der Kabinettssitzung Nr. 44/311 vom 11. 7. 1951, ISA, 7264/1.
[77] Protokoll der Sitzung des politischen Komitees vom 28. 3. 1953, LPA, Protokolle des Politischen Komitees der Mapai.
[78] Protokoll der Kabinettssitzung Nr. 28/313 vom 29. 3. 1953, ISA, 7264/9.
[79] MA'ARIV (Tel Aviv) vom 13. 9. 1953.
[80] Shinnar an die Alliierte Hohe Kommission vom 25. 1. 1954, ISA, 572/2b.
[81] COBURGER, Die Beziehungen, S. 189.
[82] Ebd.

7. Der Reiseverkehr

Der Reiseverkehr zwischen Eretz Israel und Deutschland nach 1945 durchlief verschiedene Phasen. Bei den ersten Reisen handelte es sich um Besuche von Bürgern des britischen Palästinamandats im besetzten Deutschland. Der Besucherstrom in Richtung Deutschland riß auch nach der Gründung des Staates Israel nicht ab, trotz behördlicher Schikanen. Demgegenüber war der von den israelischen Behörden stark behinderte Reiseverkehr in umgekehrter Richtung zunächst sehr spärlich. Einzelnen deutschen Staatsbürgern gelang die Einreise nach Israel dennoch. Später folgten Gruppen – Studenten und Jugendliche. Mit dem Aufkommen des israelischen Gruppenreiseverkehrs nach Deutschland bot sich dann die Möglichkeit von Austauschprogrammen. So wurde der gegenseitige Reiseverkehr – vor allem zu Tourismus- und Pilgerzwecken – allmählich immer dichter.

Soldaten der jüdischen Palästinabrigade betraten als erste jüdische Bürger des britischen Palästinamandats deutsches Territorium. Später folgten verschiedene offizielle Vertreter, Sozialarbeiter, Lehrer usw. mit diversen Aufgaben im Zusammenhang mit den DPs. Schließlich folgten Kaufleute, Privatreisende, darunter Einzelpersonen mit Restitutionsansprüchen, Politiker und andere mehr. Die israelischen Behörden versuchten, die Ausreise in geordnete Bahnen zu lenken und die Zahl der israelischen Besucher in der Bundesrepublik zu begrenzen. Ein Ausdruck des Deutschlandboykotts war der Stempel in israelischen Pässen „not valid for Germany" (gilt nicht für Deutschland). Israelische Bürger, die einen Besuch in der Bundesrepublik planten, mußten im Innenministerium einen entsprechenden Antrag stellen. Die westdeutschen Behörden ignorierten den Stempel zunächst. Sie hatten keinen Grund, den israelischen Boykott zu unterstützen. So stellten, wie bereits erwähnt, westdeutsche Konsulate in Nachbarländern Sichtvermerke für Israelis aus und stempelten diese auf Anfrage auf ein Beiblatt anstatt direkt in den Paß, um den Besucher vor strafrechtlicher Verfolgung zu schützen.[83] Das britische Konsulat in Haifa, das israelische Konsulat in München und die kurzlebige israelische Vertretung in Berlin standen den israelischen Reisenden zu Diensten.

Als jedoch der israelische Tourismus in die Bundesrepublik anzuschwellen begann und ein Teil der Besucher beabsichtigte, sich in Deutschland niederzulassen, entdeckten die westdeutschen Behörden die Vorzüge des Stempels und benutzten ihn zur Ablehnung von Visumanträgen israelischer Bürger. Eine Zeit lang unternahmen die israelischen und westdeutschen Behörden gemeinsame Anstrengungen zur Begrenzung der Einreise von Israelis in die Bundesrepublik. Das Hauptmotiv auf israelischer Seite war längst nicht mehr der Deutschlandboykott. Vielmehr stand nun die zionistische Ideologie, die Eretz Israel als Heimat der Juden betrachtet, im Vordergrund. Deshalb wurde versucht, die dieser Ideologie widersprechende Auswanderung aus Israel zu verhindern. In der Bundesrepublik war das Verhalten der Behörden von antisemitischen Untertönen begleitet. Mit amtlichen Maßnahmen war man bestrebt, die Niederlassung von Juden in Deutsch-

[83] Shlomai an Shinnar vom 6. 8. 1953, ISA, 572/2a.

land zu verhindern. 1958 wurden israelische Visumanträge ohne Begründung zurückgewiesen.[84]

Berichte der israelischen Tageszeitung *Yediot Achronoth* über angebliche Diskrimierung israelischer Visumsanwärter in der Bundesrepublik dementierte Außenministerin Golda Meir in der Knesset[85] und fügte hinzu, daß Regierungsvertreter auf Staatsreise, Kaufleute mit Bewilligung der Handelskammer, Akademiker und Lehrer mit offiziellem Auftrag sowie Entschädigungsanwärter ein einwöchiges Transitvisa erhielten und kein spezielles Visum bräuchten. Meirs Erläuterungen scheinen den Verdacht der deutsch-israelischen Zusammenarbeit in diesem Bereich endgültig zu bestätigen. Westdeutsche Stellen hatten zwar bereits 1955 erwogen, die Visumpflicht für israelische Besucher aufzuheben. Der Plan wurde jedoch aufgrund von Befürchtungen des Bundesinnenministeriums zurückgestellt, Israel könne sich weigern, unerwünschte Einreisende wieder aufzunehmen.[86] Ein weiteres Hindernis war die ausschließlich von israelischen Besuchern geforderte Kaution von DM 1000. Der Sprecher der Bundesregierung bezeichnete die Kautionspflicht für israelische Bürger am 16. März 1960 im Bundestag als Vorsichtsmaßnahme, die verhindern sollte, daß Israelis in Deutschland illegal arbeiteten. Darauf wollte der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt wissen, worin sich israelische Schwarzarbeiter denn von ihren italienischen und spanischen Kollegen unterschieden.[87]

Die israelische Regierung protestierte weder gegen diesen noch gegen andere Fälle von Diskriminierung. Sie wurde angesichts der Diskriminierung deutscher Visumanwärter in Israel und wegen der eigenen Absicht, den Aufenthalt von Israelis in Deutschland zu verhindern, stillschweigend in Kauf genommen. Der Stempel wurde am 1. Mai 1956 zwar abgeschafft[88], die Bewilligungspflicht für Deutschlandreisen damit jedoch nicht aufgehoben. Leitende Beamte des israelischen Außenministeriums erkannten aber schließlich, daß der Boykott gegen Deutschland nicht mehr zeitgemäß war, und legten 1961 Vorschläge für drastische Änderungen der Deutschlandpolitik vor. Nach dem Eichmann-Prozeß wurden die Beschränkungen für Reisen nach Deutschland aufgehoben.[89]

Der israelische Reiseverkehr nach Deutschland – Einzelreisende, Gruppen (darunter auch Soldaten) und Neueinwanderer, die ihre alte Heimat besuchten oder dorthin zurückkehrten – nahm stetig zu. Bei letzteren erfreute sich die doppelte Staatsbürgerschaft zunehmender Beliebtheit. Viele Israelis deutscher Herkunft sicherten sich neben der israelischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Man kann davon ausgehen, daß die große Verbreitung von bundesdeutschen Pässen in Israel zur Abschaffung des erwähnten Stempels beigetragen hat. Angesichts

---

[84] Die Welt (Hamburg) vom 15. 7. 1958.

[85] Knesset-Protokolle [Original hebr.], 42. Sitzung am 1. 2. 1960, S. 513.

[86] Abt. Westeuropa an Shinnar vom 10. 1. 1955, ISA, 613/7; Naor an die Abt. Westeuropa vom 27. 1. 1955, ISA, 2588/23.

[87] Artikel „Juden unerwünscht?" von Dr. Adolf Arndt im SPD-Pressedienst vom 19. 3. 1960, AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Nr. 468.

[88] Scheck an Sharett vom 25. 4. 1956, ISA, 2539/4.

[89] Der Direktor der Westeuropaabteilung an den Generaldirektor vom 18. 3. 1961, ISA, 3309/13.

der verbreiteten Deutschfeindlichkeit ist die außergewöhnliche Dynamik des israelischen Erholungs- und Besichtigungstourismus in Deutschland mehr als erstaunlich. Andererseits ist daran zu erinnern, daß viele Israelis Deutschland bis heute boykottieren.

Der deutsche Reiseverkehr nach Israel entwickelte sich langsamer und war wiederholt Gegenstand interner Debatten und Konsultationen. Bei den ersten Bürgern der Bundesrepublik, die – 1950 – offiziell nach Israel eingeladen wurden, handelte es sich, wie erwähnt, um sogenannte Gerechte der Nationen wie etwa Kreisdekan Maas. Die ersten deutschen Journalisten, denen die israelischen Behörden die Einreise erlaubten, waren sodann bekannte Sympathisanten des jüdischen Staates, darunter Rudolf Küstermeier, Rolf Vogel und Erich Lüth. Alle drei mußten ihre Identität bei ihrem ersten Besuch aus Sicherheitsgründen verheimlichen, aber auch, um Skandale zu vermeiden. Prälat Meinartz aus Köln war der erste Vertreter der katholischen Kirche, der eine offizielle Einreiseerlaubnis erhielt. Er wurde von ein paar Pilgern begleitet, die sich Reisegruppen aus anderen Ländern anschlossen, und von Privatreisenden auf Verwandtenbesuch.[90] Der Besucherstrom sowohl von katholischen als auch von evangelischen Geistlichen aus Deutschland nahm ständig zu. Der erste deutsche Politiker, der israelisches Territorium betrat, war Franz Böhm. Josephthal machte im März 1953 den Vorschlag, Böhm nach Israel einzuladen, doch Ben Gurion lehnte dies mit Hinweis auf den großen Sicherheitsaufwand ab, den ein solcher Besuch erfordern würde.[91] Doch bereits zwei Monate später, nach der Ratifizierung des Schilumimabkommens, erfolgte die Einladung.[92]

Der Besucherstrom aus Deutschland, gleichgültig in welchem Umfang, war der rechten Opposition ein Dorn im Auge. Auf eine parlamentarische Anfrage sagte Sharett am 29. Juli 1953 in der Knesset, daß bis zu jenem Zeitpunkt acht deutsche Staatsangehörige nach Israel eingereist seien, darunter drei „Gerechte der Nationen" und fünf Rentnerinnen auf Verwandtenbesuch. Etwa dreißig Gesuche seien in Behandlung, wobei sich das Außenministerium strikt an die bestehende Politik halte.[93] Aus Sharetts Angaben könnte man schließen, daß der Staat Israel nur „Gerechte der Nationen" und nahe Verwandte von Einwohnern Israels einreisen ließ. Doch aus den Dokumenten geht hervor, daß zu den deutschen Besuchern in Israel längst auch proisraelische Journalisten und Politiker, Kirchenvertreter und Pilger zählten. Die Zulassungskriterien waren offensichtlich breiter gefaßt, als von Sharett zugegeben, und weiteten sich ständig weiter aus.[94] 1954 reiste ein deutscher Arzt in Israel ein, um Opfer der NS-Verfolgung zu untersuchen.

---

[90] Schwartz an Landauer vom 18. 10. 1950, ISA, CZA, L47/148/1; Livneh an die Abt. Westeuropa vom 18. 10. 1951, ISA, 2539/2; Livneh an die Abt. Westeuropa vom 11. 10. 1951. ISA, 2539/1; LÜTH, Die Friedensbitte.

[91] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 22. 3. 1953, BGA, BGD.

[92] Shinnar an Böhm vom 11. 5. 1953; Böhm an Shinnar vom 20. 5. 1953, CZA, Z6/1999.

[93] KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 3. Knesset, 279. Sitzung am 29. 7. 1953, S. 2065.

[94] KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 3. Knesset, Sitzungen am 6. 3. 1954, S. 1199 und am 17. 3. 1954, S. 1219; Najar, Abt. Westeuropa, an Sahar, Israelischer Polizeichef, vom 16. 5. 1954 und 23. 5. 1954; Die israelische Polizei an den Außenminister vom 22. 5. 1954, ISA, 2546/11.

Der zunehmende Strom von Visumsanträgen und Besuchern erforderte die Formulierung entsprechender Vorschriften. Das Außenministerium informierte die Grenzpolizei über die Voraussetzungen für die Einreise deutscher Staatsbürger wie folgt: Einreisen dürfe, wer keine NS-Vergangenheit habe, deutscher Staatsbürger jüdischer Abstammung oder Verwandter von israelischen Staatsbürgern sei. Einreisevisa erhielten zudem Geistliche mit Antinazivergangenheit, Pilger (sofern sie mit Gruppen aus anderen Ländern reisten), Konferenzteilnehmer, Spezialisten auf Einladung der Schilumimgesellschaft und Gäste des Außenministeriums. Die Polizei sprach sich gegen die Einreiseerlaubnis für nichtjüdische Verwandte von israelischen Bürgern aus, da man, wie es hieß, nicht für ihre Sicherheit garantieren könne. Das Außenministerium billigte diesen Einwand im Grundsatz und wies darauf hin, daß deutsche Besucher überall dort ein Sicherheitsrisiko darstellten, wo sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen könnten. Eine solche Gefahr bestehe nicht bei deutschen Pilgern, die zusammen mit Bürgern anderer Staaten reisten. Internationale Regeln machten zudem die Zulassung von Konferenzteilnehmern unumgänglich, und die deutschen Spezialisten seien unersetzlich.[95] Die Vorschriften deckten nicht alle Kategorien deutscher Besucher in Israel ab, lassen jedoch den Schluß zu, daß die persönliche Sicherheit der Besucher das wichtigste Entscheidungskriterium war. Die deutschen Matrosen auf deutschen Schiffen mit Schilumimgütern bereiteten der israelischen Polizei und anderen Sicherheitsorganen des Landes erhebliches Kopfzerbrechen. Doch die Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht. Die Besatzungen der deutschen Schiffe stellten kein Sicherheitsrisiko dar, ganz im Gegensatz zu israelischen Matrosen, die in deutschen Häfen in Raufereien mit antisemitischem Hintergrund verwickelt waren.[96]

Als nicht unerheblich wurde das Sicherheitsrisiko erachtet, das von deutschen Flugpassagieren bei Zwischenlandungen auf dem Flughafen Lod in Israel ausging. In solchen Fällen durften die Passagiere eine Nacht auf dem Flughafen verbringen und unbehelligt wieder ausreisen, trotz des Gesetzes zur Verfolgung von Nationalsozialisten. Der Besuch eines Vertreters des Auswärtigen Amtes in Israel auf einer Rundreise durch den Nahen Osten mußte im Jahr 1955 nach scharfen Protesten der Opposition in der Knesset abgesagt werden. Noch im selben Jahr reisten Friedrich Janz vom Bundeskanzleramt und Abraham Frowein vom Auswärtigen Amt nach Israel, ohne daß darüber Informationen an die Öffentlichkeit gelangten.[97] Zu den weiteren prominenten Besuchern zählte der Schilumimbeauftragte der SPD, der Bundestagsabgeordnete Heinrich Grewe, der evangelische Theologe Heinrich Grüber aus Berlin, Otto Küster, Böhms Partner bei den Verhandlungen

---

[95] Najar, Westeuropaabteilung, an den Oberbefehlshabenden der israelischen Polizei vom 15. 5. 1954; Matam, Abteilungsleiter der israelischen Polizei, an den Direktor der Westeuropaabteilung vom 22. 5. 1954; Najar, Westeuropaabteilung, an den Oberbefehlshabenden der israelischen Polizei vom 23. 5. 1954, ISA, 2546/11.

[96] Bericht vom 4. 8. 1952, ISA, 2542/11; HAARETZ (Tel Aviv) vom 5. 3. 1953; FAZ vom 15. 5. 1953; MAARIV (Tel Aviv) vom 19. 6. 1953; ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, Dok. Nr. 91, S. 327; ZMANIM (Tel Aviv) vom 5. 12. 1954.

[97] Berichte vom 28. 9. 1955 und vom 9. 10. 1955, ISA, 590/6; Shinnar an den Stv. Leiter der Abt. Westeuropa vom 21. 7. 1956, ISA, 2542/14.

in Wassenaar, und Max Adenauer, der Sohn des Bundeskanzlers.[98] Der israelische Geheimdienst forderte beim Holocaust-Forschungs- und Gedenkinstitut Yad Vashem Angaben über die Vergangenheit des jeweiligen Besuchers an.[99]

Deutsche Parteipolitiker, besonders SPD-Vertreter, waren häufige Gäste in Israel. Die meisten prominenten SPD-Bundestagsabgeordneten, unter ihnen auch Willi Eichler, Willy Brandt und Fritz Erler, begaben sich mindestens einmal nach Israel. Erich Ollenhauer stattete Israel 1957 einen Besuch ab, und Carlo Schmid folgte ihm zwei Jahre später. Schmid genoß als Politikwissenschaftler hohes Ansehen und wurde von der Hebräischen Universität mit einer Gastvorlesung geehrt. Seine Vorlesung war wahrscheinlich die erste in deutscher Sprache an einer israelischen Universität seit dem Krieg.[100] Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes und andere führende westdeutsche Gewerkschafter besuchten Israel ebenfalls. Weit weniger häufig waren Besuche von CDU/CSU-Vertretern. Im Januar 1958 reiste Karl Graf von Spreti, der das Luxemburger Abkommen im Bundestag begründet hatte, nach Israel. Ihm folgten im Herbst 1962 der Präsident des Bundestages, Eugen Gerstenmaier, und im Frühjahr 1963 Franz Josef Strauß. Der Besuch von Strauß war von lautstarkem Protest der Linken begleitet. Frau Gerstenmaier nahm als Mitglied der bundesdeutschen Delegation an den Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen des Staates Israel teil. Sie wurde von Ben Gurion in Sdeh Boker, in der Negev-Wüste, empfangen. Mit Ausnahme von Alt-Bundespräsident Theodor Heuss begab sich bis zu Thomas Dehlers Besuch im Jahr 1962 kein einziger hoher Vertreter der FDP nach Israel. Alt-Bundeskanzler Konrad Adenauer wurde 1966 in Israel sehr herzlich empfangen. Sein Besuch war aber auch von heftigen Studentenprotesten begleitet.

Wie bereits erwähnt, gingen von der Schilumimgesellschaft besonders viele Einladungen an offizielle Besucher aus Deutschland aus. Zu den Gästen der Schilumimgesellschaft gehörten neben Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Politik auch Geschäftspartner, deren Vergangenheit nicht immer über jeden Zweifel erhaben war. Der Direktor der Gesellschaft, Nahum Shamir, erinnerte sich später an seine diesbezüglichen Hemmungen.[101] Die Schilumimgesellschaft kam für sämtliche Reise- und Aufenthaltskosten ihrer Gäste auf und zahlte ihnen in gewissen Fällen auch ein Taschengeld. Die Gesellschaft besorgte die Visa und organisierte Besichtigungstouren und Treffen mit Israelis.

---

[98] DAWAR (Tel Aviv) vom 20. 4. 1955; Duriel an Ilsar vom 20. 11. 1955, ISA, 590/9; Shinnar an Sharett vom 24. 11. 1955; Shinnar an Ilsar vom 28. 2. 1956; Max Adenauer an Shinnar vom 20. 7. 1957, ISA, II, 183–12-chet; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 7. 11. 1958, BGA, BGD; MAARIV (Tel Aviv) vom 9. 3. 1956.

[99] Shinnar an die Abt. Westeuropa vom 18. 6. 1954, ISA, 2542/13; Beratungen über Deutschland vom 13. 10. 1955, ISA, 2539/4.

[100] Shinnar an das Israelische Außenministerium vom 19. 9. 1956, ISA, 3099/25; Tagebucheintrag Ben Gurions vom 25. 3. 1957; FAZ vom 22. 4. 1958; SCHMID, Erinnerungen, S. 637ff.; Putzrath an Herlitz vom 15. 7. 1960, AdsD, SPD-Vorstand; Shinnar an Brandt vom 31. 10. 1960, ISA, 3309/13.

[101] SHAMIR, Interviews.

In der Ausgabe von August 1957 kündigte der *Israel-Informationsdienst* eine Liberalisierung der Einreisebestimmungen für deutsche Touristen an.[102] Bis zu jenem Zeitpunkt reisten die wenigen deutschen Touristen, wie die Pilger, mit amerikanischen Gruppen in Israel ein. Um die Einreise ehemaliger Nationalsozialisten zu verhindern, mußten die Touristen eine Erklärung unterschreiben, wonach sie weder Mitglied der NSDAP gewesen waren, noch während des Krieges als Soldaten in der Wehrmacht gedient hatten. Rechtsgerichtete Knessetabgeordnete hielten dennoch an ihrer Opposition gegen den deutschen Tourismus in Israel fest, trotz sich daraus ergebender Einnahmen. Ein deutscher Spezialist für Israelreisen meinte im März 1961, es bestehe in der Bundesrepublik Interesse an Reisen nach Israel, warnte aber gleichzeitig vor einem zu schnellen Anstieg des deutschen Tourismus in Israel, da sich das Land zuerst daran gewöhnen müsse.[103] Wie auch immer, die israelische Opposition gegen die Einreise von Deutschen verstummte nicht. Anläßlich eines internationalen Kongresses der Widerstandskämpfer und Opfer des Nazismus in Israel im Herbst 1958 gelang es israelischen Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, die Teilnahme der deutschen Delegation, bestehend aus Franz Böhm und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Alfred Frenzel, zu verhindern.[104]

Auch das Auswärtige Amt war über den Anstieg des deutschen Tourismus in Israel im Hinblick auf negative arabische Reaktionen nicht glücklich. Die Situation gebe Anlaß zu „erheblichen Bedenken", und die sich „häufenden" Einladungen nach Israel würden ungute Reaktionen provozieren, hieß es. Einem Vertreter des Bundesfinanzministeriums wurde geraten, in Israel weder vor der Presse zu erscheinen noch mit Vertretern öffentlicher Organisationen zu sprechen. Er solle Zurückhaltung üben und sich nur zu vorab geplanten Treffen begeben.[105] In Anbetracht der fehlenden diplomatischen Beziehungen könnten solche Reisen leicht mißverstanden werden, meinten Beamte des Auswärtigen Amts und wiesen darauf hin, daß in der arabischen Presse bereits „unliebsame" Kommentare erschienen seien. Außer Diplomaten, die unbeschränkt reisen dürften, gebe es zu viele offizielle deutsche Besucher in Israel, mit oder ohne Einladung. Einladungen nach Israel sei, wenn möglich, nur in Form von Privatbesuchen nachzukommen, empfahl das Auswärtige Amt.[106] Die bundesdeutsche Diplomatie machte sodann Vertreter, die auf ein und derselben Reise einen Besuch in Israel und in arabischen Ländern planten, auf den arabischen Wirtschaftsboykott aufmerksam.[107] Der

---

[102] ISRAEL-INFORMATIONSDIENST Nr. 52 vom August 1957; MA'ARIV (Tel Aviv) vom 28. 6. 1957.

[103] Denkschrift des Deutschen Bundesjugendringes vom März 1961, PA, 708, 82.22, 92.19.

[104] FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 27. 10. 1958; interner Bericht von Alfred Frenzel über seine Eindrücke in Israel vom November 1958, AdsD, SPD-Vorstand, Abt. int. Beziehungen, Akte 2847.

[105] Vermerk über die Reise des Herrn Reg. Dir. Koppe, BMF, vom 26. 3. 1959, PA, 708, 82.22, 92.19.

[106] Duckwitz, Abt. 7, an die Abt. 4 betr. die Einladung an Müller-Graff vom 30. 1. 1960, PA, 82.00, P92.19; vgl. ähnliche Schreiben und Vermerke vom 15. 2. 1961, 16. 1. 1962, 26. 4. 1960, 5. 9. 1961, PA 708, 82.20, 92.19.

[107] Das Generalkonsulat, Damaskus, an das AA vom 17. 3. 1961, PA, 708, 82.20–82.70, 92.19.

westdeutsche Tourismus in Israel hatte steigende Tendenz, und kein einziger deutscher Tourist wurde je abgewiesen. Die israelische Fluggesellschaft El Al war einer der großen Nutznießer dieses Reiseverkehrs.[108]

8. Der Studenten- und Jugendaustausch

Israelische Studenten entdeckten Deutschland schon sehr früh. Bereits im Frühjahr 1956 wurde der Aufenthalt israelischer Studenten in der Bundesrepublik vom israelischen Außenministerium als quantitativ bedeutende Erscheinung vermerkt. Aus den Dokumenten geht zudem hervor, daß die israelische Diplomatie von diesen Studenten erwartete, sich öffentlich und politisch für den Staat Israel einzusetzen.[109] Es handelte sich um Emigranten aus Deutschland und um deren – fließend Deutsch sprechende – Nachkommen sowie um Einzelpersonen, die sich überwiegend auf bestimmte Fächer oder Berufe mit besonders guten Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland spezialisierten. Letztere hielten sich zum Teil aber auch aus anderen Gründen in Deutschland auf. Die Zahl der israelischen Studenten in Deutschland genügte 1956 offenbar für ein von deutschen Regierungsstellen organisiertes deutsch-israelisches Seminar, dessen Bedeutung für die israelische Öffentlichkeitsarbeit auch vom israelischen Außenministerium erkannt und deshalb unterstützt wurde.[110] Zu jener Zeit gab es keine offizielle Politik hinsichtlich Studienaufenthalten von israelischen Studenten in Deutschland. Studenten schrieben sich selbständig in deutschen Universitäten ein. Sie erhielten Stipendien und finanzielle Unterstützung von zu Hause. Die Abhängigkeit von solcher Unterstützung erforderte für Studien in Deutschland angesichts der Devisenbeschränkungen zwar ein gewisses Maß an behördlichem Entgegenkommen, doch verbindliche Vorschriften in diesem Bereich traten erst 1962 in Kraft. Danach war die Überweisung von Geldern ins Ausland für Studienzwecke nur an Studenten mit abgeschlossenem Militärdienst erlaubt und wenn das betreffende Studienfach in Israel nicht angeboten wurde und für die israelische Volkswirtschaft von Bedeutung war.[111] Für Studien in anderen Ländern galten ähnliche Regeln, doch die speziellen Bestimmungen für Deutschland waren eindeutig darauf ausgelegt, Studenten vom Studium in diesem Land abzuhalten. 1968 schrieb sich eine deutsche Studentin an der Hebräischen Universität ein, um eine Dissertation über die Eingliederung von Einwanderern aus Deutschland in Israel zu schreiben. Die Presse betonte, daß ihr Vater Antifaschist gewesen sei.[112]

1958 fanden in der Bundesrepublik die ersten Sommeraustauschprogramme mit israelischer Beteiligung statt. Die wenigen israelischen Teilnehmer – vor allem

---

[108] Vermerk vom 17. 1. 1962, PA, 708, 81.10/0–82.03, 92.19; DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 175.

[109] Ilsar an Anug vom 25. 6. 1956, ISA, 613/7.

[110] Ebd.; Shinnar und Anug an das israelische Außenministerium vom 1. 7. 1956; ISA, 613/7.

[111] Vermerk der Informationsabteilung der Israel-Mission vom 10. 1. 1962, PA, 708, 82.03, 92.19; Israeli Official Print vom 11. 1. 1962, PA 708, 81.00–82.03, 92.19.

[112] MA'ARIV (Tel Aviv) vom 8. 8. 1968.

Wirtschafts- und Medizinstudenten – wurden sorgfältig ausgewählt. Besonders begehrt waren die von Studentenorganisationen und studentischen Reiseveranstaltern durchgeführten Programme bei Medizinstudenten, die entsprechenden Druck auf die Behörden ausübten. Die damals von der Cherut-Partei dominierte Studentenorganisation der Hebräischen Universität stimmte gegen den Studentenaustausch mit Deutschland.[113] Das israelische Außenministerium berichtete, die Zusammenarbeit zwischen israelischen und deutschen Studenten stehe noch auf tönernen Füßen. 1956 prüfte Gertrud Luckner, ein führendes Mitglied des katholischen Caritas Verbandes aus Freiburg, in Israel die Möglichkeit, Israelreisen für deutsche Theologiestudenten zu organisieren. Doch das israelische Außenministerium war nicht begeistert. Man befürchtete eine kühle Aufnahme der deutschen Studenten.[114] 1957 berichtete der parlamentarisch-politische Pressedienst in Bonn über den Aufenthalt einer Gruppe von deutschen Studenten in Israel.[115] Vor dem Hintergrund der allmählichen Verbesserung des Klimas in Israel organisierten die sowohl vom Bundesinnenministerium als auch vom Auswärtigen Amt unterstützten Deutsch-Israelischen Studiengruppen (DIS) 1959 Gruppenreisen nach Israel.[116] Die Teilnehmer kehrten mit ausgezeichneten Eindrücken zurück. Sie zeigten sich überzeugt von der Notwendigkeit der Bekämpfung des Antisemitismus, und einzig die Lage der arabischen Bevölkerung in Israel gab zu Kritik Anlaß.[117] Das Auswärtige Amt sympathisierte mit dem Studentenaustausch, zögerte aber mit finanzieller Unterstützung.[118] Die israelische Rechte stand diesen Studentenreisen kritisch gegenüber, konnte sie aber nicht mehr verhindern.

Der Jugendgruppenreiseverkehr von und nach Israel begann Mitte der fünfziger Jahre und entwickelte sich ab Mitte der sechziger Jahre zu einer wahren Massenbewegung. Die Anfänge werden unterschiedlich beschrieben. Nach Ralph Giordano begann der Jugendreiseverkehr mit dem Treffen des internationalen Jugendherbergsverbandes von 1950 in London. Die erste deutsche Jugendgruppe reiste dann, laut Giordano, 1957 nach Israel.[119] Einer anderen Quelle zufolge soll der ursprüngliche Impuls von der Kölner Stadtverwaltung ausgegangen sein, die 1959 eine erste Gruppe von Jugendlichen nach Israel entsandte.[120] Der Jugendgruppenreiseverkehr genoß die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft für Jugendliche und Jugendfürsorge, deren Tätigkeit auch beim Auswärtigen Amt auf Anerkennung stieß.[121] Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Bundesjugendrings, Heinz Westphal, reichte dem Auswärtigen Amt im März 1960 eine ausführliche Denkschrift zum Thema Jugendaustausch ein.[122] Westphal stellte ein wach-

---

113 Savir an Shinnar vom 24. 5. 1959, ISA, 300/7.
114 Ilsar an Shinnar vom 8. 2. 1956, ISA, 590/9.
115 Der Parlamentarisch-Politische Pressedienst vom 4. 11. 1957, ISA, 3099/25.
116 Hess an die Westeuropaabteilung vom 9. 4. 1959, ISA, 3100/10II; Savir an Shinnar vom 24. 5. 1959, ISA 300/7; Voigt an das Ref. 604 vom 10. 2. 1960, PA, 1035, 708, 82.60, 92.19.
117 TAGESSPIEGEL vom 25. 11. 1960.
118 Ref. 708 an das Ref. 603 vom 13. 7. 1960, PA, 1035, 708, 82.60, 92.19.
119 NARBEN, SPUREN, ZEUGEN, S. 414.
120 Ref. 708 an Ref. 603 vom 13. 7. 1960, PA, 1035, 708, 82.60, 92.19.
121 Kolb, Ref. 604, an das Ref. 708 vom 13. 3. 1959, PA, 708, 82.22.
122 Denkschrift des Deutschen Bundesjugendringes betr. Prinzipielle Überlegungen zur Ent-

sendes Interesse bei deutschen Jugendlichen am Kontakt zu Israelis und zu israelischen Jugendlichen fest. Auch die israelische Jugend sei an Treffen mit Jugendlichen aus anderen Ländern interessiert, wenn auch die Begegnung mit deutschen Jugendlichen, so Westphal, nicht ganz unproblematisch sei. Nur wenige Organisationen in Israel seien bereit, schrieb Westphal weiter, deutsche Gruppen aufzunehmen und durchs Land zu führen. Die deutschen Jugendlichen würden sich in der Regel eine Weile in Kibbuzim aufhalten, wenn auch bislang nur der Mapai angegliederte Kibbuzim bereit gewesen seien, die jungen Leute aufzunehmen. Westphal hielt fest:

„Der Grundgedanke für die Entsendung deutscher Reisegruppen nach Israel kann es heute nur sein, eine intensive menschliche Begegnung herbeizuführen, zur Aussprache über Vergangenheit und Gegenwart zur Verfügung zu stehen, durch das eigene Verhalten den Nachweis zu führen, daß in unserem Land eine neue Generation heranwächst, die entschlossen ist, einen demokratischen Weg zu gehen und Unrecht wiedergutzumachen. Dazu kommt das Kennenlernen der Aufbauleistung des israelischen Volkes, das Studium der Wege, die dabei beschritten worden sind."[123]

Solche Reisen waren mit speziellen Vorbereitungen verbunden. Dazu gehörte auch der Unterricht über die jüngste deutsche Vergangenheit und den Holocaust sowie über die Gegenwartsgeschichte des jüdischen Volkes, des Staates Israel und des israelisch-arabischen Konflikts. Das Aufenthaltsprogramm der Gruppen in Israel läßt auf eine sehr sorgfältige Planung schließen. Die Jugendlichen wurden auch aufgefordert, den Kontakt mit Israelis zu suchen. Die Finanzierung der Reisen erfolgte aus eigenen Mitteln mit Zuschüssen der Regierung und öffentlicher Institutionen.[124]

Die Reisen nach Israel wurden von Jugendlichen in der Bundesrepublik, wie bereits dargelegt, mit großem Enthusiasmus, Interesse und Neugier erwartet. Zum Teil wurden solche Reisen als eine Art Sühne für die NS-Verbrechen betrachtet. Besonders ausgeprägt zeigte sich dies nach der Swastikawelle Anfang 1960. Sie führte später zur Gründung der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste.[125]

Auch das Jugendherbergswerk trug zur Förderung der Jugendreisen bei. Gönner aus Deutschland leisteten einen Beitrag zum Bau von Jugendherbergen in Israel, die jeweils nach ausgelöschten jüdischen Gemeinden oder im Holocaust umgekommenen jüdischen Persönlichkeiten benannt wurden.[126] Die deutschen Jugendgruppen übernachteten in diesen Jugendherbergen, die zum Teil mit direkter Hilfe der deutschen Jugend errichtet worden waren. Das israelische Außenministerium verfolgte die Israelreisen deutscher Jugendlicher mit einer gewissen Reserve und betrachtete die Annäherung zwischen Jugendlichen beider Länder

---

sendung deutscher Reisegruppen nach Israel und damit im Zusammenhang stehende Fragen vom März 1961, PA, 708, 82.22, 92.19.

123 Ebd.

124 Ebd.; HAASE, 20 Jahre; Varon an Ernst Simon vom 17. 1. 1961, ISA, 3309/14; KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 136. Sitzung am 30. 5. 1962, S. 2100.

125 BÖHME, Die Arbeit der „Aktion Sühnezeichen".

126 KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 258. Sitzung am 20. 3. 1961.

mit Skepsis. Der Vorschlag Heinrich Grübers, einen Ausschuß zur Förderung der Beziehungen zwischen Jugendlichen beider Länder einzusetzen, wurde vom israelischen Außenministerium umgehend verworfen. Israel, hieß es in einem internen Papier, sei daran zur Zeit nicht interessiert. Grüber sei mitzuteilen, daß gegenwärtig in Anbetracht der deutschfeindlichen Stimmung im Land kein Spielraum für den Jugendaustausch bestehe. Statt dessen konzentriere man sich besser auf die Einladung verdienstvoller Persönlichkeiten.[127]

Im März 1959 bat Teddy Kollek, einer von Ben Gurions Assistenten und späterer Bürgermeister von Jerusalem, seinen Chef um Erlaubnis, eine israelische Jugenddelegation zum Jugendherbergskongreß in Deutschland zu entsenden. Ben Gurion lehnte ab. „Wir werden keine Jugendgruppen dorthin schicken", notierte er in sein Tagebuch.[128] Deutsche Jugendliche wären gerne bereit gewesen, israelische Jugendliche zu empfangen.[129] Die deutsche Seite zeigte Verständnis für die israelischen Hemmungen („aus [...] ausgesprochenen Gründen kann von Israel nicht erwartet werden, daß deutsche Gegeneinladungen schon jetzt angenommen und befolgt werden. Dafür gilt es Verständnis zu haben"[130]), gab aber gleichzeitig der Hoffnung Ausdruck, sie könnten bald überwunden werden. Ein erstes Anzeichen dafür war die Deutschlandreise einer Mapai-Jugendgruppe im Jahre 1961, die vom israelischen Außenministerium unter der Bedingung bewilligt wurde, daß daran keine Jugendlichen im Schulalter teilnehmen würden.[131] Die für den Kontakt mit deutschen Gewerkschaften zuständige israelische Gewerkschafterin Yehudith Simchoni bemerkte zu einer Einladung von einunddreißig jungen israelischen Gewerkschaftern nach Berlin: „Ich bin zwar grundsätzlich für die Verbreitung von Information über Israel und die Förderung von Kontakten mit jüngeren Bevölkerungsschichten in Deutschland, kann aber persönlich nicht daran teilnehmen."[132] Während viele junge Israelis einer Reise nach Deutschland nicht abgeneigt waren, prüften Vertreter der älteren Generation zuerst jedes Detail über die Gastgeber und versuchten, die Annäherung zu bremsen.[133] Die Israelis erwarteten von ihren Gastgebern zudem die Deckung der Reise- und Aufenthaltskosten, eine schwere Last für die Gastgeber.[134] Obwohl immer mehr israelische Jugendliche an Gruppenreisen nach Deutschland teilnahmen, waren noch längst nicht alle Probleme des Jugendaustausches ausgeräumt.

Der informelle Kontakt zwischen der Bundesrepublik und Israel war vermutlich der beste Seismograph des dynamischen deutsch-israelischen Verhältnisses.

---

127 Varon an Shinnar vom 10. 8. 1961, ISA, 3309/4.

128 Tagebucheintrag Ben Gurions von einem nicht näher bezeichneten Tag im Jahr 1959, BGA, BGD.

129 Savir an Wolfgang W. Rücker, Johanniter-Unfall-Hilfe, vom 27. 5. 1964, ISA, 3532/4.

130 Denkschrift des Deutschen Bundesjugendringes betr. Prinzipielle Überlegungen zur Entsendung deutscher Reisegruppen nach Israel und damit im Zusammenhang stehende Fragen vom März 1961, PA, 708, 82.22, 92.19.

131 Westeuropaabteilung an Brosch vom 15. 12. 1961, ISA, 3309/14.

132 Yehudith Simchoni, Exekutivrat der Histadrut, an Zeev Scheck, Direktor der Abteilung für Internationale Beziehungen des israelischen Außenministeriums, vom 4. 3. 1965, ILA, Group 291a, File 132b.

133 HAARETZ (Tel Aviv) vom 17. 8. 1965.

134 HAASE, 20 Jahre, S. 99–100.

Während offizielle israelische Stellen die Annäherung zu bremsen versuchten, dominierte in manchen Bereichen – wenn auch in sehr unterschiedlichem Maß – auf beiden Seiten der Wunsch, die gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu vertiefen. Insgesamt war eine allmähliche Lockerung kontaktfeindlicher Gesetze und Verordnungen und ein wachsendes Interesse am gegenseitigen Austausch festzustellen. Die Außenministerien beider Länder verdienen dagegen schlechte Zensuren. Sie versuchten, die von der Bevölkerung ausgehende Dynamik der Annäherung zu bremsen bzw. in kontrollierbare Bahnen zu lenken. Je weniger die Ämter involviert waren, desto schneller kam die Annäherung voran. Mit anderen Worten, je mehr die behördliche Kontrolle zurückging, desto mehr nahm die Neigung auf israelischen Seite zu, die Selbstbeschränkungen im Hinblick auf Kontakte mit Deutschland fallenzulassen, und um so mehr verstärkte sich auch der Wunsch auf deutscher Seite, die Annäherung zu Israel zu fördern. Die Versuche beider Regierungen, die informellen Beziehungen zu hemmen, blieben letztlich erfolglos und waren sogar kontraproduktiv. Im Gegensatz zum gewundenen Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen verlief die informelle Annäherung zwischen beiden Ländern in geraderen Bahnen und überwiegend in positiver Richtung.

XIII. Waffen für den Nahen Osten

Wie wir bereits gesehen haben, kreisten die deutsch-israelischen Beziehungen um die drei Eckpunkte diplomatische Beziehungen, Finanzhilfe und Waffen, wobei jeweils einer oder zwei dieser Punkte vom Rest überschattet wurden. Aus Angst vor arabischen Protesten lief der deutsch-israelische Austausch, besonders im militärischen Bereich, in der Regel auf geheimen Kanälen ab. Sämtliche Kontakte mit militärischem Belang umgab ein dichter Schleier der Verschwiegenheit. Für die jüdische Gemeinschaft in Israel war die Geheimhaltung schon seit dem britischen Palästinamandat Tradition, und auch in der Bundesrepublik, in der die Aufstellung der Bundeswehr auf Kritik im In- und Ausland gestoßen war, war sie längst zur Pflicht geworden. Beide Staaten hatten gute Gründe, über ihre militärischen Abkommen und besonders über die beiderseitige Zusammenarbeit auf diesem Gebiet strengstes Stillschweigen zu bewahren. Im Gegensatz zu den auswärtigen Diensten beider Länder konnten sich die Verteidigungsministerien eine „einspurige" Perspektive ohne besondere Rücksicht auf andere Anliegen und Umstände leisten und fanden dadurch bald eine gemeinsame Sprache. Strauß erkannte vor allem die politischen Vorteile dieser Zusammenarbeit, doch seine Mitarbeiter sahen auch den praktischen Nutzen. Auch die Israelis kümmerten sich weniger um ideologische und emotionale Aspekte als darum, „Konkretes zu erledigen". Durch gemeinsame Sprachregelungen versuchte man der Öffentlichkeit die Rüstungskooperation vorzuenthalten.

Ein weiterer Grund für die Geheimhaltung war das Verhältnis der beiden Verteidigungsministerien zu den Außenministerien. Die Verteidigungsministerien verfolgten offenbar eine eigene Außenpolitik, die nicht immer mit der Politik der dafür eigentlich zuständigen Ministerien übereinstimmte. Während Strauß den Kanzler über seine Schritte, auch die im Zusammenhang mit Israel, auf dem laufenden hielt, machte er sich nicht die Mühe, darüber auch dem Auswärtigen Amt zu berichten.[1] Dieses erfuhr von den Waffengeschäften erst Jahre später. Auch die Beziehungen zwischen dem israelischen Verteidigungs- und dem israelischen Außenministerium waren ausgesprochen frostig. Peres und Meir prallten hart aufeinander. Mit Ministerpräsident Ben Gurion betrieb Peres im Namen des Verteidigungsministeriums eine eigenständige Außenpolitik, ohne das Außenministerium zu konsultieren und oft sogar ausdrücklich gegen dessen Willen.[2] Das Verteidigungsministerium kaufte und verkaufte Waffen und überließ die Begründung bereits geschaffener Tatsachen dann dem Außenministerium. Peres (und Ben Gurion) maßen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen weniger Bedeutung bei, solange Bonn unter dem Einfluß von Strauß zu Waffenlieferungen bereit war. Er ziehe Kanonen Zylinderhüten (von Diplomaten) vor, soll Peres dazu bemerkt

---

1 Vgl. die Beispiele in AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 2, S. 6-12, Dok. Nr. 9, S. 44–48; WOLFFSOHN, Neshek l'israel; SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 143.

2 Interviews mit Isser Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986, ILA, Golda Meir Archiv.

haben.[3] Strauß und Peres, zwei junge Politiker am Anfang einer kometenhaften Laufbahn, verstanden einander besser als die Beamtenschaft in ihren Ländern. Die Politiker spielten die Hauptrolle, doch die Krisen wurden vor allem von Beamten gemeistert.

1. Die Anfänge des Waffengeschäftes

Weder die jüdische Gemeinschaft des britischen Palästinamandats noch die Israelis schreckten je davor zurück, Waffen aus deutscher Produktion oder über deutsche Vermittlung zu kaufen. Zahlreiche Einträge in Ben Gurions Tagebuch geben darüber Aufschluß. Bereits 1947, also noch unter der britischen Mandatsregierung und nur zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, benutzte die jüdische Untergrundarmee Haganah deutsche Waffen und führte Verhandlungen mit Deutschen.[4] Die kleine ums Überleben kämpfende jüdische Gemeinschaft in Palästina litt unter Waffenmangel und einem Waffenembargo. Da sie zudem besser ausgerüsteten arabischen Armeen gegenüberstand, konnte sie es sich nicht leisten, beim Waffeneinkauf wählerisch zu sein. Während des Unabhängigkeitskrieges kauften die Israelis – in der Tschechoslowakei – Messerschmidt-Flugzeuge, Mauser-Gewehre und Maschinengewehre von anderen deutschen Herstellern.[5] Ab 1951, wenn nicht schon früher, begaben sich Delegationen des israelischen Verteidigungsministeriums auf Einkaufsmission nach Deutschland.[6] Die vermutlich an alliierten Restbeständen interessierten israelischen Gesandten kauften dort auch Güter für den Bau von Waffenfabriken.

Die Schilumim eröffneten dann neue Perspektiven. Bereits im Februar 1952, also noch vor den Verhandlungen in Wassenaar, reiste ein Experte des israelischen Verteidigungsministeriums nach Deutschland, um mögliche Verwendungen von Schilumimgeldern abzuklären.[7] Die israelische Rüstungsindustriegesellschaft TAAS war an verschiedenen deutschen Produkten interessiert, und Zwi Dar, der Direktor, stellte schon im März 1952 Bestellisten zusammen. In den folgenden Jahren sollte er sich sehr oft in der Bundesrepublik aufhalten. Die israelische Armee und das israelische Verteidigungsministerium waren auch im Schilumimplanungsausschuß vertreten. Ein Teil des Nettoerlöses der Schilumimeinfuhren war für den Verteidigungshaushalt vorgesehen. Im Juni 1953 diskutierte Shinnar mit Peres, damals Generaldirektor des Verteidigungsministeriums, die Finanzierung

---

[3] Interviews mit Asher Ben-Nathan am 18. 8. 1986 und im August 1989; BEN-NATHAN, Ha-derekh l'kinun ha-yakhasim.

[4] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 28. 12. 1947 und die Einträge vom 24. 11. 1948 und 30. 1. 1948, BGA, BGD.

[5] CESKOSLOVENSKO A IZRAEL.

[6] Tagebucheinträge Ben Gurions vom 30. 1. 1948 und vom 16. 10. 1949, BGA, BGD; die Konsularabteilung an die israelischen Vertretungen in London, Paris, Zürich und München betr. die Mission des IMD unter der Tarnung des Landwirtschaftsministeriums vom 27. 5. 1951, ISA, 534/1; Shinnar an den Finanzminister vom 29. 11. 1951, ISA 533/7a.

[7] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 14. 2. 1952, BGA, BGD.

von TAAS-Bestellungen aus Schilumimgeldern.[8] Die Israel-Mission in Köln beherbergte seit 1953 eine kleine Vertretung des israelischen Verteidigungsministeriums.[9] In diesen Jahren wurden den alliierten Besatzungstruppen erstmals israelische Rüstungsgüter zum Kauf angeboten. Es ist ein Fakt, daß israelische Vertreter in Westdeutschland schon sehr früh den Handel mit kriegsrelevanten Gütern anvisierten.

Im Herbst 1955 stieß der israelische Offizier Oberst Avigdor Tal zur Israel-Mission in Köln. Zu seinen Aufgaben gehörte die Bestellung von Rüstungsmaterial und das Knüpfen von Kontakten mit der Bundeswehr und westdeutschen Verteidigungspolitikern.[10] Tals Anwesenheit war den westdeutschen Militär- und Zivilbehörden zweifellos bekannt. Die westdeutsche Militärhilfe an Israel setzte 1956 ein.[11]

Das ägyptisch-tschechoslowakische Waffenlieferungsabkommen führte von 1955 zu panikartigen Reaktionen in Israel. Die Vereinigten Staaten waren nicht daran interessiert, das Wettrüsten im Nahen Osten anzuheizen und rieten Israel, sich auf die Vereinten Nationen zu verlassen. Das europäische Rüstungsangebot war knapp und teuer, und zu den osteuropäischen Märkten hatte Israel keinen Zugang mehr. Das israelische Motto „Waffen aus jeder Quelle" schloß theoretisch auch den Ostblock mit ein, war jedoch möglicherweise eher taktisch gemeint, um den Westen zu mehr Entgegenkommen zu bewegen.[12] Sehr bald erhielt es aber auch eine konkrete Bedeutung im Hinblick auf Westdeutschland. Das Motto richtete sich vor allem an das heimische Publikum, als wollte man ihm damit sagen, daß man in der Stunde der Not keine Rücksicht auf Gefühle nehmen könne. Es läßt auf einen Gewissenskampf und einen gewissen Stimmungsumschwung bei der damals dominanten Elite Israels schließen.

Der Staat Israel knüpfte, wie bereits erwähnt, zunächst enge Beziehungen zum politischen und militärischen Establishment Frankreichs, das zu jener Zeit mit dem Unabhängigkeitskrieg in Algerien beschäftigt war und indirekt auch gegen die arabischen Verbündeten der algerischen nationalen Befreiungsfront (FLN), allen voran Ägypten, kämpfte. Getreu dem Sprichwort „Der Feind deines Feindes ist dein Freund" öffnete Paris Jerusalem das Tor. Die Delegation des israelischen Verteidigungsministeriums in Paris agierte als eigenständige diplomatische Mission. Mit französischer Hilfe knüpfte sie auch Beziehungen zu westdeutschen Militärstellen. So entwickelte sich eine Art „strategisches Dreieck" zwischen den drei Armeen, vor allem zum Vorteil der Israelis.[13]

---

[8] Shinnar an den Finanzminister vom 4. 6. 1953, ISA, 588/4.

[9] PERES, Ha-shlav ha-ba, S. 169.

[10] Ben Gurion an Yitzchak (Tabenkin?) vom 14. 9. 1958, BGA, Correspondence File 1958.

[11] Edward B. Lawson, amerikanische Botschaft in Tel Aviv, an den amerikanischen Außenminister vom 7. 2. 1956, USNA, 611.84A/2–756; vgl. DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG. Bd. 1. Teil I, S. 135.

[12] Protokoll der Sitzung des politischen Komitees der Mapai vom 18. 10. 1955, LPA, Protokolle des Politischen Komitees der Mapai; KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 8. Sitzung am 8. 10. 1955, S. 67–100.

[13] Die französischen Dokumente über diese Zusammenarbeit sind immer noch unter Ver-

Einige Wochen nachdem die israelische Regierung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik zugestimmt hatte, wollte Außenminister Sharett wissen, ob Westdeutschland Waffen produziere und ob sie mit Schilumimgeldern zu kaufen seien.[14] Dies wirft die Frage auf, welche Rolle Waffen bei Sharetts Entscheidung spielten, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik zuzustimmen. Die Dokumente geben darüber keine Auskunft, es bleiben nur Vermutungen: Sharetts Freund Goldmann machte den Vorschlag, diese Quelle anzuzapfen, und fragte auch gleich direkt bei Adenauer nach. Der Bundeskanzler hielt sich in seiner Antwort jedoch streng an das Grundgesetz: keine Waffenausfuhr in Spannungsregionen.[15] Auch das Auswärtige Amt nahm anläßlich einer Beratung über die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Ägypten allgemein zur Waffenausfuhr in den Nahen Osten Stellung. In einem Schreiben der für den Nahen Osten zuständigen Abteilung 3 an den Staatssekretär heißt es unter anderem: „Wir sollten im Nahen Osten alles vermeiden, was uns in Waffenkomplexe verwickeln und uns damit in schwerste politische Belastung bringen könnte."[16]

Diese im Einklang mit dem Grundgesetz stehende Haltung war axiomatisch für die westdeutsche Außenpolitik gegenüber allen Ländern des Nahen Ostens. Doch nur das Auswärtige Amt hielt sich wirklich daran. Andere Ministerien, das Bundesverteidigungsministerium eingeschlossen, nahmen es weniger genau. Dies ist ein besonders deutliches Beispiel für die Diskrepanz zwischen der Politik des Auswärtigen Amts und des Bundesverteidigungsministeriums. Während des ganzen hier behandelten Zeitraums hielt sich das Auswärtige Amt strikt an sämtliche Abkommen, war aber gleichzeitig, zum Ärger der arabischen Staaten, auch streng auf die Einhaltung des erwähnten Grundsatzes bedacht. Demgegenüber unterstützte das Bundesverteidigungsministerium, angeführt von Franz Josef Strauß und mit bedingter Unterstützung Adenauers, Israel im geheimen, unter Mißachtung des Grundgesetzes und unter Gefährdung der Beziehungen zu den arabischen Staaten. Man kann sagen, daß es sich bei der Achse Strauß – Adenauer um persönliche Entscheidungen handelte, während bei von Brentano die Beamten die Hauptrolle spielten. Wie bereits dargelegt, ließen sich Strauß und Adenauer im Gegensatz zu von Brentano, dem es vor allem um die internationale Isolierung der DDR ging, von globalstrategischen Überlegungen leiten. Die militärische Zusammenarbeit diente offensichtlich als Ersatz für diplomatische Beziehungen. Sie wurde mit äußerster Vorsicht getätigt, um unerwünschte Interventionen zu vermeiden. Der arabische Protest konnte die Geschäfte leicht zum Scheitern bringen.

Die dem sozialdemokratisch regierten Israel positiv gegenüberstehende deutsche Sozialdemokratie war überwiegend pazifistisch eingestellt und sprach sich grundsätzlich gegen die Ausfuhr von Waffen aus. Die Bundesrepublik sollte sich nach den Vorstellungen der SPD solcher todbringender Geschäfte enthalten.

---

schluß. Ich bedanke mich bei Dr. Dominique Trimbur aus Metz, Frankreich, für die Information zu diesem Thema.

[14] Sharett an Zeev Scheck vom 29. 2. 1956, ISA, 2418/2.

[15] Bericht vom 25. 1. 1957, ISA, 3099/25.

[16] Aufzeichnung der Abt. 3 vom 22. 6. 1956, PA, 316, 84.00–92.19.

Doch in den sechziger Jahren begann sich auch diese Partei mit der Realität abzufinden. Innerhalb der SPD wirkte zudem eine proarabische Lobby. Man denke etwa an Hans-Jürgen Wischnewski. Doch auch von Fritz Erler und Helmut Schmidt sind Äußerungen festgehalten[17], die nicht ganz nach israelischem Geschmack waren.

Die Nahostpolitik von Adenauer und Strauß war von Meinungsverschiedenheiten mit Washington und von Mißtrauen gegenüber den Amerikanern geprägt. Man wollte sich im Nahen Osten nicht nur auf eine Seite verlassen. Hat das westdeutsche Mißtrauen gegenüber den USA und der wirtschaftliche Wettbewerb mit anderen westlichen Staaten zu einer zweispurigen westdeutschen Politik bzw. zu Quidproquo-Arrangements der Bundesrepublik auch im Nahen Osten beigetragen? Eine solche Politik wäre insofern nicht zwangsläufig antiisraelisch gewesen, als daß man damit schlicht bezweckt haben könnte, die Region zu beruhigen. Das Auswärtige Amt rechtfertigte seine Israel-Politik jedenfalls sehr häufig mit diesem Argument. Da alle beteiligten Seiten ihre geheimen Dokumente noch unter Verschluß halten, muß sich der Forscher in dieser Sache mit Mutmaßungen begnügen.

Ben Gurion und Peres haben die Denkweise von Adenauer und Strauß offensichtlich durchschaut und sie zum israelischen Vorteil ausgenutzt. Der Verlaß auf die Bundesrepublik als „Helfer in der Not" erforderte jedoch eine gewisse Umstellung in der israelischen Perzeption des westdeutschen Staates. Ben Gurion und Peres sprachen deshalb oft von einem „gewandelten Deutschland", das sich für den freundschaftlichen Umgang mit Israel entschieden habe. Die Rüstungsgeschäfte waren ein Beispiel dafür. Somit rechtfertigte das Motto „Waffen aus jeder Quelle" sicher auch Rüstungsgeschäfte mit der Bundesrepublik, die nun in israelischen Augen einen legitimen Ausweg in der Not darstellte.

Der Suezfeldzug führte die Ben Gurion nahestehenden Kreise zur Einsicht, daß auf die Vereinigten Staaten in Krisenzeiten kein Verlaß sei. Auch Adenauer und Strauß waren über die proägyptische und antieuropäische Haltung Eisenhowers verärgert und warfen dem amerikanischen State Department Ignoranz vor.[18] Ben Gurion und Peres waren sich in dieser Angelegenheit einig mit Adenauer und Strauß. Aus dem während der Suezkampagne über Israel verhängten Embargo folgerte man in Jerusalem, daß es höchst unklug wäre, mögliche Anbieter von Waffen a priori auszuschließen und sich auf einen einzigen Lieferanten zu verlassen. Israel lag nicht nur geographisch eng an Europa, sondern war auch durch vielfältige Beziehungen eng mit dem Alten Kontinent verflochten. Der Suezfeldzug lehrte auch die Europäer, sich weniger auf die USA zu verlassen, und schon bald darauf leitete Charles de Gaulle eine eigenständige Europapolitik, verbunden mit

---

[17] Von Erler sind zudem undiplomatische Bemerkungen über Soldaten der Waffen-SS bekannt. Zum mehrschichtigen Verhältnis der SPD zu Israel vgl. die ausgezeichnete Studie von SHAFIR, Ha yad ha-musheteth.

[18] BARING, Sehr verehrter, S. 200; Fischer an Golda Meir vom 25. 7. 1958, ISA, 5934/24; SCHWARZ, Adenauer, Bd. 2, S. 301–303; Aufzeichnungen vom 6. 11. 1956 und vom 17. 11. 1956, BArch, N 1351, Bd. 69; von Brentano an Adenauer vom 2. 11. 1956, Barch, N 1230, Bd. 156; Aktennotiz zur Vorstandssitzung vom 12. 11. 1956, ACDP, VIII-001-1502/2; Eisenhower Library, White House Files, Office of the Staff Security, L. Arthur Minnich Series, Nov. 1956, 15. 11. 1956.

der Distanzierung von den USA, ein. Im Zuge dieser Politik rückte Israel näher an Frankreich und die Bundesrepublik heran. Da die beiden westeuropäischen Staaten gemeinsam an der Entwicklung von Waffensystemen arbeiteten, war es für Israel sinnvoll, sich an diesen Projekten zu beteiligen, was von französischer Seite auch gefördert wurde. Auch in Frankreich herrschte zwischen den Militärs und den Diplomaten nicht das beste Verhältnis. Französische Diplomaten machten ihre Kollegen vom Auswärtigen Amt darauf aufmerksam, daß sich in Paris etwas „zusammenbraue", und forderten sie auf, der Sache auch in Bonn nachzugehen.[19] Das Bundesverteidigungsministerium sprang für das Auswärtige Amt ein. Freundliche Soldaten ersetzten kühle Diplomaten. Die Vorteile für Israel waren offensichtlich. Die Vertretung des israelischen Verteidigungsministeriums in Paris war auch für die Bundesrepublik zuständig, und dieselben Vertreter verhandelten mit beiden Staaten.

Während des Suezfeldzuges erbeutete Israel große Mengen sowjetischer Waffen. Allein der Umfang der erbeuteten Waffenlager war eine böse Überraschung für den Westen. Zumindest die westdeutschen Politiker waren bereit, sich über die Bedeutung einer solchen Menge von sowjetischen Waffen in Ägypten Gedanken zu machen. Shinnar machte Adenauer am 3. November 1956 mit Einzelheiten über die erbeuteten Waffen vertraut.[20] Die sowjetischen Waffen weckten außerdem das Interesse westlicher Militärexperten, und Israel stellte der Bundesrepublik eine Auswahl solcher Waffen zu Prüfungszwecken zur Verfügung.[21]

Informationen über militärische Kooperation zwischen Israel und der Bundesrepublik gelangte schon sehr früh an arabische Stellen, wurden jedoch offensichtlich noch nicht richtig interpretiert.[22] Die ursprüngliche Initiative für den beiderseitigen Waffenhandel kam von israelischer Seite. Die Produktion kleinerer Waffen begann schon in der Mandatszeit. Als nach dem Krieg der Waffenmangel des neugegründeten jüdischen Staates deutlich wurde, und als man befürchtete, andere Staaten könnten aufgrund der steigenden Spannung in der Region mit Lieferungen zögern, beschloß man die Eigenversorgung zu fördern. Israelische Vertreter im Ausland interessierten sich für Herstellungslizenzen und Maschinen, auch in Deutschland. In israelischen Rüstungsbetrieben standen auch deutsche Maschinen. Bereits 1953 versuchte Israel Waffen aus eigener Produktion im Ausland zu verkaufen.

Über die ersten Kontakte mit Waffenkäufern auf deutscher Seite ist nichts bekannt. Die ersten Verhandlungen, deren Urheberschaft von Shinnar beansprucht werden, fanden in den Jahren 1956 und 1957 statt. Ganz nach diplomatischen Gepflogenheiten wandte sich Shinnar in dieser Sache zuerst an den Leiter der politi-

---

[19] Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland an das AA vom 8. 1. 1958, PA, 708, 81.00/0, 92.19; vgl. auch MA'ARIV (Tel Aviv) vom 4. 7. 1957; bezüglich der Zusammenarbeit zwischen Israel, Frankreich und der Bundesrepublik im Bereich der Militärforschung: Tagebucheinträge Ben Gurions vom 30. 6., 7. 7. und 29. 12. 1957, BGA, BGD.

[20] Shinnar an Ben Gurion vom 4. 11. 1956, ISA, 2543/11; vgl. auch den Tagebucheintrag Ben Gurions vom 11. 1. 1958 zur Übergabe von 160 Photographien von erbeuteten Waffen an Adenauer, BGA, BGD.

[21] DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG, S. 134.

[22] Vermerk von v. Richthofen, Djedda, vom 22. 1. 1957, PA, 708, 84.04, 92.19.

schen Abteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm Grewe, der ihn an einen „Mann mit zunehmendem Einfluß", an Strauß, weiterleitete.[23] Shinnar traf den Minister am 19. März 1957 und überreichte ihm bei dieser Gelegenheit eine israelische Maschinenpistole des Typs „Uzi". Strauß leitete die Waffe an die Bundeswehr zur Prüfung weiter. Shinnars nächstes Telegramm an seine Vorgesetzten in Jerusalem erwähnte auch die Namen Peres und Dar. Strauß wollte wissen, was Israel noch zu bieten habe, und forderte Shinnar auf, ihn öfter zu konsultieren.[24]

2. Erste Abkommen über Waffenlieferungen

Das erste aktenkundige Treffen zwischen Strauß und Peres fand am 4. Juli 1957 statt.[25] Danach trafen sich die beiden Politiker noch mehr als zwanzig Mal. Das dramatischste Treffen zwischen ihnen fand, wie bereits erwähnt, Ende Dezember 1957 im Wohnhaus von Strauß in Rott am Inn statt. Im Verlaufe der mehrstündigen intensiven Begegnung in häuslicher Atmosphäre, an der neben Peres u.a. der israelische Armeechef Chaim Laskow und Oberst Tal teilnahmen, diskutierten die Anwesenden, kulinarisch verwöhnt von Straußens' Ehefrau, die Außenpolitik ihrer beiden Staaten, vertieften sich in eine philosophische Diskussion über die Vergangenheit und einigten sich auf ein Abkommen über westdeutsche Militärhilfe an die israelischen Streitkräfte. Dieses Abkommen sah – sofern Adenauer zustimmte – kostenlose Waffenlieferungen sowie die Ausbildung israelischer Soldaten an den neuen Waffen durch die Bundeswehr vor. Außerdem war der Abschluß über den Kauf von U-Booten ebenso vorgesehen wie eine Vereinbarung über die Ausbildung israelischer Soldaten an diesen Schiffen. Darüber hinaus soll Strauß seinen israelischen Gästen mitgeteilt haben, daß ihn Adenauer gebeten habe, von Brentano in sämtlichen israelischen Angelegenheiten zu ersetzen. Des weiteren soll Strauß seine Gesprächspartner auch über die freundliche Haltung der NATO und die reservierte Einstellung der USA gegenüber dem Staat Israel informiert und die Israelis darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Zusammenarbeit zwischen Frankreich, der Bundesrepublik und Italien den israelischen Interessen zugute komme. Peres faßte die Haltung von Strauß gegenüber Israel wie folgt zusammen: Der deutsche Minister empfinde starke Abneigung gegenüber den Russen und fürchte sich vor ihrem Einfluß. Der israelischen Armee bringe er großen Respekt entgegen und messe der Wahrung europäischer Interessen im Nahen Osten und in Afrika besonders große Bedeutung bei.[26]

---

[23] Shinnar an Eytan vom 25. 2. 1957, ISA, 3099/26.

[24] Fernschreiben Shinnars an Ilsar vom 19. 3. 1957, ISA, 3099/25; vgl. DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG, S. 134–135.

[25] Shinnar an Meir vom 13. 6. 1957, ISA, 3309/25; Tagebucheinträge Ben Gurions vom 30. 6. und 7. 7. 1957, BGA, BGD.

[26] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 29. 12. 1957, BGA, BGD; vgl. auch STRAUSS, Erinnerungen, S. 341–45; BLASIUS, Geschäftsfreundschaft, S. 187–89; DEUTSCH-ISRAELISCHER DIALOG, S. 134–43; PERES, Kelaa avid, S. 54–59; Interview mit Ben-Nathan im August 1989; Grewe an die Botschaften in den arabischen Hauptstädten vom 28. 12. 1957, PA, 316, 84.00, 92.19; Becker, Kairo, an das AA vom 27. 12. 1957, PA 316, 84.00, 92.19;

Die Regierungskrise in Israel, zu der es im Vorfeld des Treffens zwischen Strauß und Peres gekommen war, führte zu einer Knessetdebatte über die Beziehungen zwischen Israel und Westdeutschland und über Waffenkäufe in diesem Land. Ben Gurion bekräftigte seine traditionelle Haltung, wonach Israel die Waffen dort kaufen müsse, wo sie erhältlich seien, und daß Deutschland sich gewandelt habe. Zudem informierte er seine Zuhörer darüber, daß der Verteidigung Israels zusätzlich zu den konventionellen Luft-, Land- und Seestreitkräften eine weitere Dimension zur Verfügung stehen würde. Die Waffen dieser neuen Dimension seien in der Bundesrepublik erhältlich, weshalb er beabsichtige, entsprechende Verhandlungen mit Vertretern der Bundesregierung zu führen. Die Worte des Premiers verursachten Verwirrung in der Bundesrepublik und anderswo. Es kam zu wilden Pressespekulationen über die Art der mysteriösen Waffe und den Stand der Verhandlungen. Die westdeutsche Presse und Diplomatie dementierten, daß in der Bundesrepublik „solche Waffen" hergestellt würden, und wiesen auf das im Grundgesetz festgeschriebene Ausfuhrverbot hin. Die Bundesrepublik, hieß es, übe bei der Waffenausfuhr äußerste Zurückhaltung. Das Auswärtige Amt dementierte die ganze Angelegenheit umgehend in Depeschen an die Vertretungen in den arabischen Hauptstädten und äußerte Verwunderung über die Verlautbarungen Ben Gurions.[27]

Das Rüstungsabkommen von Rott am Inn setzte sich aus mehreren Teilen zusammen. Während die Lieferung kleinerer Waffen aus Überschußbeständen im Rahmen eines Mini-Leasingprojekts schon bald einsetzte, konnte der Vertrag über die Lieferung schwerer Waffen erst 1962 zum Abschluß gebracht werden. Peres bemerkte anerkennend, daß die bis dahin nicht gerade verwöhnte israelische Armee frisch geöltes und gut verpacktes Gerät erstklassiger Güte erhalte. Israel sparte Millionen von Dollars und erhielt Zugang zu Gütern, die zum Teil auf dem freien Markt gar nicht erhältlich waren. Zum wirtschaftlichen Nutzen gesellte sich also auch der militärische Vorteil.[28]

Nach kurzer Zeit entwickelte sich zwischen den beiden Ländern ein schwungvoller Handel mit Rüstungsgütern, über den weder das Auswärtige Amt noch das israelische Außenministerium informiert waren. Strauß traf Peres am 2. März 1960 in Paris zu einer weiteren geheimen Unterredung. Ben Gurion, auf dem Weg in die USA, ließ Peres freie Hand für die Ausarbeitung eines weiteren Abkommens mit Strauß.[29] Der israelische Ministerpräsident äußerte sich in seinem Tage-

---

Nahostabteilung an die britische Botschaft in Bonn vom 30. 12. 1957, PRO, FO 371/134275, V.R. 10318/1.

[27] Tagebucheinträge Ben Gurions vom 17., 19. und 24. 12. 1957, BGA, BGD; KNESSET-PROTOKOLLE [hebr], 380. Sitzung am 24. 12. 1957, Interpolation Nr. 539; Dementi des AA zur Erklärung von Ben Gurion vom 27. 12. 1957; Vermerk von Dr. Voigt vom 27. 12. 1957, PA, 84.00, 92.19; Weber, Damaskus, an das AA vom 30. 12. 1957; Schirmer, Kairo, an das AA vom 30. 12. 1957, PA, 316, 94.00, 92.19; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Nahostabteilung vom 13. 1. 1958, PRO, FO 371/134275, VR10318/4; Fernschreiben von Tavor an Shinnar betr. der deutschen Presseberichte vom 28. 12. 1957, ISA, 3309/25; Ben Gurions Ansprache im Protokoll der Sitzung des Mapai Zentralkomitees vom 30. 12. 1957, LPA, Protokolle des Zentralkomitees der Mapai.

[28] PERES, Kelaa david, S. 57.

[29] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 6. 3. 1960, BGA, BGD.

buch an mehreren Stellen äußerst befriedigt über Peres' Deal. Ob Adenauer mit Strauß auch so zufrieden war, ist fraglich. Mindestens ein israelischer Diplomat berichtete über Adenauers Bedenken und über dessen Wunsch, über die geheimen Geschäfte „nicht informiert zu werden".[30] Die Ergebnisse der Verhandlungen wurden den beiden Regierungschefs jedenfalls zur Kenntnis gebracht, wie der Waldorf-Astoria-Gipfel vom 14. März 1960 zeigt.

Die Suche nach neuen Märkten für die Produkte der israelischen Rüstungsindustrie war mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden. Das israelische Verteidigungsministerium war daran interessiert, den Verkauf von leichten Waffen auf möglichst viele Märkte auszudehnen, was zu Konflikten mit dem Außenministerium führte. Am 3. Juli 1959 stellte die Asien- und Afrikaabteilung des Außenministeriums in einer Botschaft an die israelischen Vertretungen auf diesen beiden Kontinenten klar, daß die „Rüstungsgeschäfte auf rein kommerziellen, militärtechnischen Erwägungen beruhten und keineswegs eine politische Identifikation mit Kolonialstaaten darstellten".[31] Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ministerien veranlaßten das Kabinett mehrmals, sich dieser Waffengeschäfte anzunehmen. Das israelische Außenministerium warf dem Verteidigungsministerium vor, politischen Schaden zu verursachen, worauf Ben Gurion am 5. März 1958 in einem scharfen Brief an Peres jeglichen Waffenverkauf ohne seine Zustimmung untersagte und betonte, daß der Waffenverkauf auch ein politischer Faktor und nicht nur eine kommerzielle Angelegenheit sei.[32] Doch Peres hielt an seiner Taktik fest, und israelische Waffen tauchten weiterhin an allen möglichen und unmöglichen Orten auf. Am peinlichsten war angesichts der erklärt antirassistischen und antikolonialistischen Haltung der israelischen Regierung die Enthüllung über die Ausrüstung portugiesischer Soldaten in Angola mit Uzi-Maschinenpistolen. Die Angola-Affäre fügte dem Ansehen Israels in Afrika enormen Schaden zu. Untersuchungen zufolge waren die Waffen über die Bundesrepublik nach Portugal gelangt. Es kam zu Protesten der israelischen Opposition, der linken Koalitionsparteien und der Öffentlichkeit. Die Angola-Affäre verkörperte die schlimmste erdenkliche Kombination: Deutsche geben israelische Waffen an portugiesische Kolonialisten weiter, um damit den afrikanischen Freiheitskampf niederzuschlagen.[33]

Das deutsch-israelische Waffenabkommen enthielt keinerlei Bestimmungen über den Wiederverkauf von Rüstungsgütern, und die Bundesregierung wies die Enthüllungen zunächst als DDR-Propaganda zurück. Untersuchungen zeigten dann aber, daß die Bundesrepublik in Israel 50000 Uzi-Maschinenpistolen bestellt

---

[30] Fischer an den Generaldirektor vom 2. 7. 1959, ISA, 3099/24.

[31] Die Abteilungen für Asien und Afrika an die Vertretungen in Asien und Afrika vom 3. 7. 1959, ISA, 3099/24.

[32] Der Verteidigungsminister an den Generaldirektor vom 5. 3. 1958, ISA, 7224/55/a.

[33] KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 284. Sitzung am 8. 6. 1961, „Die Nachricht vom Ankauf israelischer Waffen durch Deutschland für Portugal", S. 1917–1923; Fernschreiben von Meroz, Jerusalem, an die Außenministerin Meir in Kopenhagen vom 1. 6. 1961; dringliches und vertrauliches Fernschreiben von Katriel Katz, Jerusalem, an Ben Gurion in London vom 4. 6. 1961, ISA 4323/3.

hatte, jedoch nur 40000 benötigte und den Rest an Portugal weiterverkauft hatte. Bonn bestritt, Waffen in Spannungsregionen verkauft zu haben und Botschafter Hasso von Etzdorf gab zu Protokoll: „Die Bundesregierung hat nichts damit zu tun."[34] Beide Seiten wuschen ihre Hände in Unschuld. In Israel sorgte die Affäre für neuen Zündstoff in der öffentlichen Debatte über den Waffenhandel mit der Bundesrepublik.

In Rott am Inn hatte man sich auf weitere Gespräche über schwere Waffen und Transportmittel geeinigt.[35] Ein Teil dieser Verhandlungen wurde am 2. März 1960 in Paris zum Abschluß gebracht und auf dem Waldorf-Astoria-Gipfel bestätigt. Die übrigen Punkte kamen am 8. Juni 1962 in der Unterredung zwischen dem Bundeskanzler und Peres zur Sprache.[36] Peres überreichte Adenauer ein Schreiben von Ministerpräsident Ben Gurion, worin die militärischen Bedürfnisse Israels allgemein umschrieben waren. Den Rest legte Peres dem Bundeskanzler mündlich dar.[37]

Wie der israelische Journalist Mati Golan zu berichten weiß, einigten sich Peres und Strauß mit Adenauers Zustimmung in weiteren Verhandlungen auf die Lieferung von Helikoptern, Transportflugzeugen, Flugabwehrkanonen, Haubitzen, Patrouillenbooten, U-Booten und Panzerabwehrraketen an Israel. Man darf aber davon ausgehen, daß das Abkommen, möglicherweise auf amerikanische Initiative, auch Boden-Luft-Raketen vom Typ „Hawk" umfaßte.[38] Weitgehend bestätigt werden diese Angaben durch eine Liste, die Peres Strauß und Staatssekretär Carstens anläßlich eines Treffens überreichte. Der Gesamtwert des Geschäfts belief sich auf 240 Millionen Dollar.[39] Die Finanzierung sollte durch den Bundeshaushalt gedeckt werden, und zur Überwachung des Geschäfts wurde ein parlamentarischer Sonderausschuß aus je zwei Abgeordneten der drei großen Fraktionen eingesetzt.[40] Das Abkommen war strenger Geheimhaltung unterworfen, Einzelheiten sickerten aber trotzdem durch. Im Juni 1964 wurde der Sonderausschuß um je ein weiteres Fraktionsmitglied aufgestockt. Während eines Besuches in Israel im Juni 1963 sagte Strauß, er fühle sich geehrt, zu Israels Verteidigung beizutragen.[41] Peres zufolge entsprach der deutsche Beitrag etwa der französischen Hilfe an Israel. Der deutsche Beitrag zu Israels Sicherheit stand aber, wohlgemerkt, im Gegensatz zur offiziellen Politik der Bundesrepublik.[42]

---

[34] Von Etzdorf an die Vertretungen der Bundesrepublik in arabischen Staaten, Afrika und bei der NATO vom 8. 6. 1961; Fernschreiben von v. Etzdorf an die Botschaft in Accra, Ghana, vom 30. 6. 1961, PA, 84.00–84.20, 92.19.

[35] MA'ARIV (Tel Aviv) vom 3. 3. 1960.

[36] PERES, Kelaa david, S. 59.

[37] OSTERHELD, „Ich gehe nicht leichten Herzens ...", S. 125; SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 143; Ben Gurion an Adenauer vom 6. 6. 1962; Adenauer an Ben Gurion vom 13. 6. 1962, ISA, 7229/11a.

[38] GOLAN, Shimon Peres, S. 118; AAPD 1965, Bd. 1, Dok. 2, S. 9-12 und Dok. 136, S. 554. Das Dokument Nr. 136 enthält die Bezeichnung „Hawk"

[39] Ebd., S. 10; vgl. auch DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 282.

[40] AUSWÄRTIGE POLITIK, Dok. Nr. 198, S. 537–540.

[41] Die Mission in Köln an den Außenminister vom 11. 6. 1963, ISA, 1045/25.

[42] Schirmer, Abt. I, an den Bundesminister vom 11. 6. 1963, PA, B36, Nr. 43, 82.20, 92.19, 1B4.

Auf amerikanische Initiative wurde dieses Rüstungsabkommen später um schweres Rüstungsmaterial erweitert. Die amerikanische Initiative war Teil eines komplizierten Interessengefüges, an dem auch arabische Staaten, die Bundesrepublik, der Staat Israel und einige europäische Staaten beteiligt waren. Bei den Gesprächen mit den USA ging es um folgende Themen: um den israelischen Atommeiler in der Wüstenstadt Dimona, den israelischen Wunsch nach Boden-Luft- und Boden-Boden-Raketen, um Versuche zur Lösung des nahöstlichen Wasserproblems, um die deutschen Wissenschaftler in Ägypten, die amerikanische Wirtschaftshilfe an Ägypten, die amerikanische Militärhilfe an Jordanien und um den israelischen Wunsch nach schweren und modernen Waffen als Ausgleich zu den sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten. Der letzte Artikel, der Panzer betraf, führte zur obenerwähnten Erweiterung des deutsch-israelischen Rüstungsgeschäfts.[43]

Der Staat Israel war seit seiner Gründung an der Nutzung der Atomkraft interessiert.[44] Amerikanische Dokumente enthalten kleine Informationssplitter über eine deutsch-israelische Zusammenarbeit im Nuklearbereich, doch der israelische Reaktor nahe der Wüstenstadt Dimona wurde vor allem mit französischer Hilfe gebaut. Die Amerikaner nahmen diese Entwicklung mit großer Sorge zur Kenntnis. Der amerikanische Verteidigungsminister Thomas S. Gates bemerkte während einer Unterredung mit Präsident Eisenhower am 12. Januar 1961, die Anlage sei den vorhandenen Informationen zufolge nicht für friedliche Zwecke bestimmt. Die Anwesenden gaben sodann ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Israelis eine Inspektion ihrer „Plutoniumproduktionsanlage" zulassen würden.[45]

Das anhaltende amerikanische Drängen auf eine Inspektion des Atomkraftwerks in Dimona verschärfte die interne israelische Debatte über Verteidigungsstrategien. Die Befürworter einer engeren Zusammenarbeit mit Washington – in der Hoffnung, die USA zu einem Hauptwaffenlieferanten zu verwandeln – waren für die Zulassung regelmäßiger Inspektionen der Anlage. Als Konsequenz einer solchen Zusammenarbeit mit den USA erwarteten sie eine Abkehr von der engen militärischen Kooperation mit Frankreich und Westdeutschland. Zum proamerikanischen Lager gehörten auch zahlreiche Mitglieder der linken, aber gleichwohl militärisch orientierten Ahdut Haavoda-Partei. Die streng zionistische Partei lehnte Ben Gurions Doktrin des „gewandelten Deutschland" ab und stand der Bundesrepublik und deren politischen bzw. militärischen Zielen mißtrauisch gegenüber. Die Militärexperten dieser Partei, darunter auch der führende General Yigael Alon, setzten auf konventionelle Verteidigung und somit auf amerikanische

---

[43] Memorandum für McGeorge Bundy vermutlich vom 6. 2. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel General, 12. 7. 62–6. 2. 63; Rundschreiben des Außenministeriums vom 12. 4. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel General, 7. 3. 63-23. 4. 63; Memorandum des Außenministeriums vom 1. 5. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel General, 4. 4. 63-1. 6. 63; Memorandum vom 15. 5. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel, Germany, 4. 4. 63-1. 6. 63; Harriman an Hugh Scott vom 1. 4. 1963, PA, IB4, 84.02, 90.35, B36, Nr. 16.

[44] ARONSON, The politics.

[45] Memorandum über die Unterredung mit dem Präsidenten vom 19. 12. 1960, Eisenhower Library, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 8; SHALOM, Tguvath ma'atzmoth hama'arav.

Waffen. Alon und sein Umkreis standen Golda Meir nahe und gingen auf Distanz zu Peres. Die französisch-deutsche Schule der israelischen Außenpolitik trat dagegen für nukleare Abschreckung und gegen die Inspektion der Nuklearanlage ein und betrachtete Frankreich und die Bundesrepublik weiterhin als die wichtigsten Waffenlieferanten.

Die nahe an der Grenze zu Jordanien und Ägypten gelegene Anlage in Dimona war ein leichtes Ziel für Angriffe aus der Luft. Nicht zuletzt hieraus rührte das besondere Interesse Israels an Luftabwehrwaffen. Während seines Besuchs im Weißen Haus im März 1960 beantragte Ben Gurion die Lieferung von Boden-Luft-Raketen des Typs „Hawk".[46] Die republikanische Administration war jedoch nicht daran interessiert, zum Waffenlieferanten Israels zu werden, und Präsident Eisenhower antwortete Ben Gurion, die westeuropäischen Länder, darunter Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland, seien die beste Waffenquelle für Israel.[47]

Ben Gurion folgte dem amerikanischen Rat, wie eine Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Ministerpräsident David Ben Gurion und Bundeskanzler Konrad Adenauer zeigt: Ben Gurion: „Wir brauchen Luft-Luft- und Boden-Luft-Raketen. Meine Leute haben schon mit Strauß gesprochen. Er war sehr hilfsbereit, doch die Entscheidung liegt bei Ihnen. Sie sind mehr als nur Staatschef. Bei früherer Gelegenheit haben Sie zugesagt." Adenauer: „Ja, ich bin einverstanden."[48] Das Hawk-Raketensystem wurde häufig diskutiert. Da Westdeutschland solche Raketen in amerikanischer Lizenz herstellte, warb Jerusalem um amerikanische Zustimmung für Bestellungen aus Bonn.[49] Ob Israel die Hawks schließlich direkt von den Vereinigten Staaten oder durch die Bundesrepublik erhielt, ist nicht restlos geklärt. Diese Raketen sind jedenfalls in der erwähnten Liste aufgeführt.

Die Vereinigten Staaten standen vor dem Dilemma, dem arg bedrängten jüdischen Staat zu helfen, ohne die Neutralität im Nahen Osten aufzugeben. Die sowjetischen Lieferungen von schweren Waffen an Ägypten stellten für Israel eine große Bedrohung dar. Eine zusätzliche Bürde für die Amerikaner bildeten die jordanischen Rüstungsbegehren. Zudem war die amerikanische Regierung daran interessiert, den Wasserkonflikt im Nahen Osten am Verhandlungstisch zu lösen. Die Stellvertreterdienste des westdeutschen Bündnispartners boten sich als beste Lösung an.

---

[46] Memorandum von Christian A. Herter für den Präsidenten vom 17. 3. 1960, Eisenhower Library, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 8, Israel 2, March-August 1960; Eisenhower an Ben Gurion vom 4. 8. 1960, Eisenhower Library, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 8, Israel 2, March-August 1960.

[47] Memorandum über die Besprechung vom 10. 3. 1960, Eisenhower Library, White House Office, Office of the Staff Secretary, International Series, Box 8, Israel 2, March-August 1960.

[48] Vermerk über das Treffen zwischen Ben Gurion und Adenauer am 14. 3. 1960 im Waldorf Astoria Hotel, ISA, 3294/4.

[49] Memorandum von William P. Bundy für Phillips Talbot vom 23. 5. 1962; Memorandum von George McGhee über das Gespräch mit Peres vom 24. 5. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, Gen. 1, 4/62–5/62; Memorandum für McGeorge Bundy, Weißes Haus, betr. Zusammenfassung der Ergebnisse der Besprechung der Missionsleiter in Athen vom 2. 7. 1962, Kennedy Library, NSF, Box 286A-286.

3. Die Lieferung von Panzern an Israel und die deutsch-israelische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik

Im Juli 1962 traf General Yitzchak Rabin mit einer langen Wunschliste im Gepäck zu Gesprächen mit amerikanischen Regierungsvertretern in Washington ein, nachdem Ben Gurion zwei Jahre zuvor mit mageren Ergebnissen aus den USA zurückgekehrt war. Das europäische Angebot genügte den israelischen Bedürfnissen nicht.[50] Der in Entwicklung befindliche britische „Chieftain" war dem standardmäßig in der NATO eingesetzten amerikanischen Panzer vom Typ „M-48A3 Patton" in israelischen Augen unterlegen. Jerusalem hoffte zudem auf amerikanische Finanzierungsmittel. Die Israelis bekundeten Interesse am Kauf von etwa 150 solcher Fahrzeuge, als Gegengewicht für die sowjetischen Panzer vom Typ T 55. Als Ersatz für die bereits mit Frankreich und der Bundesrepublik ausgehandelte Lieferung von Schnellbooten und Boden-Boden-Raketen faßte man auch entsprechende amerikanische Rüstungsgüter ins Auge. Die israelische Regierung versuchte, die neue Kennedy-Administration zur Änderung der amerikanischen Politik hinsichtlich der Waffenlieferungen an Israel zu bewegen. Doch Washington erwog höchstens eine Quidproquo-Vereinbarung: eine flexiblere israelische Haltung gegenüber dem Eric Johnson-Plan für die Wasserverteilung im Nahen Osten – ein Eckpfeiler für die Lösung der regionalen Verwicklung – für Waffen.[51] Die Vereinigten Staaten waren auch auf die Aufhebung der israelischen Opposition gegen amerikanische Waffenlieferungen an Jordanien angewiesen. Die Öffnung der Anlage in Dimona für Inspektionen und die Angelegenheit der Boden-Boden-Raketen spielten zudem eine Rolle beim amerikanischen Wunsch, eine Flexibilisierung der ägyptischen Politik zu erwirken.

Nach Rabins Besuch in Washington stellten die Israelis die Frage der Panzerlieferung zunächst zurück. Die anderweitig beschäftigten Vereinigten Staaten hatten keine Zeit für Israel. Nach dem Scheitern der israelischen Annäherungsversuche an die NATO und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hoffte die israelische Regierung aber dennoch auf amerikanische Sicherheitsgarantien. Grundsätzlich hielt sie beharrlich an ihrem Panzerwunsch fest, und die Amerikaner warnten weiter vor einer Ausweitung der Raketenbedrohung. In den Augen der amerikanischen Regierung standen diese beiden Themen in direktem Zusammenhang, und Washington warnte Jerusalem vor einer Eskalation des Rüstungswettlaufs, der die finanziellen Möglichkeiten Israels überschreiten könnte. Die Ägypter machten den Amerikanern und diese wiederum den Israelis deutlich, daß die israelischen Ängste im Raketenbereich jeglicher Grundlage entbehrten. Die amerikanische Regierung verdächtigte Israel der Panikmache, um amerikanische Panzerlieferungen durchzusetzen.[52]

---

[50] Briefwechsel 1960–1962 betr. Boden-Luft-Raketen, das amerikanische Hawk- und das britische Bloodhound-System, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 8/17/62–2/22/62.

[51] Memorandum von Myer Feldman für den Präsidenten vom 10. 8. 1962; R.W. Komer an McGeorge Bundy und Mike Feldman vom 13. 8. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 8/9/62–8/1/62.

[52] Memorandum für den Präsidenten vom 15. 5. 1963, Kennedy Library, POF, Box 119a.

Amerikanische Diplomaten führten das Beharren der Israelis auf solchen Panzerlieferungen vor allem auf den symbolischen Wert amerikanischer Waffenlieferungen zurück. Diese würden ein Ende der amerikanischen Zurückhaltung und ein offenes Bekenntnis für Israel auch im Verteidigungsbereich markieren, was wiederum das Zögern Washingtons und die Übertragung dieser Aufgabe an eine europäische Macht erklärt. Israel war Ägypten, in amerikanischen Augen, militärisch weiterhin überlegen. Als Bedingung für die Lieferung von Panzern forderten die Amerikaner somit den israelischen Verzicht auf nichtkonventionelle Waffen und auf die Entwicklung von Raketen. Zudem wurde die Forderung nach einer Inspektion der Nuklearanlage in Dimona weiterhin aufrechterhalten.[53] Präsident Johnson schloß die direkte Lieferung von Panzern an Israel schließlich grundsätzlich nicht aus, bevorzugte aber weiterhin die Lieferung durch die Bundesrepublik mit amerikanischer Finanzierung.[54] Anläßlich eines Besuchs von Ministerpräsident Eschkol in den Vereinigten Staaten im Frühjahr 1964 kam die Angelegenheit ausführlich zur Sprache.

Die Bundesrepublik war von der ihr zugedachten Stellvertreterrolle wenig begeistert. Auch Bonn war nicht gewillt, die freundschaftlichen Beziehungen zu den arabischen Staaten zu gefährden oder die Hallsteindoktrin aufs Spiel zu setzen, d.h. Staaten im Nahen Osten einen Anlaß zu geben, die DDR anzuerkennen. Die Beziehungen zu Israel seien der neuralgische Punkt für das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Arabern, weshalb eine direkte Lieferung von deutscher Seite kaum in Frage komme, meinte Bundeskanzler Erhard.[55] Erhard, der etwa zehn Tage nach Eschkol in Washington eintraf, sah sich im Hinblick auf Militärhilfe an Israel starkem amerikanischen Druck ausgesetzt. Die möglichen negativen Auswirkungen auf die deutsche Frage seien unbedeutend im Vergleich mit dem Schaden, den der Westen befürchten müsse, falls sich die Araber gegen die USA, dem Hauptgaranten des Friedens im Nahen Osten, auflehnten, bekam er zu hören.[56] Der amerikanische Verteidigungsminister Robert S. McNamara bekräftigte in einem Sondergespräch mit Erhard die Notwendigkeit westdeutscher Militärhilfe für Israel.[57] Die Amerikaner deuteten auf die fehlenden diplomatischen Beziehungen mit Israel und auf die moralische Verpflichtung der Deutschen hin. Schließlich lenkte die Bundesregierung ein und erklärte sich bereit, Israel hundertfünfzig Panzer vom Typ „M48A II C" zu liefern und dafür

---

53 SPIEGEL, The other Arab-Israeli conflict, S. 130–132.

54 Memorandum über die Besprechung zwischen Präsident Johnson, M. Feldman, Eschkol und Harman vom 1. 6. 1964, Johnson Library, NSF, Middle East, Israel, Eshkol Visit, Containers 142 and 143, Document 38-b.

55 AAPD 1964, Bd. 1, Dok. 136 und Dok. 555 über den 23. 5. 1964.

56 Vermerk von McGeorge Bundy an Präsident Johnson zur Vorbereitung von dessen Gespräch mit Bundeskanzler Erhard vom 12. 6. 1964, Johnson Library, NSF, Memos for the President, McGeorge Bundy, Vol. 5, Check List, Container No. 2, Doc. 36.

57 OSTERHELD, Außenpolitik, S. 90; vgl. auch die Kopie des Memorandums betr. das Gespräch zwischen dem amerikanischen Verteidigungsminister und Außenminister Schröder vom 12. 6. 1964 über Panzer für Israel, die Benjamin H. Read, Personalabteilung, am 24. 6. 1964 an McGeorge Bundy schickte, Johnson Library, NSF, Country File, Germany, Erhard Visit, Box 191,6/12–13/64, 24. 6. 1964; vgl. auch WOLFFSOHN, Neshek l'israel, S. 73; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 18. 2. 1965.

aufzukommen. Die Panzer sollten aus NATO-Beständen genommen und in Italien überholt werden.[58]

Dies war das letzte große Waffengeschäft zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen. McGeorge Bundy vom Weißen Haus bemerkte dazu: „Die deutsche Panzerlieferung an die Israelis ist [allein] dank unserem energischen Einsatz zustande gekommen. Tief in ihrem Herzen weiß sie [die Bundesregierung], daß wir recht haben."[59] Welche unmittelbaren Vorteile sich die Amerikaner von der Vermittlung zwischen Israel und der Bundesrepublik versprachen, außer der Beibehaltung des Kräfteverhältnisses im Nahen Osten und der Entlastung der eigenen Mittel, ist unklar. Der folgende Kommentar des Weißen Hauses zum Eschkol-Besuch äußert sich nur zum letzten Punkt: „Die Vereinigten Staaten waren weder bereit, Israel Rüstungsgüter zu liefern noch auf ein Sicherheitsarrangement irgendwelcher Art einzugehen."[60] Die Bundesregierung hielt im wesentlichen an der Linie von Strauß fest, trotz wachsender Kritik und Opposition in Regierungskreisen. Bundesaußenminister Gerhard Schröder und Bundesverteidigungsminister Kai Uwe von Hassel beurteilten die Rüstungsabkommen mit Israel negativ, taten aber nichts um sie zu unterbinden.[61] Die beiden Minister waren sich der Bedeutung dieser Abkommen anscheinend nicht völlig bewußt. Erhard legte einerseits großen Wert auf eine großzügige Haltung gegenüber Israel, war aber gleichzeitig auch an einer möglichst engen Zusammenarbeit mit Präsident Johnson in Fragen von gemeinsamem Belang interessiert.

Die Kooperation zwischen der israelischen Armee und der Bundeswehr schloß auch die Ausbildung israelischer Soldaten, gegenseitige Besuche, Expertenaufträge und sogar gemeinsame Publikationen mit ein. Angesichts der fehlenden diplomatischen Vertretung in Israel wurde die Aufgabe der Ausstellung von Visa für die Bundesrepublik vom britischen Konsulat in Haifa wahrgenommen. Die britischen Dokumente ergeben ein klares Bild des zunehmenden Reisestroms von israelischen Militärs nach Deutschland. Das erste britische Dokument in dieser Sache vom 9. Januar 1958 berichtet von fünf Visa für Offiziere und zwanzig Visa für Unteroffiziere.[62] Andere Dokumente deuten darauf hin, daß es bereits 1956 zu solchen Besuchen gekommen war. Die Deutschlandbesuche von Zwi Dar, dem Generaldirektor der israelischen Militärindustriegesellschaft, und seines Vize, sowie von weiteren hohen israelischen Offizieren, einschließlich des Kommandan-

---

[58] Memorandum von McGeorge Bundy für den Präsidenten vom 13. 10. 1964, Johnson Library, NSF, Bd. 5, Cont. 2, Doc. 110; die Botschaft in Washington, D.C. an den Außenminister vom 20. 1. 1965, ISA, 3533/2.

[59] Memorandum von McGeorge Bundy für den Präsidenten vom 13. 10. 1964, Johnson Library, NSF, Memos for the President, by McGeorge Bundy, Vol. 5, Cont. 2, Doc. 116; vgl. DEUTSCHKRON, Israel und die Deutschen, S. 276–294; FELDMAN, The special relationship, S. 123–141; SEELBACH, Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, S. 106–109.

[60] Kommentar des Weißen Hauses zum Eschkol-Besuch vom 26. 6. 1964, Johnson Library, NSF, Country File, Middle East, Israel, Vol. 10–12, Boxes 142 and 143.

[61] Wolffsohn, Neshek l'israel, S. 69–77; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 13. 1. 1958, PRO, FO 371/134275, VR 10318/4.

[62] Die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 13. 1. 1958, PRO, FO 371/134275, VR 10318/4.

ten der Marine, General Shmuel Tankus, und Geheimdienstleuten, darunter auch (der spätere General) Amos Chorev, weckten die Aufmerksamkeit des britischen Geheimdienstes, der daraufhin regelmäßige Berichterstattung forderte. „Es tut sich etwas", meinte ein britischer Diplomat in Haifa.[63] Das Konsulat berichtete auch über Ausbildungskurse von vierzig bis sechzig Mann starken israelischen Militäreinheiten in französischen Militärstützpunkten in Deutschland. Das Auswärtige Amt intervenierte aufgrund einer Bitte der französischen Regierung, die Zahl der israelischen Militärkursabsolventen in Deutschland zu verringern.[64] Bald führte aber auch die Bundeswehr Ausbildungsprogramme für israelische Einheiten ähnlicher Größe durch. Israelische Soldaten wurden an neuen Waffensystemen geschult.

1958 beantragten Generalstabchef Chaim Laskov, der Oberbefehlshaber der Marine, zehn Offiziere, 17 Unteroffiziere, diverse Beamte des israelischen Verteidigungsministeriums und 156 Privatpersonen ein Visum für die Bundesrepublik.[65] Shimon Peres und auch Vertreter der israelischen Fleischimportfirma INCODA, der geheimdienstliche Verbindungen nachgesagt wurden, reisten mehrmals nach Deutschland. Nach 1958 reißt die im britischen Public Records Office abgelegte Berichterstattung in dieser Angelegenheit ab. Geht man davon aus, daß es sich bei der obigen Liste nur um die offiziellen Besucher handelte, ist die israelische Reisebewegung nach Deutschland für ein einziges Jahr beeindruckend. Das Auswärtige Amt war nicht glücklich über diese Entwicklung und versuchte, ihr mit einer Verschärfung der Einreisebestimmungen zu begegnen. Die westdeutsche Diplomatie verfolgte mit Sorge die ostdeutschen und arabischen Noten bezüglich des Aufenthalts von israelischen Soldaten in Westdeutschland.[66]

Die deutsch-israelische Zusammenarbeit im geheimdienstlichen Bereich, die israelischen Agenten unter deutschem Deckmantel in arabischen Ländern und die Benutzung westdeutschen Territoriums für israelische Militäraktivitäten gehören zu den dunkleren – der Sache entsprechend äußerst knapp dokumentierten, aber dennoch evidenten – Seiten der deutsch-israelischen Beziehungen. In der Israel-Mission in Köln arbeiteten auch ein paar Mossad-Agenten. Ben Gurion unterhielt außerdem direkten Kontakt mit dem Chef des Bundesnachrichtendienstes, dem ehemaligen General Reinhard Gehlen, den er persönlich zu treffen wünschte.[67] Der Agent der israelischen Armee Israel Behr berichtete Ben Gurion regelmäßig über seine Gespräche mit Gehlen. Die Zusammenarbeit der beiden Geheimdien-

---

[63] G. Kippax, Verteidigungsministerium, an M.R. Tesh, Nahostabteilung, vom 23. 4. 1958, PRO, FO 371/134275, VR/10318/10; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Nahostabteilung vom 2. 5. 1958, PRO, FO 371/134275, VR/10318/7b.

[64] Knoke an den Staatssekretär vom 27. 2. 1958, PA, 708, 84.00, 92.19; van Scherpenberg an die Abt. D3 vom 7. 3. 1958, PA, 84.00, 92.19; die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 27. 3. 1958, PRO, FO, 371/134275; Aufzeichnungen van Scherpenberg an die Abt. 2 vom 1. 4. 1958 und vom 25. 8. 1958, PA, 84.00, 92.19.

[65] Die britische Botschaft in Tel Aviv an die Abteilung Levante vom 13. 1., 20. 1., 27. 1., 7. 2 und 25. 8. 1958, PRO, FO, 371/134275.

[66] Die deutsche Botschaft in Tripolis/Libyen an das AA vom 21. 1. 1958; Welck an den Staatssekretär vom 20. 1. 1958; von Dziembowski, Ref. 211, an den Staatssekretär vom 10. 4. 1958; Schirmer, Kairo, an das AA vom 10. 4. 1958, PA, Nr. 102483.50–92.19.

[67] Tagebucheintrag Ben Gurions vom 14. 5. 1960, BGA, BGD.

ste erstreckte sich auch über Asien und Afrika. Doch die Aktivitäten des israelischen Geheimdienstes auf deutschem Territorium in den sechziger Jahren beunruhigten die deutschen Behörden und veranlaßten sie zu Gegenmaßnahmen.[68]

Die israelischen Aktivitäten im militärischen Bereich stießen in der Bundesrepublik dennoch auf erhebliche Sympathie. Ben Gurion legte dazu das ideologische Fundament, und Peres war für die Umsetzung zuständig. Das zu jener Zeit bereits von Oppositionellen gesäuberte israelische Militär- und Sicherheitsestablishment fügte sich Ben Gurions Führung im allgemeinen. Eine große Ausnahme war der Mossad-Chef und Mapai-Veteran Iser Harel. Die Opposition gegen Ben Gurions Deutschlandpolitik konzentrierte sich in der altgedienten Mapai-Führung und vor allem auch in der Person der Außenministerin Golda Meir. Bei Meir dürfte dabei auch die persönliche und institutionelle Rivalität mit Peres und seiner parallelen Außenpolitik mitgespielt haben. Offensichtlich war es ihr nicht gelungen, Ben Gurions Unterstützung gegen den aggressiven Peres zu gewinnen. Die Mapai-Veteranen standen den engen Beziehungen zur Bundeswehr äußerst skeptisch gegenüber.[69]

Der mit Adenauers Zustimmung handelnde Franz Josef Strauß war die Schlüsselfigur auf der deutschen Seite. Seine Politik wurde von der Beamtenschaft des Bundesverteidigungsministeriums und vom Oberkommando so stark mitgetragen, daß sie diese Linie auch unter dem nächsten Minister beibehielten. Ob Strauß' Nachfolger Kai Uwe von Hassel diese Politik auch billigte oder ob ihn die Umstände und die Beamtenschaft von drastischen Kursänderungen abhielten, ist unklar. Fest steht nur, daß die Bundesrepublik einen außerordentlich wichtigen Beitrag zur Bewaffnung der israelischen Armee und damit zur Verteidigung des jüdischen Staates geleistet hat.

4. Raketenrüstung im Nahen Osten

Anläßlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens stattete der ehemalige deutsche Verhandlungsleiter Franz Böhm Israel einen Besuch ab. Er wurde herzlich empfangen, doch das persönliche Gespräch mit Golda Meir war ernsten Themen gewidmet: Böhm wurde aufgefordert, den Kanzler darauf hinzuweisen, daß westdeutsche Staatsbürger sich in Ägypten an einem Projekt beteiligten, das die Zerstörung Israels bezwecke. Deutsche Wissenschaftler arbeiteten an der Entwicklung von ballistischen Raketen, deren Reichweite das ganze Gebiet des Staates Israel umfasse, und denen die israelische Armee nichts entgegenzusetzen habe. Wenig später wurde den deutschen Wissenschaftlern auch vorgeworfen, Kobaltbomben und ABC-Sprengköpfe zu entwickeln. Böhm übermittelte die Botschaft dem Bundeskanzler und forderte die Bundes-

---

[68] Denkschrift Dr. Mommer zur Nahostpolitik vom 2. 12. 1964 in der Ausschußdrucksache IV/48 des 3. Ausschusses des Deutschen Bundestages, Unterausschuß Nr. 3, PA, B36, Nr. 188, 1B4, 82.00, 92.19.

[69] Interview mit Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986; Interview mit Moshe Carmel am 30. 1. 1986, ILA, Golda Meir Archive.

regierung auf, sich „eindrucksvoll von diesen deutschen Staatsangehörigen zu distanzieren".[70] Adenauer antwortete, die Regierung sei über diese Sache informiert und werde ihr möglichstes tun.[71] Böhm sprach auch mit von Brentano, nun Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, mit dem neuen Außenminister Gerhard Schröder und im Bundestagsauschuß für Wiedergutmachung.[72]

Allmählich wurde auch die Öffentlichkeit in Israel und in der Bundesrepublik auf die Aktivitäten der deutschen Wissenschaftler aufmerksam. Am 13. November 1962 kam das ägyptische Raketenprojekt zum ersten Mal in der Knesset zur Sprache.[73] Ein Vorfall in der Schweiz, als israelische Agenten bei dem Versuch gefasst wurden, Kinder eines deutschen Wissenschaftlers einzuschüchtern, ließ der israelischen Regierung keine Wahl, als sich offen mit der Raketenkrise auseinanderzusetzen. Das Kabinett trat ohne den im Urlaub weilenden Ben Gurion zusammen, und Frau Meir sprach als Regierungsvertreterin vor der Knesset. Ihre und Cherut-Chef Begins Äußerungen verliehen der Angelegenheit nahezu hysterische Proportionen. Obwohl ursprünglich die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen in Ägypten zur Debatte stand oder hätte stehen sollen, konzentrierte sich die parlamentarische Diskussion auf den deutschen Faktor: „Die Söhne jener Nation [Deutschland] beabsichtigen mit ihren Taten die Vernichtung des Staates Israel", sagte Meir in ihrer Rede.[74] Meirs und Begins gemeinsames Leitmotiv für die nächste Zeit lautete also: Die Söhne jener Nation, die schon einmal versucht hat, das jüdische Volk zu vernichten, versuchen es ein zweites Mal. Die allerschärfste Kritik ernteten nicht Nasser und Ägypten, sondern die fremden Wissenschaftler und Techniker, die, wie behauptet wurde, aus rassistischen, antisemitischen und nazistischen Gründen bereit seien, im neuen Krieg zur Vernichtung des Judentums zu dienen. Die aufgestaute Bitterkeit entlud sich in einer emotionalen Debatte gegen die namenlosen Wissenschaftler und die Deutschen ganz allgemein. Den Wissenschaftlern wurde Böswilligkeit vorgeworfen und die Absicht unterstellt, das zu Ende bringen zu wollen, woran Hitler gescheitert war. Manche verbale Attacken richteten sich gegen die Bundesregierung, der Unfähigkeit vorgeworfen wurde, die kriminellen Aktivitäten ihrer Bürger gegen die Überlebenden des Holocaust zu unterbinden. Ein Großteil dieser emotionalen Anklagen war zweifellos an das Gewissen der Wissenschaftler in Ägypten gerichtet. Andererseits kommt darin auch eine breitere Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zum Ausdruck.

In den acht Knessetdebatten über die deutschen Wissenschaftler in den Jahren 1963 und 1964 stößt man wiederholt auf den Terminus „biologische Vernichtung" und ähnliche Ausdrücke.[75] Bei einigen der am ägyptischen Projekt beteiligten

---

[70] Böhm an Adenauer vom 10. 9. 1962, ACDP, I-200-006/IV GIV.
[71] Adenauer an Böhm vom 16. 9. 1962, ACDP, I-200-006/IV GIV.
[72] Böhm an Gerstenmaier und Schröder vom 5. 12. 1962, ACDP, VIII-001-1502.
[73] KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 179. Sitzung am 13. 11. 1962, S. 131.
[74] Ansprache der Außenministerin Meir. In: KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 234. Sitzung am 20. 3. 1963, S. 1569.
[75] KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 234. Sitzung am 20. 3. 1963, S. 1575, 240. Sitzung am 7. 4. 1963, S. 1742–1751, 249. Sitzung am 20. 5. 1963, S. 1872–1876, 262. Sitzung am 24. 6. 1963, S. 2162–2167, 324. Sitzung am 27. 1. 1964, S. 878–879, 346. Sitzung am 13. 3. 1964,

Wissenschaftler handelte es sich tatsächlich um ehemalige Nationalsozialisten und Antisemiten. Wiederum ein Teil davon hatte an den V 1- und V 2-Raketenprojekten mitgearbeitet. Doch die meisten ausländischen Wissenschaftler waren junge Hochschulabgänger, die aus Karrieregründen in Ägypten arbeiteten. Die israelischen Anschuldigungen waren offensichtlich übertrieben. Doch es war nicht die einzige Übertreibung: Knessetabgeordnete behaupteten, die Ägypter hätten in kürzester Zeit Hunderte von Raketen produziert, Tausende von deutschen Technikern würden in diesem Land arbeiten, und es sei Ägypten gelungen, Sprengköpfe mit besonders großer Zerstörungskraft zu entwickeln.

Wie sind diese Angriffe zu erklären? Offensichtlich standen eher Emotionen und weniger rationale Überlegungen im Vordergrund. Einerseits dürfte die konkrete Angst vor chemischen, biologischen und atomaren Waffen eine Rolle gespielt haben und andererseits die unheilvolle Kombination von „Massenvernichtung" und „Deutschen", die innerhalb der jüdischen Gemeinschaft umgehend heftige Aversionen hervorrief. Zahllose Demagogen witterten die Gunst der Stunde. Mehrere Knessetabgeordnete, darunter auch Golda Meir, waren durchdrungen von Haß, Mißtrauen und Vorurteilen gegenüber den Deutschen und Deutschland. Der Fall der deutschen Wissenschaftler in Ägypten erwies sich als ausgezeichnete Gelegenheit zur Verurteilung der Deutschlandpolitik der Regierung. Ben Gurions Motto des „gewandelten Deutschland" wurde als fataler Trugschluß dargestellt: Die angeblich „gewandelten Deutschen" bereiteten sich zusammen mit den Arabern auf die Vernichtung Israels vor, hieß es. Die von der Politik und der Presse geschürte Aufregung bewirkte in der Öffentlichkeit Angst und Unruhe.

Die Israelis warnten im Zusammenhang mit der Wissenschaftleraffäre vor einer Wiederholung der Geschichte: Die Bundesrepublik könnte sich trotz Verbots in den Verträgen mit den Alliierten und im Grundgesetz mit der Produktion von Raketen und insbesondere von Nuklearwaffen beschäftigen, genau wie die Deutschen während der Weimarer Republik sich durch geheime militärische Aktivitäten und Entwicklungsarbeit über die ihnen auferlegten Beschränkungen hinweggesetzt hatten. Solche Warnungen kamen aus verschiedenen Richtungen des politischen Spektrums, auch von der rechtsgerichteten Cherut und der linksradikalen Mapam. Doch die Politiker waren mit ihren Befürchtungen nicht allein. Auch der Geheimdienstexperte Isser Harel äußerte Bedenken. Und sogar US-Präsident Kennedy wies seinen Außenminister an, die Bundesrepublik aufzufordern, die Entwicklung von Raketensprengköpfen und damit verbundener Waffensysteme zusammen mit den Franzosen einzustellen.[76]

Die Bundesregierung war über die Einzelheiten der Entwicklungsarbeit in Ägypten zweifellos informiert. Der Briefwechsel zwischen von Brentano und Adenauer im Brentano-Nachlaß läßt darauf schließen, daß die beiden Politiker

---

S. 1426–1449, 352. Sitzung am 4. 5. 1964, S. 1673–1683 und 393. Sitzung am 12. 10. 1964, S. 3-27.

[76] Memorandum von John F. Kennedy an den Außenminister vom 20. 2. 1963, Kennedy Library, NSF, Departments and Agencies, Dept. of State, 11/6/61–2/27/63, Box 285A-286; vgl. Rundschreiben des Außenministeriums vom 12. 4. 1963, Kennedy Library, NSF, General, 3/7/63 – 4/23/63.

daran interessiert waren, die deutschen Wissenschaftler in Ägypten ungestört arbeiten zu lassen.[77] Die Arbeit in ägyptischen Werkstätten und Laboratorien verschaffte den deutschen Fachkräften die Gelegenheit, Fachwissen zu erwerben, Erfahrungen zu sammeln und besonders sich Spezialwissen im Raketenbereich anzueignen, was in der Bundesrepublik nicht möglich war. Die Bundesregierung konnte sich diesem Vorteil schwerlich verschließen.

Ausländische Beobachter wunderten sich über die Heftigkeit der israelischen Reaktionen und darüber, daß sich die Angelegenheit zu einem internationalen Skandal ausgeweitet hatte. Der Stab des Weißen Hauses vermutete unter anderem einen israelischen Versuch, die Entwicklung eigener Nuklearwaffen zu rechtfertigen.[78] Mit anderen Worten, die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten könnte dazu gedient haben, die Aufmerksamkeit von einem ähnlichen, aber fortgeschritteneren Projekt in Israel abzulenken. Am 6. Juni 1961 hatte Israel die erste Rakete des Typs „Shavit 2" gezündet, die oft auch „Wahlrakete" genannt wurde, weil sich die Mapai damit massiven Auftrieb in den bevorstehenden Wahlen erhofft hatte. Der Staat Israel baute zudem angeblich mit französischer Hilfe seine erste eigene ballistische Rakete („Jericho").[79] Aronson behauptet, Ben Gurion habe auch beabsichtigt, eigene Raketen mit Hilfe von deutschen Wissenschaftlern mit V 2- Erfahrung zu entwickeln.[80] In den amerikanischen Dokumenten werden im Zusammenhang mit der Entwicklung von Trägersystemen wiederholt Mutmaßungen über das nukleare Potential Israels angestellt.[81]

US-Botschafter Walworth Barbour stellte die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten in einem ausführlichen Bericht vom 5. Oktober 1962 in einen breiteren historisch-geopolitischen Zusammenhang und zog hieraus die Schlußfolgerungen: Die Israelis hätten der Angelegenheit zunächst vor allem politische und kaum militärische Bedeutung beigemessen. Das Schwergewicht habe auf der psychologischen Bedeutung der Raketen gelegen, auf der Haltung, die sich aus ihrem Besitz ergeben habe und auf deren Wirkung auf Nassers Selbst-

---

[77] Adenauer an von Brentano vom 27. 6. 1963; Aktenvermerke vom 29. 3. 1963 und vom 22. 6. 1963, BArch, N 1239; die deutsche Botschaft in Kairo an das AA vom 5. 4. 1963, 8. 4. 1963 und 7. 5. 1963; Vermerk über das Gespräch mit Kleinwächter vom 8. 5. 1963; Gerhard Siegel an den Bundesminister vom 23. 6. 1963, PA, B36, Nr. 18, IB4, 84.02–90.36; Lenz an Böhm vom 25. 6. 1963, ACDP, I-200–006/IV; Blaustein an Nahum Goldmann vom 19. 4. 1963, AJC, JSX, 62–64, Restitution, RG-1, EXO-24.

[78] Aktenvermerk von R.W. Komer betr. die Besprechung mit Mordechai Gazit vom 15. 5. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel General, 4/4/63 – 6/1/63; vgl. Fernschreiben von Knappstein an das AA vom 29. 3. 1963, PA, B36, Nr. 18, IB4, 84.02–90.36.

[79] MA'ARIV (Tel Aviv) vom 11. 12. 1996.

[80] ARONSON, Or chadash al doktrinath, S. 164.

[81] Aktenvermerk von Komer über die Besprechung mit Roland und Evans von der N.Y. Herald Tribune vom 2. 5. 1963, Kennedy Library, Robert W. Komer, 5/1963; Memorandum des CIA Office of National Estimate an den Direktor vom 6. 3. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 7/12/63–3/6/63; Philips Talbot an den Außenminister vom 14. 5. 1963, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 4/4/63–6/1/63. Dieses Dokument befaßt sich mit der französisch-israelischen Kooperation im Raketen- und Nuklearbereich. Vgl. auch John Kimchi über die israelische Atombombe vom 28. 3. 1963, PRO, FO 371/150566.

bewußtsein. Zudem hätten die Raketen vom Ausmaß der sowjetischen Waffenlieferungen an Ägypten abgelenkt. In letzter Zeit seien die Israelis jedoch zur Überzeugung gelangt, daß die Region und vor allem auch Israel von Waffen einer neuen Dimension bedroht sei. Das Problem des Kräftegleichgewichts und der Abschreckung sei deshalb besonders akut geworden. Ein Konflikt mit Ägypten sei für Israel eine Frage von Leben und Tod, deshalb werfe jede Waffe, die Nasser einen Vorteil verschaffe, sehr ernste Probleme auf. Mit anderen Worten, die Raketen würden erstmals auch aus taktischer und strategischer Perspektive betrachtet bzw. deren taktische und strategische Bedeutung erstmals anerkannt.[82] Barbour betonte die beschränkten territorialen Ausmaße des Staates Israel und die sich dadurch ergebende hohe Verletzlichkeit und wies daraufhin, daß in Israel eine Verteidigungsdoktrin Gestalt annehme, wonach nur ein vernichtender Schlag gegen die arabischen Staaten das Überleben des jüdischen Staates garantieren könne. Der Botschafter empfahl zudem, das israelische Staatsgebiet bis zu den Grenzen des britischen Mandats von 1948 auszuweiten und den Gazastreifen unter internationale Verwaltung zu stellen. Die Raketen könnten ein Hinweis für den technologischen Vorsprung der Araber gegenüber den Israelis darstellen, so Barbour. Zusammenfassend maß der amerikanische Botschafter der Raketenkampagne vier mögliche Absichten bei: 1. die israelische Bevölkerung auf eine mit größeren Verteidigungsausgaben zu rechtfertigende höhere Steuerbelastung vorzubereiten; 2. der Öffentlichkeit die Verwundbarkeit des Staates durch hochentwickelte Waffen konkret vor Augen zu führen; 3. ausländische Staaten zu mehr Finanzhilfe zu bewegen; 4. ausländische Unterstützung für die politischen Standpunkte der israelischen Regierung zu gewinnen.

Auch andere amerikanische Beobachter vermuteten einen Zusammenhang zwischen der Kampagne und den geplanten Steuererhöhungen zwecks Finanzierung der neuen Waffen. Die israelische Presse kritisierte die Vereinigten Staaten für die Wirtschaftshilfe an Nasser, die ihm erlaube, Mittel für Abenteuer im Ausland bereitzustellen. Sehr unfreundliche Worte fand sie für die Bundesrepublik, die zulasse, daß ihre Bürger den Israelis eine neue wirtschaftliche Last aufbürdeten. Die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten war ein perfekter Vorwand für die Erhöhung der Staatsausgaben und die Vorwürfe an die Adresse der Deutschen waren ein effektives Mittel für die Beschaffung von Mitteln im In- und Ausland. Verschiedene Beobachter vermuteten hinter der Kampagne deshalb auch wirtschaftliche Motive.

Ein Treffen zwischen Alexander Böker vom Auswärtigen Amt und Robert C. Strong vom amerikanischen Außenministerium, die beide nicht als proisraelisch galten, bringt zusätzliches Licht in die Hintergründe der Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten. Strong zufolge soll die israelische Regierung damit versucht haben, die Beziehungen Ägyptens zum Westen zu schwächen, da Israel unter den arabischen Staaten – nach Strongs Einschätzung – nur

[82] Die amerikanische Botschaft in Tel Aviv an den Außenminister vom 5. 10. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 10/2/62 – 11/13/62; das Außenministerium an die diplomatischen Vertretungen im Nahen Osten vom 9. 10. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 10/2/62 – 11/13/62.

Ägypten Bedeutung beimaß. Eine Lockerung dieser Beziehungen würde Kairos Abhängigkeit vom Osten verstärken. Gleichzeitig würde, so Strong, Ägyptens Ansehen im Westen Schaden nehmen und damit Israel gestärkt. Die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten erscheine den Israelis in dieser Hinsicht sehr erfolgversprechend. Israel versuche, sich amerikanische Garantien in Verbindung mit militärischen Beziehungen zu sichern und sich – den bislang verwehrten – Zugang zu amerikanischen Waffen zu verschaffen. Eine amerikanische Sicherheitsgarantie für Israel sei ein starkes Signal für die Araber. Möglicherweise wollte der amerikanische Beamte damit andeuten, daß die Israelis die Araber dadurch zu politischen, territorialen und anderen Konzessionen zwingen könnten. Im territorialen Bereich würde der Staat seine Grenzen gerne an den Jordan verschieben, wenn „dies ohne schwerwiegende Konsequenzen möglich sei".[83] Das Dokument warf Israel Intrigen gegen den Westen vor und hielt es für wahrscheinlich, daß Israels internationale Kampagne ihr Ziel verfehlen würde. Die subjektiven Befürchtungen in Israel wurden von äußeren Beobachtern oft nicht geteilt. Einige Beobachter interpretierten diese Ängste und Emotionen als Opportunismus.

Wie gefährlich waren die ägyptischen Raketen tatsächlich? Späteren Informationen zufolge entpuppten sie sich als eher harmlos. Die Raketen waren so schlecht gebaut, daß sie nie vom Boden abhoben. Einzelnen Personen in israelischen Geheimdienstkreisen dürften die wahren Qualitäten der ägyptischen Raketen schon vorher bekannt gewesen sein. Der Öffentlichkeit wurde sie jedoch vorenthalten. Einer der Gründe für die Verschleierung des wirklichen Sachverhalts der zum innenpolitischen Streitgegenstand verkommenen Angelegenheit war die Rivalität zwischen dem Mossad unter Isser Harel, der die Raketenbedrohung dramatisierte, und dem Militärgeheimdienst (Aman), der ihr skeptisch gegenüberstand. Harel, ein Gegner von Beziehungen zu Deutschland, stimmte mit Ben Gurions Doktrin des „gewandelten Deutschland" nicht überein. Er verabscheute Peres und stand Golda Meir nahe, deren Vorurteile der Raketenstreit zu bestätigen schien. Ben Gurion und Peres behagte eher die Einschätzung des Militärgeheimdienstes, wonach die Raketen vorläufig keine existentielle Gefahr darstellten. Zu einem bestimmten Zeitpunkt war ein Großteil der israelischen Politiker einschließlich der Knesset mit der Wahrheit vertraut, ohne sie öffentlich zugeben zu wollen. Ben Gurion und Harel zogen die persönlichen politischen Konsequenzen.

In den zugänglichen amerikanischen Dokumenten werden ägyptische Boden-Boden- und Boden-Luft-Raketen ab Mai 1962 mehrmals erwähnt.[84] Amerikanische Beobachter waren von der Qualität der ägyptischen Raketen nie sonderlich beeindruckt. McGeorge Bundy bezeichnete die Raketen verächtlich als „Nassers Missiles" und meinte, sie seien so konventionell wie schwerfällig und mehr für Schauzwecke als für den tatsächlichen Gebrauch bestimmt.[85] Obwohl die Israelis

---

[83] AAPD 1963, Bd. 2, Dok. 188, S. 606–608.

[84] Memorandum von William P. Bundy für Phillips Talbot vom 23. 5. 1962, Kennedy Library, NSF, Israel, General, 4/62 – 5/62.

[85] Memorandum von McGeorge Bundy für den Präsidenten vom 8. 3. 1964, Kennedy Library, NSF, Memos for the President, by McGeorge Bundy, Vol. 2, (10/2), 3/1–31/1/64,

die amerikanische Einschätzung wahrscheinlich kannten, die im übrigen kaum von derjenigen des israelischen Militärgeheimdienstes (Aman) abwich, machte die israelische Regierung vom Raketenargument unvermindert weiter Gebrauch. Anläßlich eines Besuches des israelischen Ministerpräsidenten Levi Eschkol in den USA im Mai 1964 wies der amtierende Außenminister George Ball Präsident Johnson daraufhin, daß die USA mit der Darstellung der Raketengefahr des israelischen Premiers nicht übereinstimmten.[86] In einer anderen Denkschrift wurde festgehalten, daß sich die Israelis nicht wirklich vor den erwähnten Raketen fürchteten, sondern davor, daß Nasser von den Russen hochentwickelte Waffen erhalten könnte.[87] Für die innenpolitische Auseinandersetzung in Israel wurde die Anwesenheit von deutschen Wissenschaftlern in Ägypten bis 1965 gleichwohl weiter ausgeschlachtet, was unter anderem 1963 zum erzwungenen Rücktritt Ben Gurions, zur Spaltung der Mapai und zur Bildung einer neuen Regierung unter Levi Eschkol führte.

Der Mossad und der Militärgeheimdienst (Aman) waren für die äußere Sicherheit zuständig. Die zivile Oberaufsicht über diese beiden Institutionen, deren Leiter sich gegenseitig auszustechen versuchten, oblag David Ben Gurion, Premier- und Verteidigungsminister in einer Person. Harel war aktiv in der inneren Politik der Mapai und besaß dort sowohl Freunde als auch Feinde. Er sympathisierte mit Ben Gurion und Golda Meir, verachtete Peres und hatte keine besonders hohe Meinung von Eschkol. Die Verachtung für Peres war ihm und Meir gemeinsam und entsprechend auch die Abneigung gegenüber Deutschland. Weder Harel noch Meir konnten sich mit dem Begriff „gewandeltes Deutschland" anfreunden, fügten sich jedoch aus Respekt vor Ben Gurion dessen Politik. Ben Gurion war nicht bereit, Peres gegenüber der altgedienten Mapai-Politikerin Meir zu unterstützen, ließ seinem Günstling jedoch freie Hand in der Alltagspolitik. Der Konflikt war vorprogrammiert, und der Skandal um die deutschen Wissenschaftler in Ägypten diente als Auslöser.

Im August 1962 berief Ben Gurion eine Beratung auf höchster Ebene über das ägyptische Raketenprogramm ein.[88] Die Anwesenden bewerteten die Angelegenheit übereinstimmend als äußerst ernst, machten die Bundesregierung für die Handlungen ihrer Bürger verantwortlich und beschlossen, weitere Informationen zu sammeln. Harels Vorschlag bezüglich eines direkten Appells an Adenauer wurde von Ben Gurion zurückgewiesen. Statt dessen wandte sich Peres schriftlich an Strauß. In einem Schreiben vom 17. August 1962 brachte Peres die israelische Besorgnis über die Angelegenheit zum Ausdruck und forderte Strauß und Adenauer zum Eingreifen auf. Wie sei es möglich, schrieb Peres, daß der Bundesnach-

---

Box 1, Doc. 33c; vgl. Memorandum von McGeorge Bundy für den Präsidenten vom 6. 3. 1964 betr. das ägyptische bzw. israelische Raketenprogramm, Kennedy Library, NSF, Memos for President, by McGeorge Bundy, Box 1, Doc. 40g.

[86] Memorandum von George Ball für den Präsidenten vom 25. 5. 1964, Johnson Library, NSF, Middle East, Israel, Eshkol Visit, 20/2, Box 142–143, Doc. 38n.

[87] Memorandum von R. W. Komer für den Präsidenten vom 2. 6. 1964, Johnson Library, NSF, Country File No. 14, Middle East, Israel, Eshkol Visit, Box 142–143.

[88] Interviews mit Iser Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986, ILA, Golda Meir Archiv.

richtendienst über das ägyptische Projekt nicht informiert sei und daß Bundesbürger in eine derart heikle Angelegenheit verwickelt seien? Die deutsche Botschaft in Kairo müsse davon Kenntnis haben. Diese Aktivitäten, so Peres weiter, widersprächen der erklärten Absicht, die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zu verbessern. Die Bundesregierung solle sich überlegen, was unternommen werden könne, um solche Aktivitäten in Zukunft zu verhindern.[89] Strauß leitete das Schreiben an Adenauer weiter. Unklar ist, weshalb Ben Gurion diese Angelegenheit Peres übertrug. Möglicherweise befürchtete er eine negative Antwort und wollte einen Gesichtsverlust vermeiden. Vielleicht vertrat er aber auch die Ansicht, daß die Bundesregierung nicht direkt in diese Angelegenheit verwickelt sei und somit auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden könne. Mehrere Autoren haben darüber spekuliert. Harel behauptet, Ben Gurion sei enttäuscht gewesen über das Vorgehen der Bundesregierung.[90] Der Ben Gurion-Biograph Bar-Zohar stellt sich die Frage, ob Ben Gurion den Ernst des Problems überhaupt erkannt habe, bevor es zu spät gewesen sei.[91] Eine andere öffentliche Debatte betrifft die Frage, wer die Nachricht über die Entwicklung von Raketen in Ägypten veröffentlichte und wann dies geschah. Hierzu wird in der Regel auf einen Leitartikel der *Jerusalem Post* verwiesen.[92]

Im Herbst 1962 gab es eine Terrorwelle gegen deutsche Wissenschaftler in Ägypten und in Deutschland. Harel zufolge waren diese Taten von „unverantwortlichen Institutionen" ausgeführt worden, während er das Problem nach eigenen Angaben auf politischem Weg gelöst haben wollte. Ferner behauptete der ehemalige Mossad-Chef, daß Ben Gurion die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Beendigung des Forschungsprojekts gutgeheißen habe.[93] Harel warf den politischen Instanzen in Israel auch Überheblichkeit vor. Diese hätten den Ägyptern keine wissenschaftlichen oder technologischen Errungenschaften zugetraut. Harels Behauptungen sind insofern mit Vorsicht zu genießen, als dabei offensichtlich noch die alten Rivalitäten mitspielen.

Am 20. März 1963 wurde die Frage der deutschen Wissenschaftler in Ägypten in der Knesset debattiert. Golda Meir vertrat die Regierung, Ben Gurion weilte im Urlaub. Der Ministerpräsident soll Meirs scharfe Rede jedoch vorab gelesen haben. Sie wurde von der Regierung in einer Sondersitzung bestätigt. Meir beschuldigte Ägypten darin, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, und den deutschen Wissenschaftlern warf sie vor, die Existenz Israels zu gefährden.[94] Ben Gurion unterband jedoch Attacken, die direkt an die Adresse der Bundesregierung gerichtet waren. Der Regierungschef soll befürchtet haben, daß dies gerade zu dem Zeitpunkt zu einer Verschlechterung der Beziehungen mit der Bundesrepublik führen könnte, als erste konkrete Ergebnisse der Strauß-Peres-Kooperation erwartet wurden. Adenauers Rücktritt stand nach israelischen Einschätzungen

---

[89] Briefkopie vom 17. 8. 1962, ISA, 4326/17.
[90] Interviews mit Isser Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986, ILA, Golda Meir Archive.
[91] BAR-ZOHAR, Ben Gurion. Bd. 3, S. 1529–1531.
[92] Interviews mit Isser Harel am 31. 1., 7. 2. und 14. 2. 1986, ILA, Golda Meir Archiv.
[93] Ebd.
[94] KNESSET-PROTOKOLLE [hebr.], 234. Sitzung am 20. 3. 1963, S. 1568–69.

unmittelbar bevor, und auf israelischer Seite hatte man sein Versprechen nicht vergessen, wonach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel noch vor seinem Ruhestand erfolgen werde. Auch die Gelder der auf dem Waldorf-Astoria-Gipfel besprochenen deutschen Anleihe begannen zu fließen, und zwar zu für Israel günstigen Bedingungen. Mit anderen Worten, dies war eindeutig der falsche Zeitpunkt für einen Streit mit der Bundesrepublik.

Inzwischen ging das Wettrüsten weiter, die Kriegsangst hielt an und Ben Gurion verlor die Kontrolle über die Situation. Die Bundesregierung war sich der Gefahren bewußt, mit denen Ben Gurion und seine „bisherige Deutschlandpolitik" konfrontiert waren. Ein nicht namentlich genanntes Mitglied der Kölner Israel-Mission machte das Auswärtige Amt darauf aufmerksam, daß die Lösung des Problems der deutschen Wissenschaftler für die „Beibehaltung des gegenwärtigen prodeutschen Kurses" entscheidend sei.[95] Ben Gurion hat offensichtlich zu spät realisiert, daß seine Politik des „gewandelten Deutschland" von der öffentlichen Meinung nicht mitgetragen wurde. Als er dies schließlich erkannte, war es zu spät. Denn inzwischen hatten Golda Meir und andere führende Mapai-Vertreter damit begonnen, gegen Ben Gurion mobil zu machen. Unzufrieden mit seinem politischen Kurs und seinem autoritären Regierungsstil probten sie Anfang 1963 den Aufstand. Als schließlich Mossad-Chef Harel, der sich mit Ben Gurion wegen des weiteren Vorgehens gegenüber der Bundesregierung wegen der deutschen Wissenschaftler in Ägypten überworfen hatte, seinen Rücktritt erklärte, bedeutete dies für Ben Gurion das Ende als Ministerpräsident. An seine Stelle trat Levi Eschkol, der am 26. Juni 1963 sein neues Kabinett vorstellte. Eschkol führte die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten unvermindert weiter und weigerte sich, sie Ben Gurions Vorstellungen gemäß abzuschwächen.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Israel begann sich Böhm für die Entfernung der deutschen Wissenschaftler aus Ägypten einzusetzen. Er hielt ein Sondergesetz für das beste Mittel zu diesem Zweck und hoffte, dafür die Unterstützung Adenauers, der CDU, der CSU und der FDP ebenso zu gewinnen wie das Wohlwollen der SPD. Doch Böhms Schreiben an Adenauer stieß auf eine kühle, unverbindliche Reaktion. Etwas positiver, aber genauso unverbindlich fielen die Antworten von Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, von Bundesaußenminister Schröder und anderen CDU-Politikern auf ähnliche Schreiben aus.[96] Nur die Haltung der SPD gab zu Hoffnung Anlaß. Zu wirklichen Fortschritten kam es erst nach Meirs Rede in der Knesset am 20. März 1963. Verschiedene Politiker versprachen rasche Abhilfe, Parteien und Institutionen beriefen Konsultationen ein.[97] Der Frankfurter Philosoph und Soziologe Max Horkheimer meinte, die Öffentlichkeit sei verärgert und könne nicht verstehen, weshalb sich die israelische Kampagne ausgerechnet gegen Deutsche richte. Andere Intellektuelle äußerten

---

[95] Aufzeichnung für den Staatssekretär vom 27. 5. 1963, PA, B36, 84.02, 90.35, IB4, Nr. 16.
[96] Kopien dieser Briefe im ACDP, I-200-006/IV.
[97] Vermerk vom 29. 3. 1963, BArch, N 1239/16; H.G. Ritzel an den Vorstand der SPD-Fraktion vom 25. 3. 1963, AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, Akte Nr. 1020; AAPD 1963, Bd. 1, Dok. 133, S. 431–437.

die Ansicht, daß Deutschland nicht zur Produktion von Massenvernichtungswaffen beitragen dürfte.[98]

Am 27. März 1963 bestritt die Bundesregierung in einer offiziellen Presseverlautbarung jede deutsche Beteiligung an der Entwicklung oder Produktion von ABC-Waffen und verurteilte die Beteiligung von Bundesbürgern an der Entwicklung von Waffen im Ausland. Überdies verpflichtete sie sich, für die Rückkehr der deutschen Wissenschaftlern in Ägypten in die Bundesrepublik zu sorgen. Untersuchungen zur Lösung des Problems seien bereits im Gange. Böhm brachte eine Gesetzesvorlage ein, die Aktivitäten wie jene in Ägypten verbieten sollte, und warb dafür um breite politische Unterstützung.

Die Veröffentlichung von Böhms Vorlage führte jedoch zu Protesten in Politik und Öffentlichkeit. Wissenschaftler äußerten Zweifel an der Machbarkeit und Effektivität eines solchen Gesetzes. Das Gesetz, befürchteten die Wissenschaftler, könnte die Ausübung ihres Berufes erschweren sowie ihre Reise- und Schaffensfreiheit beschränken. Deutsche Wissenschaftler seien in vielen Ländern tätig und nähmen auch an der Forschung im Rahmen der NATO teil. Es sei zudem, so die Wissenschaftler, schwierig zwischen der Forschung für friedliche und für militärische Zwecke zu unterscheiden. Die Teilnahme deutscher Wissenschaftler an fortgeschrittenen wissenschaftlichen und technologischen Projekten sei für den Fortschritt der deutschen Wissenschaft unerläßlich. Ein solches Gesetz würde Forschungspartner wie Frankreich und die USA von einer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik abschrecken, wovon nicht zuletzt auch die israelische Akademie betroffen würde. Zur Bekräftigung der Argumente aus dem wissenschaftlichen und industriellen Bereich wurden auch politische und juristische Gründe genannt: Das Grundgesetz garantiere das Recht auf freie Berufsausübung sowie die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß bereits Artikel 26 des Grundgesetzes die Beteiligung von Bundesbürgern an der Entwicklung von ABC-Waffen verbiete, was aber in der Praxis nur schwer durchzusetzen sei. Es dürften keine Gesetze verabschiedet werden, die gegen andere Staaten gerichtet seien und gegen die deutsch-arabische Freundschaft verstoßen würden, hieß es. Die Gesetzesvorlage nehme keine Rücksicht auf die internationale und diplomatische Realität.[99] Die Kritiker wiesen besonders auf die Reise- und Forschungsfreiheit hin, die es zu achten gelte, solange sich Bundesbürger nicht bewiesenermaßen an der Entwicklung von ABC-Waffen beteiligten. Dieser Nachweis, daß ein Bürger, der im Ausland seinen Lebensunterhalt verdiene, gegen das Gesetz verstoße oder gar ein Verbrechen begangen habe, sei aber außerordentlicg schwierig. Demgegenüber würde sich ein Gesetz, das deutschen Wissenschaftlern verbiete, für andere Staaten zu arbeiten, fatal auf die deutsche Wissenschaft auswirken und die persönliche Freiheit beschneiden.

Die Untersuchung der israelischen Vorwürfe wegen der Entwicklung von ABC-Waffen mit bundesdeutscher Beteiligung förderte nichts zutage. Es konnte weder die Ausfuhr von strahlenden Substanzen noch die aktive Herstellung von

---

[98] Max Horkheimer an Simon Segal vom 8. 4. 1963, YIVO, AJC, RG-1, EXO-20, JSX 63.

[99] Horkheimer an Segal vom 18. 4. 1963, YIVO AJC, RG-11, EXO-20, JSX 63; Hagner an Kopf vom 17. 4. 1963, ACDP, I-200-006/IV; AAPD 1963, Bd. 1, Dok. Nr. 173, S. 562–64.

biologischen oder chemischen Waffen festgestellt werden. Wiederholte Nachfragen um Beweise bei israelischen Stellen wurden mit der Begründung zurückgewiesen, es handle sich um geheimes Material und die Informationsquellen könnten nicht preisgegeben werden. Auch die Amerikaner dementierten Behauptungen, wonach Ägypten Nuklearwaffen besitze oder in der Lage sei, solche herzustellen.[100] Die angebliche Entwicklung von ABC-Waffen in Ägypten war auf internationaler Ebene schon bald aus den Schlagzeilen verschwunden. Nur die innenpolitische Szene in Israel beschäftigte sie weiter.

Am 3. Mai 1963 wurde Franz Böhm vom Bundesjustizministerium über die Zurückstellung seiner Gesetzesvorlage unterrichtet.[101] Ein entsprechender Vorstoß habe durch die drei großen Fraktionen im Bundestag zu erfolgen, hieß es. Böhm war unzufrieden mit diesem Vorschlag, vor allem auch im Hinblick auf Ben Gurions schwierige politische Lage. Er wußte, daß ein Gesetz gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten den israelischen Ministerpräsidenten politisch retten könnte. Doch die rasche Verabschiedung eines solchen Gesetzes war unter den gegebenen Umständen nicht möglich. Die bürokratischen Hürden, die diesem Vorstoß in den Weg gelegt wurden, riefen in Israel großen Unwillen hervor und schwächten Ben Gurion noch zusätzlich. Die Opposition in der Knesset schimpfte, daß jede weitere Woche der Verzögerung das ägyptische Raketenarsenal weiter anwachsen lasse. Inzwischen warb die proisraelische Phalanx in der Bundesrepublik um Unterstützung im Bundestag, in den Gewerkschaften, Kirchen, Universitäten und in der Öffentlichkeit. Doch die Bundesregierung ließ sich davon nicht beeindrucken, wie der israelische Diplomat Zeev Scheck auf einer Sitzung des politischen Komitees der israelischen Gewerkschaft Histadrut feststellte.[102]

Am 28. Juni 1963 stimmte der Bundestag für eine Vorlage, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, durch den die Beteiligung Deutscher an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen unterbunden werden konnte. Die Debatte über den Entwurf ging mit reger Beteiligung mehrerer Ministerien weiter.[103] Nachdem die Vorlage sämtliche Hürden überwunden hatte, scheiterte sie am 11. Dezember 1963 jedoch schließlich im Kabinett.[104] Erhard, zu jener Zeit bereits Kanzler, erklärte vor der Presse, eine Untersuchung habe ergeben, daß am ägyptischen Projekt nur zwei Wissenschaftler mit NS-Vergangenheit beteiligt seien. Die Verabschiedung eines Sondergesetzes sei deshalb nicht gerechtfertigt. Dennoch sprach sich die Bundesregierung für ein Gesetz aus, das die Behörden dazu ermächtigen würde, Pässe von Wissenschaftlern, die sich weigerten, einem Rückruf zu folgen, für ungültig zu erklären. Die Ausarbeitung dieses Sondergesetzes wurde dem Bundesinnenministerium aufgetragen, das auch Shinnar dahingehend informierte.[105]

---

[100] Ausführlicher Bericht von E. F. Shinnar vom 2. 10. 1964, ISA, 3533/1.
[101] Die Abt. Westeuropa an das Ministerbüro vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.
[102] Protokoll der Sitzung des Politischen Komitees der Histadrut vom 7. 6. 1964, ILA, Group 219/IV, File 87b.
[103] Die Abt. Westeuropa an das Ministerbüro vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.
[104] Ebd.
[105] Westeuropaabteilung an das Ministerbüro betr. Bundesrepublik Deutschland – Wissenschaftlergesetz – das Vorgehen vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.

Dieser Regierungsbeschluß leitete eine neue Konsultationsrunde ein – und machte alle bisherigen Anstrengungen zunichte. Führende Regierungsvertreter waren gegen dieses Gesetz.[106] Am 22. Juni 1964 bat Adenauer von Brentano, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in dieser „Angelegenheit wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die Politik der Bundesregierung" zu sprechen.[107] Eine Kopie des Briefes wurde dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Bundestag, Erich Mende, zugestellt.[108] Böhms Aktivitäten und die enge Zusammenarbeit mit der SPD waren diesen Politikern offensichtlich ein Dorn im Auge. Die Sozialdemokraten legten Wert darauf, die Aktivitäten der Wissenschaftler in Ägypten zu unterbinden. Sie verfolgten die ungute Stimmung in Israel mit Sorge und drängten zum Handeln.[109] Und selbst im Auswärtigen Amt wurden die emotionalen Ausbrüche in Israel mit Besorgnis vermerkt.[110]

Wissenschaftlerkreise warnten dagegen weiter vor einer Beschneidung der Bewegungs- und Forschungsfreiheit. Die Nachteile eines solchen Gesetzes würden die Vorteile überwiegen, wurde argumentiert.[111] Der arabische Druck zeigte insofern Wirkung, als er den Enthusiasmus der Bundestagsabgeordneten im Hinblick auf die Verabschiedung eines „Ägypten-Gesetzes" sichtlich dämpfte. Adenauer, von Brentano, Schröder und andere Spitzenpolitiker spielten offensichtlich ein Doppelspiel. Einerseits arbeiteten sie mit Böhm und anderen Befürwortern des Rückrufs der Wissenschaftler aus Ägypten zusammen. Andererseits konnten sie die zu diesem Zweck unternommenen Schritte nicht vorbehaltlos billigen und boten alle Kräfte auf, um das Gesetzgebungsverfahren in dieser Sache zu untergraben. Shinnar wurde natürlich nur eine Seite präsentiert.[112] Die Gesetzesvorlage erschien den bundesdeutschen Parlamentariern schädlich für die nationalen und politischen Interessen der Bundesrepublik. Man war der Meinung, dasselbe Ziel auch mit subtileren Mitteln erreichen zu können.

Der Vorschlag der Annullierung von Reisepässen stellte sich schnell als unpraktikabel heraus. Er habe vor Gericht keinen Bestand und lasse sich zudem leicht umgehen.[113] Der anhaltende israelische Druck in der Wissenschaftlerfrage wurde von den bundesdeutschen Behörden als lästig und vor allem auch als unfair empfunden, da er sich vor allem gegen Deutsche richtete, während etwa Österreicher und Schweizer nicht behelligt würden. Auf der Diplomatenkonferenz vom 20. und 21. April 1964 warnte der bundesdeutsche Botschafter in Kairo vor einer offiziellen Anerkennung der DDR durch Ägypten, falls Schritte unternommen würden, die der ägyptischen Rüstungsindustrie Schaden zufügen könnten. Zudem

---

106 Briefwechsel zwischen Adenauer und v. Brentano, BArch, N 1239/16.
107 Ebd.
108 Ebd.
109 Mitteilung der SPD-Fraktion vom 26. 6. 1964, AdsD, SPD-Parteivorstand, Abteilung Internationale Beziehungen, Akten Nr. 2692 und 2693; Vermerk über die Besprechung mit Erhard vom 7. 10. 1964, AdsD, Nachlaß Erler, Akte Nr. 128.
110 AAPD 1964, Bd. 3, Dok. 437, S. 1515.
111 Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung Hans Lenz an Böhm vom 27. 6. 1964, ACDP, I-200–006/IV.
112 Westeuropaabteilung an das Ministerbüro vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.
113 Die Abt. Westeuropa an das Ministerbüro vom 3. 5. 1964, ISA, 4332/13.

könne Nasser sich dazu entschließen, die Interessen der Bundesrepublik auf der nächsten Konferenz der Blockfreien nicht mehr in dem Umfang zu verteidigen, wie er es auf der letzten Konferenz getan habe. Die Warnungen zeigten Wirkung: Die Bundesregierung legte den verschiedenen Institutionen nahe, „nichts zu überstürzen".[114]

Doch die israelische Seite hielt hartnäckig an ihrer Haltung fest. Am 16. September 1964 richtete Eschkol ein Schreiben in dieser Angelegenheit an Erhard. Erhard versprach erneut, sich um eine Lösung des Problems zu bemühen.[115] Die Erlösung kam schließlich aus unerwarteter Richtung: Das Raketenforschungsprogramm war eines der ersten Opfer von Kürzungen im ägyptischen Staatshaushalt. Auch die Wissenschaftlergemeinde zog sich, von der ständigen Publizität irritiert, von den israelischen Terroraktionen verängstigt und von der Bundesregierung unter Druck gesetzt, allmählich aus Ägypten zurück. Mit Unterstützung der Behörden und der westdeutschen Industrie gelang es, heimkehrenden wissenschaftlichen Fachkräften neue Stellen in der Bundesrepublik zu vermitteln. Ein Teil der Rückkehrer fand in anderen Ländern Arbeit. Am 15. Februar 1965 wurde berichtet, daß die meisten deutschen Wissenschaftler Ägypten verlassen hätten.[116] Die Krise war beigelegt.

Die Kampagne gegen die deutschen Wissenschaftler in Ägypten war ein klassischer Fall von Mißtrauen und Deutschfeindlichkeit der jüdischen Seite, die, in Israel zu nationaler Paranoia gesteigert, von einigen Politikern in zynischer Weise mißbraucht wurde. In der Bundesrepublik stießen solche Phobien auf wenig Verständnis. Während man auf deutscher Seite nicht einsehen konnte oder wollte, was die Geschäfte in Ägypten mit der Vergangenheit zu tun haben sollten und weshalb sich Israel so dagegen sperrte, weigerte sich die jüdische Seite zu glauben, daß es den Deutschen in Ägypten nur ums Geld gehe. Die Krise zeugte vor allem von mangelndem Einfühlungsvermögen und von der fehlenden gegenseitigen Verständigung.

---

[114] Ebd.
[115] HAARETZ (Tel Aviv) vom 16. 10. 1964.
[116] POLITISCH SOZIALE KORRESPONDENZ (Frankfurt/M.) vom 15. 2. 1965.

XIV. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen

Obwohl sich die Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik Deutschland auf verschiedenen geheimen und weniger geheimen Kanälen weiterentwickelten, richtete sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vor allem auf das Problem der diplomatischen Beziehungen. Auf dem Waldorf-Astoria-Gipfel von 1960 blieb das Thema unerwähnt. Nachträglich wurde behauptet, die Frage der diplomatischen Beziehungen sei Israel in Wirklichkeit weniger wichtig gewesen, als dies in der Öffentlichkeit den Anschein gemacht habe.[1] In der Tat zog die israelische Führung zu jenem Zeitpunkt finanzielle und militärische Hilfe der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor. Mehrere Quellen bezeugen diesen Tatbestand.[2] Ben Gurion entschloß sich damals offenbar nach kurzer Reflektion über die nachteiligen Auswirkungen fehlender diplomatischer Beziehungen dazu, den wirtschaftlichen Fragen Vorrang zu geben. Die Vertreter des israelischen Außenministeriums wurden entsprechend instruiert. Doch bereits ein Jahr später tauchte das Thema mit aller Vehemenz wieder auf.

1. Israelische versus deutsche Perspektive

In Israel gab es auch zu Beginn der sechziger Jahre widersprüchliche Auffassungen bezüglich der Beziehungen zu Deutschland. Der ehemalige Erziehungsminister und hochrangige Mapai-Vertreter Zalman Aranne griff die schon in Sharetts Amtszeit geäußerte Idee wieder auf, daß die Bundesrepublik für die Sicherheit Israels garantieren solle. Er schlug sogar vor, von Bonn die Einfügung eines diesbezüglichen Artikels in das Grundgesetz zu verlangen.[3] Ben Gurion bezeichnete die Idee als Unsinn, dennoch war sie offensichtlich nicht ganz unbekannt, selbst in diplomatischen Kreisen nicht. Arannes Idee beruhte auf der Überlegung, daß die Deutschen nach der versuchten physischen Vernichtung des jüdischen Volkes durch die (deutschen) Nationalsozialisten die Pflicht hätten, die Überlebenden vor der tödlichen Gefahr der arabischen Nachbarn zu beschützen. Ein ähnlicher Gedanke begleitete die Debatte über die deutschen Wissenschaftler in Ägypten: Bürger einer Nation, die für den Holocaust verantwortlich sei, dürften sich nicht an den Vorbereitungen für einen neuen Vernichtungsversuch beteiligen.

Der israelische Diplomat Yochanan Meroz, ein ehemaliger Sekretär von Golda Meir, der 1960 in der Kölner Israel-Mission das israelische Außenministerium

---

1 Jelinek/Blasius, Ben Gurion und Adenauer, Einführung, S. 329, Fn 70.

2 Ma'ariv (Tel Aviv) vom 10., 14. und 16. 3. 1960; Meroz an Shinnar vom 24. 2. 1960, ISA 3309/13; Meroz an das israelische Außenministerium vom 21. 3. 1960, ISA, 583/1.

3 Tagebucheintrag Ben Gurions vom 8. 8. 1960, BGA, BGD; Sharett, Yomanim, Bd. 4, S. 1177, Eintrag vom 28. 9. 1955.

vertrat, machte keinen Hehl aus seiner skeptischen Zurückhaltung gegenüber seinem Gastland. Er unterstützte zwar die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik und gehörte somit nicht zu den Kreisen seines Amtes, die die damalige Pattsituation bevorzugten, kritisierte jedoch die Israelpolitik des Auswärtigen Amts und schlug vor, Bonn zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu zwingen. Auch Meroz erachtete den Eichmannprozeß als einmalige Gelegenheit hierfür. Die Ansichten von Meroz mögen radikal gewesen sein, doch er gehörte zweifellos zu jenen israelischen Diplomaten, die die antiisraelischen Tendenzen der westdeutschen Außenpolitik frühzeitig erkannten. In einem Brief vom 16. November 1960 an Golda Meir warf Meroz Bonn vor, gar nicht an Beziehungen zu Israel interessiert zu sein, und fügte die Einschätzung hinzu, daß sich die Aufnahme solcher Beziehungen nur in einer Krisensituation ergeben könnte. Meroz zufolge war die deutsche Politik von „fortschrittshemmenden irrationalen Elementen" beeinflußt. „Irrationale Elemente" stehen im israelischen Vokabular unter anderem für Antisemitismus. Es ist unschwer zu erkennen, was Meroz im vorliegenden Fall gemeint hat. Der israelische Diplomat vertrat jedenfalls die Ansicht, daß diplomatische Beziehungen mit Israel der Bundesrepublik keine Vorteile brächten. Die israelischen Erwägungen zusammenfassend, meinte er, die fehlenden Beziehungen seien ein direktes Resultat des arabischen Drucks. Die Aufnahme solcher Beziehungen würde demnach einen israelischen Sieg bedeuten und zudem das anormale Verhältnis beider Staaten normalisieren. Andere Staaten, so Meroz weiter, würden bereits normale Beziehungen mit Israel unterhalten. Israel profitiere von dem „Schuldkomplex" in Deutschland, zumindest im Umgang mit anständigen Menschen dort. Es sei auch kein Problem für Israel, das Auswärtige Amt zu umgehen und mit dem Kanzler, sowie mit den Bundesministerien der Verteidigung und der Wirtschaft direkten Kontakt zu unterhalten, schrieb Meroz und fügte hinzu, daß die Interventionsmöglichkeiten des über die Vorgänge meist nicht informierten Auswärtigen Amts beschränkt seien. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen würde diesem Zustand ein Ende setzen, aus dem Israel allerdings auch Nutzen ziehe.[4] Neun Monate später richtete Meroz ein weiteres Schreiben an Meir, in dem er den Zeitpunkt für gekommen hielt, die ganze Beziehungsstruktur neu zu überprüfen[5]:

„Mit Ausnahme eines Bereiches (des Sicherheitsbereiches), dessen Wichtigkeit ich nicht anzweifle, hat sich die Lage in den letzten Jahren ständig verschlechtert. In allen wichtigen Fragen – die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die „große" Frage [Kodenamen „Geschäftsfreund"] – wurden wir immer wieder abgewiesen. Den auf der Hallsteindoktrin beruhenden deutschen Standpunkt, der auch in verschiedenen Nebenfragen zum Ausdruck kommt, weise ich zurück. Es scheint, als ob die Bonner Regierung sich dafür entschieden hat, völlig losgelöst von der DDR-Frage ausschließlich auf die arabische Welt zu setzen, mit den entsprechenden Folgen für die deutsche Politik uns gegenüber. [...]

[4] Persönlicher Brief von Meroz an die Außenministerin vom 16. 11. 1960, ISA, 4316/5.
[5] Meroz an die Außenministerin und den Generaldirektor mit dem Vermerk „streng geheim" vom 30. 8. 1961, ISA, 4316/5.

Ich halte nichts vom Substitut des Besucher- und Jugendaustauschs, den Lehrerdelegationen usw., da sie alle ein bequemes Alibi für die Deutschen darstellen (und in der israelischen Öffentlichkeit sehr empfindliche Reaktionen hervorrufen). [...]
Zudem bin ich der Meinung, daß wir den Deutschen offen sagen sollten, daß wir ihre Ausreden und das andere leere Gerede, mit dem sie uns jeweils abfertigen, satt haben. Sie belügen und betrügen uns schon jahrelang, und wir haben nun eine Phase erreicht, in der wir leider gezwungen sind, daraus die Konsequenzen zu ziehen."

Der Brief ist mit folgender handschriftlicher Notiz Meirs versehen: „Sie haben recht, doch der Zeitpunkt ist ungünstig für irgendwelche Vorstöße." Der ihm nahestehenden Meir gegenüber konnte sich Meroz besonders frei äußern – und sprach damit vielen auf der israelischen Seite, die sich von der als israelfeindlich empfundenen Politik Bonns irritiert fühlten, aus dem Herzen. Das israelische Außenministerium schenkte der Deutschlandpolitik große Aufmerksamkeit und neigte Liberalisierungen im Umgang mit Deutschland und Verbesserungen im gegenseitigen Verhältnis zu. Israel öffnete dem deutschen Tourismus bereitwillig die Tore, sowohl den intellektuell-politischen Besuchern als auch dem Erholungs- und Geschäftstourismus. Dahinter verbarg sich der Gedanke, den Besuchern die Errungenschaften des Staates zu zeigen, dies nicht ohne patriotischen Stolz und auch im Hinblick auf die Vergangenheit, etwa nach folgendem Motto: „Schaut, zu was wir es trotz des Holocaust und der Art, wie uns die Nazis behandelten, gebracht haben."

Die Schilumim-Gesellschaft verschickte Einladungen an deutsche Geschäftsleute und politische Vertreter und kam für die Reisekosten auf.[6] Zu den Eingeladenen zählten höhere Beamte des Auswärtigen Amts, Bankenvertreter, Industrielle, Großkaufleute, politische und kulturelle Persönlichkeiten und Gesellschaftsaktivisten. Das Außenministerium richtete diesbezügliche Empfehlungen an die Schilumim-Gesellschaft, manchmal auf direkte Anfrage von Diplomaten. Der Wille zur Verbesserung der Beziehungen mit der Bundesrepublik war offensichtlich.

Auch in der Bundesrepublik waren die Meinungen über die Zukunft der bilateralen Beziehungen mit Israel geteilt. Pauschalurteile wie dasjenige von Meroz werden manchen politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Kreisen in der Bundesrepublik nicht gerecht. Andererseits gewinnt man den Eindruck, daß die Angst vor arabischer Vergeltung die Bewegungsfreiheit der Bonner Diplomaten und einiger politischer Kreise in der Bundesrepublik stark einschränkte. Die Israelis warfen der westdeutschen Diplomatie vor, dem arabischen Druck laufend nachzugeben. Damit würden sie weiteren Erpressungsversuchen und neuen Forderungen nur Vorschub leisten, hieß es.[7]

Man könnte deutschen Diplomaten allenfalls mangelnde politische Kreativität und Zivilcourage vorwerfen. Einen Versuch, den Status quo zu ändern, möglicherweise unter Umgehung des Auswärtigen Amtes, hat von Brentano mit Hilfe seines Freundes von Preuschen unternommen, der den Versuch wagte, die westdeutsche Delegation am Eichmannprozeß in eine ständige westdeutsche Vertretung in Israel

---

[6] Interview mit Nahum Shamir vom 20. 5. und 11. 6. 1987.

[7] AAPD 1964, Bd. 2, Dok. Nr. 215, S. 908–910; Ramon an Gazit vom 20. 12. 1964, ISA, 3532/9.

„übergleiten" zu lassen und dabei das Auswärtige Amt vor vollendete Tatsachen zu stellen. Der Außenseiter von Preuschen bewies Kreativität – hinter dem Rücken der westdeutschen Diplomatie.[8]

Problematisch war Shinnars Reaktion: Er wies den Vorschlag kategorisch zurück, nahm von Preuschen nicht ernst und mißtraute von Brentano. Der Bundesaußenminister, so Shinnar, habe schon viele ähnliche Vorschläge gemacht, die jedoch alle am Widerstand seiner eigenen Leute gescheitert seien. Ironischerweise bezeichnete das Auswärtige Amt den neuen Vorstoß als „israelischen Vorschlag". „Wir sollten unsere Beziehungen zu Israel nicht über die Hintertreppe zu normalisieren versuchen. Übrigens dürfte diese Anregung auch die arabische Intelligenz und Wachsamkeit stark unterschätzen", hieß es dort.[9] Das Beispiel des Übergleit-Vorschlags zeigt, daß Bonn und Jerusalem zusammen ihr Bestes taten, um jeden kreativen Vorschlag schon im Keime zu ersticken. Blasius zufolge machte das Auswärtige Amt von Brentano einen Gegenvorschlag, von dem es wußte, daß er für Israel unakzeptabel sein würde: Nach 1966 soll eine westdeutsche Handelsmission mit konsularischen Vollmachten eröffnet werden.[10] Zu jenem Zeitpunkt war es offensichtlich, daß sich Israel nicht mehr mit einer Handelsmission zufrieden geben würde.

2. Wandlungen der Bonner Israel-Politik

Im Herbst 1961 löste Gerhard Schröder von Brentano als Außenminister ab. Schröder wurde von der israelischen Presse als antiisraelisch beurteilt. Er galt er als Anhänger der Auffassung, daß den Interessen der Bundesrepublik mit fehlenden diplomatischen Beziehungen zu Israel eher gedient sei. Solche Ansichten waren nicht unbedingt proarabisch oder antisemitisch, wie in der israelischen Presse behauptet wurde. Sie reflektierten vielmehr eine wirtschaftspolitische Anschauung, die auf dem Glauben an das Potential der arabischen Märkte und der positiven Auswirkungen der „traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft" auf den arabischen Konsumenten beruhte. Mit der Anwendung des abgewandelten osteuropäischen Modells, d.h. der Errichtung von Handelsmissionen, bezweckte Schröder eher eine permanente als eine temporäre Lösung der Israel-Frage. Auf diese Weise wollte Schröder zwei Probleme auf einmal lösen: Die (bundes)deutsch-israelischen Beziehungen sollten endgültig normalisiert und den Arabern kein Grund gegeben werden, sich über diplomatische Beziehungen mit dem jüdischen Staat zu beklagen.[11] Die Israelis hatten also berechtigten Grund zur Furcht.

Die Bundesrepublik war in den sechziger Jahren gezwungen, der DDR beträchtliche Aufmerksamkeit zu schenken, um der Zunahme ihres politischen Gewichts auf internationaler Ebene entgegenzuwirken. Dazu mußte sich Bonn

---

[8] Varon an Shinnar vom 25. 5. 1961, ISA, 3309/13.
[9] BLASIUS, Ben Gurion und Adenauer, S. 159.
[10] Ebd.
[11] Zu Schröders Nahostpolitik umfassend: EIBL, Politik der Bewegung, S. 302–324.

defensiver Strategien bedienen. Die Machthaber in Ost-Berlin nutzten die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Israel ihrerseits bis zum äußersten. Israel war ein praktisches Instrument, ein Spielball zur Förderung politischer Interessen. Beide deutschen Staaten setzten auf dem arabischen Spielfeld die israelische „Drohung" zwecks Förderung der eigenen Interessen ein. Der Umstand, daß mehrere Staaten an diplomatischen Beziehungen zur DDR interessiert waren, darunter auch solche wie Ceylon, Tansania und Indonesien, für die der Faktor Israel keine Rolle spielte, zwang die Bundesrepublik, gewisse Anpassungen ihrer Politik vorzunehmen, um die eigene Handlungsfreiheit zu bewahren.[12] Jedenfalls war keiner der beiden deutschen Staaten bereit, für drastische Neuerungen im Nahen Osten einen hohen Preis zu bezahlen. Insofern erwies sich Israel als bequemer Spielball. Die Wende im Kalten Krieg und die einsetzende Entspannung führten zu Änderungen des außenpolitischen Kurses der Bundesrepublik, die wiederum eine Verbesserung der Beziehungen mit osteuropäischen Staaten und einen Aufschwung des westdeutschen Außenhandels im Osten zur Folge hatte. Der Verzicht auf Beziehungen mit Israel war dieser Politik förderlich. Doch die widersprüchlichen politischen Schulen vertraten unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Beziehungen zu Israel.

Sowohl die proisraelischen als auch die anderen Kreise waren zwischen der „atlantischen" und der europäischen („gaullistischen") Schule hin- und hergerissen. Das amerikanische Konzept der Stabilisierung des Nahen Ostens im Rahmen der Regelung globaler Fragen stand im Einklang mit Schröders Nahostpolitik und wirkte sich zu Israels Nachteil aus.[13] Dennoch fanden die proamerikanischen Schulen in der Bundesrepublik und in Israel zumindest in der Frage des Verkaufs von amerikanischen Panzern an Israel eine gemeinsame Sprache. Die proamerikanische Schule in Israel war, wie bereits dargelegt, für den Verzicht auf nukleare Bewaffnung. Die entsprechende Schule in der Bundesrepublik befürwortete ebenfalls den Verzicht auf Atomwaffen und setzte sich für einen Modus vivendi mit der Sowjetunion sowie für den Spannungsabbau im Nahen Osten ein. Bonn leitete daraus für sich Handlungsfreiheit auch in dieser Region ab.[14] Im Gegensatz dazu befürworteten Bundesminister Strauß und seine Kollegen in Israel die atomare Bewaffnung. Nach seinem Rücktritt forderte Strauß die sofortige Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel.[15]

Der Besuch der beiden Bundestagsabgeordneten Ernst Majonica und Berthold Martin in arabischen Ländern im Herbst 1963 löste eine Debatte in der Bundesrepublik über die Beziehungen zu Israel aus. Die beiden Abgeordneten trafen sich mit arabischen Politikern und Journalisten und gaben umstrittene Erklärungen ab.[16] Im Gespräch mit einem Journalisten der bedeutenden Kairoer Tageszeitung *El-Ahram* soll Majonica über die Frage der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Israel gesagt haben: „Dies wird niemals geschehen, weil die Anerken-

---

12 AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 42, S. 203–204, vom 28. 1. 1965.
13 HANRIEDER, Deutschland, Europa, Amerika, S. 18.
14 GRIFFITH, The Ostpolitik of the Federal Republic of Germany, S. 113.
15 FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. 6. 1963.
16 BLASIUS, Von Adenauer zu Erhard, S. 196–200.

nung Israels durch Deutschland nicht im Interesse der Sache des Friedens ist. Wir werden unser bestes tun, daß die Anerkennung niemals wirklich wird."[17] In einem Briefwechsel mit Goldmann, der gegenüber Majonica wegen dieser Äußerungen protestierte, bestritt letzterer je gesagt zu haben, daß es „niemals Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik geben sollte". „Eine solche Formulierung würde auf eine grundsätzliche Ablehnung schließen lassen", so Majonica an Goldmann.[18] Offensichtlich ging es jedoch weniger um den genauen Wortlaut als vor allem um die in arabischen Hauptstädten wiederholt geäußerte Idee, wonach es nicht im Interesse der Bundesrepublik liege, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen.

Bei beiden Abgeordneten handelte es sich um wichtige Vertreter der CDU/CSU-Fraktion, nämlich um die Vorsitzenden von Fraktionsausschüssen. Majonica war außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Vor ihrer Abreise hatten sie sich mit Staatssekretär Karl Carstens vom Auswärtigen Amt getroffen und von ihm Instruktionen hinsichtlich der zu machenden Äußerungen und der Wortwahl in arabischen Staaten erhalten.[19] Adenauer spielte die Äußerungen der beiden Abgeordneten als Mißgeschick herunter: „Herr Martin hat sich dumm verhalten. Hoffentlich wird es bald vergessen werden."[20] Trotzdem spiegelten die Äußerungen eine Kursänderung in der westdeutschen Israel-Politik wider. Waren die westdeutschen Entscheidungsträger früher von der Furcht vor der Anerkennung der DDR geleitet, machten nun Majonica und Martin deutlich, daß starke Kräfte in der Bundesrepublik auch losgelöst davon Rücksicht auf arabische Wünsche und Bedürfnisse zu nehmen gewillt waren. Daß hier nicht bloß die privaten Ansichten der beiden Politiker zum Ausdruck kamen, zeigte auch die Sitzung des Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion für Außenpolitik vom 10. Dezember 1963.[21] Martin sprach als erster, und die folgenden Redner äußerten ähnliche Standpunkte. Bei der Abstimmung unterlagen die Befürworter den Gegnern einer Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Israel. Die Mehrheit gab sich zwar sehr rücksichtsvoll gegenüber Israel, stimmte jedoch proarabisch. In einem privaten Gespräch mit einem Israeli ging Martin gar noch einen Schritt weiter: Er schlug vor, den Bau einer Eisenbahnlinie von Tel Aviv nach Elat am Roten Meer zu finanzieren und damit „das Erpressungskapitel endgültig zu schließen".[22]

Schröder, Carstens und weitere westdeutsche Vertreter vertraten grundsätzlich ähnliche Ansichten. Carstens erwähnt in einem internen Vermerk Schröders Angebot an Israel, Wirtschaftshilfe gegen den (vorläufigen) Verzicht auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu leisten – ein weiterer Hinweis auf das erwähnte Dreieck Wirtschaftshilfe-Waffenlieferungen-diplomatische Beziehungen. Der Vermerk von Carstens diente als Grundlage für eine entscheidende Sitzung,

---

17 Die WELT (Hamburg) vom 11. 9. 1963.

18 Majonica an Goldmann vom 2. 9. 1963, CZA, Z 6/2036.

19 BLASIUS, Von Adenauer zu Erhard, S. 195; Böhm an von Brentano vom 14./15. 9. 1963, BArch, N 1239, Bd. 36.

20 Adenauer an Heuss vom 8. 10. 1963, BArch, N 1221 Bd. 62.

21 Aktennotiz vom 13. 12. 1963; Prokokoll über die Sitzung des Arbeitskreises der CDU/CSU für Außenpolitik vom 10. 12. 1963, ACDP, I-200–006/IV.

22 K. Pfefermann an das israelische Außenministerium vom 6. 10. 1963, ISA, 3532/1.

an der der Kanzler, drei Minister und verschiedene höhere Beamte teilnahmen. Carstens zufolge drehte sich die Besprechung um folgende fünf Themen: Wirtschafts- und Militärhilfe für Israel, diplomatische Beziehungen, deutsche Wissenschaftler in Ägypten und der Assoziierungsvertrag zwischen Israel und der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.[23] Das Sitzungsprotokoll ist immer noch unter Verschluß. Vermutungen über die gefällten Beschlüsse lassen sich deshalb allenfalls aufgrund der danach verfolgten westdeutschen Politik gegenüber Israel anstellen.

Die israelische Regierung beharrte auf der Ablehnung von Wirtschaftshilfe gegen den Verzicht auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Auch die militärischen Gespräche kamen nicht zum Abschluß und wurden erst im nächsten Jahr wiederaufgenommen. Die Frage der deutschen Wissenschaftler in Ägypten wanderte, wie schon ausgeführt, von einem Forum zum anderen, und es scheint, als ob auf der genannten Besprechung nichts beschlossen wurde, was eine gesetzliche oder irgendeine andere Lösung dieses Problems ermöglicht hätte. Des weiteren wurde offenbar beschlossen, die Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft europäischen Staaten vorzubehalten. Auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel wurde abgelehnt. Erhard gab dies anläßlich einer Pressekonferenz am 3. Dezember 1963 öffentlich bekannt.[24] Zur Begründung nannte er die Bedrohung durch die DDR und appellierte an das Verständnis der israelischen Regierung. Im Gegenzug beschuldigte Israel die Bundesrepublik, die Araber und vor allem die VAR zu bevorzugen.[25] Israel war von Erhard enttäuscht.

3. Von Adenauer zu Erhard: Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Krise

Adenauer soll Shinnar versprochen haben, vor seiner Demission noch Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Sein Rücktritt erfolgte am 15. Oktober 1963, und schon am folgenden Tag wurde Erhard zum Bundeskanzler gewählt. Sonst blieb jedoch alles beim alten und Israel war enttäuscht. Hat Adenauer tatsächlich eine solche Zusage gemacht? Er äußerte sich dazu am 28. Mai 1963[26], und ein zweites Mal am 16. August in einem Brief an Schröder wie folgt: „Ich habe ihm erklärt, daß ich für die Aufnahme von Beziehungen sei und sie noch während meiner Amtszeit als Bundeskanzler durchführen möchte".[27] Darauf fragte ihn Schröder elf Tage später, am 27. August, ob er nunmehr beabsichtige, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen[28], worauf Adenauer am 1. September präzisierend

[23] AAPD 1963, Bd. 3, Dok. Nr. 390, S. 1327–1328.
[24] DEUTSCHE ISRAEL-POLITIK, S. 104–105.
[25] Aufzeichnung Jansens für den Bundesminister über den Staatssekretär vom 4. 12. 1963; Vermerk Schirmers an die Herren Dg., D I vom 6. 12. 1963, PA, 82.00, 92.19.
[26] AAPD 1963, Bd. 1, Dok. Nr. 182, S. 593.
[27] AAPD 1963, Bd. 2, Dok. Nr. 307, S. 1038.
[28] AAPD 1963, Bd. 2, Dok. Nr. 342, S. 1079.

feststellte: „Ich habe Herrn Botschafter Shinnar nicht erklärt, daß ich beabsichtige, nunmehr diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen."[29] An Adenauers Worten haftete etwas Undeutliches wie an einem griechischen Orakel. Obwohl er sich nie klar und eindeutig darauf festlegte, Beziehungen zu Israel aufzunehmen, konnte der Zuhörer seinen Worten zumindest eine dahingehende, wenn auch verschwommene Absicht entnehmen.[30]

Shinnar kam in seinen Briefen lange nach Adenauers Rücktritt auf die von ihm als ernsthaft beurteilte Zusage des ehemaligen Bundeskanzlers zurück.[31] Zuvor haben sich Strauß im Mai 1962 und Gerstenmaier im Winter desselben Jahres für die Aufnahme von Beziehungen zu Israel ausgesprochen, was in beiden Fällen zu heftigen Debatten und Konflikten führte.[32] Das öffentliche Eintreten für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel wurde in der Bundesrepublik zu jener Zeit von vielen als verfrüht und in Anbetracht der innerdeutschen Realität als unüberlegt betrachtet. In arabischen Ländern lösten sie Zorn und Entrüstung aus. Nur Israel reagierte mit Genugtuung. Dort glaubte man, das Eis sei gebrochen und der Aufnahme der Beziehungen stünde nun nichts mehr im Wege. Doch die Ernüchterung folgte bald. Zur Rechtfertigung seiner Weigerung schob Adenauer ein amerikanisches Diktat vor: „Washington hat mich gebeten, die diplomatischen Beziehungen jetzt nicht herzustellen. Unter diesen Umständen kann ich leider mein Vorhaben nicht ausführen."[33] Das Abraten des Auswärtigen Amts und besonders Schröders erwähnte er nicht, und die Ratschläge der Amerikaner waren widersprüchlich.[34]

Rolf Vogel hat festgehalten, daß Adenauer mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel „sein Versöhnungswerk mit dem jüdischen Volk krönen" und noch vor seiner Amtsniederlegung dafür die Verantwortung übernehmen wollte.[35] Der Bundeskanzler konsultierte die Amerikaner, worauf ihn Botschafter George McGhee darauf hingewiesen haben soll, daß der amerikanische Einfluß in der arabischen Welt zurückgegangen sei, daß solche Beziehungen dem Westen schaden könnten und daß die Vereinigten Staaten nur begrenzte Möglichkeiten hätten, der Bundesrepublik in dieser Sache beizustehen. Globke soll die Aufzeichnung der Worte des Botschafters dem schockierten Shinnar gezeigt haben und Karl Marx von der *Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland* die amerikanischen Telegramme.[36] Rainer Blasius weist in diesem Zusammenhang auf die arabischen Boykottdrohungen und die Versuche hin, die Bundesrepublik mit der Annäherung an die DDR zu erpressen.[37]

---

[29] AAPD 1963, Bd. 2, Dok. 342, S. 1079.
[30] Briefwechsel zwischen Heuss und Adenauer in: BArch, N 1221/62.
[31] Shinnar an den Premierminister, den Außenminister und den Finanzminister vom 29. 9. 1963; Shinnar an Yachil vom 6. 4. 1964, ISA, 4326/17.
[32] AAPD 1963, Bd. 2, Dok. Nr. 198, S. 641.
[33] Adenauer an Heuss vom 8. 10. 1963, BArch, N 1221/62.
[34] AAPD 1963, Bd. 2, Dok. Nr. 318, S. 1063–1065; Dok. Nr. 341, S. 2232; BONNER RUNDSCHAU vom 19. 9. 1963; Die WELT (Hamburg) vom 5. und 11. 9. 1963.
[35] Der DEUTSCH-ISRAELISCHE DIALOG, Bd. 1, S. 253.
[36] Meroz an Efrati vom 10. 3. 1964, ISA, 3533/1.
[37] BLASIUS, Geschäftsfreundschaft, S. 184–186.

Die Israelis wähnten hinter den neuen Verzögerungen ein weiteres deutsches Manöver und verlangten Klärung direkt bei den Amerikanern. Der israelische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Abraham Harman, und der israelische Minister Mordechai Gazit trafen am 5. Januar 1964 mit dem amerikanischen Vizeaußenminister George Ball zusammen. Harman notierte, daß die deutsch-israelischen Beziehungen von Bonn und Washington gemeinsam neu beurteilt würden und gab den amerikanischen Standpunkt wie folgt wieder: Die Vereinigten Staaten seien zwar grundsätzlich für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen befreundeten Staaten, doch die Bundesregierung müsse in Betracht ziehen, daß die arabischen Staaten mit einer Anerkennung Ostdeutschlands reagieren könnten. „Wir haben das Gefühl, daß sie dies berücksichtigen, und sie wissen, daß wir uns dessen auch bewußt sind."[38] Harman appellierte an die amerikanische Regierung, „die Bundesregierung aufzufordern, solche Beziehungen auf normaler Basis und ohne Vorbedingungen aufzunehmen".[39] Darauf antwortete Ball: „Wir befürworten die Aufnahme normaler Beziehungen und haben dies klar dargelegt. Sie unterstellen, daß wir die Deutschen in der Meinung bestärkt haben sollen, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel zu einer Anerkennung Ostdeutschlands führen würde. Soweit mir bekannt, war dies nie der Fall gewesen. Sie haben uns zwar angefragt, ob wir ihnen garantieren könnten, daß dies nicht geschehen würde, wozu wir außerstande sind. [...] Wir haben ihnen diese Idee jedenfalls nicht eingepflanzt. Das ist ihr Hauptanliegen."[40] Balls Schlußfolgerung: „Über diese Frage muß Deutschland selbst entscheiden."[41]

In einem britischen Dokument heißt es dazu: „Es liegt grundsätzlich in unserem Interesse, daß sie es tun [diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen], da uns vor allem an Stabilität in der Region gelegen ist [...]. Diese kann nur dann erreicht werden, wenn Israel von einer wachsenden Mehrheit anerkannt wird."[42] Ein anderer britischer Diplomat vermerkte dagegen lobend den Umstand, daß es der Bundesrepublik bislang gelungen sei, die Anerkennung der DDR zu verhindern.[43] Die beiden britischen Meinungen zeugen von der Spaltung im alliierten Lager über die Frage, wie sich die Bundesrepublik gegenüber Israel verhalten sollte.

Diese zögerliche Haltung hob sich markant vom einseitigen und entschlossenen Standpunkt des Bundeskanzlers und des Auswärtigen Amts ab, die die ihnen am günstigsten erscheinende Lösung ohnehin schon längst beschlossen hatten. Auch das amerikanische Außenministerium versuchte einen Mittelweg zu verfolgen, indem es jeder Seite das sagte, was sie zu hören beliebte. Diese Politik erwies sich besonders für das Auswärtige Amt als äußerst hilfreich: Sie lieferte ihm den Vorwand für die Ablehnung der Aufnahme von Beziehungen zu Israel. Die Entschei-

---

[38] Kurzprotokoll des Treffens mit Unterstaatssekretär George Ball vom 5. 1. 1964, ISA, 3532/2.
[39] Ebd.
[40] Ebd.
[41] Ebd.
[42] J.G.S. Beith, Tel Aviv, an Steward Crawford, London, vom 27. 9. 1963, PRO, FO 371/170520, ER 1022/22.
[43] Notiz von Unbekannt vom 1. 11. 1963, PRO, FO 371/170520, ER 1022/22.

dung in Bonn konnte so bequem auf Washington abgewälzt werden. Weder der Kanzler noch die anderen führenden westdeutschen Politiker oder das Auswärtige Amt waren zu jenem Zeitpunkt daran interessiert, Israel offiziell zu anerkennen und diplomatische Beziehungen zu diesem Staat aufzunehmen. Doch für ein öffentliches Eingeständnis dieses Standpunkts fehlte der Mut.

Das Luxemburger Abkommen sollte am 31. März 1965 auslaufen.[44] Dies bedeutete auch die Schließung der Israel-Mission in Köln, d.h. den Abbruch der ohnehin kryptischen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Weder Israel noch die Bundesrepublik waren an einer solchen Entwicklung interessiert, doch die Meinungsverschiedenheiten über die zukünftigen Beziehungen ließen sich nicht leicht überbrücken. Bonn wünschte die Weiterführung der Mission in Köln und die Errichtung einer entsprechenden deutschen Mission irgendwo in Israel außer in Jerusalem, dessen Status international umstritten war. Doch die israelische Regierung lehnte den Vorschlag ab und drohte mit der Schließung der Mission, falls die Bundesregierung nicht einer vollwertigen israelischen Botschaft in Westdeutschland zustimmen sollte.[45] Mit anderen Worten, beide Seiten beharrten auf ihren Positionen und hofften auf ein Nachgeben der Gegenseite in letzter Minute.

Der Gegensatz zwischen Bonn und Jerusalem verschärfte sich weiter. Das Auswärtige Amt hielt hartnäckig am Angebot einer westdeutschen Handelsmission in Israel fest und versuchte, der israelischen Kampagne entgegenzuwirken. Gleichzeitig wurden im israelischen Außenministerium Stimmen laut, die der Bundesregierung vorwarfen, Israel nur deshalb eine Mission vorzuschlagen, weil man genau wisse, daß dies abgelehnt werde, und in der Hoffnung, so die beiderseitigen Beziehungen abbrechen zu können.[46] Schröder und Carstens sahen keine Veranlassung, Israel einen Sonderstatus einzuräumen, und ein hoher Beamter im Auswärtigen Amt meinte, daß Israel „in seiner Erpressungstaktik nicht hinter der VAR zurücksteht".[47] Carstens zeigte sich darüber irritiert, daß Israel die Vergangenheit immer wieder neu aufrolle. Die israelischen Angelegenheiten wurden im Auswärtigen Amt als große Belastung empfunden und die Existenz einer „Sonderbeziehung" zwischen den beiden Staaten erkannte die politische Führung der Bundesrepublik nur mit Vorbehalten an.[48] Das israelische Außenministerium seinerseits stufte das Auswärtige Amt als unfreundlich ein und die israelische Regierung bestand auf der Verpflichtung der deutschen Seite gegenüber Israel. Dies spielte bei der Forderung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine bedeutende Rolle. Israel sei für die Bundesrepublik schließlich nicht irgendein Staat. Die Vergangenheit gebiete der Bundesrepublik die Aufnahme diplomatischer Bezie-

---

[44] Die Laufzeit der Schilumim richtete sich nach der Höhe der Jahresraten. Da die Bundesrepublik von Artikel 3 (III) Gebrauch machte, der ihr erlaubte, die Jahresrate von 310 Millionen Mark auf 250 Millionen Mark zu senken, dauerten die Zahlungen ein Jahr länger, das heißt bis zum 31. März 1966.

[45] Yachil an Ben Gurion und Golda Meir vom 18. 2. 1962, ISA, 302/8.

[46] Abteilung Westeuropa an die Israel-Mission in Köln vom 21. 1. 1965, ISA, 3533/2.

[47] AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 41, S. 201–202, Aufzeichnung Krapfs für Schröder vom 27. 1. 1965, ISA, 3533/2.

[48] Zur Entstehung, Bedeutung und Geschichte dieses Begriffs: FELDMAN, The special relationship.

hungen zu Israel, so die israelische Auffassung. Bonns angebliche Parteinahme für die Araber wurde in Israel als Sakrileg empfunden. Angesichts solch hochgesteckter Erwartungen schien ein Kompromiß für beide Seiten in weiter Ferne. Die Folge waren endlose gegenseitige Beschuldigungen. Es wäre unangemessen zu versuchen, die Pattsituation einer Seite anzulasten.

4. Exkurs: Die EWG

Auf die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) im Sommer 1957 reagierte die Regierung in Tel Aviv sehr schnell. Israel war der dritte Staat, der eine diplomatische Delegation zum Sitz der neuen Organisation entsandte.[49] Die engen wirtschaftlichen Beziehungen mit europäischen Ländern, traditioneller Hauptmarkt von Produkten der Region und bewährte Importquelle, machten die EWG von Anfang an zum Ziel besonders intensiver wirtschaftspolitischer Aktivitäten Israels, bei denen der Bundesrepublik eine besonders wichtige Rolle beigemessen wurde. Israelische Wirtschaftsplaner konzentrierten sich sogleich schwerpunktmäßig auf die Bundesrepublik. Der Handel zwischen beiden Staaten war im Steigen begriffen, das Importsortiment aus Deutschland wurde immer breiter, und deutsche Importeure kauften in Israel Zitrusfrüchte, Textilien und Chemikalien. Israel legte großen Wert auf ungehinderte Ausfuhr in den expandierenden deutschen Markt. Die Bundesrepublik stellte zudem eine erstrangige politische und wirtschaftliche Macht dar, die, sofern sie nur wollte, in der Lage war, dem jüdischen Staat verschiedene Vorteile zu verschaffen.[50] Deshalb versuchten israelische Vertreter in Köln, Bonn, Brüssel und anderswo, mit Beginn der Verhandlungen mit der europäischen Organisation zunächst die bundesdeutsche Unterstützung für die israelischen Anliegen zu gewinnen. Israels Ziele gegenüber der EWG waren mehrstufig gegliedert: Als erstes ging es der israelischen Regierung um die Senkung der europäischen Zollbarrieren und die Beseitigung anderer Einfuhrbeschränkungen. Dann setzte man sich zum Ziel, bestehende Märkte gegenüber Mitgliedsstaaten der EWG selbst zu behaupten, die ähnliche Produkte verkauften, und schließlich wurde als letzte Stufe die volle Mitgliedschaft in der EWG oder zumindest eine Assoziierung in der einen oder anderen Form angestrebt. Das letzte Ziel war vom Wunsch begleitet, den arabischen Störfaktor auszuschalten bzw. vom Bedürfnis, den arabischen Wirtschaftsboykott zu neutralisieren.

Die israelischen Wünsche überraschten die Mitgliedstaaten der EWG, die sich selbst noch kein klares Bild über die Zukunft ihrer Organisation machen konnten. Im Hinblick auf ihr unmittelbares Anliegen schlugen die Israelis eine „multilaterale Handels- und Zahlungsregelung" vor, in der Annahme, daß ein solches Abkommen zu einer Erweiterung des Handels mit Europa führen würde. In ihrem

[49] Die EG-AUSSENBEZIEHUNGEN, S. 546.

[50] Vgl. die Debatte im Exekutivkomitee des israelischen Gewerkschaftsdachverbandes Histadrut am 21. 1. 1962, ILA, Group 219 IV, File no. 86.

Appell an die Bundesrepublik forderte die israelische Regierung, die Schilumim nicht in die Verhandlungen bzw. in das Abkommen einzubeziehen.[51] Westdeutschland und auch die anderen europäischen Staaten akzeptierten diese israelische Vorbedingung.

Als nächstes ging es darum, den bestehenden Status Israels in Europa zu klären. Dazu gehörten die Zölle im deutsch-israelischen Handel, die bilateralen und internationalen Abkommen, wie etwa die Meistbegünstigungsklausel, die Auflistung der gehandelten Ware, der rechtliche Status und andere Einzelheiten, die einen reibungslosen Handel garantieren sollten.[52] Israel beantragte sodann die Aufnahme in das allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen GATT und schloß sich später der „Kennedy-Runde" an. Im Hinblick auf das langfristige Ziel der regionalen Zusammenarbeit befürwortete Israel die Einbeziehung weiterer Staaten aus dem Nahen Osten. Von all diesen Schritten erhoffte sich Israel Erleichterungen für die Zusammenarbeit mit der EWG. Die israelische Regierung koordinierte ihre Schritte sowohl mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundeswirtschaftsministerium als auch mit den bundesdeutschen Vertretern in der EWG. Anschließend beantragte Israel formell ein multilaterales Handels- und Zollabkommen und forderte die Bundesregierung auf, diesen Antrag zu unterstützen.[53] Italienische Zitrusexporteure versuchten, Handelserleichterungen für Israel zu verhindern. Vor allem der italienischen Widerstände wegen war Israel so stark auf deutsche Unterstützung angewiesen. Israelische Zitrusfrüchte waren in der Bundesrepublik überdies sehr gefragt, und die israelischen Exporteure behaupteten, die hohen Zölle würden den deutschen Konsumenten schaden. Das Bundeswirtschaftsministerium senkte darauf den Zoll und schlug dabei zwei Fliegen mit einer Klappe: Diese Maßnahme diente einerseits der israelischen Ausfuhr und entzog andererseits den israelischen Klagen die Grundlage.[54]

Die Bundesrepublik informierte den Staat Israel, daß sie nicht beabsichtige, einen Vertreter zu den Verhandlungen zwischen Israel und der EWG zu entsenden. Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern seien bereits sehr eng, und die deutsche Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte sich für Israel nachteilig auswirken, erklärte der westdeutsche EWG-Gesandte Peter Günther Harkort.[55] Die israelische Regierung, die diesen Verhandlungen größte Bedeutung beimaß und mit der Unterstützung der Bundesrepublik gerechnet hatte, war zutiefst enttäuscht. Die Bundesregierung, so Harkort, müßte aufgrund des „besonderen Verhältnisses" zu Israel Gesichtspunkte berücksichtigen, die für andere Teilnehmer kaum von Bedeutung seien, was zu Schwierigkeiten führen könnte und der Erleichterung des Handels- und Zahlungsverkehr zwischen den einzelnen Ländern nicht förderlich sei. Sobald aber eine grundsätzlich Übereinstimmung erreicht sei,

---

[51] Shinnar an Müller-Armack vom 24. 7. 1958, ISA, 578/13.
[52] Nirgad an Shinnar vom 5. 12. 1958; Shinnar an von Mahs vom 7. 3. 1959, ISA, 578/13.
[53] Shinnar an van Sherpenberg vom 7. 4. 1959, ISA, 580/2.
[54] BUNDESANZEIGER vom 11. 1. 1961; Abteilung Wirtschaft an die israelische Delegation in Brüssel vom 4. 12. 1961, ISA, 178/13.
[55] Harkort an Shinnar vom 7. 4. 1959, ISA, 3099/25.

werde die Bundesregierung prüfen, in welcher Weise sie sich dann einschalten könne.[56]

Für die israelische Regierung bestand das „besondere Verhältnis" nun vor allem aus den fehlenden diplomatischen Beziehungen, arabischem Druck und Schilumim.[57] Israel warf Bonn vor, sich von den Arabern erneut erpressen zu lassen. Der folgende Meinungsaustausch zwischen Israel und der Bundesrepublik glich immer mehr dem bereits von der Debatte über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bekannten Modell: israelische Forderungen stießen auf deutsche Ausflüchte, die begleitet waren von Versuchen, Israel anderweitig zu entschädigen. Allmählich wurde deutlich, daß Bonn die arabischen Länder aus Furcht vor Vergeltungsmaßnahmen weiter zu beschwichtigen versuchte. Dem in den deutsch-israelischen Beziehungen versierten israelischen Diplomaten Maurice Fischer soll ein westdeutscher Amtskollege in Brüssel 1960/61 gesagt haben, daß dieselben Kreise, die diplomatische Beziehungen ablehnten, auch gegen die Assoziierung Israels an die EWG eintraten.[58] In innerisraelischen Debatten wollten einige Vertreter eine Böswilligkeit der deutschen Seite erkennen, während andere zumindest einen Teil der westdeutschen Argumente akzeptierten.

1960 nahm der israelische Druck im Hinblick auf eine Assoziierung an die EWG zu.[59] Angesichts der israelischen Bemühungen verstärkten auch die arabischen Staaten ihre Aktivitäten. Diesmal deckten sich ihre Anstrengungen mit der Politik der EWG, nämlich keine Annäherung von Staaten außerhalb Europas zuzulassen. Darin wurde die EWG von den Vereinigten Staaten unterstützt, die Israel entsprechend informierten.[60] Die Israelis versuchten, ihre Interessen parallel auf zwei Ebenen zu fördern, durch ein multilaterales Abkommen und durch einen Assoziierungsvertrag. Die arabische Seite wünschte beides zu verhindern. Nicht nur die Israelis, auch die Araber zählten auf deutsche Hilfe. Die arabischen Regierungen gingen sogar noch einen Schritt weiter, indem sie die Bundesrepublik ausdrücklich aufforderten, beide israelische Anliegen zu verhindern.[61] Dazu war Bonn jedoch nicht bereit[62]. Man zog es vor, den Fortschritt der Verhandlungen aus der Distanz mitzuverfolgen und das eigene Fernbleiben mit allerlei Vorwänden zu begründen.[63] Shinnar ging davon aus, daß auch andere EWG-Staaten über die Verhandlungen mit Israel nicht besonders glücklich waren, da sie fürchteten, daß nach Israel die arabischen Staaten und später weitere Drittweltländer die Aufnahme in die EWG beantragen könnten.[64] Die Israelis maßen der Assoziierung an

---

[56] Ebd.
[57] Arbeitspapier für die Regierungssitzung vom 16. 4. 1959, ISA, 4327/12.
[58] Efrati an Savir vom 23. 10. 1964, ISA, 3533/1.
[59] Savir an die Abteilung Westeuropa vom 15. 4. 1962, ISA, 302/8.
[60] Die deutsche Botschaft in Washington an das AA vom 14. 8. 1961, PA, Akte Nr. 1043, 708, 83.00, 92.19; Savir an die Abteilung Westeuropa vom 12. 3. 1962, ISA, 758/14 III.
[61] Yachil an Ben Gurion und Golda Meir vom 18. 2. 1962; Bendor an den Generaldirektor vom 20. 2. 1962; Shinnar an Yachil vom 22. 2. 1962, ISA, 302/8.
[62] Savir an die Abteilung Westeuropa vom 15. 4. 1962, ISA, 302/8; Voigt an Carstens vom 19. 3. 1962, PA, 708, 83.00–83.70; Aufzeichnung Voigts für die Herren D2 vom 18. 8. 1962, PA, 708, 83.00–83.70, 92.19.
[63] Fischer an Meir vom 12. 10. 1960, ISA.
[64] Telegramm Shinnars an Fischer vom 5. 2. 1960, ISA, 520/2.

die EWG vor allem im wirtschaftlichen Bereich größte Bedeutung bei und versuchten, höchste Stellen, darunter Adenauer, de Gaulle und auch den französischen Premierminister Michel Debré, für ihr Vorhaben zu gewinnen. Ben Gurion warf sein ganzes politisches Gewicht in die Wagschale.[65] Besonders entscheidend war das Treffen zwischen Eschkol und Erhard am 4. September 1960 in Brüssel. Erhard stand Eschkols Begehren grundsätzlich positiv gegenüber und machte gleichzeitig ein paar praktische Vorschläge hinsichtlich der Förderung der Handelsbeziehungen zwischen Israel und der EWG.[66]

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gründete einen Ausschuß für Verhandlungen mit Israel, an dessen Beratungen keine westdeutschen Vertreter teilnahmen. Die Bundesrepublik signalisierte indessen ihre Bereitschaft, die israelischen Anträge zu unterstützen, sobald die anderen Mitgliedsstaaten einem Assoziierungsabkommen mit Israel zustimmten. Bonn intervenierte sodann in Fällen von Diskriminierung gegen die israelische Seite und schlug etwa vor, unverzüglich Verhandlungen über den Import von Zitrusfrüchten aus Israel aufzunehmen.[67] In der Folge kam es zu einer intensiven israelischen Werbe- und Überzeugungskampagne, vor allem bei westdeutschen Persönlichkeiten.[68] Doch Israels Chancen standen schlecht. Großbritannien, Griechenland, die Türkei und die französischen Kolonien, d.h. der europäische Kontinent, hatten aus europäischer Sicht Vorrang. Der beste Rat, den die Bundesregierung israelischen Stellen deshalb geben konnte, war, im Rahmen des GATT Verträge mit einzelnen Staaten abzuschließen und inzwischen Vorbereitungen für multilaterale Verhandlungen mit den europäischen Institutionen zu treffen. Mit anderen Worten, die Bundesregierung war darauf bedacht, sich Israel gegenüber nicht zu verpflichten. Das Problem war offensichtlich vor allem politischer und kaum wirtschaftlicher Natur. Gut unterrichtete Kreise in der Bundesrepublik berichteten israelischen Vertretern, daß die Bundesregierung im Grunde an der Assoziierung Israels kaum interessiert sei. Die politische Führung Westdeutschlands wolle die EWG als rein europäische Institution erhalten. Man fürchte, daß der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen mit Israel einen Präzedenzfall für andere Staaten darstellen würde.[69] Auch der arabische Faktor spielte natürlich eine Rolle. Israel hatte also aus mehreren Gründen das Nachsehen. Was ihr als kurz- und langfristiges Interesse erschien, verteidigte die Bundesregierung auch im Rahmen der EWG.

Der EWG-Ministerrat diskutierte den israelischen Antrag am 25. Juli 1961, gelangte aber zu keiner Entscheidung.[70] Die Bundesrepublik war Israel dabei nicht zur Seite gestanden. Der Ministerrat verlangte Prognosen über die Handelsbezie-

---

[65] Bartur an den Finanzminister Levi Eschkol vom 28. 8. 1960, ISA, 578/3; Telegramm Najars an das israelische Außenministerium vom 21. 9. 1960, ISA, 3309/13.

[66] Eschkol an Saphir vom 4. 9. 1960; Protokoll des Treffens vom 8. 9. 1960, ISA, 4327/12.

[67] Bericht Shinnars über Gespräche mit Haas vom 8. 11. 1960, ISA, 578/13.

[68] Niederschrift über Treffen von Ben Gurion vom Herbst 1960, ISA, 578/13; Eschkol an Saphir vom 4. 9. 1960, ISA, 4327/12; Najar an das israelische Außenministerium vom 21. 9. 1960, ISA, 3309/13.

[69] Alain Poher an Hallstein, zitiert nach einem Rundschreiben des israelischen Außenministeriums an verschiedene israelische Botschaften vom 27. 2. 1962, ISA, 578/14 III.

[70] Bericht vom 18. 8. 1961, ISA, 578/13.

hungen zwischen der EWG und Israel und über die voraussichtliche Entwicklung des israelischen Handels. Man schwankte zwischen Assoziierung und Handelsvertrag. Da es als feste Regel galt, daß einmal gewährte Privilegien auch für andere Staaten zu gelten hatten, waren die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit Israel bereits vorprogrammiert. Sowohl die EWG als auch die Bundesrepublik gaben sich im Hinblick auf die Verhandlungen mit Israel zurückhaltend. In einem Gespräch mit Erhards ökonomischem Berater Alfred Müller-Armack warf Shinnar der Bundesrepublik vor, arabischem Druck nachzugeben, und erinnerte seinen Gesprächspartner daran, daß deutsche Persönlichkeiten, einschließlich von Brentano, Israel Unterstützung in der EWG zugesagt hätten.[71] Müller-Armack teilte Shinnar unter anderem schriftlich mit, daß die Bundesrepublik Israels Annäherung an die EWG ohne Rücksicht auf die Araber unterstütze.[72]

Die Frage der angeblichen deutschen Unterstützung und der Kapitulation vor arabischer Erpressung war Gegenstand eines längeren, zuweilen erbitterten Streits, in dem auch persönliche Angriffe nicht fehlten. Die Israelis warfen ihren deutschen Kollegen vor, zweierlei Maßstäbe anzulegen bzw. in verschiedenen Foren unterschiedliche Ansichten zu vertreten.[73] Sie versuchten mit Appellen an Schröder und Adenauer eine Änderung der deutschen Haltung zu erwirken, allerdings mit beschränktem Erfolg. Am 3. März 1962 traf Eschkol in Brüssel ein zweites Mal mit Erhard zusammen und versuchte vergeblich, ihn davon zu überzeugen, den israelischen Antrag zu unterstützen.[74] Am 18. Mai 1963 traf Erhard den israelischen Handels- und Industrieminister Pinchas Saphir in Brüssel zu einem Gespräch, das die Förderung der israelischen Anliegen in der EWG bezweckte. Saphir forderte die Bundesregierung auf, sich für einen bevorzugten Status Israels in der EWG einzusetzen, worauf Erhard der israelischen Regierung empfahl, ein direktes Assoziierungsgesuch an die EWG zu richten. Gleichzeitig äußerten sich Beamte skeptisch über die Chancen eines solchen Gesuchs. Sie befürchteten zudem, die EWG könnte von ähnlichen Forderungen anderer nichteuropäischer Länder überschwemmt werden, falls das israelische Gesuch angenommen würde.[75]

Um Zeit für die Lösung der entscheidenden Probleme zu gewinnen und angesichts der unmittelbaren Bedürfnisse, strebten die Israelis eine vorübergehende Regelung an. Erhard zeigte sich entgegenkommend und signalisierte seine Bereit-

---

[71] Direktiven für Shinnar vom 31. 8. 1961; Bericht Shinnars über ein Treffen mit Müller-Armack vom 6. 9. 1961, ISA, 3309/15.

[72] Müller-Armack an Shinnar vom 27. 9. 1961, ISA, 578/13.

[73] Die israelische Delegation bei der EWG an den israelischen Außenminister vom 3. 12. 1961, ISA, 178/13; Levavi an Shinnar vom 28. 2. 1962; Shinnar an Levavi vom 3. 3. 1962; Savir an die Abteilung Westeuropa vom 11. 5. 1962; Levavi an Shinnar vom 11. 3. 1962 („Harkort is falsifying facts"); Shinnar an Levavi vom 16. 3. 1962 („Harkort is producing false reports"), ISA, 578/14 III.

[74] dpa-Spezial vom 5. 3. 1962, PA, 708, 83.00–83.70, 92.19; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 5. 3. 1962.

[75] Ausarbeitung von Moshe Bartur „Das Erhard-Saphir Treffen" vom 18. 5. 1963, ISA, 1045/25; die israelische Delegation bei der EWG an den israelischen Außenminister vom 24. 7. 1963, ISA, 1045/25; Aufzeichnung v. Stempels vom 21. 10. 1963, PA, B39, Nr. 43, 82.20, 92.19.

schaft, sich für Erleichterungen der israelischen Ausfuhr in die Bundesrepublik und die EWG sowie für die Verabschiedung entsprechender Abkommen einzusetzen.[76] Die Verhandlungen zwischen Israel und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über ein langfristiges Handelsabkommen gingen inzwischen – wenn auch schleppend – weiter. Einen wesentlichen Anteil an der Verschleppung der Verhandlungen mit Israel hatte Italien. In diesem Forum kooperierten die deutschen Vertreter aber mit den Israelis und versuchten, ihre Anliegen zu fördern, solange es nicht zum Konflikt mit den Arabern kam. Das Abkommen konnte schließlich vor allem dank deutscher Unterstützung unterzeichnet werden.[77]

Der Protest von arabischer Seite ließ nicht lange auf sich warten, obwohl den arabischen Staaten mitgeteilt worden war, daß sämtliche Vorteile, von denen Israel nun profitierte, auch anderen Staaten gewährt werden würden.[78] Die Vertreter der Bundesrepublik in der EWG wurden angewiesen, für das Abkommen zu stimmen. Es wurde am 14. Juni 1964 von Golda Meir und dem EWG-Präsidium unterzeichnet.[79] Trotz Unterzeichnung des Abkommens – zu dem die israelische Regierung gewisse Vorbehalte äußerte – gingen die Bemühungen um volle Assoziierung an die EWG unvermindert weiter. Am 2. Februar 1965 traf Minister Saphir in Brüssel mit Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker zusammen, um mit ihm die Frage eines möglichen Assoziierungsabkommens zwischen Israel und der EWG zu erörtern. Das Treffen fand unter dem Eindruck der Krise in den deutsch-israelischen Beziehungen statt. Schmücker zufolge war Bundeskanzler Erhard der Meinung, daß „die israelischen Probleme nur durch die Assoziierung an die EWG gelöst werden könnten".[80] Interne Dokumente des Auswärtigen Amts ergeben sodann, daß die Bundesrepublik nicht an der Erweiterung der EWG durch nichteuropäische Staaten interessiert war. Darin deckte sich ihre Haltung mit derjenigen anderer EWG-Mitglieder.[81] In den Dokumenten wurde darauf hingewiesen, daß kein nichteuropäischer Staat ein Anrecht auf Assoziierung an die EWG habe, daß Israel über keine besonders gefragten Rohstoffe verfüge und daß die anstehenden Probleme mit Handelsabkommen gelöst werden könnten. Israel sei zwar empfindlich gegen Diskriminierung, doch diese Politik sei allgemein und nicht speziell gegen den jüdischen Staat gerichtet. Entsprechend hieß es weiter, den arabischen Staaten würden dieselben Vorteile gewährt, die Israel zugestanden worden seien.

---

[76] AAPD 1963, Bd. 3, Dok. Nr. 426, S. 1487 und Dok. Nr. 460, S. 1568–1569.

[77] RAFAEL, Destination Peace, S. 109.

[78] Diplogerma, AA an die deutschen Botschaften in arabischen Hauptstädten vom 20. 4. 1964, PA, B36, Bd. 3, 82.50, 91.19; die deutsche Botschaft in Kairo an das AA betr. der Protest der arabischen Staaten gegen das EWG-Zollabkommen mit Israel vom 22. 4. 1964; Diplogerma, AA an die deutsche Botschaft in Kairo vom 2. 5. 1964, PA, B36, Bd. 3, 82.00, 92.19.

[79] Telegramm der deutschen Gesandtschaft bei der EWG an das AA vom 4. 6. 1964, PA, B36, Bd. 3, 82.50, 92.19.

[80] Vermerk vom 3. 2. 1965, PA, IB4, B36, Nr. 142; die Israel-Mission in Köln an den israelischen Außenminister vom 2. 2. 1965, ISA, 4326/17.

[81] AAPD 1963, Bd. 3, Dok. Nr. 455, S. 1568–1569; AAPD 1965, Bd. 2, Dok. Nr. 213, S. 851–856; Ausarbeitung „Gründe, die gegen eine Assoziierung Israels mit der EWG sprechen" vom Mai 1964, PA, B36, Nr. 111, IB4, 82.00–82.80, 92.19.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die EWG nach Auffassung ihrer Mitgliedstaaten, allen voran der Bundesrepublik, und entgegen israelischen und arabischen Vorstellungen, ausschließlich europäischen Ländern offen stehen sollte. Als Frankreich und subalterne Beamte der westdeutschen Außenpolitik an einem gewissen Punkt dann mehr Offenheit gegenüber den Arabern zeigten, wurde dies von den Entscheidungsträgern der westdeutschen Außenpolitik wieder zu Israels Gunsten ausgeglichen. Demgegenüber zeigten sich die israelischen Politiker und Diplomaten bundesdeutschen Vertretern gegenüber auch im Zusammenhang mit der EWG reizbar und voreingenommen. Im Endeffekt setzten sich die europäischen Interessen durch.

5. Verschärfung der deutsch-israelischen Gegensätze

Im letzten Jahr vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen hoben sich die deutsch-israelischen Beziehungen kaum vom bereits bekannten Muster ab: Das Auswärtige Amt beharrte weiter hartnäckig auf der Offerte eines deutschen Generalkonsulats in Israel, geführt von einem Generalkonsul mit persönlichem Botschafterrang, als Zwischenlösung, was in Israel als Affront empfunden wurde. Mit diesem Angebot werde nicht nur der arabischen Erpressung nachgegeben und Israel auf die Ebene der DDR zurückgestuft – die Israelis waren äußerst ungehalten über das Argument des Auswärtigen Amts, daß die DDR in den arabischen Staaten ähnlich vertreten sei –, sondern faktisch auch die Haltung der Feinde Israels akzeptiert, daß der jüdische Staat ein vorübergehendes Phänomen darstelle. Die Araber würden den Staat Israel als „besetztes Palästina" oder als „sogenanntes Israel" bezeichnen und damit auf die westdeutsche Verwendung der Begriffe „Zone", „SBZ" oder „Mitteldeutschland" anspielen, mit der in der Bundesrepublik der illegitime und temporäre Charakter des Sowjetsatelliten unterstrichen werde. Die Teilung Palästinas, so die israelische Argumentation, werde der Teilung Deutschlands gleichgesetzt. Indem es Israel die Anerkennung als normaler Staat verweigere, bestätige das Auswärtige Amt oder „Schröder und die anderen ehemaligen Nazis", wie die westdeutsche Diplomatie zu jener Zeit in den israelischen Dokumenten auch genannt wurde, die arabische Haltung.[82] Das Auswärtige Amt wies im Gegenzug erneut auf die Gefahren hin, mit denen die Bundesrepublik konfrontiert sei. Für eine Änderung der Lage bestand wenig Hoffnung.

Die zunehmende Spannung zwischen den beiden Staaten kam auf verschiedenen Ebenen zum Ausdruck. Schröder weigerte sich, Peres zu empfangen, und westdeutsche Botschaften wiesen jüdische Delegationen ab.[83] Der arabische Boykott stützte sich zunehmend auf die Zusammenarbeit mit deutschen Firmen, und die israelische Seite warf dem Auswärtigen Amt Gleichgültigkeit gegenüber den

[82] Eytan an das israelische Außenministerium vom 24. 2. 1965, ISA, 3533/4.

[83] Shinnar an Schröder vom 1. 6. 1964, ISA, 3534/5; der Leiter der Abteilung Westeuropa an den Botschafter in Paris vom 28. 2. 1965; die Botschaft in Lima an den israelischen Außenminister vom 28. 2. 1965, ISA, 3533/5.

israelischen Protesten vor.[84] Die deutschen Institutionen bemühten sich, die Araber nicht zu verärgern. Aus Furcht vor arabischen Protesten zögerte die Bundesrepublik etwa, dem Staat Israel bei seinen Wasserentsalzungsprojekten zu helfen.[85] In einem Schreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages an das Auswärtige Amt hieß es unter anderem: „Wir glauben feststellen zu können, daß ganz allgemein große Befürchtungen über die Auswirkungen einer möglichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel gehegt werden."[86] Auch auf einer Botschafterkonferenz wurde erneut vor Beziehungen mit Israel gewarnt.[87] Selbst die Entschädigung von NS-Opfern stieß auf Schwierigkeiten, und westdeutschen Ämtern wurde vorgeworfen, die Arbeitsroutine in diesem Bereich zu behindern.[88] Israelische Vertreter warnten vor einer ernsten Krise im beiderseitigen Verhältnis und vor einem fatalen Vertrauensverlust.[89]

In diese angespannte Situation platzten Meldungen über die streng geheim gehaltene deutsch-israelische Zusammenarbeit im Nuklearbereich sowie über die militärische Kooperation zwischen beiden Ländern. Erste Informationssplitter, die möglicherweise auf ägyptische Geheimdienstquellen zurückgingen, veröffentlichte ein libanesischer Journalist im Sommer 1964.[90] Am 23. Oktober des Jahres wies die Kairoer Zeitung *El-Ghoumhouria* auf die deutsch-israelische Zusammenarbeit im Raketen- und Nuklearbereich hin.[91] Zwei Tage später erschien ein Artikel ähnlichen Inhalts in der *Frankfurter Rundschau*, und am 26. Oktober begann die israelische Presse, die Berichte aus der arabischen und westdeutschen Presse zu übernehmen.

Am selben Tag berief das israelischen Außenministerium eine Sitzung ein, an der auch Peres, Shinnar, der Direktor der Westeuropaabteilung und der Pressereferent des Ministeriums teilnahmen. Es wurde beschlossen, im Ausland eine Presseerklärung zu veröffentlichen und die Zeitungen im Inland zum Schweigen zu bringen. Die Presseerklärung war bewußt irreführend formuliert:

„Autorisierte israelische Kreise haben die heute in einer Reihe von Zeitungen erschienenen Berichte über die Zusammenarbeit in wissenschaftlichen Bereichen mit militärischer Bedeutung zwischen Deutschland und Israel entschieden zurückgewiesen und sie als reines Phantasieprodukt der Berichterstattung über angebliche Rüstungsabkommen zwischen Israel und Deutschland bezeichnet. Eine gründliche Abklärung hat ergeben, daß diese Information aus Kairo stammt. Kairos Absichten bedürfen keiner näheren Erläuterung, und weitere Kommentare erübrigen sich somit."[92]

---

[84] Das israelische Außenministerium an Shinnar vom 5. 2. 1964, ISA, 302/8.
[85] AAPD 1964, Bd. 1, Dok. Nr. 135, S. 567.
[86] Hipp an Gemünd vom 14. 5. 1964, PA, B36, Nr. 110, 82.00.
[87] MA'ARIV (Tel Aviv) vom 9. 6. 1964.
[88] Aufzeichnung von Knopf von Mitte Juli 1964, PA, B36, Nr. 110, 92.00–92.19.
[89] Efrati an die Abteilung Westeuropa vom 16. 6. 1964; Niederschrift über die Diskussion über die Beziehungen mit Deutschland innerhalb der Abteilung vom 24. 6. 1964, ISA, 3532/4.
[90] Ein israelisches Dokument behauptet, dass die Information aus dem Libanon nach Ägypten gelangte: Abteilung Westeuropa an das Ministerbüro vom 28. 10. 1964, ISA, 4332/13.
[91] Abteilung Westeuropa an das Ministerbüro vom 28. 10. 1964, ISA, 4332/18.
[92] Ebd.

Inzwischen hatte die Bundesregierung ihrerseits beschlossen, die Enthüllungen zu bestätigen, aber ihre Bedeutung herunterzuspielen und zu betonen, daß keine weiteren Abkommen dieser Art unterzeichnet würden. Eine entsprechende Verlautbarung wurde vorbereitet und der israelischen Regierung zugestellt. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Die Bundesregierung hält grundsätzlich daran fest, in Spannungsgebiete, wie dem Nahen Osten, keine Waffen zu liefern.
Sofern hiervon abgewichen worden ist, handelt es sich um begrenzte Ausnahmen, die in Zukunft fortfallen werden.
Die Bundesregierung wird in diesem Sinne die interessierten Regierungen unterrichten."[93]

Eschkol beauftragte nach dem Eingang des Textes Shinnar, Erhard zu bitten, das Problem mit der israelischen Seite zu erörtern und in der Zwischenzeit keine öffentlichen Erklärungen abzugeben.[94]

Shinnar, der im Anbetracht des Auslaufens des Schilumimabkommens die meiste Zeit in Israel verbrachte, kam am 4. November in Bonn an und wurde unverzüglich vom Kanzler empfangen. Shinnars Hauptaufgabe war es, den zweiten Satz der vorgeschlagenen deutschen Presseerklärung zu eliminieren. Eschkol gefiel nicht, daß die deutsche Militärhilfe als „begrenzte Ausnahme" beschrieben wurde und daß sich die Bundesrepublik öffentlich dazu verpflichtete, in Zukunft kein weiteres Abkommen in diesem Bereich mehr abzuschließen.[95] Die israelische Regierung betrachtete den Satz als ungerechtfertigtes Geschenk an die Araber, als Kapitulation vor arabischer Erpressung. Shinnar erörterte auch andere offene Fragen zwischen den beiden Staaten, doch die deutsche Presseerklärung erwies sich als äußert belastend. Erhard erklärte seinem Gegenüber, das Auswärtige Amt bestehe aus ihm nicht bekannten Gründen auf dieser Formulierung. Gleichzeitig wollte er wissen, ob Israel einverstanden sei, statt Waffen Geld zu bekommen. Shinnar bejahte die Frage und setzte sich damit in Gegensatz zur etablierten Politik der israelischen Regierung.[96]

Staatssekretär Carstens forderte die Botschafter der Bundesrepublik in einem Rundschreiben, offensichtlich mit Zustimmung des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers, dazu auf, weitere Schritte mit der Bundesregierung abzustimmen und abzuwarten. Gleichzeitig kündigte er eine Presseerklärung an. Zudem wurde darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik keine neuen Verpflichtungen hinsichtlich der Lieferung von Waffen eingehen werde, was sowohl für Munition als auch für Waffensysteme gelte. Die Bundesrepublik werde keine fremden Truppen ausbilden und keine gesetzlichen Beschränkungen gegen die Wissenschaftler in Ägypten verabschieden, hieß es. Künftige Wirtschaftshilfe, so das Rundschrei-

[93] Vermerk von Schirmer für den Staatssekretär vom 4. 11. 1964, PA, B36, Nr. 114, IB4, 84.02, 92.19.

[94] Eiltelegramm des Büros des israelischen Außenministers an Golda Meir in Montevideo vom 3. 11. 1964, ISA, 4332/13; zum Text der mündlichen Botschaft vom 3. 11. 1964: ISA, 4326/17.

[95] Ebd., Text der mündlichen Botschaft; vgl. auch SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 146ff.

[96] AAPD 1964, Bd. 2, Dok. Nr. 312, S. 1235–1239; SHINNAR, Bericht eines Beauftragten, S. 145; OSTERHELD, Außenpolitik, S. 120.

ben weiter, werde gleichmäßig zwischen den arabischen Staaten und Israel aufgeteilt, und nach Ablauf des Schilumimabkommens werde die Bundesrepublik in Israel eine Handelsmission mit konsularischen Vollmachten eröffnen. Carstens fügte hinzu, daß die Presseerklärung ausdrücklich darauf hinweisen werde, daß die Bundesrepublik derzeit nicht an der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel interessiert sei.[97]

Der späteren Darstellung von Staatssekretär Carstens zufolge wußte Erhard bei seinem Gespräch mit Shinnar vom Inhalt der Presseerklärung, stellte die Haltung der Bundesrepublik aber offensichtlich anders dar. Das Dokument offenbart den Willen des Auswärtigen Amts, das deutsch-israelische Problem einer vorläufigen Lösung zuzuführen. Genauer betrachtet, erwiesen sich die meisten Passagen jedoch als ungünstig für Israel. Die einzige anscheinend antiarabische Feststellung betraf die Absicht, die Beziehungen zu Israel zu formalisieren. Doch es handelte sich, wie erwähnt, um eine für Israel unakzeptable Art der Normalisierung. Israel wurde darin zwar gleich behandelt, aber es handelte sich um eine Gleichheit, die einer Diskriminierung des jüdischen Staates gleichkam. Bleibt die Frage, ob Schröder und Carstens selbst glaubten, Israel für diesen Plan gewinnen zu können. Zweifellos brachte Carstens die umstrittenen Fragen zwischen der Bundesrepublik und Israel geschickt zur Geltung. Aber die laufenden und zukünftigen Waffenlieferungen waren für Israel von immenser Wichtigkeit. Die israelische Regierung unternahm deshalb größte Anstrengungen in diesem Bereich. Carstens wußte, daß der umkämpfte Staat auch dringend auf diplomatische Beziehungen und materielle Hilfe, die zwei weiteren Eckpunkte des erwähnten Dreiecks, angewiesen war und setzte alle drei Punkte so ein, um Israel zum Einlenken zu zwingen. Carstens oft geäußerte Kritik am israelischen Anspruch auf ein „Sonderverhältnis" läßt darauf schließen, daß der Staatssekretär (und der Minister über ihm) entschlossen waren, die Schilumimära abzuschließen und ein neues Kapitel in den beiderseitigen Beziehungen ohne besondere Privilegien für Israel aufzuschlagen. In seinem Rundschreiben betonte Carstens, daß das Schilumimabkommen 1965 auslaufe, und daß die Zeit reif sei für die „Klärung und Bereinigung der Situation".[98] Die Ära der „regulären Beziehungen" zwischen Israel und Westdeutschland war angebrochen.

Die israelische Regierung war gegen die Streichung der Waffenlieferungen und forderte die Einhaltung der gemachten Zusagen. Erst in diesem Moment wurde deutlich, daß zwischen den beiden Verteidigungsministerien keine schriftliche Vereinbarung existierte und daß die bisherige Zusammenarbeit auf Vertrauensbasis erfolgte. Israel lehnte zudem den deutschen Vorschlag ab, die Waffenlieferungen durch Wirtschaftshilfe zu ersetzen. Das israelische Beharren auf diesen Forderungen führte zu einer halbjährigen aufreibenden Kontroverse.

Ministerpräsident Eschkol äußerte in einem Schreiben an Bundeskanzler Erhard den Wunsch einer direkten Begegnung. Die beiden Politiker hatten sich bereits als Minister getroffen und führten nun als Regierungschefs die Tradition des Briefwechsels von Adenauer und Ben Gurion weiter. Eschkol bat um ein Treffen

---

[97] AAPD 1964, Bd. 2, Dok. Nr. 308, S. 1227–1229.
[98] Ebd.

auf neutralem Boden, doch die logistischen Probleme erwiesen sich als besonders zäh.[99] Das Auswärtige Amt meldete zudem politische Vorbehalte an. Die westdeutsche Diplomatie versuchte zu jener Zeit, den ägyptischen Präsidenten zu einem Besuch in der Bundesrepublik zu bewegen und wollte deshalb den Eindruck vermeiden, daß dem israelischen Premier Vorrang gegeben werde.[100] Israel seinerseits hatte nichts einzuwenden gegen einen Besuch von Oberst Nasser in der Bundesrepublik, unter der Bedingung, daß er in bescheidenem Rahmen stattfinden würde.[101] Bonn hatte Verständnis für den israelischen Vorbehalt. Um zu vermeiden, daß Nasser als erster arabischer Staatschef der Bundesrepublik einen Besuch abstattet, wurde zuerst der jordanische König nach Bonn eingeladen.[102] Schließlich kam es jedoch weder zu einem Treffen zwischen Eschkol und Erhard noch zu einem Besuch Nassers in der Bundesrepublik. Der israelische Regierungschef wollte mit Erhard verschiedene wichtige Fragen besprechen und bedauerte das Nichtzustandekommen des Treffens.

In diesem Zusammenhang ist der Besuch von Bundestagspräsident Egon Gerstenmaier Ende 1964 in Ägypten zu sehen. Auf Einladung Nassers und auf Anraten des Auswärtigen Amts traf Gerstenmeier mit dem ägyptischen Staatspräsidenten zusammen. Der Bundestagspräsident versuchte Nasser nahezulegen, der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel bei gleichzeitiger Entschädigung Ägyptens und der Einstellungen von Waffenlieferungen an den jüdischen Staat zuzustimmen. Zudem lud Gerstenmaier seinen ägyptischen Gastgeber zu einem Gegenbesuch in der Bundesrepublik ein. Der Präsident des Bundestages hatte den Eindruck, daß Nasser bereit war, auf den Vorstoß einzugehen. Er war sehr enttäuscht als sich die Übergabe der formellen Einladung verzögerte und die sich bietende Gelegenheit schließlich ungenutzt verstrich.[103]

Die Enthüllungen über das Rüstungsgeschäft und die Begleitumstände lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Israel eher gleichgültig gegenüberstehende und antiisraelische Kreise waren außer sich vor Wut, und sogar ausgesprochen proisraelische Vertreter in den Reihen der CDU und der SPD äußerten scharfe Kritik.[104] Die Presse ritt heftige Attacken gegen Erhard und gaben jenen Kreisen

---

[99] Entwurf für eine Antwort auf das Telegramm Nr. 35 von Shinnar vom 20. 1. 1965, ISA, 3533/2.

[100] GERSTENMAIER, Streit und Friede, 498–502; Carstens an die deutsche Botschaft in Damaskus vom 19. 11. 1964, PA, B36, Bd. 110, 82.00.92.19; Die AUSWÄRTIGE POLITIK, Nr. 193, S. 531.

[101] Niederschrift über die Beratungen von Lubrani mit Nachum Goldmann vom 9. 12. 1964, ISA, 3532/7.

[102] Das Außenministerium an die Botschaft in Washington vom 9. 1. 1964, ISA, 4336/5; die Israel-Mission in Köln an das Außenministerium vom 23. 12. 1964, ISA, 3531/25; die Abteilung Westeuropa an Shinnar in Köln o.D., ISA, 302/8.

[103] GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 500–501; AAPD 1964, Bd. 2, Dok. Nr. 352, S. 1374–1379.

[104] Sänger an Schmid vom 14. 10. 1964, AdsD, Nachlaß Carlo Schmid, Nr. 1278; Sänger an Schmid vom 2. 11. 1964, AdsD, Nachlaß Erler, Nr. 120; VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES, 4. WP, 137. Sitzung am 15. 10. 1964, S. 6801; Schirmer an Schröder vom 6. 11. 1964, PA, B36, Nr. 114, IB4, 84.02–92.19; Savir an die Abteilung Westeuropa vom 10. 10. 1964, ISA, 3531/1; Ludwig Rosenberg an Aharon Becker vom 2. 11. 1964,

Auftrieb, die dem Bundeskanzler politische Unfähigkeit, Widersprüchlichkeit und falsche Entscheidungen vorwarfen. Erhard haftete bald der Ruf eines schwachen Kanzlers an. Die Spannungen zu Israel erwies sich für den Bundeskanzler als Belastung, die es abzubauen galt, um sein persönliches Ansehen und die Regierung zu retten.

Der arabische Zorn ergoß sich in Strömen, und die DDR tat ihr Bestes, um ihn noch mehr anzuheizen. Die arabische Presse klagte, daß der traditionelle Freund die Araber im Stich gelassen habe. Im Auswärtigen Amt türmten sich arabische Proteste auf, und westdeutsche Missionen berichteten über emotionale Ausbrüche in ihren arabischen Gastländern.[105] Das Auswärtige Amt hielt es daher für notwendig, die arabischen Staaten, besonders die Vereinigte Arabische Republik, gütlich zu stimmen: Das Bonner Ministerium entschied, Gerstenmaiers Vorstellungen nicht aufzugreifen. Aus einer Aufzeichnung von Alexander Böker, Leiter der Unterabteilung B in der Politischen Abteilung I, vom Dezember 1964 kann man jedoch entnehmen, daß das Auswärtige Amt daran zweifelte, ob es angesichts der Bundestagswahlen von 1965 noch längere Zeit möglich sein werde, an der bisherigen Politik festzuhalten, „diplomatische Beziehungen mit Israel vorerst nicht aufzunehmen".[106] Im Januar 1965 spitzte sich die Lage erneut zu, als bekannt wurde, daß Nasser beabsichtigte, Ulbricht zu einem Staatsbesuch nach Ägypten einzuladen. Begründet wurde der Schritt Nassers u.a. mit Hinweisen auf das deutsch-israelische Waffengeschäft.

Mit einem solchen Schritt hatte man im Auswärtigen Amt nicht gerechnet. Es wurden Verhandlungen mit der VAR gefordert und ein höchst origineller Vorschlag vorgelegt, bestehend aus einem – Maßnahmenpaket! Gemäß dem neuen Plan sollte die Bundesrepublik die Waffenlieferungen an Israel sofort einstellen und sich gleichzeitig für die Unterbindung der Tätigkeit der deutschen Wissenschaftler in Ägypten einsetzen. Israel sollte seinerseits die Forderung nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen fallenlassen und die Bundesrepublik im Gegenzug die Verlängerung der Verjährungsfrist für die Verfolgung von NS-Straftätern beschließen.[107] Bei genauer Betrachtung stellt man fest, daß einmal mehr nur Israel zu Konzessionen aufgefordert werden sollte. Zwei der „Zugeständnisse" an Israel, die Lösung des Wissenschaftlerproblems und der Verjährungsfrage, hatten

---

ILA, File 132b, 219 a/IV; GERSTENMAIER, Streit und Friede, 497; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 26. 10. 1964; Die WELT vom 27. 10. 1964; STUTTGARTER ZEITUNG vom 28. und 29. 10. 1964.

105 Müller in Kairo an das AA vom 30. 10. 1964; die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Beirut an das AA vom 2. 11. 1964; die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kairo an das AA vom 3. 11. 1964, PA, B 36, Nr. 114, IB4, 84.02, 92.19; Werner an Schirmer vom 11. 11. 1864, PA, 84.04, 92.19; Carstens an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus vom 19. 11. 1964, B36, Nr. 110, 82.00, 92.19.

106 AAPD 1964, Bd. 2, Dok. Nr. 378, S. 1480. Eine weitere Ansicht lautete: „Wir waren uns in Bonn darüber klar, dass in der Frage des Zeitpunkts der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel eine Entscheidung wahrscheinlich alsbald nach den Wahlen fällig sein dürfte. Auf die Dauer gesehen ist es ja auch ein unwürdiger Zustand, daß wir uns von einem Land wie Syrien unsere Politik gegenüber Israel vorschreiben lassen": Weber in Damaskus an Voigt, AA, vom 14. 8. 1957, PA, 708, 82.04, 92.19.

107 AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 41 vom 27. 1. 1965, S. 201–203.

lange Zeit als völlig undurchführbar gegolten und waren nun gemäß den Vorstellungen des Auswärtigen Amts plötzlich tragbar. Offensichtlich um den Eindruck der Kapitulation vor arabischer Erpressung zu vermeiden, bemerkte der Autor des Dokuments, daß „Israels Erpressungstaktik nicht hinter derjenigen der VAR zurücksteht".[108] Das Auswärtige Amt betrachtete den Staat Israel als Störenfried, der die Bundesrepublik in Auseinandersetzungen mit den arabischen Staaten verwickelte. „Wenn der Staat Israel für unsere Probleme verantwortlich ist, soll er auch die Konsequenzen tragen", war offenbar der Grundtenor der westdeutschen Diplomatie.

Im folgenden konzentrierte sich das Auswärtige Amt darauf, Nasser dazu zu bewegen, die Einladung an Ulbricht auf unbestimmte Zeit auszusetzen. Um Nasser gütlich zu stimmen, schlug das Amt verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang mit Israel vor. So wurde Israel unter Angabe diverser Gründe aufgefordert, auf das Rüstungsabkommen zu verzichten: Das Geschäft habe die Araber zu einer Koalition gegen die Bundesrepublik zusammengeschlossen, was daran zu erkennen sei, daß die freundlichen Gesten der VAR gegenüber der DDR auch von anderen arabischen Staaten unterstützt würden. Die Kommunisten hätten der Bundesrepublik im Nahen Osten den Krieg erklärt, und dieser sei nur durch einen israelischen Verzicht zu gewinnen. Israel könne auch anderswo Waffen erwerben. Westdeutsche Waffenlieferungen würden nur zu einer Ausweitung des kommunistischen Einflusses in der Region führen, worunter Israel dann besonders zu leiden hätte. Es sei deshalb besser für Israel, wenn die Bundesrepublik im Nahen Osten dominant sei und nicht die antijüdische DDR. Die Vorteile der westdeutschen Präsenz in der Region seien auch in den Gesprächen mit den Alliierten betont worden. Mit anderen Worten, das Wohl des Westens sei vom israelischen Verzicht auf westdeutsche Waffenlieferungen abhängig.[109] Böker warf Israel vor, an der Beseitigung des westdeutschen Einflusses im Nahen Osten interessiert zu sein.[110] Das Auswärtige Amt machte sich darüber Gedanken, ob neben der Aufkündigung des Waffengeschäfts mit Israel weitere Maßnahmen zu treffen und ob Nasser gegenüber zusätzliche Gesten zu machen seien. Schließlich wurde Nasser mehr Wirtschaftshilfe und eine weitere Verschiebung der Aufnahme formaler Beziehungen zu Israel angeboten. Die westdeutsche Diplomatie drohte auch mit der Einstellung der laufenden Wirtschaftshilfe und erwog eine Anpassung der Hallsteindoktrin, um den automatischen Abbruch der Beziehungen im Falle der Anerkennung der DDR zu vermeiden.[111]

Insgesamt hinterließ die Politik des Auswärtigen Amtes einen Eindruck von Widersprüchlichkeit und Richtungslosigkeit. Boten und Unterhändler reisten im Auftrag des Amts in verschiedene Länder. Der Bundestagsabgeordnete Erik Blumenfeld (CDU) kontaktierte den Eschkol-Vertrauten und Geschäftsmann Yeku-

---

[108] Ebd.

[109] AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 39, S. 195–197; Nr. 52, S. 243–246; Nr. 61, S. 275–276; Nr. 79, S. 331–333; Nr. 90, S. 272–276; Nr. 91, S. 376–381; Nr. 93, S. 393–394.

[110] AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 78, S. 329–331.

[111] AAPD 1995, Bd. 1, Dok. Nr. 39, S. 195–197; Dok. Nr. 52, S. 241–243; Dok. Nr. 56, S. 251–259.

tiel Federmann, um die Reise eines Sonderbeauftragten nach Jerusalem zu organisieren, und der Diplomat Böker wurde zu König Hussein nach Jordanien geschickt, um ihn zur Vermittlung zwischen der Bundesregierung und Nasser zu bewegen. Doch am meisten Hoffnung setzte das Auswärtige Amt offenbar auf die Mission des spanischen Diplomaten Francisco Elorza y Echaniz Marques De Nerva, der sich im Auftrag des Auswärtigen Amts bemühte, Nasser persönlich davon zu überzeugen, Ulbrichts Besuch abzusagen oder wenigstens auf ein späteres Datum zu verschieben. Marques De Nervas Besuch in Ägypten dauerte vom 4. bis zum 10. Februar 1965.[112] Doch De Nerva überschritt seine Kompetenzen, als er dem ägyptischen Premier Ali Sabri versprach, daß die westdeutschen Waffenlieferungen an Israel sofort eingestellt und nie wieder aufgenommen würden und auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel nicht erfolgen werde.[113] Das Auswärtige Amt bestritt, De Nerva das Mandat gegeben zu haben, irgendwelche Verpflichtungen für die Zukunft einzugehen, was letzterer später auch zugab.[114]

Sabris Erklärungen im VAR-Parlament über die Ergebnisse der Gespräche mit De Nerva am 11. Februar 1965 wurden in Israel und der jüdischen Welt mit Zorn und Bestürzung aufgenommen.[115] Die vermeintlichen deutschen Zusagen an Ägypten wurden als krasser Vertrauensbruch gewertet. Die Israelis standen den westdeutschen Aktivitäten in Ägypten ohnehin höchst skeptisch gegenüber, und der ägyptische Triumph wurde als zusätzlicher westdeutscher Affront gegen Israel empfunden. Daran konnten auch die umgehenden Dementis des Auswärtigen Amts nichts mehr ändern.

Am 10. Februar gab die Bundesrepublik offiziell die Einstellung der Waffenlieferungen an Israel bekannt. Bereits ausgelaufene Schiffe mit Ware für Israel wurden angeblich wieder zurückgerufen. Ein paar Tage später erklärte Bundesregierungssprecher von Hase die Einstellung deutscher Militärausfuhren in Spannungsgebiete.[116] Kurz darauf sprach Bundeskanzler Erhard im Bundestag über die bundesdeutsche Nahostpolitik und stellte sie in einen breiteren geschichtlichen Zusammenhang.[117] Erhard betonte im wesentlichen, daß sich aus der Verpflichtung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk nicht ergebe, daß das deutsche Volk auf seine nationalen Rechte verzichten müsse. Dies hieß mit anderen Worten, daß Israel von der Bundesrepublik keine Schritte verlangen könne, die die Wiedervereinigung gefährdeten. Dies implizierte einen schweren Vorwurf. Am 15. Februar 1965 debattierte die Knesset die Israelpolitik der Bundesrepublik, und Eschkol nahm ungewollt zu Erhards Worten Stellung. Er beschuldigte die

---

112 AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 59, S. 262; Dok. Nr. 73 vom 12. 2. 1965, S. 307–312.

113 Chronologie vom 14. 2. 1965, ISA, 3433/4; AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 70, S. 297–301.

114 AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 73, S. 307–312; Dok. Nr. 77, S. 324–328.

115 Scheck an die Botschaft in Brüssel vom 12. 2. 1965; Tavor in Köln an das Außenministerium vom 12. 2. 1965, ISA, 3533/3; der Zentralrat an Kanzler Erhard vom 12. 2. 1965; das Generalkonsulat in New York an das Außenministerium vom 14. 2. 1965; der Außenminister an die Botschaft in Washington, an das Generalkonsulat in New York, die Israel-Mission in Köln und an die Botschaften in London, Paris, und Bern vom 15. 2. 1965, ISA, 302/8.

116 Die Auswärtige Politik, Dok. Nr. 197, S. 536.

117 Ebd., Dok. Nr. 198, S. 537–540.

Bundesrepublik, sich erpressen zu lassen, und erwähnte den so oft wiederholten Leitsatz, daß die Behandlung des jüdischen Volkes ein Prüfstein für Deutschlands Rückkehr in die Völkerfamilie sei.[118] Die deutsch-jüdischen Beziehungen waren wohl noch nie so gespannt gewesen, seit Adenauer den Weg der Versöhnung eingeschlagen hatte.

Beobachter auf der jüdischen Seite erachteten die Haltung der Bundesrepublik im besten Fall als gleichgültig, oft aber auch als zynisch und feindselig. Jüdische Organisationen, die sich für die Bestrafung von Kriegsverbrechern einsetzten, und mit der Frage der deutschen Wissenschaftler in Ägypten betraute israelische Diplomaten nutzten diese beiden Themen, um die deutschfeindlichen Wellen zu glätten, die dann aber aufgrund des Verhaltens der Bundesrepublik gegenüber Israel in der Rüstungsfrage erneut in Bewegung gerieten.[119] Jüdische Organisationen in den Vereinigten Staaten riefen zum Boykott deutscher Erzeugnisse auf, indem sie die Schritte der Bundesregierung mit dem arabischen Boykott verglichen.[120] Die dritte Streitfrage brachte das Faß zum Überlaufen.

Die israelische Öffentlichkeit beschäftigte sich vor allem mit der Frage der Wissenschaftler in Ägypten und später auch mit den Rüstungsgeschäften, während in Amerika die Frage der Bestrafung von Kriegsverbrechern dominierte. Nicht zufällig wurden die heftigen Proteste dort von jüdischen Kriegsveteranen angeführt. Der breite internationale Protest im Zusammenhang der Debatten über die Verlängerung der Verjährungsfrist von NS-Straftaten wurde von der israelischen Regierung bis zu einem gewissen Grade für eigene Belange ausgenützt. Das Problem der Rüstungslieferungen kam erst später zur Geltung. Die Frage der Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Konfrontationen mit Bonn über eine große Anzahl von Problemen, denen aus jüdischer Sicht oberste Priorität beigemessen wurde, führte zu einem neuen Höhepunkt der jüdischen Solidarität mit Israel. Zwei weitere Themen, mit denen sich die israelische Diplomatie und Politik intensiv beschäftigte, wurden von der breiten Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen: die Angliederung Israels an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und deutsche Kapitalinvestitionen in Israel. Keines dieser Themen hatte das explosive demagogische Potential der anderen drei Fragen.

Mitten im Streit über die Rüstungslieferungen traf der israelische Finanzminister Pinchas Saphir am 2. Februar 1965 den Bundesminister für Wirtschaft Kurt Schmücker zum Gespräch über dringende israelische, europäische und mediterrane Wirtschaftsfragen. Die drei „brennenden" Fragen wurden ausgeklammert.[121]

---

[118] KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 5. Knesset, 447. Sitzung am 15. 2. 1965, S. 1241–1242.

[119] Harman in Washington an Eytan und Levavi, israelisches Außenministerium, mit dem Vermerk „streng geheim" vom 2. 12. 1964, ISA, 4332/13; das Generalkonsulat in New York an das israelische Außenministerium vom 14. 2. 1965, ISA, 3533/3; Zeev Suphoth an den Botschafter vom 15. 2. 1965; das israelische Außenministerium an Shinnar vom 15. 2. 1965, ISA, 3533/3; AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 106, S. 437–439.

[120] AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 84, 344–347; NEW YORK TIMES vom 17., 18. und 19. 2. 1965.

[121] Die Israel-Mission in Brüssel an das israelische Außenministerium vom 3. 2. 1965, ISA, 4326/17; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 3. 2. 1965; vgl. auch den Zeitungsartikel von: PERES, Der Disput mit Deutschland. Von den fünf anstehenden Fragen maß Peres darin

In Israel wurde ein Großteil der allgemeinen Unzufriedenheit über strittige Fragen des Verhältnisses zu Deutschland von der Opposition aufgenommen und artikuliert, was wiederum auch Regierungsvertreter zwang, dazu Stellung zu nehmen. Dieser Sachverhalt wurde in Bonn nicht genügend zur Kenntnis genommen. Doch auch in der Bundesrepublik machte das Bild der öffentlichen Meinung im Hinblick auf Israel einen verschwommenen Eindruck, obwohl sich verschiedene gesellschaftliche, politische, kirchliche und akademische Institutionen bei der Bundesregierung mit Nachdruck für eine entgegenkommende Haltung gegenüber Israel einsetzten. Eine Unterschriftensammlung des Deutschen Gewerkschaftsbundes für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel scheiterte kläglich: Die Arbeiternehmer wollten nicht unterschreiben.[122] Der Misserfolg der Petition zeugt davon, daß die führenden SPD-Vertreter und altgediente Mitglieder des SPD-Vorstandes, die die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel aktiv unterstützten, über die Stimmung ihrer Wähler nicht genügend informiert waren. Das Verhalten der Arbeitnehmer war weder auf antijüdische noch auf proarabische Einstellungen, sondern schlicht auf Desinteresse zurückzuführen.

Die israelische Regierung war nicht bereit, auf die Waffenlieferungen zu verzichten und statt dessen einer finanziellen Abfindung zuzustimmen. Amerikaner, Briten und Franzosen rieten der israelischen Regierung, sich dem westdeutschen Druck nicht zu beugen und Nasser nicht zu einem diplomatischen Sieg zu verhelfen.[123] Eschkol faßte den israelischen Standpunkt am 15. Februar 1965 in seiner Rede vor der Knesset wie folgt zusammen: Der Staat Israel sei zu seiner Verteidigung auf Waffen angewiesen und verfolge die Arbeit der Wissenschaftler in Ägypten mit Sorge. Zudem erinnerte er an die moralische Verpflichtung Deutschlands, die Zusagen an Israel einzuhalten und bekräftigte die israelische Weigerung, auf ägyptische Erpressungsversuche einzugehen.[124] Die israelische Regierung zeigte sich verärgert über die Absicht der Bundesregierung, der VAR einen diplomatischen Sieg zu ermöglichen und über den Versuch, Israel zum Verzicht zu bewegen, um Nasser gütlich zu stimmen. Die ägyptische Politik, so die israelische Darstellung, sei ein leeres Täuschungsmanöver. Das Geldangebot und der Hinweis, daß es

---

der Angliederung an die EWG und den deutschen Kapitalinvestitionen die größte Bedeutung bei, gefolgt von den Rüstungslieferungen, dem Problem der fremden Wissenschaftler in Ägypten und der Bestrafung von Kriegsverbrechern. Die Frage der diplomatischen Beziehungen wurde gar nicht angeschnitten. In einem Aufsatz, der zwischen Januar und April 1965 entstanden sein dürfte, behandelt Peres wieder vordringlich die EWG-Angliederung und die deutschen Kapitalinvestitionen, sowie die Militärhilfe, die Bestrafung von Kriegsverbrechern und nur beiläufig die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Wissenschaftlerfrage. PERES, Ha-shlav ha-ba, S. 165.

122 Petition für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel. In: DGB-Auslandsdienst 15 vom Nov./Dez. 1964; Memo über die Besprechung zwischen Ben-Nathan und Rosenberg vom 14. 9. 1965, ILA, group 219a Iva, File132b; HAARETZ (Tel Aviv) vom 12. 1. 1965.

123 Telegramm Jerusalem an Köln vom 12. 1. 1965, ISA, 3533/2; Eytan an die Abteilung Westeuropa vom 23. 1. 1965, ISA, 3533/4; Shinnar an Eytan vom 11. 3. 1965, ISA, 303/8; Memorandum über die Besprechung am 25. 2. 1965, Johnson Library, NSF, Country File, NE, Israel, Memos & Misc., 2/65–11/65, Nr. 139, Dok. Nr. 150.

124 KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 5. Knesset, 447. Sitzung am 15. 2. 1965, S. 1241–1242.

sich bei den Waffenlieferungen um ein einmaliges Geschenk gehandelt habe, seien wirkungslos. Der Streit war in israelischen Augen nichts als eine Episode der israelisch-arabischen Auseinandersetzung. Man sah somit keinen Grund zum Nachgeben. Die Blumenfeld-Federman-Initiative war darauf angelegt, die festgefahrenen Verhandlungen durch die Entsendung eines hochrangigen Unterhändlers wieder in Schwung bringen. Später wurde der Bundestagsabgeordnete Kurt Birrenbach (CDU) zur Vertretung der deutschen Interessen in Jerusalem ausersehen.

Genausowenig wie sich die Israelis zu einem freiwilligen Verzicht auf Waffenlieferungen bewegen ließen, war die ägyptische Staatsführung gewillt, auf den Wunsch der Bundesregierung einzugehen und den Ulbricht-Besuch abzusagen. Die Flut von Unterhändlern und Gesandten konnte Nasser nicht umstimmen. Allenfalls waren die Ägypter gemäß Ali Sabris Angebot an De Nerva bereit, den offiziellen Rang des Besuchs zurückzustufen und der DDR die diplomatische Anerkennung zu verwehren. Ulbricht besuchte Ägypten vom 24. Februar bis zum 2. März 1965. Nasser nahm die Einladung zu einem Gegenbesuch an, weigerte sich jedoch, mit der DDR diplomatische Beziehungen aufzunehmen.[125]

Das Zustandekommen des Besuchs war ein politisch-diplomatischer Erfolg für die DDR und gleichzeitig eine Erniedrigung für die Bundesrepublik. Der Bundesregierung standen verschiedene Reaktionsmöglichkeiten offen. Das Kabinett beschloß am 4. und 5. März, die VAR auf wirtschaftlicher, jedoch nicht auf politischer Ebene zu bestrafen und gleichzeitig die Beziehungen zu Israel auf diplomatischer Ebene aufzuwerten.[126] In der Debatte im Kabinett wurden hauptsächlich zwei Haltungen geäußert: Nasser hart zu bestrafen und sogar die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten abzubrechen oder das Rüstungsgeschäft (mit Israel) und das Verhalten der ägyptischen Regierung zu verurteilen, d.h. symbolischen Protest zu markieren und wieder zur Tagesordnung überzugehen. Erhard unterstützte die erste Möglichkeit, Schröder die zweite. Schließlich wurde ein Kompromiß gefunden. Doch das Rüstungsgeschäft belastete die Bundesrepublik weiter, und sowohl die Regierung als auch die Opposition hielten eine möglichst rasche Lösung dieses Problems für unerläßlich.

6. Der Durchbruch

Das Problem der diplomatischen Beziehungen kam nicht zur Ruhe. Wie bereits mehrfach erwähnt, diente das Rüstungsgeschäft als Ersatz für die Normalisierung, und ohne die Beseitigung dieses Hindernisses war keine Änderung dieser Situation zu erwarten. Doch während die Opposition gegen die Waffenlieferungen in der Öffentlichkeit breite Unterstützung fand, war die Frage diplomatischer Beziehungen weitaus kontroverser.[127]

---

[125] Beschreibung des Besuchs in: AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 104, S. 432–434.

[126] WOLFFSOHN, Neshek l'israel, S. 73; MENDE, Von Wende zu Wende, S. 173–175; DEUTSCHE ISRAEL-POLITIK, S. 121, OSTERHELD, Außenpolitik, S. 164–167.

[127] Dazu liegen keine statistischen Daten vor, doch die Debatten im Bundestag, in den Ausschüssen und Unterausschüssen des Bundestags, in den Bundestagsfraktionen, in der Re-

Die Israelis behaupteten, Erhard und Gerstenmaier seien daran interessiert, das Problem durch „sofortige Anerkennung Israels" zu lösen, das Auswärtige Amt und das Kanzleramt zögen jedoch die Beschwichtigung Nassers vor. Es war nicht leicht, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden.[128] Die Kabinettssitzung vom 1. Februar 1965 zeigte, daß der Vorschlag des Bundeskanzlers, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen, von der Mehrheit der Minister nicht unterstützt wurde. Für einen entschlossenen Schritt fehlten ihm die Partner. Zu jenen Vertretern, die über die gegebene Situation tief beunruhigt waren, zählte auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Rainer Barzel. Barzel war der Ansicht, daß die Bereinigung des Verhältnisses mit der jüdischen Welt und dem Staat Israel sowie die Erlangung wirklicher Unabhängigkeit nur durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel möglich sei.

Bei seinem USA-Besuch Ende Februar 1965 wurde Barzel mehrmals mit der Nahostfrage konfrontiert. Er traf auch mit jüdischen Delegationen und Persönlichkeiten, darunter auch der israelische Botschafter Avraham Harman, zusammen, der ihn warnend darauf aufmerksam machte, daß ein politisch-diplomatischer Erfolg Nassers das empfindliche Gleichgewicht im Nahen Osten erschüttern und einen arabischen Angriff auf Israel verursachen könnte. Ein solcher Erfolg und nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, so der Botschafter weiter, würde die Position der Sowjetunion in der VAR festigen. Von Harmans Worten offensichtlich beeindruckt, kehrte Barzel kurz nach dem Gespräch in die Bundesrepublik zurück und erstattete Erhard Bericht.[129] Es war gerade das Wochenende des 6. und 7. März, und der Kanzler hatte einige Stunden Zeit, um sich das Problem durch den Kopf gehen zu lassen.

Das Resultat der Reflexionen war beispiellos für die Geschichte der Bundesrepublik: Der Kanzler beschloß, unter Anwendung von Artikel 65, der sogenannten Richtlinienentscheidung, dem Staat Israel die Aufnahme diplomatischer Beziehungen anzubieten.[130] Der Zorn im Auswärtigen Amt und selbst im Kanzleramt war erheblich. Carstens bezeichnete die Entscheidung als Beispiel für „schlechtes Management".[131] Kurt Osterheld stellte mit Bedauern fest, daß sich der Kanzler über sämtliche Ratschläge hinweggesetzt habe, die der Republik zahlreiche

---

gierung usw. folgten dem beschriebenen Modell. Die Koalitionsabgeordneten sprachen sich für die Einstellung der Waffenlieferungen aus. Ihre Opposition gegen diplomatische Beziehungen war dagegen weniger ausgeprägt. Die parlamentarische Opposition nahm eine ähnlich Haltung zum Rüstungsabkommen ein, stand dagegen der Beziehungsfrage positiver gegenüber. Die FDP schien in beiden Fragen antiisraelischer als die CDU zu sein. Innerhalb der CDU/CSU-Fraktion gab es Abgeordnete, die sich aktiv für die Aufnahme von Beziehungen einsetzten.

128 Eytan an das israelische Außenministerium vom 24. 2. 1965; das israelische Außenministerium an die Mission in Köln vom 23. 2. 1965, ISA, 3533/4; KARL CARSTENS; OSTERHELD, Außenpolitik; BARZEL, Ha-derekh l'kinun ha-yakhasim; BIRRENBACH, Meine Sondermission; MCGHEE, At the creation of a new Germany; LUDWIG ERHARD; RENGER, Juden und Israel.

129 BARZEL, Ha-derekh l'kinun ha-yakhasim.

130 NEW YORK TIMES vom 8. 3. 1965.

131 KARL CARSTENS, S. 309.

Schwierigkeiten erspart hätten.[132] Die Presse, die Öffentlichkeit und ausländische Beobachter begrüßten dagegen den mutigen Schritt des „unentschlossenen Kanzlers". Sein guter Ruf war gerettet.[133] Erhard fällte im selben Zusammenhang noch weitere kontroverse Entscheidungen. Er stellte die langfristigen Kredite an die Vereinigte Arabische Republik ein und ordnete an, andere Kredite neu zu überdenken. Der Ulbricht-Besuch wurde als feindseliger Akt gegenüber der Bundesrepublik bezeichnet, die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten jedoch nicht abgebrochen. Der Bundeskanzler verbat sich sodann fremde Einmischung in die bundesdeutsche Außenpolitik, besonders im Zusammenhang mit Israel, und bekräftigte die Einstellung der westdeutschen Waffenausfuhr in Spannungsregionen, einschließlich der Waffengeschäfte mit Israel. Er erklärte sich jedoch bereit, Israel für den Ausfall der Waffenlieferungen finanziell zu entschädigen. Schließlich betonte er den Willen der Bundesrepublik, durch ihre Präsenz weiter zur Entspannung in der Region beizutragen.

Die neue „Erharddoktrin" versuchte, der westdeutschen Präsenz in der Region einen neuen kohärenten Rahmen zu geben. Deren Durchsetzung war mit erheblichen Anstrengungen verbunden, rettete aber schließlich die Position der Bundesrepublik in der Region. Die arabischen Sanktionen erwiesen sich als unbedeutend.[134] Im Leitartikel der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. März 1965 wurde die Meinung vertreten, daß Nasser die Frage der diplomatischen Beziehungen mit Israel durch seine Schritte stellvertretend für Israel „gelöst" habe. Man erinnert sich unweigerlich an Nagibs unfreiwilligen Beitrag zur erfolgreichen Abstimmung über das Luxemburger Abkommen im März 1953. Ulbrichts Besuch in Ägypten hatte Erhard nur wenig Spielraum gelassen. Um das internationale Ansehen der Bundesrepublik und das eigene Gesicht zu retten, war Erhard zu entschlossenem Handeln gezwungen. Dies wurde dem Kanzler auch verschiedentlich nahegelegt. Andererseits darf man davon ausgehen, daß er sich mit seiner Entscheidung auch dem Druck anderer Kollegen und Berater entziehen wollte.

Noch bevor Erhards Entscheidung bekannt wurde, war der deutsche Sonderbeauftragte Kurt Birrenbach auf Sondermission nach Israel aufgebrochen. Birrenbach war zweifellos eine gute Wahl für diese Aufgabe: Die Vergangenheit des erfahrenen Unterhändlers war makellos (ein Elternteil seiner Frau war jüdisch), er stand der westdeutschen Schwerindustrie nahe und wurde von seinen Parteikollegen hoch geschätzt. Birrenbach hatte den Auftrag, der israelischen Seite die Eröffnung eines deutschen Generalkonsulats anzubieten, das binnen kurzer Zeit zu einer Botschaft aufgewertet werden sollte. Es war dies die einzige noch mögliche Alternative: Eine Handelsmission war für Israel inakzeptabel und die sofortige Eröffnung einer Botschaft würde den Protest der Araber heraufbeschwören. Der neue Vorschlag gab dem Auswärtigen Amt zudem genug Zeit, die Kontrahenten zu besänftigen. Birrenbach Verhandlungsmandat schloß auch Verhandlungen

---

[132] OSTERHELD, Außenpolitik, S. 270–271.

[133] FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8./9. 3. 1965; NEW YORK TIMES vom 9. 3. 1965; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 9./10. 3. 1965; LE MONDE vom 9. 3. 1965.

[134] McGhee an den US-Außenminister vom 7. 3. 1965, Johnson Library, NSF, Country File, Europe and USSR, 2/65–4/65, Germany, Cables, Vol. VI, Cont. 185, 186, Doc. No. 53.

über die Umwandlung der Waffenlieferungen in Finanzhilfe sowie weitere offene Fragen des beiderseitigen Verhältnisses mit ein. Der deutsche Unterhändler hatte vor seiner Reise nach Israel die USA besucht, die entsprechenden Dokumente gelesen und mit den zuständigen Vertretern in Bonn gesprochen. Gut vorbereitet bestieg er also das Flugzeug nach Tel Aviv. Während der Reise fällte Erhard seine historische Entscheidung. Nach der Ankunft in Tel Aviv wurde der ahnungslose Diplomat sofort nach Jerusalem gefahren und erst am nächsten Morgen, am Montag, von seinen israelischen Gesprächspartnern über die neuesten Entwicklungen in Bonn unterrichtet. Birrenbach begab sich sofort ins Nebenzimmer, um mit Carstens zu telephonieren und neue Instruktionen entgegenzunehmen. Die Israelis lauschten dem Gespräch hinter verschlossener Tür.

Bei seinem zweiten Besuch in Israel wurde Birrenbach bereits von einem Sekretär und einem Kodierungsoffizier begleitet und bei seiner dritten und letzten Mission reiste Birrenbach zusammen mit dem erfahrenen Diplomaten Rolf Pauls. Nach jeder Gesprächsrunde kehrte Birrenbach in die Bundesrepublik zurück, um Cartens Bericht zu erstatten und neue Instruktionen zu empfangen. In Israel führte er Gespräche mit Eschkol, Meir, Vizepremier Eban, Peres und anderen führenden Regierungs- und Militärvertretern. Eschkol schätzte er für seine Flexibilität, Peres empfand er dagegen als aggressiv. Der deutsche Unterhändler drohte verschiedentlich mit dem Abbruch der Verhandlungen und der vorzeitigen Rückkehr in die Bundesrepublik. Die schwierigen Fragen lagen vor allem im Rüstungsbereich: Hinsichtlich der Panzerlieferungen erklärten sich die Amerikaner bereit, die Fahrzeuge anstelle der Bundesrepublik auf deutsche Kosten zu liefern, und bezüglich der sechs bei deutschen Werften bestellten Schnellboote einigte man sich darauf, sie im französischen Cherbourg nach deutschen Plänen bauen zu lassen und mit deutschen Motoren auszurüsten. Der Bau eines für die israelische Armee bestimmten Unterseeboots wurde nach England verlegt. Solche Einzellösungen garantierten Israel den Erhalt der benötigten Rüstungsgüter und befreiten die Bundesrepublik von der direkten Verpflichtung. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den israelischen Verzicht auf direkte westdeutsche Waffenlieferungen zirkulierten in der Presse Gerüchte, wonach Israel die Bundesrepublik aufgefordert habe soll – eventuell zusammen mit den drei Westmächten –, für die bestehenden Grenzen Israels zu garantieren. Eine solche Erklärung war 1950 bereits einmal abgegeben worden. Die Quelle des neuen Gerüchts war unbekannt. Es wurde von den Verhandlungspartnern jedenfalls dementiert.[135] Wie die diesbezüglichen wiederholten Erwägungen in israelischen Quellen zeigen, war diese Möglichkeit jedoch nicht völlig aus der Luft gegriffen. Ein weiterer schwieriger Verhandlungsgegenstand war die Wirtschaftshilfe unter dem Titel „Geschäftsfreund". Eine endgültige Lösung dieser Frage konnte erst im Herbst 1965 gefunden werden. Des weiteren wurde über das Verhältnis Israels zur EWG, die deutsch-israelischen Handelsbeziehungen sowie über ungelöste Fragen im Entschädigungsbereich und andere beiderseitige Detailfragen verhandelt.[136] Über die

---

[135] AAPD 1965, Bd. 2, Dok. Nr. 167, S. 666; NEW YORK TIMES vom 12./13. 3. 1965; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 13. 3. 1965.

[136] AAPD 1965, Bde 1–2, Dok. Nr. 132 und 136, S. 529–539; Dok. Nr. 136, S. 551–555; Dok.

Frage der Bestrafung von Kriegsverbrechern war schon vorher in der Bundesrepublik entschieden worden.

Aus der Vergangenheit klug geworden, stellte Israel die Bundesrepublik diesmal vor vollendete Tatsachen. Am 16. März 1965 stimmte die Knesset namentlich über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik ab. 66 Abgeordnete stimmten dafür, 29 dagegen, und 10 enthielten sich der Stimme. 15 Abgeordnete blieben der Abstimmung fern, darunter mehrere Vertreter linker und religiöser Parteien.[137] Von den 120 Mitgliedern der Knesset stimmte also mehr als die Hälfte dafür. Die komfortable Mehrheit für diese Vorlage entzog der in der Bundesrepublik oft gemachten Behauptung, daß die Opposition der Israelis die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bis zu jenem Zeitpunkt verhindert hätte, die Grundlage. Die lautstarken Auftritte der Opposition in Israel erweckten den Eindruck eines breit abgestützten Widerstandes gegen Beziehungen mit Deutschland, doch die pragmatische Bevölkerung war mehrheitlich anderer Meinung. Mit der raschen Abstimmung wollte man einer Stimmungsänderung in der Bundesrepublik zuvorkommen. Dies wurde auch in der Bundesrepublik so empfunden. Zudem wollte sich die israelische Regierung damit die parlamentarische Rückendeckung für den kontroversen Schritt sichern. Die namentliche Abstimmung sollte diesen Effekt noch verstärken, indem sie jeden einzelnen Parlamentarier direkt mit dem Dilemma dieser Entscheidung konfrontierte.

Die deutsch-israelische Konfrontation von 1965 machte einmal mehr die Zerbrechlichkeit der Beziehungen zwischen beiden Völkern deutlich. Die Knessetdebatte über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern veranschaulichte zudem nicht nur den israelischen Pragmatismus, sondern auch die latente Deutschfeindlichkeit und die Intensität der mit dieser Frage verbundenen inneren Konflikte. Ein Vorschlag der Cherut-Partei, über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik eine Volksabstimmung durchzuführen, scheiterte zwar kläglich, doch kein einziger Redner zeigte Verständnis für das Verhalten der Bundesregierung angesichts der letzten Entwicklungen und im Zusammenhang mit den strittigen Fragen. Wie schon so oft in der Vergangenheit, setzte die israelische Seite auch diesmal voraus, daß der Holocaust Deutschland moralisch dazu verpflichtet, die jüdischen Anliegen zu unterstützen.[138]

7. Die arabische Reaktion

Ulbrichts Visite in Kairo stieß in den meisten arabischen Hauptstädten auf wenig Verständnis. Weitgehend einig war sich die arabische Welt dagegen in ihrer Feind-

---

Nr. 138, S. 557–558; Dok. Nr. 142, S. 582–584; Dok. 167, S. 663–670; Dok. Nr. 172–173, S. 681–690; Dok. Nr. 177–178, S. 707–717; Dok. Nr. 181, S. 728–731, Dok. Nr. 185, S. 740–744. Birrenbachs Notizen über die Verhandlungen in Israel befinden sich im ACDP, Nachlaß Birrenbach, I-432, 132/2 und I-433, 133/2.

[137] KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 5. Knesset, 460. Sitzung am 16. 3. 1965, S. 1567–1568.

[138] Ebd., S. 1540–1569.

schaft gegenüber Israel. Die sogenannten progressiven arabischen Staaten, Ägypten und Syrien (die VAR) sowie der Irak standen dem Ostblock nahe und waren gleichzeitig intensiv antiisraelisch. Doch auch das „reaktionäre", prowestliche Saudi-Arabien stand diesen Staaten in punkto Israelfeindlichkeit in nichts nach. Die meisten arabischen Staaten unterhielten diplomatische Beziehungen mit der Sowjetunion, jedoch nicht mit der DDR, obwohl die DDR Konsulate in Kairo, Damaskus und in weiteren arabischen Staaten unterhielt. Die arabischen Staaten und die Arabische Liga protestierten energisch gegen das deutsch-israelische Rüstungsgeschäft. Dieses Geschäft diente auch als Vorwand für die Einladung Ulbrichts nach Kairo, die in Wirklichkeit auf ganz anderen, nicht mit Israel zusammenhängenden Gründen beruhte. Bonns Proteste verhallten im Leeren, doch die meisten arabischen Staaten konnten der Konfrontation mit der Bundesrepublik wenig Positives abgewinnen. Wie Ernst Majonica später feststellte, waren die meisten Entwicklungsländer, einschließlich der arabischen Staaten, daran interessiert, ihre Blockfreiheit zu bewahren. Die Anerkennung der DDR war diesem Status nicht förderlich und drohte, die Staaten zu Sowjetsatelliten zu stempeln.[139] Um die volle Unabhängigkeit und den gleichberechtigten Status unter den Blockfreien zu bewahren, gingen die arabischen Staaten zur DDR auf Distanz. Majonica fügte hinzu, daß Staaten, die in den Genuß von westdeutscher Wirtschaftshilfe kamen, mehr Sensibilität für die deutschen Anliegen an den Tag legten.[140] Die „reaktionären" arabischen Staaten, auch jene, die Beziehungen mit der Sowjetunion unterhielten (Saudi-Arabien gehörte bekanntlich nicht dazu) verzichteten darauf, die DDR zu umwerben. Gute Beziehungen zum Westen hatten klar Vorrang. Ost-Berlin versuchte, diesen informellen Boykott vergeblich zu durchbrechen. Der Wunsch, die Bundesrepublik nicht zu verärgern, und nicht irgendwelche Abneigungen gegen die DDR hielt die Blockfreien auf Distanz zu diesem Staat. Die Entwicklungsländer waren mit den feinen Unterschieden zwischen den beiden deutschen Staaten nicht so vertraut, und beide profitierten dort vom guten Ruf der deutschen Qualität. Für die Schranken zwischen diesen Ländern und der DDR waren also die westlichen Warnungen verantwortlich. Eine wichtige Rolle spielten natürlich auch die bereits erwähnten wirtschaftlichen Vorteile der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und die Hallsteindoktrin, die kein Land leichtfertig ignorieren konnte. Die Hallsteindoktrin und die zahllosen Vorteile der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik erwiesen sich zusammen als ausschlaggebend für das Stillhalten der Blockfreien und selbst so arroganter Staaten wie Syrien, wenn auch die Rückendeckung der USA und der westeuropäischen Staaten für die westdeutsche Politik gegen Ende des Kalten Krieges erheblich zurückging. Ulbrichts Besuch in Kairo hatte jedenfalls nicht den in Ostberlin erhofften Effekt. Es folgten keine weiteren Einladungen aus anderen arabischen Staaten.

Da die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Israel unmittelbare Auswirkungen auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu den arabischen Staaten haben mußte, unterrichtete Carstens den ägyptischen Botschafter über die gefällten Beschlüsse bereits am 7. März 1965. Die Arabische Liga empfahl daraufhin aufgrund

---

[139] MAJONICA, Deutsche Außenpolitik, S. 87–88.
[140] Ebd., S. 264.

von Konsultationen am 9. März den dreizehn Mitgliedsstaaten, die Beziehungen zur Bundesrepublik abzubrechen. Fünf Tage später beschloß die Liga, die Empfehlung bis zum Botschafteraustausch zwischen der Bundesrepublik und Israel auszusetzen.[141]

Der folgende Zeitabschnitt war von intensiven diplomatischen Bemühungen der Bundesrepublik geprägt. Die Bundesregierung entsandte Sonderbeauftragte in arabische Hauptstädte, um die Regierungen der betreffenden Ländern von antideutschen Schritten abzuhalten. Gerstenmaier gelang es, König Hassan II. von Marokko davon zu überzeugen, die Beziehungen zur Bundesrepublik nicht abzubrechen. Tunesien und Libyen folgten nach.[142] Bestimmte arabische Staaten, darunter Saudi-Arabien und Jordanien, setzten die Empfehlung der Arabischen Liga nur sehr widerwillig um, hatten jedoch unter den gegebenen Umständen keine andere Wahl. Die überwältigende Mehrheit der arabischen Staaten war in Wirklichkeit nicht daran interessiert, die Beziehungen zur Bundesrepublik abzubrechen, und sogar Nasser hoffte, weiter als Brücke zwischen den arabischen Staaten und der Bundesrepublik wirken zu können.[143] Mit keinem arabischen Staat wurden die wirtschaftlichen Beziehungen ganz abgebrochen, und auch die konsularischen Dienste funktionierten weiter. Aus Furcht vor den arabischen Reaktionen bat Birrenbach seine israelischen Gesprächspartner eindringlich, auf die Bedürfnisse der Bundesrepublik Rücksicht zu nehmen. Es könne weder im Interesse des Westens noch Israels liegen, wenn die Bundesrepublik aus der Region verbannt werde.[144] Die arabischen Staaten machten ihre Drohung am 13. Mai 1965 wahr, als die Bundesrepublik und Israel Verlautbarungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen austauschten.

Die Folgen der Krise waren weniger schlimm als vom Auswärtigen Amt ursprünglich befürchtet. Zwar brachen zehn Staaten die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik ab. In Kairo, Bagdad, Beirut und weiteren arabischen Städten kam es zu Demonstrationen und Ausschreitungen. In der libyschen Hauptstadt Tripolis versuchte der Mob, die deutsche Botschaft zu stürmen. Dabei wurden 23 Personen verletzt. Deutsche Institutionen in der arabischen Welt mußten für mehrere Tage geschützt werden.[145] Bald kehrte jedoch wieder der Alltag ein. Bundesaußenminister Schröder bedankte sich bei den abreisenden deutschen Diplomaten für ihren unermüdlichen Einsatz und versicherte ihnen, daß die Bundesrepublik sehr daran interessiert sei, die Freundschaft mit den arabischen Staaten zu bewahren, und daß die Bundesregierung alles daran setzen werde, die abgebrochenen diplomatischen Beziehungen wiederherzustellen.[146]

Sehr bemerkenswert ist der Umstand, daß bei dieser Gelegenheit kein einziger arabischer Staat oder irgendein anderes Entwicklungsland die DDR offiziell aner-

---

141 AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 134, S. 540–548.

142 NEUE ZÜRCHER ZEITUNG vom 13. 3. 1965; Die AUSWÄRTIGE POLITIK, S. 543 („Zur Entschließung der Arabischen Liga" vom 15. 3. 1965).

143 BÜREN, Bemerkungen, S. 52.

144 AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 132, S. 529–535.

145 Die WELT (Hamburg) vom 17./18. 5. 1965.

146 Rundschreiben von Bundesaußenminister Gerhard Schröder an die deutschen Diplomaten in arabischen Staaten vom 5. 5. 1965, ACDP, I-483, 685/1.

kannte bzw. mit ihr diplomatische Beziehungen aufnahm.[147] Ägypten appellierte an die Bundesrepublik, die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen, Wirtschaftshilfe inklusive, weiterzuführen. Dabei verpflichtete sich Kairo, für die Sicherheit der westdeutschen Kulturinstitutionen zu garantieren und den Status der DDR-Vertretung in Ägypten nicht zu ändern.[148] Ein arabischer Staat nach dem anderen informierte die Bundesregierung darüber, daß keine Absicht bestehe, Ostdeutschland anzuerkennen. Äthiopien und ähnliche Staaten begrüßten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel sogar, und selbst die Verärgerung der arabischen Staaten über die neue Situation war offenbar begrenzt. Die abgebrochenen Beziehungen wurden jedenfalls nach wenigen Jahren wiederhergestellt.

Der israelische Kommentar dazu an Bonns Adresse lautete: „Wir haben es euch ja gesagt". Das Auswärtige Amt und andere deutschen Institutionen und Persönlichkeiten waren perplex. Niemand hatte mit einem so glimpflichen Ausgang der Krise gerechnet, obwohl das Auswärtige Amt – im Rahmen seiner Aufgaben wohlgemerkt – alle mögliche Hilfe aufzubieten hatte, damit es ihm gelang, die negativen Folgen einzudämmen, nachdem es kurz zuvor noch den „Eindruck der Hilflosigkeit der Bundesregierung" beklagt hatte.[149] Doch weshalb kam der Wandel in der bundesdeutschen Außenpolitik so spät? Das Auswärtige Amt hat sich offenbar noch bis zum letzten Moment gegen diplomatische Beziehungen mit Israel gesperrt, selbst nach Erhards Beschluß. Erich Mende, der Vorsitzende der FDP in der fraglichen Zeit und damaliger Gegner der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum jüdischen Staat, räumte den (verbreiteten) Fehler Jahre später ein.[150] In den verfügbaren Dokumenten des Auswärtigen Amtes wird dagegen kein Fehler zugegeben.

Die Hallsteindoktrin konnte sich in ihrer damaligen Form nicht mehr durchsetzen. Der Alleinvertretungsanspruch und die Nichtanerkennungspolitik scheiterten im Nahen Osten an den besonderen Umständen des israelisch-arabischen Konflikts. Zuverlässig unter bestimmten Bedingungen, erwies sich die Hallsteindoktrin in den sich ändernden Umständen als zu wenig anpassungsfähig. Die Bundesregierung blieb somit ohne strategisches Konzept. Auch das Dreieck Beziehungen-Geld-Waffen war langfristig nicht stabil, und als es dann tatsächlich in sich zusammenbrach, stand Bonn den legitimen Interessen der beiden Konfliktparteien im Nahen Osten hilflos gegenüber. Die Konfrontation zwischen beiden Seiten führte zur Explosion, nach der Bonn ohne langfristige Strategie dastand. Die Sozialdemokraten nannten das Debakel „Stalingrad der Bonner Nahostpolitik", und Bundesaußenminister Schröder nutzte die Gunst der Stunde zur Förderung seiner Ostpolitik.[151] Der Schluß liegt nahe, daß die Krise der bundesdeut-

---

147 AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 150, S. 614–619; Dok. Nr. 161, S. 651–653.
148 AAPD 1965, Bd. 1, Dok. Nr. 131, S. 527–528; EL-AHRAM (Kairo) vom 15. 5. 1965.
149 AAPD 1965, Bd. 2, Dok. Nr. 154, S. 630.
150 MENDE, Von Wende zu Wende, S. 176; Gespräch mit Mende in Bonn am 29. 6. 1988.
151 SPD-Pressedienst vom 12. 2. 1965, AdsD, SPD-Parteivorstand, Abt. Int. Beziehungen, Akte Nr. 2936.

schen Außenpolitik im Nahen Osten von 1964 bis 1965 die Wegbereiterin der Ostpolitik der Großen Koalition war.

In einer Presseerklärung des israelischen Außenministeriums zur neuen Situation nach der Abreise Birrenbachs hieß es, Bonn sei weiterhin an guten Beziehungen zu den arabischen Staaten interessiert. Es sei deshalb zu erwarten, daß die zukünftige deutsche Politik nicht immer den israelischen Wünschen entsprechen werde. Dennoch stehe jetzt schon fest, daß die Krise für Israel sehr positiv verlaufen sei. Die milde Reaktion der Araber komme den israelischen Interessen entgegen und zeige der Weltöffentlichkeit, daß kein Grund zur Furcht vor arabischen Drohungen bestehe. Für die Bundesrepublik, so das israelische Außenministerium weiter, stelle die Aufnahme diplomatischer Beziehungen einen neuen außenpolitischen Ansatz dar, der neue und positive Entwicklungen zu Israels Gunsten mit sich bringe. Doch all dies hänge von der tatsächlichen Politik der Bundesregierung ab. Israel und die jüdische Welt würden die Bundesrepublik jedenfalls an ihren Taten messen. Diese Politik werde Gelegenheit bieten, die Beziehungen mit der deutschen Jugend und mit den an engen Beziehungen zu Israel interessierten Kreisen der deutschen Bevölkerung zu vertiefen.[152]

In einem Schreiben an den israelischen Generalkonsul in New York bedankte sich Zeev Scheck, der Direktor der Westeuropaabteilung im israelischen Außenministerium, bei der jüdischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten für ihren entscheidenden Beitrag zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen mit der Bundesrepublik. Gleichzeitig äußerte er sich skeptisch im Hinblick auf Schröders weitere Schritte. Auch wies er darauf hin, daß bestimmte Kreise der westdeutschen Bevölkerung ausgesprochen proisraelisch seien, während andere eher der arabischen Seite zuneigten.[153] Die zusammenfassende israelische Beurteilung der Krise um die Rüstungslieferungen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen kann als vorsichtiger Optimismus gewertet werden. Die israelische Diplomatie war mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik sehr zufrieden, gab sich im Hinblick auf die Zukunft jedoch zurückhaltend.

Da man sich im Auswärtigen Amt bewußt war, daß die arabischen Staaten erst dann mit Sanktionen reagieren würden, wenn die Bundesrepublik ihrerseits operative Schritte unternehmen sollte, versuchten die Diplomaten die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen möglichst hinauszuschieben, um die arabischen Staaten inzwischen davon zu überzeugen, die Beziehungen zur Bundesrepublik nicht abzubrechen, und die Zeit zur Vorbereitung künftiger außenpolitischer Strategien für diesen Fall zu nutzen. Diese Aktivitäten wurden in Israel mit großem Argwohn verfolgt. Die erst kürzlich überwundene Mißstimmung schien wieder Einzug zu halten, begleitet von gegenseitigen Vorwürfen und scharfen schriftlichen Protesten.[154] Das Auswärtige Amt wertete dies als Signal für die Umsetzung der

---

[152] Ausarbeitung „Punkte zur Einführung für Journalisten in Sachen Beendigung der Verhandlungen und Aufnahme diplomatischer Beziehungen" vom 13. 5. 1965, ISA, 3533/10.

[153] Der Leiter der Abteilung Westeuropa an das Generalkonsulat in New York vom 25. 5. 1965, ISA, 3533/10.

[154] Erler an Erhard vom 1. 6. 1965, AdsD, Nachlaß Erler; ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK, Dok. Nr. 237, S. 651–653.

beschlossenen Schritte. Am 13. Mai tauschten Bundeskanzler Erhard und Premierminister Eschkol Verlautbarungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aus, die zusätzlich folgende gemeinsame Regierungserklärung enthielten: „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, aufgrund einer ihr von dem Bundespräsidenten erteilten Ermächtigung, und die israelische Regierung sind übereingekommen, zwischen ihren beiden Ländern diplomatische Beziehungen aufzunehmen."[155]

Bundeskanzler Erhard wies in seiner Erklärung darauf hin, daß sich die Bundesrepublik der „besonderen Lage der Deutschen gegenüber den Juden in aller Welt einschließlich Israel" bewußt sei und gab gleichzeitig seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, aus früheren Rüstungsvereinbarungen noch ausstehende Restlieferungen in Wirtschaftshilfe umzuwandeln. Zudem erwähnte Erhard, daß ein großer Teil der deutschen Fachleute, die im militärischen Bereich außerhalb der NATO tätig gewesen seien, in den letzten Monaten wieder nach Deutschland zurückgekehrt seien. Premierminister Eschkol bemerkte seinerseits, die Regierungen beider Länder hätten ihre Entscheidung vor einem düsteren geschichtlichen und einem stürmischen politischen Hintergrund getroffen. Des weiteren erwähnte Eschkol die Wissenschaftlerfrage und das Verjährungsproblem.[156] Zwölf Jahre nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens vollzogen der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland mit dem Austausch der obengenannten Dokumente die Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Die ersten deutsch-jüdischen Begegnungen auf deutschem Boden nach dem Krieg waren sehr unerfreulich gewesen. Gewiß, Deutschland war am Boden und die Zukunftsaussichten der deutschen Bevölkerung düster. Doch auch die Juden, ob befreite Konzentrationslagerinsassen oder Bewohner von Übergangslagern, waren mit einer zerstörten Welt konfrontiert. Die Begegnung bedeutete Konfrontation. Keine der beiden Seiten war an der gegenseitigen Verständigung interessiert.

Binnen weniger Jahre fanden beide Gemeinschaften eine neue staatliche und kulturelle Identität. Die Juden errichteten einen eigenen Staat, den Staat Israel, aber auch die jüdischen Bewohner Deutschlands gründeten eigene Institutionen. Endlich hatte die jüdische Gemeinschaft eine selbständige Vertretung. Die beiden deutschen Staaten ihrerseits versuchten sich um das Wohl ihrer eigenen Bürger zu kümmern bzw. um den eigenen kollektiven Wiederaufbau. Deutsche und Juden lebten getrennt nebeneinander, und selbst wenn sich ihre Wege kreuzten, wurde kaum versucht, auf die Gegenseite einzugehen.

Doch die Erfordernisse des Wiederaufbaus machten die Begegnung unvermeidlich. Die eine Seite wollte wieder in die Völkerfamilie aufgenommen werden, die andere Seite überhaupt erst als Mitglied dieser Familie anerkannt werden. Auch die Wirtschaft spielte eine Rolle. Die Schilumim hatten die magische Kraft, gewisse, wenn auch rudimentäre Beziehungen zu schaffen. Bis 1953 lebten Deutsche und Juden nebeneinander. Dann änderte die Realität der geteilten Welt Erwartun-

[155] Ebd., Dok. Nr. 238, S. 653–655.
[156] Ebd.

gen und Loyalitäten. Die jüdische Seite realisierte, daß der Feind von gestern ihr gegen den heutigen Feind beistehen konnte, und die Deutschen entdeckten ihre für die Gegenseite nicht unbedingt relevanten eigenen Interessen.

Die unterschiedlichen, wenn nicht gar widersprüchlichen Bedürfnisse wirkten sich trennend aus. Auf die andere Seite einzugehen, hieß, die trennenden Linien zu überschreiten. Doch die Vergangenheit der einen Seite und die Zukunftspläne der anderen Seite verhinderten dies. Die eine Seite, vom Haß genährt, war zwar bereit, auf Gesten des guten Willens der anderen Seite einzugehen, beargwöhnte jedoch deren Absicht, während sich die andere Seite über den geringen Effekt ihrer Gesten wunderte. Die deutsch-jüdischen Beziehungen im Zeitabschnitt zwischen 1945 und 1965 muten wie eine Tanzvorstellung mit zwei Tänzern an, die nicht nach derselben Musik tanzen.

Die Außenwelt machte dem separaten Tanz ein Ende und zwang die Einzeltänzer aufeinander einzugehen. 1965 fand die Anomalität ein Ende. Deutschland lernte Israel als Partner anzuerkennen, und war auch bereit, dafür einen Preis zu bezahlen. Die Israelis ihrerseits realisierten, daß der Zweite Weltkrieg endgültig zu Ende war. Die Vergangenheit wird zwar nie ganz verschwinden, doch die neue Realität erforderte Anpassung. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Jahre 1965 trotz des Widerstandes auf beiden Seiten setzte den ständigen Konfrontationen ein Ende. Deutsche und Juden fanden Anschluß an eine Realität, an die sie sich erst langsam gewöhnen.

Quellen und Literatur

1. Ungedruckte Quellen

Amerikanische Archive

American Jewish Archives, Cincinnati, OH (AJA):
Bestand WJC World Jewish Congress Papers

American Joint Distribution Committee Archives, New York, NY (AJDC):
Fortlaufende Nummerierung der Aktenfaszikel

Amherst College Library, Archives and Special Collections, Amherst/MA:
Bestand John J. McCloy Papers

Leo Baeck Institute, New York, NY (LBI):
Bestand CPRIJG (Council for the Protection of Rights and Interests of Jews from Germany)
Bestand Georg Landauer Papers
Bestand Kurt R. Grossmann Papers
Bestand Bruno Weill Collection

Columbia University Libraries, New York, NY:
Columbia Oral History Project

Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas (Eisenhower Library):
Bestand White House Office
Office of the Staff, Papers, International Series
Office of the Special Assistant for National Security Affairs
Bestand John Foster Dulles

Hoover Institution on War, Revolution, and Peace, Stanford, CA (HI):
Bestand Kurt R. Grossmann Papers
Bestand Margaret Eleanor Fiat Papers

Institute for Human Affairs, American Jewish Committee, New York, NY (IHA-AJC):
Bestand Jacob Blaustein Memorial Oral History Project

Lyndon B. Johnson Presidential Library, Austin, TX (Johnson Library):
Bestand National Security Files (NSF)

John F. Kennedy Library, Boston, MA (Kennedy Library):
Bestand National Security Files (NSF)
Bestand President's Office Files

Harry S. Truman Presidential Library, Independence, MI (Truman Library):
Bestand Papers of Harry N. Rosenfield
Bestand President's Secretary Files
Bestand Papers of the Naval Aide
Bestand Papers of Dean Acheson
Bestand Joel D. Wolffsohn

Unites States National Archives and Records, Washington, D.C. (USNA):
Bestand Diplomatic Branch
Decimal File 321.9 Germany
662.00, 662A.00, 762.00, 762A.00, 784A.00, 862.00, 884.00, RG 84 Tel Avivi Conuslar Post, Box 5

Unites States National Archives and Records, Suitland, MY (USNA):
Bestand McCloy Papers

YIVO, New York, NY (YIVO):
Bestand AJC — American Jewish Committee Papers

Britische Archive

Archiv des Institute for Jewish Affairs, London (IJA):
Bestand Old Archives, Boxes Nos 220, 220.0, 220.1
Bestand Alex Easterman Papers

Public Record Office, London (PRO):

Bestand FO	Foreign Office
371	Political Departments: General Correspondence from 1906

Deutsche Archive

Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin/ Bonn (ACDP):

Bestand I-084	Nachlaß Otto Küster
Bestand I-200	Nachlaß Franz Böhm
Bestand I-433	Nachlaß Kurt Birrenbach
Bestand I-483	Nachlaß Gerhard Schröder
Bestand VIII-001	CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München (IfZ-Archiv):

Bestand ED 135	Nachlaß Heinz Krekeler
Bestand DK 110	OMGUS
Bestand DW 102	UNRRA

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD):
Bestand SPD-Bundestagsfraktion Wahlperioden 1–4
Bestand SPD-Parteivorstand, u.a. Abteilung Internationale Beziehungen
Nachlaß Kurt Schumacher
Nachlaß Fritz Erler
Nachlaß Carlo Schmid

Bundesarchiv, Koblenz (BArch):

Bestand B 102	Bundesministerium für Wirtschaft
Bestand B 126	Bundesministerium der Finanzen
Bestand B 136	Bundeskanzleramt
Bestand B 162	Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg
Bestand N 1005	Nachlaß Hermann Ernst Pünder
Bestand N 1080	Nachlaß Franz Bluecher

Bestand N 1168	Nachlaß Fritz Schäffer
Bestand N 1178	Nachlass Hans Christoph Seebohm
Bestand N 1221	Nachlaß Theodor Heuss
Bestand N 1239	Nachlaß Heinrich von Brentano
Bestand N 1351	Nachlaß Herbert Blankenhorn
Bestand Z 45 F	OMGUS, dabei Teilbestände AG (Adjudant General), ODI (Office of the Director of Intelligence) und CAD (Civil Administration Division)

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf
Nachlaß Konrad Adenauer

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA):

Bestand I	Abteilung I
Bestand II	Abteilung II
Bestand III	Abteilung III
Bestand BSTS	Büro Staatssekretär

Bestand Außenstelle Außenministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR

Israelische Archive

Ben Gurion-Archiv, Kiriat Sdeh-Boker (BGA):

Bestand BGD	Tagebuch David Ben Gurions (1946–1963)
Bestand Correspondence Files	
Bestand Follow-up Files	
Bestand Oral History Collection	
Bestand Protocol Files	

Central Zionist Archives, Jerusalem (CZA):

Bestand A 140	Shalom Adler-Rudel Papers
Bestand L 47	Jewish Agency for Palestine, Frankfurt Bureau
Bestand S 35	The Department for Recovery of Property of German Jews
Bestand Z 6	Bureau of Nahum Goldmann and the Nahum Goldmann Papers

The Hebrew University, Institute for Contemporary Jewry, Jerusalem:
Bestand Oral History Division

Haganah Museum Archive, Tel Aviv, Israel

Illegal Immigration Haapalah Archives, Tel-Aviv University, Tel-Aviv:
Fortlaufende Nummerierung der Aktenfaszikel

Israeli Labour Movement Archive, Pinchas Lavon Institut, Tel Aviv, (ILA):
Bestand Sections 208 IV, 209IV, 219IV (Lists 1–6)
Bestand David Horowitz Papers
Bestand Perez Naftali Papers
Bestand Golda Meir Papers

Israeli State Archives, Jerusalem (ISA):
Bestand Abba Eban Papers
Bestand Foreign Ministry

Bestand Government Protocols
Bestand Israeli Police
Bestand Prime Minister's Office

Karl Marx Papers, Kopien von Dokumenten in Privatbesitz des Autors

Labour Party Archives, Beit Berl (LPA):
Bestand Korrespondenz
Bestand Politisches Komitee
Bestand Sekretariat
Bestand Zentralkomitee
Bestand Zusammenkünfte und Kongresse

Nahum Shamir Private Papers (Nachlaß in Privatbesitz)

The National and University Library, Jerusalem:
Bestand Martin Buber Collection

Yad Vashem Archives, Jerusalem (YVA):
Bestand 0–70 Josef Rosensaft Papers

Interviews und Briefe

Interviews gesammelt vom Ben Gurion Archive:

Avner, Gershon	2. 9. 1986
Eytan, Walter	Herbst 1987

Interviews gesammelt vom Institute for Human Affairs, AJC (Jacob Blaustein Memorial Project):

Ben-Natan, Asher	18. 8. 1986 und im August 1989
Buttenwieser, Benjamin B.	6. und 13. 5. sowie 1. 6. 1977
Wollheim, Norbert	3. 5. 1988 in New York

Interviews und Gespräche durchgeführt und gesammelt vom Autor:

Barzel, Rainer	8. 11. 1989
Ferencz, Benjamin B.	28. 5. 1988, Long Island, NJ
Geheimdienstmitarbeiter	23. 6. 1993 am Telefon
Ginsburg, David	9. 5. 1988, Washington D.C.
Kagan, Saul	23. 5. 1988, New York, NY
Krekeler, Heinz	24. 1. 1990.
Sadove, A. Robert	Frühjahr 1988, Washington, D.C.
Shamir, Nahum	20.5. und 11. 6. 1987.
Herlitz, Esther	23. 1. 1986 und 25. 12. 1987 am Telefon
Harel, Isser	31.1., 7. und 14. 2. 1986.
Mende, Erich	29. 6. 1988

Briefe an den Autor, im Besitz des Autors:

Avner, Gershon	Anfang 1987
Barzel, Rainer	5. 1. 1991.
Böker, Alexander	27. 9. 1989 und 14. 2. 1990
Kramarsky, Werner H.	4. 2. 1987
Krekeler, Heinz	25. 1. 1990
Margolies, Daniel F.	13. 12. 1990 und 19. 12. 1990

Mayer, Hans	28. 1. 1989.
Porat, Dinnah	30. 11. 1989.
Reinstein, Jacques J.	19. 7. 1990.
Rubin, Seymour J.	ohne Datum, wahrscheinlich Anfang Juni 1989
Schröder, Gerhard	25. 1. 1989
Stercken, Hans	14. 12. 1995
Stone, Shepard	6. 3. 1989
Thomas, Michael A.	21. 7. 1989

Diverse Interviews (Niederschriften im Besitz des Autors):

Carmel, Moshe	30. 1. 1986, durchgeführt vom Pinchas Lavon Institute, Golda Center
Chabibi, Emil	ohne Datum, durchgeführt von Taufik Mohamed Achbaria
Tubi, Taufik	ohne Datum, durchgeführt von Taufik Mohamed Achbaria

2. Zeitungen und Zeitschriften

AL HAMISHMAR (Tel Aviv), Jge. 1951 und 1952.
ALLGEMEINE WOCHENZEITUNG der Juden in Deutschland (AWJD), Jge. 1949, 1951, 1952, 1953 und 1954.
AUFBAU, Jg. 1951.
BONNER RUNDSCHAU, Jge. 1963 und 1965.
BUNDESANZEIGER, Jge. 1952 und 1961.
CELLESCHE ZEITUNG, Jg. 1954.
CHERUT (Tel Aviv), Jge. 1961 und 1962.
DAWAR (Tel Aviv), Jge. 1949, 1951, 1952, 1953, 1957 und 1960.
DEUTSCHE ZEITUNG (Köln), Jg. 1960.
EL-AHRAM (Kairo), Jg. 1960.
EL-GHUMHURIYA (Kairo), Jg. 1956.
FORWARD (New York), Jg. 1951.
FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Jge. 1952, 1953, 1954, 1957, 1958, 1960, 1963 und 1965.
FRANKFURTER RUNDSCHAU, Jge. 1946, 1950, 1951, 1964 und 1965.
HAARETZ (Tel Aviv), Jge. 1945, 1950, 1951, 1952, 1957, 1960, 1961, 1964 und 1965.
HABOKER (Tel Aviv), Jge. 1950 und 1953.
HAMBURGER ECHO, Jg. 1953.
HAMBURGER FREIE PRESSE, Jge. 1951 und 1952.
HATSOFEH (Tel Aviv), Jge. 1951, 1952 und 1957.
HEATID (Tel Aviv), Jg. 1974.
ISRAEL INFORMATIONSDIENST (Köln), Jg. 1957.
JERUSALEM POST, Jg. 1950.
KASSELER POST, Jg. 1951.
MA'ARIV (Tel Aviv), Jge. 1950, 1953, 1954, 1956, 1957, 1960, 1964, 1965, 1968 und 1996.
LE MONDE, Jg. 1965.
MORNING FREIHEIT (New York), Jg. 1947.
MÜNCHNER MERKUR, JG. 1952.
NACHRICHTENSPIEGEL, Jg. 1962.
NBC, Meet the Press, Jg. 1960.
Die NEUE ZEITUNG, Jge. 1950 und 1952.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Jge. 1962 und 1965.
NEW YORK HERALD TRIBUNE, Jge. 1945, 1946 und 1952.
NEW YORK TIMES, Jge. 1950, 1951, 1953, 1956, 1962 und 1965.
PEE HAATON, Jg. 1952.
POLITISCH SOZIALE KORRESPONDENZ (Frankfurt/M.), Jg. 1965.
RHEINISCHE POST (Düsseldorf), Jge. 1953 und 1954.
SHIVA JAMIM (Wochenendbeilage der isr. Tageszeitung Yedioth Achronoth) (Tel Aviv), Jge. 1972 und 1986.
STUTTGARTER ZEITUNG, Jge. 1953, 1954 und 1964.
SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (München), Jg. 1956.
TAGESSPIEGEL, Jg. 1960.
TIMES (London), Jge. 1946 und 1961.
WELT AM SONNTAG (Hamburg), Jg. 1965.
DIE WELT (Hamburg), Jge. 1952, 1954, 1957, 1958, 1959, 1960, 1963, 1964 und 1965.
WILHELMSHAVENER ZEITUNG, Jg. 1954.
YEDIOTH ACHRONOTH (Tel Aviv), Jge. 1956 und 1960.

3. Gedruckte Quellen und Darstellungen

ADENAUER UND DIE DEUTSCHE FRAGE. Hg. v. Foschepoth, Josef. Göttingen 1988.
ADENAUER UND DIE HOHEN KOMMISSARE. 1952. Hg. v. Schwarz, Hans-Peter. Bearb v. Kroll, Frank-Lothar. Bd. 1: 1949–1951. Bd. 2: 1952. München 1989–1990.
ADENAUER, Konrad: Erinnerungen. Bd. 2: 1953–1955. Bd. 3. 1955–1959. Bd. 4: 1959–1963. Fragmente. Stuttgart u. a. 1966–1968.
ADENAUER, Konrad: Rhöndorfer Ausgabe. Briefe. Bd. 4: 1951–1953. Hg. v. Morsey, Rudolf/ Schwarz, Hans-Peter. Bearb. v. Mensing, Hans Peter. Berlin 1987.
ADENAUER, Konrad: Rhöndorfer Ausgabe. Teegespräche 1955–1958. Hg. v. Morsey, Rudolf/ Schwarz, Hans-Peter. Bearb. v. Küsters, Hanns-Jürgen. Berlin 1986.
ADENAUER, Konrad: Rhöndorfer Ausgabe. Teegespräche 1961–1963. Hg. v. Morsey, Rudolf/ Schwarz, Hans-Peter. Bearb. v. Küsters, Hanns-Jürgen. Berlin 1992.
ADLER-RUDEL, Shalom: Aus der Vorzeit der kollektiven Wiedergutmachung. In: In zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag. Hg. v. Tramer, Hans. Tel Aviv 1962.
AHARONI, Zvi: Der Jäger. Operation Eichmann. Was wirklich geschah. Stuttgart 1996.
AKTEN ZUR AUSWÄRTIGEN POLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Hg. v. Schwarz, Hans-Peter. Wissenschaftlicher Leiter Blasius, Rainer A.
1963. Bd. 1–3. Bearb. v. Lindemann, Mechthild. München 1994.
1964. Bd. 1–2. Bearb. v. Hölscher, Wolfgang. München 1995.
1965. Bd. 1–3. Bearb. v. Lindemann, Mechthild. München 1996.
ALBRECHT, Willy: Ein Wegbereiter. Jakob Altmaier und das Luxemburg-Abkommen. In: WIEDERGUTMACHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK, S. 205–213.
ALTARAS, Isaac: Eisenhower and Israel. The United States-Israeli Relations 1953–1960. Gainesville 1993.
DIE ANTISEMITISCHEN UND NAZISTISCHEN VORFÄLLE in der Zeit vom 25. Dezember 1959 bis zum 28. Januar 1960. Hg. v. der Bundesregierung. Bonn 1960.
ANTISEMITISMUS IN DER POLITISCHEN KULTUR NACH 1945. Hg. v. Bergmann, Werner u. a. Opladen 1990.
ARENDT, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. München 1966.
ARIF, Ora: Die Rache, die selbst der Teufel nicht gesehen hat [Original hebr.]. In: Yedioth Achronoth vom 25. 2. 1996.

ARONSON, Shlomo: Or chadash al doktrinath „Makhaseh leyom sagrir" [dt.: Neues Licht auf die Doktrin „Schutz für den regnerischen Tag"]. In: Yiunim b'Tkumath Israel 2 (1992), S. 141–165.

ARONSON, Shlomo: The politics and strategy of nuclear weapons in the Middle East. Capacity, theory, and reality, 1960–1991. An Israeli perspective. Albany 1992.

ASHMAN, Charles/WAGMAN, Robert G.: Tsayade ha nazim. Tel Aviv 1972 [engl.: The Nazi Hunters]. New York 1988.

AUERBACH, Yehudith: Ben Gurion and Reparations from Germany. In: David Ben Gurion. Politics and Leadership in Israel. Hg. v. Zweig, Ronald W. London 1991, S. 274–292.

DIE EG-AUSSENBEZIEHUNGEN. Stand und Perspektiven. Hg. v. Hasenpflug, Hajo. Hamburg 1979.

AUSSENPOLITIK DER DDR. Sozialistische deutsche Friedenspolitik. Hg. v. Institut für Internationale Beziehungen. Berlin 1982.

DIE AUSWÄRTIGE POLITIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Hg. v. Auswärtigen Amt. Köln 1972.

DER AUSWÄRTIGE AUSSCHUSS DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES. Sitzungsprotokolle 1949–1953. Bearb. v. Hölscher, Wolfgang. Düsseldorf 1998.

BAILEY, Clinton: Jordan's Palestinian Challenge, 1948–1983. A Political History. Boulder, London 1984.

BALABKINS, Nicolas: West German Reparations. New Brunswick 1971.

BARING, Arnulf: Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964. Hamburg 1974.

BARZEL, Neima: Dignity, Hatred and Memory – Reparations from Germany. The Debate in the Year 1950. In: Yad Vashem Studies 24 (1994), S. 247–280.

BARZEL, Neima: Emdoth b'mapam klapei mizrach germania al rekáa ha-shoa. [dt.: Der Standpunkt der Mapam zu Ostdeutschland vor dem Hintergrund der Schoah]. In: Blätter zur Holocaustforschung 11 (1993), S. 151–174.

BARZEL, Neima: Hatvia'a b'yishuv l'haanshatah shel germanie 1944–1947 [engl.: The Yishuv's Demand of Punishment of Germany]. In: Kathedra 73 (1994), S. 158–180.

BARZEL, Neima: The Attitude of Jews of German Origin in Israel to Germany and Germans after the Holocaust, 1945–1952. In: Leo Baeck Institute Year Book Nr. 39 (1994), S. 271–301.

BARZEL, Rainer: Ha-derekh l'kinun ha-yakhasim: ha-hebeit hagermani [engl.: The Road to Establishing Relations. The German view.] In: Yachasim „Normaliim". Yachasei Germania-Israel [dt.: „Normale Beziehungen". Beziehungen zwischen Deutschland und Israel]. Hg. v. Zimmermann, Moshe/Heilbronner, Oded. Jerusalem 1993.

BAR-ZOHAR, Michael: B'yom nakam: parshat ha-nakam ha-yehudi b'nazim. [engl.: On the day of revenge: the chapter of the Jewish revenge on the Nazis]. In: Hebrew (Tel Aviv) von 1991.

BAR-ZOHAR, Michael: Ben Gurion. Ha-ish meakhorey ha-agadah. Tel Aviv 1986. [dt.: David Ben Gurion. 40 Jahre Israel. Die Biographie des Staatsgründers. Bergisch Gladbach 1988.]

BAUM, Hans: Die Christliche Endlösung der Judenfrage. Grundsätzliches zum Fall Eichmann. Nürnberg 1961.

BEN-CHORIN, Yitzchak: Ha-nokmim [engl.: The Revengers]. In: MAARIV vom 29. 5. 1987, Sof Shavuaa, S. 6-8, 41.

BEN-NATHAN, Asher: Ha-derekh l'kinun ha-yakhasim: habebeit haisraeli [dt.: Der Weg zur Aufnahme der Beziehungen – die israelische Perspektive.] In: Yachasim „Normaliim". Yachasei Germania-Israel [dt.: „Normale Beziehungen". Beziehungen zwischen Deutschland und Israel]. Hg. v. Zimmermann, Moshe/Heilbronner, Oded. Jerusalem 1993, S. 25–27.

BERER, Shlomo: Goldmann's Memoires. In: YEDIOTH ACHRONOT (Tel Aviv) vom 5. 5. 1967.

BIRRENBACH, Kurt: Meine Sondermissionen. Rückschau auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik. Vom Aufbau bis heute. Düsseldorf, Wien 1984.

BLANKENHORN, Herbert: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979. Frankfurt 1980.

BLASIUS, Rainer A.: Geschäftsfreundschaft statt diplomatische Beziehungen. Zur Israelpolitik 1962/63. In: Von Adenauer zu Erhard. Studien zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963. Hg. v. Blasius, Rainer A.. München 1994, S. 154–210.

BLESSIN, Georg: Wiedergutmachung. Bad Godesberg 1960.

BÖHME, Jörn: Die Arbeit der „Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" in Israel – Geschichte und Entwicklung. In: 20 Jahre Deutsch-Israelische Beziehungen. Hg. v. Schneider, Karlheinz. Berlin 1985, S. 137–150.

BRAHAM, Randolph L.: The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary. Bd. 1-2. New York 1981.

BRECHER, Michael: The foreign policy system of Israel. Setting, images, process. London, New Haven 1972.

BÜREN, Rainer: Bemerkungen zum Stellenwert der arabischen Staaten in europäischen Konzeptionen der Bundesrepublik Deutschland. In: Beiträge zur Konfliktforschung 4 (1974) S. 47–63.

BÜTTNER, Friedmann/HÜNSLER, Peter: Die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Arabischen Staaten. Entwicklung, Stand und Perspektiven. In: Deutsch-arabische Beziehungen. Bestimmungsfaktoren und Probleme einer Neuorientierung. Hg. v. Kaiser, Karl/Steinbach, Udo. München, Wien 1981, S. 111–152.

CARSTENS, Karl: Erinnerungen und Erfahrungen. Boppard am Rhein 1993.

The CASE AGAINST ADOLF EICHMANN. Hg. v. Zeiger, Henry A.. New York 1960.

DIE CDU/CSU-FRAKTION IM PARLAMENTARISCHEN RAT. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion. Hg. v. Salzmann, Rainer. Stuttgart 1981.

CESKOSLOVENSKO A IZRAEL V LETECH 1945–1956. Dokumenty. Hg. v. Bulinova, Marie. Prag 1993 [dt.: Tschecheslowakei und Israel 1945–1956. Dokumente].

CHEVRATCHEVRAT HA-SHILUMIM. Bitzua heskem ha-shilumim ad 31. 3. 1956. 3 sh'noth peulah. [dt: Die Umsetzung des Schilumimabkommens. Zwischenbericht nach dreijähriger Tätigkeit vom 31. 3. 1956]. Tel Aviv 1956.

COBURGER, Dieter: Die Beziehungen zwischen der westdeutschen Bundesrepublik und Israel von 1949 bis 1961 unter besonderer Berücksichtigung des sog. Wiedergutmachungsabkommens. Leipzig 1964.

The COLUMBIA-VIKING DESK ENCYCLOPEDIA. 3. Aufl. New York 1964.

DAN, Uri: B'derehk lo slulah. The Story of Solel Boneh. [engl.: On an unpaved road. The story of the Solel Boneh Company] Jerusalem, Tel Aviv 1955.

DEUTSCHE ISRAEL-POLITIK. Entwicklung oder politische Masche. Hg. v. Kreysler, Joachim/Jungfer, Klaus. Diessen/Ammersee 1965.

Der DEUTSCH-ISRAELISCHE DIALOG. Dokumentation eines erregenden Kapitels deutscher Außenpolitik. Hg. v. Vogel, Rolf. Bd. 1-2. München u. a. 1987.

DEUTSCHKRON, Inge: Israel und die Deutschen. Das besondere Verhältnis. Köln 1983.

DEUTSCHKRON, Inge: Israel und die Deutschen. Zwischen Ressentiment und Ratio. Köln 1970.

DEUTSCHLAND UND DAS JUDENTUM. Die Erklärung der Bundesregierung über das deutsch-jüdische Verhältnis. Bonn 1951.

DEUTSCHLANDS WEG NACH ISRAEL. Eine Dokumentation. Hg. v. Vogel, Rolf. Stuttgart 1967.

DITTMANN, Knud: Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung. Die politische Diskussion des Jahres 1952. Düsseldorf 1981.

DITTMAR, Peter: DDR und Israel. Ambivalenz einer Nicht-Beziehung. In: Deutschland-Archiv 10/2 (1977), S. 848–861.

DOCUMENTS RELATING to the agreement between the government of Israel and the Federal Republic of Germany. Hg. v. israelischen Außenministerium. Jerusalem 1953.

DOHRN, Klaus: Globkes Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. In: Der STAATSSEKRETÄR ADENAUERS, S. 172–183.

DOKTOR HANS GLOBKE. Aktenauszüge. Dokumente. Hg. v. Strecker, Reinhard. Hamburg 1961.

DÖSCHER, Hans-Jürgen: Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität. Berlin 1995.

DRUKS, Herbert: John J. McCloy and the Holocaust. New York 1995. (unveröffentlichtes Manuskript im Besitz des Autors)

ECKARDT, Felix von: Unordentliches Leben. Lebenserinnerungen. Düsseldorf, Wien 1967.

EDER, Angelika: „Sheerith Hapletah". Die Vorbereitung der jüdischen Displaced Persons in Westdeutschland auf das „gelobte Land". In: Israel und Deutschland. Voraussetzungen und Anfänge einer komplizierten Partnerschaft. Hg. v. Eder, Angelika/Gorschenek, Günter. Hamburg 2002, S. 48–62.

EDER, Angelika: Flüchtige Heimat. Jüdische Displaced Persons in Landsberg am Lech. 1945–1950. München 1998.

Die EG-AUSSENBEZIEHUNGEN. Stand und Perspektiven. Hg. v. Harenpflug, Hajo. Hamburg 1979.

EIBL, Franz: Politik der Bewegung. Gerhard Schröder als Außenminister 1961–1966. München 2001.

EINMISCHUNGEN. Israel, der Nahe Osten und die Deutschen. Hg. v. Schlecker, Manfred/Wacker, Ulrich. Stuttgart 1990.

END, Heinrich: Zweimal deutsche Außenpolitik. Dimensionen des innerdeutschen Konflikts 1949–1972. Köln 1973.

ESCHEWEGE, Helmut: Die jüdische Bevölkerung der Jahre nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands auf dem Gebiet der DDR bis zum Jahre 1953, In: Juden in der DDR. Hg. v. Arndt, Siegfried Theodor. Köln 1988, S. 63–100.

FELDMAN, Lily Gardner: The Special Relationship between West Germany and Israel. Boston u. a. 1984.

FERENCZ, Benjamin B.: Lohn des Grauens. Die Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter. Ein offenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte. Frankfurt u. a. 1986.

FLEISCHMANN, Lea: Dies ist nicht mein Land. Eine Jüdin verläßt die Bundesrepublik. 2. Aufl. München 1994.

FOSCHEPOTH, Josef: Westintegration statt Wiedervereinigung. Adenauers Deutschlandpolitik 1949–1955. In: Adenauer und die Deutsche Frage. Hg. v. ders.. Göttingen 1988, S. 29–60.

FREI, Norbert: Die deutsche Wiedergutmachungspolitik gegenüber Israel im Urteil der öffentlichen Meinung der USA. In: WIEDERGUTMACHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, S. 215–230.

FREMD IM EIGENEN LAND. Juden in der Bundesrepublik. Hg. v. Broder, Henryk M. Frankfurt/M. 1979.

FRIEDMANN, Toviya: The Hunter. New York 1961.

GERMANS AND JEWS SINCE THE HOLOCAUST. The changing situation in West Germany. Hg. v. Rabinbach, Anson/Zipes, Jack. New York u. a. 1986.

GERSTENMAIER, Eugen: Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/M. u. a. 1981.

GILDESSEN, Günther: Konrad Adenauer and Israel. Oxford 1986.

GLOBKE UND DIE AUSROTTUNG DER JUDEN. Über die verbrecherische Vergangenheit des Staatssekretärs im Amt des Bundeskanzler Adenauer. Hg. v. Ausschuß für deutsche Einheit. Berlin (Ost) 1960.

GÔLAN, Mattî: Shimon Peres. A Biography. New York 1982.

GOLDMANN, Nahum: Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler. Köln 1978.

GOLDMANN, Nahum: The Generation of destruction and rebirth. Jerusalem 1967.

GÖRSCHLER, Henry/REINHARDT, Horst: Die Schande von Köln und Bonn. Drahtzieher, Ursachen und Ziele des Antisemitismus in Westdeutschland. Berlin (Ost) 1960.

GOSCHLER, Constantin: Der Fall Philipp Auerbach. Wiedergutmachung in Bayern. In: WIEDERGUTMACHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, S. 77–98.

GOSCHLER, Constantin: Paternalismus und Verweigerung. Die DDR und die Wiedergutmachung für jüdische Verfolgte des Nationalsozialismus. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 93–117.

GOSCHLER, Constantin: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954). München 1992.

GRAML, Hermann: Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952. In: VfZ 29 (1981), S. 397–441.

GRIFFITH, William E.: The Ostpolitik of the Federal Republic of Germany. Cambridge/MA, London 1978.

HAASE, Irma: 20 Jahre deutsch-israelischer Jugendaustausch. In: 20 Jahre Deutsch-Israelische Beziehungen. Hg. v. Schneider, Karlheinz. Berlin 1985, S. 85–136.

HALPERIN, Irving: Here I am. A Jew in today's Germany. Philadelphia 1971.

HANDBUCH DER DEUTSCHEN AUSSENPOLITIK. Hg. v. SCHWARZ, Hans-Peter. München, Zürich 1975.

HANRIEDER, Wolfram F.: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949- 1994. 2. Aufl. Paderborn 1995.

HAREL, Isser: Das Haus in der Garibaldistrasse. Frankfurt u. a. 1975.

HAUSNER, Gideon: Gerechtigkeit in Jerusalem. München 1967.

HERWARTH, Hans von: Von Adenauer zu Brandt. Erinnerungen. Berlin, Frankfurt/M. 1990.

HERZOG, Chaim: The Suez-Sinai-Campaign: Background. In: THE SUEZ-SINAI CRISIS, 1956, S. 17–53.

HEYMONT, Irving: Among the survivors of the Holocaust: 1945. The Landsberg DP camp letters. Cincinnati, Ohio 1982.

HUHN, Rudolf: Die Wiedergutmachungsverhandlungen in Wassenaar. In: WIEDERGUTMACHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, S. 139–160.

Jablonka, Hannah: The State of Israel against Adolf Eichmann. Tel Aviv 2001.

JACOBSEN, Hans-Adolf: Strategie- und Schwerpunkte der Außenwirtschaftsbeziehungen. In: Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder. Hg. v. ders. u. a. München, Wien 1979, S. 293–311.

JAPANESE AMERICANS. From Relocation to Redress. Hg. v. Daniels, Roger. Salt Lake City 1986.

JELINEK, Yeshayahu A./BLASIUS, Rainer A.: Ben Gurion und Adenauer im Waldorf Astoria. Gesprächsaufzeichnungen vom israelisch-deutschen Gipfeltreffen in New York am 14. März 1960. In:VfZ 45 (1997), S. 309–344.

JELINEK, Yeshayahu A./WOLFFSOHN, Michael: Berührungsängste und Rollenwechsel. Eine Miszelle zu den ersten deutsch-israelischen Diplomatenkontakten. In: Orient 29 (1988), S. 282–293.

JELINEK, Yeshayahu A.: Die Krise der Shilumim-/Wiedergutmachungs-Verhandlungen im Sommer 1952. In: VfZ 38 (1990), S. 113–139.

JELINEK, Yeshayahu A.: Die Politik der internationalen jüdischen Organisationen und der Jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland. In: SCHWIERIGES ERBE, S. 369–389.

JELINEK, Yeshayahu A.: Israel und die Anfänge der Shilumim. In: WIEDERGUTMACHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK, S. 119–138.

JELINEK, Yeshayahu A.: John McCloy, Jacob Blaustein and the Shilumin. A Chapter in the American Foreign Relations. In: Holocaust and Shilumim. The Policy of Wiedergutmachung in the early 1950s. Hg. v. Frohn, Axel. Washington, DC 1991, S. 29–51.

JELINEK, Yeshayahu A.: Leo Baeck, Nachum Goldmann, and the Money from Germany. A Document. In: Studies in Contemporary Jewry 5 (1988). S. 236–241.

JELINEK, Yeshayahu A.: Like an Oasis in the Desert. The Israeli Consulate in Munich, 1948–1953. In: Studies in Zionism 9 (1988), S. 81–98.

JELINEK, Yeshayahu A.: Political acumen, altruism, foreign pressure or moral debt. Konrad Adenauer and the Shilumim. In: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte 19 (1990), S. 77–102.

JENA, Kai von: Versöhnung mit Israel? Die Deutsch-Israelischen Verhandlungen bis zum Wiedergutmachungsabkommen von 1952. In: VfZ 34 (1986), S. 457–480.

JEWISH LIFE in Germany today. Hg. v. Kaufmann, Uri R. Bonn 1994.

JOCHMANN, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870–1945. 2. Aufl. Hamburg 1991.

DER JÜDISCHE WELTKONGRESS UND DIE WIEDERGUTMACHUNG. In: Diplomatische Korrespondenz 140 (1951).

JÜDISCHER WELTKONGRESS ERGREIFT INITIATIVE. In: AWJD vom 9. 3. 1950.

JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND seit 1945. Hg. v. Brumlik, Micha u.a. Frankfurt/M. 1986.

DIE KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG. Hg. v. Booms, Hans. Bd. 3: 1950 Wortprotokolle. Bearb. v. Enders, Ulrich/Reiser, Konrad. Boppard 1986.

DIE KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG. Hg. v. Booms, Hans. Bd. 4: 1951 Wortprotokolle. Bearb. v. Hüllbüsch, Ursula/Reiser, Konrad. Boppard 1988.

DIE KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG. Hg. v. Booms, Hans. Bd. 5: 1952. Wortprotokolle. Bearb. v. Jena, Kai von. Boppard am Rhein 1989.

DIE KABINETTSPROTOKOLLE DER BUNDESREGIERUNG. Hg. v. Booms, Hans. Bd. 6: 1953. Wortprotokolle. Bearb. v. Enders, Ulrich/Reiser, Konrad. Boppard am Rhein 1989.

KAPRALIK, Charles J.: Reclaiming the Nazi Loot. The History of the Work of the Jewish Trust Corporation for Germany. A Report. London 1962.

KARL CARSTENS. Erinnerungen und Erfahrungen. Hg. v. Jena, Kai von/Schmöckel, Reinhard. Boppart am Rhein 1993.

KATCHER, Leo: Post Mortem. The Jews in Germany, now. London 1968.

KAUL, Friedrich Karl: Der Fall Eichmann. 2. Aufl. Berlin 1964.

KNESSET-PROTOKOLLE [Original hebr.], 1.–5. Knesset, 1949–1965.

KOSTHORST, Daniel: Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961. Düsseldorf 1993.

KRISENHERD NAH-OST. Analysen, Wertungen, Dokumente. Hg. v. Schweitzer, Carl-Cristoph und Nemitz, Manfred. Köln 1973.

KUPPER, Siegfried: Die Tätigkeit der DDR in den nichtkommunistischen Ländern. Hg. v. der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Bd. 6: Arabische Staaten und Israel. Bonn 1971.

LAMM, Hans Siegfried /KUPPER, Siegfried: DDR und Dritte Welt. München 1976.

LAMM, Hans: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen öffentlichen Meinung. Eine Dokumentensammlung. Frankfurt/M. 1961.

LANDAUER, Georg: Die jüdischen Nachkriegsforderungen. Tel Aviv 1944.

LANDAUER, Georg: Restitution of Jewish Property. In: Zion vom Dezember 1950, S. 8.

LAZARSOHN, Abraham: Bitzua chozeh ha-shilumim [dt.: Die Umsetzung des Schilumimabkommens]. In: Revaon lekalkala [dt.: Vierteljahresschrift für Wirtschaft] 2 (1954), S. 75–79.

DIE LEGENDE VON DER VERPASSTEN GELEGENHEIT. Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Hg. v. Schwarz, Hans-Peter. Stuttgart u.a. 1982.

LENZ, Otto: Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearb. v. Gotto, Klaus. Düsseldorf 1989.

THE LETTERS AND PAPERS OF CHAIM WEIZMANN. Series A Letters. Hg. v. Weisgal, Meyer. W. Bd. 9. October 1918 – July 1920. Bearb. v. Reinharz, Jehuda. London 1977.

THE LETTERS AND PAPERS OF CHAIM WEIZMANN. Series A Letters. Hg. v. Weisgal, Meyer W. Bd. 11. January 1922 – July 1923. Bearb. v. Wasserstein, Bernard. London 1977.

The LETTERS AND PAPERS OF CHAIM WEIZMANN. Series A Letters. Hg. v. Weisgal, Meyer W. Bd. 12. August 1923 – March 1926. Bearb. v. Freundlich, Joshua. London 1977.

The LETTERS AND PAPERS OF CHAIM WEIZMANN. Series A Letters. Hg. v. Weisgal, Meyer W. Bd. 19. January 1939 – June 1940. Bearb. v. Rose, Norman A. London 1979.

LUDWIG ERHARD. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Hg. v. Schröder, Gerhard u. a. 2. Aufl. Frankfurt/M. u. a. 1972.

LÜTH, Erich: Die Friedensbitte an Israel 1951. Eine Hamburger Initiative. Hamburg 1976.

MAJONICA, Ernst: Deutsche Außenpolitik. Probleme und Entscheidungen. Stuttgart 1965.

MAN, Peter/DAN, Uri: Eichmann be-yaday [dt.: Eichmann in den Händen]. Revivim 1983.

MAN, Peter: Ich jagte Eichmann. Der Bericht des israelischen Geheimagenten, der den Organisator der „Endlösung" gefangennahm. München 1991.

MARX, Karl: Opfer, nicht Leistungsfähigkeit. In: AWJD vom 11. 4. 1952.

MCGHEE, George: At the creation of a new Germany. From Adenauer to Brandt. An ambassador's account. New Haven u. a. 1989.

MENDE, Erich: Die neue Freiheit. Zeuge der Zeit 1945–1961. München 1984.

MENDE, Erich: Von Wende zu Wende. 1962–1982. München u. a. 1986.

MEROZ, Yohanan: In schwieriger Mission. Als Botschafter Israels in Bonn. Frankfurt/M. 1986.

MERTENS, Lothar: Staatlich propagierter Antizionismus. Das Israelbild in der DDR. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 139–153.

MISHPAT EICHMANN B'DAAT HA-KALAL BEGERMANIA HA-MAARAVITH [Dt.: Der Eichmann-Prozeß und die öffentliche Meinung in Westdeutschland]. Hg. v. Lamm, Hans. Jerusalem 1961.

NARBEN, SPUREN, ZEUGEN. 15 Jahre Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland. Hg. v. Giordano, Ralph. Düsseldorf 1961.

NICKEL, Dietmar K.: Es begann in Rechovoth. Die Anfänge der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland. Icking-Irschenhausen 1989.

OSTERHELD, Horst: „Ich gehe nicht leichten Herzens ...". Adenauers letzte Kanzlerjahre. Ein dokumentarischer Bericht. 2. Aufl. Mainz 1987.

OSTERHELD, Horst: Außenpolitik unter Bundeskanzler Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt. Düsseldorf 1992.

DIE OSTPOLITIK DER BRD. Triebkräfte, Widerstände, Konsequenzen. Hg. v. Jahn, Egbert/Rittberger, Volker. Opladen 1974.

PEASE, Louis E.: After the Holocaust. West Germany and material reparation to the Jews, from the allied occupation to the Luxemburg agreements. Ann Arbor 1982.

PERES, Shimon: Der Disput mit Deutschland und seinem Volk [Original hebr.] In: MA'ARIV (Tel Aviv) vom 18. 2. 1965.

PERES, Shimon: Ha-shlav ha-ba [dt.: Die nächste Stufe]. Tel Aviv 1965.

PERES, Shimon: Kelaa david [dt.: Davids Schleuder]. Jerusalem 1970.

PERLMANN, Moshe: Eich nitpas eichman [dt.: Wie Eichmann gefangen wurde]. Tel Aviv 1960.

PIKART, Eberhard: Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Die Rolle des Bundespräsidenten in der Kanzlerdemokratie. Stuttgart u. a. 1976.

PROSS, Christian: Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer. 2. Aufl. Berlin 2001.

RAFAEL, Gideon: Destination peace. Three decades of Israeli foreign policy. A personal memoir. London 1981.

REINHARDT, Stephan: Der Fall Globke. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 42 (1995), S. 437–448.

RENGER, Annemarie: Juden und Israel im Deutschen Bundestag. In: Sternstunden des Parlaments. Hg. v. Barzel, Rainer. Heidelberg 1989, S. 139–162.

THE RESPONSIBLE ATTITUDE. Life and Opinions of Giora Josephthal. Hg. v. Halpern, Ben. New York 1966.

ROBINSON, Jacob: And the crooked shall be made straight. The Eichmann trial, the Jewish catastrophe, and Hannah Arendt's narrative. New York 1965.

SAGI, Nana: German Reparations. A History of the Negotiations. New York 1986.

SAGI, Nana: Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen. Stuttgart 1981.

SARNA, Yigael: Kanzler al ha-kaveneth, makhteret yehudith b'shnoth ha 50. [dt.: Der Kanzler im Visier]. In: Shiva Jamim, Wochenendbeilage der israelischen Tageszeitung Yedioth Achronoth (Tel Aviv) vom 31. 7. 1987.

SCHMID, Carlo: Erinnerungen. Zürich, München, Wien 1970.

SCHOLEM, Gershom: On Jews and Judaism in crisis. Selected essays. Hg. v. Dannhauser, Werner J. New York 1976.

SCHÖNBACH, Peter: Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/1960. Frankfurt/M. 1961.

SCHWANITZ, Wolfgang: „Israel ja, Zionismus nein". Zum Israel-Bild in den SED-Akten über Arabien (1948–1968). In: Antisemitismus und Arbeiterbewegung. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert. Hg. v. Kessler, Mario. Berlin 1993, S. 129–1964.

SCHWARTZ, Thomas Alan: Atlantik-Brücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland. Frankfurt/M. u. a. 1992.

SCHWARTZ, Thomas Alan: Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher. John McCloy und die Häftlinge von Landsberg. In: VfZ 38 (1990), S. 375–414.

SCHWARTZ, Thomas Alan: From occupation to alliance. John J. McCloy and the Allied High Commission in the Federal Republic of Germany, 1949–1952. Bd. 1-2. Harvard 1985.

SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Aufstieg. Stuttgart 1986.

SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann. Stuttgart 1991.

SCHWARZ-GARDOS, Alice: Die Jekkes. In: Fünfzig Jahre Israel. Vision und Wirklichkeit. Hg. v. Lichtenstein, Heiner u. a. Bonn 1998, S. 52–63.

SIEVERS, Leo: Juden in Deutschland. Die Geschichte einer 2000jährigen Tragödie. 3. Aufl. München 1983.

SMITH, Arthur J.: A View of the Policy toward Restitution. In: Holocaust and Genocide Studies 5 (1990), S. 247–259.

Die SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG. Sitzungsprotokolle 1949–1957. Bearb. v. Weber, Petra. Düsseldorf 1993.

SPIEGEL, Steven L.: The other Arab-Israeli Conflict. Making America's Middle East Policy. From Truman to Reagan. Chicago u. a. 1985.

Der STAATSSEKRETÄR ADENAUERS. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes. Hg. v. Gotto, Klaus. Stuttgart 1980.

STEPPAT, Fritz: Die arabischen Staaten zwischen Ost und West. In: Die internationale Politik 1 (1955), S. 619–654.

STERN, Frank: Im Anfang war Auschwitz. Antisemitismus und Philosemitismus im deutschen Nachkrieg. Gerlingen 1991.

STRAUSS, Franz Josef: Die Erinnerungen, Berlin 1989.

The SUEZ-SINAI CRISIS, 1956. Retrospective and Reappraisal. Hg. v. Troen, Selwyn Ilan/Shemesh Moshe. London 1990.

SYRKIN, Marie: State of the Jews. Washington 1980.

TEMPEL, Sylke: Legenden der Allmacht. Die Beziehungen zwischen amerikanisch-jüdischen Organisationen und der Bundesrepublik Deutschland seit 1945. Frankfurt/M. u. a. 1995.

THEODOR HEUSS. Politiker und Publizist. Aufsätze und Reden. Ausgewählt und kommentiert von Vogt, Martin. Tübingen 1984.

TIMM, Angelika: Israel in den Medien der DDR. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993), S. 154–173.

TIMM, Angelika: The Middle East Policy of the German Democratic Republic. In: Journal of Arab Affairs (1993), S. 160–175.

TIMM, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und dem Staat Israel. Bonn 1997.

Der UMGANG MIT DEM HOLOCAUST. Europa – USA – Israel. Hg. v. Steininger, Rolf. 2. Aufl. Wien u. a. 1994.

VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES. 1. WP 1949. Stenographische Berichte. Bd. 1. Bonn 1950.

VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES. 1. WP 1949. Stenographische Berichte. Bd. 15. Bonn 1953.

VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES. 4. WP 1961. Stenographische Berichte. Bd. 56. Bonn 1964.

WEITZ, Yechiam: Ben Gurions Weg zum „Anderen Deutschland" 1952–1963. In: VfZ 48 (2000), S. 255–279.

WIEDERGUTMACHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Hg. v. Herbst, Ludolf/Goschler, Constantin. München 1989.

DIE WIEDERHERSTELLUNG DES DEUTSCHEN KREDITS. Das Londoner Schuldenabkommen. Hg. v. Schwarz, Hans-Peter. Stuttgart 1982.

WIESENTHAL, Simon: Recht, nicht Rache. Erinnerungen. Frankfurt/M. 1988.

WINROW, Gareth: East Germany, Israel and the Reparations Issue. In: Soviet Jewish Affairs 20/1 (1990), S. 31–46.

WOLFFSOHN, Michael: Deutsch-israelische Beziehungen. Umfragen und Interpretationen 1952–1983. München 1986.

WOLFFSOHN, Michael: Die deutsch-israelischen Beziehungen. In: JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND SEIT 1945, S. 95–107.

WOLFFSOHN, Michael: Das deutsch-israelische Wiedergutmachungsabkommen von 1952 im internationalen Zusammenhang. In: VfZ 36 (1986), S. 691–731.

WOLFFSOHN, Michael: Die Wiedergutmachung und der Westen. Tatsachen und Legenden. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 16-A (1987), S. 19–29.

WOLFFSOHN, Michael: Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen. München u. a. 1988.

WOLFFSOHN, Michael: Globalentschädigung für Israel und die Juden? Adenauer und die Opposition in der Bundesregierung. In: WIEDERGUTMACHUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, S. 161–190.

WOLFFSOHN, Michael: Neshek l'israel – o yachasim diplomatiim? [dt.: Waffen für Israel – oder diplomatische Beziehungen?]. In: Gesher 120 (1990), S. 69–77.

ZUCKERMANN, Leo: Restitution und Wiedergutmachung. In: Die Weltbühne (München) vom 27. 4. 1948.

ZWEIG, Ronald W.: German Reparations and the Jewish World. A history of the Claims Conference. 2. Aufl. London u. a. 2001.

Die ZWEITE REPUBLIK. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Hg. v. Löwenthal, Richard/Schwarz, Hans-Peter. 3. Aufl. Stuttgart 1979.

ZWISCHEN MORAL UND REALPOLITIK. Deutsch-israelische Beziehungen 1945–1965. Eine Dokumentensammlung. Hg. v. Jelinek, Yeshayahu A. Gerlingen 1997.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ABC-Waffen	Atomare, biologische und chemische Waffen
ACDP	Archiv für christlich-demokratische Politik
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AG	Adjudant General
AICE	Israeli Association of Immigrants from Central Europe
AJA	American Jewish Archives
AJC	American Jewish Committee
AJDC	American Joint Distribution Committee
AWJD	Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland
BArch	Bundesarchiv
Bd.	Band
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BGA	Ben Gurion-Archiv
BGD	Ben Gurion Diary (= Tagebuch)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CAD	Civil Administration Division
CDU	Christlich Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency
Claims Conference	Conference on Jewish Material Claims Against Germany
CPRIJG	Council for Protection of Rights and Interests of Jews from Germany
CSU	Christlich Soziale Union
CZA	Central Zionist Archives
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIS	Deutsch-Israelische Studiengruppen
DP	Deutsche Partei/Displaced Person(s)
DRPGJ	Department for Recovery of Property of German Jews
Eisenhower Library	Dwight D. Eisenhoewer Presidential Library
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation)

FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FLN	Front de libération nationale (algerische nationale Befreiungsfront)
FO	Foreign Office
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
Hg.	Herausgeber, herausgegeben
HI	Hoover Institution
HICOG	High Commissioner for Germany
IDF	Israel Defense Forces
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IGS	Intergovernmental Study Group
IHA-AJC	Institute for Human Affairs, American Jewish Committee
IJA	Institute for Jewish Affairs
IPU	Interparlamentarische Union
ISA	Israeli State Archives
JAFP	Jewish Agency for Palestine
Johnson Library	Lyndon B. Johnson Presidential Library
JRSO	Jewish Restitution Successor Organization
Kennedy Library	John F. Kennedy Presidential Library
LBI	Leo Baeck Institute, New York, NY
LPA	Labour Party Archives, Beit Berl
Maki	Miflaguah kommunistit yisraelit (Kommunistische Partei Israels)
Mapai	Miflegeth poa'alei eretz-yisrael (Eretz-Israel Arbeiterpartei)
Mapam	Miglegeth ha-poa'alim ha-meuchedeth (Die Vereinte Arbeiterpartei)
Miltam	Misrad l'tvioth migermania (The Office for Claims from Germany)
N/NL	Nachlaß
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NATO	North Atlantic Treaty Organization
No	Number
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSF	National Security Files
o.g.	oben genannte

ODI	Office of the Director of Intelligence
OMGUS	Office of Military Government United States
PA	Politisches Archiv des AA
PRO	Public Record Office
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Truman Library	Harry S. Truman Presidential Library
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration
UNRWA	United Nations Relief and Welfare Agency
URO	United Restitution Office
USA	United States of America
USNA	United States National Archives
v.	von
VAR	Vereingte Arabische Republik
WHO	World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation)
WJC	World Jewish Congress
YIVO	Jidischer Visenschaftlicher Institut
YVA	Yad Vashem Archives
ZJD	Zentralrat der Juden in Deutschland

Register

Abs, Hermann Josef 73, 119, 139, 141, 161–164, 177–179, 182–184, 186, 187, 190–193, 195, 197, 198, 199, 206, 324
Acheson, Dean 62, 100, 106, 138, 139, 162, 163, 178, 179, 185, 188, 194, 196, 214, 215
Adenauer, Konrad 34, 35, 44, 47, 60, 64, 65, 68, 77, 79, 86, 88, 94–96, 100, 101, 105, 107, 108, 110–112, 114, 117–119, 122, 127, 128, 130, 134–136, 138, 140, 141, 146, 147, 150, 157, 158, 161–167, 177–180, 184–188, 190–198, 200, 205–209, 211, 213–215, 224, 226, 228, 229, 231, 242–248, 251, 254, 255, 266, 268, 270, 271, 278, 281, 284, 286, 290, 294, 296–301, 303, 304, 307, 31–317, 322, 328, 338, 344, 346, 348, 350, 354, 361, 363–366, 370, 380, 381, 393, 404–407, 409, 410, 412, 417, 418, 420, 423–425, 428, 431, 434–438
Adenauer, Max 393
Adler-Rudel, Schalom 49, 159, 168, 172
Agudath Israel Weltorganisation 125, 143
Ägypten 218, 222, 224, 225, 228, 230, 234, 235, 237–242, 250, 273, 274, 278, 283, 284, 287, 289, 295, 298, 307, 310, 331, 339, 364, 365, 369, 370
ägyptische Raketen 418
Ahdut Haavoda 308, 411
Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste 397
Alexander von Humboldt-Stiftung 386
Alleinvertretungsanspruch 240, 281, 283, 289, 328, 370
Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland 47, 174, 189, 234, 438
Allgemeine Zionisten 153, 245
Alliierte 337
Alon, Yigael 411
Alpha-Plan 365, 366
Altmaier, Jakob 94, 95, 110, 111, 164, 213, 319, 337
Amalekiter 152
American Association of Jews from Central Europe 59
American Jewish Committee (AJC) 49, 52, 54, 57, 58, 66, 70, 104, 105, 111, 114, 122–125, 133, 135, 139, 142, 163, 169, 170, 171, 185, 186, 188, 320, 341
American Jewish Congress 57
American Jewish Labour Movement 36
American Joint Distribution Committee (AJDC) 23, 25, 28, 31, 32, 34, 52, 54, 57, 76, 124, 133, 142, 143, 169, 170
amerikanische Besatzungszone 21, 29, 32
Amin el-Husseini, Haj 223, 246
Amir, Michael 47, 82, 136
Angola 409
Anne Frank-Stipendienstiftung 380
Antifaschismus 155, 333
Antigermanismus 348
Antijudaismus 327, 333
Anti-Schilumim-Kampagne 145
Antisemitismus 25, 26, 30, 32,–34, 36, 37, 114, 146, 198, 200, 217, 222, 243, 294, 317, 333, 341, 348, 354, 432
Antizionismus 334
Appelt, Rudolf 325, 328
arabische Einheit 221, 222, 231
arabische Flüchtlinge 362, 365, 366, 367
Arabische Hochkommission 246
Arabische Liga 221, 223, 225, 229, 230, 234, 235, 237, 240, 274, 368
arabische Welt 218
arabischer Nationalismus 218
Aranne, Zalman 275, 283, 431
Arbeitsgemeinschaft für Jugendliche und Jugendfürsorge 396
Arbel, Asher 253
Aref, Abdel Rachman 289
Arefdoktrin 289
Arendt, Adolf 390
Arendt, Hannah 56
Argentinien 339, 340, 343
Arisierung 54
Arndt, Adolf 390
Arolsen 381
Ärzteprozesse 243
Association of Jews from Central Europe 132
Assuan-Staudamm 295, 297
Äthiopien 287
atlantische Schule 435
Auerbach, Philipp 35, 36, 68, 127
Auerbach, Yehudith 48
Aufbau (Zeitung) 109, 128

Ausbildung israelischer Soldaten in der BRD 415
Auschwitz
– Verhinderung der Bombardierung von 337
Aussöhnung 183, 190, 199, 205, 209
Austauschprogramme 389
Auswärtiges Amt 97, 293, 296, 297, 300–304, 309, 310, 312, 313, 316, 342, 345–347, 350, 351, 353, 356, 358, 359, 362, 365, 368, 369, 373, 380, 382–384, 388, 392, 394
antijüdische Vorurteile 369
– Öffentlichkeitsarbeit 346
antiarabische Vorurteile 368
Avidar, Yaakov 329, 330
Avner, Gershon 58, 82, 95, 100, 105, 107, 122, 136, 167, 168, 172–174, 182, 199, 200, 203, 204
Axis Victims League 49, 59

Bach, Gabriel 341
Bad Godesberg 253
Baeck, Leo 59, 114, 134, 135, 136, 169
Ball, George 423, 439
Bank deutscher Länder 264
Barbour, Walworth 420
Barou, Noah 57, 72, 73, 95, 110, 136, 140, 157, 166, 168, 174, 186, 191, 197, 198
Barzel, Rainer 458
Bauer, Fritz 340
Beethoven, Ludwig van 384
Begin, Menachem 153, 154, 156, 159, 280, 418
Behr, Israel 416
Ben Gurion, Amos 18, 19, 21
Ben Gurion, David 26, 35, 48, 57, 66, 72, 79, 83, 93, 100, 105, 138, 140, 141, 148, 149, 151, 152, 154–157, 159, 160, 166, 167, 169, 170, 181, 195, 215, 232, 248, 249, 254, 261, 262, 268, 270, 275, 278, 290, 294, 295, 298, 299, 302–309, 311, 314–317, 326, 331, 340–342, 347, 349, 354, 356, 361, 365, 383, 391, 393, 398, 401–403, 405, 408, 409, 410–413, 416–420, 422–425, 427, 431, 434
Ben-Gal, Avigdor 253
Benjamin, Hilde 319
Ben-Zvi, Yitzchak 129, 354
Bergen-Belsen 72, 311
Bergmann, Arthur 262, 285
Bergmann, Shmuel Hugo 354, 379
Berliner Westzonen, West-Berlin 51, 53, 259
Besatzung 44
Besatzungsstatut 79, 82
– Änderung des 108
Birrenbach, Kurt 458, 461
Bitsuistim 93, 306
Blankenhorn, Herbert 46, 61, 65, 72, 73, 77, 90, 110, 114, 136, 140, 146, 163, 174, 184, 186, 190, 191, 192, 195, 197, 198, 199, 206, 226, 229, 234, 236, 273, 274, 282, 359, 366, 368
Blasius, Rainer A. 356, 438
Blaustein, Jacob 57, 64, 77, 105, 106, 122, 124, 125, 126, 139, 170, 171, 185, 186, 208, 215
Blitzkrieg 300
Blockfreie 278, 283, 357, 369
Blücher, Franz 64, 66, 67, 69, 110, 111, 113, 161, 175, 176, 184, 191, 198, 211, 219, 230
Bnei Brit 57
Böcker, Alexander 146, 236
Böhm, Franz 163, 166, 167, 172, 173, 175, 177, 178, 180, 184, 186, 190, 191, 192, 193, 195, 197, 199, 204, 209, 211, 212, 248, 275, 276, 279, 280, 391, 394, 417, 418, 425, 426, 427, 428
Botschafterkonferenz in Istanbul 287, 288, 290
Boukstein, Maurice M. 76, 169
Boykott 41, 118, 147
– Akademischer Austausch 42
– arabischer 220, 221, 223, 224, 228, 235, 238, 239, 241, 285, 394, 438
– deutsche Proteste 384
– deutscher Waren 42
– Hochschulen und wissenschaftliche Institute 42
– öffentlicher Protest 384
– österreichischer Protest 384
– Proklamation 42
– Schiffahrt 42
Boykott der deutschen Sprache 378, 381
Boykott gegen Deutschland 53
Brandt, Willy 347, 393
Brentano, Heinrich von 271, 278, 280, 281, 283, 285, 286, 289, 290, 297, 298, 301, 304, 313, 345, 346, 355, 356, 404, 407, 418, 419, 428, 433, 434, 436
britische Besatzungszone 28, 29, 31, 32, 36
British Anglo-Jewish Association 142
Brod, Max 387
Buber, Martin 37, 40, 354, 355, 374, 387
Buenos Aires 340
Bundesentschädigungsgesetz 361
Bundesministerium der Finanzen 162, 164

Bundesministerium für Wirtschaft 163, 164, 174, 183, 200, 205, 208, 360
Bundesnachrichtendienst 295, 351, 423
Bundesrat 217, 244, 245, 246, 248
Bundesrepublik Deutschland 40, 44, 82, 89
Bundesstelle für den Warenverkehr der gewerblichen Wirtschaft 251, 263, 264
Bundestag 217, 240, 246, 354, 382, 390, 427
Bundestagsauschuß für Wiedergutmachung 418
Bundeswehr 295, 300, 307, 403, 407
Bundy, McGeorge 415, 422
Buttenwieser, Benjamin B. 98, 104, 107, 110

CARE-Pakete 36
Carstens, Karl 255, 410, 436, 437, 440, 452, 458
Central Bureau for the Settlement of German Jews 57
Ceylon 370
Cherut 40, 152, 153, 154, 155, 156, 159, 160, 166, 167, 243, 250, 302, 355, 382, 396, 419
Chorev, Amos 416
Christlich Demokratische Union (CDU) 34, 94, 245, 246, 247, 255, 296, 319, 393, 425, 428, 436, 458
Christlich Soziale Union (CSU) 211, 244, 245, 246, 247, 296, 319, 393, 425, 428, 436, 458
Churchill, Winston 141, 188
Claims Conference 69, 121, 124, 125, 126, 133, 135, 136, 140, 142, 143, 144, 145, 158
Clay, Lucius 28, 30, 31, 32, 36
Committee for Peace Studies 49
Conference of Christians and Jews 33
Conference on Jewish Material Claims Against Germany 125, 165, 166, 168, 169, 172, 173, 176, 180, 196, 197, 202, 203, 208, 209, 210, 213, 270
Connart, James B. 243
Council for Protection of Rights and Interests of Jews from Germany (CPRIJG) 58, 59, 114, 134, 171

Dagan, Avigdor 58, 79, 80, 101, 107
Dam, Hendrik van 59, 90, 127, 132, 146, 267
Dan, Hillel 253, 255, 256, 260, 262, 263, 265
Dänemark 186
Danziger, Samuel 27
Dar, Zwi 402, 407, 415
Dawar 156
Dayan, Moshe 306, 308
Dehler, Thomas 61, 161, 184, 191, 393
Demianjuk, John 336
Department for Recovery of Property of German Jews (DRPGJ) 48, 50, 57, 66, 68, 70, 71, 483
deutsch-arabische Freundschaft 327, 331, 362, 434
Deutsch-Arabische Gemeinschaft 362
Deutsche Demokratische Republik (DDR) 40, 44, 129, 131, 154, 155, 185, 193, 205, 219, 221, 226, 240, 241, 243, 244, 260, 266, 272, 273, 277, 279, 281, 282, 283, 287, 289, 291, 294, 301, 302, 311, 313, 319, 320, 321, 322, 324, 325, 326, 327, 329, 330, 331, 332, 340, 345, 346, 348, 352, 357, 363, 364, 368, 369, 370, 404, 409, 414, 428, 432, 434, 436, 437, 438
– Generalkonsulat in Kairo 370
– Juden 326
– Propaganda 342
– Säuberungen 319
deutsche Flagge 245
Deutsche Frage 301
deutsche Handelsmission 252, 280, 283
deutsche Juden 39
Deutsche Post 388
deutsche Wissenschaftler in Ägypten 411, 418, 420, 421, 424, 425, 429, 431, 437, 456
deutscher Besitz im Heiligen Land 42
Deutscher Bundesjugendring 396
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 62, 393
deutsches Grundeigentum in Palästina 53
Deutschfeindlichkeit 345, 348, 378
Deutsch-Israelische Studiengruppen (DIS) 396
deutsch-jüdische Koexistenz 29
deutsch-jüdische Konfrontation 29
Deutschkron, Inge 351, 354
Deutschlandboykott 129, 186, 389
– Paßstempel 389
Deutschlandvertrag 187, 196, 200, 201, 209, 210, 231, 271, 278, 323, 324, 380
Diaspora 149, 342, 352, 353, 354
Die Welt (Zeitung) 271
Dimona 411, 414
diplomatische Beziehungen 132, 137, 156, 158, 169, 199, 200, 251, 252, 260, 264, 265, 266, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 275, 276, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 285, 286, 288, 289, 291, 293, 300, 302, 303, 304, 306, 312, 313, 317, 328, 338, 368, 369, 373, 399, 401, 404, 415, 425, 431, 432, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 456

Diplomatische Korrespondenz (Zeitung) 72
Displaced Persons 17, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 43, 44, 51, 54, 55, 59, 72, 75, 132, 133, 143, 197, 335, 388, 389
Dollarklausel 204
doppelte Staatsbürgerschaft 390
DP-Camps 20, 24, 25, 26, 27, 31
Dreiecksgeschäfte 197, 207, 258
Dritte Masse 75, 144, 176
Drittes Reich 54, 55, 217, 218, 223, 266, 402
Dulles, John Foster 242, 243, 272, 277, 284, 304, 363, 365
Dworecki, Mark 39, 151

Easterman, Alex 57, 101, 165, 169, 170, 173, 177, 188, 194, 196, 210, 215
Eban, Abba 105, 122, 125, 156
Eckardt, Felix von 95, 254, 255, 269, 270, 315
Eden, Anthony 141
Eichler, Willi 393
Eichmann, Adolf 336, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356
- Auslieferung von 343
- Auslieferungsgesuch 343
- Hinrichtung 352
Eichmannprozeß 149, 294, 330, 341, 342, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 376, 377, 380, 390, 432, 433
- Auswirkungen auf die beiderseitigen Beziehungen 356
- Deutsche Beobachterdelegation 355
Einfuhr
- halblegale 87
Eisenhower, Dwight D. 247, 272, 290, 297, 299, 314, 315, 337, 362, 363, 365, 405, 411, 412
El Al 388, 395
El-Ahram 351, 435
El-Ghumhuriya 364, 370
Endlösung der Judenfrage 339
Entschädigung 53, 64, 92, 141, 148, 322, 325, 327, 330, 331, 333, 338, 346, 362, 366, 381
- individuelle 69, 107, 121, 155, 158, 171, 176, 197, 198, 203, 209, 211, 220, 222, 223, 240, 265, 277, 322, 361
- kollektive 91, 94, 96, 100, 107, 114, 120, 121, 129, 144, 153, 169, 170, 171, 221, 240
Entschädigungsansprüche 48
erbenloses Eigentum 144
Erhard, Ludwig 73, 161, 183, 184, 191, 192, 198, 211, 255, 340, 387, 414, 415, 427, 428, 429, 435, 436, 437, 445, 458, 465
Eric Johnson-Plan 413
Erler, Fritz 393, 405, 428
Eschkol, Levi 70, 260, 298, 314, 331, 414, 415, 423, 425, 429
Etzdorf, Hasso von 410
Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 187, 195, 196, 201, 231, 236
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 413, 432, 437, 441, 445, 446, 455, 456, 483
Europäische Zahlungsunion 208
Executive Council of Australian Jewry 143
Eytan, Walter 81, 82, 83, 121, 158, 164, 170, 171, 188, 194, 252, 260, 267, 268, 270, 271, 280, 283, 284, 299, 304, 305

Fedajin 299
Ferencz, Benjamin B. 78, 118, 162, 177, 178, 180, 187, 192, 194, 213, 214
Fischer, Maurice 111, 130, 297, 298, 302, 303, 304, 306, 312, 313, 443
Fischl, Avigdor 57
Flugverkehr 388
Föhrenwald 197
Food and Agriculture Organization (FAO) 81
Ford, Richard 81, 84
Fracht- und Personenverkehr 388
François-Poncet, André 117
Frankfurt an der Oder 385
Frankfurter Allgemeine Zeitung 271, 435
Frankfurter Messe 387
Frankfurter Volkswirt (Zeitung) 183
Frankreich 225, 226, 237, 243, 249, 257
Franz Oppenheimer-Lehrstuhl 387
französisch-arabische Beziehungen 305
französische Besatzungszone 29
Freie Demokratische Partei Deutschlands (FDP) 34, 211, 243, 247, 319, 393, 425, 428, 458
Freie Offiziere 225, 226, 227
Fremdenfeindlichkeit 29, 31
Frenzel, Alfred 394
Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 374
Friedlaender, Ernst 109
Frondisi, Arthuro 340
Frowein, Abraham 164, 172, 174, 195, 197, 198, 199, 203, 234, 274, 275, 276, 282, 382, 392

Galbraith, John Kenneth 165
Gates, Thomas S. 411
Gaulle, Charles de 305, 405
gaullistische Schule 435
Gazastreifen 299
Gazit, Mordechai 433, 439
Gehlen, Reinhard 416
Geldtransfer 139, 147
gemischter Ausschuß 251, 262, 263
Gentner, Wolfgang 386
George VI. 166
George, Manfred 109, 128
Gerstenmaier, Eugen 247, 393, 425, 438, 451
Gesetz für die Verfolgung von Nationalsozialisten und deren Helfer 42, 335, 342
Gesetz Nr. 120 53
Gesetz über das deutsche Eigentum 42
Ginsberg, David 98
Ginsburg, Eli 50
Giordano, Ralph 396
globale Entschädigung 206
Globalisierung 75
Globke, Hans 61, 314, 343, 348, 349, 350, 351, 438
Globocznik, Nowak 355
Golan, Mati 410
Goldenbaum, Ernst 325
Goldmann, Nahum 48, 49, 56, 57, 66, 68, 69, 70, 72, 73, 75, 76, 77, 105, 110, 122, 123, 124, 125, 126, 135, 136, 140, 141, 142, 143, 152, 157, 158, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 170, 171, 173, 174, 181, 186, 187, 190, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 204, 208, 209, 210, 212, 213, 214, 215, 232, 233, 234, 235, 236, 238, 242, 245, 248, 262, 268, 270, 276, 277, 280, 286, 290, 291, 293, 299, 301, 302, 303, 311, 313, 341, 365, 366, 368, 383, 404, 436
Goldsmidt, Sir Henry d'Avigdor 124
Golf von Akaba 295, 299
Gollencz, Victor 37
Göring, Hermann 219
Greenstein, Harry 34, 45
Grewe, Heinrich 392
Grewe, Wilhelm 306, 407
Großbritannien 221, 225, 226, 228, 237, 243, 249, 257, 267, 272
Grotewohl, Otto 319, 325, 370
Grüber, Heinrich 392, 398
Grundgesetz 34, 146, 404, 408, 419, 426, 431
Grünwald, Malkiel 339
Gufler, Bernard 336
Gunther, John 120, 162
Gurel, Boris 79, 80

Haaretz (Zeitung) 42, 156
Haavarah 103, 152
Haber, William 24, 25, 30, 31, 32
Haganah 19, 402
Hahn, Ott o 386
Haifa 251, 260, 269, 275, 277
Halevy, Benjamin 342
Hallstein, Walter 61, 161, 163, 166, 167, 184, 190, 191, 197, 199, 203, 204, 209, 215, 219, 224, 227, 228, 229, 236, 238, 239, 241, 245, 247, 271, 278, 280, 281, 287, 290, 306
Hallsteindoktrin 281, 283, 287, 289, 293, 301, 302, 323, 333, 356, 405, 414, 432
Hamburg 128, 251, 259, 380
Handelsblatt (Zeitung) 183
Handelsboykott 87
Handelsflotte, Wiederaufbau der deutschen 109
Hansischer Goethepreis 374
hardship fund 209, 210
Harel, Isser 311, 401, 417, 419, 422, 423, 424
Harkort, Peter Günther 442, 445
Harlan, Thomas 382
Harlan, Veit 382
Harman, Abraham 439, 455
Harriman, Averell 105
Harrison, Earl J. 20, 34
Hassel, Kai Uwe von 415, 417
Hausner, Gideon 341, 347
Hawk-Boden-Luft-Raketen 410, 412
Hebräische Universität 378, 387, 393, 395, 396
heimatlose Ausländer 28
Helm, Sir K. 81
Henderson, Lord William W. 101
Herlitz, Esther 107
Hermes-Ausfuhrdeckung 361
Hertslet, Joachim 219, 227, 229, 236
Herwarth, Hans von 255
Heuss, Theodor 34, 46, 60, 61, 64, 68, 109, 110, 128, 135, 140, 147, 248, 254, 255, 307, 310, 312, 340, 393
Hevesi, Eugen 135
Hilfswerk der Vereinten Nationen für arabische Flüchtlinge aus Palästina im Nahen Osten 224
Hilpert, Werner 68
Hirsch, Martin 269, 291
Histadrut 255, 256

Hitler, Adolf 151, 301, 304, 307, 309, 327, 346, 347, 364
Hoch, Ricarda 191
Hoffmann, Chaim 21, 31, 32
Holocaust 25, 29, 34, 107, 149, 150, 153, 154, 265, 267, 268, 276, 277, 283, 330, 335, 340, 342, 351, 352, 353, 354, 358, 371, 373, 374, 376, 378, 380, 381, 393, 397, 431, 433
Holocaust-Überlebende 373
Holocaust-Erinnerung 384
Hoppe, Augustin 175, 207, 219, 229, 230, 244
Horkheimer, Max 425, 426
Horowitz, David 93, 96, 99, 100, 103, 108, 122, 140, 165, 168, 171
Husseini, Haj Amin el- 364

Ibn Saud, Feisal 225
INCODA 328, 416
Indien 283
Indonesien 237
Informelle Beziehungen
- akademischer Austausch 377
- Ausstellungen 387
- Bücher 379
- Film 328, 375
- israelische Kulturdarbietungen in Deutschland 376
- israelische Studenten in Deutschland 395
- Jugendaustausch 377
- Klärungsstelle 378
- ministerieller Steurungsausschuß 376
- Musik 384
- Nuklearforschung 386
- Sport 385
- Studentenaustausch 377

Institute on Jewish Affairs 49
Inter-Allied Declaration Against Acts of Dispossession Committed in Territories under Enemy Occupation or Control 49
Intergovernmental Study Group (IGS) 78, 100, 120
International Refugee Organization 28
International Study Group 188
Internationale Flüchtlingsorganisation 52
Internationale Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord 42
Internationaler Gerichtshof 232, 236
Internationaler Jugendherbergenverband 396
Interparlamentarische Union 112, 129
Interparlamentarischen Union 128, 484
Irak 224, 225, 228, 274, 304, 352, 370
Irgun Zwai Leumi 153
Israel Defense Forces 300, 484
Israel Informationsdienst 253
Israel-Ausschuß 263
Israeli Association of Immigrants from Central Europe 58
Israel-Informationsdienst 394
israelische Waffenexporte 409
israelischer Medizinerverband 386
israelischer Militärgeheimdienst (Aman) 423
israelischer Wissenschaftsrat 379
israelisches Konsulat in München 28, 41, 82, 84, 161
Israel-Mission 84, 193, 200, 251, 252, 253, 254, 255, 260, 261, 262, 263, 264, 280, 281, 284, 285, 286, 294, 303, 310, 311, 338, 340, 344, 350, 355, 370, 377, 378, 380, 382, 387, 395, 403, 416, 425, 431, 440

Jacobsen, Jerome J. 169
Jalta 51
Jecke 378, 381
Jemen 225
Jensen, Hans 386
Jenz, Friedrich 392
Jewish Agency for Palestine (JAFP) 20, 23, 24, 28, 31, 32, 39, 40, 42, 49, 50, 51, 52, 54, 58, 59, 60, 65, 68, 69, 70, 71, 76, 94, 115, 117, 122, 123, 124, 132, 133, 140, 142, 146, 153, 168, 170, 269, 320, 379
Jewish Cultural Reconstruction Company 55, 56
Jewish Labour Committee 57, 142
Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) 54, 56, 66, 69, 75, 94, 105, 118, 124, 135, 144, 152, 171, 484
Jewish Trust Corporation 54
Jischuv 149, 150, 155, 320
Johnson, Lyndon B. 363, 413, 414, 415, 423, 456, 459
Jordanien 225, 274, 278, 304
Joseph, Bernhard 51
Joseph, Dow 147
Josephthal, Giora 167, 168, 173, 175, 182, 187, 193, 195, 197, 202, 236, 242, 244, 245, 248, 253, 262, 263, 275, 303, 304, 313, 366, 391
Juden in Deutschland 24, 25, 27, 28
jüdische Archive 380
jüdische Brigade 18, 19
Jüdische Gemeinschaft 311
jüdische Kriegsinteressen 48
jüdische Reparationsforderungen 49

Jüdischer Verband zum Schutze der Wiedergutmachung 246
Jüdischer Weltkongreß 28, 42, 49, 54, 56, 58, 59, 71, 73, 115, 124, 132, 133, 140, 165, 166, 169, 269, 276, 311, 328
jüdisches Eigentum
– erbenloses 54
– gemeinschaftliches 54
Jugendherbergen 397
Jugendherbergswerk 397
Jugoslawien 164, 283, 302

Kafka, Franz 375, 383
Kalter Krieg 62, 78, 106, 148, 257, 266, 267, 283, 284, 300, 333, 337, 338, 385
Kaplan, Elieser 57, 65, 66, 70
Karajan, Herbert von 384
Kastner, Rudolf 339, 342
Katastrophenklausel 197, 203, 204
Kaul, Friedrich 342, 345, 351
Kempner, Otto 336
Kempner, Robert M. W. 90, 91
Kennan, George F. 336
Kennedy, John F. 363, 413, 419
Keren, Moshe 108, 119, 120, 163, 173, 177, 188, 193, 194
Keynes, John Maynard 91
Keynesianismus 249
Kibbuzim 397
Kidron, Michael R. 86
Klein, Julius 187, 314
Knesset 42, 129, 148, 153, 157, 158, 160, 182, 190, 201, 213, 254, 257, 262, 265, 276, 279, 283, 295, 307, 308, 332, 335, 337, 340, 341, 342, 375, 376, 377, 379, 382, 383, 387, 390, 391, 392, 394, 397, 408, 418, 422, 424
Knessetausschuß für Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten 266, 290
Kobaltbomben 417
Kohn, Leo 122, 301
Kohn, Yehuda L. 200
Kollek, Teddy 398
kollektive Verantwortung 347
Kollektivscham 61
Kollektivschuld 43, 114, 247, 294
Kommandaturgesetz 53
Kommunismus 322
Konferenz der Blockfreien 429
König, Johannes 329, 330
Kontinuitätsklausel 323
Konzentrationslager 17, 29
Koreakrieg 78, 89
Kramarsky, Siegfried 187
Krekeler, Heinz 97, 228, 233, 235, 243, 247
Kreutzberger, Max 57, 65
Kriegsnotkonferenz 50
Kriegsschulden 120
Kriegsverbrecher 338, 339, 381
– Amnestie 86
– Begnadigung und Strafumwandlung 337
Kriegsverbrecherjustiz 383
Kriegsverbrecherprozesse 335, 338, 354
– Zeugeneinvernahme 338
Kriegszustand 81, 82, 83, 119, 126, 128, 137, 321
Kulturboykott 374, 378
Künstleraustausch 378
Küstermeier, Rudolf 42, 128, 201, 269, 391
Küster, Otto 163, 164, 173, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 184, 186, 190, 191, 192, 193, 202, 209, 212, 392
Kuwait 339

Landauer, Georg 50, 57, 65, 66, 67, 69, 70, 74, 124, 144, 168, 174, 177, 180
Landsberg 335, 337
Laskov, Chaim 308, 416
Lastenausgleich 201, 210
Leavitt, Moses A. 34, 164, 169, 170, 180, 202, 210
Leipziger Messe 328
Lessing Society 33
Levai, Jenoe 351
Levant Maritime Comp. 388
Lewis, Geoffrey W. 77, 139
Lewy, Gerhard 72, 174, 219, 244
Lewy, Ludwig 320
Libanon 218, 225, 274, 304, 352, 364
Libyen 352, 364
Livneh, Eliahu Kurt 57, 58
Livneh, Eliezer 233, 319, 327, 328, 332
Livneh, Kurt 65, 69, 90, 94, 104, 105, 134, 135, 174, 198, 201, 213, 229, 233, 234, 236
Lloyd, John Selwyn 188, 194, 215
Löbe, Paul 114
Londoner Schuldenkonferenz 161, 162, 163, 164, 166, 173, 176, 177, 179, 180, 181, 183, 192, 195, 325
Lübke, Heinrich 255, 376, 377
Luckner, Gertrud 396
Lufthansa 388
Lurie, Arthur 125, 248
Lüth, Erich 109, 127, 128, 189, 199, 201, 391
Luxemburg 200, 208, 214, 215, 216
Luxemburger Abkommen 69, 79, 131, 139, 216, 218, 219, 222, 223, 234, 240, 243, 248,

254, 270, 277, 282, 287, 317, 328, 357, 393, 417, 440
– Änderung des 361

Maariv (Zeitung) 156
Maas, Heinrich 40, 201, 391
Macmillan, Harold 314
Majonica, Ernst 435, 436, 462
Maki 155, 344, 345
Maltzan, Vollrath von 73
Mapai 39, 40, 96, 107, 128, 147, 148, 151, 152, 155, 156, 157, 160, 166, 167, 168, 182, 212, 213, 232, 233, 248, 255, 256, 265, 275, 279, 283, 308, 319, 342, 373, 388, 397, 398, 403, 408, 417, 420, 423, 431
Mapam 40, 154, 155, 159, 308, 327, 419
Margolies, Daniel F. 137
Martin, Berthold 435, 436
Marx, Karl 47, 64, 66, 74, 94, 110, 113, 127, 174, 178, 233, 267, 438
Max-Planck-Institut (Heidelberg) 386
Mayer, Hans 327
McCarthy, Joseph 137
McCloy, John 34, 44, 45, 60, 63, 64, 68, 75, 76, 77, 78, 84, 92, 100, 104, 105, 106, 108, 111, 112, 134, 139, 140, 162, 163, 177, 178, 179, 180, 184, 185, 186, 188, 193, 194, 195, 196, 197, 208, 209, 215, 336, 337, 338
McGhee, George 232, 438, 458, 459
McNamara, Robert S. 414
McNeil, Hector 188
Meinartz 391
Meir, Golda 167, 270, 294, 301, 312, 313, 314, 330, 331, 332, 346, 356, 376, 377, 390, 401, 407, 409, 412, 417, 418, 419, 422, 423, 424, 431, 432, 433, 449
Melchers, Wilhelm 273
Mende, Erich 247, 428, 457, 464
Mendelssohn, Kurt 58, 65, 67, 68, 74, 89
Menuhin, Yehudi 36
Merker, Paul 320, 327
Merlin, Shmuel 153
Meroz, Yochanan 252, 253, 254, 431, 432, 433, 438
Meyer, Julius 327
Meyerson, Golda 39, 147, 151
Militärgesetz Nr. 59 53
Miltam 55, 66
Mizrahi 280
Montanunion 214
Moses, Siegfried 135
Mossad 253, 340, 416, 417, 422, 423, 424
Mozes, Siegfried 49
Müller-Armack, Alfred 442, 445
Müller-Graff, Carl Hermann 262

Nagib, Ali Mohamed 224, 225, 226, 227, 230, 231, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241
Naher Osten 217, 218, 219, 230, 231, 233, 234, 235, 244, 274, 282, 283, 284, 288, 290
Nahostkonflikt 222, 233
– arabischer Wirtschaftsboykott 358, 360
– Friedensinitiativen der Bundesrepublik 365
Nannen, Henry 349, 350
Naphtali, Peretz 65, 66, 151
Nasser, Gamal Abdel 288, 295, 297, 305, 331, 365, 369, 370, 418, 420, 421, 422, 423, 429
Nathan der Weise 383
Nathan, Ali 168, 177, 202
Nationalreligiöse Partei 128
NATO 299, 300, 303, 305, 307, 407, 410, 413, 426
Negev 315
Neue Zürcher Zeitung 445, 459
Neues Deutschland 294, 303, 307
Niebuhr, Reinhold 336
Nir 50
Nuklearwaffen 308
Nürnberger Gesetze 348
Nürnberger Prozesse 43, 335, 336, 339, 341
Nurock, Mordechai 128, 129, 157, 335, 383

Oberländer, Theodor 381
Oder-Neiße-Linie 323
Office of Military Government of Germany, United States (OMGUS) 28, 32, 35
Ohrenstein, Aaron 127
Ollenhauer, Erich 244, 255, 285, 393
Oren, Mordekhay 327
Orientalisten 218, 230, 273, 282
Österreich 82, 210, 355
Ostjuden 31, 134, 381
Ostpolitik 435

Pakistan 237
Palästina 219, 225
Palästinaflüchtlinge 220, 222, 223, 232
– Entschädigung der 218, 220, 222, 228, 229, 232, 233
Palästinenser 373
Panzerlieferungen an Israel 413, 415
Pariser Reparationenkonferenz 52
Pawelke, Günther 227, 228, 230, 231, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242

Peres, Shimon 303, 306, 307, 308, 313, 315, 350, 401, 402, 403, 405, 407, 408, 409, 410, 412, 416, 417, 422, 423, 424, 455, 456
Pferdmenges, Robert 65, 73
Philosemitismus 37, 373
Pieck, Wilhelm 319
Polen 82, 130, 164
Porath, Orna 382
Potsdam 321
Potsdamer Konferenz 29, 51
Preuschen, Gerhard Freiherr von 433, 434, 343, 344, 345, 349, 351, 355, 356
Progressive Partei 153
Proskauer, Joseph M. 341
Pünder, Hermann 72
Puschkin, Alexander S. 324, 325

Quilani, Rashid Ali el- 364

Rabin, Yitzchak 413
Rafael, Gideon 86, 312
Raubgut 144, 151
Reedukation 17, 33
Reichsdeutsche 29
Reichsfluchtsteuer 55
Reiseverkehr 389, 390
Remez, Aharon 41
Rendel, Sir George 120
Reparationen 42, 48, 51, 64, 77, 79, 91, 92, 127, 148, 154, 248, 321, 322
- materielle 129, 130, 147
- moralische 129, 130, 147
Reparationsfrage 90, 91, 129
Reparationsverhandlungen 83
Restitution 48, 53, 75, 76, 92, 148, 169, 171, 194, 201, 209, 389
Restitutionsforderungen 90
Restitutionsgesetze 53
Retribution 64, 77, 335, 343, 347
Retributionsprozesse 335
Ribbentrop, Joachim von 202, 336
Richards, L. B. 77
Riesner, Hans E. 248
Rifkind, Simon 21, 28, 31
Robinson, Jacob 49, 148, 202
Robinson, Nechemiah 49
Rommel, Erwin 364
Rosen, Pinchas 344
Rosenblat, Yossel 36
Rosenne, Shabtai 82, 83, 137, 148, 321
Rosensaft, Joseph 72
Rosensaft, Yossl 174, 175, 236
Rotes Kreuz 381
Rot-Weiß Essen 385
Rubin, Seymour J. 57, 163, 169, 188
Rubinstein, Artur 36
Rückerstattung 64, 120
Ruhr-Universität Bochum 387
Rüstungsabkommen, deutsch-israelisches 458
Rüstungsembargo 306
Rüstungsgeschäfte 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 316, 317, 331, 350
Rüstungslieferungen 315, 349, 350
- an Ägypten 404
- an Israel 401, 407, 456

Saarfrage 323
Sadat, Anwar Al 364
Saphir, Pinchas 260, 444, 445
Saudi-Arabien 224, 231, 274, 352, 357
Savir, Leo 253, 443, 445
Schacht, Hjalmar 109, 229
Schäffer, Fritz 61, 66, 67, 161, 162, 177, 179, 182, 184, 185, 190, 191, 192, 197, 198, 206, 209, 211, 238, 243, 247
Scharm-el-Scheich 299
Scheck, Zeev 427
Schilumim 39, 55, 91, 92, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 102, 103, 104, 106, 107, 109, 110, 122, 130, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 160, 294, 297, 298, 299, 305, 315, 322, 326, 327, 328, 329, 331, 333, 337, 339, 357, 366, 402, 433, 440
- arabische Opposition 217, 218, 219, 220, 221, 222, 224, 225, 230, 237, 238, 240
- arabische Proteste 358
- deutsche Opposition 221, 222, 223, 224, 225, 227, 230, 246
- Eisenbahn 261
- Handelsagenten 261
- Kredite 261, 289
- Kupferminen 260
- Lieferunge n 297
Schilumimabkommen 207, 211, 216, 226, 227, 229, 231, 235, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 251, 252, 253, 257, 258, 259, 261, 262, 264, 265, 266, 268, 269, 272, 274, 284, 285, 324, 325, 361, 363, 382, 391
Schilumimgesellschaft 251, 254, 255, 256, 257, 261, 262, 275, 392, 393, 433
Schilumimgüter 158, 374, 388, 392
Schilumimlieferungen 358
Schilumimmark 257

Schilumimverhandlungen 131, 154, 157, 256, 323
Schischakli, Adib 225, 229
Schlange-Schöningen, Hans 109, 195
Schlußprotokoll Nr. 1 209, 211
Schmid, Carlo 62, 129, 188, 246, 247, 393
Schmidt, Helmut 405
Schöborn, Erwin 362
Schocken, Gershom 42
Scholem, Gershom 33, 354, 380
Schröder, Gerhard 35, 415, 418, 425, 428, 434, 435, 436, 437, 438, 440, 447, 463
Schubert, Franz 384
Schuldenkonferenz 113, 119
Schumacher, Kurt 46, 62, 188, 244, 319
Schuman, Robert 194
Schumanplan 96
Schwartz, Walter 146
Schwarzmarkt 25, 26, 29, 30, 31, 127
Sdeh Boker 393
Sechstagekrieg 373
Seeblockade 296
Seebohm, Hans-Christoph 193
Seitz, Christoph 329
Semionov, Wladimir 326
Servatius, Robert 341, 343, 349, 351, 354
Seydoux, François 188
Shaham, David 303
Sharett, Moshe 48, 57, 65, 66, 70, 72, 77, 81, 82, 83, 85, 92, 93, 97, 104, 122, 123, 130, 138, 152, 156, 157, 167, 170, 171, 182, 194, 200, 212, 213, 214, 215, 232, 233, 236, 266, 268, 270, 275, 277, 278, 280, 281, 283, 286, 287, 290, 291, 294, 366, 385, 391, 404, 431
Shamir, Nahum 252, 254, 256, 257, 259, 260, 261, 393
Shapira, Moshe 280, 281
Shinnar, Felix E. 57, 70, 107, 122, 123, 131, 155, 156, 157, 164, 167, 168, 170, 171, 173, 177, 180, 182, 186, 193, 197, 198, 199, 200, 204, 207, 208, 212, 233, 235, 242, 244, 245, 247, 253, 254, 255, 258, 260, 261, 262, 263, 266, 268, 270, 271, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 284, 285, 286, 287, 289, 290, 291, 293, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 308, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 322, 324, 328, 330, 338, 339, 340, 347, 349, 355, 356, 370, 375, 376, 377, 378, 380, 383, 386, 387, 388, 389, 391, 396, 398, 401, 402, 403, 406, 407, 408, 410, 427, 428, 431, 434, 437, 438, 442, 443, 444, 445, 447, 448, 449, 455, 456
Shoken, Gershom 156
Shukeiri, Achmed 246
Sieff, Israel M. 50
Siegerjustiz 337
Simchoni, Yehudith 398
Simon, Ernst 40
Simons, Hans 35
Sinai 296, 300
Sinaifeldzug 300
Slánský-Prozeß 155, 243, 273, 327
Solel-Boneh 88, 255
Sondersteuer gegen Juden 55
Sowjetische Besatzungszone 319, 320, 346
Sowjetunion 97, 181, 194, 219, 220, 240, 243, 272, 276, 279, 281, 282, 288, 290, 301, 311, 314, 321, 322, 328, 381
– antijüdische Kampagnen 327
Sowjetische Bedrohung 297
Sowjetischer Expansionsdrang 297
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 243, 319, 325, 327, 331
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 34, 46, 62, 94, 111, 112, 129, 134, 182, 188, 236, 244, 245, 246, 247, 248, 255, 279, 285, 286, 291, 296, 310, 313, 320, 345, 347, 350, 390, 392, 393, 394, 404, 425, 428
Sozialistische Internationale 182, 188
Speer, Albert 338
Sperrmarkkonten 62, 75, 88
Der Spiegel (Zeitschrift) 247
Spiegel, Steven L. 272
Spreti, Graf Karl von 247, 393
Sprintzak, Yitzchak 151, 157
Stalin, Josef 248
Stalinismus 334
State Department (USA) 305
Stauffenberg, Claus Schenk Graf von 347
Stavroupoulos, Constantin 248
Stelle für jüdische Angelegenheiten 134
Stone, Shepard 35
Strassen, Harold 243
Strauß, Franz Josef 211, 244, 246, 247, 284, 298, 306, 307, 308, 309, 310, 313, 315, 350, 393, 401, 402, 404, 405, 407, 408, 409, 410, 412, 415, 417, 423, 424, 435, 438
Strauss, Richard 384
Subkomitee für Reparationen 50
Sudan 222, 242, 282
Sudankonflikt 237
Suezfeldzug 296, 299, 304, 305, 306, 330, 405
Suezkanal 222, 225, 242, 295, 296, 305, 359
Suezkanalgesellschaft 295
Suezkrise 296, 298, 299, 300
Sühne 112, 186, 214, 294, 397
Swastikawelle 311, 312, 362, 397

Synagogue Council of America 143
Syrien 218, 247, 274, 278, 283, 289, 301, 370

TAAS 402, 403
Taft, Robert A. 187
Tag des Zorns 166
Tal, Avigdor 403
Tankus, Shmuel 416
Technion 385
Thomas, Michael A. 72
Tichatschek, George Alexander 127
Tito, Josip Broz 302
Todesstrafe 335, 337, 342, 343, 352
Tourismus 305, 389
- Diskriminierung deutscher Visumanwärter 390
- Kautionspflicht für Israelis 390
Trone, Samuel 256, 260
Truman, Harry S. 20, 34, 100, 106, 139, 163, 185
Trützschler, Heinz 198, 202, 203
Tschechoslowakei 130, 164, 327
Tunesienfrage 237

Ulbricht, Walter 325, 331
United Nations Education, Scientific and Cultural Organization (UNESCO) 81
United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) 23
United Nations Relief and Welfare Agency (UNRWA) 226
United Restitution Office (URO) 53, 55, 66
Ungarischer Volksaufstand 296

Varon, Max 344, 355, 356
Verein vom Heiligen Lande 41
Vereinigte Arabische Republik 331
Vereinigte Staaten von Amerika (USA) 295, 296, 297, 298, 299, 304, 305, 312, 317, 321
Vereinte Nationen (UNO) 22, 130, 220, 222, 223, 225, 226, 227, 231, 232, 235, 236, 237, 238, 248, 278, 283, 284, 297, 299, 335, 336, 357, 367, 403
- Sicherheitsrat 340
Vergangenheitsbewältigung 43, 352
Versailler Konferenz 164
Versailler Vertrag 91, 98, 103, 183, 196, 206
Vertriebene 323
Vichy-Frankreich 364
Vogel, Rolf 344, 352, 382, 391, 438
Voigt, Heinz 266, 365, 367, 368, 382, 396
Völkerfamilie 130, 137, 321
- Wiedereingliederung der Bundesrepublik 145, 152
Völkergemeinschaft 97, 99, 106, 108
Volksarmee 327
Volksdeutsche 29, 322
Vorkriegs- und Kriegsschulden 117, 326

Waffenausfuhr in Spannungsregionen 404
Wagner, Richard 384
Währungsstabilitätsklausel 204
Waldorf-Astoria-Gipfel 313, 314, 316, 330, 361
Warenaustausch 89
Warenlieferungen 103
Warhaftig, Zerach 53
Wassenaar 162, 164, 167, 172, 175, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 184, 186, 187, 188, 189, 190, 194, 195, 198, 199, 200, 203, 204, 205, 206, 210, 211, 263, 266, 275, 323, 393, 402
Wechselkursgarantieklausel 204
Wehrmacht 307
Weil, Bruno 49
Weizmann, Chaim 49
Weizmann-Institut 386
Weizsäcker, Ernst von 336
Welck, Wolfgang Freiherr von 282, 283, 357, 359, 368
Weltgesundheitsorganisation (WHO) 81
Wertversicherungsklausel 203
Werwolf 32
Westphal, Heinz 396, 397
Westrick, Ludger 239, 240, 241
Wiederaufbau 97
Wiederausfuhrverbot 258, 274
Wiederbewaffnung 79, 85, 103, 106, 129, 181, 196, 201, 276, 307
Wiedergutmachung 49, 90, 109, 113, 162, 175, 179, 189, 192, 204, 205, 211, 265, 268, 323, 346, 373
- moralische 99, 100, 108, 114, 125, 146
Wiedervereinigung 266, 289, 296, 301, 304, 324, 326, 328, 364, 369
Wiedervereinigungsklausel 323
Wirtschaftshilfe statt Rüstungslieferungen 436, 437
Wischnewski, Hans-Jürgen 405
Wolff, Jeanette 164, 319
Wollheim, Norbert 59, 64, 72, 127, 128

Yachil, Chaim 58, 156, 219, 236, 242, 243, 244, 246, 247, 248, 252, 253, 258, 270, 271, 277, 280, 283, 317, 319, 326, 344, 349, 356, 375, 380, 383, 384, 387

Yad Vashem 381, 393
Yalta 321
Yediot Achronoth (Zeitung) 156, 281, 390

Zentralrat der Juden in Deutschland (ZJD) 59, 70, 72, 90, 132, 133, 134, 135, 136, 328, 485
Zeug, Dietrich 344
ZIM (israelische Schiffahrtsgesellschaft) 388
Zinn, Georg August 340
Zionismus 154, 333, 381, 389
Zitrusfrüchte 90
Zorin, Valerian 329
Zucker, Leo 327
Zuckermann, Leo 319
Zweiter Weltkrieg 337